



AM 20. MAI
WÄHLT Sozialdemokraten

LISTE 1

1	2	3	4	5	6	7
Bock, Wilhelm	GOTHA					
Rosenfeld, Kurt	BERLIN					
Frölich, August	WEIMAR					
Wurm, Mathilde	BERLIN					
Dietrich, Georg	ERFURT					
Hermann, Karl	EISENACH					
Siemsen, August	JENA					
Niemer, Otto	BERLIN					
Mäder, Erich	ALTENBURG					

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

Gleiche Rechte - Gleiche Pflichten

Wählt sozialdemokratisch!

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS.

3. Auflage

Tectum

5	Deutschnationale Volkspartei Lorenz - Brandt - Winkler - Koh	5	25	Kampfgemeinschaft der Weimarer - Weimarer - Weimarer
5a	Radikaler Mittelstand Hilke - Dr. Winkler	5a	26	Gesundheits- und Gesundheits- (Bund für Weimarer)
6a	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Zulassungsfähigen Fisch - Gierke - Gierke - Gierke	6a	27	Kleinrentner, Zulaufende Dortmunder
7	Deutsche Volkspartei	7	28	Deutsche Bauern National-Republik

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

Tectum Verlag

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018
Zugl. Diss. Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1995

E-Book: 978-3-8288-7193-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4203-8 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildungen: Plakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung 1919; Bundesarchiv Bild 102-00394, Berlin, Wahlpropaganda zur Reichstagswahl (Mai 1924); Bundesarchiv Bild 102-00888, Berlin, Wahlwerbung für KPD (Dezember 1924); Wahlplakat der SPD (1928); Bundesarchiv Bild 102-10313, Reichstagswahl, Propagandawagen des Zentrums (August 1930); Bundesarchiv Bild 102-03497A, Berlin, Propaganda zur Reichstagswahl (Juli 1932); Bundesarchiv B 145 Bild-P046291, Berlin, Reichstagswahl, Wahlzettel (1932)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorbemerkung

Sie waren eine dramatische und faszinierende Epoche – die 14 Jahre der deutschen Republik, deren Gründung in Weimar sich 2019 zum 100. Mal jährt. Was am 9. November 1918 als Aufbruch in die Demokratie und zu mehr politischer Mitbestimmung des Volkes begann, endete am 30. Januar 1933 in faschistischer Diktatur und nationalsozialistischem Terror. Zeitgenossen beschrieben den Weg dorthin – noch ganz im Banne der »Urkatastrophe« Erster Weltkrieg – als eine Abfolge unentwegter »Wahlschlachten«, als »Krieg der Parteien« um Meinungen und Macht auf einem politischen »Kriegsschauplatz«.

Die politischen Wahlen auf Gemeinde-, Länder- und Reichsebene wurden nach 1919 begleitet von Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags und Volkentscheiden wie jenen für die Fürstenenteignung 1926 oder gegen den Young-Plan 1929. Alle diese Wahlbewegungen elektrisierten die Menschen und die öffentliche Diskussion in einem Maße, das vor 1914 unbekannt war, als der politische Wettstreit trotz aller Demokratisierungstendenzen noch unter dem »obrigkeitsstaatlichen Deckel« gehalten wurde. Die Wahlkämpfe der politischen Parteien vor den vier Weimarer Reichstagswahlen am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930, deren Themen, Ablauf, Akteure und Folgen die vorliegende Arbeit untersucht, spiegeln die Phase der »relativen Stabilisierung« der Weimarer Republik wider. Mehr als die Wahlkämpfe zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920 oder die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli 1932 sowie am 6. November 1932 und die – bereits unter antidemokratischen, faschistischen Bedingungen abgehaltene – Wahl am 5. März 1933 können sie Aufschluss geben, wenn die politische Kultur der Weimarer Republik anhand von reichsweiten Wahlbewegungen untersucht werden soll.

Bei der vorliegenden Darstellung der vier Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 handelt es sich um den Nachdruck meiner Arbeit, mit der ich 1995 von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Dr. phil promoviert wurde. Der Text wurde für diese dritte Auflage inhaltlich nicht überarbeitet, sondern nur dem geänderten Druckformat angepasst.

Die Anregung, mich mit parteipolitischer Propaganda anlässlich von Reichstagswahlen der Weimarer Republik zu befassen, erhielt ich Ende der 1980er-Jahre in den Lehrveranstaltungen von Professor Peter Bucher, Archivdirektor am Bundesarchiv Koblenz, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem unerwarteten Tod von Professor Bucher im August 1991 übernahm Professor Winfried Baumgart, Mainz, die Betreuung der vorliegenden Arbeit und unterstützte ihr Entstehen stets mit Rat und Tat, wofür ich ihm zu Dank verpflichtet bin.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive und Bibliotheken dafür, dass sie mir Zugang zu den Archivalien und Beständen gewährten. Für seine freundliche Bereitschaft, mir über seine Tätigkeit als technischer Wahlkampleiter der Weimarer Sozialdemokratie Auskunft zu geben, gebührt Fritz Heine (1904–2002) besonderer Dank.

Hamburg, Ende 2018

Dirk Lau

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Kapitel 1: Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik	13
Kapitel 2: Politische Kultur, Parteien und Wahlkämpfe im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914	33
Kapitel 3: Zur politischen Kultur der Weimarer Republik: Parteien, Programme und Koalitionen	45
Geborene Oppositions- und klassische Staatspartei – Die Weimarer Sozialdemokraten	55
„Nationale Opposition“ – Die Deutschnationalen	60
„Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ – Die katholischen Parteien	65
Revolutionäre Partei „im Wartestand“ – Das Dilemma der Weimarer Kommunisten	70
„Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“	73
Zwischen Reaktion und Revolution – Die Deutsche Demokratische Partei	76
Das Versprechen einer radikalen Systemalternative – Die Nationalsozialisten	79
Erster Teil: Der Aufmarsch der Parteien zur Wahlschlacht	85
Kapitel 4: Organisation und Ablauf der Reichstagswahlkämpfe	87
Der Wahlkampf zur Nationalversammlung im Winter 1918/19	99
Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1920	109
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1924	117
Die Wahlbewegung vom Herbst 1924 und die Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925	129
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1928	143
Die Wahlbewegung vom Sommer 1930	158
Zusammenfassung	173

Kapitel 5: Der Wahlkampfstil der Weimarer Parteien	179
Versuche der Modernisierung liberaler Parteistrukturen	186
Zur Wahlkampfführung von DVP und DNVP	196
„Der Stimmzettel ist eure Macht“ – Weimarer Sozialdemokraten im Wahlkampf	210
„Wahlkampf ist Klassenkampf“ – Die Kommunisten	221
Für einen „sachlichen Kampf der Geister“ – Zur Wahlkampfführung des Zentrums	232
Zur Frage der Modernität der NSDAP-Propagandatechnik	240
„Der Krieg muss den Krieg ernähren“ – Die Wahlwerbekosten der Parteien	246
„An den Einen ... Und an Alle!“ – Zur sozialen Argumentation der Wahlpropaganda	260
Kapitel 6: „Waffen für den Wahlkampf“: Die Propagandamittel	275
Der „Kampf um die Straße“: Versammlungen, Demonstrationen und Revuen	283
Zeitungen, Plakate und Flugblätter im Zeichen der Bildpropaganda	295
Flugzeuge, Kraftfahrwagen und Fahrräder	317
Vom Grammophon zum Rundfunk: Die „Lautsprecher“	323
Die neue „Großmacht Film“	330
Symbol- und sonstige Wahlpropaganda	342
Zusammenfassung: Technisierung und Amerikanisierung der Wahlkämpfe im Zeichen der Massenmobilisierung	355
Zweiter Teil: Die Wahlprogramme der Parteien	359
Kapitel 7: Nationalismus in Zeiten der Krise – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924	361
„Der Feind steht rechts!“ – Die SPD im Kampf gegen „innen- und außenpolitische Knechtschaft“	364
„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ – Deutschnationaler Kampf gegen die „Novemberverbrecher“	372
„Gegen die Politik der Verneinung“ – Das Zentrum	379
„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ – Die Deutsche Volkspartei	385
„Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ – Die Deutsche Demokratische Partei	392
Gegen den „neuen Versklavungsplan“ – Die „nationale“ Propaganda der Kommunisten	398
Abrechnung mit dem „Schwindelsystem“ – Nationalsozialistische Freiheitspartei	404
Sonstige Parteien	409

Wahlergebnis und Zusammenfassung	414
Kapitel 8: „Schwarz-weiß-rot“ gegen „Schwarz-rot-gold“ –	
Der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924	421
„Für die schwarz-rot-goldene Republik!“ – Die Sozialdemokraten	424
„Unsere Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot!“ – Die Deutschnationale Volkspartei	431
„Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ – Die „wahrhaft nationale“ Politik des Zentrums	438
„Zerschlagt das Zuchthaus der Dawes-Banditen!“ – Der kommunistische Kampf für „Sowjetdeutschland“	444
Abgrenzungsversuche gegen den „Linksblock“ Die DVP-Parole von der „nationalen Realpolitik“	449
Für eine „nationale Politik der Mitte“ – Die Deutsche Demokratische Partei	456
Gegen die „Versklavung durch die jüdischen Kapitalisten“ – Die National-Sozialistische Freiheitsbewegung	462
Sonstige Parteien	467
Wahlergebnis und Zusammenfassung	472
Kapitel 9: Bürgerblock oder „soziale Republik“ – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928	477
„Schluss mit dieser Bürgerblockwirtschaft!“ – Die Sozialdemokraten kämpfen für die „soziale Republik“	480
Die „gekündigte Regierungspartei“ – Rückkehr der Deutschnationalen zur alten Anti-„System“-Parole	487
Das Zentrum als „christliche Volkspartei“ gegen „kulturkämpferischen Sozialliberalismus“	496
„Im Geiste Bismarcks und Hindenburgs mit Stresemann für's Neue Reich“ – Die Deutsche Volkspartei	502
Kommunistische „Einheitsfront aller Ausgebeuteten“ gegen die kapitalistische „Ebert-Hindenburg-Republik“	508
Kampf der Demokraten für eine „klare republikanische Mehrheit“	515
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	521
Sonstige Parteien	527
Wahlergebnis und Zusammenfassung	532
Kapitel 10: „Interessentenhaufen oder Staatsvolk?“ – Der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930	539

„Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz und Sowjetstern“ – Sozialdemokratischer Abwehrkampf im Zeichen der Krise	544
„Ein Mann – Eine Bewegung – Ein Programm“ – Hugenberg, „Führer“-Wahlkampf	552
Gouvernementaler „Führer“-Wahlkampf des Zentrums: Brüning, der „neue starke Mann für Deutschlands Rettung“	560
Der kommunistische Abwehrkampf gegen die „Sozial- und Nationalfaschisten Young-Deutschlands“	568
„Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung“ – Die Deutsche Volkspartei sucht die „breite Front der nationalen Mitte“	576
Der jungdeutsche Erneuerungsversuch der Demokraten: „Keinen Parteienstaat! Darum Staatspartei!“	583
Weg mit der „Youngrepublik“ des „alten Deutschlands“ – Das nationalsozialistische „Nein zum heutigen System“	591
Sonstige Parteien	597
Wahlergebnis und Zusammenfassung	605
Zusammenfassung und Ergebnisse	613
Anhang	639
Quellen- und Literaturverzeichnis	639
Personenregister	696
Abkürzungsverzeichnis	699
Anmerkungen	701

Einleitung

Kapitel 1

Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik

Politisch-kulturelle Deutungen und Diskurse werden als konstitutive Bestandteile der historischen Wirklichkeit und somit auch als ein eigenständiger Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft betrachtet. Mittlerweile ist anerkannt, dass es die Erforschung politischer Kulturen nicht nur mit isolierten Meinungsprofilen und Werthaltungen bestimmter Eliten, sondern mit „grundlegenden Vorstellungen über die Welt der Politik und damit verknüpften operativen Normen“ zu tun hat, die sich insgesamt als „das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben“¹ begreifen lassen. Unbestritten ist auch, dass sich die politische Kultur einer demokratischen und medienbewussten Gesellschaft in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung beziehungsweise in den Stellungnahmen von politischen Parteien widerspiegelt. Das von der amerikanischen Politikwissenschaft in den 1960er-Jahren entwickelte Analysekonzept „Politische Kultur“ bietet sich dabei trotz Kritik an seiner empirischen Unzuverlässigkeit als „feuilletonistisch anmutendes Zugangsmittel historischer Forschung an, denn es gestattet, die Verarbeitung von Geschichte und Politik zu beschreiben“².

Eine Arbeit, die im Rahmen des von Klaus Megerle geleiteten Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik entstand, definiert politische Kultur als das „umfassende System politischer Vorstellungen“, das „in seiner Struktur auf dem Wege der Verarbeitung politischer Erfahrungen die Struktur der objektiven politischen Bedingungen reproduziert und gleichzeitig die politische Praxis ihrer Teilhaber strukturiert“³. Zentrale These des Forschungsprojektes ist, dass für die politische Kultur der Weimarer Republik eine ausgepräg-

te Fragmentierung konstitutiv gewesen sei. Nach 1918 habe sich in Deutschland keine einheitliche politische Nationalkultur herausgebildet, sondern sei die Gesellschaft gespalten geblieben in sich vielmehr noch verfestigende Teilkulturen mit je spezifischen Denk- und Handlungsmustern. Im Unterschied zum wilhelminischen oder später zum nationalsozialistischen Deutschland besaß die aus der Kriegsniederlage und der Revolution geborene Weimarer Republik kaum Rückhalt bei großen gesellschaftlichen Gruppen⁴.

Die Einordnung der vorliegenden Arbeit in die historische politische Kulturforschung liegt nahe. Gerade in Wahlkampfzeiten lassen sich „anhand von programmatischen Offerten, Werbemitteln und -methoden in exemplarischer Weise Strategien der Politikvermittlung zwischen der Führungsebene und dem Bürger studieren“⁵. Wahlkämpfe können auch in der historischen Betrachtung als „sinnfälligster Ausdruck von politischer Kultur [gelten], da sie Aufschluss über ideologische und Interessenpolitische Fragen, über Kräftekonstellationen, das Verhältnis der Parteien zueinander und über ihre Stellung zum Gesamtsystem geben“⁶. Von einer Untersuchung der Identifikations- und Abgrenzungsstrategien der Parteien im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 versprechen sich die Historiker Elfi Bendikat und Detlef Lehnert einen relevanten Erkenntnisgewinn. Sie beschränken ihre Aussagen auf jene politischen Teilkulturen, „die unmittelbar um eine kandidierende Partei gruppiert waren und zugleich in der öffentlichen Meinung mit repräsentativen Publikationsorganen auftraten“⁷. Anhand der Weimarer Reichstagswahlkämpfe kann, so die Ausgangsüberlegung der vorliegenden Arbeit, die Fragmentierung der politischen Kultur der Weimarer Republik wie in einem Brennspiegel festgestellt werden.

Der Stellenwert von Wahlkämpfen innerhalb eines politischen Systems ist abhängig von dessen verfassungs- und wahlrechtlicher Struktur. Als Teil der Öffentlichkeit sind sie wichtige Ereignisse der politischen Massenkommunikation, denen eine große Bedeutung bezüglich Meinungsbildender Deutungs- und Handlungsmuster in demokratischen Staaten zukommt. Moderne Wahlkämpfe sind Zeiten verschärfter Auseinandersetzung von Parteien um die Zustimmung der Bevölkerung und politische Macht. Sie sind periodisch wiederkehrende Phasen erhöhter Politikvermittlung (von Seiten der Parteien) sowie der Politikwahrnehmung (von Seiten des Wählers)⁸. Jede Arbeit über Wahlkämpfe muss in Rechnung stellen, dass es sich um Ausnahmesituationen des politischen

Kampfes handelt, nicht zuletzt deshalb schon, weil die Machtstellung der Parteien zur Disposition steht. Der dadurch erhöhte Konkurrenzdruck fördert wiederum die Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung und damit geradezu zwangsläufig das Auftreten von Irrationalismen⁹.

Die Wahlforschung stellt einen „Kernbereich politischer Kultur demokratisch verfasster Systeme“¹⁰ dar. Abgesehen von der Motivationsforschung, die für die Geschichtswissenschaft uninteressant sei, da sie erst mit den Mitteln der modernen Demoskopie Sinn mache, geht Peter Steinbach von drei Typen der historischen Wahlforschung aus: der Wahlkampfbeschreibung und -analyse, der wahlstatistischen Untersuchung sowie dem sozial-ökologischen Ansatz. Hinsichtlich der Weimarer Zeit liege der Eigenwert von Wahlkampfbeschreibungen nicht zuletzt darin, dass der Historiker etwa bei Analysen des nationalsozialistischen Wählerpotenzials nach 1929 „viel weniger auf Vermutungen angewiesen wäre, wenn wir etwa den Wahlkampf nicht nur der NSDAP, sondern aller bürgerlichen und sozialistischen Parteien überblicken können“¹¹. Unbestritten ist, „dass nur mithilfe der historischen Wahlforschung Fragen eines Zusammenhanges zwischen sozialem Wandel, gesellschaftlicher Demokratisierung und einer Formverwandlung der politischen Stile – von der Honoratiorenpolitik zur parteiengeprägten Fundamentalpolitisierung – anschaulich und vergleichsweise schlüssig beantwortet werden können“¹².

Daran anknüpfend, fordert der Wahlforscher Thomas Kühne die Untersuchung historischer Wahlkämpfe ausdrücklich in einem breiten politisch-kulturellen Kontext. So fasst Kühne unter den Begriff „Wahlkultur“ diejenigen Arbeiten zusammen, „die nicht so sehr nach dem ‚Warum‘ der Wahlentscheidungen (also ihren im weiteren Sinne soziologischen Motiven und Gründen) fragen, als vielmehr auf das ‚Wie‘ der Wahlkonflikte, auf die ihnen und ihrer Austragung zugrunde liegenden Konflikt- und Konfliktlösungsmuster abheben“¹³. Im Zentrum der Erforschung von Wahlkulturen stehe also „die Frage nach dem bewussten oder unbewussten Konflikt- und Konsensverhalten der konkurrierenden Kräfte, Parteien, Kandidaten. Hierher gehören auch die Muster, nach denen Wahlthemen besetzt, Feindbilder inhaltlich aufgebaut und Konflikte kultiviert oder ritualisiert werden“¹⁴.

Jede Orientierung historischer Wahlforschung ist mit gleichartigen Problemen konfrontiert, die sich aus der Material- und Datenlage ergeben. Weil für die Zeit der Weimarer Republik repräsentative Individual-

daten fehlen, warnt gerade die wahlsoziologische Forschung bei der Präsentation ihrer Ergebnisse vor so genannten ökologischen Fehlschlüssen, das heißt dem einfachen Schluss von der Gebiets- auf die individuelle Wählerebene¹⁵. Der Zusammenhang und die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene, das heißt der möglichst plausiblen Verbindung von Einzeldaten und gesamtgesellschaftlichen Aussagen, stellt allerdings ein zentrales Problem der historischen Wahlforschung sowie jeder politischen Kulturforschung dar¹⁶. Zu beachten ist der Einwand von Karl Rohe, den dieser in Bezug auf Peter Steinbachs dreibändige Geschichte über Wahlkämpfe der so genannten Reichsgründungsära 1867/71 bis 1881 formulierte, welche die „politischen Vorstellungen, Ziele und Kooperationsmöglichkeiten der verschiedenen politischen Bewegungen“¹⁷ untersuchen will. So interessant dieser Versuch sei, „über eine Auswertung von Wahlkampfargumentation und veröffentlichter Meinung Vorstellungsmuster und Interessen einer breiten Wählerschaft und deren Wandel in der Zeit zu erschließen, so notwendig ist es freilich zu betonen, dass wesentliche lebensweltliche Determinanten des Wahlverhaltens über die Analyse öffentlicher Medien in aller Regel nicht fassbar sind“¹⁸. Dagegen zählen Lehnert und Megerle gerade zu den Konstitutionsbedingungen historisch-politischer Kultur, dass diese „in veröffentlichter Meinung nicht als Durchschnittswert regionaler Messdaten hervortritt, sondern bevorzugt über die gesellschaftlichen Metropolen definiert werden kann“¹⁹. Außer den für den Ansatz der Wahlkampfbeschreibung aus nationaler Perspektive vorbildlichen Studien des britischen Nuffield-College will Steinbach die von dem amerikanischen Historiker Stein Rokkan aktualisierte Modernisierungstheorie in den Kontext der Wahlanalyse stellen, insofern Veränderungen der politischen Strukturen im Medium der Wahlkämpfe sichtbar würden²⁰.

Die Analyse von Wahlkampfinhalten aus nationaler Perspektive kann nur Sinn machen, wenn angenommen wird, dass trotz aller regionaler Differenzierung ein reichsweit gültiger, milieubedingter, sozialmoralischer Konsens zumindest innerhalb der jeweiligen politischen Teilstrukturen existierte. Wäre dieser nicht vorhanden, würden sich die divergierenden Elemente voneinander lösen, wie es etwa im Falle des bayerischen Zentrums oder der Abspaltung der KPD von der Sozialdemokratie nach 1918 geschah. Soziokulturelle lokale Sonderfaktoren sowie Fragen der binnennationalen Mentalitäts- und Verhaltensunterschiede – etwa zwischen dem Südwesten Deutschlands, Großstädten wie Hamburg und

dem ostelbischen Gebiet – lassen sich in der vorliegenden Arbeit nur streifen. Sie richtet vielmehr sowohl hinsichtlich der Fragestellung als auch der zugrunde gelegten Quellen den Blick „von oben“ auf die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik. So bedeutsam das Gewicht der regionalen Verhältnissen und so prägend soziostrukturelle Sonderfaktoren vor Ort auch gewesen sein mögen: Die hier gewählte Methode bietet den „Vorteil, die Relevanz einzelner Fragen erkennen und durch die übergreifende Perspektive Großtrends aufzeigen zu können“²¹.

Grundsätzliche Aussage von regionalspezifischen Arbeiten über Wahlkämpfe und Wahlen der Weimarer Zeit – zumeist basierend auf einer Auswertung der lokalen Presse – ist zudem, dass sich die Reichstagswahlkämpfe in dem betreffenden Gebiet nur wenig von den Vorgängen in anderen Teilen Deutschlands unterschieden haben. Auch Elfi Bendikat und Detlef Lehnert stellen in Bezug auf den Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 bei der Kontrolle möglicher Regionaleffekte „keine erwähnenswerten Nuancierungen“ hinsichtlich der Propagandainhalte innerhalb der jeweiligen politischen Teilkulturen fest²².

In den Wahlkampfrichtlinien der Weimarer Parteizentralen finden sich freilich immer wieder Hinweise, wie die Propaganda unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen und lokalen Verhältnissen zu gestalten sei. Immerhin legten die zentralen Parteiaufrufe wesentliche inhaltliche Akzente fest und ließen sich auf das Reich bezogen „für die gesamte Wahlagitation bestimmte Richtlinien aufstellen, die bei der Agitation mit Rücksicht auf die inner- und außenpolitische Entwicklung nicht außer acht gelassen werden dürfen“²³. Betrachtet man die **regionale Differenzierung in Reichstagswahlkämpfen**, so ist die Sonderstellung kaum zu übersehen, die Berlin innerhalb der politisch-kulturellen Landschaft der Weimarer Republik einnahm. Die Propaganda und das Organisationsleben der Weimarer Parteien orientierten sich in starkem Maß an den Verhältnissen in der Reichshauptstadt, ein Umstand, der auch bei der inhaltlichen Analyse ihrer Wahlpropaganda stets mitgedacht werden muss. Gerade in Wahlzeiten stand der „Kampf um Berlin“ im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, nicht zuletzt weil, so der *Vorwärts*, es auch in einer Demokratie nicht gleichgültig sei, „wie die Hauptstadt fühlt und denkt“. Ihr „politisches Fluidum“ wirke sich unmittelbar auf die hier ansässigen Reichsbehörden und Parlamente aus, so dass die Stellungnahme der hauptstädtischen Bevölkerung nicht selten indirekt die politischen Entscheidungen beeinflusse: „Wenn die große Wahl-

schlacht [vom 4. Mai 1924] geschlagen ist, wird die erste Frage Deutschlands und des Auslandes lauten: ‚Wie hat Berlin gewählt?‘²⁴.

Es ließe sich bei der hohen Kontinuität, die das deutsche Parteiensystem im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik bewies, vermuten, dass auch die Wahlkämpfe keinem wesentlichen Stil- und Methodenwandel unterlagen²⁵. Ein Leitmotiv der vorliegenden Arbeit bildet daher der Frage, ob und wie sich in den relativen Stabilisierungsjahren nach 1924 die Erscheinungsformen sowie der politische Stellenwert der Wahlkämpfe qualitativ veränderten haben. Während ihr Ausgang für die tatsächliche Politik mehr und mehr bedeutungslos wurde, gilt in Bezug auf die Spätphase der Weimarer Republik das Wort von Hans Mommsen, dass Wahlkämpfe zu bloßen Anlässen herabsanken, „um den Privatarmeen von links und rechts Gelegenheit zu verschaffen, ihre potenzielle Macht unter Beweis zu stellen“²⁶. Für die Wahlen des Jahres 1932 reklamiert Mommsen daher einen neuen Wahlkampfstil, bei dem „die programmatischen Aussagen der Parteien gegenüber plakativen und pauschalen Polemiken“ zurücktraten²⁷.

Hervorstechendster äußerer Unterschied zwischen heutigen Wahlkämpfen und denen der Weimarer Zeit ist vielleicht die Verlagerung des Geschehens von der Straße auf den häuslichen Fernsehbildschirm. Gerhard Paul spricht für die Zeit nach 1918 von einer „Funktionalisierung der Straße als öffentlichem politischem Kommunikationsraum“ vor allem durch die aufblühende Bildpropaganda: „Wahlkämpfe wurden zu Plakatschlachten, in denen eine nie zuvor und nie wieder in der deutschen Geschichte erreichte, äußerst differenzierte politische Bildersprache entstand, die politische Deutungen von Vergangenheit und Gegenwart, Zukunftsängste und Utopien, in publikumswirksame, parteispezifische ikonische Zeichen, Symbole und Parolen transformierte“²⁸. Reichstagswahlkämpfe drängten das sonstige politische Leben der Weimarer Republik völlig in den Hintergrund – bis hin zu einer „Art Stillstand der Staatsgeschäfte“²⁹.

In neuerer Zeit geraten Wahlkämpfe und ihre Inhalte, die bislang hauptsächlich im Rahmen der Parteiengeschichtsschreibung behandelt wurden, stärker ins Blickfeld der historischen Wahlforschung. In dem guten Forschungsstand der Parteiengeschichte des Deutschen Kaiserreichs sowie immer mehr auch der Weimarer Republik ist jedoch ebenso wenig ein Ersatz für die Wahlkampfhistoriographie zu sehen wie in der regionalen Wahlhistorie³⁰. Die von Peter Steinbach sowie einigen

amerikanischen Historikern belebte Forschung zur Wahlpolitik im Kaiserreich konzentriert sich auf die inhaltlichen Seiten der Reichstagswahlkämpfe, auf die Themen und Programme sowie auf die Feind- und Selbstbilder der Parteien. Zentrale, übergeordnete Fragestellungen gelten der Fundamentalpolitisierung der Bevölkerung und der Nationalisierung der deutschen Politik.

Die vergleichende Studie von Elfi Bendikat über nationale Wahlkämpfe in Deutschland, Frankreich und England am Ende des 19. Jahrhunderts richtet dagegen ihr Hauptaugenmerk auf die Politikstile der Parteien. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahlwerbung in den drei Ländern durch die wachsende Konkurrenz auf dem „politischen Massenmarkt“ strukturell ähnliche Agitationsstrategien annahm. Die deutschen Parteien zeichneten sich dabei im internationalen Vergleich „durch eine besonders ausgeprägte Bereitschaft zur sozialen und politischen Selbstbildpflege, durch eine besondere multifrontale Konfliktorientierung und Reduktionsneigung sowie durch den aggressiven Einsatz ideologischer Stereotypen“ aus³¹. Nimmt man zu den Arbeiten von Steinbach und Bendikat noch die ältere Monographie von George Dunlap Crothers, der bereits 1947 eine „study of chances in public sentiment with regard to certain ‚national‘ questions and policies“ vorlegte³², und die Arbeit von Jürgen Bertram über die Reichstagswahl von 1907 beziehungsweise 1912 sowie die Studie von Brett Fairbairn über die von 1898 und 1903 hinzu, lässt sich sagen, dass für das Kaiserreich die von Steinbach geforderten „nationalen Messlatten“ vorliegen, anhand derer mögliche Regionaleffekte in den Reichstagswahlkämpfen festgestellt werden können³³.

Für die Zeit der Weimarer Republik – immerhin „einer der am besten erforschten Abschnitte der deutschen Geschichte“³⁴ – existieren dagegen bislang keine vergleichbaren Forschungen. Die Reichstagswahlkämpfe nach 1918 werden in den allgemein- beziehungsweise parteiengeschichtlichen Darstellungen bislang nur beiläufig behandelt, hauptsächlich unter sich zum Teil überlappenden Gesichtspunkten wie dem der Brutalisierung von Politik oder der Frage nach politischer Gewalt sowie in Arbeiten zur Parteipropaganda. Abgesehen von Studien mit regionalem beziehungsweise lokalem Schwerpunkt – stellvertretend für die ältere Forschung sei die Dissertation von Günther Mick über Wahlen in der Stadt Trier zwischen 1918 und 1933 genannt –, kann sich eine Untersuchung der Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 auf keine spezifischen und systematischen Vorarbeiten stützen, obwohl die Ge-

schichte der Weimarer Republik mitunter als eine Geschichte permanenter Wahlkämpfe und speziell ihre letzten Jahre als eine „endlose Kampagne“ beschrieben werden³⁵. Zu Recht sprechen Elfi Bendikat und Detlef Lehnert von einer „Vernachlässigung der Weimarer Reichstagswahlen als politikhistorische Quelle der kollektiven Mentalitäten“. Dies sei „um so erstaunlicher, als im konkurrenzdemokratischen Werben um die Stimmen auf dem ‚politischen Massenmarkt‘ geradezu idealtypisch“ die Interdependenz der verschiedenen Ebenen eines Forschungsansatzes zur Politischen Kultur sichtbar werde³⁶.

Auch die nationalsozialistischen Wahlkämpfe wurden bislang trotz einiger Teilstudien noch nicht einer qualitativen Interpretation unter politisch-kulturellen Aspekten unterzogen. Auf der Basis von Aufsätzen, Denkschriften und Rundschreiben und Propagandamedien sowie vor allem der Plakate stellt Gerhard Paul immerhin die visuellen Deutungs- und Agitationsmuster dar, die das „Drehbuch der wichtigsten Wahlkämpfe der NSDAP“ von 1928 bis 1933 bestimmten³⁷. Ein Manko der vorliegenden Arbeiten zu Parteien und Wahlen in der Weimarer Republik ist aber, dass sie entweder hinsichtlich der Zahl der untersuchten Parteien oder eben regional eingegrenzt sind. Schon nur ganz allgemeine Informationen über die Wahlkampfpropaganda etwa der liberalen und katholischen Parteien, geschweige denn der zahlreichen Weimarer Klein- und Interessenparteien, aus der Literatur erhalten zu wollen, erweist sich als langwierige Sucharbeit oder ist von vornherein aussichtslos. Eine neuere Darstellung zur Politik des Zentrums in den Jahren von 1924 bis 1930 schenkt allerdings der Wahlkampfpraxis der Partei ausdrücklich große Beachtung³⁸.

Abgesehen von zwei älteren amerikanischen Dissertationen über die Reichstagswahl von 1928 beziehungsweise 1930³⁹ ist die bislang einzige Spezialstudie, die einen Reichstagswahlkampf in der Weimarer Republik aus nationaler Perspektive analysiert, der bereits zitierte Aufsatz von Elfi Bendikat und Detlef Lehnert, der 1990 im Rahmen des Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik erschien. Im Unterschied zur regionalspezifisch oder lokalhistorisch orientierten Wahl- und Parteienforschung untersuchen sie den Reichstagswahlkampf vor dem 4. Mai 1924 explizit hinsichtlich politisch-kultureller Fragestellungen. Nach einer einführenden Skizze der politischen Rahmenbedingungen 1923/24 behandelt ihre Studie die „zentralen Themenfeldern des Selbstverständnisses und der Auseinandersetzungen von parteipoliti-

schen Teilkulturen“, wobei tagespolitische Einzelaspekte gegenüber den „grundsätzlichen Wertorientierungen, Leit- und Feindbildern“ der Parteien in den Hintergrund gerückt werden. Besondere Abschnitte gelten den zentralen Wahlaufufen, den außen- und innenpolitischen Grundsatzkonflikten, dem Einsatz von politischen Stereotypen und Feindbildern – das „ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation“ –, während am Schluss des mit Wahlplakaten, politischen Karikaturen und Zeitungsausschnitten illustrierten Aufsatzes der sich bereits im Frühjahr 1924 ankündigende „Weg zum ‚negativen Konsens‘ der antirepublikanischen Sammlung“ beschrieben wird⁴⁰.

Abseits solcher theoriebewegter Forschung zur historisch-politischen Kultur wurden jüngst zwei Bonner Dissertationen veröffentlicht, welche ebenfalls die Wahlkampfpropaganda der Weimarer Parteien zum Gegenstand haben. Florian Stadel geht quellenmäßig ähnliche Wege wie Bendikat und Lehnert, indem er die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 sowie die Wahl zum preußischen Landtag 1932 im Spiegel der richtungspolitischen überregionalen Tageszeitungen beschreibt. Allerdings will er die „Eigenheiten der einzelnen Blätter, ihre jeweilige Argumentationsführung [...] in ihrer ganzen Subjektivität“ mehr oder weniger unkommentiert stehen lassen⁴¹. Peter Staatz wiederum sieht seine Hauptaufgabe darin, „darzulegen, wie die Parteien [des Kreises Düren bei Köln] selbst sich dem Wähler präsentierten, mit welcher Propaganda die Parteien an die Wähler herantraten“⁴². Jedes Kapitel der von ihm untersuchten Reichs- und Landtagswahlen von 1918 bis 1933 schildert sowohl den Wahlkampfablauf, die regionalspezifischen Parolen jeder Parteien sowie ihre jeweiligen Hauptgegner und Zielgruppen.

In der vorliegenden Arbeit werden die Reichstagswahlkämpfe in der Weimarer Republik während der Phase der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1930 dargestellt und hinsichtlich der oben angesprochenen Fragestellungen analysiert. Weder kann eine quantifizierende Wahlergebnisanalyse noch eine Wirkungsanalyse der Propagandamedien, noch ein Beitrag zur Erklärung des Wählerverhaltens geleistet werden. Im Anschluss an die Wahlkampfhistoriographie gilt das Hauptaugenmerk vielmehr der Frage, ob sich in den untersuchten Reichstagswahlkämpfen politische Deutungs- und Handlungsmuster über die Grenzen der wichtigsten Parteien beziehungsweise Teilkulturen hinweg als durchschlagend erweisen konnten.

Zwischen 1924 und 1930 akkumulierte sich das politische Widerspruchspotenzial, an dem die Weimarer Republik Anfang der 1930er-Jahre scheiterte. Mit Michael Stürmer lässt sich behaupten, dass die Mittelphase für historisch-politische Untersuchungen dadurch an Bedeutung gewinnt, dass hier bei Abwesenheit gravierender äußerer Druck- oder Störfaktoren die Eigengesetzlichkeit der politischen Gestalt der Republik – ebenso wie auf kulturellem Gebiet – stärker hervortrat als in der vergleichsweise besser erforschten Anfangs- oder Endphase⁴³. Zu Recht betont die Weimar-Forschung heute allerdings die Scheinstabilität während der „goldenen 20er-Jahre“. Was die Jahre zwischen 1924 und 1930 hervorhebt, war ein Rückgang der akuten Bedrohung im Innern, etwa durch extremistische Umsturzversuche, und von außen, etwa durch Sanktionsmaßnahmen der Alliierten. Nicht zuletzt aber die Wirtschaft war während des Jahrfünfts nach dem Krisenjahr 1923, das die extreme Zuspitzung von durchgängigen Weimarer Problemlagen gebracht hatte, alles andere als stabil: „Ein Blick auf die Innenpolitik der Jahre 1924 bis 1930 zeigt ein höchst uneinheitliches Bild von Stabilisierungsbemühungen und Obstruktion, von Ansätzen republikanischer Legitimität und von Verächtlichmachung der neuen Ordnung um jeden Preis, von der Suche nach Mechanismen politischer Entscheidungsfindung zwischen Verfassungskonstruktion, Wählerwillen und manipulativer Öffnung des Weges in einen anderen Staat“⁴⁴.

Die Darstellung und Analyse der Propaganda sowie der Programme der politischen Parteien für die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930 geschieht in erster Linie auf der Grundlage archivalischer Quellen sowie zweitens der überregionalen Tages- und Parteipresse. Da aus der Weimarer Zeit weder Meinungsumfragen noch demoskopische Datensätze vorliegen, ist die historische Wahlkampfforschung wesentlich auf solche publizistischen Quellen angewiesen, die „von im weitesten Sinne Deutungsexperten – Journalisten, Politikern, Schriftstellern – produziert wurden, weswegen von den Eigenschaften des analysierten Materials nicht umstandslos auf die politischen Vorstellungen des Publikums geschlossen werden kann“⁴⁵.

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei gleichberechtigten Hauptteilen, in denen verkürzt gesagt einmal die technische und zweitens die inhaltliche Seite der Reichstagswahlkämpfe beleuchtet wird. Quellenbasis für den zweiten Teil bildet das oft als „Graue Literatur“ der politischen

Werbung bezeichnete propagandistische Schriftgut, im wesentlichen knapp 1 600 thematisch verschiedene Wahlflugblätter der Weimarer Parteien. Bei diesen handelt es sich keineswegs um die Zahl aller damals produzierten „fliegenden Blätter“, sondern nur um die heute in den großen staatlichen Archiven Deutschlands überlieferten Stücke. Da der Grad der Repräsentativität von Wahlflugblättern der Weimarer Parteien nicht mehr festzustellen ist, musste versucht werden, die Validität der Aussagen durch die Breite der Materialbasis zu sichern. Zurückgegriffen wurde im Wesentlichen auf die umfangreichen Bestände des Bundesarchivs in Koblenz und Potsdam, der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart sowie der Parteiarchive, vor allem dem Bonner Archiv der sozialen Demokratie und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin⁴⁶.

Zu beachten ist, dass ein großer Teil der Flugblätter anlässlich von Reichstagswahlen auf regionaler und lokaler Parteiebene hergestellt und auch redaktionell verantwortet wurde. In den Archiven finden sich die Wahlflugblätter meist bunt durcheinander gewürfelt und weder nach Ort, Datum oder Parteiinstanz beziehungsweise -bezirk geordnet. Es blieben aber nur solche Flugblätter in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt, die einen deutlich erkennbaren Bezug auf ausschließlich örtlich interessante Sachverhalte aufwiesen. Bei ihnen bildete die Reichstagswahl oft nur den äußeren Aufhänger zur Vermittlung lokalspezifischer Themen.

Bezüglich der zweiten Hauptquellengruppe, der überregionalen Tages- und Parteipresse, ist anzumerken, dass der Presseberichterstattung als historische Quelle lange Zeit in der Historikerzunft skeptisch begegnet wurde. Doch waren die Tageszeitungen innerhalb der Weimarer Publizistik nicht nur die „führenden politischen Nachrichten-Übermittler“⁴⁷, sondern auch ein in heute kaum mehr vorstellbarem Ausmaß genutztes Forum direkter parteipolitischer Propaganda. Gerade für die historische Wahlkampfforschung bilden sie daher eine wichtige Quellengruppe. Die Tagespresse kann geradezu als das Medium gelten, durch das „die ‚Meinungen in der Öffentlichkeit‘ zur ‚öffentlichen Meinung‘“ wurden, „zumindest in Formierungsbereichen nationaler politischer Kultur“⁴⁸.

Die Untersuchung der organisatorischen Seite von Wahlkämpfen leidet wie die Weimarer Parteiengeschichte generell unter dem Verlust unmittelbarer Parteiakten auf allen Ebenen⁴⁹. Anhand der wenigen überlieferten Rundschreiben der Parteiführungen sowie vor allem der Berichterstattung in der überregionalen Tages- und Richtungspressen wird

zunächst schwerpunktmäßig für jede Wahl neben den wichtigsten Daten auch die allgemeine Wahlkampfatmosphäre unter spezieller Berücksichtigung des Faktors der politischen Gewalt rekonstruiert. Dann wird dem Verhältnis der einzelnen Weimarer Parteien zur Institution Wahlkampf nachgegangen und werden Beispiele ihrer konkreten Wahlkampforganisation gegeben. Dabei stehen Fragen der Finanzierung, des unterschiedlichen Wahlkampfstils und der Wahlkampfplanung der Parteien im Vordergrund. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Spektrum und der praktischen Bedeutung von einzelnen Propagandamitteln und -methoden der Parteien. Die Abschnitte des zweiten Hauptteils sind nach einem einheitlichen Schema aufgebaut, wonach zunächst die Vorgeschichte der Wahl unter spezieller Berücksichtigung etwaiger Tendenzen bei den vorangegangenen Landtags- und Regionalwahlen skizziert wird. Dann folgt jeweils die inhaltsanalytische Darstellung der Wahlprogramme der Parteien im Spiegel ihrer Flugblattpropaganda. Die Reihenfolge richtet sich nach der Stimmenstärke bei der letzten Wahl, sodass die SPD stets zuerst behandelt wird, gefolgt von der DNVP, der zwischen 1924 und 1930 zweitstärksten Weimarer Partei. Jeder Abschnitt zu einer Partei ist thematisch untergliedert nach den Aspekten ihrer allgemeinen Wahlziele – unter besonderer Berücksichtigung koalitionspolitischer Bündnisoptionen – und Hauptthemen, der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der wichtigsten Selbst- und Feindbildern sowie schließlich den Hauptadressaten in der Wählerschaft beziehungsweise der Zielgruppenwerbung. Zum Schluss folgt jeweils eine knappe Darstellung des Wahlergebnisses, der wichtigsten Wählerbewegungen und Reaktionen auf die Wahl sowie eine Bewertung des Wahlkampfes.

Als **Wahlprogramm** wird das gesamte ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation bezeichnet, für die wiederum der Einsatz von politischen Stereotypen und Topoi charakteristisch ist. Gegenüber dem offiziellen Parteitagsprogramm, das den Kompromiss eines längeren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zwischen den Parteiflügeln darstellt und längerfristige, stärker dogmatische Ziele präsentiert, geben Wahlprogramme unmittelbarer und punktueller die Einstellungen und Strategien der Parteien wieder und sind aufgrund ihres Werbecharakters mit größerer Rücksicht auf Stimmungen in der Bevölkerung formuliert. Wie die längerfristig angelegten Parteiprogramme dienen Wahlprogramme aber auch dem innerparteilichen Frieden. Sie können anderswo fest geschriebene Ziele konkretisieren sowie taktisch oder zeit-

lich begrenzte Wendungen im Parteiverhalten dokumentieren. Obwohl die opportunistischen Versprechungen der Parteien ihren Programmen oft den Charakter von Warenhauskatalogen geben, sind Wechselwirkungen zwischen ihnen und den Werthaltungen und Deutungsmustern in der Bevölkerung eklatant. Bestes Beispiel hierfür ist das Erfurter Programm der SPD von 1891, das nicht nur das „Denken zumindest zweier Generationen von Sozialdemokraten nachhaltig geprägt und die Identität der Partei über eine lange Dauer“ geformt, sondern auch „die Ängste und Ressentiments großer Teile der neuen Mittelschichten, des alten Mittelstandes und der Bauern gesteigert und verfestigt“ hat⁵⁰.

Wahlprogramme ergaben sich aus der Summe verstreuter Stellungnahmen der Parteien während der Wahlzeit, vor allem aber aus den Aufrufen der Berliner Parteiführungen und den sonstigen publizistischen Kundgebungen sowie den Versamlungsreden. Letztere sind allerdings nur im Ausnahmefall gedruckt worden und bleiben deshalb in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt. Während Quellengruppen wie etwa die Polizeiberichte von Versamlungen der Parteien aufgrund ihrer vom Thema wegführenden Entstehungsintention nicht herangezogen wurden, können auch die ausgewerteten Wahlkampfmaterialien der Parteien ebenso wie etwa Parlamentsdebatten oder biographische Zeugnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität im Sinne von Umfragen erheben. Die Tagebücher oder Erinnerungen von Weimarer Parteipolitikern eignen sich allenfalls, um den Wahlkampf als öffentliches Spektakel zu begreifen. Wenig informativ ist etwa das Tagebuch von Joseph Goebbels, der meist nur selbstmitleidig über die persönlichen Strapazen der Wahlkämpfe reflektiert. Die Parteigeschichte von Werner Stephan, der als Generalsekretär der DDP bis 1929 an führender Position das Wahlkampfmanagement seiner Partei gestaltete, stellt allerdings eine für die vorliegende Arbeit interessante Ausnahme dar, insofern sie detailliert die parteiinterne Willensbildung sowie Kandidatenkämpfe vor den Wahlen zu schildern weiß. Prägnante Stimmungsbilder lassen sich nicht zuletzt der umfangreichen zeitgeschichtlichen Literatur entnehmen, deren herausragende Vertreter wie Oskar Maria Graf oder Alfred Döblin immer wieder auf das Thema Wahlkampf zu sprechen kommen.

Aus der **Weimarer Presselandschaft** hat sich ein Kanon von überregionalen Tageszeitungen herauskristallisiert, der als repräsentativ für die wichtigsten politischen Teilkulturen gelten kann. Im Zeitraum von ungefähr drei Monaten vor jeder Reichstagswahl wurden daher für die

DDP die ihr nahe stehenden und in Berlin erscheinenden, aber überregional beachteten Zeitungen *Berliner Tageblatt* und *Vossische Zeitung* ausgewertet, die mit Auflagen von bis zu 300 000 beziehungsweise 80 000 Stück eine zentrale Stellung im liberalen Pressespektrum der 1920er-Jahre einnahmen. Beide erschienen zweimal täglich, sonntags und montags jedoch nur einmal, von der *Vossischen* gab es ab Dezember 1924 zudem eine tägliche Reichsausgabe⁵¹. Die *Frankfurter Zeitung* bildete mit etwa 150 000 Kopien das „traditionelle Organ der außerpreussischen Demokraten“, das statt der ursprünglich drei täglichen Ausgaben ab August 1930 infolge von Sparmaßnahmen des Verlages nur noch mit einer Reichsausgabe in einer Auflage von 80 000 Stück erschien⁵². Als offizielles Sprachrohr der in Berlin sitzenden Parteiführung und vor allem der Reichstagsfraktion des Zentrums konnte die Tageszeitung *Germania* gelten. Da sie großen Einfluss auf die reichspolitische Linie der katholischen Partei ausübte⁵³, wurde sie deren anderen Organen hier vorgezogen, auch wenn das Zentrum seine Hauptstützpunkte eher im Westen des Reiches sowie vor allem im Rheinland besaß. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* wurde ausgewertet, um das in den maßgeblichen Industrie- und Wirtschaftskreisen lange Zeit tonangebende Segment der politischen Kultur der Weimarer Republik einzubeziehen. Als Nachfolgerin der halboffiziellen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* des Kaiserreiches nahm sie meist den Standpunkt des rechten schwerindustriellen Flügels der DVP ein, der grundsätzlich mehr zur DNVP als zur bürgerlichen Mitte tendierte. Vor Wahlen enthielt sich das Blatt, das 1927 durch Vermittlung von Stresemann in den Besitz eines Konsortiums von Ruhrindustriellen und Berliner Großbanken übergang, weit gehend der direkten parteipolitischen Agitation, rief aber stets unmissverständlich gegen die „rote Gefahr“ auf⁵⁴. Um die offizielle Politik der DVP abzubilden, wurde zusätzlich das Parteiorgan *Nationalliberale Correspondenz* herangezogen.

Die antirepublikanische, aber gouvernemental gesinnte Rechte der Weimarer Republik besaß ihre publizistische Plattform in der *Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung*, die bis zu den Parteispaltungen 1929/30 linientreues Sprachrohr der DNVP war, danach aber auf Distanz zur neuen Hugenberg-Führung ging. Der *Völkische Beobachter*, seit 1920 das Organ der Münchener Reichsleitung der NSDAP, konnte sich von einer minimalen Auflage um 2 500 im Jahr 1923 auf gut 128 000 Exemplare im Jahr 1931 steigern. Als bedeutendstes „politisches Führungsmittel“ der Hitlerpartei, von dem seit 1927 eine zusätzliche Reichsausgabe erschien,

musste ihn jeder Parteifunktionär abonnieren⁵⁵. Neben Leitartikeln, welche die politische Linie der KPD erläuterten, enthielt deren in Berlin erscheinendes Zentralorgan *Rote Fahne* auch eine Vielzahl von Berichten über Massenaktionen der Partei, vor allem aus Berlin, ihrer mit Abstand wichtigsten Hochburg. Obwohl die Auflage der *Roten Fahne* bis 1932 auf 130 000 Exemplare stieg, besaß sie wie die gesamte Presse der KPD nur eine schwache Außenresonanz, sondern in erster Linie ein milieuspezifisches Publikum⁵⁶. Als Mitgliederblatt und bedeutendste Tageszeitung der SPD wurde schließlich deren Berliner Zentralorgan *Vorwärts* ausgewertet⁵⁷.

Während über historisch genetisch verwandte Medien wie den öffentlichen „Maueranschlägen“ beziehungsweise Plakaten, die sich als eigenständige Gattung von Bild-Text-Quellen erst im 19. Jahrhundert herausbildeten⁵⁸, eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten und Editionen vorliegt, führen **Flugblätter** in der Geschichtsschreibung immer noch ein Schattendasein. Obwohl ihre Bedeutung als publizistisches Massenkommunikationsmittel in den Epochen vor dem Internet- und Fernsehzeitalter kaum unterschätzt werden kann⁵⁹, hat sich dies bislang noch in keiner systematischen Untersuchung über diese Quellengruppe niedergeschlagen. Lediglich das „illustrierte Flugblatt“ der Reformations- und Barockzeit, sowie die spezielle Gruppe der Kriegsflugblätter erfreuen sich größeren Interesses. Dem Weimarer Zeitgenossen galten die Flugblätter hingegen als wichtigste Träger des „Werbefeldzuges“, den die Parteien zur Wahl der Nationalversammlung 1919 organisierten: „Die Zeiten hochgespannter Erregung sind stets ein günstiger Boden für diese Art der Ideenverbreitung gewesen. Die Menschen sind lesehungriger denn je. Sie wittern Sensation, hinter jedem Zettelverteiler. Aber die Technik des Flugblatts will auch erlernt sein“⁶⁰. In den millionenfach aufgelegten Flugblättern, der nach 1918 wichtigsten Kleinform argumentativer politischer Werbung, und sonstigem Propagandaschriftgut wurde das eigentliche Programm der Parteien anlässlich von Wahlen sichtbar⁶¹. Mit Frank Kämpfer kann daher zu Recht behauptet werden, dass die Wahlkämpfe der Weimarer Republik erst mithilfe der unzähligen Flugblätter und Plakate als darstellbar werden, „was sie wirklich gewesen sind, als leidenschaftliches Ringen um den richtigen Weg aus der Krise“⁶².

Grundsätzlich können Flugblatt und Flugschrift⁶³ als synonyme Bezeichnungen für eine Gruppe von Bild-Text-Quellen aufgefasst werden, die sich in erster Linie durch publikationstechnische, intentionalistische

und sprachstilistische Eigentümlichkeiten von anderen publizistischen Medien unterscheiden. Stets zu bedenken ist die Formenvielfalt des Flugblatts, die vom einfachen losen Blatt bis hin zur mehrseitigen Blätterfolge, vom bloßen Ankündigungszettel bis hin zum ausformulierten Programm reichen konnte. Der äußeren Form nach handelt es sich um ein- oder beidseitig bedruckte Papierblätter, die ein- oder mehrfach gefaltet, mitunter geheftet und sowohl schriftliche als auch bildliche Elemente beinhaltend, gedruckt, gestempelt, hektographiert oder handschrieben sein sowie in hoher Auflage oder in wenigen Exemplaren erscheinen können. Eine wichtige gattungstypische Eigenschaft der modernen politischen Flugblätter hängt mit ihrer vergleichsweise einfachen, schnellen und billigen Herstellungsweise zusammen, durch die sie sich in besonderen Maße als Kommunikationsmittel in Zeiten der gesellschaftlichen Krise oder in Phasen verschärfter politischer Auseinandersetzung wie eben vor Wahlen empfehlen. Neben den publikationstechnischen Merkmalen lassen sich Flugblätter aber auch durch innere Gestaltungsprinzipien und Formelemente von anderen publizistischen Schriftquellen abgrenzen. Die zumindest teilweise immer vorhandenen Komponenten des Flugblattes sind der Text, der die wichtigsten Aussagen enthält, die Adresse oder Parole, die den Empfänger oder die Zielgruppe nennt und meistens appellativen Schlagzeilencharakter besitzt, aber auch in Frageform auftreten, fett gedruckt sowohl visueller Blickfang als auch das Konzentrat der Aussage sein kann, sowie der mitunter verdeckte Sender beziehungsweise Verfasser. Bilder, Zeichnungen und Symbole gehören in ihren vielfältigen stilistischen Erscheinungsformen der Grafik, Malerei und Fotografie neben den Farben zu den wichtigsten Mitteln der Flugblattgestaltung, die das Interesse des Adressaten zu wecken und fesseln vermögen. Gerade für die organisierte Arbeiterbewegung mussten Flugblätter als „erste Form der sozialdemokratischen Literatur“, so ein Ausspruch Lenins, klar umrissenen Anforderungen genügen: Prägnanz im Ausdruck, sprachliche Ökonomie und Volkstümlichkeit, Leserlichkeit und Verständlichkeit bildeten elementare Voraussetzungen für ihre Wirkung⁶⁴.

Wenn auch berühmte Flugschriften wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ oder die von Rosa Luxemburg verfassten „Junius-Briefe“ ihrer Intention nach auch für die Nachwelt geschrieben wurden, sind politische Flugblätter zumal in ihrer massenhaften Verbreitungsform kaum anders als schriftliche Überreste zu klassifizieren⁶⁵. Ihre Überlie-

ferung vollzieht sich bis in die Gegenwart hinein meist zufällig und verstreut auf zahlreiche staatliche oder private Sammlungen. Von der „Zettelflut“ vergangener Wahlkämpfe ist heute nur noch ein Bruchteil erhalten. Doch hat die unsystematische Überlieferungslage wenig Einfluss auf den Wert des politischen Flugblattes als Quelle für den Historiker. Er ist vor allem wie angesprochen in der Regulativfunktion dieses publizistischen Mittels zu sehen, in dem sich neben etablierten und ständigen Medieneinrichtungen der „öffentlichen Meinung“ im weitesten Sinne des Wortes eine Art gesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit artikulieren kann⁶⁶.

Da es die vorliegende Arbeit in starkem Maße mit sprachlich-argumentativen Stereotypen von politischen Flugblättern zu tun hat, erscheint es sinnvoll, das eng damit verbundene **Phänomen „Propaganda“** begrifflich einzugrenzen⁶⁷. Ausgehend von der kommunikationstheoretischen Standardsituation mit Sender, Medium und Empfänger erscheint Propaganda als der Versuch, die Deutungs- und Handlungsmuster eines Empfängers durch die des Senders mithilfe verschiedener Medien zu beeinflussen, zu ändern oder im Extremfall sogar zu ersetzen. Im Anschluss an die moderne Theorie der politischen Sprache kann Propaganda als Manipulation mit dem Ziel der Beherrschung der öffentlichen Meinung und der Erringung von politischer Macht beschrieben werden. Darüber hinaus bezeichnet der Begriff in der vorliegenden Arbeit das Repertoire an Werbemitteln und -methoden, das in der politischen Parteienwerbung zur Verbreitung von Ideen und Programmen sowie zur Mobilisierung von Anhängern beziehungsweise Wählern eingesetzt wird.

Empirisch nachprüfbar und allgemeingültige Aussagen über die Wirkung von Propagandamedien sind allerdings selbst bei dem heutigen Stand der Massenkommunikations- und Meinungsforschung nur sehr beschränkt möglich. Alles in allem darf es in Bezug auf die Wirkung von politischer Propaganda als sicher gelten, dass ihre Rezeption in entscheidendem Maße von den äußeren sozialen Rahmenbedingungen und politischen Stimmungen im Wahlvolk abhängig ist. Psychologische, politische und wirtschaftliche Spannungen werden zweifelsohne die Bereitschaft der Konsumenten erhöhen, einem propagandistischen Appell – welcher Art auch immer – Interesse zu schenken. Bei Wahlflugblättern muss wie bei allen zeitgeschichtlichen Propagandaquellen zudem das Bestreben des Produzenten in Rechnung gestellt werden, eine Identität des Adressaten mit seinen Zielen dadurch herzustellen, dass er sich des-

sen Vorstellungen und Interessen opportunistisch und zum Teil gar auf Kosten eigener Positionen anpasst⁶⁸. Frank Kämpfer bezeichnet die „Scheininformation“, die gezielt manipulative Falschunterrichtung oder Tarnung, als methodisches Hauptproblem aller politischen Propagandaforschung⁶⁹.

Wie bei jedem parteipolitischen Agitationsmittel sind die Aussagen der durch die politische Sprache kompliziert verschlüsselten Flugblätter also eingedenk des für zeitgeschichtliche Quellen typischen Vorbehaltes ihrer ideologischen Bestimmtheit zu lesen. Eine exakte ideologiekritische Relativierung der Quellenaussagen kann die vorliegende Arbeit jedoch schon aus Platzgründen nicht leisten. Noch aussichtsloser wäre es gewesen, alle Irrtümer, Fehlbewertungen oder Lügen richtig stellen zu wollen, da sich dies Unterfangen am Wesen der Propaganda und ihrer suggestiven Verzerrung der Wirklichkeit schnell totgelaufen hätte. Jede politische Propaganda lebt von der Methode der qualitativen Reduktion, der extremen Realitätsverdichtung und Simplifizierung, die etwa Begriffe wie „Kapitalismus“, Worthülsen wie „Verrat“ oder Slogans wie „Arbeit und Brot“ kennzeichnet⁷⁰.

Die Analyse von Wahlflugblättern dürfte nicht zuletzt auch dadurch besonders wertvoll für den Historiker sein, dass sich hier im Konkurrenzkampf um Wählerstimmen die spezifischen Werbestrategien der Parteien gegenüber den einzelnen Bevölkerungsgruppen direkter als in anderen publizistischen Quellen offenbaren. Während die soziale und berufliche Schichtung der Wählerschaft der Weimarer Parteien aus Mangel an Datenmaterial weitgehend im Dunkeln bleiben muss⁷¹, erlaubt die Analyse der Flugblattpropaganda vor Reichstagswahlen nicht zuletzt Rückschlüsse darauf, in welchem sozialen Raum sich die Parteien selbst sahen oder bei welchen Wählergruppen sie sich die größten Chancen erhofften. Ein grundsätzliches Problem bei der Analyse solcher „Zielgruppen“-Werbung ist allerdings, dass die Parteien Wähler, deren Stimmen sie sich sicher glaubten, in der Regel oft gar nicht mehr oder nur eingeschränkt ansprachen. Die in einer verstärkten Werbung um Stammklientel sichtbare Verunsicherung kann andererseits bedeuten, dass sich die Partei aus dem offenen gesellschaftlichen Diskurs und Wettbewerb um Stimmenpotenziale zurückzieht und sich – wie etwa das Weimarer Zentrum nach 1928 – in ihrem angestammten sozialmoralischen Milieu „einigelt“.

Eine gleich den Adressatengruppen wichtige Untersuchungsebene bei der Analyse von Wahlpropaganda betrifft die Frage nach den Selbst- und Feindbildern, wobei hauptsächlich ihre Funktionsweise im politischen Kampf, nicht ihre Entstehung interessiert. In einem 1992 erschienenen Sammelband über Feindbilder in der Geschichte werden darunter bewusst weitgefasst „alle Informationen und Darstellungsformen [verstanden], die in dem zeitgenössischen Schrifttum eingesetzt werden, um den Gegner als einen Feind zu kennzeichnen“. Feindbilder können Aufschluss geben über „konstitutive Elemente des politischen Denkens, die den Publizisten selbst, aber auch dem von diesen angesprochenen Adressatenkreis eigen waren“⁷². Das Maß des Einsatzes von Feindbildern, die eine nicht unerhebliche Integrationskraft nach innen entwickeln, kann den Grad der Identitätssicherheit der politischen Parteien beziehungsweise Teilkulturen signalisieren. Elfi Bendikat definiert Feindbilder als „extreme Reduktionen der Wirklichkeit“, die auf dem „Prinzip des antithetischen Kontrasts zum positiven Eigenbild“ basieren. Bestehende politische Unterschiede werden dabei mittels der antagonistischen Trennformel von Gut und Böse zu fundamentalen Gegensätzen gesteigert. Jedes historisch relevante Feindbildstereotyp zieht seine Wirkung aus der scheinbaren, allerdings verzerrten sowie milieu- und schichtenspezifischen Übereinstimmung mit realen Phänomenen und kann auf tief in der Mentalität der Bevölkerung verankerten Antipathien und Weltbildern beruhen. Parallel zu der Zunahme des politischen Partizipation der deutschen Bevölkerung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wuchsen den Feindbildern neue Wirkungsfelder zu, insofern mit ihnen nun „erfolgreich Politik gemacht und Wahlen entschieden“ werden konnten⁷³.

Kapitel 2

Politische Kultur, Parteien und Wahlkämpfe im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914

Wahlkämpfe werden in erster Linie von politischen Parteien bestritten, die um politische Macht beziehungsweise um Mandate zur Durchsetzung ihrer Partikularziele ringen. In Deutschland bildeten sich solche institutionell verankerten Interessenvertretungen parallel mit dem Kampf um ein nationales Parlament heraus, was der Frankfurter Paulskirchenbewegung von 1848 entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems gibt. Im Parlamentarismus nach 1867/71 darf das Vorhandensein eines relativ fortschrittlichen Wahlrechts und der sich allmählich über das Reichsgebiet ausdehnenden Parteien – unter Beibehaltung ihrer regionalen Schwerpunkte und Hochburgen – nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihnen das politische System nicht gestattete, ihre eigentliche Funktion wahrzunehmen und zu einer „Durchpolitisierung privater Interessenbestrebungen und damit zu einer Mitverantwortung für die Gesamtheit“ vorzudringen⁷⁴. Die politische Kultur des frühen Bismarckreiches war noch wesentlich geprägt von den Traditionsüberhängen der deutschen Einzelstaaten. Nur langsam bildete sich nach 1867/71 aus „der Vielzahl regionalspezifischer, konfessioneller, sozialer und politisch-parteilicher Stimmungen und Strömungen eine neue Grundorientierung“ heraus. Schon während der Reichsgründungsära begannen die Parteien allerdings als „Elemente der realen Verfassung“ die autokratische Struktur des Kaiserreichs zumindest stellenweise zu durchlöchern⁷⁵. Länger und in stärkerem Maße als in anderen Ländern blieben die deutschen Parteien das, was sie der Herkunft und dem Selbstverständnis her waren, „Ideen- und Weltanschauungsparteien“, weshalb es in den Reichstagswahlkämpfen immer auch um „politi-

sche Glaubensbekenntnisse“ ging. Die dahinter wirkenden Tendenzen zum Absolutheitsanspruch und zur Verneinung eines Parteienpluralismus ließen Auseinandersetzungen über Programme außerordentlich brisant und Kompromisse schwierig, ja ehrenrührig erscheinen. Hinzu kam, „dass die Parteien ihre Basis in ganz bestimmten sozialkulturellen, sozialmoralischen Milieus fanden – dem katholischen, dem proletarischen, dem agrar-protestantisch-ostelbischen, dem (protestantisch)-städtisch-bürgerlichen“⁷⁶.

Mit der Entstehung einer politischen Partei der Arbeiterbewegung etablierte sich Mitte der 1870er-Jahre das Fünf-Parteien-System, das trotz gewisser Auflösungserscheinungen bis 1930 in seinen Grundzügen bestehen blieb. Neben der Sozialdemokratie sind vier weitere politische Richtungen zu unterscheiden: die Nationalliberalen, die Linksliberalen, die Konservativen und das Zentrum. Eine der Sozialdemokratie vergleichbare Subkultur, die ihre Angehörigen integrierte, aber gleichzeitig von Staat und Politik isolierte, stellte nur noch das katholische Milieu dar, das im Zentrum, dem zweiten „Reichsfeind“ der Bismarckära, seine politische Heimat fand⁷⁷. Abgesehen von der SPD blieben die deutschen Parteien im Grunde bis 1914 ohne feste Organisationsstrukturen, sondern existierten lediglich als Parlamentsfraktionen und waren ansonsten auf lokaler Ebene Vereinigungen von Honoratioren gleicher Weltanschauung. Der dürftigen organisatorischen Gliederung entsprach das sich nur in Wahlzeiten stärker entfaltende Parteileben. Auch die Wahlkomitees der Liberalen waren nur „ein lockerer, informeller und exklusiver Zusammenschluss von einigen wenigen begüterten und einflussreichen örtlichen Notablen, die im Persönlichen die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten suchen“⁷⁸. Schon vor 1914 mussten sich jedoch die bürgerlichen Parteien der Herausforderung durch das Modell der Sozialdemokratie als einer durchorganisierten Mitgliederpartei stellen. Die wichtigsten Verschiebungen im Parteiensystem des Kaiserreichs wurden durch deren Aufstieg zur Massenbewegung vor allem der Industriearbeiterschaft ausgelöst. In erster Linie auf Kosten der liberalen Parteien steigerte sich die Sozialdemokratie von 3,2 Prozent in der ersten Reichstagswahl von 1871 zur mit 34,8 Prozent stärksten Partei Deutschlands im Jahr 1912, während die Wahlbeteiligung im gleichen Zeitraum von 51 auf fast 85 Prozent kletterte und auffälligstes Indiz für die Politisierung der deutschen Gesellschaft war. Bei der unmittelbaren, „relativ freien“⁷⁹ und geheimen Wahl aller Männer über 25 Jahre an Werk-

tagen wurden nicht Parteien und Listen, sondern Personen gewählt. Zwei Besonderheiten des absoluten Mehrheitswahlrechts vor 1914 seien hervorgehoben: zum einen die Möglichkeit der Stichwahlen zwischen den zwei Höchstplatzierten, die anfangs nur in wenig mehr als zehn Prozent, später dann infolge der Verschärfung der Wahlkämpfe in fast der Hälfte aller 397 Wahlkreise stattfanden⁸⁰, sowie zweitens die sich ständig steigenden Verzerrungen der Wahlkreisgrößen in Bezug auf die Einwohnerzahl. Beides wirkte sich zuungunsten der Sozialdemokraten aus, zumal die bürgerlichen Parteien in Stichwahlen meist siegreiche Bündnisse durch Absprachen in den Wahlkreisen – nach dem Do-ut-des-Prinzip – schlossen. Seltener kamen dagegen Abkommen bereits vor dem ersten Wahlgang zustande, am bekanntesten wohl das „Kartell“ der Regierungsparteien von 1887 oder der „Bülow-Block“ von 1907⁸¹.

Obwohl Bismarck mit der Einführung des allgemeinen gleichen Männerwahlrechts für die Wahl des Norddeutschen Reichstages 1867 – einer Zäsur der deutschen Parteiengeschichte – ihre Bedeutung entscheidend aufwertete, galten ihm Wahlkämpfe als „unzulässige folgeschwere Beeinflussung der Bevölkerung“⁸². Bismarcks Wahlrechtspolitik schuf aus heutiger Sicht überhaupt erst die Voraussetzungen für eine national ausgreifende Politisierung der deutschen Gesellschaft. Mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts entstand ein „politischer Massenmarkt“, auf dem nun neben der Regierung und den Behörden auch Parteien, Verbände und andere gesellschaftliche Institutionen wie die Kirchen um öffentliche Unterstützung für ihre Ziele warben. Wenn auch die Hoffnung trog, den „Parlamentarismus durch den Parlamentarismus“ besiegen zu können, wurden Reichstagswahlen dank Bismarcks „plebiszitärer Führungstechniken“ dennoch immer wieder zu triumphalen Sach- und sogar Personalplebisziten zugunsten der Reichsführung, wie vor allem die „Attentatswahlen“ von 1878 oder die „Septennatswahlen“ von 1887 belegen: „Neben dem zum Symbol gewordenen Kaiser spielte auch Bismarck in vielen Wahlkämpfen eine bedeutende Rolle, nicht zuletzt, weil es der Kanzler verstand, kunstvoll während der vorangehenden Legislaturperiode oder Sessionen jenen Knoten zu schürzen, der in der sich anschließenden Wahlkampfphase ein zündendes Thema abgab“⁸³. Weil die Regierung nun aber die Interessen und Vorstellungen von Parteien und Presse sowie die um 1890 einsetzende kontinuierliche Agitation durch Interessenverbände zu berücksichtigen hatte, sei es als Gegenspieler, sei es als umworbene Mitgestalter oder Sprachrohre, löste sich in der Rea-

lität der politischen Willensbildung die strikte Trennung von Staat und Gesellschaft mehr und mehr auf. „Die Geschichte der Wahlbewegungen im Kaiserreich ist somit eine Geschichte der innergesellschaftlichen Politisierung und Fragmentierung unter Einfluss und Mitwirkung der staatlichen Verwaltung“⁸⁴.

Diese von Steinbach im Anschluss an Stein Rokkan für die Zeit nach 1871 als „nation-building“ diagnostizierte Fundamentalpolitisierung, die das neue, mit der Reichsgründung entstandene politische System prägte, lässt sich zugleich beschreiben als eine in den Wahlkämpfen „spürbar werdende ‚Entregionalisierung‘ von Konfliktstrukturen und als Nationalisierung von Länder übergreifenden Entscheidungspositionen“⁸⁵. Zwar wirkten soziostrukturelle, konfessionelle und landeshistorische Disparitäten nach wie vor weiter und blieben die regionalen und lokalen Hochburgen der Parteien bestehen. Zum Abbau der regionalspezifischen Determinanten des deutschen Parteiensystems nach 1871 trug aber bei, dass das neue Reich seine eigenen Systemkonflikte stiftete. Der Kulturkampf, der Kampf gegen den Linksliberalismus als „Vorfrucht“ der Sozialdemokratie sowie schließlich die Auseinandersetzung mit diesen „Reichsfeinden“ selbst, die als „vaterlandslose Gesellen“ ausgegrenzt und in den Ruf der politischen Unzuverlässigkeit gestellt wurden – diese Stationen des „inneren Kampfkurses“ Bismarcks gewinnen für Steinbach geradezu den Charakter von „Meilensteinen nationaler Integration“, da sie regionalspezifische Merkmale abschliffen und ihre Übertragung in nationalstaatliche Strukturen politischer Konfrontation bewirkten⁸⁶.

Weil die Massenmobilisierung durch das allgemeine Wahlrecht von den Herrschaftseliten des Kaiserreichs zunehmend als Bedrohung empfunden wurde, versuchte die Reichsregierung zugleich, die Wahlbewegungen „in den Griff“ zu bekommen. Diese „Zähmung des politischen Massenmarktes und damit die Verlangsamung der Fundamentalpolitisierung“ sollte weitgehend gelingen⁸⁷, allerdings nicht ohne tiefe Spuren in der politischen Kultur Deutschlands zu hinterlassen: „Ablehnung des Parteienstaates und die Zähmung freier politischer Artikulation durch inszenierte Wahlkämpfe, die manchem Zeitgenossen geradezu als ein Wahlkampfinferno erschienen, reduzierten die stabilisierende Funktion von Wahlen, die Folge eines freien Spieles politischer Kräfte sind“⁸⁸. Am Ende der Bismarckzeit schien es, als ob die Reichsführung den „Trend einer Vergesellschaftung durch Parteien, Wahlen und Presse in einer Durchstaatlichung der Gesellschaft bremsen oder sogar auffangen

könnte“⁸⁹. Doch sollte sich gerade unter Wilhelm II. die „Ambivalenz der politischen Kultur“ des Kaiserreichs erst voll entfalten. Insbesondere die zweite Hälfte seiner Regierungszeit war einerseits durch Obrigkeitsstaat und Militarisierung der Gesellschaft, andererseits durch fortschreitende Politisierung, durch steigende Wahlbeteiligungsquoten, zunehmenden Einfluss des Parlaments und der Presse, wachsende Kritik an den vorkonstitutionellen preußischen Verhältnissen sowie stärkerer Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen geprägt. Die 1890er-Jahre können als eine Zäsur in der Entwicklung des deutschen Parteiwesens gelten, in der nicht nur die Gewerkschaften den Durchbruch zur Massenbewegung schafften, sondern auch die bürgerlichen Parteien unter dem Konkurrenzdruck der Sozialdemokratie ihre Organisationen ausbauten und sich „tendenziell von Honoratiorenparteien, die nur im Wahlkampf und im Parlament aktiv waren, zu permanent tätigen Massenparteien“ entwickelten⁹⁰.

Den Hintergrund bildeten der Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, der Aufschwung der Massenpresse, die Intensivierung von kommerziellen Werbeformen sowie die Ausformung von wirtschaftlichen Interessenverbänden. Diese versuchten massiven Einfluss auf die Parteien auszuüben, was ihnen unter anderem über die Kandidatenauswahl bei Reichs- und Landtagswahlen immer mehr gelang, aber auch durch Finanzhilfen und die „Bereitstellung ihrer lokalen und regionalen Organisationen für Wahlkämpfe, sodass die Verbände den älteren Honoratiorenparteien vielfach den fehlenden Parteiapparat ersetzten“⁹¹. Die neuartige Massenpropaganda, populistische Strategien und Irrationalismen, die der liberalen Vorstellung von einer Wahlentscheidung „aus Einsicht“ widersprachen, sowie der vehemente Einsatz von Feindbildstereotypen wirkten sich politisch-kulturell aus, insofern sie die Parlamentsarbeit erschwerten und zu einer weiteren Erstarrung der Parteifronten führten. Die damit einhergehende Aushöhlung der politischen Verhaltensethik mündete schließlich – intensiviert durch das Weltkriegserlebnis – in die „Gewaltsamkeit des Politikstils der Weimarer Republik“⁹².

Nach der Reichstagsauflösung begannen die Parteien des Kaiserreichs in der Regel mit der Aufstellung der Kandidaten durch die dafür vorgesehenen Gremien wie den Wahlkomitees oder Vertrauensmännerversammlungen. War dies geschehen, lief der kaum zentral gesteuerte Wahlkampf in der Provinz meist nur sehr schleppend an, wobei sich die eigentliche Agitation unter den rigiden Vorschriften des Vereinsgesetzes

von 1850 im Abhalten von Wahlversammlungen, in der Flugblattpropaganda sowie in Zeitungsanzeigen erschöpfte. In manchen Kreisen fand der gesamte Wahlkampf vor 1914 mitunter ausschließlich in der Presse statt und genügte die Aufstellung des Kandidaten bereits zu seiner Wahl („Riviera-Wahlkreise“). Selbst in Berlin veränderte die Wahlpropaganda noch kaum das äußere Straßenbild, Demonstrationen blieben eine seltene Ausnahme, in der Anbringung von Plakaten waren die Parteien beschränkt, und an Werbemittel wie Filme konnten sie noch nicht denken⁹³. Eines Saalschutzes bei Versammlungen bedurfte es vor 1914 nicht, da die Parteien noch fast ausschließlich mit „geistigen Waffen“ kämpften und Handgreiflichkeiten zwischen politischen Gegnern in den weitgehend diszipliniert geführten Wahlkämpfen Seltenheitswert besaßen. Zu den Aufgaben der Parteien gehörte noch die Herstellung der Wahlstimmzettel, da nur Größe und Farbe des Papiers (weißgelblich) amtlich vorgeschrieben waren. Auch einheitliche amtliche Wahlurnen wurden erst per Gesetz vom Juli 1913 eingeführt, davor konnten auf dem Lande auch schon mal Suppenschüssel oder dergleichen Behälter benutzt werden. Am Wahltag selbst mussten die Parteien ihren gesamten Apparat mobilisieren, gab es doch allein in Berlin bei Reichstagswahlen nicht weniger als siebenhundert Wahllokale, vor denen je zwei Stimmzettelteiler stehen und als letzte Instanz noch so viele Wähler wie möglich für die Partei werben sollten. Nachmittags ab 14 Uhr begann dann das „Schleppen“, das heißt die Ermahnung und Heranholung der säumigen Wähler, wobei unweigerlich auch Gegner an die Urne geschleppt wurden⁹⁴.

Die relative Begrenztheit der Werbemittel galt vor 1914 auch noch für die Sozialdemokratie, obwohl sie als erste Partei bereits neue Formen der Massenpropaganda einführte. Während des Sozialistengesetzes hatte die Sozialdemokratie den ihr eigenen Wahlkampfstil entwickelt, dessen konspirative Methoden zwar aufgezwungen waren, aber auch innovative Energien freisetzten. Inhaltlich gaben bereits die Wahlaufrufe des Berliner Parteivorstandes, die programmatischen Charakter und nicht selten einen Umfang von dreißig Seiten besaßen, Richtung und Tendenz des Wahlkampfes vor. Sozialdemokratische Wahlerfolge im Kaiserreich beruhten vor allem auf einer „generalstabsmäßig organisierten Beeinflussung jedes einzelnen Wählers mit einer Intensität, die die Anstrengungen der bürgerlichen Parteien weit in den Schatten stellte, auf der anderen Seite aber auch den Wahlhelfern schwere Lasten aufbürdete“⁹⁵. Spätestens nach der Reichstagswahl von 1907 besaß der „Ausbau einer

perfektionierten Wahlmaschine“ innerhalb der SPD allerhöchste Priorität⁹⁶. Über ihre Tendenz, sich in lassalleanischer Tradition auf den Ausbau ihrer „Stimmzettelmacht“ zu konzentrieren und andere Faktoren des politischen Lebens wie vor allem den Druck seitens außerparlamentarischer Interessengruppen zu vernachlässigen, wird noch zu sprechen sein⁹⁷.

In den 1870er-Jahren waren Reichstagswahlkämpfe auch bei scharfen inhaltlichen Kontroversen weder sehr lang noch sehr intensiv. Erst gegen Ende des Jahrzehnts begannen die Aktionen der Parteien etwas lebhafter zu werden, vor allem die der ohne Rückendeckung von Seiten der Bürokratie (wie die Konservativen) oder großen Vereinen (wie das Zentrum) ausgestatteten Liberalen. Mit der Zeit bildeten sich Zwischeninstanzen, doch blieben diese, auch aus vereinsrechtlichen Gründen, nur locker verbundenen Landes- oder Provinzialausschüsse zunächst ohne wesentlichen Einfluss auf die Politik: „Außerhalb der Wahlzeiten konnte von einer, gar kontinuierlichen, Aktivität dieser Parteiorgane‘ nicht eigentlich die Rede sein“⁹⁸. Als Folge der Pluralisierung, Ökonomisierung und Politisierung der Gesellschaft wurden aber spätestens mit der Jahrhundertwende die Grenzen zwischen den verschiedenen politisch-kulturellen Milieus durchlässiger und veränderte sich auch der politische Stil der Parteien, die sich mit populistischer Rhetorik den Erwartungen des Publikums anzupassen versuchten. Die Reichstagswahlkämpfe wurden unter steigendem Interesse der Bevölkerung länger und kostspieliger – so stiegen die Wahlkampfkosten einer Partei von etwa 1 000 Mark um 1880 auf durchschnittlich 25 000 Mark im Jahre 1912 pro Wahlkreis⁹⁹ –, es gab mehr Wahlpropaganda und Versammlungen, wobei die Mobilisierung der Massenanhängerschaft und die Wahlwerbung noch stärker Sache von Neben- und Sonderorganisationen wurde – kurz: „Aus den lässig und kurzfristig betriebenen Wahlkämpfen wurden planmäßige, langfristige, arbeits- und geldaufwändige Kampagnen“¹⁰⁰.

Zur Verbreitung der allgemein massenhafter gewordenen Wahlpropaganda nutzten die Parteien des Kaiserreichs bereits alle erdenklichen Wege, angefangen von der Wahlversammlung bis hin zur Straßen- und Hausagitation; auch auf die Post wurde zurückgegriffen, was sich besonders auf dem Land empfahl, wo die Organisationsstrukturen noch sehr schwach waren. Im Auftrage der Berliner Parteizentralen veröffentlichten die offiziellen Presseorgane Muster von Flugblättern und Plakaten, die den Wahlkreisorganisationen zum Kauf angeboten wurden. Bezüg-

lich der Herstellung des Materials gab es die Möglichkeit, es entweder von den zentralen Druckstellen zu beziehen, was den Vorteil hatte, dass sich durch die Großauflage die Kosten senkten, oder vor Ort selbst zu drucken. Wichtigstes Propagandamittel blieben die Versammlungen, während in den Druckschriften und der Presse noch das „belehrende“ und „aufklärerische“ Wort vorherrschte. Die Mehrzahl der Flugblätter brachte die Texte eng gedruckt in ein- oder zweispaltigem Satz, dessen Gleichförmigkeit selten durch Fett- oder Sperrdruck, Absätze oder größere Lettern aufgelockert wurde. Nur in einzelnen Fällen versuchten die Parteien etwa durch die Verwendung von Bildern schon dem Unterhaltungsbedürfnis der Wähler zu entsprechen: „Im ganzen betrachtet dürfte wohl der Wahlwerbung in der Vorkriegszeit – von den Flugblättern über die Presse bis zu den Wahlversammlungen –, verglichen mit späteren Jahren, erhöhte Bedeutung zuzumessen sein. Der Wähler war – zumindest außerhalb der Großstädte – von Reklameaktionen und Unterhaltungsmöglichkeiten noch nicht übersättigt und konnte daher von einer zielbewussten Propaganda besser angesprochen werden“¹⁰¹.

Bestimmendes inhaltliches Merkmal der Wahlkämpfe im Bismarckreich bildete die gouvernementale „Reichsfeind“-Agitation der Regierung, die laut Steinbach das Dilemma kennzeichnete, dass sie „zur wirksamen Entwicklung regierungsfreundlicher Entscheidungsdispositionen den inneren Gegner“ brauchte¹⁰². Bismarck führte die ersten Reichstagswahlkämpfe nach der Reichsgründung mithilfe des Regierungsapparates und nicht zuletzt der offiziellen Presse, noch relativ zurückhaltend¹⁰³. Nach den zwei Attentaten auf Wilhelm I. intensivierte der Reichskanzler aber 1878 seine Anstrengungen in einer Weise, dass jetzt „alles auf eine gewaltige Mobilisierung der Wähler und Nichtwähler hinauslief, dass er die Initiative hatte und alle anderen zu Reagierenden machte, die Parteien in den Hintergrund rückte und gegeneinander ausspielte, die Themen setzte, seinen – verbal gewalttätigen – Kampfstil zu Norm machte“¹⁰⁴. Der Wahlkampf war vor allem durch drei Themen geprägt: dem gouvernementalen Appell gegen die „rote Gefahr“, gegen den Sozialismus und die Gegner der bestehenden Ordnung, der Neuorientierung hin zu einer interventionistischen Wirtschafts- und Zollpolitik im Sinne einer Koalition für Schutzzölle sowie der Frage nach einer „neuen“ Politik der Verbände und der Regierung gegenüber den Parteien. Mit der innenpolitischen Wende von 1878/79, dem Ende der liberalen Phase und dem Sozialistengesetz hatte sich Bismarcks „Technik des inneren

Kampfkurses“ jedoch erschöpft. Nach der klaren Entscheidungsalternative der „Attentatswahlen“ von 1878 war der Verlust an zugkräftigen Themen und Gegnern offensichtlich. Der Reichskanzler musste neue innenpolitische Gegner suchen, welche die Wahlen im gouvernementalen Sinne „fruktifizieren“ konnten. Einen Ersatz bot für die Wahlbewegungen nach der „zweiten Reichsgründung“ der bereits in den Vorjahren latente Antisemitismus, der sich im Zuge der Reichstagswahlen von 1881 zu einem Massenphänomen ausweitete. Vor allem die Rechtsparteien setzten jetzt antisemitische Parolen zur Mobilisierung ihrer Wählerschaft ein, welcher der „Jude“ als Drahtzieher des Liberalismus und der Sozialisten sowie als Schuldiger für alle Übel präsentiert wurde. Viele Wähler ließen sich von diesem „Sozialismus des dummen Kerls“ (August Bebel) beeindrucken, der wie die Phobie gegen alles, was als „undeutsch“ galt, die folgenden Wahlkämpfe prägte¹⁰⁵. Bismarck griff auch in den Wahlen der 1880er-Jahren auf die „Methoden der Konfliktverschärfung, der Polarisierung des Gegeneinander-Ausspielens“ zurück, so beispielsweise 1887, als er aus wehrpolitischen Motiven versuchte, die Krise und Kriegshysterie anzuheizen, vor einer Verbindung äußerer und innerer Gefahrenherde warnte und den Meinungsunterschied wieder „zum Entweder/Oder zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden, Erhaltung des Reiches und Katastrophe“ steigerte¹⁰⁶. Weil der Reichskanzler damit ein Wahlbündnis der beiden konservativen Parteien mit den Nationalliberalen zustande brachte, das die absolute Mehrheit erzielte, wurden die Reichstagswahlen von 1887 bald auch „Kartellwahlen“ genannt.

Die Reichstagswahlkämpfe von 1898 und 1903 wurden unter fast ähnlichen politischen Ausgangsbedingungen und gleichartigen Fragestellungen geführt. Das vorrangige Thema der Regierung und aller bürgerlichen Parteien stellte beides Mal die rasant wachsende Sozialdemokratie dar, die den neuen Massenagitationsstil sowie einen egalitären Ansatz in der deutschen Politik symbolisierte. Trotz der Sammlungspolitik Miquels fehlte den Wahlen von 1898 und 1903 aber eine einheitliche Strategie seitens des gouvernementalen Lagers, sodass die Bühne frei war für die oppositionellen Massenparteien. Überragender Sieger war jeweils die SPD, die sich ganz auf die Propagierung ihrer angestammten sozialpolitischen Themen sowie auf die Verurteilung des Militarismus und der Aufrüstung, die Kritik des Steuersystems und Verteidigung des Reichstagswahlrechts konzentriert hatte. Brett Fairbairn gelangt zu dem Ergebnis, dass die Wahlkämpfe von 1898 und 1903 zeigen, wie die Wil-

helminische Gesellschaft eben nicht infolge etwaiger „vorindustrieller“ Strukturen und Traditionen stagnierte, sondern ihre Politisierung ebenso wie die Nationalisierung der Politik voranschritt¹⁰⁷.

Das Charakteristikum des nächsten Reichstagswahlkampfes von 1907 sieht Crothers in der breiten Zustimmung der deutschen Wähler für die imperialistische „Weltpolitik“ der Reichsführung, da Bülow's Appell an die patriotischen Gefühle mehr Anziehungskraft als jedes innenpolitische Thema der Opposition bewiesen habe¹⁰⁸. Die „nationalen“ Interessen einten nicht nur die gouvernementalen Parteien trotz unterschiedlicher Einzelziele, sondern bescherten den daran uninteressierten Sozialdemokraten eine erste Niederlage bei Reichstagswahlen. Ihre Gewinne von 1903 hatten die Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien und Bülow's „Blockpolitik“ entschieden den Rücken gestärkt. Unter Mitwirkung der Reichsregierung, die einen offensiven Wahlkampf wie zu Bismarck's Zeiten führte, kam es zu Wahlabsprachen gegen die SPD, fast durchgängig für die Stichwahlen, in kritischen Wahlkreisen mitunter auch schon bei den Hauptwahlen¹⁰⁹. Neben der Rechtfertigung der Reichstagsauflösung dominierte die imperialistische Kolonialpolitik den Wahlkampf, vor allem mit Blick auf Deutsch-Südwestafrika, dessen Unterstützung zu einer Frage der nationalen Zukunft Deutschlands stilisiert wurde – daher Bebel's Wort von den „Hottentottenwahlen“. Auffällig am Regierungswahlkampf war, dass unter der Parole „Los von Rom!“ die Angriffe gegen das Zentrum schärfer ausfielen als der Kampf gegen die Sozialdemokratie¹¹⁰. Diese Aufgabe übernahm größtenteils der neu gegründete Reichsverband, der eine starke Wahlpropaganda entfaltete und insgesamt etwa zehn Millionen Flugblätter verteilte. Gleichwohl war dies nur ein Bruchteil dessen, was die SPD an Propagandamaterial für die Wahl produzierte, darunter mehr als 55 Millionen Flugblätter, was ihre Wahlkampfkosten auf die für damalige Verhältnisse astronomische Summe von knapp 1,6 Millionen Mark klettern ließ. Zur Mobilisierung von Geldmitteln für den Regierungswahlkampf wandte sich Bülow über einen „Interfraktionellen Wahlfonds“ an industrielle Kreise und nahm die Hilfe des „Komitee Patria“ in Anspruch, das Ende Dezember 1906 einen vertraulichen Spendenauftrag lancierte und innerhalb kurzer Zeit immerhin 587 000 Mark in die Wahlkasse der Regierung sammelte¹¹¹. Im Ergebnis brachten die Wahlen vom Januar 1907 bei einer Rekordbeteiligung von 84,7 Prozent einen Sieg des „Bülow-Blocks“, dessen Parteien allesamt Zugewinne verzeichneten, während der Stimmenanteil der SPD

infolge der nationalistischen Hochstimmung von 31,7 auf nun 29 Prozent zurückfiel, womit ihr „struktureller Zuwachs“ seit 1874 vorerst aufgehalten schien¹¹².

Während schon beim Rücktritt Bülow's vorzeitige Neuwahlen erwartet wurden, war spätestens seit dem Sommer 1911 eine Intensivierung der Propagandaarbeit der Parteien festzustellen, die noch zunahm, als Anfang Dezember 1911 der Reichstag aufgelöst und die Neuwahl bereits für den 12. Januar des nächsten Jahres festgesetzt wurde. Zum Teil schon vor der Reichstagsauflösung hatten die Parteiführungen ihre „Wahlprogramme“ beziehungsweise Wahlaufrufe veröffentlicht¹¹³. Während die Opposition nachdrücklich Schritte zu einer Liberalisierung der Reichsverfassung und des preußischen Wahlrechts verlangte, stand die Frage der Reichsfinanzreform im Vordergrund der gouvernementalen Wahlpropaganda. Neben den von den Berliner Parteizentralen vorgegebenen Themen und Parolen beherrschten aber laut Jürgen Bertram „in jedem Land und jeder Provinz, in jedem einzelnen Wahlkreis besondere Probleme“ den Wahlkampf, auf dem Land dabei weniger die Fragen der „Großstadtpolitiker“, sondern die „kleinen Sorgen des Alltags“¹¹⁴. Das Wahlergebnis vom Januar 1912 bescherte der SPD einen überwältigenden Triumph, da sie bei einer Rekord-Wahlbeteiligung von 84,9 Prozent mit 34,8 Prozent der Stimmen und immerhin noch 110 von 397 Mandaten (27,7 %) die mit Abstand stärkste Partei wurde, während die Anteile der Konservativen um fast ein Drittel gegenüber der letzten Wahl von 1907 schrumpften¹¹⁵. Im Wahlkampf war es innerhalb der SPD zu heftigem Streit über das „Dämpfungsabkommen“ gekommen, das die Parteileitung mit den Freisinnigen vereinbart hatte. Obwohl derartige Stichwahlabsprachen an sich nichts Neues mehr darstellten, lehnten sie viele Sozialdemokraten nach wie vor als Ausdruck bürgerlichen „Wahlschachers“ ab. Nach dem Abbruch des preußischen Wahlrechtskampfes im Frühjahr 1910 hatte sich die Partei zudem auf eine Politik verlegt, welche den Anhängern die nächsten Reichstagswahlen als Tag der „Abrechnung“ verhieß. So steigerte sich die Agitation der SPD während des Winters 1911/12 zu einem Wahlkampf, „der an personellem und materiellem Aufwand von Seiten der SPD alle bisherigen Wahlfeldzüge weit übertraf“¹¹⁶. Die Massenpropaganda von allein etwa achtzig Millionen Flugblättern ließ ihre Wahlkampfkosten auf rund 2,5 Millionen Mark anschwellen, eine Summe, die selbst in den „Materialschlachten“ der Weimarer Republik von ihr kaum noch übertroffen werden sollte¹¹⁷.

Kapitel 3

Zur politischen Kultur der Weimarer Republik: Parteien, Programme und Koalitionen

„Ja, das muss man ihr lassen, der Revolution: Sie hat auch unser privates Volk politisiert. Wir haben die Zeit der Wahlkämpfe. In jeder Wirtschaft kannst du politische Diskurse führen.“

Oskar Maria Graf, 1924¹¹⁸

„Wie schön wäre es, wenn wir nur eine Partei hätten! Aller Parteihader fiele fort, die heute notwendigen ungeheuren Propaganda-Summen könnten zu nützlichen Wohlfahrtseinrichtungen verwendet werden.“

P. Rad, 1924¹¹⁹

Obwohl der Begriff der politischen Kultur seit den 1990er-Jahren auch in der Geschichtsschreibung an Beliebtheit gewinnen konnte, hat dies lange Zeit nicht zu einer entsprechenden Beschäftigung mit historischen politischen Kulturen geführt. Noch 1992 stellte eine im Rahmen des Berliner Forschungsprojekts angefertigte Arbeit fest, dass die Erforschung der politischen Kultur der Weimarer Republik erst am Anfang stehe¹²⁰. Das besondere Interesse daran lässt sich in der Schlüsselfunktion eines Mangels an demokratischem Konsens für die dramatische Entwicklung und das Scheitern der ersten deutschen Republik sehen. Diese Sichtweise konkretisierten Detlef Lehnert und Klaus Megerle zu der These, wo-

nach für die politische Kultur der Weimarer Republik eine Fragmentierung in mehrere Teilkulturen konstitutiv gewesen sei. Aufgrund historischer Vorbelastungen, wie ausgeprägter territorialstaatlicher oder konfessioneller Disparitäten, und krisenhaften Rahmenbedingungen konnten diese außerhalb ihrer Gruppenidentitäten keine einheitliche Nationalkultur formen, ja nicht einmal einen gesellschaftlichen Minimalkonsens finden. Im Unterschied zu den Parteien der Bundesrepublik mit ihren fließenden Übergängen zueinander waren in Weimar-Deutschland die klassischen sozialmoralischen Milieus noch weitgehend intakt, aus denen die politischen Parteien ihre Anhänger rekrutierten.

Anknüpfend an diesen Ansatz von milieugebundenen Lagern konkurrierten nach Lehnert und Megerle mindestens neun politische Teilkulturen der Weimarer Republik in einer „Topographie des politisch-kulturellen Dissenses“: die Gesinnungsliberalen, die Sozialdemokraten, die Linksintellektuellen, die Kommunisten, der politische Katholizismus, die industriellen Eliten, die Agrarkonservativen, die nationale Rechte und schließlich die Nationalsozialisten. Die in der Weimarer Republik „besonders ausgeprägte Fragmentierung der Gesellschaft in unterschiedlich strukturierte und im politischen Habitus stark von einander abweichende Teilkulturen“ wirkte sich vor allem in der Wirtschafts- und Staatskrise nach 1929 verhängnisvoll aus, insofern die geringe Interaktionsfähigkeit der Teilkulturen den Aufstieg des Nationalsozialismus mit seiner „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“-Ideologie erleichtert habe¹²¹.

Im Unterschied zum Kaiserreich und seiner obrigkeitsstaatlich-militaristisch geprägten Identität etablierten sich nach 1918 auch keine „hegemonialen“ politisch-kulturellen Deutungs- und Handlungsmuster. Obwohl die Fragmentierungen überliefert waren, sehen Peter Lösche und Franz Walter das spezifische Dilemma der Weimarer Republik gerade darin, „dass die Milieus einander misstrauten, sich gegeneinander abriegelten und schließlich bekämpften“, was etwa sozialdemokratischen Öffnungsversuchen gegenüber den bürgerlichen Mittelstandsschichten eine objektive Grenze setzte¹²². Während die regionalspezifische Differenzierung der politischen Kultur der Weimarer Republik bei dem auf das Reich ausgerichteten Blickwinkel vernachlässigt wird, sehen Lehnert und Megerle selbst eine mögliche Modifizierung ihrer These darin, dass zumindest zeitweise Ansätze zur „tendenziellen Bipolarisierung statt multifrontaler Segmentierung“ nach 1918 zu beobachten seien. Hätten sich verschiedene soziokulturelle Formationen oder politische Teilkulturen

in Koalitionen etwa bei den Reichstagswahlen um ein gemeinsames Mehrheitsvotum bemüht, „wäre eine dezidierte Fragmentierungsthese von vornherein zu dementieren“¹²³. In einzelnen Perioden der Weimarer Republik sei immerhin die Herausbildung einer hegemonialen politischen Kultur erkennbar gewesen oder hätten „partielle Bündniskonstellationen einzelner Teilkulturen eine realistische Chance zur Konsolidierung handlungsfähiger Formationen“ geboten. Als Beispiel nennen sie die Formierung von „Volksblock“ und „Reichsblock“ bei den Präsidentenwahlen vom Frühjahr 1925, als sich unter umgekehrten Vorzeichen eine Trennung in „Reichsfeinde“ und „Reichsfreunde“ wie während der Bismarck-Ära zu etablieren schien. Doch sei diese Polarisierung zweier Lager eben auf die damalige Stichwahlsituation beschränkt geblieben¹²⁴.

Eine weitere Modifizierung der Fragmentierungsthese könnte die Existenz „politischer Deutungsmuster entlang von subkulturellen Gruppenidentitäten“ bedeuten, etwa in Form von „Soziokulturen“ als Verbindungslinien zwischen den Jugendmilieus verschiedener Parteien und Herkunft. Darauf weist die Binnendifferenzierung von breit gefächerten Integrationsmilieus oder „Solidargemeinschaften“ hin, womit Lösche und Walter die „sozialdemokratische Alltäglichkeit“ umschreiben. Allerdings warfen die regionalen Sonderfaktoren Trenngräben selbst innerhalb einer Partei auf, weil die politische Milieukultur in Deutschland immer auch „Regionalkultur“ beinhaltete, „Katholiken, Liberale, Sozialdemokraten waren z. B. im Ruhrgebiet anders als in Bayern, und das prägte die politischen Verhältnisse“¹²⁵. Außer internen Differenzierungen, teilkulturübergreifenden Lagerpolarisierungen oder partiellen Gruppenidentitäten als Querverbindungen muss schließlich noch geprüft werden, ob sich die politisch-kulturelle Fragmentierung vielleicht themen- oder gebietsspezifisch veränderte. Grundsätzlich stellte aber etwa der quer über alle Weimarer Parteien reichende außenpolitische Revisionismus zu keiner Zeit ein Element echter nationaler Integration dar, sondern war die parteipolitische Einheitsfront gegen Versailles nur ein negativer Scheinkonsens¹²⁶. So ist das Bild einer tief gespaltenen Gesellschaft zwischen 1918 und 1933 in der Weimar-Forschung weithin unbestritten. Der Gründungskompromiss von 1918/19, der sich in der neuen Reichsverfassung sowie der Zentralen Arbeits-Gemeinschaft von Unternehmern und Gewerkschaften niederschlug, zerbrach spätestens während der Staatskrise von 1923/24¹²⁷.

Andererseits sind durchaus einige typische Eigenschaften der politischen Kultur von Weimar festzustellen. So war der weit verbreitete Irrationalismus, der sozialharmonische Volksgemeinschaftsideen förderte und sich im Konzept der konservativen Revolution mit einer diffusen Angst vor der Moderne mischte, laut Kurt Sontheimer eine „geistig bestimmende Macht“ der Republik, die freilich deren Untergang vorbereitet und beschleunigt habe¹²⁸. Die Fiktion einer die sozialen und ökonomischen Antagonismen überwölbenden „Volksgemeinschaft“ konnte sich in Antithese zum Weimarer Parteienstaat zur „machtvollen Sozialnorm bis ins sozialdemokratische Lager“ hinein entwickeln¹²⁹. In allen politischen Teilkulturen war des Weiteren ein Nationalismus wirksam, der nach 1918 entweder aggressiv-militaristisch, großdeutsch oder paradoxerweise im internationalen Gewand auftreten konnte und zum „eigentlichen Glauben“ der Zwischenkriegszeit wurde, so eine Formulierung von Harry Graf Kessler¹³⁰. Aus der Abwehr der alliierten These von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg heraus erwuchs bereits mit Republikgründung eine „deutsche Kriegsunschuldlegende“, die kaum weniger als die Dolchstoßlegende dazu beitrug, „jenes nationalistische Klima zu erzeugen, in dem sich das politische Leben der Weimarer Republik entwickelte“¹³¹. Der Kampf gegen die so genannte Kriegsschuldlüge verband sich mit der Umdeutung der Niederlage als Dolchstoß der „Novemberverbrecher“ zu der „zentralen Lebenslüge der deutschen Gesellschaft“, deren sozialpsychologische Bedeutung nicht unterschätzt werden kann¹³².

Als ein weiteres politisch-kulturelles Merkmal kann der „durch Friedlosigkeit geprägte Zeitgeist“ gelten, der im Krieg entzündet und durch die mannigfaltigen außen- und innenpolitischen Belastungsfaktoren nach 1918 geschürt wurde. Physische Gewaltanwendung und politische Morde kennzeichneten die politischen Auseinandersetzungen in Weimar-Deutschland: „Der Krieg an der äußeren fand seine Fortsetzung an der inneren Front“¹³³. Dieser **allgemeine militante „Tumultcharakter“ der Weimarer Republik** förderte die antirepublikanische Stimmung, zumal die staatstragenden Parteien den Leidensdruck der Bevölkerung weder in der praktischen Politik noch durch glaubwürdige Zukunftsentwürfe mildern konnten¹³⁴.

Aus wahlhistorischer Sicht wurde schon früh bemerkt, dass sich im Übergang vom Kaiserreich zur Republik die Parteien- und Wählerblöcke – der sozialistische, der katholische und der bürgerlich-protestanti-

sche – nur geringfügig umgruppierten, aber innerhalb eines jeden Lagers erhebliche Wählerbewegungen stattfanden. Hinsichtlich der demographischen und sozialen Zusammensetzung ist mit Jürgen Falter festzuhalten, dass das Weimarer Parteiensystem „einerseits durch eine hohe Stabilität des katholischen und des sozialistischen Wählerblocks, andererseits durch eine beträchtliche Instabilität sowohl der übrigen Parteien als auch der Wahlbeteiligung“ charakterisiert werden kann¹³⁵. Im Unterschied zur klassischen Dreiteilung der allgemeinen Geschichte unterscheidet Falter zwei Phasen der Weimarer Wahlgeschichte: Eine erste von den Anfängen bis 1930 datierte Phase ist ihm zufolge durch den Niedergang der liberalen Parteien, den raschen Aufstieg und Rückgang der Deutschnationalen, dem starken Aufkommen von Interessen- und Regionalparteien sowie Verschiebungen innerhalb des sozialistischen Lagers gekennzeichnet. Eine zweite wahlhistorische Phase, die von 1930 bis zum Ende der Weimarer Republik angesetzt wird, charakterisiert Falter als eine der Radikalisierung und Polarisierung. In ihr sei es der NSDAP gelungen, bei steigender Wahlbeteiligung zur „Sammelpartei des nicht-katholischen, nicht-sozialistischen Lagers“ zu werden und damit für eine „in der deutschen Geschichte beispiellose Umwälzung eines Parteiensystems“ zu sorgen¹³⁶.

Die Destabilisierung traditioneller Wählerloyalitäten begann allerdings bereits vor dem Aufstieg der NSDAP, nämlich im Anschluss an die verheerende Inflationskrise von 1923. Die Konjunktur von Parteien, die sich auf spezielle Interessen, Themen oder Regionen konzentrierten, ging nach 1924 einher mit der beschleunigten Auflösung der Wählerbindungen vor allem bei den bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien. Damit hing die weit verbreitete Kritik am Parlamentarismus und an den politischen Parteien zusammen, die in weiten Teilen der Weimarer Öffentlichkeit lediglich als „ungeliebte Kinder der Repräsentativverfassung“ galten¹³⁷.

Zwar meist abschätzig, aber durchaus zutreffend, ist die Weimarer Republik als „Parteienstaat“ bezeichnet worden, in dem die Entscheidungen über Arbeit und personelle Besetzung der Staatsorgane fast ausschließlich im Verantwortungsbereich der Parteien lagen. Von einer Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Elite wurden sie aber bestenfalls als notwendiges Übel empfunden, zumal im Kaiserreich auch ohne sie regiert werden konnte. Die Parteien, die sich nach 1918 selbst nur schwer in die neue Rolle hineinfanden und im wesentlichen ihre

Selbstverständnisse aus dem Obrigkeitsstaat beibehielten, wurden zu Sündenböcken und die Institution der Parteien selbst zum Politikum. Im Grunde lief seit 1918 eine öffentliche Diskussion darüber, ob sie nicht durch „Bewegungen“, berufsmäßige Vertretungen oder „Bünde“ ersetzt werden sollten¹³⁸. Noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kursierte als Reaktion auf 1933 die These, dass das Weimarer Parteiensystem „versagt“ habe und dies „ein wesentlicher Grund für das Entstehen antiparteilicher, diktaturstaatlicher, totalitärer Bewegungen“ gewesen sei¹³⁹.

Die neuere Forschung betont dagegen die ungünstigen strukturellen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen nach 1918. So bot etwa das Weimarer Verfassungsrecht der Tätigkeit politischer Parteien kaum Stützen, sondern verwies sie in den „außerkonstitutionellen“ Bereich, während die herrschende Staatsrechtslehre den parteienfeindlichen Ressentiments wissenschaftliche Legitimation gab. Die Polemik gegen die angebliche „Herrschaft der Parteien“ bildete den gemeinsamen Nenner aller gegen die Republik gerichteten Attacken. Selbst in der SPD stießen Vorstellungen, wonach Parteien die Zerstörer der „Volksgemeinschaft“ seien, auf Resonanz¹⁴⁰. Zu den Ängsten vor einem „Parteienabsolutismus“ kam nach 1918 die Ungeübtheit der Parteien, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen: „Sie hielten an Prinzipien fest, stützten nicht die eigene Regierung, waren unfähig zu pragmatischen Kompromissen. Parteien ging es nicht so sehr um Macht als vielmehr um ‚Wahrheit‘ und ‚Sinnstiftung‘. Es mangelte an Pragmatismus, an Bereitschaft zum politischen ‚Kuhhandel‘, daran, aufeinander zuzugehen“¹⁴¹. Neben den historischen Vorbelastungen wirkte sich der weit verbreitete Anti-Parteieneffekt verhängnisvoll für die Weimarer Republik aus, da selbst Sozialdemokraten befürworteten, was auf einer zu Ehren der Wahl Hindenburgs 1925 geprägten Münze zu lesen war: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“¹⁴².

Als charakteristisch für Deutschland sah Sigmund Neumann noch 1932 die „strengen Programmparteien“ an, während der Begriff „Interessenpartei“ lediglich ein Agitationsmittel sei. Jede Partei, die möglichst viele Stimmen gewinnen wolle, müsse ihr Programm schließlich auf die Gesamtheit ausrichten und daher „Volkspartei“ sein, denn: „Keine Arbeiterpartei kommt ohne Bauernprogramm aus, wenn das Bauerntum ein notwendiger Bestandteil des Staatsganzen ist. Jede Partei muss die Gesamtheit aller staatlichen Aufgaben umfassen, muss eine Richtung auswärtiger Politik ebenso zeigen wie ein Kulturprogramm“¹⁴³.

Weimarer Zeitgenossen waren sich darüber im Klaren, dass auch in der Politik der „Schein“ keineswegs immer dem „tatsächlichen Sein“ entspreche, vielmehr jede Partei „pompöse Programme“ verbreite und ihr Heil „entweder in der Ausführlichkeit der Grundsätze und Forderungen oder in möglichst prägnanter Kürze“ suche. In der Praxis komme es zu Kompromissen, die von den Programmen wegführten. Dennoch seien diese keineswegs überflüssig, vielmehr verhalte sich eine Partei „nach einem bestimmten Bewegungsgesetz, das sich nicht zum wenigstens auch in ihrem Programm ausdrückt“, so eine offiziöse Broschüre anlässlich der Reichstagswahlen im Juli 1932. Im Gegensatz zu der um sich greifenden parteienfeindlichen Stimmung wurde hier betont, dass Parteien das „gegebene Medium zwischen Volk und Regierung und ein nicht wegzudenkender Faktor der Bildung des staatlichen Lebens“ seien¹⁴⁴. Andererseits wurde während der Präsidialkabinette Anfang der 1930er-Jahre ein akuter Bedeutungsverlust beobachtet: „Wer fragt heute noch nach einem Parteiprogramm? Selbst unsere Antipathie oder Sympathie für diesen oder jenen Parteiführer ist augenblicklich ziemlich gleichgültig, denn eine reine Parteiherrschaft wird es (außer im Falle einer Hitler-Diktatur, an die wir nicht glauben) nicht geben“¹⁴⁵. Wenn auch die Einschätzung des demokratischen Politikers Otto Nuschke übertrieben erscheint, dass alle im Kaiserreich „lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme“ bedeutungslos geworden seien¹⁴⁶, wurden die Parteien durch den November 1918 doch vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Ziele neu zu formulieren. Die Demokratisierung zog nicht nur eine Ausweitung der Macht- und Entscheidungsbefugnisse der Parteien nach sich, sondern auch die Vervielfältigung der Themen, wobei die wirtschaftliche Interessenvertretung durch die „Parlamentarisierung der Wirtschaftspolitik“ (Knut Borchardt) eine vorher nicht gekannte Dominanz erhielt, auf die zu reagieren reine Weltanschauungsparteien wie das Zentrum sich schwer taten¹⁴⁷.

Die oben skizzierten Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus führten dazu, dass die Weimarer Parteien „gesinnungstüchtige Opposition“ höher bewerteten als politische Verantwortung. Durch die in der Weimarer Reichsverfassung verankerte Möglichkeit der präsidialen Regierung fühlten sie sich im Konfliktfall dem Zwang zur parlamentarischen Mehrheitsbildung entzogen. In Krisenzeiten wie 1923/24 oder nach 1930 wurde ein Großteil der Gesetze durch Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 oder aufgrund von Ermächtigungsgesetzen erlassen. Die Parteien zeigten sich weitgehend unfähig, trotz ei-

nes realpolitischen Zwanges zur Koalition stabile Mehrheitskoalitionen zu bilden, was auch in der Phase der relativen Stabilisierung eine „Labilität des parlamentarisch-parteienstaatlichen Systems“ verursachte¹⁴⁸. Eine Folge des neuen Verhältniswahlsystems, das die absolute Mehrheit einer Partei unwahrscheinlich machte, war allerdings, dass sich die um echte politische Machtteilhabe und Wählerstimmen konkurrierenden Parteien nach 1918 überhaupt erstmals der Koalitionsfrage stellen mussten. Von „Koalitionswahlkämpfen“, in denen bereits vor der Wahl Absichtserklärungen über zukünftige Koalitionen abgegeben wurden – wie sie bei heutigen Bundestagswahlen ein wesentliches Entscheidungskriterium des Wählers darstellen¹⁴⁹ –, war man jedoch weit entfernt. Aus heutiger Sicht befand sich die Koalitionspolitik der Weimarer Republik vielmehr in einem „Dauerdilemma“¹⁵⁰.

Allerdings erschwerte die unablässige publizistische Diskreditierung des Parteiwesens von allen Seiten eine „Normalisierung des parlamentarischen Interessenausgleichs in weit höherem Umfang als der Mangel an Bereitschaft innerhalb der Parteien, politische Verantwortung zu übernehmen“¹⁵¹. Für die Bildung von Mehrheitsregierungen boten sich schon nach der Reichstagswahl von 1920 aber nur zwei Varianten an, da die extremen Flügelparteien von vornherein ausschieden: zum Einen die „Große Koalition“ aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP, wie sie erstmals unter Gustav Stresemann im August 1923 für drei Monate und dann wieder vom Juni 1928 bis März 1930 zustande kam, sowie die Koalition der bürgerlichen Parteien mit dem Kern von Zentrum/BVP und DVP, zu denen sich DDP oder DNVP sowie agrarische und mittelständische Interessenparteien gesellten – der „Bürgerblock“, wie er nach den Dezemberwahlen 1924 für ein Jahr unter Hans Luther bestand. Jede dieser Koalitionen trug aber aufgrund interessenpolitischer Gegensätze bereits den Keim ihres Zerfalls in sich, die Große Koalition vor allem wegen der tiefen sozialpolitischen Gegensätze zwischen der gewerkschaftsnahen SPD und der die Arbeitgeberinteressen vertretenden DVP, während die bürgerliche Mitte-Rechts-Koalition in der Außen- und Kulturpolitik nur ein labiles Scheinbündnis bildete¹⁵².

Nach 1920 etablierten sich deshalb bürgerliche Minderheitsregierungen, die in der Regel aus DDP, Zentrum/BVP sowie DVP bestanden und von der SPD in „stiller Opposition“ toleriert wurden. Dieses „System wechselnder Mehrheiten“ ließ kaum politische Stabilität aufkommen, zumal selbst die Koalitionsfraktionen ein prekäres, wenn nicht ge-

störtes Verhältnis zur Regierung hatten, die eher eine Koalition von Ministern als von Parteien darstellte. Dass Parteiräson über Koalitionsräson gestellt wurde, offenbarte der Bruch der Großen Koalition im Herbst 1923, als sich SPD und DVP unter dem Druck radikaler Konkurrenten auf keinen Kompromiss einigen konnten. Bis zu den Reichstagswahlen vom Mai 1928 charakterisierte die Koalitionspolitik im Reich, dass die Bildung einer Regierung unter Einschluss der SPD immer wieder durch außerparlamentarische Interessenkreise torpediert und erst im Sommer 1928 hingenommen wurde, als neue außenpolitische Entscheidungen anstanden, für welche die bürgerlichen Parteien nicht die alleinige Verantwortung übernehmen wollten¹⁵³. Insbesondere die Person Hindenburgs stand seit seiner Wahl zum Reichspräsidenten 1925 – und nicht erst seit 1930 – für eine Rechtskoalition beziehungsweise eine Politik, wonach „mehr nach rechts“ regiert werden müsse, das hieß gegen die SPD¹⁵⁴.

Der Glaube, sich mit den Anhängern des schwarz-weiß-roten Obrigkeitsstaates beim Aufbau der Republik arrangieren zu können, stellte nach Hans Mommsen die „Lebenslüge“ der Weimarer Koalitionsparteien dar¹⁵⁵. Für Heinrich August Winkler bildete hingegen die Große Koalition von SPD und DVP als Ausdruck des „Zusammenwirkens zwischen den gemäßigten Teilen des Bürgertums und der Arbeiterschaft“ das „Lebensgesetz der deutschen Republik“. Während Stresemann dies vor allem aus außenpolitischen Gründen bejahte, mussten dazu allerdings in der SPD diejenigen Kräfte obsiegen, die nicht bereits „in Kompromissen mit dem Bürgertum einen Verstoß gegen die Lehre vom Klassenkampf“ erblickten¹⁵⁶. Vielen SPD-Funktionären, vorzugsweise den ehemaligen Unabhängigen, erschienen Koalitionen stets als Opfer oder Notbehelf und nicht als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen¹⁵⁷.

Bei den von ihm als grundlegend angesehenen kulturpolitischen Fragen zeigte sich aber auch das Zentrum wenig kompromissbereit – es sei nur auf das starre Festhalten an dem Gedanken der Bekenntnisschule hingewiesen. Der Zentrumspolitiker Joseph Joos stellte 1927 in einem viel beachteten Artikel zur **„Psychologie der politischen Koalition“** fest, dass man in Deutschland noch weit davon entfernt sei, die Koalitionsbildung als selbstverständlich anzusehen: „Nichts dokumentiert so recht die Uneinigkeit unserer politisch-parlamentarischen Verhältnisse als die psychologischen Hemmungen, denen Koalitionen im Bewusstsein der breiten Wählermassen von Anfang an begegnet“¹⁵⁸. Während sich die

SPD auf ein „Nie mit den Deutschnationalen“ festlegte, bestand das koalitionspolitische Dauerdilemma der DNVP darin, dass ihre scharfe Ablehnung der Verständigungspolitik nicht nur den Interessen der Großindustrie und Landwirtschaft widersprach, sondern eine Regierungskoalition mit den Mitteparteien eben nur um den Preis der Anerkennung der so leidenschaftlich bekämpften Stresemannpolitik zu kriegen war.

Neben den konfessionellen und ideologischen Fixierungen standen auch die lokal geprägten Mentalitäten der einzelnen Regionen, die durch das Weiterbestehen von 17 Ländern nach 1918 praktisch Verfassungsschutz genossen, der Ausformung einer nationalen politischen Kultur in der Weimarer Republik entgegen. Alle Parteien blieben unter dem Aspekt ihrer Hochburgen gewissermaßen Regionalparteien und waren in bestimmten Diaspora-Gebieten faktisch überhaupt nicht oder nur schwach vertreten, wenn sich auch die Hochburgenlandschaft nach 1918 zu nivellieren begann¹⁵⁹. Die Zahl der kleinen Interessen- und Regionalparteien, bei denen es sich oftmals um reine Ein-Themen-Parteien handelte – so etwa die nach 1924 aus den Boden der Inflation schießenden Aufwertungsgruppen –, ist in der Weimarer Republik nahezu unüberschaubar. Mitunter traten Gruppierungen lediglich für eine Wahl an oder lösten sich auf, um wenige Wochen später unter dem gleichen oder anderem Namen wiederzukehren, oder kandidierten ausschließlich in einem Wahlkreis. Obwohl sie sich als Gegenteil der alten „Weltanschauungsparteien“ zu profilieren versuchten, zeigte gerade die Wahlpropaganda der ausgesprochenen Interessenparteien als gemeinsames Merkmal „an implicit ideological content that amounted to nothing less than a fundamental rejection of the very social economic, and political foundations on which the Weimar Republic was based“¹⁶⁰.

Nicht die Inflation, sondern die Stabilisierung und die mit ihr verknüpfte Aufwertungsfrage wurden zum wichtigsten Thema der mittelständischen Wählerschichten. Typisches Beispiel für die „Anti-System-Politik“ der Interessenparteien war die im September 1920 gegründete Reichspartei des deutschen Mittelstandes, kurz Wirtschaftspartei genannt. Obwohl maximal nur etwa 50 000 Mitglieder zählend, konnte sie bei den Reichstagswahlen zwischen 1924 und 1930 bis zu 1,4 Millionen Wähler mobilisieren und spielte sie zeitweilig eine nicht unwichtige parlamentarische Rolle. Als „Symptom der Unzufriedenheit“ vieler kleiner selbständiger Mittelständler profitierte die Wirtschaftspartei auch von

dem „Aufschwung mittelständischer Rhetorik“ in den großen Weimarer Parteien nach der Inflation. Mit den Worten Michael Schumachers kultivierte sie eine „schwülstige Standes- und Parteisymbolik, die nur wenig in das Bild einer mittelständischen Interessenpartei zu passen scheint, aber doch den historisch-politischen Standort dieser Bewegung im Vorfeld des autoritären Faschismus andeutet“¹⁶¹.

Ungeachtet des Aufkommens der kleineren Interessen- und Regionalparteien veränderte das deutsche Parteiensystem erst in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 entscheidend sein Gesicht, einerseits durch den jetzt beschleunigten Zerfall der bürgerlichen Mitte zugunsten der NSDAP, andererseits durch eine stärker sichtbare Tendenz zur „Volkspartei“, das heißt den Versuch auch von demokratischen Massenintegrationsparteien wie dem Zentrum oder der SPD, neue Wählerschichten für sich zu erschließen. Darin spiegelten sich allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen wider, wie die Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen, die Expansion des Dienstleistungsbereichs oder die fortschreitende Urbanisierung, was auch den Ausbau, die Professionalisierung und Bürokratisierung der Parteiapparate förderte. Bei der folgenden Charakterisierung der wichtigsten Weimarer Parteien stehen deren programmatische Ausrichtung sowie Fragen der Organisation, der Wahlentwicklung, der Propagandamittel und der Sozialstruktur im Vordergrund.

Geborene Oppositions- und klassische Staatspartei – Die Weimarer Sozialdemokraten

Obwohl der SPD 1918 die politische Macht nach einem halben Jahrhundert der Opposition eher überraschend zugefallen war und sie die Regierung im Reich schon 1920 wieder an die bürgerlichen Parteien abgeben musste, wurde sie in den Augen der Öffentlichkeit zur eigentlichen Staatspartei der Weimarer Republik¹⁶². Zu diesem Bild trug wesentlich ihre starke Machtposition im größten deutschen Einzelstaat Preußen bei, das unter dem „roten Zaren“ Otto Braun von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen eine sozialdemokratisch geführte Regierung besaß. Sie vermittelte der SPD das beruhigende Gefühl, „dass die Republik nicht völlig in bürgerliche Hände übergegangen war“¹⁶³. Während führende Politiker der SPD wie Philipp Scheidemann oder Friedrich Ebert auf parlamentarische Verkehrsformen fixiert und um Ausgleich mit den bürgerlichen

Parteien bemüht waren, bildete sich in der Frage, wie sich die SPD zum Weimarer Staat stellen solle, ein innerparteilicher „Vorbehaltsrepublikanismus“ auf dem linken Flügel heraus¹⁶⁴. Die „sozialen Errungenschaften“ der Republik waren andererseits wichtigstes Abgrenzungsmittel gegenüber der linken Konkurrenz und Sowjetrussland, das als warnendes Beispiel für den Rückfall in utopische Vorstellungen bezeichnet wurde¹⁶⁵.

Als Partei des spezifischen Klassenmilieus der Arbeiterschaft, vor allem aber der Facharbeiter, vertrat die SPD von Anfang bis zum Ende der Weimarer Republik eine „konsequente Reformpolitik, die allerdings – nicht zuletzt aufgrund wechselnder innerparteilicher Verhältnisse – unterschiedlich präsentiert wurde, in bestimmten Phasen verbalradikal-revolutionär, in anderen parlamentarisch-reformistisch“¹⁶⁶. Die Orientierung an den scheinbar so erfolgreichen Parteitraditionen, das Legalitätsdenken der Funktionäre und ihr Vertrauen auf die Kraft und Vernunft des Stimmzettels sowie den puren Mechanismus einer Wahlbewegung – kurz, die aus dem Kaiserreich mitgeführten Denk- und Verhaltensmustern prägten die Weimarer Sozialdemokratie, deren ureigenstes Kampfmittel der Aufmarsch disziplinierter Massen zur Demonstration der eigenen Organisationsmacht insbesondere vor Wahlen blieb¹⁶⁷. Sozialdemokratische Wahlerfolge im Kaiserreich beruhten vor allem auf einer „generalstabsmäßig organisierten Beeinflussung jedes einzelnen Wählers mit einer Intensität, die die Anstrengungen der bürgerlichen Parteien weit in den Schatten stellte, auf der anderen Seite aber auch den Wahlhelfern schwere Lasten aufbürdete“¹⁶⁸. Spätestens nach der Reichstagswahl von 1907 besaß der „Ausbau einer perfektionierten Wahlmaschine“ innerhalb der SPD oberste Priorität¹⁶⁹.

Angesichts der demographischen und berufssoziologischen Veränderungen musste sich die SPD nach 1918 von der Vorstellung verabschieden, dass ihre Anhänger- und Wählerschaft immer weiter wachsen werde wie einst die wilhelminische „Stimmrechtsarmee“. Trotz diverser sozialer Öffnungsversuche hin zu den Mittelschichten, für die der Gölitzer Parteitag von 1921 steht, blieb sie aber in soziostruktureller Hinsicht eine „Berufspartei des Industrieproletariats“, eine durch das städtische Arbeitermilieu geprägte Teilkultur, von der sich bei weiter bestehenden Gemeinsamkeiten ein neues, kommunistisch geführtes Arbeitermilieu ausdifferenzierte. Erst am Ende der Weimarer Republik kam die SPD in ihrer Wählerschaft dem soziologischen Bild einer „Volkspartei“ allmählich näher¹⁷⁰.

Auf die erste Reichstagswahl bereiteten sich die Mehrheitssozialdemokraten mit einer Reichskonferenz Anfang Mai 1920 in Berlin vor, wo nach Abschluss der Debatte, in der man heftig über die bisherige Koalitionspolitik stritt, ein kämpferischer Aufruf zur Reichstagswahl verabschiedet wurde, der die „Parole der Einigkeit“ sowie das Ziel einer rein sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit betonte¹⁷¹. Gegen die weit verbreitete Auffassung, dass die Koalition mit den bürgerlichen Parteien nur ein notwendiges Übel sei, argumentierte vor allem Reichskanzler Müller, doch auch er wusste: „Koalitionspolitik ist natürlich keine Wahlparole. Jede Partei, auch jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf als Partei selbständig führen müssen; denn drei Koalitionsparteien, das heißt drei Weltanschauungen“¹⁷². Man könne, erläuterte Adolf Braun vom Parteivorstand, im Wahlkampf auch kein „spezialisiertes Programm für den kommenden Reichstag“ aufstellen. Ein solches müsse mit allen Schwierigkeiten rechnen, in die Deutschland verstrickt sei. Doch mit derartigen „Hemmungen“ zu agitieren, sei nahezu unmöglich, weshalb den Massen in erster Linie „die letzten großen Ideale des Sozialismus“ aufgezeigt werden müssten¹⁷³.

Obwohl sich insbesondere in der Einleitung des Görlitzer Parteitagsprogramms vom September 1921 volksparteiliche Tendenzen fanden, revidierte die SPD ihre Deutung der kapitalistischen Entwicklung nach 1918 nicht. Vielmehr habe sich durch den Weltkrieg der Proletarisierungsprozess der mittelständischen Gruppen, von den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden bis hin zu den Beamten und freien Berufen, noch verstärkt. Sozialdemokratische Zukunftsaufgabe blieb die „sozialistische Republik“. Um das „schaffende Volk“ aus den „Fesseln der Kapitalherrschaft“ zu befreien, kämpfte man für eine sozialistische „Gemeinwirtschaft“ zum „Wohl der Gesamtheit“¹⁷⁴. In Görlitz definierte sich die SPD zwar als Partei des „arbeitenden Volkes in Stadt und Land“, doch zeugte im Übrigen kaum etwas davon, dass in der Partei jemals eine Revisionsdebatte stattgefunden hatte.

An der Spitze der „Kampfziele“ des im September 1922 verabschiedeten vorläufigen Aktionsprogramms, das durch die Wiedervereinigung mit dem rechten Flügel der USPD notwendig wurde, stand der Schutz der Republik, weil diese „für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus“ biete. Unter dem Eindruck des Krisenjahres 1923 und der Vereinigung mit der Rest-USPD breitete sich in

der jetzt bis 1925 offiziell VSPD heißen Partei wieder das Bedürfnis nach radikalen Parolen und klassenkämpferischer Abgrenzungsrhetorik aus. Dies hatte Folgen für die Koalitionspolitik, insofern man sich nicht zuletzt auf Druck der früheren Unabhängigen während der Staatskrise im November 1923 gegen die Große Koalition mit der DVP entschied¹⁷⁵. Andererseits sehen Lösche und Walter gerade in der verbalradikalen Rhetorik das politisch-kulturelle Element, das die sozialdemokratische „Solidargemeinschaft“ zusammengehalten habe. In der Weimarer Zeit seien gar Anzeichen für einen „solidargemeinschaftlichen Höhepunkt“ ihrer Organisationskultur mit unzähligen Arbeiter- und Freizeitvereinen zu beobachten¹⁷⁶.

Während das Görlitzer Programm als „rechts“ galt, akzentuierte das Heidelberger Parteitageprogramm von 1925 ganz in der Tradition von Erfurt 1891 wieder die Marxsche Ökonomie- und Klassenanalyse sowie die sozialistischen Ziele der SPD. Zugunsten von ihnen wurde der in Görlitz angedeutete Versuch zurückgestellt, sich von einer proletarisch-städtischen Milieupartei in eine sozial und weltanschaulich offene „linke Volkspartei“ umzuwandeln. Angesichts ihrer politischen Niederlagen seit 1919 stelle Heidelberg, so Hans Mommsen, die Rückwendung der SPD zu ihrem „herkömmlichen introvertierten Selbstverständnis“ dar, was die „notorische Neigung koalitionspolitischer Abstinenz“ verstärkt habe. Motor und Indikator dieser Entwicklung sei vor allem der enge interessenpolitische Horizont der einflussreichen Gewerkschaftsführer gewesen¹⁷⁷. Insbesondere mit seiner rigorosen Kampfansage an das „kapitalistische System“ entsprach das Heidelberger Programm „eher dem Selbstverständnis einer ‚geborenen‘ Oppositionspartei“ des Kaiserreichs als dem, „was die Sozialdemokraten tatsächlich waren – die klassische Staatspartei der Weimarer Republik“¹⁷⁸. Verfassungspolitisch bejahte sie in Heidelberg den Staat von Weimar als den „günstigsten Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus“. Die Relikte des alten Obrigkeitsstaates sollten durch die „Demokratisierung der Verwaltung“ beseitigt werden. Im Abschnitt über „Internationale Politik“ hatte die SPD die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages fallengelassen, sondern plädierte im Geiste der Locarno-Verträge für eine „friedliche Lösung internationaler Konflikte“ sowie für „internationale Abrüstung“. Neu war auch die Zielvorstellung der europäischen Integration auf wirtschaftlichem Gebiet, der „Vereinigten Staaten von Europa“. Einzig der sozialpolitische Teil des Hei-

delberger Programms nannte konkrete Versprechen auf Interessenverwirklichung für bestimmte Wählergruppen. Zur „Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen“ wurden unter anderem die gesetzliche Festlegung des Achtstunden-Arbeitstages sowie der Umbau der Sozialversicherung im Sinne allgemeiner Volksfürsorge unter Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen gefordert, Schutzzölle auf Lebensmittel, wie sie die deutschnationalen Agrarier verlangten, dagegen strikt abgelehnt. Wiederholt wurde die orthodox marxistische „Untergangs“-These, wonach der Kleinbetrieb und Kleinhandel mit innerer Notwendigkeit sterben müssten, was durch die steigende Konkurrenz der Warenhäuser bestätigt zu werden schien¹⁷⁹.

Sowohl Görlitz als auch Heidelberg dienten in erster Linie dazu, die unterschiedlichen Strömungen in der SPD zu integrieren, und waren für ihre praktische Politik wenig hilfreich. Höheren Stellenwert in dieser Hinsicht besaßen etwa das Kieler Agrarprogramm von 1927, das die „Interessengemeinschaft der arbeitenden Masse in Stadt und Land“ propagierte und unter anderem die Steigerung der agrarischen Produktion und eine Sozialversicherung für „kleine“ Landwirte forderte, oder die Richtlinien zur Wehrpolitik, die der Magdeburger Parteitag 1929 beschloss und die – nach der Farce um den Bau des Panzerkreuzers A – ein klares Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit des Reiches ablegten. Das in Kiel propagierte internationalistische Selbstverständnis der SPD, deren Führung seit langem freilich „national“ empfand, stellte in der Weimarer Zeit nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis dar¹⁸⁰.

Die mit dem Heidelberger Programm einhergehende Verschärfung des Zwiespaltes zwischen reformistischer Praxis und theoretischer Selbstdarstellung der SPD entsprach ihrer „merkwürdigen Zwitterstellung, halb Regierungspartei, halb Oppositionspartei“, während der Mittelperiode der Republik¹⁸¹. Die Wahlerfolge der NSDAP ab 1929, die innerhalb der SPD zunächst als „Panik im Mittelstand“ gedeutet wurden, belebten auch die Diskussion über die marxistische Verelendungstheorie mit ihrem unbeweglichen Zweiklassenschema. Da jedoch keine schlagkräftigen Alternativkonzepte zur Verfügung standen, musste als Notbehelf weiterhin die Propagierung der Interessenidentität von Mittelstand und Arbeiterschaft mittels des Kaufkraftarguments erhalten. Wie gegenüber den Katholiken, entwickelte die SPD auch gegenüber den Angehörigen des „alten“ selbständigen Mittelstandes kaum spezifische Werbebemü-

hungen, was aus heutiger Sicht die Rede von einem „sozialdemokratischen Mittelstandsdilemma“ rechtfertigt¹⁸².

Schon Weimarer Zeitgenossen galt die SPD infolge ihrer „staatstragenden“ Rolle vor allem während der Spätphase der Republik als eine eher konservative Partei, deren Stellung „im wesentlichen in der Mitte“ sei¹⁸³. Vorgeworfen wurde ihr bereits vor 1933, Hitler nur mit der Waffe des Stimmzettels bekämpft und strikt die Spielregeln der Legalität beachtet zu haben, selbst als diese von jenem längst ad absurdum geführt worden seien. Wie die anderen Parteien auch unterschätzte die SPD die nationalsozialistische Gefahr, indem ihre Funktionäre typischerweise Parallelen zur Zeit des Sozialistengesetzes zogen und dem Glauben an die „Vernunft“ des Wählers verhaftet blieben¹⁸⁴. Neuere Arbeiten betonen jedoch, dass keine andere Partei so energisch gegen den Nationalsozialismus gekämpft habe wie die SPD, für die spätestens seit dem September 1930 die Abwehr eines „Dritten Reiches“ höchste Priorität besaß. Tatsächlich war sie in der Weltwirtschaftskrise die einzige republikanische Kraft, die Angehörige aller Wählerschichten in nennenswertem Maße an sich binden und so mit der NSDAP konkurrieren konnte¹⁸⁵.

Gegenüber dem lange Zeit in der Forschung gültigen Verdikt von Hans Mommsen über den rein „defensiven Immobilismus“ der Weimarer SPD gelangt Detlef Lehnert zu einer günstigeren Einschätzung: „Allen restaurativen Tendenzen energisch Widerstand leistend, die Weimarer Verfassung normativ anerkennend und öffentlichkeitswirksam propagierend, aber die demokratischen und sozialen Defizite der Verfassungswirklichkeit kritisch begleitend, sollte die Sozialdemokratie ‚Staatspartei der Republik‘ selbst in Phasen der Opposition werden und zugleich Hoffnungsträger ‚revolutionärer Reformisten‘ bleiben“¹⁸⁶.

„Nationale Opposition“ – Die Deutschnationalen

Als rechte Sammelbewegung im Stil der Vaterlandspartei von 1917 verkörperte die im November 1918 gegründete DNVP das politisch-personelle Erbe der konservativen Eliten und Parteien des Kaiserreichs, neben den Deutschkonservativen, Freikonservativen und Christlich-Sozialen auch Repräsentanten des Alldeutschen Verbandes sowie der extrem antisemitischen Deutschvölkischen, zu denen sich einige National-liberale gesellten. Obwohl sich diese „nationalen“ Kräfte des Bürgertums

durch die konterrevolutionäre Parole einigten, machten sich schon bei der Gründung zentrifugale Tendenzen zwischen einem strikt antidemokratischen und einem mehr pragmatisch-gouvernementalen Flügel der DNVP bemerkbar, eine Spaltung, die symptomatisch für die bürgerliche Rechte in der Weimarer Republik werden sollte. Ihre Schwächung während der Revolutionsmonate 1918/19 war freilich nur vorübergehender Natur.

Da der DNVP-Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919 ohne einheitliche Parteiführung, Programm oder zentrale Organisation geführt werden musste, stellte er eher eine Summe von vielen einzelnen Wahlkämpfen der alten Konservativen dar. Während der „Aufmarsch der gegenrischen Parteien“, so später Hauptgeschäftsführer Max Weiß, bereits im November begonnen habe, sei das erste Rundschreiben der DNVP erst am 20. Dezember 1918 erschienen¹⁸⁷. Ihre Mitte Dezember 1918 einsetzende Aktivität diente dann sowohl der Mitgliederwerbung, der Gründung von Ortsgruppen als auch dem Wahlkampf. Der am 22. Dezember veröffentlichte Wahlaufuf der DNVP bekannte sich demonstrativ zu den alten „ruhmbedeckten Fahnen“ des Deutschen Reiches, das im Krieg „gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg“ errungen habe. Auch jetzt wieder bot sie sich zur „entschlossenen Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums“ an, und zwar in „jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform“. Unter der neuen Verfassung werde sich aber langfristig eine „monarchistische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor“ entsprechend der historischen Eigenart des deutschen Volkes durchsetzen. Mit einer für die dramatische Tendenz ihrer Propaganda typischen Beschwörung der Gefahr vor „Vernichtung durch den Bolschewismus“ rief die DNVP den Wählern zu¹⁸⁸. Abgesehen von dem Kampf gegen die „einseitige Klassendiktatur“ der SPD richtete die DNVP ihren Hauptstoß vor dem 19. Januar 1919 gegen die „Judenpartei“ DDP, die mit einer antisemitischen Hetzkampagne gegen die „Geldsackherrschaft“ und ihre „jüdische Presse“ überzogen wurde. Im Übrigen versuchten sich die Deutschnationalen als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die versprach, sowohl die „Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus“ zu bekämpfen als auch Arbeiter und Angestellte durch den „planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik“ zu schützen sowie die Frauen zu vertreten, die sich durch ihre „bewundernswerten Leistungen“ im Krieg die politische Mitsprache verdient hätten¹⁸⁹.

Durch ihre Beteiligung am Kapp-Putsch kompromittiert, trat die DNVP vor dem 6. Juni 1920 die Flucht nach vorne an und beschuldigte die Reichsregierung, durch „Mangel an gutem Willen gegenüber berechtigten Forderungen“ den Putsch sowie „neues Elend“ und neuerlichen „roten Terror“ erst heraufbeschworen zu haben¹⁹⁰. Wenn sie auch aus wahltaktischen Gründen betonte, „auf verfassungsmäßigem Boden einen guten und ehrlichen Kampf um die Wiederaufrichtung des gebeugten Vaterlandes“ auszufechten, hielt sich die DNVP in der Verfassungsfrage zurück. Vielmehr akzentuierte sie den Kampf für die „Wiedergeburt des deutschen Volksgeistes“ und gegen „jeden zersetzenden, undeutschen Geist“, vor allem die seit der Revolution „immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“¹⁹¹.

Als Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit kristallisierten sich nach 1920 der Kampf gegen Republik und Demokratie unter Ausnutzung der parlamentarischen Strukturen sowie für die Restauration der Monarchie und außenpolitische Revanche heraus. Obwohl prominente Parteiführer wie der spätere Reichsinnenminister Walter von Keudell aktiv in den Kapp-Putsch verstrickt waren, konnte die DNVP mit verbalradikalen Wahlparolen bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 immerhin 15,1 Prozent der Stimmen erzielen. Ihr rascher Aufstieg bis 1924 kann geradezu als Gradmesser für die Stärke der republikfeindlichen Kräfte im Nachkriegsdeutschland gelten. Während der 1920er-Jahre war die DNVP nicht nur die stärkste Fraktion unter den bürgerlichen Parteien, sondern die bestimmende Kraft der „nationalen Opposition“. Nach der Absplittierung der völkisch-antisemitischen Extremisten, die sich 1922 zur DVFP formierten, sowie der Aufnahme weiterer Nationalliberaler aus den Reihen der DVP im Frühjahr 1924 folgte in der Mittelphase der Republik eine Zeit der vor allem von den wirtschaftlichen Interessenverbänden gewünschten, aber stets begrenzten Mitarbeit der DNVP im Staat der „Novemberverbrecher“¹⁹².

Ihre größten Erfolge verzeichneten die Deutschnationalen mit Stimmenanteilen von um die 20 Prozent in den Reichstagswahlen 1924, die von außenpolitischen Themen wie dem von ihr scharf abgelehnten Dawesplan geprägt waren. Als weiteren Sieg konnten sie die Wahl Hindenburgs, dem Vertreter des „alten“ Deutschland, zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1925 verbuchen. Bis 1928 bestimmten die pragmatisch denkende Parteiführung um Kuno Graf von Westarp sowie die wirtschaftlichen Inte-

ressenverbände die Politik der DNVP, die sich 1925 erstmals an einer bürgerlichen Reichsregierung beteiligte, aber wegen der Locarnoverträge noch im gleichen Jahr wieder bis Anfang 1927 in die Opposition ging. Auf Drängen der DNVP-Minister wurden die deutschen Zölle für Lebensmittel angehoben und ein Subventionsprogramm für die Landwirtschaft gestartet. Viele ehemalige deutschnationale Mittelstandswähler honorierten solche Interessenpolitik jedoch nicht, sondern bescherten der Partei im Mai 1928 mit einem Rückgang auf 14,1 Prozent der Stimmen eine herbe Wahlniederlage. Sie läutete das Ende der Ära Westarp und damit des ohnehin fragwürdigen Annäherungsprozesses der DNVP an die Weimarer Republik ein.

Unter der neuen Parteiführung Alfred Hugenbergs, dem Exponenten des alldeutschen Flügels, bis 1919 Vorsitzender des Direktoriums der Krupp AG, war ab dem Oktober 1928 die Rückkehr zur Fundamentalopposition beschlossene Sache, allerdings begleitet von weiteren Abspaltungen, darunter der christlich-soziale Flügel mit den Führern des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“ und die Altkonservativen um Westarp. Die verbliebene Rumpf-DNVP unterstützte nach 1930 den kompromisslosen Oppositionskurs Hugenbergs, der die Partei mithilfe seines Presse- und Propagandaapparates in eine autoritär geführte Bewegung nach Vorbild der NSDAP umformte, die mit nationalrevolutionärem Ethos für die Aufrichtung eines neuen deutschen Machtstaates, eines „Dritten Reiches“, kämpfte¹⁹³.

Die DNVP repräsentierte in der Weimarer Republik das konservativ-nationalistische Milieu, dessen sozialer Unterbau vor allem auf den Mittelschichten ruhte, den kleinen und mittleren Selbständigen und Eigentümern – was der Aufwertungsfrage nach der Inflation eine besondere Brisanz für die Partei gab –, aber auch auf ostelbischen Landarbeitern, Händlern und Bauern, monarchistisch gesinnten Akademikern sowie „national“ eingestellten Angestellten. Ihren stärksten Rückhalt besaß die DNVP ähnlich wie die alten Konservativen in den protestantisch-ländlichen Gebieten Altpreußens. Die Unterstützung christlicher Gewerkschaftler und des DHV, aus deren Reihen sich der Arbeiterflügel rekrutierte, sowie enge Verbindungen zu den evangelischen Kirchen sicherten ihr eine gewisse Massenbasis. Über die ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere, die ganz dem Kaiserreich verhaftet blieben, war man eng mit dem Stahlhelm verbunden. Großen Einfluss auf die Politik der DNVP übten Industrielle, Agrarier, hohe Militärs und Bankiers aus, am promi-

nenntesten wohl Großadmiral Alfred von Tirpitz und Karl Helfferich, bis zu seinem Tode 1924 führender Parlamentarier der Partei.

Analog zu der heterogenen sozialen Zusammensetzung bot ihre Organisation infolge einer starken Dezentralisation, die sich nicht zuletzt bei Reichstagswahlkämpfen ungünstig auswirkte, ein regional sehr unterschiedliches Bild. Die Landesverbände besaßen – zum Teil unter anderen Parteinaamen (in Bayern etwa als Bayerische Mittelpartei) – großes eigenständiges Gewicht. Die Mitgliederzahl der DNVP bewegte sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik um die 700 000¹⁹⁴, ging aber in den 1920er-Jahren kontinuierlich zurück. Dem Anschein nach eine Massenmobilisierungspartei mit Millionen von Wählern, blieb sie doch in ihren Entscheidungsstrukturen eine Honoratiorenpartei, deren Politik von den Fraktionen und organisierten Interessenvertretern aus Schwerindustrie und Großlandwirtschaft bestimmt wurde.

Fundamentale Opposition gegen die als illegitimer Staat empfundene Republik einerseits, konservatives Verantwortungsgefühl mit dem Schicksal des Staates „an sich“ und handfeste materielle Interessen andererseits, die auf Kooperation mit den bestehenden Strukturen drängten – unter diesem Zwiespalt litt auch die Politik der DNVP¹⁹⁵. Ein verbindliches Parteiprogramm existierte bezeichnenderweise nicht, dafür liegen aus der Frühphase der Partei immerhin einige Dokumente mit programmähnlichem Charakter vor, neben dem Gründungsaufwurf vom November 1918 und den Wahlaufufen von 1919/20 insbesondere die „Grundsätze“ der DNVP von 1920. War die Partei unter dem Eindruck der Revolution noch zu defensiven Zugeständnissen an die Republik bereit gewesen – etwa das Koalitionsrecht oder der kurzzeitige Verzicht auf die Monarchie-Parole in den ersten Aufrufen –, nannten die Grundsätze neben der monarchischen Restauration als vorrangige Ziele den Kampf gegen die angebliche Vorherrschaft des Judentums, für eine „starke“, das hieß nur von deutschen Gesichtspunkten geleitete Außenpolitik, die Revision des Versailler Vertrags, den Wiedererwerb der Kolonien sowie die Befreiung Deutschlands von jeder „fremder Zwangsherrschaft“. In der Präambel sowie am Ende der Grundsätze wurde die Dolchstoßlegende kolportiert, die von Hindenburg nach Kriegsende in Umlauf gesetzte „beliebteste Lebenslüge der Deutschen“¹⁹⁶.

Der programmatische Antisemitismus der Deutschnationalen gipfelte in der von ihrer Propaganda stets gebetsmühlenartig wiederholten These, dass eine „seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortre-

tende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“ zurückgedrängt werden müsse. An der Spitze der angestrebten nationalen Volksgemeinschaft versprach die DNVP für die „Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums“ zu kämpfen¹⁹⁷.

„Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ – Die katholischen Parteien

Das Zentrum konnte innerhalb des deutschen Parteiensystems aufgrund seines „spezifisch katholischen Sozialmilieus eine Sonderstellung als Weltanschauungs- oder Gesinnungspartei“ beanspruchen¹⁹⁸. Obwohl es stark den interkonfessionellen Anspruch betonte, erschöpften sich die Erneuerungsbestrebungen nach dem November 1918 allerdings in einem kurzlebigen Namenszusatz „Christliche Volkspartei“ sowie in der Absage, welche die Führung um Matthias Erzberger monarchistischen Restaurationsforderungen erteilte. Ungeachtet eines soziostrukturellen „Volkspartei“-Charakters mit Anhängern aus allen sozialen Schichten blieb das Zentrum auch nach 1918 vor allem die Partei des katholischen Volksdrittels. Es war vor allem die religiöse Bindung, welche die sozial heterogene Partei zusammenhielt, für die sich allerdings bei Wahlen etwa nur sechzig Prozent aller deutschen Katholiken entschieden, darunter die „noch stark in der katholischen Lebenswelt verwurzelten Frauen“ mit einem Stimmenanteil von bis zu sechzig Prozent deutlich überrepräsentiert¹⁹⁹.

Obwohl ohne jede republikanische Tradition, stellte sich das Zentrum 1918 umstandslos auf „den Boden der gegebenen Tatsachen“, indem es sich als „Verfassungspartei“ der bürgerlichen Mitte ausgab. Von jeher war die Politik des Zentrums praktisch kaum durch feste Programmsätze bestimmt, sondern wurden Entscheidungen im Wesentlichen je nach den aktuellen Problemlagen getroffen. Innerparteiliche Gegensätze zwischen agrarisch-konservativen Kräften und dem gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerflügel konnten immer wieder durch das konfessionelle Element und die gemeinsame „katholische“ Zielsetzung erfolgreich überdeckt werden. Ohne dass nach 1918 nennenswerte Ausdifferenzierungen in politischer wie soziostruktureller Hinsicht erfolgten, blieb das Zentrum ein „echtes Integrationsmilieu“, das ein beachtliches Spektrum sozialer Interessen und Positionen unter dem katholischen Dach vereinigte²⁰⁰.

Das Zentrum versuchte sich im ersten Reichstagswahlkampf 1920 als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die den „versöhnlichen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Ständen und Berufen, zwischen den mehr fortschrittlichen und mehr konservativen Anschauungen in der Politik“ und nicht zuletzt zwischen den Konfessionen anstrebe²⁰¹. Das Hauptthema ihrer Wahlpropaganda bildete die Koalitionspolitik, das hieß die innerhalb des Zentrums nicht unumstrittene Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung. In Erinnerung an das Dilemma von 1919, als es nach einem scharf anti-sozialistischen Wahlkampf in eine Koalition mit der SPD eingewilligt hatte, vermied das Zentrum vor dem 6. Juni 1920 richtungspolitische Festlegungen, sondern führte den Wahlkampf gleichermaßen gegen Rechts und Links²⁰².

Bei den Reichstagswahlen der 1920er-Jahre blieb das Zentrum hinter der SPD die zweitstärkste demokratische Massenpartei der Republik mit einem Stimmenanteil von um die 13 Prozent, kam aber trotz etwa vier Millionen Wählern nicht über die Zahl von 200 000 Mitgliedern hinaus, die sich (außerhalb Bayerns) vor allem im Westen und im Rheinland konzentrierten, während der Osten Deutschlands – mit Ausnahme von Oberschlesien – Diasporagebiete für das Zentrum blieben. Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ortsgruppen scheiterte bereits an dem mangelnden Rückhalt der Partei in überwiegend protestantischen Regionen. Hinsichtlich der Finanzlage sorgten anlässlich der Wahlkämpfe neben den Beiträgen der Abgeordneten vor allem die Handels- und Industriebeiräte beim Parteivorstand für ein größeres Spendenaufkommen. Dennoch litt die Partei unter chronischem Geldmangel und vermochte sie weder einen leistungsfähigen Parteiapparat noch eine eigene Presse aufzubauen, die ihrer starken Stellung im Reich und in Preußen entsprochen hätte²⁰³. Die ungenügende Parteiorganisation konnte zum Teil durch das enge Zusammenwirken mit den vielfältigen Laienorganisationen, allen voran dem Volksverein für das katholische Deutschland, weniger dem Klerus, der gleichwohl wahlstrategisch große Bedeutung für das Zentrum besaß, sowie mit den Christlichen Gewerkschaften wettgemacht werden²⁰⁴.

Ein staatspolitischer Pragmatismus und die koalitionspolitische Flexibilität in den „wandelbaren Dingen des öffentlichen Lebens“, soweit sie nicht die Stellung der katholischen Kirche im Staat oder kulturpolitische Prinzipien betrafen, ließen das Zentrum eine Schlüsselrolle im parla-

mentarischen System von Weimar einnehmen und sowohl links- als auch rechtsgerichteten Reichsregierungen zwischen 1919 und 1932 angehören²⁰⁵. Die soziale Heterogenität des Zentrums bedingte seinen ausgeprägten Willen zum Ausgleich widerstrebender Interessen und war Grundstein für die bündnispolitische Scharnierstellung zwischen konservativen und liberal-bürgerlichen Parteien sowie der SPD. Die Beteiligung an den Bürgerblockkabinetten nach 1924 führte zu neuen heftigen Kämpfen um die Bündnispolitik des Zentrums, die Ende 1925 mit dem Austritt von Joseph Wirth, der Symbolfigur des „linken“ republikanischen Flügels, aus der Reichstagsfraktion eskalierten. 1927/28 ging seine Partei dennoch wieder eine Koalition mit der DNVP ein, weil sie hoffte, so endlich ein konfessionelles Reichsschulgesetz durchsetzen zu können. Die Regierungsbeteiligung an der Großen Koalition von 1928 bis 1930 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 1928 eine verschärfte Rechtsentwicklung des Zentrums stattfand, die mit der Wahl des Trierer Prälaten Ludwig Kaas zum Parteivorsitzenden und Heinrich Brünnings zum Fraktionsvorsitzenden im Reichstag Ende 1929 personell festgeschrieben wurde. Im Anschluss an den Kölner „Parteitag der Besinnung“ vom Dezember 1928 sicherte man sich zugleich durch Aktivierung der weltanschaulichen Grundlagen das Plazet des katholischen Klerus für die kommenden Wahlkämpfe²⁰⁶.

Hinsichtlich des programmatischen Profils des Weimarer Zentrums besaß neben den angestammten kultur- und religionspolitischen Fragen die Sozialpolitik große Bedeutung, wo es sich stark an die katholische Soziallehre anlehnte. Maßgebender als Parteiprogramme – immerhin genügte das so genannte Soester Wahlprogramm von 1870 über 50 Jahre lang als politische Plattform – waren für den praktischen Kurs des Zentrums jedoch „eine Rede von Kaas, der Wahlauf Ruf von 1930, die Regierungspolitik Brünnings“²⁰⁷. Auf die revolutionären Ereignisse reagierte die zunächst völlig überraschte Parteiführung mit den „Leitsätzen“ vom 30. Dezember 1918, in denen es sich für die Wiederherstellung des Rechtsstaates sowie scharf gegen die Revolution aussprach. Es gelte, so der zentrale Passus, „ein soziales Recht der Allgemeinheit aufzurichten, das jeden Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz“ gewähre. Traditionell sah sich das Zentrum als „Kulturpartei“, der die Erhaltung der christlichen Werte zugleich Herzenssache und politische Methode war. Die Zentrumspropaganda verdankte schließlich ihre Wirkung in erheblichem Maße

der „scharfen Abgrenzung gegen die andersgläubige Umwelt“²⁰⁸. „Volks-gemeinschaft“ hieß dabei der Schlüsselbegriff ihrer „Ausgleichsideologie“, der als Ideal einer konfessionellen Versöhnung und politischen Integration auch der katholischen Minderheit zugleich Gegenbild sowohl zum marxistischen Sozialismus als auch zum monarchistischen Obrigkeitsstaat war²⁰⁹.

In seinem ersten umfassenden Grundsatzprogramm, den „Richtlinien“ vom Januar 1922, definierte sich das Zentrum als „christliche Volkspartei, die bewusst zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen“. Außenpolitisch sprach das Zentrum von der „Weltgeltung“ Deutschlands und von „nationalen Notwendigkeiten“, die jeder Parteipolitik überzuordnen seien, wie die Revision von Versailles, die Kriegsschuldfrage oder der deutsche Anspruch auf Kolonien. Innenpolitisch bestimmten die „christliche Staatsauffassung“ und der „überlieferte Charakter als Verfassungspartei“ die freilich in der Praxis nicht eindeutige Stellung des Zentrums zur Weimarer Republik. Direkt katholische Interessenforderungen wurden von den Grundsätzen weitgehend vernachlässigt, lediglich der Bekenntnisschule solle „Raum zur Entwicklung“ gegeben werden²¹⁰. Seine Ausgleichspolitik nach 1918 verstand das Zentrum in erster Linie als „Dienst am Staat“, um das durch den „unglückseligen Umsturz“ bedrohte Reich vor dem völligen Untergang zu „retten“ – eine Denkfigur, die auch von der rechtsnationalen Propaganda verinnerlicht wurde. Das vorrangige Interesse des Zentrums an einem funktionierenden Gemeinwesen und effektiver Regierungsarbeit ließen verfassungspolitische Kontroversen um die ideale Staatsform als zweitrangig erscheinen. Karsten Ruppert sieht in der Dialektik, wonach dieselben christlich-katholischen Normen, in denen sich die Distanz des Zentrums zur Weimarer Republik spiegelte, zugleich auch der Grund dafür waren, dass es zu einer ihrer „zuverlässigsten Stützen“ werden konnte, das „eigentliche Dilemma“ der katholischen Partei²¹¹.

Vor allem die föderalistischen Tendenzen konnten nach dem Krieg nicht mehr in die lockere Programmstruktur des Zentrums integriert werden, sodass sich im November 1918 unter Führung des „Bayerischen Christlichen Bauernvereines“ und seines Vorsitzenden Georg Heim der bayerische Landesverband des Zentrums verselbständigte, um ein sozialdemokratisch geführtes Reich und den liberalen Erzberger-Kurs abzu-

wehren. Programmatisch unterschied sich die BVP vom Zentrum vor allem durch die landsmannschaftliche Einfärbung ihrer Positionen, den betonten Föderalismus und einen militanten „Antimarxismus“. Innerhalb des Weimarer Parteienspektrums repräsentierte sie eine katholisch-konservative, strikt antisozialistische Regionalpartei, die weniger der bürgerlichen Mitte als vielmehr der Rechten zuzurechnen ist²¹². Die BVP verstand sich selbst als Bewahrerin der Traditionen bayerischer Eigenstaatlichkeit in der von ihr nur formell bejahten Weimarer Republik. Im Januar 1920 löste sie die Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum im Reichstag und nahm an allen Reichstagswahlen mit eigenen Kandidatenlisten teil (allerdings nur in den vier bayerischen Wahlkreisen). Innerparteilich konnte sich die „aktivere jüngere Richtung“ um den neuen Vorsitzenden Fritz Schäffer durchsetzen und für eine verschärft „antimarxistische“ Ausrichtung der BVP sorgen.

Soziostrukturell war die BVP stark agrarisch-bäuerlich geprägt. Im katholisch-ländlichen Milieu Bayerns verfügte sie über einen festen Wählerstamm und erreichte bei Reichs- und Landtagswahlen im Durchschnitt etwa eine Million Stimmen, was ihr zwischen 16 und 22 Abgeordnete im Reichstag sicherte. Ihre Wähler mobilisierte sie ähnlich wie das Zentrum mithilfe der katholischen Vereine sowie des Klerus. Als einzige Regionalpartei erlangte sie größere reichspolitische Bedeutung und konnte in entscheidenden Situationen wie der Reichspräsidentenwahl 1925 sogar das Zünglein an der Waage spielen. Bedeutung für die praktische Politik der BVP besaß vor allem ihre Landtagsfraktion in Bayern, das bis 1933 von ihr regiert und nach Beseitigung der Münchner Räterepublik zur nationalistischen „Ordnungszelle“ des Reiches wurde. Gesellschaftspolitisches Ideal der BVP blieb der „organische Staat, eine homogene Gemeinschaft ohne gravierende Interessengegensätze, auf naturrechtlichen Prinzipien gegründet und ständisch gegliedert“²¹³. Gefordert wurden die „Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches“, eine rigorose Einschränkung der Eingriffe von Seiten der „preußischen“ Zentralregierung in das Wirtschaftsleben der Länder sowie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung der „gerechte Ausgleich der Interessen aller Stände“. Wichtigster Punkt des Parteiprogramms blieb der gegen einen preußischen Zentralismus als Feindbild gerichtete Ruf: „Bayern den Bayern“²¹⁴.

Revolutionäre Partei „im Wartestand“ – Das Dilemma der Weimarer Kommunisten

Die aus der Vereinigung des Spartakusbundes mit linksradikalen Splittergruppen an der Jahreswende 1918/19 hervorgegangene KPD führte die Traditionen des linken Flügels der Vorkriegssozialdemokratie weiter, indem sie sich zur proletarischen Revolution nach sowjetrussischem Vorbild bekannte. Nachdem sich auf dem Parteitag der KPD Mitte April 1920 in Berlin die Führung um Paul Levi gegen den extremen syndikalistischen Flügel durchsetzen konnte, rechtfertigte die Zentrale in ihrem am 17. April veröffentlichten Wahlauf Ruf die Beteiligung an den Reichstagswahlen damit, dass die eigentliche Entscheidung über das kommunistische Endziel – die „Eroberung der gesamten Staats- und Wirtschaftsmacht durch das Proletariat“ als Rettung vor dem „drohenden Verfall in die Barbarei“ – zwar außerhalb der Parlamente fallen werde. Im Sinne Rosa Luxemburgs müsse der Reichstag aber als „Tribüne“ genutzt werden, um „dem Unterdrückten zu sagen, wie sehr er unterdrückt ist, wie viel er verloren hat und was er gewinnen kann“²¹⁵.

In unbedingter Gegnerschaft zur Weimarer Republik sprengten sowohl die politischen Ziele der KPD als auch die Methoden ihrer „Straßenpolitik“ die von der Verfassung als legal vorgegebenen Spielräume der politischen Willensbildung. Taktisches Hauptziel der Kommunisten war, die deutschen Arbeiter durch die Schaffung einer „Einheitsfront von unten“ von ihren sozialdemokratischen Führern zu lösen. Seit ihrer Gründung übte die mehrmals verbotene KPD, die erst durch die Vereinigung mit der linken USPD Ende 1920 den Status einer Massenpartei gewann, strikte Opposition gegenüber dem „kapitalistischen Staat“. Es gab im Horizont der kommunistischen Bewegung nur den einen revolutionären Ausweg aus den Weimarer Verhältnissen, die von ihrer Propaganda als ganz und gar unerträglich dargestellt wurden. Jeder sozialer oder politischer Kompromiss galt bereits als „Verrat“. Die anfängliche Putschtaktik for man jedoch 1923 nach dem Scheitern offener Umsturzversuche ein und betrieb stattdessen parlamentarische Obstruktionspolitik, während scholastische Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs die Partei lähmten²¹⁶.

Für die von ständigen taktischen Kursänderungen geprägte Politik der KPD war mehr und mehr Moskau beziehungsweise die Kommunistische Internationale verantwortlich. Hier wurde 1928 auch die „ultra-

linke“ Generallinie eingeläutet, wonach in einer Periode des verschärften Klassenkampfes das letzte Bollwerk des Kapitals und somit der Hauptfeind der KPD die „Sozialfaschisten“ der SPD seien – eine These, die durch Ereignisse wie etwa dem Berliner „Blutmai“ von 1929 Nahrung erhielt. Zum Dilemma der KPD als einer revolutionären Massenpartei „im Wartestand“ (Sigmund Neumann) wurde, in objektiv nichtrevolutionären Zeiten eine dem Anspruch nach revolutionäre Politik betreiben zu wollen. Als sich 1929/30 die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland zuspitzte, war es der Partei vor allem wegen der anderweitigen Ziele der russischen Außenpolitik nicht möglich, zu der revolutionären Putschtaktik der Anfangsjahre zurückzukehren. Für seinen Kurs der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung in Russland – „Sozialismus in einem Lande“ – konnte Stalin keine außenpolitischen Verwicklungen gebrauchen²¹⁷.

Obwohl ihr gesellschaftlicher Einfluss zwischen 1924 und 1929 geringer war als in den Anfangs- und Endjahren, blieb die KPD dennoch ein wichtiger Faktor in der Weimarer Politik und gehörte mit etwa dreieinhalb Millionen Wählern, das waren bei Reichstagswahlen zwischen zehn und zwölf Prozent, zu den größten deutschen Parteien. Insbesondere in der Weltwirtschaftskrise erhielt sie starken Zulauf und konnte ihre Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1932 auf 14,3 beziehungsweise 16,9 Prozent steigern. Von ihrer sozialen Zusammensetzung her stellte die KPD eine fast reine Klassenpartei der städtisch-industriellen Arbeiterschaft dar, aus der sich 1927 vier Fünftel der allerdings stark fluktuierenden Mitgliedschaft rekrutierten, während ihre Gesamtzahl um 1930 bei etwa 250 000 lag. Keineswegs war die KPD – wie lange angenommen – nur die Partei des so genannten Lumpenproletariats, vielmehr waren 1927 etwa vierzig Prozent der Mitglieder gelernte Arbeiter und erst in den Jahren nach 1930 dominierten die Arbeitslosen mit Anteilen von bis zu achtzig Prozent. Im Übrigen handelte es sich um eine fast reine „Männerpartei“, da der Frauenanteil bei nur 16 Prozent lag, sowie eine vergleichsweise junge Partei: achtzig Prozent der Mitglieder waren unter fünfzig Jahre alt²¹⁸.

Neben der Partei existierte ein Geflecht von Vor- und Umfeldorganisationen wie die Rote Hilfe oder die Revolutionären Gewerkschaften, auf die im Wahlkampf zurückgegriffen werden konnte. Als Kampforganisation für die Diktatur des Proletariats und Gegengewicht zu Stahlhelm und Reichsbanner hatte die KPD 1924 den Roten Frontkämpfer-

bund gegründet, der in den folgenden Jahren etwa 100 000 Mitglieder zählte und 1929 verboten wurde.

Von überragender Bedeutung für die Geschichte der Weimarer KPD, die formell keine selbständige Partei, sondern eine Sektion der Komintern und als solche deren Weisungen unterworfen blieb, war der Stalinisierungsprozess, der 1924 einsetzte und sich vor allem in einer zunehmenden Abhängigkeit von Moskau offenbarte. Im Zeichen ihrer „Bolschewisierung“ ab 1924/25 konsolidierte sie sich – wenn auch begleitet von heftigen Flügelkämpfen – unter der Führung des für seine Moskautreue bekannten Ernst Thälmann zu einer „Partei neuen Typs“²¹⁹. Im Unterschied zur NSDAP galt in der KPD nicht das Führerprinzip, sondern das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, offiziell eingeführt im Juli 1925 mit dem neuen „bolschewistischen“ Statut der KPD, das auch die Betriebs- und Straßenzellen als organisatorische Grundlage fest schrieb. Die zentralistischen Momente verstärkten sich und gaben der vom Parteitag gewählten Zentrale (später Zentralkomitee) eine große Machtbefugnis. Die faktische Entscheidungsgewalt lag in Händen des Politbüros und seines Führungsorgans, des Politsekretariats, das den hauptamtlichen Apparat der KPD kontrollierte. Als Partei der Mobilisierungs- und Massenaktionen, deren umstürzlerisches Profil und lärmende Agitation konzeptionelle Schwächen überdecken halfen, hob sich auch das soziokulturelle Milieu der Kommunisten deutlich vom defensiven Legalismus und Reformismus der Weimarer SPD ab²²⁰.

Laut dem Spartakus-Programm von 1918/19 trat die KPD für die „einheitliche sozialistische Republik“ ein, die als positives Gegenbild zum Weimarer Staat verheißungsvoll angepriesen wurde. Um dem großen Vorbild und „sozialistischen Vaterland“ Sowjetunion nachzueifern, stand zunächst die Weltrevolution auch auf der Tagesordnung der deutschen Kommunisten. In hymnischen Sentenzen wurde der Sieg des Spartakus-Bundes bereits mit dem „Sieg der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats“ gleichgesetzt. Daran schloss sich ein maximalistischer Forderungskatalog an, der im Kontrast zu der zahlenmäßigen Schwäche der Partei stand und von der Einsetzung von Arbeiter- und Soldatenräten als politische Exekutivorgane bis zur Abschaffung der deutschen Einzelstaaten reichte.

Nach dem Spartakus-Programm von 1918 verabschiedete die KPD kein ordentliches Parteiprogramm mehr. Auf dem Frankfurter Parteitag Mitte April 1924 nahm man unter der neuen „linken“ Führung lediglich

ein so genanntes Aktionsprogramm an, das eine „Epoche der verschärften kapitalistischen Offensive“ diagnostizierte²²¹ und neben dem Manifest des XII. Parteitages von 1929²²² sowie der Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung vom August 1930 das bedeutendste Programmdokument der KPD darstellte. Wie ein roter Faden zog sich nicht zuletzt durch ihre Wahlpropaganda der Versuch, auf nationalistische Massenbewegungen in der Bevölkerung, wie etwa während des Ruhrkampfes 1923 oder angesichts des Aufstiegs Hitlers nach 1929, mit einer verschärft nationalistischen Agitation zu reagieren, um so die vermeintlich national gesinnten Protestwähler zu gewinnen. Als verbindlich auch für die KPD galten im Übrigen die Richtlinien der von Stalin gelenkten Komintern. Deren sechster Weltkongreß gab im September 1928 in Moskau als Parole die „Ersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch das Weltsystem des Kommunismus“ aus. Zugleich dominierte nun die radikale Theorie, dass alles, was nicht kommunistisch sei, faschistisch sei, woraus die KPD eine unversöhnliche Feindschaft zur SPD ableitete. Ab 1928 wurden als „ultralinke“ Generallinie der Kampf gegen sozialdemokratischen „Gewerkschaftsbonzen“ sowie die unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion propagiert²²³. Mit Abschluss der Bolschewisierung 1930 wurde innerparteiliche Kritik in der KPD weitgehend unmöglich. Ihr Hin- und Herpendeln zwischen einer mehr realistischen Taktik und der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes ließ die Kommunisten einerseits unberechenbar erscheinen und zum Schreckgespenst des deutschen Bürgertums werden, andererseits mauerten sie sich dadurch in ihrem politisch-kulturellem Ghetto ein. Durch den scharfen Konfrontationskurs gegenüber der „sozialfaschistischen“ SPD-Führung nach 1928 isolierte man sich schließlich selbst von jeder Bündnismöglichkeit mit den Demokraten gegen Hitler²²⁴.

„Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“

Statt nach dem Krieg den innerliberalen Bruderzwist zu überwinden, riefen in Berlin ehemalige Führer der Fortschrittlichen Volkspartei schon am 16. November 1918 die DDP ins Leben, während der Hauptteil der alten Nationalliberalen um Gustav Stresemann einen Monat später die DVP gründete. Zwischen beiden liberalen Parteien sollte es in den 1920er-Jahren zu äußerst erbitterten Abgrenzungskämpfen kommen, die das

Entstehen einer stabilen bürgerlichen Mitte untergraben. Da sich einige nationalliberale Regionalverbände der DDP anschlossen, konnte die DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht in allen Wahlkreisen antreten und blieb mit 4,4 Prozent der Stimmen weit hinter dem Ergebnis der Nationalliberalen von 1912 zurück. Schon bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 sollte sich aber das Verhältnis zur DDP, die 1919 mit 18,5 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft hinter MSPD und Zentrum geworden war und ihr bestes Ergebnis in der Weimarer Republik erreicht hatte, wieder umdrehen. Ohne wie die Deutschnationalen zu tief in den gescheiterten Putschversuch verstrickt gewesen zu sein, profitierte die DVP von der konterrevolutionären Grundstimmung nach dem Kapp-Putsch und gewann fast zehn Prozent hinzu. Unter dem Motto: „Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“, das sich insbesondere auf die Situation in Preußen und das Spannungsverhältnis zur SPD bezog²²⁵, errang die DVP am 6. Juni 1920 mit 13,9 Prozent und 65 Mandaten den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte. Breiten bürgerlichen Wählerschichten erschien die DVP als Garant von „Ruhe und Ordnung“, während die DDP durch ihre Koalitionspolitik als „halbsozialistische“ Partei diffamiert werden konnte. Das Bemühen, sich vom Stigma einer monarchistischen Rechtspartei zu befreien, verschwand im Wahlkampf jedoch völlig hinter der scharfen Aktionsparole der DVP: „Der Feind steht links!“²²⁶

In den Anfangsjahren der Republik rief die DVP fast ebenso laut wie die Deutschnationalen nach der Rückkehr zur Monarchie als der für das deutsche Volk „nach Geschichte und Wesensart geeignetesten Staatsform“, allerdings laut ihrer vorläufigen „Grundsätze“ vom Oktober 1919²²⁷, die das einzig verbindliche Programm der DVP blieben, auf „gesetzmäßigem Wege“. Erst unter dem Druck des Gründers und langjährigen Vorsitzenden Stresemann schwächte die DVP nach und nach ihre Opposition zur Weimarer Republik ab, indem die monarchistischen Tendenzen zumindest neutralisiert werden konnten. Nach der Reichstagswahl vom Juni 1920 gab sie ihre bisherige Obstruktionspolitik auf und trat in die bürgerliche Reichsregierung des Zentrums politiklers Fehrenbach ein. Während der Inflationskrise vom Herbst 1923 willigte man unter dem Druck der wirtschaftlichen Interessengruppen gar in eine Große Koalition mit der SPD ein, um die Währungsstabilisierung durchzusetzen.

In der Mittelphase der Republik steuerte die Stresemann-DVP einen „vernunftrepublikanischen“ Kurs und machte sich zugleich in einer

Weise vom Prestige ihres langjährigen Vorsitzenden abhängig, dass zu Recht von der „Partei Stresemanns“ gesprochen wurde. Immerhin hielten dieser und der von ihm durchgesetzte Primat der Außenpolitik die Partei über alle Flügelkämpfe hinweg bis Ende der 1920er-Jahre zusammen. Obwohl die Deutschnationalen scharf gegen Stresemanns außenpolitischen Verständigungskurs polemisierten, plädierte die DVP stets für ihre Aufnahme in die Reichsregierung. Dahinter standen die gemeinsame „schwarzweißrote“ Grundausrichtung sowie der letztlich unüberbrückbare Gegensatz zur organisierten Arbeiterbewegung in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Nach dem Tod Stresemanns im Oktober 1929 brannten die innerparteilichen Gegensätze erneut auf, wobei der neue Parteivorsitzende Eduard Dingeldey ab 1930 für eine Rechtswendung und Kooperation der DVP mit der NSDAP sorgte²²⁸.

In den programmähnlichen Grundsätzen von 1919 bekannte sich die DVP zu einer nationalen Staatsgesinnung und schrieb die „Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken“ auf ihre Fahnen. Ausgehend von sozialpartnerschaftlichen Ideen propagierte sie die „Volksgemeinschaft“, während außenpolitisch die Wiedererringung der deutschen „Weltgeltung“ oberstes Ziel war, zu erreichen vor allem durch Revision des Versailler Vertrages. Eine Völkerversöhnung sei unmöglich, trumpfte man in nationalistischer Diktion auf, „solange die Ehre des Deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten“ werde. Wirtschaftspolitisch gehörte die DVP zu den entschiedensten Verfechtern des Privateigentums an Produktionsmitteln und einer „freien Wirtschaft“. Bei keiner zweiten Weimarer Partei trat die personelle und interessenmäßige Verflechtung von Politik und Wirtschaft so eklatant zutage wie bei der DVP. Insbesondere schwerindustrielle Interessenkreise übten großen Einfluss auf die Politik der Partei aus, was ihr den Ruf einbrachte, die „Partei der Schlotbarone“ zu sein, und sie nach der Hyperinflation in die Nähe der „Inflationsgewinnler“ rückte²²⁹.

In organisatorischer Hinsicht existierte die DVP im Wesentlichen nur in Form ihres Zentralvorstandes und der Wahlkreisverbände, während die Parteitage keinerlei Kontrollfunktionen besaßen. Die Mitgliederzahl schrumpfte bis Ende der 1920er-Jahre auf etwa 200 000, um nach 1930 rasant weiter abzunehmen. Unter soziostrukturellen Aspekten war die DVP alles andere als eine Volkspartei, sondern vielmehr eine Partei der bürgerlichen städtischen Mittelschichten, der Beamten, Angestellten, kleinen und mittleren Besitzbürger wie Handwerker, Hausbesitzer

und Händler, ohne größeren Rückhalt bei Arbeiterschaft oder Bauern. Besondere Bedeutung besaß die DVP in den Beamtenorganisationen, namentlich dem „Reichsbund der höheren Beamten“²³⁰. Dass die DVP dem Typus nach eine Honoratiorenpartei war, verdeutlicht bereits ein flüchtiger Blick auf ihre Finanzierung. Obwohl Stresemann verschiedentlich versuchte, seine Partei durch Schaffung eines ordentlichen Beitragsystems auf solide Grundlagen zu stellen, blieb die Parteikasse vor allem für Wahlkämpfe auf Spenden angewiesen, wobei die meisten Gelder aus der Ruhr- und Schwerindustrie beziehungsweise deren politischen Fonds flossen. Stresemanns Vorschlag, allen Parteien eine staatliche Wahlkampf-kostenrückerstattung gemäß ihrer Parlamentsstärke zu gewähren, scheiterte 1928 nicht zuletzt am Widerstand der industriellen Interessenvertreter in der eigenen Reichstagsfraktion, die zusätzliche Belastungen des Staates strikt ablehnte²³¹.

Zwischen Reaktion und Revolution – Die Deutsche Demokratische Partei

Nach dem missglückten Versuch, eine große liberale Einheitspartei zu bilden, setzte die DDP die linksliberale Tradition nach 1918 fort. Ihrem Gründungsauftrag lag die Intention zugrunde, den Liberalismus an der Seite der SPD zum Träger der Republik zu machen und sich deutlich von der Vergangenheit, von Monarchie und extremen Annexionisten abzugrenzen, zu denen nicht zuletzt auch Stresemann zählte. Anders als dessen DVP, die sich zum Bollwerk gegen den „Sozialismus“ stilisierte, präsentierten sich die Demokraten unter der Parole „Jeder Arbeiter muss ein Bürger, und jeder Bürger muss ein Arbeiter werden!“²³² als Partei des sozialen und politischen Ausgleichs. Die DDP war bereit, mit den Kräften des „Umsturzes“ zu kooperieren, und konnte sich aufgrund ihrer starken Mitarbeit an der Weimarer Reichsverfassung zu Recht als die eigentliche Verfassungspartei des neuen Staates fühlen. Neben dieser Republik bejahenden Grundhaltung charakterisierte ihre Politik ein „Primat national- und machtsstaatlichen Denkens“, weshalb sie 1919 den Versailler Friedensvertrag mehrheitlich als „unerfüllbar“ ablehnte²³³. Ihr Erfolg bei der Wahl zur Nationalversammlung beruhte vor allem darauf, dass große Teile des Bürgertums in der DDP das nötige Gegengewicht zur SPD sahen. Der Links- und Gesinnungsliberalismus blieb aber auch nach 1918 eine von der bildungsbürgerlichen Elite geprägte Teilkultur,

die sich vor allem in Abgrenzung zu den reinen Wirtschaftsliberalen und den unabhängigen Linksintellektuellen sammelte²³⁴.

An die veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen konnten sich die Demokraten nur schwer anpassen und trotz großen Zulaufs während der Revolution und organisatorischer Reformversuche nicht als Massenintegrationspartei auf Dauer etablieren²³⁵. In der Öffentlichkeit litt die DDP vielmehr unter dem Image einer Interessenvertretung des Finanzkapitals und der Industrie, was ihre Erfolgchancen im Mittelstand ebenso beeinträchtigen musste wie die fast ununterbrochene Regierungsverantwortung im Reich. Sich selbst sah die DDP als Brücke zwischen altem und neuem Deutschland, weshalb sie den Gedanken einer bürgerlichen Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie ablehnte. Aufgrund dieser Brückenfunktion hatte der bereits 1920 einsetzende Abstieg der DDP entscheidende Auswirkungen auf den Bestand der Weimarer Parteiendemokratie.

Der Aufruf der DDP zur ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 bekannte sich zum Weimarer Verfassungswerk, das als Grundlage für die „nationale Demokratie“ und die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt bezeichnet wurde. Neben einer Rechtfertigung der bisherigen Koalitionspolitik, die man grundsätzlich fortsetzen wolle, betonte der Aufruf der Demokraten die „tief greifenden Unterschiede“, welche sie von den bisherigen Koalitionspartnern SPD und Zentrum trennten. Wenn auch der „reaktionäre Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz und der Wiederaufbruch der bolschewistischen Revolution“ nur dank den Mehrheitsparteien abgewehrt worden seien, kritisierte man die SPD wegen ihres Festhaltens am Klassenkampfgedanken und das Zentrum, weil es auf kultur- und schulpolitischen Gebiet die „geistige Einheit“ des Volkes zugunsten „religiöser Machtkämpfe“ auf Spiel setze. Wer den „Aufstieg“ wolle, müsse daher demokratisch wählen: „Deutsches Volk! Jetzt gilt es! Recht oder Gewalt, Freiheit oder Knechtung, Gleichheit oder Diktatur, Krieg oder Frieden!“²³⁶

Während der 1920er-Jahre wurden die Demokraten „einerseits das typischste Opfer jenes vieldiskutierten Niedergangs der alten ‚Weltanschauungsparteien‘ und andererseits in der breiten öffentlichen Meinung immer eindeutiger zur Vertretung des Kapitals“²³⁷. Der rasche Aufschwung der DDP während der Umbruchszeit 1918/19 entpuppte sich als postrevolutionäre Scheinblüte, die schon bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 wieder verfliegen war. Ab diesem Zeitpunkt datiert der Überlebenskampf

der Demokraten, deren weit gespannte liberale Reformforderungen bei den von materiellen Interessen bewegten Wählern immer mehr an Attraktivität einbüßten. Die Idealisten einer „nationalen Demokratie“ mussten schmerzhaft erkennen, dass eine moderne Partei nicht allein durch Berufung auf ihre „großen Ziele“ überleben kann²³⁸. Mit Ausnahme der Dezemberwahl 1924 ging ihr Stimmenanteil seit 1919 kontinuierlich zurück. Gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung, in der sie mit 18,3 Prozent und 75 Mandaten drittstärkste Kraft hinter SPD und Zentrum wurde, verlor die DDP im Juni 1920 fast 60 Prozent ihrer Stimmen – vor allem an die liberale Konkurrenzpartei DVP – und sah sich im Mai 1928 bereits vor Ausbruch der großen Wirtschaftskrise mit 4,9 Prozent der Stimmen auf den Stand einer „Splitterpartei“ wie der WP zurückgeworfen²³⁹.

Von den schätzungsweise etwa 900 000 Mitgliedern im Jahr 1919 waren Ende der 20er-Jahre nur noch knapp 100 000 übrig geblieben. Diesen Wähler- und Mitgliederschwund versuchte die DDP auf Initiative ihres Vorsitzenden Erich Koch-Weser vor den Reichstagswahlen im September 1930 durch eine Öffnung nach rechts beziehungsweise ein Bündnis mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, dem parlamentarischen Arm des Jungdeutschen Ordens, aufzuhalten. Den politischen Bankrott der Linksliberalen offenbarten spätestens die Reichstagswahlen im Juli 1932, als die Deutsche Staatspartei, die DDP-Nachfolgepartei, nur noch ein Prozent der Wählerstimmen erreichen konnte.

Statt den Schritt zu einer Volkspartei zu machen, kennzeichnete die DDP in soziostruktureller Hinsicht vor allem Heterogenität, wobei sich ihre Anhänger und Funktionsträger vor allem aus dem selbständigen und unselbständigen Mittelstand, Teilen der nationalen, in den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, überproportional aus den freien Berufen, Intellektuellen, aber auch aus dem Großunternehmertum rekrutierten. Laut der neueren historischen Wahlforschung zur Weimarer Republik erzielten beide liberalen Parteien mit steigendem Anteil der Beamten, Angestellten und Hausangestellten in den Wahlkreisen bessere Ergebnisse, nicht so aber bei den selbständigen Mittelschichten²⁴⁰. Stärker als in anderen bürgerlichen Parteien waren auch Frauen in der DDP vertreten, die bekannte Frauenrechtlerinnen wie Gertrud Bäumer oder Helene Lange zu ihren Führerinnen zählte. Ihre Finanzierung erfolgte – wie für eine Honoratiorenpartei typisch – fast ausschließlich über Spenden von kapitalkräftigen Unternehmern

und ihren Verbänden, von denen 1922 etwa zwei Drittel der Parteigelder kamen.

Der Agitationsstil der DDP war nüchtern rational und wenig suggestiv, da den Liberalen ein dialogisches Politikverständnis verbot, auf die nach 1918 „allgemein praktizierte populistische Propaganda, auf Freund-Feind-Polarisierungen und die Hasstiraden der rechten und linken Parteien“ einzuschwenken²⁴¹. Verstärkt wurde die Desintegration des Liberalismus und speziell der DDP noch durch Konzeptlosigkeit und Immobilismus in programmatischer Hinsicht. Die sich in der Regierungsverantwortung abnutzende Partei bot in vielen politischen Fragen ein „trauriges Bild der Zerrissenheit“²⁴². Außer dem Programm, das der zweite Parteitag im Februar 1920 verabschiedete²⁴³, besaß sie in den 1920er-Jahren kein verbindliches Programm, das neuen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen oder Einsichten Rechnung getragen hätte. Das im August 1930 veröffentlichte „Manifest“ der neuen DStP kennzeichnete bereits eine Vermischung demokratischer liberaler Positionen mit volksnationalen Einflüssen. Für Hartmut Schustereit erscheint es wegen „weitgehend fehlender programmatischer Äußerungen der DDP“ grundsätzlich schwierig, ihre Haltung zu bestimmten Fragen der Reichspolitik überhaupt deutlich zu machen²⁴⁴. So nachdrücklich sich die Demokraten 1919/20 auf den Boden der Weimarer Reichsverfassung stellten, so betont national gaben sie sich in ihrem Grundsatzprogramm von 1920 und forderten neben der Revision der Friedensverträge auch die des „Raubes unserer Kolonien“, bejahten aber gleichzeitig den Gedanken des Völkerbundes. Ihren vagen liberalen Reformideen, an deren Spitze die Forderungen nach einer Änderung des Wahlsystems und die Reichsreform sowie das sozialreformerische Konzept des „sozialen Kapitalismus“ standen, blieben die Demokraten auch unter der neuen Firma Staatspartei nach 1930 treu²⁴⁵.

Das Versprechen einer radikalen Systemalternative – Die Nationalsozialisten

Gegründet Anfang 1919 als eine der vielen nationalistisch-antisemitischen Splittergruppen in München, entwickelte sich die NSDAP – so der Name ab 1920 – unter dem Symbol des Hakenkreuzes zu einer aus heutiger Sicht „anfangs stark antimodernistisch-völkischen, gleichwohl totalitär-modernen Protestbewegung, die Produkt der bürgerlich-kapita-

listischen Gesellschaft war und zugleich Protest gegen sie“²⁴⁶. Ihren vor allem in der „Ordnungszelle“ Bayern gesammelten Einfluss büßte die NSDAP nach dem missglückten Hitler-Ludendorff-Putsch vom 9. November 1923 und dem sich anschließenden Verbot zunächst wieder ein. Bis 1928 stellte sie nicht viel mehr als eine kaum wahr genommene Splittergruppe am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums dar²⁴⁷. Erst im Zeichen der Wirtschaftskrise erhielt die NSDAP wiederum Massenzulauf aus den Reihen der mit dem „System“ unzufriedenen Wähler, die nun aber über eine pyramidenförmige Organisationsstruktur nach Vorbild der SPD und dank einem Netzwerk von Vorfeld- und Umfeldorganisationen an die Partei gebunden und integriert werden konnten. Trotz der Führerideologie kennzeichneten die NSDAP in den Entscheidungsstrukturen ein Kompetenzwirrwarr und Machtkämpfe zwischen den in Gaue, Kreise und Ortsgruppen eingeteilten Organisationen. Vor allem durch ihre Propagandamethoden und ihr militant-millennarisches Selbstverständnis unterschied sie sich von anderen Parteien der Rechten, die ihre „gewaltförmige, demonstrativ-plebejische Öffentlichkeit“ und aktionistische Präsentation von Politik im „Kampf um die Straße“ ablehnten²⁴⁸.

Ohne den um die Person Hitlers aufgebauten Führerkult und den Propagandamythos einer sozialharmonischen Volksgemeinschaft wäre es der NSDAP nach 1929 kaum gelungen, innerhalb ihrer Anhängerschaft soziale Trennungslinien einzuebnen und auch nach außen als schichtenübergreifende Bewegung zu erscheinen²⁴⁹. In der Frühphase vor allem eine ländlich-kleinstädtische Partei der unteren protestantischen Mittelschichten und bis 1928/29 zunächst Interessenpartei für unzufriedene Mittelständler, verbreiterte die NSDAP danach sowohl ihre propagandistische Zielgruppenwerbung als auch ihren tatsächlichen sozialen Aktionsradius²⁵⁰. Wenn auch mit abnehmender Tendenz stellte sie sich in den Reichstagswahlkämpfen bis 1932 primär als „radikale Systemalternative mit proletarisch-sozialistischem Anstrich“ (Gerhard Paul) dar, deren Hauptadressat die Arbeiterschaft und deren Hauptgegner dementsprechend die SPD bildete. Ziel war die Gewinnung der proletarischen Massen für eine nationalistische Politik, mit anderen Worten die Nationalisierung des deutschen Arbeiters, der vom „internationalen Marxismus“ verführt worden sei.

Ihren Aufstieg nach 1929 verdankte sie nicht zuletzt dem Geschick, im Rückgriff auf den reichen Fundus „antidemokratischen Denkens“

(Kurt Sonthheimer) und begünstigt von der Wirtschaftskrise die republikfeindlichen Protesthaltungen in Wählerstimmen für sich umzumünzen. Die sensationellen Wahlerfolge von 1930 bis 1932 dürften wesentlich darauf beruht haben, dass die NSDAP von einer ständig steigenden Zahl von Wählern als radikalste und glaubwürdigste Alternative zum bestehenden „System“ angesehen wurde²⁵¹.

Im Bündnis mit einer Abspaltung der Deutschnationalen, der im Dezember 1922 gegründeten DVFP, die während der Staatskrise 1923 lautstark die völkische Diktatur gefordert hatte²⁵², traten die Nationalsozialisten erstmals im Mai 1924 bei Reichstagswahlen an. Ihre im Februar 1925 erfolgte „Neugründung“ fiel zusammen mit einer taktischen Kehrtwendung, insofern der aus der Haft entlassene Hitler nun über parlamentarische Wahlen zur Macht gelangen wollte und daher in erster Linie auf die Gewinnung einer Massenbasis setzte, was nicht hieß, dass NSDAP und SA ihre terroristischen Straßenkampfmethoden ablegten. Einen Großteil der Neuorganisation der Partei besorgte als Reichspropagandaleiter und (ab 1928) Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, der die Partei zugleich auf einen „nationalen Sozialismus“ festzulegen versuchte, während Hitler aus seinen prokapitalistischen Ansichten nie einen Hehl machte. Auch nach der Bamberger Führertagung vom Februar 1926 blieb der Streit um die sozialistischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus ein „Angelpunkt der politischen Differenzen“ innerhalb der Partei²⁵³.

Die Wählerschaft der NSDAP besaß im Grunde kein festes Sozialprofil, sondern veränderte sich seit 1928 beinahe von Wahl zu Wahl, so dass von einer Protestpartei mit extrem hoher Wählerfluktuation gesprochen werden kann²⁵⁴. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass nur rund sechzig Prozent der Wähler Hitlers aus den alten Mittelschichten kamen, vierzig Prozent aber aus der Arbeiterschaft, während die Angestellten vergleichsweise wenig Sympathie für die NSDAP zeigten, die der Weimar-Forschung dennoch als die einzige „moderne integrationsfähige Volkspartei“²⁵⁵ gilt. Weitgehend resistent gegenüber ihren Parolen verhielten sich vor allem Wähler, die dem sozialdemokratischen oder katholischen Sozialmilieu angehörten.

Strategisches Hauptziel aller Anstrengungen der NSDAP war nach 1925 die Eroberung der politischen Macht und damit der Sturz des Weimarer Staates: „Von hier und nicht aus ideologischen Prämissen leiten sich Strategien und Taktik, Adressaten und Gegnergruppen ab“, so Ger-

hard Paul mit Blick auf die Propaganda der Nationalsozialisten²⁵⁶. Zusammen mit Hitlers „Mein Kampf“ schrieb ihr Programm, das in Form von 25 Punkten im Februar 1920 verkündet und von Hitler als formal unabänderlich erklärt wurde, die ideologischen Grundpositionen fest. Inhaltlich bot es nur wenig Originelles, bildete vielmehr ein Bündel aus antidemokratischen und antimarxistischen Parolen. Der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war dabei Ausgangspunkt für scheinbar sozialistische, in Wahrheit vorkapitalistische Ideale. Kritisch stand die NSDAP nur den von ihr antisemitisch eingefärbten Formen des Monopolkapitalismus, dem „raffenden“, aber nicht dem „schaffenden Kapital“ gegenüber. Auffälligstes Kennzeichen der 25 Punkte bildete aber die Vielfältigkeit der propagierten Ziele, mit der dieses ausgesprochene Werbeprogramm möglichst alle sozialen Gruppen und Wähler ansprechen sollte²⁵⁷. Den festen Kern der völkisch-nationalistischen „Weltanschauung“ Hitlers stellte neben der Raumdoktrin und ihrer antikommunistischen und expansionistischen Zielsetzung der rassenbiologische Antisemitismus dar, den die Propaganda der NSDAP allerdings nach 1929 aus Rücksicht auf neue Wählerschichten entschärfen musste²⁵⁸.

Seine charakteristische Gestalt gewann das Konglomerat ideologischer Versatzstücke erst durch die Propagandatechnik und Organisationsform der NSDAP, der Symbole und Rituale als „Glaubens- und Kampf-bewegung“ stets wichtiger waren als Programme. Der Bereich der Propaganda und Wahlkämpfe besaß folglich für den „politischen Imagekünstler“²⁵⁹ eine alles überragende Bedeutung. Als „modern“ eingestuft wird dabei neben den Propagandatechniken nicht zuletzt auch die dem Stimmenmaximierungsprinzip einer „Volkspartei“ folgenden Wählerpolitik der NSDAP. Der adressatenspezifische Inhalt ihrer Zielgruppenwerbung, die Verbreiterung des sozialen Aktionsradius und die Nutzung moderner Massenkommunikationsmittel gelten wie die Organisation des „permanenten Wahlkampfes“ als Voraussetzungen ihrer Erfolge nach 1929²⁶⁰. Auf der anderen Seite trug die neuere Weimar-Forschung erheblich zur Entmythologisierung der nationalsozialistischen Propaganda bei. Im September 1930 etwa konnte die NSDAP ihre besten Resultate gerade in Gebieten erzielen, in denen der Ausbau ihrer Parteiorganisation erst gering vorangeschritten war oder noch gar nicht eingesetzt hatte²⁶¹. Dennoch ist die Propaganda, die auf die „optische und akustische Okkupation aller menschlichen Sinne“ zielte, ein für den Aufstieg der NSDAP wichtiger Faktor, wobei ihre vielleicht bedeutendste Leistung

die „Umsetzung von ideologischen Mustern in Bilder und Bilderszenarien“ zu sein scheint²⁶².

Erster Teil

Der Aufmarsch der Parteien zur Wahlschlacht

Kapitel 4

Organisation und Ablauf der Reichstagswahlkämpfe

Die amtliche Wahlarbeit der Reichs-, Länder- und Gemeindebehörden in der Weimarer Republik konzentrierte sich ganz auf die technische Organisation des Abstimmungsaktes am Wahltag. Für die zentrale Durchführung einer Reichstagswahl verantwortlich war formell der Reichsminister des Inneren, dessen Behörde die amtliche Wahlarbeit im Reich koordinierte und der die entsprechenden Weisungen an die Länderregierungen und Wahlkreisleiter herausgab. Wahlangelegenheiten besaßen höchste Priorität im Reichsinnenministerium, wofür ein eigener roter Dokumentenstempel existierte: „Sofort! Wahlsache!“ Eine Reihe von offiziösen Informationsschriften und „Ratgebern im Wahlkampf“ gab dem Weimarer Reichstagswähler zudem Auskunft darüber, was er vom Wahlrecht und seinen Bestimmungen wissen musste. Im Frühjahr 1924 erschien erstmals unter dem Titel „Die Wahl zum Reichstag“ der von Ministerialrat Georg Kaisenberg, im Reichsinnenministerium Beauftragter für das Wahlprüfungsverfahren, zusammengestellte „Führer für die Reichstagswahlen“. Er sollte die Bevölkerung mit den technischen Einzelheiten des Wahlaktes bekannt machen und enthielt das Reichswahlgesetz, die Reichsstimmordnung, einen Terminkalender sowie aktuelle behördliche Erlasse zur Reichstagswahl. Zusätzlich erschienen in der Presse zahlreiche Artikel, die ebenfalls über die „Technik des Wahlaktes“ aufklärten. Noch vier Jahre später, vor der Reichstagswahl am 20. Mai 1928, beschäftigten sich die überregionalen Tageszeitungen mit Fragen des „Wann“, „Wie“ und „Wo“ der Wahl – offenbar bestand immer noch genügend Aufklärungsbedarf²⁶³.

Nach der Bekanntgabe des Wahltermins durch den Reichspräsidenten wurden einige Termine bezüglich der Zulassung zur Wahl festgelegt, die von allen Parteien und Bewerbern genau beachtet werden mussten und den Reichstagswahlkämpfen ihr äußeres Korsett gaben. Laut Reichswahlgesetz vom April 1920 war spätestens am 60. Tag nach der Reichstagsauflösung die Neuwahl an einem Sonntag anzuberaumen. In der vierten Woche vor dem Wahltag wurden die amtlich festgestellten Wählerverzeichnisse eine Woche lang zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Einsprüche wegen falscher oder fehlender Eintragungen konnten spätestens am 21. Tag vor der Wahl erhoben werden. Zum gleichen Termin mussten die Kreiswahlvorschläge der Parteien beim Kreiswahlleiter mitsamt den Zustimmungserklärungen der Bewerber vorliegen. Spätestens am 14. Tag vor dem Wahltag waren dann auch – von 20 Wahlberechtigten unterschrieben – die Reichswahlvorschläge beim Reichswahlleiter einzureichen sowie etwaige Erklärungen darüber abzugeben, welche Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen innerhalb eines Wahlkreisverbandes stattfinden sollten. Einen Tag später wurden die zugelassenen wie die abgelehnten Reichswahlvorschläge in der Regel durch den Reichswahlleiter öffentlich bekanntgegeben. Zehn Tage vor der Wahl waren schließlich die Erklärungen beim Kreiswahlleiter darüber abzugeben, ob die Reststimmen von Kreiswahlvorschlägen einem und welchem Reichswahlvorschlag zugerechnet werden sollten. Gewählt wurde in der Zeit von 9 bis 17 beziehungsweise – im Dezember 1924 – bis 18 Uhr²⁶⁴. War der 60. Tag nach der Reichstagsauflösung der verfassungsrechtlich späteste Termin, so musste nach Angaben Kaisenbergs aus wahltechnischen Gründen zwischen Auflösung und Wahltag mindestens ein Zeitraum von sieben Wochen liegen. Auch müsse bei der Festlegung des Wahltermines „gebührende Rücksicht auf die religiösen Gepflogenheiten und Bedürfnisse“ genommen werden. Im Herbst 1924 reichte andererseits eine kürzere Vorbereitungszeit als sieben Wochen, weil die ansonsten aufwändigen Wählerverzeichnisse nur nach dem Stand der vorangegangenen Reichstagswahl vom Mai des gleichen Jahres ergänzt zu werden brauchten und, so Kaisenberg, „die Wahlbehörden erfahrungsgemäß je kürzer Wahlen aufeinander folgen, desto rascher die Wahlvorbereitungen abwickeln“ könnten²⁶⁵.

Ein Bereich, in dem die staatlichen Behörden eine für jedermann sichtbare aktive Rolle während der Weimarer Reichstagswahlkämpfe spielten, betraf die „öffentliche Ordnung und Sicherheit“, die Aufsicht

über Versammlungen und sonstige Propagandaaktivitäten der Parteien. Das preußische Innenministerium unter Leitung des Sozialdemokraten Albert Grzesinski gab im Hinblick auf die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen Ende März 1928 einen Runderlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten über die polizeiliche Behandlung des Versammlungswesens sowie die geltenden Vorschriften bezüglich der Wahlpropaganda heraus. Auf der Grundlage dieses Runderlasses stellte sein Ministerium eine Broschüre zusammen, in der die gesetzlichen Bestimmungen, die für Versammlungen, das Verteilen von Druckschriften sowie das Kleben von Plakaten während des Wahlkampfes bestanden, durch praktische Beispiele veranschaulicht wurden. Eine ähnliche, vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Magdeburgs herausgegebene Schrift definierte die Wahlzeit als die „Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes“. Für diesen Zeitraum bedurfte das „Ausrufen, Verkaufen, Verteilen, Anheften oder Anschlagen von Drucksachen“ keiner besonderen Erlaubnis, selbst wenn es zu gewerblichen Zwecken geschehe, lies, die Parteien ihr Wahlpropagandamaterial verkauften. Plakate, Flugblätter und andere Druckschriften, die stets einen Urhebervermerk tragen mussten, brauchten den Behörden auch ausnahmsweise nicht 24 Stunden vor ihrer öffentlichen Verbreitung vorgelegt zu werden. Das Einschreiten gegen Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel durch „vorbeugendes Verbot“ wurde der Polizei nur dann empfohlen, wenn es sich erkennbar um eine „bewaffnete oder unfriedliche Versammlung“ handle. Auch müsse die Versammlungsauflösung stets das „letzte Mittel“ bleiben, schon damit die Behörden nicht als Helfershelfer missbraucht würden, um die Versammlungen politischer Gegner zu stören²⁶⁶. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924, welche Veranstaltungen im Freien generell untersagte, konnte sich die Polizei völlig dem Schutz der Wahlversammlungen in „bedeckten“ Räumen widmen und darauf achten, dass der Wahlkampf nicht mit „terroristischen Mitteln“ geführt werde. Wurde eine Versammlung aber gestört, sollten die Polizeikräfte unverzüglich das Hausrecht der Veranstalter durchsetzen. Ein bewaffneter Saalschutz der Parteien zwecks „Selbsthilfe“ war strengstens untersagt, Ordner durften keinerlei Waffen tragen, bei Zuwiderhandlung drohte ein sofortiges Verbot der Versammlung²⁶⁷.

Das „wichtigste Kapitel im ganzen Wahlrecht“, so Karl Braunias in seinem 1932 veröffentlichten Handbuch, sei dasjenige über die **Wahlkos-**

ten, „denn Wahlen sind Kriege – oder friedlicher ausgedrückt: Volkszählungen – und kosten Geld, Geld und nochmals Geld“²⁶⁸. Von den Werbeausgaben der Parteien waren die amtlichen Wahlkosten zu unterscheiden, welche der Staatskasse eben durch Vorbereitung und Organisation der Wahlhandlung entstanden. In der Hauptsache wurden sie durch die Anmietung und Ausstattung der Wahl- und Abstimmungskale verursacht, durch den Druck der (seit dem Frühjahr 1924) amtlichen Einheitsstimmzettel und der Wahlumschläge, die amtlichen Bekanntmachungen über die Auslegung der Wählerlisten und Wahltermine sowie schließlich durch die Personalkosten, das hieß für die Entlohnung der Wahlbehörden und ihrer Hilfskräfte. Obwohl diese Ausgaben stets aufs äußerste beschränkt werden sollten – so wurde etwa zur Herstellung der Stimmzettel nur billiges Zeitungspapier genommen –, stellte der Betrieb der amtlichen „Wahlmaschine“ das Reich vor erhebliche finanzielle Anforderungen. Am stärksten wirkten sich die Zuschüsse der Reichskasse zu den Wahlkosten aus, die auf Länder- und Gemeindeebene entstanden. Nach § 42 des Reichswahlgesetzes hatte das Reich die Ausgaben, die den Ländern im Zusammenhang mit einer Reichstagswahl erwuchsen, in voller Höhe und die der Gemeinden zu vier Fünfteln zu erstatten. Hätten sich Reformpläne durchgesetzt, dann wären die Weimarer Parteien verpflichtet worden, einen Teil der amtlichen Wahlkosten zu übernehmen, was allerdings deren ohnehin gespannte Finanzlage weiter verschärft und wohl nur einige kleinere Splitterparteien von der Kandidatur abgeschreckt hätte. Bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 hatte das Reich den Gemeinden, die Ausgaben in Höhe von 898 450 Mark geltend machten, 718 760 Mark zu zahlen; die Aufwendungen der Landesbehörden und Abstimmungsleiter betrugen 336 000 Mark, diejenigen des Reichsministerium des Innern beziehungsweise des Reichswahlleiters und seines Büros weitere 65 800 Mark. Zuzüglich des von den Gemeinden selbst gezahlten Fünftels beliefen sich die öffentlichen Gesamtausgaben für die Reichstagswahlen vom Dezember 1924 auf ziemlich genau 1,3 Millionen Mark²⁶⁹.

Erheblich höhere Wahlkosten waren dreieinhalb Jahre später anlässlich der vierten Reichstagswahl im Mai 1928 zu verzeichnen, als die Ausgaben des Reiches auf knapp 1,6 Millionen Mark kletterten, wovon wiederum der Löwenanteil mit über 1,1 Millionen in den Gemeinden anfiel, die Kosten der Landesbehörden 372 000 und die der Reichsbehörden 74 000 Mark betrugen. Rechnet man die von den Gemeinden selbst ge-

tragenen Kosten in Höhe von 284 000 hinzu, beliefen sich die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand alles in allem auf knapp 1,9 Millionen Mark. Weil in verschiedenen Ländern wie in Preußen und Bayern mit der Reichstagswahl gleichzeitig Landtagswahlen abgehalten wurden, hatten sich die Wahlkosten im Frühjahr 1928 sogar noch begrenzen lassen – ein Voranschlag ging ursprünglich von 2,4 Millionen Mark aus. Mit der nächsten Reichstagswahl am 14. September 1930 waren jedoch nur die Landtagswahlen in Braunschweig verbunden. Dementsprechend stiegen die Aufwendungen des Reiches im Vergleich zum Frühjahr 1928 weiter. Die öffentlichen Gesamtausgaben wurden auf knapp 2,9 Millionen Mark beziffert, wovon 2,35 Millionen in den Gemeinden anfielen, während die Kosten der Länder sich auf 400 000 und die des Reichswahlleiters auf 80 000 Mark beliefen. Allein für Berlin rechnete der Magistrat im Sommer 1930 mit amtlichen Wahlkosten in Höhe von 300 000 Mark, ungeachtet kleinerer Sonderausgaben, die etwa für die auch in dieser Wahl wieder nach Geschlechtern getrennten Abstimmungen entstanden²⁷⁰.

Wichtigster Grund für die innerhalb von sechs Jahren um 115 Prozent gestiegenen Kosten einer Reichstagswahl wird die bis 1930 um fast vier Millionen gestiegene Zahl der Wahlberechtigten gewesen sein. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigte freilich, dass „auch im Wahlgeschäft der Großbetrieb rationeller ist als der Kleinbetrieb“. Während pro Kopf eines Wählers in Weimar-Deutschland bei Nationalwahlen etwa 6,7 Pfennig aufgewendet wurden, so waren es in Belgien bereits 15 Pfennig beziehungsweise 2,50 Franken oder in England 16 Pfennig beziehungsweise 2,7 Pence. Verglichen jedoch mit anderen, „produktiven“ Reichsausgaben offenbarte sich für den Weimarer Zeitgenossen Brauni- as auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1932, wie durch die Wahlen große Beträge „verpulvert“ statt für die „Aufbauarbeit im Staate“ eingesetzt würden²⁷¹.

Die technische Oberaufsicht über die Reichstagswahlen hatte das in Berlin ansässige Reichswahlamt inne, das „große Hauptquartier der Wahl“, in dem die Fäden von den Länderregierungen, Parteien, Behörden und alle anderen Stellen, die mit der Wahl irgendwie zu tun hatten, zusammenliefen. Die Durchführung der Wahlen im einzelnen, von der Bereitstellung der Wahllokale bis hin zur Beschaffung der Stimmzettel, war allerdings Aufgabe der Länder und Gemeinden, die dazu jeweils einen Riesenapparat aufbieten mussten. Allein Zehntausende von Wahllokalen galt es jeweils einzurichten und mit mindestens je sechs Personen zu

besetzen. Zusammen mit Amtspersonen wurde etwa im Mai 1928 fast eine halbe Million Bürger zur meist ehrenamtlichen Mitwirkung bei der Reichstagswahl herangezogen. Die Hauptlast der amtlichen Wahlarbeit lag auf den Bezirkswahlämtern, in denen auch die Wählerlisten zur Einsicht auslagen. An diesen musste während des ganzen Jahres über gearbeitet werden, um sie aufgrund polizeilicher Meldungen aktuell zu halten, nicht zuletzt für den plötzlichen Fall einer vorzeitigen Reichstagsauflösung. Welch große logistischen Anstrengungen die einzelnen Wahlleiter in den Gemeinden zu bewältigen hatten, verdeutlicht die Tatsache, dass bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 allein in Berlin nach 2 556 Wahlbezirken getrennt abgestimmt wurde. Die fast ebensovielen Wahllokale wurden von den Bezirkswahlämtern bereitgestellt, die auch die Wahlvorsteher und das übrige Personal auf die Beine bringen mussten. Aufgrund des immensen Personalbedarfs wurde im Frühjahr 1924 erstmals die ehrenamtliche Übernahme dieser Funktionen für die Parteien zur Pflicht gemacht; wer sie ohne Grund verweigerte, musste mit Geldstrafen rechnen. Allein in Berlin waren am 4. Mai über 16 000 Helfer zur Durchführung der Wahl nötig, die ihren freien Sonntag „für die Allgemeinheit“ opferten. In Zeitungen sowie auf Plakaten an den Litfasssäulen gab man den Wählern ihre jeweiligen Wahllokale öffentlich bekannt. Das persönliche Erscheinen des Einzelnen war dabei zwingend notwendig und Briefwahl in der Weimarer Republik noch nicht möglich, allerdings konnten an den jeweiligen Aufenthaltsorten Stimmschein beantragt werden²⁷².

Als Reichswahlleiter wurde im März 1924 erstmals Professor Ernst Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamtes, vom Reichsinnenminister mit diesem Amt beauftragt. Der damals fünfzigjährige Volkswirtschaftler war während des Krieges Referent im Kriegsernährungsamt, dann 1919 Vortragender Rat im Reichswirtschaftsministerium geworden und leitete das Statistische Reichsamt seit Dezember 1923. Seine Arbeit als Reichswahlleiter, die er im Frühjahr 1928 zum dritten Mal ausüben sollte, nahmen die Zeitgenossen kaum wahr. Der deutsche Wähler, der nur in Wahlkämpfen aus dem „Dämmerlicht seines Daseins“ trete und zu einer „viel unworbenen Persönlichkeit“ werde, wisse in der Regel nicht, wie viel Mühe die fünf Minuten erforderten, in denen er seine Stimme abgibt, so ein Zeitungskommentar²⁷³.

Wagemann und sein Stellvertreter bildeten nur die Spitze der zentralen „amtlichen Wahlmaschinerie“. Für ihre Arbeit, die mit dem Da-

tum der Ernennung nach der Reichstagsauflösung begann und der Feststellung des Ergebnisses offiziell endete, standen ihnen dreißig weitere Beamte des Statistischen Reichsamtes zur Verfügung. Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Bildung des Reichswahlausschusses, wozu sich der Reichswahlleiter direkt an die sechs größten Parteien wandte, damit sie ihm Vertrauensmänner als Ausschussmitglieder benannten. Hauptaufgabe dieser Körperschaft wiederum war die Entgegennahme und Prüfung auf Rechtsgültigkeit der beim Reichswahlleiter eingereichten Reichswahlvorschläge mitsamt den Kandidaten. Vor dem 20. Mai 1928 etwa mussten mehr als 6 000 Bewerber auf Name, Beruf, Wohnort und Parteizugehörigkeit hin überprüft werden. Ihren Höhepunkt erreichte die Tätigkeit des Reichswahlleiters allerdings erst während der 24 Stunden nach Schließung der Wahllokale, wenn in einer Flut von Telegrammen und Ferngesprächen das amtliche Endergebnis möglichst schnell festzustellen und jedes einzelne Teilergebnis zu überprüfen war. Spätestens 24 Stunden nach Wahlschluss sollten die Wahlkreisleiter der Berliner Zentrale die vorläufigen Teilergebnisse gemeldet haben, und zwar in dreifacher Meldung, zunächst telefonisch, dann telegrafisch und schließlich durch Eilbrief, weil so am schnellsten Fehlerquellen bei der Übermittlung entdeckt wurden²⁷⁴.

Offiziell bekanntgegeben wurden die Wahlergebnisse durch die Presseabteilung der Reichsregierung. Parallel dazu versuchten aber die Redaktionen der großen Tageszeitungen sowie die Parteizentralen, die Ergebnisse auf dem kürzesten Wege selbst zu recherchieren und zu veröffentlichen – wobei sich ein regelrechter Wettlauf zwischen ihnen entwickelte. Im Dezember 1924 habe man, verkündete stolz der *Vorwärts*, schon im Laufe der Wahlnacht zumindest die „allgemeine Tendenz“ der Reichstagswahlen melden können²⁷⁵. Die Hauptgeschäftsstelle der DNVP in Berlin war an Wahltagen regelmäßig ab 5 Uhr nachmittags besetzt: Mittels telefonischer Meldung der Resultate durch die regionalen Parteiorganisationen, die auf vorbereiteten Formularen die Ergebnisse festhielten, sei man „viel schneller und besser unterrichtet als Zeitungen und Telegrafambüros, die mit einem ganz anderen technischen Apparat“ arbeiten könnten²⁷⁶. Die halbstaatliche Dradag konnte dagegen eine „wesentliche Erleichterung“ ihres Wahlergebnisdienstes im September 1930 melden, weil alle Rundfunkgesellschaften zum Teil schon von 19 Uhr an die Sendung der Funkstunde Berlin übernahmen und man damit „nur ein gleichmäßig ansteigendes Manuskript“ herzustellen hatte²⁷⁷.

Die Arbeit der Wahlbehörden hörte indes nicht mit der oft langwierigen Feststellung der Ergebnisse auf – das amtliche Endergebnis der ersten Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 stand erst fünf Wochen später am 14. Juli fest –, sondern setzte sich fort in den Wahlprüfungsverfahren sowie der Bearbeitung von Beschwerden über Propaganda im Abstimmungsraum, gefälschte Stimmzettel oder einzelne Bestimmungen des Reichswahlgesetzes²⁷⁸. Als dessen wichtigste technische Modifizierung wurde für die Reichstagswahl am 4. Mai 1924 erstmals nach angelsächsischem Vorbild ein einheitlicher amtlicher und auf Kosten des Reiches hergestellter Stimmzettel eingeführt, auf dem alle zugelassenen Wahlvorschläge mitsamt den Namen der ersten vier Kandidaten ihrer Liste verzeichnet waren. Im Kaiserreich und in den ersten Wahlen der Republik waren Herstellung und Verteilung der Stimmzettel noch den Parteien überlassen, die sie den Wählern entweder ins Haus brachten oder in Versammlungen und vor den Wahllokalen verteilten. Nach dem neuen Modus von 1924 gab es für alle Wähler und Parteien den gleichen Einheitsstimmzettel, dessen Größe sich nach der Zahl der zugelassenen Reichswahlvorschläge richtete und der erst am Wahltag selbst im Wahllokal mit dem amtlichen Kuvert übergeben wurde. Damit verschwand eine früher sehr wichtige Figur von der Bühne des Wahlkampfes, nämlich der Stimmzettelverteiler, was sowohl die Wahlkosten reduzierte als auch eine Arbeitserleichterung für die Parteien bedeutete. Die Presse tat den neuen Stimmzettel-„Teppich“ mit den vielen Parteinaamen anfänglich als Schreibtischschöpfung ab, deren Unzulänglichkeit in den vielen ungültigen Zetteln nach der Wahl zu Tage treten würde. Um dieser Gefahr vorzubeugen, klärten Parteien und Behörden die Wähler vor dem 4. Mai 1924 intensiv darüber auf, wie der amtliche Einheitsstimmzettel aussehe und richtig ausgefüllt werde. Wenn auch entgegen den Befürchtungen die Erfahrungen mit dem neuen „Wahlspeisezettel“ durchweg günstig ausfielen, nahm die Zahl ungültiger Stimmen im Mai 1924 gegenüber der letzten Reichstagswahl immerhin um sechzig Prozent auf 427 000 zu, das waren 1,4 Prozent von 29,7 Millionen abgegebenen Stimmen²⁷⁹.

Die Zuordnung der Listennummern auf den Stimmzetteln wurde im Frühjahr 1924 noch in der Reihenfolge vorgenommen, in der die Parteien ihre Wahlvorschläge zeitlich beim Wahlleiter einreichten, wobei für die großen Parteien die ersten Plätze reserviert waren. Weil sie sich davon einen psychologischen Vorteil erhoffte, hatte die DDP ihren Or-

ganisationen empfohlen, die Wahlbewerbung früher als allen anderen Parteien einzureichen, „damit sie Nr. 1 erhält und deshalb auf dem Stimmzettel an erster Stelle steht“²⁸⁰. Nach der Reichstagsauflösung im Oktober 1924 legte das Reichskabinett fest, dass für die Numerierung die bei der letzten Wahl auf eine Partei entfallenen Stimmen maßgeblich seien. Welch hohen symbolischen Stellenwert mittlerweile die Platzierung auf dem Reichsstimmzettel besaß, offenbarte sich im Frühjahr 1928 in einem Disput zwischen Reichswahlausschuss und Reichsinnenminister. Dieser hatte die Nummernfolge der Wahlvorschläge nicht anhand der Stimmenzahl der Parteien bei der letzten Reichstagswahl, sondern anhand der Abgeordnetenzahl am Schluss der abgelaufenen Legislaturperiode bestimmt, wogegen die Parteienvertreter im Ausschuss protestierten. Von einem nachträglichen Nummerntausch wurde nur abgesehen, um die bereits angelaufenen Wahlvorbereitungen der Parteien nicht zu beeinträchtigen²⁸¹.

Ein oben bereits angedeuteter Effekt des amtlichen Stimmzettels war, dass die Platzierung zur politischen Prestigefrage und die Listennummer zu einem Identifikationssymbol der Parteien wurde. Die SPD legte nach 1924 als „Stärkste Partei Deutschlands“ großen Wert darauf, bei Reichstagswahlen stets auf dem ersten Listenplatz das Bewerberfeld anzuführen. Spätestens ab Herbst 1924, als die Parteien auf den Stimmzetteln fortlaufend gemäß ihrer parlamentarischen Stärke durchnummeriert wurden, gingen sie in ihrer Wahlpropaganda dazu über, systematisch mit der Listennummer für sich zu werben, die mitunter den Parteinamen völlig ersetzen konnte. Vor dem 7. Dezember 1924 appellierte die DVP etwa an den Wähler: „Fünf Finger hast Du an jeder Hand,/ Fünf Sinne – gebrauche sie mit Verstand,/ Fünf ist die Liste unserer Kandidaten/ Wähle ‚Fünf‘, so bist du gut beraten“. Diese Idee mag John Heartfield zu seiner Fotomontage: „5 Finger hat die Hand“ inspiriert haben, mit der die KPD im Frühjahr 1928 warb, bei der die Ziffer allerdings bereits als eigenständiges Bildobjekt behandelt wurde²⁸².

Die zentralen Wahlkampfrichtlinien der DDP vom Frühjahr 1924 hatten angeregt, die Arbeitserleichterung durch den Wegfall des Stimmzettelverteils für den Ausbau des „Schlepp- und Kontrolldienstes“ am Wahltag zu benutzen. Bei der Technik des Schleppens wendeten die Parteien durchaus unterschiedliche Rezepte an. So wollte etwa die DDP im Frühjahr 1924 den Wahlmüden bei seinen „schwachen Stellen“ packen und säumige männliche Wähler damit an die Wahlurne bringen,

dass „eine jüngere, hübsch gekleidete Frau zu ihnen geht und höflich um Abgabe der Stimme bittet“. Oft könne durch Gegensätzlichkeit, oft aber auch durch Gleichartigkeit die gewünschte Wirkung erzielt werden: „Ältere, halblahme Matronen muss man mit der Droschke holen lassen. Es gibt Wähler, die grundsätzlich nicht wählen gehen, wenn sie nicht im Auto oder mit der Droschke geholt werden. Einmal alle vier Jahre wollen sie Auto fahren“²⁸³.

Wesentlicher Teil der Wahlvorbereitungen der Parteien war die Kandidatenaufstellung, mit der sie sich vor Beginn der eigentlichen Propaganda beschäftigten. Waren die Kandidatenlisten abgeschlossen, galt der „Aufmarsch zum Wahlkampf“ gemeinhin als vollendet und konnte die eigentliche „Wahlschlacht“ beginnen, in der ja die Kandidaten als Redner eine wichtige Rolle spielten²⁸⁴. Das Wahlrecht der Republik hatte als eine wesentliche Neuerung die so genannte gebundene Liste gebracht, die den Wähler an eine Liste in der von den Parteien vorgeschlagenen Reihenfolge der Kandidaten band. Kritiker dieser Regelung, die statt dessen die „freie Liste“ wollten, sahen hier die Gefahr der nicht mehr demokratisch kontrollierbaren „Parteiklüngerei“. Nicht der Wähler habe bei der Nominierung das Sagen, „sondern hier werfen die wirtschaftlichen Verbände, die Berufsvereine und sonstigen Organisationen ihr Schwergewicht in die Waagschale, um ihrem Vertrauensmann und Berufsgenossen einen möglichst guten Platz in der Kandidatenliste zu erringen“²⁸⁵. Das neue Wahlsystem habe, ergänzte der *Vorwärts*, den „individuellen Wahlkampf“ nach 1918 eingeschränkt und „in andere Formen“ gebracht. Da an Stelle der Einzelwahlkreise mit je einem Abgeordneten das Listensystem mit erheblich größeren Wahlkreisen getreten sei, würden die Wahlkämpfe in der Weimarer Republik „gewissermaßen kollektiv“ geführt²⁸⁶.

Die praktische Bedeutung der Reichsliste, die unter Umständen dem ganzen Wahlkampf den Stempel aufdrücken konnte, wurde ungeachtet aller Kritik von keiner Weimarer Partei angezweifelt. Während die Landes- und Wahlkreisverbände bei ihrer Kandidatenauslese vor allem Wert auf die Wahlkreisverbundenheit des Bewerbers und seine Wahlkampferfahrung legten, besaßen die Parteizentralen bei der Reichsliste andere Auswahlkriterien. Diese diente nicht zuletzt als eine Art Ventil für den nach 1918 wachsenden Druck von seiten der Berufs- und Interessenverbände, weshalb insbesondere in den bürgerlichen Parteien die Nominierung häufig nach dem Kriterium der Berufszugehörigkeit geschah. Über

die Frage, welcher Kandidat welchen „Berufsstand“ oder Interessenverband repräsentieren konnte, kam es aber auch in den Wahlkreisen regelmäßig zu Auseinandersetzungen²⁸⁷. Andererseits versuchten die Berliner Parteizentralen mit mehr oder weniger großem Erfolg, sich vor Reichstagswahlen in die Kandidatenaufstellung ihrer regionalen Organisationen einzumischen. So kritisierte etwa die SPD-Führung vor den Reichstagswahlen 1920, dass in den Wahlkreisen die Nominierung vielfach unter dem Gesichtspunkte der „Belohnung alter Parteimitglieder“ geschehe²⁸⁸.

Das Weimarer Zentrum verzichtete in den meisten mittel- und ostdeutschen Wahlkreisen auf die Aufstellung von Kandidaten, weil die Stimmenzahl hier von vornherein nicht zur Mandatsbildung ausreichte. Um eine „zweckmäßige Berücksichtigung der Stände“ bei der Aufstellung der Reichsliste zu gewährleisten, richtete die Parteiführung aber eine Ausgleichsstelle ein, in welcher die einzelnen Berufsgruppenausschüsse sowie diejenigen Wahlkreisvereine vertreten waren, die noch keinen Platz im Parteivorstand hatten. Dieser versuchte wiederum, seinen im Nominierungsverfahren praktisch begrenzten Einfluss durch die Veröffentlichung von Richtlinien zu kompensieren. Der Wahlkampfparteitag des Zentrums vom Oktober 1924 beschwor jedoch erfolglos alternative Prinzipien für die Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen, wie etwa eine stärkere Berücksichtigung von Frauen und Jugend oder „politischen Köpfen“ statt beruflichen „Standesvertretern“²⁸⁹. Auch in der Führung der DDP konnte darüber geklagt werden, dass sich die Wahlkreisverbände nicht an ihre Empfehlungen hielten, sondern ihre Kandidaten meist ohne Absprache mit Berlin nominierten. Telegraphische Ermahnungen, nur „staatspolitisch geschulte Kräfte“ aufzustellen und keine Listenverbindungen in den Wahlkreisen ohne vorherige Befragung der Zentrale einzugehen, halfen wenig²⁹⁰.

Die Weimarer Republik erlebte schon rein zahlenmäßig eine dramatische Zunahme nationalstaatlicher Wahlkämpfe. Gegenüber den letzten 14 friedlichen Jahren des Kaiserreichs, in denen nur drei Nationalwahlen stattfanden, waren es zwischen 1919 und 1933 einschließlich der zwei Reichspräsidentenwahlen insgesamt elf. Obwohl bereits während der Krise 1923/24 Auflösungs- und Neuwahlpläne mit der Überlegung verknüpft wurden, die gesetzliche Frist von 60 Tagen zu überschreiten, um in der Zwischenzeit ohne den Reichstag, aber mit Notverordnungen zu regieren, wurde diese Vorschrift selbst 1932/33 von den Präsidialkabi-

netten nicht verletzt. Die bemerkenswerte Tatsache, dass alle Reichstags der Weimarer Republik ein vorzeitiges Ende fanden, beleuchtet den labilen Charakter des parlamentarischen Systems, heißt andererseits aber nicht, dass die Wahlkampfaktivitäten der Parteien ausschließlich in der „heißen Phase“ zwischen Reichstagsauflösung und Neuwahl stattfanden. Die längste Zeitspanne zwischen Bekanntgabe des Neuwahltermins und dem Wahltag lag im Sommer 1930, als den Parteien 58 Tage vor dem 14. September zur Verfügung standen, dem spätestmöglichen Termin. Die Dauer der „heißen“ Wahlkampfabschnitte während der Mittelphase der Weimarer Republik war im Durchschnitt eine Woche kürzer, da die Frist im Frühjahr 1924 nur 52, im Herbst 1924 sogar nur 48 und im Frühjahr 1928 51 Tage betrug. Zwischen der Bekanntgabe des Neuwahltermins am 30. April und der ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lagen sogar nur 37 Tage, wenn auch eine baldige Wahl nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch Mitte März immer wahrscheinlicher wurde und sich die Parteien dementsprechend verhielten. Wenn auch in der Schlussphase der Republik das Kalkül der autoritären Präsidialkabinette eine Rolle spielte, die Wahlkampfzeit zu benutzen, um mit Notverordnungen zu regieren, lässt sich anhand dieser bloßen Ziffern sagen, dass die Reichstagswahlkämpfe seit 1920 immer länger dauerten.

Das äußere Erscheinungsbild der Wahlkämpfe begann sich nach 1918 trotz aller Kontinuität allein schon aufgrund der größeren Parteienvielfalt gegenüber dem Kaiserreich zu wandeln. Bei den etablierten Parteien wurde dieser neue, durch das Verhältniswahlrecht und die sozialen Umschichtungen geförderte Pluralismus durchweg negativ als Interessenszersplitterung aufgenommen²⁹¹. Besonderes Augenmerk bei der Betrachtung ihres äußeren Verlaufs wird im folgenden dem Ausmaß der politischen Gewalt geschenkt. Ziel ist dabei nicht die statistische Kategorisierung aller Zwischenfälle, wie sie etwa der amerikanische Historiker Richard D. Wernette für die Reichstagswahlkämpfe 1930 und 1932 aufgrund der Auswertung einer Tageszeitung versucht. Vielmehr geht es hier um die Feststellung des „Wahlklimas“. Während aus späterer Sicht der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1932 als der „wohl erbittertste Wahlkampf der Weimarer Republik“ empfunden wird²⁹², bot sich den Zeitgenossen jeder neue Reichstagswahlkampf als eine Steigerung des vorangegangenen dar, sowohl was den Aufwand an Propaganda als auch die Schärfe betraf, mit der sich die Parteien bekämpften.

Der Wahlkampf zur Nationalversammlung im Winter 1918/19

Der Bankrott der Monarchie, die militärische Niederlage im Westen sowie die revolutionären Ereignisse erzwangen im Herbst 1918 die politische Neuordnung und Parlamentarisierung Deutschlands. Durch das schon während des Krieges geknüpfte Bündnis der gemäßigten Linken, die um jeden Preis eine „Bolschewisierung“ Deutschlands verhindern wollten, mit den bürgerlichen Kräften des Zentrums und der neu gegründeten Demokraten war der Weg zu einer verfassungsgebenden Versammlung nach dem 9. November 1918 vorgezeichnet. Im Vordergrund stand zunächst die Umgestaltung des überkommenen Wahlsystems im Reich und in den Ländern. Waren vor der Revolution nur Männer über 25 Jahre wahlfähig, führte der Rat der Volksbeauftragten per Aufruf vom 12. November 1918 nicht nur das Frauenwahlrecht ein, sondern setzte auch das Wahlalter auf zwanzig Jahre herab und erlaubte den Soldaten die Teilnahme. Die Wahlverordnung der provisorischen Regierung vom 30. November 1918 schrieb das Verhältniswahlrecht für die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung fest, deren Termin Mitte Dezember von der Räte-Vollversammlung auf den 19. Januar 1919 festgelegt wurde. Eingeführt wurde die so genannte Verhältniswahl starrer, das heißt nachträglich von den Wählern nicht mehr veränderbarer Parteilisten. Laut Weimarer Reichsverfassung, die am 31. Juli 1919 mit den Stimmen der regierenden „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum (Christliche Volkspartei) und DDP gegen die der DNVP, der DVP, des Bayerischen Bauernbundes sowie der USPD verabschiedet wurde, war das Reich eine Republik, in der die Staatsgewalt vom Volke ausging, aber der Reichspräsident starke verfassungspolitische Rechte und gewissermaßen eine Position als Ersatzkaiser erhielt. Der Reichstag wurde in allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen für eine vierjährige Legislaturperiode bestimmt. Beseitigt wurden die Ungerechtigkeiten der alten Wahlkreiseinteilung, die schon aufgrund des Versailler Friedensvertrages modifiziert werden musste, sowie das Stichwahlverfahren. Anstelle der 397 Wahlkreise des kaiserlichen Deutschland gab es laut Wahlgesetz vom 27. April 1920 nur noch 35 Großwahlkreise, in denen die im Verhältnis zur Bevölkerung pro Wahlkreis festgesetzte Zahl von Mandaten nach dem d'Hondtschen Verfahren auf die Parteilisten verteilt wurde. Die Neuaufteilung führte dazu, dass Wählerstimmenanteil und Mandatszahlen in der Weimarer Republik weitgehend kongruent waren. Je

60 000 abgegebenen gültiger Stimmen wurde ein Abgeordneter bestellt, etwaige Reststimmen wurden in den gewöhnlich aus zwei benachbarten Wahlkreisen gebildeten Wahlkreisverbänden sowie danach auf Reichsebene verrechnet, wobei wiederum auf je 60 000 Stimmen ein Mandat entfiel, deren Gesamtzahl folglich zum Teil stark schwankte. Die 459 Mandate des ersten Reichstages vom Juni 1920 teilten sich zehn Parteien – zwanzig hatten sich beworben –, die 608 Mandate des 6. Reichstages vom Juli 1932, um die sich 42 Parteien bewarben, verteilten sich schließlich auf 14 Parteien. Es war eine „oft übersehene Folge des Weimarer Wahlsystems bei Abwesenheit kompensierender Listenverbindungen“ und eine Bevorzugung der großen Massenparteien wie der SPD, dass diese leichter im ganzen Reich (Rest-)Stimmen sammeln konnten²⁹³.

Während mit Verschärfung der parteipolitischen Grenzen formelle Wahlabkommen auf Reichsebene in der Weimarer Republik nach Vorbild etwa des „Bülow-Blocks“ von 1907 verschwanden, wurde die Listenverbindung auf Wahlkreisebene gerade in den Anfangsjahren der Republik und später eine besonders für die kleineren Parteien interessante Möglichkeit der Stimmenakkumulierung. Bei den in Weimarer Reichstagswahlen anzutreffenden Bündnissen handelte es sich meist um Nichtangriffspakte der bürgerlichen Parteien, so genannte Burgfriedensabkommen auf Wahlkreisebene gegen die Linksparteien. Schon wegen der schier unerschöpflichen Größe der Wahlkreise und des neuen Verhältniswahlrechts mussten im Übrigen alle Weimarer Parteien mehr als bisher zu neuen flächendeckenden Agitationsformen übergehen. Nicht zuletzt auch die Kandidatenauslese veränderte sich im Vergleich zum Kaiserreich, andere Kriterien wie die Bewährung in der Parteibürokratie oder die Interessenpolitische Herkunft der Kandidaten traten an die Stelle der „Persönlichkeit“. Weimarer Zeitgenossen kritisierten das Wahlrecht, weil nun nicht Personen, sondern Parteien gewählt würden, und weil durch die Größe der neuen Wahlkreise der Einfluss des „Geldbeutels“ in den Wahlkämpfen wachse²⁹⁴. Tatsächlich aber konnten die Weimarer Wahlbestimmungen als die fortschrittlichsten ihrer Zeit in Europa gelten und bedeutete die Einführung des Verhältniswahlrechtes aus heutiger Sicht ein „erhebliches Stück Demokratisierung“²⁹⁵.

Die Geschichte der ersten republikanischen Nationalwahlen im Januar 1919 ist unlösbar mit den revolutionären Ereignissen im Deutschen Reich seit dem 9. November 1918 verbunden. Die Taktik von Teilen der USPD und der äußersten Linken war, durch ständige Versammlungsagi-

tation die „steckengebliebene“ Revolution zur sozialen Umwälzung „weiterzutreiben“, während sich die mehrheitssozialdemokratisch dominierte Übergangsregierung im Verein mit den alten Obrigkeiten und bürgerlichen Parteienvertretern bemühte, die Revolutionsbewegung möglichst rasch in die legalen und ruhigeren Bahnen eines Wahlkampfes für verfassungsgebende Versammlungen im Reich und in den Ländern zu lenken – ein Unternehmen, das aus heutiger Sicht nie ernstlich gefährdet war²⁹⁶. Die äußeren Rahmenbedingungen dafür waren im Winter 1918/19 gleichwohl schwierig, da die Demobilisierung der aus dem Westen zurückkehrenden Armeen, die desolate Versorgungslage der Bevölkerung, die Verkehrskatastrophe sowie die revolutionären Unruhen in vielen Städten und Gebieten des Reichs nicht ohne Rückwirkung auf die Wahlvorbereitungen der sich zum Teil neu formierenden Parteien bleiben konnten, was dem Wahlkampf, der zudem noch mitten in die Weihnachtszeit fiel, alles in allem einen außergewöhnlichen Charakter verlieh.

Obwohl sich die politischen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen von Wahlen im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik entscheidend änderten²⁹⁷, wird von der Forschung immer wieder die Kontinuität in der deutschen Parteien- und Wählerentwicklung betont. So blieben die fünf Hauptströmungen des Parteiensystems mit samt ihren sozialmoralischen Milieus weitgehend erhalten, wenn sich auch die bürgerlichen Kräfte zumindest dem Namen nach in „Volksparteien“ verwandelten. Die epochalen Umbrüche sorgten freilich dafür, dass sich der erste Wahlkampf der Republik deutlich von seinen Vorgängern im Kaiserreich abhob. In einem Aufsatz über „Deutschlands zukünftige Staatsform“ äußerte der mit der DDP sympathisierende Sozialphilosoph Max Weber im November 1918 die Befürchtung, dass die Wahlauseinandersetzungen „kein Ringen um die Zukunft, sondern eine zornige Abrechnung über die Vergangenheit“ bringen würden²⁹⁸. Die lautstarke Agitation der Linksradiكالen im Winter 1918/19 für eine Rätediktatur nach russischem Vorbild konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland künftig eine demokratische Republik sein werde. Vor dem Hintergrund gewaltvoller Ereignisse wie der „blutigen Weihnacht“ oder den Straßenkämpfen während der Januarunruhen in Berlin entwickelte sich nach Festsetzung des Wahltermins Mitte Dezember ein kurzer, aber heftiger Wahlkampf, über dessen technische Einzelheiten nur wenig bekannt ist²⁹⁹.

Wegen der Neuartigkeit der Republik und der meisten ihrer Parteien war das Interesse der Bevölkerung an den ersten Wahlen sehr groß. Viele Bürger hatten sich parteipolitisch noch nicht neu orientiert, so dass den im Allgemeinen überfüllten Wahlversammlungen gesteigerte Bedeutung zukam. Von den Weimarer Zeitgenossen auch später immer wieder hervorgehobenes Merkmal des Wahlkampfes im Winter 1918/19 war das vorher unbekannte Ausmaß parteipolitischer Werbung. Die Betätigungsfreiheit und der Charakter einer Richtungswahl ließ auch die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien nach Anlaufschwierigkeiten neue Größenordnungen annehmen. Während früher der Wahltag ziemlich unbemerkt im Straßenbild Berlins vorübergegangen sei, habe der 19. Januar 1919 die Stadt „auf den Kopf“ gestellt und in ein „Meer von Flugblättern“ verwandelt: „Alle Häuser, alle Zäune, alle Denkmäler waren von oben bis unten mit Plakaten beklebt, und Wochen hat es gedauert, bis der Kleister entfernt war“³⁰⁰. Andererseits wurde dem Wahlkampf im Winter 1918/19 auch eine gewisse Leichtigkeit nach viereinhalb Kriegsjahren attestiert: „Wer in jenen Tagen durch die Hauptstadt ging, den konnte fast etwas wie von einer großen Jahrmarktstimmung überkommen. Die Mauern, Säulen und Zäune boten das fröhlichste Bild unbekümmerter Farbenzusammenstellung und lachten Hohn auf die Mär von der Papierknappheit“³⁰¹. Zusammen mit anderen Werbemitteln wie vor allem den Straßenumzügen brachten neuartige Bildplakate eine „amerikanische Note“ in den Wahlkampf, dessen Abschluss am 19. Januar 1919 zwar überall ruhig und nach den blutigen Exzessen des „Spartakus-Aufstandes“ im Berliner Zeitungsviertel ohne physische Gewalt verlaufen sei, doch: „Die Straßen waren von den frühen Stunden an mit Aufrufen und Stimmzetteln dicht besät, und das Straßenreinigungspersonal konnte dieses Papieransturms nicht Herr werden, denn kaum war ein Straßenzug gesäubert, so wurden aus Wagen und Flugzeugen neue Massen von Flugblättern verstreut“³⁰².

Laut einem vom regierungstreuen Deutschen Leseverein herausgegebenen Wahlhandbuch spiegelte sich die Bedeutung der Wahl nicht zuletzt in der „Riesenzahl“ von etwa vierzig Millionen Wahlberechtigten wider³⁰³. Allein durch die Herabsetzung des wahlfähigen Alters stünden am 19. Januar „elf Jahrgänge bereit zum Eingreifen in die Wahlschlachten, ein Heer, das nach Millionen zählt, frisch und unverbraucht auf den politischen Kampfplatz tritt und in seiner Masse einfach bestimmend wirken kann für den Ausfall der Wahlen, wenn es gelingt, die jungen

Wähler alle an die Urne zu bringen³⁰⁴. Die Einführung des Frauenwahlrechts machte zudem die Frauen gleichsam über Nacht zu einer sogleich heftigst umworbenen Zielgruppe. Obwohl als Befürworter des Frauenwahlrechts in Deutschland ernsthaft nur SPD und mit Abstrichen noch die Linksliberalen gelten konnten, wandten sich alle Parteien mit eiligst gegründeten Reichsfrauenausschüssen und spezifischen Flugblättern an die Frauen, um dieses neue Stimmenpotenzial für sich zu gewinnen³⁰⁵.

Inhaltlich wurde der Wahlkampf nicht von Fragen der zukünftigen Staatsform und der Verfassung beherrscht, sondern von dem ideologischen Gegensatz zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien. In erster Linie ging es diesen darum, das politische Übergewicht, das die Arbeiterbewegung nach dem 9. November erlangt hatte, zurückzudrängen und unter allen Umständen eine „sozialistische Mehrheit“ in der Nationalversammlung zu verhindern. Die sechs Regionalwahlen vor dem 19. Januar deuteten bereits darauf hin, dass ihnen dies auch gelingen würde. Nur in zwei Ländern – Anhalt und Braunschweig – erhielten die „Sozialisten“, das heißt SPD und Unabhängige zusammen, eine regierungsfähige Mehrheit. Der Wahlkampf zur Nationalversammlung ging aus bürgerlicher Sicht dennoch um den politischen Einfluss, ja den Bestand des deutschen Bürgertums „als soziologische Gruppe“³⁰⁶. In unbeschränkter Presse- und Versammlungsfreiheit führten seine Parteien nicht nur einen erstaunlich offensiven Wahlkampf, sondern verbanden in den meisten Wahlkreisen ihre Kandidatenlisten miteinander und gaben damit „über das Streben nach Mandatsgewinn hinaus den höheren Gedanken einer Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie“ Ausdruck³⁰⁷.

Nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der provisorischen Reichsregierung wandte sich der Rat der Volksbeauftragten Anfang Januar 1919 an alle „Arbeiter, Soldaten, Bürger, Bürgerinnen“, um sie zu „Ruhe und Ordnung“ aufzurufen, damit die Wahl ungestört durchgeführt werden könne³⁰⁸. Der am 10. Januar veröffentlichte Wahlaufuf des Vorstandes bezeichnete die SPD als „revolutionär in dem Sinne, dass sie die vollständige Umwälzung des Staates zur Demokratie, der Wirtschaft zum Sozialismus“ anstrebe. Sie rühmte sich, als einzige Partei fest und unerschütterlich im Zusammenbruch des „Alten“ zu stehen, zumal sich das „leuchtende Rot ihrer sturmerprobten Fahne [...] als einzige waschechte Farbe auf den Standarten der Parteien“ erwiesen habe. Betont wurde im übrigen der Aufbauwille der SPD, deren Ziele „höchste Freiheit und

vollkommenste Ordnung“ seien. Die bürgerlichen Parteien wollten dagegen aus Deutschland eine „Geldsackrepublik“ machen, während die Unabhängigen im „Kampfe zwischen Volksrecht und Terror“ keinen festen Standpunkt gewinnen, deshalb: „In die neue Zeit mit dem alten Kampf: Hoch die Sozialdemokratie!“³⁰⁹

Die Ziele der zwischen Regierungsverantwortung und sozialrevolutionärem Tatendrang hin- und herschwankenden USPD ergaben sich aus dem bereits am 9. Dezember veröffentlichten Aufruf der Parteileitung. Um die deutsche Republik in der revolutionären Übergangszeit mit „sozialistischem Inhalt“ zu füllen, versuchte sie dem Drängen nach einer möglichst schnellen Einberufung der Nationalversammlung Widerstand zu leisten. Nur die USPD habe das „rote Banner“ unbefleckt erhalten, grenzte sich ihr Wahlaufruf für den 19. Januar scharf von den Mehrheitssozialisten ab. Als „Trägerin des revolutionären Gedankens“ wolle sie die Republik auch gegen den Willen der noch keineswegs völlig zusammengebrochenen „Mächte des Alten“ ausbauen, in erster Linie durch den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung: „Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft“³¹⁰.

Der politische Katholizismus zog nicht mehr als eine einheitliche Partei in die ersten Wahlkämpfe der Republik, da sich im November 1918 die Organisationen des Zentrums in Bayern verselbständigt hatten. Unter der Parole „Bayern den Bayern“ wollte die BVP einer zentralistischen Entwicklung in einem sozialistisch regierten Reich vorbeugen und protestierte gegen den Kurs Erzbergers, der in Berlin mit den „Roten“ zusammenarbeite. Das Zentrum führte den Wahlkampf zur Nationalversammlung aber keineswegs an der Seite der SPD, sondern offensiv unter dem Motto der „Zusammenfassung aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie“. In der Hälfte der Wahlkreise ging man Listenverbindungen mit den übrigen bürgerlichen Parteien gegen „Gewalt-Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus“ ein³¹¹. Knapp und nüchtern stellte sich der Wahlaufruf des Zentrums Anfang 1919 auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ und signalisierte zugleich politische Kontinuität durch ein Bekenntnis zu den „alten, sturmerprobten“ Grundsätzen. Christliches Ziel bleibe, „jede Bevormundung und Willkür von Seiten einer Bureaukratie, Klassen- oder Parteiherrschaft“ auszuschließen. Ausdrücklich hieß man die Frauen auf dem „politischen Kampfplatz“ willkommen: „Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft

eintreten für Wahrheit, Recht und Freiheit!“³¹² Insbesondere versuchte das Zentrum vor dem 19. Januar 1919, sich als interkonfessionelle und auch für evangelische Wählergruppen offene „Christliche Volkspartei“ zu profilieren. Allerdings bestand durchaus keine Einigkeit innerhalb der Partei, welchen Charakter und Namen die Neuordnung annehmen sollte – die Vorschläge reichten von „Katholischer Volkspartei“ bis zur „Christlich-demokratischen Volkspartei“³¹³. Bei massiver Wahlhilfe von Seiten der katholischen Vereine und des Klerus, vor allem der Bischöfe, die sich in Hirtenschreiben gegen den „christentumsfeindlichen Sozialismus“ wandten, galten die Angriffe des Zentrums besonders der Kultur- und Schulpolitik des neuen preußischen Kultusministers Adolph Hoffmann (USPD), des „Zehn-Gebote-Hoffmanns“, der die Liberalisierung des Schul- und Religionsunterricht betrieb. Dieser „neue Schulkampf“ gab dem Zentrum zwar eine schlagkräftige Wahlparole an die Hand, bewirkte aber andererseits, dass die konfessionelle Ausrichtung als Partei der „Katholiken aller Stände“ festgeschrieben wurde. Im Übrigen bot man sich im Namen der „Ordnung“ den bürgerlichen Wählern als „stärkstes Bollwerk gegen den Umsturz“ an. Zwischen MSPD und Unabhängigen wurde nicht unterschieden, sondern gemäß der Parole „Volk, strafe die Sozialdemokratie!“ die ganze Richtung bekämpft³¹⁴.

Ebenfalls gegen Sozialdemokratie und Revolution kämpfte die neu gegründete DVP, deren Wahlpropaganda außer der Betonung des „nationalen“ Moments in der Staatsformfrage deutliche Sympathien für die Monarchie erkennen ließ. Ihr Mitte Dezember 1918 veröffentlichter Wahlaufdruck verlangte eine „nationale und wahrhaft demokratische Politik“, wozu ein langer Katalog von Wirtschaftszielen präsentiert wurde, unter denen das nachdrückliche Bekenntnis zum Privateigentum sowie zur „leitenden Stellung“ des Unternehmers herausragte. In der Sozialisierungsfrage lehnte die DVP zwar eine Vergesellschaftung der Betriebe grundsätzlich ab, war aber bei „geeigneten Betriebszweigen“ immerhin dazu bereit, wenn es dem Allgemeinwohl diene. An die Adresse der sozialistischen Regierung gerichtet war die Forderung, „endlich energisch für Ruhe und Ordnung“ im Staat zu sorgen. Für dieses Ziel bot die DVP ihre Mitarbeit „unter der jetzigen Regierungsform“ an, verlangte aber zugleich „die Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankrott bedrohen“. Voller Pathos appellierte man insbesondere an die Frauen: „Schließen wir uns zusammen unter der Fahne: Freiheit und Vaterland!“³¹⁵

Weil die Nationalliberalen angesichts der allerorten zu verzeichnenden Übertritte zur DDP gleichzeitig scharf diese Konkurrenz angriffen, enthoben sie sich aber jeder Chance, an einer künftigen Regierung teilzunehmen, da es nur die koalitionspolitischen Möglichkeiten gab, dass entweder die sozialistischen Parteien zusammen eine Mehrheit erreichten oder die MSPD unter Beteiligung der bürgerlichen Mitteparteien regierte³¹⁶.

Dank großzügiger industrieller Unterstützung konnte die DDP eine umfangreiche und für damalige Verhältnisse modern anmutende Wahlpropaganda entfalten, die ihr am 19. Januar 1919 immerhin fast ein Fünftel der abgegebenen Stimmen einbringen sollte³¹⁷. Die Demokraten erschienen großen Teilen der bürgerlichen Wählerschaft während der Revolutionsmonate als zuverlässigste Gewähr dafür, „dem sozialistischen Radikalismus einen festen Damm demokratisch-bürgerlicher Staatsauffassung“ entgegenzusetzen³¹⁸. In ihrem am 14. Dezember 1918 veröffentlichten Gründungsaufruf, der auch als zentraler Wahlauf Ruf diente, hatte die DDP unter dem Motto „Das ganze Deutschland soll es sein!“ scharfe Kritik an dem alten „System“ geübt und sich zum „freien Volksstaat“, lies Republik, bekannt. Im Interesse von „Ordnung und Gesetzmäßigkeit“ wurde die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung verlangt. In der DDP hätten sich deshalb alle zusammengeschlossen, die „das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen“ wollten. Auffällig war die Betonung ihres „wirklich sozialen“ Charakters in Abgrenzung zur SPD: „Wir wollen Sozialpolitik treiben, aber nicht umstürzlerischen Sozialismus“³¹⁹. Gemäß dieser Marschroute versuchten die Demokraten die Erwartungen auf eine Koalition mit der SPD dadurch für sich auszunutzen, dass ihr auf wirtschaftspolitischem Gebiet unterstellt wurde, alle Produktionsmittel sozialisieren zu wollen, und sich selbst als Hüterin des Privateigentums darzustellen, welche nur in monopolistisch entwickelten Wirtschaftsgebieten die Frage der Sozialisierung „rein sachlich für jeden Einzelfall“ prüfen wolle: „sozial“, nicht „sozialistisch“, lautete die Formel, an der sich, wie die DDP im Wahlkampf nicht müde wurde zu betonen, die Wege von der Sozialdemokratie trennten, da nur die Rückkehr zur Ordnung „Freiheit, Brot und Frieden“ bringen könne³²⁰.

Mitten in den Wirren der Revolutionswochen formierte sich aus den Resten der alten konservativen Parteien die DNVP, die zunächst aber nur zu meist unkoordinierten Aktionen ihrer regionalen Verbände im-

stande war. Da der Wahlkampf ohne einheitliche Parteiführung, Programm oder zentrale Organisation geführt werden musste, stellte er eher eine Summe von vielen einzelnen Wahlkämpfen der alten Konservativen dar. Während der „Aufmarsch der gegnerischen Parteien“, so später Hauptgeschäftsführer Max Weiß, bereits im November begonnen habe, sei das erste Rundschreiben der DNVP erst am 20. Dezember 1918 erschienen³²¹. Ihre Mitte Dezember 1918 einsetzende Aktivität diene dann sowohl der Mitgliederwerbung, der Gründung von Ortsgruppen als auch dem Wahlkampf. Als im Unterschied zur zwischen rechts und links eingeklemmten DVP offen restaurative Partei konnte die DNVP aber offensiver agieren, wenn sich auch ihr Gründungsaufruf noch unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse betont zurückgehalten hatte³²². Der am 22. Dezember veröffentlichte Wahlaufuf der DNVP bekannte sich – schon merklich mit gegenrevolutionären Obertönen – demonstrativ zu den alten „ruhmbedeckten Fahnen“ des Deutschen Reiches, das im Krieg „gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg“ errungen habe. Auch jetzt wieder bot sie sich zur „opferbereiten, entschlossenen Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums“ an, und zwar in „jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform“. Unter der neuen Verfassung werde sich aber langfristig eine „monarchistische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor“ entsprechend der historischen Eigenart des deutschen Volkes durchsetzen. Mit einer für die dramatische Tendenz ihrer Propaganda typischen Beschwörung der Gefahr vor „Vernichtung durch den Bolschewismus“ rief die DNVP den Wählern zu: „Es geht um alles! Es geht um eine heilige Sache! Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes!“³²³

Abgesehen von dem Kampf gegen die „einseitige Klassendiktatur“ der SPD richtete die DNVP ihren Hauptstoß vor dem 19. Januar 1919 gegen die „Judenpartei“ DDP, die mit einer Hetzkampagne gegen die „Geldsackherrschaft“ und ihre „jüdische Presse“ überzogen wurde³²⁴. Wie die anderen bürgerlichen Parteien versuchten sich die Deutschnationalen im übrigen als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die versprach, sowohl die „Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus“ zu bekämpfen als auch Arbeiter und Angestellte durch den „planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik“ zu schützen sowie die Frauen zu vertreten, die sich durch ihre „bewundernswerten Leistungen“ im Krieg die politische Mitsprache verdient hätten³²⁵.

Der Wahlkampf zur verfassungsgebenden Nationalversammlung beschränkte sich im Winter 1918/19 auf wenige Wochen und war von den Folgen der Kriegsniederlage und der revolutionären Ereignisse überschattet. In der aufgewühlten Stimmung entfalteten die Parteien gleichwohl eine im Vergleich zu Reichstagswahlkämpfen des Kaiserreichs starke Wahlpropaganda, die sich umformierenden bürgerlichen Kräfte zwar mit einiger Verspätung, aber durchaus offensiv und tendenziell auf massenhafte Wirkung ausgerichtet. Herausragendes inhaltliches Merkmal war die bürgerliche Einheitsfront gegen die sich bereits antagonistisch gegenüber stehenden sozialistischen Parteien. Obwohl hinter den Kulissen die Mehrheitsparteien des alten Reichstages zusammenarbeiteten, verliefen die Fronten im Wahlkampf mitten durch die spätere Weimarer Koalition. Laut Karl-Dietrich Bracher lieferten der Vertrag von Versailles und die Revolution einer antidemokratischen Propaganda die Stichworte, mit denen sie der Weimarer Republik „von Anfang an machtvoll und suggestiv“ entgegentrat, und dass „sowohl 1919 als auch 1933“³²⁶.

Allgemeine Reaktion auf den Wahlausgang vom 19. Januar war bei den bürgerlichen Parteien die Erleichterung, den „Ansturm der Sozialdemokratie“ abgewehrt zu haben. Mehrheitssozialisten und Unabhängige kamen zusammen lediglich auf 45,5 Prozent der Stimmen. Mit 37,9 Prozent nahm die MSPD 165 der 421 Sitze in der Nationalversammlung ein, für ihre 7,6 Prozent erhielten die Unabhängigen lediglich 22 Sitze, was eine „bürgerliche Mehrheit“ von 47 Sitzen bedeutete. Die Wahlbeteiligung sank gegenüber der letzten Reichstagswahl von 1912 um knapp zwei auf nun 83 Prozent, allerdings waren 1919 fast 20 Millionen mehr Wahlberechtigte zu verzeichnen. Von diesem Zuwachs konnten in erster Linie die gemäßigten bürgerlichen Parteien profitieren, insbesondere Zentrum und DDP, die jeweils an die 20 Prozent der Wähleranteile gewannen, während die DVP abgeschlagen bei 4,4 Prozent landete. Das Ergebnis der DNVP, die nur 10,3 Prozent erhielt, wurde dennoch als positiv verbucht, weil die Konservativen früher im wesentlichen auf Ostelbien begrenzt gewesen waren, nun aber auch im Süden und Westen des Reiches Stimmen gewannen und „großstadtfähig“ wurden³²⁷. Als Grund dafür, dass die sozialdemokratischen Parteien die erhoffte absolute Mehrheit verfehlten, wurde neben der bürgerlichen Gegenpropaganda die Tatsache genannt, dass sich viele Wähler durch die Januarunruhen sowie durch das bolschewistische Schreckgespenst hätten beeindrucken lassen. Außerdem profitierten die bürgerlichen Parteien in erheblichem Maße von

der Möglichkeit der Listenverbindung. Hinsichtlich der Regierungsbildung war durch das Wählervotum des 19. Januars die Fortsetzung der Koalition der alten Reichstagsmehrheit vom Oktober 1918 in der Nationalversammlung vorprogrammiert. Bereits 1919 bildete sich damit die innenpolitische Konstellation heraus, welche die Weimarer Republik bis zu ihrem Ende bestimmen sollte. Sowohl auf der Rechten wie auf der Linken formierte sich eine Fundamentalopposition, die ihre Ziele nicht in positiven Koalitionen verwirklichen wollte, sondern die für die Überwindung der bestehenden Verfassungsordnung gegen die Kräfte der gemäßigten Mitte kämpfte³²⁸.

Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1920

Die erste Reichstagswahl der Weimarer Republik am 6. Juni 1920 stand außenpolitisch ganz im Zeichen der Deutschland aufgezwungenen Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages. Zugleich sollte sie eine Art Plebiszit über die neue Reichsverfassung sowie die von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze werden, insbesondere zur Finanz- und Steuerreform. Die angespannte innenpolitische Situation wurde durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 und seinen Folgen, wie die Umbildung der Reichsregierung Ende März sowie den Unruhen vor allem im Ruhrgebiet, kräftig angeheizt³²⁹. Zu den Zielsetzungen der Kapp-Putschisten gehörte, möglichst rasch den ersten Reichstag wählen zu lassen, was von der Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer immer wieder hinausgeschoben worden war. Hatte sie ursprünglich noch einen Wahltermin frühestens im Herbst 1920 favorisiert, wurde die Reichstagswahl von der neuen Reichsregierung unter Hermann Müller (SPD) – wie ihre Vorgängerin eine Weimarer Koalition – per Erlass vom 30. April auf den 6. Juni anberaumt.

Noch während der Schlussarbeiten der Nationalversammlung, die erst am 21. Mai 1920 feierlich geschlossen wurde, veröffentlichten die Parteien ihre Wahlaufrufe. Bereits bei den Landtagswahlen in Braunschweig und in Mecklenburg-Strelitz vom Mai 1920 zeichnete sich ab, dass die Mehrheitssozialisten hohe Verluste erwarten mussten, während die Unabhängigen etwa in gleicher Höhe hinzugewinnen würden. In beiden Wahlen hatten sich die bürgerlichen Parteien – mit Ausnahme der DDP – zusammengeschlossen und spürbar zulegen können. Im Reich

propagierten die Weimarer Koalitionsparteien trotz heftiger propagandistischer Abgrenzungskämpfe allerdings die Fortsetzung ihrer „Regierung der Mitte“ und des Demokratisierungsprozesses. Schon am 4. April, zwei Monate vor dem zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht feststehenden Wahltermin, veröffentlichte der Vorstand der SPD einen ersten Aufruf an die Wähler. Vor dem Hintergrund des Kapp-Putsches, des „wahnwitzigen Gewaltvorstoßes der Reaktion“, werde der kommende Reichstagswahlkampf um den Bestand der Republik gehen, da die Wiederkehr der Monarchie „der gewaltigste Rückschritt, die schwerste Bedrohung der deutschen Zukunft“ sei. Mit vagen Beschwörungsformeln appellierte die SPD vor allem an die Stimmungen der radikalisierten Arbeiterschaft, die auf Beendigung des „unseligen Bruderkrieges“ zwischen den sozialistischen Parteien dränge: „Nicht Putsch, sondern Demokratie! Nicht Gewalt, sondern freies Ringen der Geister! Nicht abwärts in Chaos, Anarchie und Brudermord, sondern aufwärts zu neuer Ordnung, Freiheit und Wohlfahrt! Vorwärts durch Demokratie zum Sozialismus!“³³⁰

Auf die Wahl bereiteten sich die Mehrheitssozialdemokraten mit einer Reichskonferenz Anfang Mai 1920 in Berlin vor, wo nach Abschluss der Debatte, in der man heftig über die bisherige Koalitionspolitik stritt, ein Aufruf zur Reichstagswahl verabschiedet wurde, der die „Parole der Einigkeit“ sowie das Ziel einer rein sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit betonte³³¹. Gegen die weit verbreitete Auffassung, dass die Koalition mit den bürgerlichen Parteien nur ein notwendiges Übel sei, argumentierte vor allem Reichskanzler Müller, doch auch er wusste: „Koalitionspolitik ist natürlich keine Wahlparole. Jede Partei, auch jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf als Partei selbständig führen müssen; denn drei Koalitionsparteien, das heißt drei Weltanschauungen“³³². Man könne, erläuterte Adolf Braun vom Parteivorstand, im Wahlkampf auch kein „spezialisiertes Programm für den kommenden Reichstag“ aufstellen. Ein solches würde mit allen Schwierigkeiten zu rechnen haben, in die Deutschland verstrickt sei. Mit derartigen „Hemmungen“ zu agitieren, sei nahezu unmöglich, weshalb den Massen in erster Linie „die letzten großen Ideale des Sozialismus“ aufgezeigt werden müssten³³³.

Die Mehrheits-SPD sah sich vor dem 6. Juni 1920 drei gegnerischen Fronten gegenüber, den Rechtsparteien, die für monarchistischen Obrigkeitsstaat, Revanchekrieg sowie „systematisch geschürte Judenhetze“ einträten, dann Zentrum und DDP, deren Ziel die „bürgerlich-kapitalistische Republik“ sei, und schließlich auf der Linken der USPD und den

Kommunisten, die für die „Diktatur des Proletariats“ kämpften. Während des Reichstagswahlkampfes im Frühsommer 1920 musste zu Bruch gehen, was immer der Kapp-Lüttwitz-Putsch an Solidarität zwischen den Arbeiterparteien noch hinterlassen hatte. Vor allem die Abgrenzungskämpfe zwischen MSPD und USPD wurden schärfer denn je: „Entweder man ist Sozialdemokrat oder man ist Kommunist. Die Unabhängigen glauben in der Mitte am sichersten zu gehen – aber es gibt keine Mitte!“³³⁴ Das Ziel einer „sozialistischen Mehrheit“ sei aber schon deshalb notwendig, weil die Gefahr bestehe, dass sich die bürgerlichen Mittelparteien nach rechts neigen könnten – wie die DDP habe auch das Zentrum „zwei Seelen in seiner Brust“. Während sich um die DVP die Wiederkehr von 1907, der „Bülow-Block“ gegen die SPD, sammle, hätten im Kapp-Putsch sowohl „deutschnationale Junker“ als auch „deutsch-volksparteiliche Schlotbarone“ erst ihre Mitarbeit angeboten und nachher die Strafverfolgung der Putschisten nach Möglichkeit sabotiert. Nur die SPD biete Schutz gegen die „reaktionäre Gefahr“, da sie „in friedlicher stetiger Entwicklung den Aufstieg des Volkes durch Freiheit zum Sozialismus, zum wirtschaftlichen Wohlergehen aller“, anstrebe³³⁵.

Nachdem sich auf dem Parteitag der KPD Mitte April 1920 in Berlin die Führung um Paul Levi gegen den extremen syndikalistischen Flügel durchsetzen konnte, rechtfertigte die Zentrale in ihrem am 17. April veröffentlichten Wahlauf Ruf die Beteiligung an den Reichstagswahlen damit, dass die eigentliche Entscheidung über das kommunistische Endziel – die „Eroberung der gesamten Staats- und Wirtschaftsmacht durch das Proletariat“ als Rettung vor dem „drohenden Verfall in die Barbarei“ – zwar außerhalb der Parlamente fallen werde. Im Sinne Rosa Luxemburgs müsse der Reichstag aber als „Tribüne“ genutzt werden, um „dem Unterdrückten zu sagen, wie sehr er unterdrückt ist, wie viel er verloren hat und was er gewinnen kann“. Während sie der MSPD, deren „Noskegarde“ Hunderte von Kommunisten ermordet habe, die Schuld am Kapp-Putsch und seinen Folgen gab, erinnerte die KPD alle Anhänger der USPD an deren Begünstigung der „konterrevolutionären Bürokratie“. Man könne der deutschen Arbeiterschaft den Kommunismus zwar selbst nicht bringen, aber im „engsten Zusammenwirken mit Sowjet-Russland“ doch den Weg dorthin weisen, deshalb die Parole für den 6. Juni 1920: „Gegen die bürgerliche Demokratie! Für die deutsche Räterepublik! Für die Diktatur des Proletariats in Stadt und Land!“³³⁶

Die Unabhängigen hatten auf ihrem Parteitag in Leipzig Ende 1919 ein radikales Aktionsprogramm verabschiedet, das sich zur „Diktatur des Proletariats“ und zum Räteystem nach sowjetrussischem Vorbild bekannte, wodurch eine politische Kooperation mit der MSPD faktisch ausgeschlossen wurde. Überhaupt konnte die Wahlpropaganda der USPD im Frühsommer 1920 fast radikaler erscheinen als die der Kommunisten. Ihre oberste Aufgabe im Reichstagswahlkampf sah sie in der „nachdrücklichsten Vertretung der sozialistischen Weltanschauung“. Der am 18. April veröffentlichte Wahlaufuf der Unabhängigen forderte die Auflösung aller noch bestehenden gegenrevolutionären Militärformationen, die Bestrafung aller Kapp-Putschisten, die sofortige Durchführung der Sozialisierung sowie eine Außenpolitik im Sinne der Völkerverständigung und für den Frieden mit Russland³³⁷. Ideologisch als ein „Machtkampf zwischen Reaktion und Revolution“ gedeutet, bekämpfte die USPD vor allem die „Mehrheitsparteien (Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten)“, die den „Karren immer tiefer in den Dreck“, das hieß in den „kapitalistischen Sumpf“, gezogen hätten, laute doch deren Parole: „Schnöde der Reichen, Ausplünderung der Armen!“ Wer dagegen die Verhältnisse „von Grund auf anders“ gestalten wolle, woran nicht nur das Proletariat, sondern auch das Klein- und Mittelbürgertum, die Beamten und Lehrer, das kleine und mittlere Bauerntum und nicht zuletzt die Frauen interessiert seien, deren Kampfruf müsse lauten: „Hier Kapitalismus! Dort Sozialismus!“³³⁸

Das Zentrum versuchte sich im ersten Reichstagswahlkampf der Republik wieder in schon gewohnter Manier als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die den „versöhnlichen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Ständen und Berufen, zwischen den mehr fortschrittlichen und mehr konservativen Anschauungen in der Politik“ und nicht zuletzt zwischen den Konfessionen anstrebe³³⁹. Das Hauptthema der Wahlpropaganda bildete die Koalitions politik, das hieß die innerhalb des Zentrums nicht unumstrittene Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung. In Erinnerung an das Dilemma von 1919, als man nach einem scharf antisozialistischen Wahlkampf in eine Koalition mit der SPD eingewilligt hatte, vermied das Zentrum vor dem 6. Juni richtungspolitische Festlegungen, sondern führte den Wahlkampf gegen Rechts und Links³⁴⁰. Außer der Verstimmung im Bürgertum über das Betriebsrätegesetz und die Steuergesetze Erzbergers wird auch dessen Persönlichkeit selbst dem Zentrum Wählerstimmen

gekostet haben, da sich Parteiorganisationen wie in Düsseldorf gegen die „Linkspolitik“ der Partei im Reich erklärten und man organisierte Gegnerschaft aus dem katholischen Lager erhielt, etwa durch eine „Nationale Arbeits-Gemeinschaft deutscher Katholiken“ in Berlin³⁴¹. Wichtigste Aufgabe des neuen Reichstags müsse, so die Wahlparole des Zentrums, die Schaffung eines Reichsschulgesetzes sein. Die Hauptgefahr drohe zwar ganz links von den Unabhängigen, doch müsse auch die DNVP energisch bekämpft werden, weil sie „Katholikenfang“ betreibe und damit in die „ureigenste Domäne“ des Zentrums einzubrechen versuche³⁴². Dessen Anfang Mai 1920 veröffentlichte Wahlauf Ruf rechtfertigte die bisherige Koalition mit der SPD damit, dass sie nötig gewesen sei zur „Rettung“ und zum Schutz der „kulturellen Interessen“ Deutschlands. Im Übrigen forderte das Zentrum jetzt eine „starke, tragfähige Regierung“ unter Beteiligung aller „wertvollen Volksgruppen“ gegen die Extreme – was immer das heißen mochte. Typisch für seine Wahlkampfpropaganda war wieder eine vage Beschwörungsrhetorik: „So sind und bleiben wir eine wahre christliche Volkspartei, Religion und Kirche, Volk und Staat, Demokratie und sozialer Fortschritt sind unsere Leitsterne“, deshalb der Appell an die Wähler und Wählerinnen: „Vergesst die engen Sorgen Eurer Privatinteressen und denkt ans große Ganze! Schließt die Reihen zum Bunde christlicher, deutscher Volksgemeinschaft im Zentrum!“³⁴³

Die durch die Beteiligung am Kapp-Putsch kompromittierte DNVP trat vor dem 6. Juni 1920 die Flucht nach vorne an und beschuldigte die Reichsregierung, durch „Mangel an gutem Willen gegenüber berechtigten Forderungen“ den Putsch sowie „neues Elend“ und neuerlichen „roten Terror“ erst heraufbeschworen zu haben³⁴⁴. Der Übertritt renommierter ehemaliger Freikonservativer wie Siegfried von Kardoff zur DVP nährte Befürchtungen, dass die Stresemannpartei starke Anziehungskraft auf potentielle Rechtswähler ausübe, die weitere soziale Unruhen fürchteten und eine politisch effektive Vertretung ihrer Interessen wünschten. Die DNVP erklärte den 6. Juni 1920 daher zum Schicksalstag Deutschlands und betonte zugleich ihren vermeintlich realpolitischen Aufbauwillen. Angesichts der Staatskrise, für die ausschließlich die Regierungsparteien verantwortlich gemacht wurden, lautete die Parole der DNVP: „Deutsche Bürger, Bauern, Arbeiter! Am Wahltag gilt es Einspruch zu erheben gegen die das Mark unseres Volkes verzehrende Misswirtschaft, gegen die verfassungswidrige Entrechtung weiter Volkskrei-

se, gegen die tatsächliche Begünstigung des Bolschewismus durch eine rücksichtslose Parteiregierung!“ Wenn sie auch aus wahltaktischen Gründen betonte, „auf verfassungsmäßigem Boden einen guten und ehrlichen Kampf um die Wiederaufrichtung des gebeugten Vaterlandes“ auszufechten, enthielt sich die DNVP zur Verfassungsfrage weiterer Stellungnahmen. Vielmehr akzentuierte sie den Kampf für die „Wiedergeburt des deutschen Volksgeistes“ und gegen „jeden zersetzenden, undeutschen Geist“, vor allem die seit der Revolution „immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“³⁴⁵.

Ohne wie die Deutschnationalen zu tief in den gescheiterten Putschversuch verstrickt gewesen zu sein, konnte die DVP hoffen, von der antimarxistischen Grundstimmung bei der Reichstagswahl im Juni 1920 zu profitieren. Unter dem populistischen Motto: „Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“, das sich insbesondere auf die Situation in Preußen und das Spannungsverhältnis zur SPD bezog³⁴⁶, sollte sie am 6. Juni tatsächlich den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte erringen. Breiten bürgerlichen Wählerschichten erschien nun die DVP als Garant von „Ruhe und Ordnung“, während die DDP durch ihre Koalitionspolitik als „halbsozialistische“ Partei diffamiert werden konnte. Das Bemühen, sich vom Stigma einer monarchistischen Rechtspartei zu befreien, verschwand im Wahlkampf jedoch völlig hinter der scharfen Aktionsparole der DVP: „Der Feind steht links!“³⁴⁷ Die von ihr propagierte Zusammenfassung der „staatserhaltenden Bürgerschaft“ Deutschlands gegen die „rote Gefahr“ beruhte auf der Fiktion einer Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie: „Nur dann kommt der Wirtschaftsfriede zwischen Arbeiter und Bürger und durch ihn die Rettung des Vaterlandes“³⁴⁸. Während sie unter außenpolitischen Vorzeichen die als nationale Schande empfundene Besetzung deutscher Gebiete beziehungsweise den Versailler Vertrag anprangerte, empfahl sich die DVP im Frühsommer 1920 als „liberale Bürger- und Arbeiterpartei“ vor allem den ehemaligen Wählern der DDP³⁴⁹.

Die Demokraten selbst schrieben dem ersten Reichstagswahlkampf unter republikanischer Flagge geradezu schicksalshafte Bedeutung zu, ein demokratisches Blatt sprach in Bezug auf den 6. Juni 1920 gar vom „gewaltigsten innerpolitischen Ringen, das die deutsche Nation seit ihrer Einigung erlebt“ habe. Von dem Ausgang der Wahl hänge ab, ob das deutsche Volk „in seiner jetzigen trostlosen Lage verharren muss, zerris-

sen und zerklüftet durch Stammes-, Partei- und Klasseneigensucht, zur Armut, zur Fronarbeit, zu Schmach und Ohnmacht verdammt!“³⁵⁰ Der am 16. April veröffentlichte Wahlauf Ruf der DDP bekannte sich zum Weimarer Verfassungswerk, das als Grundlage für die „nationale Demokratie“ und die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt bezeichnet wurde. Neben einer Rechtfertigung der bisherigen Koalitions politik, die man grundsätzlich fortsetzen wolle, betonte der Aufruf der Demokraten die „tief greifenden Unterschiede“, welche sie von den bisherigen Koalitionspartnern SPD und Zentrum trennten. Wenn auch der „reaktionäre Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz und der Wiederaufbruch der bolschewistischen Revolution“ nur dank den Mehrheitsparteien abgewehrt worden seien, kritisierte man die SPD wegen ihres Festhaltens am Klassenkampfgedanken und das Zentrum, weil es auf kultur- und schulpolitischen Gebiet die „geistige Einheit“ des Volkes zugunsten „religiöser Machtkämpfe“ auf Spiel setze. Wer den „Aufstieg“ wolle, müsse daher demokratisch wählen: „Deutsches Volk! Jetzt gilt es! Recht oder Gewalt, Freiheit oder Knechtung, Gleichheit oder Diktatur, Krieg oder Frieden!“³⁵¹

Von sozialdemokratischer Seite wurde vor dem 6. Juni 1920 bemerkt, dass das kaiserliche Deutschland schon stürmischere Reichstagswahlkämpfe erlebt hätte als den jetzigen, obwohl der Reichstag damals nur ein „Spielzeug“ gewesen sei, „das man dem Volke hingeworfen hatte, um sich mit dem wirklichen Regieren hinter verschlossenen Schlossportalen desto ungestörter beschäftigen zu können“³⁵². In der Fachzeitschrift „Das Plakat“, die sich der „Kultur der Reklame“ widmete, wurden dagegen die äußeren Formen des Wahlkampfes im Frühsommer 1920 heftigst kritisiert: „Flugblätter mit Verleumdungen und Beschimpfungen der politischen Gegner waren die hauptsächlichsten Kampfmittel“. Darüber hinaus hätten sich überall „Kratzkolonnen“ der Parteien zum Abreißen und Überkleben von gegnerischen Plakate gebildet, Versammlungen seien gesprengt worden, die „Kraft der Lunge und des Knüttels hatten die mangelnde Güte ihrer Sache zu ersetzen“, kurz: „Der Dreck wurde überallhin verspritzt.“³⁵³

Allen Gerüchten von möglichen Störungs- und Putschversuchen zum Trotz verlief der Wahltag am 6. Juni 1920 im ganzen Reich aber ohne größere Zwischenfälle. Auch die Straßendemonstrationen der extremen Parteien hielten sich einem Bericht der *Germania* zufolge in „sehr bescheidenen Grenzen“³⁵⁴. Bei einer gegenüber 1919 leicht gesunkenen Wahl-

beteiligung von 79,2 Prozent stellte das Ergebnis eine verheerende Niederlage für die Weimarer Koalition dar, deren Parteien zusammen nur noch über 205 der 472 Reichstagssitze verfügten – ein Debakel, das sich bei den parallelen Landtags- und Kommunalwahlen wiederholte. Der seit März 1920 erwartete Rechtsruck bescherte der DVP Gewinne von fast zehn auf nun 13,9 Prozent der Stimmen, während die DNVP ungeachtet der Kompromittierung durch die Märzereignisse ihre Stimmenanteile um die Hälfte auf nun 15,1 Prozent steigern konnte³⁵⁵. Von der radikalisierten Stimmung in der Arbeiterschaft profitierte vor allem die USPD, deren Anteile sich auf Kosten der Mehrheitssozialisten von 7,6 auf nun 17,9 Prozent mehr als verdoppelten. Die Partei Eberts verlor fast die Hälfte ihrer Wähler vom Januar 1919 und erhielt nur noch 21,7 Prozent der Stimmen, während die DDP knapp drei Fünftel ihrer Wähler abgab (jetzt noch 8,3 %) und das Zentrum jeden fünften Wähler außerhalb Bayerns einbüßte (jetzt 13,7 %).

Weil die weiter nach links treibenden Unabhängigen ihren Erfolg aber aufgrund der inneren Konflikte nicht in politischen Einfluss ummünzen konnten, waren die Rechtsparteien, die am Kapp-Lüttwitz-Putsch weniger die Ziele als die Mittel kritisiert hatten, die eigentlichen Wahlsieger. Die Weimar-Forschung sieht die Reichstagswahl vom Juni 1920 als einen ersten Wendepunkt in der Geschichte der Republik an, insofern die in sich selbst uneinige Weimarer Koalition auf Reichsebene ihre parlamentarische Mehrheit verlor und auch später nie mehr wiedergewinnen sollte³⁵⁶. Als Gründe für die Niederlage der politischen Mitte wird auf die Erbitterung über den Versailler Vertrag im deutschen Bürgertum sowie über die „steckengebliebene Revolution“ und die als Verrat empfundene Koalitionspolitik der SPD unter den Arbeitern hingewiesen. Im Ergebnis standen den republikanischen Kräften nach dem Juni 1920 „zwei kompakte verfassungsoptionelle Blöcke gegenüber, ein schwarz-weiß-roter und ein roter“³⁵⁷, was ein normales Wechselspiel von Regierung und Opposition in Weimar-Deutschland behinderte. Die unter diesen Bedingungen äußerst schwierigen Verhandlungen zur Regierungsbildung endeten schließlich mit der Berufung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts unter Einbeziehung der DVP und Führung des Zentrums politikers Konstantin Fehrenbach, das von der MSPD toleriert wurde. Die Sozialdemokraten deuteten den 6. Juni 1920 als „Vormarsch der Reaktion“ nach einem Wahlkampf, der wie noch nie die „politischen Leidenschaften“ aufgewühlt und alle „Triebe der Demagogie“ ans Licht ge-

bracht habe. Die Parteiführung kam überein, sich grundsätzlich zum Gedanken der Regierungsverantwortung zu bekennen, aber günstigere Zeiten abzuwarten und vorläufig eine bürgerliche Regierung „die Suppe auslöffeln zu lassen“³⁵⁸.

In seinem Spektator-Brief vom 1. Juli 1920 konstatierte schon Ernst Troeltsch mit Blick auf die Reichstagswahl vom 6. Juni den „Eintritt der Revolution in ein neues Stadium“, vor allem wegen der „Zertrümmerung der die neue Verfassung tragenden Mitte“. Die Gründe für diese „Katastrophe“, so Troeltsch, müssten die Parteien vor allem im Spiegel des Wahlkampfes erörtern. Dieser sei von rechts zum „Klassenkampf des Bürgertums, der Landwirtschaft und der Intellektuellen gegen das Regiment der Handarbeiter, ihrer Sekretäre, ihrer Politiker und Ideologen“ stilisiert worden. Von links her hätten die „alten bekannten Argumente“ gewirkt, dass die Demokratie in Wahrheit nur eine Militärdiktatur darstelle und die „Errungenschaften der Revolution“ durch die Weimarer Koalitionspolitik zunichte gemacht worden seien. Neben dem „Ärger über die neuen Farben schwarz-rot-gold“ im Bürgertum habe den Wahlkampf nicht zuletzt eine „grenzenlos giftige Verhetzung“ ausgezeichnet, mit der die Reichsregierung von rechts und links angegriffen worden sei³⁵⁹.

Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1924

Die äußeren Rahmenbedingungen für einen Reichstagswahlkampf schienen im Frühjahr 1924 nach den Wirren des Vorjahres für die Weimarer Parteien alles andere als günstig zu sein. Ruhrbesetzung und passiver Widerstand hatten ihre Organisations- und Agitationsmöglichkeiten stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Inflation zerschlug alle Vorausberechnungen und vernichtete etwaige Geldrücklagen in den Parteikassen. Freilich ließ sich seit der Marktstabilisierung vom November 1923 bereits wieder eine leichte Besserung auf organisatorischem Gebiet feststellen. Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes Mitte Februar 1924 schaffte auch halbwegs normale politische Rahmenbedingungen für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Schon auf dem Höhepunkt der Regierungs- und Staatskrise war im Spätherbst 1923 die Auflösung des kaum noch repräsentativen Reichstages vom Juni 1920 erwogen worden. Im Streit um das Ermächtigungsgesetz konnte sich Reichskanzler

Stresemann aber noch auf die „disziplinierende Wirkung“ einer drohenden Auflösungsorder stützen³⁶⁰.

Anfang 1924 wurden vorzeitige Neuwahlen jedoch immer wahrscheinlicher. Die Drohung der neuen Reichsregierung unter Wilhelm Marx, zur Durchsetzung ihres Sanierungsprogramms auch eine Auflösung in Kauf zu nehmen, verpuffte jetzt angesichts der ohnehin im Juni 1924 auslaufenden Legislaturperiode und einer Opposition, die sich gute Wahlchancen erhoffen konnte. Die Parteien betrieben seit Mitte Februar 1924 zumindest publizistischen Wahlkampf, sodass vereinzelt schon vor seiner „Verwilderung“ gewarnt wurde. Zugleich forderte Reichsinnenminister Karl Jarres die Länderregierungen per Rundschreiben auf, die Gemeinden anzuweisen, sofort mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahl zu beginnen³⁶¹.

Vor allem die auf Stimmenzuwachs hoffenden Rechtsparteien hatten schon um die Jahreswende 1923/24 vom Reichstag den „Mut“ gefordert, endlich zu „verschwinden“ und sich selbst durch Beschluss aufzulösen. Es herrsche, so der DNVP-Vorsitzende Oskar Hergt am 27. Februar 1924 vor dem Reichstag, eine „allgemeine Wahlatmosphäre“ in Deutschland, und dieser Volksstimmung müsse eben Rechnung getragen werden³⁶². Reichspräsident Ebert ordnete schließlich die vorzeitige Auflösung des ersten Reichstages der Republik am 13. März 1924 an und bestimmte als Termin für die Hauptwahl zum Reichstag den 4. Mai, eine Woche vor Ablauf der 60-Tage-Frist³⁶³. Über die Terminfrage war es im Vorfeld zu Streit zwischen den Parteien gekommen, weil in Frankreich ebenfalls nationale Parlamentswahlen im Frühjahr 1924 anstanden. Die Reichsregierung trat für einen möglichst frühen Wahltermin ein, weil sie befürchtete, dass ein angesichts der nationalistischen Stimmung in Deutschland wahrscheinlicher Wahlerfolg der Rechtsparteien dem nationalen Block in Frankreich bei Kammerwahlen – die am 20. März auf den 11. Mai festgelegt wurden – eine gute Wahlparole verschaffen und die Verhandlungsposition des Reiches in den anstehenden Reparationsverhandlungen schwächen würde. Außer nach Frankreich blickte die deutsche Öffentlichkeit im Frühjahr 1924 auch nach Italien, das am 6. April 1924 wählte und von wo die extreme deutsche Rechte durch die „Wahlschlacht der Faschisten“ weiteren Auftrieb erhielt. Allen drei Wahlen – in Deutschland, Frankreich und Italien – attestierte der frühere englische Premier David Lloyd George, wegen seiner Kritik am Versailler Vertrag in Deutschland wohlgeleiteten, als gemeinsame Plattform den

„nationalistischen Appell“³⁶⁴. Der Streit um den richtigen Neuwahltermin gehört wesentlich zur Geschichte der keineswegs, wie Elfi Bendikat und Detlev Lehnert schreiben, erst nach Ablauf der regulären Legislaturperiode „scheinbar unspektakulären“ Reichstagswahl vom 4. Mai³⁶⁵.

Schon kurz vor der Reichstagsauflösung am 13. März 1924 richteten die regionalen und überregionalen Tageszeitungen ihre Rubriken für die Wahlkampfberichterstattung unter Bezeichnungen wie „Aus dem Wahlkampf“ oder „Die Wahlbewegung“ und „Der Aufmarsch der Parteien“ ein. Die Linksparteien begannen ihren Versammlungskampf verschiedentlich bereits in den letzten Märzwochen, und auch das Zentrum appellierte Ende März an seine Mitglieder, die in der Inflation beschädigten Parteistrukturen in kürzester Zeit jetzt kampfbereit zu machen: „Darum prüft die Listen, sammelt die Beiträge, weckt die Säumigen, füllt die entstandenen Lücken auf. Heraus mit allen politisch kranken und faulen Stellen! Die Kampffront muss intakt sein!“³⁶⁶ Praxis der noch wenig zentralisierten Weimarer Parteien war, sich mit speziellen Parteitagungen oder Tagungen der Parteiführungen auf den Reichstagswahlkampf vorzubereiten, welche in der Regel erst den Auftakt zur eigentlichen „heißen“ Phase bildeten. Als Startzeichen konnten aber auch bereits die Veröffentlichung der ersten Aufrufe der Vorstandsgremien dienen, der „Wahlprogramme“ im zeitgenössischen Verständnis, oder große öffentliche Kundgebungen mit Spitzenkandidaten. Während sich 1918/19 aufgrund der politischen Umbruchsverhältnisse keine einheitliche Praxis beobachten lässt, waren die Weimarer Parteien danach dazu übergegangen, die Wahlaufrufe ihrer Zentralen etwa einen Monat vor dem Wahltag zu veröffentlichen. Im Frühjahr 1924 besaßen bereits die letzten Reichstagsdebatten einen offen wahlkämpferischen Charakter und meldeten sich einige Fraktionen anlässlich der Reichstagsauflösung am 13. März mit Wahlaufrufen zu Wort, während die der zentralen Parteivorstände in den letzten zwei Märzwochen erschienen. Abgedruckt oder zumindest zusammengefasst in der Partei- und Richtungspressen, schlugen sie den inhaltlichen Grundtenor des Wahlkampfes an. Als erste Partei veröffentlichte im Frühjahr 1924 das Zentrum am 15. März seinen zentralen Wahlaufdruck, nur zwei Tage nach der Reichstagsauflösung. Ihm folgten eine Woche später am 23. März die Aufrufe der zwei großen Oppositionsparteien SPD und DNVP, woraufhin im Abstand einer knappen Woche die übrigen Parteien dicht gedrängt ihre Aufrufe veröffentlichten, am 29. März die DDP, einen Tag später die USPD, am 1. April dann DVP, BVP und

DHP, unter dem Datum des 2. April die KPD und schließlich am 3. April die Deutschvölkischen³⁶⁷.

Von den zum Teil außerordentlichen Reichsparteitagen, auf denen in der Regel Fragen der Kandidatenaufstellung und der künftigen Wahlpolitik dominierten, waren die entsprechenden Veranstaltungen der Wahlkreisorganisationen zu unterscheiden, deren Planung besonders bei gleichzeitigen Landtagswahlen nicht mit dem Zeitplan der Reichspartei übereinstimmen musste. Im Frühjahr 1924 etwa eröffnete Reichskanzler Wilhelm Marx bereits am zweiten Sonntag nach der Reichstagsauflösung, nämlich am 23. März, mit einer von über 5 000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung in Elberfeld den Wahlkampf des Zentrums für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost, in dem er Spitzenkandidat war³⁶⁸. Auf Reichsebene verzichtete man auf eine zentrale Tagung vor den Wahlen, sondern leitete den Wahlkampf Ende März mit einem Rundschreiben an die Bezirksvorstände, Ortsgruppen und Vertrauensleute ein³⁶⁹. Die liberalen und konservativen Parteien hielten dagegen ihre zum Teil ohnehin für das Frühjahr 1924 geplanten Parteitage ganz im Zeichen des Reichstagswahlkampfes ab. Am 29. März 1924 begann in Hannover der 5. Parteitag der DVP, der im Anschluss an das Hauptreferat Stresemanns den vom Zentralvorstand erarbeiteten Wahlauf Ruf verabschiedete. Zwei Tage später, am 1. April, eröffnete die DNVP ihren außerordentlichen Parteitag in Hamburg, auf dem der Parteivorsitzende Oskar Hergt den „Marschplan“ für den 4. Mai im mit schwarz-weiß-roten Fahnen ausgeschmückten Tagungssaal erläuterte. Beide Parteitage firmierten in der Rechtspresse als „eindrucksvolle Wahldemonstrationen“³⁷⁰.

Während die DDP am 5./6. April 1924 wie geplant ihren „Demokratentag“ in Weimar abhielt und auch die Kommunisten Mitte April in Frankfurt einen Parteitag unter halblegalen Bedingungen durchführten, verlegte die innerparteilich zerstrittene SPD aus wahltaktischen Gründen ihren ursprünglich für den 13. April geplanten Parteitag auf einen Termin nach den Reichstagswahlen – was ihr prompt vom Gegner als ängstliches Eingeständnis der inneren Konflikte ausgelegt wurde. Um so intensiver bereitete sich die sozialdemokratische Organisation durch eine Reihe von Landesparteitagen auf die Wahlen vor³⁷¹. Festzuhalten ist, dass alle Parteien spätestens Ende März 1924 den Reichstagswahlkampf aufgenommen und ihre internen Vorbereitungen bis Mitte April 1924 im wesentlichen abgeschlossen hatten. Lässt sich sein publizistisches Vorspiel bis in die ersten Februarwochen zurückverfolgen, wurde der Wahl-

kampf spätestens nach der Reichstagsauflösung zum alles beherrschenden innenpolitischen Thema.

Anlässlich von Reichstagswahlen meldeten sich jedoch nicht nur die Weimarer Parteien zu Wort, sondern griffen auch die wirtschaftlichen Berufs- und sozialen Interessenverbände sowie nicht zuletzt die Reichsregierungen in den Wahlkampf ein. Überraschen konnte die Aufregung, für die der am 27. April 1924 veröffentlichte Aufruf der bürgerlichen Minderheitsregierung in der Rechtspresse sorgte. Sie hatte das Dawes-Gutachten zum Anlass genommen, sich gegen die nationalistische Opposition zu wenden. Das aber sei nichts anderes als Wahlagitation für die SPD und eine unzulässige Beeinflussung der Wählerschaft, hieß es von rechts. Noch nie sei in Deutschland die Autorität der Reichsregierung so offensichtlich in den Dienst von Parteipolitik gestellt worden. Selbst von seiten der DVP bezeichnete man es als eine „kaum ins parlamentarische Regime passende Maßnahme“, dass eine nur noch die Geschäfte führende Reichsregierung aktiv in den Wahlkampf eingreife³⁷². Aus dem republikanischen Lager wurde diesen Vorwürfen geantwortet, dass das Kabinett Marx nur eine von den „vorrevolutionären“ Regierungen begründete Tradition fortsetze, seien doch im Kaiserreich Eingriffe der Reichsleitung in den Wahlkampf der Parteien üblich gewesen – vorzugsweise allerdings gegen die inneren „Reichsfeinde“ –, weshalb die jetzige Entrüstung der Rechtsparteien nur ein wahltaktisches Manöver sei. Die SPD hielt den Erlass eines Wahlaufrufs durch die Reichsregierung im Frühjahr 1924 sogar für „demokratische Führerpflicht“ in Krisenzeiten³⁷³. Im übrigen war er nur als Höhepunkt einer offensiven Propaganda der Regierungsparteien geplant, die sich schon vor der Reichstagsauflösung auf ein „gemeinsames Vorgehen“ im Wahlkampf verständigt hatten. Mit Hilfe ihrer Presseabteilung, dem Wolffschen Telegraphischen Bureau und der Reichszentrale für Heimatdienst versuchte jede Reichsregierung – ob nun bürgerlich oder sozialdemokratisch geführt – nach 1918/19, im Sinne „allgemeiner Volksaufklärung und staatsbürgerlicher Erziehung“ auf den Wähler einzuwirken, wobei sie ein breites Spektrum von Propagandamitteln aufbot, neben Broschüren und Rededispositionen auch Plakate, Bilderbogen mit Versen, Klebezettel sowie Karten mit politischen Gedichten³⁷⁴.

Alle großen Weimarer Parteien waren in Reichstagswahlkämpfen mehr oder weniger auf die Unterstützung von Vorfeld- und Nebenorganisationen angewiesen, ihrem wichtigsten Reservoir von Hilfskräften für

die Wahlarbeit, die aber auch selbst in die Auseinandersetzungen eingriffen. Zweck dieser Übung war in erster Linie die interessenspezifische Wahlwerbung um einzelne soziale Schichten und Berufsgruppen, denen die allgemeinen Aufrufe der Parteien weniger boten³⁷⁵.

Obwohl die Parteien bereits vor der Reichstagsauflösung am 13. März 1924 mit den unmittelbaren Wahlvorbereitungen begonnen hatten, setzte der eigentliche Wahlkampf in den meisten Teilen des Reiches erst nach den Osterfeiertagen ein. Diese fielen 1924 besonders spät auf den 20./21. April und damit mitten in den Wahlkampf – zusätzlicher Anlass vor allem für die bürgerlichen Parteien, im Vorfeld gegen seine drohende „Verwilderung“ aufzutreten. Damit die Ruhe der „stillen Woche“ nicht gestört werde, hatten sie – mit Ausnahme der DDP – schon am 12. März im Reichstag beantragt, dass während der Karwoche vom 13. bis 21. April Wahlversammlungen zu untersagen seien. Zwar wurde dieser Gesetzesentwurf gegen die Stimmen der SPD angenommen, dann aber vom Reichsrat abgewiesen, weil als verfassungsändernd angesehen und somit von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit abhängig. Auf Anregung der DNVP sollte daraufhin eine Art Waffenstillstand zwischen den Parteien selbst geschlossen werden, wonach sie während der Osterzeit auf jede „laute Agitation“ und öffentliche Versammlungen verzichteten. Im Namen der SPD lehnte Hermann Müller auch diesen Vorschlag mit der Begründung ab, dass es in der Karwoche ohnehin von selbst zu geringerer Versammlungstätigkeit und schwächerem Besuch kommen werde. Darüber hinaus sah sich die SPD-Führung nicht in der Lage, eine so generelle Regelung für das gesamte Reich zu unterschreiben, sondern müsse vielmehr die Entscheidung darüber den Bezirksleitungen überlassen³⁷⁶.

Von mehr Erfolg waren auf regionaler und lokaler Ebene im Frühjahr 1924 Anstrengungen zur präventiven Bekämpfung der „Auswüchse“ im Wahlkampf gekrönt. Schon am 24. März hatten die Parteiführungen in Berlin ein so genanntes Wahlabkommen beraten. Danach wurden erstens die Behörden aufgefordert, Sorge zu tragen, dass auch politisch Angeklagte und Verfolgte – gedacht war wohl in erster Linie an die aus den Besatzungszonen Ausgewiesenen – als Kandidaten am Wahlkampf teilnehmen könnten; zweitens sollten sich die Parteien gegenseitig verpflichten, bei ihren Anhängern darauf hinzuwirken, gegnerische Versammlungen nicht zu stören³⁷⁷. Ende März 1924 einigten sich in Bonn Vertreter von der DNVP bis zur SPD darauf, „unsachliche Schärfen und

persönliche Verunglimpfungen“ im Wahlkampf zu vermeiden. In Köln verabschiedeten am 9. April die Parteien der Rheinprovinz ebenfalls eine Erklärung gegen den „Radau-Wahlkampf“. Um die „vaterländische Einheitsfront“ in den besetzten Gebieten nicht zu gefährden, sollten Störungen von Versammlungen des Gegners sowie persönliche Polemik in Flugblättern und Presse unterbleiben. Gegnerische Plakate, so eine weitere der „interparteilichen Anstandsregeln“, dürften weder abgerissen noch vorzeitig überklebt werden; und was auf Reichsebene scheiterte, gelang in Köln, wo sich die Parteien mit Ausnahme der Kommunisten darauf einigten, die Karwoche bis einschließlich Ostersonntag möglichst frei von Versammlungen halten zu wollen³⁷⁸.

Auch von staatlicher Seite war man bestrebt, den Reichstagswahlkampf vor dem 4. Mai in „geordneten Bahnen“ durchzuführen, damit nach den Krisen des Vorjahres und den sozialen Sparmaßnahmen der Regierung Marx die politische Erregung der Bevölkerung nicht in Gewalt umschlug. Von entscheidender Bedeutung war die bereits erwähnte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924, durch die der seit dem Herbst 1923 geltende militärische Ausnahmezustand in einen zivilen abgemildert wurde. Verboten blieben weiterhin im ganzen Reich Versammlungen unter freiem Himmel sowie öffentliche Demonstrationen, wobei die Landeszentralbehörden Ausnahmen zulassen konnten. Dem Reichsinnenminister waren Eingriffe in die persönliche Freiheit und die Pressefreiheit „zur Abwehr von Bestrebungen auf gesetzwidrige Änderung der verfassungsmäßigen Staatsform“ gestattet. Des Weiteren durften Plakate nur an den dafür vorgesehenen offiziellen Plätzen wie Litfasssäulen angeschlagen werden – eine Bestimmung, die sich gegen das „wilde“ Plakatieren der vorangegangenen Wahlkämpfe richtete. Am 23. April verschärfte Ebert seine Verordnung dahingehend, dass die Veranstaltung oder Teilnahme an nicht zugelassenen Versammlungen und Aufzügen im Freien mit Gefängnisstrafen belegt wurde. Andererseits waren schon am 28. Februar 1924 die Verbote der radikalen Parteien vom Herbst 1923 für das Reich wieder aufgehoben worden; bis der Reichstag am 26. Juli 1924 die Aufhebung aller Parteiverbote verfügte, blieben allerdings die landesrechtlichen Verbote bestehen. Außerdem bildete Absatz 2 der Verordnung vom 28. Februar die Grundlage für einige Zeitungsverbote durch Reichsinnenminister Karl Jarres, am spektakulärsten davon wohl das Verbot der *Roten Fahne*, dem Berliner Zentralorgan der KPD, das – wegen Abdruckes der Frankfurter Parteitags-

resolution – vom 14. bis 28. April nicht erscheinen durfte. Zeitungsverbote waren in der immer gespannten politischen Stimmung des Frühjahres 1924 allerdings keine außergewöhnliche Erscheinung. Überlegungen der preußischen Regierung, alle kommunistischen Zeitungen in der letzten Wahlkampfwoche zu verbieten, weil sie die „blutrünstigen Aufrufe“ der KPD abgedruckt hätten, wurden aber als politisch unzeitgemäß zurückgewiesen. Die Linksopposition warte nur auf ein solches Agitationsmittel, das ihr die „Märtyrerpose“ ermögliche, hieß es³⁷⁹.

Allgemeine Einschätzung quer durch alle parteipolitischen Lager war, dass der Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1924 einen im ganzen überraschend ruhigen Verlauf nehme, was allerdings vor dem Hintergrund des stürmischen Krisenjahres 1923 mit seinen bürgerkriegsähnlichen Konflikten aus heutiger Sicht zu relativieren ist. Obwohl am 4. Mai 1924 so bedeutsame Fragen wie noch nie zur Entscheidung anstünden, schrieb rückblickend die *Germania*, habe es selten zuvor einen deutschen Wahlkampf gegeben, der in solch ruhigen Bahnen verlaufen sei: „Es gab keinerlei Aufregungen, keinerlei Sensationen, und die gelegentlichen kommunistisch-völkischen Holzereien in Versammlungen waren lediglich unbedeutende Zwischenfälle“. Verantwortlich für den „flauen“ Wahlkampf wurde unter anderem die Tatsache gemacht, dass sich das Gros der Wähler bereits vorher „innerlich“ für eine Partei entschieden habe. Dass sich die Rechtsparteien, die zwar mit „großem Tamtam“ den Wahlkampf begonnen hätten, vor allem untereinander bekämpften, habe ebenfalls dazu beigetragen. Allerdings drohe die „Apathie und Müdigkeit“ in der Bevölkerung nach den Wirren des chaotischen Vorjahres für die Parteien der Mitte gefährlich zu werden, „denn die Völkischen und die Kommunisten bringen durch rücksichtslose Agitation und verschleierten Terrorismus ihre Anhänger leicht an die Urne“³⁸⁰. Als in der nach seiner Zählung dritten Wahlkampfwoche der „Versammlungsfeldzug“ Anfang April bei allen Parteien angelaufen war, sah auch der *Vorwärts* jegliche Vernunft im „Lager der Extremen“ verschwunden, die – wie schon der bayerische Landtagswahlkampf vor dem 6. April 1924 gezeigt habe – nur noch mit Gummiknüppeln, Stuhlbeinen und Biergläsern kämpften. Darin enthülle sich ein „Geist der Brutalität“, der das Maß an noch zu leistender „politischer Erziehungsarbeit“ gewaltig erscheinen lasse³⁸¹.

Im Unterschied zum Kaiserreich zeichnete sich das öffentliche Leben in der Weimarer Republik von Beginn an durch eine Atmosphäre der Gewalt und Brutalisierung in der Politik aus. Die Erlebnisse des Welt-

krieges schienen in der bürgerkriegsähnlichen und krisengeschüttelten Anfangsphase der Republik ihre Fortsetzung durch Putschversuche, terroristische Einzelattentate und Aktionen paramilitärischer nationalistischer Gruppen zu finden, welche den Gewaltmonopolanspruch der Staatsmacht nachhaltig in Frage stellen mussten.

Während den deutschen Kommunisten eigene Terrorakte als Teil des revolutionären Befreiungskampfes gegen den „kapitalistischen Ausbeuterstaat“ erschienen³⁸², besaß politische Gewalt über den Zweck der Einschüchterung und Androhung physischer Vernichtung hinaus für die NSDAP den Zweck, Märtyrer zu schaffen. Gewalt und ermordete „Kameraden“ wurden zu selbständigen Propagandamitteln, um die Berechtigung des politischen Machtanspruches zu unterstreichen. Ihr Opfer sollte wiederum neuen Gewalteinsatz legitimieren und die Bereitschaft dazu bei den Mitkämpfern erhöhen – eine Technik, welche die NSDAP erstmals im Reichstagswahlkampf 1928 systematisch anwendete, als dem „ehrlieh schaffenden Deutschen“ Namenslisten der nationalsozialistischen Toten und Verletzten präsentiert wurden, angeblich ermordet von den „Marxisten“³⁸³. Für Hitler und seine Anhänger ging es um die symbolische Rückeroberung der „Straße“ von den Linksparteien, in deren Hände sie im November 1918 gelangt war. Die bewusst provozierten Zusammenstöße mit dem politischen Gegner, ihre Mordversuche und Saalschlachten während der Wahlkämpfe waren nach Peter H. Merkl „Meilensteine des langen gewaltsamen Marsches der SA durch die Weimarer Republik“³⁸⁴.

Im Widerspruch zu dem allgemein als ruhig eingeschätzten Verlauf berichteten die Zeitungen während des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1924 über zahlreiche „blutige Zusammenstöße“. Diese ereigneten sich in erster Linie bei Wahlversammlungen der extremen Parteien und waren vorzugsweise Saalschlägereien zwischen deren meist jugendlichen Anhängern. Eine solche „völkisch-kommunistische Wahlschlacht“, in der nicht nur mit Stuhlbeinen und Handgranaten gekämpft wurde, sondern auch Schüsse fielen, war Anfang April ein gefundenes Fressen für den *Vorwärts*, der sich mit den bürgerlichen Zeitungen in der Entrüstung über die Wahlkampfmethoden der Radikalen einig wusste³⁸⁵.

In den letzten zwei Wochen vor der Wahl am 4. Mai 1924 steigerte sich die politische Gewalt merklich. In vielen Teilen des Reiches, vorzugsweise in den größeren Städten, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Am Ostermontag, dem 21. April, forderte der Reichstagswahl-

kampf sein erstes Todesopfer nach einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Völkischen in Buckow in der Märkischen Schweiz – es sollte nicht das letzte bleiben³⁸⁶. Ein parteiloser Arbeiter, der in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai völkische Zettelankleber in Berlin gestört hatte, wurde durch ein Mitglied der Klebekolonnie getötet. Die *Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung*, die andererseits systematisch den „roten Terror“ anlässlich des Maifeiertages anprangerte, erwog bezeichnenderweise die Möglichkeit eines Notwehraktes³⁸⁷.

Obwohl Umzüge und Versammlungen im Freien gemäß den zivilen Ausnahmebestimmungen verboten waren, wurde der 1. Mai 1924 von den Linksparteien als „Generalappell“ für die Reichstagswahl begangen, wobei die Kommunisten versuchten, auch Straßendemonstrationen durchzuführen, die jedoch nur geringe Beteiligung aufwiesen³⁸⁸. Am Vorabend der Wahl eskalierten die Auseinandersetzungen und ereignete sich in der Nacht vom 3./4. Mai eine Reihe blutiger Zwischenfälle. In Berlin kostete der „Fanatismus der Radikalen“ bei nächtlichen Auseinandersetzungen zwischen Klebetrupps der Parteien, in deren Verlauf es zu Schusswechseln mit der Polizei kam, mindestens zwei Menschen das Leben³⁸⁹. Die Bilanz des Frühjahrswahlkampfes 1924 fiel trotz der Schutzvorkehrungen der Behörden und dem angeblich „ruhigen“ Verlauf wenig erfreulich aus: Mindestens fünf Tote und Dutzende von Verletzten waren vor der Wahl vom 4. Mai durch politisch motivierte Gewalttaten zu beklagen.

Allgemeiner Eindruck war, dass der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 in der weitgehend mit materiellen Sorgen beschäftigten Bevölkerung zwar auf relativ wenig Interesse stöße, aber von den Parteien durchaus erbittert und in den letzten Tagen vor der Wahl auch mit dem gewohnt großen Propagandaaufwand geführt werde. Der Schriftsteller Joseph Roth, seit 1923 Korrespondent der *Frankfurter Zeitung*, bestätigte Ende April 1924 in Form eines ironischen Stimmungsberichtes aus Berlin dieses Urteil. Den Rhythmus und die „Maschinerie dieser halb-amerikanischen Stadt“ lasse der Wahlkampf der Parteien weitgehend unberührt. Wer aber die einschlägigen Berichte der Berliner Tageszeitungen lese, müsse glauben, dass sich hier „politische Wildwestkämpfe zwischen Rednern und Plakaten“ abspielten. Krampfhaft bemühe sich die Presse, einen Teil der Wahlgeschäfte für die Parteien zu besorgen, indem sie deren Kämpfe zum „Weltkrieg“ aufbauchten. Die Wirklichkeit aber sehe anders aus. Lediglich „ein paar halbwüchsige Jungen schlei-

chen durch die Nächte als ‚Kleisterpatrouillen‘, reißen Plakate herunter, kleben neue“, und nur in den Markthallen redeten die Hausfrauen beim Einkauf über die Wahl: „Zwischen den Gemüseständen entbrennt der Wahlkampf am hitzigsten. Die Märkte sind die Wahlschlachtfelder Berlins“³⁹⁰.

Die Wahlbewegung belebte sich nach den Osterfeiertagen erst langsam, dann in der letzten Woche vor dem 4. Mai 1924 doch spürbar. Der Sonntag vor dem Wahltag brachte wie vier Jahre zuvor den Beginn des „Endkampfes“ der Parteien um die Gunst der Wähler. An diesem propagandistischen „Großkampftag“ riefen sie ihre Anhänger zur verstärkten Agitation vor allem mit Versammlungen auf, in denen meist Parteiprominenz aus Berlin oder die Spitzenkandidaten des Wahlkreises das „Wahl-Finish“ einläuteten³⁹¹. Die letzten zwei Tage vor dem 4. Mai sahen schließlich eine nochmalige, im Vergleich zu den verhältnismäßig ruhigen Vorwochen gewaltige Steigerung der Propaganda durch die Parteien, die jetzt am Schluss ein wahres „Trommelfeuer der Wahlschlacht“ veranstalteten. Ähnlich wie vor der Wahl zur Nationalversammlung wurde der Aufwand an Propaganda im Frühjahr 1924 bald wieder als übermäßig und aufdringlich empfunden. Wiederum sei, so die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, eine „Hochflut von Papier über die deutschen Wählermassen hereingebrochen, Wahlplakate schrien aufgeregt von Mauern und Litfasssäulen, und heisere Wanderredner hämmerten ihre Agitationsschlagworte mehr oder weniger bewegten Versammlungen ein“³⁹².

Die „aufgeregten äußeren Formen“ der letzten Wahlkampftage, in denen die Parteien eine geradezu hektische Aktivität zu entfalten schienen, standen nach Meinung der bürgerlichen Presse im Gegensatz zu der in der Bevölkerung beobachteten Gleichgültigkeit und Müdigkeit. Das äußere Straßenbild Berlins habe, war in der *Kreuzzeitung* zu lesen, schon am Wahlsamstag, dem 3. Mai, ganz im Zeichen der Wahlen gestanden: mit Fahnen und Symbolen der Parteien geschmückte „Wahlautos“ seien durch die Hauptstadt gefahren, während zugleich aus Flugzeugen Zettel geworfen wurden, eine „Flut von Flugblättern, mit denen man in den letzten Wochen wahrhaftig nicht sparsam gewesen war, überschwemmte Groß-Berlin an allen Ecken und Enden. Vom Kinderballon bis zum Flugzeug war alles in den Dienst der Sache gestellt worden“³⁹³.

In der bürgerlichen Presse mischte sich Erleichterung über das Ende der Wahlbewegung mit Enttäuschung über den Ausgang der Wahl: „Die Schlacht ist geschlagen. Heiß haben sich die Parteien und Parteichen be-

kämpft. Die kleinen haben den großen Stimmen weggenommen, ohne selbst Vorteil davon zu haben. Das ist Deutschlands Schicksal – politische Zersplitterung“, kommentierte die *Germania* das Ergebnis vom 4. Mai 1924, dessen Hauptmerkmale die Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses der politischen Mitte sowie die Stärkung der extremen Rechten waren³⁹⁴. Das *Berliner Tageblatt* empfand den Wahlsonntag selbst noch als Steigerung der Propaganda, ja als „Karneval, den die Reklame der Rechtsparteien zunächst noch darstellen konnte“, der gegen Mittag zu einem „wahren Hexensabbath“, einem „non plus ultra“ der Papierverschwendung“ wurde³⁹⁵. Im Gegensatz zu den vorher beobachteten Zeichen von Wahlmüdigkeit war am 4. Mai doch plötzlich die Rede von einer relativ starken Beteiligung der Wählermassen, ein Erfolg der bis zum Schluss noch fieberhaften Werbeanstrengungen der Parteien, welche die aufkeimende Wahlfaulheit aktiv bekämpften. Bei einer gegenüber der letzten Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 um fast 2,5 Millionen auf nun 38,4 Millionen gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten sank die Beteiligungsquote lediglich um knapp zwei auf nun 77,4 Prozent. Für den im ganzen Reich einmütig als völlig ruhig beschriebenen Verlauf des Wahltages wurde nicht zuletzt die unfreundliche Witterung verantwortlich gemacht, die in den meisten Gegenden Deutschlands am 4. Mai herrschte und eine „hindernde Wirkung auf demonstrative Veranstaltungen“ der Parteien gehabt habe³⁹⁶.

Festzuhalten ist, dass der äußere Verlauf des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1924 durch bestimmte, nicht unmittelbar politische Faktoren sein Gepräge erhielt. Zum einen waren alle Parteiorganisationen durch Ruhrkampf und Inflation noch geschwächt und hatten sich bis zur Reichstagsauflösung im März keineswegs so weit erholt, dass ihre agitatorischen Potentiale einen mehrere Wochen langen mit gleich hoher Intensität geführten Wahlkampf erlaubten. Geldknappheit und mangelnde organisatorische Schlagkraft der Parteien sind sicherlich die Hauptgründe für die später und schwächer als erwartet einsetzende Wahlpropaganda sowie den selbst von bürgerlicher Seite überwiegend als ruhig und unspektakulär eingeschätzten Verlauf. Die im Vergleich zu 1920 stark gestiegene Zahl blutiger Versammlungen sowie der von der Rechtspresse inszenierte Streit um den Wahlauf Ruf der Regierung, der im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des umstrittenen Reparationsgutachtens zu werten ist, ragten als Besonderheiten aus der „unaufgeregten“ Wahlbewegung heraus. Im Gegensatz dazu wurden die inhaltli-

chen Auseinandersetzungen mit äußerster Schärfe geführt³⁹⁷. Die extremen Flügelparteien vermochten dem Wahlkampf sowohl durch beachtliche Aktivität mit zum Teil brachialem Körpereinsatz und ihre „laute Agitation“ den Stempel aufzudrücken – die „Straße“ war auch für sie infolge des Ausnahmezustands noch weitgehend gesperrt. Politisch motivierte Zusammenstöße kosteten im Wahlkampf mindestens fünf Menschen das Leben und gaben den Stimmen recht, die schon vorher über die „Verwilderung der politischen Sitten“ klagten. Versuche der mehrheitsfähigen Parteien, für die Wahlzeit eine Art Burgfrieden zur Befriedung und Einschränkung der Propaganda zu schließen, scheiterten jedoch am Widerwillen der SPD, auf den Mobilisierungseffekt des Wahlkampfes im Frühjahr 1924 zu verzichten. Der hier dargelegten Wahlberichterstattung in der Presse und ihren aktuellen Einschätzungen zum Trotz etablierte sich schon bald nach dem 4. Mai ein anderes Bild in der öffentlichen Meinung. Unter dem Eindruck der Regierungskrise im Spätsommer 1924 geriet er bald in den Ruf eines „Krisenwahlkampfes“, dessen „hemmungsloser Radikalismus“ verantwortlich gemacht werden konnte für die Zusammensetzung des „arbeitsunfähigen“ Reichstages, der ein schnelles, vorzeitiges Ende finden sollte.

Die Wahlbewegung vom Herbst 1924 und die Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925

Nach nur fünf Monaten wurde der im Mai gewählte Reichstag am 20. Oktober 1924 von Ebert wieder aufgelöst, weil Reichskanzler Marx an der monatelang verhandelten Frage einer Erweiterung der Regierungskoalition gescheitert war. Zwei Reichstagsneuwahlen innerhalb eines Jahres bildeten ein Novum in der parlamentarischen Wahlgeschichte Deutschlands. Obwohl die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung während der Regierungskrise wie „ein Damoklesschwert am politischen Himmel“ hing, kam sie am 20. Oktober 1924 für viele doch überraschend. Im Unterschied zum Frühjahr gab es jetzt keine von wahltaktischen Erwägungen bestimmte Diskussion über die Terminierung der Neuwahlen, die von Ebert per Verordnung vom 21. Oktober auf den 7. Dezember 1924 gesetzt wurden³⁹⁸.

Herrschte noch in den vorangegangenen Sommermonaten bei der Regierung, die zu diesem Zeitpunkt sogar einen Volksentscheid über die

Annahme des Dawesplanes Neuwahlen vorgezogen hätte, ein starker politischer Widerwille gegen die Auflösung des Reichstags, wurde dieser jetzt um so mehr als ein „verspäteter Sprössling der Inflationszeit, nicht fähig zur praktischen Arbeit und den Todeskeim bei seiner Geburt in sich tragend“, verdammt. Diese gouvernementale Argumentation erklärte den Wähler zum Sündenbock, der allein an den „Fehlverhalten“ vom Mai und damit an der festgefahrenen Situation schuld sei³⁹⁹. Die SPD-Opposition begrüßte die neuerliche Reichstagsauflösung vom 4. Mai schon deshalb, weil man jetzt aus dem „dunklen Getriebe der parlamentarischen Intrige“ in das helle Licht des „offenen Kampfes“ trete. Allerdings glaubten die Sozialdemokraten vor neuer Wahlmüdigkeit warnen zu müssen. Nachdem Deutschland erst im Frühjahr einen „Wahlkampf von unerhörter Intensität“ erlebt habe, werde es am 7. Dezember 1924 nicht leicht sein, „das mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie noch wenig vertraute deutsche Volk abermals in seiner großen Masse zur politischen Entscheidung an die Wahlurne zu bringen“⁴⁰⁰. Selbst aber die krisengeschüttelte DNVP empfand Neuwahlen als „Erlösung aus einem wochenlangen Hin- und Her von saft- und kraftlosen Verhandlungen“, wenn auch die Auflösung nicht nach Art eines Bismarck herbeigeführt worden, sondern eine „recht plumpe Verlegenheitsaktion“ zur Lösung der Regierungskrise gewesen sei⁴⁰¹. Die DDP hatte wie die Sozialdemokraten auf Neuwahlen gedrängt und traute im Unterschied zu den Rechtsparteien dem deutschen Volk zu, die „Gefahren eines Wahlkampfes“ zu überstehen, „ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen“⁴⁰².

Schon am 27. Oktober 1924, nur eine Woche nach der Reichstagsauflösung, wurde in der deutschnationalen Presse vom „Kriegsschauplatz des Wahlkampfes“ gemeldet, dass dieser an Schärfe gewinne, nachdem er „in seinem ersten Stadium mit einiger sachlicher Zurückhaltung“ geführt worden sei⁴⁰³. Für die Parteiorganisationen und ihre noch vom Frühjahr strapazierten Kassen konnte der mehr oder weniger unerwartete Reichstagswahlkampf im Herbst 1924 kaum gelegen kommen. Langfristige technische Vorbereitungen und Materialbeschaffung fielen aus, sodass eine Vorwahlkampfzeit praktisch nicht stattfand. Konnte der Wahlkampf im Frühjahr 1924 über Monate hinweg vorbereitet werden, musste der zweite Reichstagswahlkampf des Jahres geradezu „aus dem Boden gestampft“ werden, so DDP-Hauptgeschäftsführer Werner Stephan⁴⁰⁴. Trotz der sich weiter entspannenden wirtschafts- und außenpolitischen Lage war ein kurzer, aber heftiger Wahlkampf auch deshalb zu

erwarten, weil der 7. Dezember zu einem bislang unbekannten „Großwahltag“ der Weimarer Republik werden sollte. Nach Feststellung des Reichstagswahltermines waren die Wahlen zu nicht weniger als fünf Ländeparlamente gleichzeitig auf diesen Tag gelegt worden, die bedeutendste darunter die Landtagswahl in Preußen, wo die Legislaturperiode zwar erst im Februar 1925 ablief, aber Ministerpräsident Braun dem Wunsch nach vorzeitigen Neuwahlen entsprach, weil sich durch eine Zusammenlegung die staatlichen Wahlkosten vermindern ließen⁴⁰⁵.

Sofort nach der Reichstagsauflösung am 20. Oktober 1924 waren in Berlin die Spitzengremien der Parteien zur Beratung der Marschroute für den 7. Dezemberb zusammengekommen. Ein Blick auf die ersten Kundgebungen offenbarte bereits die inhaltlichen Hauptlinien des anlaufenden Wahlkampfes. In aller Schärfe wurden diese in den Aufrufen der Parteizentralen herausgearbeitet, deren Veröffentlichung angesichts der knappen Zeit noch in die letzte Oktoberwoche fiel⁴⁰⁶. Die Reichstagsfraktion der DNVP trat bereits am Tage nach der Auflösung mit einem Aufruf hervor, dessen extrem revisionistische Parolen selbst bei der DVP für Befremden sorgten, weil allgemein eine Annäherung der Rechtsopposition an die bürgerliche Reichsregierung erwartet worden war. Ihren „richtigen“, vergleichsweise moderaten Wahlauf Ruf des Parteivorstandes veröffentlichten die Deutschnationalen eine Woche später am 29. Oktober. Den Aufruf der KPD vom 26. Oktober ergänzte diesmal – anders als noch im Frühjahr 1924 – ein Aufruf des Exekutivkomitees der Moskauer Komintern. In einigen Parteiblättern schon unter dem Datum des 25., im *Vorwärts* aber erst am 26. Oktober, dem Tag der Hamburger Bürgerschaftswahlen, erschien der zentrale Aufruf der SPD diesmal als gemeinsame Kundgebung von Reichstagsfraktion und Vorstand. Als letzte der großen Parteien veröffentlichte die DVP ihren Reichstagswahlauf Ruf nach dem außerordentlichen Parteitag vom 13./14. November. Die Reichsregierung wandte sich im Herbst 1924 nur mit einer betont kurzen Kundgebung an die Wähler, die inhaltlich aber auf der gleichen Linie gegen „Radikalismus und Parteizersplitterung“ lag wie ihr umstrittener Wahlauf Ruf vom Frühjahr⁴⁰⁷. Außer den Parteien meldeten sich ihre Reichsausschüsse sowie die Interessenorganisationen ab Ende Oktober 1924 wieder publizistisch zu Wort, darunter neben dem einflussreichen Verband deutschnationaler Großagrарier, dem Reichslandbund, auffallend viele Gruppen des „schwarz-weiß-roten“ Deutschland, so etwa die Adelsgenossenschaft oder der Offiziers-Bund. Deutliches Zeichen verschärf-

ter wirtschaftlicher Verteilungskämpfe und sozialer Spannungen waren Aufrufe von Organisationen der Mieter, der Inflationsopfer oder der Invaliden und Witwen, der „Ärmsten der Armen“⁴⁰⁸.

Für ein neues Element sorgten im Herbst 1924 die paramilitärischen Parteiverbände, die erstmals stärker in den Reichstagswahlkampf eingriffen. Ihr Auftritt auf der politischen Bühne zu einem Zeitpunkt, als mit dem Übergang zu rein bürgerlichen Reichsregierungen im Grunde eine gewisse Stabilisierung zu beobachten war, sorgte nicht nur für zusätzliche Polarisierung, sondern verstärkte die Tendenzen zu einer Demonstrationspropaganda wie überhaupt zu außerparlamentarischen Aktionen im politischen Leben der Weimarer Republik⁴⁰⁹. Der Wahlauf Ruf des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, dem im Frühjahr 1924 unter Beteiligung der Weimarer Koalitionsparteien in Magdeburg gegründeten Gegenstück zum dort schon vorher ansässigen Stahlhelm, forderte den aktiven „Kampf für die Republik“ und ihre Symbole. Während in der demokratischen Presse vor dem 7. Dezember der Ruf nach einem Wahlbündnis der „schwarz-rot-goldenen“ Parteien laut wurde, setzte es sich Reichsbannerführer Otto Hörsing zum Ziel, dass bei dieser Wahl „nicht eine Versammlung der republikanischen Parteien von den Monarchisten und Kommunisten gesprengt“ werde. Über den Versammlungsschutz hinaus habe jeder Reichsbannermann die Pflicht, „mit allen Kräften im Rahmen seiner Partei für deren Sieg und damit für die republikanische Sache zu arbeiten“⁴¹⁰. Dank dem Reichsbanner, so ein Rundschreiben der DDP von Ende Oktober 1924, sei es in den Großstädten immerhin möglich, „republikanische Gemeinschafts-Kundgebungen“ durchzuführen, „bei denen insbesondere auch öffentliche Aufzüge, Flaggenfeste usw. veranstaltet werden können“⁴¹¹.

Die Rechtsparteien besaßen bereits seit 1918 im Stahlhelm, dem Bund der Frontsoldaten, eine Kampforganisation, die nach außen hin einen betont militärischen Stil des Auftretens pflegte und deren deutschnational dominierte Führung nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches im November 1923 erste Vorstöße in die Politik wagte. Schwarz-weißrote Wahlanzeigen vor dem 7. Dezember 1924 sowie Kandidaturen von Bundesmitgliedern für DNVP und DVP ließen die Zweifel an der Überparteilichkeit des Stahlhelms wachsen. Bis zum Aufstieg der NSDAP und der SA in den Jahren ab 1929/30 sollten Reichsbanner und Stahlhelm die zwei „eigentlichen Gegner auf der außerparlamentarischen Bühne“ der Weimarer Republik bleiben⁴¹².

Parallel zur Veröffentlichung der zentralen Aufrufe liefen in der Auftaktphase des Wahlkampfes bis Ende Oktober 1924 die organisatorischen Vorbereitungen der Parteien auf Hochtouren und fanden in einigen Städten bereits die ersten öffentlichen Wahlversammlungen statt. Vorausgegangen waren die Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 26. Oktober, die allgemein als „Probe für den 7. Dezember“ galten, bei der die Parteien den Ton anschlugen, der auch die Wahl zum Reichstag bestimmen sollte⁴¹³. Die SPD hatte bereits am 22. Oktober auf einer gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion die Wahlkampf-richtlinien für das Reich und Preußen festgelegt. Am 26. Oktober wurden in den Bezirken und Unterbezirken der Partei Konferenzen durchgeführt, die sich mit der Kandidatenfrage und weiteren wahltechnischen Angelegenheiten beschäftigten. Als Auftakt des Wahlkampfes in Berlin rief auf einer solchen Funktionärstagung Arthur Crispian im Namen des Vorstandes der SPD zur energischen Bekämpfung der „Wahlmüdigkeit“ auf, die angeblich das besondere Zeichen der letzten Reichstagswahlen vom Frühjahr 1924 gewesen sei⁴¹⁴.

Sofort mit „großer Schnelligkeit und ganzer Intensität“ in den Wahlkampf getreten war nach eigenen Angaben nicht zuletzt auch das Zentrum, dessen ursprünglich für den 24. Oktober 1924 in Frankfurt am Main geplanter außerordentlicher Reichsparteitag aber wegen der „besonderen politischen Verhältnisse“ auf den 27./28. Oktober nach Berlin verlegt werden musste. Der Veranstaltungsort Frankfurt wäre für viele Abgeordnete mit zu großen Reises Strapazen und erheblichem Zeitverlust in dem bereits angelaufenen Reichstagswahlkampf verbunden gewesen. Ausdrücklich sollte es vor dem Reichsparteitag, der die „großen Richtlinien“ des Wahlkampfes festlege, keine programmatischen Aufrufe des Zentrums geben, um das Bild der Geschlossenheit zu wahren. Während des Parteitages, in dessen Anschluss die preußische Landespartei ihre Wahlvorbereitungen besprach, fanden am 28. Oktober Verhandlungen mit BVP-Vertretern über einen „Burgfrieden“ der katholischen Parteien statt. Am 14. November gab der Reichsparteivorstand des Zentrums in einer „Vereinbarung“ zwischen den beiden Parteien den Verzicht eigener Kandidaten im rechtsrheinischen Bayern sowie im Gegenzug der BVP außerhalb der Grenzen Bayerns bekannt. Im linksrheinischen Wahlkreis Pfalz wollten beide Parteien zwar getrennt kandidieren, den Wahlkampf aber „sachlich“ und ohne unnötige Schärfen führen⁴¹⁵.

Der Vorstand der DDP beschloss nach der Reichstagsauflösung, den ohnehin für Ende November 1924 in Breslau geplanten Demokratentag vorzuverlegen und am 2. November als außerordentlichen Reichsparteitag nach Berlin einzuberufen. Offizieller Auftakt des DDP-Wahlkampfes sollte nach Absprache der Parteileitung mit den Wahlkreisvorsitzenden eine anschließende „öffentliche Massenkundgebung in künstlerischer Umrahmung“ werden. Sie fand im Berliner Sportpalast statt, in den am Abend des 2. November unter tatkräftiger Hilfe des Reichsbanners etwa 20 000 Menschen strömten. Laut Werner Stephan sei damit der Sportpalast zum ersten Mal von einer Partei für eine politische Massenveranstaltung genutzt worden⁴¹⁶.

Die DVP hielt als offiziellen Wahlkampfauftakt einen außerordentlichen Reichsparteitag am 13./14. November 1924 im soeben von den Franzosen geräumten Dortmund ab, wo sich Stresemann als „Befreiungs“-Außenminister einen wirkungsvollen Auftritt erhoffte. Bildete schon die Wahl des Ortes ein geschicktes publizistisches Manöver, wurden durch die Ausschmückung des Tagungssaales mit schwarz-weiß-roten Fahnen ebenfalls politische Signale – nicht zuletzt in Richtung der umworbenen DNVP – gesetzt. Obwohl man von einem formellen Wahlbündnis auf Reichsebene zurückschreckte, kam es in einigen Ländern zu Absprachen der DVP mit den Deutschnationalen, „wonach sie in dem bevorstehenden Wahlkampf einen Burgfrieden schließen und den Kampf unter der Parole Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“ führen wollten⁴¹⁷.

Deutlich offenbarte sich im Herbst 1924 die fehlende Vorbereitungszeit der Parteiorganisationen für diesen zweiten Reichstagswahlkampf innerhalb nur eines Jahres. Nach der recht hektischen Auftaktphase, die mit der Veröffentlichung der „Wahlprogramme“ und den zentralen Parteikonferenzen Anfang November 1924 als abgeschlossen gelten konnte, setzte die Propaganda- und Versammlungstätigkeit der Parteien im Reich nur sehr langsam ein. Noch Mitte November, fast einen Monat nach der Reichstagsauflösung, mutmaßte die *Germania* angesichts der überall schwachen Wahlbewegung, dass die Parteien – mit Ausnahme der DNVP, die dank hoher Finanzspenden als einzige bereits einen relativ lebhaften Wahlkampf führe – ihre ganzen Mittel scheinbar für die letzten zwei Wochen vor der Wahl aufsparen wollten. Grund für den flauen Wahlkampf sei neben dem Geldmangel der Parteien aber eine allortenden Wahlmüdigkeit in der Bevölkerung⁴¹⁸. Am 25. Oktober hatte Reichspräsident Ebert die noch gültigen Bestimmungen über den zivilen Aus-

nahmezustand vom Februar 1924, welche das Presse-, Vereins- und Versammlungsrecht einschränkten, angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes aufgehoben. Preußens Innenminister, der Sozialdemokrat Carl Severing, hielt jedoch seine Verordnung vom Juli 1923 bis zum Wahlsonntag am 7. Dezember aufrecht, weil er öffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel während der Wahlzeit nach wie vor als eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ansah⁴¹⁹. Bedurfte es für die KPD keiner weiteren Erklärung, warum in „dieser freiesten demokratischen Republik“ nicht auf der Straße demonstriert werden dürfe, protestierten rechtsoppositionelle Kreise dagegen, dass der Berliner SPD-Polizeipräsident angeblich nur dem Reichsbanner Umzüge am Wahltag des 7. Dezember gestattet habe. Richtig war, dass allen Parteien, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, so genannte Propagandafahrten von Wagen mit Plakaten, Musik und Fahnen auch gestattet wurden, jedoch unter der Bedingung, dass sie bei dieser Gelegenheit keine Ansprachen hielten⁴²⁰.

Typisch für den Versammlungskampf der Parteien im Herbst 1924 war, dass es vermehrt zu allerdings meist unblutigen Auseinandersetzungen des jeweiligen Saalschutzes mit „Störungstrupps“ der Gegner kam. Auf die Wahlhilfe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zugunsten der republikanischen Parteien antwortete die Rechtspresse mit Artikelserien gegen diese „marxistische“ Parteiorganisation. Berichte über den „schwarz-rot-gelben Wahlterror“ sollte die Reichsregierung zum Eingreifen bewegen, da die sozialdemokratischen Länderregierungen von sich aus nichts gegen das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb“ unternähmen, obwohl dessen „Störungskolonnen“ die Wahlarbeit der bürgerlichen Parteien behinderten⁴²¹. Gehörte die Polemik gegen die Republikfarben zur Wahltaktik der Rechtsparteien, wurden im Herbst 1924 aufgrund des Republikschutzgesetzes auch noch Zeitungsverbote von den Behörden erlassen. Wegen „besonders verletzender Beschimpfungen“ der Republik ließ Severing etwa das Organ des Jungdeutschen Ordens für die Zeit vom 2. bis einschließlich 15. Dezember 1924 verbieten⁴²².

Von gelegentlichen Zwischenfällen abgesehen, verlief der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 aber alles in allem ohne größere Zusammenstöße und waren Meldungen über „blutige Wahlversammlungen“ vergleichsweise selten. Politische Gewalt und die Bereitschaft dazu, wie sie noch im Frühjahr des gleichen Jahres in hohem Maße zu beobachten war, gingen damit innerhalb weniger Monate drastisch zurück –

ein deutliches Zeichen innenpolitischer Entspannung und zurückgehenden Einflusses der extremen Flügelparteien⁴²³.

Im Vergleich zum Frühjahr 1924 spielte auch der Reichstagswahlkampf in den Ländern und Wahlkreisen vor dem 7. Dezember 1924 eine weit weniger prominente Rolle in der überregionalen Presseberichterstattung. Nicht zuletzt der Wahlkampf in den besetzten Gebieten war nach Annahme des Dawesplanes rasch wieder zur Normalität geworden, zumal er sich in den äußeren Bedingungen immer weniger von dem im restlichen Deutschland zu unterscheiden schien. Für die Wahlpropaganda der Parteien spielte die Tatsache der Besetzung allerdings nach wie vor eine große Rolle. Die Doppelwahl in Hessen zum Reichs- und Landtag gewinne am 7. Dezember ihre besondere Bedeutung dadurch, so der sozialdemokratische Staatspräsident Karl Ulrich, dass das Land „unter der Besatzungs- und Sanktionspolitik verhältnismäßig am meisten gelitten von allen Ländern des Reiches“ habe. Durch die Zusammenlegung der Wahlen könnten im übrigen die Folgen der Wahlmüdigkeit begrenzt werden⁴²⁴. Aus den wenigen Artikeln der überregionalen Presse über den Reichstagswahlkampf in den Ländern lässt sich immerhin entnehmen, dass die eigentliche Wahl- und Versammlungspropaganda der Parteien vielerorts erst während der letzten zwei Novemberwochen voll einsetzte⁴²⁵.

Dass auch vom gleichzeitig stattfindenden Preußen-Wahlkampf nur sehr wenig in der überregionalen Presse zu lesen war, mag in erster Linie damit zusammenhängen, dass die Parteien in ihrer Propaganda beide Entscheidungen sehr eng miteinander verknüpften und auch die zentralen Wahlaufrufe „Reich“ und „Preußen“ meist in einem Atemzuge nannten. Zudem stellte der größte deutsche Einzelstaat ein selbständiges Thema des Reichstagswahlkampfes im Herbst 1924 dar, da sich gegen die Regierung unter Otto Braun und dem „System Severing“ die geballte Polemik der Deutschnationalen und der extremen Parteien richtete. Die Wahlkampffrüchtlinien der DDP vom Herbst 1924 legten ausdrücklich fest, dass die Landtagswahlen bei der Wahlagitation im ganzen Reich ausgiebig behandelt werden sollten: „Gewiss überschattet die Reichspolitik alles; aber insbesondere bei den preußischen Wahlen stehen auch so wichtige Landesangelegenheiten zur Entscheidung, dass man bemüht sein muss, diese mit im Vordergrund zu halten“⁴²⁶.

In einer sozialdemokratischen Übersicht über den Aufmarsch zum Reichstagswahlkampf in den einzelnen Ländern wurde Preußen ande-

rerseits jedoch nicht erwähnt. Dafür erfuhr der Leser, dass die Wahlbewegung in Bayern bis kurz vor dem 7. Dezember allgemein als zurückhaltend, „teilweise sogar als sehr flau“ anzusehen sei. Die früheren Mengen von Propagandamaterial hätten die bayerischen Behörden veranlasst, diesmal schärfer gegen „übertriebene Wahlreklame“ der Parteien vorzugehen. Als übertrieben betrachtete die Polizeidirektion München bereits das Abwerfen von Flugblättern aus Automobilen und Straßenbahnen sowie öffentliche Umzüge. Im Unterschied zu der erregten Stimmung des Frühjahrs zeichne sich der jetzige Wahlkampf andererseits durch einen „ruhigeren und sachlicheren Verlauf“ aus, wobei Ausnahmen die Regel bestätigten. In Ostsachsen werde etwa mit einer noch nie dagewesener Leidenschaftlichkeit gekämpft und habe der Wahlkampf in der letzten Woche vor dem 7. Dezember einen kaum noch zu steigernden Höhepunkt erreicht: „Ein wahres Trommelfeuer von Versammlungen, Plakaten, Broschüren, Flugblättern und sonstigem Werbematerial ergießt sich über die Wähler und insbesondere die Rechtsparteien bemühen sich, auf diesem Wege der nicht zu verkennenden Wahlmüdigkeit unter ihren Anhängern zu begegnen“⁴²⁷.

Aus den Berichten des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung lässt sich die unterschiedliche Intensität der Wahlbewegung in den einzelnen Ländern herauslesen. In Ostpreußen, Hessen oder Mecklenburg, so eine Übersicht vom 11. November 1924, habe der Wahlkampf bei allen Parteien schon „stark eingesetzt“, in Westpreußen, Schlesien oder dem Siegerland könne er dagegen noch als „ziemlich flau“ bezeichnet werden. Obwohl er in Schleswig-Holstein wiederum erst wenig in Erscheinung trete, werde er doch erkennbar durch die Parole „Hie schwarz-rot-gold, hie schwarz-weiß-rot“ geprägt⁴²⁸. Ein weiterer Bericht vom 1. Dezember 1924 sah schließlich kurz vor dem Wahltag die Propaganda in allen Teilen des Reiches lebhafter werden. Auch in Westpreußen träten nun die „Kampffronten schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot“ scharf hervor, ohne dass es zu nennenswerten Ausschreitungen oder gewalttätigen Zwischenfällen gekommen sei. Neben der Verfassungsfrage stünden wirtschaftspolitische Probleme wie insbesondere die Aufwertungsfrage thematisch im Mittelpunkt. In Mecklenburg falle die starke Versammlungsagitation der SPD auf, die dabei unter dem Schutz des Reichsbanners noch keine Störungen durch den Gegner zu verzeichnen habe. In der Provinz Sachsen habe der Reichstagswahlkampf Ende November 1924 „außerordentlich erbitterte For-

men“ angenommen. Neben den Parteiversammlungen fänden noch gesonderte Wahlveranstaltungen mit „überparteilichem Anstrich“ statt, bei denen der Propaganda ein „gesellschaftliches Mäntelchen“ umgehängt werde, so etwa bei „Hakenkreuz-Frühschoppen und kriegerischen Theaterabenden“ der Völkischen, während der Stahlhelm Vorträge über „Schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold in Vergangenheit und Gegenwart“ mit Gesang und Musik anbot. Obwohl die Parteien ihre Versammlungstätigkeit nun „aufs äusserste“ gesteigert hätten, verzeichneten sie aber immer noch nur mäßigen, zum Teil sogar schlechten Besuch.

In vielen Teilen des Reichs wich die anfängliche Wahlmüdigkeit dann doch einem stärkeren Interesse der Wähler und füllten sich die Versammlungen. Ganz im Zeichen des Plakates stehe der hessische Wahlkampf, sodass in Frankfurt während der letzten Novemberwoche die Anzahl der Plakatsäulen erhöht werden musste. Von Wahlmüdigkeit sei hier nichts zu spüren, allerdings auch nichts von einer besonderen Wahlfreudigkeit. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet blieb der Wahlkampf trotz spürbarer Belebung gegen Ende hin insgesamt „sehr ruhig“. In Mecklenburg sei dagegen nicht nur die Zahl der Versammlungen mächtig angeschwollen, sondern hätten sich auch die „Prügeleien und handgreiflichen Zusammenstöße“ gehäuft. Selbst der Landbund, der ansonsten politische Tendenzen vehement leugne, habe nunmehr in den Wahlkampf eingegriffen, in dem sich die Verfassungsfrage „Schwarzrotgold oder Schwarzweißrot“ immer mehr als Hauptparole erweise⁴²⁹.

Eine Woche vor dem Wahltag rüsteten die Parteien wieder zum „Endkampf“ und steigerten ihre Werbeanstrengungen. Die SPD rief ihre Anhänger Ende November noch einmal zur abermaligen Intensivierung der Wahlarbeit auf, in einer agitatorischen Schärfe, welche die stark aufgeheizte Stimmung im Herbst 1924 charakterisierte: „Lasst uns jetzt mit zum äußersten gespannter Schlagkraft zum letzten Angriff ausholen! Wir müssen die Reaktion so niederwerfen, dass sie sich niemals wieder erholen kann!“⁴³⁰

Infolge der vermuteten und tatsächlichen Wahlmüdigkeit entwickelte sich auch bei den bürgerlichen Parteien eine besondere Rhetorik zur Mobilisierung der Anhänger, deren ganze Aufmerksamkeit auf die Wahl konzentriert werden sollte: „Nur noch eine Woche trennt uns vom Wahlgang und sie muss mit verdoppelter Anstrengung ausgefüllt werden, um auch die Schläfrigen zu wecken und die Säumigen aufzumuntern“, war in der *Germania* am letzten Sonntag vor dem 7. Dezember zu lesen⁴³¹.

Ähnlich einem Countdown im Boxkampf, zählte das Zentralorgan der KPD schon Wochen vorher in kleinen Propagandakästchen die Tage bis zur Wahl. Höhepunkte der kommunistischen Wahlarbeit waren die letzten Sonntage vor der Wahl, die unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte zu Sonderaktionen genutzt werden sollten. So fand eine Woche vor der Wahl noch einmal ein großer „Rote-Propaganda-Sonntag“ statt, der mit Propagandafahrten ins Brandenburgische Land, verstärkter Straßenagitati-on und zum Teil – ungeachtet des nach wie vor in Preußen gültigen Demonstrationsverbotes – auch mit einigen öffentlichen Wahlumzügen bestritten wurde⁴³².

In einem ersten Rückblick rief das Zentralorgan der SPD am 7. Dezember zur „Reinigung“ des politischen Lebens auf, denn: „Sieben Wochen hat der Wahlkampf gedauert. Ganz Deutschland stinkt von Lügen!“ Dass der zurückliegende Reichstagswahlkampf der „unsauberste“ gewesen sei, den das Reich jemals erlebt habe, sei aber allein Schuld der Gegner: „In diesem Verleumdungsfeldzug war die Sozialdemokratie nur Objekt, nicht Subjekt“⁴³³. Als Oppositionspartei könne die SPD vielmehr mit dem Anspruch werben, politische Massenaufklärung betrieben und im Wahlkampf die „Wahrheit“ gesagt zu haben, während die Gegner das alte Bismarck-Zitat bestätigten: „Es wird nie so viel gelogen wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd“⁴³⁴. Auf demokratischer Seite schloss man sich dieser mittlerweile bekannten Klage über die „geradezu ungeheuerliche Unwahrhaftigkeit“ eines Wahlkampfes an, dessen Ende erleichtert begrüßt wurde angesichts des „Übermaßes an Propaganda“. Mit industriellen Geldern hätten vor allem die Rechtsparteien einen Wahlkampf gegen die Republik entfesselt, den die *Vossische Zeitung* „amerikanisch“ nennen wollte, wenn das nicht eine Beleidigung für eine befreundete Nation gewesen wäre: „Es ist eine Schmutzflut über das Land gegangen, meterhoch, wie ein Lavastrom“⁴³⁵.

Solchen Einschätzungen zum Trotz standen die Anzeichen eines äußerlich eher flauen Wahlkampfes gegenüber, wie sie in Teilen der bürgerlichen Presse wahrgenommen und verbreitet wurden. So sei vor dem 7. Dezember 1924 die „Überschwemmung der Straßen mit Flugblättern und Plakaten“ weit weniger stark gewesen als bei früheren Wahlen. Allerdings wurde dies keineswegs als Ausdruck innenpolitischer Entspannung gedeutet, sondern mit der allgemeinen Geldknappheit in den Parteilassen sowie den staatlichen Schutzvorkehrungen erklärt. Wie gewohnt änderte sich das Bild, je näher die Entscheidung heranrückte. Drei Tage

vor der Wahl, als sich die Parteien bereits im „fieberhaften Endkampf“ befanden und „ganze Armeen“ von Helfern mit den „Zurüstungen für die Entscheidungsschlacht“ beschäftigt seien, begab sich ein bürgerlicher Journalist auf Rundgang durch die Berliner Hauptgeschäftsstellen der einzelnen „Heerlager“, lies Parteien. Überprüft werden sollte der „Kampfstand der Truppen“, das heißt der Parteizentralen und ihrer Wahlhelfer, um Rückschlüsse auf die übrige Organisation im Reich zu ziehen, „denn wie das Hauptquartier so höchstwahrscheinlich auch die Linie“. Stichprobenartig ging er so „kreuz und quer durch das Wahlschlachtfeld Berlin“, angefangen in der Bernburger Straße, wo die DNVP-Hauptgeschäftsstelle residierte. Hier herrsche Zuversicht, weil mit der „klaren Wahlparole ‚Für Schwarz-weiß-rot!‘ ein wirksames Gegengift gegen die Wahlmüdigkeit“ gefunden sei. In der Reichsgeschäftsstelle der DVP auf der belebten Friedrichstraße sei es dagegen bereits „ziemlich still“ geworden. Die zentrale Wahlarbeit sei erledigt und der Wahlkampf werde nunmehr von den Landeswahlbüros zu Ende geführt. Als völlig verödet erschien das ebenfalls in der Bernburger Straße gelegene Büro der DDP, wo von den angeblichen 15 000 Wahlhelfern nichts zu sehen sei. Die Parteizentralen von SPD und KPD waren dem Reporter keinen Besuch wert, und bei den kleineren Parteien bedürfe es schon einer „gewissen Findigkeit“, um überhaupt die Adresse der Büros herauszufinden⁴³⁶.

Die SPD konzentrierte ihre agitatorischen Kräfte in der Schlussphase des Wahlkampfes ausdrücklich auf den letzten Tag vor dem 7. Dezember 1924. Dieser Samstag sei der „wichtigste Kampftag“, weil er zum letzten Mal vor der Wahl die Menschen nicht „zerstreut in ihren Wohnungen“ antreffe, sondern zusammenführe, sei es im Betrieb oder in der Werkstatt, sei es in der Eisenbahn oder auf der Straße. Ihren „Kampf der letzten Stunden“ wollte die SPD im Herbst 1924 hauptsächlich um die „Mitläufer“ führen, die sich erst vor der Wahl um den festen „Kern“ von Parteianhängern scharten. Je stärker der Kampfwille der aktiven Parteigenossen, desto größer die Schar der Nicht- oder besser Wechselwähler. Viele Frauen und Männer wüßten selbst am Wahltag trotz allen „Lärms des Wahlkampfes“ noch nicht, ob und wen sie wählen sollten: „Durch ein letztes Wort in letzter Stunde kannst Du sie gewinnen! Tust Du es nicht, so wird es der Gegner tun!“⁴³⁷

Seitens der auf den „Systemwechsel“ drängenden DNVP, die durch eine zumindest äußerlich sehr effektvolle Wahlkampagne hervortrat, erklärte man den 7. Dezember gar zum „Tag schwarz-weiß-roter Erhebung“.

Jeder Besitzer einer alten Reichsfahne sollte sie von seinem Balkon oder Fenster heraushängen. Nach einem „erbitterten Wahlkampf“, so die *Kreuzzeitung* am 7. Dezember, hätten die Parteien auch am Wahltag selbst noch „mit allen Mitteln der Kleinarbeit, dem Schlepperdienst und dem Flugblatt“ ihre Propaganda fortgesetzt. SPD und Demokraten schreckten vor nichts zurück, um der „schwarz-rot-goldenen Sache“ zum Sieg zu verhelfen, lautete die Retourkutsche der Konservativen auf Vorwürfe, die DNVP habe im Herbst 1924 einen „schmutzigen“ Wahlkampf geführt: „Große Geldsummen, die wohl in erster Linie dem Judentum zu verdanken sind, standen diesen Parteien zur Verfügung, den Roten überdies noch die Organisation der Gewerkschaften, die ihren Druck bis in den einzelnen Betrieb auszuüben pflegt“⁴³⁸.

Obwohl die dramatische Inszenierung einer Entscheidungsschlacht zwischen „Schwarz-Weiß-Rot“ und „Schwarz-Rot-Gold“ durch die Propaganda der Parteien für Polarisierung und Emotionalisierung sorgte, verlief der Wahltag am 7. Dezember 1924 bis auf einige kleinere Zwischenfälle ruhig. Sowohl im Reich als auch vor allem in Berlin schwoll allerdings die „Papierhochflut“ auf den Straßen wieder in starkem Maße an und hätten die zahlreichen Propagandawagen, aus denen wie wahllos Flugblätter geworfen seien, das Straßenbild deutlich von sonstigen Feiertagen unterschieden, so die *Kreuzzeitung*. Von der anfänglich befürchteten Wahlmüdigkeit sei nichts mehr zu spüren gewesen, vielmehr habe etwa in Berlin ein „so starker Ansturm“ auf die Wahllokale eingesetzt, dass schon mittags die Beteiligungsquote vom Mai 1924 erreicht worden sei⁴³⁹.

Zur Reichstagswahl berechtigt waren am 7. Dezember 1924 knapp 39 Millionen Bürger, etwa 600 000 mehr als im vorangegangenen Frühjahr. Die Quote lag mit 78,8 Prozent um fast 1,5 Prozent höher als bei der ersten Wahl im Jahr 1924, sodass alles in allem etwa eine Million Wähler mehr zur Wahlurne schritten. Der etwa sechswöchige Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 hatte im Zeichen relativer Stabilisierung nicht zuletzt dank der Anstrengungen der Parteien, die vor allem in den letzten zwei Wochen vor der Wahl einen intensiven Wahlkampf führten, die wahlmüde Stimmung erfolgreich verscheucht. Ausschlaggebend für den überraschend hohen Mobilisierungsgrad am 7. Dezember waren aber wohl in erster Linie inhaltliche Gründe der Wahlauseinandersetzungen – hier sei nur die heiß umstrittene Aufwertungsfrage oder die Vereinfachung der Entscheidung zum Plebiszit über die Verfassung genannt, de-

ren Politisierungseffekt fast mit dem nationalistischen Syndrom gleichzusetzen war. Dies sollte sich im kommenden Frühjahr 1925 bestätigen, als nach dem plötzlichen Tod Eberts am 28. Februar 1925 die vorzeitige **Neuwahl des Reichspräsidenten** notwendig wurde.

In den schwarz-weiß-roten Fahnen und Fähnchen, die vor und nach dem Wahlsieg Hindenburgs am 26. April 1925 allerorten gehisst wurden, kündigte sich aus heutiger Sicht auf augenfällige Weise der politische Stilwandel an, der für das zweite Jahrfünft der Weimarer Republik kennzeichnend werden sollte⁴⁴⁰. Die Parteien führten den ersten Reichspräsidentenwahlkampf 1925 dabei alles andere als „von hoher Warte“ aus, sondern bewegten sich „in dem Geleise einer parteipolitischen Reichstags- oder Landtagswahl“. Hinsichtlich der anzutreffenden Polemik war er in den Augen des Zentrumsblattes *Germania* sogar noch schlimmer: „Bei Parlamentswahlen richten sich die Angriffe meistens weniger gegen bestimmte Personen, vielmehr gegen die betreffenden Parteien“⁴⁴¹. Wenig half, dass laut den Richtlinien des Reichsblocks der Wahlkampf in „vornehmer und sachlicher“ Form geführt werden und die Polemik gegen den Mitbewerber auf seine politische Einstellung zielen solle, tunlichst aber nicht auf das „persönliche Gebiet“. Schließlich handle es sich bei der Reichspräsidentenwahl nicht wie bei Parlamentswahlen um eine Entscheidung über aktuelle politische Tagesfragen, sondern stünden die „großen politischen Gesichtspunkte“ im Vordergrund⁴⁴².

Kennzeichen des zweiten Wahlgangs am 26. April war die Trennung der Parteien in zwei große „Blöcke“ – sieht man von dem „roten Arbeiterkandidaten“ Thälmann ab –, die den organisatorischen Rahmen vorgeben und was die Entfaltung einer grobschlächtigen Propaganda fördern musste. Vor allem die DNVP betrieb einen aggressiven Wahlkampf für Hindenburg, der den wenig aussichtsreichen Jarres ersetzt hatte und dessen Bewerbung zu einem „Glaubenskrieg zwischen gutem ‚alten‘ und ungeliebtem ‚neuen‘ Deutschland“ stilisiert wurde⁴⁴³. Dass der Wahlkampf der „heftigste, erbittertste, leidenschaftlichste und hemmungsloseste wurde, den Deutschland bis dahin erlebt hatte“, war am wenigsten die Schuld der beiden Hauptbewerber⁴⁴⁴. Ihr Wahlkampfstil unterschied sich deutlich voneinander, wenn auch beide im Sinne eines „sachlichen“ Wahlkampfes jeder grobschlächtigen Polemik entsagen wollten. Während Thälmann und die KPD unter der konfusen Parole: „Wer Hindenburg liebt, wählt Marx! Wer Hindenburg hasst und die Monarchisten schlagen will, kämpft in der roten Klassenfront!“⁴⁴⁵ einen Sonder-Wahl-

kampf führten, entwickelte Marx im Gegensatz zu Hindenburg, der seinen Wohnort Hannover nicht verließ und nur zweimal öffentlich auftrat, eine überaus starke Werbetätigkeit. Unmittelbar nach dem Osterfest begab er sich Mitte April 1925 auf strapaziöse Wahlkampftournee durch das Reich, wobei er innerhalb von zehn Tagen etwa neunzig Versammlungen absolvierte. Höhepunkt und Abschluss dieser Wahlreise, die er mit tatkräftiger Unterstützung des Reichsbanners unternahm, bildete am 24. April die „Reichssendung“ im Rundfunk, zu der auch Hindenburg aus Hannover zugeschaltet war. Als neuartig erschien, dass erstmals der Schwerpunkt der Wahlpropaganda auf den Demonstrationen (bevorzugt mit Lastwagen) lag, bei denen unter Teilnahme der verschiedenen paramilitärischen Verbände immer mehr auf Uniformierung der Teilnehmer geachtet wurde.

Allgemeiner Eindruck war, dass die Propaganda der Parteien inzwischen „amerikanisiert“ sei, wobei Flugblätter nur noch eine Nebenrolle spielten, während in den Städten Wahlfilme den Wähler von den Vorzügen der Kandidaten zu überzeugen versuchten. Das äußere Hauptkennzeichen des zur Entscheidung zwischen Monarchie und Republik stilisierten Präsidentschaftswahlkampfes war aber die Proklamation des „Fahnenkrieges“, wodurch ganz Berlin in ein einziges Meer von schwarz-rotgoldenen oder schwarzweißroten Fahnen und Fähnchen gehüllt worden sei. Darüber hinaus schrieben Lichtreklametafel „glitzernde Mahnungen“ sowie in der Nacht die Kandidatennamen an den Himmel und „in den Kaufläden, in den Warenhäusern, beim Schuster und Schneider – überall, nichts als politische Gespräche“. Am 26. April vermochte selbst der zum Teil heftige Regen nicht, die aufgeregten Gemüter wieder zu besänftigen. Alles zeigte nur ein Symptom: „Fieber, riesengroßes Wahlfieber“⁴⁴⁶.

Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1928

Nach wenigen Jahren relativer Stabilisierung schien die Reichstagswahl im Frühjahr 1928, die trotz vorzeitiger Reichstagsauflösung längere Schatten als alle ihre Vorgänger warf, im Zeichen einer innen- und außenpolitischen Beruhigung abgehalten zu werden. Das hatte unter anderem zur Folge, dass sich die Parteiorganisationen ungestörter und intensiver als bis dahin gewohnt auf den Wahlkampf vorbereiten konnten. Obwohl

das Mandat des dritten Reichstags der Republik erst im Dezember 1928 endete, begann für Hellmut von Gerlach der Wahlkampf bereits ein gutes Jahr vorher. Das vorzeitige Ende des Parlaments werde immer wahrscheinlicher, berichtete Gerlach Anfang November 1927, zumal sich selbst in den Koalitionsparteien der Mitte-Rechts-Regierung die Ansicht durchsetze, dass der Reichstag das kommende Frühjahr nicht überleben werde⁴⁴⁷.

Schon bei ihrer Bildung im Januar 1927 erschien die Bürgerblock-Koalition als bloße Übergangslösung, die Fragen der zukünftigen Wahltaktik und Bündnispolitik aufwarf. Der Parteitag der oppositionellen SPD in Kiel von Ende Mai 1927 stand bereits im Zeichen des nächsten Reichstagswahlkampfes und des wiedererwachten Willens der Partei zur Macht im Staat⁴⁴⁸. Auch die bürgerlichen Parteizentralen begannen sich etwa um die gleiche Zeit auf Reichstagswahlen vorzubereiten. Mit den Erfahrungen des Jahres 1924 ausgestattet und halbwegs erholt nach den organisatorischen Rückschlägen der Inflationszeit, waren die Ausgangsbedingungen dazu durchaus als günstig zu beurteilen. Schon im Sommer 1927 musste jeder Partei klar gewesen sein, dass 1928 ein „Kampfjahr erster Ordnung“ bevorstehe, wie Anton Erkelenz in der *Vossischen Zeitung* anlässlich der Reichstagsauflösung am 31. März 1928 erinnerte⁴⁴⁹. Anders als vier Jahre zuvor fielen die Reichstagswahlen im Frühjahr 1928 auf einen Termin vor den Kammerwahlen im Nachbarland Frankreich, dessen verhältnismäßig ruhiger und leidenschaftsloser Wahlkampf nur noch wenig Interesse in der deutschen Öffentlichkeit erregte⁴⁵⁰.

Aus den zeitlichen Rahmenbedingungen heraus ergab sich, dass im Frühjahr 1928 erstmals ein echter Vorwahlkampf stattfand. Nachdem die Regierungskoalition Mitte Februar offiziell aufgelöst wurde, schienen vorzeitige Neuwahlen zum Reichstag so gut wie sicher. Die Parteien, deren Parlamentspolitik bereits vorher – etwa in der „Phoebus-Affäre“ Anfang des Jahres – wahltaktische Züge angenommen hatte, leiteten prompt erste Wahlvorbereitungen ein. In ihrem Berliner Zentralorgan kündigte die SPD bereits am 23. Februar 1928 einen „Wahlkampf gegen Scharfmacher“ im Unternehmertum an. Anlass war der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik, dessen Abbruch die sozialdemokratische Streikleitung ausdrücklich mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Reichstagswahlkampf rechtfertigte, in dem es auch um die Ziele der streikenden Arbeiter gehen werde. Eine Woche später gab der Parteivorstand der SPD in

einem ersten Spendenaufruf die Parolen aus, unter denen sie im Frühjahr 1928 gegen den „Bürgerblock“ kämpfen wollte⁴⁵¹.

Während die Reichsregierung nur noch geschäftsführend amtierte, wurde die Frage des genauen Neuwahltermins zunächst dilatorisch behandelt, weil der Reichstag erst nach Verabschiedung eines zwischen den Parteien vereinbarten Notprogramms und des vorläufigen Reichsetats für 1928 aufgelöst werden sollte, spätestens aber in der zweiten Hälfte des Mai. Nach einigem Hin und Her einigte man sich schließlich auf den 20. Mai, wobei am 31. März auch der preußische Landtag aufgelöst und seine Wahl wieder mit der Reichstagswahl zusammengelegt wurde⁴⁵².

Die letzten Reichstagsdebatten Ende März 1928 standen bereits völlig im Zeichen der Wahlpropaganda und bildeten so nach allgemeiner Einschätzung die Ouvertüre zu einem Wahlkampf, der schärfer zu werden drohte als alle seine Vorgänger. In der Sitzung vom 29. März hatten tumultartige Szenen mit handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der SPD und KPD im Reichstag einen Vorgeschmack gegeben⁴⁵³. Am Tag nach der Reichstagsauflösung zeigte sich Georg Bernhard dennoch davon überzeugt, dass sich das Wahlergebnis wesentlich von früheren unterscheiden werde. Sei vier Jahre zuvor gerade die „Schreckenszeit der Inflation“ zu Ende gegangen, werde die Wahl am 20. Mai 1928 eine „Rückkehr zur Vernunft infolge der Wiederaufrichtung deutscher Lebenssicherheit“ bringen. Die Mehrheit der Wähler werde sich nicht noch einmal wie 1924 durch „billige Phrasen“ der radikalen Parteien täuschen lassen, denn: „Die Steigerung des Qualitätsgefühls im Publikum, über das alle Warenkaufleute zu berichten wissen, wenn man sie über die Veränderungen des Geschmacks ihrer Kunden seit der Vorkriegszeit befragt, erstreckt sich auch auf die geistige Ware, die Wahlredner zu bieten haben. Die Anspruchslosigkeit der Massen bei der letzten Wahl war eine begreifliche Ausnahmerecheinung“⁴⁵⁴.

Ihre Aufrufe zur Reichstagswahl veröffentlichten die Parteien in der vorletzten Aprilwoche, etwa drei Wochen nach der Reichstagsauflösung und also einen Monat vor der Wahl am 20. Mai 1928, besonders früh diesmal unter dem Datum des 12. April wieder das Zentrum, dem eine Woche später die meisten anderen Parteien folgten. Als letzte Reichstagspartei gab am 28. April die DDP ihren Wahlaufuf bekannt. Eine Sonderstellung beanspruchte schon bei der Veröffentlichung ihres Wahlaufufes die NSDAP, die unter dem Titel: „An das ganze Deutschland“ bereits im März 1928 eine Art Manifest veröffentlicht hatte, das während

des Wahlkampfes in verkürzter Form als Flugblatt kursierte und fünf Tage vor dem 20. Mai vom *Völkischen Beobachter* noch einmal abgedruckt wurde⁴⁵⁵.

An wahlstatistischen Fakten ragte vor allem die beträchtliche Zunahme der Wahlberechtigten am 20. Mai 1928 heraus, da sich ihre Zahl gegenüber 1924 um drei auf 41,9 Millionen erhöhte, darunter 4,5 Millionen Jung- beziehungsweise Erstwähler, was dieser Gruppe schon aus rein rechnerischen Gründen zu größerer Aufmerksamkeit in der Wahlpropaganda der Parteien verhelfen musste⁴⁵⁶. Am 7. Mai 1928 gab der Reichswahlausschuß in Berlin die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt, deren Zahl diesmal mit insgesamt 31 so hoch wie nie zuvor war – bestenfalls nur die Hälfte besaß aber echte Mandatschancen. Die Zulassungspraxis des Wahlausschusses wurde erwartungsgemäß von den großen Parteien als zu freizügig, ja als „Wahl-Groteske“ verurteilt, da nicht weniger als sieben Aufwertungsparteien zugelassen wurden. Abgelehnt hatte der Ausschuß nur zwei Vorschläge, aus formalen Gründen eine Gruppierung, die sich „Ganz parteilos für des Volkes Wohl“ nannte, sowie – wegen offensichtlicher Unernsthaftigkeit – ein Wahlvorschlag mit der Bezeichnung „Lebensinteressen der Ledigen“. Ebenso als Wahlscherz konnte der jedoch zugelassene Reichswahlvorschlag mit der Nummer 31 angesehen werden, auf dem sich eine Familie Wulfmeyer aus dem westfälischen Barmen unter der Firma einer „Rechts- und Mieterschutzpartei“ bewarb⁴⁵⁷.

Die Zahl von **Interessenverbänden, Berufsgruppen und sonstigen Organisationen**, die sich mit Wahlaufrufen zu Wort meldeten, wuchs im Frühjahr 1928 geradezu ins Unüberschaubare. Angefangen von den Gewerkschaften, den großen katholischen Verbänden, dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bis hin zu den sozialdemokratischen Kleingärtnern oder dem rechtsgerichteten Reichsbürgerrat schien sich eine bis dahin unbekannte Vielzahl von Gruppen vor den Wahlen Gehör verschaffen zu wollen. Was einerseits sowohl den hohen Politisierungsgrad als auch verschärfte Interessenkonflikte signalisierte, war andererseits kaum noch unter das, geschweige denn unter ein Parteiendach zu bringen. Im Namen der „Sportwähler“ etwa glaubte der Reichsausschuss für Leibesübungen die Parteien unter Hinweis auf die sechs Millionen Wählerstimmen aus Turner- und Sportkreisen zu „sportfreundlichen“ Wahlzielen ermahnen zu müssen⁴⁵⁸. Erstmals betrat auch die Berufsgruppe der Ärzte im Frühjahr 1928 die Bühne des Wahlkampf-

fes, nachdem der bürgerliche Ärztenbund beschlossen hatte, auf jedes seiner Mitglieder pro Kopf eine Wahlumlage in Höhe von 20 Mark zu erheben, um die Wahl von Vertretern der Ärzteschaft zu fördern, wogegen nicht nur die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte protestierte⁴⁵⁹. Zeichen zunehmenden interessenpolitischen Drucks aus der Wirtschaft war ein am 8. Mai 1928 in Hamburg überregional veröffentlichter Wahlauf Ruf der norddeutschen Handelskammer-Präsidenten an die Wähler aller Parteien, sich den angeblich überparteilichen „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ zu stellen und die Reduzierung des „Übermasses“ an Steuern bei gleichzeitiger äußerster Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte zu fordern⁴⁶⁰.

Nachdem die paramilitärischen Organisationen im Herbst 1924 erstmals aktiv am Reichstagswahlkampf teilgenommen hatten, wurde ihrer Rolle im Frühjahr 1928 von der Presse erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Insgesamt hatte sich auch bei den Wehrverbänden und ihren Mitgliedern, deren Bedeutung und Stimmenzahl nicht zu unterschätzen waren, die Tendenz zur Politisierung fortgesetzt. Für den Stahlhelm, der sich auf seinem Reichsfrontsoldatentag von 1927 in Berlin als „parteilos national“ bezeichnete, stellte Bundesführer Seldte vor den Wahlen am 20. Mai 1928 fest, „zur Opposition verdammt“ zu sein. Spannungen innerhalb der Bundesleitung verursachte der Versuch der DNVP, in Flugblättern an die „Frontsoldaten“ als Wahlparole des Stahlhelms auszugeben, deutschnational zu wählen⁴⁶¹. Anders als der Stahlhelm, der seinen Mitgliedern die Wahlteilnahme „befahl“, stellte der scharf parteienfeindliche Jungdeutsche Orden seinen Angehörigen frei, wählen zu gehen. Anlässlich eines so genannten „Hochkapitels“ vom 3. Mai bezeichnete die Ordensleitung Stimmenthaltung jedoch als „Generalstreik der Nation gegen plutokratische Vergewaltigung ihrer staatsbürgerlichen Rechte“⁴⁶². Der Reichsbanner-Vorstand legte unter der Parole: „Für soziale Demokratie“ in seinen Richtlinien fest, dass die Wahlpropaganda Aufgabe der einzelnen republikanischen Parteien bleibe. Das Reichsbanner werde nur in Orten, in denen diese keine Versammlungsagitation betreiben würden, eigene Kundgebungen veranstalten. Im übrigen stellte das Reichsbanner auf Anforderung den erforderlichen Saal- oder Begleitschutz für Versammlungen, eine Wahlhilfe, die vor dem 20. Mai in starkem Maße von der DDP beansprucht wurde⁴⁶³.

Die Kandidatenaufstellung geschah bei den meisten Parteien im Frühjahr 1928 schon frühzeitig und ohne größere Zwischenfälle für das

Reich und Preußen. Mitte April hatten sie ihre Bewerberlisten weitgehend abgeschlossen. Der „Aufmarsch“ war vollendet, die eigentliche „Wahlschlacht“ konnte beginnen⁴⁶⁴. Die Führung der SPD beschloß Ende Februar 1928, einen ursprünglich für Anfang April geplanten Parteitag ausfallen zu lassen, da Zeit und Geld im Wahlkampf nützlicher verwendet werden könnten. Einen besseren Auftakt zu den Wahlen als den Kie-ler Parteitag vom Mai 1927 könne es im übrigen gar nicht geben: „Besser als zu beraten, sei jetzt zu kämpfen“. Ungeachtet dessen wurden nach der Reichstagsauflösung wiederum zahlreiche Landesparteitage abgehalten, die außer der Kandidatennominierung die „Waffen für den Wahlkampf“ in den Ländern schmieden helfen sollten⁴⁶⁵. Auch das Zentrum verzichtete vor dem 20. Mai 1928 auf einen ursprünglich vorgesehenen Reichsparteitag, sondern begann den Wahlkampf mit einer Tagung des Parteiausschusses am 12./13. April in Berlin. Unmittelbar nach dem Osterfest wurden dort die Reichsliste und der zentrale Wahlauf- ruf der Partei festgelegt. Nach dem „kurzen Zwischenfrieden“ der Feiertage werde der Reichstagswahlkampf bald „auf der ganzen Breite der Front“ entbrennen: „Schon grollen die ersten Donner zwischen den feindlichen Lagern“⁴⁶⁶.

Als erste Partei begann die SPD im Frühjahr 1928 mit der Versammlungsagitation und innerparteilichen Mobilisierung bereits zwei Wochen vor der Reichstagsauflösung unter dem Motto: „Heraus zur Wahlschlacht!“ Ihre ohnehin intensive Propagandatätigkeit wollten die Sozialdemokraten dann in den letzten vier Wochen vor dem 20. Mai kontinuierlich steigern, mit regelrechten Versammlungswellen in den größeren Städten, bei denen – dank der auf Schallplatten vervielfältigten Reden – ihre „Wahlkanonen“ überall zu sprechen schienen.

Erst Mitte April eröffneten die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf, meist mit Großkundgebungen in den Wahlkreisen, wie etwa die DVP am 12. April 1928 in Kassel, wo dem Parteivorsitzenden Stresemann etwa 3 500 Besucher zuhören wollten. Reichsweit gab seine Partei das Startsignal offiziell in der Sitzung ihres Zentralvorstandes am 21. April in Berlin, die auch den zentralen Wahlauf- ruf festlegte und der am nächsten Tag eine große Versammlung in der Berliner Philharmonie folgte. Wenn sie auch schon vor der Reichstagsauflösung verschiedentlich bereits Wahlversammlungen abgehalten hatte, eröffnete die DDP den „Wahlfeldzug“ in Berlin offiziell am 16. April mit einer Versammlung sowie der ersten öffentlichen Vorführung ihres Wahlfilms. Für die Deutschnationalen bil-

dete der eigentliche Auftakt eine Wahlrede ihres Vorsitzenden Graf Westarp am 14. April in Frankfurt an der Oder. Spätestens Ende April war somit der Wahlkampf zum 20. Mai 1928 fast überall in vollem Gange und lief auch die bürgerliche Versamlungspropaganda auf Hochtouren⁴⁶⁷.

Von staatlicher Seite wurden wieder unmittelbar nach der Reichstagsauflösung erste Vorkehrungen zum besonderen Schutz der Wahl getroffen, wobei der preußische Innenminister Albert Grzesinski eine prominente Rolle spielte. Am 3. April 1928 betonte der Sozialdemokrat in einer Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten Preußens in Berlin, dass der kommende Wahlkampf den Behörden erhöhte Verantwortung auferlege. Ihre Aufgabe sei, in enger Zusammenarbeit mit den Führern der politischen Parteien und Verbänden die „möglichst reibungslose Durchführung des Wahlkampfes“ zu sichern. Für den Wahltag selbst wurde die Schutzpolizei in den Städten vorsorglich in Alarmbereitschaft gesetzt, zum Teil jedoch erst ab 12 Uhr mittags, um den Beamten vorher die Stimmabgabe zu ermöglichen. Zu warnen sei insbesondere vor dem „Wahlterror“ auf dem Land, wo infolge der ungünstigen Verhältnisse ohnehin eine gereizte Stimmung unter der Bevölkerung herrsche. Einige Gutsbesitzer versuchten, von ihnen abhängige Personen durch Drohung mit Lohnabzügen oder gar Entlassung an einer freien Stimmabgabe zu hindern. Tatsächlich gab die DNVP in Rundschreiben entsprechende Anweisungen: „Es ist Ehrensache, dass jeder Gutsbesitzer dafür sorgt, dass seine Arbeiter deutschnational wählen. Es steht so viel auf dem Spiele, dass ein paar Mark nicht gescheut werden dürfen“. Zur Sicherung der Wahlfreiheit wurde vom preußischen Innenministerium deshalb im Frühjahr 1928 die Trennung von Gutsbezirk und Wahlbezirk sowie von Wahllokal und Gutshaus verfügt. In einem Runderlass ersuchte Grzesinski die Oberpräsidenten zudem, nach der Wahl wieder Berichte über den Verlauf des Wahlkampfes abzuliefern⁴⁶⁸.

Über die Erfolgsaussichten der ab Mitte April laufenden Gespräche zwischen Vertretern der Parteien und der Behörden wurde in Teilen der Rechtspresse von vornherein skeptisch geurteilt, da „guter Vorsatz und mildes Zureden“ im Wahlkampf wenig nützten. Insbesondere die KPD bestreite diesen nicht nur mit „vergiftender Propaganda“, sondern auch mit gewalttätigen Aktionen, wie der „Wahlterror“ ihrer im Geheimen wirkenden „roten Armee“, des Rotfrontkämpferbundes, bewaise⁴⁶⁹. Nachdem Anfang April 1928 ein aufgrund des Republikschutzgesetzes erlangenes Verbot seiner Dortmunder Ortsgruppe durch das Reichsgericht

wieder aufgehoben worden war, geschah im Wahlkampf etwas Unerwartetes: mit Datum vom 16. April 1928 ersuchte der Reichsminister des Innern von Keudell (DNVP) – obwohl seit der Reichstagsauflösung nur noch geschäftsführend im Amt – die Länderregierungen, den RFB nebst sämtlichen Sektionen und Ortsgruppen aufgrund des Republikschutzgesetzes zu verbieten und aufzulösen. Die diesem Ersuchen beigefügte Denkschrift enthielt jedoch keine Beweise politischer Gewalt, sondern war eine Blütenlese kommunistischer Phraseologie, wobei der kitschige Fahneneid des RFB („Wir schwören rot, Sieg oder Tod“) als Beleg für eine angeblich ernste Bedrohung der Republik herhalten musste. Es überraschte daher kaum, dass sich die SPD-Regierung Preußens, wo das Gros der RFB-Organisationen tätig war, dem Antrag Keudells versagte und statt dessen – aus pragmatischen Gründen und unterstützt von den meisten anderen Ländern, bis auf Bayern und Württemberg – vor dem Staatsgerichtshof klagte, der am 2. Mai 1928 dem Einspruch stattgab und erwartungsgemäß ein Verbot des RFB ablehnte⁴⁷⁰. Während führende KPD-Abgeordnete unmittelbar nach der Reichstagsauflösung ihrer Immunität verlustig gingen und in die Illegalität abtauchten, wurden zugleich in einigen Städten wie Berlin oder Köln noch bestehende Betätigungsverbote der NSDAP mit sofortiger Wirkung aufgehoben, um der Hitlerpartei für die Neuwahlen Chancengleichheit zu gewährleisten⁴⁷¹.

Laut einer Notiz der *Vossischen Zeitung* war zwischen den bürgerlichen Parteien für die Karwoche vom 2. bis 9. April 1928 ein so genannter Gottes-Frieden vereinbart worden, wonach „laute Agitation“ gedämpft und mit der Versammlungstätigkeit erst nach dem Osterfest begonnen werden sollte. Reichsinnenminister Keudell hatte im Ältestenrat des Reichstags am 30. März einen solchen „Waffenfrieden“ aller Parteien für die Karwoche angeregt, ohne dass die Fraktionen eingedenk des Fiaskos vom Frühjahr 1924 einen Beschluss darüber faßten. Wiederum konnten sich die Parteien aber in einzelnen Wahlkreisen einigen, etwa in Köln – mit Ausnahme von KPD und NSDAP – Ende April 1928 unter Vermittlung des Regierungspräsidenten auf einen „ruhigen und sachlichen“ Wahlkampf. Obwohl von seiten der Behörden keine Vorschriften bestanden, vereinbarten sie, Wahlplakate nur an geeignete Stellen zu kleben und die des Gegners weder abzureißen noch zu überkleben, um der „Verunstaltung des Straßenbildes“ vorzubeugen. Insbesondere das zuletzt stark verbreitete Ankleben kleiner gummierter Zettel an Fenstern und Türen sollte unterbleiben. In den Wahllokalen wollten die Parteien „friedlich ne-

beneinander“ arbeiten⁴⁷². Um im Interesse des Gemeinwohls die „Auswüchse“ des Wahlkampfes auszuschalten, hatten die Parteien in der Provinz Westfalen auf Initiative des Oberpräsidenten eine ähnliche Vereinbarung getroffen. Angesichts solcher Übereinkünfte überraschte es nicht, dass die *Vossische Zeitung* Anfang Mai 1928 als allgemeine Signatur des Reichstagswahlkampfes ein „sachliches Interesse bei ruhiger Stimmung“ feststellen konnte⁴⁷³.

Mit Herannahen des Wahltages gewannen die Auseinandersetzungen der Parteien im Frühjahr 1928 jedoch wieder an Schärfe und Lautstärke. In erster Linie zwischen SPD und Zentrum entspann sich eine Pressefehde, welche die Tiefe des konfessionellen Grabens sowie die – aus Zentrumsicht – latente „Kulturkampf“-Atmosphäre nach dem Scheitern des Reichsschulgesetzes anzeigte. Ende März hatte der *Vorwärts* bestritten, dass es sich bei den inneren Kämpfen im sozialistisch regierten Mexiko um einen religiösen Konflikt handle, sondern vielmehr um die „Aufrechterhaltung der Staatsautorität gegenüber unverantwortlichen Mächten“. Auf einer großen Protestkundgebung von etwa 3 000 Berliner Zentrumsanhängern gegen den „Kulturkampf“ in Mexiko, die am 7. Mai unter Teilnahme eines mexikanischen Erzbischofs stattfand, konnte der Hauptredner hingegen feststellen, dass hinter den religiösen Verfolgungen in Mexiko der „Bolschewismus“ stehe und Opfer das ganze mexikanische Volk sei, weil zu neunzig Prozent katholisch⁴⁷⁴.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses Mexiko-Streites wurden gerade im Zentrum auch wieder Stimmen lauter, die einen Verfall der politischen Sitten im Reichstagswahlkampf beklagten. Hatte die katholische Regierungspartei deshalb für eine möglichste Verkürzung der Wahlzeit plädiert, so musste sie jetzt im Grunde drei Monate Wahlkampf hinnehmen. Anfang Mai, also zwei Wochen vor der Wahl, lagen die „ersten Geplänkel“ bereits viele Wochen zurück: „Diese Dehnung des Kampfes bringt bei der psychologischen Lage der Wähler zweifellos starke Nachteile mit sich und ist wirklich nicht geeignet, die bei ihnen vorhandene Sättigung und Müdigkeit irgendwie abzumildern“. Eine stärkere zeitliche Straffung wäre schon deshalb vorteilhaft gewesen, weil dem gegenwärtigen Wahlkampf die „aufrüttelnde Losung“ fehle. Vielmehr habe sich der Aufmarsch der Parteien inhaltlich in den alten Gleisen der grundsätzlichen Gegensätze vollzogen: „Programme stehen gegen Programme“. Bemerkenswert sei allenfalls noch die Kampfstellung der Parteien,

die bedingt durch die anderen koalitionspolitischen Fronten im Reich und in Preußen unterschiedlich ausfiel⁴⁷⁵.

Während des Wahlkampfmonats April beherrschte bezeichnenderweise nicht die Politik, sondern der Flug der deutschen „Ozeanbezwinger“ die Schlagzeilen. Die „Bremen“, so der Name des von Professor Junkers gebauten Flugzeuges, hatte Mitte April 1928 den ersten Non-Stop-Flug über den Atlantik in Ost-West-Richtung mehr oder weniger glücklich geschafft. Das öffentliche Aufsehen und die bekannte „nationale“ Gesinnung des Piloten Freiherrn v. Hünefeld waren der DNVP Anlass, dies propagandistisch zu verwerten und Wahlplakate mit der „Bremen“ zu drucken, was all denen Recht zu geben schien, welche die großen politischen „Ideen“ im Wahlkampf vermissten⁴⁷⁶.

So etablierte sich in der Presse die allgemeine Einschätzung, es im Frühjahr 1928 mit einem eher matten Reichstagswahlkampf zu tun zu haben, dem die „zugkräftigen“ Parolen fehlten und in dem sich die Parteien in einer Art von „Stellungskrieg“ gegenüberstünden⁴⁷⁷. Freilich wurde auch davor gewarnt, dass der äußere Eindruck eines nur mäßigen Wahlfiebers täuschen könne. Richtig sei jedenfalls, dass sich das politische Interesse der Bevölkerung in Deutschland mittlerweile anders artikuliere als noch in den ersten Jahren nach der Revolution vom November 1918, als der „riesige Versammlungsbesuch“ ebenso kennzeichnend wie eine „laute Agitation“ der Parteien gewesen sei. Für die vor dem 20. Mai 1928 dennoch allerorten wahrnehmbare „Versammlungsmüdigkeit“ wurde vor allem die wirtschaftliche und politische Konsolidierung Deutschlands verantwortlich gemacht. Die Bildung bestimmter „Stammgruppen“, die unter allen Umständen ihre Partei wählen würden, lasse auch das „politische Treibholz“ der unentschiedenen Wähler als nicht groß genug erscheinen, um am 20. Mai überraschende Ergebnisse erwarten zu können. Trotz der scheinbaren Ruhe im Wahlkampf und des augenscheinlichen Desinteresses der Bevölkerung wurde aber für den Wahlsonntag mit einer starken Beteiligung gerechnet⁴⁷⁸.

Eine allseits als neu und wichtig anerkannte Rolle im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 fiel der „modernen Technik“ und den davon profitierenden Werbemethoden der Parteien zu. Neben der üblichen Drucksachenwerbung und Versammlungsagitation wurden erstmals systematisch die „technischen Errungenschaften“ eingesetzt, am spektakulärsten sicherlich der Film und das Flugzeug, während man sich an das so genannte Wahlauto bereits gewöhnt hatte. Der *Vorwärts* bezeichnete

den „gewaltigen technischen Apparat“, dessen sich die Parteien, allen voran natürlich die SPD bedienten, als den „großen Eindruck“ des Wahlkampfes vor dem 20. Mai 1928, der darin „keinen einzigen Vorgänger in der ganzen Geschichte aller deutschen Wahlkämpfe“ besitze⁴⁷⁹. Von bürgerlicher Seite hieß es zurückhaltender, dass die Parteien auf der „Suche nach neuen Methoden“ der Massenbeeinflussung seien, weil „die alten Mittel, mit denen man den Wähler auf seine Seite ziehen konnte, an Wirkungskraft eingebüßt haben und nach mehr verlangen“⁴⁸⁰. Weil sie weder Anstrengungen noch Kosten scheuten, „um mit den modernsten und eindringlichsten Mitteln die Entscheidung der Wähler zu beeinflussen“, fragte die *Vossische Zeitung* Anfang Mai 1928 die „Wahlmacher“ in den Parteien nach ihren Vorbereitungen für die letzten Wochen des Reichstagswahlkampfes. Das „schwerste Geschütz neuzeitlicher Propaganda“ führe, bestätigte das liberale Blatt, die SPD ins Treffen, außer Autos, auf denen Lautsprecher montiert waren, die auch im Freien Reden der Parteiführer direkt oder per Schallplatte einem großen Zuhörerkreis zugänglich machten, eine ausgedehnte Flugblattagitation, Filmvorführungen, Lichtreklame, Aufführungen von Theaterstücken mit Sprechchören, Lichtbildervorträge sowie große öffentliche Demonstrationen⁴⁸¹.

In der *Frankfurter Zeitung* erschienen Anfang Mai 1928 unter dem Titel „Bilder vom Wahlkampf“ mehrere Artikel über den Verlauf des Reichstagswahlkampfes, der sich jetzt, so ein Korrespondentenbericht vom 9. Mai, seinem Höhepunkt nähere. Das äußere Bild der Reichshauptstadt werde jedoch wahrscheinlich erst in den letzten Tagen vor dem 20. Mai stärker im Zeichen der Wahl stehen, wenn an den Litfasssäulen und sonstigen zum Anschlag geeigneten Flächen die Wahlplakate kleben und die Parteien in Umzügen oder mit Propagandafahrten und noch „stärkeren Mitteln“ auf die Wähler einzuwirken versuchen würden. Bis dahin aber werde noch die Versammlungsagitation die Hauptrolle spielen⁴⁸².

Obwohl in fünf deutschen Ländern – außer in Preußen noch in Anhalt, Bayern, Oldenburg und Württemberg – am 20. Mai parallel der Landtag gewählt wurde, nahm der Reichstagswahlkampf laut der *Frankfurter Zeitung* im Frühjahr 1928 überall einen ruhigen Verlauf. In Schleswig-Holstein sei der Reichstagswahlkampf wie in allen „ähnlich gelagerten Provinzen“, lies agrarisch strukturierten Gegenden, durch starke Zersplitterung und Müdigkeit der Wähler gekennzeichnet, was sich in einem schlechten Besuch und einer „minderwertigen Aussprache“ in

den Wahlversammlungen äußere. Auch der Wahlkampf in den Agrarprovinzen des deutschen Ostens konzentrierte sich im Frühjahr 1928 zudem wegen der täglichen Feldarbeit auf die Abende sowie den Sonntag als „Großkampftag“ auf dem Land mit in der Regel vier statt der sonstigen zwei Versammlungen. In „Riesenwahlkreisen“ wie Ostpreußen oder Hinterpommern bedeute der Mitte April aufgenommene Reichstagswahlkampf für die Parteien und ihre Kandidaten wieder eine besonders große Herausforderung. Während hier vom Zentrum wie immer in der Öffentlichkeit recht wenig zu bemerken sei, so die *Frankfurter Zeitung*, hätten aber die Deutschnationalen Ostpreußens diesmal durchweg weniger Besucher in ihren Versammlungen zu verzeichnen als die DDP. So habe Graf Westarp in Königsberg nur 1 500 Hörer angelockt, der demokratische Spitzenkandidat, Oberpräsident Ernst Siehr, an gleicher Stätte vor etwa 2 000 Besuchern gesprochen. Allerdings wusste man, dass aus dem Versammlungsbesuch allein nicht die Wahlchancen zu beurteilen seien, zumal die Mundagitation in den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen und der feste gesellschaftliche Zusammenhalt der Deutschnationalen Ostpreußens stark seien. Zwei Wochen vor der Wahl nahm der Wahlkampf hier allgemein ein „lebhafteres Tempo“ an, obwohl er sich auch jetzt noch mit „weniger Geräusch“ als früher abspielte⁴⁸³.

Die noch vier Jahre zuvor angesichts des gerade beendeten Ruhrkampfes im Mittelpunkt des nationalen Interesse stehenden besetzten Gebiete machten im Frühjahr 1928 nur noch durch große Wahlversammlungen der Parteien überregionale Schlagzeilen. Eine Kundgebung der DVP am 7. Mai in Mainz, anlässlich derer Stresemann in der „Hauptstadt des besetzten Gebietes“ vor etwa 5 000 Zuhörern sprach, nahm durch das bewusste Weglassen der üblichen Wahlkampfparolen den Charakter einer „Feierstunde des Vaterlandes“ an. Vier Tage vor Stresemann hatte bereits sein SPD-Widerpart, Rudolf Breitscheid, vor knapp 2 000 Mainzern gesprochen. Die Bedeutung, die auch das Zentrum den rheinischen Gebieten zumaß, ließ sich schon an der Zahl ihrer „Wahlkanonen“ ermesen, die in Mainz aufmarschierten, am 16. Mai etwa Helene Weber oder am 18. Mai Joseph Wirth⁴⁸⁴.

Mainz geriet noch einmal in die Schlagzeilen der überregionalen Presse, und zwar wegen der schwersten politischen Ausschreitungen, die der Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1928 zu verzeichnen hatte. Bei dem Versuch von etwa siebzig bewaffneten Nationalsozialisten aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet, am Abend des 4. Mai in Mainz eine Ver-

sammlung abzuhalten, war es zu einer großen Schlägerei mit den sie bereits erwartenden Kommunisten gekommen, die erst durch Polizei beendet werden konnte. Wie durch ein Wunder hatte es unter den Beteiligten sowie den nach Tausenden zählenden Schaulustigen keine Toten und nur wenige Schwerverletzte gegeben. Allerdings wurde der geplante Veranstaltungsort, die Aula eines Gymnasiums, fast völlig verwüstet⁴⁸⁵.

Abgesehen von diesem Zwischenfall kam es in den Wochen vor dem 20. Mai 1928 zu keinen größeren Auseinandersetzungen, wenn auch immer wieder von „schlagenden Argumenten“ in den Versammlungen zu lesen war und zunehmend auch Reichsbanner und RFB-Angehörige aneinandergerieten⁴⁸⁶. Das bis dahin vergleichsweise friedliche und unblutige Bild des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1928 änderte sich erst in den allerletzten Tagen vor der Wahl allerdings dramatisch, als noch mindestens zwei Todesopfer sowie weitere Verletzte zu beklagen waren. Nachdem am Himmelfahrtstage – dem 17. Mai – bei Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten in Hamburg ein Arbeiter getötet wurde, erlag in der folgenden Nacht ein von Nationalsozialisten angeschlossener SPD-Mann seinen Verletzungen⁴⁸⁷.

Schon zeitgenössische Beobachter wunderten sich, wie „ruhig und leidenschaftslos, fast ‚sachlich‘“ der Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1928 während der ersten Wochen geführt worden sei und dass in den Wahlprogrammen der Parteien Rücksicht auf die „praktischen Erfordernisse der künftigen Koalitionspolitik“ genommen werde. Spätestens eine Woche vor den Wahlen am 20. Mai trat der Wahlkampf schließlich aber auch diesmal wieder in eine „Phase lärmender Agitation“, so die Diktion der bürgerlichen Presse. Leider greife die Werbung der Parteien dabei auch wieder nicht nur auf „saubere Mittel“ zurück. Je weiter links man blicke, desto mehr werde ein nachgerade „sinnbetörender Wahlrummel“ geboten, welcher „der Masse falsche Bilder vorgaukelt und die Einsicht einschläfert“⁴⁸⁸. Bereits der letzte Sonntag vor den Wahlen zeigte eine sichtlich verstärkte Propagandatätigkeit der Parteien, zu deren Unterstützung die befreundeten Verbände mit großen Kundgebungen und Umzügen in Marsch gesetzt wurden. In den letzten Tagen vor der Entscheidung verdoppelten sie noch einmal ihre Werbearbeit und nutzten den Feiertag am 17. Mai 1928, Christi Himmelfahrt, zu einem „gewaltigen Auftrieb“ der Agitation⁴⁸⁹.

Wie gewohnt war in der Presse – der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen – wieder über eine „Schlammflut von Lüge und Verleum-

dung“ oder von der „Flut“ an Flugblättern und den sonstigen „Auswüchsen“ der Wahlpropaganda zu lesen, die indessen neue Formen angenommen habe: „In Bühnenstücken und Lichtspielen werben die politischen Parteien für ihre Ideen. Umzüge mit Fahnen und Musik bevölkern die Hauptstraßen, von Lastkraftwagen ertönen Lautsprecher und gut gedrillte Sprechchöre, Lichtreklamen und Werbeplakate mit oftmals recht merkwürdigen Parolen leuchten allerorten dem Auge entgegen“. Neben der Zeitung komme jedoch auch im Frühjahr 1928 trotz aller Unkenrufe nach wie vor den Versammlungen die größte Bedeutung zu, weil hier das Wahlvolk noch in „persönlicher Fühlungnahme“ mit den Parteiführern trete. Verglichen damit spiele „alles lärmende und leuchtende Trara, auch im modernsten Gewand, nur die Rolle des bloßen Beiwerks“⁴⁹⁰.

Vor dem Hintergrund der allgemein befürchteten Wahlmüdigkeit sorgte eine Woche vor dem 20. Mai die Gründung eines „Staatsbürgerlichen Wahldienstes“ in Berlin für Schlagzeilen, der sich an alle Parteien wendete, um gemeinsame Maßnahmen zur Hebung der Wahlbeteiligung zu lancieren. Geplant waren unter anderem ein Schleppdienst am Wahltag, Appelle zur Wahlpflicht über den Rundfunk, Kinoreklame und entsprechende Aufdrucke auf den Fahrscheinen der städtischen Verkehrsbetriebe⁴⁹¹. Weil aber „staatsbürgerlich“ im Sprachgebrauch der Rechtsparteien den Gegensatz zu „marxistisch“ bezeichne, vermutete die SPD dahinter nur ein Wahlmanöver der Deutschnationalen. Diese hegten schließlich, pflichtete die *Vossische Zeitung* bei, die größte Furcht vor der Wahlmüdigkeit. So beteiligte sich auch die DDP an dem Wahldienst nicht, weil eine Zusammenarbeit mit der DNVP selbst in solch technischen Fragen nicht in Frage kam⁴⁹². Flugzettel des Berliner Wahldienstes forderten dennoch zur „Handschlaggemeinschaft“ für die Wahl auf, indem jeder Stamm-, Kaffee- oder Familientisch seine Mitglieder per Handschlag zur Stimmabgabe am 20. Mai verpflichten sollte. Unter dem Motto „Wähle erst – Eh Du fährst!“ wurden Wochenendurlauber und Ausflügler auf die Stimmschein hingewiesen, die bei veränderter Wahlzeit in ganz Deutschland von 8 bis 17 Uhr eine Wahl auch fern von zuhause möglich machten⁴⁹³.

Aus Sicht der Rechtspresse verlief sowohl der Vorabend des 20. Mai als auch die „Abstimmungsschlacht“ selbst vergleichsweise ruhig, wenn nicht gar „noch leidenschaftsloser wie der bisherige Wahlkampf“. Die *Neue Preussische Zeitung* berichtete von einem „stillen Auftakt“ des Wahltages in Berlin, an dem sich die äußere Propaganda der Parteien gegen-

über früher merklich reduziert habe, als der Wahlsamstag in Berlin stets ein „buntbewegtes Bild“ abgegeben habe und so das Stimmungsbarometer für die Wahlbeteiligung gewesen sei. Nur in wenigen Straßen wehten am Vorabend der Wahl – überwiegend rote – Fahnen und wurde an den Balkons und Fenstern mit Plakaten oder selbst angefertigten Transparenten zur Wahl von SPD oder KPD aufgerufen. Dass der 20. Mai nicht zuletzt im Zeichen gereimter Parolen stehe, dokumentiere in den Arbeitervierteln Berlins ein regelrechter „Reimkrieg von Balkon zu Balkon“, der jedoch mehr von Parteibegeisterung als von Talent zeuge⁴⁹⁴.

Aus fast allen Teilen des Reiches wurde am 20. Mai ein ruhiger Verlauf des Wahltages gemeldet, nur in wenigen Städten kam es zu größeren, aber glimpflich verlaufenden Ausschreitungen. Allerdings hatte in der Wahlnacht ein blutiger Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im sächsischen Glauchau ein weiteres Todesopfer gefordert – was die Gesamtzahl der Wahlkampfpflege auf mindestens drei hochschraubte. Wegen Nichtbefolgung von Anordnungen nahm die Schutzpolizei, deren Hauptaufgabe in der Absicherung der Wahllokale bestand, allein in Berlin noch insgesamt 140 „Ruhestörer“ vorübergehend fest. Nachdem sie in den Wochen vor dem 20. Mai viel über die angebliche Wahlmüdigkeit in der Bevölkerung und die ruhige Agitation der Parteien geschrieben hatte, die in den Straßen viel weniger in Erscheinung getreten sei als etwa noch bei der Reichspräsidentenwahl von 1925, zeigte sich die Rechtspresse von dem wider Erwarten „außerordentlich regen Interesse“ überrascht⁴⁹⁵. Für den dennoch ruhigen Verlauf des Wahltages wurde das schlechte Wetter beziehungsweise derartig starke Niederschläge verantwortlich gemacht, dass bald von „Regenwahlen“ gesprochen wurde. In Berlin sorgte der Regen am 20. Mai dafür, dass sich der Straßenwahlkampf der Parteien auf ein Minimum reduzierte. Ein „monotoner, unaufhörlicher, durchdringender Landregen“, der seit der zehnten Vormittagsstunde niederging, habe den „Agitationsdrang der Wahlcholeriker“ gekühlt und viele Aktionen sprichwörtlich ins Wasser fallen lassen. Auch die Bahnhöfe seien verödet gewesen, so dass der Ausflugsverkehr die im Vergleich zum Dezember 1924 dennoch leicht rückläufige Wahlbeteiligung kaum beeinträchtigte⁴⁹⁶. Umzüge und Propagandafahrten, wie sie der Berliner von früheren Wahlen schon gewohnt war, seien nur selten zu sehen gewesen. Lediglich einige unentwegte Kommunisten und Sozialdemokraten fuhren auf Lastwagen, teilweise mit Musik, durch die Straßen, „aber all ihre Lungenkraft verpuffte rest-

los, da der Wähler, der noch im letzten Moment der Propagandakunst erliegen sollte, bei dem nassen Wetter kein Interesse dafür zeigte“. Wo in den etwas freundlicheren Morgenstunden noch Fahnen aus den Wohnungen hingen, wurden sie zur Mittagszeit regenschwer von den Besitzern eingezogen. Selbst der Kurfürstendamm, sonst immer ein „Großkampfgebiet erster Ordnung“ und schwarz von Menschen, bot diesmal ein verlassenes Bild und füllte sich erst nach Abschluss der Wahl, als die Menschen aus den Cafés strömten, um die ersten Ergebnisse zu erfahren. Einige Parteien seien in der „Amerikanisierung“ der Propaganda allerdings so weit gegangen, dass sie über auf Last- und Personenwagen montierte Lautsprecher die Resultate in den Straßen verkündeten⁴⁹⁷.

Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 geriet rasch in den Ruf einer fast langweiligen Wahlbewegung ohne größere Zwischenfälle oder inhaltliche Kontroversen, worin sich die relative Beruhigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1923/24 widergespiegelt habe⁴⁹⁸. Doch nicht Wahlmüdigkeit oder politisches Desinteresse – die Wahlbeteiligung war vielmehr durchschnittlich: von 41,2 Millionen Wahlberechtigten gaben 30,8 ihre Stimme ab, das waren 75,6 Prozent und damit gegenüber der letzten Wahl 3,2 Prozent weniger, aber aufgrund der um 16 Prozent gestiegenen Zahl von Wahlberechtigten immer noch absolut 500 000 mehr als im Dezember 1924 –, sondern Stimmenzersplitterung und Aufstieg der „Interessenparteien“ waren die Merkmale der Reichstagswahl. Auf organisatorischer Ebene zeichnete sich der von den Parteien intensiv vorbereitete Wahlkampf im Frühjahr 1928 durch den Einsatz „modernster Technik“ in der Propaganda sowie eine vergleichsweise lange Vorwahlkampfzeit aus.

Die Wahlbewegung vom Sommer 1930

Seit dem Regierungsantritt Brünnings Ende März 1930 wurde mit der Möglichkeit vorzeitiger Reichstagsneuwahlen gerechnet, da die parlamentarische Basis seines „Hindenburg-Kabinetts“ nur sehr schmal war. Der neue Reichskanzler selbst hatte es in der Regierungserklärung vom 1. April 1930 als „letzten Versuch“ bezeichnet, die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme mit dem im Mai 1928 gewählten Reichstag zu bewältigen. Das Droh- und Druckmittel, ihn aufzulösen, um die Parteien hinter die Kabinettsvorlagen zu bringen, verlor aber im Frühjahr

1930 in dem Maße an Wirkung, in dem sich selbst die von Brüning umworbene Rechte angesichts der unsicheren parlamentarischen Situation ohnehin auf Neuwahlen einstellte und einen Wahlkampf siegreich bestehen zu können glaubte⁴⁹⁹. Als der Zentrumskanzler nach den verschiedenen Krisen und Debatten über sein Sanierungsprogramm schließlich am 18. Juli den Reichstag auflösen ließ, weil dieser die Notverordnungen abgelehnt hatte, wurde dem Parlament quer über alle Parteien ein „verdienstes Ende“ bescheinigt. Dass in der politisch wie wirtschaftlich angespannten Lage des Sommers 1930 das Volk einem Wahlkampf ausgesetzt werde, wurde bedauernd hingenommen und in Amerika gar als „Sensation des Tages“ gewertet. Im Übrigen schoben sich Regierung und Opposition gegenseitig die Schuld an den vorzeitigen Neuwahlen – die auf den 14. September gelegt wurden – zu, während die bürgerlichen Parteien die Schaffung eines „arbeitsfähigen“ Reichstages unter der Parole „Interessenhafen oder Staatsvolk“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellten⁵⁰⁰.

Obwohl sofort nach der Auflösung des Reichstages erste Aufrufe veröffentlicht wurden, ging Georg Bernhard in der *Vossischen Zeitung* davon aus, dass der Wahlkampf erfahrungsgemäß „im eigentlichen Sinne erst drei bis vier Wochen vor dem Entscheidungstag“ richtig einsetzen werde⁵⁰¹. Wenn auch die Kassen der Parteien leer und diese wenig vorbereitet seien, zweifelte niemand an der Härte der kommenden Kämpfe. Die Jahreszeit förderte zudem die Tendenz der Parteien – die ohnehin seit Mitte der 1920er-Jahre immer mehr auf die „Straße“ drängten –, ihre Agitation zu einem großen Teil unter freiem Himmel zu veranstalten. Massenkundgebungen, Propagandafahrten mit Auto- und Radfahrerkolonnen, Demonstrationsmärsche der Parteianhänger und ihrer Verbände unterlagen keinen Verboten mehr und gehörten im Sommer 1930 vor allem in den größeren Städten bereits zum alltäglichen Bild des Reichstagswahlkampfes. Auf dem Lande fand dieser andererseits aus Sicht der Parteien zu einem eher ungünstigen Zeitpunkt statt, da die ländliche Bevölkerung in den Monaten August und September tagsüber mit der Ernte beschäftigt war. Der Sommer sei auch deshalb keine „glückliche Zeit für Wahlbewegungen“, weil die Schulferien in den östlichen Landesteilen erst Anfang August, im Westen noch einige Wochen später aufhörten. Bis die Vorbereitungen der Parteizentralen sowie Kandidatenaufstellungen mit allen Formalitäten erfolgt, die Wahlkassen wieder einigermaßen gefüllt und die Wahlaufrufe beschlossen seien, ver-

streiche andererseits wertvolle Zeit⁵⁰². Die „Methoden des Wahlkampfes“ seien heute aber bereits andere als noch vor einigen Jahren, stellten andererseits die deutschnationalen Wahlkampfrichtlinien Ende Juli 1930 fest. Während früher die Parteien ihre Propaganda langsam anlaufen lassen konnten „und erst in den letzten vier Wochen mit dem eigentlichen Kampf begannen, müssen wir jetzt sofort mit allen nur irgend verfügbaren Kräften ans Werk gehen“⁵⁰³.

Die Reichsregierung hatte noch am Tage der Reichstagsauflösung eine von den Kabinettsmitgliedern namentlich unterzeichnete Kundgebung veröffentlicht, welche die Notverordnungspolitik Brüning's verteidigte. Trotz ihrer Kürze und des scheinbar überparteilichen Charakters war sie nicht anders als frühere Aufrufe bürgerlicher Reichskabinette eine klare Kampfansage an die „radikale“ Opposition. Schon der Apparat, welcher der Reichsregierung zu Propagandazwecken zur Verfügung stehe, besitze einen „ausgesprochen parteipolitischen Charakter“, so die *Frankfurter Zeitung* über das Reichspresseamt, dessen Leitung nach dem Motto besetzt werde: „Jede große Firma nimmt sich einen möglichst guten Propagandachef“⁵⁰⁴. Die Parteiführungen reagierten ebenfalls umgehend auf die Auflösung, was vermuten lässt, dass die Entwürfe zu den Wahlaufrufen bereits in den Schubladen lagen. Noch am 18. Juli nachmittags traten die Fraktionen der bürgerlichen Regierungsparteien mit Kundgebungen vor das Wahlvolk. Schon am 19. Juli folgten die Aufrufe der Parteivorstände von SPD und KPD, am 23. Juli Hugenburgs DNVP. Bereits an diesen ersten Aufrufen konnte das Ausmaß der Kritik überraschen, die plötzlich allgemein über die vorgebliche „Interessenwirtschaft“ der Parteien hereinbrach – paradoxerweise aus deren eigenen Reihen⁵⁰⁵. Während sich die DDP zur Staatspartei umbildete und die DVP ihren zentralen Wahlaufruf erst nach dem Scheitern der Sammlungsversuche ihres Vorsitzenden am 24. August veröffentlichte, sah die NSDAP bewusst von der Veröffentlichung eines zentralen Wahlaufrufes als Partei ab. Ihre Hauptparolen gab vielmehr eine erste Wahlrede Hitlers vom 18. Juli in München vor, die von der nationalsozialistischen Propaganda entsprechend verbreitet wurde. Erst vier Tage vor dem 14. September erschien noch ein umfangreiches „Manifest Adolf Hitlers“, das der Form nach auch eine Reaktion auf die ebenfalls mit solchen grundsätzlichen Kundgebungen hervortretende Konkurrenz darstellte⁵⁰⁶. Bereits zwei Wochen vor der NSDAP hatte die KPD mitten im Wahlkampf am 24. August eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“

Deutschlands veröffentlicht, der von der Parteiführung ausdrücklich eine über die Wahl hinausgehende Bedeutung zugemessen wurde. Nach dem gleichzeitig als Wahlaufuf gedachten Gründungsaufuf legte die neue DStP ihr vorläufiges Programm in Form eines „Manifests“ am 22. August vor. Selbst die demokratische Presse zeigte sich verunsichert darüber, ob dies bereits ein Parteiprogramm oder nur ein weiterer Wahlaufuf sei, dessen Aussagen zwar auch durchdacht sein sollten, den aber aufgrund seiner Anlehnung an die Tagespolitik „mit überscharfer Linie nachzuprüfen“ kleinlich wäre⁵⁰⁷.

Wesentliche Eckpunkte des Wahlprogramms des Zentrums bildeten im Sommer 1930 neben dem Parteiaufuf vom 19. Juli die Reden, welche der Parteivorsitzende Kaas sowie Brüning auf der Tagung des Reichsparteivorstandes am 29. Juli hielten, die wiederum als Auftakt des Wahlkampfes diente. Zur Besprechung der Reichsliste sowie der bis dahin geleisteten Wahlarbeit kam der Vorstand am 18. August noch einmal in Berlin zusammen. Unter Teilnahme zahlreicher Spitzenpolitiker des Zentrums aus dem Reich fand zudem am letzten Wahlkampfwochenende vom 5. bis zum 7. September der 69. Katholikentag in Münster statt. Organisatorisch bereitete sich die Partei auf den Wahlkampf mit einer Konferenz am 28. Juli in Berlin von Vertretern der Landesverbände, der Parteibeamten sowie der Zentrumspresse vor, um „Linie, Methoden und Inhalt des Wahlkampfes einheitlich“ festzulegen. Erst Ende August sollte mit der „eigentlichen“ Propaganda des Zentrums, das hieß der Versammlungsagitation, begonnen werden. Mit ersten öffentlichen Wahlreden am 20. August würden dazu gleichzeitig Kaas für den Osten und Brüning für den Westen Deutschlands das Startsignal geben. In der Zwischenzeit hätten regionale Parteikonferenzen die notwendige Vorarbeit zu leisten⁵⁰⁸.

Spezielle Wahl-Reichsparteitage wurden im Sommer 1930 von keiner Partei mehr durchgeführt, da sie in der Kürze der Zeit als unzumutbar erschienen. Zudem war das bürgerliche Parteienlager nach der Reichstagsauflösung in starke Bewegung geraten. Bereits eine Woche nach der Auflösung verbanden sich am 23. Juli die ehemaligen deutschen Abgeordneten um den Grafen Westarp mit der Volkskonservativen Vereinigung von Gottfried Treviranus zur Konservativen Volkspartei, ein „entscheidender Schritt zur Konstituierung der neuen Rechten“, so der Kommentar der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, die sich ebenso wie die *Kreuzzeitung* dieser brüningtreuen Parteiformation im Wahl-

kampf zur Verfügung stellte⁵⁰⁹. Durch die Gründung der KVP waren jedoch die Sammlungsbemühungen des DVP-Vorsitzenden Scholz zur Einigung der nicht-katholischen bürgerlichen Mitte bereits obsolet. Endgültig Makulatur wurden sie, als schließlich geheime Fusionsverhandlungen der Demokraten mit der VNR zur Gründung der Deutschen Staatspartei am 28. Juli 1930 führten. Während ihre Konstituierung auf einen Termin nach der Reichstagswahl verschoben wurde, nahm ein sofort gebildeter Aktionsausschuss die Koordinierung des bereits laufenden Wahlkampfes in die Hand. Einen ersten Aufruf im Namen der neuen Partei richteten der „außerparlamentarische“ Führer der DStP, der Jungdeutsche Arthur Mahraun, und Ernst Lemmer – zweiter Bundesvorsitzender des Reichsbanners – am 31. Juli an die „junge Generation“, die im Mittelpunkt der staatsparteilichen Werbestrategie stehen sollte. Mageres Ergebnis der Scholz'schen Sammlungsbemühungen im Sommer 1930 bildete ein Burgfrieden zwischen den „Hindenburg-Parteien“ DVP, KVP und WP, die am 18. August einen inhaltlich belanglosen Wahlauf-ruf veröffentlichten. DVP und KVP fanden sich allein in Ostpreußen zu dem auf Reichsebene gescheiterten Bündnis zusammen und stellten einen gemeinsamen Wahlkreisvorschlag für den Reichstag auf⁵¹⁰.

Ungeachtet eines neuerlichen Höchstmaßes an Aufrufen von Interessenverbänden zur Wahl war die Zahl der Parteien und Kandidatenlisten im Sommer 1930 leicht rückläufig. Der Reichswahlausschuss ließ diesmal nach der Kritik an seiner Zulassungspraxis immerhin fast ein Viertel weniger Bewerber zur Wahl zu als noch im Mai 1928. Sechs von 30 eingereichten Reichswahlvorschlägen wurden abgelehnt, darunter die Aufwertungsgruppe „Recht werde Macht“, eine „Menschheitspartei“ und Adolf Schmalix, der sich an der Spitze einer „Großdeutschen Liste“ bewerben wollte, deren Reststimmen er der NSDAP anbot. Zugelassen wurden indessen die Anti-Alkoholiker, was die *Vossische Zeitung* trotz des kleineren Stimmzettels zu einer Glosse über die Parteienvielfalt vor dem 14. September veranlasste: Die „seltsamen Auswüchse menschlicher Eigenbrödelei“ würden bald noch zur Gründung einer „Hausschlüsselpartei der Ehemänner“ führen⁵¹¹.

Neben der intensivierten Werbung um die Jungwähler ragte im Sommer 1930 der Appell an die ehemaligen Nichtwähler aus den Wahlkündigungen der Parteien heraus, die sich wieder vor aufkeimender Müdigkeit fürchteten. Nur Splittergruppen der äußersten Rechten gaben die Parole „Wahlenthaltung“ aus, so die Revolutionären Nationalsozialisten

um Otto Strasser oder der Tannenbergbund Ludendorffs. Der Kyffhäuserbund wollte aber gar einen Wahlzwang eingeführt sehen, während der Berliner Bischof wieder an die Pflicht der Katholiken erinnerte, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die für die „Ideale und Rechte unserer katholischen Weltanschauung“ einträten. Zur Wahl riefen auch der Sozialdemokratische Intellektuellenbund das „geistige Deutschland“ auf, die Internationale Frauenliga für Friede und Freiheit oder im Rheinhesischen der „Bund deutscher Aufbau“, eine „überparteiliche Vereinigung zur Bekämpfung der Lüge, des Terrors und der Korruption in der Politik“⁵¹². Schon am 24. Juli hatte der Bundesvorstand des Stahlhelms die Pflicht der „Kameraden“ betont, gegen „ein weiteres Anwachsen der roten Flut“ zu stimmen, indem sie Parteien wählten, die zusammen mit dem Bund im Volksentscheid gegen den Youngplan vom Herbst 1929 gekämpft hätten⁵¹³. Infolge eines Streites über ein Verbot der preußischen Organisationen des Stahlhelms hatte dessen Ehrenvorsitzender Hindenburg seine Teilnahme an den von Preußen geplanten Feiern zur Rheinlandräumung kurzfristig zurückgezogen. SPD-Ministerpräsident Braun musste schließlich einlenken und das Stahlhelmverbot aufheben, damit die Rheinland-Reise des Reichspräsidenten im Juli 1930 programmgemäß stattfinden konnte. Die Räumung der dritten, der Mainzer Zone, wurde nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern im ganzen Reich als „Befreiung“ von fremder Besatzung gefeiert, ein Ereignis, das den Auftakt des Wahlkampfes im Juli 1930 weit gehend aus den Schlagzeilen verdrängte⁵¹⁴.

Reichsinnenminister Joseph Wirth forderte in der letzten Juliwoche alle Länderregierungen auf, unverzüglich die Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl einzuleiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Unter Hinweis auf Verstöße bei den letzten Wahlen wie etwa dem Aufhängen von Plakaten oder dem Tragen von Parteiabzeichen durch Angehörige des Wahlvorstandes, sollten die Behörden genauer auf die Einhaltung der Reichsstimmordnung achten, die jegliche politische Propaganda im Wahllokal ausdrücklich verbiete. Nachdem es bereits in den ersten Wahlkampf Tagen zu heftigen Zusammenstößen gekommen war, appellierte Wirth Mitte August an alle Parteien, den Wahlkampf so zu führen, dass nach der Wahl auch noch parlamentarische Arbeit geleistet werden könne⁵¹⁵. Den Kommunisten, deren Wahlkampf am 22. Juli von Politbüro-Mitglied Hermann Remmele eröffnet wurde und ganz im Zeichen einer neuen Taktik der Massenmobilisierung stand – dem „Roten Wahlhelfer“ –

Gedanken –, diente eine Hamburger „Riesenversammlung“ mit Thälmann am 8. August als offizieller Startschuss für die „heranrollende Lawine der proletarischen Empörung“, so der Parteijargon⁵¹⁶.

Die Ortsvereine der SPD erfuhren in der letzten Juliwoche die „organisatorischen und taktischen Maßnahmen des Wahlfeldzuges“ von der Parteizentrale. Eröffnet hatte diese ihn mit einer Konferenz der Berliner Funktionären am 22. Juli, bei der Parteichef Otto Wels den alten Schlachtruf der SPD: „Vorwärts, drauf und durch!“ anstimmte. Kennzeichen ihrer Propaganda vor dem 14. September war ein offensiver Kampfgeist, der sich nicht nur inhaltlich, sondern auch in den Demonstrationen und Versammlungen zeigte, da den radikalen Parteien, so Wels, die „Straße“ nicht länger kampfflos überlassen werden dürfe⁵¹⁷.

Bei den bürgerlichen Parteien litt die Wahlkampfführung im Sommer 1930 sichtlich unter den diversen erwähnten Umgruppierungs- und Neugründungsaktionen. Während das Zentrum bereits Mitte August von der Vollendung seines „Aufmarsches“ sprach⁵¹⁸, konnte die DStP aufgrund eines handfesten internen Streites um die Kandidatenlisten nur mit erheblicher Verspätung den Wahlkampf aufnehmen, in einigen Kreisen zum Teil erst zwei Wochen vor dem 14. September. Zusätzlich zu den inneren Differenzen hatte sie eine Klage gegen den neuen Parteinamen abzuwehren, den ein politischer Einzelgänger für seine angeblich seit zehn Jahren bestehende Partei mit derzeit acht Mitgliedern beanspruchte. Durch eine einstweilige Verfügung wurde der Staatspartei schließlich die Benutzung des Namens am 23. August gestattet. Am gleichen Wochenende hielt sie in Berlin erste größere Wahlversammlungen ab. Offiziell eröffnete die Staatspartei den Reichstagswahlkampf in Westdeutschland am 17. August mit einer Kundgebung in Düsseldorf, auf welcher der Jungdeutsche und VNR-Führer Mahraun neben dem preußischen Demokratenführer Höpker-Aschoff sprach⁵¹⁹.

Spitzenpolitiker anderer Parteien nahmen den Versammlungskampf zum Teil bereits in der ersten Augustwoche auf, ohne überall den Abschluss der Wahlvorbereitungen ihrer Organisationen abzuwarten. Schon am 23. Juli hatte etwa Reichsfinanzminister Dietrich noch für die DDP unter altem Namen den Wahlkampf mit einer großen Kundgebung in Berlin eröffnet. Zwei Wochen später wiederholte der badische Parteichef seine Parole „Interessenhaufen oder Staatsvolk“ anlässlich des Wahlkampfauftaktes nunmehr für die DStP in Karlsruhe⁵²⁰.

Besonders stark engagierte sich Reichskanzler Brüning im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930, der schließlich um die mit seiner Person verknüpfte Wende in der deutschen Politik ging. Bereits Anfang August begab sich der Zentrumsolitiker auf einen beispiellosen Rede- und Versammlungsmarathon durch ganz Deutschland. Unterbrochen nur von Kabinettsitzungen und offiziellen Presse-„Interviews“, betrieb Brüning bis kurz vor dem 14. September einen von seinen Vorgängern nicht gekannten Reisewahlkampf. Das Ende der modern anmutenden „Wahlkampftour“ bildeten zwei Versammlungen des Reichskanzlers am 10. und 11. September in seinem schlesischen Wahlkreis⁵²¹.

Wahlkämpfe verlangten von allen aktiv Beteiligten überaus hohe physische und psychische Anforderungen, besonders natürlich von den Spitzenkandidaten, die als „Wahlkanonen“ oftmals Doppel- und Mehrfachbelastungen ausgesetzt waren. Anderen Reichsministern fehlten im Sommer 1930 offenbar bereits die physischen Voraussetzungen des ehemaligen Frontoffiziers Brüning; so musste etwa Außenminister Curtius Ende August nach einem Schwächeanfall bei einer Versammlung in Baden-Baden seinen Wahlkampf vorzeitig abbrechen⁵²².

Spätestens ab Mitte August 1930 war der Reichstagswahlkampf „auf der ganzen Linie“ entbrannt und schien Ende des Monats bereits seinem Höhepunkt entgegenzugehen. Wie schon im Frühjahr 1928 griffen die Parteien für große Wahlversammlungen in Berlin wieder auf den Sportpalast als Veranstaltungsort zurück. Den Anfang machte Hugenberg, der dort am 14. August den deutschnationalen Versammlungskampf mit einer Rede eröffnete, die vor allem deshalb auffiel, weil dem Parteiführer dabei das Wort vom „Dritten Reich“ entschlüpfte⁵²³. Selbst die kleine KVP bestritt am 8. September im Sportpalast eine Versammlung, zu der mehr als zehntausend Menschen strömten, um die Reden der Parteiführer Lettow-Vorbeck und Treviranus zu hören. Die Nationalsozialisten versuchten schon kurz nach Beginn der Veranstaltung mit Zwischenrufen und Handgemengen zu stören, die eskalierten, als Goebbels persönlich erschien. Er hatte im August 1930 auch vor Gericht reichlich Gelegenheit, in mehreren gegen ihn geführten Beleidigungsprozessen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen⁵²⁴.

Der Reichstagswahlkampf der NSDAP selbst stand ganz im Zeichen der von ihr inszenierten „Versammlungslawine“, die am 18. August beginnen und bis zum 14. September einen „Sturm von 34 000 Versammlungen“ bringen sollte: „In einheitlicher, großangelegter Front wird an-

gegriffen“, tönnte der *Völkische Beobachter* unter dem Motto: „Die Lawine rollt“. Für Sonntag, den 31. August, war zwei Wochen vor der Wahl ein erster Höhepunkt mit einer Wahlversammlung Hitlers in Ludwigshafen geplant, zu der angeblich 20 000 Menschen kommen wollten, während andere Versammlungen Hitlers noch höhere Besucherzahlen aufgewiesen hätten⁵²⁵. Dass die NSDAP am 14. September erhebliche Zugewinne verbuchen würde, war im Sommer 1930 ein offenes Geheimnis, nur über die genaue Höhe war man sich uneinig. Das Reichsinnenministerium hatte sich vor dem Hintergrund des Aufstiegs der Hitlerpartei eingehend mit ihren Zielen und Absichten beschäftigt. Resultat war eine Denkschrift, die nicht zufällig auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes Anfang September 1930 erschien und derzufolge die NSDAP eindeutig den gewaltsamen Umsturz der Republik anstrebe. Dass die Reichsanwaltschaft das Material dennoch für nicht ausreichend genug hielt, um die also verfassungsfeindliche Partei mit dem vorhandenen rechtlichen Instrumentarium zu bekämpfen, sondern ein Teil der Rechtspresse die Denkschrift gar als „durchsichtiges Zweckmanöver“ bloßzustellen versuchte, beleuchtet den im Sommer 1930 bereits mächtigen Rückhalt in Staatsapparat und Öffentlichkeit für den militanten Extremismus der NSDAP⁵²⁶.

Deutlich stärker als seine Vorgänger wurde der Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 überschattet von **blutigen Zusammenstößen und Tumulten** in den Versammlungen und nun auch vermehrt auf der Straße. Paramilitärische Aktionen von links und rechts hatten das Gewaltmonopol des Staates mittlerweile so stark ausgehöhlt, dass in der Bevölkerung die Tendenz einer „allgemeinen Abstumpfung gegenüber Exzessen in Wort und Tat“ sichtbar wurde⁵²⁷. Schon vor Beginn des Wahlkampfes schien auch der Reichsregierung die „Verrohung der politischen Sitten“ so weit fortgeschritten zu sein, dass sie gesetzliche Gegenmaßnahmen für notwendig hielt. Nachdem Preußens Regierung am 19. Juli ein Waffenverbot für den Reichstagswahlkampf erlassen hatte, folgte das Reich am 25. Juli mit einer auf die Wahlzeit befristeten Verordnung nach Artikel 48, die das unbefugte Führen von Hieb- und Stichwaffen – worunter in einer erweiterten Fassung nicht nur Waffen im engeren Sinne wie Pistolen oder Schlagringe, sondern auch Messer, Steine und andere Wurfgeschosse zählten – mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestrafte. Kern dieser allseits begrüßten Verordnung zur „Befriedung des Wahlkampfes“ war eine Sondervorschrift, die sich gegen das bewaffnete Auftreten politischer Verbände in der Öffentlichkeit richtete⁵²⁸. Angesichts der sich

dennoch häufenden Wahlzusammenstöße erließen einige sozialdemokratisch geführte Länder wie Hessen oder Hamburg darüber hinaus Demonstrations- und Uniformverbote, um dem „Missbrauch der Straße“ entgegenzutreten⁵²⁹.

Ungeachtet dessen entwickelte sich der Reichstagswahlkampf in der stark aufgeheizten Atmosphäre des Sommers 1930 dennoch zu einem neuen blutigen Höhepunkt politischer Gewalt in der Weimarer Republik und buchstäblich zu der Art von „Krieg“, die der Sprachgebrauch weiter Teile der Öffentlichkeit ohnehin darin erblickte. Mit den Worten Eike Hennigs etablierten sich dabei bereits Formen „kollektiver Gewalt von Straßen- und Saal, schlachten“, indem neben dem „demonstrativ angekündigten Individualterror“ auch die „organisierte Präsentation von Gewaltbereitschaft in Form von ‚Propagandamärschen‘“ trat⁵³⁰. Der amerikanische Historiker Wernette weist für die Wochen vom 14. Juli bis zum Wahltag am 14. September insgesamt 316 Aktionen **politischer Gewalt** im Reich nach, fast die Hälfte davon unter Beteiligung der NSDAP, während bei einem Viertel Kommunisten sowie in wenigen Fällen SPD und DNVP beteiligt und viele Aktionen ohne identifizierbare Akteure waren. Wernette – dessen Daten eher zu niedrig erscheinen – stellt fest, dass den Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 eine „mixture of violent and non-violent activities“ charakterisierte. Im Unterschied zu den folgenden Wahlkämpfen überwogen aber noch „non-violent, organized political activities“ wie Versammlungen, Demonstrationen und Flugblattverteilungen, während kollektive Gewalt von Parteiverbänden in einem knappen Drittel der Fälle vorlag⁵³¹.

Bereits in den ersten Tagen nach der Reichstagsauflösung am 18. Juli zeigten vor allem die extremen Flügelparteien eine geradezu entfesselte Gewaltbereitschaft und waren in meist nächtlichen Schießereien und Schlägereien zwischen den Anhängern zahlreiche Verletzte zu beklagen. Bald berichtete die überregionale Presse von „täglichen Zusammenstößen“ im ganzen Reich, wobei auch Tote oder Schwerverletzte nicht länger mehr nur Ausnahmen waren. Vorläufiger Höhepunkt der politischen Gewalt im Sommer 1930 war eine Massenschlägerei zwischen Anhängern der extremen Flügelparteien am 13. August in Nürnberg, als nach einer Versammlung der KPD etwa 70 Verletzte versorgt werden mussten. Unmittelbare Folge der Nürnberger Saalschlacht war, dass einige Länder jetzt noch schärfere Maßnahmen gegen das „politische Rowdytum“ ergriffen. Doch schon am 22. August sollten neue blutige Kämpfe

anlässlich einer Wahlversammlung der NSDAP im schlesischen Bunzlau gleich mehreren Menschen das Leben kosten. Nach heftigen Zusammenstößen zwischen kommunistischen Versammlungsstörern und der Polizei hatte der herbeigeholte Landrat Schießbefehl gegeben, was drei Tote und vier Schwerverletzte zur Folge hatte. Gerade in Schlesien sei, so die *Vossische Zeitung*, der Wahlkampf zwischen den Radikalen schon vorher gewalttätig und es nur eine Frage der Zeit gewesen, wann sich bei der „steigenden Nervosität und Erbitterung“ in der Bevölkerung ein Vorfall wie der in Bunzlau ereignen würde⁵³².

Ungeachtet der Gegenmaßnahmen der Länderbehörden, welche der Waffenverordnung Geltung verschaffen wollten, trugen die radikalen Parteien überall im Reich weiterhin ihre Kämpfe mit Schlagringen und Revolver aus. Nachdem der Wahlkampf Anfang September in Köln ein weiteres Todesopfer gefordert hatte, häuften sich die Zwischenfälle mit tödlichen Ausgang in den letzten Wahlkampftagen. Allein am 13. September wurden mindestens drei Menschen getötet, ein Arbeiter laut Angaben der *Roten Fahne* durch Schutzpolizisten anlässlich einer Demonstration der Nationalsozialisten vor dem Karl-Liebknecht-Haus, der Berliner Zentrale der KPD, was dieser zu der Schlagzeile verhalf: „Die Republik schießt auf ihre Wähler“. Gegenüber der Zählung im *Völkischen Beobachter*, wonach die NSDAP alleine fünf Tote und rund 400 Verletzte zu beklagen habe, sind jedoch Zweifel angebracht⁵³³.

Die Gesamtzahl der Toten aus allen Parteien betrug allerdings mindestens sieben, was den Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930 zum bis dahin blutigsten in der Geschichte der Weimarer Republik machte. Ohne das Ausmaß der Gewalt zu bagatellisieren, konnte andererseits darauf verwiesen werden, dass Tote schon in früheren Reichstagswahlkämpfen zu beklagen waren. Weil zugleich das reichsweite Waffenverbot und die Demonstrationsverbote in einigen Ländern Wirkung zeigten, hielt sich die politische Gewalt alles in allem noch im Rahmen dessen, was Zeitgenossen im Sommer 1930 mit der Radikalisierung der Wähler durch die sozialen und wirtschaftlichen Krisensymptome erklärten. Zu einer aus heutiger Sicht qualitativ neuen Eskalation, ja regelrechten Welle von politischer Gewalt kam es erst in den vielzitierten „Wahlschlachten“ des Jahres 1932, vor allem in den „Terrorwahlen“ vom Sommer auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, als sich das soziale Aggressionspotenzial mit voller Wucht entlud und gleich mehrere Dutzend Tote und Hunderte von Verwundeten zu beklagen waren⁵³⁴.

Damit sich der Leser ein Bild über den Stand der Wahlbewegung im Reich und in den Ländern machen konnte, veröffentlichte die *Vossische Zeitung* kurz vor dem 14. September 1930 eine „Umschau“ mit Berichten aus den verschiedenen Wahlkreisen. Das Ergebnis lautete, dass sich überall die extremen Parteien – durch die Not der Zeit begünstigt – im Aufwind befänden. Während Hugenberg gegenüber den DNVP-Abspaltungen den „Vorteil des Parteiapparates“ habe, sei die DVP „merkwürdig lethargisch, Staatspartei kämpft mit Schwung, Zentrum verteidigt sich gegen die stark andrängende Sozialdemokratie“. Bei durchaus regem Interesse der Bevölkerung besitze der Wahlkampf außer diesem für das ganze Reich allgemein Gültigen in jedem einzelnen Wahlkreis seine Besonderheiten und ergebe sich ein überaus „buntes Bild“. In Ostpreußen und Pommern etwa habe die Wahlbewegung erst Ende August lebhafter eingesetzt, weil in den Agrarprovinzen selbst während stürmischer Zeiten Parlamentswahlen zwangsläufig durch die Ernte in den Hintergrund gedrängt würden. Auffällig sei, dass die SPD auf dem Land „systematisch mit kurzen Kundgebungen“ unter freiem Himmel arbeite und dabei wieder stark auf die Technik, auf Propagandaautos, Lautsprecher und Filme als Hilfsmittel zurückgreife. Während die Kommunisten vor allem durch ihre Sprechchöre Aufsehen erregten, setze die NSDAP ebenfalls auf das „System vieler kleiner Versammlungen“ gegen ein geringes Eintrittsgeld. Zur Diskussion träten dabei jedoch nur Kommunisten auf, weil die SPD ihren Anhängern vom Besuch gegnerischer Versammlungen abriet⁵³⁵.

Angesichts der blutigen Zusammenstöße überall im Reich wurden die Sicherheitsvorkehrungen Mitte August 1930 verstärkt und die Schutzpolizei allerorten in den ständig erhöhten Alarmzustand versetzt. Die schärfsten Gegenmaßnahmen gegen den „Rowdy-Wahlkampf“ hatte die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Hessen getroffen. Nach der blutigen Wahlschlacht von Nürnberg wurden am 15. August alle Demonstrationen und Sammeltransporte nationalsozialistischer und kommunistischer Organisationen mit Kraftwagen, Fuhrwerken oder Fahrrädern in Hessen verboten. Zur Begründung hieß es, dass diese Umzüge in letzter Zeit immer wieder von „Überfällen auf friedliche Bürger und Zusammenstoßen mit Andersdenkenden“ begleitet gewesen seien. Die Benutzung von Kraftfahrzeugen biete insofern einen erhöhten Anreiz zu Ausschreitungen, als die Störenfriede glaubten, sich einem polizeilichen Zugriff leicht und rasch entziehen zu können. Durch das Verbot von Lastwagendemonstrationen konnte der „Krieg der Umsturzpartei-

en“ in Hessen tatsächlich erfolgreich eingedämmt und die hier erst Mitte August einsetzende Wahlbewegung in ruhigere Bahnen gelenkt werden⁵³⁶. Eine besondere Note erhielt der Wahlkampf der Parteien in Baden und in Württemberg dadurch, dass hier die Sammlungsbemühungen der liberalen Parteien unter maßgeblichem Einfluss der beiden Spitzenkandidaten, Julius Curtius und Hermann Dietrich, Erfolg hatten. Laut dem am 15. August vereinbarten Wahlabkommen stellten DDP und DVP in Baden und Württemberg je eine Gemeinschaftsliste auf. Zwischen beiden Listen wurde Listenverbindung hergestellt, sodass die Reststimmen zunächst innerhalb der beiden Länder verrechnet wurden, bevor der letzte Stimmrest der Reichsliste der DStP zufließte. Bei der SPD Badens dominierten klar die von Berlin ausgegebenen Parolen, wie überhaupt die Argumente bei allen Parteien die gleichen wie sonst im Reiche seien⁵³⁷.

Nachdem in der Pfalz Gespräche zwischen den bürgerlichen Parteien über eine Einheitsliste scheiterten, vereinbarten sie einen Burgfrieden, das hieß gegenseitige Schonung im Wahlkampf und Unterstützung gegen die radikalen Kräfte. In Bayern tobte den Presseberichten zufolge der heftigste Kampf zwischen der BVP als „Hüterin der weiß-blauen Belange“ und der Opposition von SPD und NSDAP sowie dem Bauernbund, der mitten im Wahlkampf die bayerische Regierungskrise verschärfte und den Rücktritt von Ministerpräsident Heinrich Held am 20. August erzwang, indem er die Koalition aus Protest gegen die geplante Einführung der so genannten Schlachtsteuer kündigte. Nach den Vorfällen in Nürnberg verbot die Münchener Polizeidirektion nicht nur Versammlungen von KPD und NSDAP, sondern auch jeglichen Wirtschaftsbetrieb bei Wahlveranstaltungen. Gerade für Bayern bildete der Entzug des „flüssigen Brotes“, des Bieres, ein wirksames „Erziehungsmittel“ zur Beruhigung des Wahlkampfes. In der letzten Wahlkampfwoche wurden in München auch Versammlungen unter freiem Himmel, Auf- und Umzüge sowie Propagandafahrten untersagt, wodurch die Zahl von Kämpfen „mit Zaunlatten, Maßkrügen und Senftöpfen“ weiter abnahm⁵³⁸.

Bei der oppositionellen SPD, deren „Wahlkampf-Uhren“ im Sommer 1930 merklich anders als die der bürgerlichen Kontrahenten tickten, wurde bereits in der dritten Augustwoche das Signal zum „Endkampf“ geblasen. Weil das „Vorspiel“ mit überfüllten Versammlungen und Tausenden von Straßenkundgebungen glänzend verlaufen sei, habe die SPD allein schon durch den bisherigen Wahlkampf einen „inneren Gewinn“ verbuchen können. Die für den Wahlausgang entscheidenden Vorgän-

ge spielten sich aber nicht in den Versammlungen ab, sondern in jenem „unübersehbaren molekularen Prozeß des Volkslebens“, der im Betrieb, in den Wohnungen, auf der Straße, kurz überall dort, „wo zwei Menschen oder mehr ihre Meinungen austauschen“, stattfindet⁵³⁹. Um ein fortschrittliches Image bemüht, führte die SPD den Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 mit einem selbst für ihre Verhältnisse bis dahin unbekannten Aufwand an Propaganda: „Immer gewaltiger wird der Einsatz an Kräften, immer raffinierter die Methoden ihrer Wirksamkeit. Mit den modernsten Mitteln der Technik wird der Kampf der Ideen und Anschauungen ausgefochten. Gestern noch Flugzeug und Schallplatten-Lautsprecher, heute schon ist Tonfilm die jüngste Parole“⁵⁴⁰.

Im Unterschied zu der außerordentlich regen Propagandatätigkeit der Vorwochen, die zum Wahltag hin kontinuierlich eine erregte Stimmung aufgebaut hatte, verlief dieser selbst unerwartet ruhig. Nach einem allgemein als ebenso hektischen wie „hitzigen“ empfundenen Wahlkampf kühlten die politischen Leidenschaften in den letzten Tagen vor dem 14. September merklich ab, sodass aus allen Teilen des Reiches Meldungen über „völlige Ruhe“ einliefen. Selbst am Vorabend der Wahl blieb die Straßenpropaganda der Parteien gering und nicht zu vergleichen mit dem Betrieb vor früheren Reichstagswahlen. Lediglich die Kommunisten, deren Motor- und Radfahrer mit roten Fahnen die Straßen belebten, zeigten sich in stärkerem Maße präsent. Verglichen mit der „Papierflut“ in den ersten Nachkriegsjahren habe sich die Zahl der Flugblätter am Wahlwochenende im September 1930 sehr bescheiden ausgenommen, zumal die Parteien dazu übergegangen waren, verstärkt Wahlzeitungen herauszugeben. Während sich DVP und Zentrum fast ausschließlich auf Plakatierung und Hauspropaganda beschränkten, sorgten allenfalls noch die von der SPD eingesetzten Flugzeuge des „Sturmvogels“ für Aufsehen, die während des Nachmittags über der Reichshauptstadt kreisten. Vermisst wurde im Straßenbild von Berlin vor allem die sonst so rege Wahlpropaganda der DNVP, deren Anhänger kaum noch wie früher die alte Kriegsflagge umherfuhren⁵⁴¹.

Allein der früh einsetzende Hochbetrieb in den Wahllokalen zeugte am 14. September von einem außergewöhnlichen Sonntag, für den Reichsinnenminister Wirth im Übrigen den Ländern auf Drängen des Reichsausschusses Deutscher Katholiken angesichts der „sehr erregten leidenschaftlichen Stimmung in weiten Volkskreisen“ ein Ausschankverbot von Alkohol empfahl⁵⁴². Die Wahlbeteiligung war laut dem *Vorwärts*

am Vormittag stärker als in den Nachmittagsstunden, während sich um 5 Uhr bei Schließung der Wahllokale das übliche Bild zeigte und „in allen Straßen Trupps von Plakatträgern“ nach Hause pilgerten. Zu ernstesten Zusammenstößen kam es in Berlin lediglich abends vor dem Sportpalast, wo die NSDAP eine erste Siegesfeier veranstaltete, die von Krawallen begleitet war. Auch die Wahlnacht verlief zumindest unblutig, obwohl sich an den großen Verkehrskreuzungen, besonders im Zeitungsviertel, wo die sensationellen Wahlresultate im Scheinwerferlicht bekannt gegeben wurden, bis in die späte Nacht große Menschenmassen ansammelten⁵⁴³.

Die neue Qualität in den Propagandamethoden der Weimarer Parteien führte dazu, dass sich die Presse im Sommer 1930 mit der Frage nach dem Wesen des „deutschen Wahlkampfes“ beschäftigte. Der politische Stil in Deutschland befinde sich, so die *Frankfurter Zeitung* Ende August, in einem „Stadium des Gestaltwandels“. Die Methoden und Formen der Agitation seien gegenüber früheren Zeiten „heftiger, blutiger, aber auch raffinierter“ geworden. Zwar könne noch gehofft werden, dass die gewalttätigen Exzesse nur eine vorübergehende Erscheinung darstellten und mit der Wirtschaftskrise wieder verschwinden würden, aber „manche Veränderung beim Wähler entspricht der Veränderung der Agitation“. Vor allem der Schaulust des Wählerpublikums werde von den Parteien immer weiter entgegengekommen, angefangen von den Flugzeugen der SPD, deren Wahlparolen die natürliche Überzeugungskraft besäßen, die Aufforderungen „von oben“ in Deutschland nun einmal hätten, bis hin zu den Wahlversammlungen mit Tonfilmautos, dank denen ein und derselbe Politiker gleichzeitig an beliebig vielen Orten sprechen könne. Die so genannte Parteimaschine habe sich mittlerweile aus einem toten Begriff zu einer „surrenden Tatsache mit Rädern und Kolben“ entwickelt. Während die SPD die Technisierung des Wahlkampfes auf ihre Fahnen geschrieben habe, sah die *Frankfurter Zeitung* in den Reihen der bürgerlichen Parteien noch vielfach Skepsis, mit der etwa Schallplatten oftmals abgelehnt würden, weil die Wähler nicht „reden- de Maschinen“, sondern lebende Menschen in den Versammlungen hören wollten.

Mit der Technisierung, die dem Wahlkampf mehr und mehr den Charakter eines Schauspiels verleihe, gehe aber ein tiefer liegender Prozess des politischen Stilwandels einher, wonach die Ideen selbst „theatralisiert“ würden. Da der Einzelne der modernen „Vervielfältigung des

politischen Betriebs“ nicht mehr ohne weiteres folgen könne, werde verstärkt der „Instinkt“ zu Hilfe gerufen. Die „politische Wildheit“, die nach 1918 zunächst bei den Kommunisten zu beobachten, komme gegenwärtig durch die „nationalsozialistische Pforte“ wieder herein und breite sich leider auch bei den bürgerlichen Parteien aus. Zu erklären sei dies unter anderem mit der zunehmenden Bedeutung des „Spieltriebs“ im politischen Leben, so dass sich die Politik „immer stärkerer ästhetischer Mittel“ bediene. Andererseits sei Gewalt im politischen Kampf bereits so normal geworden, dass sie schon beinahe als natürlicher Bestandteil der Wahlkämpfe gälte⁵⁴⁴.

Zusammenfassung

Der von der *Frankfurter Zeitung* angedeutete politische Stilwandel hängt aus heutiger Sicht ursächlich mit dem Auftritt der NSDAP als Massenbewegung auf der politischen Bühne seit 1929 zusammen. Als „Krisenwahlkampf“ glich der Wahlkampf vom Sommer 1930 in manchem stark dem vom Frühjahr 1924, als ebenfalls auf einer nationalistischen Welle der Unzufriedenheit die radikalen Parteien und ihre Propaganda florierten. Im Unterschied zu damals schien sich vor dem 14. September die politische Situation jedoch erst zu verschärfen und das antirepublikanische Aggressionspotential weiter zuzunehmen, während sich vor dem 4. Mai 1924 bereits erste Entspannungssymptome auswirkten und die politische Radikalität bereits wieder im Abflauen war. Die deutlich nach oben zeigende Kurve politischer Gewalt gab dem Wahlkampf vom Sommer 1930 ein klar unterschiedliches Gepräge gegenüber seinem Vorgänger vom Frühjahr 1928. Staatliche Gegenmaßnahmen sowohl auf Reichsebene als auch besonders von seiten der Länderbehörden erwiesen sich als nicht völlig wirkungslos, sondern dämmten die Gewalt zum Teil erfolgreich ein, was der Wahlkampfführung wiederum eine restriktive Note verlieh. Wenn auch blutige Zusammenstöße gerade auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen Ende August 1930 nahezu täglich aus allen Teilen des Reiches gemeldet wurden, war noch nicht von „Terrorwahlen“ wie 1932 die Rede und schien die Situation noch nicht außer Kontrolle zu geraten, zumal der „Kampf um die Straße“ aufgrund zahlreicher Demonstrationsverbote noch vorwiegend in geschlossenen Räumen stattfinden musste. Erst in den letzten Republikjahren wurden Wahlkämpfe

zum „modernen Krieg mit geistigen Waffen“, wie 1932 der sozialdemokratische Propagandatheoretiker Sergej Tschachotin befand, wenn dies auch angesichts der blutigen bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten mit Dutzenden von Toten aus heutiger Sicht als euphemistische Umschreibung erscheint⁵⁴⁵. Allerdings nahm die politische Gewalt spätestens 1930 kollektiv-systematische Formen an, deren Anwendung sich jedoch immer noch auf die Wahlzeit beschränkte. Interparteiliche Versuche zur Befriedung und Dämpfung der Propaganda hatten im Sommer 1930 angesichts der Verhärtung der Fronten selbst im bürgerlichen Lager kaum noch Chancen, während die radikalen Parteien ihre Wahlpropaganda ohnehin keiner freiwilligen Selbstbeschränkung unterwerfen wollten. Um so mehr waren der Staatsapparat und seine Behörden zur Regulierung des entfesselten Parteienkampfes gefragt. Ihr Bestreben, möglichst demokratische Wahlkämpfe zu gewährleisten, lief praktisch dem Interesse des Staates an „Ruhe und Ordnung“ zuwider. Die Aufhebung radikaler Parteien- oder Betätigungsverbote vor Wahlen sowie die weit gehende Liberalisierung der Zensurvorschriften waren die eine Seite, restriktive Maßnahmen gegen „wildes“ Plakatieren sowie Demonstrations- und Zeitungsverbote die andere Seite staatlichen Wahlkampfverhaltens.

Vergleicht man das Ausmaß an politischer Gewalt in den vier Reichstagswahlkämpfen von 1924 bis 1930, so ist festzuhalten, dass es einen „friedlichen“ Wahlkampf in der Weimarer Republik nicht gab, vielmehr zu jeder Zeit ein Klima latenter Gewaltbereitschaft vorhanden war und Verwundete oder auch Tote zum traurigen Alltag gehörten. Dies unterschied Weimarer Reichstagswahlkämpfe generell von ihren weitgehend disziplinierten Vorgängern im Kaiserreich. Blutige Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern gehörten nach 1918 gewissermaßen zur Normalität in Wahlzeiten, in denen der „Kampf der Weltanschauungen“ von den Parteien zum „Krieg“ stilisiert wurde. Ihren verbalen Mobilmachungen folgte schon 1924 die Militarisierung der Wahlkämpfe durch die uniformierten Wehrverbände der Parteien. Nicht erst in der krisengeschüttelten Spätphase nach 1930, sondern bereits 1928 prägte physische Gewaltanwendung den politischen Kampf, wenn auch noch mit weniger tödlichem Ausgang. In dem Maße, in dem sie die außerparlamentarische Initiative an die aktiven extremen Bewegungen verlor, beteiligte sich auch die Sozialdemokratie an der Klage über das tiefe „sittliche“ Niveau und „Lügenhaftigkeit“ deutscher Wahlkämpfe. Als nun staatstra-

gende Partei sah sie nach 1918 Wahlkämpfe mehr und mehr wie ihre bürgerlichen Konkurrenten als notwendiges Übel denn als Politisierungs- und Profilierungschance an. Bei den extremen Flügelparteien wurde die politische Bedeutung der Wahlkämpfe wiederum abgewertet durch ihre bloße Instrumentalisierung als Mobilisierungs- und Agitationsbühne, wie im nächsten Kapitel näher zu zeigen sein wird. Die in der Weimar-Forschung weithin übliche Unterscheidung, wonach verkürzt gesagt die Reichstagswahlkämpfe im Herbst 1924 und im Frühjahr 1928 infolge der allgemeinen Entspannung unspektakulär und langweilig verliefen, die „Krisenwahlkämpfe“ vom Frühjahr 1924 und vom Sommer 1930 dagegen Höhepunkte der innenpolitischen Auseinandersetzung waren, kann korrigiert werden. Zwar zeigte die politische Gewaltkurve vor dem 7. Dezember 1924 deutlich nach unten, aber über die propagandistische Schärfe des Reichstagswahlkampfes ist damit nichts gesagt. Zudem gaben am 7. Dezember bei hoher Wahlbeteiligung so viele Deutsche wie noch nie zuvor ihre Stimme ab. Von einer „ruhigen“ Wahlbewegung dürfte bei solcher Mobilisierung nur mit Vorbehalt gesprochen werden.

Als einschneidende äußere Veränderung gegenüber der Wahlkampfpraxis im Kaiserreich empfanden die Weimarer Zeitgenossen die vielzitierte „Papierflut“, an deren Entstehung sich nicht mehr nur die SPD beteiligte, sondern auch die bürgerlichen Parteien, obwohl ihre Presse diese „Auswüchse“ der Wahlpropaganda nach wie vor ablehnte. Der „Regen von Flugblättern“, der vor allem das Erscheinungsbild der frühen Reichstagswahlkämpfe bis 1924 bestimmte und in den letzten Tagen vor der Wahl noch einmal answoll, war die wichtigste Facette des negativen Images von Wahlkämpfen in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die lange Vorbereitungszeit der Parteien sowie der erstmals systematische Einsatz neuer „technischer Errungenschaften“ wie vor allem des Filmes geben dem Wahlkampf vom Frühjahr 1928 eine Sonderstellung unter den Reichstagswahlkämpfen der Weimarer Republik. Will man die Abkehr von den traditionellen Konzepten und Werbemitteln hin zu technisierten Multimediaereignissen zeitlich präzisieren, lassen sich die meisten Hinweise in den Wochen vor dem 20. Mai 1928 finden.

Einzelne, womöglich typische Phasen in den Reichstagswahlkämpfen von 1924 bis 1930 zu unterscheiden, fällt schon deshalb schwer, weil die Weimarer Parteien ihnen schon regional je unterschiedliche Zeitpläne zugrundelegten, wenn auch die amtlichen wahltechnischen Bestimmungen gewisse Grenzen und Termine vorgaben. Mit Ausnahme des

Wahlkampfes vom Frühjahr 1928 begannen die Reichstagswahlkämpfe verhältnismäßig unvermittelt und trafen sie die Parteien mehr oder weniger unvorbereitet. Diese versuchten gleichwohl Akzente zu setzen, sei es durch Reichsparteitage oder zentrale Großveranstaltungen, wie sie im Sommer 1930 im Berliner Sportpalast von fast allen Parteien durchgeführt wurden. Schon vorher war die Praxis zu beobachten gewesen, dass die Wahlaufrufe der Zentralvorstände mehr oder weniger gleichzeitig etwa einen Monat vor dem Wahltag erschienen. Deren programmatischer Stellenwert war nicht zu unterschätzen und wuchs nach 1924 in dem Maße, in dem die Zentralisierung und Nationalisierung der Propaganda zunahm. Die „Wahlprogramme“ der Parteivorstände in Berlin gaben den regionalen Organisationen die wichtigsten Parolen vor und schlugen sozusagen den Grundakkord an. Hatte der Parteivorstand gesprochen, konnte die eigentliche „heiße“ Wahlkampfphase als eröffnet gelten.

Wenn auch in den 1920er-Jahren die regionalen Besonderheiten immer mehr zugunsten reichspolitischer Einflüsse und Faktoren an Bedeutung verloren und die vor 1914 einsetzende Nationalisierung der Wahlkämpfe weiter voranschritt, spielte sich die praktische Wahlarbeit naturgemäß weiterhin auf Stadt- und Landkreisebene unter den dort je bestimmenden Verhältnissen ab. Hier wurde die eigentliche Klein- und Hausagitation organisiert und mussten etwaige Direktiven der Berliner Parteizentralen von den Wahlkreisverbänden und Ortsgruppen in konkrete Aktionen „vor Ort“ umgesetzt werden. Im engeren Sinne lief jeder Reichstagswahlkampf von 1924 bis 1930 gemäß den regionalen politisch-kulturellen Besonderheiten der einzelnen Länder nach je verschiedenen Regeln ab. Bestimmte Wahlkreise wie etwa die Reichshauptstadt oder die besetzten Gebieten konnten quasi eine natürliche Sonderstellung beanspruchen.

Gleichwohl schien es schon den Weimarer Zeitgenossen unstrittig zu sein, dass gewisse Richtlinien der Wahlkampfführung allgemeine Gültigkeit für das ganze Reich beanspruchten. Anders aber als auf der inhaltlichen Ebene, wo bereits ein flüchtiger Blick in die regionale und lokale Presseberichterstattung bei aller unterschiedlicher Akzentsetzung die gleichen Feindbildstereotypen, Themen und Argumentationsstrukturen offenbarte wie die überregionale oder von den Parteizentralen herausgegebene Propaganda, konnte es passieren, dass in einigen Kreisen die erste Wahlversammlung erst Wochen nach der Eröffnung des Wahl-

kampfs durch die Berliner Reichsparteiführung stattfand. Schließlich unterlag die Wahlkampfführung der Parteien auch objektiven Beschränkungen, wie etwa leeren Kassen oder der vor Reichstagswahlen allerdings stets mehr befürchteten als wirklich vorhandenen Wahlmüdigkeit. Nur halbvolle Versammlungen ließen zusammen mit der innen- wie außenpolitischen Entspannung etwa den zweiten Reichstagswahlkampf des Jahres 1924 äußerlich als „flau“ erscheinen. Dass die Parteikämpfe aber alles andere als das waren, vielmehr mit größerer Wucht denn je zuvor die Fronten des schwarzrotgoldenen und des schwarzweißroten Deutschland aufeinanderstießen, wird weiter unten ausgeführt. Das von den Parteien inszenierte Propagandaschauspiel dürfte wesentlich zur politischen Mobilisierung am 7. Dezember 1924 beitragen haben, der zum Verfassungsplebiszit stilisiert wurde und so mehr Wähler als erwartet an die Urnen zog.

Kapitel 5

Der Wahlkampfstil der Weimarer Parteien

„Der Wahlkampf ist vorbei – Zäune, Säulen, Schilder sind wieder von allerhand Schmutz befreit“⁵⁴⁶. Dieser Stoßseufzer kurz nach der Reichstagswahl im Juni 1920 scheint charakteristisch für das Denken derjenigen Weimarer Zeitgenossen, die Wahlkampf in erster Linie als eine „Schmutzflut“ überhand nehmender Propaganda wahrnahmen, als geschriebene oder gesprochene Polemik in Flugblättern, Plakatanschlägen, Reden und Artikeln oder gar in Form von blutigen Saal- und Straßenkämpfen. Das Werben für die politische „Weltanschauung“ sollte gemäß bildungsbürgerlichem Ideal wenn überhaupt mit den traditionellen „vornehmen“ Mitteln wie der Versamlungsrede oder dem Zeitungsartikel geschehen. Die auf Massenwirkung zielenden Wahlkämpfe und ihre „laute Agitation“ wurden als Störung des inneren, sozialen Friedens und des „Geistes der Volksgemeinschaft“ gedeutet, der durch den „Kampf aller gegen alle“ ersetzt werde. Es sei zum Jammern, klagte Josef Buchhorn, preußischer Landtagsabgeordneter der DVP, im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924, „wenn man dieses Schauspiel ansehen muss, wie sich da wertvolle Kräfte, die für das Ganze nutzbar gemacht werden sollten, gegenseitig“ aufhoben⁵⁴⁷.

Überzeugung quer durch alle bürgerlichen Parteien war, dass diejenigen Gruppen den größten Zulauf hätten, deren Propaganda die „im Volke schwingenden Gefühlsseiten“ am stärksten anzuschlagen in der Lage sei, schrieb Julius Steinberg angesichts des nationalistischen Stimmentzettels vom 4. Mai 1924 über „Reichstagswahlen und Volks-Psychologie“. Parteien wie die DDP, die eine „Verstandespolitik“ verträten, schnitten um so schlechter ab, „je heftiger die Volksleidenschaften durch die Ungunst der Zeiten und die Demagogie der politischen Kurpfuscher aufgewühlt“ seien⁵⁴⁸. So wurde aus liberaler Sicht im Mai 1924 ein neuer „Tief-

stand“ in der deutschen Wahlgeschichte beobachtet. Die Propaganda dieser Reichstagswahl sei nicht nur jeder „höheren Idee“ entkleidet, sie gleiche dem „ruhlosen und widerlichen Gaskrieg“, dem man nur mit einer Maske geschützt begegnen könne: „Neben dieser Stinkbomben-Kunst, die Wahlzettelüberzeugung schafft, ruht die politische Gleichgültigkeit des Nurgeschäftsmannes, des boxkampfbegeisterten Philisters und des Fußballfanatikers“, der sich nur aufgrund persönlichen Ärgers, mehrmals gelesener Schlagworte oder sonstiger Zufälligkeiten entscheide. Gegen diese „Verwilderung“ müssten alle Demokraten mit den „Mitteln einer anständigen und sachlichen Polemik“ ankämpfen⁵⁴⁹.

In konservativen Kreisen mischte sich die Ablehnung der Massendemokratie mit tiefer Verachtung des Wahlkampfes und seiner Erscheinungsformen. Die Agitation der Parteien wurde hier abgewertet zum Chaos der Versprechungen, in dem das an sich schon hässliche Gesicht der Politik seine wahre Fratze entblöße. Aus den Reihen der bündisch-nationalen Jugend wurden nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 als „Bilanz des Wahlkrampfs“ die Fehler des angeblich mechanistischen Wahlsystems und der „plutokratischen“ Parteiendemokratie aufgezählt: „Wochenlang ist der souveräne Staatsbürger mit Wahlseife, Grammophonplatten, Reden, Lügen und Versprechungen bombardiert worden. Nun darf er wieder vier Jahre den Schlaf der Gerechten schlafen“⁵⁵⁰.

Wie weit auch das republikanische Deutschland noch von einem wirklich demokratischen Verständnis des politischen Kampfes entfernt war, beobachtete der Historiker Ernst Troeltsch anlässlich des ersten Reichstagswahlkampfes vom Frühsommer 1920. Hinter der im Wahlkampf von den Parteien gezeigten „Gesinnung der notwendig zu wagenen Entscheidungsschlacht“, die der „Verwickeltheit der wirklichen Dinge“ nicht gerecht werde, entdeckte Troeltsch Grundsätzliches: „Es liegt dem Deutschen noch nicht, den Lärm des Wahlkampfes für unentbehrlichen Tamtam zu halten, der hinterher dann nicht mehr ernst genommen wird, wenn er nur erst seine Schuldigkeit getan hat. Er liebt bis jetzt den verbohrten Hass und ein bramarbasierendes Schimpfen, das jede politische Zusammenarbeit hinterher unmöglich macht, aber den selbstzufriedenen Dickköpfen eine hohe persönliche Genugtuung bereitet“⁵⁵¹.

Die Einstellung der Weimarer Parteien zu Wahlkämpfen war nicht nur durch solch vordemokratische Denktraditionen belastet, sondern musste fast zwangsläufig gespalten sein, da sie einerseits wichtiges Forum der Selbstdarstellung mit dem Ziel des Machterwerbs waren, ande-

rerseits aber den Parteiorganisationen immer wieder große Finanzprobleme verursachten. Schon ein flüchtiger Blick auf die immensen Wahlwerbekosten lässt freilich erkennen, welch hoher Stellenwert den Wahlkämpfen im Organisationsleben der Weimarer Parteien zugemessen wurde. Ohne dass es für sie eine Wahlkampfkosten-Rückerstattung durch den Staat gab, bestritten die ohnehin unter ständigen Geldproblemen leidenden Parteien ihre Wahlkampagnen ausschließlich aus eigenen oder gesammelten Mitteln. Das neue Wahlsystem der Weimarer Republik stellte auch die bürgerlichen Parteien zwangsläufig vor die Notwendigkeit, den vor 1914 nur halbherzig betriebenen Wandel vom Honorationsverein zur Mitglieder- beziehungsweise Massenpartei zu forcieren. Vorbild sein konnte ihnen die Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie mit ihrem festgefügtten Parteiapparat sowie der flächendeckenden Gliederung von der Ortsgruppe bis hin zu den Landesverbänden und dem Reichsparteivorstand. Vor allem die liberalen Parteien unternahmen in den 1920er-Jahren – letztlich erfolglos – Versuche der Organisationsreform, während sich das Zentrum wie im Kaiserreich auf die zahlreichen kirchlich-katholischen Vereine stützte und die DNVP die stark heterogene und regional unterschiedliche Struktur der alten Konservativen beibehielt. Zentralisierte und professionelle Werbearbeit blieb aber bei allen Weimarer Parteien noch die Ausnahme und war wenn überhaupt in Wahlzeiten anzutreffen. Immerhin wurden 1918/19 bereits von den bürgerlichen Parteien zentrale Hauptgeschäftsstellen geschaffen, die sich um Fragen der reichsweiten Organisation und Propaganda kümmerten. Anders als die KPD oder die NSDAP, welche mit der Zentral-Agitprop beziehungsweise der Reichspropagandaleitung über ähnliche Gremien verfügten, in denen sich Parteiaktivisten, Journalisten oder Werbefachmänner mit der Vorbereitung und Führung von Wahlkämpfen beschäftigten, besaß die SPD bis zur Gründung der Werbeabteilung beim Parteivorstand 1928/29 keine vergleichbare zentrale Propagandastelle⁵⁵².

Für die eigentliche Wahlarbeit waren meist journalistisch geschulte Funktionäre oder Abgeordnete vor Ort verantwortlich, die in den lokalen Propaganda- oder Wahlausschüssen ihrer Parteien die jeweiligen Beschlüsse und Vorgaben der Reichsparteileitung in Aktionen umsetzten. Schon die äußeren Lebensdaten der Landesgeschäftsführer oder regional verantwortlichen Parteisekretäre festzustellen, bedarf der intensiven lokalgeschichtlichen Forschung und kann an dieser Stelle nicht geleistet

werden. Auf der Ebene der **Hauptgeschäftsführer oder Reichsgeneralsekretäre** hielten, wie in der Wirtschaft, wo nach 1918 der Unternehmer alten Stils mehr und mehr einem neuartigen Direktorentyp wich – für den sich der amerikanische Begriff des „Managers“ einbürgerte –, in den Weimarer Parteien die hauptamtlichen Angestellten des Parteiapparates Einzug. Mit ihnen entstand eine neue Gruppe von Berufspolitikern, die Politik zunehmend im technokratischen Sinne vor allem als Verwaltungsarbeit betrachteten. Wenn sie auch eng mit den jeweiligen politischen Führungen zusammenarbeiteten und ihr Einfluss mit Sicherheit den manch eines Reichstagsabgeordneten übertraf, zählten sie nur bedingt zur eigentlichen Parteispitze. Die Weimar-Literatur gibt über diesen in der Öffentlichkeit kaum bekannten Personenkreis nur karge biographische Auskünfte.

Den Wahlkampf des Zentrums für die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 leitete der damals 44-jährige Maximilian Pfeiffer, ein erfahrener Politiker, der seit 1907 Reichstagsabgeordneter war und 1918/19 als Mitglied des Reichsausschusses das in Berlin angesiedelte Generalsekretariat begründete. Pfeiffer war von 1912 bis zur Revolution auch Bibliothekar an der Königlichen Hof- und Staatsbibliothek in München und den Worten Rudolf Morseys zufolge ein „unternehmungslustiger“ Generalsekretär, als promovierter Philologe literarisch ambitioniert und in den Wahlkämpfen nicht zuletzt durch das Abfassen von Flugblättern und die Redaktion der Flugschriftenreihe aktiv⁵⁵³. Sein 13 Jahre jüngerer Bruder Anton leitete seit 1919 das Generalsekretariat der BVP in München, bis er auf eigenem Wunsch 1927 zurücktrat und von Josef Österle abgelöst wurde. Maximilian Pfeiffer gab das Amt des Generalsekretärs des Zentrums bereits nach der Reichstagswahl 1920 an seinen damals knapp 30-jährigen Referenten Heinrich Vockel ab. Als Angehöriger der „jungen Generation“ war dieser im Unterschied zu Pfeiffer ein Vertreter der neuen, technokratisch orientierten Politikerkaste, die innerhalb der freilich noch kaum zentralisierten Parteiapparate die Weimarer Politik mitgestalteten. Nach dem Studium der Landwirtschaft und Nationalökonomie, das er mit einer Dissertation über die „Die Handwerke der Stadt Paderborn und die dortigen Organisationsbestrebungen“ abschloß, war Vockel im Krieg mehrfach ausgezeichnet worden und bei Kriegsende Oberleutnant der Reserve. Ende 1918 in den Paderborner Kommunaldienst eingetreten, wechselte er 1920 nach Berlin in die von Pfeiffer organisierte Parteizentrale des Zentrums, für das er von 1930 bis 1933

auch im Reichstag saß. Als Generalsekretär seit 1922 zeigte sich der keinem Parteiflügel zugehörige Vockel wie sein Amtsvorgänger nicht zuletzt in Reichstagswahlkämpfen äußerst rege, entwarf Redesketzen, Broschüren sowie Flugblätter, war als Wahlredner unterwegs und ein wichtiger Artikellieferant für die Zentrumsresse⁵⁵⁴. Zu Vockels formellem Stellvertreter wurde 1922 der drei Jahre jüngere Heinrich Krone bestimmt. Seine eigentliche Aufgabe bestand in der Reichsgeschäftsführung der Deutschen Windthorstbünde. Durch die Herausgabe der Monatsschrift *Das junge Zentrum* bildete Krone ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der Partei und den katholischen Jugendverbänden. Wie für die an profilierten Spitzenfunktionären knappen Parteien der Weimarer Republik üblich, war seine Tätigkeit durch die gleichzeitige Ausübung mehrerer Ämter geprägt, unter anderem auch als Reichstagsabgeordneter des Zentrums⁵⁵⁵.

Die gleiche Funktion wie Vockel im Zentrum übte in den 1920er-Jahren unter der Bezeichnung eines Reichsgeschäftsführers Werner Stephan als Nachfolger von Hermann Schreiber innerhalb der DDP aus. Über seine Tätigkeit sind wir nicht zuletzt durch die von ihm selbst geschriebene Parteigeschichte sowie seine Erinnerungen vergleichsweise gut unterrichtet. Stephan, Jahrgang 1895, hatte Volkswirtschaft studiert und war seit 1922 in der Berliner DDP-Zentrale tätig, wo er als „junger Mann“ und rechte Hand des neuen Vorsitzenden Erich Koch-Weser galt. Noch stärker als Vockel verkörperte Stephan den Typus des modernen, akademisch gebildeten Parteiangestellten. Sein Name steht neben dem von Anton Erkelenz für den Versuch einer Reform beziehungsweise Modernisierung der linksliberalen Parteistrukturen. Zur Verbesserung der Organisationsarbeit führte Stephan detaillierte Fragebögen für die regionalen Parteiorganisationen ein und systematische Analysen über Wahlen und Wahlverhalten durch⁵⁵⁶. Infolge des rasanten Wählerschwunds der DDP nach 1920 resignierte Stephan schließlich und wechselte 1929 in die Presseabteilung der Reichskanzlei, wo er bis 1945 tätig war.

In der NSDAP fühlte sich bis 1930 aufgrund des Führungs- und Kompetenzenwirrwarrs eine ganze Reihe von Personen für die zentrale Propaganda- und Wahlkampfarbeit im Reich verantwortlich. Nominell deckte in der Frühphase der Partei Hermann Esser diesen Bereich ab, während Adolf Hitler als „Trommler“ mehr die praktische Agitation bestimmte. Reichsgeschäftsführer der NSDAP nach ihrer so genannten Wiedergründung im Februar 1925 wurde Philipp Bouhler, dessen Einfluss auf die

konkrete Propagandatätigkeit aber trotz des scheinbar hohen Parteiamtes gering blieb⁵⁵⁷. An der Spitze der neuen Reichspropagandaleitung stand ab 1926/1927 Gregor Straßer, der die faktische Geschäftsführung wiederum seinem Stellvertreter Heinrich Himmler überließ, dessen „bürokratischer Perfektionismus als Parteimanager“ von dem Gedanken ausging, Propaganda „generalstabsmäßig“ planen zu können⁵⁵⁸. Eine neue Phase in der Reichspropagandaleitung, die erst im September 1932 vollständig von München nach Berlin umziehen sollte, begann im Frühjahr 1930 mit der Berufung von Joseph Goebbels, der als Gauleiter von Berlin bereits seit 1926 Erfahrungen in den Wahlkämpfen der Hauptstadt gewonnen hatte. Er kannte nicht nur die Propagandamethoden der Linksparteien sehr genau, sondern mischte sich wie Hitler auch immer wieder selbst in die Agitation ein, nicht zuletzt durch das Verfassen von Flugblättern⁵⁵⁹.

So gut erforscht die Biographie und das Wirken eines Joseph Goebbels ist, so wenig wissen wir über seine Pendanten in den bürgerlichen Rechtsparteien der Weimarer Republik. Selbst in speziellen Parteiendarstellungen tauchen die Namen der zentralen Propagandaleiter nur selten auf. Das Amt eines Hauptgeschäftsführers der DNVP hatte zunächst der 1883 geborene Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau inne, bis er 1920 durch Max Weiß abgelöst wurde, zugleich leitender Redakteur der DNVP-Schriftenvertriebsstelle. Weiß, promovierter Philologe und ehemals aktiver Offizier, unterschied sich schon aufgrund seines Alters – er war Jahrgang 1874 – von den anderen „Wahlkampfmanagern“. Im Krieg zunächst Bataillonskommandeur, dann 1917/18 Abteilungsleiter im Kriegspresseamt, war er 1919 Landesgeschäftsführer der DNVP im Wahlkreis Potsdam I und ein Jahr später Hauptgeschäftsführer geworden, was er bis Anfang der 1930er-Jahre blieb⁵⁶⁰.

Typisch für alle bürgerlichen Parteien war ein Mangel an Funktionären, die den Wahlkampf auf regionaler und lokaler Ebene als „Agitatoren“ bestritten. So suchte die Koblenzer Wahlkreisgeschäftsstelle der DVP, deren Reichsgeschäftsführung in den 1920er-Jahren Gustav Wittig ausübte, im Frühjahr 1928 per Anzeige einen „Untergeschäftsführer für die Wahlzeit, rede- und schriftgewandt, zur Agitation gegen Wirtschaftspartei und Bauernsonderliste, vertraut mit Landwirtschaft und Weinbaufragen speziell in Westdeutschland (Rheinland)“. Mit Beginn der Wirtschaftskrise schien sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage aber auch in diesem Bereich umzudrehen, da nun die Stellengesuche

überwogen. Im Sommer 1930 bot sich für den Reichstagswahlkampf ein „erfahrener, politisch gründlich geschulter Journalist“ an, „auf dem Boden der DVP stehend, der mehrere Wahlkämpfe erfolgreich mitgemacht hat (in Baden, Hessen und im Rheinland), guter Redner und sehr befähigter Propagandist (Entwerfen von Flugblättern, Aufrufen und dergl.)“ sei und eine „journalistische oder agitatorische Tätigkeit“ suche. Ebenfalls seine „Wahlhilfe“ für den 14. September 1930 offerierte ein „bestens empfohlener, erfolgreicher, langjähriger Redakteur“, der „bei bescheidenen Ansprüchen zur Reichstagswahl geeignete journalistische Aushilfstätigkeit“ ausüben wollte⁵⁶¹.

Während die bürgerlichen Parteien über Personalmangel im Bereich der Agitation klagten, schienen die Weimarer Linksparteien und insbesondere die KPD mit „Agitatoren“ reichlich gesegnet zu sein. Die praktische Propaganda der KPD wurde an zentraler Stelle von Hugo Eberlein und Ernst Schneller geleitet. Als das Mitglied des Zentralkomitees der KPD, das sich um die Durchführung der Reichswahlkämpfe kümmern sollte und als eine Art zentrale Anlaufstelle fungierte, trat der 1924 in den Reichstag gewählte Ernst Torgler auf, ab 1929 auch Vorsitzender der kommunistischen Reichstagsfraktion⁵⁶².

Innerhalb der SPD fiel die zentrale Organisation der Reichstagswahlkämpfe in den ohnehin schon prallen Aufgabenbereich des nur etwa zehnköpfigen Berliner Parteivorstands. Angesichts des hohen Stellenwerts der „Stimmzettelskämpfe“ für die SPD mag überraschen, dass es bis zur Einrichtung der Werbeabteilung 1928/29 keine hauptamtlichen Mitarbeiter gab, die für die Organisation und Propaganda sowie der zentralen Steuerung der Wahlkämpfe zuständig waren. Als redaktioneller Leiter der seit 1911 bestehenden, aber 1922 infolge der Inflation aufgelösten „Flugblattzentrale“ beim Parteivorstand war Konrad Haenisch, Jahrgang 1876, zwar formell für diese Fragen beim Parteivorstand verantwortlich. Seine Inbeschlagnahme durch zahlreiche andere Funktionen und Ämter ließen den wichtigen Bereich jedoch bereits vor Haenischs frühem Tod im April 1925 mehr oder weniger verwahrlosen, sodass es dem Parteikassierer Konrad Ludwig oblag, auf Reichsparteitagen über Organisation und Propaganda zu referieren⁵⁶³.

Nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 reorganisierte aber auch die SPD ihre Führungsstruktur und richtete beim Parteivorstand eine neue Werbeabteilung ein. Mit dem Aufbau wurde der hauptamtliche Parteisekretär Friedrich Heine beauftragt, Jahrgang 1904, seit 1925 als

Volontär und persönlicher Referent Ludwigs mit Organisationsfragen und der Parteipresse beschäftigt. Zum nominellem Leiter der Abteilung berief der Vorstand 1930 den weitaus älteren Redakteur Richard Hauschildt, der sich jedoch ausschließlich mit der Redaktion der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ befasste, einer wichtigen Informationsquelle für die Funktionäre. Als „technischer Leiter“ der Werbeabteilung war es daher Heine, der die Werbe- und Wahlkämpfe der SPD auf zentraler Ebene bis 1933 propagandistisch bearbeitete. Wenn auch nicht akademisch gebildet, gehörte er zur „jungen Generation“ der Weimarer Republik und spezialisierte sich als Fachmann für Werbe- und Propagandaarbeit, ohne allerdings nach außen hin als Repräsentant sozialdemokratischer Politik stärker in Erscheinung zu treten⁵⁶⁴.

Versuche der Modernisierung liberaler Parteistrukturen

Obwohl die DDP in der Vorstellung ihrer Gründer eine Massenpartei nach Vorbild der SPD werden sollte, blieb liberale Parteiarbeit auch nach 1918 auf die Zeit der Wahlen konzentriert und behielt man die eher lockere Organisationsform weitgehend bei – so etwa lautet das Verdikt über die eben „nicht ganz geglückte Anpassung“ der Linksliberalen an die massendemokratische Wirklichkeit⁵⁶⁵. Gleichwohl zeigte sich die DDP nach 1918/19 mehr als ihre bürgerlichen Konkurrenten bemüht, auch auf bislang verpönte „marktschreierische“ Mittel und Methoden moderner Reklametechnik in ihrer Wahlpropaganda zurückzugreifen. Dahinter stand die Überzeugung, dass langatmige stilvolle Abhandlungen nach altem Muster wertlos geworden seien. Das Programm der Partei müsse vielmehr wie ein „neuer Artikel“ schlagwortartig auf Plakaten und Flugblättern angepriesen werden. Die Bedürfnisse und Erwartungshaltungen der Konsumenten von Parteienwerbung müssten stärker berücksichtigt werden, wobei die englische und amerikanische Bildpropaganda während des Krieges ausdrücklich als vorbildhaft galt. Es war in den 1920er-Jahren vor allem der Mitvorsitzende Anton Erkelenz, der innerhalb der Führung der DDP darauf beharrte, dass zu einer modernen Parteiorganisation neben Massenwerbung auch die beständige Kleinarbeit zwischen den Wahlkämpfen sowie der Aufbau eines festen Mitgliederstammes gehöre, wodurch zugleich das Problem der Parteifinanzierung in den Griff zu bekommen sei. Obwohl 1918/19 kurzfristig eine Massen-

anhängerschaft vorhanden war sowie neben der Reichsgeschäftsstelle regionale und lokale Parteisekretariate eingerichtet wurden, musste der dramatische Mitglieder- und Wählerschwund der DDP in den 1920er-Jahren jeden solcher Ansätze zur Organisationsreform erschweren, wenn nicht gar verhindern.

Als den Ortsgruppen nächst übergeordnete Instanz fungierten die Wahlkreisverbände, von denen der Parteitag, das höchste Organ der DDP, sowie der Parteiausschuss mit Delegierten beschickt wurde. Dem 23-köpfigen Parteivorstand, dem die beruflich und thematisch gegliederten Reichsausschüsse beigeordnet waren, oblag die politische Führung der Partei. Verantwortlich für die zentrale Werbearbeit und die Führung von Reichstagswahlkämpfen war die in Berlin ansässige Reichsgeschäftsstelle, das so genannte Büro der Parteileitung. Als dessen Geschäftsführer klagte Stephan darüber, dass unter den „geistig überheblichen Demokraten“ moderne Propagandamethoden wie die „Kunst der Wiederholung“ und andere Techniken nur auf wenig Verständnis gestoßen seien⁵⁶⁶. Es charakterisierte die DDP, dass sie Wahlkämpfe einerseits als „Mittel politischer Erziehung“ bejahte, mit dem das Volk im „vernünftigen“ Parteisinne politisiert werden sollte. Andererseits artikulierten die Demokraten immer auch Bedenken, ja Abscheu gegenüber dem „wochenlangen Trommelfeuer“ von Propaganda in Reichstagswahlkämpfen⁵⁶⁷. Zwar bräuchten diese in einer Demokratie keine politischen „Anstandskurse“ zu sein und seien gewisse Übertreibungen unvermeidlich, so die *Frankfurter Zeitung* Anfang Juli 1932. Aber „derartige Orgien der Entstellung und Verleumdung zu entfesseln, wie sie das demokratische und republikanische Deutschland während all dieser Jahre und mit sich immer steigender Schärfe hat über sich ergehen lassen müssen“, schadeten der parlamentarischen Demokratie⁵⁶⁸.

Die Überzeugung, dass die „werbende Kraft der Idee“ der Unterstützung durch Agitation und Propaganda bedürfe, um sich bei den Wählern durchzusetzen, veranlasste die Demokraten andererseits, sich bereits im Wahlkampf 1918/19 intensiv mit neuen Formen der Massenpropaganda zu beschäftigen. Lokale Parteiorganisationen richteten Werbebüros ein, dessen Mitarbeiter mit den Methoden „amerikanischer Reklame“ vertraut waren, und auch die Berliner Führung der Partei zeigte sich entschlossen, mit neuen Agitationsmitteln im Reich zu werben. Dank großzügiger Unterstützung aus der Wirtschaft war die DDP vor dem 19. Januar 1919 in der Lage, „ihre Werbeaktionen in einem Stil zu entfal-

ten, der in der Geschichte deutscher liberaler Parteien bisher unbekannt war⁵⁶⁹. Anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung befasste sich der Geschäftsführende Ausschuss der DDP als vorläufiger Vorstand seit Anfang Dezember 1918 mit den Wahlkampf vorbereitungen. Dank seiner Sitzungsprotokolle lässt sich beispielhaft nachverfolgen, welche Fragen der Wahlarbeit in den Führungsgremien der Weimarer Parteien behandelt wurden, von der Entstehung des zentralen Wahlaufrufs, der Herstellung und Auswahl von Plakaten, der Unterstützung für die Wahlkreisvereine, über die Kandidatenfrage der Reichswahlliste bis hin zur Analyse des Ergebnisses. Da für den bereits laufenden Wahlkampf dringend Agitationsmaterial benötigt wurde, beauftragte der Ausschuss Ende 1918 mehrere „sachverständige“ Reichstagsabgeordnete damit, Flugblätter an die verschiedenen Wähler- und Berufsgruppen zu schreiben.

Ideen zur praktischen Nutzung neuer „amerikanischer“ Propagandamethoden kamen unter anderem von Otto Nuschke, der ein „Film-drama“ vorschlug, das an allen deutschen Theater- und Filmbühnen gezeigt werden solle, dessen Realisation aber aus Kostengründen – veranschlagt waren 15 000 Mark – abgelehnt wurde⁵⁷⁰. Unter dem Eindruck des zurückliegenden Wahlkampfes stellte Nuschke auf dem ersten Reichsparteitag der DDP im Juli 1919 fest, dass bei der Wahlarbeit immer noch „Flugblätter, Redner und Geld“ am wichtigsten seien. Während der wenigen Wochen des Wahlkampfes habe, so Nuschke, allein die neue Reichsgeschäftsstelle 63 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 15 Millionen Stück herausgegeben. Als Lehre aus dem Wahlkampf müsse man künftig versuchen, die Organisation auf eigene finanzielle Füße zu stellen, sprich eine Finanzierung durch Mitgliederbeiträge zu erreichen, damit die DDP „niemals in die Abhängigkeit wohlmeinender Kapitalisten oder gar von Interessenten“ gerate – eine Forderung, für die Nuschke laut Protokoll „lebhaften Beifall“ erntete⁵⁷¹.

Vor allem auf die Aktivität ihres rührigen Hauptgeschäftsführers Werner Stephan war es zurückzuführen, dass sich die DDP schon frühzeitig auf die 1924 anstehenden Reichstagswahlen vorbereitete. Bereits im Juni 1923 forderte Stephan die Wahlkreisvorstände der Partei auf, mit den Planungen für die Wahl zu beginnen. Wichtig sei vor allem die rechtzeitige Aufstellung der Spitzenkandidaten, da für deren Agitation bei der jetzigen Größe der Wahlkreise die zwei oder drei Monate vor der Wahl nicht mehr ausreichten. Wolle etwa ein neuer Wahlkreiskandidat noch vor der für den Sommer 1924 geplanten Reichstagswahl bekannt werden,

müsse er vielmehr spätestens im August 1923 aufgestellt werden. Schon jetzt habe sich, so Stephan, die Partei daher überall „schlagfertig“ zu machen, zumal auch eine vorzeitige Reichstagsauflösung nach Beendigung des Ruhrkampfes und damit ein Wahltermin bereits im Winter möglich sei⁵⁷². Angesichts des durch die Nachwirkungen der Inflation stark in Mitleidenschaft gezogenen Parteiapparates bemühte sich der Reichsgeschäftsführer der DDP 1923/24 besonders, die Aktivität und Eigeninitiative der Anhänger vor Ort für den Wahlkampf zu stärken. Ihnen teilte er seine Überzeugung mit, dass sich in Deutschland die „amerikanischen Reklamemethoden“ durchsetzen würden, etwa Wagenkolonnen oder Umzüge mit Musik, selbst so genannte „Sandwichmen, d. h. Prozessionen von Schilderträgern“. Stephan appellierte deshalb an die Parteiaktivist*innen vor Ort, bei diesen Dingen „nicht allzu hochnäsiger“ zu sein; vielmehr müsse sich ein geschickter Agitator sowohl der alten Propagandamittel als auch dieser „Scherze“ sowie des Kinos oder der Lichtbilder bedienen, um zum Erfolg zu kommen⁵⁷³. Bereits einen Monat vor der Reichstagsauflösung Mitte März 1924 kündigte Stephan an, den Wahlkampf jetzt auch „geistig“ vorzubereiten, weshalb die Reichsgeschäftsstelle der DDP das zentrale Agitationsmaterial ab Ende Februar 1924 bereitstelle. Weil es aber andernfalls unmöglich sei, bis zur Wahl am 4. Mai eine weitere Steigerung der Propaganda zu erreichen, dürfe der „eigentliche Wahlkampf“ in der Öffentlichkeit noch nicht begonnen werden, sondern müsse vielmehr „kurz und schlagend“ sein. Stephan warnte die noch von der Inflation geschwächten Partei ausdrücklich vor einem zu frühen Verschleiß ihrer Kräfte, sondern mahnte zum rationellen Einsatz der vorhandenen Propagandamittel⁵⁷⁴.

Welche Werbemittel die DDP in den Wahlkämpfen einsetzte, darüber geben die von der Reichsgeschäftsstelle verschickten Materiallisten Auskunft. Aus dieser Art Katalog der in Berlin hergestellten „Produkte“ konnten die Parteigliederungen je nach Bedarf und finanziellen Möglichkeiten bestellen. Vor dem 4. Mai 1924 wurden neben Plakaten und Flugblättern – unterteilt in allgemeinpolitische und berufsgruppenspezifische – die Wahlbeilagen des Demokratischen Zeitungsdienstes, „Schlagworte für den Wahlkampf“, Rededispositionen und schließlich ein von Erkelenz verfaßter „Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlwerber“ angeboten. Vor dem 7. Dezember 1924 unterteilte Stephan die merklich längere Materialliste der DDP nach Flugblättern sowie den meist auch als Flugblatt veröffentlichten Reden prominenter Demokra-

ten, den so genannten Materialien zur Demokratischen Politik, die sich mit einzelnen Gegnern der DDP oder speziellen Themen beschäftigten, sowie den Plakaten und schließlich dem „Sonstigen“, worunter Handzettel, Schlagwortsammlungen, Verse, Rededispositionen, eine Wahlzeitung sowie ein Taschenkalender für Frauen und eine Sammlung von „Musterinseraten“ für die Pressepropaganda fielen⁵⁷⁵.

Nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924, in der die DDP noch einmal mit einem „blauen Auge“ davon gekommen war, kritisierte insbesondere Erkelenz, dass die bisherigen Agitationsmethoden der Partei gescheitert seien. Die Konzentration auf öffentliche Versammlungen während des Wahlkampfes sei für sie jetzt noch weniger ausreichend als für die größeren Parteien. Dringender denn je müsse jetzt die Wahlpropaganda der DDP reformiert werden⁵⁷⁶. Als eine weitere große Schwäche der Partei wurde auch in den folgenden Reichstagswahlkämpfen neben der Finanzierung immer wieder das Fehlen einer flächendeckenden Parteipresse beklagt⁵⁷⁷. Welchen Fortschritt zumindest die zentrale Propaganda der DDP nahm, signalisierten die Materiallisten der Berliner Reichsgeschäftsstelle vom Frühjahr 1928. Nach den darin an erster Stelle aufgeführten Plakaten bestand das schriftliche Werbematerial aus den demokratischen „Führerreden“, den allgemeinpolitischen Flugblättern – das waren der zentrale Wahlauf Ruf sowie der Aufruf zu den parallelen Preußenwahlen – und den Berufsgruppenflugblättern. Neu im Angebot der Parteizentrale waren die von Stephan ins Leben gerufene Schriftenreihe für politische Werbung sowie kolorierte Bilderbogen. Ebenfalls neu waren Bildpostkarten, Klebezettel mit Plakatmotiven und zwei Wahlfilme – ein Spielfilm und ein kurzer Zeichentrickfilm. Grammophonplatten mit den Reden der Parteiführern, eine Lichtbildserie sowie Musterinserate – „kurze Texte in gediegener Aufmachung“ – vervollständigten die modern anmutende Liste der Werbemittel der DDP im Frühjahr 1928⁵⁷⁸.

Die Modernisierungsbemühungen der Parteispitze führten dazu, dass sich nun auch in den Wahlkreisen öfters Gedanken über eine Verbesserung der Partei- und Wahlkampforganisation regten. Die Arbeit der Reichsgeschäftsstelle, die auf eine Zentralisierung der Propaganda und Wahlkämpfe zielte, stieß jedoch immer wieder auf Widerstände in Form von regionalem Eigenständigkeitsstreben. Im liberalen Stamm- land Baden etwa übte der Parteiführer Hermann Dietrich nach dem Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 heftige Kritik an der Berliner

Zentrale. Diese müsse, so Dietrich, in Zukunft mehr als bisher berücksichtigen, dass „die Wahlarbeit im Reiche nicht von Berlin aus bis ins einzelne dirigiert werden kann, sondern dass hier im weitesten Umfang dezentralisiert werden muss“. Unbedingt sei die „Eigenart der Verhältnisse der verschiedenen Länder“ bei den Reichstagswahlkämpfen in Rechnung zu stellen. Das gelte insbesondere für die Flugblattpropaganda: „Man kann von Berlin aus sicherlich wertvolle Anregungen für Flugblätter geben, aber man wird kaum Flugblätter in Berlin herstellen können, die für das ganze Reich brauchbar sind“. Dietrich schlug vor, dass die Zentrale künftig nur noch Matern von Flugblättern verschicken und statt dessen die Landesgeschäftsstellen finanziell stärker bei der Herstellung von eigenem, die regionalen Verhältnisse berücksichtigenden Wahlmaterial unterstützen solle⁵⁷⁹.

Trotz solcher Widerstände ließ die Parteizentrale der DDP vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 nicht davon ab, die Führung des Wahlkampfes von Berlin aus weiter zu zentralisieren und gleichzeitig die Propaganda zu modernisieren. Seit Juni 1927 beschäftigte sich der Vorstand intensiv mit Plänen zur Verbesserung der Parteiorganisation im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen. Erkelenz schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, die allesamt die Umstellung auf flächendeckende Massenagitation nach dem Vorbild der SPD bezweckten. Seine Idee war es unter anderem, „systematisch Adressen interessierter Personen“ zu sammeln, um diese vor der Wahl gezielt mit Material bearbeiten zu können. Des weiteren sollten mehr Parteibeamte als bisher eingestellt werden sowie regelmäßige Besuche der Wahlkreise durch „sachverständige Kräfte“ aus Berlin und schließlich die Ausbildung eines „Stabes von ‚Kleinagitatoren‘“ für die Wahlen erfolgen⁵⁸⁰. Da der dramatische Wählerschwund der DDP seit 1920 nicht zuletzt auf Mängel in der praktischen Parteiarbeit zurückgeführt wurde, faßte Mitte September 1927 eine Funktionärstagung in Bad Eilsen entsprechende Beschlüsse zur Reorganisation der Partei. Auf dieser Konferenz sprach Erkelenz über „Organisationsarbeit im Jahre der Wahlvorbereitung“, bevor Hauptgeschäftsführer Stephan die Parteisekretäre über „Die Ausnutzung der technischen Mittel im Wahlkampf“ aufklärte⁵⁸¹.

Zum Zeitpunkt der Bad Eilsener Tagung war noch von einem Neuwahltermin im Dezember 1928 auszugehen, also von einer etwa einjährigen Vorbereitungszeit der Parteien für den kommenden Reichstagswahlkampf. Die gefassten Beschlüsse zielten hauptsächlich auf eine

Verbesserung der Parteiarbeit in den Wahlkreisen, die stärkere Öffnung gegenüber bislang vernachlässigten Wählergruppen wie den Frauen und der Jugend sowie dem Ausbau der Zusammenarbeit mit parteinahen Organisationen wie den Gewerkvereinen, Beamtenverbänden oder Unternehmervereinigungen. Intensiv wurde die Frage diskutiert, wie das Geld für die geplante „kräftige“ Propaganda zur Reichstagswahl zu beschaffen sei. Durch eine große Sammlung über den Parteivorstand glaubte man etwa eine Million Mark aufbringen zu können. Für die Wahlvorbereitungen im engeren Sinn legte die Reichsgeschäftsstelle den Funktionären der DDP in Bad Eilsen einen vorläufigen Arbeitsplan vor. Von Oktober 1927 an sollten Vortragsserien über politische Grundfragen veranstaltet werden, zur Vorbereitung der Parteimitglieder, die als Ortsgruppenleiter oder Vertrauensleute auch die eigentliche Wahlarbeit leisten würden. Zwei bis drei Wochen vor der Wahl sollten diese Kurse intensiviert werden, sodass „viele Hunderte geschulter Helfer“ zur Verfügung stünden. Anfang September 1928 war eine weitere Organisationskonferenz wie die in Bad Eilsen geplant, um einzelne konkrete Propagandaaktionen festzulegen. Nicht möglich sei, bis zum Wahltermin eine wesentliche Stärkung der demokratischen Provinzpresse zu erreichen. Empfohlen wurde statt dessen die Herausgabe illustrierter Wählerzeitungen sowie persönliche Briefe des Kandidaten an die Wähler seines Wahlkreises auf der Grundlage der geplanten Adressenkartotheken. Ziel der DDP müsse sein, alle Berufsschichten anzusprechen, speziell aber die bislang vernachlässigten freien Berufe, denen man als „Bürgerpartei“ besonders nahe stehe. Allerdings falle es der DDP schwerer als etwa SPD oder Zentrum, die „Leidenschaft der Wähler“ zu entfachen, da ihr keinerlei „außerpolitische Faktoren“ wie religiös-konfessionelle Gebundenheit oder soziales Klassengefühl der Anhänger zu Hilfe kämen, sie vielmehr mit einer „schweren Organisierbarkeit“ der für sie interessanten Wählerschichten zu kämpfen habe⁵⁸².

Bei der tief greifenden Reform, welche die Eilsener Beschlüsse anstrebten, lag es nahe, dass ihre Umsetzung nicht problemlos erfolgte, vielmehr die DDP-Führung nach der Tagung im Oktober 1927 mehrmals die Parteiverbände zur Durchführung ermahnen musste. Mitte November hieß es dazu in einem Rundschreiben an die Wahlkreisvorsitzenden, dass die „Last der Agitation“ innerhalb der Partei immer noch auf zu wenigen Schultern verteilt sei. Die lokale Selbstverantwortung müsse gerade bei Fragen der praktischen Propaganda erhöht werden. Ausdrücklich

machte die Parteiführung die finanzielle Unterstützung für die einzelnen Wahlkreise davon abhängig, ob sich jeder Wahlkreiskandidat – wie in Bad Eilsen beschlossen – auf zwanzig Versammlungen im Reichstagswahlkampf sowie vier weiteren in jedem Monat der Vorbereitungszeit verpflichtete. Die Demokraten seien immer noch die am schlechtesten organisierte Partei der Weimarer Republik und müssten daher endlich ihre „angeborene Abscheu gegenüber Vorbereitungen von langer Hand“ überwinden, mahnte Erkelenz. Anfang Dezember 1927 beschäftigte sich der Parteivorstand der DDP wieder mit dem Stand der Organisationsreform sowie der Kandidatenaufstellung für die kommenden Wahlen. Man nahm sich vor, entgegen der ursprünglichen Zeitplanung schon bis zum Juni 1928 für den Wahlkampf fertig „gerüstet“ zu sein. Um so mehr wurde jetzt die säumige Ausführung der Eilsener Beschlüsse in den Wahlkreisen kritisiert. Im Januar 1928 musste die Parteizentrale feststellen, dass 18 der 35 Wahlkreisverbände noch keine Spitzenkandidaten nominiert hätten und vier noch keinen hauptamtlichen Geschäftsführer besäßen: Organisationsverzeichnisse, Zeitungslisten sowie Adressensammlungen waren vielfach noch nicht abgeschlossen, als nach dem Ende der Mitte-Rechts-Regierung im Reich Mitte Februar 1928 plötzlich ein Wahltermin in bedrohliche Nähe rückte⁵⁸³.

Früher wie geplant musste die DDP jetzt in der Zeit vom 18. bis zum 25. März die Werbewoche durchführen, in der die Voraussetzungen für eine „tatkräftige Führung des Wahlkampfes“ geschaffen und die Arbeitsfähigkeit der Organisationen überprüft werden sollten. Die Werbewoche diene dazu, dass der Parteiapparat „bis in die entferntesten Teile des Reiches aufgefrischt“ werde – mit anderen Worten als „eine Art Probemobilmachung für den Wahlkampf“. Wo Parteibeamte oder Unterführer versagen würden, könnten sie dann noch rechtzeitig durch „arbeitswillige und optimistische Freunde“ ersetzt werden. Selbst auf langjährige Mitglieder dürfe keine Rücksicht genommen werden, wenn sie sich einem „ungesunden Pessimismus“ hingäben⁵⁸⁴. Die Reichsgeschäftsstelle der DDP hatte schon zu Beginn des Wahljahres eine von Stephan verfaßte Broschüre über „Parteiorganisation im Wahlkampf“ veröffentlicht, in der noch einmal die Bedeutung der Spezialpropaganda unter den Berufsgruppen hervorgehoben wurde. In möglichst von „angesehenen Männern und Frauen des Berufsstandes“ abgefaßten Flugblättern müsse aufgezeigt werden, was die DDP für die jeweilige Gruppe geleistet habe. Vor allem aber müsse sie versuchen, den Reichstagswahlkampf

vom Frühjahr 1928 durch Einsatz neuer „technischer Errungenschaften“ zu verlebendigen. So sollten erstmals illustrierte Wahlzeitungen und Filme in den Dienst der Agitation gestellt werden, schon um den Gegnern, die sich dieser „modernen Werbemittel“ bedienten, Gleichwertiges entgegenzusetzen. Geplant war, die vom Parteivorstand am 3. April abgesegneten Wahlfilme, die in erster Linie die Anziehungskraft der Versammlungen erhöhen sollten, bis zum 12. April in je einer Kopie den Wahlkreisen zur Verfügung zu stellen, so dass sie vor dem 20. Mai 1928 fast sechs Wochen lang zum Einsatz kämen⁵⁸⁵. Eine weitere Facette der auf allen Gebieten um Modernität bemühten Wahlkampfführung der DDP war die verstärkte Heranziehung der Frauen. Die umfangreiche Arbeit ihres Reichsfrauenausschusses unter Leitung von Gertrud Wittstock umfasste nicht nur die Herstellung und Verschickung spezieller Propagandaschriften, sondern auch die Organisation von Wahlpropaganda in den Betrieben bis hin zum Schlepperdienst am Wahltag: „Für jede Wahl und ganz besonders für die Reichstagswahl wird ein ganz gewaltiger Apparat in Bewegung gesetzt, von dem man in der Öffentlichkeit nicht allzuviel merkt“⁵⁸⁶.

Die Diskussion um die Frage, mit welchem Programm die DDP in den Wahlkampf ziehen sollte, konkretisierte sich naturgemäß erst nach Bekanntgabe der Reichstagsauflösung. Statt wie vor der Wahl im Mai 1924 noch einen Parteitag durchzuführen, hatte man sich bereits Ende Februar 1928 dafür entschieden, etwa drei Wochen vor dem Wahltag eine Sitzung des Parteiausschusses anzuberaumen. Diese verabschiedete am 28. April den zentralen Wahlauftrag der DDP, der die leitenden Ideen beinhaltete, die am folgenden Sonntag auf einer Parteisitzung im preußischen Landtag durch Reden der Parteiführer näher erläutert wurden⁵⁸⁷. Mit dem zentralen Propagandamaterial beschäftigte sich im einzelnen der Organisations- und Agitationsausschuss der DDP, der in der Vorbereitungsphase des Wahlkampfes wöchentlich zusammenkam. Anfang April 1928 hatte er das Hauptwahlplakat der DDP mit dem Titel „Säubert das Reich“ für gut geheißen und den Termin für den Beginn des Plakatierens auf wenige Tage vor dem 1. Mai festgelegt. Sofort nach Fertigstellung der Andrucke waren den Wahlkreisgeschäftsstellen bereits Probeexemplare zugesandt worden. Noch kürzere Fristen bestanden in der Flugblattpropaganda. Hier empfahl die Parteizentrale, alte und während der Werbewoche noch nicht verteilte Flugblätter mit einem auf den Reichstagswahlkampf zugeschnittenen Schluss erneut zu verwenden. Die

Kopien der Anfang April fertiggestellten Wahlfilme gelangten wie geplant zusammen mit den Grammophonplatten Mitte des Monats in den Versand. Ab Anfang Mai wollte die Parteizentrale weiteres Wahlmaterial nur noch herausbringen, „soweit Maßnahmen der gegnerischen Parteien das notwendig erscheinen lassen“⁵⁸⁸. Für den Wahlkreisgeschäftsführer, der in seinem Bezirk die höchste prozentuale Stimmensteigerung gegenüber der letzten Reichstagswahl erreichen würde, setzte der Berliner Parteivorstand als Ansporn eine Prämie von 500 Mark aus, denn: „Wir dürfen nicht zurückstehen. Überlegen Sie auch, in welcher Weise am letzten Tage unsere Partei im Straßenbild in die Erscheinung treten wird. Die äußerst extensive Form der Propaganda, die durch Umzüge mit Musik, Rundfahrten, Trägerkolonnen, Flugzeugpropaganda, Lichtreklame usw. gemacht wird, ist psychologisch doch nicht ohne Wert. Die Hauptsache ist, dass wir bis zum letzten Augenblick in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten“⁵⁸⁹.

Die Wahlniederlage vom Mai 1928 löste unterschiedliche Bemühungen aus, den Niedergang der DDP aufzuhalten, wobei erklärte „Modernisierer“ wie Erkelenz und Stephan nun die schlechteren Karten besaßen. Ihr Versuch, die Organisation und Parteipropaganda von Grund auf zu reformieren, schien an der Wahlurne fehlgeschlagen zu sein. Wenn auch der Arbeit der Reichsgeschäftsstelle kein Vorwurf gemacht werden könne, sei die Agitation der DDP doch an der Oberfläche geblieben, gestand Koch-Weser ein. Die Werbekraft ihrer „großen Ideen“ schien weitgehend aufgebraucht. Der Mitvorsitzende gab aber zu bedenken, dass „das Gros der Wähler sich seine Meinung nicht erst während der Wahl agitation bildet, sondern schon während der vorausgegangenen vier Jahre, und zwar zum guten Teil aus der politischen Presse oder, was noch schlimmer ist, aus der Fachpresse ihres Berufs“. Solange die DDP zu dieser keinen Zugang habe, würde sie auch nicht an die entsprechenden Wählerschichten herankommen⁵⁹⁰. Gerade aber dem von Stephan verfochtenen Konzept der hochdifferenzierten Berufsgruppenwerbung wurde die Schuld am schlechten Abschneiden der Partei gegeben. Rettung und höhere Werbekraft versprachen sich die Demokraten nach 1928 verstärkt von der Jugend und der Idee einer „Staatsbürger“-Gemeinschaft. Der Einfluss der Jungdeutschen, mit denen die DDP im Sommer 1930 fusionierte, schlug sich nicht nur im Programm, sondern auch in den Wahlkampfrichtlinien der neuen DStP nieder. Hatten sich die Demokraten in ihrer Agitation vor der Reichstagswahl im Mai 1928 noch auf mo-

derne technische Propagandamittel verpflichtet, hieß es jetzt in einem Rundschreiben der Staatspartei vor der Wahl am 14. September: „Für eine Bewegung, die auf amerikanische Methoden grundsätzlich verzichtet, weil eine derartige Propaganda die Würde des Staatsbürgers missachtet und weil sie Summen erfordert, deren Aufbringung politische Abhängigkeitsverhältnisse schafft, bleiben drei Hauptarten der Werbung: die öffentliche Versammlung, die Aufklärungsarbeit durch die Presse, die Wahlzeitung“⁵⁹¹.

Zur Wahlkampfführung von DVP und DNVP

Die DVP konnte nach 1918 zwar auf die Organisationsgrundlagen der alten Nationalliberalen zurückgreifen, musste aber doch ihre Parteistruktur den veränderten Bedingungen anzupassen versuchen, wobei die Aufgabenverteilung zwischen den höchsten Führungsgremien recht verwickelt war. Die neuartige Reichsgeschäftsstelle wurde zum wichtigsten Instrument des Parteivorsitzenden, weil hier die zentrale Propaganda- und Organisationsarbeit zusammenlief und die Schaltstelle zu den Parteiinstanzen im Reich war. Die satzungsmäßige Abhängigkeit der Wahlkreisverbände von den Weisungen des Parteivorstandes führte in der Praxis häufig zu Spannungen, stärkte aber andererseits auch den Zusammenhalt der DVP, weil sich die regionalen Organisationen im allgemeinen an die Beschlüsse der Parteizentrale hielten. Wichtigste Aufgabe der Wahlkreisverbände, die ohne jede Zwischenstufe den Ortsvereinen in der Parteihierarchie folgten, war die Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe für ihr Gebiet⁵⁹².

Wie sie selbst ohne flächendeckende Organisationsstrukturen oder schlagkräftige Parteiverbände unter den neuen massendemokratischen Bedingungen erfolgreiche Wahlkämpfe bestreiten könnte, wollte eine 1921 von der DVP in Dortmund herausgegebene Broschüre aufzeigen. Unter dem programmatischen Titel „Gegen den Schwarz-rot-goldenen Block!“ hatte deren Generalsekretär Koester seine innerhalb eines Rednerkurses im Frühjahr 1919 gehaltenen Vorträge zu einem „Nachschlagbuch für den Wahlkampf“ zusammengestellt. Allen DVP-Mitgliedern, die sich als Redner oder „Werber für die Partei in der Kleinarbeit“ einzusetzen bereit waren, wollte Koester mit seiner nach eigenen Angaben fast 20-jährigen politischen Erfahrung die notwendigen Ratschläge ge-

ben. Zunächst unterschied er die allgemeine Parteiarbeit in die Phasen des Wahlkampfes und in die „ruhigen Zeiten“. Der Wahlkampf selbst sei in eine Vorbereitungsphase, die Durchführung und den Wahltag einzuteilen, dessen besonderer Stellenwert für die Propaganda betont wurde. Oberstes Ziel aller Wahlarbeit sei, „möglichst viel Stimmen und dadurch möglichst viel Mandate“ zu gewinnen, weil es infolge des neuen Verhältnismahlrechts auf jede Stimme ankomme. Darüber hinaus könne der Wahlkampf auch zur Gewinnung neuer Parteimitglieder genutzt werden. Schon vor Beginn des Wahlkampfes müsse die lokale Parteiorganisation „möglichst lückenlos“ bestehen, da ihr Aufbau währenddessen kaum möglich sei, bemerkte Koester im Rückblick auf den Wahlkampf der DVP vom Winter 1918/19. Wo noch kein Wahlkreisverein oder keine Ortsgruppe bestehe, solle man sich im Wahlkampf nicht lange mit Gründungsaktionen aufhalten, sondern nur mit einigen Vertrauensleuten vor Ort oder mit der Leitung der Wahlarbeit vom Nachbarsort aus unverzüglich beginnen. Sofort nach Bekanntgabe des Wahltermins müssten dazu die amtlichen Wählerverzeichnisse beschafft werden und eine genaue Nachprüfung der Eintragungen erfolgen, um „sichere“ Parteifreunde von den Schwankenden und Gegnern zu trennen. Ohne Kenntnis der Wählerliste sei eine erfolgreiche Arbeit am Wahltag unmöglich, betonte Koester ihre Bedeutung mit Blick auf den Schleppdienst, das heißt die Ermahnung und Heranholung säumiger oder fauler Wähler⁵⁹³.

Bei der Rekrutierung der Wahlhelfer müssten die Prinzipien der Freiwilligkeit und der Zuverlässigkeit Vorrang haben. Eine genügende Anzahl sei sowohl für die Bearbeitung der „Wähler unbekannter Parteilstellung“ als auch speziell für den Wahltag sicherzustellen. Zur Wahlarbeit selbst sollten neben den Familienmitgliedern möglichst auch etwaige Hausangestellte der Parteifreunde herangezogen werden. Um einen Arbeitsplan für den Wahlkampf aufzustellen, sollten auf allen Parteiebenen (Wahlkreise, Ortsvereine, Vertrauensmänner) Vorbesprechungen unter Hinzuziehung ausgewählter Gäste aus „befreundeten“ Berufsverbänden stattfinden. Auch ein Kostenvoranschlag, die Prüfung der Durchführbarkeit geplanter Aktionen sowie die Einteilung der Redner und Anmietung der Lokale habe hier zu erfolgen. Hinsichtlich der Propagandamittel konzentrierten sich Koesters Ratschläge für die DVP im wesentlichen auf traditionelle Methoden der Versammlungs- und Flugblattagitation. Nachdem anhand der Wählerlisten die „Wähler unbekannter Richtung“ identifiziert worden seien, müsse sofort mit ihrer Werbung durch

gezielte Bearbeitung der Haushalte begonnen werden. In Städten und größeren Orten sei dazu eine „lückenlose Einteilung“ nach Wohnvierteln vorzunehmen. Während der Versammlungen sollten Werbeschriften, Flugblätter und Beitrittserklärungen ausliegen. „Sichere“ Parteifreunde könnten auch Wahlversammlungen des Gegners kontrollieren und dort mit Gegenrede auftreten. Allgemein müsse bei der Wahlpropaganda auf eine „einheitliche politische Stellungnahme“ in der gesamten Partei, auf jeden Fall aber wenigstens innerhalb eines Wahlkreises geachtet werden. Nichts konnte nach Ansicht des DVP-Funktionärs mehr Schaden anrichten als Widersprüche in der eigenen Partei oder ihrer Propaganda, da diese in Wahlzeiten stets vom Gegner mit Erfolg ausgebeutet würden. Auch dürften um „lokaler Augenblickserfolge“ willen in wichtigen Sachfragen keine propagandistischen Zugeständnisse gemacht werden, die dem Parteiprogramm widersprächen. Gefordert sei vielmehr „Disziplin“, weil jedes Abweichen von Grundsätzen den Gegnern „oft jahre- und jahrzehntelang willkommenes Agitationsmaterial“ liefere⁵⁹⁴.

Die Verteilung der Werbeschriften und Flugblätter hatte sich nach Koester am wirkungsvollsten bei der Hausagitation sowie an belebten Verkehrsknotenpunkten gezeigt, an denen auch die Plakatträger die größte Wirkung erzielten. Da die Personaldecke der DVP wie bei allen bürgerlichen Parteien dünn sei, dürften sich selbst Vorstandsmitglieder nicht vor dieser Art der Wahlarbeit scheuen. Unter dem Punkt „Sonstiges“ riet Koester des weiteren zur Benutzung von Lichtbildern in Kino-Varietés, Anzeigen auch in gegnerischen Zeitungen und Plakaten, die möglichst durch „kurzen, treffenden Inhalt“ sowie Verse und Bilder auffallen und so hoch geklebt werden sollten, dass sie nur schwer wieder abgerissen werden könnten. Von geradezu wahlentscheidender Bedeutung sei die Arbeit am Wahlsonntag selbst, zu deren Vorbereitung spätestens zwei Tage vorher noch einmal in allen Ortsvereinen Besprechungen der Wahlhelfer abgehalten werden müssten. In oder vor jedem amtlichen Wahllokal seien zwei bis drei Parteifreunde zu plazieren, welche die Namen der bisherigen Wähler notierten, während vor dem Lokal den ganzen Tag über Plakatträger stehen würden. Anhand der eingehenden Meldungen über den Stand der Stimmabgabe sollte von den Wahllokalen aus der Schleppdienst koordiniert werden. Bei den ohnehin als säumig bekannten Wahlberechtigten müsse sofort mit dem Schleppen begonnen werden, nach einigen Stunden dann auch bei den Parteifreunden und etwa von mittags an „bei allen nicht als sicher gegnerisch erkannten Wäh-

lern mit allen zur Verfügung stehenden Kräften (vor allem Jugend, Schüler, Frauen)“. Nach erster erfolgloser Aufforderung seien nochmals „besonders gewandte Schlepper“ zu schicken⁵⁹⁵.

Der größte Fehler, den die Partei machen könne, war laut Koester, die Propagandaarbeit in „ruhigen“, das hieß wahlkampflosen Zeiten einschlafen zu lassen und erst wieder vor den nächsten Wahlen aufzunehmen. Deshalb müssten baldmöglichst nach der Wahl die Erfahrungen des Wahlkampfes in allen Parteiinstanzen festgestellt und darüber „von unten nach oben“ berichtet werden. Ohne etwas zu beschönigen, müssten eigene Fehler offen beraten sowie erfolgreiche „Wahltricks“ der Parteileitung mitgeteilt werden. Hand in Hand mit dem Ausbau der Organisation müsse schließlich auch nach den Wahlen die Werbetätigkeit fortgesetzt werden und seien Mitgliederversammlungen, Hausagitation, Drucksachenverteilung, politische Ausbildungskurse sowie öffentliche Versammlungen notwendig, „um unser Dasein zu beweisen“⁵⁹⁶.

Die Wahlkampfführung, wie sie Koester in seinem Ratgeber skizzierte, war natürlich zunächst nur graue Theorie, die darauf zielte, die engen Grenzen einer Honoratiorenpartei zu überwinden. Ob und wie weit seine Empfehlungen in der Propagandapraxis bei der DVP Anwendung fanden, lässt sich im einzelnen nicht nachprüfen. Andererseits schrieb Koester nicht über die zentrale Organisation eines Reichstagswahlkampfes auf nationaler Ebene. Hier bereitete sich die DVP in der Regel mit einer Sitzung des Zentralvorstandes oder einem gesonderten Wahlkampfparteitag vor. Der ohnehin fragile Parteiapparat war während der Inflation „nahezu völlig zusammengebrochen“, gestand im Dezember 1924 das Zentralorgan, die *Nationalliberale Correspondenz*, ein. Da sie niemals die Partei der „großen Mittel“ gewesen sei, wie ihre Gegner behaupteten, vielmehr eine „Mittelstandspartei“, habe gerade die DVP wie ihre Klientel am stärksten unter der Inflation gelitten. Die kurze Zeitspanne seit deren Überwindung sei bei weitem nicht ausreichend gewesen, um die Organisation bis zur Reichstagswahl „auch nur annähernd in der alten Stärke wieder aufzubauen“⁵⁹⁷. In den relativ ruhigen Jahren nach 1924 stabilisierte sich die Situation aber auch wieder für die DVP, so dass sie an den Ausbau und die Verfeinerung ihrer Organisation und Propaganda gehen konnte. Das größte Problem blieb, die für Wahlkämpfe erforderlichen Hilfskräfte zu mobilisieren, da ihre ohnehin zahlenmäßig geringere Mitgliedschaft traditionellerweise nicht den Kampfgeist etwa von Anhängern der radikalen Parteien besaß.

Ein Beispiel, wie innerhalb der DVP unter diesen Bedingungen dennoch Wahlkampf geplant und gemacht wurde, ist die **Kandidatur des Parteivorsitzenden Gustav Stresemann im Frühjahr 1928** im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben. Anfang April hatte die bayerische DVP dem Reichsaußenminister die Spitzenkandidatur für die Wahlkreise Oberbayern-Schwaben und Niederbayern-Oberpfalz angeboten, beides Diaspora-Gebiete der Partei, in denen sie bei Reichstagswahlen nur um die ein bis zwei Prozent erzielte. In dem Schreiben an Stresemann begründete der Landesverband diesen Schritt damit, der Auffassung entgegenzutreten zu wollen, dass „Nord und Süd Gegensätze wären, die unüberbrückbar seien“. Man wolle vielmehr „sinnbildlich erscheinen lassen, dass wir uns ebenso innig mit dem Reich verbunden fühlen, wie wir dies von jedem Deutschen bezüglich Bayern voraussetzen“⁵⁹⁸. Obwohl gesundheitlich bereits angeschlagen, nahm Stresemann die schwierige und von der extremen Rechten heftig bekämpfte Kandidatur an und widmete sich sofort und parallel zu seinen Amtsgeschäften dem seit Ende März 1928 laufenden Reichstagswahlkampf. Höhepunkt einer Reihe von Großveranstaltungen bildete am 7. Mai die als „vaterländische Kundgebung“ angekündigte Wahlversammlung in Mainz. Kurz vor seinem 50. Geburtstag, der am 10. Mai international gewürdigt wurde, erkrankte Stresemann jedoch schwer und fiel für die letzten Wahlkampftage aus⁵⁹⁹. Mit der praktischen Wahlkampfführung für den viel beschäftigten Außenminister hatte die DVP in Oberbayern-Schwaben den Münchener „Werbeanwalt“ und Plakatkünstler Herbert Engelmann beauftragt. Laut eigenen Angaben konnte dieser „Form und Inhalt der Reklame und ihren planmäßigen Aufbau auf wirtschaftlicher und psychologischer Grundlage“ bearbeiten. Über den „Kampf um Stresemann“ und seine Wahlarbeit im Frühjahr 1928 lieferte Engelmann nach der Wahl am 20. Mai einen detaillierten Bericht ab. Die darin beschriebene Wahlkampfführung ist zumindest hinsichtlich ihrer Konzentration auf die Person des Spitzenkandidaten sowie dem Bemühen um größtmögliche Einheitlichkeit und Professionalität als für Weimarer Verhältnisse modern einzustufen. Während Engelmann seinen Bericht als Ratgeber für kommende Wahlkämpfe der DVP verstehen wollte, dokumentiert der „Kampf um Stresemann“ aus heutiger Sicht auch beispielhaft die Verquickung regional- und reichspolitischer Aspekte in Reichstagswahlkämpfen⁶⁰⁰.

Engelmann wies auf die politisch wie sozial ungünstigen Verhältnisse für die DVP in dem oberbayerischen Wahlkreis hin, der mit Ausnah-

me der wenigen Großstädte überwiegend von „schwerblütigen Menschen“ auf dem Land besiedelt sei, die entweder unter dem Einfluss der Kirche stünden oder „sozialistischen Gedankengängen“ anhängen. Angesichts der breiten gegnerischen Front musste sich doppelt erschwerend auswirken, dass die oberbayerische Wahlkreisorganisation der DVP selbst nur schwach entwickelt war, was sich etwa bei der Verbreitung der Plakate oder im Fehlen einer Parteipresse schmerzhaft bemerkbar machte. Der Werbeleiter des Außenministers musste daher fast zwangsläufig in erster Linie auf die „unerhörte Zugkraft“ Stresemanns und seiner Verdienste spekulieren. Insbesondere hoffte er, damit die „Altliberalen“, die nach 1918 ins Lager der Demokraten gegangen seien, wiederzugewinnen sowie mit dieser „starken autoritativen Kandidatur“ auch rechtsstehende Kreise anzusprechen. Andererseits konnte Engemann nicht leugnen, dass bei einem „echten Bayer der Begriff des Preußen nicht unmittelbar tiefe Sympathien“ hervorrufe. Wenn auch das Wort „Preußenhass“ zu stark sei, musste doch mit regionalspezifischen Ressentiments gegenüber den „Nichtbayern“ gerechnet werden. Alles in allem hätten so dem unleugbaren „Übergewicht der Persönlichkeit Stresemanns“ doch erhebliche Nachteile gegenüber gestanden⁶⁰¹.

Engemann ging in seinem Bericht vom Frühjahr 1928 ausdrücklich von dem Idealbild eines Wahlkampfes aus, der wie alle „Reklameangelegenheiten“ sorgfältig vorbereitet werde, denn: „Strategie und Taktik gibt es im Werbewesen ebenso wie bei militärischen Dingen“. Wie die Reklame erfordere die Wahlpropaganda ein „tiefes Eindringen in die Sache selbst und in die psychische Einstellung des Publikums“. Die Aufstellung eines Planes, nach dem sich „mit eiserner Folgerichtigkeit ein Werbefeldzug“ bis zur Wahl entwickeln sollte, bedürfe der Zeit und gründlicher Vorarbeit in sachlicher und personeller Beziehung, der Schaffung von Stützpunkten im Lande und Beobachtung eventueller Schwankungen in der Wählerstimmung, um ihr gegebenenfalls im Wahlkampf Rechnung zu tragen. Bei der praktischen Umsetzung des Konzeptes, klagte Engemann, seien im Frühjahr 1928 aber wertvolle Wochen vergangen, bevor ein solcher Arbeitsplan aufgestellt wurde, weil zuvor noch Fragen der Finanzierung des Wahlkampfes und der Kandidatenaufstellung geklärt werden mussten. Im Wissen, dass „alle Reklame immer nur ein Ersatz für das gesprochene Wort“ sein könne, war als erster Höhepunkt eine Versammlung mit Stresemann am 25. April im Münchener Bürgerbräukeller geplant, die jedoch von der Hitlerpartei gesprengt wurde. Be-

vor sie wiederholt werden konnte, erkrankte dieser so schwer, dass sämtliche Wahlkampftermine abgesagt werden mussten: „Das gesprochene Wort des Führers war zum Schweigen verurteilt. [...] In erhöhtem Umfang musste jetzt die Reklame helfen“⁶⁰².

Die Wahlkampfplanung Engelmans, die den Schwerpunkt auf die Versammlungsagitation legte, war infolge der Erkrankung des Spitzenkandidaten über den Haufen geworfen. Der Werbeleiter konzentrierte sich nun noch stärker auf konventionelle Propagandamittel wie Plakate und Flugblätter, auf deren sorgfältigen künstlerischen Gestaltung er großen Wert legte. Mehr um Qualität als um Quantität besorgt, engagierte man Künstler wie den Münchener Maler Edwald Henel für die Plakatherstellung und ließ die Wahlschriften zum Teil von der Firma „Kunst im Druck“ anfertigen. Das völlige Fehlen moderner, technischer Werbe- oder Hilfsmittel musste hingegen jedem auffallen, der den gleichzeitigen Wahlkampf anderer Parteien mit Auto, Film oder Schallplatte im Reich sah. Um dem organisierten Plakatanschlag der Gegner in den ländlichen Gebieten Oberbayerns etwas entgegenzusetzen, ließ Engelmann immerhin von einer mithilfe des Münchener „Verteilungsinstituts“ zusammengestellten Radfahrerkolonne nicht nur überall Stresemanns Porträt anschlagen, sondern schickte die Radfahrer am Samstag, dem 12. Mai, acht Tage vor der Wahl, von München aus ein weiteres Mal über das Land. Obwohl von der Planung bis zur Ausführung dieser Aktion nur vier Tage zur Verfügung gestanden hätten, konnten laut Engelmann 10 000 Plakate im Format von 30 x 40 cm angeschlagen werden und seien die verteilten Klebezettel bald an allen „möglichen und unmöglichen Orten“ anzutreffen gewesen. Insbesondere Kinder versuchten ihrer habhaft zu werden und wurden so zu „unbewussten Helfern“ der DVP-Propaganda⁶⁰³. Bei allen Wahlversammlungen sollten zudem Flugblätter mit Aussprüchen Stresemanns liegen, die „schon wegen ihrer äußeren Aufmachung gerne von den Besuchern“ mit nach Hause genommen würden. Während die anderen Parteien mit massenhaften Flugblatt-Wurfsendungen arbeiteten, versuchte die DVP durch eine „besonders gute Ausstattung unserer Produkte“ zu überzeugen, so Engelmann⁶⁰⁴. Was an Propagandamaterial von der Berliner Parteizentrale gekommen und für bayerische Verhältnisse passend gewesen sei, sei allein in München in der Woche vor dem 20. Mai noch durch zehn gewerbliche Hilfskräfte verteilt worden, deren „Ware“ reißenden Absatz gefunden habe. Am Wahltag selbst ließ die DVP in allen großen Tageszeitungen des Wahl-

kreises wieder Inserate veröffentlichen. Außer dem Bilde Stresemanns stand dabei der „kurze, persönlich gehaltene Text“ im Vordergrund. Zweifelloso habe dieser letzte Appell „noch manchen Unschlüssigen bekehrt, da er sich der zwingenden Logik der Werbung nicht verschließen konnte“⁶⁰⁵.

Bei der Analyse des Wahlergebnisses verbuchte Engelmann als Frucht seiner Arbeit, dass sich die DVP im benachbarten Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz nur leicht von 1,2 auf 1,4 Prozent steigern konnte, während der von ihm betreute Kreis einen Zuwachs von über 100 Prozent von 1,4 im Dezember 1924 auf nun 3,2 Prozent der Anteile zu verzeichnen hatte, obwohl beide Male der Kandidat Stresemann hieß. Engelmann räumte der Wahlpropaganda grundsätzlich jedoch nur begrenzten Einfluss ein, da gleichzeitig die starke Konkurrenz der übrigen Parteien hemmend im Wege stehe und durchgreifende Erfolge nur zu erreichen seien, wenn langfristig vorgearbeitet werde. Die eigentliche Wahlarbeit beschränke sich darauf, dem Wähler den „letzten Anstoß“ zur Wahl der Partei zu geben, deren Ziele er ohnehin schon seit längerem bejahe. Hinsichtlich der Methoden und Formen bekräftigte Engelmann sein Credo, dass Propaganda, „neu in der Form, mit Bewusstsein aufgebaut auf modernen reklametechnischen Erkenntnissen“ dabei einiges bewirken könne. Gerade in Wahlkämpfen zeige sich, dass das „gut ausgestattete Werbestück“ ein viel wirksameres Instrument darstelle als die „Durchschnittsarbeiten“ der Massenpropaganda, denn: „Individualität und hohe Qualität siegen auch hier über die Quantität“. Diese elitäre Auffassung schien sich nicht mit Engelmanns Überzeugung zu widersprechen, dass die Masse der Wähler „kritiklos oder rein nach gefühlsmäßigen Erwägungen“ entscheide. Die Wahlpropaganda, die sich „irgendwie“ an das Gefühl des Wählers wende und bei diesem einen „sympathischen Eindruck“ hinterlasse, müsse Erfolg haben, wenn das Angebotene eben „wertvoll“ sei⁶⁰⁶. Solch eine für die DVP typische Konzeption von individuell ausgerichteter Wahlpropaganda stand in auffälligem Kontrast zu den Methoden und Mitteln, die nach 1918 bei Massenmobilisierungsparteien wie SPD oder KPD, ja in Ansätzen selbst bei der DNVP zu beobachten waren.

Das **Wahlkampfverständnis der Deutschnationalen** wiederum war von einer konservativen Verachtung der „großen urteilslosen Masse“ sowie der Vorstellung geprägt, wonach Parlamente in Massendemokratien zwangsläufig zum Schauplatz von Machtkämpfen der Interessen wer-

den müssten. Die Wähler konnten dieser Sichtweise zufolge durch die Manipulation desjenigen gewonnen werden, der am geschicktesten an ihre „nächstliegenden Interessen und Leidenschaften“ appelliere. Zwar beteiligte sich die DNVP auch in ihren fundamentaloppositionellen Phasen an Wahlkämpfen und Wahlen der Weimarer Republik, doch galten diese ihr stets als „dunkelste Zeit demokratisch-parlamentarischen Lebensablaufs“. Dass der „Turnierplatz des Wahlkampfes mit seiner Hitze und seinem reichlich aufgewirbelten Staub erst recht nicht die geeignete Stätte ist, um die Wahrheit zu finden“, verstand sich für Deutschnationale von selbst⁶⁰⁷. Nicht überraschen kann daher, dass sie nach 1918 Verständnis für die Wahlenthaltung derjenigen zeigten, die glaubten, eine Restauration der Monarchie nicht über das Parlament erreichen zu können. Andererseits war sich gerade der Hugenberg-Flügel bewusst, dass sich der Gegner des „Systems der Stimmzettel-Souveränität“ doch deren Methoden bedienen müsse, da ein Boykott der Reichstagswahlen nur die Revolution stärke. Der Stimmzettel bedeutete der DNVP in erster Linie „Protest gegen das Heute, gegen die Parteiwirtschaft, gegen die Republik, gegen die Parteien, die sie verschuldet haben und noch heute verschulden“⁶⁰⁸. Weil sich „Weltanschauungen“ gegenüber stünden, seien zwar Organisation und Propaganda wichtig, doch könne der Kampf letztlich nur als „ideale Gesinnungsgemeinschaft“ geführt werden, so der DNVP-Vorsitzende Graf Westarp⁶⁰⁹. Die Parteiorganisation, hielt sein Hauptgeschäftsführer Max Weiß dagegen, sei aber die „Waffe im Kampf um die politische Macht – ist Kriegsbereitschaft, denn Politik ist Krieg“. Ihm zufolge musste bei der Organisationsarbeit neben den „Fragen der Technik und des Geldes“ vor allem die „naturbegabte Persönlichkeit“ im Mittelpunkt stehen. Aufgabe des Parteiapparates als Vermittler zwischen Führung und Anhang sei vor allem, für „Disziplin“ zu sorgen, ohne die eine gedeihliche Parteiarbeit nicht denkbar sei. Wenn auch nicht die Zahl der Mitglieder, sondern das „Treibholz“ in der Wählerschaft den Wahlausgang entscheide, sah Weiß einen Grund für die Wahlerfolge der SPD in der vorbildhaften „Straffheit und Lückenlosigkeit“ ihrer Parteiorganisation. Der dezentralisierte und lockere Aufbau der DNVP habe sich dagegen seit den Revolutionsmonaten 1918/19, als unter den damaligen „chaotischen“ Verhältnissen die Länderorganisationen fast völlig selbständig agiert hatten, kaum verbessert⁶¹⁰.

Neben dieser regionalen Heterogenität waren für die Organisation der DNVP parteiamtliche Rundschreiben typisch, die den „Charakter

von Divisionsbefehlen“ mit dezidiert militärischem Duktus besaßen⁶¹¹. Als exemplarisch können die Überlegungen des Berliner Generalsekretärs Max Taube zur „Stellung und Aufgaben des Einzelmitgliedes innerhalb der Parteiorganisation“ aus dem Jahr 1920 gelten. Eine Folge der Novemberrevolution für alle deutschen Parteien sei, so Taube, dass sie nun mit viel größeren Zahlen als früher rechnen müssten, da nun die „Riesenarmee der Wähler mehr als viermal so stark als unsere einstige Feldarmee des Weltkrieges“ geworden sei. Zudem dränge sich der schwerste Teil der Wahlarbeit meist auf nur wenige Wochen zusammen und stellten „moderne“ Reichstagswahlen an die Parteien insbesondere in finanzieller Hinsicht große Anforderungen: „Wo früher vielleicht einige hunderttausend Mark für Wahlzwecke ausgegeben wurden, da handelt es sich heute um Millionen Mark. Wo früher, hoch genommen, einige hunderttausend Druckschriften verbreitet wurden, da müssen heute 10 bis 15 Millionen Druckschriften und mehr in die Wählermassen geschleudert werden“. Bewältigt werden könne dies nur noch mit einem „Heer von Parteibeamten“ und durch größte Opfer von Seiten der Mitgliedschaft, wie sie in der SPD schon lange üblich seien. Dass die deutsche Arbeiterschaft das Bürgertum bislang in der finanziellen Opferbereitschaft „tief beschämt“ habe, war für den Deutschnationalen wesentlicher Grund der Machtübernahme der SPD im November 1918. Hinsichtlich der Propagandamittel hätten sich danach zudem die „amerikanischen Methoden“ in der Wahlarbeit der deutschen Parteien weiter durchsetzen können. So sehr dies zu bedauern sei, müsse diese Amerikanisierung der Wahlen nun einmal akzeptiert werden: „Es ist unsere Pflicht und Aufgabe, auf die Wahlformen veredelnd einzuwirken, aber dem Zug der Zeit müssen wir auf diesem Gebiete einige Opfer bringen“, empfahl der Deutschnationale seinen Parteifreunden. Die gründliche Vorbereitung der Wahlen gehöre zu den wichtigsten Parteaufgaben und habe unter Beachtung des „alten Wahlorganisationslehrsatzes“ zu erfolgen, wonach die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen bereits am Tage nach der Wahl beginnen müssten. Es genüge nicht länger, mit dem „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, vielmehr müsse jede Partei ständig „Gefechtsübungen“ durchführen. Deshalb dürfe sich das einzelne Mitglied nicht mehr bloß als Objekt der Parteiarbeit empfinden, sondern müsse sich in „opferfreudiger, rühriger und zäher Arbeit mitten hineinstellen in das Geschehen des Parteilebens und das Werden seiner Parteiorganisation“⁶¹².

Die heterogene Struktur der DNVP erschwerte die Vereinheitlichung und Zentralisierung ihrer Propaganda- und Wahlarbeit in den Reichstagswahlkämpfen erheblich. Hinsichtlich der Propagandamittel bedeutete deutschnationaler Wahlkampf noch bis 1923/24 neben der allerdings stets recht lebhaften Versamlungs- und Flugblattagitatio vor allem die Zurschaustellung der schwarzweißroten Kaiserfahne bei Propagandaumzügen von Stahlhelmkolonnen⁶¹³. Die zentrale Werbearbeit und die Führung von Reichstagswahlkämpfen war Aufgabe der Hauptgeschäftsstelle, unterstützt durch die einzelnen Abteilungen des Parteivorstands wie dem Reichspresse- oder dem Reichsfrauenausschuß, sowie vor allem durch den Hugenbergschen Presse- und Nachrichtenapparat, der über die Generalanzeigerpresse großen Einfluss auf dem Land besaß. Mithilfe der hinter ihm stehenden Schwer- und Kohleindustrie hatte Hugenberg nach 1918 begonnen, systematisch in alle Formen der Massenmedien zu investieren. Bei Übernahme der UFA kontrollierte der von ihm geleitete Konzern bereits die Telegraphen-Union, ein Nachrichtenbüro, das über 1600 Tageszeitungen belieferte, den 1916 gekauften August Scherl-Verlag sowie 14 regionale Tageszeitungen, inklusive des auf lagenstarken Berliner Lokal-Anzeigers⁶¹⁴.

Mit Herausgabe und Vertrieb der zentralen Werbe- und Wahlmaterialien, der Plakate, Broschüren und vor allem der in Millionenauflagen gedruckten Flugblätter war die **Deutschnationale (bis März 1919: Konservative) Schriftenvertriebsstelle** betraut, eine Verlags-GmbH, die eng mit der Hauptgeschäftsstelle der DNVP beziehungsweise deren Propagandaabteilung zusammenarbeitete⁶¹⁵. Redaktion und Leitung übte in Personalunion der jeweilige Hauptgeschäftsführer der DNVP aus, dessen Mitarbeiter in der Geschäftsstelle vor allem aus Reichstags- oder preußischen Landtagsabgeordneten bestanden. Alle von der Schriftenvertriebsstelle hergestellten Materialien wurden in der Regel an die Organisationen verkauft, in Wahlzeiten aber mitunter auch kostenlos abgegeben. Das Sortiment reichte von Büchern, Flugblättern, Bildhandzetteln und Wahlzeitungen, Broschüren – in den entsprechenden Schriftenreihen – über vaterländische Volkskalender, Parteiabzeichen und Postkarten bis hin – mit fortschreitender Technisierung der Propaganda – zu Lautsprechern, Kinoapparaten, Filmen, Grammophonen und Schallplatten⁶¹⁶.

Die Parteizentrale stellte diese Wahlmaterialien den Organisationen zwar zur Verfügung – allerdings keineswegs kostenlos – oder half bei

der Beschaffung, die eigentliche Wahlarbeit musste aber auf regionaler und lokaler Ebene geleistet werden, wobei die Deutschnationalen und ihr mitgliederschwaches Ortsgruppen- und Vertrauensmännersystem nicht über ein solches Reservoir an freiwilligen Helfern wie die SPD verfügten, sondern ihre Wahlarbeit zum Teil von bezahlten gewerblichen Hilfskräften verrichten lassen mussten. Wie man sich diese in der DNVP vorstellte, darüber geben ihre Richtlinien für die Reichstagswahlen vom Juni 1920 sowie eine Broschüre der Schriftenvertriebsstelle aus dem Frühjahr 1928 näheren Aufschluss. Auf lokaler und regionaler Ebene sollten je nach den Verhältnissen zunächst Wahlausschüsse möglichst mit Vertretern aus allen „Berufsständen“ gebildet werden. Für die Dauer des Wahlkampfes hatten diese Ausschüsse ein ständiges „fliegendes“ Wahlbüro einzurichten, das vor allem den Schleppdienst organisieren sowie alle Vorbereitungen der DNVP überprüfen sollte. Des Weiteren hatten die Kreisvereine ein „genaues Programm“ über die im Wahlkampf abzuhaltenden Versammlungen aufzustellen und bis etwa drei Monate vor der Wahl dem Landeswahlausschuß zu melden, damit dieser die Rednervermittlung in den Wahlkreisen koordinieren konnte. Während des Wahlkampfes selbst musste sich der Wahlkreisverein vor allem um die sachgemäße Verteilung von Flugblättern und Plakaten sowie um den Rednertransport kümmern. Aufgabe eines speziellen Finanzausschusses war, die Gelder für den Wahlfonds zu sammeln. Bereits vor Beginn des Wahlkampfes mussten die örtlichen Wahl- und Werbeausschüsse die ihnen zufallenden Gebiete durch „jede Art Kleinarbeit“ erfaßt haben, wobei die Propaganda von Haus zu Haus und von Mund zu Mund in der DNVP als die wirksamste angesehen wurde. Mit Eintritt in den Wahlkampf begann die eigentliche Tätigkeit des Wahlausschusses, der als Erstes eine Mitgliederversammlung einzuberufen hatte. Hier sollte das Parteiprogramm, die Wahltaktik und schließlich die Kandidatenliste mit der Vorstellung der Bewerber besprochen werden⁶¹⁷.

Aufschluss über die Wahlkampforganisation der DNVP auf Reichsebene lässt sich anhand ihres Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1928 gewinnen, dessen Ausgang und seine Folgen – die interne „Machtergreifung“ Hugenburgs – von entscheidender Bedeutung für die weitere Parteigeschichte werden sollte. Auf der Tagung der DNVP am 22. Oktober 1928 im Reichstag, an der neben der Parteispitze auch die Geschäftsführer und Parteibeamte aus den Wahlkreisen teilnahmen, legte Hauptgeschäftsführer Weiß einen umfassenden Bericht über die Wahlkampf-

fahrungen vor. Seine Ausführungen basierten wiederum auf den Meldungen von 45 Abgeordneten, allen Landesverbänden sowie 198 der insgesamt 755 Kreisvereine der DNVP. Die Parteizentrale hatte per Rundschreiben kurz nach der Wahl vom 20. Mai 1928 entsprechende Fragebögen an die Landes- und Kreisverbände verschickt, in denen unter anderem nach der allgemeinen Wahlarbeit der Parteiorganisationen, der Wirkung und Aufnahme des eigenen Propagandamaterials sowie den vom Gegner verwendeten Werbemitteln geforscht wurde⁶¹⁸.

Die Ergebnisse der Wahlkampfberichte referierte Weiß vor dem Hintergrund von Versuchen, die Schuld an der Wahlniederlage vom 20. Mai organisatorischen Versäumnissen der Hauptgeschäftsstelle zuzuschreiben. Solchen Vorwürfen antwortete Weiß, dass selbst Wahlkreise mit sehr tüchtigen Parteibeamten starke Verluste erlitten hätten. Bezüglich des zentral herausgebrachten Propagandamaterials verwies er auf die allgemeine Zustimmung aus den Landesverbänden. Kritisiert worden sei allerdings seine Vielseitigkeit, die aber wiederum in erster Linie auf die regionale Heterogenität der DNVP selbst zurückgeführt werden müsse. So hätte man noch nicht einmal alle Wünsche aus den Landesverbänden bei der Herstellung des Wahlmaterials erfüllen können⁶¹⁹. In den ersten Wahlkampfwochen seien nur wenige Bestellungen auf Propagandamaterial in Berlin eingegangen, wie überhaupt die Versandarbeit während der Wahlkämpfe „großen Schwankungen“ unterliege: eine „gerade aufsteigende Linie ist nur in den Tagen vom 25. April bis 3. Mai zu finden“. Die schriftlichen Wahlmaterialien wurden im Frühjahr 1928 unter Befolgung des wirtschaftlichen Prinzips hergestellt, bei kleinen Probeauflagen erst nach Eingang der Bestellungen entsprechend höhere Auflagen zu drucken. Im einzelnen erschienen 15 Rüstzeuge, 26 Flugschriften, 84 Flugblätter, 17 Handzettel, 10 Plakate, vier Postkarten, drei Klebezettel sowie das „Politische Handwörterbuch“, eine Art aktueller Ratgeber zu ausgewählten Stichworten. Gleichwohl war bei den Druckschriften ein starker Absatzrückgang zu verzeichnen, gegenüber dem Dezember 1924 um über 100 Prozent, das heißt von 38 Millionen auf 16 Millionen Stück, was der Bericht auf die „schlechte Wirtschaftslage“ der DNVP-Organisationen zurückführte. Auffällig sei insbesondere die geringe Nachfrage nach Matern von Flugblättern und Wahlzeitungen gewesen. Unter den Kreisvereinen, die insgesamt für 126 000 Mark bestellten, ragten mit Aufträgen in Höhe von 16 300 Mark die pommerschen heraus, während ihr Landesverband selbst nur für ganze 647 Mark Propaganda-

material kaufte. In geringem Maße belieferte die Schriftenvertriebsstelle noch Landbund-Organisationen, Stahlhelm-Gruppen sowie die Vaterländischen Verbände. Nach dem Versand von Mustern „in neutraler Aufmachung“ an 17 000 evangelische Pastoren bestellten diese immerhin fast 14 000 Flugschriften und 250 000 Flugblätter. Unter dem Strich verbuchte die Schriftenvertriebsstelle der DNVP im Wahlkampf 1928 Einnahmen in Höhe von 286 200 Mark⁶²⁰.

Auf die Frage, wie die Parteiorganisation der DNVP im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 insgesamt gearbeitet habe, gab Weiß die salomonische Antwort, „keineswegs schlechter als bei früheren Wahlkämpfen, an vielen Stellen sogar besser“. Erschwert worden sei die Agitation allerdings durch den zahlenmäßigen Rückgang der Parteibeamten und dadurch, dass oft neue, noch nicht im Wahlkampf erprobte Helfer die Arbeit leisten mussten. Für kommende Reichstagswahlkämpfe wünschten selbst Landesverbände eine schärfere Zentralisation der Propaganda und Beseitigung der „Vielregiererei und Vielrednerei in vielköpfigen Körperschaften“ der Partei. Gefordert wurde darüber hinaus der Auf- und Ausbau der Parteipresse sowie die Sammlung eines speziellen „Kriegsschatzes“, der es den Deutschnationalen ermögliche, auch zwischen den Wahlen Propagandamaterial herauszugeben, was Weiß schon seit Jahren forderte, denn bei einem „Jahrespropagandafonds“ von nur 5 000 Mark könne seine Hauptgeschäftsstelle leider kein kostenlose Unterstützung geben. Auch für das von der Schriftenvertriebsstelle bezogene Material müsse schließlich gezahlt werden, abgesehen davon sei das Interesse daran außerhalb der Wahlzeit bisher nur sehr gering. So kam Weiß immer wieder auf denselben Punkt zurück: „Eine rege Propaganda ist nur eine Geldfrage“. Sein Versprechen an die Landesverbände lautete deshalb im Oktober 1928: „Geben Sie uns die Mittel und Sie werden mit unseren Leistungen zufrieden sein“⁶²¹. Nicht zufällig nannte Hugenberg bei seinem Antritt als Vorsitzender der DNVP im Oktober 1928 als erste große Aufgabe das Ordnen der Parteifinanzen, wobei er in erster Linie an die Mitgliederorganisation dachte: „Die Partei muss durch das Zusammenhalten und den Opfersinn ihrer Mitglieder grundsätzlich so finanziert werden, dass sie auf sich selbst steht“. Dies und die Handhabung eines „richtigen und scharf einsetzenden Presseapparates, eines guten Propagandaapparates“ seien die Voraussetzungen dafür, dass der DNVP bei der nächsten Reichstagswahl die „Ausweitung der Scharte“, die ihr der 20. Mai geschlagen habe, gelingen werde⁶²².

„Der Stimmzettel ist eure Macht“ – Weimarer Sozialdemokraten im Wahlkampf

Dass sie die weitaus stärkste Partei der Weimarer Republik blieb, ohne ihre inneren Strukturen oder Werbemethoden gegenüber dem Kaiserreich grundlegend zu verändern, verdankte die SPD einer in Jahrzehnten aufgebauten und fest gefügten Massenmitgliedschaft. Geleitet wurde die Partei von einem in Berlin sitzenden Vorstand, der seit 1922 aus den drei Vorsitzenden, zwei Kassierern und einer kleinen Zahl hauptamtlicher Parteisekretäre bestand. Er führte die „Geschäfte“ der Partei, übte innerparteiliche Kontrollfunktionen und damit entscheidenden Einfluss auf Organisation und Presse der SPD aus. Wichtig war auch, dass der Parteivorstand entscheiden konnte, wenn es bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten zu Differenzen kam. Die formale innerparteiliche Demokratie des Mitglieder- und Parteiapparates der Weimarer SPD mit seinen fast 10 000 hauptamtlichen Mitarbeitern wurde faktisch durch eine streng hierarchische Führung und Disziplin eingeeengt. Größte Aufmerksamkeit wurde traditionell den Wahlkämpfen geschenkt, da die SPD im Glauben an die Vernunft und die Wirkung rationaler Aufklärung durch den Stimmzettel die politische Macht erobern wollte. Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien besaß sie ein historisch positives Verhältnis zu Wahlkämpfen, die im sozialdemokratischen Bewusstsein als eine der wichtigsten politischen Aktionsformen verankert waren. Ihrer virtuellen Handhabung schrieb die SPD nicht zuletzt den eigenen Aufstieg im Schutz der Wahlgesetze des Kaiserreichs nach 1871 zu. Die Wertschätzung von Wahlen nahm schon vor 1914 Formen an, die den Vorwurf des „Wahlfetischismus“ hervorbrachten. Wahlkämpfe galten nicht nur als der zuverlässigste Indikator der Parteistärke, sondern bildeten eine „wichtige Selbsterfahrungsdimension der Arbeiterbewegung und ihrer Trägerschichten, möglicherweise sogar einen bestimmenden Teil ihrer Kommunikationsstruktur“⁶²³.

Die Vorkriegs-SPD erlebte mit einer Ausnahme nur Erfolge bei den Reichstagswahlen vor 1914, als nichts den „Siegeslauf des Proletariats“ zu hemmen schien, weder die Sozialistengesetze noch die repressiven Methoden der wilhelminischen Eliten, mit denen zwar die Mandatszahl, aber nicht die Stimmenzahl herabgedrückt werden konnte. Diese Erfolgsgeschichte änderte sich nach 1918, insofern jetzt bei stagnierenden Wähler- und Mitgliederzahlen nicht nur der bürgerliche „Klassengeg-

ner“, sondern auch andere proletarische Parteien mit der SPD konkurrierten. Bei diesen „Bruderkämpfen“ zeigte sich den Sozialdemokraten aber, „dass die scheinbar erfolgreiche Gruppe nie so viel gewinnt wie die bekämpfte proletarische Gruppe verliert“⁶²⁴. Dieser Stillstand des „proletarischen“ Wählerpotenzials beschleunigte die Umorientierung der SPD in Richtung einer linken Volkspartei. In dem Maße, in dem die Demokratie zum „primären Bezugspunkt ihres gesamten Denkens und Handelns“ wurde, so Wolfram Wette, rückten andererseits die politischen Betätigungsfelder noch stärker in den Vordergrund, die ihr Funktionieren gewährleisteten, neben der praktischen Parlaments- und Regierungsarbeit eben vor allem die Wahlbewegungen⁶²⁵. Ein Abweichen von der legalen Wahlkampfaktik erschien bald als absurd. In der Demokratie verfügten die „besitzlosen Klassen“ gegenüber den wirtschaftlichen Machtmitteln der Unternehmer über das Wahlrecht und den Stimmzettel, der unter Berufung auf Karl Marx „in der Hand eines politisch reifen Volkes [...] aus einem Mittel der Prellerei zu einem Mittel der Befreiung“ werde. Die strikt legalistische Tendenz zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik der Weimarer SPD und gipfelte in dem Appell an die Anhänger, auf den preußischen Staatsstreich Papens kurz vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 nicht mit außerparlamentarischen Aktionen zu antworten, sondern den Kampf um die „Wiederherstellung geordneter Rechtszustände“ als Wahlkampf zu führen⁶²⁶.

Während sich die Erinnerungen an die siegreichen „Stimmzettelschlachten“ vor 1914 verklärten, gewannen Wahlkämpfe in der Weimarer Republik weiter an Bedeutung als wichtigste politische „Waffe“ der SPD, zumal Reichstagswahlen im Kaiserreich letztlich nur ein Stimmungsbarometer gewesen waren. Noch im Frühjahr 1924 glaubte sie ihre Anhänger darauf hinweisen zu müssen, dass es sich am 4. Mai „nicht einfach um Parlamentswahlen“ handle, sondern jetzt auch die Reichsregierung neu gewählt werde: „Das ist der fundamentale Unterschied gegenüber dem alten System und erhöht die Bedeutung weit über das frühere Maß“⁶²⁷. Adolf Braun vom Parteivorstand beschwor in diesem Sinne die Genossen schon vor den ersten Reichstagswahlen im Juni 1920, „eine Schlacht zu schlagen, wie sie der Wahlkampf noch nicht gesehen hat“⁶²⁸. Solche verbal-radikalen Bekenntnisse unterschieden sich bereits von der für die USPD typischen Überzeugung, wonach Wahlen als grundsätzlicher „Machtkampf zwischen Reaktion und Revolution“ zu deuten seien. Die Unabhängigen warnten davor, um eines guten Wahlergebnisses willen

die Agitation in Formen zu führen, denen die „grundsätzliche Schärfe“ fehle. Gerade wenn man die Stimmen der noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommenen Proletarier gewinnen wolle, dürften in der Propaganda keine „Konzessionen irgendwelcher Art an das Denken und Fühlen der noch nicht sozialistischen Kreise“ gemacht werden. Ideologische Grundsatztreue sei um so mehr geboten, als die Partei selten so nah an die Bevölkerung herankomme und diese selten so empfänglich für Politik sei wie vor einer Wahl. Verzettelte man sich in „schalem Kleinkram“ oder „persönlicher Herumbeißerei“, würde der Wahlkampf seinen Hauptzweck verlieren, nämlich die „Aufrüttelung der Massen in sozialistischen Sinne“, sowie die Partei selbst reine Mandatspolitik betreiben, mit anderen Worten „Parlamentarismus im schlimmsten Sinne“⁶²⁹. In den 1920er-Jahren wuchs aber auch bei der SPD eine Skepsis gegenüber den Begleiterscheinungen von Wahlkämpfen, die ursprünglich eher für bürgerliche Kreise typisch war. So warnte Philipp Scheidemann im Frühjahr 1920 vor „amerikanischen Wahlen“⁶³⁰. Immer häufiger zu hören war nun als Abgrenzungsmittel nach links der Hinweis auf die „erbärmlichen Agitationsmethoden“ etwa der KPD, deren Führer die Arbeiter nur als „Stimmvieh“ missbrauchten.

Gemäß dem Motto „Wahlarbeit ist Parteiarbeit“ besaßen Propaganda und Agitation für die SPD einen ungleich höheren Stellenwert als für die bürgerlichen Konkurrenten. Dank ihrem subkulturellen Vereinswesen war die sozialdemokratische „Solidargemeinschaft“ auch zwischen den Wahlen visuell präsent und propagandistisch aktiv. Stärkstes Kapital der SPD stellte eine opferbereite Massenanhängerschaft dar, ohne deren freiwillige Hilfsdienste die Wahlkämpfe kaum bestritten werden konnten. Ihre Mobilisierungstechniken waren dementsprechend gut ausgebildet, wobei vor dem Hintergrund abnehmender Kampfbereitschaft oder einer gewissen Partei- und Wahlmüdigkeit die Erinnerung an die Zeit vor 1914 eine wichtige Rolle spielte. Aufwändigster Teil der Agitation, zu der jeder Parteigenosse verpflichtet wurde, war von jeher die „propagandistische Kleinarbeit“, die Verteilung der Millionen von Druckschriften, Flugblättern und Plakaten: „In jedes Dorf, in jedes Haus müssen die Sendboten des Sozialismus unsere aufklärenden Wahlzeitungen und Flugschriften tragen“⁶³¹.

Der Wiederaufbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation nach der Inflation sollte sich nicht zuletzt in einer durch die Wahlen belebten Agitationsarbeit bemerkbar machen. Während die Berliner Zentrale im

Frühjahr 1924 aus taktischen Gründen auf einen Reichsparteitag vor den Wahlen verzichtete, eröffneten Landesverbände der SPD wie in Hessen den Wahlkampf mit eigenen Parteitag. Mit der Rückkehr stabilerer Verhältnisse rege sich wieder „neues Leben in der Organisation“, wenn auch der Parteiparat „immer noch hier und dort Lücken“ aufweise⁶³². Unter dem Motto „Das Trommelfeuer beginnt“ wurden für den Oster-samstag, den 19. April 1924, alle Mitglieder zur allgemeinen Flugblatt-verbreitung mobilisiert. Besonders aber am Samstag vor der Wahl und am Morgen des Wahlsonntags müssten die Flugblätter und Wahlzeitun-gen der SPD „von Haus zu Haus, von Tür zu Tür“ getragen werden. Den Klagen über eine gewisse Müdigkeit von Mitgliedern, sich für die Wahl-arbeit zur Verfügung zu stellen, begegnete die Partei mit Appellen an die Parteidisziplin: „Antreten zur Wahl!“, hieß es militärisch knapp⁶³³.

Obwohl die Vorbereitungszeit knapp bemessen und „Barmittel sehr beschränkt“ gewesen seien, konnte der Berliner Parteivorstand bereits im Frühjahr 1924 den Bezirken außer den Gratislieferungen von Plaka-ten, Broschüren und Flugblättern noch Geldzuschüsse in Höhe von 124 000 Goldmark an die Bezirke gewähren. Wenige Tage nach der Reichs-tagsauflösung Mitte März konnte ihnen auch bereits das zentrale Wahl-handbuch sowie ein „kleines Merkbuch“ für Parteifunktionäre und das Referentenmaterial zugestellt werden, außerdem noch zwei Millionen Flugblätter und 15 verschiedene Plakate in einer Gesamtauflage von 500 000 Stück. Dazu kamen weitere 43 verschiedene Flugblattmatern, so viele, dass aus den Bezirken die Reaktion zu hören gewesen sei: „Partei-vorstand, höre auf mit deinem Segen“. An Gesamtausgaben für den Reichs-tagswahlkampf vom Frühjahr 1924 verbuchte die SPD etwas weniger als eine Million Mark, was Parteikassierer Ludwig zu dem Fazit veranlass-te: „Die Wahl mit diesen geringen Mitteln bei der Heftigkeit des Wahl-kampfes zu führen, war nur möglich mit einer opferbereiten Organisa-tion, in der fast alle Organisationsarbeiten für die Wahl ohne Entgelt geleistet wurden“⁶³⁴. Nach eigenen Angaben verteilte die SPD 1924/25 im ganzen Reich mehr als 200 Millionen Flugblätter, noch ungerechnet der-jenigen, die große Ortsvereine in Eigenregie herausgegeben hatten. Ei-nen neuen Höhepunkt der Organisations- und Agitationsarbeit brachte das Wahljahr 1928, in dem die SPD reichsweit 44 792 öffentliche und 67 000 Mitgliederversammlungen Reich abhielt sowie nicht weniger als 115 Millionen Flugblätter verteilte, das waren immerhin fast zwei Flug-blätter für jeden der 62 Millionen Deutschen⁶³⁵.

Solche gewaltigen Zahlen konnten nicht verdecken, dass die zentrale Führung von Reichstagswahlkämpfen ein Organisationsproblem der SPD war, insofern sie nach 1918 keine den Hauptgeschäftsstellen der bürgerlichen Parteien vergleichbare Abteilung aufgebaut hatte. Die Wahlkampfführung oblag dem ohnehin überlasteten Parteivorstand, wenn ihm auch seit 1920 etwa eine „Zentralstelle für Beamtenagitation“ und sukzessive ähnliche Einrichtungen für andere Berufsgruppen halfen oder die Landesverbände eigene Agitationsausschüsse einrichteten. Erst nach dem Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 wurde der Propagandabereich beim Berliner SPD-Vorstand reorganisiert und eine **„Werbe-Abteilung“** als Nachfolgerin der alten Flugblattzentrale ins Leben gerufen – nicht zuletzt, um die „Modernisierung“ der Propaganda voranzutreiben. Die faktisch von Fritz Heine geführte Abteilung nahm ihre Tätigkeit offiziell am 1. Januar 1929 auf. Sie besaß einen eigenen Etat und bestand aus etwa zehn Mitarbeitern, von denen die Hälfte im zentralen Zeitungsausschnittsbüro beschäftigt war. Hauptaufgabe der Abteilung waren die Wahlkämpfe, die Vorbereitung und Fertigstellung des zentralen Wahlmaterials, von den Flugblättern und Plakaten bis hin zur Organisation von Rundreisen eines Wahlkabarets und Beschaffung von Lautsprecheranlagen. Außerdem war sie mit der Herausgabe der wiederbelebten, 1922 aufgrund der prekären Finanzlage eingestellten Parteikorrespondenz beauftragt. Neben den Spezialisten wie etwa Fritz Baade für Agrarfragen wurden gelegentlich Redakteure des *Vorwärts* mit der Bearbeitung der zentralen Wahlpropaganda oder Grafiker mit dem Entwurf von Plakaten beauftragt. Vor Beginn des Wahlkampfes stellte die Werbeabteilung jeweils Entwürfe verschiedener Künstler in einer internen Ausstellung für den Parteivorstand zusammen, der die Entscheidung traf, welche Plakate besonders bei der Wahlpropaganda berücksichtigt werden sollten. Bestimmte Präferenzen betreffs der Zielgruppen- und Feindbildagitation schrieb er nicht vor⁶³⁶.

Im ersten Geschäftsjahr 1929 lieferte die Werbeabteilung bereits 1,3 Millionen Broschüren, 90 000 Exemplare eines Werbeplakats sowie 6,1 Millionen Flugblätter an die Bezirke, davon allein fünf Millionen Stück eines Flugblattes zum Anti-Young-Volksentscheid, Agitationsmaterial, das den Ortsgruppen völlig unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde⁶³⁷. Ihre erste große Bewährungsprobe stellte der Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 dar, gleichzeitig Höhepunkt der gesamten SPD-Agitation dieses Jahres. Sofort nach der Reichstagsauflösung vom 18. Juli setzte sie

sich mit den regionalen Parteiorganisationen in Verbindung und unterbreitete ihnen Vorschläge zur Durchführung des Wahlkampfes. Die von ihr in den folgenden Wochen eingesetzte Propaganda zeichnete sich durch eine vorher nicht gekannte Vielfalt der Mittel aus. Außer mit Versammlungen und Flugblättern, Plakaten, Lautsprecherautos, Flugzeugen warb die SPD mit Wahlfondsmarken, speziellen Schlagzeilen- und Bildmatern, graphischen Darstellungen wie Pausvorlagen für Transparente, Referentenmaterial und zum ersten Mal auch mit Tonfilmen. Ausdruck ihrer großen Aktivität war, dass allein im Wahlkampf vom Sommer 1930 dem Bericht der Werbeabteilung zufolge nicht weniger als 114 Rundschreiben in über 55 000 Abzügen an die Bezirke und Redaktionen verschickt wurden. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörte auch diesmal wieder die Flugblattpropaganda, bei der sich die SPD seit langem auf den Maternversand umgestellt hatte, ein Verfahren, das es den Parteiorganisationen überließ, je nach Bedarf so viele Flugblätter zu drucken, wie sie für nötig erachteten. Von den 29 Wahlflugblättern der Zentrale wurden im Sommer 1930 1 000 Abzüge und 35 Matern – eine für jeden Parteibezirk – hergestellt⁶³⁸.

Dass Reichstagswahlkämpfe in der Weimarer SPD den Höhepunkt des Parteilebens bildeten, demonstrieren eindrucksvoll die Ausgaben des „Freien Wort“, des seit 1929 wöchentlich erscheinenden „sozialdemokratischen Diskussionsorgans“, wo aus allen Parteibezirken Zuschriften mit Fragen und Anregungen für die Wahlarbeit erschienen. Vor dem 14. September 1930 galt fast jede Ausgabe nur noch dem „Aufmarsch zur Wahl-schlacht“, da einfache Mitglieder sowie Funktionäre Vorschläge machten, deren Spektrum von der Bildung spezieller Agitationstrupps zur systematischen Haus- und Landpropaganda, Flugblattverteilungen „bis ins kleinste Vorwerk“, Werbearbeit in den proletarischen Massenorganisationen, zum Thema Wahlen, SPD und Angestellte, aber auch über neue Wege der Wahlpropaganda reichte⁶³⁹. Wie in den bürgerlichen Parteien stieß auch die zentrale Propaganda der SPD auf das Problem, den regionalen und lokalen Besonderheiten nur bedingt gerecht werden zu können. Ihre Wahlmaterialien seien schließlich, erläuterte die Werbeabteilung, für „große Volkskreise“ bestimmt, weshalb in ihnen zwangsläufig „allgemeine Gesichtspunkte“ überwögen. Den Organisationen wurde empfohlen, verstärkt selbst das Werbematerial herauszugeben, das „an örtliche oder berufliche Vorgänge im Gesichtskreis des Aufzuklärenden“ anknüpfe, indem sie etwa „aktuelle Vorkommnisse ohne Zeitver-

lust durch selbst hergestellte Flugblätter den interessierten Personen“ zur Kenntnis gebracht werden konnten, wofür eine Vervielfältigungsmaschine unverzichtbar sei. Solche Appelle zur Dezentralisierung sowohl der Inhalte als auch der Methoden hatten unausgesprochen die bei der KPD als erfolgreich beobachtete Propagandapraxis zum Vorbild⁶⁴⁰.

Wie sich die SPD-Führung Mitte der zwanziger Jahre vorbildliche Wahlarbeit vorstellte, schilderte ein Bericht des *Vorwärts* über den Gemeindewahlkampf in der österreichischen Hauptstadt Wien vom Frühjahr 1927. Die Macht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft komme hier von jeher in der großzügigen Wahlpropaganda der Partei zum Vorschein. Was aber aktuell von den Wiener Genossen geleistet werde, stelle alles Bisherige in den Schatten. In der ganzen Hauptstadt – „in den ärmlichsten proletarischen Vorstädten ebenso wie in den luxuriösen Geschäftsgegenden“ – würden sie mit den originellsten Mitteln um die Wählerstimmen werben, Fahnenmasten für die Flaggenpropaganda pachten, sogar die schmalen senkrechten Flächen der Fußgängerstufen zur Straßenbahn mit Wahlappellen auf Papierstreifen bekleben. Selbstverständlich fänden massenhaft Versammlungen statt, Umzüge und Demonstrationen dagegen seltener. Umso mehr werde die neuartige Filmpropaganda in den Wahldienst genommen. In Hunderten von Kinos, aber auch unter freiem Himmel auf großen Plätzen würden Filme gezeigt, welche die Leistungen sozialdemokratischer Politik priesen. Schließlich sorgten Lichtreklame und Transparente dafür, dass über den Dächern Wiens tagsüber und abends weithin in roter und weißer Schrift die Wahlappelle der Sozialdemokraten zu lesen seien. Selbstverständlich verschlinge solch ein Wahlkampf „beträchtliche Geldmittel“, aber der „Arbeiter ist stolz darauf, seine Macht und sein Können auch auf diese Weise dem noch Schwankenden und erst recht dem Gegner zu beweisen“⁶⁴¹.

Der Vorstand der SPD veröffentlichte nach der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 einen Überblick über die zurückliegende Wahlarbeit der Partei im Reich und in den Ländern. Aufgrund von Berichten aus den einzelnen Bezirken konnten detaillierte Angaben über den Aufwand und Einsatz an Agitationsmitteln, ihre Aufnahme bei den Parteiaktivisten sowie etwaige Reaktionen der Wähler bis hin zu den Wahlkampfkosten gemacht werden. Der Wahlerfolg im Mai 1928, so das Vorwort, sei „nicht zum geringsten Teil auf die Werbetätigkeit der Partei“ zurückzuführen gewesen⁶⁴². Im Reichstagswahlkampf wurden zum ersten Mal in größerem Maße technische Hilfsmittel in den Dienst der Wahlarbeit genom-

men. Das Spektrum der SPD-Propaganda reichte von den vielfältigen Drucksachen, den allerorten eingesetzten Wahlautos, den Lautsprechern, Wahlfilmen und Schallplatten sowie den freilich nur von städtischen Bezirken benutzten Flugzeugen, bis hin zu Sprechhören und so genannten „Wahlgesprächen“ oder Wahlrevuen von Schauspielgruppen. Als Druckschriften zählten die sowohl in Normalgröße als auch in Postkartenformat angefertigten Plakate sowie alle Flugblätter, Flugschriften und Wahlzeitungen. Insgesamt hatte der Vorstand den Bezirken 59 verschiedene Drucksachen zur Verfügung gestellt, von denen 82,4 Millionen Stück an die Wähler im Frühjahr 1928 verteilt wurden, ungerechnet die Millionen von Hand- und Wurfzetteln sowie Versammlungseinladungen. Möglich war dies wieder nur dank der „selbstlosen, aufopfernden Arbeit“ der Funktionäre und Parteimitglieder. Außer den vier Nummern der Wahlzeitung „Sozialdemokratie voran“ verschickte der Vorstand insgesamt 28 thematische Flugblätter an die Bezirke, die daneben selbst noch eigene mit Rücksicht auf die „besonderen Verhältnisse“ vor Ort anfertigten. Alles in allem verbreitete die SPD im Frühjahr 1928 über 51,4 Millionen zum Teil mehrseitige Flugblätter und weitere 2,8 Millionen Flugschriften oder Broschüren. Das Fazit des Parteivorstands lautete: „Unsere Werbung im Maiwahlkampf hat eine zuvor nie gekannte Intensität erreicht. In vielen Orten und Bezirken beherrschten wir das Straßenbild völlig“⁶⁴³.

Ein Bericht des *Vorwärts* über die „Großmacht Sozialdemokratie im Wahlkampf“ wurde kurz vor dem 20. Mai 1928 außer durch die Fotografie eines Möbelwagens noch durch die eines Wahlautos mit aufmontierten Lautsprecher illustriert. Der Blick in das Autoinnere, wo auf einem Schemel ein Mann im weißen Kittel vor den glühenden Lampen der Lautsprecherbatterien saß, sei zugleich ein „Blick hinter die Kulissen der Technik dieses Wahlkampfes“. Außer neuartigen Leuchttransparenten habe die SPD noch Litfasssäulen aufgestellt oder angemietet, die gemäß der modernen „Reklamepsychologie“ ausschließlich mit eigenen Plakaten beklebt wurden. Auch ihre Wahlversammlungen ließen die Vielfalt der Propaganda erkennen: „Überall Massengesänge, Sprechhöre, aktuelle politische Revuen, Sketche, Parodien und hervorragende Filme. Und was die Hauptsache ist: schlagfertige und den größten Diskussionsstürmen gewachsene Redner. Gleichgültig, ob es ‚Kanonen‘ oder ‚Kanönchen‘ sind“. Am letzten Tag vor dem 20. Mai werde schließlich der „ganze technische Apparat“ angeboten und würden sich mit Plakaten beklebte Mö-

belwagen auf Dauerfahrt durch die Straßen begeben. Selbst die bürgerliche Presse müsse anerkennen, dass die SPD alle anderen Parteien bei der technischen Wahlpropaganda übertreffe und „dem Kampf mit der geistigen Waffe um die Seele des Volkes das Beispiel und die Form“ gegeben habe⁶⁴⁴.

Wie auf regionaler Ebene die Wahlkampforganisation in den 20er-Jahren aussah, lässt sich anhand der Tätigkeitsberichte des Landesvorstandes der badischen SPD nachzeichnen. Als Reaktion auf die inflationsbedingten Rückschläge hatte auch dieser Landesverband seinen Aufbau durch Vereinfachung zu verbilligen versucht und die bisherigen sieben Unterbezirke in vier „Agitationsbezirke“ zusammengefasst, denen zur Erledigung der Geschäfte jeweils ein vom Landesvorstand bestellter und besoldeter Parteisekretär beigegeben wurde⁶⁴⁵. Die zwei Reichstagswahlen, die Reichspräsidentenwahlen und die Landtagswahl in Baden beanspruchten 1924/25 die „volle Kraft der Organisation“, wie nach Ansicht des Landespartei Vorstandes am deutlichsten die Übersicht über die schriftliche Propaganda zeigte. Zur Reichstagswahl im Mai 1924 hatte die SPD in Baden 1,8 Millionen Flugblätter verteilt, im folgenden Herbst dann schon mehr als die doppelte Menge, knapp vier Millionen Stück. Nicht zuletzt deshalb waren die Kosten für den zweiten Reichstagswahlkampf 1924 mit knapp 50 000 Mark fast doppelt so hoch wie im Frühjahr⁶⁴⁶. Die Kassenlage des Landesverbands erlaubten es „im großen und ganzen“, den Anforderungen des Wahlkampfes nachzukommen, allerdings unter einigen Anstrengungen, denn: „Es ist schließlich keine Kleinigkeit, jedes Jahr einen Wahlkampf zu finanzieren und daneben zugleich auch noch die Agitation und die Bildungsarbeit auf den verschiedensten Gebieten durchzuführen“. Außerdem werde die Landespartei-kasse durch regelmäßige Abführungen an die Reichspartei und andere Organisationen belastet. Ohne die „außerordentliche Opferwilligkeit“ der Anhänger und ihren freiwilligen Spenden wäre eine Finanzierung des Wahlkampfes über die Mitgliedsbeiträge allein nicht möglich gewesen. Erschwerend hinzu komme, dass der Verdienst der Parteidruckereien in Wahlzeiten gleich Null sei, weil für die Herstellung des Propagandamaterials meist nur die Selbstkosten in Rechnung gestellt würden⁶⁴⁷.

Als der größten republikanischen Partei der Weimarer Republik wurde und wird besonders der „Verstandespartei“ SPD der Vorwurf gemacht, dem Aufstieg Hitlers nicht genug mit massenpsychologisch wirksamer „Gefühlspropaganda“ in den Wahlkämpfen entgegengetreten zu sein. Oft

seien methodische Änderungen in der Propagandaarbeit oder Abweichungen von dem gewohnten Stil auch als ein Zugeständnis an die „Dummheit“ der Wähler abschätzig beurteilt worden, was die Umstellung der Zielgruppenwerbung vor allem auf neue, mittelständische Wählerschichten erschwert habe⁶⁴⁸. Tatsächlich prägte nach wie vor das rationale Aufklärungsideal die Werbeformen und den Wahlkampfstil der Weimarer SPD, die politische Vernunft gegen „blinde Leidenschaft“ selbst da setzen wollte, wo in der Bevölkerung materielle und emotionale Ängste eine irrationale Steigerung erfuhren. Neuerdings spricht die Forschung in diesem Zusammenhang von einem „Sinnlichkeitsdefizit“ der SPD⁶⁴⁹. Aus den Wahlerfolgen Hitlers nach 1929 lernte sie jedoch unter anderem, wie Wolfram Pyta nachweisen konnte, dass eine „Abkehr von der biederen Wahlwerbung vergangener Zeiten“ notwendig sei. Von der NSDAP habe sie das erfolgreiche Rezept übernommen, in den Reichstagswahlkämpfen „offensiv aufzutreten, den Gegner zu attackieren und die eigene Stärke mithilfe modernster Methoden der Massenpsychologie nachdrücklich zu demonstrieren“⁶⁵⁰. Jedoch hatte die SPD ihr Vertrauen auf die „Waffe des Stimmzettels“ gegen die Gegner der Republik in die Defensive gebracht. Kritik an den überkommenen Propagandamethoden übten vor allem jüngere Parteifunktionäre wie der hessische SPD-Politiker und Schriftsteller Carlo Mierendorff. Sein Plädoyer für offensiv geführte Wahlkämpfe baute wesentlich auf der Bedeutung der Symbole im politischen Kampf auf und der „Aktivierung“ einer Massenpropaganda gegen die Nationalsozialisten, in denen er früher als andere den Hauptgegner der SPD sah. Das Problem jeder politischen Propaganda, das in ihrer „mangelnden Reichweite“ liege, glaubte Mierendorff durch die neue Symbolpropaganda lösen zu können, die ebenso billig wie volkstümlich sei. Die Hitlerpartei sei eine Propagandabewegung und deshalb in erster Linie mit reklametechnischen und massenpsychologischen Methoden auf dem Gebiet der Propaganda zu schlagen, wo sich das „Bewusstsein einer Bewegung von sich selbst“ entwickle, das Bild, das sie „von sich selbst, ihren Aufgaben, ihren Hoffnungen und Grenzen“ habe⁶⁵¹.

Gemeinsam mit Sergej Tschachotin, einem russischen Emigranten und ehemaligen Mitarbeiter Pawlows, und in Zusammenarbeit mit der Werbeabteilung strebte Mierendorff seit Ende der 1920er-Jahre die Neugestaltung des Propaganda- und Organisationswesens der SPD an. Durch eine „symbolpropagandistische Gegenoffensive“ sollte die kritisierte Schwerfälligkeit und Weltfremdheit ihrer Werbung überwunden wer-

den, wofür die „Drei-Pfeile“ Tschachotins stellvertretend standen. Trotz unbestreitbarer Mobilisierungserfolge blieben diese aber ein Defensivsymbol und konnten nicht mit Hammer und Sichel des „Sowjetdeutschland“ oder dem Hakenkreuz des „Dritten Reiches“ konkurrieren. Der Einsatz neuer Propagandamethoden habe zwar den „Bewegungs“-Charakter der SPD und die „Initiative von unten“ wiederbelebt, die vorher jahrelang durch eine „starre Schablone der Kampftechnik“ verkümmert war. Sie müsse aber endlich den Begriff der „Kampagne“ wieder entdecken, das hieß, den „Begriff des zähen, unermüdlichen, fanatischen Hämmerns“ vor allem in der Presse- und in der Versammlungsagitation anwenden. Ausdrücklich orientierte sich Mierendorff an der Praxis der radikalen Parteien, die schon mit wenigen und primitiven Mitteln wirksame Propaganda zu betreiben verstünden, etwa mit vor Ort hergestellten und manuell vervielfältigten Flugblättern oder mit kleinen Wandtrupps zu Fuß und zu Rad: „Trommel und Fanfare sind keine so schlechten Instrumente, wofür sie manchmal der kleinbürgerliche Hochmut und unpsychologische Puritanismus der Älteren hält“⁶⁵².

Mierendorffs Vorschläge fanden erst 1931/32 Gehör bei führenden Funktionären wie etwa dem neuen Reichsbanner-Vorsitzenden Max Hötermann, der sich für einen Agitationsstil einsetzte, der mehr auf „Gefühl, Seele und Gemüt“ beim Wähler wirke, damit die „Vernunft“ letztlich siege⁶⁵³. Auch der Parteivorstand der SPD sprach in seinen Richtlinien für die Reichstagswahlen im Sommer 1932 erstmals von einem notwendigen zentralen „Kampfplan“. Auffällig bei der Übersicht der Propagandamittel war, dass die SPD im Sommer 1932 nach den Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe ausdrücklich auf Bildplakate zugunsten eines reichseinheitlichen „Symbolplakats“ verzichtete. Des Weiteren wurde auf die Neuproduktion der früher so gelobten „technischen Errungenschaften“ wie Film oder Schallplatten aus Kostengründen im Wahlkampf verzichtet, vielmehr wurden die Bezirke angewiesen, vorhandenes Material zu benutzen und neue Formen der Kleinpropaganda anzuwenden, etwa das „Freiheitspfeil-Konfetti“, ausgestanzte kleine Freiheitspfeile, die den Bezirken kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, ebenso wie die in Millionenaufgabe gedruckten satirischen „Visitenkarten“ der Papen-Regierung⁶⁵⁴.

Ungeachtet ihrer symbolpolitischen Defizite war die SPD diejenige Weimarer Partei, die in den Reichstagswahlkämpfen der 1920er-Jahre den größten Aufwand an Propaganda betrieb und dabei in der Lage war,

auf die neuen „modernen“ Hilfsmittel der Technik zurückzugreifen. Das Manko ihrer nach wie vor einzigartigen „Wahlmaschine“ bestand allerdings in einer mangelnden Planung von Seiten der Parteiführung, die sich auch nach der Gründung der zentralen Werbeabteilung 1928/29 im wesentlichen auf die Produktion von Wahlmaterialien für die Bezirke beschränkte. Bei der Umstellung auf die von Mierendorff geforderten „Kampagnen“ machte sich Anfang der 1930er-Jahre nicht zuletzt das Fehlen einer mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Reichsgeschäftsführung der SPD schmerzhaft bemerkbar.

„Wahlkampf ist Klassenkampf“ – Die Kommunisten

Im deutlichen Unterschied zur SPD behielt die Parlamentspolitik für Weimarer Kommunisten sekundären Charakter gegenüber außerparlamentarischen Aktionsformen. Ihr nächstes politisches Ziel – die „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ – wollten sie nicht durch den Parlamentarismus erreichen, sondern „in den Betrieben, auf den Straßen und in den proletarischen Massenorganisationen“, weshalb der Bereich Agitation und Propaganda einen zentralen Stellenwert in ihren taktischen Überlegungen besaß. Zugleich versuchte sich die KPD dabei aber von dem „kapitalistischen Reklamerummel“ vor Wahlen oder dem Organisationsfetischismus der Sozialdemokratie abzugrenzen. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik schenkte die mehr mit revolutionären Kampfaktionen beschäftigte KPD der Entwicklung neuer Propagandatechniken zunächst wenig Aufmerksamkeit⁶⁵⁵. Ihre erst danach intensivisierte Propagandaarbeit vor Wahlen war äußerst vielschichtig und ergänzte oder überschchnitt sich zum Teil mit den Aktionen und „Kampagnen“ befreundeter Massenorganisationen wie der IAH, dem RFB oder der Roten Hilfe. Zur „revolutionären Ausnutzung des Parlamentarismus“, so jetzt die Parole der KPD, sollten deren Angehörige wie auch jedes Parteimitglied zur Wahlpropaganda eingespannt werden⁶⁵⁶.

Natürlich entsprach die Organisationswirklichkeit nicht den theoretischen Postulaten und war die Propagandaarbeit keineswegs kontinuierlich, sondern schwankte von Aktion zu Aktion. Die mehrgleisige und ausdrücklich auf „Kampagnen“ ausgerichtete Propaganda kann als das Erkennungszeichen der Weimarer KPD gelten, die als Partei der Massenmobilisierung so genannte Antikriegstage, RFB-Treffen oder Erwerbs-

losenwochen und 1928/29 etwa parallel zu den Wahlkämpfen für Reichs- und Landtag weitere spezielle Kampagnen gegen den Panzerkreuzerbau führte, gegen den „Schlichtungsschwindel“ und die Wohnungsnot, eine Amnestiekampagne für die „proletarischen Gefangenen“ sowie zahlreiche Feiern und Demonstrationen, etwa zum 40. Jahrestag des Sozialistengesetzes⁶⁵⁷.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD um die Jahreswende 1918/19 hatte sich die linksradikale Mehrheit der Delegierten gegen eine Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen. Die Führung um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollte aus taktischen Überlegungen heraus teilnehmen, weil es ein großer Fehler sei, ein „Moment zur Unterstützung der Massenaktionen“ wie den Wahlkampf ungenützt zu lassen⁶⁵⁸. Nach der Abspaltung ihres linksradikalen syndikalistischen Flügels 1920 behielt die KPD zwar ihr antiparlamentarisches Profil, beteiligte sich nun aber an den Wahlen und beschloss unter der Führung von Paul Levi so genannte Leitsätze über den Parlamentarismus, in denen der Reichstag im Luxemburgschen Sinne als „Tribüne“ zum unverzichtbaren Mittel der Massenaufklärung erklärt wurde. Der Wahlkampf solle, schrieben die auf dem II. Weltkongress beschlossenen Statuten der Komintern vor, nicht als „Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losung der proletarischen Revolution“. Vor den Reichstagswahlen im Mai 1924 verpflichteten sich die Kandidaten der KPD auf eine Erklärung, wonach sich die Partei nur zu „Agitationszwecken“ an den Wahlen beteilige und damit keineswegs ihre „grundsätzliche Gegnerschaft zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung“ aufgebe. Die Arbeiter sollten Kommunisten wählen, weil sie den Reichstag als „Todfeinde des Kapitals und des Parlamentarismus“ so „desorganisieren“ würden, wie Liebknecht es einst getan habe⁶⁵⁹.

In der politischen Praxis schenkte die KPD der Parlamentsarbeit und insbesondere den Wahlkämpfen ab Mitte der 20er-Jahre bald mehr Bedeutung, als sie theoretisch eingestehen wollte. Die publizistischen und organisatorischen Mobilisierungsmöglichkeiten von Wahlen erhielten einen solch hohen Stellenwert in der kommunistischen Taktik, dass dies zu einer Aufwertung des Wahlkampfes führen musste. Ernst Thälmann erklärte die Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 zum „Gradmesser, wie stark die Massen im Klassenbewusstsein und im revolutionären Kampfwillen herangereift sind, oder inwieweit sie noch voller Illusionen

über das Parlament und die auf Stimmenfang ausgehenden Parteien sind“⁶⁶⁰. Der Wahlkampf sei zwar nur eine kurze, aber durchaus wichtige Phase in der revolutionären Entwicklung, „weil er die Möglichkeit, an breiteste Massen heranzukommen, in höherem Maße bietet als einzelne Teilkämpfe (die dafür in ihrer politischen Auswirkung zweifellos bedeutender sind!)“. Für die KPD als revolutionäre Partei würden die Forderungen des Wahlkampfes nicht mit dem Wahltag verschwinden, sondern „Angelegenheit der ernstesten Mobilisierung zu ihrer wirklichen Durchsetzung“ bedeuten, so Thälmann⁶⁶¹.

Revolutionärer Anspruch und Teilnahme an Wahlbewegungen mussten aber im kommunistischen Selbstverständnis widersprüchlich erscheinen und daher immer wieder Rechtfertigungsversuche der Parteileitung hervorrufen. Jeder Arbeiter, der die Bedeutung der Wahlkämpfe im „bürgerlichen Klassenstaat“ unterschätze, laufe auch Gefahr, die „entscheidenden revolutionären Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse“ zu unterschätzen. Wer meine, eines Tages werde es schon irgendwie „losgehen“, verkenne, dass auch Revolutionen organisiert werden müssten. Wahlkämpfe würden zwar nicht die Schicksalsfragen des deutschen Volkes entscheiden, doch bildeten sich in ihnen bereits die Fronten und der Auftakt des „großen Befreiungskampfes“. Ihre politische Bedeutung für das Proletariat erfordere, alle vorhandenen Mittel und Kräfte aufzubieten: „Mobilisiert die letzten Reserven! Wahlkampf ist Klassenkampf!“⁶⁶²

Kennzeichnend für die Wahlkampforganisation der KPD war neben der Tendenz zur Zentralisierung und Vereinheitlichung durch spezielle Rundschreiben der Berliner Parteizentrale an die Bezirke und Ortsgruppen eine parallel laufende Dezentralisation bei der technischen Herstellung des Propagandamaterials: „Initiative von unten“ lautete hier das Prinzip der KPD vor dem Hintergrund ihrer innerparteilichen Bolschewisierung. Schon im Herbst 1924 sollte den Richtlinien der Parteizentrale zufolge auch das Schwergewicht der Wahlpropaganda auf und in die Betriebe gelegt werden: In Anknüpfung an die „unmittelbarsten politischen und ökonomischen Erfahrungen der Belegschaft“ seien neben der mündlichen Bearbeitung der Arbeitskollegen und den Flugblättern kommunistische Betriebsversammlungen die wirksamsten Mittel⁶⁶³. Weil das „Reichswahlkomitee“ der KPD noch 1924 fast das gesamte Material für die Reichstagswahlen 1924 produzieren (und finanzieren) musste, versuchte die Parteileitung, diese Arbeit mehr auf regionale und lokale Agit-

prop-Ausschüsse zu verteilen. Vor dem 20. Mai 1928 forderte die Zentrale, dass jede Betriebs- und Straßenzelle der KPD in eigenen „Agitprop-Werkstätten“ den größten Teil des Wahlmaterials selbst anfertige, wozu ein Vervielfältigungsapparat gehöre, „der mit etwas Geschick im Basteln anstatt eines teuren, fertiggekauften, mit geringen Mitteln überall in Betrieb gesetzt werden kann“⁶⁶⁴.

Einfallsreichtum und Kreativität der einfachen Parteimitglieder auszunutzen war nicht nur Wahlkampfstrategie, sondern schon ein von der ab 1924 akuten Finanzknappheit der KPD diktiert Gebot. Gemäß der Auffassung von Kunst als „Waffe im Klassenkampf“ bildeten sich im Umfeld des von Willi Münzenberg aufgebauten Pressekonzerns so genannte Arbeiterkorrespondenten und -zeichnerbewegungen. Als neuartiges Arbeitertheater entstanden „Agitpropgruppen“, die zum größeren Teil aus Laien bestanden und deren Themen direkt aus der politischen Praxis genommen wurden. Bereits im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 seien dem Bericht der Zentrale zufolge „gewisse neue Methoden der Agitation und Propaganda“ mit Erfolg angewandt worden, namentlich Mittel der propagandistischen Kleinarbeit wie Straßenpropaganda, Rote Landsonntage oder die Transparentpropaganda, mit denen die KPD vielerorts in den letzten Tagen vor der Wahl das Straßenbild beherrscht habe⁶⁶⁵.

Weil die KPD der finanziellen Mitteln ihrer Gegner entbehre, die sich „aller Möglichkeiten der Technik und Reklame“ bedienten, so das Wahlhandbuch der Zentral-Agitprop im Frühjahr 1928, komme es für sie um so mehr darauf an, unter Heranziehung aller Funktionäre und Anhänger andere, neue „proletarische Formen der Agitation“ zu finden. Für den Reichstagswahlkampf wollte die Zentrale deshalb ausdrücklich kein Schema vorschreiben, sondern den Organisationen lediglich „Anregungen“ geben. Die Wahlpropaganda sei gerade dadurch am wirksamsten, dass sie überall der jeweiligen Umgebung angepaßt werde, „dass wir durch das reichhaltige Agitationsmaterial, das unsere Genossen in jedem Ort, jedem Betrieb, ja in jedem Häuserblock selbst herstellen, die allgemeinen Losungen und Parolen mit der örtlichen Lage in konkrete Verbindung bringen können“. Worauf es ankomme, sei nicht bloß die Ausführung zentraler Beschlüsse, sondern die „politische Konkretisierung der allgemeinen Linie der Partei entsprechend den besonderen lokalen, wirtschaftlichen, politischen Verhältnissen“ und vor allem „lebendige, aktuell eingestellte Agitation“⁶⁶⁶.

Wie vorbildhafte und vor allem „kostenlose Straßenpropaganda“ aussah, illustrierte eine im Frühjahr 1924 vom Reichs-Wahlkomitee veröffentlichte Broschüre mit Fotografien und Zeichnungen. Im Rahmen der lokalen Verhältnisse und Möglichkeiten sollten die Kommunisten nach diesen Anleitungen vor Ort ähnliche Propaganda machen – nicht selten an der Grenze der Legalität. Gleich das erste Bild zeigte, wie am zweckmäßigsten das wilde Ankleben von Wahlplakaten zu bewerkstelligen sei. Auf anderen Fotografien waren Wagenkolonnen mit Fahnen und Transparenten, Wandzeichnungen oder Hofagitation und ausgefallene Kostümierungen zu sehen, wie auch wandelnde Litfasssäulen oder einfach das Zeichnen eines Sowjetsterns auf dafür geeignete Flächen⁶⁶⁷.

Auf dem X. Parteitag der KPD im Juli 1925 in Berlin wurde ihre zentrale Propagandaarbeit für die mittleren Jahre festgeschrieben. In einer von der parallelen Reichs-Agitprop-Konferenz verabschiedeten Resolution zur Durchführung von Kampagnen definierte man diese als eine „konzentrierte Organisationsform, die unter einheitlicher Losung von den in Frage kommenden Parteiorganen für eine bestimmte Zeit“ geführt werde. Eine Kampagne dürfe nicht endlos sein, sondern müsse stets ein „festes organisatorisches terminmäßiges Ziel“ und ein solches Maß an Kräftekonzentration und Planung aufweisen, dass die Resolution ausdrücklich den Vergleich mit einer „militärischen Operation“ und der Präzisionsarbeit des Generalstabes einer Armee zitierte⁶⁶⁸. An der bisherigen Kampagnenführung der KPD wurde vor allem der Dualismus zwischen allgemeiner Parteipropaganda und der speziellen Agitation einer Kampagne kritisiert. Statt Wahlkämpfe nur als die „zentrale Spitze“ der Parteiarbeit zu betrachten, stellten viele Funktionäre noch vor Wahlen die sonstige Agitation ein, darin den Sozialdemokraten ähnlich, die Wahlen als „höchste Aktion des Klassenkampfes“ betrachteten. Es sei aber grundsätzlich falsch, beim zeitlichen Zusammentreffen verschiedener Kampagnen eine zugunsten der anderen aufzugeben, vielmehr gelte das Prinzip: „Die Reichstagswahl schließt Gewerkschaftsarbeit nicht aus, sondern die Gewerkschaftsarbeit ist die Voraussetzung für gute Erfolge zur Reichstagswahl“⁶⁶⁹.

Bezüglich der Vorbereitung von Kampagnen betonte die Resolution, dass alle Parteiorganisationen und Mitglieder sowohl mit den konkreten Inhalten als auch mit den technischen Abläufen vertraut gemacht werden müssten. Die Anwendung der verschiedenen Agitationsmittel müsse planmäßig und aufeinander abgestimmt sein, ob es sich nun da-

bei um die mündliche Agitation, die Versammlungstätigkeit, die Herausgabe von Plakaten und Flugblättern oder Demonstrationen handle. Ausgangspunkt jeder kommunistischen Werbearbeit sollten stets die täglichen Ereignisse sein, die den Arbeitern bekannt und vertraut seien. Die Gegenbekämpfung dürfe nicht an „Ideologien“ anknüpfen, sondern müsse die „soziale Struktur“ des Gegners zum Ausgangspunkt nehmen. Generell wurde die Forderung laut, die Agitationsmittel der KPD zu verbessern und endlich den Konkurrenzkampf mit der „kapitalistischen Werbearbeit“ aufzunehmen⁶⁷⁰.

Die erste größere Parteiaktion seit dem missglückten „deutschen Oktober“ von 1923 und anschließenden Parteiverbot, während dessen die Organisation der KPD fast zusammenbrach, war der Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1924, in dem wieder breitere Mitgliederkreise aktiviert wurden. Erstmals übernahm die bereits im September 1923 bei der Berliner Parteiführung eingerichtete Zentral-Agitprop, die aus dem Abteilungsleiter, dem Sekretär, einem Stenotypisten und einem Boten bestand, die „Leitung der gesamten Agitation und Propaganda“ für das Reich, das hieß Herstellung und Versand sämtlicher Drucksachen, von Bildmaterial, Plakaten und Flugblättern, aber auch Lichtbildern oder Klebestreifen. Neben der Kontrolle der technischen Propaganda hatte sie zudem den Aufbau und die Arbeit der regionalen Organisationen zu lenken⁶⁷¹. Die Parteileitung berief nach der Reichstagsauflösung im März 1924 ein 20-köpfiges Zentralwahlkomitee, aus dem wiederum ein kleineres, achtköpfiges Arbeitskomitee gebildet wurde, mit Hermann Remmele als erstem Vorsitzenden und Wilhelm Pieck als Verantwortlichem für die „politisch-literarische Arbeit“ im Wahlkampf sowie anderen Spezialisten für die Druckarbeiten, den Versand und die Versammlungsagitation. Nach diesem Vorbild sollten in jedem Bezirk Wahlkomitees von Genossen gebildet werden. Wenn auch das Zentralwahlkomitee ihnen Propagandamaterial bereitstelle, müssten sich die Unterbezirke und Ortsgruppen der KPD „in stärkstem Maße auf die eigene Kraft einstellen“⁶⁷².

Zwar konnten nicht alle Pläne für den Wahlkampf im Frühjahr 1924 umgesetzt werden, doch gelang es den Kommunisten immerhin, neben den Druckschriften – darunter 13 Wahlflugblätter in einer Gesamtauflage von 5,3 Millionen Stück, wogegen sich die acht Plakate mit 380 000 Stück bescheiden ausnahmen – noch Diapositive für Kinopropaganda und Lichtbildvorträge, 13 Referentenmaterialien und 2,4 Millionen Klebezettel sowie 1 300 Schablonen herauszugeben. Dieses zentrale Wahl-

material eignete sich zwar für die mit der Reichstagswahl zusammenfallenden Kommunalwahlen in Preußen, doch für die Landtagswahlen in Bayern am 6. April musste noch Material vor Ort hergestellt werden⁶⁷³. Ihren eigentlichen Höhepunkt erreichte die Kampagne der KPD gegen die mittlerweile vom Reichstag angenommenen Dawesgesetze im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924, den sie unter der Parole „Zuchthauswahlen“ stellte und der mit einer Mitgliederwerbeaktion gekoppelt wurde: „Für jeden proletarischen Gefangenen zehn neue Kämpfer“. Speziell für dieses „Amnestieaufgebot“ ließ die Zentrale unter anderem 70 000 Widmungsblätter für Neumitglieder sowie 300 Leninbilder zur Belohnung für Genossen drucken, die mehr als zehn neue Mitglieder waren⁶⁷⁴.

Zusammen mit den Materialien für die am gleichen Tag abgehaltene Landtagswahl in Preußen gab die Zentrale der KPD im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 insgesamt Drucksachen in einer Gesamtauflage von 32,7 Millionen Stück heraus. Wiederum dominierten mit einer Auflage von 14,5 Millionen eindeutig die Flugblätter. Erstmals überschritt jedoch die Zahl der Plakate knapp die Millionengrenze, während die Ziffer für „instruktives“ Material auf 122 000 stieg. Damit sei der Reichstagswahlkampf vor dem 7. Dezember 1924 zur „größten organisatorischen Leistung“ der Partei im Berichtszeitraum 1924/25 geworden, so der Parteitagebericht. Allerdings hätten die Betriebszellen noch keinen wesentlichen Einfluss ausüben können, obwohl in Gebieten mit fortgeschrittener Umstellung der Organisation eine „sehr deutliche Belebung der allgemeinen Partei- und Wahlarbeit“ festzustellen gewesen sei. Zentrale Propagandamaterialien könnten jedoch immer nur Unterstützung und „Zuschuss für das Bezirksmaterial“ sein, weil es nicht möglich sei, lokale Ereignisse von Berlin aus angemessen zu würdigen. Aus den Kampagnen 1924/25 müssten daher alle Parteiorganisationen die Lehre ziehen, „die Arbeit auf den verschiedensten Arbeitsgebieten unter einheitlichen Parolen terminmäßig festzulegen, planmäßig durchzuführen und miteinander zu verbinden“⁶⁷⁵.

Die Agitpropabteilung beim ZK konnte dem Parteitag 1929 berichten, welchen Aufschwung die Wahlarbeit der KPD in den zurückliegenden Jahren genommen hatte. Den Erfolg am 20. Mai 1928, als man über eine halbe Million Stimmen dazu gewinnen konnte, verdanke die Partei nicht zuletzt der Tatsache, dass sie „für solche Kampagnen alle modernen Agitationsmittel (Film, Grammophon, Propagandaautos, Theater-

aufführungen, lebendige Ausgestaltung des Straßenbildes usw.)“ auszunutzen gelernt habe⁶⁷⁶. Allein die zentrale Agitpropabteilung gab zu den Reichs- und Landtagswahlen im Frühjahr 1928 insgesamt 26 Flugblätter in einer Auflage von 26,2 Millionen Exemplaren, 1,2 Millionen Stück von 24 Plakaten, 22 „Traktätchen“, das waren kleinformatige Flugschriften, in einer Auflage von zwei Millionen heraus, des weiteren 17 verschiedene Matern von Wahlzeitungen an alle Druckereien der KPD im Reich sowie 115 Bildmatern, Handbücher zur Reichs- und Landtagswahl, 29 Klebestreifen und 25 verschiedene Klebemarken in je zwei millionenfacher Auflage, 1 000 Gummistempel mit zehn verschiedenen Wahlsprüchen, schließlich drei Wahlfilme in 37 Kopien, fünf Bildbandstreifen in 391 Kopien sowie 13 Grammophonplatten in einer Auflage von 6 300⁶⁷⁷.

Die Richtlinien der KPD-Zentrale für die Wahlpropaganda konzentrierten sich auf die Arbeit in den Betrieben, angefangen von der „Fließband-Agitation“ in Großbetrieben – das heißt dem Ankleben von Zetteln, die auf dem Fließband von Mann zu Mann weiterliefen –, dem Anschreiben von Parolen mit Kreide oder Farbe an zentralen Punkten des Betriebes, bis hin zur erfolgreichsten Methode, der „persönlichen, individuellen Bearbeitung der Kollegen, die Agitation von Mund zu Mund“⁶⁷⁸. Hinsichtlich der Wohnbezirks- und Straßenpropaganda empfahl das Handbuch der Zentrale die Einrichtung von Agitationslokalen (meist in den bereits vorhandenen Parteilokalen), von denen aus die planmäßige Bearbeitung der einzelnen Häuserblocks, Straßen, Lokale und Plätze geschehen könne. Als Anlauf- und Sammelstellen für Wahlhelfer und das in den Agitprop-Werkstätten hergestellte Material sollte schon durch ihre Dekoration der werbende Charakter zum Ausdruck kommen, im Innern durch Bildplakate oder Statistiken an den Wänden, Schaubilder oder schriftliches Material, so dass eine „kleine Ausstellung“ zu sehen sei. Aus jeder Arbeiterwohnung sollten während des Wahlkampfes Plakate oder rote Fahnen hängen, in den Fenstern möglichst Lichttransparente angebracht, bei Dunkelheit durch Kerzen oder, wo vorhanden, durch elektrische Lampen beleuchtet, rote Stoffstreifen mit den Wahlparolen der KPD quer über die Straße gespannt werden⁶⁷⁹. Zur Straßenagitation zählte die KPD-Zentrale im Frühjahr 1928 auch öffentliche Musikkonzerte von RFB-Kapellen und Arbeitergesangvereine oder Umzüge durch die Straßen mit Musik, Transparenten und Sprechchören. Da die bildliche Darstellung oft größere Wirkung erziele als Wort und Schrift, setzte man vermehrt auch Bildplakate sowie „figürliche Dar-

stellungen“ durch kostümierte Agitationstruppen oder Plakatkolonnen ein, wobei jeder Träger einen Buchstaben trug, die dann in richtiger Reihenfolge die kommunistische Parole wiedergaben. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung werde leicht auf solch „wandelnde Plakatsäulen“ gelenkt, wenn sie in größerer Anzahl hintereinander durch die Straßen marschieren würden: „Schon weil unmittelbar vor der Wahl auch der Gegner auf der Straße auftritt, müssen wir zeigen, dass die Straße uns gehört“⁶⁸⁰.

Generell fällt an diesen Ratschlägen der KPD zur Wahlpropaganda die Möglichkeitsform auf, in der sie geschrieben sind und die darauf hindeutet, dass der Organisationsstand die Durchführung nicht im beabsichtigten Maße erlaubte. Ausdrücklich sollten aber die „Sympathisierenden“ in die Wahlarbeit miteinbezogen werden. Bei ihrer Anwerbung ging die KPD nicht planlos vor, sondern anhand von Adressenlisten, so genannten Sympathisierenden-Karthotheken, die auf die einzelnen Parteimitglieder nach Häuser- oder Straßenblocks zur Bearbeitung aufgeteilt wurden. An jeden Genossen und Sympathisierenden in Berlin erging Ende April 1928 der Appell, sich zu den „Hausagitationssonntagen“ morgens um 9 Uhr in den Parteilokalen einzufinden. Außer dem zentralen „Wahlmanifest“ der KPD, ihrer „Massenliteratur“ und den Wahlzeitungen des Bezirkes, die in der Regel zum Preis von fünf Pfennig verkauft wurden, sollten noch ein „Maiabzeichen“ für zehn Pfennig bei der Hausagitation in stärkstem Maße eingesetzt werden sowie Sammellisten, Sammelbüchsen und Wahlfondsmarken zu 10 und 20 Pfennig, da die Partei allein für Berlin „100 000 Mark Wahlpulver“ brauche. Planmäßig müssten alle Betriebe in größeren Städten von Parteigenossen durch Herausgabe von Flugblättern und Zeitungen, ihre Verteilung in und vor den Betrieben, Einberufung von Betriebsversammlungen oder Versammlungen mit Lichtbild- und Filmvorträgen bearbeitet werden.

Entsprechend den Weisungen der Zentrale stellte die Berliner Parteiorganisation im Frühjahr 1928 für die letzte Wahlkampfwoche einen detaillierten „Arbeitskalender“ auf. Der letzte Sonntag vor der Wahl wurde zum „Groß-Werbe- und Sammeltag“ erklärt. In jedem Ort seien gemeinsame Abschlussdemonstrationen möglichst aller kommunistischen Organisationen zu veranstalten, vom RFB, den Turnvereinen bis hin zum Radfahrerklub. Der Donnerstag vor der Wahl, zugleich ein Feiertag (Christi Himmelfahrt), sollte besonders der Landagitation dienen. Schon am Vorabend müssten die Ausflügler an den Bahnhöfen bearbeitet werden, anderntags dann in den Ausflugslokalen und Laubenkolonien. Am

Freitag stand die große Abschlusskundgebung der KPD im Sportpalast auf dem Plan, parallel dazu Wählerversammlungen in den Außenbezirken Berlins. Ein genauer „Aufmarschplan“ für die anschließende Demonstration wurde in der *Roten Fahne* veröffentlicht. Der Samstag sollte vor allem zu weiteren Demonstrationen genutzt werden, während der Wahlsonntag völlig verplant war: „6–10 Uhr Plakatstehen an Ausflugsbahnhöfen, 8–12 Uhr Haus-, Hof- und Straßenagitation, 7 Uhr Treffen im Agitationslokal. Schlepperdienst – Platzkonzerte des RFB – Dienst vor und im Wahllokal – Abends Wahlkundgebungen in allen Verw.[altungs]-Bezirken mit Bekanntgabe der Resultate“. Alle verfügbaren Musikkapellen des RFB und der Arbeitergesangsvereine sollten ab dem frühen Morgen Umzüge veranstalten. Damit sie dann den ganzen Tag für die Wahlarbeit zur Verfügung stünden, wurde den Mitgliedern nahegelegt, sofort nach Öffnung der Wahllokale wählen zu gehen. Vor allen Lokalen mussten rechtzeitig Plakatträger und Agitatoren der KPD stehen: „Während des ganzen Wahltages müssen alle Agitationskolonnen mit Wagen, Fahrrädern, Transparenten, Plakatsäulen usw. ständig auf den Straßen sein“⁶⁸¹.

Dass die Durchführung eines Reichstagswahlkampfes von der KPD-Führung generalstabsmäßig geplant wurde, zeigen die Richtlinien der Zentrale vom Sommer 1930. Erste Maßnahmen nach der Reichstagsauflösung waren die Sitzungen der Parteileitungen, die Aussprache mit den Vertretern der Massenorganisationen, sodann die Festlegung der Wahllokale, Aufstellung der Arbeitspläne und Anweisungen für Werbe- und Sammelaktionen in den Bezirken. Für die dritte Wahlkampfwoche standen Sonderaktionen wie die Antikriegsdemonstration der KPD auf dem Plan. Während auf dem Lande die Rednereinteilung und Beschaffung der Wahllokale zu geschehen habe, Agitpropgruppen und Musikkapellen mit dem Üben begannen, wurden in den Sekretariaten der Parteileitungen die Kandidatenlisten vorbereitet. Für die vierte Wahlkampfwoche war neben diesen Vorbereitungen die Mobilisierung vor allem der Massenorganisationen eingeplant, der Druck der zentralen Wahlmaterialien, die Einrichtung der Wahllokale, sowie allgemein die „Verstärkung schwacher Punkte, Heranziehung neuer Kräfte“. In der folgenden Woche sollten „Instruktoren“ der Berliner Zentrale die Wahlvorbereitungen der Bezirke kontrollieren, bevor drei Wochen vor der Wahl der Wahlkampf „auf der ganzen Front“ einsetzen würde. Die Einsichtnahme der amtlichen Wählerverzeichnislisten in der gleichen Woche stell-

te die „Generalprobe unseres Wahlapparates“ dar, bei der etwaige Mängel entdeckt und beseitigt werden könnten⁶⁸².

Die Appelle zur verstärkten Dezentralisierung der Wahlpropaganda mussten den gleichzeitig starken dirigistischen Eingriffen der Berliner Zentrale widersprechen, welche die Tatkraft der Genossen vor Ort lähmte, deren eigenständige Wahlkampfführung nur auf technischem Gebiet opportun war. Ungeachtet der früheren Appelle zur lokalen Selbstinitiative geriet die Parteileitung im Sommer 1930 in die Verlegenheit, den Bezirksorganisationen ausdrücklich eine „unkontrollierte Verlagstätigkeit“ verbieten zu müssen, weil die zentrale Agitation nicht einheitlich zu führen sei, wenn die Bezirke zu viel eigenes Material herausgäben⁶⁸³. Besonderes Kennzeichen des Reichstagswahlkampfes der KPD vom Sommer 1930 waren die „roten Wahlausschüsse“, die überall als „Einheitsfrontorgane des revolutionären Proletariats zur Organisation des politischen Massenkampfes“ gebildet werden sollten. Sie hatten die Aufgabe, als Voraussetzung für „rote Wahlhelfergruppen“ in allen Stadt- und Ortsteilen Agitationslokale einzurichten, möglichst in der Nähe von Betrieben, Stempelstellen oder an wichtigen Verkehrspunkten. Die roten Wahlhelfer konnten wiederum zum Schutz der Agitationslokale, der Transparente, Plakate sowie der Versammlungen und Demonstrationen herangezogen werden. Für besonders erfolgreiche rote Wahlausschüsse stiftete die Zentrale in Berlin Buchpreise zur „Förderung eines gewissen revolutionären Wettbewerbs“⁶⁸⁴.

Bei der Kritik des Reichstagswahlkampfes vom Sommer 1930 stellte das ZK der KPD dennoch fest, dass die „Verbindung des Wahlkampfes mit der außerparlamentarischen Massenmobilisierung absolut ungenügend“ gewesen sei. So sei es während des Wahlkampfes nicht gelungen, größere Streikbewegungen auszulösen. Ein Grund dafür sah man in der fast ausschließlich auf Wohngebiete konzentrierten Wahlagitation der KPD, der geringen Anzahl von Betriebsversammlungen, womit die regionalen Parteileitungen gezeigt hätten, dass der Betrieb immer noch nicht im „Brennpunkt ihrer Politik“ liege⁶⁸⁵. Dementsprechend setzte der Arbeitsplan der Zentrale für den Reichstagswahlkampf im Sommer 1932, durch den alle Bezirksleitungen, Redaktionen und Leitungen der Massenorganisationen instruiert wurden, die „außerparlamentarische Zielsetzung“ von vornherein strikt fest. Die Zusammenfassung der werktätigen Massen zu einer „großen zentralen Manifestation“ am Wahltag sollte gemäß der „Methode der möglichsten Dezentralisation“ gesche-

hen, eben der Verlegung des propagandistischen Schwerpunkts auf und in die einzelnen Betriebe, Stempelstellen und Bevölkerungsschichten⁶⁸⁶.

Für einen „sachlichen Kampf der Geister“ – Zur Wahlkampfführung des Zentrums

Der Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie war für die Zentrumspartei Anlass gewesen, eine Reform zumindest der zentralen Führungsstrukturen in Angriff zu nehmen. Als Kern einer zukünftigen neuen Organisation wurde im November 1918 das Reichsgeneralsekretariat in Berlin gegründet, das in den 1920er-Jahren unter Führung von Heinrich Vockel für die Koordinierung der zentralen Propaganda und Organisation zuständig war. Aufgrund der ungenügenden Mitgliederstrukturen blieb das Zentrum auch während der Weimarer Republik wesentlich auf die vielfältige Unterstützung der katholischen Verbände angewiesen. Der 1921 gegründete Reichsverband der deutschen Windhorstbünde stellte die gerade in Wahlkämpfen wichtige Verbindung zu den mehr als eine Million Frauen und Männern sicher, die in den kirchennahen Jugendorganisationen aktiv waren⁶⁸⁷.

Die mangelhafte Parteiorganisation des Zentrums, insbesondere das Fehlen eines flächendeckenden Ortsgruppennetzes, stellte auch nach 1918 ein ungelöstes Problem dar und ihr planmäßiger Ausbau eine ständig angemahnte Forderung. In Diasporagebieten trat die Partei nach wie vor selbst in Wahlzeiten nicht in Erscheinung. Erschwerend für den massendemokratischen Konkurrenzkampf wirkten sich traditionelle Vorbehalte gegenüber neuen Werbemethoden und eine daraus resultierende Farblosigkeit der Propaganda des Zentrums sowie das Fehlen einer unmittelbar von der Partei wirtschaftlich abhängigen Presse aus⁶⁸⁸. In einem 1925 wiederaufgelegten parteioffiziösen Organisationshandbuch wurde unter Berufung auf die „ruhmreiche Vergangenheit“ des Zentrums dringend ein Ausbau der Parteiorganisation und des Vertrauensmännersystems gefordert. Das „religiös-apologetische und sozial-aufklärende Gebiet“ sollte ganz dem Katholischen Volksverein überlassen werden, damit sich das Zentrum strikt auf seine politischen Aufgaben konzentrieren könne: „Eine ersprießliche Parteiarbeit ist nur möglich, wenn eine gut ausgebaut und mit reichlichen Mitteln ausgestattete Bezirks- und Wahlkreisorganisation die Parteiarbeit bis in das letzte Dorf hineinträgt und befrucht-

tet“. Vorrang müsse die Gewinnung neuer Anhänger, die „Kleinarbeit gut geschulter Vertrauenspersonen“ sowie die „ständige Werbung für die Parteipresse“ haben. Als Kern neuer Ortsgruppen würde sich aber insbesondere auf dem Lande noch die Geistlichkeit empfehlen, wobei es dem Weimarer Zentrum vor Reichstagswahlen schwer fiel, diese für seine Wahlkämpfe unverzichtbare Unterstützung des Klerus und der katholischen Vereinsvorsitzenden einzuholen⁶⁸⁹.

Dass vor dem Krieg noch kein „moderner Parteiapparat“ geschaffen worden sei, so Parteivorsitzender und Reichskanzler Marx auf dem Parteitag des Zentrums im Oktober 1924, habe der Auffassung entsprochen, „gemeinsame Weltanschauung und liebevoll gepflegte politische Tradition“ genügten, um der Partei einen Platz in der „politischen Arena“ des Deutschen Reiches zu sichern⁶⁹⁰. Vom Gegner, namentlich der Sozialdemokratie zu lernen, stellte einen ständigen Appell in der Propagandaarbeit des Zentrums dar, das neidvoll auf die über Mitgliederbeiträge getragene Finanzierung und die „materielle Opferwilligkeit“ ihrer Anhänger blickte. Was man der sozialdemokratischen Organisationskraft entgegensetzen konnte, war die religiöse Disziplin der eigenen Anhänger, an die vor Wahlen auch ganz bewusst appelliert wurde, etwa in Form von „zehn Geboten für Zentrumswähler“, deren erstes Gebot sei, ihre „Pflicht“ zu tun, die Kirche zu besuchen und wählen zu gehen. Wahlkämpfe bestritt das Zentrum stets in der Überzeugung von „der vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler“, so eine Entschließung nach der Reichstagsauflösung im Oktober 1924⁶⁹¹.

Analog zu dem Selbstverständnis einer Partei der politischen Mitte und der sozialen Versöhnung stand das Zentrum parteipolitischer Propaganda grundsätzlich skeptisch gegenüber. Da sie das harmonische Bild der angestrebten „Volksgemeinschaft“ in Frage stellten, wurden Wahlkämpfe allenfalls als notwendiges, zeitlich möglichst zu begrenzendes Übel akzeptiert, ihre verzerrt wahrgenommenen „Auswüchse“ jedoch schärfstens verurteilt. Der „Kampfcharakter“ jeder politischen Wahl, so eine für das Zentrum typische Verlautbarung, bestimme auch die Propaganda der Parteien, zumal es um die „Beeinflussung von Massen“ gehe. In Wahlzeiten würden zwangsläufig gröbere Mittel als sonst in der Politik angewandt: „Die Sprache der Agitation wird massiver, die Kritik am Gegner wird schärfer“. Falsch sei die selbst in bürgerlichen Kreisen anzutreffende Auffassung, die Auswüchse im Wahlkampf damit zu ent-

schuldigen, dass man sagt, „im Kriege – und Wahlkampf sei eben Krieg! –“ sei jedes Mittel erlaubt. Vielmehr stelle sich die Frage, „ob ein Kulturvolk wie das deutsche es mit seiner Würde vereinbaren kann, dass in den wenigen Wochen des Wahlkampfes eine Verhetzung der Volksgenossen, eine persönliche, verletzende Bekämpfung der politischen Gegner untereinander, ein wilder Kampf mit allen, selbst den skrupellosesten Mitteln“, sich ausbreiten dürfe. Nein, lautete die Antwort, Wahlkampf sei kein Selbstzweck, schließlich müsse man sich doch nach der Wahl zur „sachlichen Arbeit“ zusammenfinden. Jede „unwürdige und exzessive Wahlmache“ würde nur eine „Vergiftung der politischen Gegnerschaften“ zur Folge haben und die unumgängliche künftige Zusammenarbeit der Parteien im „Interesse des Gemeinwohles“ erheblich behindern. Ihre „klärende, belebende vorwärts- und aufwärtsweisende Mission“ erfüllten die Wahlkämpfe aus Zentrumssicht freilich nur, insofern sie die eigene „Front der sachlichen Arbeit“ verstärkten⁶⁹².

Dem Ideal eines friedlichen, vorwiegend mit publizistischen Mitteln ausgetragenen „Kampfes der Geister“ entsprach im Zentrum die letztlich realitätsferne Ansicht, bei Wahlen und der Wahlentscheidung dürfe es nicht auf die „Reklame“ ankommen, sondern nur die „sachliche Arbeit“ und Leistung einer Partei „im Dienst am Staat“ beurteilt werden. Stets habe das Zentrum „opferwillig“ in allen Ministerien seit 1919 mitgearbeitet, lautete der rote Faden, der sich einem Generalmotto gleich durch seine Wahlpropaganda zog. Dem eigenen Appell an die „politische Vernunft“ des Wählers wurden die demagogischen „Taschenspielertricks“ der Gegner warnend gegenübergestellt⁶⁹³. Bis in die dreißiger Jahre hinein beschränkte sich das Zentrum nicht zuletzt infolge solch weltanschaulicher sowie finanzieller Gründe in Reichstagswahlkämpfen weitgehend auf traditionelle Werbemittel wie die Presse beziehungsweise Zeitungen, Broschüren, Versammlungen und Flugblätter in zudem vergleichsweise niedrigen Auflagen. Während andere Parteien mit Werbefilmen, musikalischen Vortragsabenden und „einer Zehntausende verschlingenden Lichtreklame“ arbeiteten, lasse sich die Politik des Zentrums, so das Reichsgeneralsekretariat Ende November 1924, schon mit viel weniger „Tamtam“ propagieren⁶⁹⁴. Nicht zuletzt an den Wahlplakaten der Zentrumspartei könne man erkennen, dass „bei der Werbekunst ohne Umschweife die Einstellung auf die Massenpsychologie so wichtig [sei] wie die Wahrung der rein künstlerischen Aufgabe, und dass fernerhin neben dem Werbezweck kulturelle Ziele erreicht werden mit künst-

lerischer Durchdringung des öffentlichen Lebens. Das Gute spricht immer für sich, gerade auf dem Gebiet der Wahlpropaganda“⁶⁹⁵.

Während in Diasporagebieten selbst vor Reichstagswahlen nicht einmal Versammlungen des Zentrums stattfanden, legten nicht zuletzt die Parteifinzen seiner Propaganda selbst in Hochburgen wie Düsseldorf enge Grenzen auf. Im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 verteilte das Zentrum dort immerhin 740 000 Flugblätter, konnte dafür aber im Unterschied zum Frühjahr keine eigene Wahlzeitung mehr herausbringen. Schon zaghafte Versuche, sich propagandistisch stärker auf die Bedingungen der Massendemokratie einzustellen, wurden dabei zudem von rechtskatholischen Kreisen als unchristliche Wahlkampfmethodik kritisiert⁶⁹⁶. Scheiterte das auch finanziell begründete Bemühen, den Wahlkampf dadurch abzukürzen, dass man Auflösung und Neuwahl recht nahe zusammenlegte, mahnte das Zentrum dafür um so nachdrücklicher zur „sachlichen“ Führung des Wahlkampfes. Diese sei in Deutschland keineswegs selbstverständlich, weil das Reich in parlamentarischen Begriffen als „jung“ gelten müsse. In Ländern mit eingespielten demokratischen Gewohnheiten sei die „Sachlichkeit des Wahlkampfes“ schon deshalb größer, weil dort die Parteien von der Wählerschaft erfahrungsgemäß nachhaltiger an ihre Versprechungen erinnert würden: „Wieviel Gift würde aus den parlamentarischen und Wahlkämpfen verschwinden, wenn diese Mahnung, die doch nur ein Gebot der Klugheit ist, allgemeine Beachtung fände!“⁶⁹⁷

Vor dem Hintergrund solcher Grundstimmung, wonach den Wahlkämpfen an sich wenig politischer Stellenwert einzuräumen sei, entwickelte das Reichsgeneralsekretariat unter der Leitung Vockels in den 1920er-Jahren eine um so beachtlichere Aktivität. Mittels der sich vor Reichstagswahlen häufenden Rundschreiben verständigte es sich mit den Ortsgruppen und der Partei nahestehenden Zeitungsredaktionen im Reich, die zumindest im Ansatz auf eine einheitliche Linie festgelegt werden sollten, etwa wenn es galt, eine zentral in Berlin hergestellte Wahlzeitung oder ein letztes Flugblatt zu einem bestimmten Termin reichsweit erscheinen zu lassen. Angestrebtes Ideal war, dass die Propaganda überall in „lokaler Einstellung“ vorbereitet, das Wahlmaterial aber vom Reichsgeneralsekretariat zentral herausgegeben werde. Zugunsten größerer Zentralisierung forderte die Berliner Parteileitung etwa vor den Wahlen am 7. Dezember 1924 alle Organisationen auf, das zentrale Hauptwahlplakat zu kleben, wobei den finanzschwachen Ortsgruppen eine

spätere Bezahlung erlaubt und denen, die besonders geldknapp seien, die Plakate sogar kostenlos zugeschickt würden. Den Anhängern des Zentrums müsse im Wahlkampf ein Gefühl der Sicherheit und überall wenigstens ein Zeichen der Parteixistenz gegeben werden: „Mancher mag zweifelnd zu solch äußerlicher Parteiarbeit stehen und der Meinung sein, der gute Gedanke setzt sich von selbst durch. Doch in der heutigen geistig leicht beweglichen Zeit, wo wenige sich der Mühe des Nachdenkens unterziehen, wird eine erfolgreiche Wahlarbeit nicht ohne Werbetrommel geleistet werden können“⁶⁹⁸.

Die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft zur Wahlarbeit spielte im Zentrum keine große, etwa der in den Linksparteien vergleichbare Rolle. Auch bei dieser Art der Binnenpropaganda grenzte man sich von den „marktschreierischen“ Methoden anderer betont ab. Rekrutierungsprobleme von Wahlhelfern schien es ohnehin dank der Unterstützung aus den katholischen Vereinen in der Regel nicht zu geben. Zwar sei die Freimachung von freiwilligen Hilfskräften für die Wahlarbeit, die Heranziehung der Jugend und nicht zuletzt der Frauen wichtig, aber: „Die wichtigste Waffe im Wahlkampf ist die Zentrums Presse, die viel mehr verbreitet werden muss. Ebenso notwendig ist auch die Stärkung der Parteikasse, denn ohne große Geldmittel lässt sich der Wahlkampf nicht führen“⁶⁹⁹. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 wandte sich Generalsekretär Vockel mit einem Rundbrief an die Parteiorganisationen sowie die dem Zentrum nahestehenden Geistlichen, um Erfahrungen und Lehren aus der Wahl zu erörtern. Mithilfe eines Fragebogens wurde unter anderem nach der Stimmung in der Bevölkerung vor der Wahl geforscht, auch danach, ob und wie sie sich bis zum Wahltag verändert habe, dabei aufgegliedert nach einzelnen Berufs- und Wählergruppen sowie hinsichtlich bestimmter Themenbereiche. Auch wollte die Parteizentrale die Zahl der Agitatoren vor Ort wissen, wie sie sich bewährt hätten und welchen Berufen sie angehörten, wie die Zentrums Presse gearbeitet habe sowie mögliche Gründe für Erfolg oder Misserfolg der Partei in dem jeweiligen Bezirk. Ganz am Schluss des Fragebogens stand die Frage nach den Lehren für die zukünftige Agitation und wie sich die Bezirke die künftige Zusammenarbeit mit der Reichsparteileitung wünschten⁷⁰⁰.

Inwieweit sich die aus solchen Umfragen gewonnenen Erkenntnisse auf die Wahlkampfführung des Zentrums auswirkten, lässt sich nicht sagen, zumal keine Antwortschriften überliefert sind. Für den alles in

allem überraschenden Reichstagswahlkampf im Herbst 1924 werden sie mit Sicherheit nicht zu Konsequenzen in der Wahlarbeit geführt haben. Eine längerfristige Vorbereitung war dem Zentrum erst wieder vor der vierten Reichstagswahl im Frühjahr 1928 möglich. Bereits die Tagung der Parteibeamten vom 19./20. April 1927 in Köln beschäftigte sich kurz mit den „Methoden des nächsten Wahlkampfes“, wobei Reichsgeneralsekretär Vockel darauf hinwies, dass im Reichstagswahlkampf „Bildpropaganda (Tabellen, Kurven, Bilder)“ eine größere Rolle spielen werde⁷⁰¹. Das Referat zum Thema Parteiorganisation hielt der Reichstagsabgeordnete Georg Schreiber, Professor für Kirchengeschichte in Münster, dessen kulturpolitische Schriften einigen Einfluss auf die Wahlpolitik des Zentrums ausübten. Nach wie vor fehle ein gleichmäßiger Ausbau der Unterbezirke sowie eine planmäßigen Führung der Agitation, so Schreiber. Gerade in Wahlkämpfen entwickle sich vielmehr immer noch ein „zeit- und geldraubender Wettstreit um die Gewinnung einiger weniger beliebter Rednerpersönlichkeiten“ zwischen den Bezirken. Durch die unbedachte Übernahme amerikanischer Propagandamethoden seien die Finanzen der Partei nach 1918 in einen andauernden „trostlosen Zustand“ gebracht worden, während zugleich die Organisation lange Zeit so desolat war, dass die Parteiarbeit mitunter von Schulkindern verrichtet werden müsse und keinerlei Zahlen über den Mitgliederstand des Zentrums vorlägen⁷⁰².

Für die auf den 8./9. September 1927 nach Mönchengladbach anberaumte Organisationskonferenz stand die Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen ganz oben auf der Tagesordnung. In dem von Vockel am 23. September ausfertigten Sitzungsbericht waren die vom Reichsgeneralsekretariat geplanten Wahlmaterialien aufgelistet, angefangen von einer Broschüre zur Zentrums politik seit 1919, einem allgemeinpolitischen Flugblatt, ein Plakat in Normalgröße und im Postkartenformat, Informationsberichte sowie „Merkzettel“, die verschiedene Einzelheiten „in Angriff und Verteidigung“ behandelten und auch in Matern zum Nachdrucken durch die Organisationen bezogen werden konnten. Zur Propaganda in Zeitungen wurde wieder das Pressebüro Krauss herangezogen, ein in Berlin ansässiger „Politischer und Parlamentarischer Presdienst“, der tägliches Wahlmaterial in Form von kleinen Aufsätzen oder Kästchenpropaganda an die befreundete und neutrale Presse weiterleitete, aber etwa auch gematerte Karikaturen anbot. Hinsichtlich der Frage, wie das zentral herausgegebene Material „bis in die letzte Orts-

gruppe“ gelangen würde, entschied sich die Parteibeamtentagung auf Vorschlag Vockels dafür, dass das Reichsgeneralsekretariat zunächst Proben an die für die Verbreitung verantwortlichen Landesgeneralsekretariate versenden würde, die dann wiederum das Material den Ortsgruppen offerierten⁷⁰³. Auf der Konferenz des Parteivorstandes mit den Wahlkreisvorsitzenden, die im März 1928 anstelle eines ursprünglich geplanten Reichsparteitages stattfand, war man sich einig, im kommenden Wahlkampf verstärkt Bildagitation und technische Hilfsmittel einsetzen zu müssen, namentlich illustrierte Wahlzeitungen sowie Werbefilme. Trotz aller Zentralisierungsbemühungen der Parteiführung wurde aber auch der Reichstagswahlkampf 1928 regional mit unterschiedlicher Intensität geführt. Um wenigstens ein „reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Landesparteileitung und Bezirks- und Ortsgruppenleitung“ herbeizuführen, hatte das Zentrum immerhin in einzelnen Ländern einheitliche Richtlinien für die Wahlpropaganda festgelegt⁷⁰⁴.

Nach dem enttäuschenden Ausgang der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 wurde innerhalb der Zentrumsparlei heftiger als je zuvor über die Formen und Mittel der Wahlpropaganda gestritten. Der Partei habe, hieß es auf der Tagung des Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden und Parteisekretären am 1. Juni 1928 in Berlin, im zurückliegenden Wahlkampf an einer „zugkräftigen Parole“ gefehlt. Der Grund dafür sei, dass das Zentrum vor 1918 in erster Linie eine „kulturpolitische Partei“ darstellte, sich aber jetzt auch auf „das rein Politische und das rein Wirtschaftliche“ einzustellen habe. Eine „scharf herausgearbeitete politische Idee, ein klares politisches Programm“ wären das wirksamste Mittel gegen die stark auftrumpfenden Splitterparteien gewesen. Von dem ober-schlesischen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Carl Ulitzka kam hingegen die für den klerikalen Flügel des Zentrums typische Kritik, zu sehr nach „amerikanischen Muster“ Propaganda betrieben zu haben: „Autofahrten mit Renommier-Zentrumsleuten, Kinovorführungen u. dgl. widerspricht unserer Weltanschauung. Zu häufige Versammlungen lähmen das Interesse; wenige grosse, gut vorbereitete Zentrumsversammlungen beleben die Agitation. Kleinarbeit – wie Hausagitation – wirken besser als viele Versammlungen. Den Mitgliedern der einzelnen Stände und Berufe müssen kleine Drucksachen über die den Stand betreffenden Fragen ins Haus geschickt werden“. Scharf kritisiert wurde andererseits, dass die „besseren Stände“ und auch die Geistlichen nicht genügend mitarbeiteten, wöüber sich eine lebhaftc Diskussion über ihre Stellung zur Zentrumsparlei

entspannte. Die Beiträge schwankten zwischen der Beobachtung, dass einerseits gerade die jungen Geistlichen sich vom Zentrum entfernten sowie andererseits dem Bericht des Pfarrers Ulitzka, wonach in Schlesien nur der Klerus die „Situation gerettet“ habe⁷⁰⁵.

Auch das Zentrum konnte sich spätestens Anfang der 1930er-Jahre nicht mehr der allgemeinen Tendenz entziehen, die Wahlkämpfe einheitlicher und mit sorgfältiger logistischer Vorbereitung in Form von „Kampagnen“ zu zentralisieren. Die vom Reichsgeneralsekretariat der Partei vor den Juliwahlen 1932 herausgegebenen Richtlinien geben Zeugnis von dem Streben nach Professionalisierung in der Wahlarbeit. Sie wurden nach „eingehenden Vorbereitungen“ der Reichs- und Wahlkreisführungen Anfang Juni für reichsweit verbindlich erklärt, nicht ohne zu betonen, dass selbstverständlich die „besonderen Bedürfnissen“ der einzelnen Gebiete auch jetzt noch je „besondere“ Kampfmethoden erforderten. Ab Sonntag, dem 3. Juli 1932, also genau vier Wochen vor der Wahl, sollte die öffentliche Wahlpropaganda des Zentrums beginnen, mit großen Kundgebungen in allen Teilen des Reiches, die von den Landes- und Provinzialverbänden nach einem „genauen Plan“ festgelegt würden. Um die Finanzierung des Wahlkampfes zu sichern, wurde ein öffentlicher Spendenaufruf des Zentrumsvorsitzenden in der Presse vereinbart. Alle daraufhin eingehenden Gelder würde das Reichsgeneralsekretariat direkt den Landesverbänden zuleiten. Bittschreiben einzelner Ortsgruppen müssten ignoriert werden, weil die Verteilung der Gelder von den Landesverbänden „geordnet“ vorgenommen werden müsse. Im übrigen sei notwendig, dass alle Ortsgruppen möglichst bald auch selbständig Sammlungen einleiteten sowie bei Großkundgebungen Eintrittsgelder erhöhen⁷⁰⁶. Der erwähnte Spendenaufruf des Parteivorsitzenden Prälat Kaas vom Sommer 1932 war symptomatisch für das Verhältnis des Weimarer Zentrums zum Wahlkampf. Durch die Schuld der Gegner seien „die Massen zum so und sovielten mal den aufwühlenden Wirkungen eines sinnlosen Wahlkampfes“ ausgesetzt, der nicht ein „Kampf der Geister“ zu werden drohe, sondern eine „Materialschlacht“ großen Stils⁷⁰⁷.

Überblickt man die Wahlkampfführung des Zentrums in den 1920er-Jahren, so erscheint sie in erster Linie als eine Geschichte von Defiziten und Versäumnissen. Diese wurden zwar vom Reichsgeneralsekretariat unter Vockel gesehen, konnten aber gegen die strukturellen Mängel in der Parteiorganisation nicht überwunden werden. Technische Hilfsmittel, derer sich selbst die anderen bürgerlichen Parteien wenn auch zag-

haft bedienten, stießen im Zentrum auf generelle und sittlich begründete Widerstände gegen jegliche „amerikanische“ Methoden in der Wahlarbeit, die geradezu als moralisch verwerflich erschienen. Es ist wohl nur der starken Verankerung im katholischen Milieu und der Mithilfe der katholischen Vereine zuzurechnen, dass das Weimarer Zentrum überhaupt zu größeren Wahlkampfaktionen fähig war, die sich freilich auf die Presse sowie die Versamlungs- und Flugblattagitatiön in den katholischen Kerngebieten konzentrierten.

Zur Frage der Modernität der NSDAP-Propagandatechnik

Der Nationalsozialismus gilt der Forschung gemeinhin als Verkörperung eines neuen Stils der propagandistischen Massenbeeinflussung, der freilich in den 1930er-Jahren nur deshalb solche großen Erfolge feiern konnte, weil er geschickt an Traditionen in der politischen Kultur Deutschlands anzuknüpfen verstand⁷⁰⁸. Apostrophierungen der NSDAP als Propagandabewegung, deren in vieler Beziehung subversive Taktik und Politik vor 1933 durch ein „Primat der Wahlwerbung“ geprägt gewesen sei, betonen die hohe Bedeutung der Reichstagswahlkämpfe für den Aufstieg Hitlers, auf deren Bühne sich das „visuelle und verbale Alphabet der nationalsozialistischen Konterrevolution“ inszenieren ließ⁷⁰⁹. Die Organisation der Wahlpropaganda und der Hitler-Kundgebungen wurde mit dem Durchbruch der NSDAP als nationale Massenpartei 1929/30 zur Hauptaufgabe aller Ortsgruppen und SA-Stürme. Überall warben die einsatzwilligen Nationalsozialisten mit Lautsprechern und Flugblättern für die Auftritte ihres „Führers“, um dann als „Statisten die sinnfällige Kulisse einer kampfbereiten Gefolgschaft“ zu bilden. Das Organisationsgeflecht der NSDAP glich dabei, so Hans Mommsen, bald einem „riesigen Werbeunternehmen, das geradezu kapitalistischen Wachstumsbedingungen unterlag“⁷¹⁰.

In der Debatte um das Verhältnis von Nationalsozialismus und Modernisierung etablierte sich die Forschungsmeinung, wonach in der Führung der NSDAP modernes, zweckrationales und technokratisches Denken dominierte. Zum Gemeingut der Weimar-Forschung gehört, dass die „Technikbegeisterung der Nationalsozialisten und ihre Ausnützung moderner technischer Mittel in den Wahlkämpfen vom Flugzeug bis zu Film und Radio“⁷¹¹ ein Zeichen, wenn nicht gar dynamisches Element

der Modernisierung in der Weimarer Gesellschaft darstelle. Ihre „Organisation des permanenten Wahlkampfes“ nach 1929 sei innovativ und modern gewesen, vor allem die „zentrale Propagandasteuerung“ der NSDAP und der „Einsatz neuester Technik“. Jürgen W. Falter weist außer auf die Werbefilme und Hitlers oft zitierten Deutschlandflug im Juli 1932 noch auf die „choreographisch durchstilisierten Inszenierungen von Massenkundgebungen sowie ein fast lückenloses, höchst effizientes Kommunikationsnetz“ hin. Nicht zuletzt die nationalsozialistische Mitglieder- und Wählerpolitik scheint aus heutiger Sicht eine frappierende Modernität zu kennzeichnen. Keine andere Weimarer Partei habe ihre Wahlkämpfe derart „perfekt und konsequent auf die jeweiligen lokalen Verhältnisse abgestellt und ihre programmatischen Schwerpunkte so virtuos verlagert wie die NSDAP“⁷¹².

Da bereits reichlich zur praktischen Propaganda der NSDAP vor 1933 gearbeitet wurde⁷¹³, kann hier die Betrachtung ihrer Wahlkampforganisation auf die Überprüfung der skizzierten Modernitäts-These beschränkt werden. Gegenüber den oft ohne Belege superlativisch formulierten Aussagen der Weimar-Forschung scheint angesichts neuerer Ergebnisse Vorsicht geboten, zumal gegenüber Einschätzungen wie der von Hagen Schulze, der vor dem 14. September 1930 „einen massenpsychologisch bis ins letzte berechneten Wahlkampf“ der NSDAP beobachtet, „die in Massenversammlungen, in Straßendemonstrationen, in öffentlichen Redeschlachten eine Präsenz wie keine andere Partei bewies, und deren Wahlaussage jenseits aller konkreten wirtschaftlichen und politischen Sorgen die tiefsten Tiefen der deutschen Seele berührte“⁷¹⁴. Zu erinnern ist dagegen an die Heroisierung, welche Propaganda allgemein und speziell Wahlkämpfe in der „Kampfzeit“ durch die nationalsozialistische Literatur erfuhren⁷¹⁵. Festzustellen ist des weiteren mit Gerhard Paul, dass es keine einheitliche Wahlkampfstrategie der NSDAP vor 1933 gab, diese sich vielmehr nach den jeweils wechselnden taktischen Überlegungen und politischen Rahmenbedingungen richtete: „Kein Wahlkampf der NSDAP vor 1933 glich in seinen Erscheinungsformen und Parolen, in seinen Zielgruppen und seinem Medieneinsatz dem anderen und doch ließen sie grundsätzliche Agitationsmuster und Gegnerprioritäten erkennen“⁷¹⁶.

Die methodische Variationsbreite der nationalsozialistischen Propagandamittel ist alles in allem eher als gering anzusehen. Die NSDAP vertraute bei weithin noch ungenügenden Organisationsstrukturen vor

1930 im wesentlichen auf die „Wunderwaffe“ Hitler sowie auf Versammlungs- und Plakatpropaganda. Während ihr 1927 eingeleiteter Strukturwandel von der Kaderpartei zur Massenbewegung fast reibungslos glückte, erlebte die Propaganda der NSDAP allenfalls erst nach dem September 1930 die Modernisierung, die andere Weimarer Parteien wie vor allem die SPD bereits im Frühjahr 1928 durch die Verbreiterung ihres Spektrums an Werbemitteln einläuteten. In der Hierarchie der einzelnen Werbemittel besaß das „gesprochene Wort“, das heißt die Agitationsrede, den größten Stellenwert in der Propaganda der NSDAP vor 1933. Fast ebenso wichtig waren die Demonstrationsumzüge vor allem der SA im „Kampf um die Straße“. Als wichtigstes Medium der Bildpropaganda folgten die Plakate, während Symbole als Integrationsmittel nach innen und Werbefaktor nach außen genutzt wurden. Für die „Propaganda durch das geschriebene Wort“ empfahlen Wahlkampfrichtlinien der NSDAP im Sommer 1930 alle möglichen Arten von Druckschriften, Klebezetteln, Handzetteln, Flugblättern, Parteizeitungen und Büchern, Werbeheften, Plakaten, Stempeln, Briefmarken der Partei und Bildkarten, Transparenten und Werbetafeln⁷¹⁷.

Die noch vor 1924 stark umstrittene Frage der Beteiligung an Wahlen war ungeachtet der antiparlamentarischen Losungen der NSDAP nach der Neugründung im Februar 1925 im Sinne der „Legalitätstaktik“ Hitlers beantwortet, der die Parole von der „Parlamentspartei aus Zwang“ ausgegeben hatte⁷¹⁸. Nach Vorbild der KPD versuchten die Nationalsozialisten, alle verfügbaren Energien auf die politische Werbung zu konzentrieren, logistisch sorgfältige Kampagnen zu planen sowie unkonventionelle Werbemethoden, kurz, die Mobilisierung der Wähler quasi als Selbstzweck zu betreiben. Wie für die Kommunisten war ihr äußeres Erscheinungsbild und nicht zuletzt der Stil der Wahlkampfführung auch für die NSDAP in besonderem Maße ein Mittel der Abgrenzung gegenüber den etablierten „alten“ Weimarer Parteien. Typisch eine Rede Hitlers vor dem 20. Mai 1928: „Vor der Wahl raffen sich die anderen Parteien plötzlich auf und lassen einige ihrer ‚Kanonen‘ auf die Wähler los. [...] Wie machen die bürgerlichen Parteien ihre Wahlarbeit? Sie bezahlen sie! Und wie machen unsere Jungen die Wahlarbeit? Das können sie nicht verstehen, dass Menschen fähig sind, für eine Sache, die ihnen zum Ideal geworden ist, sich einzusetzen, ohne das geringste zu bekommen“⁷¹⁹.

Nicht nur als propagandistische Bühne, sondern auch als Einnahme- und Finanzierungsquelle waren Wahlkämpfe für die NSDAP bald

unentbehrlich. In der Ausschöpfung ihrer kommerziellen Möglichkeiten erwiesen sich Nationalsozialisten als überaus geschäftstüchtig und erfinderisch. Insbesondere der Münchener Parteiverlag versuchte durch den Verkauf von Schriften und anderem Material im Wahlkampf auf seine Kosten zu kommen. Parteigenossen in kleineren Orten Bayerns, die noch ohne eigene Ortsgruppe waren, offerierte der *Völkische Beobachter* „Wahl-Werbepakete“, das Kilo für nur zwei Mark. Im „Nazisportversand“ Paul Arendts aus Sulzbach wurden Hausfahnen aus Baumwolle, „farbecht und billig“, Fahrrad-Wimpel, Tischstandarten und Papier-Wahlfähnchen angeboten, Letztere für 1,50 Mark die 50 Stück⁷²⁰. Aber auch die Partei selbst war in den 1920er-Jahren auf die Gelder aus dem Verkauf von Wahlmaterialien an die Anhängerschaft zur Finanzierung ihrer Kampagnen angewiesen. Standen der Parteileitung keine Mittel für die zentrale Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung, erschien eine Sondernummer des *Völkischen Beobachters*, welche die Aufrufe und Flugblätter enthielt, die von den Parteiorganisationen im Reich auf eigene Kosten zu verbreiten waren. Dazu sollten sich in sämtlichen Orten Wahlausschüsse und „Propagandazellen“ bilden, deren Pflicht es war, mindestens 20 Mark zu sammeln und dafür 10 000 der durch den *Völkischen Beobachter* oder die sonstigen völkischen Organe angezeigten Aufrufe als Flugblätter drucken zu lassen und zu verteilen. Der NSDAP stünden nicht die Mittel des „Großkapitals“ zur Verfügung, sondern nur der „ehrliche Wille“ sowie der „Opfersinn“ ihrer Anhänger⁷²¹. Diese Praxis der lokalen Selbstinitiative und des Handels mit Wahlmaterial wurde auch später beibehalten⁷²².

Hitlers Konzept, die Parteiarbeit der NSDAP auf die Mitglieder- und Anhängerwerbung zu konzentrieren und ihr so den Charakter einer reinen Wahlwerbeorganisation zu geben, setzte sich nach 1925 nur langsam durch. Die Organisation der NSDAP ließ zunächst weder eine zentrale Propagandasteuerung noch eine schlagkräftige überregionale Wahlkampfleitung zu. Die neue Reichspropagandaleitung musste dazu stets Hitlers „tiefe Abneigung gegen jede bürokratische Politik-Planung“⁷²³ mit in Rechnung stellen. Erst Anfang der 1930er-Jahre erhielten die Reichstagswahlkämpfe der NSDAP einen stärker zentralistischen und professionellen Charakter. Gerhard Paul unterscheidet hinsichtlich der Reichspropagandaleitung vier Phasen: zunächst eine Zeit pragmatischer Selbstbeschränkung bei bescheidenen Möglichkeiten vor allem der Versammlungspropaganda und noch geringer, regional begrenzter Organi-

sation in den Jahren bis 1923. An das Parteiverbot und die Neugründung schloß sich die Phase der Konzentration auf die Pressepropaganda in den Jahren 1925/26 an, die wiederum abgelöst wurde durch die Phase der Bürokratisierung unter der neuen Reichspropagandaleitung von Gregor Strasser und Heinrich Himmler, dessen Idee der „Propagandakonzentration“, das heißt der intensiven punktuellen Werbekampagne und konzentrierten „Materialschlachten“, nicht zuletzt eine Notgeburt aufgrund der noch unzureichenden Organisationsstrukturen war. Mit dem „Organisationsplan zur Einrichtung von Propagandazellen der NSDAP“ vom März 1926 begann nach Paul die Zentralisierung ihrer Propaganda⁷²⁴.

Erst aber mit der Berufung Goebbels ist ab 1930 eine „qualitativ neue Phase“ zu beobachten, die neben forcierter Professionalisierung auch die Modernisierung der Wahlarbeit bringen sollte, deren Hauptgewicht nach wie vor jedoch den untersten Propagandaeinheiten, insbesondere der SA, zufiel: „Ein einheitliches Erscheinungsbild war gerade für den von der modernen Markenreklame inspirierten Goebbels eine zentrale Erfolgsvoraussetzung. Einheitliche Parolen, reichsweite Kampagnen, einheitlich geführte Wahlkämpfe, für die Goebbels umfangreiche Denkschriften formulierte, die Nutzung derselben Plakate in allen Gauen waren für ihn eine Selbstverständlichkeit“. Wenn er auch weitaus größeren Wert auf Modernität legte, kann seine Angriffs- und Gefühlspropaganda doch als praktische Umsetzung der Vorstellungen Hitlers gelten. Im Übrigen machte die NSDAP-Propaganda auch unter Goebbels weiterhin ungeniert Anleihen beim politischen Gegner, indem nach dem „trial and error“-Prinzip kopiert wurde, was Erfolg versprach⁷²⁵.

Wenn auch mit Paul das Geheimnis der Wahlerfolge der NSDAP in der „modernen Vielzahl der Propagandamittel“ gesehen werden kann⁷²⁶, muss doch darauf hingewiesen werden, dass sie zumindest bis 1930 nicht als die Partei gelten kann, die zuerst „moderne“, das hieß technische Hilfsmittel wie den Film oder das Flugzeug in ihrer Wahlpropaganda einsetzte. Vorangetrieben wurde der technische Wandel während der 1920er-Jahre vielmehr – wie oben angedeutet – in erster Linie von den Parteien der gemäßigten Linken, vor allem der SPD, aber auch den Demokraten, die im bürgerlichen Lager am stärksten die Notwendigkeiten des politischen „Massenmarktes“ in die Praxis umzusetzen bereit waren. Der nationalsozialistische Propagandatheoretiker Georg Stark, als Berliner Gaupropagandaleiter ein enger Mitarbeiter Goebbels, musste noch im Sommer 1930 in seiner Schrift über „**Moderne politische Propagan-**

da“ – dem ersten Heft der von Goebbels herausgegebenen Schriftenreihe und eine Art Richtlinien für die Großstadtpropaganda – an seine Parteigenossen appellieren, endlich die „modernsten Werbemittel“ wie Lichtreklame und Werbefilme in den Dienst der Wahlarbeit zu stellen⁷²⁷.

Noch Anfang der 1930er-Jahre sah auch Goebbels selbst einen erheblichen Nachholbedarf, was die Modernität der NSDAP und ihrer Werbemittel betraf. Tatsächlich waren auch die Propagandamethoden, auf die der Reichspropagandaleiter in den „Wahlschlachten“ des Jahres 1932 zurückgreifen konnte, bereits vorher entwickelt und von anderen Parteien erprobt, während sich die NSDAP etwa bei der Filmpropaganda auch jetzt noch schwer tat. Bis zum Sommer 1930 wurde ihr Wahlkampfstil kaum von der gegnerischen überregionalen Tagespresse wahrgenommen, sieht man von der Versammlungstechnik und den politischen Gewalttaten ab. Aus heutiger Sicht muten allenfalls noch die Weimarer Reichsparteitage, die als „Propagandafeste“ durch eine Vielzahl von Medien geprägt waren, von Fackelzügen bis hin zu der für die nationalsozialistische Identität wichtigen Symbolpropaganda, die im Hakenkreuz und in den Uniformen der SA ihren stärksten Ausdruck fand, als modern an⁷²⁸. Die Propaganda der NSDAP müsse sich jetzt endlich, forderte Goebbels aber noch Mitte 1931, „aller Mittel modernster Technik“ bedienen: „Flugzettel, Plakate, Massendemonstrationen, Presse, Bühne, Film, Radio – alles das ist Handwerkszeug unserer Propaganda“⁷²⁹.

Hinsichtlich der von der NSDAP selbst als modern angesehenen Propagandamethoden ist ein Artikel von Helmut von Wilucki aufschlussreich, in dem dieser seine Erfahrungen im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1932 im Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig wiedergibt. Der Wahlkampf sei insgesamt schwierig gewesen, schickt er voraus, weil die NSDAP sich erstmals in der Verteidigung befunden habe. Wilucki lobte die „sehr geschickte“ Drei-Pfeile-Propaganda der SPD, welche es verstanden habe, die „psychologischen Gedankengänge der Masse“ auszunutzen. Das Wirkungsvollste im Wahlkampf der NSDAP seien dagegen einmal mehr die Hitler-Kundgebungen gewesen, wie überhaupt alle „Kundgebungen großen Stiles“, zumal wenn ihnen Demonstrationen folgten, denn: „Der SA-Aufmarsch war von jeher das beste Propagandamittel unserer Bewegung“, stellte Wilucki rückblickend fest. In der Flugblattpropaganda habe sich die NSDAP gleich den anderen Parteien stark beschränkt, vielmehr gezielt Wahlzeitungen verteilt, die auf den jeweiligen Adressatenkreis zugeschnitten waren. Fahnen und Transparente wur-

den im Wahlkampf vom Sommer 1932 in erhöhtem Maße mithilfe von elektrischer Beleuchtung und Lautsprechermusik eingesetzt. Die größte Wirkung der Kleinpropaganda lasse sich erzielen, wenn die „Hitlerfahne“ das Straßenbild beherrsche. Wirklich gut beflaggte Wohnviertel, in denen auch die Fahnen der Gegner das Bild zusätzlich belebten, könnten selbst bei den politisch Gleichgültigen eine gewisse „Wahlpsychose“ auslösen. Ähnlich wirkten die zu Tausenden verteilten kleinen Hakenkreuz-Papierfähnchen, die von Kindern wie Erwachsenen in den letzten Tagen vor der Wahl überall geschwenkt worden seien. Mit der erstmaligen Anwendung des Tonfilmes sowie „deutscher“ Theater- und Musikvorführungen habe die NSDAP im Sommer 1932 schließlich einen großen Schritt „zur Brechung der jüdischen Herrschaft über die Kunst und zur Wiedergewinnung der deutschen Volksseele“ getan⁷³⁰.

Wiluckis Ausführungen offenbaren, dass die NSDAP erst im Laufe des Jahres 1932 auf dem technischen Niveau angelangt war, das – wie noch zu zeigen sein wird – andere Parteien bereits vier Jahre zuvor in ihrer Wahlkampfführung erreicht hatten. Eine Schrittmacherfunktion bei der Einführung neuer „moderner“ Propagandamittel kam ihr jedenfalls nicht zu. Modernität vermittelten ihre Wahlkämpfe allenfalls auf der Ebene der Propagandasteuerung, da die Parteiführung hier wenig Rücksicht auf regionale Besonderheiten oder Traditionen nehmen musste. Erst nach 1930 wurde die Reichspropagandaleitung der NSDAP unter Goebbels zu der bei allen Unzulänglichkeiten „einzigen professionellen Propagandainstitution“ im Weimarer Parteiensystem, „die in der Lage war, einen weitgehend einheitlichen, reichsweiten Wahlkampf zu organisieren“⁷³¹.

„Der Krieg muss den Krieg ernähren“ – Die Wahlwerbekosten der Parteien

Der Wandel, den das Verhältnis der Parteien zu Wahlkämpfen nach 1918 nahm, lässt sich nicht zuletzt an den rasant steigenden Kosten der Propaganda ablesen. Je „massenhafter“ die Wahlkämpfe würden, desto wichtiger werde ihre „Finanzierung im großem Stil“ und damit die Rolle der Geldgeber, was wiederum die „Interessenwirtschaft“ in den Parteien fördere, so eine offiziöse Broschüre über die Parteiprogramme vor den Reichstagswahlen im Juli 1932⁷³². Da die Vorbereitung der Wahlhandlung zu Lasten der Staatskasse ging, entstanden den Weimarer Parteien Kosten ausschließlich durch ihre eigene Propaganda- und Werbetätigkeit.

Eine Wahlkampfkosten-Rückerstattung durch den Staat wurde zwar nach 1918 in die Diskussion gebracht (etwa von Stresemann), aber nicht verwirklicht. Die „Technik der modernen Massenbeeinflussung“ verschlang freilich große Summen von Geld, die den Weimarer Parteien aus verschiedenen Quellen zufließen konnten, neben den Mitgliederbeiträgen, den Einnahmen der Parteiunternehmen – vor allem den Zeitungen – durch die Spenden von Anhängern oder bestimmten Interessenverbänden, wobei Details über die Spendenpraxis in den bürgerlichen Parteien kaum an die Öffentlichkeit gelangten⁷³³. Mit Ausnahme der SPD, die sich als einzige Massenpartei ohne Fremdspenden finanzieren konnte, schwiegen die Weimarer Parteien über ihre Finanz- und Kassensituation, sieht man von den ständigen Klagen über ihre Geldnot ab. Insbesondere die Parteien der bürgerlichen Mitte blieben nach 1918 weitgehend mitgliederschwache Honoratiorenparteien, deren Finanzierung wesentlich von den Spenden einzelner wohlhabender Anhänger, Geschäftsleute, Industrieller oder ihrer Verbände abhing. Nur etwa zwanzig Prozent der Parteiausgaben etwa der DDP konnten durch Mitgliedsbeiträge – die in der Regel monatlich zwischen zehn und fünfzig Pfennigen schwankten – gedeckt werden. Selbst für eine solche verbandsnahe Partei wie die WP war aber mit Beginn der Wirtschaftskrise ab 1929 eine drückende Finanzmiserie charakteristisch. Während die Zahlungsmoral der Mitglieder abnahm, die in speziellen „Opferwochen“ zu vermehrten Spenden aufgerufen wurden, führten ihre Abgeordneten nicht nur zehn Prozent der Diäten an die Parteikasse ab, sondern mussten viele Kandidaten ihre Wahlkämpfe mit Eigenmitteln finanzieren⁷³⁴.

Weimarer Reichstagswahlkämpfe waren kostspielige Unternehmungen, deren Durchführung die Kassen aller Parteien regelmäßig an die Grenze der Belastbarkeit brachten. „Wahlschulden“ zu machen war auf regionaler wie überregionaler Ebene eine übliche Erscheinung, ihre Abzahlung konnte mitunter Monate beanspruchen und so die weitere Parteiarbeit hemmen. Neben den zwei großen Geldquellen der Parteien, den Beitragszahlungen, die allerdings nur bei einer echten Mitgliederpartei mit straff organisiertem Kassenwesen wie der SPD wirklich bedeutend waren, sowie den Spenden und Sammelaktionen kam angesichts der ständig steigenden Anforderungen der Wahlkämpfe eine weitere hinzu: die Kommerzialisierung der Propagandaaarbeit⁷³⁵. Ansätze zur Finanzierung der Wahlkämpfe durch diese selbst sind bereits in den ersten Reichstagswahlkämpfen zu beobachten. Durch den Verkauf von Werbemate-

rialien, und zwar sowohl innerhalb der Partei – von der Zentrale an die Landes- oder Wahlkreisverbände, von da wieder an die lokalen Organisationen – als auch an die Anhänger und Wähler, oder durch Eintrittsgelder bei Versammlungen, konnte ein Teil der Wahlkampfkosten sofort wieder hereingeholt werden. Zur Entlastung der Parteikassen trug auch die Zusammenlegung von Reichs- und Landtagswahlen bei, obwohl sich mitunter Kritik gegen solche „Großkampftage“ regte, an denen „im Ramsch“ zu mehreren Parlamenten gewählt werde⁷³⁶.

Die Herkunft der gegnerischen Wahlgelder stellte einen traditionellen Topos der deutschen Parteienpropaganda dar. Obwohl sie ihre Finanzen vergleichsweise offen ausbreitete, regte vor allem die SPD die Phantasie an, da ihre Geldgeber einmal in Frankreich gesehen wurden oder sie das andere Mal aus den „gewaltigen Fonds“ der Gewerkschaften schöpfte⁷³⁷. Ihre vergleichsweise hohen Wahlkampfausgaben dienten den Gegnern als Beweis der „Bonzen“-These: „Über 100 Millionen Arbeitergrotschen für den Wahlkampf der SPD“, meldete die DNVP im Ton der gerechten Empörung, weil jene laut Angaben ihres Jahrbuches für Wahlen in der Zeit von 1924 bis 1929 insgesamt über zehn Millionen Mark ausgegeben habe⁷³⁸. Von links sah sich die SPD ganz ähnlichen Vorwürfen wegen ihrer Wahlkampffinanzierung ausgesetzt, wobei die KPD die Verbindung zwischen Weimarer Staat und Sozialdemokratie hervorhob. Im Gegenzug machte diese die Wähler auf den „Stimmenkauf“ und die „Millionenkorruptionsfonds“ der Industrie für die bürgerlichen Parteien aufmerksam, wobei sie sich nicht zuletzt auf Stresemann berufen konnte, der die Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien vom Kapital sowie den Umstand beklagt habe, dass die Industrie mit Geld Mandate kaufe: „Um ihre Interessen zu wahren, werfen die organisierten Unternehmer, da sie dem geistigen Ringen, das sich während der Wahlbewegung abspielt, nichts anderes beizusteuern haben, als entscheidenden politischen Trumpf Geld auf den Tisch“. Auch zur Stärkung der eigenen „Wahl-Kriegskasse“ beschwor die SPD ein stets gleiches Szenario, dessen Idee an die oben zitierten Äußerungen Hitlers über die Andersartigkeit der NSDAP erinnern mochte: „Aus den Schweißtropfen ausgebeuteter Proletarier erpresste Millionenbeträge werden dem bürgerlichen ‚Interessentenhaufen‘ zufließen. Redner, Zeitungsredakteure und Flugblattschreiber, die sich dem Meistbietenden verkaufen, werden davon gedungen, ‚Interessentengruppen‘ und Kandidaten damit subventioniert, die politischen Sitten korrumpiert“⁷³⁹. Längst sei die „Prüderie“,

die vor 1914 in solchen Angelegenheiten noch geherrscht habe, vergessen. Dass wirtschaftliche Interessenverbände für Wahlgelder die Aufstellung von ihnen genehmen Kandidaten durchsetzen, klagte die *Frankfurter Zeitung*, unterscheide sich wesentlich von dem, was bei früheren Wahlen üblich gewesen sei⁷⁴⁰.

Andererseits gehörte es zu den wichtigsten Stereotypen der Weimarer Parteienpropaganda, die KPD als eine rein von Moskau finanzierte und somit „undeutsche“ Partei bloßzustellen. Unter der Überschrift: „Der Rubel rollt ... in die kommunistische Wahlkasse“ warb nicht zuletzt die SPD damit, weder „vom Ausland oder von Kapitalisten subventioniert“ zu werden, sondern ihre Ausgaben allein durch die „Opferfreudigkeit jedes einzelnen Sozialisten“ zu decken. Die KPD habe dagegen 4½ Millionen Mark Wahlgelder aus Moskau von der Sowjetregierung im Herbst 1924 erhalten⁷⁴¹. Der „rollende Rubel“ wurde in der Weimarer Öffentlichkeit stets überschätzt, obwohl ab Mitte der 20er-Jahre die sowjetischen Finanzhilfen an die KPD stark zurückgingen. Tatsächlich flossen aus der Moskauer Komintern-Zentrale in Wahrheit nur für größere Sonderaktionen Gelder nach Deutschland. Die geleisteten Unterstützungen waren freilich beachtlich und bestanden auch nicht nur aus reinen Barzuschüssen⁷⁴². Weil die Zahlungsmoral der Mitglieder wenig diszipliniert war, kämpfte aber auch die KPD mit erheblichen Finanzproblemen und musste die Parteileitung vor Wahlen kräftig die Werbetrommel unter der Anhängerschaft rühren. Laut einem Bericht der *Vossischen Zeitung* betrugen die Kosten der KPD für den Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1928 etwa zwei Millionen Mark, zu denen jedes Parteimitglied angeblich zehn Mark durch Sonderbeiträge beisteuerte, eine beispielhafte „Opferfreudigkeit“⁷⁴³. Die KPD rühmte sich selbst als die einzige Partei, die weder von Junkern und Großagrariern, der Schwerindustrie, von der Kirche oder von staatlichen Stellen „ausgehalten“ werde, sondern ihren Wahlkampf aus eigenen Mitteln finanziere. Jedes Parteimitglied wisse, dass die „sagenhaften Geldsubventionen“ aus Moskau Schwindel seien. Neben den Beiträgen, welche in drei Klassen abgestuft waren (je nach Einkommen von 5 bis 20 Pfennig im Monat), entstanden der KPD weitere Einnahmen aus den Diätenabgaben der Abgeordneten an die Parteikasse sowie Sammlungen, da sie nur ungern zu der stets heiklen Maßnahme von Sonderbeiträgen der Mitglieder griff. In erster Linie zur „finanziellen Heranziehung des großen Heeres der mit der KPD Sympathisierenden“ war der Verkauf von Wahlfonds-Marken zum Preis von 20

bis 40 Pfennig pro Stück gedacht. Immer wieder betonte die Parteileitung den Zusammenhang von Propaganda- und Sammelarbeit: „Genosse, du klagst über zu wenig Flugblattmaterial. Der Kassierer kann nur drucken lassen, wenn er Geld hat. Geld bekommen wir nur, wenn wir sammeln. Also, je stärker die Sammelarbeit, um so mehr Flugblätter haben wir für die Wahlagitation“⁷⁴⁴. Das angepeilte Sammelergebnis eines großen und mitgliederstarken Bezirks wie Berlin-Brandenburg lag im Sommer 1930 bei 100 000 Mark, während das Soll für den kommunistischen Diaspora-Bezirk Pommern schon mit 3 000 Mark erfüllt war. Von den Einnahmen mussten vierzig Prozent pauschal an die Zentrale abgeführt werden. Anderes Sammelmateriale der Zentrale waren Ansichtskarten, die den Bezirken für fünf Pfennig geliefert und von diesen für den doppelten Preis weiterverkauft werden konnten, sowie verschiedenfarbige Plaketten, eine für „Vollarbeiter“ zum Preis von fünfzig und eine für Erwerbslose zum Preis von zwanzig Pfennig⁷⁴⁵.

Während die Massenparteien auf der Linken in erster Linie ihre Anhänger heranzogen, erhielten die bürgerlichen Parteien finanzielle Unterstützung traditionell von Interessenverbänden der Wirtschaft und der Industrie, sei es durch ständige Wahlfonds, sei es durch besondere Spendenaktionen. Von den Geldern des „Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens“ um den Industriellen Carl Friedrich von Siemens – selbst Parteimitglied – profitierte bis 1920 in erster Linie die sich fast ausschließlich über solche Spenden finanzierende DDP. Nachdem diese aber ihre Rolle als bürgerliche Vormacht gegenüber der SPD verloren hatte, verteilten sich die industriellen Wahlspenden stärker auch auf die anderen Parteien des Bürgertums. Vor den Wahlen im Mai 1924 vergab das Kuratorium die ihm zur Verfügung gestellten 660 000 Mark nach dem Schlüssel 18:12:11:5 auf DVP, DNVP, DDP und Zentrum. Geschehen solche Transaktionen in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit, waren die Zeitungen während der Reichstagswahlkämpfe voll von Spendenaufrufen der Parteien an ihre Anhänger, „Opfer“ zu bringen. Im Frühjahr 1924 bat etwa die DDP um einen Beitrag für die Wahlkasse entsprechend den persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Erfahrungsgemäß könne von einem „pflichteifrigen Staatsbürger“ verlangt werden, dass er in Wahljahren zwei Prozent seines Jahreseinkommens für seine Partei opfere: „Für jede paar Mark, die man uns gibt, können wir eine weitere Stimme gewinnen“⁷⁴⁶.

Es war vor allem das Verdienst ihres langjährigen Schatzmeisters Hermann Fischer, der als Präsident des Hansabundes zahlreiche Wirtschaftskontakte knüpfte, dass sich die DDP mit Spenden in den 1920er-Jahren finanziell über Wasser halten konnte. Jeder Wahlkreis besaß zudem einige „Engel“, das heißt meist mittelständische Unternehmer, die bestimmte Kandidaten unterstützten oder für spezielle Aktionen spendeten⁷⁴⁷. Für das schlechte Abschneiden der Partei in den Wahlen vom Mai 1924 wurden jedoch die durch die Inflation zusätzlich geschwächten Finanzen verantwortlich gemacht. Im Wahlkampf hatten einzelne Abgeordnete und Kandidaten in ihren Wahlkreisen persönliche Schreiben an vermögende Parteifreunde mit der dringenden Bitte um Unterstützung verschickt. In Baden etwa wandte sich Hermann Dietrich Anfang April 1924 an ihm bekannte Fabrikanten und Industrielle, um „wenigstens 60 000 Mark“ zusammenzubringen⁷⁴⁸. Immerhin konnte so der Wahlkampf der DDP in Baden durch freiwillige Spenden finanziert werden, ohne dass die Mittel zu einer „wirklich großzügigen Propaganda“, vergleichbar der „amerikanischen Reklame“ der Gegner, gereicht hätten, berichtete Dietrich. Auf der Vorstandssitzung am 21. Oktober 1924 bezeichnete Erkelenz die Finanzierungsfrage als eines der Hauptprobleme der Demokraten, warnte aber zugleich davor, die Macht des Geldes zu überschätzen, denn: „Herzen sind wichtiger als Geldbeutel“. Die wenigsten Wähler der DDP dächten bislang darüber nach, mit welcher „Munition“ der Wahlkampf bestritten werde. Die Opfer, die der deutsche Bürger für seine Partei bringe, seien im Durchschnitt immer noch „jämmerlich gering“. Gegen den wachsenden Verbandseinfluss bei der Parteienfinanzierung appellierte Erkelenz: „Lasst uns eine vom werbenden Idealismus durchflutete deutsche Demokratie aufbauen, die nicht eine Dienerin der Interessen ist“⁷⁴⁹.

Über die Wahlkampfkosten der bürgerlichen Parteien liegt nur noch wenig aussagekräftiges Material vor. Einem Rechenschaftsbericht ihrer Reichsgeschäftsstelle zufolge kostete der Reichstagswahlkampf der DDP im Frühjahr 1924 insgesamt 342 000 Mark. Den größten Teil davon verschlangen die Beihilfen der Parteizentrale an die Adresse der Wahlkreisvereine mit 119 500 Mark, gefolgt von den Aufwendungen für die zentrale Plakatpropaganda mit 104 000 Mark sowie dem Posten für Flugblätter und andere Materialien, für die 68 500 Mark ausgegeben wurden. Weniger als das Porto (10 500 Mark) kosteten der Parteizentrale die Redner, die mit 6 500 Mark zu Buche standen. Bis auf einen Restbetrag von 15 000

Mark, der noch als Beihilfe an die Wahlkreise zu zahlen war, konnten die Wahlkampfkosten der Partei bis zum Juli 1924 gedeckt werden, so dass die DDP ohne Schulden aus dem Reichstagswahlkampf hervorging. Aufgebracht wurde das Geld im wesentlichen durch Sammlungen oder Zuschüsse und Spenden. Zu Schwierigkeiten war es gekommen, weil wichtige Spender wie der Großhandelsverband ihre schon zugesagten Wahlgelder – in diesem Fall immerhin die stattliche Summe von 250 000 Mark – wieder kündigten, weil sie mit dem Platz ihres Kandidaten auf der Reichsliste der DDP nicht zufrieden waren. In mühevollen Verhandlungen konnte Schatzmeister Fischer immerhin noch 55 000 Mark „herausschlagen“. Auch das Kuratorium spendete im Frühjahr 1924 bereits weniger als erwartet, und von den schließlich der DDP bewilligten 150 000 Mark behielt der Vorsitzende v. Siemens noch zwei Drittel zur Finanzierung seiner eigenen Kandidatur in Berlin zurück. Ein „vollständiger Versager“ bei den Spenden sei, so der Rechenschaftsbericht, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gewesen. Dieser habe verlangt, dass ein Verbandsmitglied auf aussichtsreicher Stelle der Reichsliste gesetzt werde, obwohl der Wahlkampf im Frühjahr 1924 „nicht dazu angetan sei, diesem Wunsch besonders sichtbar zu entsprechen“. Schließlich spendete der Centralverein der DDP lediglich 5 000 Mark, während viele jüdische Interessenkreise ihre Wahlgelder lieber den Rechtsparteien zukommen ließen. Voll seine Verpflichtungen erfüllt habe dagegen der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der 25 000 Mark spendete. Aus Sondersammlungen im Anschluss an eine Sitzung des Reichsausschusses der DDP für Handel und Industrie kamen weitere 40 000 Mark zusammen. Eine öffentliche Sammlung durch Zirkulare, die zu Spenden aufriefen, sowie ein „Bierabend“ bei Reichsminister Rudolf Oeser brachten 70 100 beziehungsweise 54 700 Mark in die Wahlkasse der DDP. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen an Wahlgeldern auf 379 462 Mark, womit ein Überschuss von rund 35 000 Mark erwirtschaftet wurde, der für die Arbeit der Reichsgeschäftsstelle aufgebraucht werden konnte. Angesichts der leidvollen Erfahrungen mit widerspenstigen Spendern kritisierte Stephan dennoch die „untragbare“ Wahlkampffinanzierung der DDP. Nicht zuletzt die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder sei derart unzureichend, dass „ein Wahlkampf in Zukunft einfach unmöglich wird, wenn diese Teilnahmslosigkeit des Landes den finanziellen Bedürfnissen einer Partei gegenüber sich nicht grundlegend ändert“. Drohend fragte Stephan, ob die DDP bald „ihre Existenz den Kassen einiger Verbän-

de verdanken soll, die ihrer Macht bewusst, rücksichtslos mit ihren Kandidatenansprüchen hervortreten und die Partei im Stich lassen, wenn sie ihren Ansprüchen nicht restlos Folge leistet“⁷⁵⁰.

Die Partei- und Wahlkampffinanzierung der DDP blieb auch nach 1924 ein ständiges Problem, verschärft noch durch den kontinuierlichen Mitgliederschwund, was die Demokraten immer mehr von den Spenden immer weniger Anhänger abhängig machte. Nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 stand die neugegründete Staatspartei nicht nur vor einem politischen Fiasko. Durch den Wahlkampf mussten sich die Demokraten erstmals auch hoch verschulden. Da sich jüdische Geldgeber vom Antisemitismus der Jungdeutschen distanzierten und der DStP auch die großindustriellen Wahlfonds verschlossen blieben⁷⁵¹, gestaltete sich die Finanzierung der DDP-Nachfolgepartei sehr schwierig. Aus der Geldnot machte sie eine Tugend, insofern sie sich im Wahlkampf ausdrücklich als „arme Partei“ präsentierte, die politische Gelder grundsätzlich ablehne, weil ihr Ziel gerade die Befreiung des deutschen Staatsbürgertums von der „politischen Bevormundung durch einseitig gebundene Interessenkreise“ sei⁷⁵². Die drückenden Wahlschulden in Höhe von 150 bis 200 000 Mark versuchte die neue Parteiführung unter Hermann Dietrich 1930/31 durch eine Organisationsreform und vor allem die Verkleinerung des Parteiapparates abzubauen. Wenn dies auch weitgehend gelang, musste man doch feststellen, dass die „Zeit des Einsammelns großer Gelder“ aus Wirtschaftskreisen endgültig vorbei sei⁷⁵³.

Die von der Ruhr-Schwerindustrie bereits gegen Ende des Kaiserreichs gegründete „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des Industriellen Wahlfonds“ – ursprünglich von Alfred Hugenberg geleitet – zahlte seit 1919/20 beträchtliche Summen an die bürgerlichen Parteien, in vielen Fällen zweckgerichtet für der Industrie genehme Kandidaten. Anfang 1928 übertrugen die Ruhrindustriellen die Verwaltung dieser politischen Gelder einem geheimen Spitzengremium unter Führung des Hugenberg-Gegners Paul Reusch, der so genannten Ruhrlade. Vor den Wahlen im Mai 1928 gab sie mindestens 200 000 Mark an die Parteileitung der DNVP, fast die Hälfte der Mittel, welche diese überhaupt an Spenden für den Reichstagswahlkampf erhielt; ein ähnlicher Betrag ging an die DVP, ein geringerer an das Zentrum. Ein geheimer Sonderausschuss, der unter dem Namen „Kalle-Kreis“ die politischen Gelder der IG-Farben verwaltete, vergab pro Jahr etwa 300 000 Mark an die bürgerlichen Parteien und vor Reichstagswahlkämpfen noch-

mal ähnlich hohe Beträge – beträchtliche Summen in einer Zeit, in der das Jahresbudget einer Partei wie der DNVP in „ruhigen“ Jahren etwa eine halbe Million Mark betrug und sie in einigen preußischen Wahlkreisen den Berichten der politischen Polizei zufolge schon für 20 000 bis 30 000 Mark Wahlkampf führte. Die Großindustrie besaß im Konkurrenzkampf um günstige Listenplätze mit anderen Interessengruppen wie Kirche und Gewerkschaft allerdings insgesamt die schlechteren Karten. Weil ihr die Massenanhängerschaft fehlte, konnte sie den Parteien keine großen Blöcke sicherer Wählerstimmen versprechen – ein nach Meinung von Henry A. Turner entscheidender Nachteil, den die Unternehmer mehr schlecht als recht eben mit Geld zu kompensieren versuchten: „Vom Standpunkt der deutschen Großindustrie war die Wahlpolitik in der Weimarer Republik bald ein Mittel, die große Zahl der Wähler, die hinter anderen Interessengruppen standen, durch finanzielle Ressourcen auszugleichen. Sie spielten Geld gegen Stimmen aus“⁷⁵⁴.

Wie alle bürgerlichen Parteien standen auch die Deutschnationalen vor dem Problem eines völlig unterentwickelten Mitgliederbeitragswesens. Nach dem Reichstagswahlkampf vom Frühsommer 1920 richtete ihre Parteileitung einen dringlichen Spendenappell an die Mitgliedschaft. Weil die Propagandakosten gegenüber früher „ungeheuer“ gestiegen seien, müsse jetzt der große, bislang noch weitgehend unangetastete „Schatz“ gehoben werden, nämlich die Finanzkraft der Mitglieder, was in erster Linie Aufgabe der Ortsgruppen und Landesverbände sei. Deren Beitragsleistungen müssten vervielfacht werden, was nicht schwer fallen solle, wenn man sich die Praxis in den Linksparteien vor Augen halte⁷⁵⁵. Auch später reichten die nur spärlich fließenden Mitgliederbeiträge der DNVP bei weitem nicht zur Wahlkampffinanzierung aus. In einem Rundschreiben eines hessischen Bezirksvorstandes zur Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes im Herbst 1924 hieß es: „Wir haben nicht die riesigen Geldmittel, die der Terror der so genannten freien Gewerkschaften aus dem Arbeitergroschen zusammenscharrt, auch nicht die gewaltigen Summen der von der Börsenwelt ausgehaltenen Demokratie, noch die Gelder, die die Groß- und Schwerindustrie der Volkspartei zuzuführen in der Lage ist“⁷⁵⁶. Bei den Sammlungen für den Wahlfonds schreckte die DNVP aber selbst vor drastischen Mitteln nicht zurück und forderte etwa ihre Anhänger in den ländlichen Wahlkreisen beziehungsweise unter den Bauern auf, zur Finanzierung des Wahlkampfes drei Mark pro Pferd als besondere Steuer in die Wahlkasse der DNVP zu spenden⁷⁵⁷.

Innerparteilich wurden die Kosten für einen Reichstagswahlkampf wie dem im Frühjahr 1928 von Parteifunktionären auf ungefähr eine halbe Million Mark geschätzt: „Wahlbedarf 450 000, Zusage westlicher Industrie 300 000, davon 200 000 gezahlt. 269 000 seien ausgegeben und gedeckt“, notierte der deutschnationale Abgeordnete Reinhold Quaatz einen knappen Monat vor der Reichstagswahl am 20. Mai 1928⁷⁵⁸.

Die BVP, die in den 1920er-Jahren ebenfalls nie eine Finanzierung aus Mitgliederbeiträgen erreichte, unternahm bei den Reichs- und Landtagswahlen den Versuch, eine Wahlumlage der Parteibezirke zu erheben: Pro abgegebener Stimme für die BVP im Dezember 1924 sollte etwa vor dem 20. Mai 1928 jeder Bezirksverband vier Pfennig an die Wahlkasse abführen⁷⁵⁹. Das gleiche Dilemma einer Wählerpartei erlebte nicht zuletzt das Zentrum, das zudem von Wirtschaftsspenden weniger profitieren konnte als andere bürgerliche Parteien und sich bei geringen Beitragseinnahmen „dauernd am Rande des Defizits“ befand⁷⁶⁰. Selbst in katholischen Hochburgen wie etwa Düsseldorf litt die Wahlarbeit unter chronischem Geldmangel und konnte die Finanzierung der Wahlkämpfe nur durch größte Sparsamkeit gesichert werden⁷⁶¹. Nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 bat das Reichsgeneralsekretariat die Organisationen um nochmalige Spenden zur Finanzierung der Wahlkampfkosten beziehungsweise zum Abbau der Schulden. Für die Herstellung und den Versand des zentralen Wahlmaterials seien rund 240 000 Mark ausgegeben worden. Diesen „gewaltigen Ausgaben“ stünden bis dahin Einnahmen aus dem Verkauf von Plakaten, Flugblättern und Broschüren von nur knapp 10 000 Mark gegenüber⁷⁶². Schwer hatte die Führung des Zentrums mit der Auffassung in den eigenen Reihen zu kämpfen, wonach größere Ausgaben für Wahlkämpfe nur Verschwendung und überhaupt die Wirkung von Propaganda ohnehin gering sei. Geld sei aber nötig, so ein Aufruf der Parteiführung, um die Masse der noch „Außenstehenden durch die Hilfsmittel der Agitation und Propaganda“ aufzurütteln, wenn das Zentrum den Wahlkampf auch nicht mit den „kostspieligen Mitteln einer lauten Reklame“ führen wolle⁷⁶³.

Während sich die kleineren Interessenparteien zumindest die Unterstützung der hinter ihnen stehenden Verbände vor Wahlen sicherten, litt die NSDAP in den zwanziger Jahren wie ihre bürgerlichen Konkurrenten unter chronischem Geldmangel vor allem an der Parteibasis. Für die Wahlkämpfe „finanzielle Opfer“ zu bringen, soweit es die finanzielle Leistungsfähigkeit erlaube, bezeichnete Hitler daher im April 1928 als

geradezu „moralische Pflicht“ eines jeden Parteigenossen⁷⁶⁴. Die NSDAP konnte sich in der Tat nach 1925 zum Typus der Mobilisierungspartei entwickeln, die von der SPD das System mit Parteibuch und Beitragsmarken übernahm und es erfolgreich auf ihre kleinere, jedoch im Durchschnitt finanzkräftigere Mitgliedschaft übertrug. Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien blieb die NSDAP daher von Spenden aus Industrie und Wirtschaft weitgehend unabhängig. Bis zum Sommer 1932 finanzierte sie sich im wesentlichen selbst über relativ hohe Mindestmitgliedsbeiträge von einer Mark im Monat, Eintrittsgelder für Kundgebungen sowie zusätzliche Spendensammlungen unter der Anhänger-schaft, aber auch diverse Unternehmertätigkeiten vor allem der SA und die erwähnte Kommerzialisierung der Wahlkämpfe, den Verkauf von Propagandamaterialien. Das Selbstfinanzierungssystem der NSDAP, das spätestens ab dem Sommer 1930 mit dem der sehr viel größeren SPD konkurrieren konnte, gab ihr stärkere finanzielle Autonomie als im bürgerlichen Parteienlager üblich. Erst nach ihrem Erfolg in den Reichstagswahlen vom September 1930 kam die NSDAP in den Genuß der von der Industrie zugunsten der bürgerlichen Parteien gesammelten Gelder. Den Großteil der geschätzten Wahlkampfkosten in Höhe von 1,35 Millionen Mark hatte sie vor dem 14. September noch über Eintrittsgelder und den Verkauf von Wahlmaterialien hereingeholt, die in München produziert, an die Gauleitungen verkauft und von diesen entweder verteilt oder weiter verkauft wurden⁷⁶⁵.

Als vorbildhaft galt den bürgerlichen Parteien nicht nur die Organisationsstruktur und das Beitragssystem der SPD, sondern vor allem auch die beeindruckende Opferwilligkeit ihrer Mitglieder. Während der sozialdemokratische Arbeiter jede Woche angeblich eine Mark an die Parteikasse abgebe, so ein Flugblatt der DVP, zahle der deutsche Bürger seinen Parteien nur ein Almosen von drei Mark jährlich. Solch kleinlicher „Bürgersinn“ schlage sich direkt im Wahlausgang nieder⁷⁶⁶. Außer auf die in der Regel sechsstelligen Beträge aus Wahlfonds der Industrie oder der Großbanken war etwa die DVP noch auf Zuwendungen einzelner, das heißt lokaler und branchenmäßig organisierter Unternehmer angewiesen und erhielten Wahlkreisverbände noch beträchtliche Sonderzuschüsse, wenn sie industrielle Interessenvertreter an aussichtsreicher Stelle kandidieren ließen. Ihre geheimnisumwitterte Finanzierungspraxis provozierte immer wieder Spekulationen der Gegner, denen sie wiederum mit Dementis antwortete. So trat das zentrale Parteiblatt im Frühjahr

1928 den angeblich weit übertriebenen Vorstellungen entgegen, die von der Größe der verfügbaren Geldmittel der DVP für den kommenden Reichstagswahlkampf existierten. Im Vergleich etwa zu den Ziffern bei amerikanischen oder französischen Wahlen könne für die deutschen Parteien allgemein gesagt werden, dass keine von ihnen auch nur annähernd an derartige Beträge herankomme. Ohne Zweifel sei aber die SPD die „kapitalstärkste Partei in Deutschland“. Allein 1926 habe sie bei einem Mitgliederstand von über 800 000 eine Einnahme von acht Millionen verbuchen können, bei einem Parteivermögen von 26 Millionen Mark, weshalb sie und nicht die DVP auch über die größten Mittel für den Reichstagswahlkampf verfüge. Lächerlich sei daher, wenn ihre Presse sich darüber erregte, dass „da und dort ein industrieller Verein“ Wahlgelder für die bürgerlichen Parteien sammle. Humoristisch werde der Fall, wenn demokratische Zeitungen die Entrüstung der SPD teilten, wo doch allen bekannt sei, dass gerade die DDP mehr als jede andere Partei „auf große Summen einzelner Geldgeber“ angewiesen sei. Dennoch besitze die Frage der Wahlgelder eine „allgemeine politische Seite“. Kein geringer als Stresemann habe schließlich davor gewarnt, dass die Geldnot der Parteien sie „unter die Botmäßigkeit weniger finanzkräftiger Leute“ bringe. Zu seinem Vorschlag, dem Staat einen Teil der Wahlkosten der Parteien aufzubürden, um den Einfluss der Interessenverbänden einzudämmen, äußerte sich allerdings selbst das eigene Parteiorgan zurückhaltend. Den richtigen Weg beschreite die DVP vielmehr, wenn sie eine „private Besteuerung“ ihrer Mitglieder je nach Leistungsfähigkeit vornehme⁷⁶⁷.

Über die tatsächlichen Wahlkampfkosten von Weimarer Parteien lassen sich die detailliertesten Angaben im Falle der SPD machen. Ihr Parteivorstand verbuchte an Gesamtkosten für den Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 knapp 145 000 Mark, während die Ausgaben in den Wahlkreisen beziehungsweise Parteibezirken rund 845 000 Mark betrugen, also zusammen eine knappe Million, was den Wahlkampf in den Augen von Parteikassierer Konrad Ludwig noch als billig erscheinen ließ⁷⁶⁸. In Baden verbuchte der Kassenbericht des Landesparteivorstandes im Frühjahr 1924 auf der Ausgabenseite insgesamt sieben Posten in einer Gesamthöhe von 28 100 Mark. Das meiste Geld verschlang mit 8 700 Mark die Versammlungsagitation, ebensoviel der Druck und die Verbreitung der Wahlflugblätter. Größere Ausgaben verursachten noch die Redner und Referenten nebst Material und Fahrgeld (4 400 Mark)

sowie Porto, Telephon, Telegramme (1 300 Mark), während für „Sonstiges“ knapp 5 000 Mark ausgegeben wurden. Bei einem insgesamt ausgeglichenen Wahlkonto erzielten andererseits die Sammelisten der badischen SPD mit 12 750 die höchsten Einnahmen, der Verkauf von Flugblättern erbrachte dagegen gerade eben 930 Mark. Der Etat für die Reichstagswahl im Dezember 1924 war in Baden mit 49 500 Mark fast doppelt so hoch wie im Frühjahr – Zeichen einer nach den Rückschlägen der Inflation wiedererstarkten Organisation. Während die Versammlungsagitation nun Ausgaben in Höhe von 15 300 verursachte, schlug die Flugblattpropaganda mit ziemlich genau 20 000 Mark deutlich kräftiger zu Buche. Auf der Einnahmenseite standen diesmal 24 100 aus den Sammelisten sowie weitere 9 400 Mark durch freiwillige Spenden. Zuzüglich der Reichspräsidentenwahl, die den Bezirksverband 33 100 Mark kosteten, und der badischen Landtagswahl vom 25. Oktober 1925 (45 000 Mark), hatte die Landespartei im Berichtsjahr 1924/25 Gesamtausgaben für Wahlen in Höhe von 155 700 Mark⁷⁶⁹. Die Ausgaben aller Bezirksorganisationen der SPD für Wahlen in der Zeit vom April 1924 bis Ende März 1925 beliefen sich auf 2,1 Millionen gegenüber 340 000 des Parteivorstandes bei einem Gesamtetat der Partei von 6,7 Millionen Mark⁷⁷⁰.

Für die verschiedenen Wahlkämpfe des Jahres 1928 gab die SPD insgesamt 2,6 Millionen aus, davon 1,9 Millionen Mark allein in den Bezirken. Im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930 steigerten sich die Ausgaben der SPD dann noch einmal auf insgesamt etwa drei Millionen Mark, immerhin eine Verdreifachung der Kosten im Vergleich zum ersten Reichstagswahlkampf nach der Inflation. Von 1924 bis 1928 wurden nach parteiinternen Angaben für Wahlen einschließlich Volksentscheid und Volksbegehren für die Fürstenenteignung zusammen 8,4 Millionen Mark ausgegeben, während der Umsatz der Parteigeschäfte von 62 Millionen im Jahre 1926 auf 75 Millionen Mark im Jahre 1928 stieg. Solche „Riesenzahlen“ seien nur dank der Tätigkeit und den Beiträgen der Mitgliedermassen zustande gekommen, betonte die SPD-Führung. Einzelpersonen, die große Beträge spendeten, gebe es leider nicht, „jedenfalls nicht bei mir im Kassabuch, sondern nur in der Phantasie der Gegner“, erklärte Konrad Ludwig. So habe der Parteivorstand von den zehn Millionen der Bezirke nur seinen festgelegten Anteil von etwa drei Millionen Mark erhalten, um den obendrein stets ein „kleiner Ringkampf“ geführt werden müsse⁷⁷¹. Die Gesamtausgaben der SPD in Baden für die Reichstagswahl im Mai 1928 lagen mit 63 220 Mark um fast ein Drittel

höher als vier Jahre zuvor. Während die Flugblattpropaganda merklich verringert wurde und der Plakatanschlag mit 2 300 Mark kaum ins Gewicht fiel, beliefen sich die Versammlungskosten, einschließlich Redner und Inseraten, auf 21 900 Mark. Nicht zuletzt der Modernisierungsschub in der Wahlpropaganda der SPD sorgte andererseits für höhere Ausgaben. Erstmals durchgeführte Filmvorführungen schlugen in der badi-schen Parteikasse im Frühjahr 1928 mit 7 300 Mark zu Buche, gegenüber Eintrittseinnahmen von 2 000 Mark. Neben den Porto- und Telephon-auslagen verzeichnete der Kassenbericht für „sonstige Ausgaben, Fackel-züge, Reklamewagen“ noch 5 300 Mark. Während auf der Einnahmen-seite die Zuschüsse aus der Landeskasse an die Ortsgruppen mit 15 500 Mark gegenüber dem Herbst 1924 um fast das Doppelte stiegen, erbrach-ten freiwillige Spenden, Sammelisten und Tellersammlungen immerhin 19 300 Mark. Hinzu kamen aus dem Verkauf von Wahlfondsmarken (à 20 Pfennig) weitere 7 200 Mark⁷⁷².

Selbst die mitgliederstarke und finanzkräftige SPD geriet jedoch während der Wirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik in Geld-not. Im Sommer 1930 meldete der hessische Landesvorstand vor dem Reichstagswahlkampf, dass die letzten Wahlschulden zwar bezahlt sei-en, die Landeskasse aber nunmehr leer sei. Mit Rücksicht auf die wirt-schaftliche Notlage der arbeitslosen Genossen, denen es nicht möglich sei, die Partei im Wahlkampf finanziell zu unterstützen, erwartete die Parteiführung daher von allen, die eine „gesicherte Existenz“ hätten, ei-nen nach Einkommen gestaffelten „außerordentlichen Wahlbetrag“⁷⁷³. Zunehmende Geldschwierigkeiten ließen auch die SPD Anfang der 30er-Jahre verstärkt zu dem Mittel der Wahlfinanzierung aus dem Verkauf von Propagandamaterialien greifen. Um zur „größten aller Wahlschlach-ten“ zu rüsten, forderte der Berliner Bezirksverband vor dem 31. Juli 1932 von allen Anhängern ein „Freiheitsopfer“, denn zum „Kriegführen“ ge-höre „Munition“. Man erwartete, dass zumindest alle Mitglieder die Wahl-fondsmarken des Parteivorstandes kaufen würden, da für den Wahl-kampf die Devise gelte: „Der Krieg muss den Krieg ernähren“⁷⁷⁴.

„An den Einen ... Und an Alle!“ – Zur sozialen Argumentation der Wahlpropaganda

Ein wichtiger Aspekt der Wahlkämpfe, der von der technischen Ebene zu den inhaltlichen Auseinandersetzungen führt, hängt mit den soziologischen Veränderungen nach 1918 zusammen und betraf deren Auswirkungen auf die Wahlpropaganda und die Zielgruppenpolitik der Parteien. Schon Weimarer Zeitgenossen waren sich der Wechselbeziehungen bewusst, die zwischen dem Wähler beziehungsweise seiner Bewertung von politischen Themen oder Ereignissen und der Propaganda bestehen, welche die Normen und Werte der jeweiligen Partei beinhaltet⁷⁷⁵. Jede Wahlpropaganda habe schließlich zum Ziel, schrieb 1925 der liberale Publizist Waldemar Gurian, eine „möglichst große Anzahl von Wahlberechtigten zu veranlassen, im Sinne dessen zu stimmen, von dem sie ausgeht“. Durch eine mehr oder weniger ausgefeilte Suggestionstechnik werde der Kandidat mit den Wählern identifiziert. Für Gurian bestand die Aufgabe von Wahlpropaganda daher in dem „Suggerieren von Identitäten“ sowie in ihrer „restlosen Beanspruchung für eine bestimmte Partei“. Um zu wirken, dürfe sie sich nicht auf die Zeiten des Wahlkampfes beschränken, sondern müsse langfristig vorbereitet werden und an „bestehende Tendenzen“ anknüpfen, indem sie das Interesse der Wähler auf bestimmte konkrete Schlagworte und Ziele fixiere. Die Parteien wiederum identifizieren sich mit „bestimmten Ideen, Schlagworten, imponierenden Persönlichkeiten der Gegenwart und Vergangenheit“. Eine viel zu allgemeine Identität sei zum Beispiel die Tendenz der Weimarer Parteien, sich als „Volks“partei auszugeben, eine viel zu konkrete Identität dagegen etwa die der „Mittelstands“partei. Durch den je bestimmten „Aufbau der Identitäten“ zeige sich „im Wahlkampfe und in der Wahlpropaganda die Geistesstruktur des Volkes“. Die Wähler entschieden aber umso mehr nach „außerpolitischen Momenten“, je stärker die „äußeren Mittel (Plakate, Kinovorführungen, Lautsprecher)“ in den Vordergrund träten. Die Wahlentscheidung verwandle sich entweder in eine „ästhetische Angelegenheit“ oder in eine Frage nach der besten Interessenvertretung. Die Unterschiede zwischen den Parteien verwischten, während gleichzeitig ein „Personenkult“ an Bedeutung gewinne und der Kandidat nicht mehr als „Repräsentant einer Idee“, sondern als „geschickter Demagoge“ wahrgenommen werde, schrieb Gurian 1925 unter dem Eindruck der Reichspräsidentenwahlen. In modernen Demokratien liege

die Bedeutung der Wahlkämpfe darin, dass sie neben Volksabstimmungen einen „letzten Rest der Demokratie“ verkörperten. In der Wahlpropaganda der Parteien offenbare sich die „demokratische Identität von Volkswille und politischer Entscheidung“, die allerdings durch die Wahl selbst wieder aufgehoben würde⁷⁷⁶.

Die Wahlpropaganda, soviel kann hier festgehalten werden, konstituierte sich nach 1918 tendenziell ebenso aus den Ideen und Zielen der Parteien wie aus den vermuteten Wünschen und Vorstellungen der von ihnen umworbenen Wähler und Adressatengruppen. Ohne dass eine demoskopische Wirkungsforschung existierte, prägten schon in den 20er-Jahren die Erwartungshaltungen und Stimmungen der Konsumenten auf dem „politischen Massenmarkt“ immer stärker die praktische Werbearbeit der Parteien, denen es in den Reichstagswahlkämpfen um Machtgewinn durch Stimmenmaximierung und damit um die Erschließung neuer Wählergruppen ging. Selbst die Kommunisten versuchten zumindest verbal nicht-, „proletarische“ Schichten zu gewinnen, wenn sie auch diese Zugeständnisse an die Realität einer Wahldemokratie auf ideologischer Ebene bemäntelten. Vielen Zeitgenossen erschien die zunehmende Ausrichtung der Weimarer Parteien an den Wünschen im Wählerpublikum allerdings bereits von Übel für die politische Kultur. Es scheine mittlerweile so, dass trotz Differenzen in Einzelfragen von allen Parteien im wesentlichen dasselbe an Versprechungen in der Wahlwerbung zu hören sei, so die *Frankfurter Zeitung* im Sommer 1930. Die Versammlungsredner reisten in einer „Wolke von Flugblättern, Wahlzeitungen, Zeitungsaufsätzen, Matern und Plakaten“ durch das Reich, deren Inhalte stets nach einem Kollektiv zielten: „An den Arbeiter; Bauer, wach' auf; für die Hausfrau, den Beamten, an die Herren Lehrer“. Dass es andererseits der Einzelne sei, der entscheide, sei eine Suggestion, die „aus dem Psychologischen ins Moralische umschlägt und praktisch sich bis zum Wahlzwang steigern kann, wenn sich eine gleichgeartete Gruppe, etwa die Arbeiterschaft einer Fabrik, trifft“⁷⁷⁷.

Ein Hauptkennzeichen von Wahlkampfpropaganda der Weimarer Zeit war, dass sie in starkem Maße speziell an **einzelne berufliche Gruppen** adressiert wurde. Das im Zusammenhang mit der Debatte über einen deutschen „Sonderweg“ von Thomas Childers untersuchte soziale Vokabular der Weimarer Parteienwerbung charakterisieren ein hoher Grad von Ideologisierung und stereotype Floskeln wie der „Stand“ der Beamten, der Angestellten usw., die ihre beabsichtigte Wirkung nicht

verfehlten, obwohl sie unrealistische Vereinfachungen waren, die mit der sozialen Wirklichkeit wenig gemein hatten. Korporalistische Traditionen, wie sie sich in dem hohen Stellenwert des „Berufes“ oder des „Standes“ widerspiegeln, waren nach Childers symptomatisch für die vorindustriellen Reste in der deutschen Gesellschaft nach 1918⁷⁷⁸. Zu berücksichtigen ist, dass die Weimarer Parteipropaganda dahin tendierte, die Heterogenität ihrer Adressaten in der sozialen Wirklichkeit zu verschleiern und integrative Oberbegriffe zu verwenden. Schon Siegfried Neumann wies 1932 auf die berufliche Unbestimmtheit von Adressaten wie etwa „Arbeiter, Angestellte und Beamte“ hin. Man brauche nur die Weimarer Berufsstatistik und die tatsächlichen wirtschaftlich-sozialen Funktionen der Reichstagsabgeordneten miteinander zu vergleichen, um zu erfahren, was alles unter diese Rubrik subsumiert werde⁷⁷⁹. Als „Angestellte“ etwa konnte das gesamte berufliche Spektrum vom kaufmännischen Personal bis zum Werkmeister und Techniker bezeichnet werden, von den verschiedenen Ebenen im öffentlichen Dienst oder den Hausangestellten ganz zu schweigen⁷⁸⁰. Die „Absolutheitsansprüche“, mit denen die Weimarer Parteien ihre Anhänger weltanschaulich einzubinden und sich selbst „in der – militant und polemisch vorgetragenen – Feindschaft gegen andere“ zu definieren versuchten, erschwerten ihnen die Öffnung gegenüber neuen Wählerschichten, die zugleich Verluste an anderer Stelle bedeutet hätte. Der Begriff „Zielgruppe“, so geben Peter Lösche und Franz Walter zu bedenken, verharmlose den Sachverhalt, dass sich in Wirklichkeit nach 1918 „weltanschauliche Lager mit ihren Kirchen, Ritualen, Symbolen, mit ihren Heeres- und Agitationsformen unversöhnlich gegenüber“ gestanden hätten⁷⁸¹.

Tatsächlich resultierten im wesentlichen drei Tendenzen aus dem Bestreben der Parteien nach 1918, ihre Ziele und Programme neuen breiteren Wählerschichten über die Grenzen der sozialmoralischen Milieus hinweg schmackhaft zu machen, sich mit anderen Worten als „Volkspartei“ zu präsentieren: Zunächst eine Popularisierung in Ausdruck und Form der Wahlpropaganda, die verständlicher und deren Gestaltung abwechslungsreicher und damit interessanter für den Wähler wurde, wobei das Schlagwort und die Parole in den Vordergrund rückten, ab Mitte der 20er-Jahre dann auch verstärkt bildliche Elemente wie Zeichnungen oder Fotografien. Parallel dazu war zweitens eine Entsachlichung zu beobachten, dergestalt, dass wichtige, aber polarisierende Kernziele von den Parteien relativiert wurden, um etwa unentschiedene Wähler nicht

von vornherein zu verprellen. Drittens setzte sich gerade in der Zielgruppenwerbung der Parteien und im scheinbaren Widerspruch zu der „Volkspartei“-Ideologie eine vorher unbekannte Differenzierung durch, die das Wahlvolk nach sozialer Zugehörigkeit, Alter, Geschlecht, an erster Stelle aber nach dem Beruf oder „Stand“ unterschied. Für Thomas Childers stellt dieses „disaggregating the population by occupation“ gar eines der hervorstechendsten Merkmale der politischen Kultur der Weimarer Republik dar. Zu fragen ist, ob die Parteien die gesellschaftliche Fragmentierung durch ihre berufsspezifische Zielgruppenpropaganda bewusst förderten oder ob diese in erster Linie nur einen Reflex auf die soziale Realität darstellte⁷⁸².

Parteiübergreifendes Merkmal der Berufsgruppenwerbung in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen war eine „**Stände**“-**Rhetorik**, mit der an spezielle Interessen- und Bewusstseinslagen beim Adressaten appelliert wurde. Anknüpfen konnte diese daran, dass auch nach 1918 vor allem in Mittelstandskreisen, aber selbst bei Arbeitern und besonders fest verankert auf dem Land noch ein zünftlerisches, aus heutiger Sicht vorindustriell-„ständisches“ Denken anzutreffen war. Zum „Mittelstand“ durfte sich dabei ursprünglich jeder zählen, der selbständig arbeitete und über gewissen Besitz verfügte. Mit fortschreitender Industrialisierung verschob sich aber die Bedeutung dieses schillernden Begriffes, während die reale Umgestaltung der alten Mittelschichten nach 1918 durch Krieg und Inflation vielfach katastrophale Ergebnisse zeigte. In die Wertvorstellungen des Mittelstandes hinein wuchs die Schar der Angestellten, deren wirtschaftliche und soziale Stellung jedoch krass ihrem Selbstbild widersprach. Um so stärker war unter ihnen die Furcht vor Deklassierung ausgeprägt. Im ganzen Mittelstand richteten sich die Aggressionen weniger gegen das Großkapital als vielmehr gegen die „marxistischen“ Parteien, die den Mittelschichten das prophezeiten, was sie am meisten fürchteten: die Proletarisierung. Die Neigung des gewerblichen Mittelstandes, seine Lebenswelt als normativen Mikrokosmos zu sehen, machte ihn zum „idealen Adressaten aller Volksgemeinschaftsparolen“⁷⁸³.

Die Tatsache, dass der „neue Mittelstand“ der Angestellten keine eigene berufs-„ständische“ Vergangenheit besaß, vielmehr zu einem Viertel aus der Arbeiterschaft stammte, trug dazu bei, dass die Angestellten in der Wahlpropaganda der Weimarer Parteien ein Sonderleben führen beziehungsweise zur stiefmütterlich behandelten Problemgruppe werden konnten. Ohne klare Werbestrategie ihnen gegenüber, galten die An-

gestellten etwa der SPD als „neue Proletarier“, deren sozialer Geltungsanspruch gegenüber den Arbeitern kurzerhand als „falsches“ Bewusstsein abgetan wurde⁷⁸⁴. Während unter den Adressatenkreisen parteipolitischer Werbung traditionell keine Berufsgruppe stärker als sozial homogene Einheit behandelt wurde als die Beamten, gehörte die Kategorie „Arbeiter“ zu den schillerndsten Berufsbezeichnungen. Nach orthodox-marxistischer Auffassung umfaßte sie mehr als neunzig Prozent der deutschen Wählerschaft. Selbst die viel beschworene „proletarische Einheitsfront“ der KPD beinhaltete jedoch beispielsweise auch den „kleinen“ Mittelstand, während die SPD ihre Arbeiterwerbung bis auf den Industriezweig, ja bis auf den einzelnen Betrieb hin aufgliedern konnte⁷⁸⁵. Entsprechend dem propagierten Selbstbild war die Arbeiterschaft auch die mit Abstand wichtigste berufliche Zielgruppe der NSDAP, deren Hauptadressat freilich stets das „geknechtete deutsche Volk“ blieb. Nach nationalsozialistischer Vorstellung umschloss die Kategorie der „Arbeiter der Stirn und der Faust“ die Gesamtheit aller „Schaffenden“, das heißt von Arbeitern und (produktiven) Unternehmern. Ausgegrenzt blieben lediglich die „Drohnen der Gesellschaft“, die Bezieher mühelosen Einkommens, die „oberen Zehntausend“ aus der angeblich jüdisch dominierten Großunternehmerschaft. Der Kampf gegen die „marxistische“ Arbeiterbewegung und der „Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“ bildeten stets eine Einheit in der nationalsozialistischen Agitation: „Die Fixierung auf die Arbeiterschaft begründete den Doppelcharakter der NSDAP-Propaganda als in ihrer Methodik und Formensprache plebejisch-revolutionär und in ihrem Inhalt antimarxistisch“⁷⁸⁶.

Die Floskel „**Arbeiter, Angestellte und Beamte**“ diente vor allem der SPD dazu, eine mehr und mehr von der sozialen Realität abweichende Interessen- und Klassenidentität zu beschwören, was von ihr noch in den 1920er-Jahren als die probate Agitationsmethode schlechthin betrachtet wurde. Während das Hauptgewicht der Werbung eindeutig auf den Arbeitergruppen lag, näherten sich die Sozialdemokraten den Beamten auf die gleiche ambivalente Weise an wie den Angestellten: „Teils schmeichelten sie ihnen und ließen ihre besondere Interessen unangestastet, teils aber behandelten sie sie wie Proletarier, denen man nur noch beizubringen brauchte, dass sie es auch wirklich waren“⁷⁸⁷. Ende der 1920er-Jahre machte sich allerdings in der SPD-Propaganda eine stärkere Differenzierung bemerkbar und wurden auch andere Wählergruppen verstärkt als Adressaten wahrgenommen. Mit ihrem vom Kieler Partei-

tag 1927 verabschiedeten Agrarprogramm, das eine klare Abkehr von der marxistischen Theorie darstellte, kam die SPD den Bauern wie keiner zweiten Berufsgruppe außerhalb der Industriearbeiterschaft programatisch entgegen. Im Kampf um die „Seele des Landes“ sah sie vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 noch „unermessliche politische Energien“ brachliegen, weniger in den bauerlichen Schichten, an denen nur auf lange Sicht gearbeitet werden könne, als vielmehr bei den „ausgesprochenen Acker- und Fabrikproletariern in jenen Dörfern, die weitab von den großen und kleinen Zentren des Lebens“ lägen⁷⁸⁸. So intensiv sich die Weimarer Sozialdemokraten um die „Kleinbauern“ zu kümmern versuchten, so wenig vermochte ihre Wahlpropaganda auf die Interessen und Bedürfnisse des städtischen selbständigen Mittelstandes, der Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden einzugehen, auch wenn seit 1925 eine Organisation sozialdemokratischer Kleinhändler bestand. Den Versuch der Weimarer SPD, sich in ihrer Zielgruppenpolitik von dem überkommenen Image einer Vertretung des Industrieproletariats zu lösen und zur linken „Volkspartei“ zu werden, betrachtet die Weimar-Forschung daher im großen und ganzen als gescheitert⁷⁸⁹.

Die Wahlpropaganda der Weimarer Parteien zeichnete sich bei aller Konzentration auf die einzelnen Berufsgruppen dadurch aus, dass ihre Hauptadressat stets übergeordnete, sozial wenig konkrete Konstrukte wie das „deutsche Volk“ oder die „Volksgenossen“ waren. Zumindest verbal-propagandistisch stellten sie alle „Volksparteien“ dar, eine Tendenz, die sich selbst bei einer ausgesprochenen Interessenvertretung wie der Wirtschaftspartei mit Fortdauer ihrer Existenz auf dem politischen Massenmarkt einschlich. Darin spiegelte sich unter anderem die immer wichtigere Rolle eines Adressatenkreises wider, der von der angelsächsischen Terminologie her als Gruppe der „floating timber“ bezeichnet wurde. Dieses „Treibholz“ der Unentschiedenen oder politisch Ungebundenen galt den Weimarer Parteien als eine „bunte, unselbständige und zugleich auch unberechenbare Masse“, die in Krisenzeiten am leichtesten von den Parolen der Extremisten erfasst werde. Nach einer Berechnung des *Vorwärts* wenige Tage vor der Wahl am 4. Mai 1924 hätten von den rund dreißig Millionen Wahlberechtigten etwa zwei Millionen immer noch nicht gewußt, wen sie wählen sollten. Diese Wähler, um die sich in der Schlussphase der eigentliche Wahlkampf der Parteien entspanne, „standhaft“ zu machen, konnte nach Auffassung der SPD weniger durch Flugblätter oder Versammlungen, sondern am besten durch

Hausagitation, durch die persönliche Bearbeitung durch einen „gefestigten“ Mann oder eine „anständige“ Frau der Partei gelingen⁷⁹⁰. Für Carlo Mierendorff lautete die „propagandistische Hauptaufgabe“ der SPD, gerade die Wähler zu gewinnen, die der Politik im allgemeinen fernstünden, die „keine Zeitungen lesen, keine Versammlungen besuchen und Flugblätter mit der natürlichen Voreingenommenheit des Unpolitischen wegwerfen“. Etwa 80 bis 90 Prozent der Stimmberechtigten fielen in diese Kategorie der politisch Inaktiven, die in der Regel „gefühlsmäßig“ wählten, von deren Beeinflussung aber der Wahlsieg abhängen⁷⁹¹.

Einer sozialdemokratischen Analyse vor der Reichstagswahl am 14. September 1930 zufolge gab es in Deutschland vier unterschiedliche Wählerblöcke. Mit über 10,1 Millionen Stimmen die stärkste einzelne Gruppe seien im Mai 1928 die Nichtwähler gewesen, eine völlig unbekannte Größe, über deren soziale Lage, Alter oder Geschlecht man nichts wisse. Als zweite Wählergruppe wurden die Anhänger der „weltanschaulich fest gefügten politischen Bewegungen“ angesehen, das heißt von SPD, Zentrum und BVP, die zusammen 13,7 Millionen erhielten. Diese beeinflussten sich gegenseitig kaum, so dass die Fluktuation gering sei oder sich ausgleiche. Bei der dritten Gruppe von Wählern handle es sich um die von politisch-kulturellen Schwankungen abhängigen Parteien wie KPD, WP oder NSDAP, auf die im Mai 1928 zusammen 5,5 Millionen Stimmen entfielen. Die vierte Gruppe schließlich charakterisiere die Tatsache, dass sich ihre Parteien jetzt – das hieß vor dem 14. September 1930 – in Auflösung oder „struktureller Umbildung“ befänden. Gemeint war das nichtkatholische bürgerliche Lager von DNVP, DDP und DVP mit rund zwölf Millionen Wählern im Mai 1928. Von dieser Systematisierung nicht erfaßt werden könne das Treibholz der Wähler, die einmal diese, das andere Mal jene Partei „probierten“. Ebenso wenig sei der Umfang der „inneren Erneuerung“ im Wahlvolk und in den Parteien genau bekannt. Jährlich seien immerhin rund 1,25 Millionen Bürger erstmals wahlberechtigt, seit 1919 also schon zehn Millionen, was ein Viertel der Wahlberechtigten im September 1930 zu „Jungwählern“ mache⁷⁹².

Der Generationenkonflikt und die Mobilisierung der Jugend, deren Integration in das politische System weitgehend misslang, bildete zentrale Problemfelder der Weimarer Parteien⁷⁹³. Vor der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 stellten die Zwanzigjährigen der Jahrgänge 1904 bis 1908, die zum ersten Mal wählen durften und deren Zahl etwa vier Millionen betrug, den „großen Unsicherheitskoeffizienten“ dar. Die generations-

bedingte Umschichtung innerhalb des deutschen Wahlvolkes, speziell die Tatsache, dass im Mai 1928 zum ersten Mal Jahrgänge wählten, „von denen keiner den Krieg an der Front miterlebt“ habe und „von denen daher auch keiner von feindlichen Kugeln dezimiert“ sei, war der DVP Anlass zu fragen, ob im Bürgertum die Bedeutung der Neu- und Jungwähler genügend erkannt worden sei. Man selbst müsse jedenfalls die „wahlpsychologisch richtige Einstellung“ zu ihnen erst noch finden. Vorteilhaft sei allerdings, dass die Jugend noch durch keine „Parteischule“ gegangen und daher bei der Werbung „sicher zugänglicher als solche Wähler [sei], die sich schon bei früheren Wahlen ‚festgelegt‘“ hätten⁷⁹⁴. Da man nicht annahm, dass sich die Jung- und Erstwähler einfach proportional auf die vorhandenen Parteien verteilen würden – „Die Jugend liebt es, eigene Wege zu gehen“ –, versuchte sich auch das Zentrum im Mai 1928 gezielt auf die junge Generation einzustellen: „So stark auch immer die Einwirkung der Tradition, des Milieus und insbesondere auch der Familie nach der politischen Seite hin sein mögen: die Jugend ist ihnen nicht so stark unterworfen, wie die politischen Parteien das vielfach annehmen mögen“⁷⁹⁵.

Die **wichtigste neue Adressatengruppe der Wahlpropaganda** bildeten nach 1918 jedoch die **Frauen**, deren Stimmrecht noch im Kaiserreich kein zentrales politisches Thema für die deutschen Parteien gewesen war. Lediglich die SPD trat seit 1891 programmatisch für das Frauenwahlrecht ein, wobei sie nach der Jahrhundertwende von Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung Unterstützung erhielt⁷⁹⁶. Um so erstaunlicher mochte erscheinen, dass die Bevorzugung konservativ-klerikaler Parteien zusammen mit einer durchschnittlich geringeren Wahlbeteiligung (mit der Ausnahme 1919) als das typische geschlechtsspezifische Wahlverhalten der Frauen gelten kann. Während die KPD als reine Männerpartei erschien, erreichte selbst die SPD nur unterdurchschnittliche Frauenanteile bei Reichstagswahlen. Bezüglich der liberalen Parteien hielten sich Mann und Frau in etwa die Waage, wogegen das Zentrum als ausgesprochene Frauenpartei betrachtet werden kann, wenn auch ihr Überschuss an weiblichen Wählern Anfang der 1930er-Jahre schmolz. Mit kontinuierlich steigender Tendenz wählten Frauen deutsch-national, während sie gegenüber der NSDAP Skepsis zeigten und deren rasanter Stimmenanstieg erst mit zeitlicher Verzögerung auf weibliche Stimmen zurückzuführen ist. Amtliche Sonderauszählungen der Weimarer Zeit belegen, „dass Frauen sich im Durchschnitt weniger als Män-

ner an der Wahl beteiligten, eher als diese religiös oder konservativ orientierte Parteien wählten und extremistischen Gruppen von links und rechts anfangs ihre Stimme versagten⁷⁹⁷.

Überzeugung quer durch alle Parteien war immer noch, dass Frauen – ähnlich wie die Jugend – anfälliger für die „leidenschaftlichen Einflüsse“ in der Politik seien. Es gehöre daher viel psychologisches Studium zur Werbung um die Stimmen von Frauen, die im Krieg als Objekt politischer Propaganda entdeckt worden und erst durch die Revolution zu aktiven Staatsbürgern geworden seien, wenn auch unter dem „Dröhnen des Wahlkampfes“ 1918/19 in einer Art „politischer Schnellbleiche“⁷⁹⁸. Männer galten schon durch ihre soziologische und berufliche Stellung als politisch interessierter, während die zu zwei Dritteln aus Hausfrauen bestehende weibliche Wählerschaft schwer zu mobilisieren sei, was die Werbung um Frauenstimmen aus Sicht des SPD-Politikers Carl Mierendorff zu einem „besonders viel geduld- und energieraubenden Zweig der politischen Propagandaarbeit“ machte⁷⁹⁹. Hinzu trat die weitverbreitete Auffassung, dass sich Frauen entweder mit den Interessen ihrer Ehemänner identifizierten oder nur durch den Appell an spezifisch weibliche Themen aus den Bereichen „Kinder, Küche, Kirche“ zu erreichen seien. Das führte nach Thomas Childers wiederum dazu, dass insbesondere die berufstätigen Frauen weniger Beachtung in der Wahlkampfpraxis der Weimarer Parteien fanden als die männlich dominierten Berufsgruppen⁸⁰⁰.

Im Anhang des offiziellen Wahlhandbuchs zur Nationalversammlung im Januar 1919 beschäftigte sich Agnes von Harnack mit der Frage, wie sich die Frauen zu ihrem „neuen Recht“ stellen sollten, das sie quasi über Nacht zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht habe und mit einem „Dreimillionen-Überschuss tatsächlich die Wahlen entscheiden“ lasse⁸⁰¹. Auf den Wettkampf der Parteien um ihre Stimmen seien sie aber nur ungenügend vorbereitet. Trotz aller Reden und Lehrveranstaltungen über staatsbürgerliche Erziehung komme ja die große Masse der Frauen bereits früh ohne vertiefte Bildung aus der Schule: „Hin- und hergerissen zwischen den Programmen und Werbungen der verschiedenen Richtungen wird die Mehrzahl der Frauen schließlich dem lautesten Schreier, dem unablässigsten Werber folgen, ohne eigenes Urteil, auf bloße Autorität, vielfach auf Massensuggestion hin“. Auch werde ein großer Teil der Frauen einfach wie ihre Männer wählen, ohne zu bedenken, dass das Wort „Stimmvieh“ keinen schönen Klang habe. Nur durch

die Bildung eines selbständigen Urteils könne sich die Frau gegenüber dem „Ansturm der Parteien“ bewähren⁸⁰². Ohne Richtlinien für diese neue Art der Zielgruppenwerbung zu besitzen, beschränkten sich diese in der Anfangszeit der Weimarer Republik meist auf gute Ratschläge an die Frauen über den friedvollen Gebrauch des Stimmrechts sowie auf „trockene Programmreden“⁸⁰³. Schon vor 1914 war wirkungsvoller Teil jeder konservativen Argumentation gegen das Frauenwahlrecht, dass die politische Betätigung der Frau automatisch zur Verletzung ihrer Familienpflichten führen müsse. So versuchte es die DNVP auch im Januar 1919 wieder mit Religion, Kirche und Appellen an die Treue der Frau zu Familie und Volk. Wählen müsse sie aber gehen, weil ihr privater Haushalt vom Staatshaushalt abhängt⁸⁰⁴.

Die Frauen nahmen die Chance, erstmals ihre politische Stimme zu erheben, im Januar 1919 tatsächlich in erstaunlichem Maße wahr, da von 17,7 Millionen Frauen immerhin 82,3 Prozent wählten, eine später nicht mehr wiederholte Quote. Den Slogan „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ propagierten die bürgerlichen Parteien auch in späteren Wahlkämpfen in dem Bewusstsein, überproportional von der weiblichen Stimmabgabe profitieren zu können. Typisch war, wie die DVP im Herbst 1924 die „Staatsbürgerinnen“ an ihre Wahlpflicht erinnerte: „All Ihr Müden, vom Kampf des Alltags Zerriebenen, die Ihr am Sonntag einen Ruhetag ersehnt und Euch nur ungern in das Getriebe des Wahllokals mengt! Rafft Euch auf! Bringt dem Vaterland ein Opfer!“⁸⁰⁵

Weil jetzt selbst die Konservativen nicht länger verschmähten, um Frauenstimmen zu werben, müsse die SPD lernen, die Demokratie „praktisch“ zu handhaben, plädierte Marie Juchacz im Mai 1920 für eine zeitgemäße Frauenpropaganda. Das hieß für sie, der „besonderen weiblichen Psyche“ im Wahlkampf das nötige Verständnis entgegenzubringen und die noch wenig geschulten Frauen, die „sehr leicht unsachlich und erbittert“ seien, in das politische Leben einzuführen⁸⁰⁶. Schien für Juchacz noch im Mai 1920 „unbegreiflich“, dass es Frauen gebe, die nicht sozialdemokratisch wählten, musste sie auf der nach den Reichstagswahlen vom Mai 1924 abgehaltenen Konferenz der SPD-Frauenausschüsse erkennen, dass gerade die DNVP bei den Frauen große Sympathie genieße. Ein Grund dafür sah sie in der verdeckten Propaganda der Konservativen, die in den zahlreichen Massenunterhaltungsblättern und vor allem auch den Kinofilmen geleistet werde. Die SPD müsse daher endlich wie die bürgerlichen Parteien das „Bedürfnis nach Abwechslung und

Ausspannung“ bei den Frauen planmäßig in ihren Werbemethoden berücksichtigen⁸⁰⁷. Auch den Kommunisten blieb nicht verborgen, dass die Frauen nach 1919 größtenteils bürgerlich wählten. Erklärt wurde dies zunächst einfach damit, dass die meisten von ihnen das „würgende Fabrik-elend“ nicht selbst kennengelernt hätten und deshalb auf den „kirchlich-sentimentalen und national-heroischen Schwindel“ eher hereinfielen als die Männer. Schauen wir uns zudem näher an, welche Frauen „national“ wählten, dann seien das einmal „höhere Töchter“, die „kritiklos bis zur Verblödung“ seien, dann „alte, treue Weibchen“, die immer noch glaubten, der liebe Gott habe für Deutschland einen Kaiser vorgesehen, sowie die „braven Eheweibchen“, deren geistiger Horizont sich zwischen Modeinteressen und der Dienstbotenfrage bewege⁸⁰⁸.

Die Richtlinien der Frauenbeiräte des Zentrums, vom Reichsparteitag im Januar 1922 in Berlin verabschiedet, warnten mit der für die katholische Auffassung typischen Bemerkung vor der gegnerischen Propaganda: „Wahlzeiten sind Kampfzeiten, deren Charaktermerkmal vielfach das Häßliche, Vergiftete, Brutale ist. Gerade Frauen lassen sich durch derartige Begleitumstände oft von der Sache selbst zurückschrecken“. Richtlinie müsse sein, eine „genügende Anzahl von Frauenmandaten“ für den Reichstag aufzustellen, da die Frauen gerade im Zentrum den größeren Teil der Wähler bildeten. Um Irrtümern vorzubeugen, wurde aber versichert, dass die Frauenbeiräte des Zentrums nicht den Zweck hätten, „die weiblichen Mitglieder der Partei zu sammeln und mit ihnen gewissermaßen einen weiblichen Seitenzug zu bilden“⁸⁰⁹. Das Zentrum wollte bei der Frauenpropaganda ausdrücklich weniger wirtschaftliche oder „große politische Fragen“ in den Vordergrund stellen, sondern vielmehr die kulturellen Themen, weshalb sich für spezielle Frauenversammlungen nicht zuletzt der Geistliche oder der Dorfpfarrer als Redner empfehle: „Unsere politische Kultur hängt mehr von der Frau wie vom Manne ab. An ihr ist es, durch lebendigen Willen, kraftvolle Überzeugung und unerschütterliches Gottvertrauen, die stärkere natürliche Tatkraft des Mannes zu stützen, aber auch gelegentlich sein Ungestüm zu zügeln“⁸¹⁰.

Das 1918 eingeführte Frauenwahlrecht zahlte sich vor allem für die christlichen und „nationalen“ Parteien der Weimarer Republik aus. Nur mühsam gelang es der SPD, ihr Aufklärungsideal den realen Stimmungen und Gefühlen der Frauen anzugleichen. Der augenscheinliche Erfolg der konservativ-klerikalen Propaganda mit ihren kulturellen Stan-

dardthemen aus Familie, Kirche und Religion führte dazu, dass sich auch die Linksparteien verstärkt an die „Mütter“ und ihre emotionalen Instinkte wandten. Eine ähnliche Sonderrolle wie die Frauen konnten in der Wahlpropaganda nur noch die Jung- und Neuwähler beanspruchen, deren Zahl bei den Reichstagswahlen in den 1920er-Jahren dramatisch anstieg. Hier stand das Bemühen um Politisierung im Vordergrund der Propagandakonzepte. Insgesamt reagierten alle Weimarer Parteien auf die soziale Ausdifferenzierung des Wahlvolks mit der Tendenz, sich in ihrer Propaganda als „Volkspartei“ zu präsentieren. Hinsichtlich ihrer Wahlkampforganisation gingen sie dazu über, einerseits die zentralen Führungsebenen auszubauen und andererseits die „Initiative von unten“ zu fördern. Das Bemühen um reichseinheitliche Hauptparolen wurde aus logistisch-technischen Gründen mit der Intensivierung der Wahlarbeit „vor Ort“ verknüpft. Den Zentralisierungsbestrebungen der Parteizentralen, welche von Berlin aus die Wahlkampfführung vereinheitlichen wollten, stand jedoch das Interesse der lokalen und regionalen Parteiführer entgegen, die „Eigenart der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern“ auch bei der inhaltlichen Agitation zu wahren. Versuche der bürgerlichen Honoratiorenparteien, ihre Propaganda den massendemokratischen Bedingungen anzupassen, scheiterten letztlich an der Hürde ungenügender Organisationen, deren Reform aus mehreren Gründen, vor allem aber aufgrund des Mangels einer breiten und festen Massenanhängerschaft wenig durchschlagende Ergebnisse zeigte. Während die DDP immerhin nach Vorbild der SPD auf moderne Technik in ihrer Wahlpropaganda zu setzen versuchte, engagierte die DVP im Frühjahr 1928 zwar einen ausgewiesenen Reklamefachmann für den Wahlkampf Stresemanns in Bayern. Dessen Konzeption von „wertvoller“, das hieß um Qualität statt um Quantität bemühter Propaganda war jedoch von vornherein weniger auf Massenwirksamkeit angelegt.

Dem kostspieligen Ausbau sowie der Modernisierung der Wahlpropaganda standen in den bürgerlichen Parteien außer „weltanschaulichen“ Gründen in erster Linie eine chronische Finanznot entgegen, die trotz großzügiger, allerdings meist zweckgebundener Spenden aus der Wirtschaft auch vor Wahlen nur selten überwunden werden konnte. Zudem sahen sie selbst die durch die Spendenpraxis wachsende Abhängigkeit von den Launen der Interessenverbände als problematisch an. Das Dilemma der bürgerlichen Parteien war, einerseits für die Gewinnung oder Verbreiterung der Wählerbasis die Propagandamethoden an die Massen-

demokratie und ihre veränderten Bedürfnisse anpassen zu müssen – schon um konkurrenzfähig zu bleiben, was bei der Organisations- und Finanzstärke der SPD und ihrer Massenanhängerschaft fast hoffnungslos erscheinen mochte –, andererseits durch den erforderlichen Mittelaufwand und bei Fehlen einer staatlichen Parteienfinanzierung stärker in Abhängigkeit von den ungeliebten „Interessenten“ zu geraten, deren Einfluss sie schamhaft zu bemänteln versuchten. Gleichwohl sorgte das Spendenaufkommen alles in allem dafür, dass sich die Parteien in den 1920er-Jahren nicht über die Maßen durch Reichstagswahlkämpfe verschuldeten. Erst wenn der Spendenfluss aus der Wirtschaft versiegte, konnten wie etwa im Falle der DStP die Wahlschulden zu einem ernsthaften Problem werden. Festzuhalten ist, dass für die Wahlkampffinanzierung der Weimarer Parteien keine einheitlichen Regeln bestanden, abgesehen davon, dass die bürgerlichen Kräfte vorrangig auf Spenden angewiesen waren, während Massenparteien wie die SPD oder (ab 1930) auch die NSDAP in erster Linie ihre Anhängerschaft zur Finanzierung heranzogen. Eingedenk der nur spärlichen Quellenangaben über Wahlkampfkosten scheint der Aufwand der SPD als der mitglieder- und kapitalkräftigsten Partei von zwei bis drei Millionen Mark für einen Reichstagswahlkampf – mit steigender Tendenz – in den 20er-Jahren von keiner anderen Partei erreicht worden zu sein. Auf Länderebene ließ sich ein mittelgroßer Parteibezirk der SPD den Reichstagswahlkampf zwischen 50 000 und 60 000 Mark kosten. Bürgerliche Parteizentralen hatten durchschnittlich einen deutlich geringeren Wahlfonds zur Verfügung, der sich aber auch immerhin in der Größenordnung von mehreren Hunderttausend Mark bewegte. Anhand der für die SPD vorliegenden Ziffern kann festgestellt werden, dass Reichstagswahlkämpfe in den 20er-Jahren gegenüber dem Kaiserreich deutlich kostspieliger wurden und vor allem der Einsatz neuer „moderner“ Propagandamittel für kontinuierlich steigende Ausgaben sorgte. Mehr noch als von den Millionen Mark Wahlgeldern, welche die SPD regelmäßig in Reichstagswahlkämpfe investierte, profitierte ihre Propagandaarbeit nach wie vor von dem „Heer“ der freiwilligen Helfer, das mobilisiert wurde und diszipliniert zu flächendeckenden Flugblattverteilungen „antrat“ – wenn auch im Vergleich zum Kaiserreich zunehmend widerwilliger. Die mitgliederschwächere KPD musste dagegen versuchen, das Reservoir der „Sympathisierenden“ im Wahlkampf einzuspannen, wobei sie besondere Mobilisierungstechniken wie den „roten Wahlhelfergedanken“ entwickelte. Zu-

mindest hinsichtlich der theoretischen Propagandakonzepte können die Kommunisten aus heutiger Sicht als bahnbrechend gelten. Ihre originellen – wenn auch zum Teil aus der Not geborenen – Methoden der Kleinpropaganda vor Ort nach dem Prinzip der „Initiative von unten“ sowie Begriff der „Kampagne“, das hieß der möglichst zentral gelenkten und konzentrierten Propaganda, wurden von NSDAP wie SPD aufgegriffen und weiterentwickelt. Letztere kann auf der anderen Seite dank ihrer überlegenen Finanzkraft das Verdienst beanspruchen, bei der Einführung moderner Propagandamittel vor 1930 innovativ und systematisch vorangegangen zu sein, da der NSDAP noch die organisatorischen und finanziellen Grundlagen dazu fehlten.

Kapitel 6

„Waffen für den Wahlkampf“ – Die Propagandamittel der Parteien

Bereits Anfang der 1930er-Jahre drohte in den Augen von Zeitgenossen die Wahlwerbung alten Stils – Versamlungs- und Demonstrationspropaganda sowie publizistische Medien – fast völlig durch die „modernsten Reklamemittel: Austeilung von Flugzetteln durch Flugzeuge, Verwendung von Luftschrift, Lichtreklame, Tonfilmbühne“ verdrängt zu werden⁸¹¹. Auf der Betrachtung dieser neuen und als „modern“ eingestuften Propaganda und ihrer Aufnahme durch die Weimarer Parteien liegt der Schwerpunkt dieses Kapitels. Vorauszuschicken ist, dass sich politische Werbung nach 1918 in der Einschätzung und Wahrnehmung durch die Bevölkerung gegenüber der Zeit vor 1914 unterschied. In einer parlamentarischen Massendemokratie wie der Weimarer Republik mussten die nach politischer Machtteilhabe strebenden Parteien, die möglichst viele Wählerstimmen gewinnen wollten, ihrer Werbe- und Agitationsarbeit mehr Bedeutung zuerkennen als früher. Eng mit dem Schock der Niederlage und dem Novembertrauma verknüpft war der weit verbreitete Glaube an die kriegsentscheidende Überlegenheit der alliierten Feindpropaganda. Daraus leitete sich wiederum ein Glaube an die Omnipotenz oder zumindest hohe Wirkung von Propaganda schlechthin ab, der als charakteristisch für die Weimarer Zeit gelten kann⁸¹². Die deutsche Medienlandschaft durchlebte nach 1918 stürmische, zum Teil schon in den letzten Kriegsjahren einsetzende Wandlungsprozesse im Vergleich zu der noch vielfach begrenzten und disziplinierten Öffentlichkeitsstruktur des Kaiserreichs. Der Aufstieg der Presse, die sich in einer heute nicht mehr vorstellbaren Vielfalt ausformte, sowie der Siegeszug neuer Medien wie Film und Rundfunk oder auch der Plakatwerbung prägten die

politische Kultur der Weimarer Republik. Detlev Lehnert spricht in diesem Zusammenhang von einer „Neuformierung der politischen Öffentlichkeit über massenwirksame Medien“⁸¹³. Mit den Worten von Eberhard Kolb entstand nach 1918 eine „Populärkultur eigener Art, gekennzeichnet vor allem durch die Ausbildung jener modernen Massenmedien, die seit dieser Zeit nachhaltig das politische, das kulturelle und das Alltagsleben in Deutschland – wie in anderen Industriegesellschaften – beeinflussen“ konnten⁸¹⁴.

Während sich elektronische Kommunikationsmedien wie der Rundfunk zu Beginn der 1920-Jahre aber erst noch in der Erprobung befanden, hatten in Konkurrenz zu den Tageszeitungen, deren Auflagenzahlen und sozialer Adressatenkreis mit Ausnahme des Lokalanzeiger-Typus begrenzt blieben, Werbemittel wie Flugblätter und Plakate eine im heutigen Fernsehzeitalter verlorengegangene Bedeutung für die Wahlkämpfe der Weimarer Parteien⁸¹⁵. Um so auffälliger war die gleichzeitige Geringschätzung dieser publizistischen „Massenware“ vor allem in bürgerlichen Kreisen, wo man auf das traditionelle Medium der Zeitung fixiert blieb und die „Flut der Plakate und Zettel“ ebenso lästig oder bedrohlich empfand wie das Aufkommen neuer Wahlwerbemittel. Anlässlich der Reichstagswahl vom November 1932 widersprach andererseits der *Vorwärts* dem „weitverbreiteten Irrtum“, dass es sich bei den modernen Propagandamethoden um eine „Errungenschaft unseres technischen Zeitalters“ handle. Jede Zeit habe vielmehr ihre Werbung – ob politisch oder wirtschaftlich – in Einklang mit dem jeweiligen technischen Fortschritt zu bringen versucht. Die Rede von den angeblich „guten alten Zeiten“ vor 1914 sei ebenso falsch wie die von den so genannten „ritterlichen“ Wahlkämpfen der Vergangenheit. Gegenwärtige Wahlpropaganda werde dabei hauptsächlich durch die drei „technischen Errungenschaften“ des Flugzeugs, des Lautsprechers und des Filmes geprägt. Nicht zuletzt an die Adresse der Kritiker ihrer kostspieligen Wahlkampfmethoden gerichtet, die angesichts Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit zunehmend in Frage gestellt wurden, prophezeite das Zentralorgan der SPD im Sommer 1932: „Die Wahlkämpfe der Zukunft werden zum großen Teil von Ingenieuren und Technikern geleitet werden. Vielleicht eröffnen sich hier auch neue, heute noch ungeahnte Berufsaussichten“⁸¹⁶.

Parallel zur Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie zu den Fortschritten auf den Gebieten der Technik und der

Sozialpsychologie vollzog sich in den 1920er-Jahren die Technisierung und damit Modernisierung der Parteipropaganda. Eine Art negative Vorbildfunktion übte dabei für deutsche Wahlkampfstrategen die Entwicklung in den Vereinigten Staaten aus. Die kriegsentscheidende Siegermacht Amerika galt vielen Weimarer Zeitgenossen bei starken Vorbehalten ihrer „minderwertigen“ Kultur gegenüber nicht zuletzt als Heimatland der Propaganda, besser gesagt der kapitalistischen „Reklame“. Die politischen Eliten Weimar-Deutschlands blickten neidvoll bis bewundernd auf die Überlegenheit der amerikanischen Wirtschaft und die scheinbare Modernität der „amerikanischen Ideale“. In allen Bevölkerungsschichten lässt sich darüber hinaus ein Prozess beobachten, der es erlaubt, nachgerade von einer **„Amerikanisierung“ des Alltagslebens** in der Weimarer Republik zu sprechen. Allerdings blieb diese deutsche Amerika-Begeisterung stets ambivalent und ließ mit Beginn der Weltwirtschaftskrise um 1929/30 auch rasch wieder nach⁸¹⁷. 1926 klagte der Verleger Samuel Fischer, dass „der verlorene Krieg und die amerikanische Welle“ die Lebensauffassung der Deutschen und ihren „Geschmack“ verändert hätten⁸¹⁸. Technik-Kult und Amerikanismus verschmolzen zu einer vagen Ideologie des Fortschritts, wobei die Technik nicht nur von einer intellektuellen Elite als Befreiungsinstrument und Amerika als Vorbild eines neuen, besseren Lebens gefeiert wurde.

Schon vor 1914 hatte sich andererseits im Zusammenhang mit politischen Wahlen die Vorstellung herausgebildet, wonach unter dem Stichwort „Amerikanisierung“ die als negativ empfundenen Begleiterscheinungen einer übermäßigen Propaganda angeprangert wurden. Im Kern zielte diese Kritik auf den angeblich zu mächtigen Einfluss des Geldes bei Wahlen, in denen nicht der beste, sondern der finanzkräftigste und „lauteste“ Bewerber siegte. Scharf wurde der damit verknüpfte Niedergang argumentativer Auseinandersetzung zugunsten emotionaler und obendrein teurer Massenwerbung verurteilt. Ein im Frühjahr 1924 Aufsehen erregender politischer Bestechungsfall in den Vereinigten Staaten – der „Ölskandal“ – war für die *Germania* bezeichnenderweise eine „Schlappe des von dem Amerikaner so sehr gepriesenen und auch außerhalb Amerikas oft als nachahmenswert empfohlenen Prinzips ökonomischer Gestaltung der Politik“. Kritisiert wurde, dass sich der Kandidat nach einem kostspieligen Wahlkampf weniger als vom Volke gewählt denn als „Sieger in einem geschäftlichem Kampfe“ fühlen dürfe, der nun an der Regierung auch „geschäftlich günstige Resultate“ abwerfen müsse⁸¹⁹. Das

Adjektiv „amerikanisch“ symbolisierte aus bürgerlicher Sicht ein geradezu moralisch verwerfliches Übermaß an Propaganda, an Chaos und politisch-kultureller Unreife, dass es keiner weiteren Erläuterung bedurfte, wenn die Zentrumsprelle im Sommer 1930 den wegen seiner Intransigenz und Demagogie unbeliebten DNVP-Führer Hugenberg „als Propagandachef nach dem ‚minder kultivierten‘ Amerika“ schicken wollte⁸²⁰. Die Präsidentenwahlkämpfe in den USA selbst erregten dabei während der zwanziger Jahre weniger wegen ihrer politischen Inhalte oder dem Ergebnis als aufgrund ihrer äußeren Erscheinungsformen das Interesse der deutschen Öffentlichkeit. Der amerikanische Wahlkampf im Herbst 1924 sei völlig von kurzen schlagkräftigen Wahlparolen, den „Slogans“, dominiert und werde bereits mithilfe neuer technischer Werbemittel wie dem Radio geführt. Aus deutscher Sicht beeindruckte, wie die Straßen der großen Städte völlig im Zeichen der Wahlarbeit der Parteien stünden: „Fast alle Häuser haben geflaggt. An jeder Straßenecke begegnet man Rednern der einen oder der anderen Partei. Umzüge, bei denen die Bilder der Kandidaten und bunte Plakate umhergetragen werden, sind an der Tagesordnung“⁸²¹.

Auch der Reichstagswahlkampf werde, schrieb die *Rote Fahne* Anfang April 1924, an „amerikanischer Reklame“ alles bis dahin Erlebte bei weitem übertreffen. Neben den alten Methoden der Propaganda in Wort und Schrift bedienten sich die Weimarer Parteien „aller technischen Fortschritte und Errungenschaften“. Selbst die „Stätten der Erholung, das Kino, das Varieté, das Theater, die Konzertlokale und endlich auch die neueste Attraktion, der Rundfunk“, stünden im Wahldienst. Der alte Spruch der Polizeipräsidenten: „Die Straße gehört dem Verkehr“ sei längst Lügen gestraft. Die Straße gehöre heute vielmehr den kapitalistischen Parteien, die dem Wähler am Tage auf Plakatsäulen und Reklame tafeln sowie bei Nacht mit Lichtreklame und Schattenbildern eintrichterten, was er „als Sklave zur Aufrechterhaltung der Sklaverei zu ‚wählen‘“ habe⁸²².

Nach dem Krieg, so klagte Georg Schreiber noch im April 1927, habe sich das Zentrum in der Wahlpropaganda durch die schlechten amerikanischen Vorbilder vom richtigen Weg abbringen lassen und sich von der Massenpropaganda der anderen Parteien anstecken lassen: „Diese Methode läuft darauf hinaus, dass man den Wahlfonds in Papier umsetzt, Millionen von Flugblättern in den Wind streut usw. Die einzigen Gewinner sind dann die Drucker und Zeitungsverleger, die Interessenten für

Inserate und Plakate⁸²³. Schon der unter neuen demokratischen Bedingungen von allen Seiten äußerst heftig geführte Wahlkampf zur Deutschen Nationalversammlung besaß vor allem in den letzten Tagen vor der Wahl am 19. Januar 1919 für zeitgenössische Beobachter ein „ungewöhnlich amerikanisches Aussehen“, da die Propaganda der Parteien bereits an die Reklame großer Warenhäuser erinnerte. Die Reichshauptstadt sei, schrieb der Korrespondent einer Mainzer Tageszeitung, nicht wieder zu erkennen gewesen, vielmehr habe der Wahlkampf für ein „buntes und neues Schauspiel“ gesorgt: „Die Umzüge mit Musik, mit den Wahlplakaten der Parteien, die gravitatisch durch die Menge schreitenden Reklameträger mit ihren großen Schildern, die dahinsausenden über und über beklebten Autos, aus denen Wahlzettel flogen, alles das ließ eine Wahl erkennen, wie sie in Berlin bisher noch nicht stattgefunden hat“⁸²⁴. Anlässlich des zweiten Präsidentenwahlganges im April 1925 stellte die *Germania* fest, dass die Propaganda der Parteien nunmehr völlig „amerikanisiert“ sei, wobei neuartige Massenpropaganda die bisher gewohnten Flugblätter fast verdrängt habe. Auf den belebten Plätzen der Stadt seien vielmehr Filme über die Kandidaten sowie überall Fahnen zu sehen, während die Lichtreklame Wahlappelle an den Himmel schriebe⁸²⁵.

Wenn auch die „amerikanischen Methoden“ als wenig nachahmenswert, ja unpassend für die deutsche Politik angesehen wurden, gibt es doch genügend Anzeichen dafür, dass die Weimarer Parteien in der Praxis um so mehr an ihre propagandistische Wirksamkeit glaubten. Von Amerika kommend, erlebte Deutschland nach 1918 schließlich einen rasanten Aufschwung der Wirtschaftsreklame, deren psychologisch ausgefeilte Werbemethoden bald auch als vorbildhaft für den politischen Bereich galten. Die zeitgenössische Literatur zur „Reklame-Psychologie“ behauptete in Übereinstimmung mit den nach dem Krieg überall aus dem Boden schießenden Propagandatheoretikern eine methodisch gleiche Intentionalität von politischer Propaganda und „geschäftlicher Reklame“, worunter „die planmäßige Einwirkung auf die menschliche Psyche mit dem Ziel der Herbeiführung einer möglichst hohen Willensbereitschaft zum käuflichen Erwerb des Angepriesenen“ verstanden wurde⁸²⁶. Die Übertragung einer solchen Definition auf die Politik sowie die praktische Nutzung von werbepsychologischen Erkenntnissen im Bereich der politischen Werbung lag nahe. 1920 wurde in der Fachzeitschrift „Das Plakat“ gefordert, dass die Parteien für ihre praktische Propaganda

endlich auf Fachleute und Kenntnisse der Wirtschaftsreklame zurückgreifen sollten. Plädiert wurde für die systematische Zusammenarbeit von Politik, Werbung und Kunst⁸²⁷. Die hier angepeilte Verknüpfung zwischen den Bereichen Parteienpropaganda und Wirtschaftswerbung verwirklichte sich – wie oben im vorangegangenen Kapitel gesehen – jedoch nach 1918 in der Weimarer Republik allenfalls in Ansätzen, zumal die meisten Parteien bestrebt waren, sich von der bloß am „Verkauf“ orientierten Reklame verbal und ideologisch abzugrenzen. Schon ihr Selbstverständnis als Weltanschauungsparteien widersprach der Vorstellung, das Werben um Wählerstimmen rein im ökonomischen Sinne zu begreifen. Die Abneigung dagegen, die eigene politische Idee oder das Programm wie eine Ware zu Markte zu tragen, hielt bei den bürgerlichen Parteien zusammen mit dem Kostenargument Widerstände gegenüber zweckorientierter Massenpropaganda, wie sie in der Geschäftsreklame anzutreffen war, am Leben. In dem Maße aber, in dem gerade die alten Parteien an die Mobilisierungsgrenze der angestammten Wählerklientel stießen und sie sich gezwungenermaßen verstärkt als Volksparteien zu profilieren versuchten, wurden sie auch vor die Frage nach neuen Mitteln und Wegen ihrer Wahlpropaganda gestellt. Diese war jedoch traditionell mit dem „schweren Rüstzeug der Ethik“ beladen, während ihr die „suggestive Phantasie“ und die „Inbrunst der geschäftlichen Reklame“ fehlte, wie der Schriftsteller und Journalist Joseph Roth im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 beobachtete⁸²⁸.

Die Ausrichtung der Werbemaßnahmen auf Erwartungen und Gefühlswerte des Publikums, die Bereitstellung eines Symbols, eines Markenzeichens als Identifikationsobjekt, die Methode der „Einhämmern“ und Vereinfachung in der Werbestrategie für ein Produkt, all das wurde jedoch von der Politik mehr und mehr adaptiert, so dass die Grenzen zwischen wirtschaftlicher und politischer Werbung in der Praxis zusehends undeutlicher wurden. Dass die Weimarer Parteien schließlich ihre Programme wie Zigaretten und Seife angeboten hätten, wie Gerhard Paul schreibt, mag übertrieben formuliert erscheinen⁸²⁹. Vor dem Hintergrund einer florierenden Geschäftsreklame und Propagandaforschung, die es nach 1918 geradezu zur Mode machte, sich mit Fragen der Massenpsychologie zu beschäftigen, faßten aber auch bürgerliche Parteien die Erneuerung ihrer Werbetechniken ins Auge. Die Zusammenarbeit mit reklametechnisch versierten Kräften aus der Wirtschaft oder mit politisch engagierten Künstlern wuchs in dem Maße, in dem zu neuartigen Wer-

bemitteln gegriffen wurde, da nun nicht nur Druckereien, sondern auch Filmverleihgesellschaften oder Hersteller technischen Geräts und dergleichen mit den Parteien kooperierten⁸³⁰. Gewerbliche Werbeagenturen, deren Dienste nicht billig waren, konnten im Ausnahmefall schon einmal logistische Aufgaben oder die regional begrenzte Führung von Wahlkämpfen übernehmen, sei es, dass die Kandidatur Stresemanns in Oberbayern vor dem 20. Mai 1928 durch den Münchener „Werbeanwalt“ Herbert Engelmann geleitet wurde, sei es, dass die Herstellung von Wahlbroschüren für den Reichsjugendausschuß des Zentrums der „Werbewoche GmbH“ oblag, einer privaten Werbe- und Verkaufsberatung in Berlin⁸³¹.

Die Grenzen zwischen Geschäftsreklame und Wahlpropaganda der Parteien verwischten sich gerade im Anzeigenteil der lokalen Presse, um so mehr, weil hier Partei- und Wahlaufrufe oder Versammlungsankündigungen häufig neben rein gewerblichen Anzeigen plazierte wurden. Verfügte eine Partei in einem Wahlkreis nicht über eigene Zeitungen, war sie auf solch kostspielige Annoncenwerbung angewiesen. Oftmals fand sich auf ein und derselben Seite eine verwirrende Vielzahl von Kästchenpropaganda unterschiedlicher Parteien vermischt mit kommerziellen Kleinanzeigen, amtlichen Verlautbarungen oder Einladungen zu Musik- oder Theatervorstellungen. Neben gestalterischen Ähnlichkeiten waren es vor allem die Texte und Slogans der Geschäftsanzeigen, die in Anspielung auf wahlpolitische Gepflogenheiten formuliert waren oder den Stil der Parteien kopierten, mitunter bis zur Persiflage. In der Aufmachung kaum von einem Wahlplakat zu unterscheiden, war etwa die Waschmittelreklame „Frauen! Wählt Persil“, die im Frühjahr 1924 vor den Reichstagswahlen in der regionalen und überregionalen Presse erschien⁸³². So finden sich unzählige Beispiele von Geschäftsanzeigen, die direkt die Werbe- und Bildsprache der Wahlkämpfe aufgriffen und dadurch ihrem Kundenkreis sowohl Witz als auch Aktualität demonstrierten. Andererseits konnten Ideen der gerade hinsichtlich bildlicher Gestaltung innovativen Reklame – ob zufällig oder nicht – in der Parteienwerbung wieder auftauchen. Aus heutiger Sicht frappant ist jedenfalls die Übereinstimmung einer Bildanzeige vom Frühjahr 1924 mit der Fotomontage von John Heartfield für ein Wahlplakat der KPD im Mai 1928. Standen hier die fünf Finger der ausgestreckten Hand Symbol für die durchschlagende Kraft der Liste Nummer 5, hieß es dort zum gleichen Bild: „Fünf Gute Rechner ersetzt/ Eine Brunsviga Rechenmaschine“⁸³³.

Während die Vorbereitungen zum Reichstagswahlkampf auf Hochtouren liefen, fragte im Frühjahr 1928 ein Mitarbeiter der IG Farben Berlin in einem Artikel für die wirtschaftsliberale *Deutsche Allgemeine Zeitung*, wie die Methoden der modernen Werbetechnik besser für die Wahlpropaganda der Parteien nutzbar gemacht werden könnten. Bemerkenswert sei, stellte der Wirtschaftsmann fest, dass diese ihr „Buhlen um die Gunst des Wählers“ bis dahin ohne jedes „werbepsychologische und werbetechnische Verständnis“ praktizierten. Er wollte daher den Parteien die Voraussetzungen erfolgreicher Reklame zeigen, die von ihm als „Vergewaltigung des persönlichen Seelenlebens eines Einzelnen aus wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder religiösen Bestrebungen“ definiert wurde. Dass die Erregung von „Lustgefühlen“ wichtiger sei als der Appell an die Vernunft des Wählers, hätten aber die bisherigen Reichstagswahlkämpfe bestätigt, insofern Versprechungen der Parteien gemeinhin keiner kritischen Nachprüfung unterzogen würden. Erfolgreiche Wahlpropaganda müsse vor allem durch ein Charakteristikum aus der mittlerweile unüberschaubaren Masse von Reklame herausragen. Dazu sollten die Parteien die jeweiligen Hauptgedanken ihres Programmes auf eine möglichst einfache und prägnante Formel zu bringen versuchen. Viel mehr als bisher könnten hierfür auch Symbole, wie etwa Sowjetstern, Hakenkreuz, Schwarz-rot-gold oder Schwarz-weiß-rot nach Vorbild der kaufmännischen Schutzmarke eingesetzt werden. Für die Wirkung jeder Propaganda sei des weiteren wichtig, dass sie den Wähler in einer Situation der „splendid isolation“ anspreche. Die Litfaßsäule werde etwa dann am besten genutzt, wenn sie nur die Plakate einer Partei zeige. Außer im Bereich der Presse fehle es den meisten Werbemitteln der Parteien bislang an einer „rationellen Ausnutzung“. Wahlflugblätter dürften nicht länger in Massen sozusagen wahllos verteilt oder bündelweise aus Autos oder Flugzeugen geworfen werden. Erfolgversprechender sei vielmehr die gezielte Verteilung, vorzugsweise direkt an die jeweiligen Adressaten oder Haushalte. Ferner müsse die typographische Gestaltung zum Lesen einladen, wobei gutes Papier, Illustrationen und Bilder hervorragende Dienste leisten könnten. Der Text des Flugblattes müsse in der Sprache des Empfängers geschrieben sein, die Wortwahl sich – modern gesprochen – nach dem Idiom der jeweiligen Zielgruppe richten. Gegenüber den unteren sozialen Schichten dürften etwa nur die „gebräuchlichsten Worte der täglichen Umgangssprache“ benutzt werden. Zu überlegen sei auch, wann die Anreden des „Du“ oder des „Ihr“ gegenüber

welchen Wählergruppen ratsam seien. Wichtiger als das „Was“ der Plakatdarstellung erschien dem Verfasser das „Wie“, weshalb unbedingt ein Künstler damit beauftragt werden solle, auch wenn er nur nach einer von der Partei vorgegebenen Idee arbeite. Der Text des Plakates selbst könne nicht kurz genug sein. Hinsichtlich seines Anschlagortes sei die Ubiquität wichtig – vor öffentlichen Gebäuden, an Bretterzäunen und Werbeautos, in Versammlungslokalen sowie Verkleinerungen in Zeitungen oder auf Flugblättern und Postkarten. Gemäß den reklamepsychologischen Erkenntnissen der „Wiederholungstheorie“ lasse sich größere Wirkung erzielen, wenn nicht 1 000 Plakate an ebenso vielen Stellen, sondern zum Beispiel je drei Plakate an 333 Orten geklebt würden. Neue Medien wie Film und Rundfunk, so die Beobachtung im April 1928, seien bislang trotz ihrer anerkannten Werbemöglichkeiten viel zu wenig genutzt – saßen doch täglich bis zu 200 000 Menschen in den Kinos und ein Vielfaches allein in Berlin vor den Radios. Die umstrittene „Politisierung“ des Rundfunks sah der Autor nicht als Gefahr an, vielmehr würde, eine Gleichbehandlung aller Parteien vorausgesetzt, der direkte Vergleich im Radio anspornend wirken. Weil sie sich des Mittels der psychologischen Suggestion bediene und großen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübe, müsse schließlich der Grundsatz „Wahrheit in der Werbung“ besonders für jede Art von Wahlpropaganda gelten⁸³⁴.

Der „Kampf um die Straße“: Versammlungen, Demonstrationen und Revuen

Als klassischer Ort von Wahlwerbung vor 1914 dienten Versammlungen den deutschen Parteien sowohl der öffentlichen Selbstdarstellung als auch zur Mobilisierung ihrer Anhängerschaft und der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Sie waren grundsätzlich für jedermann frei oder gegen ein geringes Eintrittsgeld zugänglich und stellten in den Wahlkämpfen ein Forum der interparteilichen Diskussion sowie der „Aufklärung von Mund zu Mund“ dar. In der Hauptsache von den lokalen Parteiorganisationen veranstaltet, waren die Versammlungen meist in begrenztem, kleinerem Rahmen lockere Zusammenkünfte, bei denen die Wahlrede ebenso wichtig war wie die Aussprache und Debatte. Vor allem die Sozialdemokratie hatte im Kaiserreich von der allerdings allgemein anerkannten Möglichkeit Gebrauch gemacht, in den gegnerischen Versammlungen die direkte Auseinandersetzung zu suchen.

Die Versammlung blieb auch in der Weimarer Republik das mit Abstand wichtigste Instrument der Wahlpropaganda der Parteien. Gerade auf dem mit politischen Veranstaltungen nicht eben gesegneten Land und in den Dörfern bildeten die meist sonntäglichen Versammlungen oftmals neben der Presse den einzigen Wahlkampf⁸³⁵.

Auffälligste Veränderung im Versammlungsstil nach 1918 stellt aus heutiger Sicht neben einer neuen und bis dahin auch in den Städten unbekannten Massenhaftigkeit – wofür größere Veranstaltungsstätten wie der Berliner Sportpalast standen – der parallele Verlust des ursprünglichen Diskussionscharakters dar. Nachdem das Werbemittel der Versammlung Mitte der 1920er-Jahre infolge von Wahlmüdigkeit, schlechtem Besuch und Technisierung der Wahlkämpfe bereits für überlebt erklärt worden war, ließ sich ab 1929 im Zusammenhang mit dem Aufstieg der NSDAP eine Art Renaissance der Versammlungspropaganda beobachten. Nicht zuletzt als Reaktion auf die sich nach 1918 häufenden Störaktionen des politischen Gegners wurde zugleich ihre äußere Gestalt immer mehr vorher festgelegten Regeln unterworfen. Zugleich entwickelten sich die Massenveranstaltungen, die auf ein möglichst breites Publikum zielten und schon allein durch ihre Organisation der Imagepflege dienten, zur wenn nicht wichtigsten, so doch auffälligsten Form der Versammlungspropaganda. Sie erhielten ein künstlerisches Rahmenprogramm, das bald die Wahlrede des Kandidaten oder die politische Debatte in den Hintergrund drängte. Anfang der dreißiger Jahre stellte der Publizist Emil Dovifat fest, dass die Wahlversammlung ihre „alten demokratischen Formen“ bereits nahezu völlig verloren habe. An deren Stelle seien die Prinzipien militärischer Geschlossenheit und disziplinierter Aufführung getreten: „Es spricht ein umjubelter Redner, und die Opposition, wenn sie nicht schweigt, fliegt raus; weniger übrigens auf Wunsch der Leitung als durch spontanen Akt der suggestiv gepackten Masse“. Diese werde durch gezielt eingesetzte dramatische Mittel in eine Art von Gruppenhypnose versetzt: „Sprechchöre, im Takt gerufene Schlachtrufe, gleiche Grußgesten und ähnliches faszinieren durch ihren Rhythmus, der wiederum innerlich die Masse um so fester zusammenschweißt“⁸³⁶.

Solche Kritik hatte vor allem die Versammlungen der NSDAP vor Augen, die sich von ihrem Volksfestcharakter zu ritualisierten Selbstinzenzierungen entwickelt hatten und für ihre Wahlkämpfe während des Aufstiegs zur Massenpartei nach 1929 als emotionales Gemeinschaftser-

lebnis unverzichtbar wurden. Die auf ein Minimum reduzierte oder völlig weggelassene Diskussion mit dem politischen Gegner besaß weitgehend nur noch Showcharakter. Die Wertschätzung für solche Kundgebungen entsprach dem Bild des „autoritativen Redners“ als wichtigsten „Propagandisten der nationalsozialistischen Idee“⁸³⁷. Im Verlust des Diskussionscharakters durch den Versammlungsstil der NSDAP sahen bürgerliche Parteienvertreter durchweg eine Zweckentfremdung, ja „Entartung“ des traditionellen Werbemittels. Anfang September 1930, auf dem Höhepunkt des Reichstagswahlkampfes, setzte sich die *Frankfurter Zeitung* vor diesem Hintergrund mit der „Wahlversammlung von heute“ auseinander. In den letzten Reichstagswahlkämpfen schien, war dort zu lesen, die Versammlungspropaganda an „allgemeiner Entkräftung“ zugrundegehen. Was sich noch Wahlversammlung genannt habe, sei in Wirklichkeit meist nichts anderes als eine schlecht besuchte „Zusammenkunft von Gleichgesinnten“. Solche Versammlungen hätten ihren ursprünglichen Sinn und Zweck verloren, nämlich um die Stimmen Andersdenkender zu werben und die Gegner in der Debatte zu überzeugen. Erschienen von vornherein nur gleichgesinnte Parteianhänger, verwundere nicht, dass der Besuch nachlasse und schließlich über ihre Abschaffung „einfach mangels Beteiligung“ nachgedacht werde. Vor diesem Schicksal sei die Wahlversammlung aber durch die NSDAP bewahrt worden, in deren Versammlungen wieder Tausende strömten, um sich „beerauschen“ zu lassen, weil dort immer „Betrieb“ herrsche. In Wahrheit schalte diese Versammlungstechnik aber die „lebendige Konfrontierung der verschiedenen Parteimeinungen in Rede und Gegenrede, in einer ernsthaft gemeinten und fair durchgeführten Diskussion“ aus. Die systematischen Störaktionen der NSDAP hätten überdies den schlimmen Effekt, dass auch andere Weimarer Parteien ihre Versammlungen mittels Saalschutz und „eiserner Disziplin“ abzuschotten versuchten. Um der echten Wahlversammlung wieder zu neuem Leben zu verhelfen, gab die *Frankfurter Zeitung* allen Parteien den Rat, weniger autoritär auf Störungen zu reagieren, andererseits aber jede Gewalt rechtzeitig zu unterdrücken⁸³⁸.

Solche Plädoyers für den Versammlungsstil alten Zuschnitts unterschlugen meistens, dass schon vor 1929/30 im bürgerlichen Lager selbst Abkehrtendenzen von den traditionellen Formen zu beobachten waren. In den Wahlkampftrichtlinien des Reichsblocks für die Kandidatur Hindenburgs war etwa bereits 1925 zu lesen, dass Versammlungen nicht in

der bei den Reichstagswahlen üblichen Form aufzuziehen seien, sondern „in der Form grosser Kundgebungen“, bei denen die Aussprache mit dem Gegner überflüssig erschien. Ausdrücklich wurden die Organisationen angewiesen: „Diskussionen sollen möglichst verhütet werden, damit der Wahlkampf nicht in ein politisches Gezänk über irgendwelche Tagesfragen“ ausarte. Am besten lasse sich dies durch Musikkapellen erreichen, die mit „stimmungsvollen Märschen“ die Versammlung einleiteten und mit dem Deutschlandlied endeten⁸³⁹. Im Namen der DDP, für die Versammlungen nach 1918 das wichtigste Instrument der Wahlpropaganda blieben, plädierte ihr Vorsitzender Erich Koch-Weser bereits 1924 angesichts einer allgemeinen „Verflachung der Diskussion“ dafür, den nach „althergebrachter Regel ablaufenden Versammlungsbetrieb“ umzustellen. Teilnehmer, die nur „papageimäßig“ Vorwürfe gegen die Partei des Hauptredners wiederholten, dürften, obwohl leicht abzufertigen, nicht länger geduldet werden. Noch im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 wurden in der DDP aber unterschiedliche Erfahrungen darüber gemacht, ob die herkömmliche „Diskussionsversammlung“ oder die „Kundgebung“ neuen Stils und ohne freie Aussprache wirksamer beziehungsweise vorzuziehen sei. So berichtete die Parteizentrale der DDP von Versammlungen, in denen gerade durch die Diskussion der Eindruck der Kandidatenrede noch vertieft worden sei⁸⁴⁰.

Vor dem Hintergrund der Umwandlung zur DStP entschieden sich aber auch die Demokraten im Sommer 1930 für die neue Versammlungstechnik. Nunmehr galt die Auffassung, dass „der Stil des heutigen Wahlkampfes in höherem Maße die öffentliche Kundgebung als die Versammlung mit Diskussion“ erfordere. Die Wirkung der eigenen Kandidaten sei ungleich stärker in den mit „feierlichem Rahmen“ ausgestatteten Kundgebungen, wenn sich keine gegnerischen Redner zu Wort melden dürften. Mustergültig illustrierte die DStP-Führung, wie solche Versammlungspropaganda vorzubereiten sei. Außer mit Einladungen an alle Mitglieder und mehreren Notizen in der lokalen Presse müsse zwei oder drei Tage vorher mit Zeitungsanzeigen und Plakatanschlagen für die Versammlung geworben werden – bislang ein besonders trostloses Kapitel, weil diese Arbeit oft ohne Beachtung der „einfachsten reklametechnischen Regeln“ geschehen sei. Schließlich wurde die Zweckmäßigkeit eines Eintrittsgeldes in Frage gestellt: Eine Versammlung, für die 500 ohnehin überzeugte Anhänger je eine Mark bezahlten, werde zwecklos, wenn dadurch 1 000 „Unpolitische“ abgeschreckt würden⁸⁴¹.

Neben den allgemeinen Wahlversammlungen waren alle Weimarer Parteien schon früh bestrebt, ihre Versamlungspropaganda sozial- und adressatenspezifisch zu diversifizieren und etwa spezielle „Standes“-Versammlungen für einzelne Berufsgruppen durchzuführen. Arbeitnehmer, Beamte, Gewerbetreibende, Hausangestellte, Frauen, Sportler, Inflationsgeschädigte und Jungwähler – fast jede soziale Gruppe wurde in den Wahlkämpfen zu exklusiven und thematisch auf sie zugeschnittenen Versammlungen gerufen. Ein Versamlungsplan der Berliner DNVP sah etwa im Frühjahr 1928 außer einer „großen nationalen Kundgebung“ im Sportpalast spezielle Frauen- und Berufsgruppenversammlungen bis hin zu Kleinrentner-Nachmittagen vor⁸⁴². Auch die großen Massenkundgebungen wurden so aufgebaut, dass nach einem Hauptredner, der in der Regel das allgemeinpolitische Referat hielt, die Vertreter der Sonderorganisationen oder einzelner Berufsgruppen zu spezifischen Themen sprachen. Als Voraussetzung für den Erfolg jeder Versamlungspropaganda erklärte das Zentrum im Frühjahr 1928 neben einer guten Vorbereitung zudem die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Wichtig sei, über die Versammlungen kurze Berichte in den Lokalzeitungen erscheinen zu lassen, was auch die Stimmung der Anhänger stärke. Die im Frühjahr 1928 überall anzutreffenden rückläufigen Besucherzahlen veranlassten die Partei im übrigen zu intensiver Flugblatt- und Hausagitation nach dem Motto: „Wir müssen an die Wähler herankommen; kommen sie nicht zu uns, dann kommen wir zu ihnen ins Haus“⁸⁴³. Aber auch das Zentrum paßte seine Versamlungspropaganda den mit Aufstieg der NSDAP und Ausbruch der Wirtschaftskrise veränderten Verhältnissen an. So empfahl das Reichsgeneralsekretariat in seinen Richtlinien vom Sommer 1930, Versammlungen mit Diskussion nach Möglichkeit nur noch als „geschlossene“ Parteiveranstaltung durchzuführen. Zudem sei mittlerweile die Organisation eines Saalschutzes unabänderlich geworden, wozu verstärkt die Jugendverbände des Zentrums herangezogen werden sollten. Diese stünden auch für die an Bedeutung gewinnende „äußere Ausstattung“ der Versammlungen mittels Musik und Gesang zur Verfügung⁸⁴⁴.

Auf Seiten der bürgerlichen Rechtsparteien vollzog sich der Abschied von der Diskussionsversammlung alten Stils reibungslos und früher als bei den Mittelparteien. Damit die öffentlichen Wahlversammlungen der Partei nicht zum „Tummelplatz“ der Gegner würden, plädierte der Dortmunder DVP-Generalsekretär Koester schon 1921 für eine „energi-

sche Versammlungsleitung“. Weil politische Gegner ohnehin nicht überzeugt werden könnten, solle in den Wahlversammlungen allein um die politisch noch Unentschlossenen geworben werden⁸⁴⁵. Gemäß den Richtlinien der DNVP für den Wahlkampf im Herbst 1924 hatten die Versammlungen der Partei mit einem von den Vaterländischen Verbänden organisierten Saalschutz und möglichst ohne Diskussion stattzufinden. Dazu wurde empfohlen, im Anschluss an die Rede des Kandidaten sofort das Deutschlandlied singen zu lassen, um so eventuelle Wortmeldungen im Gesang zu ersticken. Sei eine Diskussion dennoch nicht zu vermeiden, müsse die Redezeit möglichst auf 5 bis 10 Minuten beschränkt und gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass zwischen den gegnerischen Rednern stets ein eigener zu Wort komme⁸⁴⁶. In der Praxis sah das laut einem Bericht des *Vorwärts* so aus, dass der Versammlungsleiter der DNVP zwar fünf Minuten zur Aussprache „kommandierte“, aber vorher abgesprochen worden sei, dass sobald der erste Diskussionsredner das Wort erhielt, ihm „planmäßig eingestelltes Gebrüll“ antworte⁸⁴⁷. Aber auch die SPD ergriff Maßnahmen dagegen, dass ihre Wahlversammlungen als „Diskutierklubs“ von denjenigen missbraucht würden, die aus eigener Kraft keine Versammlungen zustande brächten. Insbesondere die Kommunisten versuchten, als „Parasiten“ von der Organisationsarbeit der SPD zu profitieren, während es in ihren eigenen Versammlungen ohnehin keine Diskussion gebe. Von der vorherigen Ankündigung einer „freien Aussprache“ sei daher abzusehen, vielmehr habe die jeweilige Versammlungsleitung über deren Zweckmäßigkeit zu entscheiden. In jedem Fall solle die Redezeit kontingentiert und strikt auf zehn Minuten begrenzt werden⁸⁴⁸.

Neben solchen Bemühungen, die Versammlungen von gegnerischen Störungsaktionen freizuhalten, suchte gerade die Weimarer SPD nach neuen Formen der Versammlungspropaganda. Auf dem Land habe sich etwa die „Arbeitstechnik“ des Reichsbanners bewährt, da „Disziplin, Rhythmus, Farbe, Musik, diese Elemente des Begriffs der geformten Masse“, dort, weil ungewohnt, noch stärker wirkten „als im Getriebe der Städte“⁸⁴⁹. Als sehr wirksam, auch auf dem Land, beschrieb der Wahlkampfbericht des Parteivorstandes vom Frühjahr 1928 die Unterstützung durch Radfahrerkolonnen. Gruppen von acht bis zehn Radfahrern fuhren dabei in ein Dorf ihres Kreises, verteilten dort Werbematerial der SPD und luden zu einer sofort beginnenden Wahlversammlung. Währenddessen fahren einige bereits wieder zum nächsten Ort und laden

auch dort zu einer Versammlung ein. So sei es im Bezirk Mittelschlesien möglich gewesen, an einem Tag mit nur sieben Rednern nicht weniger als 38 Versammlungen in kleineren Ortschaften abzuhalten⁸⁵⁰. Bei seiner Kritik der SPD-Propaganda klagte Carlo Mierendorff, dass die Versammlungen zwar gegenüber früher „schwungvoller und farbiger“ geworden seien, doch noch immer dem „künstlerischen Teil“ zu wenig Beachtung geschenkt werde. Anstelle einer oftmals „leeren Sprechchorlyrik“ oder „unverbindlicher Rezitationspathetik“ sprach sich Mierendorff für den Einsatz von Militärmusik und die Einbeziehung von Verbänden der Gewerkschaften aus, die als lebendiges „Bekenntnis zur menschlichen Arbeit“ stets in Berufskleidung auftreten sollten. Hinsichtlich der Redehalte seien die Zuhörer nicht länger mit Zahlenangaben zu „quälen“. Außerdem dürfe nicht nur auf die „Kanonen“ vertraut werden, deren Zahl durch das Fehlen einer systematischen Rednerschule der SPD begrenzt sei. Vor allem aber müsse die „Regie“ der einzelnen Versammlung verbessert werden, die wirkungslos bleibe, wenn die Propaganda nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet und etwa ein ganzer Landstrich systematisch mittels einer „Welle von Versammlungen jeden nur möglichen Stils“ erfaßt werde⁸⁵¹. Traditionell stellte die SPD vor Wahlen regelmäßig so genannte Versammlungspläne auf und rief ihre Ortsgruppen sowie Referenten dazu auf, rechtzeitig in Plakaten oder durch die „Ortsschelle“ für die Wählerversammlungen zu werben. Deren Zahl war in Großstädten wie Berlin natürlich um vieles höher als etwa im gesamten Agitationsbezirk Rheinhessen, wo in den letzten zehn Tagen vor der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 insgesamt 81 Versammlungen stattfanden. An nur zwei Tagen im Sommer 1930 hielt die SPD in Berlin eigenen Angaben zufolge 35 Kundgebungen ab, die Gesamtpartei in den acht Wochen des Reichstagswahlkampfes über 34 000 öffentliche Versammlungen⁸⁵².

Zu einer effektiven Versammlungspropaganda gehörte eine gute Rednervermittlung beziehungsweise Verteilung auf die Wahlkreise. Nicht nur der SPD, allen Weimarer Parteien fehlten geschulte Redner, welche die Bedürfnisse ihrer Organisationen hätten abdecken können. Es sei zwecklos, so die Reichsgeschäftsstelle der DDP im Frühjahr 1924, wenn die regionalen Verbände selbst mit prominenten Parteirednern verhandeln würden, weil diese „Wahlkanonen“ von der Zentrale bereits für Rundreisen in den Wahlkreisen verplant seien⁸⁵³. Festzuhalten ist, dass bereits vor 1930 und dem Aufstieg der NSDAP ein Trend von den wenig

reglementierten Diskussionsversammlungen alten Stils mit meist begrenztem, aber politisch gemischtem Publikum hin zu inszenierten und „durchgestylten“ Massenkundgebungen mit mehreren Tausend Besuchern einsetzte. Eine Aussprache, stellten die DNVP-Wahlkampftrichtlinien schon im Sommer 1930 nur noch lapidar fest, sei in Großstädten bei Massenversammlungen „im allgemeinen unzweckmäßig“, weil sie den Eindruck des eigenen Redners verwische⁸⁵⁴. Spätestens Anfang der 1930er-Jahre setzte sich der neue Versammlungsstil, der die Persönlichkeit des Redners und das „bunte“ Rahmenprogramm immer stärker in den Vordergrund stellte, bei allen Parteien durch.

Obwohl die Verbote für Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel nach 1924 nur sukzessive gemildert wurden, spielten sich diese trotz Ausnahmeregelungen noch vorwiegend in geschlossenen Räumen ab. Wurden auf dem Land in der Regel Wirtshäuser bevorzugt, standen den Parteien in den Städten größere, anzumietende Hallen oder dergleichen zur Verfügung. Dem Beispiel der Demokraten, die den Berliner Sportpalast im Herbst 1924 erstmals für eine große Wahlversammlung nutzten, folgten bald die anderen Parteien und hielten dort – meist zum feierlichen Auftakt, Abschluss oder Höhepunkt ihres Wahlkampfes – Massenkundgebungen ab⁸⁵⁵. Beschränkten sich die bürgerlichen Parteien im wesentlichen auf die Versammlungen in geschlossenen Räumen, drängten die Massenmobilisierungsparteien, zumal nach der Lockerung der diesbezüglichen Verbote und sofern es Jahreszeit und Wetter erlaubten, verstärkt auf die „Straße“. Im Frühjahr 1928 veranstaltete die SPD etwa in Kassel vor der Reichstagswahl ein „politisches Feuerwerk“, zu dem die Partei alles an Propaganda aufbot, was sie hatte, nach einem Demonstrationmarsch mit Fackeln sowie einer Filmvorführung noch „Musik- und Massenchöre der Arbeitersänger, Trommler-, Pfeifer- und Bläserchor der Turner, Bewegungschor der Sportler und Sportlerinnen, Fahnenaufmarsch der Arbeiterorganisationen, Sprechchor der Jugend, Ansprache, womöglich übertragen durch Lautsprecher, gemeinsamer Schlussgesang“⁸⁵⁶.

Als Preußen nach 1925 die Demonstrationsverbote lockerte, intensivierte insbesondere die Kommunisten ihre Straßenpropaganda. Schon im Dezemberwahlkampf 1924 hatten sie in einigen Bezirken von Berlin Umzüge veranstaltet, bei denen Transparente und Plakate mitgeführt und Flugblätter sowie Zeitungen an die Passanten verteilt wurden. Für den Präsidentschaftswahlkampf, dessen eigentümliches Zeichen eben

die neuartige Demonstrationspropaganda war, organisierte die KPD im Frühjahr 1925 so genannte „Wahldemonstrationsversammlungen“, das hieß Wahlversammlungen mit anschließendem Demonstrationzug durch die Straßen⁸⁵⁷. Hinsichtlich ihrer Versammlungstechnik wollte sich die KPD ausdrücklich nicht auf die einfache Wahlversammlung beschränken, da an bestimmte Schichten nur mit „lebendigen, auch unterhaltenen Veranstaltungen“ heranzukommen sei, weshalb neben dem – zunächst zögerlichen – Einsatz des neuen Mediums Film vor allem Agitpropgruppen wie die „Blauen Blusen“ zur Auflockerung ihre Stücke spielen⁸⁵⁸. An bekannten Ausflugsorten, an Bahnhöfen, in Warenhäusern und auf öffentlichen Plätzen sollten des Weiteren „fliegende Versammlungen“ improvisiert werden. Möglichst im sofortigen Anschluss an jede Versammlung, so die Richtlinien der KPD im Sommer 1930, solle eine Demonstration erfolgen, die auch von den Betrieben oder den Stempeln aus organisiert werden könne. Ihr Erscheinungsbild müsse durch Musik, Sprechchöre, Transparente und Fahnen belebt werden, damit die KPD das „Gesicht der Straßen und Plätze“ bestimme⁸⁵⁹.

Teil der Wahlversammlungen insbesondere bei den Parteien der Arbeiterbewegung konnten spezielle Agitations-Sprechchöre sein, die zur Anfeuerung der Teilnehmer und zur Auflockerung dienten. Im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 wurde diese als Neuerung bezeichnete Methode auf Anregung des SPD-Vorstandes systematisch mithilfe vorgefertigter Werbe- und Mahnrufe von den Parteibezirken aufgegriffen. Allerdings war die Aufnahme insgesamt zwiespältig, da viele ältere Genossen den Chören ablehnend gegenüberstanden. Ähnliche Zurückhaltung zeigten die Bezirksorganisationen bei den 1928 ebenfalls neu aufgenommenen „Wahlgesprächen“, von denen der Parteivorstand sieben Muster bereit gestellt hatte⁸⁶⁰. Ungeachtet der anfänglichen Vorbehalte verzichtete die SPD aber nicht auf solche relativ einfachen und billigen Propagandamittel, deren Wirksamkeit bei der kommunistischen Konkurrenz gesehen wurde. Entgegen früheren Erfahrungen wirkten sie auch in der improvisierten Form, wenn rasch ein paar Genossen die Texte einübten. Wichtig sei, dass sie weniger „theatralisch“, sondern schlicht und deutlich in genügender Lautstärke, jedoch auch keinesfalls schreiend, gesprochen würden⁸⁶¹. Zum Sprechchor bemerkte das zentrale Wahlagitations-Handbuch der KPD im Mai 1928, dass er insbesondere für die Haus- und Hofagitation wirkungsvoll sei, wenn eine Gruppe durch Trompetensignal die Bewohner ans Fenster bringe und ihnen mittels eines

kurzen Sprechchores die Ziele der Partei näher bringe. Während einer kurzen Rede im Hof (auch mit Schautafeln) könne ein Teil der Kommunisten bereits in den Häusern mit Sammellisten und Wahlmaterial agieren. Noch wirkungsvoller als bei solchen Hofveranstaltungen sei der kurze Massensprechchor bei Demonstrationen, wenn die Parolen im Marschrhythmus gesprochen würden⁸⁶².

In einer politisch dramatischen Epoche wie der Weimarer Republik, zugleich eine Blütezeit des Theaters, lag es nahe, dass auch die Mittel der szenischen Kunst ihren Weg in die Wahlpropaganda fanden. Vor allem die Parteien der Arbeiterbewegung benutzten sie nach sowjetrussischem Vorbild in den Versammlungen. Halb bewundernd, halb angewidert schrieb Emil Dovifat über die Wahlrevuen der kommunistischen Schauspielgruppen, die sich des „ersten, ältesten und wirksamsten Werbemittels“, nämlich der „Tat“ bedienten, um „Rausch, Hass und Verzückung in die Massen“ zu pflanzen⁸⁶³. Die politische Revue oder der kürzere Sketch hatte sich erst nach 1918 zum Wahlwerbemittel der Parteien entwickelt. Aus den sozialdemokratischen Arbeiter-Theatervereinen mit ihrem weitgehend unpolitischen Unterhaltungsprogramm entstanden Anfang der 1920er-Jahre Gruppen, die auch politische Stücke zu spielen begannen. Im Unterschied zu den Arbeiter-Theatervereinen bestanden die Truppen der KPD größtenteils aus Parteimitgliedern. Aufgabe dieser geschulten Agitpropgruppen wie den „Roten Raketen“ oder „Blauen Blusen“ war die Unterstützung aller Kampagnen, Feiern und Demonstrationen der Partei. Bis 1928 kletterte ihre Zahl bei noch wachsender Publikumsnachfrage nach ihren zum Teil recht burlesken Stücken auf über hundert im ganzen Reich. Zwar begrüßte die Führung der KPD die Belebung der Versammlungspropaganda durch die Agitpropgruppen, mahnte aber, dass ein Teil von ihnen „zu sehr Theater und zu wenig Politik“ betreibe⁸⁶⁴. Ihre Werbekraft hatten sie schon in den „politisch-satirischen Abenden“ der KPD unter Beweis gestellt, die im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 wesentlich besser besucht gewesen seien als die sonstigen Wahlversammlungen. Der durch sein politisches Theater bekannte Regisseur Erwin Piscator inszenierte für den Wahlkampf der KPD die zusammen mit Felix Gasbarra verfasste „Revue Roter Rummel“, bunt aneinandergereihte Collagen aus Text, Bild, zeitgeschichtlichen Dokumenten. Sie wurde zum wichtigen Vorbild für die kommunistische Agitprop-Bewegung, die in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre eine große Bedeutung erlangte. Wie die Aufführung einer solchen

aus mehreren Szenen beziehungsweise „Bildern“ bestehenden Wahlrevue aussah, ist der *Roten Fahne* zu entnehmen. Ihrem Bericht zufolge zogen in einem mit Leinwänden für Lichtbilder und Scheinwerferapparaten ausgestatteten Bühnenraum zunächst die Schauspieler als eine Art Zirkustruppe ein, was den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien darstellen sollte, gefolgt von kabarettistischen Einlagen und weiteren von Musik und Gesang umrahmten Revueszenen sowie der obligatorischen Wahlrede eines Genossen. Zum Schluss der Revue, in deren Rahmen mitunter auch schon Stummfilme gezeigt wurden, sei spontan die „Internationale“ gesungen worden⁸⁶⁵. Auch im Frühjahr 1928 kämpfte Piscator wieder für die Kommunisten, indem er Szenen aus Ernst Tollers „Hoppla, wir leben!“ mit Musik inszenierte, ein „originelles Stück kommunistischer Wahlpropaganda“, wie selbst die *Vossische Zeitung* fand, mit Chorvorträgen und einer Schallplattenrede, in welcher der von der Polizei gesuchte Reichstagskandidat Paul Frölich aus seinem Unterschlupf zur Revolution aufrief. Weil viele Ortsgruppen keine eigene Agitationsgruppe unterhalten konnten, gab die Zentrale der KPD im Frühjahr 1928 „praktische Winke“, wie ähnliche Stücke mit geringem Aufwand auch durch Laien vor Ort aufzuführen seien⁸⁶⁶.

In der SPD und der ihr nahestehenden Volksbühnenbewegung lebte seit den 1890er Jahren der Glaube an das Theater als sozial wirksame Kraft gemäß dem Motto: „Die Kunst dem Volke“. Dem Belehrungszweck und dem Ziel der Wissensvermittlung entsprachen die lange Zeit eher konservativen und unpolitischen Inhalte. Dem kommunistischen Beispiel folgend, veranstaltete die SPD erstmals im Frühjahr 1928 eigene politische Wahlrevuen zur Belebung ihrer Versammlungsagitation, die sowohl von einer zentralen Kabarett-Truppe namens „Die Wanderratten“ als auch von Gruppen der Bezirke gespielt und ähnlich erfolgreich wie die Filmabende wurden. Die Uraufführung der Wahlrevue „Wenn Ihr wollt ...“, dem Stück eben der Wanderratten, inszeniert von Max Hochdorf und Erich Kuttner mit der Musik von Claus Clauberg, fand Mitte März im Berliner Lehrervereinshaus statt und veranlasste den *Vorwärts* zu den grundsätzlichen Bemerkungen: „Während unseren Vätern noch die Wahlparolen auf Zeitungspapier und von der Plattform des Versammlungsredners eingehämmert wurden, ziehen wir heute die Künste zur Werbung heran – die Künste, die so sehr viel demokratischer geworden sind und sich ohne alle akademischen Bedenken in den Dienst der Tageskämpfe stellen“. Die nur mit wenig Personal aufgeführte Revue war

dreigeteilt in eine „rote Jahrmarkt“-Szene im Moritatenstil, einem Zwischenspiel, das die Geschichte des deutschen Sozialismus vorführte, und schließlich einer dramatischen Satire über einen sozialdemokratischen Zettelverteiler, welche diese „frisch-fröhliche Wahlrevue“ abrundete⁸⁶⁷.

Als eine sehr zweckmäßige Methode bezeichneten die KPD-Wahlkampftruppenteams im Sommer 1930 das Spiel der Agitproptrupps von Lastwagen herunter auf öffentlichen Plätzen. Diese Art der Aufführung sei ebenso wirkungsvoll wie fahrende Rednertribünen, an denen Parolen und Plakate angebracht werden konnten. Rasch liefen bei solchen improvisierten Versammlungen in den Städten Tausende von Menschen zusammen⁸⁶⁸. Die Agitpropgruppen der KPD spielten vor dem 14. September aber auch in Betriebsversammlungen, bei Erwerbslosenkundgebungen und in Laubenkolonien, ja selbst in gegnerischen Versammlungen. So sollen sie etwa im Sommer 1930 bei einer Zuschauerzahl von etwa 180 000 ziemlich genau 350 Vorstellungen während des Monats vor der Wahl gegeben haben – ein „weitgespanntes Netz von zahlreichen dezentralisierten Kundgebungen“, wie die Führung der KPD lobte⁸⁶⁹. Auf bürgerlicher Seite verhinderte schon die Abneigung gegen die politische Indienstnahme von Kunst das Zustandekommen vergleichbarer Wahlpropaganda. Die angeblich geringe Zahl „nationaler“ Theaterstücke beklagend, bot die DNVP-Parteileitung im Sommer 1930 ihren Organisationen immerhin die Vermittlung von Theatervorträgen zum Wahlkampf an, wobei es sich um einzelne Künstler mit individuellen Programmen handelte. Der Münchener Ernst Schrupp könne etwa Auszüge aus Fichtes Reden an die deutsche Nation in „außerordentlich fesselnder Weise“ darbieten. Sein Honorar betrug pro Abend 75 Mark, wozu allerdings noch die Kosten einer Eisenbahnfahrt dritter Klasse zum jeweiligen Engagement hinzukamen. Billiger wurde der Auftritt bei organisierten Anschlussreisen. Zu den gleichen Konditionen empfahl sich ein ehemaliger königlich württembergischer Hofschauspieler namens Hermann Weinreich mit Rezitationen aus verschiedenen Werken der deutschen Klassik. Außerdem konnte die DNVP auf Walter Illges Theaterstück „Die Laterne“ verweisen, ein konterrevolutionäres Drama aus der französischen Revolutionszeit, das vor allem wegen seiner „außerordentlich wirkungsvollen Parallele zur heutigen Zeit“ besteche⁸⁷⁰.

Zeitungen, Plakate und Flugblätter im Zeichen der Bildpropaganda

In den Großstädten etablierte sich nach 1918 mit den Mittags- und Abendblättern eine neue Art der auflagenstarken und tendenziell unpolitischen Boulevardpresse, während in den Kleinstädten und auf dem Land das meist konservative Lokalblatt des Generalanzeigertypus vorherrschte. Die Konzentration auf dem Gebiet der Presse und die Herausbildung von Großverlagen wie Ullstein und Mosse liefen in den 20er-Jahren parallel zu dem Aufbau einer ausufernden Unterhaltungsindustrie. Durch Materndienste sowie den Pressediensten („Korrespondenzen“), etwa der Hugenbergschen Telegraphen-Union, wurde die Provinzpresse mit Nachrichten „versorgt“ und so meist im konservativen Sinne informiert. Allgemein war eine Expansion, ja stürmischer Aufschwung parteipolitischer Publizistik wie überhaupt der Presse zu beobachten. Mit der Wandlung vom illustrierten Text zur Bildreportage entwickelte sich nach 1918 der Typus der Zeitungssillustrierten „zur ‚typischen‘ Publikationsform der Zeit: Wie der Film, so befriedigte auch die Illustrierte das in diesen Jahren immer stärker zum Durchbruch kommende Bedürfnis nach visueller Erfahrung“⁸⁷¹.

Ein Viertel der Weimarer Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von über vier Millionen konnte als partei- oder interessenpolitisch festgelegt gelten, mithin eine Publizistik, die zwar nicht das Sprachrohr der Parteien war, aber jeweils deren ungefähre politische Richtung repräsentierte (Gesinnungspresse). Hier war der Ort, wo die Parteien zuerst ihre zentralen Wahlaufrufe sowie die programmatischen Reden abdruckten und erläuterten. Überhaupt spielte die Weimarer Presse sowohl durch Berichterstattung als auch durch Kommentierung und Veröffentlichung von Parteienachrichten und Kandidatenlisten, Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sowie – in begrenztem Maße – der Werbung um bestimmte Wählergruppen eine kaum zu unterschätzende Rolle in den Reichstagswahlkämpfen. Überregionale und regionale Tageszeitungen sowie Parteiblätter richteten spätestens nach der Reichstagsauflösung spezielle Rubriken ein, die „Aus der Wahl-schlacht“, „Die Wahlbewegung“ oder „Wahlvorbereitungen“ und dergleichen betitelt waren. Solche Rubrizierung war jedoch irreführend, insofern der Wahlkampf keineswegs auf diese Spalten beschränkt blieb. Vielmehr öffnete die Richtungspresse in Wahlzeiten ihre Seiten den ihnen nahestehenden Parteien und Politikern in einem heute kaum noch

vorstellbaren Maße, wobei es natürlich Abstufungen gab. Während in der konservativen *Kreuzzeitung* etwa das Thema in vornehmer Nichtbeachtung der massendemokratischen Verfassungswirklichkeit erst relativ kurz vor dem Wahltag eine Titelrolle spielte, war das besondere Verhältnis der liberalen Großstadtpresse zur DDP bekanntlich personell bedingt und zog eine enge Zusammenarbeit im Wahlkampf nach sich. An die Redaktionen der *Frankfurter Zeitung* und des *Berliner Tageblatt* verschickte der DDP-Vorsitzende Erkelenz Ende Oktober 1924 identische Schreiben, in denen er sich zuversichtlich zeigte, dass sie auch vor der Reichstagswahl am 7. Dezember wieder „das Bestmögliche für die von uns vertretenen Gedanken“ leisten würden. Da der Wahlkampf noch fast sechs Wochen dauern werde, falle es schwer, ihn auf einer „guten geistigen Höhe“ zu halten. Bereits seit Wochen im Einsatz, hätten viele Parteiführer ihre Kräfte zum Teil schon verausgabt und würden bald nur noch „automatische Sprechmaschinen“ sein. Hier sei Aufgabe der Presse, dem Wahlkampf der DDP neue geistige Kräfte zuzuführen. Damit bis zur Wahl noch eine Steigerung möglich sei, schlug Erkelenz den Redaktionen spezielle Maßnahmen für den „täglichen Kleinkrieg“ vor, angefangen von besonderen Wahlbeilagen nach Vorbild des *Vorwärts* bis hin zur „schweren Artillerie“ der Pressepropaganda, das hieß der ständigen Bearbeitung der wichtigsten politischen Probleme durch Sachkundige im Wahlkampf. Außer mit Gratisexemplaren bei Wahlversammlungen unterstützte die *Vossische Zeitung* die DDP mit Artikeln und Flugblättern, die unter dem Motto „Waffen für den Wahlkampf“ erschienen und anhand von geschichtlichem Material zu seiner Versachlichung beitragen sollten⁸⁷³.

Den Einfluss der gegnerischen Presse übertreibend zu beschwören, gehörte zu den Topoi der Weimarer Parteienpropaganda⁸⁷³. Der Wirkungskreis der Berliner Großstadtblätter, die sich für die DDP einsetzten, war tatsächlich jedoch insbesondere auf dem Land eher gering. Die kleinstädtische Presse, die landwirtschaftlichen Fachblätter und die kirchlichen Sonntagsblätter befanden sich meist in den Händen der Rechtsparteien oder schwerindustrieller und agrarischer Kreise. Alle Ortsgruppen der DDP wurden daher von der Parteizentrale aufgefordert, für die Dauer des Wahlkampfes wenigstens eines der großen Berliner Blätter zu abonnieren. Die „ständige Bearbeitung der eigenen und der neutralen Presse wie die fortgesetzte Beobachtung der gegnerischen Presse“ war eine Hauptaufgabe der demokratischen Ortsvereine, denen mittels be-

sonderer Presseausschüsse eine „intensive persönliche Fühlungnahme“ zu den Redaktionen empfohlen wurde. Wo die Mittel reichten, müssten sie aber auch Inserate und Anzeigen in neutralen Lokalzeitungen schalten. Diese oder gar Beilagen in der Generalanzeigerpresse seien zwar sehr kostspielig, im Verhältnis zur Wirkung „aber billiger als die unregelte Verteilung von Flugblättern und die Veranstaltung von Versammlungen“⁸⁷⁴. Zeitungen bildeten nicht nur in Berlin eine wichtige Stütze für mitgliederschwache Parteien wie die Demokraten. Die Propaganda durch die ihnen nahestehende Presse sei allgemein die „beste Wahlreklame“, berichtete Hermann Dietrich nach dem 4. Mai 1924 aus Baden. Eine äußerst lebhafteste Pressepropaganda habe aber dort die DVP entfaltet, indem sie in allen Zeitungen „bis herunter zum kleinsten Lokalblatt während des ganzen Wahlkampfes fortwährend große Inserate“ schalten ließ. Zu solch kostspieliger Inseraten- beziehungsweise Anzeigenpropaganda habe es dagegen der badischen DDP an den finanziellen Mitteln gefehlt⁸⁷⁵. Dass das Zeitungsinserat als ein teures Mittel der Wahlpropaganda vor allem in der Lokalpresse anzutreffen war, trug dem Umstand Rechnung, dass selbst große Parteien wie die DNVP längst nicht in jeder Stadt über eine eigene oder ihr nahestehende Zeitung verfügten. Praxis war daher, in neutralen oder gar gegnerischen Blättern zu inserieren, womit zugleich neue Wählerkreise angesprochen werden konnten, doch kamen Anzeigen bürgerlicher Parteien in Zeitungen der SPD oder gar der KPD ebensowenig vor wie umgekehrt. Was und wie inseriert werden sollte, war von Partei zu Partei unterschiedlich. Nur Schlagworte zu inserieren wurde anfänglich als wenig erfolgversprechend in den bürgerlichen Parteien angesehen, die vielmehr inhaltsreiche Texte in guter Aufmachung bevorzugten. Bald setzte sich aber bei dieser Kästchenpropaganda in Zeitungen der knapp gehaltene und oft gereimte Wahlslogan durch⁸⁷⁶.

Neben der Tagespresse meldeten sich natürlich auch die parteioffiziellen Mitteilungsblätter im Wahlkampf zu Wort, etwa mit speziellen Sondernummern für die Parteifunktionäre und Agitatoren. Im Sommer 1930 schlug die Hauptgeschäftsstelle der DNVP ihren Wahlkreisverbänden ohne eigene Zeitungen vor, ihnen aus dem zentralen Parteiorgan „besonders wichtiges Kampfmateriale“ zu einer etwa vierseitigen Wahlzeitung unter dem „neutralen Titel: Volk erwache!“ zum Selbstkostenpreis zusammenzustellen. Solch eine „Kampfzeitung“ könnten die Organisationen dann noch, was besonders wichtig sei, mit eigenen Lokalbeilagen

versehen. Im übrigen hatte sich der Verlag der rechtskonservativen Zeitung „Der Tag“ bereit erklärt, während des Wahlkampfes den Parteifunktionären der DNVP Gratisexemplare zu schicken⁸⁷⁷. In der SPD kümmernte sich der *Vorwärts* als zentrales Mitgliederblatt auch während der Wahlzeit um die allgemeine Agitation, wobei der Wert der Presse als „Waffe im Wahlkampf“ von den Sozialdemokraten betont wurde. Seit Mitte Februar 1928 erschien die zweite Tagesausgabe des *Vorwärts* in einer nach Maßgabe „leichterer Großstadtlektüre“ aufgelockerten achtseitigen Spätausgabe unter dem Titel „Der Abend“, die sich durch einen aggressiveren Schlagzeilenstil auszeichnete. Rechtzeitig zum Wahlkampf wurde damit den vielfachen Wünschen an der Parteibasis nach einem „noch volkstümlicheren Inhalt“ des Zentralorgans Rechnung getragen und außer „leichterem Unterhaltungsstoff“ etwa auch ein aktueller Bilderdienst eingerichtet⁸⁷⁸. Während sich der Trend zum verstärkten Einsatz von Bildern im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 allmählich durchsetzte, verteilte die SPD vor dem 20. Mai bereits gezielt neuartige Wahl- oder Wählerzeitungen in Massenaufgaben, da die Schlagworte der Flugblätter allein den Wähler nicht „erziehen“ könnten⁸⁷⁹.

Alle Weimarer Parteien gingen bei ihrer Pressepropaganda dazu über, durch zentrale Wahldienste von Berlin aus die parteinahen und neutralen Zeitungen im Reich fortlaufend mit Mitteilungen und Nachrichten zu versorgen. Im Falle der KPD sollte die Parteipresse dadurch möglichst unabhängig von bürgerlichen Nachrichtenagenturen wie WTB oder der Hugenbergschen Telegraphen-Union gemacht werden. Auch wurden die nur schwach besetzten Lokalredaktionen entlastet und mit Leitartikeln, Kästchenpropaganda oder Informationsmaterial versorgt. Alle Zeitungen der KPD waren vor Wahlen verpflichtet, eine Seite nur für die Mobilisierung und Propaganda zu reservieren. Der Provinzpresse wurden zusätzlich illustrierte Wahlbeilagen bewilligt, wozu die Zentrale in großer Anzahl Klischees und Matern bereitstellte⁸⁸⁰. Während ihr Zeitungsdienst bereits vorher Wahlbeilagen und anderes Material auch an neutrale Blätter verschickte, gab die DDP im Reichstagswahlkampf 1928 erstmals noch eine so genannte Wahlkorrespondenz heraus, die dreimal wöchentlich erschien (im Sommer 1930 dann täglich) und allen interessierten Tageszeitungen gratis zugeht⁸⁸¹.

Auch das Reichsgeneralsekretariat des Zentrums stellte vor dem 14. September 1930 seinen Artikeldienst zum so genannten „Wahldienst“ um, der fast täglich unter einem bestimmten Motto an die neutrale und

eigene Presse verschickt wurde⁸⁸². Darüber hinaus gaben die Parteien eine Vielzahl von zeitungsfähnlichen Drucksachen heraus, unter denen die Wahl- oder Wählerzeitung eine Art Zwitterstellung einnahm, aber spätestens Ende der 20er-Jahre zum festen Bestand der Parteienwerbung gehörte. Als nicht-periodische Pressepropaganda konnten sie sowohl in Form von mehreren gefalteten oder aneinandergehefteten Flugblättern mit gesondertem Kopfteil, als Zeitungsbeilage wie auch in Form einer eigenständigen Publikation erscheinen. Anders als Einzelflugblätter boten die Wahlzeitungen den Vorteil für die Parteien, eine breitere Palette an Themen sowie einen größeren Adressatenkreis anzusprechen. Auffälligster Unterschied zur herkömmlichen Flugblattpropaganda war der hohe Bildanteil dieser mitunter für einen Preis von 10 bis 15 Pfennigen verkauften Blätter. Karikaturen, Witzen, Gedichten, Zeichnungen und Fotobildern konnte mehr Platz gegeben und so dem Bedürfnis des Wählers nach Unterhaltung stärker entsprochen werden. Die zentral hergestellten Wahlzeitungen wurden meist im Maternversand an die Parteiorganisationen verschickt und von diesen oftmals als Beilage der lokalen Parteizeitungen veröffentlicht oder – was aufwändiger war – extra verteilt. Bis 1928 scheint die Herausgabe in erster Linie den regionalen Parteiorganisationen überlassen gewesen zu sein. Ob eine Wahlzeitung erschien oder nicht, richtete sich dabei nach den Finanzen sowie der Stärke der im Wahlkreis bereits vorhandenen Parteipresse. Wo nicht gewährleistet war, dass durch diese eine nennenswerte Zahl „neutraler Wähler“ erreicht werde, entschieden sich auch die bürgerlichen Parteien – aufgrund der hohen Kosten nur schweren Herzens – für eine zusätzliche Wahlzeitung. Die Wahlkampfrichtlinien der DStP stellten dazu im Sommer 1930 Grundsätze auf, die vor allem zeigten, wie das steigende Unterhaltungsbedürfnis des Publikums mit dem Werbe- und Aufklärungsziel der Partei vereinbart werden sollte. Bei den zwischen vier und acht Seiten langen Wahlzeitungen müsse in jedem Fall Langeweile vermieden werden, indem sich Text und Bild abwechselten, wozu die Parteizentrale während des Wahlkampfes einen speziellen Dienst einrichtete, der Bildmatern, Zeichnungen und Karikaturen anbot. Unverzichtbar für jede Wahlzeitung sei Material für den „unpolitischen“ Teil der Wähler, etwa auch Silbenrätsel, deren Auflösung eine Wahlparole der Partei ergeben könne. Zwischen den Texten seien immer wieder Schlagworte, Verse und dergleichen zur Auflockerung zu streuen. Ohne hinsichtlich ihrer Verteilung einheitliche Regeln festzulegen, nahm die Parteizentrale

an, dass „die illustrierte Wahlzeitung selbst bei der extensivsten Verbreitungsart, der Verteilung auf der Straße, wesentlich mehr Aussicht hat, beachtet zu werden, als das einfache Flugblatt“⁸⁸³.

Das Reichsgeneralsekretariat des Zentrums nahm erstmals im Herbst 1924 zur Herstellung von Wahlzeitungen die Hilfe eines privaten Pressebüros in Anspruch, und zwar der Berliner Korrespondenz Krauss, über welche die Manuskripte den lokalen oder regionalen Zeitungen zugeleitet wurden, um als Beilagen zu erscheinen. Unter dem jeweils verschiedenen Layout der Zeitungen litt allerdings die angestrebte einheitliche Erscheinungsform der zentral hergestellten Wählerzeitungen⁸⁸⁴. Besondere Bedeutung erlangte diese Publikationsform in der Wahlpropaganda der KPD, die seit Mitte der 20er-Jahre so genannte Betriebszellen-, Stadtteil- oder Häuserblockzeitungen, aber auch Zeitungen für Erwerbslose oder für die „Sportwähler“ herausgab. Die Zentralagitprop hatte dazu im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 allen Bezirksleitungen eine Broschüre über solche Wahlzeitungen zugeschickt, die durch Einbeziehung lokaler Ereignisse mehr bewirken könnten als die „schönsten Flugblätter“ aus Berlin. Größtenteils im üblichen Zeitungsformat und mit einem Umfang von vier bis sechs Seiten sollten sie durch Zeichnungen, Bilder oder „kernige Gedichte“ aufgelockert werden. Jedoch sei noch ein Großteil in „schlechter technischer Aufmachung (unleserlich, keine Gedichte, Karikaturen, Bilder usw.)“ erschienen, kritisierte die Führung der KPD nach dem 20. Mai 1928⁸⁸⁵. Emil Dovifat machte dennoch nicht zuletzt diese „niedere Publizistik“, deren Reiz gerade in dem Bezug auf das Alltägliche liege, für die Wahlerfolge der Kommunisten verantwortlich. Sie könnten zwar nicht mit der großen Presse konkurrieren, seien aber „so vielfältig in Form und Zahl und so persönlich gehalten, dass sie von Hand zu Hand laufen, wie das gut geprägte Schlagwort von Mund zu Mund läuft“⁸⁸⁶.

Als erste Weimarer Partei arbeitete die SPD im Frühjahr 1928 flächendeckend mit dem vergleichsweise teuren Propagandamittel zentral hergestellter und reichsweit einheitlicher Wahlzeitungen, die in Massenaufgabe gratis an die Haushalte verteilt wurden. In einer Gesamtauflagenhöhe von 24,2 Millionen Stück hätten sie, so der Wahlkampfbericht des Parteivorstandes, sehr gute Aufnahme gefunden, weil sie dem Wähler in abwechslungsreicher Form von Artikeln, Notizen, Darstellungen und Bildern die Parteiziele näher brächten⁸⁸⁷. Im Sommer 1930 agitierte die SPD wiederum auf Kosten der gewohnten Flugblattpropaganda ver-

stärkt mit solchen „Blättern zur Reichstagswahl“, die bei relativ geringem Aufwand jetzt auch von den Bezirken selbst herzustellen waren. Mit eigenem Kopfteil ausgestattet, bestanden sie meist aus mehreren Flugblättern, die auf größeren Papierbögen hintereinander nachgedruckt wurden. Die neue Werbeabteilung beim SPD-Parteivorstand stellte der Parteipresse und den Bezirksleitungen seit Anfang 1930 des weiteren zielgruppenspezifische Zeitungen wie die „Erwerbslosen-Tribüne“ oder die „Landstimme“ zur Verfügung, vorzugsweise im Maternversand, so dass vor Ort die gewünschte Anzahl produziert werden konnte. Obwohl die zweiseitige Flugblattzeitung „Anti-Faschist“, die sich – mit zum Teil recht groben Mitteln – nur der Agitation gegen die NSDAP widmete, im Wahlkampf gute Dienste geleistet habe, wurde sie nach dem 14. September durch die monatliche und vierseitige Zeitung „Unser Weg“ abgelöst, mit der die Verbindung zwischen Wähler und Partei auch in ruhigen Zeiten aufrechterhalten werden sollte⁸⁸⁸.

Als **Flugschriften** firmierten in der Weimarer Parteienwerbung überwiegend Druckschriften längeren Umfangs, die in der Art von Broschüren geheftet waren und periodisch erschienen, oftmals in speziellen Publikationsreihen, am bekanntesten wohl die von der Schriftenvertriebsstelle herausgegebenen „Deutschnationalen Flugschriften“. Weil sie sich kaum zur größeren Verbreitung eigneten, waren sie für die Massenagitation auch wegen der meist diskursiven Inhalte nur begrenzt brauchbar, sondern dienten in erster Linie zur Information der Redner und Agitatoren. Ihre Bedeutung für die eigentliche Wahlpropaganda sank stetig, sodass von einem Niedergang der Broschüren- und Flugschriftenliteratur in den 20er-Jahren gesprochen wurde. Dem Wahlkampfbericht der DNVP nach dem 20. Mai 1928 war ein bemerkenswerter Absatzzrückgang der Flugschriften gegenüber dem Herbst 1924 zu entnehmen. Wurden damals noch 670 000 Stück von 28 verschiedenen Flugschriften im Wahlkampf verteilt, so waren es vier Jahre später nur noch 446 000 von 26 Flugschriften⁸⁸⁹. Für die Wahlen im Sommer 1930 verzeichnete der Bericht der SPD-Werbeabteilung inklusive der Wahlnummern der Parteikorrespondenz sieben verschiedene Referentenmaterialien beziehungsweise Broschüren in einer Gesamtauflage von knapp 105 000 Stück, womit sie eindeutig ein Schattendasein in der Wahlwerbung zwischen Zeitungen einerseits und Flugblättern andererseits fristeten⁸⁹⁰. Allerdings meldeten sich jetzt Sozialdemokraten wie der Journalist Paul Kampffmeyer zu Wort, die nach dem Erfolg der NSDAP im

September 1930 die „Erziehung der Massen“ gerade durch den Rückgriff auf die zuletzt so vernachlässigte „klassische Broschürenliteratur“ verstärken wollten. Weil zu den Wahlen „ein oft noch politisch unerzogenes junges Volk“ gerufen werde, gab Kampffmeyer zu bedenken, dass „die Herzen und Köpfe der Wähler nicht durch einige Wahlflugblätter, Wahldemonstrationen und Wahlfilme vor dem Wahlakt“ erobert würden⁸⁹¹.

Als Ergänzung zu den Handbüchern ihrer Reichstagsfraktionen gaben die Weimarer Parteien noch besondere Wahlbücher heraus, in denen schwerpunktartig ausgewählte politische Fragen auf mitunter hundert von Seiten behandelt wurden. Weil sie in erster Linie als Nachschlagwerke und Referentenmaterial den Wahlrednern zu allen erdenklichen Fragen die Stichworte liefern sollten, waren sie so umfassend wie möglich angelegt. Im eigentlichen Wahlkampf selbst konnten sie aufgrund mangelnder Tagesaktualität und wegen der notwendigen längeren Vorbereitungszeit sowie des voluminösen Umfanges nur begrenzt wirksam sein. Selbst aber die antiparlamentarischen Parteien verzichteten nicht auf sie. Im Vorwort des Wahlhandbuches der KPD vom Juli 1930 hieß es, dass dies „eine gute Waffe sowohl im kommenden Wahlkampf wie aber auch eine Fundgrube von Argumenten gegen unsere Gegner in der täglichen Kleinarbeit nach der Wahl“ sein werde⁸⁹². An die Stelle des vom Parteivorstand herausgegebenen „Handbuches für sozialdemokratische Wähler“ traten bei der SPD nach den Wahlen von 1924 die umfangreichen „Jahrbücher“⁸⁹³.

Zur Reichstagswahl im Mai 1928 gab die Schriftenvertriebsstelle der DNVP ein über tausend Seiten starkes „Führer-ABC“ heraus, eine Art Ratgeber für Parteiaktivisten, in dem wichtige Stichworte der deutschen nationalen Wahlagitation erläutert wurden, von der „Judenfrage“ bis zur Revolution und Sozialdemokratie. Die Aufnahme durch die Partei sei sehr günstig gewesen, berichtete Hauptgeschäftsführer Weiß, ungeachtet der redaktionellen Probleme wie auch grundsätzlicher Bedenken betreffs der Nützlichkeit eines solch monumentalen Wörterbuches. Von den insgesamt 2400 gedruckten Exemplaren konnten 1917 zum Preis von zwanzig Mark abgesetzt werden⁸⁹⁴. Besonderen Stellenwert besaßen die Wahlhandbücher beim ohnehin stärker auf publizistische beziehungsweise schriftliche Propagandamittel fixierten Zentrum. Vor der Wahl am 4. Mai 1924 erschien im Verlag der *Germania* ein von Georg Schreiber verfaßtes Handbuch über die „Grundfragen der Zentrums politik“, das

sich in sozialpädagogischer Form von Frage und Antwort auf das „Wesentliche“ der praktischen Parlamentsarbeit seit 1920 beschränke. Dem Reichsparteitag am 27./28. Oktober 1924 lag das wiederum von Schreiber in Verbindung mit Mitgliedern der Fraktion redigierte Wahlhandbuch unter dem Titel „Zentrum und deutsche Politik“ vor. In Anknüpfung an die seit 1925 von ihm herausgegebenen „Politischen Jahrbücher“ veröffentlichte Schreiber im August 1930 auch das Handbuch „Zentrum und Reichspolitik“, das auf 240 Seiten in „kurzer, knapper Darstellung“, so die Anzeige, auf die „Lebensfragen des deutschen Volkes“ eingehe und für den Reichstagswahlkampf „ganz unentbehrlich“ sei⁸⁹⁵.

Obwohl schon vor 1914 meist kleinformatige Plakatzettel zu Wahlzwecken angeschlagen wurden, gewann das **politische Plakat** in Deutschland erst in den Tagen des Ersten Weltkrieges, der Kriegsanleihen und der Revolution an Bedeutung. Für die Weimarer Zeit können großformatige Plakatanschläge, deren Gestaltung die Bildelemente bewusst in den Vordergrund stellte und vor allem auf visuelle Wirkung zielte, als ein noch relativ junges Medium in der Wahlpropaganda der Parteien gelten. Wenn diese auch bis Mitte der 1920er-Jahre das billiger und einfacher herzustellende Flugblatt dem Plakat vorzogen sowie dem Bild überhaupt traditionellerweise nur eine rein illustrierende Funktion zumaßen, erschien das Plakat einigen Zeitgenossen jedoch bereits 1919/20 als das „kräftigste Werbemittel“ der Parteien zur „Einwirkung auf eine große, unterschiedslose Masse“⁸⁹⁶. Warum es so hoch geschätzt werde, darauf gab es eine einfache Antwort: „Das bunt bemalte Papier ist geduldig, viel geduldiger, als etwa eine Wählerversammlung, in der man Rede und Antwort stehen und sich möglicherweise auch mit Gegnern auseinandersetzen muss. Im Plakat kann man auch Dinge andeuten, die, wenn sie mit Worten umschrieben würden, eine allgemeine Heiterkeit auslösen und das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen würden“⁸⁹⁷.

Ein zeitgenössischer Überblick über die im Herbst 1924 verwendete Plakatpropaganda stellte fest, dass die Wahlplakate noch weitgehend beliebig in Form und Ausdruck seien, aber schon während der Revolutionsmonate 1918/19 die Straßen „überwuchert“, weil die Parteien keine Häuserfront oder leerstehende Wand unbesetzt gelassen hätten. Mittlerweile sei aber diese „wilde Kleberei“ eingedämmt worden und auch in der Plakatpropaganda wieder weitgehend „deutsche Ordnung“ eingekehrt, da selbst das sich „noch so wild gebärdende Parteiplakat“ jetzt an dem behördlich genehmigten Ort – vorzugsweise der Litfasssäule –

hänge. Wie im Frühjahr dominiere bei den Wahlplakaten im Herbst 1924 der Typus des „knappen Bildplakates mit nur wenigen Schlagworten als Text“, da die Parteien nach 1918 von dem „wortreichen Aufruf“ als Plakatanschlag abgekommen seien. Vielmehr hätten sie die Bedingungen dieser „Zweckkunst“ erkannt. Historisierende oder gar „literarische“ Plakate seien nicht nur langweilig, sondern auch künstlerisch meist die schlechteren. Als wichtigste Veränderung gegenüber früher wurde der Versuch der Parteien gedeutet, in den Plakaten einprägsame Werbesymbole einzusetzen. Standen in der Inflationswahl vom Mai 1924 thematisch noch Ordnung und Rettung aus der Not an erster Stelle, so zeigten die Wahlplakate vor dem 7. Dezember 1924 wieder verstärkt politische Ideen. Gerade aber für solche „Ideenplakate“ sei wichtig, im Stil und Inhalt nicht bloß restaurativ zu sein – wie etwa die Plakate der Deutschnationalen, auf denen der friderizianische Grenadier-Trommler das alte Preußentum symbolisiere –, sondern „immer wieder einen Schritt vorwärts“ zu tun⁸⁹⁸.

In der Weimar-Forschung wird politischen Plakaten nicht zuletzt deshalb mehr Aufmerksamkeit als verwandten Massenmedien wie etwa Flugblättern geschenkt, weil in ihnen die „folgeschweren Mentalitätsunterschiede zwischen den Lagern der Weimarer Republik“ ablesbar seien, so der Historiker Manfred Hagen. Während die Plakate der prorepublikanischen Parteien in ihrer überwiegend „nüchtern-sachbezogenen, oft fast vornehm zu nennenden Machart“ mehr dem Text als der Bildwirkung vertrauten, signalisierten die „derb agitatorischen und oft genug buchstäblich ‚zuschlagenden‘“ Plakate der radikalen Parteien in mitunter identischer Plakatsprache eindringlich ihre Kampfbereitschaft gegen das „System“⁸⁹⁹. Folgt man Gerhard Paul, vermitteln erst die metaphorreichen Wahlplakate der NSDAP deren eigentliches Programm. Bilder und Illustrationen dienten der Hitlerpartei als unerlässliche Hilfsmittel, um ihren politischen Zielvorstellungen Nachdruck zu verleihen und ihnen die „Durchsetzungskraft zu geben, die sie verbal allein nicht besaßen“⁹⁰⁰.

Entsprechend der hohen Wertschätzung des Mediums entwickelte sich nach 1918 eine regelrechte Plakatkunst, deren Produkte nicht zuletzt in den Reichstagswahlkämpfen für Jedermann zu bewundern waren. Das aus heutiger Sicht typische Weimarer Wahlplakat formte sich allerdings erst in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre, als das Bild zur eigentlichen Aussage der jetzt auch mit verbesserter Technik angefertigten Plakate

wurde. Nach 1924 gingen die Parteien verstärkt dazu über, zentral hergestellte und reichsweit einheitlich angeschlagene Plakate als eines ihrer Hauptwerbemittel in Wahlkämpfen zu benutzen. Höhepunkt eines sich zuspitzenden „Plakatkrieges“ waren die Reichswahlkämpfe 1932, die noch einmal das gesamte Symbol- und Bilderrepertoire der Weimarer Parteien zum Vorschein brachten⁹⁰¹. Nach den extrem intensiven Auseinandersetzungen wurden jedoch gewisse Ermüdungstendenzen spürbar und Stimmen laut, die angesichts solcher Überspannung auf die Grenzen der Wirksamkeit des Plakates hinwiesen. Anlässlich einer von der Berliner Hochschule für Politik veranstalteten Ausstellung über Wahlplakate schrieb die *Frankfurter Zeitung* im Juli 1932, dass es in den letzten Wahlkämpfen keine „guten“ Plakate mehr gegeben habe, im Gegensatz zu früheren Wahlen, obwohl diese „an Prozentsatz der Wahlbeteiligung, materiellem Aufwand und leidenschaftlicher Anteilnahme“ weit schwächer gewesen seien. Seine Kritik verband das liberale Blatt mit grundsätzlichen Bemerkungen über das Wesen des Wahlplakates, das die „werbend herausgestellte Meinung einer Partei“ sei und dessen Inhalte durch einen „kurzen, auf das Schlagwort gestellten Text vertreten und durch das Bild konkretisierend verstärkt“ würden. Ein Plakat sei gelungen, wenn das Zusammenwirken von Text und Bild beim Betrachter das „blitzartige Herstellen einer richtigen Assoziation“ bewirke. Als Symptom des Bedeutungsverlustes und der schwachen Symbolkraft der Plakatpropaganda sah die *Frankfurter Zeitung* den Rückgang des Bildplakates zugunsten von Textplakaten an. Plakattechnisch sei die Vernachlässigung der Fotomontage zu beklagen, obwohl sie die einzige Möglichkeit „zeitgemäßer Propaganda“, an deren Stelle jetzt „klägliche Malerei“ trete⁹⁰².

Die Plakate zur Reichstagswahl im Sommer 1932 hätten wieder mehr Kraft im bildlichen Ausdruck gezeigt. Je klarer die Fronten, desto stärker werde politische Propaganda, wobei das Textplakat weiter an Bedeutung gewonnen habe: „Ganze Parteiprogramme waren da zu studieren (und wurden studiert), und vom Plakat blieb gerade nur noch das bunte Papier“. Neben anderen Umstellungen in ihrer Wahlpropaganda verzichtete die SPD im Sommer 1932 ganz auf die Herstellung von Bildplakaten zugunsten des Symbolplakats mit den drei Pfeilen der Eisernen Front sowie einem thematischen Textplakat für jede der letzten vier Wahlkampfwochen. Nur der KPD sei diesmal jener „Kurzschluss zwischen Bild und Wort, Auge und Gehirn“ gelungen, der das Wesen eines schlagkräftigen Plakats ausmache. Insgesamt überrasche die geringe Rolle der

Plakate im Wahlkampf vom Sommer 1932, der vielmehr als ein „Kampf der Symbole“ in die Geschichte eingehen werde⁹⁰³.

Obwohl bei den Linksparteien traditionell ein größeres Reservoir an künstlerisch befähigten Mitarbeitern vorhanden war, blieb ihre gedruckte Propaganda bis 1924 ebenfalls noch vom meist ungebildetem Flugblatt dominiert. Erst relativ spät rezipierte etwa die KPD die fortschrittliche sowjetische Plakatkunst, wobei das 1926/27 beim ZK eingerichtete graphische Atelier für Agitation und Propaganda sowie die 1924 gegründete „Rote Gruppe“ um John Heartfield und George Grosz politische Plakate entwarfen, deren künstlerische Gestaltung ihresgleichen in der Weimar Republik suchte⁹⁰⁴. Um den zur reichsweiten Verbreitung gedachten Plakaten einen möglichst unverwechselbaren und künstlerischen Stil zu geben, bereiteten alle Parteien ihre Herstellung besonders sorgfältig vor. Auf der Sitzung des Organisationsausschusses der DDP im März 1928 stand die Besprechung des Hauptwahlplakates auf der Tagesordnung. Die Demokraten entschieden sich schließlich für den Plakatentwurf, auf dem der Held die als „Gewürm“ dargestellten Gegner mit einem Schild von der Landkarte des Reiches schob. Jedoch sollte die Zahl der Würmer verringert und durch Embleme der gegnerischen Parteien wie „Stahlhelm, rote Ballonmütze mit dem Sowjetstern, Agrarmützchen usw.“ ersetzt werden. Nachdem eine Woche später festgelegt worden war, diese Symbole optisch noch zu vergrößern und auf der Landkarte Ostpreußen durch eine Klammer mit dem übrigen Reich zu verbinden, einigte man sich endlich auf den Titel des Plakates: „Säubert das Reich“⁹⁰⁵.

Nicht zuletzt auch die für ihre aggressive Bildpropaganda berüchtigte DNVP gab sich im Frühjahr 1928 mehr Mühe bei den zentralen Wahlplakaten als je zuvor. Während es in früheren Wahlkämpfen im Höchstfalle dreißig gewesen seien, lagen der Schriftenvertriebsstelle diesmal über hundert Plakatentwürfe vor. Noch niemals seien auch soviel Künstler zur Mitarbeit herangezogen worden, die freilich in der Mehrzahl politisch nicht geschult seien und denen deshalb die „Idee“ des Plakats erst erklärt werden musste⁹⁰⁶.

Große Bedeutung bei der Plakatpropaganda maßen die Weimarer Parteien der Frage des Anschlagortes zu. Als für die Plakate besonders geeignete Plätze empfahl die DNVP ihren Klebetrupps im Sommer 1920 alle öffentlichen und von vielen Menschen frequentierte Orte wie Bahnhöfe, Gastwirtschaften, Ämter, Banken oder eben Plakatsäulen. Auf dem Lande eigneten sich besonders die Häuser der Gemeindevorsteher oder

die in deren Nähe liegenden Gebäude, aber auch Telefonstangen, Scheunentore oder Landstraßenbäume. Da es sich dabei um mehr oder weniger „wilde“ Anschläge handelte, sollte regelmäßig kontrolliert werden, ob die Plakate noch hingen, wobei die „Patrouillen“ gleich Ersatzplakate kleben könnten. Letzte Plakatzettel seien „am zweckmäßigsten erst in der Nacht vor dem Wahltage überall an geeigneter Stelle“ zu kleben, insbesondere auf den „Anmarschwegen der Wählermassen“⁹⁰⁷. Das Überkleben oder Abreißen gegnerischer Plakate gehörte gerade in den Anfangsjahren der Republik zum Wahlkampfalltag. Durch strengere Vorschriften versuchten die Behörden, den Plakatanschlag der Parteien in geordnete Bahnen zu lenken, weshalb sie im Frühjahr 1924 das „wilde“ Ankleben ausdrücklich untersagten. Geklebt werden durfte nun nur noch an den Litfaßsäulen oder anderen „eigens dazu vorhandenen“ Orten von „eigens dazu befugten“ Personen, wie es in den Erlassen hieß. Erwartungsgemäß kümmerten sich zumal die Radikalen jedoch nur wenig um das Verbot und stellten in den Städten so genannte Klebetrupps zusammen, die vorzugsweise nachts ihre Plakate weiter an allen möglichen Orten und Stellen anschlugen. Das Agitationshandbuch der KPD beschäftigte sich vor dem 4. Mai 1924 mit dieser Arbeit, die nicht nur oft zu Konflikten mit der Polizei führe oder die Kleidung mit Kleister beschmutze, sondern auch die Sympathie von Kleingewerbetreibenden und Hausbesitzern koste, wenn deren Häuser oder Läden beklebt würden: „Aber – wer vermöchte die agitatorische Wirkung bestreiten, die ein schönes Bildplakat oben an der Hauswand oder eine im schönsten Rot leuchtende Parole auf Hunderte, ja oft Tausende von Vorübergehenden ausübt?“⁹⁰⁸

So war vor den Wahlen im Mai 1924 eine bis dahin unbekannte Vielzahl von Plakaten zu bestaunen. Die bürgerliche Presse berichtete teils amüsiert, teils entrüstet über den „nächtlichen Wahlspek“, den die radikalen „Jünger mit Kleistertopf und Pinsel“ veranstalteten. Auch der *Vorwärts* beobachtete nachts „seltsame Szenen“, da mit Pinsel, Plakaten, Leitern und Kleistertopf bewaffnete Gestalten in den Straßen herumschlichen. Nicht nur die Polizei machte „Jagd auf die Plakate“, sondern auch die Parteien selbst, die etwa frisch geklebte Plakate der Gegner in „verkehrsarmen Zeiten“ nachts oder morgens wieder abrissen oder ihre Aussage durch kleine Manipulationen etwa mit Papierstreifen zu verfälschen versuchten⁹⁰⁹. Weil sich die Beschwerden aus den Ortsgruppen im Frühjahr 1924 häuften, rief die SPD schließlich zur Gegenwehr auf. Zumal der offizielle Anschlag von SPD-Plakaten auf dem Land noch von seiten der

monarchistisch gestimmten Amtspersonen boykottiert werden konnte, dürfe „kein Laternenpfahl, kein Leitungsmast, kein Zaun, keine Ecke, keine passende Stelle“ unbesetzt bleiben⁹¹⁰.

Wahlplakate sorgten immer wieder für Streit zwischen den Parteien und waren notorischer Gegenstand von Verboten und Beschlagnahmungen durch die Behörden⁹¹¹. Nicht zuletzt deshalb legte der Polizeipräsident von Magdeburg in einer nach einem Runderlaß des preußischen Innenministeriums im März 1928 angefertigten Broschüre dar, wie die Polizei Versammlungen, Druckschriften sowie Plakate während der Wahlzeiten zu behandeln habe. Maxime müsse sein, heißt es darin, dass ein „vorbeugendes polizeiliches Einschreiten im Hinblick auf den geistigen Inhalt des Plakates“ unterbleibe. Der Gesetzgeber habe schließlich durch Aufhebung des alten preußischen Pressegesetzes das Plakatwesen „möglichst frei von polizeilicher Beschränkung“ halten wollen. Jedes kleinliche, nicht durch zwingende polizeiliche Erwägungen gebotene Einschreiten habe daher zu unterbleiben⁹¹².

In welcher Größenordnung sich die Plakatpropaganda der Weimarer Parteien bewegte und welchen Aufschwung das Medium nahm, illustrieren folgende Ziffern: Vor dem 4. Mai 1924 verschickte der SPD-Parteivorstand von seinen zwölf Wahlplakaten insgesamt 600 000 Stück unentgeltlich an die Bezirke, vor dem 7. Dezember nur noch acht Muster in leicht höherer Gesamtauflage von 700 000 Stück⁹¹³. Zwar konnten die Auflagen der Plakate auch vor dem 20. Mai 1928 naturgemäß nicht mit denen der Flugblattwerbung konkurrieren. Immerhin klebte die SPD jetzt aber bereits fast 2,4 Millionen Plakate, die zu zwei Dritteln vom Vorstand aus Berlin stammten. Hinzugezählt werden können noch 1,6 Millionen Plakate in Postkartengröße, die als Wurf- und Schleppzettel Verwendung fanden⁹¹⁴. Zum Vergleich: Von ihren zehn Wahlplakaten setzte die DNVP vor dem 20. Mai 1928 insgesamt 280 000 Stück ab⁹¹⁵. Bei deutlich gestiegenen Gesamtausgaben für den Wahlkampf baute die SPD hingegen zwei Jahre später im Sommer 1930 ihre plakative Propaganda weiter aus. So lieferte die zentrale Werbeabteilung von insgesamt neun Wahlplakaten über drei Millionen Stück in fünf verschiedenen Größen an die Parteibezirke und gab dafür insgesamt 245 000 Mark aus. Meist aufgelegtes Einzelplakat war der Titel „Liste 1“ mit über 1,3 Millionen Stück in vier verschiedenen Größen. Von den kleinen Klebezetteln erschienen vor dem 14. September zusätzliche 4,5 Millionen Stück⁹¹⁶. Plakate und ihre Bildmotive wurden von allen Weimarer Parteien in ver-

kleinerer Form sowohl als Postkarten wie eben auch als Klebezettel verwendet. Erstmals tauchten diese billig herzustellenden Zettel in Etikettengröße im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1920 auf. Sie eigneten sich nicht nur zum Überkleben der gegnerischen Plakate, sondern waren selbst eine Art „Mini-Plakat“, meist im ungefähren DIN-A7-Format, während ein normales Wahlplakat in der Regel die Ausmaße von 71 x 95 cm besaß. Noch kleiner waren so genannte Briefverschlussmarken, gummiert und farbig, mit Aufschriften in Parolenform, wie sie die DNVP während der Inflationsjahre nicht nur für Briefe und Drucksachen empfahl, sondern etwa auch „zum Ausbessern zerrissener Geldscheine“⁹¹⁷.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts avancierte das **Flugblatt** zu einem massenhaft eingesetzten Mittel der Parteipropaganda, deren Adressat mit Ausbau der politischen Partizipation nach und nach die Gesamtheit der Bevölkerung, mit anderen Worten „Alle“ wurden. Durch die Erfindung neuer drucktechnischer Methoden veränderte sich auch die äußere Form der Flugblätter – bestimmt vor allem von Fett- und Farbdruck sowie Balkenüberschriften – und wurde ihre Herstellung durch neue Reproduktionsmethoden billiger. Das Wahlflugblatt selbst erlebte seinen Aufschwung in Deutschland nach 1890, als insbesondere die Sozialdemokratie ihre erfolgreichen Reichstagswahlkämpfe dank massenhaft verteilter Flugblätter bestritt. Ihre Wertschätzung als Propagandamittel auch von seiten der bürgerlichen Parteien sollte im und nach dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreichen⁹¹⁸.

Aus Sicht eines Weimarer Zeitgenossen war das Flugblatt in der Zeit der allgemeinen Lesekenntnis an die Stelle der mittelalterlichen „Wanderprediger und fahrenden Spielleute, der Herolde und Ausrufer“ getreten und stehe der Form nach zwischen Versammlungsrede und Zeitung. Wie diese besitze es einen aktuellen Charakter, wende sich aber in der Regel nicht an ein bestimmtes Publikum, sondern ziele auf die Erfassung aller Volksschichten: „Deshalb klopft in ihnen, von den ‚fliegenden Blättern‘ aus der Kindheit des Buchdruckes an, seit jenen Einblattdrucken, die die Reformation vorbereiteten, stets der Pulsschlag des politischen Lebens am heißesten und heftigsten, haben sie auf die Massen den stärksten Einfluss ausgeübt und bewahren uns das getreueste Spiegelbild stürmisch bewegter Zeiten“⁹¹⁹.

Flugblätter bildeten in den ersten Reichstagswahlkämpfen der Weimarer Republik das auffälligste, überall anzutreffende Propagandamittel

tel der Parteien, sodass sich überspitzt sagen lässt: Wahlkampf war, wenn Flugblätter verteilt wurden. Relativ leicht herzustellen, unterlagen sie je nach politischem Lager der gleichen Wert- oder Geringschätzung wie dieser selbst. Das Flugblatt sei eines der „wichtigsten Mittel der politischen Propaganda“, bemerkte unmittelbar nach dem Wahlkampf zur Nationalversammlung im Januar 1919 etwa Paul Landau, Leiter eines USPD-nahen „Werbedienstes“. Zu kritisieren sei aber die „papierne Offensive“ der staatlichen und militärischen Stellen während des Krieges gewesen, als sich eine „ungeheure Flut von Flugblättern und Broschüren“ über das Deutsche Reich und seine Bevölkerung ergossen habe. Die damals in Bewegung gesetzte amtliche „Beeinflussungsmaschine“ habe jedoch keinerlei Verständnis für den „Massengeist“ gezeigt. Vielmehr bewegten sich die Kriegsflugblätter „auf dem tiefsten intellektuellen und künstlerischen Niveau“, weil die Verfasser, meist Professoren und Offiziere, der Ansicht gewesen seien, so „zum Volke herunterzusteigen“. Um aus dem Versagen der deutschen Kriegspropaganda zu lernen, plädierte Landau Anfang 1919 für sorgfältig gestaltete Flugblätter, in denen durchaus intellektuelle Anforderungen an das so oft zu Unrecht geschmähte „Verständnis der Vielen“ gestellt werden könnten⁹²⁰.

Bereits 1911 hatte Rosa Luxemburg die Flugblätter als die „Pioniere, die uns den Weg in noch nicht gewonnene Kreise bahnen müssen“, bezeichnet. Auch um die eigene Anhängerschaft zu festigen, seien sie eine „außerordentlich wichtige Waffe“. Zwar weniger anregend als öffentliche Versammlungen, dafür aber „viel nachhaltiger in ihrer Wirkung“, könnten Flugblätter die „breitesten Massen“ aufrütteln und im Parteisinne beeinflussen, wenn sie „kurz und populär“ geschrieben seien und doch die wichtigsten Ziele der Partei mitteilten⁹²¹. Eine davon abweichende Vorstellung über die Gestalt und Aufgabe eines Flugblattes herrschte vor 1914 in regierungsnahen bürgerlichen Kreisen: „Gebildete Wähler werden durch Flugblätter und Schriften, die während der Wahlbewegung erscheinen, überhaupt kaum umgestimmt“, hieß es dort. Bei ihrer Abfassung sei also nur auf die breite Masse zu rechnen, ohne deshalb in einen allzu „kindlichen Ton“ zu fallen: „Keine Zahlen und koloniale Zukunftsmusik, sondern konkrete, anschauliche Erzählung, je blutiger, desto besser, denn das melodramatische Bedürfnis der Massen verlangt immer nach Kolportageliteratur.“⁹²².

Das politische Flugblatt gehörte schon vor 1918 zum Propagandarepertoire der deutschen Parteien und zählte somit in der Weimarer Re-

publik bereits zu den „alten“ Werbemitteln. In Sprachduktus und Argumentationsstil kam es der so genannten Mundpropaganda am nächsten. Seine „prompte Sprache“ entsprach aber auch dem „neusachlichen“ Zeitgeist der 1920er-Jahre, der eher „unscheinbare“ publizistische Mittel wie Broschüren, Plakate und eben Flugblätter gegenüber dem Buch als schlagkräftiger erachtete. In der Regel von den Parteizentralen zum Stück- beziehungsweise Herstellungspreis (von etwa einer bis zwei Mark pro 100 Stück) verkauft oder in Matern an die Organisationen verschickt, folgten auch die bürgerlichen Parteien nach 1918 dem Beispiel der SPD und verbreiteten anlässlich von Wahlen ihre Flugblätter in Millionenauflagen⁹²³. Andererseits wurden die Begleiterscheinungen dieser neuen publizistischen Massenpropaganda in weiten Teilen der Öffentlichkeit weiterhin als negativ registriert. Sowohl die pure „Papierflut“ als auch die Flugblattagitiation der Parteien stieß insbesondere im Bürgertum auf Ablehnung. Gewissermaßen drückte sich darin die Distanz zu den „Auswüchsen“ der Parteiendemokratie aus, mit denen das Flugblatt wie kein zweites Werbemittel gleichgesetzt wurde. Noch Siegfried Neumann schreibt im Ton der Abscheu über die „flachen und vergrößernden Schlagworte der politischen Pamphletliteratur“. Zugleich hätten die Parteiprogramme zugunsten dieser Tagespublizistik als ein „Sprachrohr konstanter Beeinflussung der Anhängerschaft“ an Bedeutung verloren⁹²⁴.

Bemerkenswert war die Herausbildung neuer Formen in der Flugblattpropaganda nach 1918. Die Weimarer Parteien fassten darunter in der Regel ihre gesamte „kleine“ Schrift- und Textwerbung, also nicht nur die Flugblätter, sondern auch Wahlzeitungen und Textplakate, Handzettel oder Pressepropaganda durch Inserate und Kästchen-Anzeigen⁹²⁵. Die graphische Gestaltung der Flugblätter konnte erheblich verfeinert und vor allem durch die Hinzunahme von Bildern in den Text „bunter“ werden. Politische Triebfeder dieser neuen Formenvielfalt war der Versuch der Parteien, sich an die speziellen Bedürfnisse breiterer Wählergruppen anzupassen. Die am häufigsten anzutreffende Form von Flugblättern in den Reichstagswahlkämpfen der Weimarer Republik, das, wenn man so will, „typische“ Wahlflugblatt, blieb ein meist beidseitig bedruckte und zunächst nur wenig bebilderte Einzelblatt im ungefähren DIN-A4-Format. Noch in den Reichstagswahlkämpfen von 1924 überwogen die kaum illustrierten und meist einfarbigen Flugblätter, wie sie aus dem Kaiserreich überliefert waren, die „alten, schlechterproben und eng bedruckten langen Zettel aus grauem porösem Papier“, deren Frakturschrift zwar

einen amüsanten Eindruck biete, aber keinerlei optische Reize. Wenn auch in Millionenmengen verteilt, hätten viele Wähler sie deshalb bald wieder „flattern“ lassen⁹²⁶.

Erst im Frühjahr 1928 erfuhren die Druckschriften etwa der SPD laut dem Bericht des Parteivorstandes eine „wesentliche Veränderung“ in Richtung moderner Gestaltung. Ausgehend von der Erfahrung, dass lange absatzlose Darstellungen nicht mehr gelesen würden, wollte die SPD stärker dem Publikumsbedürfnis Rechnung tragen und durch „knapen, interessanten Text, gute typographische Anordnung und Bilder das gedruckte Wahlmaterial lebendig“ gestalten⁹²⁷. Auch die bürgerlichen Parteien griffen nun verstärkt auf Bildflugblätter zurück. Das „illustrierte Flugblatt“ feierte gewissermaßen Ende der 1920er-Jahre seine Wiedergeburt. In der Herstellung zwar teurer als solche ohne Bilder, Karikaturen oder Farben, schienen sie wie die Wahlzeitungen für den Leser interessanter und damit größere Sicherheit zu bieten, gelesen zu werden⁹²⁸. Als gelungen galt ein Flugblatt in den Augen von Weimarer Zeitgenossen, wenn es „packende Schlagworte“, „scharfe Gegensätze“ sowie eine „bildhafte Wirkung“ besitze⁹²⁹.

In den Wahlbewegungen entfaltete sich ein regelrechter „Flugblattkampf“ der Parteien, dessen Hauptregel lautete, dass die meisten Flugblätter erst während der „Kampfhandlungen“ entstehen und im Gegensatz etwa zu den Broschüren erst kurz vor dem Versand aus der aktuellen Situation des Wahlkampfes heraus geschrieben würden⁹³⁰. Im Sommer 1930 empfahl die Parteileitung der DNVP ihren Landesverbänden, in diesem Sinne ein illustriertes Wahlflugblatt als „Schlager für die letzte Woche“ zu verteilen. Moderne Fotomontage sowie ein „besonders zugkräftiges und neutrales Titelblatt“ sicherten ihm größte Werbekraft. Darüber hinaus werde kein weiteres Propagandamaterial mehr hergestellt, abgesehen von den Wahlnummern des Parteiorgans, die „ganz ausgezeichnetes Material, auch illustriertes, zur Herstellung von Flugblättern und Handzetteln“ enthielten⁹³¹.

Oftmals beschäftigte sich auch die große Richtungspreste mit den Methoden und Inhalten der Flugblatttagitation⁹³². Wegen seiner billigen und einfachen Produktionsweise wurde das Flugblatt gerade von den radikalen Parteien besonders geschätzt. Innerhalb des Spektrums der Werbemittel der NSDAP kam ihm jedoch nur eine Hilfsfunktion neben den „lebendigen Propagandaträgern“ wie den Versammlungsrednern oder den SA-Trupps zu. Goebbels erklärte Flugblätter in der bereits „im Über-

maß mit gedruckten Papier“ gefüllten Reichshauptstadt 1931 sogar als völlig ungeeignet zur Wahlpropaganda⁹³³. Laut seinem Berliner Propagandaleiter hatte der zum Verteilen auf der Straße gedachte Handzettel schon im Sommer 1930 „so ziemlich abgewirtschaftet“. Er werde vom Leser schnell weggeworfen und sein Inhalt, selbst nur eine kurze Versammlungsanzeige, kaum beachtet. Eine „viel versprechende Modifikation“ stelle allerdings der mit Karikaturen bebilderte Handzettel dar, weil Bilder immer „fesseln“ würden. Flugblätter könnten in „kurzer gemeinverständlicher Weise einen Gedanken klar zum Ausdruck bringen und den Gegner herausfordern“. Die „markantesten Stellen“ sollten durch Fettdruck und größere Schrift hervorgehoben werden. Zu kleine Schrift, schlechte Anordnung und langatmige Ausführungen des Flugblattes missachteten das Interesse des Wählers. Schließlich müssten dadurch „ja Gleichgültige aufgeweckt werden, denen man keine besondere Anstrengung zumuten darf“⁹³⁴.

Eine eng mit dem Distributionsproblem der Flugblattpropaganda verknüpfte Frage betraf den Herstellungsort und spiegelt aus heutiger Sicht den Zwiespalt zwischen zentraler und regionaler Wahlkampfführung wider. Die Flugblätter der Berliner Parteizentralen konnten naturgemäß nicht auf die speziellen Probleme der einzelnen Wahlkreise eingehen, sondern behandelten vorrangig allgemeinpolitische Fragen und wandten sich an Wählergruppen im ganzen Reich. Flugblätter lokaler Parteinstanzen waren dagegen nicht nur wegen der wegfallenden Frachtkosten preiswerter, sie galten vielfach auch als wirksamer durch ihren aktuellen Bezug und durch die Tatsache, dass sie dem Schauplatz des Wahlkampfes vor Ort näher waren. Die technischen Vorteile des Martenversands von zentral hergestellten Flugblättern lagen auf der Hand, entlastete er doch die Parteizentralen und gab den Wahlkreisen die Möglichkeit, die gewünschte Menge je nach Bedarf nachzudrucken und so überflüssigen Druck oder Materialengpässe zu vermeiden. Doch die Produktion von reichseinheitlichem Wahlmaterial durch die Parteizentrale stieß vor allem auf inhaltliche Kritik in den Wahlkreisen. Strebten die Berliner Vorstände das möglichst geschlossene Erscheinungsbild der Propaganda an, wünschten sich die regionalen Parteiverbände, dass auch in Reichstagswahlkämpfen Rücksicht auf die Eigenart der Verhältnisse vor Ort genommen werde, was sie nicht hinderte, sich andererseits selbst mit allgemeinpolitischen Themenflugblättern in die Geschäfte der Berliner Parteizentralen einzumischen. Der Hauptgeschäftsführer der DNVP

schrrieb rückblickend, dass es etwa im Wahlkampf zur Nationalversammlung 1918/19 fast unmöglich gewesen sei, von Berlin aus Flugblätter für die einzelnen Landesverbände zu schreiben, weil „der Geschmack und das Bedürfnis je nach früherer Parteizugehörigkeit und nach den örtlichen Gegenden ganz verschiedenartig“ gewesen seien⁹³⁵.

Die deutschnationale Schriftenvertriebsstelle unterschied zwischen ihren broschürenartigen „Flugschriften“, die bis zu dreißig Seiten lang sein und bis zu 25 Pfennig das Stück kosten konnten, und den „Flugblättern“, die meist beidseitig bedruckt und zwischen ein bis vier Seiten lang waren, mitunter bebildert und bei gestaffelten Preisen für zwei Pfennig pro Stück. Verfaßt wurden die Flugblätter wie alle gedruckte Propaganda vorzugsweise von „sachverständigen“ Funktionären oder Abgeordneten, bei denen es sich in der Regel um journalistisch geschulte Kräfte handelte. In den bürgerlichen Parteien war es üblich, auch herausragende Vertreter der Interessen- und Berufsverbände mit dem Abfassen von Wahlflugblättern zu beauftragen, zumal ein Hauptgewicht der zentralen Flugblattpropaganda auf den Berufsgruppen lag. Der Trend ging nach 1918 weiter vom allgemeinpolitischen, an „Alle“ adressierten Flugblatt hin zu beruflich differenzierten Spezialflugblättern. Diese verkaufte etwa die Zentrale der DDP im Frühjahr 1928 je nach Aufmachung – ob koloriert oder einfarbig, ob illustriert, im Quart- oder Oktavformat – für einen Preis von einer bis zwei Mark je 100 Stück⁹³⁶.

Die Konzentration auf „berufsständische“ Flugblattpropaganda wurde Ende der 1920er-Jahre innerhalb der bürgerlichen Parteien jedoch zunehmend kritisiert, glaubte man dadurch doch den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ konterkariert. Außerdem habe sie, so ein weiteres Argument, die Wahlerfolge der als mittelständische Konkurrenz heftig bekämpften „Interessenparteien“ wie der WP nicht verhindern können. Es verwundert daher kaum, dass die Wahlkampfrichtlinien der neuen DStP vom Sommer 1930 feststellten, Berufsflugblätter richteten mehr Schaden als Nutzen an, zumal „bei nicht sorgfältiger Aussiebung nachher das Beamtenflugblatt in die Hand des Handwerkers und das Bauernflugblatt in die Hand des Arbeitnehmers“ gelange⁹³⁷.

An die Stelle des textintensiven und womöglich noch mehrseitigen Flugblattes traten ab Mitte der 1920er-Jahre mehr und mehr die kürzeren und noch stärker auf bloße Schlagworte fixierten Zettel sowie die bereits erwähnten Wahlzeitungen. Bei seiner Abrechnung mit den Propagandamethoden der Weimarer SPD ging Carlo Mierendorff hart mit dem

aus seiner Sicht veralteten Flugblattwesen ins Gericht. Obwohl ihre Flugblätter bereits „konzentrierter im Inhalt, schlagender in der Formulierung“ als früher seien, so Mierendorff, blieben viele nach wie vor „überflüssig, geschwollen, gereizt, humorlos“, voll von „schwülstigen Deklamationen und schwerfälligen Formulierungen“. Gerade die typographische Anordnung und die „vielfach abscheulichen“ Zeichnungen müssten verbessert werden. Trotz einiger guter Ansätze fehle es den Flugblättern wie der gesamten Agitation der SPD daher an „Schmiss, Schwung und Witz“⁹³⁸. Auf bürgerlicher Seite zog etwa die DVP im Frühjahr 1928 den Flugblättern faksimilierte Briefe in sauberem Offsetdruck vor, die in verschlossenem Umschlag an die Haushalte verteilt wurden. Ihre persönliche Form und Inhalte weckten das Interesse der Adressaten eher „als die in schlechtem Druck und auf schlechtem Papier erscheinenden altgewohnten Agitationsflugblätter“⁹³⁹. Schließlich war auch die Frage, wie, wo und wann sie am günstigsten zur Verteilung, „unter die Leute“ gebracht werden sollen, ein Faktor, der ihre Wirkung beeinflusst haben wird. Die Verteilung der Flugblätter stellte die Weimarer Parteien vor erhebliche logistische Probleme, da eine flächendeckende Verbreitung große Scharen von Helfern erforderte, auf die nur Parteien mit gut ausgebauter Organisation und Massenmitgliedschaft wie der SPD kostenlos zurückgreifen konnten. Sie mobilisierte zur Flugblattverbreitung in Wahlzeiten regelmäßig die gesamte verfügbare Mitgliedschaft. Die ganze Parteiarbeit und die „gewaltigen Summen“, welche die Flugblattpropaganda verschlinge, sowie selbst die „gediegensten Flugblätter“ seien Maku-latur, wenn sie nicht in der gewissenhaftesten Weise verbreitet würden. Schließlich sei diese Arbeit in der Stadt, wo das Treppensteigen das einzige „Opfer“ darstelle, leicht im Vergleich zur Landpropaganda und ihren weiten Wegen, wo bei der Ausstreuerung der „Samenkörner des Sozialismus in den durch die Wahlerregung gelockerten Boden“ bis vor kurzem noch Zettelverteiler der SPD „auf Befehl der Grundbesitzer von ihren ländlichen Arbeitsbrüdern mit Dreschflegeln und Hunden vom Hof und aus dem Dorf herausgehetzt“ worden seien⁹⁴⁰.

Spätestens im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 war die gezielte Flugblattwurfsendung an die Haushalte eine allgemein angewandte Verteilungsart, die immer mehr der anonymen Straßenverteilung vorgezogen wurde. Die Nationalsozialisten wurden im Sommer 1930 von ihrer Propagandaleitung daran erinnert, dass sich nur Verkehrsknotenpunkte zum Verteilen von Flugblättern eigneten, wo gewährleistet sei, dass der Inhalt

sofort gelesen werde. Außer in Bahnhöfen, wo die Abfahrenden und nicht die Ankommenden versorgt werden müssten, da in der Bahn gelesen werde, aber nicht auf der Straße, empfahl die NSDAP das „Verteilen morgens vor den Fabrikatoren (nicht bei Arbeitsschluss), Versorgen der Arbeitsplätze vor Beginn der Arbeitszeit mit Werbematerial“, das in der Frühstückspause durchgelesen und besprochen werde, aber auch bei den Wartenden auf den Arbeitsämtern und überall da, „wo Zeit totgeschlagen werden muss und jedes Schriftstück gelesen wird“. Die größte Wirkung aber zeige das systematische Verteilen an die einzelnen Haushalte, das möglichst morgens erfolgen müsse, „damit der Volksgenosse beim Fröhkaffee sich in aller Ruhe sein Urteil bilden kann“⁹⁴¹.

Die bürgerlichen Parteien ohne Massenanhängerschaft mussten oft private „Verteilungsinstitute“ für diese Wahlarbeit einschalten. Als wirkungsvollste Form der Flugblattverteilung empfahl der badische DDP-Führer Hermann Dietrich nach den Reichstagswahlen vom Mai 1924 die Zeitungsbeilage, da seine Partei nur in kleineren Orten eine Verteilung durch ehrenamtliche Helfer von Haus zu Haus erledigen könne, für gewerbliche Kräfte aber kein Geld habe. In den Städten müssten die Flugblätter ohnehin durch „bezahlte Boten ähnlich den Zeitungsträgern“ sowie vor allem in den Wahlversammlungen der DDP verbreitet werden⁹⁴². Weil jedes Flugblatt, so die Wahlkampfrichtlinien der DNVP vom Sommer 1930, seinen Zweck verfehle, das nicht in der Hand seines Adressaten lande, sei das Verfahren der Straßenverteilung einzuschränken. Für die Straße eigneten sich nur noch ganz knappe Flugblätter, die dem Passanten ihre Botschaft schon beim flüchtigem Überfliegen vermittelten⁹⁴³. Auf innerparteiliche Kritik, dass die Einzelverteilung von Flugblättern überholt und nur noch die Zeitungsbeilage sinnvoll sei, antwortete DNVP-Hauptgeschäftsführer Weiß im Oktober 1928 mit dem Hinweis auf die nach wie vor starke Flugblattpropaganda der Linksparteien, die allerdings fast überall über ein „ausgezeichnetes System der Hausverteilung“ verfügten. Im Frühjahr 1928 stießen die Flugblattmatern der DNVP auf so wenig Nachfrage, dass der Absatz ihrer Wahlflugblätter dramatisch zurückging. Insgesamt verteilte sie vor dem 20. Mai im Vergleich zur Dezemberwahl 1924 über 15 Millionen Stück weniger, statt 25,8 Millionen von 73 nur noch 10,7 Millionen von 84 verschiedenen Flugblättern⁹⁴⁴.

Flugzeuge, Kraftfahrwagen und Fahrräder

In den relativen Stabilisierungsjahren nach 1923 beschleunigte sich das Tempo der Technisierung der Wahlpropaganda, da neben die traditionellen Mittel der Parteienwerbung wie öffentlichen Versammlungen, Plakaten und Flugblättern mehr und mehr technische Hilfsmittel wie das Auto, der Film, Schallplatten und Lautsprecher traten. In den ersten Reichstagswahlkämpfen der Weimarer Republik hatte sich die Rolle der Technik noch auf die unkoordinierte Nutzung von größtenteils privaten Kraftwagen als Transportmittel oder auf den gelegentlichen Einsatz von gemieteten Flugzeugen, in erster Linie zum Abwurf von Flugblättern nach Vorbild der Weltkriegspropaganda, sowie der kommerziellen Werbung beschränkt⁹⁴⁵. Bezüglich der Propaganda „von oben“ führt es freilich in die Irre, isoliert den spektakulären Gebrauch des Flugzeugs durch die NSDAP im Präsidentschafts-Wahlkampf vom Frühjahr 1932 („Hitler über Deutschland“) zu akzentuieren, mit denen sie alle Konkurrenten übertroffen habe⁹⁴⁶. Eine innovative Vorreiterrolle bei der Nutzung solch „moderner“ Werbemethoden spielte vielmehr die SPD, die schon Ende der zwanziger Jahre die Mittel zu einer systematischen Flugzeugpropaganda aufbrachte, während andere Weimarer Parteien wie das Zentrum schon aus Kostengründen von einer vergleichbaren Propaganda absehen mussten⁹⁴⁷. Wegen der relativ hohen Kosten konzentrierte diese sich ohnehin vor allem auf die Schlussphase des Wahlkampfes sowie auf Großstadt- beziehungsweise Ballungsgebiete, da hier die „Trefferquote“ höher lag. Die Flugblattverteilung per Flugzeug wurde während der 20er-Jahre zwar nicht aufgegeben, jedoch im Zuge wachsender Skepsis über den Sinn solch letztlich wahlloser Abwürfe von Propagandamaterial mehr und mehr eingeschränkt. Andere Formen der Propaganda aus und in der Luft konnten dabei von vornherein aus verschiedenen Gründen nicht mit dem Flugzeug konkurrieren. Wenn auch der Flug des Zeppelins LZ 126 im Herbst 1924 massiv von der bürgerlichen Wahlpropaganda aufgegriffen wurde, waren die Luftschiffe selbst als Propagandamittel viel zu kostspielig. Unter der Parole: Ausnutzung „aller technischen Errungenschaften der Neuzeit“ empfahlen die Wahlkampfrichtlinien der DNVP vom Sommer 1920 dagegen, über Städten große Fesselballons mit weit hin sichtbaren Aufschriften aufsteigen zu lassen, denn: „Wenn der Wähler überall und immerfort immer nur den einen Namen des Kandidaten hört und liest, so wirkt das schließlich suggestiv“⁹⁴⁸.

Generell gehörte das Flugzeug zu den kostspieligsten Propagandamitteln und fand deshalb bei den Weimarer Parteien naturgemäß weniger Anklang und Verbreitung als etwa das Auto. Ab Mitte der 1920er-Jahre ist zu beobachten, dass planvoller und in veränderter Form auf das Flugzeug zu Wahlzwecken zurückgegriffen wurde. So setzte der Vorstand der SPD im Reichstagswahlkampf vor dem 20. Mai insgesamt acht Flugzeuge ein, die zwar auch noch mit dem Abwurf von Wahlflugblättern beschäftigt waren, von denen einige aber schon mittels Tragflächenaufschriften wie „Wählt SPD“ warben, die zum Teil während der Dunkelheit noch beleuchtet wurden. In erster Linie sollte diese Flugzeugagitation den Anhängern und Wählern die Macht der sozialdemokratischen Organisation im Wahlkampf demonstrieren. Zumal sich weitere Verwendungsmöglichkeiten ergeben würden, prophezeite die SPD dem Flugzeug „in zukünftigen Wahlkämpfen sicher noch eine weit größere Rolle“ als bislang⁹⁴⁹.

Von seiten des Reichsverkehrsministers Wilhelm Koch, einem Deutschnationalen, war dagegen vor der Wahl am 20. Mai 1928 versucht worden, „das Flugwesen von der Wahlagitation der Parteien freizuhalten“. Hintergrund war der Fall eines Stuttgarter Unternehmens für „Flugreklame“, das bei der Landesregierung um Erlaubnis angefragt hatte, für die DVP im Wahlkampf Druckschriften aus Flugzeugen auch über solche Städte abzuwerfen, die dies polizeilich untersagt hatten (was ihnen das Kommunalrecht gestattete). In seinem Antwortschreiben vom 16. Mai wies Reichsinnenminister Keudell, ebenfalls DNVP, den Kollegen darauf hin, dass ein generelles Verbot von Flugzeugpropaganda die Wahlfreiheit beschränke. Erfahrungsgemäß sei zudem die schiere Menge an Flugblättern, die etwa durch Autos in den Städten verbreitet werde, ohnehin größer als die durch Flugzeuge⁹⁵⁰.

Im Sommer 1930 war es wiederum die SPD, die systematisch Flugzeuge in den Dienst ihrer Wahlpropaganda stellte, wozu der Parteivorstand vom Arbeiter-Flugverband „Sturmvogel“ fünf Flugzeuge für die letzten zwei Wochen vor dem 14. September anmietete. Das von der Parteipresse als „Deutschlandflug“ apostrophierte Unternehmen startete am 30. August 1930 von Berlin aus. Angeflogen wurden in einer Rundreise fast alle Gegenden Deutschlands, bevorzugt natürlich größere Städte. Ein mitfliegender Mitarbeiter des *Vorwärts* berichtete mehrmals über den Verlauf der Aktion. Die Tragflächen sowie die Hecksteuer der fünf Maschinen waren in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold angestrichen und

unter den Tragflächen war noch in dicken Lettern die Aufschrift „Wählt Liste 1“ zu lesen. Durch den Abwurf von Flugblättern, aber vor allem durch die Sensation ihres bloßen Erscheinens sollten die „**SPD-Sturm-vögel**“ die Wahlhelfer der Partei anspornen sowie die Gleichgültigen zum Wahlgang aufrütteln, indem sie „über Dörfer und Städte brummen und dort Werber für die Sozialdemokratie“ seien⁹⁵¹. Andere Parteizentralen hatten dieser Agitation im Sommer 1930 nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Während liberale Lokalzeitungen während der Wahlkampfwochen „Werbeflugtage“ veranstalteten und Gratisflüge an ihre Leser verlost, wurde nichts bekannt über weitere reichsweit ausgerichtete Aktionen auf dem Gebiet der Flugzeugagitation. Das Zentrum setzte vor dem 14. September 1930 in einigen Hochburgen wie Düsseldorf immerhin bereits Flugzeuge mit beschrifteten Fahnen für Wahlpropaganda ein⁹⁵².

Die Zentrale der DNVP nannte ihren Organisationen lediglich die Adressen von privaten Firmen, an die sie sich zwecks Flugzeugpropaganda wenden könnten. Der Preis einer Flugstunde betrug bei ihnen 150 Mark, mit Beschriftung noch einmal fünfzig Mark extra zuzüglich der Kosten für den Anflug, doch verfügten die genannten Firmen in fast allen größeren Städten Deutschlands über Flugzeuge, sodass längere Anflugzeiten entfielen. Außer auf eine rechtzeitige Buchung wies die DNVP noch ausdrücklich darauf hin, dass sich der Propagandaflug bei einer Flugzeit von unter vier Stunden kaum lohnen würde⁹⁵³.

Der relativ hohe Aufwand und die Kosten machten das Flugzeug zu einem alles in allem eher selten anzutreffenden Propagandamittel in den Wahlkämpfen der Weimarer Republik, ganz im Gegensatz zum **Automobil**, das außer zur Materialverbreitung noch am Wahltag zum „Schleppen“ säumiger oder kranker Wähler oder auch zum Rednertransport genutzt wurde. So war das „Wahlauto“ spätestens in den Reichstagswahlkämpfen von 1924 bei allen Parteien zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel geworden, das sich darüber hinaus mehr und mehr zu einem selbständigen Träger beziehungsweise Medium der Propaganda entwickelte. Die verschiedenen, größtenteils noch privaten oder von den Parteimitgliedern requirierten Kraftfahrzeuge, Personen- wie Lastwagen und auch Motorräder, dienten allen Weimarer Parteien dazu, Präsenz im „Kampf um die Straße“ zu demonstrieren. Vor allem in der Schlussphase des Wahlkampfes wurden die Kraftfahrzeuge auch als bewegliche Plattformen für Wahlreden oder durch Ausschmückung mit Fahnen und

Transparenten unmittelbar für Werbezwecke eingespannt. Die in den Städten allgegenwärtigen Umzüge und Fahrten mit Automobilen, von denen die Parteiaktivisten großzügig Flugblätter und Handzettel warfen, erschienen der Presse gar als das eigentümliche Kennzeichen des Wahltages am 4. Mai 1924. Handelte es sich auf bürgerlicher Seite noch überwiegend um zweckentfremdete Privatwagen, hatte die SPD bereits gewerblich welche angemietet⁹⁵⁴.

Vor allem im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 erlebte das Auto dann eine wahre Konjunktur als Hilfsmittel, wobei sich die Formen der Auto-propaganda änderten. Für Aufsehen sorgten insbesondere die erstmalig eingesetzten „Schallplatten- und Kinoautos“, die mit Grammophon, Schallplatten, Lautsprecher und Filmvorführungsapparaten ausgerüstet auf Propagandafahrt gingen (zwei Jahre später fuhren dann auch „Tonfilmautos“). Diese Technik erlaubte es den Weimarer Parteien, mobile öffentliche Wahlversammlungen abzuhalten beziehungsweise zu improvisieren. Statt wie bisher auf den Besuch der Wähler warten zu müssen, konnten sie nun selbst mithilfe des Autos zu ihnen hin fahren, was zur angestrebten Erschließung neuer Wählerschichten immer unumgänglicher erschien.

Als solch vielseitiges Hilfsmittel verdrängte das Auto im Zuge einer allgemein starken Motorisierung seit Anfang der zwanziger Jahre immer mehr das Fahrrad aus der Wahlpropaganda. Freilich blieben die Drahtesel vor allem auf dem Land ein unverzichtbares technisches Hilfsmittel der Parteien. Bei so genannten Propagandafahrten in ländlichen Wahlkreisen, wie sie etwa von der KPD im Herbstwahlkampf 1924 im Umkreis von Berlin veranstaltet wurden (**„Rote Kavallerie“**), leistete das weniger kostspielige Fahrrad nach wie vor gute Dienste. Angesichts der weiten Wege, die bei der Landagitation anfielen, vertraute auch die SPD darauf, dass „flinke Arbeiterradfahrerkolonnen“ sie abkürzten. Mit Wahlplakaten geschmückt, brachen solche Kolonnen von bis zu 20 Radfahrern meist frühmorgens mit Flugblättern und anderem Agitationsmaterial auf, das sie dann bis zum späten Abend in den umliegenden Dörfern der jeweiligen Kreisstadt verteilten. Aber auch in den Großstädten gehörten Radfahrer oder Motorräder, die ebenfalls mit kleinen Fähnchen geschmückt wurden, zum Bild der Reichstagswahlkämpfe⁹⁵⁵.

Eine seit Anfang der 1920er-Jahre gewohnte Erscheinung waren die so genannten Propagandafahrten von dekorierten Last- und Kastenwagen, die mit Fahnen, Schildern mit den Namen der Kandidaten, den

wichtigsten Parolen und zum Teil auch mit Musikkapellen bestückt waren. Im Berliner Bezirk setzte die SPD vor dem 20. Mai 1928 ein Dutzend großer, mit Transparenten geschmückte Möbelwagen ein, die in vier Kolonnen zu je drei Wagen durch die Straßen fuhren und starkes Aufsehen erregten. Der Wahlkampfbericht des Parteivorstandes vom Frühjahr 1928 sah die Nützlichkeit der Kraftwagen vor allem in einer „besseren Durchdringung des Gebiets, größeren Versammlungszahl und Zeit- und Kostenersparnis“ für die Partei⁹⁵⁶. Dass Wahlagitation auf Rädern aber nicht nur Auto, Fahrrad oder Motorrad bedeutete, sondern in den Städten auch die öffentlichen Verkehrsmittel miteinbezog, war einem Bericht des *Vorwärts* vom Herbst 1924 zu entnehmen. In Berlin leistete sich ein Parteigenosse während des Wahlkampfes den Luxus, im Zweiter-Klasse-Abteil der Straßenbahn morgens inmitten „national“ eingestellter Bürger zur Arbeit zu fahren. Unter deren unwilligen Blicken begann er „breit und umständlich“ den *Vorwärts* zu lesen, was schnell die Aufmerksamkeit des ganzen Abteils erregte. Wenn er dann das Parteiblatt wie zufällig liegen ließ, sei sicher, dass andere es läsen und solch „spaßige Intermezzi am Morgen“ ihren Agitationszweck erfüllten⁹⁵⁷.

Propagandawagen, die mit Lautsprechern, Grammophon und Schallplatten ausgerüstet waren, konnten die Methoden der herkömmlichen Versamlungs- und Flugblattpropaganda natürlich nicht ersetzen. Seine Übersicht über die im Wahlkampf benutzten technischen Hilfsmittel begann der Bericht der SPD im Frühjahr 1928 dennoch mit dem Auto, das sich überraschend schnell in der Wahlarbeit bewährt habe und angesichts der allgemein „fortschreitenden Vermehrung der Propagandätätigkeit“ bereits unentbehrlich geworden sei. Insgesamt besaßen die SPD-Bezirke 55 parteieigene Personen- und Lastkraftwagen, zu denen während des Wahlkampfes noch mindestens die zehnfache Menge geliehener oder gemieteter Wagen hinzukam. Hervorgehoben wurde immer wieder die Vielseitigkeit des Autos, das sich nicht nur beim Schleppdienst am Wahltag, sondern auch beim Transport von Referenten oder von speziellen „Filmkolonnen“ bewährt habe. Ein großes „Kino-Auto“ des Parteivorstands, ausgestattet mit einem Filmvorführungsgerät und Großlautsprechern, unterstützte im Frühjahr 1928 erstmals die Versamlungspropaganda der SPD. Im Innern eines solchen Wagens waren in der Regel Übernachtungsmöglichkeiten für drei Personen sowie Waschgelegenheiten und Heizung eingebaut. Falls Mikrophon und Lautsprecher nicht zur externen Übertragung herausgenommen werden mussten, war die

Apparatur innerhalb weniger Minuten einsatzbereit. Dank den Filmprojektoren und Lautsprechern, die auch zur Schallplattenpropaganda eingesetzt wurden, waren bereits Kinovorführungen mit Ton beziehungsweise Musikbegleitung im Freien möglich. Sei bei der herkömmlichen Saalversammlung mitunter stundenlanges Ausharren verlangt, entsprächen solche mehr improvisierten Wahlveranstaltungen den Bedürfnissen des Publikums, da sich eine Schallplattenrede von wenigen Minuten auch derjenige anhöre, der keine Zeit habe. Am Abend standen meist Filmvorführungen im örtlichen Kinotheater – so vorhanden – auf dem Programm, zu denen nachmittags bereits per Lautsprecheransagen eingeladen wurde. Dank einem „Kino- und Schallplattenauto“ konnten täglich 15 bis 20 Versammlungen improvisiert werden. Angesichts der allgemeinen Klage der Parteien über nur mäßigen Versammlungsbesuch in den letzten Wahlkämpfen wusste die SPD den Erfolg ihrer Wagen im Wahlkampf vor dem 20. Mai 1928 zu der Erkenntnis zu verallgemeinern: „Die neue Zeit scheint zu verlangen, dass der Wähler vom Referenten aufgesucht wird“⁹⁵⁸.

Auch die KPD richtete für den Reichstagswahlkampf 1928 einen Automobildienst vor allem zur Landpropaganda ein, der laut Bericht der *Vossischen Zeitung* aus 25 mit Lautsprechern und Filmapparaten ausgerüsteten Fahrzeugen bestand. Intern ordnete die Zentrale an, „alle der Partei zur Verfügung stehenden Wagen (Fuhrwerke, Automobile, Motorräder, Handwagen, Schubkarren usw.) in jeglicher Größe und Bauart“ für die Wahlarbeit zu requirieren. Darüber hinaus könnten noch so genannte Plakatwagen durch die Zusammenstellung mehrerer Fahrräder in Form eines Autos von den Genossen vor Ort selbst gebaut beziehungsweise „gebastelt“ werden. Holzaufbau und transparente Plakate ermöglichten eine Beleuchtung von innen her und eigneten sich nach Ansicht der Zentrale vorzüglich zur Werbung während der Dunkelheit. Vor dem 14. September 1930 forderte die KPD ihre Anhänger auf, demonstrativ mit allen zur Verfügung stehenden Fahrzeugen, Auto-, Rad- und Kraftfahrern in Berlin „rote Autokolonnen“ zu bilden⁹⁵⁹. Von den bürgerlichen Parteien war es in erster Linie die DNVP, die ebenfalls erstmals im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 ein speziell präpariertes Lastauto zur Kino- und Lautsprecherpropaganda einsetzte, das ihre Hauptgeschäftsstelle während der letzten 14 Tage vor dem 20. Mai in den Potsdamer Landesverband entsandte. Ob damit improvisierte „fliegende“ Versammlungen abgehalten wurden, ist nicht bekannt. Wie die Wagen der Links-

parteien durchfuhr das Auto der DNVP jedoch die Straßen der Orte, in denen Wahlversammlungen geplant waren, wobei meist soldatische Märsche gespielt, Flugblätter, Handzettel und Postkarten verteilt und dazwischen durch Lautsprecher zur Versammlung eingeladen wurde⁹⁶⁰.

Selbst die der Technik eher skeptisch gegenüberstehende Zentrumspartei plante im Frühjahr 1928 den verstärkten Einsatz des Autos für ihren Wahlkampf. Immerhin ließen sich damit nicht nur die „entlegensten Landorte“ erreichen, sondern überhaupt eine viel größere Zahl von Orten und Versammlungen durchführen⁹⁶¹. Als im Sommer 1930 erstmals „Tonfilmautos“ auf Propagandafahrt vor der Wahl gingen, konnte sich wiederum die SPD als Vorreiterin der Modernisierung und Technisierung profilieren, die auf dem Gebiet der Wahlpropaganda stattfand: „Immer gewaltiger wird der Einsatz an Kräften, immer raffinierter die Methoden ihrer Wirksamkeit. Mit den modernsten Mitteln der Technik wird der Kampf der Ideen und Anschauungen ausgefochten. Gestern noch Flugzeug und Schallplatten-Lautsprecher, heute schon ist Tonfilm die jüngste Parole“⁹⁶².

Vom Grammophon zum Rundfunk: Die „Lautsprecher“

Die Lautsprecher, die erstmals im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 systematisch zum Einsatz kamen, galten als diejenige „technische Errungenschaft“, welche den Parteien die Abhaltung von modernen Massenversammlungen überhaupt erst ermöglichte. Erst mit ihrer Hilfe konnte die Stimme des Redners nicht nur einem größeren Publikum verständlich gemacht werden, sondern auch Schallplattenreden und -musik etwa bei improvisierten Versammlungen im Freien verstärkt werden. In der Presse wurde die „potenzierte Wahlrede“ im Frühjahr 1928 als eine geradezu sensationelle technische Neuheit empfunden, die dem gesamten Wahlkampf ihren Stempel aufdrückte. Der Großlautsprecher und die zugrunde liegende technische Apparatur hatten sich schon vorher bei anderen Anlässen gut bewährt, nicht zuletzt bei Sportveranstaltungen wie dem ersten Stuttgarter Sechstage-Radrennen im Februar 1928. Es lag daher nahe, dass sich die Parteien dieses Hilfsmittels bedienen würden, um ihren Rednern bei Massenversammlungen die nötige Lautstärke zu geben. Mithilfe eines Großlautsprechers, wie ihn z. B. Siemens herstellte, war es möglich, die Worte eines Wahlredners im Umkreise von mehr-

ren hundert Metern klar und deutlich wiederzugeben. Auch der „Großstadtlärm“, der früher noch bei solchen Anlässen störte, konnte ihm damit nichts mehr anhaben⁹⁶³.

Der Bericht des SPD-Vorstandes nach dem 20. Mai 1928 zeigte sich äußerst zufrieden über den Einsatz der Lautsprecher als technisches Hilfsmittel im Wahlkampf. Etwa vierzig Stück in unterschiedlichen Größen hatten die Parteibezirke benutzt, teils auf Kraftwagen montiert, teils stationär. Gelegentlich wurden auch bereits so genannte „Sprachrohre“, Vorläufer der Megaphone, verwendet. Einer größeren Verbreitung der Lautsprecher standen im Frühjahr 1928 allerdings der hohe Anschaffungspreis sowie technische Schwierigkeiten im Wege, da die Apparate häufig noch nicht mit der gewünschten Sicherheit funktionierten. Als zweckmäßigste Lösung hatte sich der Einbau von Lautsprechern in umgerüstete Personenwagen erwiesen, die zugleich auch Kino- und Lichtbildapparate enthielten, wodurch diese Technik insgesamt rentabler wurde, aber immer noch nur für finanzkräftige Parteien bezahlbar⁹⁶⁴. Die DNVP bot ihren Organisationen im Wahlkampf 1930 verschiedene Typen von Lautsprechern der Firma Siemens an. Zum Preis von 11 000 Mark konnten sie einen Großlautsprecher mitsamt Wagen für drei Wochen einschließlich Bedienungspersonal und Betriebsstoff für 600 Kilometer ausleihen: Der Tagespreis betrug 700 Mark, ein Kaufpreis wurde erst gar nicht genannt. Ein mittelgroßer Lautsprecher, der auf jedes Auto zu montieren oder im Versammlungssaal aufzubauen war, besaß eine Reichweite von etwa 300 Metern und kostete 3 200 Mark, die Leihgebühr pro Tag betrug 200 Mark. Zum Verstärken der Stimme überall benutzt werden konnte ein kleiner tragbarer Apparat zum Kaufpreis von 850 Mark, der im Rucksack geliefert wurde und insbesondere für die Landagitati-on geeignet war⁹⁶⁵.

Obwohl das Abspielen von Musikstücken und Grammophonen schon in den Wahlkämpfen des Kaiserreichs gebräuchlich war, bedeuteten die Schallplatten der Weimarer Parteizentralen mit Reden bekannter Parteiführer im Frühjahr 1928 doch eine Neuerung. Auf der Rückseite solcher Sprechplatten etwa der SPD befanden sich sozialistische Freiheitslieder oder Musikstücke der Arbeiterbewegung. Eingesetzt wurden sie sowohl zur Belebung von Massenversammlungen mithilfe der Lautsprecher als auch bei kleineren Versammlungen auf dem Land sowie zur Unterstützung von Film- und Lichtbildabenden. Unter dem Motto „In jedes Arbeiterheim eine Schallplatte der Partei!“ machte der Parteivorstand der

SPD jedem sozialdemokratischen Grammophonbesitzer zur Pflicht, das neue Werbemittel zu erwerben. Als sehr zweckmäßig bezeichnete er im Frühjahr 1928 das Abspielen einer Schallplattenrede in Verbindung mit einem projektierten Lichtbild des Redners, weil so die „konzentrierte Aufmerksamkeit des Versammlungsbesuchers“ erreicht werde⁹⁶⁶. Wie auf politischem Gebiet entwickelte sich zwischen den Parteien ein Prestigekampf, der den technischen Modernisierungsprozeß ihrer Propaganda förderte. In direkter Bezugnahme auf die SPD-Werbung pries etwa die DNVP ihre Schallplattenreden vor dem 20. Mai zum Einzelpreis von 5 Mark, auf deren Rückseiten ein „Soldatenlieder-Potpourri“ zu hören war, als technisch besser an. Allerdings werde diese „Grammophonplattenpropaganda“ noch von zu wenigen Landesverbänden genutzt, rügte ihre Hauptgeschäftsstelle den geringen Absatz von nur 4 000 Schallplatten⁹⁶⁷. Von Seiten ihrer Gegner wurde der Einsatz von Schallplattenreden zudem spöttisch als Scheu der DNVP vor einer direkten Auseinandersetzung gedeutet. Weil sie sich im Wahlkampf in der Defensive befinde und ängstlich den „rauen Ton“ der Versammlungen meide, versuche sie nun mit „mechanischen Mitteln“ wie der gegen Widerspruch gezeiten Schallplatte zu werben⁹⁶⁸.

Anlässlich der Reichstagswahl im Mai 1928 gab auch die KPD erstmals mehrere Schallplatten heraus, die auf einer Seite Wahlreden ihrer Parteiführer, auf der anderen Seite meist einen revolutionären Arbeitermarsch oder russische Volks- und Revolutionslieder enthielten. Diese Platten, die für den Preis von 2 Mark 65 über die Zentrale oder die Bezirksleitungen zu beziehen waren, wurden sowohl in Wahlversammlungen als auch bei Demonstrationen, in den Parteilokalen und bei der Haus- und Hofpropaganda, in Arbeitervierteln und auf dem Land eingesetzt. Ein Artikel in der *Roten Fahne* vom 6. Mai 1928 berichtet, wie Funktionäre der KPD auf das Land fuhren, im Rucksack dabei Grammophon und Schallplatten. Auf dem Bahnhof, in der Gastwirtschaft oder auch nur vor einer Gruppe Landarbeitern wurden die Grammophone dann ausgepackt und mithilfe der Schallplatten eine Wahlversammlung improvisiert. Die Besonderheit der Schallplattenpropaganda der KPD bestand im Frühjahr 1928 darin, dass einige ihrer Reichs- und Landtagsabgeordneten nach Aufhebung der Immunität von der Polizei gesucht wurden, aber durch die Besprechung von Platten doch noch am Wahlkampf teilnahmen. Außerdem, so teilte die KPD mit, habe man Schallplatten der SPD aufgekauft, um sie in eigenen Versammlungen zu spie-

len und „widerlegen“ zu lassen – was, so spottete die *Vossische Zeitung*, keine schwierige Aufgabe sei, da die Platten weder Zwischenrufe machen noch sonst etwas erwidern könnten⁹⁶⁹. Der zentrale Organisationsausschuss der DDP legte Ende März 1928 fest, insgesamt sechs Grammophonplatten mit Reden der Parteiführer besprechen zu lassen, deren Spieldauer ungefähr je 4½ Minuten betrug und auf deren Rückseite das Deutschlandlied erklang, das sich gut für den Schluss der Versammlungen eigne. Auf einem Grammophonapparat gespielt, könnten diese Schallplatten einen kleineren Wirtshaussaal füllen. Für größere Säle empfahl der Vorstand der DDP, Lautsprecherapparate zu verwenden, die auch als Koffer transportabel für die Landagitation geeignet und bei einer der Partei „nahestehenden“ Firma für etwa 100 Mark zu kaufen seien. Schallplattenpropaganda im Wahlkampf könne auch dadurch betrieben werden, dass etwa Geschäftsinhaber unter den Parteifreunden ihrem Personal die Wahlplatten vorspielten. Sie würden schon allein deshalb interessiert angehört, weil es sich um eine technische Neuheit handle⁹⁷⁰.

Neu in der Weimarer Republik war auch das Aufkommen und die Entwicklung von Film und Rundfunk zu Massenmedien. Als erste deutsche Rundfunkgesellschaft hatte im Oktober 1923 die Funkstunde AG in Berlin ihren regulären Sendebetrieb aus dem Voxhaus aufgenommen. Ende 1924 gab es bereits 15 regionale Radiosender, die Zahl der Rundfunkteilnehmer überschritt 1926 die Millionengrenze und kletterte bis zum Frühjahr 1928 auf 2,2 Millionen, womit das Deutsche Reich im Weltvergleich hinter den USA und Großbritannien an dritter Stelle lag⁹⁷¹. Im Unterschied zum Film blieb der Rundfunk in den 20er-Jahren ein unter strenger staatlicher Kontrolle stehendes Massenmedium, dem von der Reichsregierung lediglich Unterhaltungs- oder Bildungszwecke zugebilligt wurde und das den Parteien deshalb bis 1932 formell verschlossen blieb. Gesichert werden sollte ein „überparteilicher“ Rundfunk, was dazu führte, dass selbst die Übertragung von Reichstagsdebatten durch das Rundfunkgesetz von 1926 untersagt wurde. Ein mit umfassenden Befugnissen ausgestatteter „Überwachungsausschuss“, der in der Regel aus einem Vertreter des Reiches und zwei der zuständigen Landesregierung gebildet wurde, besaß das Recht, jede politische Sendung der privatwirtschaftlich organisierten Rundfunkgesellschaften zu verbieten. Mit der Gründung der Aktiengesellschaft „Drahtloser Dienst“ im Juli 1927 sicherte sich das Reichsinnenministerium das Monopol für alle Formen der politischen Berichterstattung. Obwohl regierungsamtliche Stellen

schon früh auf die Möglichkeiten als Propagandamittel hinwiesen, kam dem Rundfunk, der 1930 bei rund drei Millionen Anschlüssen eine geschätzte Hörerzahl zwischen sechs und zehn Millionen erreichte, in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen durch seine Eigenschaft als Staatsmonopol kaum Bedeutung zu⁹⁷². Erst im Juni 1932 wurden den Parteien durch Erlaß der neuen Reichsregierung Franz von Papen reguläre Sendezeiten für Wahlpropaganda eingeräumt, und zwar allen im Reichstag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien mit Ausnahme der KPD je 25 Minuten in der letzten Woche vor der Wahl. Mit den Papenschen „Leitsätzen“ vom 27. Juli 1932 wurde der Weimarer Rundfunk so präpariert, dass seine Gleichschaltung nur sechs Monate später durch die NSDAP ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen konnte⁹⁷³.

Da ihr bis zum Juli 1932 der Rundfunk als politisches Propagandamittel versperrt blieb, hatte diese sich nach Vorbild der KPD auf Ersatzmedien wie Schallplatten oder die passive Nutzung des Rundfunks konzentriert. Durch Gründung von Hörerorganisationen, „Radiobastelbücher“ zum Selbstbau, Forderungen nach „öffentlichen Radiohörestellen“, Ausbau der so genannten Arbeiter-Radio-Bewegung oder gezielte Störaktionen versuchten die Kommunisten, die für eine Politisierung des Rundfunks eintraten, von der Empfängerseite indirekt Einfluss auf dieses Medium zu gewinnen. Eine andere Möglichkeit kommunistischer Rundfunkpropaganda in den zwanziger Jahren bildeten die Sender Sowjetrusslands, die allerdings nur in den östlichsten Gebieten des Deutschen Reiches empfangen werden konnten. Wo „Moskau“ nicht zu hören war, veranstaltete die KPD aber auch Konzertabende, in deren Verlauf statt Rundfunkreden die eigenen Wahlkampfschallplatten gespielt wurden⁹⁷⁴.

Das Prinzip, den Rundfunk frei von jeglicher Parteipropaganda zu halten, war nach 1918 keineswegs unumstritten und wurde bezeichnenderweise in den Reichstagswahlkämpfen mehrmals durchbrochen. Vorbild konnte wieder die Entwicklung in Amerika sein, wo die Parteien Radio und Rundfunk bereits im Präsidentenwahlkampf vom Herbst 1924 benutzten, was den wichtigsten Durchbruch in der technischen Wahlarbeit dieser Zeit bedeutete – Anlass jedenfalls genug für deutsche Zeitungen, von den **„Radiowahlen in Amerika“** zu berichten. Schon 1928 gaben die amerikanischen Parteien zusammen fast eine Millionen Dollar nur für ihre Radiowerbung im Wahlkampf aus – über 20 Prozent ihres gesamten Wahlbudgets –, in erster Linie zur Finanzierung der kostspieligen Übertragung von Kandidatenreden. Doch die teuren Radio-

zeiten machten sich für die Parteien bezahlt, da allein über die zwei großen Sender CBS und NBC ein landesweites Publikum von schätzungsweise 15 bis 20 Millionen Hörern erreicht werden konnte⁹⁷⁵.

Das neue Wahlwerbemittel besaß in deutschen Augen aber auch staatspolitisch durchaus positive Effekte. Der Rundfunk ersetze nicht nur die mühselige Schlepparbeit der Parteien, da die Säumigen nun über den Äther zum Wahlgang aufgefordert werden konnten. Auch die übliche Erregung der Wahnacht würde schwinden, weil Millionen das Ergebnis ruhig zu Hause vor dem Radio abwarten würden statt in den Straßen oder Lokalen⁹⁷⁶. Vor der Reichstagswahl am 4. Mai 1924, die noch in die Frühphase des deutschen Rundfunks mit recht improvisierter und wenig reglementierter Programmgestaltung fiel, war zwischen den Weimarer Parteien eine begrenzte und auch von Reichsinnenminister Karl Jarres abgesegnete Nutzung dieser „allerneuesten technischen Errungenschaft“ vereinbart worden. Je ein Vertreter der großen Reichstagsparteien durfte in der letzten Wahlkampfwoche je 15 Minuten lang über den Rundfunksender der Reichstelegraphenverwaltung im Berliner Vox-Haus abends um 7 Uhr 30 zu den etwa 20 000 Hörern über die politischen Ziele seiner Partei sprechen⁹⁷⁷.

Schon im nächsten Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 untersagte die Reichsregierung jedoch die Benutzung des Rundfunks für Wahlzwecke und ordnete vielmehr seine strikte politische Überwachung an. Der Mitteldeutschen Rundfunkgesellschaft in Leipzig, die für die letzte Woche vor dem 7. Dezember nach Vorbild des Berliner Senders wie im Frühjahr Ansprachen von Parteivertretern senden wollte, wurde dies noch am Vorabend der Sendung telegraphisch verboten⁹⁷⁸. Eine weitere Ausnahme von dem Neutralitätsgebot stellte die „Reichssendung“ vom 24. April 1925 dar, zu der alle deutschen Sender zusammengeschlossen wurden, um die Ansprachen der Bewerber Marx und Hindenburg für die Reichspräsidentenschaft zu übertragen. Dies war um so bemerkenswerter, als die Kandidaten des ersten Wahlganges nicht im Rundfunk sprechen durften, sich aber die Lage mit Hindenburgs Kandidatur für den neuen deutschnationalen Reichsinnenminister Martin Schiele offenbar geändert hatte. Auch jetzt wieder wurde der KPD eine Sprechzeit im Rundfunk verweigert⁹⁷⁹.

Obwohl das Rundfunkgesetz von 1926 das Verbot jeglicher parteipolitischer Propaganda im Rundfunk festschrieb, blieb die Frage weiterhin aktuell. Vor der Reichstagswahl im Mai 1928 ließ die Reichsregie-

rung aber verlautbaren, dass frühere Wahlreden im Radio schon deshalb keine Präzedenzfälle seien, weil es zu dieser Zeit eben die Richtlinien für die „parteipolitische Neutralität“ des Rundfunks noch nicht gegeben habe. Wenn auch die Reichsregierung grundsätzlich berechtigt war, Ausnahmen zuzulassen, entschied sie sich gegen eine Wiederholung des Experiments von 1924⁹⁸⁰. Über den Äther sollten lediglich in der Wahlnacht bis 3 Uhr morgens und unterbrochen von Musik die ersten Ergebnisse gesendet werden, was schon früher etwa in Kinotheatern durch eigene Radioanlagen während der Vorstellungen laufend geschah. Die Entscheidung, den Rundfunk aus dem Reichstagswahlkampf herauszuhalten, stieß auf heftige Proteste der Opposition. Die SPD bezichtigte die Regierung der Verletzung des Neutralitätsgebotes, insofern diese mitten im Wahlkampf einen Rundfunkvortrag des deutschnationalen Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs 1918 gestattete, obwohl ihm eine „ausgesprochene Rechtstendenz“ zugrundelegen habe. Die politische „Anstandspflicht“ verlange, dass nun auch ein Ausschussmitglied der SPD zum Thema im Radio sprechen dürfe⁹⁸¹. Von Seiten der bürgerlichen Weimarer Reichsregierungen wurde im Grunde stets die ambivalente Politik verfolgt, einerseits den Rundfunk von direkter Parteipropaganda freizuhalten, andererseits ihn für eigene Zwecke im Sinne „staatspolitischer Aufklärung“ zu nutzen. Nach der Wahl im Mai 1928 drängten daher Politiker der SPD wie Carl Severing mit Macht darauf, die Zweckmäßigkeit politischer Sendungen im Rundfunk anzuerkennen. Als Severing Anfang November 1928 als Reichsinnenminister anlässlich des 10. Jahrestages der Revolution im Rundfunk sprach, war er sich bewusst, dass eine derartige Rede die weitere Politisierung des Mediums bedeute⁹⁸². Erstmals zur planmäßigen Unterstützung der Reichsregierung wurde der Rundfunk im Herbst 1929 herangezogen, als auf Severings Initiative hin Kabinettsmitglieder gegen das von DNVP und NSDAP getragene Volksbegehren zum Youngplan sprachen. Ohne dass ihr Anteil an dessen Scheitern exakt festzustellen ist, trugen diese als „Aufklärungsvorträge“ deklarierten Ministerreden im Radio dazu bei, dass sich das Interesse der NSDAP an diesem neuen Medium regte⁹⁸³.

Schon kurz nach der Reichstagsauflösung im Juli 1930 benutzten Mitglieder der bürgerlichen Mitte-Rechts-Regierung unter Brüning den Rundfunk wiederum zur politischen Rede, so etwa Reichsinnenminister Wirth gerade eben über das Thema der Neutralität des Rundfunks.

Obwohl der Zentrumsolitiker dabei die Ansicht vertrat, den Parteien vor Wahlen Sendeplätze einzuräumen, sah die sozialdemokratische Opposition in seinem Vortrag Wahlpropaganda der Regierung. Wenn schon, dann müssten alle Parteien als „sichtbarste Vertreter der miteinander ringenden Weltanschauungen“ auch im Rundfunk zu Worte kommen dürfen. Warum, fragte der *Vorwärts* die Regierung anschließend, lasse sie ihn als das „vornehmste Mittel gegen die Verrohung“ im Wahlkampf ungenutzt, weil weniger Polemik und keine Handgreiflichkeiten vorkommen könnten, wenn sich nur die „besten Redner“ der Parteien vor dem Mikrofon mäßten⁹⁸⁴. Dieser Appell im Namen der Meinungsfreiheit durch die größte Oppositionspartei blieb nicht völlig ohne Wirkung. In der Woche vor dem 14. September 1930 hielten erstmals wieder wie im Frühjahr 1924 ausgewählte Parteiführer – für die Regierung sowohl Brüning als auch sein Vizekanzler Hermann Dietrich, für die SPD Severing – Vorträge im Rundfunk, die im Grunde nichts anderes als Wahlreden waren. Nun kam prompt Protest von den ausgeschlossenen radikalen Parteien – darunter diesmal auch die Hugenberg-DNVP – gegen solchen „Rundfunkmissbrauch“. Schützenhilfe erhielten sie von liberaler Seite, wenn auch aus anderen Motiven. Der Ausschluss bestimmter Parteien sei falsch, weil den Millionen von Rundfunkhörern die Gelegenheit gegeben werden müsse, die Stimmen aller Bewerber miteinander vergleichen zu können, was für die *Frankfurter Zeitung* ein „Stück vernünftiger Demokratie“ darstellte⁹⁸⁵.

Die neue „Großmacht Film“

Als eine ebenfalls neue „technische Errungenschaft“ ersten Ranges wurde dem Film in der Weimarer Republik wie keinem zweiten Medium Wirklichkeitsvermittlung und insofern Glaubwürdigkeit sowie hohe Wirkung nachgesagt. Im schichtenübergreifenden Film schien sich, so Frank Trommler und Jost Hermand, die „Demokratisierung der Kultur“ nach 1918 widerzuspiegeln und wuchs ein wichtiges Element des Alltags und der Freizeit heran. Seine Entwicklung vom „Volksvergnügen“ auf Jahrmärkten zu einem Massenbeeinflussungsmittel hatte bereits vor 1914 eingesetzt. Das von den Eliten des kaiserlichen Deutschland als Unterhaltung für die unteren sozialen Schichten angesehene Medium erhielt aber erst durch die filmische Berichterstattung während des Ersten Weltkriegs

ges und die Herausbildung der Wochenschauen eine politische Dimension. Der Krieg schuf zugleich die Grundlagen für den Aufbau einer deutschen Filmindustrie, insofern Militärs wie Ludendorff den Nutzen des Filmes als „nationales“ Propagandamittel erkannten. Den äußeren Anstoß für die Gründung der UFA im November 1917 gab das Vorbild der psychologischen Kriegführung der Alliierten. Das Programm der privatwirtschaftlich organisierten deutschen Filmindustrie erstreckte sich neben ersten Wochenschauen und Frontreportagen auf patriotische Unterhaltungsstücke, während ausländische Filme der Militärzensur unterlagen. Nach deren Aufhebung im November 1918 und einer kurzen Zeit der Freizügigkeit wurden Film und Kino durch das Reichslichtspielgesetz von 1920 wieder unter stärker restriktive Vorschriften beziehungsweise staatliche Vorzensur gestellt, während verwandte Medien wie das Theater davon weitgehend frei blieben. In den Nachkriegsjahren änderten sich die Zuschauererwartungen und sorgte das gesteigerte Unterhaltungsbedürfnis der Bevölkerung für eine Blütezeit der Kinoindustrie. Die „Großmacht Film“ lautete der Titel eines 1928 veröffentlichten Buches über dieses „Geschöpf von Kunst und Technik“, wonach im Jahr 1927 die Besucherzahl bei annähernd 4 000 Kinosälen reichsweit etwa 500 Millionen betragen habe, was erahnen lasse, wie viele „rettungslos der Großmacht Film verfallen“ seien⁹⁸⁶.

Das Monopol auf massenwirksame „leichte Unterhaltung“ mittels abendfüllender Spielfilme hatten die großen, meist „national“ eingestellten Produktionsfirmen. Obwohl eines der populärsten Filmthemen während der Weimarer Republik die Hollenzollernmonarchie war und UFA-Kassenerfolge wie „Fridericus Rex“ (1922) oder „Bismarck“ (1925) als scheinbar unpolitische Metapher die monarchische Vergangenheit verklärten, blieben ausgesprochene Tendenzfilme die Ausnahme. Der Versuch, politische Gesinnung zu suggerieren, geschah in erster Linie mittels der Wochenschauen. Ab 1923/24 mehrten sich allerdings die Krisensymptome der deutschen Filmindustrie, die in den wirtschaftsdepressiven Jahren nach 1929 in eine existentielle Krise geriet. Bei starkem Besucherschwund sah sie sich einer starken ausländischen Konkurrenz vor allem aus den USA ausgesetzt. Schon 1926 konnte nur knapp die „Amerikanisierung“ der UFA verhindert werden, indem das defizitäre Unternehmen durch die Übernahme in den Hugenberg-Konzern saniert wurde. Gerade zum Zeitpunkt der krisenhaften Zuspitzung vollzog sich 1929/30 die epochale Umstellung vom Stumm- auf den Tonfilm, nach-

dem in Amerika bereits 1926 die ersten „sprechenden Filme“ in die Kinos gekommen waren. Die kostspielige Tonfilmtechnik verursachte neue Investitionen und erhöhte Produktionskosten und verstärkte damit die Konzentrationstendenz, sodass es 1933 nur noch drei deutsche Filmkonzerne gab (UFA, Tobis und Terra)⁹⁸⁷.

Anders als der staatlich kontrollierte Rundfunk konnte sich der Film nach einigen Anlaufschwierigkeiten einen festen Platz in der Weimarer Parteipropaganda erobern. Wenn auch schon 1918/19 erste Überlegungen kursierten, den Film als Hilfsmittel der Wahlpropaganda zu verwenden, dauerte es doch noch Jahre, bis sich das neue Medium im Propagandarepertoire der Weimarer Parteien etablieren konnte. Alle waren sie mehr oder weniger mit den gleichen Problemen konfrontiert, nämlich günstige Produktionsstätten sowie Distributions- und Vorführungsmöglichkeiten zu finden, zumal die Linksparteien, da sich die meisten Kinos in bürgerlichen Händen befanden. Einer systematischen Filmpropaganda der Parteien standen neben dem Fehlen eigener Verleih- und Kinonetze die hohen Kosten und der technische Aufwand entgegen. Über die allenfalls geringe Anzahl von speziellen Wahlfilmen aus den frühen 1920er-Jahren ist heute kaum noch etwas bekannt. Insgesamt wird diesem Propagandamittel in den Reichstagswahlkämpfen nur geringe Bedeutung zugekommen sein. Bis 1930 waren es hauptsächlich große finanzkräftige Parteien wie SPD und DNVP, die Stummfilme einsetzten, wenn es auch an Ideen zur Filmpropaganda nicht mangelte und Filme ohne direkten Bezug zur Wahl im Rahmenprogramm von Versammlungen gezeigt wurden⁹⁸⁸.

Die Reichszentrale für den Heimatdienst plante vor der Wahl zur Nationalversammlung Filme, die im Sinne „staatsbürgerlicher Erziehung“ zur Teilnahme an den Wahlen aufforderten. Weil sich die Herstellung von Spielfilmen aber als zu teuer erwies, beschränkte sich ihre Filmpropaganda auf einige Lauf- oder Stehbilder, die im Reklameteil der Kinoprogramme gezeigt wurden. Vor den Reichstagswahlen im Juni 1920 schlug die RfH der Filmstelle der Presseabteilung der Reichsregierung vor – ohne dass etwas über die Verwirklichung dieser Vorhaben bekannt ist –, mehrere Wahlfilme unterschiedlicher Machart herzustellen, darunter die reportagehafte Darstellung einer Versammlung mit einem Reichsminister sowie einen längeren Spielfilm, aber auch Trickfilme, das heißt gezeichnete Karikaturstreifen mit humoristischer Absicht⁹⁸⁹.

Mit dem Aufschwung, den die Wochenschauen in den Stabilisierungsjahren nach 1924 erlebten, und parallel zur Konzentrationsbewegung in der deutschen Filmindustrie versuchten die Linksparteien, sich des neuen Mediums Film zu bedienen und insbesondere ihren Einfluss im Bereich der Wochenschauen zu verstärken, welche besser als Wahlfilme geeignet schienen, eine „Identität der Interessen von Produzent und Konsument“ vorzutauschen⁹⁹⁰. Die seit Anfang der zwanziger Jahre in Deutschland für die Sowjetunion werbenden „Russenfilme“ der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) fanden zwar selbst von bürgerlicher Seite Beifall⁹⁹¹. Erst gegen Mitte der zwanziger Jahre etablierten sich aber „proletarische“ Filmgesellschaften wie der kommunistische Prometheus-Film-Verleih oder der von Marie Harder geleitete Film- und Lichtbilddienst (FuL) der SPD, der sich nach 1925 als Referat beim Parteivorstand zunächst auf die Herstellung von Kurzfilmen mit meist kulturellem Inhalt konzentrierte. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Filmes sowie der monopolartigen Stellung der UFA und des Hugenberg-Konzerns auf dem kommerziellen Kinosektor erkannte auch die SPD die Notwendigkeit einer aktiven Filmarbeit und -politik. So wenig sie das Versäumte im Unterhaltungsbereich aufholen konnte, um so mehr war sie bemüht, sich gerade vor Reichstagswahlen als innovative Kraft auf diesem Gebiet zu profilieren. Kein anderes Werbemittel sollte sich so rasch und erfolgreich in der praktischen Propaganda der SPD bewähren wie der Film, was schon ein Blick auf den Etat ihres FuL zeigt. Verbuchte dieser 1926 gerade erst 15 Ausleihen bei Kosten von 21 000 Mark, waren es 1930 schon 2 645 Ausleihen bei einem Etat in Höhe von 454 000 Mark. Dieses geradezu „filmartige Tempo“ betrachteten die Sozialdemokraten selbst im unmittelbaren Zusammenhang mit der Modernisierung ihrer Agitationsmethoden. Nicht zuletzt dank der Filmautos und Wanderkinos erwiesen sich die Filmveranstaltungen im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 laut Bericht des SPD-Vorstandes als das „erfolgreichste Werbemittel“, mit dem trotz eines gelegentlichen Eintrittsgeldes Wähler erreicht worden seien, die sonst nie in ihre Versammlungen gegangen wären: „Wo das gesprochene Wort nicht mehr ausreicht, da wird das wandelnde Bild zu den Massen reden“⁹⁹².

Ihre Wahlfilme, die in mehreren Dutzend Kopien reichsweit kursierten, betrachtete die SPD im Frühjahr 1928 selbst als „ersten Vorstoß in das Neuland modernster Bildpropaganda“. Neu war vor allem, dass die Filme nunmehr auf Kosten der politischen Rede in den Mittelpunkt

der Versammlung rückten und besondere Filmabende durchgeführt wurden. Jede Vorführung besaß ein Rahmenprogramm, das in der Regel aus einem Tendenzfilm, künstlerischen Einlagen (etwa eines Männerchors), einem Schallplattenkonzert und der Kandidatenrede bestand. Mithilfe der „Wanderkinos“ und leicht transportablen Apparaten wurde es im Frühjahr 1928 möglich, die Wahlfilme der SPD auch in den „entlegentesten Dörfern“ zu zeigen. Die Wirkung der durchweg noch stummen Filme war aber in hohem Maße von der musikalischen Begleitung abhängig, weshalb außer Schallplattenkonzerten häufig Klavierspiel, bisweilen Geige oder Cello, seltener Blasorchester oder Gesang eingesetzt wurden. Allgemein war zu beobachten, dass den Wahlfilmen in den Städten weniger Interesse geschenkt wurde, da hier die zahlreichen Kinos dem Film das Neue nahmen⁹⁹³. Am größten sei, so etwa die Erfahrungen der SPD in Baden, das Interesse in den Dörfern, während die „kinoübersäte Großstadt“ schwerer zu erobern sei. Aber auch hier werde durch diese Art der Propaganda noch ein „starkes politisches Wahlinteresse“ ausgelöst⁹⁹⁴. Sozialdemokratische Überzeugung war spätestens seit dem Frühjahr 1928, dass das Bild wie die „unmittelbare Anschauung“ auf Plakaten oder eben im Film, dem „begrifflichen Denken“, dem Wort gleichberechtigt zur Seite stehe. Sollte das Bild den Zuschauer und potenziellen Wähler „mitreißen und fesseln“, müsse es in Handlung umgesetzt werden, wie es auch die Theatergruppen mit ihren Wahlrevuen könnten: „Die größte Wirkung auf die Massen aber erzielt man mit dem Film. Den kann man vielfältigen und vor Tausenden gleichzeitig abspielen. Der Film ist das ideale Propagandamittel“. Was der meist halbstündige Wahlfilm bewirke, könne in Dutzenden von Versammlungen und stundenlangen Reden nicht gesagt werden⁹⁹⁵.

Die besten Resultate bei ihrer Versammlungspropaganda im Frühjahr 1928 hatte die SPD mit dem Streifen „Dein Schicksal“ erzielt, ihrem ersten längeren, unter Leitung des Parteigenossen Bernhard Lohmann gedrehten Wahlfilm von 35 Minuten. In einer Sondervorstellung wurde er vor Beginn des Wahlkampfes dem Parteivorstand am 20. März 1928 in Berlin gezeigt und – nachdem er mit kleinen Korrekturen die Zensur passiert hatte – anschließend an die Bezirke in 63 kostenlosen Kopien versandt, während weitere 50 verkauft und fünf von der FuL für gelegentlichen Verleih bereit gehalten wurden⁹⁹⁶. Seine öffentliche Erstausführung hatte der Wahlfilm am 4. April 1928 im Lehrervereinshaus am Berliner Alexanderplatz. Vor Beginn der Vorführung wurde ein Bild ge-

zeigt, das die Zensur gestrichen hatte: den „Transportarbeiter“ Thälmann, der auf seinen Schultern Reichspräsident Hindenburg trägt. Laut einem Bericht des *Vorwärts* charakterisierte der Film dennoch in prägnanten Bildern die Gegner der SPD sowie die Folgen für die Arbeiter, wenn diese am 20. Mai siegen würden. Die eingefügten Trickzeichnungen seien witzig und dabei „durchaus filmisch“ empfunden. Wenn auch die Kritik am politischen Gegner im Film besonders „kontrastreich“ sei, bleibe sie doch für sich allein wirkungslos, weshalb am Schluss des Filmes einige Parolen über die positive Aufbauarbeit der SPD informierten. Nicht mit dem „Rüstzeug der Barbaren“, sondern mit den „Waffen des Geistes“ werde sie am 20. Mai siegen, pries der *Vorwärts* den Wahlfilm, dem in der Rechtspresse immerhin „gewissenlose Volksverhetzung“ vorgeworfen wurde⁹⁹⁷. Die innerparteiliche Kritik entzündete sich vor allem an der Kargheit seines positiven Teils sowie – vor allem aus kleinstädtischen und ländlichen Ortsgruppen – an „dem Tempo, der Kürze und Knappheit der Titel“. Aus Rücksicht auf den „kinoverwöhnten Großstädter“ habe die SPD hier, gab der Vorstand zu, des Guten zuviel getan; leichter lesbare und länger stehende Zwischenüberschriften hätten die Wirkung des Filmes noch erhöhen können. Einige Parteibezirke kürzten den Wahlfilm um den gegen die KPD gerichteten Teil, andere wieder fügten Lichtbilder ihrer Reichstagskandidaten am Schluss hinzu. In Berlin wurde er insgesamt bei vierzig Kundgebungen der SPD vor dem 20. Mai 1928 gezeigt, zusammen mit Filmen wie „Die Weber“ oder „Was wir schufen“, Letzteres ein Überblick kommunal- und sozialpolitischer Leistungen der SPD. Ebenfalls zum Einsatz kam der stumme Animationsfilm „Was wählst Du?“, dessen Spielszenen aus Realaufnahmen und Zeichentrick zusammengesetzt waren⁹⁹⁸.

In der KPD wurden dem Kino als „Mittel zur Bereicherung der Bourgeoisie“ zunächst noch stärkere Vorbehalte als in der SPD entgegengebracht und die Möglichkeiten des neuen Mediums Film unterschätzt. Die Erprobung innovativer Methoden und künstlerischer Gestaltungsmittel in der Propaganda wurde anfänglich durch eine Auffassung behindert, welche die Literaturkritikerin der *Roten Fahne*, Gertrud Alexander, noch 1920 beispielhaft mit Blick auf neue Theatertechniken formulierte: „Kunst [ist] eine zu heilige Sache, als dass sie ihren Namen für plattestes Propagandamachwerk hergeben dürfte“⁹⁹⁹.

Ansätze einer eigenständigen Filmarbeit deutscher Kommunisten waren freilich schon seit den frühen 20er-Jahren zu beobachten. Schritt-

macherfunktion besaßen dabei Willi Münzenberg und die Gründung der in Berlin ansässigen IAH, die inspiriert von dem Erfolg der „Russenfilme“ seit 1923 bald auch eigene Filme produzieren ließ. In einem programmatischen Aufsatz verlangte Münzenberg 1925 mit Nachdruck die „Agitpropisierung“ des Filmes, dessen Bedeutung inzwischen die der Presse übertroffen habe. Die KPD greife aber immer noch zu wenig auf das „lebendige“ Bild in ihrer Propaganda zurück. Film und Kino hätten sich aber technisch ständig verbessert, und inzwischen sei unbestritten, dass „das gesehene Bild in viel stärkerer und eindringlicherer Weise auf die Zuschauer wirkt, als das geschriebene Wort auf den Zeitungsleser“, so Münzenberg¹⁰⁰⁰. Angesichts „persönlicher Zensurvorschriften“ bürgerlicher Kinobesitzer und hoher Theatermieten müsse die KPD dem Vorbild der IAH folgen und sich durch eigene Filmapparate unabhängig machen. Den Massenbesuch ihrer Filmabende müsse eine „breite, auffällige, schreiende Reklame“ sowie Musikvorträge, Arbeitergesangvereine oder Massensprechchöre als Rahmen sichern. Münzenbergs Plänen standen 1925, wie er selbst eingestehen musste, neben den „Zensurschwierigkeiten“ vor allem noch organisatorische Mängel im Weg. Zudem koste ein „guter Film mit Massenszenen und mit allem technisch notwendigen Raffinement“ mehrere Hunderttausend Mark, wenn auch die Moskauer Produktionsstelle der IAH, die Meschrabpom-Russ, zur Verfügung stehe¹⁰⁰¹.

Obwohl der Filmpropaganda in ihren Wahlkämpfen keine vergleichbare Rolle wie etwa in denen der SPD zukam, verstärkten die Kommunisten ab Mitte der 20er-Jahre die „filmpolitische Massenarbeit“. In einem Rundschreiben des Sekretariats zur Filmpropaganda an alle Bezirksleitungen vom Mai 1927 hieß es, dass die früheren Schwierigkeiten – der Mangel geeigneter Filme sowie das Finanzierungs- und Distributionsproblem – weitgehend beseitigt seien, letzteres durch die Anschaffung einer genügenden Anzahl von Vorführapparaten. Da diese aber nur von Fachleuten bedient werden könnten, sei der einfache Verleih nicht möglich, sondern organisierte die Parteizentrale von Berlin aus „Film-tourneen“ in die Bezirke¹⁰⁰². Anlässlich der Reichstagswahlen im Mai 1928 konnte die KPD immerhin insgesamt drei Wahlfilme produzieren. Bei der Uraufführung des Filmes: „Die Rote Kamera“ erklärte Wilhelm Pieck, dass dieser als ein „Stück Zeitgeschichte“ im Gegensatz zum „bürgerlichen Lügenfilm“ die wahren Zustände in Deutschland zeige¹⁰⁰³. Obwohl die Zentralagitprop reichlich instruktives Material zur Organisati-

on von Filmveranstaltungen herausgab, konnte sich das neue Medium in der KPD jedoch nicht etablieren, zu hoch blieben die organisatorischen und finanziellen Hürden. Im Sommer 1930 verzichtete ihre Zentrale daher bereits wieder auf die Produktion spezieller Filme zur Reichstagswahl am 14. September¹⁰⁰⁴.

Vorläufer der Filmpropaganda, aber von dieser spätestens 1928 in den Hintergrund gedrängt, waren die **Lichtbildvorträge**, deren sich die Weimarer Parteien schon in den ersten Wahlkämpfen mithilfe privater Firmen bediente. Über den in Berlin ansässigen Deutschen Lichtbilddienst bot das Zentrum etwa vor dem 7. Dezember seinen Organisationen mehrere Serien von Lichtbildern an, unter anderem zur Reparationsproblematik. Die vierzig Bilder dieser Serie waren sowohl schwarz-weiß als auch farbig und kosteten einschließlich Text je 60 Mark, billiger mit Mengenrabatt. Außerdem hatte das Zentrum Stehbilder von einem Wahlplakat zur Projektion auf Kinoleinwände präpariert, deren Einzelpreis 2 Mark 20 betrug¹⁰⁰⁵. Auch die SPD pries noch im Frühjahr 1924 die „vorzüglichen Dienste“ an, die das Lichtbild für die Wahlpropaganda leisten könne. Die Mobilisierungswirkung eines Lichtbildervortrags sei insbesondere auf dem Land groß, wenn neben den Bildern von sozialistischen Führern noch proletarische Demonstrationzüge gezeigt würden¹⁰⁰⁶. Ebenfalls vor der Reichstagswahl im Mai 1924 hatte die in Berlin ansässige „Kulturfilm AG“ dem Fraktionsvorsitzenden der DVP im Reichstag, Ernst Scholz, auf dessen Anfrage hin ein Exposé über die Möglichkeiten der Lichtbild- und Filmpropaganda vorgelegt. Darin wurden unter Berufung auf die Erinnerungen Hindenburgs die deutschen Kriegsgegner gelobt, weil sie die „Psychologie des stehenden (Diapositiv) und des laufenden (Film) Bildes“ vorbildhaft in den Dienst ihrer Propaganda gestellt hätten. Obwohl jeder wisse, dass sich das Bild viel stärker dem Gedächtnis einprägen als das gesprochene Wort, sei dagegen in Deutschland erst nach dem Krieg Filmpropaganda in größerem Maße eingesetzt worden, etwa bei den Abstimmungen in Schleswig-Holstein und Oberschlesien. Während sich die Lichtbild-Reklame in den Kinotheatern durchgesetzt habe, sei bei der Filmpropaganda zweckmäßig, die Veranstaltungen unter ein „unauffälliges“ Thema wie „Der Bürger im Staat“ oder „Aufstieg oder Niedergang“ zu stellen, um den parteipolitisch Desinteressierten nicht abzuschrecken¹⁰⁰⁷.

Angesichts der hohen Kosten von Wahlfilmen griffen gerade die bürgerlichen Parteien weiterhin auf Lichtbilder zurück, nicht zuletzt aber

auch als Teil des Rahmenprogrammes von Versammlungen oder Filmabenden. So stellte die DNVP vor der Wahl im Mai 1928 Stehbilder mit Parteiführern oder thematische Serien her, die durch Weglassen der letzten Bilder auch nach der Wahl bei Versammlungen oder in Kinotheatern während der Pause verwendet werden könnten¹⁰⁰⁸. Das deutschnational geführte Reichsinnenministerium plante, in der Woche vor dem 20. Mai mit einer „Scheinwerfer-Diapositiv-Reklame“ in den Kinos zur Wahl aufzurufen. Verhandelt wurde dazu mit einer Werbekunst-Epoche-Reklame GmbH, die anbot, entsprechende Diapositive für einen Preis von insgesamt 6 000 Mark herzustellen und damit in hundert Theatern neun Tage lang zu werben, was nach ihren Berechnungen etwa vier Millionen wöchentliche Kinobesucher erreiche¹⁰⁰⁹.

Der flächendeckenden Nutzung des Films für Wahlzwecke standen in den bürgerlichen Parteien allerdings neben den Kosten nicht zuletzt „weltanschauliche“ Bedenken gegen dieses Propagandainstrument entgegen. Über solche Skrupel hinweg setzten sich am ehesten die Deutschnationalen hinweg, die wie die SPD bereits im Frühjahr 1928 erstmals in großem Stil systematische Filmpropaganda betrieben. Der zentrale Wahlfilm der DNVP mit dem Titel „Wohin wir treiben“ war ein vernichtender Rückblick auf die innenpolitische Entwicklung seit dem November 1918. Produzieren ließ die Partei den zwanzigminütigen Film durch die UFA, der sie dann das Negativ mitsamt Aufführungsrechten für 18 000 Mark abkaufte. Anfang Mai passierte er die Kontrolle der Behörden, die ihn – wie die Wahlfilme aller Parteien – für Jugendliche verboten. Zum Preis von 260 Mark verkaufte die DNVP-Schriftenvertriebsstelle von dem Film insgesamt 35 Exemplare an die Landesverbände, während die Leihgebühr für die Wahlkampfzeit 50 Mark betrug. Eine Logos-Film-Gesellschaft aus Berlin schnitt des weiteren im Auftrage der DNVP den Film „Hindenburgs Ehrentage“ von 1925 für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 zurecht. Diesen Streifen, von dem zum Preis von 120 Mark immerhin 42 Stück abgesetzt wurden, hatten die Behörden ebenso wie die deutschnationalen „Führerfilme“ mit Graf Westarp oder Admiral Tirpitz unbeanstandet auch für Jugendliche freigegeben. Einfach zu transportierende Kino-Box-Apparate, die ebenfalls über die UFA vermittelt wurden, sollten den Deutschnationalen im Frühjahr 1928 die Filmpropaganda erleichtern. Angesichts des hohen Kaufpreises von 1195 Mark wurden davon jedoch nur elf Stück abgesetzt¹⁰¹⁰.

Ohne neue Wahlfilme anzubieten, schlug die DNVP im Sommer 1930 ihren Organisationen vor, verstärkt „unpolitische Filme“ in den Wahlversammlungen zu benutzen, wozu sie sich direkt an den UFA-Filmverleih in Berlin wenden sollten. Für die Lichtbilderpropaganda empfahl die Parteileitung vor allem den Dresdener Lichtbild-Dienst, der über ein reiches Lager „nationaler“ Bildserien verfüge. Im Übrigen ließ sie bereits vorhandene Produktionen umarbeiten, so den Wahlfilm von 1928: „Wohin wir treiben“ oder den Lichtbildervortrag „Volksentscheid“ vom Herbst 1929¹⁰¹¹. Über die Filmpropaganda der DVP lässt sich nur wenig Aussagekräftiges in Erfahrung bringen, obwohl einzelne finanzkräftige Parteivereine schon früh Interesse an dem neuen Medium zeigten. Im Herbst 1924 verteilte die Berliner DVP Einladungszettel für eine Stresemann-Versammlung am 29. November, auf denen sie damit warb, dass vorher der „große nationale Sensationsfilm“ laufe. Hierbei scheint es sich um einen stummen Wahlfilm mit dem Titel „Liste 5 ist Trumpf“ zu handeln, der laut der *Roten Fahne* nur in Berlin lief¹⁰¹². Film- und Lichtbilderpropaganda setzte die DVP auch in späteren Wahlkämpfen allenfalls sporadisch ein, zumal ihre Spitzenfunktionäre wenig von dieser Art Werbung hielt, die sich kaum zur Gewinnung von Wählerstimmen eigne, weil sie, „um Aufnahme innerhalb der Reklame zu finden, sich parteipolitisch möglichst zurückhalten“ müsse¹⁰¹³.

Während sich das Zentrum darauf beschränkte, im Vorprogramm der Filmtheater mit Lichtbildern zu werben¹⁰¹⁴, griff die DDP im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 auf das „moderne“ Werbemittel Film zurück. Ihre Reichsgeschäftsstelle ließ zwei Wahlfilme produzieren, einen humoristischen Zeichentrickfilm sowie einen längeren „seriösen“ Spielfilm mit historischen Bildern zur Geschichte der Weimarer Republik¹⁰¹⁵. Als Titel für diesen vierzigminütigen Streifen wählte man das Motto „In diesem Zeichen wirst Du siegen!“, der Trickfilm erhielt den satirischen Titel „Der erlösende Traum“ und dauerte zehn Minuten. Die erste öffentliche Vorführung der Wahlfilme bildete am 16. April 1928 zugleich den Wahlkampfauftritt der DDP in Berlin. Die Gesamtkosten ihrer Filmagitation bezifferte Hauptgeschäftsführer Stephan Ende Februar 1928 auf insgesamt knapp 40 000 Mark, wovon allein die Hälfte für die Produktion der Wahlfilme durch eine private Firma veranschlagt wurde. Nach der Fertigstellung Anfang April 1928 zeigte man sie zunächst dem Parteivorstand sowie den Wahlkreisvorsitzenden, aus deren Reihen sich prompt Widerstand gegen solch kostspielige Methoden der Berli-

ner Zentrale regte. Auf dem Lande sowie in Kleinstädten wollten einige Demokraten aus Angst vor rechtsradikalen Störaktionen auf die Wahlfilme von vornherein verzichten. Das Kostenargument hingegen ließ Stephan im Frühjahr 1928 nicht gelten, da sie die Kopien von Berlin umsonst erhielten. Schon angesichts der umfangreichen Filmpropaganda der Gegner war ihm zufolge ein genereller Verzicht von seiten einer Wahlkreisorganisation töricht, weil er die DDP zwangsläufig weiter ins Hintertreffen bringe¹⁰¹⁶. Um vielmehr die größtmögliche Auswertung der Filme zu erreichen, empfahl die Parteileitung, rechtzeitig Lichtspieltheater anzumieten. Es gebe in Deutschland kaum noch einen Ort mit mehr als 2 000 Einwohnern, in dem nicht ein Kinotheater oder eine andere Möglichkeit zur Filmvorführung bestehe. Falls aber nicht, riet die Reichsgeschäftsstelle nachdrücklich zur Anschaffung „ambulanter Kinovorführapparate“, die auch in wahlkampflosen, „ruhigen“ Zeiten sehr nützlich für die Parteiarbeit seien. Immerhin lag der Preis des empfohlenen Koffeapparates „Knirps“ einer Breslauer Firma inklusive Zubehör bei über 1 000 Mark, wenn er auch durch Rabatt bei Sammelbestellung über die Parteizentrale schon für 885 Mark zu haben war. Der Apparat biete die Vorzüge „leichter Transportfähigkeit, solider Konstruktion und ausgezeichneter Bildprojektion“, die der bei einer regulären Kinovorstellung durchaus gleichkomme. Allerdings seien zum Betrieb noch ausgebildete Filmvorführer notwendig, die bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 300 Mark wiederum kaum über die ganze Dauer des Wahlkampfes engagiert werden konnten. Die DDP versuchte daher Parteifreunde, besonders Lehrer oder auch Studenten der technischen Fakultäten, für diese Wahlarbeit heranzuziehen. Schließlich wies ihre Reichsgeschäftsstelle im Frühjahr 1928 noch darauf hin, dass die Filme im Wahlkampf keinen abendfüllenden Zweck erfüllten, sondern immer nur als Rahmenprogramm, als „Zugabe“, in den Versammlungen gedacht sein dürften¹⁰¹⁷.

Während die Auseinandersetzung mit der „jüdisch-kapitalistischen“ Filmwirtschaft einen festen Platz in ihrer Propaganda besaß, maß die NSDAP eigenen filmischen Produktionen lange Zeit nur wenig Bedeutung zu. Die frühen Parteitagsstreifen besaßen lediglich interne, wenn man so will binnenpropagandistische Funktion. Bis 1930 existierte eine aktive oder systematische nationalsozialistische Filmpropaganda faktisch nicht. Die Entdeckung des neuen Mediums und seiner Propagandamöglichkeiten für die NSDAP war eng mit der Person Goebbels' ver-

knüpft. Kontinuierliche Filmpolitik betrieb sie erst nach Gründung ihrer „Reichsfilmstelle“ im November 1930, die auch den Aufbau „Nationalsozialistischer Verbandszellen deutscher Lichtspieltheaterbesitzer“ leitete. Dass die NSDAP keine Vorreiterrolle in der Einführung „moderner“ Propagandamittel beanspruchen konnte, wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass sie erst im Sommer 1932 – zwei Jahre nach dem sozialdemokratischen Gegner – den Tonfilm zur Wahlpropaganda heranzog¹⁰¹⁸.

In Amerika hatten sich die Präsidentschaftsbewerber zum ersten Mal schon 1924 in kurzen „sprechenden Filmen“ den Wählern vorgestellt. Der Vorteil solcher später tausendfach kopierter Kandidatenfilme lag auf der Hand, da die Bewerber so bereits im amerikanischen Wahlkampf vom November 1928 überall aufzutreten schienen. In Deutschland war der „Sprechfilm“ zur gleichen Zeit noch nicht einmal in die kommerziellen Kinotheater gedrungen, zumal zu seiner Wiedergabe kostspielige Apparate notwendig waren, die kleinere Theaterbesitzer nicht bezahlen konnten. Auch herrschte aufgrund der großen Beliebtheit des „stummen Bildes“ Skepsis, ob sich das deutsche Publikum mit dem Tonfilm anfreunden werde¹⁰¹⁹.

Solche Zweifel waren zwei Jahre später im Sommer 1930 verflogen, als sich die Parteien – allen voran die SPD – bei ihrer Filmpropaganda rechtzeitig zum Reichstagswahlkampf umstellten. Für die vom Parteivorstand verbreiteten Filme unter dem Titel „Die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf 1930“ waren Reden bekannter Parteiführer nach bewährter Art auf Schallplatte gebracht worden. Indem die Einleitungs- und Schlussrede eines Versammlungsleiters sowie zwei Lieder der Arbeitersänger – am Anfang „Erwache Volk, erwache“ und zum Schluss „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ – hinzugefügt wurden, sollte eine Wahlversammlung filmisch dargestellt werden¹⁰²⁰. Tatsächlich wirkten die gefilmten Parteiführer mitunter wie „verunglückte Puppen“, schrieb die *Frankfurter Zeitung*. Allerdings wende sich der Film in erster Linie doch nicht an den Verstand des Wählers, sondern werbe mit den Reizen eines Schauspiels, das das „trockene Gezänk der Argumente“ versinnliche: „Der Tonfilmwagen der Partei kommt als Festveranstalter ins Dorf mit Augen- und Ohrenschmaus“¹⁰²¹.

Als rundum gelungen verbuchte der SPD-Vorstand selbst den von der FuL hergestellten Zeichentrickfilm „Dem deutschen Volk“, der zusammen mit weiteren kurzen Stummfilmen das Filmangebot der Partei im Sommer 1930 komplettierte. Außer in gemieteten Kinotheatern wur-

den die Wahlfilme wie schon im Frühjahr 1928 mithilfe der „Kino-Autos“ flächendeckend vorgeführt. Wegen der aufwändigen Apparatur des Tonfilms, die mitunter noch zu technischen Störungen wie durchgebrannten Leitungen führte, konnten jedoch nur drei dieser Wagen eingesetzt werden. Der Ablauf der Filmabende selbst hatte sich gegenüber dem letzten Reichstagswahlkampf kaum verändert. Zuerst zeigte man den satirischen Zeichentrickfilm, dann eine Reihe historischer Lichtbilder, die „knapp und plastisch“ die Geschichte der SPD umrissen. Im Anschluss an eine kurze Pause mit Musik kam als Höhepunkt des Abends der Tonfilm: „Als größte Partei Deutschlands nützt die Sozialdemokratie ihre Stärke und sendet sprechende Filme durch Stadt und Land, um neue Massen zu werben“, rechtfertigte die SPD vor dem 14. September 1930 im Zeichen der Wirtschaftskrise das teure Propagandamittel gegenüber Vorwürfen, als angebliche „Partei der Ärmsten der Armen“ eher den „kostspieligen Apparat eines Tonfilms“ zu finanzieren, statt die „vielen Tausende von Reichsmark“ zu benutzen, um jenen zu helfen¹⁰²². Auch aus den eigenen Reihen mehrte sich Anfang der 1930er-Jahre die Kritik an der Filmarbeit der SPD, die sich zu sehr auf reine Agitation beschränke, auf „Flugblattfilme“, die mit der „psychologisch etwas robusten Methode der Handzettelwerbung“ vor allem von dem Wert der Organisation überzeugen und neue Mitglieder werben wollten. Auch aus finanziellen Gründen verzichtete die SPD schließlich in den Reichstagswahlkämpfen 1932 zugunsten von billigeren Propagandaformen auf neue Filmproduktionen, obwohl sie wusste, dass der Tonfilm „in künftigen Wahlkämpfen noch mehr als heute zu Propagandazwecken herangezogen“ werde¹⁰²³.

Symbol- und sonstige Wahlpropaganda

Über die bislang angesprochenen Werbemittel hinaus griffen vor allem die Massenmobilisierungsparteien auf eine im Vergleich zur Praxis des Kaiserreichs neuartige Vielzahl von Mitteln der Kleinagitation zurück. Der Wahlkampfbericht des SPD-Vorstandes vom Frühjahr 1928 listete die ganze Palette der nichtschriftlichen und nicht im engeren Sinne technischen Werbung in der Rubrik „Andere Wahlpropaganda“ auf. In der Hauptsache handelte es sich dabei um von den Parteibezirken vor Ort selbst produzierte und auf Massenwirkung abzielende Straßenpropagan-

da. Intensiv wurde etwa die neue „**Lichtreklame**“ für die Wahlarbeit eingesetzt, sei es in Form von beleuchteten Transparenten, sei es in Form von Lichtbildern in Kinos und Theatern sowie als Straßenillumination. Viel Beachtung fanden die „leuchtenden Wahlaufrufe“ mittels der Lichttransparente, welche die SPD erstmals an zentralen Berliner Verkehrspunkten wie dem Funkturm, einem Wahrzeichen des „neuen“ Berlin, anbrachte. Laut Bericht des *Vorwärts* formten sich bei dieser Propaganda mithilfe elektrischer Lichtquellen meterhohe Buchstaben und aus diesen dann wieder „wandernde“ Sätze. Statt langer Wahlappelle wurden dem Passanten kurze, eindringliche Losungen mitgeteilt, um wie bei einer Sensationsmeldung sein Interesse zu wecken. Große Leinwandflächen mit solch zeitgemäßer „Himmelsschrift“ wurden bis spät in die Nacht hell erleuchtet. Von der Bewunderung über derartig „imponierende Machtentfaltung“ auf technischem Gebiet sei es nur noch ein kleiner Schritt zur Stimmabgabe für den Urheber. Einfach und doch wirkungsvoll seien rote Lichttransparente, die abends in den Wohnungsfenstern oder von Balkonen der Sozialdemokraten mit kleinen Lämpchen leuchteten¹⁰²⁴.

Modern mutet die so genannte „**Schnickschnack**“-Werbung der SPD an, die etwa im Frühjahr 1928 Millionen von kleinen Luftballons sowie 20 000 Stocklaternen, 200 000 roten Kinderfähnchen mit Aufschriften wie „Wählt Sozialdemokraten“, des weiteren 50 000 illustrierte Postkarten und schließlich Seifenstücke mit dem Aufdruck „Wählt SPD“ gratis verteilte. Speziell bei Frauen sei diese Wahlkampfseife bestens angekommen, während Flugblätter nach dem Verteilen oft nur den Boden bedeckten. So aber gingen „mit einem Schlage 500 000 Stück Seife zum Einseifen der Wähler“ weg, spottete die *Rote Fahne*¹⁰²⁵. Kinderfähnchen waren im übrigen als Massenagitationsmittel vor Wahlen keineswegs neu. Bereits im Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925 hatten die Rechtsparteien massenweise doppelseitig in schwarz-weiß-rot sowie mit dem Hindenburg-Bild bedruckte Fähnchen verteilt, zur Empörung der republikanischen Presse selbst in Schulen. Während solche Methoden in den „wohl disziplinierten Scharen“ des Reichsbanners nicht geduldet würden, versähen die Rechtsparteien „das Kleinvolk, das kaum das große Einmaleins fehlerfrei beherrscht, für ihre Zwecke mit schwarz-weiß-roten Fahnen“¹⁰²⁶.

Mit besonderem Eifer versuchte sich die KPD auf dem Gebiet dieser „kleinen“ Straßenpropaganda zu profilieren, vor allem mit roten Fah-

nen und Transparenten für Wahldemonstrationen. Gleich den Liedern der Agitproptruppen erklärte ihre Führung diese zu „Gradmessern der revolutionären Leidenschaften und der politischen Geschultheit der Massen“. Tatsächlich zeigten die Kommunisten immer wieder, was unkonventionelle und ohne große Geldmittel herzustellende Straßenpropaganda zu leisten vermochte, wobei ihr Erfindungsgeist mitunter die Grenze des guten Geschmacks überschritt. So marschierte vor der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 eine kleine Trauergemeinde mit schwarz umschlagener, sargähnlicher Kiste durch die Straßen Berlins. Nur die Aufschrift ließ die erstaunten Passanten die wahre Bedeutung dieser nach Meinung des Zentrumsblattes *Germania* „jedem christlichen Gefühl spottenden Komödie“ erkennen: Die Kommunisten trugen feierlich „ihre Brüder von der VSPD“ zu Grabe¹⁰²⁷. Des Weiteren marschierte man mit Leuchttransparenten, das heißt auf einer Holzplatte befestigten, von innen her beleuchteten Pappschachteln mit Buchstaben oder Symbolen, nach Art der Plakatkolonnen auch bei Dunkelheit. Andere Möglichkeiten der „Lichtreklame“ waren Fackelzüge und Feuerwerk, die aufgrund der hohen Kosten jedoch nur im Rahmen einer größeren Veranstaltung von der Leitung der KPD empfohlen wurden. Die Anwendung solcher Methoden erschien aber auch in kommunistischen Augen immer wichtiger, weil das „Bild und die bildliche Darstellung von größerer Wirkung als Wort und Schrift“ seien¹⁰²⁸.

Auf die Frage, welche Propaganda die Wahlerfolge von NSDAP und KPD im September 1930 am meisten begünstigt habe, verwies Emil Dovifat auf die neuen „kollektiven Führungsmittel“ in der radikalen Parteienwerbung, die eine vor allem emotionale Anziehungskraft ausübten, angefangen von der politischen Uniform bis hin zur Schlipsnadel und dem Knopflochabzeichen, die als „Gesinnungssymbole“ auf der Straße zur Schau getragen würden. Leidenschaftlich habe man bereits einen „**Kult des Symbols**“ gefeiert¹⁰²⁹. Das demonstrative Zeigen der eigenen Gesinnung mittels entsprechender Abzeichen war eine seit jeher beliebte deutsche Vereinssitte, die auch von den bürgerlichen Weimarer Parteien gepflegt wurde. Die DVP gab im Herbst 1924 erstmals neben der üblichen schwarz-weiß-roten Schleife spezielle „Wahlkampfabzeichen“ an die Delegierten ihres Wahlparteitages aus, die aus drei fest ineinandergeschlungenen Ringen mit den Worten „Einigkeit, Recht, Freiheit“ bestanden¹⁰³⁰. In der SPD hielt man solche Partei- oder Vereinsabzeichen bezeichnenderweise für überflüssig und lächerlich oder „Spielzeug für

große Kinder“, so der damalige preußische Innenminister Albert Grzesinski im Mai 1928. Da laut Weimarer Reichsverfassung Orden und Ehrenzeichen vom Staat nicht verliehen wurden und die Republik auf derlei „Mätzchen“ auch getrost verzichten könne, trügen doch auf den Straßen „gut die Hälfte aller männlichen Passanten im Knopfloch irgendein Abzeichen“ zur Schau¹⁰³¹. Grzesinskis Appell an die Vernunft änderte wenig an der Begeisterung der Deutschen für äußere Zeichen ihrer Weltanschauung. Nachdem schon im Frühjahr 1928 in einigen Orten der Wahlvorstand während der Ausübung seines Amtes Parteiabzeichen getragen hatte, musste Reichsinnenminister Wirth dies vor dem 14. September 1930 erst wiederum ausdrücklich verbieten. Das allgemeine Verbot von politischen Uniformen und Abzeichen, das per Notverordnung im Dezember 1931 erlassen worden war, wurde schließlich nicht zuletzt mit den Stimmen der SPD Ende Juni 1932 inklusive der noch bestehenden Demonstrationsverbote vor den Reichstagswahlen aufgehoben¹⁰³².

Ungeachtet aller neuen Technik und Vielfalt in den Propagandamethoden wurden die Weimarer Reichstagswahlkämpfe entscheidend von den inhaltlichen und damit sprachlichen Auseinandersetzungen der Parteien geprägt. Sprachtheoretisch betrachtet, trat (und tritt) dabei die so genannte monologische Persuasion in den Vordergrund, ein Sender versucht den Empfänger mithilfe der Propaganda auf seine Seite zu ziehen, ohne dass eine direkte Rückkopplung stattfindet. Die sprachlichen Argumentationsmuster der Wahlpropaganda zielen nicht nur auf Aufklärung, sondern mindestens genauso auf Vereinfachung, Ideologisierung, Personalisierung und Polarisierung¹⁰³³.

Sprache und Wahlkampf stehen in einer Wechselbeziehung, insofern die politischen Konflikte die Sprachfindung inspirieren und umgekehrt sich die Sprache den inhaltlichen Kontroversen anpasst. Bereits zwischen den Weimarer Parteien und ihren politischen Teilkulturen lässt sich dabei ein reger Austausch bemerken, was den Gebrauch von bestimmten politischen Schlüsselvokabeln betraf¹⁰³⁴. Bekanntestes Beispiel für die Adaption, ja Zweckentfremdung von Parolen durch den politischen Gegner sind die Slogans vom November 1918, welche die Hoffnungen auch vieler bürgerlicher Wähler ansprachen. Die prorrepublikanische Parole „Für Frieden, Freiheit und Brot!“ fand sich bereits in den ersten Reichstagswahlkämpfen bei der verfassungsoptionellen Rechten wieder, zum Teil mit unterschwellig affirmativer Geste. Ebenso wurde bald das Schlagwort der „sozialen Gerechtigkeit“ zum Gemeingut der Wei-

marer Parteienpropaganda. In der linksliberalen „Neuen Rundschau“ kritisierte der Schriftsteller Alfred Döblin bereits Ende 1919, dass die Parteien das Wahlvolk künstlich durch „Schlagworte, affektbeladene, undeutliche und schillernde Worte“ erregten¹⁰³⁵. Der den Demokraten nahestehende Historiker Willhelm Mommsen, Privatdozent in Göttingen, wies vor dem 7. Dezember 1924 auf die Langlebigkeit solcher überkommener Schlagwörter hin. Wie viele Wahlkämpfe seien in Deutschland schon, so Mommsen, unter der demagogischen Parole: „Gegen die Sozialdemokraten und ihre Begünstiger“ geführt worden: „Ja, das Fortbestehen alter Schlagworte ist so stark, dass selbst das Wort von den ‚staats-erhaltenden Parteien‘, das man heute doch nur auf die republikanischen anwenden könnte, für diejenigen gebraucht wird, die Gegner des bestehenden Staates sind“¹⁰³⁶.

Die wohl wirkungsvollsten Parolen und Schlagworte entstanden zusammen mit der Weimarer Republik. Schon kurz nach Kriegsende wurde die Dolchstoß-Legende, welche der Revolution die Schuld an Niederlage und Gegenwartsmisere gab, zu einer „tragenden Säule der konservativ-nationalistischen Rechtfertigungs- und Kampffideologie“ gegen die Republik¹⁰³⁷. Die Rechtsparteien und ihre Presse bedienten sich in den 20er-Jahren gezielt einer „Politik der Schlagworte“, auf deren Phrasenschatz und Argumentationsmuster gegen das universelle Sündenbock-Symbol des Weimarer „Systems“ Hitler ausgiebig zurückgriff¹⁰³⁸.

Überparteiliches und auffälligstes Kennzeichen von Wahlkampfsprache in der Weimarer Republik war die Entlehnung von Metaphern und Vokabeln aus dem militärischen Bereich. Die Brutalisierung der Politik nach 1918 ging einher mit einer Militarisierung der politischen Sprache, ein Prozeß, dessen Katalysatoren der Weltkrieg sowie der innere Bürgerkrieg während der ersten Republikjahre bildeten. Der Kampf der Parteien um Wählerstimmen und politische Macht wurde nicht als demokratische Konkurrenz wahrgenommen, sondern als tendenziell unveröhnliches kriegerisches Ringen zwischen politischen Weltanschauungen oder „Lagern“. Zwar wurden die Wahlkämpfe schon vor 1914 als eine Art kriegerischer Auseinandersetzung charakterisiert, für die man „Munition“ brauche¹⁰³⁹. Für die allgegenwärtige Existenz der noch aus dem Ersten Weltkrieg in frischer Erinnerung gehaltenen Stereotypen und Vokabeln der Militärs in den Tageszeitungen, deren Wahlkampfberichterstattung oft Meldungen von der Front ähnelten, lassen sich aber nach 1918 unzählige Beispiele zitieren, angefangen von dem „Wahlaufmarsch“,

bei dem die Parteien ihre „Munition verpulverten“, mithilfe von „Propagandawaffen“, bis hin zur „politischen Mobilmachung“ der Parteien und ihrer „Hauptquartiere“ vor der Wahl. Selbst sozialdemokratische Zeitungen verglichen die Arbeit des Wahlbüros mit der eines Generalstabes, da die Partei „wie ein geschickter Feldherr“ jede neue Situation nach Möglichkeit für sich auszunützen versuche¹⁰⁴⁰.

Typisch für die kriegerische Sicht des Wahlkampfes und den neuen volksnationalen Ton, der mit Gründung der Staatspartei bei den Demokraten Einzug hielt, war ein Artikel der *Vossischen Zeitung* von Anfang September 1930: „Ein Trommelfeuer von Aufrufen und Programmen hagelt auf uns nieder, das Giftgas gegenseitiger Verleumdungen liegt in ganzen Schwaden über dem Schlachtfeld, im erbitterten Wahlkampf schlägt man sich munter die Schädel ein. Und wie im wirklichen Krieg wird auch hier das Hinterland immer mehr in Mitleidenschaft gezogen: auch der, dem alle Politik von Herzen zuwider ist, kann heute nicht abseits stehen und in bequemer Selbstverleugnung das Feld dem Berufspolitiker überlassen. Denn es geht ja um dein, um unser aller Wohl, und was auch das Resultat dieser Schlacht sein wird: die Kriegskosten werden wir alle bezahlen müssen. Auch der Drückeberger im Wahlkampf, der Nichtwähler, entrinnt nicht der grausamen Verantwortung“¹⁰⁴¹.

Die vielleicht wichtigste Veränderung in der Propagandasprache der Parteien, die ihren direkten Anstoß aus der Reklamepraxis amerikanischer Wahlkämpfe nahm, war nach 1918 die Konzentration der zentralen programmatischen Werbeaussagen auf eine möglichst einprägsame Parole mit Schlagzeilencharakter, den „Slogan“. Hier war die Weimarer Parteierwerbung markanter Ausdruck des an Amerika orientierten „neusachlichen“ Zeitgeistes und seines betont zweckmäßigen Denkens. Angesichts der Veröffentlichung der zentralen Wahlaufrufe stellte der *Vorwärts* Ende Oktober 1924 fest, wie solche „langen Weltanschauungsbekenntnisse“ der Parteien immer mehr an Bedeutung verlören, weil sie in der gegenwärtigen „schnellebigen Zeit“ von der großen Masse gar nicht mehr gelesen würden. Stärkste Wirkung erzielten aber die „kurzen Schlagworte“, was in den angelsächsischen Ländern schon lange erkannt worden sei, zumal in den Vereinigten Staaten, wo der „Slogan“ mittlerweile eine Hauptrolle in den Wahlkämpfen spiele. Dahinter stand bereits die bis heute gültige Erkenntnis, dass derjenige, der die Begriffe zuerst besetze, sich Vorteile im politischen Wettbewerb verschaffe. Wer das, was er dem Wähler anzubieten habe, auf die „knappste Formel“ zu bringen

verstehe, so der *Vorwärts* im Oktober 1924, würde vor dem „weitschweifigen“ Gegner schnell einen Vorsprung erzielen¹⁰⁴².

Als besonders geeignetes Werbemittel für die kurzen Slogans, die ein „Zeichen für das Tempo unserer Zeit“ seien, empfahl die Berliner SPD vor der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 ihre Lichtreklame, die bei Dunkelheit über den Dächern in Leuchtbuchstaben zur Wahl aufforderten. Ihr Einsatz sei gar eine Forderung des „praktischen Zeitsinnes“, der man sich nicht verweigern dürfe¹⁰⁴³. Wenn die KPD auch früh versuchte, ihre Wahlkampagnen auf ein Generalthema mit einheitlichem Hauptslogan zu fixieren (mustergültig etwa die Parole „Zuchthauswahlen“ im Herbst 1924), ist gerade im Falle ihres ideologiegetränkten Vokabulars davon auszugehen, dass die Mitglieder von der internen offiziellen Theiensprache der Führung ebenso weit wie von der Rhetorik der Wahlpropaganda entfernt waren. Die Parteiagitatoren mussten endlich, so selbst die Wahlkampfrichtlinien der KPD im Sommer 1930, eine „einfache, jedem Arbeiter verständliche, offensive Kampfsprache“, eine populäre „Massensprache“ lernen¹⁰⁴⁴.

Eine besondere Facette der Wahlkampfsprache bildete die **Reim- und Versprosa**, wobei das politische Gedicht schon vor 1914 Bestandteil der deutschen Parteienpropaganda war. Ähnlich wie die Karikatur besaß diese Form den Vorteil, durch mehrdeutige Aussageebenen Positionen beziehen zu können, die aus taktischen Gründen ansonsten nicht oder nur weniger pointiert vertreten wurden. Während Verse und Reime von der extremen Linken gemäß dem Motto „Kunst als Waffe“ zu Agitationszwecken benutzt wurden, herrschte bei den bürgerlichen Parteien die Auffassung vor, dass sie sich mit dieser Art lyrischer Propaganda über das „verhetzende Schlagwort“ hinweg in das „Pathos der Dichtung“ erheben¹⁰⁴⁵. Eine besonders auffällige Rolle spielte die Reimpropaganda im Herbstwahlkampf 1924, als damit nicht zuletzt die allerorten gefürchtete Wahlmüdigkeit bekämpft wurde. Das Zentrum etwa gab Lieder und Gedichte heraus, darunter neben neueren Dichtungen mit aktuellen politischen Bezügen auch geeignete Liedtexte von Franz Schubert. Als Auftragsarbeit eines Berliner Werbefachmannes versandte die Zentrale der DDP Matern von Sprüchen und Sentenzen wie „Wer rettet den Staat? Der Demokrat!“, die sich besonders für die Klebezettel-Propaganda eigneten¹⁰⁴⁶. Die Linksparteien brauchten für ihre Wahlkampfpoesie nicht weit nach Autoren zu suchen. Schriftsteller wie Johannes R. Becher achteten dabei weniger auf literarische Ideale als auf den agitatorischen

Zweck¹⁰⁴⁷. Die gereimte Wahlprosa der SPD zeichnete sich vor allem durch ein heute nicht mehr nachvollziehbares Pathos aus und gewann erst in späteren Jahren an agitatorischer Schärfe: „Eine Wahl, wie deutsche Lande sie noch nie geschaut, hebt an!/ Wahlkampf züngle! Wahlkampf brande sturmgepeitscht um Weib und Mann“, hieß es noch 1919 vor der Wahl zur Nationalversammlung¹⁰⁴⁸. Auffällig war das Bemühen der Linksparteien, die Arbeiter selbst sprechen zu lassen und so den Eindruck zu erwecken, als ob es sich um authentische „proletarische“ Stellungnahmen handle¹⁰⁴⁹. Unter den bürgerlichen Parteien glänzte insbesondere die DVP in den Reichstagswahlkämpfen mit eingängigen Reimparolen, am bekanntesten der 1920 erstmals verwendete Slogan „Von roten Ketten macht Euch frei/ Allein die Deutsche Volkspartei“ oder die Plakatparole aus dem Frühjahr 1928: „Was gehen uns die andern an/ Wir wählen Dr. Stresemann!“

Ähnlich wie Reim und Vers wurden Bilder, Zeichnungen, Fotografien und vor allem **Karikaturen** wegen ihrer mehrdeutig-suggestiven Aussage von den Weimarer Parteien geschätzt. Bildpropaganda galt vor allem den antirepublikanischen Kräften als ein besonders für emotionale Appelle geeignetes Instrument der Massensuggestion. Einer neueren Arbeit über die Propaganda der NSDAP zufolge indoktrinierte diese ihre Wähler vor 1933 in erster Linie über ihre „eng begrenzte, ständig wiederholte, populistische Bildersprache, die Komplexität auf personalistische Typenmuster und Sprachformeln reduzierte und konkrete Handlungsperspektiven durch Feindbilder anbot“¹⁰⁵⁰. Die politische Flugblattpropaganda hatte seit dem 19. Jahrhundert ein eigenständiges Zeichensystem entwickelt, deren bevorzugte Ausdrucksmittel Karikaturen und Satire waren. Diese wurden nach 1918 um so mehr von den radikalen Parteien bevorzugt, als sie sich leichter dem strafrechtlichen Zugriff entzogen. In den Bildern und Zeichnungen konnten vage Gefühle oder Stimmungen visuell auf ein meist personales Objekt gelenkt und der politische Gegner zugleich der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Bildpropaganda beschränkte sich in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen keineswegs auf Plakate oder die Presse, sondern wurde in allen Printmedien eingesetzt, in Flugblättern, Wahlzeitungen oder speziellen Witzblättern. Im Zusammenhang mit der Brutalisierung der deutschen Politik lassen sich nach 1918 vor allem zwei Phänomene beobachten: die Entmenschlichung des politischen Gegners durch seine Verwendung als stereotyper Figur beziehungsweise der polemische Rekurs auf sein äußeres

Erscheinungsbild sowie die Eskalation der Gewalt in Wort und Bild¹⁰⁵¹. Besonders in den Wahlkämpfen des Jahres 1932, die als „symbolpublizistische Bürgerkriege“ bezeichnet werden können, ersetzten Bilder, aber immer mehr auch Symbole, Fahnen und Uniformen das rationale politische Argument. Hier offenbarte sich mit den Worten Gerhard Pauls die „schleichende Entpolitisierung der Wahlkämpfe, die Substitution von Politik durch Ästhetik, wie sie ihren Höhepunkt zur Zeit des Dritten Reiches fand und für die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit [1949 ff.] insgesamt typisch wurde“¹⁰⁵².

Neben produktionstechnischen Gründen war es vor allem ihr Vertrauen auf die Kraft des „geschriebenen Wortes“, das die SPD bis in die 1920er-Jahre von der Verwendung mehrfarbiger und bebildeter Flugblätter absehen ließ¹⁰⁵³. Die grellen Karikaturen, Fotografien und Plakate der NSDAP hatten freilich nicht zuletzt die Bildersprache der organisierten Arbeiterbewegung zum Vorbild. In der Hitlerpartei setzte sich die Erkenntnis von der Wirksamkeit des Bildes konsequenter durch als bei ihren Gegnern: „Noch mehr als stundenlange Reden und durchschlagender als lange Leitartikel wirkt das unablenkbare Bild, die Photographie“, pries die NSDAP im Frühjahr 1928 ihren Illustrierten Beobachter an¹⁰⁵⁴. Eine der gebräuchlichsten Bildstereotypen der Linksparteien, die suggestive Figur des „Riesen Proletariat“, der als heroisierter Typus der Arbeiter mit geballter Faust proletarisches Selbstbewusstsein und Klassenintegration symbolisierte, wurde mehr und mehr von der Arbeiterwerbung der NSDAP und der dieser nacheifernden DNVP vereinnahmt¹⁰⁵⁵. Erst ab Mitte der 20er-Jahre trieben die Weimarer Parteien die bildliche und graphische Ausgestaltung ihrer Printmedien systematisch voran. Auf bürgerlicher Seite fehlten, klagte DNVP-Hauptgeschäftsführer Max Weiß im Oktober 1928, stets „politisch geschulte Karikaturzeichner“, während die „guten Künstler ins andere, viele ins demokratische Lager“ gehörten¹⁰⁵⁶. Wenn auch die Karikaturen und Bilder der bürgerlichen Parteien im allgemeinen weniger polemisch waren, zeigten etwa Wahlflugblätter der DVP vor dem 14. September 1930, wie sich ihre Bildpropaganda die Ideen neokonservativer Kulturkritik zu eigen machte, insbesondere deren ressentimenterfüllte Polemik gegen großstädtische Lebensformen als „kulturbolschewistisches“ Verfallssymptom¹⁰⁵⁷.

Die Bildagitation der KPD charakterisierte eine Verknüpfung der Darstellung von Typen-Insignien bestimmter politischer Einstellungen (etwa der Jagdhut des „Großagrariers“) mit dem persönlichen Aussehen

des Gegners, während die SPD die reine Typendarstellung bevorzugte. Gerade in den Wahlkämpfen entwickelte sich ein interparteilich aktives System der Bildersprache, das mitunter stärker als jede verbale Aussage Verbindungs- oder Trennungslinien zwischen den politischen Teilkulturen markieren konnte. Sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die SPD vertrauten etwa – um nur ein Beispiel zu nennen – gegen die KPD auf die visuelle Suggestivwirkung des Bildstereotyps eines „Heil Moskau“ rufenden und Bomben werfenden „vertierten“ Bolschewisten. Darin manifestierte sich ein antikommunistischer Konsens, der freilich kaum positive bündnisbildene Kraft und auch kein gegen die Rechtsradikalen gerichtetes Gegenstück besaß. Analog zum Siegeszug von bildorientierten Medien wie Wahlzeitungen oder Plakaten entsprachen alle Parteien dem Bedürfnis der Wähler nach veranschaulichten Inhalten, so dass ihre Bildpropaganda die politischen Konflikte zunehmend visualisierte und emotional auflud. Ein Vergleich der Wahlflugblätter vom Frühjahr 1924 mit denen des Sommers 1930 erbringt, dass sich in diesen der Anteil der Bildelemente grob geschätzt verdoppelt hatte. Der Reichstagswahlkampf vor dem 14. September offenbarte schon für Zeitgenossen ein bis dahin unbekanntes Maß von Bildern in den Zeitungen und Flugblättern¹⁰⁵⁸. Gleichwohl stellten die Wahlkampfrichtlinien der DStP vom Sommer 1930 fest, dass in Deutschland immer noch „viel zu wenig mit der politischen Karikatur, dem illustrierten Text und dem Bild der Politiker“ gearbeitet werde, denn: „Der einfache Mann, die unpolitische Frau will [...] viel lieber sehen als lesen“¹⁰⁵⁹.

Mit dem Bild, der Fotografie und der Fotomontage gewannen zugleich suggestive Integrations- beziehungsweise Desintegrationssymbole wie das Hakenkreuz oder der Sowjetstern, aber auch Farben und Fahnen an Bedeutung, die vor allem auf irrationale Wünsche der Wähler nach Veränderung spekulierten¹⁰⁶⁰. Symbole – nach George L. Mosse, „sichtbare, konkrete Vergegenständlichung von Mythen“, die im Zeitalter der Massenpolitik dem Einzelnen politische Teilhabe suggerieren können¹⁰⁶¹ – waren selbstverständlicher Ausdruck der fragmentierten politischen Kultur der Weimarer Republik und ihrer sich verfestigenden Sozialmilieus, spielten aber in den Reichstagswahlkämpfen der 1920er-Jahre insgesamt nur eine Nebenrolle. Die republikanischen Parteien standen öffentlicher und offensiver Symbolpropaganda sehr reserviert gegenüber. Carlo Mierendorff kritisierte 1926 anlässlich des Flaggenstreits, dass die SPD den Stellenwert von Symbolen in der Politik immer noch

unterschätze, obwohl ihm zufolge der „**Kampf um das Symbol**“ immer auch schon der „Kampf um die Sache selbst“ sei. Symbolpropaganda eigne sich aber hervorragend dazu, den unpolitischen Wählerteil zu bearbeiten, „ja ihn geradezu damit zu verfolgen und ihn dann aus seiner Lethargie zu wecken und zur Stellungnahme zu zwingen“¹⁰⁶².

Die republikfeindlichen Kräfte strebten dagegen von Anfang an eine visuell-symbolische Beherrschung der Öffentlichkeit der „Straße“ durch Fahnen, Transparente oder Uniformen an. Unter dem Einfluss der exzessiven Symbolpropaganda der NSDAP verselbständigten sich diese Werbemittel zusehends zu „reinen Kampf- und Feldzeichen des symbolpublizistischen Straßenkampfes“, die für jedermann sichtbare „geographische und soziale Geländegewinne“ absteckten¹⁰⁶³. Zwar verfügte gerade die SPD über eine Reihe traditioneller Parteisymbole, doch führte ihr Vertrauen auf die Überzeugungskraft „vernünftiger“ Appelle in Wort und Schrift zur „Entsymbolisierung des sozialistischen Gedankens“¹⁰⁶⁴. Aktive Symbolpropaganda blieb bis Anfang der 1930er-Jahre eine Domäne der radikalen Opposition, wenn auch die NSDAP hier wieder hauptsächlich von dem „Diebstahl aus der Waffenkammer des politischen Gegners“ lebte¹⁰⁶⁵.

Symbolpropaganda bestand während der 20er-Jahre hauptsächlich aus dem Kampf um die Verfassungs- und Staatsfarben, der bereits 1919 in der Nationalversammlung zu heftigen und lagerübergreifenden Kontroversen geführt hatte. Um kein anderes Symbol wurde in den Anfangsjahren der Republik erbitterter gekämpft als um die Fahne und Farben des Reiches, den gebräuchlichsten Gesinnungssymbolen Weimar-Deutschlands. Der sich an der Flaggenfrage entzündende nationale Dissens zwischen „Schwarzrotgold“ und „Schwarzweißrot“ signalisierte die Distanz zwischen den Verfassungslagern. Fahnen und Farben markierten aber nicht nur politisch-kulturelle Milieugrenzen, sondern erfüllten als Symbole für Bewegung und Dynamik auch wichtige agitatorische Funktionen, vor allem in den hoch emotionalisierten Wahlkämpfen Anfang der 1930er-Jahre¹⁰⁶⁶. Die teilweise Fortgeltung der Farbsymbole des alten Deutschland stellte die Republikgegner nach 1919 keineswegs ruhig, vielmehr blieb Schwarz-Weiß-Rot den Konservativen die zeichenhafte Kombination ihres reaktionären Staatszieles. Dass das Republikschutzgesetz vom Juni 1922 die öffentliche Beschimpfung der neuen Reichsfarben unter Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten stellte, verhinderte nicht, dass sie etwa im Bayerischen als „Schwarz-Rot-Hennadreck“ verhöhnt wur-

den, was die Weimarer Gerichte meist nur mit geringen Geldstrafen ahndeten¹⁰⁶⁷. Vor allem die Deutschnationalen und mit Abstrichen auch die DVP hielten die Flaggenfrage in den Reichstagswahlkämpfen wach. Ihre Berufung auf die kultisch verehrten Symbole Vorkriegsdeutschlands war kaum verschlüsselter Ausdruck der Gegnerschaft zur Weimarer Republik. So sollte die Wahl am 7. Dezember 1924 ein „Tag schwarz-weiß-roter Erhebung“ werden, an dem jeder Deutschnationale, der im Besitz der Kaiserfahne war, die „Ehrenpflicht“ habe, sie zu flaggen, „denn die schwarz-weiß-rote Fahne ist ein Symbol deutscher Treue und deutscher Kraft“¹⁰⁶⁸.

Solche Flaggenpropaganda erschien den Gegnern der DNVP als „Spekulation auf alteingewurzelte Stimmungen, Instinkte und Gefühle“. Typisch für das Reichsbannerlager war, das Bekenntnis zur Republik nicht als Ablehnung der alten Reichsfarben zu deuten. Gerade weil diese aber durch die Entwicklung seit 1918 zu einem scharf umkämpften Zeichen des inneren Gegensatzes geworden seien, sollte dieser nach Ansicht des Zentrums etwa nicht noch künstlich verschärft werden¹⁰⁶⁹. Dies rechtfertigte für die katholische Regierungspartei allerdings auch den Verzicht auf ein klares Bekenntnis zum Schwarz-Rot-Gold der Republik. Auf republikanischer Seite antwortete in dem Symbolkampf eigentlich nur die DDP (und das auch erst ab 1924) mit einer vergleichbaren Taktik, wobei sie grundsätzlich die explizite Gegenüberstellung der Flaggen- und Verfassungssymbole vermied. Aktive Schützenhilfe erhielten die republikanischen Farben im Herbstwahlkampf 1924 vom Reichsbanner, in dessen Reihen sie gerade umgekehrt zu der Auffassung in den Rechtsparteien als Symbol „deutscher Treue und Liebe“ angesehen wurden¹⁰⁷⁰. Dass die Weimarer SPD zwischen Staats- und Parteifahne hin- und herschwanke, wurde ihr selbst aus dem Reichsbannerlager vorgeworfen: „Schwarz-rot-gold, das geht zur Not, doch das Fahmentuch bleibt rot“. In dem Maße, in dem die Sozialdemokraten in die Rolle der Staatspartei der Republik hineinwuchsen, beanspruchte andererseits die KPD die alte Farbe der Arbeiterbewegung als ihr legitimes Identifikationssymbol gegen die „schwarz-weiß-rot-goldene Front“ der Gegner, der die „rote Front des klassenbewussten Proletariats“ gegenüberstehe.

Der Ausgleichswille auf republikanischer Seite konnte nicht verhindern, dass die Reichspräsidentenwahlen vom Frühjahr 1925 eine sich bereits bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 ankündigende Eskalation der symbolpropagandistischen Auseinandersetzungen brachte. In der

Reichshauptstadt wurde dem Bericht der *Germania* zufolge der „Fahnenkrieg“ proklamiert, der ganz Berlin „in ein einziges Meer von Schwarzrotgold und Schwarzweißrot“ verwandelt habe¹⁰⁷¹. Konnte der Sieg Hindenburgs im Frühjahr 1925 von seinen Anhängern nicht zuletzt als eine zumindest symbolische Wende in der Geschichte der Republik gefeiert werden und zeigte noch der Sturz von Reichskanzler Luther Mitte 1926 die politische Brisanz der Flaggenfrage an, verlor sie danach aber rasch an Bedeutung und spielte in den folgenden Reichstagswahlkämpfen kaum noch eine Rolle, als mehr und mehr die rote Fahne und das Hakenkreuz die Straßenbilder beherrschten. Auf Kritik, dass ihre Flugblätter im Frühjahr 1928 durch schwarzen und roten Druck auf weißem Papier eine „zu starke Betonung der alten Reichsfarben“ darstellten, rechtfertigte sich die DVP mit dem Hinweis auf die anhaltende Bedeutung „nationaler Tradition“ unter den Wählern. Im übrigen aber handle es sich nur um die „gebräuchlichsten Farben der elementaren Typographie“¹⁰⁷².

Erst nach dem Wahlsieg der NSDAP vom 14. September 1930 entwickelte die SPD auf Drängen Mierendorffs eine systematische Symbolpropaganda, die aber erstmals im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1932 flächendeckend zur Anwendung kam. Das Freiheitszeichen des „Drei-Pfeile-Symbols“, der Freiheitsruf und der Freiheitsgruß dienten in erster Linie der direkten Bekämpfung der NSDAP. Den Vorwürfen, es handle sich dabei nur um eine Kopie, antwortete Mierendorff, dass niemand anderes als die Sozialdemokratie das „Urheberrecht an diesen Massenpropagandamethoden“ beanspruchen könne. Seit dem 19. Jahrhundert wende sie solche Mittel an, verwies er auf die rote Fahne als Parteisymbol, die rote Nelke als Parteiabzeichen, die einheitliche Anrede „Genosse“ und schließlich sogar auf die sozialdemokratische Parteiuniform: rote Krawatte, Schlapphut und Bebefrisur. An diese Tradition knüpfte die SPD jetzt „unter Benützung der Erkenntnisse der modernen Massenpsychologie“ wieder an. Ernst nahm Mierendorff die innerparteiliche Kritik an der „angeblichen Hohlheit der drei Pfeile“, die unmittelbar zum „propagandistischen Zielproblem“ aller Symbole führe, nämlich der Mobilisierung und Gewinnung der politisch Inaktiven. Schließlich handle es sich nicht um „Wahlkampfromantik“, wenn die Freiheitszeichen ständig präsent sein sollten, sondern um ein notwendiges Signal der Kampfbereitschaft: „Alle qualifizierte Propaganda, die aggressivsten Flugblätter, die schönsten Reden, die besten Leitartikel werden zu einem Schlag ins Wasser, wenn nicht mithilfe der Tiefenwir-

kung der Symbolpropaganda stimmungsmäßig der Boden vorbereitet ist“¹⁰⁷³.

Zur heftigsten symbolpublizistischen Auseinandersetzung in der Geschichte der Republik kam es im Sommer 1932, als SPD und Eiserne Front ihre Drei Pfeile als „Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit“ dem Hakenkreuz der NSDAP entgegenstellten. Dieser Wahlkampf werde als der „Kampf der Symbole“ in die Geschichte eingehen, wusste die *Frankfurter Zeitung* schon kurz nach dem 31. Juli 1932. Neben die auf eine Statistenrolle zurückgedrängten Plakate sei der festliche Umzug mit Symbolwagen, Schauspielgruppen und Chören sowie Wahlfilme und Lautsprecher getreten, alles zusammen eine „liebenswürdige Mischung aus russischen Methoden und österreichischem Spieltrieb“¹⁰⁷⁴. Ihre Körpergestik machte die Parteisoldaten obendrein zu lebendigen Symbolen, was die seit 1919 schleichende Entpolitisierung der Wahlkämpfe evident widerspiegle, bei denen es zunehmend nicht länger um echte politische Handlungsmodelle oder Zukunftsalternativen der Parteien ging, sondern „um deren mehr oder minder diffuse ästhetische Symbolisierung in Zeichen und Bildern“. Insbesondere die letzten Wahlkämpfe der Weimarer Republik gaben so für Gerhard Paul einen „Vorgeschmack auf die nach 1933 auf die Spitze getriebene Ästhetisierung der Politik“¹⁰⁷⁵.

Zusammenfassung: Technisierung und Amerikanisierung der Wahlkämpfe im Zeichen der Massenmobilisierung

Während die Zeitungen ihre Position in der Medienkonkurrenz der Wahlkämpfe ausbauen konnten, büßten andere traditionelle Agitationsmittel der deutschen Parteien wie vor allem die Flugblätter und Versammlungen nach 1918 stetig an Bedeutung ein. Allgemeinpolitische Wahlflugblätter erschienen den Weimarer Parteien angesichts sozialer Ausdifferenzierung der Gesellschaft kaum noch geeignet, um auf die sich wandelnden Bedürfnisse im Wahlvolk mit einer interessensspezifischen Zielgruppenwerbung zu reagieren. In den seit 1924 verstärkt auftauchenden Wahl- oder Wählerzeitungen erhielten die Flugblätter ein starkes publizistisches Konkurrenzmedium, das in lockerer Aufmachung mit hohem Bildanteil eine breitere Zielgruppenansprache ermöglichte. Aber auch das in den Anfangs- und Mitteljahren der Republik so hoch geschätzte Plakat überschritt seine Blütezeit spätestens in den Reichstagswahlkämp-

fen 1932 und wurde durch die Symbol- und Uniformpropaganda als wirkungsvollstes visuelles Medium verdrängt. Geradezu epochal nahm sich in den 1920er-Jahren der Einzug der Technik in die Wahlpropaganda der Parteien aus, der nach Überwindung der Inflation nach 1923 in großem Stil einsetzte. Gegen zum Teil erhebliche Widerstände aus den Reihen der Wahlkreisorganisationen versuchten die Parteizentralen, Methoden und Mittel ihrer Wahlpropaganda dem technischen Fortschritt anzupassen. Diese erlebte Mitte der 20er-Jahre einen Modernisierungsschub, der sich erstmals im Frühjahr 1928 auf der Bühne des Reichstagswahlkampfes – auch dank längerer Vorbereitungszeit für die Parteien – weithin bemerkbar machen konnte. Als die innovativen Kräfte auf dem Gebiet der Wahlkampftechnik und -mittel betätigten sich in erster Linie die „alten“ Weimarer Parteien SPD und DDP, die nach den für sie enttäuschenden Reichstagswahlen des Jahres 1924 die Modernisierung ihrer Propaganda einleiteten. Wenn auch schon vorher gelegentlich Filme zu Wahlzwecken benutzt wurden – so 1924/25 die „Leninfilme“ der KPD oder die „Hindenburgfilme“ des Reichsblockes –, konnte erst im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 von einer systematischen beziehungsweise aktiven Filmpropaganda der Weimarer Parteien – mit Ausnahme der DVP und des Zentrums – gesprochen werden. Besonders hervor tat sich die SPD, die mit den Mitteln ihrer mitgliederstarken finanzkräftigen Organisation auf wahlpolitischem Gebiet zu versuchen schien, das im unterhaltenden Filmsektor Versäumte aufzuholen. Bereits 1930 sahen sich Parteien wie die KPD oder DNVP durch die kurze Vorbereitungszeit, aber auch unter dem Eindruck der Rezession gezwungen, von der Produktion neuer Wahlfilme abzusehen. Für großes Aufsehen in den Wahlkämpfen sorgten die Flugzeuge, die zunächst ausschließlich als Transportmittel zum Abwurf von Propagandamaterial benutzt, später aber selbst zu einem Medium der Massensuggestion wurden. Der „Deutschlandflug“ der sozialdemokratischen Flugzeugstaffel im August und September 1930 war an sich als Sensation der Wahlwerbung geplant und setzte Maßstäbe, wie sie Hitler zwei Jahre später erfolgreich kopierte.

Die eigentliche Technisierung der Reichstagswahlkämpfe nach 1918 vollzog sich jedoch in weniger spektakuläre Weise vor allem auf dem Boden und stellte hauptsächlich eine Motorisierung der Parteipropaganda dar. Autos, vor 1914 noch eher eine seltene Erscheinung, waren schon bald nicht mehr aus dem Wahlkampfalltag der Republik wegzudenken. Während das Fahrrad auf dem Land nach wie vor als billigere Alterna-

tive im Einsatz blieb, lernten die Weimarer Parteien das Auto vor allem wegen seiner vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten als unentbehrliches Hilfsmittel schätzen, sei es nun zum Personen- oder Materialtransport, als fahrbare Rednertribüne oder auch umfunktioniert als „Schallplatten-auto“ oder „Tonfilmwagen“. Das Aufkommen der Lautsprecher wiederum, mit deren Hilfe sowohl Grammophon-Reden oder Musikstücke von speziell präparierten Autos, im Freien oder im Rahmenprogramm von Wahlversammlungen übertragen als auch die Stimme des Redners einem Massenpublikum verständlich gemacht werden konnten, wurde als ebenso epochale technische Neuheit empfunden wie der Film. Durch die Lautsprecher veränderte die öffentliche Versammlung als das nach wie vor wichtigste Wahlkampfmittel der Parteien weiter ihre angestammte Form. Mittels Schallplattenreden versuchten diese ihren Mangel an ausgebildeten Rednern zu kaschieren und die wenigen, ebenso zugkräftigen wie begehrten „Wahlkanonen“ behelfsmäßig bei einer größeren Zahl von Versammlungen sprechen zu lassen. Wenn auch nach wie vor die Praxis kleiner oder mittlerer Versammlungsformen vor allem in ländlichen Gebieten überwog, wurde der Massencharakter zum eigentümlichen Kennzeichen der Wahlversammlung nach 1918. In den Städten und vor allem in Berlin aufwändige Großveranstaltungen mit mehreren zehntausend Besuchern zu organisieren, wurde geradezu zu einer Prestigefrage für die Parteien. Ihre Durchführung bedurfte allerdings der sorgfältigen Planung, und das Publikum verlangte auch nach Unterhaltung, ein Bedürfnis, dem die Parteien nachgeben mussten, wollten sie es „bei der Stange halten“. So erhielten die Wahlversammlungen ein Rahmenprogramm, das wiederum mithilfe der Lautsprecher und Filme, aber auch durch Agitationsspielgruppen oder Sprechchöre „lebendiger“ gemacht wurde. Auf der Strecke blieb dabei der ursprüngliche Diskussionscharakter der Wahlversammlungen, dessen Verlust durch innerparteiliche Regieanweisungen beschleunigt wurde. Allen Weimarer Parteien waren die Störaktionen des politischen Gegners auch Alibi, ihre früher offenen Wahlversammlungen immer mehr zu reinen „Kundgebungen“ umzufunktionieren. Schließlich ging es ihnen in erster Linie nicht um die Überzeugung des politischen Gegners, sondern um die Gewinnung und Erschließung neuer Stimmen- und Wählerpotenziale. Gerade der Gesichtspunkt, dass mit neuen Propagandatechniken und verändertem Versammlungsstil vorher nicht erreichbare, „unpolitische“

Wähler ansprechbar würden, ist in den Wahlrundschriften der Parteien immer wieder anzutreffen.

Im Kampf um Stimmen bildete sich während der relativ stabilen Jahre nach 1923/24 in den Weimarer Parteien eine strategische Sichtweise heraus, die in Zeiten scheinbar steigender Wahlmüdigkeit und sinkender Beteiligungsquoten propagierte: kommt der Wähler nicht zu uns, kommen wir zu ihm, sei es durch Flugblattverteilungen direkt an die Haushalte, improvisierte Versammlungen auf öffentlichen Plätzen oder in Hinterhöfen oder Rundfahrten mit „Kino-Autos“ in den Bezirken. Auf Ermüdungserscheinungen im Publikum wie nachlassenden Versammlungsbesuch oder – um ein modernes Wort zu bemühen – „Politik- und Parteienverdrossenheit“ reagierten die Weimarer Parteien gewissermaßen mit erhöhten Politisierungsanstrengungen. Selbst grundsätzlich demokratiefeindliche Parteien wie DNVP und KPD konnten sich diesem Wettbewerb im Wahlkampf nicht entziehen und waren um die Hinzunahme neuer Massenagitationsmittel wie Film oder Schallplatte in ihre praktische Propaganda bemüht. Die nach 1918 rasch voranschreitende Motorisierung sowie die 1928 massiv einsetzende Technisierung der Wahlkämpfe war andererseits kaum geeignet, deren Image in der öffentlichen Meinung der Weimarer Republik aufzubessern. Eine neue Stufe bei der Totalisierung der Auseinandersetzungen, das heißt ihrer visuellen Ausweitung, wurde bereits 1930 erreicht, als zwar nicht neue, aber nunmehr massenhaft und systematisch eingesetzte „kollektive“ Werbemittel wie Symbole, Fahnen und Uniformen den Ton der Propaganda bestimmten, während die Parteien zugleich immer stärker in die Öffentlichkeit der „Straße“ drängten.

Zweiter Teil

Die Wahlprogramme der Parteien

Kapitel 7

Nationalismus in Zeiten der Krise – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924

Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 wird von der Weimar-Forschung gemeinhin als „Inflationswahl“ im Zeichen der republikbedrohenden Krisen des Vorjahres charakterisiert. Zwar war es gelungen, die Republik durch die Reform der Währung und die Entschärfung der Reparationsfrage in ruhigere Gewässer zu bringen, doch die bis 1923 offen sichtbaren Konflikte blieben als „gefährliche Unterströmungen“¹⁰⁷⁶ auch danach wirksam. Ruhrkampf, Hyperinflation, Unruhen und Reichsexekution in Sachsen sowie der im Hitler-Ludendorff-Putsch kulminierende Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, um nur die Höhepunkte zu nennen, hatten das deutsche Wahlvolk derartig gegen das anscheinend unfähige „System“ der Republik radikalisiert, dass nicht einmal mehr als dreißig Prozent der Stimmberechtigten den demokratischen Parteien der Weimarer Koalition zu folgen bereit waren. Für die Autoren einer neueren Studie über diesen ersten „ausgesprochenen Krisenwahlkampf“ erhält der 4. Mai 1924 dadurch sogar den Stellenwert einer politischen Zäsur in der Geschichte der Weimarer Republik¹⁰⁷⁷. Obwohl das „Wunder der Rentenmark“, die Währungsreform vom Herbst 1923, erste Zeichen wirtschaftlichen Aufschwunges brachte und sich die innenpolitische Lage im Reich mit der Umwandlung des militärischen in einen „zivilen“ Ausnahmezustand im Februar 1924 bereits wieder beruhigt zu haben schien, gab der Herausgeber eines zeitgenössischen Kompendiums der Parteiaufnahme zum 4. Mai diesem den bezeichnenden Titel „Wahlkampf auf den Trümmern des deutschen Reiches“¹⁰⁷⁸.

In den Regionalwahlen seit Sommer 1923 hatte sich die Radikalisierung der Wähler bereits in starken Verlusten für die gemäßigten und Ge-

winnen vor allem für die rechtsextremen Parteien angekündigt. So erhielt die erstmals kandidierende Deutschvölkische Freiheitspartei – ein Wahlbündnis aus ehemaligen Deutschnationalen – bei den Landtagswahlen in Thüringen und Mecklenburg-Schwerin bei hohen Beteiligungsquoten (89,6 bzw. 81,6 %) am 10. Februar 1924 auf Anhieb fast zehn beziehungsweise zwanzig Prozent der Stimmen. Kennzeichen der mit Rücksicht auf die besetzte Pfalz am 6. April 1924 zunächst nur im rechtsrheinischen Bayern durchgeführten Landtagswahlen waren hohe Verluste der Regierungspartei BVP zugunsten erdrutschartiger Gewinne des „Völkischen Blocks“ – so die Listenbezeichnung, unter der sich die verbotene NSDAP hier erstmals zur Wahl stellte und mit 17,1 Prozent das gleiche Ergebnis wie die SPD erzielte, während sich die kommunistischen Stimmenanteile auf 8,3 Prozent verfünffachten. Für den linksliberalen Publizisten Hellmut von Gerlach stand schon Anfang März 1924 fest, dass sich diese „reaktionäre Tendenz“ in der Wählerschaft zugunsten der extremen Flügelparteien bei den bevorstehenden Reichstagswahlen fortsetzen würde. Grundlage aller Erfolge nationalistischer Propaganda war seiner Ansicht nach die Fortdauer des französischen Besatzungsregimes im Ruhrgebiet¹⁰⁷⁹.

Den politischen Hintergrund der vorzeitigen Reichstagsauflösung am 13. März 1924 bildete das endgültige Auseinanderbrechen des Weimarer Gründungskompromisses angesichts der Verteilungskämpfe um die aus Inflation und Reparationen entstandenen Lasten. Das nach dem Sturz Stresemanns Ende 1923 gebildete bürgerliche Minderheitskabinett unter dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx verstand sich in der Staatskrise als nationale Notstandsregierung und wollte mithilfe eines bis zum Februar 1924 befristeten Ermächtigungsgesetzes Währung und Finanzen des Deutschen Reichs ordnen, gedeckt durch das Notverordnungsrecht von Reichspräsident Ebert auf der Grundlage von Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Durch ihre Stabilisierungspolitik, die auf eine bewusste steuerliche Begünstigung von Industrie und Landwirtschaft hinauslief, rief sie allerdings schwere soziale Spannungen hervor. Vor allem die De-facto-Beseitigung des Achtstundentages, der materiell und symbolisch wichtigsten „Novembererrungenschaft“, sorgte zusammen mit Lohnkürzungen für große Unruhe unter den Arbeitern. Für sie begann die relative Stabilisierung im Zeichen niedriger Löhne und hoher Arbeitslosigkeit. Aber auch im öffentlichen Dienst, der einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Staatshaushalte leisten musste, förder-

te ein rigoros durchgesetzter Gehalts- und Personalabbau Antipathien gegen den Weimarer Staat. Nach Protesten breiter Mittelstandskreise, die sich als Hauptverlierer der Inflation empfanden, entschloß sich die um die Währungsstabilität besorgte Reichsregierung nur widerwillig, in der heiß umkämpften dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 eine erste Regelung der Aufwertungsfrage einzubauen. Zugelassen wurde eine schematische Aufwertung der durch die Inflation vernichteten Sparguthaben und sonstigen Geldanlagen in Höhe von 15 Prozent des Goldwertes, während Interessenvertretungen der Gläubiger für eine individuelle und vor allem höhere Aufwertung aller privatrechtlichen Forderungen kämpften¹⁰⁸⁰.

Nachdem im März 1924 der Münchener Hochverratsprozess gegen die Hitler-Ludendorff-Putschisten für Schlagzeilen gesorgt hatte, rückte Anfang April wieder die Reparationsfrage ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Das Kabinett Marx war nach der Reichstagsauflösung, deren unmittelbarer Anlass die Ablehnung einer Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes durch SPD und DNVP bildete, geschäftsführend im Amt geblieben, um die Verhandlungen über die Gutachten betreffend die Stabilisierung der deutschen Währung und die deutschen Guthaben im Ausland aufzunehmen. Diese wurden von den in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles G. Dawes tagenden alliierten Sachverständigen am 9. April 1924 der Reparationskommission vorgelegt¹⁰⁸¹. Sie schlugen eine vorläufige Regelung der Reparationen vor, die unter dem Schlagwort „Business, not politics“ entscheidende Verbesserungen gegenüber früheren Zahlungsplänen für das Deutsche Reich bot, insbesondere durch relativ niedrige Annuitäten in den ersten Jahren, einen Transferschutz für die deutschen Geldlieferungen sowie eine erste Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Mark. Der am 16. April 1924 von Deutschland gebilligte und bald als Dawesplan bekannte Sachverständigenbericht sorgte dafür, dass sich die Fronten vor allem zwischen Reichskanzler Marx und der DNVP klärten, die ein solches „zweites Versailles“ ablehnten. Im Wahlaufuf der Reichsregierung von Ende April hieß es zum Reparationsgutachten, dass nur die Annahme dieser „allergrößte Opfer“ von Deutschland verlangenden Vorschläge „wahrhaft nationale“ Politik sei. Ohne einen anderen Weg zur Befreiung von Rhein und Ruhr aufzeigen zu können, versuche die Rechtsopposition nur, das Volk mit nationalistischen Parolen aufzupeitschen. Die „Rettung vor dem Untergang“, vor Inflation und Umsturz, mache

aber im Inneren die „bitteren, grausamen Maßnahmen“ der Notverordnungen notwendig: „Nur durch Arbeit und Opfer werden wir den Weg aus dem Elend in die Freiheit finden“, so die Wahlparole der Regierung, deren neue Verständigungspolitik auch von der SPD unterstützt wurde. So schien es im Frühjahr 1924 wieder zu einer Annäherung zwischen der bürgerlichen Mitte und der sozialdemokratischen Opposition beziehungsweise zu einer Neuauflage der Großen Koalition vom vorangegangenen Herbst zu kommen. Hinsichtlich des Wahlausganges wagte die *Frankfurter Zeitung* Ende April 1924 die optimistische Prognose, dass die Rechte im ganzen vielleicht eine „kleine Verstärkung“ am 4. Mai erfahren werde. Das Kennzeichen der Wahl würden aber Verschiebungen innerhalb des nationalen Lagers selbst sein, und zwar auf Kosten der großen Rechtsparteien DNVP und DVP zugunsten der Völkischen¹⁰⁸².

„Der Feind steht rechts!“ – Die SPD im Kampf gegen „innen- und außenpolitische Knechtschaft“

Seit dem November 1923, als sie aus Protest gegen das unterschiedliche Vorgehen der Reichsregierung in Bayern und in Sachsen die Große Koalition unter Stresemann verlassen hatten, waren die Sozialdemokraten wieder Oppositionspartei im Reich. Der so genannte Sachsenkonflikt sowie die scharfen Angriffe des durch die Vereinigung mit der Rest-USPD gestärkten linken Parteiflügels gegen die bisherige Koalitionspolitik im Reich stellten die sich nun bis 1925 offiziell VSPD nennende Partei im Frühjahr 1924 vor innere Zerreißproben. Gleichzeitig unter dem Druck der kommunistischen Konkurrenz, welche ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz als Mitverantwortung an den Notverordnungen der bürgerlichen Reichsregierung angriff, stand sie vor der schwierigen Aufgabe, einmal den radikalisierten Arbeiterwählern ihren Tolerierungskurs gegenüber dem Kabinett Marx verständlich zu machen. Andererseits galt es sich als die „linke Volkspartei“ zu bewähren, als die sie sich auf ihren Parteitage präsentierte¹⁰⁸³.

Der am 20. März 1924 veröffentlichte Wahlaufuf des Vorstandes sah die SPD in einer isolierten parteipolitischen Lage und das „alte, kampferprobte Heer“ der deutschen Sozialdemokratie einem „Ansturm sondergleichen“ ausgesetzt. Von links und rechts stürmten sowohl „Rückschrittler in den verschiedensten Masken“ als auch so genannte „Radikale“,

deren Radikalismus sich aber in sinnlosen Putschen erschöpfe, mit gleicher Wut gegen die Partei an, die „in jahrzehntelangem Kampf den Aufstieg der Arbeiterklasse Schritt für Schritt“ erzwungen habe. Unbeirrt versprach die SPD ihren Anhängern, für die Verwirklichung der „alten Grundsätze der Demokratie und des Sozialismus“ in Deutschland kämpfen zu wollen. Während sie sich außenpolitisch als „Partei der Völkerverständigung“ vorstellte – zu welcher der Weg allerdings noch voller Dornen sei –, wurden von der SPD vergleichsweise stärker die sozialen Dimensionen der inneren Stabilisierungskrise akzentuiert. Durchaus im Einklang mit den Parolen der Reichsregierung propagierte der Aufruf des Parteivorstandes als Ziel den Wiederaufbau Deutschlands und die Festigung von Wirtschaft und Währung. Allerdings dürfe dies nicht – wie die bürgerlichen Parteien es versuchten – auf Kosten der „Minderbemittelten“, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentenbezieher, Witwen und Arbeitslosen geschehen, sondern vielmehr durch „Opfer des Besitzes“, durch Sachwerterfassung der Inflationsgewinne und eine „sozialgerechte“ Lastenverteilung. Dem aktuellen Lohn- und Sozialabbau der Regierung Marx setzte die SPD ihre Formel „Volksherrschaft über Volkswirtschaft“ entgegen, das hieß die demokratische Kontrolle der Allgemeinheit über die als zu mächtig angesehenen privaten Wirtschaftskonzerne. Kämpferische Parolen, den Weimarer Staat gegen seine Feinde verteidigen zu wollen, faßten das Programm der SPD vor dem 4. Mai zusammen: „Für die Republik, gegen die Monarchie! Für den sozialen Fortschritt, gegen die soziale Reaktion! Für die Wirtschaftsdemokratie, gegen die Diktatur der kapitalistischen Monopole! Für die Völkerverständigung, gegen den internationalen Militarismus!“¹⁰⁸⁴

Ihr Bekenntnis zur äußeren Verständigungspolitik der bürgerlichen Reichsregierung verband die SPD im Wahlkampf vom Frühjahr 1924 mit der Bekämpfung der rechtsradikalen „Dolchstoß“-Propaganda, auf die offensiv mit „Tatsachen und Dokumenten“ über die deutsche Kriegsniederlage geantwortet wurde. In einer Reihe von spezifischen Anti-Kriegs-Flugblättern stellte die SPD den Wähler vor die dramatische Alternative, am 4. Mai zwischen „friedlicher Aufbauarbeit oder neuen kriegesischen Verwicklungen mit Massenhunger, Massenelend und endgültigem Zusammenbruch der Nation“ entscheiden zu müssen¹⁰⁸⁵. Das Sachverständigen-Gutachten, das gegen den „tollwütigen Nationalismus“ der Rechtsparteien als großer Fortschritt in der Reparationsfrage verteidigt wurde, spielte erst nach seiner Veröffentlichung eine zentrale Rolle in der Wahl-

propaganda der SPD, die jedes Wort unterschreiben wollte, das der Wahlaufruf der Reichsregierung über die Schicksalsfrage „Befreiung durch Erfüllungspolitik oder neue außenpolitische Katastrophe“ gesagt habe. Die Revision von Versailles und seiner „Sklavenketten“ könne niemals gegen den „Weltwillen“ geschehen. Statt nationalistischer „Illusionspolitik“ sei nun „Realpolitik“ notwendig, „aber Realpolitik, getragen von großen Ideen und mit dem großen Ziele des Sozialismus“. Die zweite große Frage des 4. Mai sei, wie im Innern die Reparationslasten verteilt würden und – daran anschließend – wie sich das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zukünftig gestalten werde. Bei Fortsetzung einer rein bürgerlichen Regierungskoalition im Reich drohe den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht nur Erwerbslosigkeit und Not, sondern allen Volksgenossen „neue innen- und außenpolitische Knechtschaft“, deshalb der Appell an sie: „Wählt sozialdemokratisch, so dient ihr der Völkerverständigung. Wählt sozialdemokratisch, so dient ihr dem deutschen Volk“¹⁰⁸⁶.

Opposition zur bürgerlichen Reichsregierung signalisierte die SPD im Frühjahr 1924 ausschließlich bei der Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung. Hier klagte sie die Förderung des durch die „Rechtsverbrechen in Bayern erschütterten republikanischen Staatsgedanken“ sowie eine radikale Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik ein. So spitzte die SPD die Entscheidung vom 4. Mai auf die Alternative zwischen Erhalt und Ausbau der Republik oder Diktatur der Großkapitalisten im Bündnis mit den „schwarz-weiß-roten“ Nationalisten zu. Während die bürgerlichen Parteien nur die angeblich „gottgewollte kapitalistische Gesellschaftsordnung“ verteidigten, sei sozialdemokratisches Ziel, das Erzeugnis „gesellschaftlicher Massenarbeit“ aus den Händen der „Kapitalgroßherren“ zu reißen. Während sie sich zugleich scharf von jedem „tölpischen bolschewistischen Gewaltexperiment“ distanzierte und nur die „wirklich ausgereifte“ Produktion sozialisieren wollte, weckte die SPD Hoffnungen auf eine grundsätzliche Neuordnung. Im gleichen Atemzug, in dem sie sich als das „stärkste Bollwerk“ des Weimarer Staates empfahl, trat sie für den Ausbau der „bürgerlichen Republik“ zum „sozialistischen Volksstaat“ ein, freilich nicht durch Gewalt oder Diktatur, sondern durch eine „Revolutionierung der Geister“ im Sinne der Ideale von Vernunft und Demokratie¹⁰⁸⁷. Ihre Rolle als Fürsprecherin aller „besitzlosen“ Volksschichten, denen sie „Wohlstand und menschenwürdiges Dasein“ verhiess, war im Wahlkampf vom Frühjahr 1924 die wichtigste

Facette des Selbstbildes der SPD, die ihrem „ganzen Wesen nach eine Partei der Völker-Verständigung, des Aufbaus, des Fortschritts und der Freiheit“ sei¹⁰⁸⁸. Unter der Parole „Frei nach außen – frei nach innen!“ akzentuierte sie gegenüber allen „schaffenden Schichten“ ihr zentrales Wahlversprechen, die der bürgerlichen Regierung zugeschriebenen Missstände zu bekämpfen, sei es durch die Wiederherstellung des Achtstundentages, durch Schutzzölle auf Lebensmittelprodukte statt „Hungerzöllen“, sei es durch Änderungen in der ungerechten Steuergesetzgebung. Eine Rechtswahl bedrohe zudem das Werk der Währungsstabilisierung, die man vor allem „Hilferdings Rentenmark“ verdanke. Dass die SPD am 4. Mai 1924 ungeachtet ihres außenpolitischen Schulterschlusses mit der Reichsregierung als „Eine gegen Sechzehn!“ kämpfen werde, war die Botschaft einer *Vorwärts*-Sonderausgabe, in der am Vorabend der Wahl noch einmal die sozialdemokratischen Hauptparolen wiederholt wurden: „Gegen die Feinde der Demokratie! Gegen die Apostel der rohen Gewalt! Gegen Kapitalsherrschaft, Lohndruck, Lebensmittelwucher! Für die Republik! Für den Achtstundentag! Für gerechte Verteilung der Laster! Für ein nach außen und nach innen freies deutsches Volk!“¹⁰⁸⁹

Sozialdemokratische Wahltaktik war, sich durch die pauschale Verurteilung aller anderen Parteien als „Feinde der schaffenden deutschen Bevölkerung“ als deren einzige Interessenvertretung auszugeben¹⁰⁹⁰. Unter der Aktionsparole „**Der Feind steht rechts!**“ akzentuierte die Flugblattpropaganda der SPD aktuell den Kampf gegen das „nationalistische Lager“, das die Völkischen zusammen mit den „schwarz-weiß-roten“ Rechtsparteien DVP und DNVP verkörperten. Parteipolitischer Hauptgegner war allerdings die KPD, die in 14 von 97 Flugblättern allein und in weiteren vier zusammen mit der DVFP angegriffen wurde. Fast ein Drittel der SPD-Flugblätter hatte aber gemäß der allgemeinen Stoßrichtung den nicht weiter differenzierten „Bürgerblock“ oder die „soziale Reaktion“ in Gestalt der Reichsregierung zum Gegner, während die „Kapitalfürsten“ der Schwerindustrie vor allem als Feindbild ihrer arbeiter-spezifischen Werbung dienten¹⁰⁹¹.

Die Ende März 1924 unter Beteiligung namhafter bürgerlicher Politiker stattfindende Tagung der industriellen Spitzenverbände in Berlin war der SPD Indiz dafür, dass sich die „Tendenzen zum Bürgerblock“ im Reich noch verstärkten. Aus den Reihen der Reichsregierung, welche einseitig die Interessen der „besitzenden Klassen“ vertrete, griff sie aber nur die erklärten „Arbeiterfeinde“ der DVP mit spezifischen Flugblät-

tern im Wahlkampf an. Als Partei der „Reichen“ und des Großkapitals habe diese die Inflation dazu benutzt, einen allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau einzuleiten, und ziehe auch jetzt wieder wie 1920 gegen Sozialdemokratie und die Interessen der Arbeiter in den Wahlkampf. Der alte Slogan der DVP: „Von roten Ketten macht Euch frei“ müsse daher richtig lauten: „Von Arbeitslöhnen macht Euch frei“.

Ungeachtet der Befürwortung seiner Außenpolitik polemisierte die SPD auch gegen den „nationalliberalen Drehscheibenpolitiker“ Stresemann, dessen Haltung aus Angst vor der deutschnationalen Konkurrenz in der Verfassungsfrage ständig wechselte, erst monarchistisch, dann auf dem Boden der Tatsachen und jetzt wieder kaiserlich unter Schwarz-weißrot sei¹⁰⁹². Wenngleich der Verzicht auf grobschlächtige Wahlargumente gegen Demokraten und Zentrum die Orientierung der SPD am Leitbild der Weimarer Koalition zeigte, gab sie ihnen doch fast ebensoviel Schuld an dem herrschenden „Massenelend“ wie den „reaktionären“ Rechtsparteien. Als eigentliche Drahtzieher einer Politik, die soziale Not und Wirtschaftskrise heraufbeschwöre, erschienen die „Herren der Schwerindustrie“ oder die Arbeitgeberverbände, die angeblich den Wahlkampf der gegnerischen Parteien finanzierten: „Nur wer die Erhaltung der bisherigen elenden Verhältnisse, die Sicherung des Besitzes der Großkapitalisten und die dauernde Entrechtung der Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten will, der kann für die bürgerlichen Parteien stimmen“¹⁰⁹³.

Eine alles in allem untergeordnete Rolle als Gegner der SPD spielte im Frühjahr 1924 überraschenderweise die DNVP. Ihre extrem nationalistischen Wahlparolen entlarvten sie als „Schleppenträgerin“ der Deutschvölkischen, während die Versprechen auf Restauration der Monarchie und Befreiung von „Judenherrschaft“ zugleich an die „primitivsten politischen Leidenschaften“ der Wähler appellierten¹⁰⁹⁴. Wesentlich stärker als die DNVP wurden die Völkischen von der Flugblattpropaganda der SPD attackiert, die jene offenbar im Frühjahr 1924 für die größere Gefahr hielt als eine Regierung der „schwarz-weiß-roten“ Nationalisten. Während die KPD ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeiterschaft richtete, kämpften die „Faschisten“ in einer Art Arbeitsteilung vor allem um die Stimmen der Beamten und Angestellten. Als „zuverlässige Haushunde des Kapitals“ stellten sich die scheinbaren Todfeinde gegen die einzige Partei, von der das arbeitende Volk „praktische, sachliche Förderung“ zu erhoffen habe, und bildeten so im Frühjahr 1924 eine „völkisch-kommu-

nistische Einheitsfront“¹⁰⁹⁵. Dass die DVFP ihren Wahlkampf mit Geldern aus Frankreich finanziere, die das deutsche Volk dann in Form von Reparationen zurückzahlen müsse, war der SPD stärkstes Beweismittel für den „Vaterlandsverrat“ dieser angeblichen „Franzosenfresser“, deren Revanchepropaganda nur den französischen Nationalismus in Gestalt von Poincaré stärke¹⁰⁹⁶. Weil sie als bloßes Instrument der sowjetrussischen Außenpolitik nur die „Zuspitzung der allgemeinen Not bis zur Katastrophe“ in Deutschland anstrebe, seien ihre Parolen von der Einheitsfront und gegen die Koalitions politik nur ein Schwindelmanöver der KPD, deren Wahl vielmehr gleichbedeutend sei mit „Blutopfern für die Zwecke der Moskauer Macht, Ohnmacht des Arbeiters, sinnlos wechselnden Parolen oder blödem Toben im Parlament“¹⁰⁹⁷.

Übergeordneter **Adressat der SPD-Wahlpropaganda** war gemäß ihrer allgemeinen Stoßrichtung das arbeitende Volk oder der „Block der Besitzlosen“, der in erster Linie von den Arbeitern, Angestellten und Beamten verkörpert wurde, dann aber auch Erwerbslose, Mieter, Rentner und selbst Kleinbauern sowie die Frauen umfassen konnte. Spezifische Berufsgruppenwerbung entfaltete die SPD in signifikantem Maße nur an die Adresse der Arbeiter und der Beamten, an die zwanzig beziehungsweise sechs von 97 Flugblättern gerichtet waren. Stark umworben wurden auch die Frauen, denen die SPD immerhin zehn Flugblätter widmete. Mittelständische Wählerschichten wurden nur im Rahmen einer Art „Verelendungs“-Propaganda als Opfer der Inflation oder der rigorosen Sparpolitik der Regierung angesprochen. Dass über ein Drittel von 97 Wahlflugblättern zielgruppenunspezifisch oder an den sozial amorphen „Volksgenossen“ adressiert war, unterstreicht deutlich die Absicht der SPD, besonders um das „Treibholz“ der politisch Schwankenden zu kämpfen¹⁰⁹⁸.

Vor dem Hintergrund heftiger Proteste der Gewerkschaften und Streiks unter den Arbeitern ragte im Frühjahr 1924 allein die Arbeitszeitfrage aus dem Katalog von innenpolitischen Einzelthemen des SPD-Wahlprogramms heraus. Nach der Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 war der Achtstundentag durch Ausnahmeregelungen faktisch aufgehoben worden, wobei jetzt in manchen Branchen effektiv zwischen zehn und zwölf Stunden wochentäglich gearbeitet wurde. Werde der neue Reichstag nicht dafür sorgen, solle die Wiedereinführung des Achtstundentages als gesetzlich garantierter Normalarbeitstag durch ein Volksbegehren errungen werden, versprach die SPD deshalb ihrer tradi-

tionellen Arbeiterklientel vor dem 4. Mai. Deren Einigkeitsbedürfnis wurde Rechnung getragen, indem sie im Sinne der proletarischen Einheitsfront eine starke große Arbeiterpartei, lies SPD, als „beste Waffe gegen die Reaktion“ propagierte¹⁰⁹⁹. Neben dem Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Arbeitern und Angestellten akzentuierte sie im Frühjahr 1924 mit der akuten Wohnungsnot ein Thema, das geeignet war, über den Kreis der Arbeiter hinausgehende Wählerschichten in den Städten anzusprechen. Während die Reichsregierung durch eine Hauszinssteuer die in den Kriegs- und Inflationsjahren faktisch eingefrorenen Mieten wieder dem Friedensniveau anpassen wollte, verlangte die SPD die Erhebung einer „Wohnungsluxussteuer“ zugunsten des öffentlichen Wohnungsbaus. Mit Parolen wie „Heranziehung der Reichen zu den nötigen Opfern!“ sowie in Bildern, welche dem Überfluss der Inflationsgewinnler das Elend der Massen gegenüberstellten, empfahl sie sich insbesondere den Rentnern und Inflationsopfern als „Partei der Armen“. Das ganze „besitzlose“ Volk sei aufgefordert, am 4. Mai über den künftigen Kurs der Sozialpolitik in Deutschland zu entscheiden¹¹⁰⁰.

Während an die Gruppe der Angestellten keine spezifischen Flugblätter adressiert waren, protestierte die SPD vehement gegen den „Raub der wohl erworbenen Rechte“ der Beamten. Laut der ursprünglich von ihr befürworteten Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 sollte die Zahl der öffentlichen Bediensteten um ein Viertel – davon 15 Prozent bis zum 31. März 1924 –, das waren etwa 400 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter, reduziert werden. Unter diesem Deckmantel beabsichtige die Reichsregierung aber statt dessen nun, einen „Abbau auf der ganzen Linie“ durchzuführen, noch künstlich angeheizt durch die „Steuerscheu und Kapitalflucht“ der Unternehmer. Den unteren und mittleren Beamten versprach die SPD daher eine Nachprüfung der Abbaumaßnahmen durch unabhängige Schiedsstellen. Wenn der Beamte erst seine wahre Klassenlage an der Seite der übrigen arbeitenden Bevölkerung erkannt habe, falle auch der jetzige „Abbauschwindel“ in sich selbst zusammen, so die Botschaft des sozialdemokratischen Beamtenprogramms vom Frühjahr 1924. Dem „Landvolk“, worunter sie in klassenmäßiger Frontstellung gegen die Großgrundbesitzer alle Landarbeiter, Kleinbauern, Kleinpächter und sonstige kleine Landbebauer zusammenfaßte, stellte die SPD ein „menschenwürdiges Dasein“ in Aussicht. Obwohl von ihren Gegnern als „bauernfeindlich“ beschimpft, habe nur sie nach 1918 dafür gesorgt, dass dem Landbedürfnis der Kleinbauern möglichst weit

entsprochen worden sei¹¹⁰¹. Die „Mütter unseres Volkes“ warnte sie im Frühjahr 1924 vor den bürgerlichen Parteien mit der Erinnerung an Hunger und Elend im Krieg – „Denkt an den Kohlrübenwinter!“ – und stellte ihnen Errungenschaften der Republik wie den Mutterschutz gegenüber. Wenn auch die „Trostlosigkeiten des heutigen Lebens“ zusammen mit dem „Wahlrummel“ der Parteien durchaus gleichgültig für Politik machen könnten, schade jede nicht abgegebene Stimme nur dem Ziel des „sozialistischen Aufbaus“. Auch alle Unentschlossenen müssten so wählen, dass am 4. Mai über „Not, Elend und Unterdrückung siegt die soziale Gerechtigkeit“¹¹⁰².

Vor allem das unter dem Druck der linksradikalen Konkurrenz betonte Ziel, die „bürgerliche“ Republik auf reformerischem Wege zu einem „sozialistischen Volksstaat“ fortbilden zu wollen, setzte die SPD im Frühjahr 1924 in Widerspruch zu den alten Koalitionsparteien. Trotz außenpolitischer Übereinstimmung sah sie sich aber gezwungen, in Reaktion auf die Unzufriedenheit ihrer alten Arbeiterklientel die Opposition zur Sanierungspolitik der Regierung Marx klar zu formulieren, wollte sie nicht Gefahr laufen, nach links weitere Stimmen abzugeben. Ansätze zur Gewinnung neuer mittelständischer Wähler reduzierten sich vor diesem Hintergrund zu Floskeln, als „Partei der Wohlfahrt aller“ für eine Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik sorgen zu wollen. Wenn gleich auch die Führer der preußischen SPD wie Carl Severing eine Große Koalition im Reich anstrebten, vermied die sozialdemokratische Flugblattpropaganda vor dem 4. Mai, koalitionspolitische Bündnispräferenzen preiszugeben. Da aber eine Neubelebung der Weimarer Koalition als unwahrscheinlich gelten konnte, musste die Schärfe, mit der vor allem die DVP auf sozialpolitischem Gebiet angegriffen wurde, die Chancen einer Regierungsbeteiligung der SPD zusätzlich mindern. Das von ihren Flugblättern wortreich beschriebene Szenario, wonach ein Wahlerfolg der Nationalisten am 4. Mai 1924 eine neue „Hungerszeit“ wie im Krieg heraufbeschwöre, sollte als defensives Wahlziel der Eindämmung des radikalen Wählertrends zu den Völkischen dienen.

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ – Deutschnationaler Kampf gegen die „Novemberverbrecher“

Durch die Abspaltung ihres radikalen antisemitischen Flügels, der sich Ende 1922 zur DVFP formierte, sowie durch die Regierungsbeteiligungen der DVP wurden die Deutschnationalen eindeutiger vor die Frage ihrer Mitarbeit in der Weimarer Republik gestellt. Obwohl sie nach außen hin weiter an extrem revisionistischen Zielen festhielt, kamen sie um die Jahreswende 1923/24 der Einbeziehung in eine Mitte-Rechts-Koalition näher, die das Reich ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren könne. Der Wahlparteitag der DNVP akzentuierte Anfang April 1924 in Hamburg unter dem Konkurrenzdruck der Rechtsextremen jedoch wieder die Ideale der Monarchie und eines „wahren deutschen Volkstums“. Während die hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise den neuen Reparationsplan mehrheitlich befürworteten, weil anders die dringend benötigten Auslandsanleihen nicht zu beschaffen seien, legte sich die DNVP dennoch auf eine extrem nationalistische Wahltaktik fest. Nach einer noch von dem am 23. April bei einem Eisenbahnunglück in Berlinzone ums Leben gekommenen Karl Helfferich – Wortführer und Symbolfigur gegen eine deutsche Erfüllungspolitik – geprägten Begriffsbildung lehnte sie das Pariser Sachverständigen-Gutachten in schärfster Weise als „zweites Versailles“ ab.

Der am 22. März 1924 veröffentlichte Wahlaufruf der DNVP hatte in Unkenntnis des noch nicht publizierten Dawes-Berichts ausdrücklich die Losung zum Motto, die am Anfang und Ende aller deutschnationaler Politik stehe: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ Welche Freiheit gemeint war oder besser, wovon man frei sein wollte, erläuterte der Aufruf, indem er zugleich die wichtigsten Frontstellungen und Feindbilder für den Wahlkampf bekannt gab: „Frei von äußerer Fremdherrschaft; frei vom Marxismus, der uns Frieden, Freiheit und Brot versprach, aber Unfrieden, Knechtschaft und Not gebracht hat, frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!“ Gegen die Erfüllungspolitik der Republik rief die DNVP dem Wähler in auftrumpfendem Tone die Eckpunkte einer äußeren Politik des „entschlossenen nationalen Willens“ zu: „Zerreißung des Lügengewebes von deutscher Kriegsschuld! Los von dem Diktat von Versailles!“ Mit Blick auf die anstehende Reparationsregelung wurde den Alliierten gar in kaum verhüllter Weise gedroht, nicht noch neue den „alten Ketten“ hinzuzufügen. Als Gegenmodell zur Wei-

marer Republik propagierte die DNVP den „christlichen, sozialen und monarchischen Staat“, der die neudeutsche „Alleinherrschaft des Parlaments“ beenden und zur Verfassung Bismarcks zurückkehren werde. Ziel des deutschen Selbstbestimmungsrechts könne nur sein: „Von den Alpen bis zum Belt, ein Volk, ein Reich, ein Kaiser!“ Unter der Parole „Deutschnational sein heißt deutschvölkisch sein“ schien der Aufruf im innenpolitischen Teil die rechtsradikale Konkurrenz überbieten zu wollen, wiederholte dann aber nur die bekannten Punkte des eher gemäßigten Görlitzer Parteiprogramms von 1922. Schließlich wurden alle Mitkämpfer für eine „große deutsche Rechte“ aufgefordert, unter Führung der DNVP das Reich wieder zur alten Größe aufzurichten: „Deutschland den Deutschen! Für Christentum, sozialen Geist und ehrliche Wirtschaft! Wählt Schwarz-Weiß-Rot! Das ist deutschnational!“¹¹⁰³

Die DNVP führte ihren Wahlkampf im Frühjahr 1924 unter außenpolitischen Vorzeichen gegen die Front der „Novemberverbrecher“ zur Befreiung vom „Marxismus“ in Gestalt der Sozialdemokratie. Ohne dass der „Dolchstoß“, der durch eigene „Tatsachen aus den Akten des deutschen Zusammenbruches“ untermauert werden sollte, ein zentrales Argument ihrer Propaganda darstellte, versuchte sich die DNVP doch als einzige bürgerliche Partei zu profilieren, die jegliche Koalition mit der Revolution im Reich und in Preußen seit 1918/19 strikt abgelehnt habe¹¹⁰⁴. Neben dem „lügenhaften Schuldbekenntnis“ von Versailles, mit dem der „Sklavenvertrag“ stehe und falle, gewann im Frühjahr 1924 die Reparationsfrage innerhalb der außenpolitischen Argumentation der DNVP an Bedeutung. An dem als neuen „Zwangsvertrag“ bezeichneten Sachverständigengutachten lehnte sie vor allem die angebliche Überantwortung der deutschen Finanzhoheit an die „internationalen jüdischen Großbanken“ ab. Angesichts des „Sachverständigenschwindels“ appellierte die DNVP unter Beschwörung des Zukunftsbildes von Deutschland als „Sklavenkolonie“ der Alliierten an den Wähler, Schluss zu machen mit dem „weichlichen Verständigungsrummel“ und statt dessen für eine „starke“ Außenpolitik zu votieren¹¹⁰⁵. Die „Stresemannpolitik“ schwäche nur die nationale Abwehrfront, so dass wer „die Freiheit wirklich liebt, den Deutschnationalen seine Stimme gibt“.

Oberstes Wahlziel der DNVP im Innern war die Wiederherstellung der Monarchie auf den Grundlagen der Bismarckschen Reichsverfassung, mit anderen Worten ein neues deutsches Kaisertum unter der alten Fahne „Schwarz-Weiß-Rot“. Entsprechend der Absicht, die Verfassungsfrage

ge zu aktualisieren, verengte sie die Entscheidung vom 4. Mai 1924 explizit auf ein „Entweder: marxistisch-demokratisch“ und ein „Oder: die vaterländische Rechte, die große deutsche Volksgemeinschaft des nationalen Wiederaufbaus, also Schwarz-Weiß-Rot“. Nach fünf Jahren der Misswirtschaft der Revolution und ihrer Nutznießer stehe Deutschland jetzt am Scheideweg zwischen „Elend und Knechtschaft“ oder Widerstand gegen seine Feinde und Aufstieg. Am 4. Mai werde daher die „Schlacht um den Staat“ geschlagen, in der sich die DNVP im Sinne „Bismarckscher Staatspolitik“ fest entschlossen zeigte, „die Macht zu ergreifen in zwölfter Stunde, um die Karre herauszureißen aus dem marxistischen Schlamm“¹¹⁰⁶.

Während sie als Oppositionspartei auf positive Leistungen der Vergangenheit naturgemäß wenig zurückgreifen konnte, betonte die DNVP um so mehr das Versprechen, ihr Programm der „wahren Volksgemeinschaft“ verwirklichen zu wollen. Als Antwort auf die Versuche vor allem der DVP, die Währungsreform als ihr alleiniges Verdienst zu beanspruchen, wurden im Gegenzug die „Helfferich-Mark“ und die DNVP selbst als Bollwerk gegen eine Wiederkehr der Inflation sowie gegen die „rote Finanzwirtschaft“ dargestellt. Wirtschaftspolitisch verlangte sie „strengste Sparsamkeit“ auf allen Gebieten sowie eine „sozial gerechte“ Umgestaltung des Steuersystems. Die Aufwertungsfrage und die Werbung um die Stimmen mitteständischer Inflationsopfer spielte dagegen nicht die oft behauptete Hauptrolle im Wahlkampf der DNVP. Ihre Flugblattpropaganda weckte im Frühjahr 1924 zwar Hoffnungen der verarmten Spargläubiger; konkrete Versprechen aber auf großzügige, gar hundertprozentige Aufwertung wurden nicht abgegeben. Typisch waren unklare Versprechen, der Staat werde statt des schematischen Aufwertungssatzes der dritten Steuernotverordnung seine Schuld als „erste und vornehmste Pflicht“, aber ausdrücklich nur „nach Maßgabe seiner Fähigkeiten“ einlösen¹¹⁰⁷. Höhepunkt ihrer pragmatischen Wahltaktik war die vor allem an mögliche Koalitionspartner in der bürgerlichen Mitte gerichtete Versicherung der DNVP, „auf verfassungsmäßigem Wege einen guten und ehrlichen Kampf um die Wiederaufrichtung des niedergebeugten Vaterlandes“ führen zu wollen. Statt der Wiederholung des „Kuhhandels“ um eine Große Koalition müsse der neue Reichstag endlich die „starke nationale und völkische Rechtsregierung“ bringen. Schwarzweißrot umrahmte Bildflugblätter der DNVP sahen ihre Anhänger bereits als langen Strom zu einer Volksbewegung anschwellen, die einige blasse, als

Demokraten und „Sozis“ bezeichnete Figuren mit der Parole aus dem Weg drängten: „Bürger heraus! Folgt dem Zuge nach rechts! Für Deutschland, Christentum, Sozialreform“¹¹⁰⁸.

Den **parteipolitischen Hauptgegner der DNVP** stellten im Frühjahr 1924 die „Marxisten“ in Gestalt der mit der Novemberrepublik identifizierten SPD dar, gegen die spezifisch mehr als ein Viertel (genau 29) von 103 Wahlflugblättern gerichtet war. Die bürgerliche Regierung unter Marx sah sich wegen ihrer Erfüllungspolitik von 13 Flugblättern attackiert. In starkem Maße beschäftigte sich die DNVP-Flugblattpropaganda notgedrungen mit der völkischen Konkurrenz im „nationalen Lager“, zu der kein direktes Feindverhältnis aufgebaut, sondern unter Einigungsappellen um die gleichen Wählerpotentiale gekämpft wurde. Gegenüber der DVP, gegen die sich fünf Flugblätter richteten, musste trotz oder gerade wegen gemeinsamer „schwarzweißer“ Ziele ebenfalls ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. Die Auseinandersetzung mit den republikanischen Gegnern war überlagert von dem grundsätzlichen Feindbild der „schwarz-rot-gelben“ Weimarer Demokratie und ihrer „Linkspolitik“, die als „öder Kuhhandel roter und demokratischer Parteibonzen“ unter gemeinsamer Leitung des „internationalen volksaussaugenden Galliziertums“ erschien¹¹⁰⁹.

Statt eine „deutsche Arbeiterpartei“ darzustellen, sei die SPD bereits Teil der „kapitalistisch verseuchten und versippten internationalen sozialistischen Bourgeoisie“ geworden, weshalb sie von der DNVP zur Partei „des Klassenkampfes, des Landesverrats, des Umsturzes, der Futterkrippe und – Hauptsache! – des Judenschutzes!“ erklärt wurde. Die „Roten“ zu schlagen, das „erbärmliche sozialistische Korruptionssystem“ zu beseitigen und den „Franzmann zum Teufel“ zu jagen, verschmolz in der Wahlagitiation der DNVP zu ein und derselben Zielvorstellung¹¹¹⁰. Im Verhältnis zu den „Parteivölkischen“, der DVFP und den Nationalsozialisten, entwickelte sie im Frühjahr 1924 eine ambivalente Argumentation. Einerseits wurde unter der Sammelparole „Keine Zersplitterung im nationalen Lager!“ die Einigung der Völkischgesinnten aller Richtungen zum Gebot der Stunde erklärt. Taktische Marschroute gegenüber der rechtsradikalen Konkurrenz war andererseits, ihre Ziele und Anhänger durch den Hinweis auf ideologische Übereinstimmung und die eigene „positive deutschvölkische Aufbauarbeit“ für sich zu vereinnahmen. Mit ihren „unklaren“, ja zum Teil sozialistischen Wirtschafts- und Verstaatlichungszielen sowie durch die Herabwürdigung der Monarchie sei die

DVFP gar keine Rechtspartei, sondern gehöre in Wahrheit zur Linken und sabotiere die „große vaterländische Rechte“¹¹¹¹.

Das Feindbild des Juden, das in der stereotyp wiederholten Forderung nach „Beseitigung des zersetzenden jüdischen Einflusses im ganzen Staatsleben“ zum Kernbestand des Wahlprogramms der DNVP im Frühjahr 1924 gehörte, tauchte sowohl in der Drahtzieher-Rolle des „internationalen Börsenkapitals“ als auch in direkter Form auf, da auf Bildzetteln die typisierte Figur eines Juden unter dem Schutz der „Schwarz-rot-gelben“ den deutschen Michel folterte. Als politische Schrittmacherin der SPD wurde die DDP von dieser Argumentation zur Inkarnation der „Judenkapitalisten“ stilisiert. Durch ihre Politik der „Halbheiten“ und der Koalition mit der Sozialdemokratie hätten aber alle Mittelparteien die „bürgerliche Sache“ verraten und dem Marxismus erst zu seiner Machtstellung verholfen. Der DVP hielten die deutschnationalen Flugblätter stereotyp ihren Wahlslogan von 1920 vor – „Von roten Ketten macht Euch frei“ –, mit dem sie die Wähler getäuscht habe und den sie durch ihr ständiges Hinneigen nach Links unter dem Einfluss Stresemanns Lügen strafe. Auch jetzt vor dem 4. Mai übten die angeblichen „roten Ketten sprenger“ unter Missbrauch der alten Reichsfarben wieder Wählerschwindel. Das Zentrum spielte nur im Rahmen der katholischen Zielgruppenwerbung eine wichtige Nebenrolle im Wahlkampf der DNVP. Von den insgesamt kaum wahrgenommenen kleineren Interessenparteien stellte einzig die Wirtschaftspartei ein lohnenswertes Angriffsobjekt dar¹¹¹².

Unter der Parole der Volksgemeinschaft wurde die DNVP-Wahlpropaganda von dem Appell an alle diejenigen dominiert, die weder „eigensüchtige Interessenwirtschaft“ noch „materiellen Klassenkampf“ wünschten. Zwei Drittel von 103 Flugblättern waren an soziologisch indifferente Empfänger wie die „Volksgenossen“, die „Bürger“ oder sonstige Gruppen adressiert¹¹¹³. Nur in einem knappen Drittel ihrer Flugblätter umwarb die DNVP zielgruppenbezogen die „schaffenden Stände“ mit stereotypen Schutzversprechen, angefangen vom Schutz des „versinkenden“ Mittelstandes vor „Schiebern, Wucherern, schlemmendem Kapital in jeder Form“, dem Schutz der Beamten vor „unfähigem Partei-Beamtentum“ bis zum Schutz der Arbeitnehmer vor dem Klassenkampf der Sozialisten. Die am stärksten umworbenen Berufsgruppen waren die Arbeiter und die Gruppen des Mittelstandes in Stadt und Land, in erster Linie die Selbständigen und die Beamten, während als weitere wichtige

Adressaten noch die Frauen, die Jugend und die Inflationsopfer angesprochen wurden.

Obwohl sich selbst aus den eigenen Reihen Kritik an der Volksgemeinschafts-Propaganda regte, die dazu missbraucht werde, übertriebenen Lohn- und Sozialabbau zu begründen, blieb der gemeinsame Appell an „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ typisch für die Zielgruppenpolitik der DNVP im Frühjahr 1924. Beide Wirtschaftsgruppen sollten auf dem Boden einer „gemeinsamen Weltanschauung“ gemäß ihrer Verantwortung für das „Volksganze“ handeln, denn schließlich: „Das Kapital bedarf der Arbeitskraft und die Arbeitskraft des Kapitals“¹¹¹⁴. Freilich schien sich die DNVP bewusst zu sein, dass die radikalisierten Arbeiter mit rein sozialpartnerschaftlicher Propaganda allein nicht zu gewinnen waren. In Abgrenzung zu einem „sozialpolitisch reaktionären Arbeitbertum“ wurde das vage Bekenntnis zu einer „gesunden“ Sozialpolitik durch die weitergehenden Forderungen des DNAB etwa nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder Ausbau des Arbeitsrechts ergänzt. Dass der Arbeiter aus dem „revolutionären Hexenkessel des marxistischen Klassenkampfes, Terrors und Inflationsbetruges“ sowie von den „roten Oberbonzen“ der SPD befreit werden sollte, hinderte die DNVP nicht, deren Parolen zu übernehmen und die Arbeiter aufzufordern: „Wollt Ihr Frieden, Freiheit, Brot, so wählt die wahre Volkspartei, die stärkste Arbeiterpartei Deutschlands“¹¹¹⁵.

Im Unterschied zu ihrer Arbeiterpropaganda warb die DNVP gegenüber den Beamten mit einer stärker ausdifferenzierten Argumentation, welche ausdrücklich die „besonders benachteiligten Beamtenklassen“ einbezog. Weil sie für die Erhaltung ihrer „wohl erworbenen Rechte“ kämpfte, lehnte die DNVP außer dem Republikschutzgesetz auch das Ermächtigungsgesetz der Regierung sowie vor allem die rigorosen Bestimmungen der Personalabbauverordnung ab. Mit Nachdruck wurde die „Reinigung“ des Berufsbeamtentums von den seit der Revolution eingedrungenen „berufsfremden Elementen“ gefordert. Den vom Abbau bedrohten Beamtengruppen offerierte man das Ideal eines deutschnationalen „Ordnungsstaates“, der allein ihnen die ersehnte berufliche Sicherheit garantieren würde¹¹¹⁶. Alle „schwer leidenden Volksgenossen“ warnte die DNVP vor der „Mittelstandsfeindlichkeit der politischen Linken“, deren Misswirtschaft das Klein- und Mittelunternehmertum nach 1918 an den Bettelstab gebracht habe. Neben der Ablehnung einer die Geschäftswelt „erdrosselnden Steuerpolitik“ sowie der Forderung nach

öffentlicher Sparsamkeit stand die Parole für eine „gerechte Wucherer-
gesetzgebung“ an der Spitze der Mittelstandsforderungen der DNVP vom
Frühjahr 1924. Als „stärkste Handwerkerpartei“ versprach sie, gegen die
Kräfte des „internationalen Großkapitals und jüdischen Sozialismus“ zu
kämpfen sowie die Reste staatlicher Zwangswirtschaft im Wohnungs-
bauwesen zu beseitigen. Ihre Werbebemühungen gegenüber den Bau-
ern beschränkten sich im Frühjahr 1924 auf Polemiken gegen den Dawes-
plan sowie pauschale Lobpreisungen der Landwirtschaft als der Le-
bensgrundlage von Volk und Staat¹¹¹⁷.

Während die SPD die „Arbeiter vom Geiste“ bewusst verelenden las-
sen wolle, versuchte sich die DNVP gegenüber dem akademischen Nach-
wuchs durch völkisch-nationale Parolen wie „Deutscher Geist auf deut-
schen Hochschulen!“ zu profilieren. Ähnlich antirepublikanisch pointiert
fragte sie die von der Aufwertungspolitik der Regierung enttäuschten
Inflationsoffer, ob ihnen nicht auch seit der Revolution der letzte Pfennig
geraubt worden sei und die Demokratie statt Friede, Freiheit, Brot
nur „Verzweiflung, Entrechtung und Hunger“ gebracht habe. Die „Frau-
enparole: Ganz nach rechts!“ war wie der ganze Wahlkampf der DNVP
vom Frühjahr 1924 eine einzige militante Kampfansage gegen die fünf
Jahre Republik mit den „Gottesverleugnern und Vaterlandsverrättern“ der
SPD an der Spitze¹¹¹⁸. Eingedenk ihrer offen restaurativen Zielsetzungen
gab die Parole „Los von der unseligen Linkspolitik! Los von der großen
Koalition!“ bereits im Wahlkampf klar die Option der DNVP für eine
zukünftige „starke Rechtsregierung“ unter ihrer Führung im Reich zu
erkennen. Hinsichtlich der akuten wirtschaftlichen und sozialen Proble-
me schien sie mit den anderen bürgerlichen Parteien kaum Meinungs-
differenzen zu haben. Selbst in der von der Regierung dilatorisch behan-
delten Aufwertungsfrage lehnten sich die Deutschnationalen nicht
stärker aus dem Fenster als etwa die DVP. Die Selbststilisierung der DNVP
als „schwarz-weiß-rote“ und völkische Rechtspartei sowie die Agitation
gegen die Erfüllungspolitik und den neuen „Sklavenvertrag“ dürften in
der bürgerlichen Mitte – ohne die kaum eine Regierungsbildung nach
dem 4. Mai denkbar war – die Koalitionsbereitschaft zu ihren Unguns-
ten wieder geschwächt haben.

„Gegen die Politik der Verneinung“ – Das Zentrum

Als führende Partei der bürgerlichen Minderheitsregierung unter Wilhelm Marx stand das Zentrum im Frühjahr 1924 vor der schweren Aufgabe, die harten und unpopulären Spar- und Abbaumaßnahmen der Notverordnungen rechtfertigen zu müssen. Die Veröffentlichung des Reparationsgutachtens bot der katholischen Partei jedoch die Chance, ihre Wahlkampfpropaganda thematisch unter den „Primat der Außenpolitik“ zu stellen und so von den Folgen der Stabilisierungspolitik im Innern abzulenken. Ungünstig auf den Wahlkampf des Zentrums musste sich allerdings die Eskalation des innerkatholischen „Bruderkriegs“ mit der BVP auswirken, die dazu führte, dass das Reichszentrum erstmals eigene Kandidaten in den bayerischen Wahlkreisen aufstellte und die BVP am 15. April ihren Reichsjustizminister Erich Emminger aus dem Kabinett Marx zurückzog¹¹⁹.

Vor allen anderen Parteien wandte sich die Zentrumsparterie schon am 15. März 1924 mit einem Aufruf ihres Vorstandes an die Wähler, dessen Titel die schicksalsschwere Bedeutung des 4. Mai als einer Entscheidung über „Leben und Sterben der Nation“ dramatisch betonte. Vor dem Hintergrund der wortreich dargelegten „unsagbaren Leiden“ der letzten Jahre wurde die Notwendigkeit praktischer Realpolitik, wie sie die Regierung Marx mit ihren Notverordnungen betreibe, zur Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands erklärt. Das Zentrum verstand seinen „Dienst am Vaterland“ als Ausdruck wahrer nationaler Gesinnung, weshalb es seit den „unglücklichen Tagen des Umsturzes“ die Autorität des Staates gegen alle „zerstörenden Gewalten“ verteidigt habe. Nach dem heldenhaften Abwehrkampf der Volksgenossen in den besetzten Gebieten sei die „Leidenszeit“ Deutschlands aber noch nicht vorbei: „Der Weg zur inneren Ordnung und äußeren Freiheit ist hart und dornenreich“, lautete vielmehr die unpopuläre Botschaft des Zentrums im Frühjahr 1924. Nur durch „opferungsvolle Hingabe“ und weitere „furchtbar harte Lasten auf den Schultern aller Schichten und Stände“ werde endlich auch die „Rettung des gesamten Volkes“ gelingen. Als „zuverlässigste Sachwalter der Schwachen und Hilfsbedürftigen“ versprach die Kanzlerpartei, an den Notverordnungen der Reichsregierung zu ändern, was „untragbar“ sei. Das Zentrum bleibe aber rücksichtsloser Gegner sowohl des „sozialistischen Materialismus“ als auch des „neuheidnischen Mammonismus“ auf der Rechten. Ohne im Übrigen näher auf die Probleme

der Außenpolitik einzugehen oder konkrete Handlungsperspektiven zu nennen, schloss der Wahlauf Ruf mit der milieuspezifischen Parole des politischen Katholizismus: „Mit Gott in den Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit!“¹¹²⁰

Während ihre Presse die Sachverständigenberichte als Beginn eines „neuen Zeitalters“ apostrophierte, stand die Flugblattpropaganda der Zentrumspar tei im Frühjahr 1924 unter deutlich außenpolitischen Vorzeichen und hielt sie den nationalistischen „Hetzern und Maulhelden“ die gouvernementale Parole „Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ entgegen. Typisch für diese Propaganda war vor allem die Mahnung: „Denkt an den deutschen Rhein!“, mit welcher der Reichstagswähler an die negativen Folgen eines Sieges der Rechtsparteien für die besetzten Gebiete bei Fortdauer des Besatzungsregimes erinnert wurde. Der 4. Mai stelle alle deutschen Wähler vor die Alternative: entweder Revanchepolitik und „Selbstmord einer waffenlosen Nation“ oder kluge Verständigung mit einem zur Zeit noch überlegenen Ausland. Gegen die Gefahr einer „nationalistischen Diktatur“ in Deutschland, die den „französischen Gewaltpolitikern“ nur Anlass zu neuen Sanktionen liefern würde, verpflichtete sich das Zentrum deshalb zu einer Politik „für die deutsche, christliche Volksgemeinschaft, für die Wahrung der Einheit von Reich und Rhein“¹¹²¹.

Charakteristisch für seine innenpolitische Argumentation im Frühjahr 1924 war, dass vor jedem Sach- oder Einzelproblem der ideologische Kontrast zwischen der eigenen „Politik des Ausgleichs, der Gerechtigkeit, der goldenen Mitte“ und der „wahnsinnigen Katastrophenpolitik“ der durchweg radikalen Gegner thematisiert wurde. Den Mangel an materiell interessanten Wahlzielen versuchte die Kanzler- und Regierungspartei damit zu überspielen, dass sie den schicksalsschweren Charakter der Wahl und das Selbstbild als „anständigste deutsche Partei“ mit dem Mut zur staatspolitischen Verantwortung akzentuierte. Ausdruck dieser bewusst an die Vernunft appellierenden Propaganda waren der Ruf nach einer „starken, handlungsfähigen“ Regierung sowie Parolen, welche die Maßnahmen des Zentrumskanzlers verteidigten: „Gegen die Politik der Verneinung! Für den Kurs der Mitte! Gegen den Radikalismus! Für die Politik der praktischen Mitarbeit!“¹¹²²

Stärkstes Argument der Zentrumspar tei bildete noch die Festigung der Währung, die selbst von einem Helfferich als Erfolg ihrer „Leistungspolitik“ anerkannt worden sei. Würde das Reich sich aber von seiner

christlichen Grundlage entfernen und statt dessen „ungesunder, den Völkerfrieden gefährdender Nationalismus, unchristlicher Antisemitismus, zersetzender Materialismus, eigennütziger Individualismus“ gewinnen, würde auch die deutsche Nation „sterben“ und Deutschland erneut von den „Fluten des Unheils“, von neuer Inflation und Revolution verschlungen. Ein Aufrollen des Streites um die Staatsform aber, wie es SPD und DNVP versuchten, bringe nur den Staat selbst in Gefahr und störe bei der Lösung der drängenden Probleme. So skizzierte die Zentrumspropaganda das Bild einer entbehrungsreichen Gegenwart, einer „Zeit der Opfer“, in der sich allein die Partei bewähren könne, die immer „wahre Aufbauarbeit“ geleistet habe. Ähnlich wie die Opposition kaprizierte das Zentrum die Entscheidung am 4. Mai zu einem Entweder-Oder, zu einer Wahl zwischen „Ordnung! Freiheit! Verantwortung! Volkswohl! Rentenmark!“ und neuem bürgerkriegsähnlichen „Chaos“¹¹²³.

Obwohl der Flugblattpropaganda des Zentrums im Frühjahr 1924 auch eine gegen die Rechtsopposition zielende Tendenz zugrundelag, führte die Partei der „goldenen Mitte“ den Hauptstoß gegen den „verderblichen Radikalismus von links und rechts“, ob nun „im nationalen, völkischen, sozialistischen oder kommunistischen Gewande“. Dass kein einziges von 24 Zentrumsflugblättern spezifisch die anderen Regierungsparteien oder die SPD angriff, dafür aber sechs sich gegen die Rechte richteten, kann als Option für eine Große Koalition nach dem 4. Mai gesehen werden. Eine Besonderheit des Zentrums und seiner insgesamt parteipolitisch wenig differenzierten Gegnerbekämpfung war die starke Polemik gegen die BVP, die immerhin in drei Flugblättern den Hauptgegner darstellte. Grundsätzliche Distanz zum Parteienstaat äußerte sich in der Klage über die politische Zersplitterung, dem „alten deutschen Erzübel“¹¹²⁴.

Für die Aufgabe des nationalen Wiederaufstiegs und der damit verknüpften „religiös-sittlichen Erneuerung“ Deutschlands erklärte das Zentrum im Frühjahr 1924 alle anderen Parteien für ungeeignet, „die Deutsch-Völkischen Wotansdiener, Deutschnationale Kulturkämpfer, die Deutsche Volkspartei, die auf dem Boden des Unglaubens stehenden sozialistischen Parteien und die dem Börsenkapitalismus Vorspann leistende, im Aussterben begriffene Deutsche Demokratische Partei“¹¹²⁵. Gegen die DNVP, die wegen ihrer Werbung um die „nationalen“ Katholiken als Hauptgegner betrachtet wurde, versuchte das Zentrum in erster Linie religiöse Ressentiments zu mobilisieren. Als Nachfolgerin der „kon-

servativen Kulturkämpfer“ des Kaiserreichs und jetzige „Vorfrucht“ der Deutschvölkischen bleibe die DNVP bislang den Beweis schuldig, dass sie zu „positiver Arbeit im Interesse des Staatsvolkes“ bereit sei. Mit „großem Tamtam“ in den Wahlkampf gegen die Erfüllungspolitik gezogen, gerate sie nun selbst durch die noch radikalere Agitation der DVFP in die Defensive. Die mit den Kommunisten „geistesverwandte Umsturzpartei“ der Deutschvölkischen stehe nicht nur für eine Außenpolitik des „Verrats am besetzten Gebiet“ und eine „Innenpolitik chaotischer Zerreißung der Volksgemeinschaft“, sondern scheue sich auch nicht, mit den längst begraben geglaubten „Kulturkampfschlagworten Ultramontanismus“, „Jesuitismus“, „Reichsfeinde“ die deutschen Katholiken anzugreifen. Willkommen waren dieser Argumentation des Zentrums die Ausfälle Ludendorffs, der im Münchener Hochverratsprozess gegen die angeblich deutschfeindliche Haltung des Vatikans und die Inschutznahme von Juden durch die katholische Kirche polemisiert hatte. Ein Wahlsieg der Rechtsparteien am 4. Mai 1924 würde schließlich, so das wichtigste Argument des Zentrums, auf Kosten Deutschlands die „Einheitsfront der Alliierten“ wiederherstellen, ohne dass die nationalistischen Parolen bislang auch nur schon einen „Senegalneger“, lies französischen Besatzungssoldat, vom Rhein verjagt hätten¹¹²⁶.

Sah man rechts vor allem die „Erben der alten Kulturkämpfer“ aus dem Kaiserreich am Werk, wandte das Zentrum im Frühjahr 1924 gegen die „kulturbolschewistischen“ Parteien auf der Linken ebenfalls ihre „antireligiös-materialistischen“ Ziele ein. Während die Auseinandersetzung mit der KPD auf das stereotype und bereits alles erklärende Schreckensbild der drohenden „russischen Zustände“ beschränkt war, erschien der potentielle Koalitionspartner SPD wie die DNVP als radikale Agitationspartei unfähig zur nationalen Verantwortung und „positiver Arbeit“. Mit großen Versprechungen hätten die Sozialdemokraten 1918/19 das „Himmelreich auf Erden“ angekündigt, aber dann „auf der ganzen Linie versagt“ und nur für „Misswirtschaft übelster Sorte“ gesorgt. Als „Klassenkampfapostel“ gehe sie in den Parlamenten den „staatsnotwendigen Entscheidungen“ aus dem Wege, thematisierte das Zentrum in erster Linie die Oppositionshaltung zur Notverordnungspolitik der Regierung Marx, um das Verdikt über die SPD zu begründen: „Nichts gelernt, nichts geleistet“¹¹²⁷. In dem insgesamt als Feindbild nicht relevanten Liberalismus in Gestalt von DDP und DVP sah das Zentrum eine bereits „überwundene Weltanschauung“, während andererseits gegen die WP gerade

ihre weltanschauliche Unzuverlässigkeit und ein unpolitisches Wesen eingewandt wurden. Den innerkatholischen Konflikt mit der BVP reflektierte die Zentrumspropaganda, insofern sie – natürlich zuerst mit Blick auf die besetzten Gebiete – das Argument der Reichseinheit akzentuierte und jeden „engstirnigen, eigenbrödlerischen Partikularismus“ scharf verurteilte. Bayern aber sei unter der Regierung der BVP zur „Unordnungszelle“ im Reich geworden. An die Adresse ihrer Anhängerschaft gerichtet, wurde deshalb zur Sammlung um die „alte Fahne“ des Zentrums aufgerufen: „Los von Sondergruppen und Splitterparteien, welche die Einheit des christlichen Volksteiles Deutschlands zerschlagen!“¹¹²⁸

Ausgehend von dem Ideal der nationalen Volksgemeinschaft, stellte sich das Zentrum im Frühjahr 1924 wieder als eine sich aus allen Schichten und Berufen zusammensetzende „christliche Volkspartei“ dar. Passend dazu war die Flugblattpropaganda durch eine wenig beruflich oder sozial differenzierte **Zielgruppenwerbung** gekennzeichnet: Nur eines von 24 Wahlflugblättern besaß einen berufsgruppenspezifischen Adressaten – die Bauern. Während sich der Wahlauf Ruf des Zentrumsvorstandes an alle Deutschen ohne erkennbare konfessionelle Distinktionen wandte, an die „deutschen Männer aller Stände, die ihrem Vaterlande dienen wollen, an die deutschen Frauen, die Hüterinnen christlicher Zucht und Ordnung, an unsere Jugend, in der ein neuer christlicher und nationaler Lebenswille aufbricht“, wurden die katholischen und evangelischen Wählergruppen in vier beziehungsweise zwei Flugblättern spezifisch umworben¹¹²⁹.

Weil die inneren Krisen das außenpolitische Unheil herbeizögen, mussten am 4. Mai gerade die alten Wähler des Zentrums, der „Partei der christlichen Weltanschauung und damit des Ausgleiches bei allen Zerrüttungen und Zersplitterungen unseres Volkes“, vollzählig zur Stelle sein, so der Appell an die traditionelle Wählerklientel. Dass die Kanzlerpartei die Parole „christlich und deutsch“ ausgab, kann als Ausdruck einer Wahlpolitik gelten, die vor dem Hintergrund der sozialen Spannungen nicht noch zusätzliche konfessionelle Barrieren oder Konflikte in der Bevölkerung aufbauen wollte. Die Katholiken sahen vielmehr zugunsten des allgemeinen Volkswohls „sehr gern große Massen protestantischer Christen“ im Zentrum. Besorgt um seine ureigenen Besitzstände, reagierte man andererseits scharf auf deutschnationale Vereinnahmungsversuche gegenüber „rechtsgerichteten Katholiken“, wobei Wortmeldungen von hohen Geistlichen ein wichtiger Teil dieser Argu-

mentation darstellten. Für den katholischen Wähler sei klar, dass sein Weg nur zur „christlichen Mitte“, zum Zentrum führe, weder nach links, zu „Bolschewismus, Hunger, Klassenkampf“, noch nach rechts, zu „Rassenhass, Kulturkampf, Revanchekrieg“¹³⁰. Das Fehlen berufsspezifischer Zielgruppenwerbung, die mit materiellen Versprechungen argumentiert hätte, entsprach der Absicht des Zentrums als Regierungspartei, nicht durch Wahlkampfversprechen die künftige politische Bewegungsfreiheit einzuschränken. Das Reformwerk des bisherigen Kanzlers dürfe nicht durch demagogisch angeheizte Stimmungen gefährdet werden, daher der Appell: „Der wählt nicht deutsch, der sich am 4. Mai durch die Aufwertungsfrage, den Beamtenabbau oder den Steuerdruck bestimmen lässt. Nur der wählt deutsch, der bei seiner Stimmabgabe sich bewusst ist, dass es um die Rettung des Vaterlandes, um den Wiederaufstieg unseres Volkes geht“¹³¹.

Selbst wenn sich die Zentrumsparlei im Frühjahr 1924 an einzelne Berufsgruppen wie etwa die Bauern wandte, enthielt sie sich bewusst konkreter interessenpolitischer oder materieller Zukunftsversprechen. Schließlich entscheide aus ihrer Sicht in der deutschen Politik nicht die „Reklame“, sondern allein die „praktische Arbeit“ einer Partei. Mit dem Slogan „Zentrumswahl ist Rettungswahl“ wurde versucht, die Gruppe der Wahlmüden zu mobilisieren. Wer von ihnen seine „nationale Pflicht“ des Wählens nicht erfülle, handle „wie der Deserteur, der vor der Schlacht feige zurückweicht“¹³². Die Zentrumsparlei führte den Wahlkampf vom Frühjahr 1924 entsprechend ihrem politischen Verantwortungsethos ohne taktische Versprechen in erster Linie aus der Defensive gegen die zwei großen Oppositionsparteien. Sowohl eine „Rechtsalleinregierung“ der DNVP und ihr „unmotiviertes Kraftmeiertum“ in außenpolitischen Fragen als auch ein SPD-geführtes Linkskabinett wurden zum nationalen Unglück stilisiert. Ihr zentraler Wahlslogan „Christlich und deutsch!“ thematisierte den interkonfessionellen Sammlungswillen der katholischen Partei und besaß seine Spitze gegen den „Kulturkampfegeist“ der Völkischen. Hinsichtlich der von ihr nicht geleugneten sozialen Probleme appellierte das Zentrum letztlich an die vernünftige Einsicht der Wähler zur „opferfreudigen Hingabe an die deutsche Volksgemeinschaft“.

„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ – Die Deutsche Volkspartei

Als rechte Flügelpartei des Kabinetts Marx, dessen Notverordnungen gerade unter ihren durch die Inflation ohnehin stark in Mitleidenschaft gezogenen Wählerschichten die Missstimmung verstärkte, musste der DVP ein Wahlkampf im Frühjahr 1924 ungelegen kommen. Stresemanns Kanzlerschaft vom Herbst 1923 und die von ihm eingeleitete Verständigungspolitik waren zudem in ihren Reihen keineswegs nur auf Zustimmung gestoßen, auch wenn sich die hinter dem rechten Parteiflügel stehenden industriellen Interessenverbände von dem neuen Reparationsabkommen ausländisches Kapital erhofften. Die schwelende Parteikrise zwischen dem zur „nationalen Realpolitik“ in der Republik bereiten Stresemann und seinen Kritikern kam wenige Wochen vor der Wahl zum offenen Ausbruch, als sich Mitte März 1924 eine Nationalliberale Vereinigung mit dem Ziel formierte, den engeren Anschluss an die DNVP herbeizuführen. Nachdem der fünfte Parteitag der DVP, der Ende März in Hannover ganz im Zeichen des Stresemannschen Mottos „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ stand, der Nationalliberalen Vereinigung eine klare Absage erteilt hatte, stellte diese einen eigenen Reichswahlvorschlag auf, dessen Reststimmen der DNVP zufallen sollten¹³³.

In dem vom Parteitag der DVP am 30. März 1924 angenommenen Wahlauf Ruf wurde die schicksalsschwere Bedeutung der Wahl in die Alternative gefasst, am 4. Mai zwischen „Wiederaufbau oder Zerstörung, Ordnung oder Zerrüttung und Bürgerkrieg“ und damit über „Leben und Sterben“ des deutschen Volkes entscheiden zu müssen. In fast wörtlicher Übereinstimmung zum Zentrum stellte die DVP den Kampf in den besetzten Gebieten als Vorbild für die Erringung einer nationalen Volksgemeinschaft dar. Die Einheit des Reiches müsse als das letzte, was von „Bismarcks Erbe“ noch geblieben sei, unbedingt verteidigt, und schon deshalb dürften „Rhein, Ruhr, Pfalz und Saar“ niemals preisgegeben werden. Im Unterschied zum Zentrum erhob die Volkspartei außenpolitisch aber auch Anspruch auf eine „koloniale Betätigung“ Deutschlands und bezeichnete sich ausdrücklich als Gegner einer Erfüllungspolitik, die den Forderungen der Alliierten keine feste Grenze ziehe – eine kaum verhüllte Kritik an der früheren deutschen Außenpolitik unter Wirth und Rathenau. Zentrale und im Wahlkampf stereotyp wiederholte Ziele der DVP, die das „deutsche Bürgertum“ zur Staatsleitung rief, waren die „Wahrung nationaler Würde, Stärkung der Staatsautorität, Pflege deut-

schen Wesens und deutscher Kultur, Schutz jeder ehrlichen Arbeit, Kampf gegen Wucher und Ausbeutung“. Über ihre Bereitschaft zur „verantwortungsvollen Mitarbeit“ in der Regierung hinaus versprach die DVP, das Reich von den „letzten, unsere Entwicklung hemmenden Fesseln des Marxismus“ befreien zu wollen. In der Hoffnung auf ein neues deutsches „Volkskaisertum“ kämpfte sie auch jetzt unter den „alten Farben schwarz-weiß-rot“ und den bewährten Parolen: „Erst das Vaterland, dann die Partei! Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit!“¹¹³⁴

In Übereinstimmung mit den anderen Regierungsparteien thematisierte die DVP vor dem 4. Mai 1924 gegen die „verantwortungslosen Demagogen“ der Opposition vor allem die Erfolge ihrer „praktischen Arbeit“ im Kabinett Marx. Unter dem Motto „Ordnung erfordert Opfer“ habe es mit den Notverordnungen den Mut zur Durchführung zwar unpopulärer, aber notwendiger Maßnahmen bewiesen. Stärkstes Argument war auch der DVP die Überwindung der „betrügerischen Inflationswirtschaft“ sowie der „Abbau der sozialistischen Wirtschafts Ideen“ durch ihre maßgebliche Regierungsarbeit. Als „Partei der nationalen Volksgemeinschaft“ habe sie immer nur nach dem Grundsatz: „Keine fruchtlose Oppositionspolitik, sondern Verantwortungsfreudigkeit!“ gehandelt, gerade auch in der Großen Koalition mit der SPD. In Gegenüberstellung zu den „Illusionen“ der Gegner listete die DVP betont nüchtern die Leistungen und Erfolge ihrer „nationalen Realpolitik“ auf, wie „Ruhe, Sicherheit, Einheit des Reiches, Ordnung von Währung und Finanzen“¹¹³⁵. Weder Helfferichs Roggenwährung noch Hilferdings „goldumränderte Währung“, sondern die Arbeit des Kabinetts Stresemann und ihre tatkräftige Unterstützung durch „die Partei der Wirtschaft, die Partei der Rentenmark“ hätten im Herbst 1923 den Weg zur Rettung Deutschlands freigelegt. Weitere „Taten“ aber würden folgen, so das zentrale Wahlversprechen der DVP, die nicht nur die völlige „Befreiung von Rhein und Ruhr“ und damit Wiederherstellung der nationalen „Ehre“, sondern auch das „Aufblühen unseres gesamten Wirtschaftslebens“ sowie insbesondere eine „gerechte“ Aufwertung in Aussicht stellte¹¹³⁶.

Außenpolitisch erklärte die DVP im Frühjahr 1924 eine Verständigung mit dem Ausland zum notwendigen Übel für eine „waffenlose Nation“ wie Deutschland. Gerade in der Haltung zum neuen Reparationsplan, auf dessen wirtschaftliche Vorzüge sie hinwies, offenbarte sich die Ambivalenz ihrer Propaganda, die stark von der nationalistischen Agitation der extremen Rechte beeinflusst wurde. Sichtlich bemüht, Strese-

manns Politik von der früherer deutscher Außenminister abzugrenzen, prägte unter dem Ruf „Seid frei! Seid deutsch!“ ein nationalistischer Grundton die Wahlpropaganda der DVP vor dem 4. Mai. Obwohl der im Sommer 1920 gewählte „Reichstag der ‚Erfüllungspolitik‘“ bereits unzählige Milliarden bezahlt habe, stehe das Ausland dem Reich immer noch unverändert in „Todfeindschaft“ gegenüber, schürte die DVP die weitverbreiteten nationalen Hassgefühle gegen das Besatzungsregime der Alliierten¹³⁷. Unter dem Druck der Rechtsopposition stimmte sie sogar in die völkischen Rufe nach „Deutschland den Deutschen!“ ein, um das Protestwähler-Potential rechtsaußen abzuschöpfen. Die spezifische Parole ihres „positiven völkischen Programms“ gegenüber dem von der DNVP favorisierten Rechtsblock und den antiparlamentarischen Völkischen lautete: „Heraus aus dem Sumpf führt uns nur stille, zähe, opferwillige Arbeit“. Die Idee einer Bürgerblock-Koalition propagierte die DVP als „Sammlung aller national Gestrafften, von liberalem und sozialem Geist Durchdrungenen“, um die sich eine Regierung der „Volksgemeinschaft“ bilden müsse – ob mit oder ohne Sozialdemokratie, blieb unklar. Während der Begriff der Mitte sorgsam vermieden wurde, sollte diese Regierung jedenfalls mit „starken Bedingungen nach rechts und links“ ausgestattet werden. Die rückwärts gewandte Stoßrichtung ihres Programms verriet die Wahlpropaganda der DVP vor allem, indem sie außer mit der Autorität des „nationalen Realpolitikers“ Bismarck massiv mit den alten Symbolen des Kaiserreichs warb. Gerade wegen ihrer Mitarbeit im Staat nach der „Schande“ des Novembers 1918 glaubte sie, sich mit den Farben „Schwarz-weiß-rot“ identifizieren und schmücken zu dürfen¹³⁸.

Als sowohl nationale wie liberale Partei sah sich die DVP in Frontstellung zu der „internationalen Einstellung der Sozialdemokratie, den schwärmerischen pazifistischen Ideen der Demokraten, dem unverantwortlichen Treiben überspannter Gefühlspolitiker“ bei den Deutschnationalen und schließlich zu der „Gängelung der geistigen Kräfte“ durch die Zentrumspartei¹³⁹. Der Hauptstoß des DVP-Wahlkampfes richtete sich aber gegen den „Radikalismus von links und rechts“ in Gestalt der Opposition von KPD und SPD sowie von DNVP und Völkischen. Gegen letztere waren spezifisch mit neun die meisten von 49 Wahlflugblättern der DVP gerichtet, die – von gelegentlichen Spitzen gegen die „schwarz-rot-goldene“ Republik abgesehen – ihre Koalitionspartner im Kabinett Marx weitgehend schonte, dafür als Besonderheit der anders-

wo nicht wahrgenommenen NLV starke Beachtung schenkte. Zwischen den Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition sollten im Frühjahr 1924 gegenseitige Angriffe unterbleiben, wenn auch die DDP nicht auf eine eventuelle „Abwehrpolemik“ gegen den rechten Flügel der DVP verzichten wollte. Das Kabinett gründete ungeachtet dessen einen gemeinsamen Wahlfonds der Regierungsparteien unter dem Titel „Versachlichung des Wahlkampfes“. Anfang April erschien das von Reichsfinanzminister Hans Luther verfasste Wahlbrevier „Feste Mark – Solide Wirtschaft“, das – obwohl es eine „ausgeprägte Propagandaschrift“ sei – ohne jede „maulaufreißende Schlagwortmanie“ auskomme¹⁴⁰.

Unter der Parole „nationale Realpolitik oder Illusionen“ warf die DVP den Deutschnationalen ihre angeblich mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Lösung der Staatsprobleme vor. Weil sie nicht im „Schützengraben der Verantwortung“ stehen wolle, sondern vielmehr durch die Agitation gegen die Regierung Marx und ihre Außenpolitik eine bürgerliche Mehrheit im Reichstag sabotiere, mangle es der DNVP bis jetzt an „Bismarckscher Realpolitik“. Obwohl man mit ihr im „schwarz-weiß-roten“ Verfassungsziel übereinstimme, müsse sie deshalb noch zu den radikalen Oppositionsparteien gerechnet werden. Unter dem „Deckmantel ‚Deutschnational‘“ versuchten im übrigen die alten Konservativen wieder nur die Massen mittelständischer Wähler vor den „Karren ihrer großagrarischen und großkapitalistischen Sonderinteressen“ zu spannen¹⁴¹. Gegenüber den nur „so genannten völkischen Parteien“ versuchte die DVP in erster Linie auf Vereinnahmung und Integration der bei ihnen vermuteten Wähler und Inhalte zu setzen. Weil die völkische Bewegung eine durch das ganze deutsche Volk gehende „Welle nationaler Selbstbesinnung gegenüber feindlicher Versklavungssucht und innerem Hader“ sei, dürfe sie nicht zur bloßen Parteisache erniedrigt werden. Das aber gerade versuche die DVFP, die obendrein durch ihren „öden Radau-Antisemitismus“ und eine „zügellose Demagogie“ die Volksleidenenschaften anheize. Wichtigstes Argument der DVP gegen die „Parteivölkischen“ war, dass ihr Programm Anleihen bei den „undeutschen Lehren“ des Sozialismus mache. Wer aber „wahrhaft völkisch“ denke, dürfe daher nicht den „schönen Versprechungen des völkischen Rechtsblocks“ glauben, der nur Wasser auf die doch „bereits matter klappernden Mühlen des Poincarismus“ schütten werde¹⁴².

Obwohl sie in Preußen gemeinsam mit der SPD in einer Großen Koalition regierte, versuchte sich die DVP dem Reichstagswähler als einzi-

ge strikt antisozialistische Partei im Bürgertum zu empfehlen. SPD und KPD, die als „Klassenkampfparteien“ nur den deutschen Arbeiter aufhetzten, vereinigte die volksparteiliche Wahlpropaganda zu dem einen Feindbild des „internationalen Marxismus“. Während die SPD den „gehorsamen Sowjetstipendiaten“ bei der Vorbereitung einer neuer Revolution helfe, rechnete es sich die DVP zum Verdienst an, durch den ihr zugehörigen Reichskommissar im Herbst 1923 Mitteldeutschland von „roten Ketten und Terror“ befreit zu haben¹⁴³. Schwerer fallen musste ihr der Kampf gegen die erst im Wahlkampf als Gegner auftauchende NLV schon deshalb, weil diese im Grunde ähnliche Ziele propagierte. Unter scharfer Ablehnung einer Großen Koalition klagte diese „wiedererwachte alte Bismarckpartei“ Stresemann und die DVP in 19 Punkten einer Politik der „Halbheiten“ an, weil sie nichts zur Beseitigung der „Kriegsschuldlüge“ leiste und sich weigere, den „Entscheidungskampf“ mit der SPD im Sinne einer „straff nationalen“ Politik und für eine „starke Regierung“ im Reich aufzunehmen¹⁴⁴. Gegen diese für sie heikle Agitation konnte die Volkspartei wenig Sachliches aufbieten; so versuchte sie, die „Fahnenflüchtigen“ der NLV als „Klub der politisch Obdachlosen“ zu diskreditieren, die zu Recht von den „großen nationalen Parteien“ hinausgeworfen worden seien. Wie im bürgerlichen Regierungslager üblich, äußerte sich die DVP schließlich besorgt über die wachsende Zahl der Parteien im bürgerlichen Lager, da die Bildung von mittelständischen Sondervertretungen wie der WP nur überflüssige „Vereinsmeierei“ einzelner Berufsgruppen sei¹⁴⁵.

Merkmal der **Adressatenwerbung** der DVP vom Frühjahr 1924 war die synchrone und dadurch meist etwas langwierige Anrede der unterschiedlichen beruflichen und sozialen Gruppen, die ihrer Ansicht nach unter das Dach der nationalen Volksgemeinschaft gehörten¹⁴⁶. Ziel der DVP sei nicht die „Herrschaft eines Einzelstandes“, sondern das „Wohl des ganzen Bürgertums“, was dem propagierten Selbstbild einer „Partei aller schaffenden Stände in Stadt und Land“ entsprach. Wenn auch bewusst unspezifische Adressaten wie alle „Unzufriedenen“ angesprochen wurden, betrieb die DVP durchaus eine interessenmäßig differenzierte Zielgruppenpolitik¹⁴⁷. Hauptadressat von 49 Flugblättern waren die mittelständischen Wählergruppen, insbesondere die Beamten und die städtischen Selbständigen, an die fünf beziehungsweise vier Zielgruppenflugblätter gerichtet waren, während um die Stimmen der Inflationsopfer speziell drei und um die der Bauern zwei warben. Relativ stark kümmer-

te sich die DVP noch um die Interessen der Arbeitnehmer und der Frauen (sieben bzw. fünf Flugblätter)¹¹⁴⁸.

Bei dem Versuch, das Vertrauen der mittelständischen Wählerschichten zurückzugewinnen, stand die DVP vor dem Dilemma, ihre Mitverantwortung an der Stabilisierungspolitik der Regierung mit offensiven Wahlversprechen vereinbaren zu müssen, die tendenziell oppositionellen Charakter besaßen. Als „Liste des Mittelstandes“ versprach sie etwa den Bauern pauschal Befreiung von „unerträglichen Steuerhärten“ sowie Zollschatz vor „vernichtendem ausländischem Wettbewerb“. Im Namen der Haus- und Grundbesitzer wurde „freie Betätigung zur Überwindung der Wohnungsnot“ verlangt. Gerade die Wohnungs- und Baupolitik der DVP entspreche ihrem wirtschaftspolitischen Grundsatz, wonach die private Wirtschaft zu schützen und jede Sozialisierung schärfstens zu bekämpfen sei¹¹⁴⁹. Einen besonders schweren Stand hatte die DVP, die 1923/24 als Partei der „Inflationsgewinnler“ der Großindustrie um Hugo Stinnes galt, bei den von der Geldentwertung betroffenen Wählern wie den kleinen Sparern. Obwohl entscheidend an dem Zustandekommen der dritten Steuernotverordnung beteiligt, scheute sie sich aber nicht, in die Rufe nach höheren Aufwertungssätzen für die Inflationsoffer einzustimmen. Um Distanz zu den industriellen Interessenkreisen bemüht, präsentierte sie sich als „Anwalt der Enterbten“, der eine „gewaltige Volksbewegung gegen das an den Inflationsgeschädigten begangene Unrecht“ entfachen werde¹¹⁵⁰. Vor dem Hintergrund des Personalabbaus bekannte sich die DVP nachdrücklich zum Berufsbeamtentum und warb um die Stimmen der Beamten als die Partei, welche sie im Vorjahr durch die Herstellung der Staatsautorität vor der „Massen-Willkür“ geschützt habe. Der Wiederaufbau Deutschlands erfordere aber im Sinne der „Notgemeinschaft aller Volksgenossen zur Rettung des Staates“ auch von den Beamten materielle Opfer. Immerhin habe die DVP den geplanten Beamtenabbau der früheren „schwarz-rot-goldenen“ Regierungen zu einem auf alle ausgedehnten Personalabbau mildern können¹¹⁵¹.

Gegenüber den Arbeitern und Angestellten akzentuierte die Stresemannpartei im Frühjahr 1924 den Gedanken einer „ehrlichen Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Unternehmertum und verknüpfte damit das Versprechen auf bessere Aufstiegsmöglichkeiten für die „Arbeitsfreudigen und Sparsamen“ unter ihnen. Das Wohl der Arbeitnehmer hänge von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab, deren Förderung allein das „Gegenst der Arbeitslosigkeit“ verscheuche. In Abgrenzung zum „scharf-

macherischen Teil“ der Unternehmer, auf dessen Sympathien sie gern verzichte, wurden spezielle „Standes“-Interessen der Angestellten thematisiert, die vom „Gleichmachungswahnsinn“ der SPD bedroht seien. In der Frage des Achtstundentages trat die Volkspartei als deren Gegenspielerin auf und argumentierte gemäß der Devise „Mehrarbeit in der Notzeit“ als Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Vor die Alternative gestellt, durch „ehrliche Arbeit“ wieder „ehrliches Geld“ zu verdienen oder zu verelenden und seine Familie hungern sehen zu müssen, ziehe doch jeder Arbeiter vor, mehr als acht Stunden zu arbeiten¹¹⁵³. Typisch für die stark appellative Rhetorik ihrer Frauenpropaganda war die Vorstellung, dass nach dem schweren Ringen um den Erhalt von Volk und Familie während Revolution und Inflation nun wieder die Zeit kommen müsse, in der die „deutsche Sehnsucht nach ideellem Besitz“ ihr Recht verlange, weshalb die Frauen nachdrücklich an ihre Wahlpflicht gemahnt wurden: „Bringt dem Vaterland ein Opfer!“¹¹⁵³

Sowohl hinsichtlich der Themenschwerpunkte als auch bis in Formulierungen hinein ähnelte das unter dem Motto der Volksgemeinschaft gestellte Wahlprogramm der DVP vom Frühjahr 1924 dem der Zentrums- und der Christlich-Sozialen Partei. Die gouvernementale Parole „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ musste andererseits gegen die Konkurrenz der nationalistischen Rechtsparteien gerechtfertigt werden. Näherte sich die DVP dabei aus wahltaktischen Gründen völkisch-chauvinistischen Positionen an, argumentierte sie auch in anderen Punkten wie der Aufwertungsfrage eher im Stile einer Oppositionspartei. Grundsätzliche Koalitionsbereitschaft signalisierte sie den Deutschnationalen, mit denen das Bekenntnis zu „Schwarz-Weiß-Rot“ geteilt wurde, wenngleich sie erst noch den Beweis der Anerkennung der Grundsätze Bismarckscher „Realpolitik“ erbringen müsse. Nicht zuletzt unter dem Druck seiner Kritiker gelangte aber auch Stresemann im Frühjahr 1924 zu der Überzeugung, dass die SPD als regierungsfähiger Faktor „versagt“ habe. Angesichts der sozialpolitischen Gräben erschien eine Neuaufgabe der Großen Koalition aus Sicht der statt dessen auf eine bürgerliche Mitte-Rechts-Regierung setzenden DVP wenig erstrebenswert. Obwohl stets der sozial indifferente Appell an die Volksgemeinschaft zuerst kam, ragten unter den Adressatengruppen der DVP die mittelständischen Wählerschichten heraus, denen sie vor dem 4. Mai als programmatische Wahlparole präsentierte: „Der Zug geht nach rechts!“¹¹⁵⁴

„Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ – Die Deutsche Demokratische Partei

Stärker noch als die DVP hatten die Demokraten unter den Folgen des Krisenjahres zu leiden, das nicht nur ihre Parteiorganisation faktisch zusammenbrechen ließ, sondern auch den Prozess der Entfremdung traditioneller Mittelstandswähler von der Partei bedrohlich verstärkte. Noch mit ihrem Wiederaufbau beschäftigt, musste die DDP bei den bayerischen Landtagswahlen Anfang April 1924 mit dem Verlust von fast zwei Dritteln ihrer Stimmen eine neue schwere Wahlniederlage hinnehmen. Auf dem am 5./6. April veranstalteten Wahlkampf-Parteitag leitete der neue Mitvorsitzende Erich Koch-Weser eine außenpolitischen Kurskorrektur der DDP ein, die er unter der Parole „Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ auf die Linie ihres früheren Außenministers Walter Rathenau festlegte. Bündnispolitisch konzentrierte sich die DDP-Führung auf ihr Wunschziel einer Großen Koalition mit der SPD, da die bürgerliche Minderheitsregierung unter Marx nur als Notbehelf bis zu den Wahlen betrachtet wurde¹¹⁵⁵.

Der am 29. März 1924 veröffentlichte Wahlauf Ruf der DDP glich im innenpolitischen Teil stark den Kundgebungen der beiden anderen Regierungsparteien, insofern der 4. Mai zum Entscheidungstag über „Sein oder Nichtsein“ des deutschen Volkes erklärt und die Notverordnungs politik des Kabinetts Marx mit dem Hinweis auf die feste Währung und den Schutz der deutschen Wirtschaft gegen die „egoistischen Bestrebungen einzelner Berufsgruppen“ verteidigt wurde. Allerdings betonten die Demokraten die außenpolitische Bedeutung der Wahl unter anderen Vorzeichen als Zentrum und DVP, da sie zum ersten Mal seit Kriegsende die „Hoffnung auf Befriedigung Europas“ heraufdämmern sahen. Ohne den Versailler Vertrag als endgültige Regelung jemals anerkennen zu wollen, aber unter Berücksichtigung der bestehenden Machtverhältnisse, sei Deutschland jetzt durch eine „feste und nüchterne“ Außenpolitik in die Lage gesetzt worden, das alte Ziel der DDP zu verwirklichen: „würdig und achtungsgebietend im Rate der Völker, die freie und große deutsche Republik!“ Nicht durch Diktaturpläne von rechts oder links, sondern nur durch eine Festigung der Autorität des Staates und eine „tatkraftige und starke“ Regierung könne jetzt Deutschlands Wiederaufstieg auf dem Weg „durch Frieden zur Freiheit“ gesichert werden. Aus dem Wahlprogramm der DDP hob ihr Aufruf acht Einzelpunkte hervor, an deren Spitze die Erhaltung der Reichseinheit, eine „gesunde und ehrli-

che“ Wirtschaft und der Schutz der „schwachen Schichten“ sowie eine nationale Erziehung im republikanischen Geist standen. So empfahl sich die DDP als Weimarer Verfassungspartei des innenpolitischen Ausgleichs und der bürgerlichen Mitte¹⁵⁶.

Thematisch im Mittelpunkt des demokratischen Wahlkampfes vom Frühjahr 1924 standen die ersten zwei „helleren Stellen“ in der deutschen Politik nach dem Zusammenbruch von 1918: das Sachverständigengutachten auf außen- sowie die Überwindung der Inflation auf innenpolitischem Gebiet. Ähnlich wie Zentrum und DVP versuchte die DDP ihre Verantwortung für die Notverordnungen dem Wähler als „Mut zu bitterer Wahrheit“ näher zu bringen. In Abgrenzung zu den „Versackungspolitikern“ der DVP, welche die Stresemannsche Politik selbst in ihrem Wahlauftritt schamhaft verleugne, bekannten sich die Demokraten aber nachdrücklich zu dem Versuch, die Reparationsfrage auf dem Weg der Verständigung zu lösen. Demokratische Erfüllungspolitik heiße, unter der Parole „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit!“ auf die Befreiung der besetzten Gebiete hinzuwirken. Um Vorwürfen von rechts vorzubeugen, trennte die DDP die wirtschaftlichen „Kriegsschulden“ von einer historischen „Kriegsschuld“, die sie ebenso wenig bereit sei anzuerkennen wie sonst jemand im deutschen Volk¹⁵⁷. Gerade weil man mit starkem innerem Aufbäumen die „Knechtung des Vaterlandes“ empfinde, plädierte die DDP unter Berufung auf frühere „Verständigungspolitiker“ in der deutschen Geschichte wie Friedrich II. und Bismarck – der selbst die Punktation von Olmütz gerechtfertigt habe – für eine „Politik der Befreiung durch Erfüllung des Unvermeidlichen“ auf dem Wege, den das Gutachten der Sachverständigen weise. Unter der Parole „Deutschland muss leben!“ versuchte die DDP-Wahlpropaganda außenpolitische Raison und nationalistische Stimmung miteinander zu verknüpfen, um gegen die Rechtsopposition, aber mit Anleihen aus deren Phrasenschatz für die „Verständigung mit dem Feindbund“ zu werben¹⁵⁸.

In der Innenpolitik unterschied sich die DDP von den anderen Regierungsparteien durch die Wahlparole für den Schutz und Ausbau der Republik. Als dringlichste Aufgabe im Innern thematisierte die DDP-Propaganda stereotyp die Markstabilisierung. Die Rentenmark wurde geradezu zum Identifikationssymbol der Partei, in deren Reihen der Mann stehe, dessen Arbeit als Reichswährungskommissar sie zu verdanken sei, Hjalmar Schacht, der „Ekkehard der deutschen Währung“. Unter der Parole „Nie wieder Inflation!“ stilisierte sich die DDP so zum ein-

zigen Garanten eines wirksamen Schutzes vor ihrer Wiederkehr. In der Aufwertungsfrage versprach sie eine Wiedergutmachung des „Unrechts an den durch die Geldentwertung Enteigneten“ im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schuldner. Die jetzige Regelung der dritten Steuernotverordnung bedürfe jedenfalls dringend „wesentlicher Verbesserungen“. Wer höhere Aufwertungssätze wünsche, brauche am 4. Mai einfach nur gegen „rechts“ zu stimmen¹⁵⁹.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet grenzte sich die DDP sowohl vom „Marxismus“ als auch demonstrativ von dem „Überkapitalismus“ der Großindustrie ab. Stark in den Vordergrund stellte sie die Forderung nach einer Reichsreform im Sinne stärkerer Zentralgewalt. Dass der nationale Einheitsgedanke im übrigen zurückgeführt wurde auf die Tradition deutscher Geistesgrößen von Fichte bis zum Freiherrn vom Stein, die sie zugleich als „Väter der deutschen Demokratie“ für sich beanspruchte, war typisch für die mit historischen Bezügen gespickte Wahlpropaganda der DDP, als deren symbolisches Erkennungszeichen auch die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold dienten. Seit ihrer Gründung 1918 habe sie sich zielklar für die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger und für den „liberalen Gedanken der Überwindung von Klassen-, Rassen- und Standesgegensätzen“ eingesetzt. Nur durch eine „Regierung der Mitte“, die das Vertrauen des Auslandes habe, könne jetzt gegen die Extreme links und rechts der weitere Aufstieg zur „einigen, starken, nationalen Republik“ gesichert werden¹⁶⁰.

Die DDP kämpfte im Frühjahr 1924 sowohl gegen die „reaktionären Klassenparteien rechts, die Parteien schwerindustrieller und großkapitalistischer Sonderinteressen“ als auch gegen die „sozialistischen Klassenparteien links“ sowie die Zentrumsparlei, die ihren konfessionellen Charakter und ihr „Kirchenregiment“ nicht verbergen könne. Die „reichszerstörenden Kräfte von rechts und links“ stellten zusammen in zehn von 34 Flugblättern der DDP den Hauptgegner dar. Die gleiche Anzahl richtete sich aber gegen die „schwarz-weiß-roten“ Rechtsparteien, von denen allein in fünf Flugblättern die DNVP als Wortführerin des monarchischen Gedankens angegriffen wurde. Zu den aktuell gefährlichsten „Feinden des inneren Friedens und damit des Vaterlandes“ zählte man die Deutschvölkischen, ohne sie in spezifischen Flugblättern anzugreifen. Im übrigen war der Einsatz von parteipolitisch indifferenten Feindbildern wie den „Monarchisten“ oder den „großen Wirtschaftsmächte“ charakteristisch für die DDP-Wahlpropaganda¹⁶¹.

Gegenüber dem politischen Radikalismus setzte die DDP im Frühjahr 1924 in erster Linie auf die Überzeugungskraft des Appells an die Vernunft und den „gesunden Menschenverstand“. Alle Oppositionsparteien seien lediglich „Phrasenhelden“, da sie das notleidende deutsche Volk mit „unerfüllbaren Versprechungen“ absichtlich in einen „Rauschzustand“ trieben. In Abgrenzung zu solchen Methoden wollte die DDP den „Kampf um das Vaterland mit den Mitteln einer anständigen und sachlichen Polemik“ führen. Andererseits charakterisierte gerade ihre Agitation gegen die Rechtsopposition beachtliche Parallelen zu deren nationalistischer Rhetorik. So galt es etwa die „Fesseln des Versailler Diktates“ zu beseitigen, um Deutschlands „völkische“ Freiheit zu erreichen. Während die Hitlerleute Außenpolitik aber erst dann betrieben, wenn der „Stall daheim“ gesäubert sei, akzentuierte die DDP-Propaganda ihnen gegenüber den „Primat der Außenpolitik“, die nicht von Selbstüberschätzung der eigenen Kraft geprägt sei. Deutschnationale und Völkische strebten jedenfalls in den „Wahnsinn eines Krieges ohne Waffen gegen den Feind, der nur darauf lauert, Deutschland zu zerstückeln“¹¹⁶².

Auf innenpolitischem Gebiet listete die DDP das Sündenregister dieser antirepublikanischen „Parteien des Zusammenbruches“ auf. Verfolge die DNVP nur destruktive Opposition, glaubten die Deutschvölkischen gar das „eine Prozent jüdischer Bevölkerung für schuldig an allem Unglück Deutschlands“ machen zu müssen. Sowohl DNVP als auch DVP fänden kein Wort der Verurteilung über diese antisemitische Hetze, sondern förderten sie mit ihrem „völkischen‘ Getue“ noch. Thematisiert wurde auch die verfassungspolitische Parole dieser selbsternannten „Hüter der schwarz-weiß-roten Fahne Bismarcks“, die jedoch aufgrund ihrer Methoden als „Vorfrucht“ der Völkischen bezeichnet werden müssten¹¹⁶³. Gegen die DVP, die als Dienerin der Schwerindustrie und des „internationalen Kapitals“ erschien, wandte die DDP speziell den Vorwurf der „Versackungspolitik“ ein, da der ihr nahe stehende Reichsfinanzminister Luther im Vorjahr die Zuschüsse an die besetzten Gebiete aus Sorge um die Währung einstellen wollte. Mit ihrer „schwarz-weiß-roten, patentamtlich geschützten Vaterlandsliebe“ und den unverantwortlichen Aufwertungsversprechen werde die „Flugblattpolitik“ der Stresemannpartei nur noch von Ludendorffs „Großsprecheri“ übertroffen¹¹⁶⁴. Über den anderen Koalitionspartner der DDP im Reich, das Zentrum, erfuhr der Wähler dagegen ebenso wenig wie eine nähere Auseinandersetzung mit den „sozialistischen Klassenparteien“ stattfand, ab-

gesehen von Kritik an der staatspolitischen „Unfruchtbarkeit“ der SPD, die aufgrund ihrer Klassenkampfadeologie kein Verhältnis „zur großen deutschen Vergangenheit und zur nationalen Gefühlswelt“ habe¹¹⁶⁵.

Entsprechend dem Ideal eines volksgemeinschaftlichen Ausgleiches zwischen Kapital und Arbeit, der allein das „Zerreißen des Volkes in Verbraucher und Erzeuger, Mieter und Vermieter“ verhindern könne, vermied die Flugblattpropaganda der DDP weitgehend beruflich oder sozial ausdifferenzierte Adressatenwerbung. Immerhin fünf von 34 Flugblättern wandten sich spezifisch an den selbständigen Mittelstand, drei weitere an die Beamten, deren Unzufriedenheit mit der Spar- und Abbaupolitik der Regierung eine besondere Fürsprache wohl unumgänglich machte. Vereinzelt kam die DDP auch gezielt auf die Probleme der Arbeitnehmer oder der Frauen zu sprechen. Drei Viertel ihrer Flugblätter kannten jedoch keinen Adressaten außer dem „deutschen Volk“ oder den „Volksgenossen“¹¹⁶⁶.

Welche Wählergruppen zumindest rhetorisch umworben werden sollten, war der Parole der DDP zu entnehmen, „nie wieder durch Inflation als Unternehmer in Handwerk und Industrie, als Arbeitnehmer und Angestellter, als Kleinhändler und Hausfrau, als Beamter und als Arzt, Anwalt, Schriftsteller oder Künstler“, um den Ertrag seiner Arbeit gebracht zu werden. Im Mittelpunkt der zielgruppenorientierten Appelle stand jedoch ganz eindeutig die „Rettung des Mittelstandes“, worunter in erster Linie die meist städtischen Gewerbetreibenden und Handwerker gefaßt wurden. Schuld an ihrer derzeitigen „Aushungerung“ hätten jene „antirepublikanischen Elemente“, die das Reich in einen Weltkrieg geführt und auch nach Kriegsende jede positive Aufbauarbeit sabotiert hätten. Typisch für die wenig an materiellen Interessen orientierte Argumentation der DDP war, dass sie speziell an die Adresse der „Nachdenklichen“ im gewerblichen Mittelstand versprach, sich für „Erreichbares“ einzusetzen¹¹⁶⁷. Die Beamtenschaft wurde mit der pauschalen Zusicherung umworben, ihre Belange so zu fördern, dass sie der demokratischen Republik auch „treu und freudig“ dienen könne. Außerdem versprach die DDP den Beamtengruppen, ihre Einkommensbezüge „so rasch als möglich“ wieder zu erhöhen sowie für die Erhaltung des Berufsbeamtentums als einer „Staatsnotwendigkeit“ zu kämpfen – was vor dem Hintergrund des drastischen Personalabbaus durch die Notverordnungen als Bemäntelung der tatsächlichen Regierungsmaßnahmen erscheinen konnte¹¹⁶⁸. An die Adresse der Arbeiter und Angestellten ge-

richtet, sprach sich die DDP für Lohnerhöhungen aus, um ihnen eine „menschenswürdige Lebensgestaltung“ zu ermöglichen und die „Kaufkraft des inneren Marktes“ zu steigern. Den Mangel an konkreten, tagespolitischen Themen überdeckte eine schwülstige Rhetorik, wonach nur die Demokraten die „Persönlichkeit“ in allen Schichten der „körperlichen und geistigen Arbeit“ vor den „Gefahren des Großbetriebes und der Maschine“ schützten¹⁶⁹.

Speziell auf die weibliche Wählerschaft sollten vor dem 4. Mai Plakate wirken, die eine Hausfrau mit – dank der Rentenmark – wieder voll gefüllter Einkaufstasche zeigten. Ähnlich wie die SPD-Opposition stellte die DDP angesichts der Reparationsfrage die deutschen Frauen und Mütter vor die Alternative „Krieg oder Frieden“ und appellierte an ihr „nationales“ Verantwortungsbewusstsein¹⁷⁰. Trotz solcher Werbeanstrengungen, die mit Ausnahme der Mittelstandspropaganda im demokratischen Wahlkampf jedoch kaum auffielen, kann alles in allem nicht von einer signifikanten oder systematischen Zielgruppenpolitik der DDP gesprochen werden. Gehemmt durch ihre Mitverantwortung für die unpopuläre Notverordnungs politik der Regierung, bot sie kaum materiell interessante Ziele oder Versprechungen an. Überzeugender fiel das Bekenntnis zur Republik und zu ihren Verfassungssymbolen aus, welche gegen die als Hauptgegner bekämpfte DNVP in Schutz genommen wurden. Ohne sich explizit auf eine zukünftige Regierungsbildung festzulegen, kämpften die Demokraten im Frühjahr 1924 sowohl für eine Fortsetzung der bisherigen „Politik der Mitte“ als auch für eine Einbeziehung der SPD. Die Schärfe, mit der die „Versackungspolitiker“ des aktuellen Koalitionspartners DVP angegriffen wurden, erklärte sich aus dem innerliberalen Konkurrenzkampf um identische Wählerpotentiale. Auf außenpolitischem Gebiet bekannte sich die DDP zwar zur neuen Erfüllungspolitik, aber ein nach wie vor nationalistischer Ton ihrer Propaganda signalisierte, dass sie in Prestigeangelegenheiten der nationalen Ehre wie vor allem der Kriegsschuldfrage dem „Feindbund“ keinerlei Zugeständnisse machen wollte – schon gar nicht in einem Wahlkampf vor dem Hintergrund andauernder Ruhrbesetzung.

Gegen den „neuen Versklavungsplan“ – Die „nationale“ Propaganda der Kommunisten

Nach dem Fiasko des „deutschen Oktober“ 1923 und dem sich anschließenden Parteiverbot gab die von inneren Flügelkämpfen gelähmte KPD die Einheitsfrontpolitik der Zusammenarbeit mit linken SPD-Politikern sowie die revolutionäre Putschtaktik auf. Beibehalten wurde jedoch die „nationalbolschewistische“ Propaganda des so genannten Schlageter-Kurses, den Karl Radek, Komintern-Sekretär für Deutschland, im Juni 1923 angesichts der Ruhrkrise mit einer Rede auf dem Dritten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern eingeleitet hatte. Für Radek war Nationalismus ein „Mittel“, die „kapitalistische Zerrüttung“ zu steigern und die vor allem im Mittelstand vermuteten Anhängermassen der Rechtsradikalen zu gewinnen. Als Antwort auf die „Offensive der miteinander verbündeten Deutschvölkischen, Kapitalisten und Reformisten“ propagierten die deutschen Kommunisten unter neuer „linker“ Führung in dem Anfang April 1924 veröffentlichten Aktionsprogramm, ihrem „Retungsprogramm“ in der Krise, die Losung der „Einheitsfront von unten“. Im Namen der radikalisierten Arbeiter erhob die KPD zugleich weit gehende sozialpolitische Forderungen, etwa nach dem Achtstundentag, und wandte sich gegen „Hungerlöhne“, aber auch gegen die „Ausplünderung der Kleinrentner, Kleinbauern, proletarisierten Mittelständler“ durch den Kapitalismus in Gestalt des Weimarer Staates. Als nächste Aufgaben wurden die „Organisation der Revolution“, die „Eroberung der politischen Macht“ und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates bezeichnet¹⁷¹.

Der am 2. April 1924 veröffentlichte Wahlauf Ruf der Zentrale der KPD war in diesem Sinne an das ganze „werk tätige deutsche Volk“ adressiert. Von der äußeren Form her handelte es sich um ein längeres Manifest, offenbar eine Vorstufe des Aktionsprogramms. Seine radikale antiparlamentarische Diktion signalisierte unmissverständlich die Fundamentalopposition der Kommunisten in der Weimarer Republik. Zusammen mit der SPD, heißt es in dem Aufruf, hätten die bürgerlichen Parteien Deutschland den Generälen und der Entente ausgeliefert und es zu einem „Paradies der Kapitalisten, Spekulanten und Wucherer“ gemacht. Eingekleidet in stark emotionalisierende Phrasen, versuchte die KPD die „Schwindelparole des kapitalistischen Wiederaufbaus“ zu enthüllen: Trotz angeblicher Währungs- und Wirtschafts stabilisierung sei

das werktätige Volk in der „Ebert-Republik“ immer noch dem „Hungerelend“ ausgesetzt und das, obwohl die „Reichen“ und „Satten“ ein Leben in Luxus führten. Auch der neue Reichstag werde sich nur als eine „Unterdrückungsmaschine gegen Arbeiter, Angestellte, Beamte und alle kleinen schaffenden Leute“ erweisen. Die Entscheidung gegen den „bürgerlichen Parlamentarismus“ falle daher nicht mit dem Stimmzettel, sondern im „offenen Kampf der Klassen, im Betriebe, im Kontor, auf der Straße“. Als Führerin in diesem „Befreiungskampf aller Unterdrückten“ gab die KPD folgende Aktionsparolen für den 4. Mai aus: „Nieder mit der Kapitalsdiktatur! Kampf allen bürgerlichen Parteien! Sturz des bürgerlichen Parlaments! Es lebe die proletarische Herrschaft! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe das Befreiungswerk der sozialen Revolution!“¹¹⁷²

Ein weiterer Wahlauftritt der kommunistischen Zentrale, der nach dem 14-tägigen Verbot der *Roten Fahne* eine Woche vor dem 4. Mai erschien, unterschied sich vor allem durch seinen außenpolitischen Akzent gegen das inzwischen veröffentlichte Reparationsgutachten. Als selbsternannte Fürsprecherin des werktätigen Volkes beschuldigte die KPD darin die „Gesellschaft der Ausbeuter und Volksbetrüger“ von den Völkischen bis zur SPD im Reichstag, vier Jahre lang auf Kosten des Volkes Erfüllungspolitik betrieben zu haben. Durch den „neuen Sklavenvertrag, ausgeheckt von den kapitalistischen Räubern aller Länder“, wollten sie jetzt sicherstellen, dass das deutsche Proletariat auch weiterhin durch Steuern „bis zum Weißbluten“, Beseitigung des Achtstundentages sowie Abbau sozialer Fürsorge unterdrückt werde¹¹⁷³.

In Fortsetzung des Schlageter-Kurses führte die KPD im Frühjahr 1924 wie ihre rechtsbürgerlichen Konkurrenten den Kampf gegen Versailles als einen Kampf um die „Rettung der deutschen Nation“. Für eine kommunistische Partei trotz aller Wahltaktik höchst erstaunlich waren die Konzessionen an die nationalistische Stimmungslage unter Zuhilfenahme des Vokabulars der Rechtsopposition. Nach dem „scheußlichsten Landesverrat“ der deutschen Schwerindustrie während Poincarés „Raubzug ins Ruhrgebiet“, so hieß es etwa, setzte sich die Verständigung der Kapitalisten nun mit dem neuen „Versklavungsplan“ fort, mit dem das deutsche „Vaterland der Reichen“ an das Entente-Kapital verkauft werde. Vor diesem Szenario konnte nur ein „Schutz- und Trutzbündnis der deutschen Räterepublik mit dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat“, so die stereotype Parole der KPD, die Werktätigen aus dem „Doppeljoch der in- und ausländischen Blutsauger“ befreien und in einer

Front mit Russland den Versailler Vertrag „zerreißen“. Diesen Wahllappell veranschaulichte der Titel der *Roten Fahne* vom 1. Mai 1924, indem unter der Schlagzeile „Nieder mit dem Zuchthausbau!“ ein Proletarier das von den Sachverständigen gebaute, aber eben wacklige Gerüst der Stabilisierung umstößt: „Die Zwingburg, die ihr uns zugedacht, wir reißen sie nieder! Auf den Trümmern errichten wir unseren Sowjetstaat!“¹¹⁷⁴

Zugunsten ihrer plakativen Umsturzparolen verzichtete die KPD im Frühjahr 1924 nahezu völlig auf die Akzentuierung interessenspezifischer Forderungen oder materieller Bedürfnisse der Wähler. Obwohl sie den Erhalt des Achtstundentages zur „Lebensfrage des deutschen Proletariats“ und ihr Programm der „vollen Sozialisierung, d. h. für die entschädigungslose Enteignung der Industrie, des Großgrundbesitzes und der Banken“, ausdrücklich zur aktuellen Tagesforderung erklärte, spielten solche Versprechungen nur Nebenrollen in der geräuschvollen Wahlpropaganda der KPD¹¹⁷⁵. Stärkstes Gewicht legte sie vielmehr darauf, die Rede von Deutschland als dem „freiesten Staat der Welt“ ebenso als Schwindel zu entlarven wie die „Scheinstabilisierung“ der Weimarer Demokratie. Über die gemeinsame kapitalistische Front der „schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gelben Räuber“ müsse am 4. Mai im Interesse einer besseren Zukunft die proletarische Einheitsfront der „roten Faust“ siegen¹¹⁷⁶.

Die KPD machte aus ihrer politischen Isolation in der Weimarer Republik keinen Hehl, sondern feindete alle anderen Parteien unterschiedslos als Gegner des „werk tätigen Volkes“ an: 19 von 24 Wahlflugblättern bekämpften in dem Feindbild des „schwarz-weiß-rot-gelben Geldsackblocks“ zugleich den bürgerlich-kapitalistischen Staat. Ihren Hauptstoß richtete die KPD allerdings in sechs Flugblättern gegen die stärkste Partei der „Ebert-Republik“, die sozialdemokratischen „Agenten der Reichen und Mächtigen“, die wie die „neuen Demagogen“ der DVFP im Solde des Großkapitals stehe. Weil diese in den letzten Landtagswahlen vor dem 4. Mai zur „Massenbewegung“ angeschwollen und weil im „alten Verrat am arbeitenden Volke“ durch die kapitalistischen Parteien jetzt die Völkischen Trumpf seien, folgten sie in der parteipolitischen Feindbildhierarchie der KPD an zweiter Stelle mit immerhin spezifisch vier von 22 Flugblättern¹¹⁷⁷.

Als gefährlichstes Moment der Völkischen erkannte die KPD im Frühjahr 1924 die Tatsache ihres Eindringens in die „proletarischen Reihen“, weshalb sie im Reichstagswahlkampf in erster Linie das pseudore-

volutionäre Auftreten der DVFP und Nationalsozialisten enthüllen wollte. Bei deren Führern handle es sich in Wahrheit um „ideenlose Demagogen“ und bloße „Instrumente des deutschen Stinneskapitals“, die „mit hohlen Phrasen an verworrene Instinkte der verzweifelten Massen“ appellierten, verlaublich die KPD direkt an die Adresse der Hitler-Leute. In Abgrenzung zum „völkischen Revanchekriegsgeplär“, das lediglich den Machtpolitikern in Frankreich neue Argumente liefere, versuchte sie sich als einzig wahre Gegnerin des Versailler Systems zu profilieren. Dagegen kämpften die „größenwahnsinnig gewordenen Spießbürger vom Schlage Hitlers“ und die „verkrachten Generale vom Schlage Ludendorffs“ auch im Innern ausschließlich gegen das jüdische Kapital, nicht aber gegen die „christlichen Blutsauger“. So stelle die DVFP ein Sammelsurium ausgesprochener Arbeiterfeinde dar, deren wahre Aufgabe die „brutale Unterdrückung der arbeitenden Masse, die restlose Ausplünderung der Mittelschichten“ sei¹⁷⁸.

Außer dieser „nationalistisch verkleideten Partei des Kleinbürgertums“ wollte die KPD im Frühjahr 1924 auch die „arbeitermäßig verkleidete Partei des Reformismus“, lies SPD, nicht nur mit dem Stimmzettel schlagen, sondern im Betrieb und auf der Straße „vernichten“. Die Sozialdemokratie sei seit 1914 „objektiv ein Anhängsel der reaktionären Kleinbürgerparteien“ und zum „Büttel der kapitalistischen Gesellschaft“ geworden¹⁷⁹. Hauptargument gegen diese „Arbeiterverräter“ war, dass sie immer wieder dem Proletariat in den Rücken gefallen seien und es keine „Schandtat der Bourgeoisie“ gebe, an der sie als Koalitionspartei oder als „allergetreueste Opposition“ nicht auch schuld trügen, vor allem durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, mit dem der Achtstundentag an das Kapital verkauft worden sei¹⁸⁰. Über die bürgerlichen Parteien der „Besitzenden“, denen es um die „brutale Ausplünderung“ der werktätigen Massen gehe, erfuhr der Wähler in den kommunistischen Flugblättern meist nur durch summarische Einschätzungen. Kein vernünftig Denkender falle mehr, so die typische Argumentation der KPD, auf die „schönen Phrasen von sozialer Gerechtigkeit“ herein, egal ob sie von den „Zentrumspaffen“ kämen, den „Stresemännern“ oder dem zusammengeschmolzenen Häuflein von „Börsen- und Kaufhausschachern der so genannten Demokraten“, die nur noch dank der Hilfe des Finanzkapitals am Leben seien. Während die kleineren Interessen- und Sonderparteien von der KPD völlig ignoriert wurden, bewies sie dem Wähler die Notwendigkeit eines kommunistischen Stimmzettels damit,

dass alle anderen Parteien unter der gleichen Parole kämpften: „Zurück zur ‚guten‘ alten Zeit“, wogegen sie ihnen zurufe: „Vorwärts! zu neuem, besserem Leben, zum Kommunismus!“¹¹⁸¹

Hauptadressat der KPD-Flugblattpropaganda war die Gesamtheit des „werk tätigen deutschen Volkes“, das sich in die Berufsgruppen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bauern gliederte. Propagiert wurde, dass die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes in Stadt und Land „schaffende kleine Leute“ seien, denen der kapitalistische Staat und seine „Gesellschaft von Ausbeutern und Volksbetrügern“ gegenüberstünden. In sechs von 24 Flugblättern wurde aber von der KPD explizit in erster Linie um „Arbeiterinteressen“ gekämpft, immerhin fünf warben um die Stimmen der vom Abbau bedrohten Beamten und noch eines um die der Kleinbauern. Wenngleich auch viele Flugblätter in der Adresse weitere Wähler- oder Berufsgruppen wie die Frauen oder gar die „kleinen Geschäftsleute“ mitaufführten, fielen diese insgesamt nicht ins Gewicht¹¹⁸².

Die KPD wollte die deutschen Werktätigen im Frühjahr 1924 vor allem hinsichtlich ihrer allgemeinen Kampfbereitschaft für die proletarische Diktatur und gegen den kapitalistischen Staat mobilisieren. Negativ akzentuiert wurden in diesem Sinne vor allem die Folgen beziehungsweise Schreckbilder der wirtschaftlichen Rationalisierung und der Ausbeutung durch die Unternehmer. Von der SPD sowie den „offenen Parteien des Kapitals“ hätten die Arbeiter nur eine „Stabilisierung der Arbeitslosigkeit“ zu erwarten, die sie dem „Hungertode“ näher bringen werde. Tatsächlich sei aber die Arbeiterklasse zusammen mit den „breiten Schichten des Kleinbürgertums und der gewerblichen Stände“ die „künftige Trägerin der deutschen Nation“, hieß es an die Adresse der proletarischen Anhänger Hitlers¹¹⁸³. Zielgruppenorientiert akzentuierte einzig die Arbeiterwerbung der KPD auch materielle Gegenwartsinteressen und empfahl sich als Vorkämpferin für den Achtstudenten tag, die Sozialisierung oder die Wiedereingliederung der auch gesondert umworbenen Erwerbslosen in den Arbeitsprozess. Aber selbst der gezielte Appell an die Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften, mit dem sich die KPD gemäß ihrer Einheitsfronttaktik um die SPD-Anhängerschaft bemühte, wurde dominiert von dem notwendig abstrakten Ziel eines „Arbeitsdeutschland“ nach russischem Vorbild. Die Entwicklung in Sowjetrußland und seine heroisierten Errungenschaften für die Werk tati-

gen bildeten das stärkste Argument ihrer zwangsläufig an vorzeigbaren positiven Leistungen armen Zielgruppenpropaganda¹¹⁸⁴.

Vor dem Hintergrund einer rigorosen Sparpolitik der Reichsregierung versuchte die KPD mit Appellen an bestehende Existenzängste im Frühjahr 1924 unter den Mittelstandswählern vor allem die untere Beamtenschaft für sich zu gewinnen. So thematisierte sie in erster Linie den „schmählichen Verrat“, den die von der SPD mitverschuldete Personalabbau-Verordnung an den Beamteninteressen übe. Im Unterschied zu den unverbindlichen Hauptparolen ließ die KPD aber auch sozial- und lohnpolitische Forderungen wie nach Beseitigung der „ungeheuerlichen Gehaltsspannung zwischen oben und unten“ verlautbaren. Angesichts des „Damoklesschwertes des Abbaus über uns allen“ seien alle mittleren und unteren Beamten mehr denn je aufgefordert, sich der „Kampffront der Arbeitenden“ anzuschließen und am 4. Mai dem Staat „die Quittung zu geben für Micumverträge und den Sklavenpakt, für Massenentlassungen und Lohnkürzungen, für Not und Tod der deutschen Beamtenschaft!“¹¹⁸⁵

Von einer intensiven Mittelstandspropaganda der KPD kann im Frühjahr 1924 nicht die Rede sein, obwohl sie auch die „Zwischenschichten“ des Kleinhandels und -bauerntums zum Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen die „Großgrundbesitzer, Großhändler, Bankiers und Industriekönige“ rief. Den „schaffenden Landwirten“ oder „Arbeitsbauern“ versprach sie Befreiung von „erdrückenden Steuern“ und soviel Land, wie sie und ihre Familien zum Leben bräuchten. Speziell gegenüber den Frauen rühmte sich die KPD eines „sozialpolitischen Programms für Mutter- und Kinderschutz“, das zu den „ersten Maßnahmen einer Arbeiterregierung“ gehören werde, und versprach – recht moderat formuliert – „ausreichenden Lohn“ und eine soziale Gesetzgebung. Wer auch von den Arbeiterinnen wolle, dass es „anders“ werde, müsse daher am 4. Mai kommunistisch wählen¹¹⁸⁶. In gewisser Hinsicht entsprach das von der KPD propagierte Zukunftsziel einer klassenlosen Gesellschaft, eines „Arbeitsdeutschland“, den im Frühjahr 1924 intensivierten bürgerlichen Volksgemeinschaftsparolen. Dass sie als Fundamentalopposition, deren Koalitionsfähigkeit nicht zur Debatte stand, ihren Wahlkampf losgelöst von parlamentarischen Rücksichten für eine Räterepublik nach russischem Vorbild führte, hieß nicht, dass sie aktuelle politische Tendenzen ignorierte. „Elend und Sklaverei“ waren Begriffe, mit der auch breitere Wählerschichten ihre Situation identifizieren konnten, und der Ansatzpunkt für die KPD, gegen den kapitalistischen „Stabilisierungsschwin-

del“ der bürgerlichen Regierung und ihren „Helfershelfern“ von der SPD zu kämpfen. Die Frontstellung der KPD gegen das „Großkapital“ und Banken, auf welche sie ihre Sozialisierungsabsichten zu beschränken vorgab, zielte auf entsprechende Stimmungen in den unteren Mittelschichten. Der nationalistische Grundton sowie die Emphase, mit der die KPD den „wahren“ Charakter der DVFP enthüllte, verriet, dass sie die rechts-extreme Bedrohung zumindest ebenso ernst nahm wie die Rolle der reformistischen Sozialdemokratie.

Abrechnung mit dem „Schwindelsystem“ – Nationalsozialistische Freiheitspartei

Nachdem es schon 1923 im Kampf gegen Betätigungsverbote zu organisatorischen Absprachen mit den Deutschvölkischen gekommen war, stellten sich Teile der nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch auch in Bayern verbotenen und weit gehend führerlosen NSDAP in einem Wahlbündnis mit dieser deutschnationalen Abspaltung am 4. Mai erstmals dem Reichstagswähler. Seit den Landtagswahlen in dem kleinen Land Mecklenburg-Strelitz am 8. Juli 1923, als die DVFP von null auf fast neun Prozent der Stimmen kam, feierten die Rechtsextremen im Schatten der Staats- und Inflationskrise allerorten Wahlerfolge. Trotz innerer Differenzen einigten sich ihre Organisationen deshalb im Frühjahr 1924 auf den gemeinsamen Wahlvorschlag „Vereinigte Liste der DVFP und der NSDAP“ (oder NSFP), wobei regional verschiedene Listenbezeichnungen vereinbart worden waren. Die fast nur in Süddeutschland aktiven Nationalsozialisten, deren Führer als Angeklagte im Münchener Hochverratsprozess großzügige Gelegenheit für überregional beachtete Wahlpropaganda erhielten, nahmen reichsweit gesehen in diesem Bündnis allerdings nur die Rolle eines Juniorpartners ein¹⁸⁷.

Der am 3. April 1924 veröffentlichte Wahlauf Ruf der DVFP wandte sich an „alle Deutschen“ und war eine radikale Kampfansage an die „Novemberrepublik“, die in fünf Jahren des „himmelschreiendsten Elends“ das deutsche Volk „bis aufs Mark ausgebeutet“ habe. In diesem „jüdisch-parlamentarischen System“ und der Erfüllungspolitik komme jede Leistung der deutschen Arbeiter, Beamten und Angestellten nur den Reparationsforderungen des „Feindbundes“ zugute, dessen Ziel die „Lohnversklavung der deutschen Nation“ sei. Am 4. Mai müsse „Abrechnung“

mit all dem gehalten werden, so das Motto des Wahlaufrufs. Als Alternative der DVFP zur Weimarer Republik rief sie unter der Parole „Deutschland den Deutschen“ nach einem Staat, in dem die nationale Volksgemeinschaft durch „schroffe Ausschaltung des Judentums“ in jeglicher Gestalt verwirklicht werde: „Wir wollen auf dem Übergangswege einer völkisch-sozialen Diktatur zu einer auf rein völkischem Staatsbürgerrecht aufgebauten berufsständischen Volksvertretung gelangen“. Wer aber wie die „alten“ Parteien einschließlich der „so genannten Rechten“ durch „positive Mitarbeit“ das Weimarer System am Leben erhalten wolle, sei nur zu feige, den offenen Kampf gegen das „jüdische Großkapital und seine Schergen“ anzutreten¹¹⁸⁸.

Die radikalen Phrasen ihrer Flugblattpropaganda sollten die DVFP im Frühjahr 1924 als Fundamentalopposition kennzeichnen und vor den Anhängern zugleich die Tatsache überspielen helfen, dass man trotz grundsätzlichem Antiparlamentarismus aus taktischen Gründen dennoch an den Reichstagswahlen teilnahm. Die Vorstellung, wonach das Volk von den „Parlamentariern aller Färbungen“ betrogen werde, besaß konstitutiven Charakter für das Wahlprogramm der DVFP. Zur Wahl stelle sie sich am 4. Mai nur, um mit dem „demokratischen Schiebersystem“ und dem „Erfüllungswahnsinn“ seiner Parteien – „von den Roten bis zu den Deutschnationalen“ – ein für allemal abzurechnen. Im Fall einer deutschvölkischen Wahl wurde daher keine Verwirklichung von Sachzielen, sondern die „Reinigung der Parlamente von ihrer elenden Interessenpolitik“ versprochen. Unter der Parole, jetzt der „morschen, verfaulten Vergangenheit“ den Rücken zuzuwenden, lehnte die DVFP ausdrücklich auch die Restauration der Monarchie ab. Ohne sich über die völkisch-sozialen Diktaturforderungen hinaus in der Staatsformfrage festzulegen, akzentuierte sie den appellativen Charakter ihres Wahlprogramms: „Wacht endlich auf! Heraus aus der roten wie bürgerlichen Parteiwirtschaft! Arbeiter – dein jüdischer Sozialistenführer betrügt Dich! Bürger – deine Partei steckt mit dem Judenkapital unter einer Decke! Im Zeichen des Hakenkreuzes rufen wir auf zur befreienden Tat!“¹¹⁸⁹

Das Ziel der DVFP, die Befreiung Deutschlands von „Sklaverei und Fremdherrschaft in jeder Form“, entsprach der Absicht, zuerst im Innern „Ordnung“ schaffen und dann an die Befreiung vom „furchtbaren Feindesjoch“ gehen zu wollen. Obwohl die außenpolitische Propaganda der Völkischen im Frühjahr 1924 noch auf Versailles und die „Schuldlüge“ fixiert blieb, wurde der neue Reparationsplan schon als Werk „interna-

tionaler Börsenkreise“ verteuft, mit dem die „jüdischen Weltmacht-Gelüste“ verwirklicht und dem deutschen Volk selbst noch die „Scherendienste zu dieser Versklavung“ abverlangt würden¹¹⁹⁰. Abgesehen von Flugblättern, welche die grundsätzlichen Ziele der reichsweit noch kaum in Erscheinung getretenen Partei bekannt machen sollten, enthielt sich die Wahlpropaganda der DVFP weitgehend der ansonsten üblichen Forderungskataloge. Vielmehr lehnte sie es ausdrücklich ab, irgendwelchen Berufsgruppen „Sonderversprechungen“ zu machen, da erst ein „gesunder, sauberer Staat“ in Deutschland her müsse, bevor „jedem das Seine“ gegeben werden könne¹¹⁹¹. Zum festen Repertoire der Deutschvölkischen gehörten allerdings die ihr antikapitalistisches Profil hervorhebenden Forderungen nach „Schutz des schaffenden Volkes vor Ausbeutung“ oder „Todesstrafe für Wucherer und Schieber“. In der Aufwertungsfrage versprach sie des weiteren nicht weniger, als alle durch den „jüdischen Geldentwertungsschwindel“ verlorenen Sparguthaben durch die Schuldner in voller Höhe ersetzen zu lassen. Angesichts von Angriffen vor allem der bürgerlichen Parteien sah sie sich veranlasst, ein Bekenntnis zum „ehrlich erworbenen Eigentum“ abzulegen, hielt aber weiterhin an ihren Losungen von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ und „Verstaatlichung der Privatbanken“ fest¹¹⁹². Einen höheren Stellenwert als bei anderen Parteien nahm die Selbstdarstellung bei der DVFP ein, die keine Partei im herkömmlichen Sinne sei, sondern unter Führung des „Arbeiters“ Hitler und des Generals Ludendorff die Sammelbewegung aller „Deutschblütigen und -fühlenden“, die den Wiederaufstieg Deutschlands wünschten: „Wir sind die ‚Partei‘ der geistig und materiell Enterbten. Wir sind die ‚Partei‘ der alten Feld-Soldaten. Wir sind nur gezwungen Partei! – Wir sind das Volk!“¹¹⁹³

Ihren Hauptstoß richtete die DVFP im Frühjahr 1924 gegen die Parteien der „Novemberrepublik“, die wiederum – ob nun rechts oder links – alle vom „überstaatlichen jüdischen Finanzkapital“ abhängig seien. Neun von 48 Flugblättern waren dabei ausschließlich dem Kampf gegen den parteipolitischen Hauptgegner SPD – mit den Feinbildern „marxistisches Deutschland“ oder „jüdischer Marxismus“ – gewidmet, drei der „Reaktion“ in Gestalt der großen Rechtsparteien und vier dem Zentrum beziehungsweise der BVP. Explizit sprach die DVFP von „drei Fronten“, die sich im Wahlkampf gegenüberstünden: dem „internationalen Marxismus und Bolschewismus mit all seinen schwarzen, rötlichen und goldenen Anhängseln“ sowie den sich „national“ nennenden, aber sozial-

rückschrittlichen und von „überkapitalistisch-wirtschaftlichen Vorstellungen seelenlos gemachten alten Parteien der so genannten Rechten“. Mit Akzent auf dem Feindbild der „jüdischen Hochfinanz“ griffen speziell drei von 48 Flugblättern das Weimarer System an¹⁹⁴.

Bevorzugt an die Adresse der Arbeiter gerichtet war das Hauptargument der DVFP gegen die sozialistischen „Volksverführer“ ein demagogisch konstruierter Widerspruch zwischen der Weimarer Gegenwart und den Versprechungen, mit denen die SPD 1918 die „Sehnsucht des Volkes nach sozialer Besserstellung“ missbraucht habe. Statt Frieden, Freiheit, Brot habe sie Massenelend nach Deutschland und dem schaffenden Volk „mehr Arbeit und weniger Lohn“ gebracht. Obwohl Symbol des „marxistischen Deutschland“, firmierte die SPD so gleichzeitig als „Schützerin des Kapitalismus“. Gegen die KPD, die aus den gängigen Feindbild-Klischees herausfiel, thematisierte die DVFP um so stärker deren „lügenhafte Sowjet-Propaganda“. Der russische Arbeiter müsse in Wahrheit schon wieder dem „Träger des Kapitalismus“, dem Juden, gehorchen, weil die Kommunisten selbst größtenteils Juden seien und in Deutschland einen „Zuchthausstaat“ wie in Russland errichten wollten¹⁹⁵.

Wenn sie auch die „gemeinsame Kampffront“ aller Völkischgesinnten beschwor, grenzte sich die DVFP im Frühjahr 1924 doch scharf gegen die alten Rechtsparteien ab. Von dieser „überlebten Reaktion“ sei sie trotz aller Übereinstimmung in Fragen der nationalen Ehre durch eine völlig unterschiedliche „Weltanschauung“ getrennt. DNVP und DVP trauerten immer noch „alten Standesideen“ und der Monarchie nach und könnten daher den „revolutionären Kern“ des neuen völkischen Staatsgedankens gar nicht erkennen, antwortete man ihren Bemühungen, sich im Wahlkampf ein „völkisches Mäntelchen“ überzuziehen. Zudem hätten sie keinen Begriff von der sozialen Frage und angesichts der „marxistischen Welle“ nach 1918 vor den sozialpolitischen Notwendigkeiten versagt¹⁹⁶.

Den liberalen Parteien, die insgesamt in der deutschvölkischen Agitation nur Nebenrollen spielten, wurde pauschal vorgehalten, sich 1918 feige auf „den Boden der gegebenen, aber von ihnen nicht verhinderten Tatsachen“ gestellt zu haben. Während die gegen die BVP gerichtete Agitation der Nationalsozialisten vor allem regionale bayerische Bezüge aufwies, wurde das Zentrum von den betont „christlich“ auftretenden Deutschvölkischen beschimpft, mit der Religion „politischen Kuhhandel“ zu treiben. Das hinderte sie vor dem 4. Mai nicht, dem „Juden“ als

ubiquitäres Hauptfeindbild die bekannte Drahtzieher-Rolle zuzuschreiben. Der Antisemitismus war gleichsam konstitutiv für die Wahlpropaganda der DVFP, die jedem Feindbild das pejorative und alles erklärende Beiwort anhängte – von der „jüdischen Börsenrevolution“ des Novembers 1918 bis hin zu den neuen „jüdischen Zwangsanleihen (Reparationssteuern)“ jetzt im April 1924¹¹⁹⁷.

Während sich der Wahlauf Ruf der DVFP scheinbar differenziert an die Adresse der Beamten, der Arbeiter, aber auch der „deutschen Unternehmer“ und der „deutschen Landwirte“ wandte, dominierte in ihrer Flugblattpropaganda vom Frühjahr 1924 der Versuch, alle „Betrogenen und Wahrheitssuchenden“ unter der Parole der „Einheitsfront des schaffenden, deutschen Volkes“ zu sammeln. Mit dieser Floskel faßte die DVFP alle „Arbeiter und Bürger“, das heißt ausdrücklich auch die Wählerschichten des „werk t ä t i g e n“ Mittelstands zusammen. Die Suggestion dieser Volksgemeinschafts-Propaganda, auf zielgruppenspezifische Versprechungen verzichten zu können, wurde von der DNVP freilich nicht durchgehalten. Vielmehr umwarben spezifische Flugblätter durchaus einzelne Gruppen des „werk t ä t i g e n Volkes aller Berufe und Stände“, an erster Stelle die Arbeiter und den Mittelstand in je zehn von 48 Wahlflugblättern¹¹⁹⁸.

Gegenüber den Arbeitern, der am stärksten von ihr umworbenen Berufsgruppe, verließ sich die DVFP im Frühjahr 1924 weitgehend auf die von anderen Parteien entlehnten und als zugkräftig bekannten Schlagworte und Argumentationsmuster. Ohne einzelne Forderungen zu akzentuieren, versprach sie etwa, für eine „weitblickende soziale Gesetzgebung“ einzutreten, wobei der marxistische Klassenkampf ebenso wie das „reaktionäre“ Unternehmertum als der „Todfeind völkischer Erneuerung“ Deutschlands erschien. Vor allem aber sollten der „deutschen Arbeiterschaft der Stirne und der Faust“ die Augen geöffnet werden über den angeblichen Betrug ihres „verdorbenen Führergesindels“¹¹⁹⁹. Nicht mit „schönen Programmen“, wie es die anderen Parteien versuchten, sondern durch konkrete „Taten“ wurde dem Mittelstand im völkischen Zukunftsstaat umfassender Schutz seiner Belange in Aussicht gestellt. Während das Kleinunternehmertum gegenwärtig die „unerträglichsten Steuern“ aufzubringen habe, sagte die DVFP allen Großunternehmen und Kartellen den Kampf an, um die „Proletarisierung“ des werk t ä t i g e n Mittelstandes aufzuhalten. Den Bauern hielten ihre Flugblätter bevorzugt das Schreckbild vor, als „moderner Leibeigener des Judentums“ endgültig in dessen

Zinsknechtschaft zu verelenden. Weil im völkischen Zukunftsstaat der „freie Beamtenstand“ nur dem Volk und nicht einer Partei diene, versprach man den Abbau aller „Novemberbeamten“. An die Adresse der Angestellten gerichtet, versuchte die DVFP die massiven sozialen Resentiments dieses „Standes“ gegenüber der Arbeiterschaft und dem sozialdemokratischen „Dogma der Gleichmacherei“ zu aktivieren¹²⁰⁰.

In schärfsten antisemitischen Tönen warb sie gelegentlich sogar um die Stimmen der Frauen, die zu „Hüterinnen der sittlichen Reinheit“ des Volkes stilisiert wurden¹²⁰¹. Indem sie sich von allen Bündnisüberlegungen des „parteipolitisch-parlamentarischen Bonzentums“ von vornherein abgrenzte, konnte es für die rechtsextreme Fundamentalopposition am 4. Mai nur darum gehen, sich des in den Landtagswahlen 1923/24 gewonnenen Wählereinflusses auf Reichsebene zu vergewissern. Ihre Wahlpropaganda versäumte es aber, aus der Protesthaltung breiter Mittelstandswähler – etwa der Inflationsgeschädigten – durch entsprechend massive Werbeversuche oder Aufwertungsparolen Profit zu schlagen. Auffälligster Bestandteil ihres ausdrücklich keine „Sonderversprechungen“ aufweisenden Programms war eine antisemitische und antibürgerliche Geste gegen das Kapital in Gestalt des „Bankjudentums“, aber auch der von „jüdischer Profitgier“ beherrschten Großunternehmer. Korrespondierend zu der angestrebten Volksgemeinschaft bildeten die Arbeiter und der selbständige Mittelstand die wichtigsten Adressaten des DVFP-Wahlkampfes, dessen Hauptfeinde neben dem Marxismus in Gestalt der SPD vor allem die großen „reaktionären“ Rechtsparteien waren. Grundsätzlich wurde bei aller Polemik gegen Versailles und das „feindliche“ Ausland der Bekämpfung des „Systems“ von Weimar Vorrang eingeräumt. Durch diese Prioritätensetzung unterschieden sich die Völkischen von der DNVP, deren Propaganda vor dem 4. Mai mehr Gewicht auf die außenpolitische Antithese zur Weimarer Politik legte.

Sonstige Parteien

Überschattet von dem sich zuspitzenden „Bruderkampf“ mit dem Reichszentrum und dem verheerenden Ergebnis der Landtagswahlen in den rechtsrheinischen Gebieten Bayerns am 6. April 1924, nahm die **Bayerische Volkspartei** erst relativ spät ihre Agitation zur Reichstagswahl auf. Unter der landesspezifischen Aktionsparole „Bayern! Auf zum Kampfe,

das weiß-blaue Banner voran!“ bot der am 24. April veröffentlichte Aufruf ihres Landesvorstandes ein populistisches Gemisch aus bayerischen Selbständigkeitsgefühlen und scharf berlinfeindlichen Wendungen, die noch den an sich beigelegten Konflikt zwischen Bayern und dem Reich vom Vorjahr wach zu halten schienen. Alle Parteien seien „verkappte Berliner“ geworden, deren Wahl gleichgesetzt wurde mit dem „Verrat“ an den bayerischen Interessen, nur die BVP bleibe, was sie immer gewesen sei, die „Hüterin der tausendjährigen Staatlichkeit unserer bayerischen Heimat“. Selbst das traditionelle Marxismus-Feindbild verblasste hinter dem mit dem Stichwort „Berlin“ versinnbildlichten Zentralismus. Vor allem wanderten, so das schlagkräftigste Argument der BVP im Frühjahr 1924, die „Steuergroschen“ Bayerns nach Berlin, um dort nach dem „Diktat allmächtiger Parteien“ verschwendet zu werden. War somit ihre innenpolitische Parole klar, strebten die Bayern außenpolitisch im Sinne einer deutschen „Wiedergeburt in alter Kraft und Würde“ die Beseitigung des „Schandvertrags von Versailles“ sowie der „unerhörten Lüge“ einer deutschen Kriegsschuld an. Dazu müsse der Kampf gegen den „Missbrauch des nationalen Gedankens“ sowie gegen alle aufgenommen werden, die ein „gottloses Neuheidentum“ verträten. Die BVP versprach einzutreten für eine „konservative Staatspolitik im besten Sinne des Wortes, für ein starkes Bayern in einem starkem Reich“. Um dem Vorwurf des Separatismus vorzubeugen, unterstrich sie ihre Rolle als „treue Dienerin“ am „großen deutschen Vaterland“ mit dem Bekenntnis: „Deutschland, Deutschland über alles! Gott mit Dir, Du Land der Bayern!“¹²⁰²

Aktueller Hauptgegner der BVP im Frühjahr 1924 waren neben dem Zentrum aus besonderem Anlass die Rechtsextremen, die am 6. April in Bayern sensationelle Gewinne verbuchten. Gegen die Nationalsozialisten thematisierte die BVP stereotyp, dass einer ihrer Führer, der ehemalige Münchener Polizeipräsident Erich Pöchner, im Hitler-Prozess vor dem Volksgericht zugeben habe müssen, bei dem Putschversuch vom November 1923 nicht an die Folgen für die bayerische Heimat gedacht zu haben, und getönt habe: „Bayern ist mir wurscht!“¹²⁰³ Solche „Verräter am Bayernlande“ auch noch als bayerische Reichstagsabgeordnete nach Berlin zu schicken, hieße den Bock zum Gärtner zu machen, warnte die BVP ihre Wähler vor der „großpreußischen Begehrlichkeit“ der DVFP. Gegen das Zentrum im Reich wandte die BVP vor allem ein, unter dem Einfluss Erzbergers und Wirths „linkshörig“ geworden zu sein. Gegen die verhasste Weimarer Republik insgesamt gerichtet war das de-

monstrative Bekenntnis zur „weiß-blauen“ Fahne der Wittelsbacher, unter der sich die BVP vor dem 4. Mai als die „einzige wirkliche bayerische Partei“ präsentierte¹²⁰⁴.

Ebenso eine Regionalpartei wie die BVP, hatte die **Deutsch-Hannoversche Partei**, deren Wirkungsgebiet sich auf Niedersachsen beschränkte und deren oberstes Ziel die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers war, dank des Wahlrechts im Juni 1920 immerhin fünf Reichstagsmandate erringen können. Unter regional akzentuierten Parolen propagierte sie im Stammland des ehemaligen Königreichs vor dem 4. Mai 1924 einen monarchistisch-antipreußischen Partikularismus. Der am 1. April veröffentlichte Wahlauf Ruf ihres Direktoriums war adressiert an alle „Hannoveraner“ und von landespolitischen Themen wie vor allem der bevorstehenden Abstimmung über die Loslösung Hannovers aus dem preußischen Staatenverband beherrscht – Anlass für die DHP, den endgültigen völligen Bankrott des „großpreußischen Zentralismus“ sowie des „Berliner Parlamentarismus“ zu verkünden. Nur die von ihr geforderte Reichsreform – „starke kräftige Reichsgewalt, getragen von der freiwilligen Einordnung lebenskräftiger Stammesstaaten“, so deren Formel – öffne auch das „Tor zu außenpolitischer Freiheit“ Deutschlands und erschließe die „Quellen politischer und wirtschaftlicher Gesundung“ im Innern. Weil es die DHP ausdrücklich ablehnte, in den „Kampf der Parteien“ vor der Reichstagswahl einzugreifen, fehlten ihrer Wahlpropaganda darüber hinaus jegliche tages- beziehungsweise reichspolitischen Bezüge¹²⁰⁵.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nahm im Mai 1924 die **Deutsche Wirtschafts-Partei für Handel und Gewerbe, Handwerk, Haus- und Grundbesitz und den gesamten Mittelstand**, kurz Wirtschaftspartei, ein Zusammenschluss von in erster Linie preußischen Mittelstandsgruppen, selbständig an Reichstagswahlen teil. Ihr Wahlauf Ruf besaß trotz langatmiger Programmerk-lärungen die unmissverständliche Botschaft, dass der deutsche Mittelstand seit 1918 durch eine falsche Steuer- und Wirtschaftspolitik des Staates zwischen den „beiden gefräßigen Ungeheuern unserer Zeit, dem Großkapitalismus auf der einen und dem Sozialismus auf der anderen Seite“ mit Vernichtung bedroht werde, wenn er sich nicht in letzter Stunde entschlief-e, ein selbständiger politischer Machtfaktor zu werden: „Deutscher Mittelstand, mache dich frei durch deine eigene Wirtschaftspartei!“ Zu aktuellen Entwicklungen der deutschen Innen- oder Außenpolitik äußerte sich die WP vor dem 4. Mai nur

sporadisch, sieht man von der polemischen Kritik an der Weimarer „Zwangs- und Misswirtschaft“ ab. Als Vertreterin des „bodenständigen Bürgertums“ sei für sie der Kampf gegen Versailles und die „Kriegsschuldfrage“ allerdings selbstverständlich auch ein Kampf für die völkisch-nationale Erneuerung unter der Parole „Deutschland den Deutschen“¹²⁰⁶.

Die Wahlpropaganda der WP vom Frühjahr 1924 besaß infolge ihrer erstmaligen reichsweiten Bewerbung vor allem aufklärerischen Charakter über das Parteiprofil. Ihre Kandidaten wurden dabei als „Männer der praktischen Arbeit“ vorgestellt, die sich angesichts der „Unfruchtbarkeit“ des parlamentarischen Systems sowie der Weimarer „Partei- und Günstlingswirtschaft“ durch uneigennütigen Aufbauwillen zum Wohle der Volksgemeinschaft empfahlen. Obwohl ihr Sammelruf an die „Bürger aller Stände und Schichten“ erging, war die Flugblattpropaganda der WP im Frühjahr 1924 deutlich auf die mittelständischen Wählergruppen zugeschnitten. Als deren „Standesvertretung“ stellte sie sich jetzt trotz der von den großen bürgerlichen Parteien verbreiteten Warnungen und ihrem „Märchen der Zersplitterung“ zur Wahl¹²⁰⁷.

Eine ähnlich „berufsständische“ Tendenz in der Reichspolitik verkörperte der mit der WP verbundene **Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund**, der mit klaren regionalen Schwerpunkten agrarprotektionistisch orientiert war, aber eine etwas freundlichere Haltung zur Republik einnahm als die stark rechtslastige WP. In seinem Wahlauftritt zum 4. Mai 1924 schlug der Bund den gleichen interessenpolitischen Grundakkord an und forderte den Mittelstand in Stadt und Land „in letzter Stunde“ zur Sammlung auf. Unter der Parole „Nicht weitere Belastung, sondern Entlastung!“ präsentierte er an der Spitze seiner spezifischen Bauernforderungen die Einführung von Schutzzöllen sowie den Abbau der Steuerlasten für die Landwirtschaft, während die Aufwertungsgesetze der dritten Steuernotverordnung als „unmoralisch, unsittlich und eines christlichen Staates unwürdig“ verurteilt wurden. Der Mittelstand sollte sich angesichts der „geschlossenen Riesenmacht des Großkapitals“ und der „Einheit der Arbeiterschaft“ von den alten Parteien lösen, von denen er mit „leeren Versprechungen“ jahrelang betrogen worden sei: „Am 4. Mai soll Mobilmachungstag des Mittelstandes sein!“¹²⁰⁸

Die Parolen der extrem antisemitischen **Deutsch-Sozialen Partei** unter Führung von Richard Kunze, der sich bereits 1921 von der DNVP

getrennt hatte, war ganz auf das Ziel abgestimmt, die angebliche „jüdische Vorherrschaft“ in Deutschland zu beseitigen. Kunzes Wahlaufuf zum 4. Mai schlug unter der bereits bekannten Losung „Deutschland den Deutschen!“ konkret vor, wie die Juden am schnellsten aus dem Reich zu vertreiben seien: In angeblicher Übereinstimmung mit den „Zionisten (völkische Juden)“ sollte ein „besonderes Staatsgebiet an die jüdische Nation“ gegeben werden. Unter dem Ruf „Fort mit aller Korruption“ propagierte die DSP im Innern vor allem den Kampf gegen die „Herrschaft des Geldsacks“, dessen Vertreter bei allen „alten, überlebten“ Parteien, von den Kommunisten bis zur DNVP, das Sagen hätten und vor allem für die „lange Dauer des Papiergeldschwindels“ verantwortlich seien. Außenpolitisch befand sich die DSP im Frühjahr 1924 ganz auf der Linie der großen rechtsoppositionellen Parteien, deren Hassparolen gegen Versailles sie um die Nuance verschärfte, dass das Reich keine weiteren Reparationen mehr zahlen solle¹²⁰⁹.

Als eine aus den Inflationswirren entstandene Formation erhoffte sich auch die **Deutsche Arbeitnehmer-Partei**, kurz Darpa genannt, im Frühjahr 1924 von den antirepublikanischen Stimmungen zu profitieren. Ihr Wahlaufuf zum 4. Mai war trotz verfassungstreuer Grundhaltung eine einzige Anklage gegen das „furchtbare Elend“ Weimars, vom „Hungern und Sterben von Frauen, Kindern, Greisen“, über den „Raub der 20 Milliarden Spareinlagen des kleinen Mannes“ bis hin zu den „erdrückenden Steuern und der Steuerfreiheit der Reichen“. Mit antikapitalistischen Parolen wollte die Darpa neben den Arbeitnehmern auch die von Proletarisierung bedrohten Wählerschichten der Kleingewerbetreibenden und der freien Berufe mobilisieren¹²¹⁰.

Die Vielzahl der kleineren Parteien und Sondervertretungen, die im Frühjahr 1924 dank der Unzufriedenheit in der Bevölkerung gediehen und sich trotz fehlender flächendeckender Organisation zur Reichstagswahl stellten, war ein Zeichen des Protestes gegen bestehende oder empfundene Missstände. Ihre interessenspezifisch formulierten Wahlprogramme versuchten aus den wirtschaftlichen Zukunftssorgen und sozialen Ängsten breiter Wählerschichten Kapital zu schlagen. Dazu wandten sie sich unter bewusster Abkehr von dem Volksgemeinschaftskonzept der großen bürgerlichen Parteien an die einzelnen Berufsgruppen und ihre jeweils „besondere Not“. Allen diesen Interessen- und Regionalparteien war aus dem gleichen Grund auch die Frontstellung gegen die „alten“ Parteien und ihre Misswirtschaft gemein. Die Umverteilungs-

prozesse der Inflation waren ihnen Anlass, das „schreiende Unrecht“ der Geldentwertung hervorzuheben, das sich in der die „Inflationsgewinnler“ begünstigenden Aufwertungsgesetzgebung fortsetze. Ihre Wahlpropaganda vom Frühjahr 1924 erhielt dadurch eine ausgesprochen antikapitalistische Note gegen das je nach Bedarf antisemitisch eingefärbte „Großkapital“, selbst bei Parteien wie der WP, die felsenfest auf dem Boden des Privateigentums standen. Für eine Regierungskoalition im Reich kamen die Regional- und Interessenparteien mit Ausnahme der BVP wegen ihrer extremen Parolen von vornherein nicht in Betracht.

Wahlergebnis und Zusammenfassung

Im rückblickenden Urteil Carl Severings hat es keinen Wahlkampf in der Weimarer Republik gegeben, der „mit einem solchen Hass von Demagogie und Verlogenheit“ geführt worden sei wie der vor dem 4. Mai 1924. Für den Sozialdemokraten lieferte er in erschreckender Deutlichkeit den Beweis, wie sehr die demokratische Erziehung der Deutschen noch „in den primitivsten Anfängen“ stecke¹²¹¹. Im Ergebnis fügten die Reichstagswahlen vom Mai 1924 den seit 1918 regierenden Parteien der gemäßigten Linken und der Mitte – mit Ausnahme des Zentrums – ihre bislang schwerste Niederlage zu und bescherten vor allem der verfassungsoptionellen Rechten einen überwältigenden Erfolg. Die Abwanderung der durch die Inflation traumatisierten Mittelstandswähler sowie vor allem der starke Rechtsruck auf Kosten der Liberalen waren deutliche Anzeichen zunehmender interessenpolitischer Segmentierung und Polarisierung der politischen Kultur. Die „sonstigen“ Regional- und Interessenparteien konnten bei einer gegenüber der letzten Reichstagswahl vom Juni 1920 leicht gesunkenen Wahlbeteiligung von 77,4 Prozent ihre Anteile fast verdreifachen und mit über 2,5 Millionen (8,6 %) zusammen bereits mehr Stimmen auf sich vereinigen als die DDP. Von den mittelständischen und agrarischen „Splitter“gruppen erhielten der DNVP-nahe Landbund sowie die WP mit jeweils knapp 2 Prozent der Stimmen den Löwenanteil. Die Demokraten büßten dagegen ein Drittel ihrer Wähler von 1920 ein und erhielten mit nun 5,7 Prozent nur noch 28 statt vorher 39 Sitze im Reichstag. Gleich hohe Verluste hatte die Partei des Außenministers, die DVP, zu verzeichnen. Statt den 13,9 Prozent von 1920 entfielen nur noch 9,2 Prozent der Stimmen auf die Stresemann-

sche Volkspartei, das waren noch 45 von insgesamt 472 Reichstagsmandaten. Die Deutschnationalen erzielten am 4. Mai 1924 den größten Wahlerfolg in ihrer bisherigen Geschichte und konnten ihren Stimmenanteil gegenüber 1920 um fast ein Viertel auf nun 19,5 Prozent steigern. 96 Mandate machten die DNVP mithilfe der zehn Abgeordneten des Landbunds erstmals vor den Sozialdemokraten zur stärksten Reichstagsfraktion. Auf der äußersten Rechten erreichte das Wahlbündnis von DVFP und Nationalsozialisten auf Anhieb 1,9 Millionen oder 6,5 Prozent der Stimmen. Das waren 32 Sitze anstelle der bisher drei völkischen Reichstagsabgeordneten, die den Triumph für das antirepublikanische Lager am 4. Mai vervollständigten. Obwohl in einigen Teilen des Reiches wie dem evangelischen Ostelbien Zusammenhänge zwischen Verlusten der SPD und den Gewinnen der Rechtsparteien bestehen, kam der Hauptteil ihrer neuen Anhänger nicht aus der Arbeiterschaft, sondern von den selbständigen und unselbständigen Mittelschichten, die in der Inflationszeit das Vertrauen zu den bürgerlichen Regierungsparteien verloren hatten. Angesichts der Sparpolitik von Reichskanzler Marx und den an der Aufwertungsfrage eher uninteressierten Linksparteien erschienen die Deutschnationalen breiten Mittelstandsschichten als „einzige Protestpartei gegen Revolution, Inflation und nationale Misere“, die ihnen zugleich auch parlamentarische Interessenvertretung versprach¹²¹².

Auf der anderen Seite des parteipolitischen Spektrums profitierte vor allem die KPD von der Spaltung der USPD sowie der Unzufriedenheit in weiten Teilen der Industriearbeiterschaft und versechsfachte ihre Anteile auf nun 12,6 Prozent der Stimmen (knapp 3,7 Millionen) – ein Ergebnis, das sie erstmals auf Reichsebene zur Massenpartei machte. Die Führung der KPD kritisierte zwar die teilweise falsche Stoßrichtung ihres Wahlkampfes, insofern die Völkischen „nicht annähernd so stark“ geworden seien, wie ursprünglich angenommen. Doch sei sie nun zur „Partei des Proletariats“ geworden, was den 4. Mai zu einem bedeutungsvollen Sieg der KPD mache. Insgesamt aber schrumpfte das „sozialistische Lager“ im Mai 1924 gegenüber den letzten Reichstagswahlen um zwei Millionen Stimmen und vereinigte nur noch ein Drittel der Wähler hinter sich. Die wiedervereinigte SPD hatte katastrophale Verluste hinzunehmen und erreichte noch nicht einmal das Ergebnis der Mehrheitssozialdemokraten vom Juni 1920. Statt den damaligen 21,7 Prozent und 102 Mandate, zu denen 69 ehemalige USPD-Abgeordnete hinzugekommen waren, bedeuteten 20,5 Prozent der Stimmen nur noch 100

Mandate im Reichstag vom 4. Mai 1924¹²¹³. Während die BVP fast 20 Prozent ihrer Stimmen abgab und reichsweit nur noch 3,2 Prozent errang, konnte aus dem unter starkem innenpolitischen Druck stehenden Regierungslager einzig das Zentrum seine Anteile wenn auch knapp halten. Ihre am 4. Mai erzielten 13,4 Prozent brachten der Partei des Reichskanzlers sogar wegen der absolut höheren Zahl der Wahlbeteiligten ein weiteres Mandat zu den bisherigen 64 Sitzen. Dieses von der Parteipresse als Sieg über die radikalen Parteien gefeierte Ergebnis beweist nach Karsten Ruppert, dass das Wahlverhalten der Katholiken auch in Krisenzeiten „mehr von kollektiven Wertvorstellungen als von individuellen Interessen“ bestimmt werde¹²¹⁴.

Nach Ansicht des liberalen und der DDP nahestehenden Publizisten Julius Steinberg war der Wahlkampf im Mai 1924 hauptsächlich von „gefühlsmäßigen Faktoren“ entschieden worden, wobei Deutschvölkische und Deutschnationale von dem „furor teutonicus“ über Versailles und französisches Besatzungsregime profitierten, der sich in dem „nationalistischen Stimmzettel“ Luft verschafft habe. Während Steinberg das Anwachsen der KPD mit dem „wirtschaftlichen Elend“ und die Unerschütterlichkeit des Zentrums mit der katholischen Religion erklärte, deren „unzerstörbare Wurzeln im Gefühlsleben breiter Volksschichten“ verankert seien, hätten die Rechtsparteien die Wirkung ihrer Agitation zudem durch den „Vorspann des nie versagenden, seit Jahrtausenden bewährten jüdischen Sündenbocks“ verstärkt¹²¹⁵.

Dem Phänomen der bis dahin auf nationaler Bühne kaum in Erscheinung getretenen Deutschvölkischen sowie den durch die Ruhrbesetzung angeheizten nationalistischen Stimmungen in der Bevölkerung begegneten die gemäßigten Parteien eher hilflos. Im Einklang mit der sozialdemokratischen Opposition versuchten die Regierungsparteien die neue Verständigungspolitik mit dem „übermächtigen Feindbund“ als realpolitische Notwendigkeit einer „waffenlosen Nation“ und damit wahrhaft nationale „Befreiungspolitik“ vor den Rufen nach einer „starken“ und „aktiven“ Außenpolitik zu verteidigen. Doch selbst die Partei des Außenministers scherte hier aus der gouvernementalen Front aus und grenzte die Politik Stresemanns scharf von der angeblich viel zu nachgiebigen Erfüllungspolitik seiner Vorgänger ab. Das im Wahlkampf veröffentlichte Dawesgutachten aktualisierte den außenpolitischen Grundsatzzkonflikt zwischen Verständigungsgegnern und -befürwortern über die Mittel zur Revision von Versailles. Die heftige deutschnationale Agi-

tation gegen den „neuen Sklavenpakt“ war dabei von der gleichen wahltaktischen Überlegung der Gewinnung „national“ eingestellter Protestwähler im Mittelstand motiviert wie der Kampf der KPD gegen Versailles und die „französischen Raubimperialisten“. Von den republikanischen Parteien, die durch innenpolitische Gräben getrennt für einen weithin unpopulären Verständigungskurs marschierten, wurde der alliierte Sachverständigenbericht zwar begrüßt, aber als wirksame Gegenpropaganda der innerdeutschen Erfüllungsfront eignete er sich im Wahlkampf zumal vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung nicht.

Folgt man Elfi Bendikat und Detlef Lehnert, stellte die einzige mehrheitsfähige Grundhaltung im Frühjahr 1924 jene weitverbreitete „Republikverdrossenheit“ dar, die bereits den „negativen Konsens“ der antirepublikanischen Sammlung im Zeichen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ankündigte. Während sich der politische Katholizismus in früheren Wahlkämpfen noch ausdrücklich zur „rechten“ beziehungsweise „bürgerlichen“ Bündnisoption bekannt und etwa die nach links koalitionsbereiten Demokraten als „rot-liberale“ Partei abgestempelt hatte, sei bereits im Frühjahr 1924 die wichtigste Frontlinie des Reichstagswahlkampfes gemäß den Verfassungsvoten der Parteien zu ziehen gewesen. Dem „schwarz-rot-goldenen“ Lager von SPD, Zentrum und DDP habe eine „schwarz-weiß-rote“ Front der Rechtsparteien gegenüber gestanden. Beim Übergang von der Nachkriegs- und Inflationskrise zur relativen Stabilisierung hätten die Themen „brauner“, das heißt rechtsradikaler, oder „roter“, das heißt kommunistischer Umsturzversuche, bereits keine Rolle mehr gespielt¹²¹⁶.

Dieser Befund kann im Spiegel der Flugblattpropaganda zum 4. Mai 1924 differenziert werden. Wie gezeigt wurde, war der Verfassungs dualismus zwischen republikanischem und kaiserlichem Deutschland im Frühjahr 1924 keineswegs so auf der Parteebene ausgeprägt, wie es das Bild zweier „Lager“ suggerieren mag. Mehr ein Streit um Symbole denn um Inhalte und Machtverhältnisse, fand er im Grunde nur von einer, nämlich der „schwarz-weiß-roten“ Seite her statt, die auf das erklärte Bild einer irgendwie besseren Monarchie bei vielen Wählern speulierte. Auf der anderen Seite propagierten allein die Demokraten ihre pro-republikanische Haltung in vergleichbarem Maße als konstitutiv für ihr Wahlprogramm, während SPD und Zentrum andere Schwerpunkte setzten. Die radikalen Anti-„System“-Parteien wiederum stellten bewusst alle tagespolitischen Forderungen und Themen hinter ihre fundamen-

taloppositionellen Generallosungen vom „völkisch-sozialen Staat“ beziehungsweise „Sowjetdeutschland“ zurück.

Die Wahlpropaganda der bündnisfähigen Parteien vor dem 4. Mai orientierte sich in erster Linie an den interessenpolitischen Kontroversen über die aus der Inflations- und Stabilisierungskrise entstandenen Probleme sowie an der damit verknüpften Kurskorrektur in der Außenpolitik des Reiches, das nach dem Fiasko des passiven Widerstandes Ende 1923 zur Erfüllungspolitik zurückkehren musste. Wenn von Seiten der Reichsregierung und ihrer Parteien versucht wurde, den Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 unter außenpolitischen Vorzeichen zu führen, stand dahinter auch das Ziel, von den unpopulären „Opfern“ der Spar- und Sanierungspolitik im Innern abzulenken. Übereinstimmend stilisierten die Koalitionsparteien den 4. Mai daher zur Entscheidung um „Leben und Sterben der deutschen Nation“. In Verknüpfung mit dem Schreckbild einer Rückkehr der Inflation stellte das „Wunder der Rentenmark“ das stärkste Argument der Regierungsparteien dar, um dessen Verdienst sie deshalb heftig untereinander stritten. Die gouvernementale Hauptparole „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ erwies sich im nachhinein als wenig geeignet, die Erbitterung breiter Wählerschichten zu glätten und ihnen die positiven Effekte der Stabilisierung- und Verständigungspolitik näher zu bringen¹²¹⁷.

Es waren vor allem die außenpolitischen Zwänge, die nach dem 4. Mai 1924 dazu führten, dass sich das Ergebnis der Wahl zunächst nicht in einer veränderten Koalitions- und Regierungsbildung niederschlug. Die Schaffung einer „arbeitsfähigen“ Mehrheitsregierung erwies sich angesichts der Schwächung der politischen Mitte zugunsten der extremen Parteien noch schwieriger als vor der Wahl. Obwohl die DNVP ihren im Wahlkampf betonten Regierungswillen wiederholte und als stärkste Fraktion folgerichtig, aber erfolglos den Auftrag zur Kabinettsbildung von Ebert forderte und sich zudem die DVP für eine rein bürgerliche Mitte-Rechtskoalition stark machte, stieß die Idee des Bürgerblocks bei Zentrum und DDP nach dem 4. Mai zunächst auf wenig Gegenliebe. Mit Blick auf das neue Reparationsgutachten, dessen parlamentarische Beratung im Sommer 1924 bevorstand, wurde allerdings auch über eine „noch größere Koalition“ aller an einer Annahme des Dawesplanes interessierten Gruppen spekuliert. Dass sich die DNVP schließlich gemäß dem Kalkül Stresemanns von der unbedingten Opposition lossagte, bildete die Voraussetzung dafür, dass 1924 die Koalitionspolitik im Reich

ihren Schwerpunkt in Richtung rechter Bürgerblock-Kabinette verlagerte¹²¹⁸.

Kapitel 8

„Schwarz-weiß-rot“ gegen „Schwarz-rot-gold“ – Der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924

Die zweite Reichstagswahl des Jahres 1924 stand im Zeichen innen- und außenpolitischer Entspannung und waren nach den Krisenwahlen vom Mai durch eine deutliche Tendenz zur Entradikalisierung im Wahlvolk charakterisiert. Die von der Londoner Konferenz im August 1924 festgeschriebene Wende in der europäischen Außenpolitik trug wesentlich zu dieser inneren Stabilisierung der Weimarer Republik bei. In London war den Vertretern des Deutschen Reichs für den Fall einer Zustimmung zum neuen Reparationsplan die Räumung des Ruhrgebietes binnen Jahresfrist zugesichert worden. Nachdem der Reichstag alle Dawesgesetze angenommen hatte, kam es bereits im September 1924 zu ersten Räumungsaktionen der Franzosen an der seit Januar 1923 besetzten Ruhr. Zudem sorgten die bald nach Deutschland strömenden Auslandskredite für weitere wirtschaftliche Erholung, die sich vor allem in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit bemerkbar machte. Stresemanns Kalkül, nach außen ein Junktim von Reparationsregelung und Liquidierung des alliierten Besatzungsregimes sowie der Versailler Entwaffnungsbestimmungen zu erreichen, entsprach im Innern der Versuch, die zur Regierung strebende DNVP auf seine Verständigungspolitik zu verpflichten, indem er die Durchsetzung ihrer zollpolitischen Forderungen an die Bedingung der Annahme des Dawesplanes knüpfte. Das konnten die Deutschnationalen nur im Widerspruch zu ihren Wahlparolen vom Frühjahr 1924 und unter heftigen inneren Kämpfen erfüllen. Hinzu kam der Druck der hinter ihnen stehenden industriellen und agrarischen Interessenverbände, die sich mit dem Weimarer Staat arrangieren wollten, um so ihre Position in den durch die neue Reparationsregelung aktualisierten wirtschaft-

lichen Verteilungskämpfen zu stärken. Die Reichsführung unter Ebert und Marx hatte vor der entscheidenden Sitzung vom 29. August 1924, in der über die zentralen, verfassungsändernden Dawesgesetze bezüglich der Reichsbahn abgestimmt werden sollte, mit der Auflösung des Reichstages für den Fall der Ablehnung gedroht. Von Seiten der DVP wurde den Deutschnationalen versprochen, sich bei einer Annahme des Dawesplans mit allen Mitteln für ihre Einbeziehung in die Anfang Juni umgebildete bürgerliche Minderheitsregierung einzusetzen. Diese „Kombination von Druck und Lockung“ (Heinrich A. Winkler) wirkte schließlich: Am 29. August spaltete sich die Reichstagsfraktion der DNVP überraschend in zwei Hälften, wovon die eine mit der Regierung votierte und so die für eine Zweidrittelmehrheit nötigen Stimmen stellte. Damit standen die Weichen im Reich auf eine Mitte-Rechts-Koalition des „Bürgerblocks“. Weil jedoch die wochenlangen Verhandlungen zur Erweiterung des Kabinetts scheiterten, kam Reichspräsident Ebert dem Marxschen Ersuchen nach und löste am 20. Oktober 1924 den Reichstag nach nur fünfmonatigem Bestehen wieder auf. Die strikte Weigerung der DDP, in eine Koalition mit den Deutschnationalen einzuwilligen, sowie deren überzogene Personalforderungen hatten Marx wie auch Ebert zuletzt von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt¹²¹⁹.

In den wenigen Regionalwahlen des Sommers 1924 zeichneten sich im Vergleich zur Inflationswahl vom Mai zwei scheinbar widersprüchliche Trends ab. Zum einen konnte die extreme Rechte ihren Reichstagswahlerfolg in den Ländern nachholen; zum anderen aber machte sich bereits ein Umschwung bemerkbar, insofern die „nationalistische Welle“ stagnierte und die Stimmenzuwächse der radikalen Parteien deutlich hinter denen des Frühjahrs zurückblieben. Außer in Hamburg wurde allerdings nur noch in Anhalt gewählt, das aber gleich zweimal, weil die nach der Wahl vom 22. Juni 1924 gebildete DNVP-Minderheitsregierung bald scheiterte und der Landtag am 9. November neu gewählt werden musste. Ein erstes Stimmungsbarometer unmittelbar nach der Reichstagsauflösung bildeten die Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 26. Oktober, bei denen DNVP und KPD hinzugewinnen konnten. Dennoch signalisierte Hamburg eine Konsolidierung der politischen Mitte, denn die „kleine Koalition“ aus DDP und SPD verlor zwar ihre Mehrheit, hielt sich aber dennoch an der Regierung. Beide Parteien sprachen sogar von einem „deutlichen Ruck nach links“ im Vergleich zur Reichstagswahl vom Mai 1924, während ihre Gegner unter Zugrundelegung der letzten

Bürgerschaftswahlen von 1921 Hamburg als „Sieg der Rechten“ verbuchten. Mit mehr Recht von einem gemäßigten Linkstrend konnte bei den Anhalter Landtagswahlen am 9. November die Rede sein. Hatte die SPD schon im Juni gegenüber der letzten Wahl von 1920 ihre führende Position ausbauen können, verbesserte sie sich jetzt weiter auf 41 Prozent, während die Kommunisten um fast zwei Drittel auf 5,8 Prozent der Stimmen schrumpften. Die Völkischen konnten ihre im Sommer 1924 erzielten 4,1 Prozent zwar verteidigen, aber ihr Vormarsch schien gestoppt zu sein. DNVP und DVP hatten sich mit kleineren Interessenparteien zu einem Wahlbündnis der „Volksgemeinschaft“ zusammengeschlossen, das 38,8 Prozent der Stimmen erhielt. Als Sieger von Anhalt sah sich vor allem die DDP, die ihre Anteile gegenüber dem Juni auf 7,3 Prozent verdoppelte und noch vor der Reichstagswahl mit der SPD eine Koalitionsregierung bildete. Zum Großwahltag wurde der 7. Dezember, weil vor allem aus finanziellen Gründen mehrere regionale Wahlen vorverlegt wurden, darunter die Landtagswahlen in Preußen, wo eine Weiterführung der Großen Koalition angesichts der Umorientierung der DVP wenig aussichtsreich schien¹²²⁰. Dass am 29. Oktober 1924 in England die Konservativen unter Stanley Baldwin dank eines äußerst polemischen Wahlkampfes über die erst seit Januar 1924 amtierende und als mehr verständigungsbereit geltende Labour-Regierung siegten, war nach Hellmut von Gerlach eine „große Unterstützung für die reaktionäre Propaganda“ in Deutschland¹²²¹.

Die Reichsregierung hatte sich bereits am 21. Oktober 1924 vom Frühjahr mit einer knappen Kundgebung an die Wähler gewandt. Dass das deutsche Volk nach so kurzer Zeit wieder zur Wahlurne gerufen werde, sei notwendig, weil der alte Reichstag keine „feste, arbeitsfähige Mehrheit“ gebracht habe. Die unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs erfolgte „Fehlwahl“ vom 4. Mai habe die „radikalen Elemente“ zu stark gemacht und die „aufbauende Arbeit der übrigen Parteien“ gehemmt, weshalb die Reichsregierung für den 7. Dezember eine „Zusammenfassung der positiven Kräfte“ forderte¹²²². Indessen konnte die günstige innen- und außenpolitische Entwicklung Anlass zu der Hoffnung geben, dass die radikalen Parteien tatsächlich zurückgedrängt würden. Demonstrativ hatte die Republik am 11. August 1924 den fünften Jahrestag der Verfassung mit besonderen Feierlichkeiten begangen, in deren Rahmen alle öffentlichen Gebäude mit der Reichsfahne beflaggt wurden und erstmals das im Februar gegründete Reichsbanner Schwarz-

Rot-Gold reichsweit an die Öffentlichkeit trat. Dies habe bewirkt, hieß es in der DDP, dass „die Republikaner wieder mit Mut und Offensive in den Wahlkampf gehen“ könnten¹²²³. Doch trotz spürbarer Wirtschaftskonjunktur und sinkenden Arbeitslosenziffern blieb unsicher, ob sich die positiven Faktoren der Stresemannpolitik psychologisch günstig etwa bei den durch die ungeklärte Aufwertungsfrage aufgebrachten Mittelstandswählern auswirken würden. Für von Gerlach stellten Londoner Abkommen und Dawesgesetze jedenfalls „mächtige Waffen“ in den Händen der Republikaner dar. Seiner Prognose drei Wochen vor der Wahl zufolge werde der 7. Dezember Verluste der extremen Parteien sowie eine Mehrheit für die „schwarz-rot-goldene Politik“ bringen¹²²⁴.

„Für die schwarz-rot-goldene Republik!“ – Die Sozialdemokraten

Nach ihrer katastrophalen Wahlniederlage vom Mai 1924 verzichtete die SPD auf koalitionspolitische Initiativen und überließ den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung. Auf ihrem Mitte Juni 1924 in Berlin abgehaltenen Reichsparteitag begann sie sich mit der Oppositionsrolle abzufinden und Koalitionspolitik als Frage der Taktik, nicht des Prinzips zu behandeln. Das Dilemma der Sozialdemokraten blieb, dass sie für die Tolerierung der bürgerlichen Minderheitsregierung Marx gemäß dem Primat der Außenpolitik keine Konzessionen im Innern erzwingen konnte. Aus ihrer „Waffenruhe“ gegenüber der Reichsregierung wurde die SPD im Sommer 1924 durch die zollpolitische Offensive der DNVP gerissen, deren Pläne zur Anhebung der deutschen Agrarzölle auf den Vorkriegsstand eine beträchtliche Steigerung der Lebensmittelpreise für die Verbraucher bedeuteten. Ungeachtet ihrer günstigen Wahlaussichten boten die Sozialdemokraten vor dem 7. Dezember ein ähnlich zerrissenes Bild wie im Frühjahr 1924, da der Sachsenkonflikt Mitte November 1924 mit der Drohung einer organisatorischen Spaltung des sächsischen Landesverbandes seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte¹²²⁵.

Der am 26. Oktober 1924 in Berlin veröffentlichte Wahlaufuf des Parteivorstandes erinnerte zunächst an den Ausgang der Reichstagswahl vom Mai. Damals habe das deutsche Volk unter den Nachwirkungen der Inflation einen Reichstag gewählt, der zum „Zerrbild des Volkswillens“ geworden sei, weil ihn Völkische und Kommunisten „arbeitsunfähig“ und diese sich selbst damit zu „Hilfstruppen der monarchistischen Re-

aktion“ gemacht hätten. Auch am 7. Dezember gehe es aber wieder um Annahme oder Ablehnung des Reparationsplanes, akzentuierte die SPD die außenpolitische Entscheidungsalternative. Nur aus Angst vor Neuwahlen seien am 29. August 1924 „deutschnationale Jasager“ abkommandiert worden und hätten ihre Zustimmung zu den Dawesgesetzen gegeben. An dem folgenden „erbärmlichen Schacher- und Schiebergeschäft“ sei aber bereits zu erkennen gewesen, dass die „reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien den Bürgerblock gegen das werktätige Volk“ anstrebten. In Abwehr „volksfeindlicher“ Pläne sowie der „übermächtigen Wirtschaftsgruppen“ forderte die SPD eine stärkere Heranziehung des „Besitzes“ zu den Leistungen des Staates sowie erhöhten Schutz der „wirtschaftlich Schwachen“. Dicht gedrängt folgten in diesem Sinne ihre sozialpolitischen Ziele, von der Erhaltung eines wirksamen Mieterschutzes, der Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, bis hin zur Gewährleistung des Achtstundentages durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens – Forderungen, deren moderater Inhalt durch scharfe Aktionsparolen konterkariert wurde: „Der Weg zurück in die Vergangenheit führt ins Verderben. Der Feind steht rechts! Nieder mit dem Bürgerblock! Es lebe die Sozialdemokratie!“¹²²⁶

Am 7. Dezember, der zum Tag des „großen Aufräumens“ im Reich und in Preußen erklärt wurde, gelte es, so die defensive Generallosung der SPD, die Gefahr eines „Besitzbürgerblocks“ abzuwenden. Außenpolitisch führte sie den Wahlkampf klar erkennbar für eine Verständigungspolitik Deutschlands mit seinen früheren Feinden, ohne die weder wirtschaftlicher Aufstieg, noch „Arbeit und Brot“ zu haben seien. Das Londoner Abkommen sei eine von den Sozialisten aller Länder herbeigeführte Reform von Versailles zur Milderung der Reparationslasten Deutschlands, dem damit der „Weg zur Gesundung“ geöffnet werde. In ihrer Werbung für die Erfüllungspolitik sowie für ein friedliches vereintes Europa ging die SPD weiter als ihre bürgerlichen Konkurrenten und stilisierte sich zur „einflussreichsten Völkerverständigungspartei“. In Abwehr deutschnationaler Revanchepolitik, die nur den Machtpolitikern Frankreichs Auftrieb gebe, erklärte sie den 7. Dezember mit Blick auf das Nachbarland zur Wahl zwischen „Herriot oder Poincaré“¹²²⁷.

Trotz solch dramatischer außenpolitischer Akzente wurde der Wahlkampf der SPD im Herbst 1924 von innenpolitischen Themen und Parolen beherrscht. Vor allem mit ihren Parolen gegen die deutschnationalen Schutzzollpläne, welche die Preise für Massenkonsumgüter um

ein Drittel steigen ließen und deshalb „Brotwucher“ seien, bezog sie im Innern scharfe Frontstellung zum „kulturellen, geistigen, sozialen und politischen Rückschrittertum“ aller Couleur. In Opposition zum „kapitalistischen Wahlblock“ der bürgerlichen Parteien prangerte die SPD als Vertretung der „Besitzlosen, Enteigneten und Unterdrückten“ die Abbaupraktiken der Regierung an. Drohende Rechtsmehrheit und „Bürgerblock“ bedeuteten dieser wenig differenzierten Argumentation zufolge ungehinderter Klassenkampf der Unternehmer gegen die Arbeiter sowie Abwälzung der Reparationslasten auf die minderbemittelten Volksschichten statt steuerpolitisch „gerechter“ Lastenverteilung. Der 7. Dezember sei die vielleicht letzte Möglichkeit, die Gefahr einer „reinen Klassenregierung des Besitzes“ abzuwenden und für eine soziale Ausgestaltung der Republik zu sorgen¹²²⁸. Allen „kleinen Leuten“ offerierte sich die SPD im Herbst 1924 dezidiert als Partei der Sozialpolitik, während sie das soziale Verhalten der bürgerlichen Parteien pauschal mit „Barbarei“ gleichsetzte. In Abgrenzung vor allem zu den deutschnationalen „Aufwertungsschwindlern“ propagierte sie die Besteuerung der Inflationsgewinne, weil eine solch „sozial gerechte“ Aufwertung gerade zum Schutze der „kleinen und bedürftigen“ Rentner und Sparer notwendig sei¹²²⁹. Angesichts des „schwarzweißroten Trommelfeuers“ verstärkte sie gegenüber dem Frühjahr ihr propagandistisches Engagement für die Weimarer Republik, die zur „unwiderruflich gewordenen Staatsform“ und zum Boden für den Sieg des „demokratischen Sozialismus“ erklärt wurde. Durchaus typisch für ihr Wahlprogramm verkürzte die SPD die Entscheidung formelhaft auf ein „Hie Monarchie, hie Republik! Hie Kapital, hie Arbeit! Hie Deutschnationale, hie Sozialdemokraten!“ Vor solch polarisierendem Szenario wurde dem Wähler als Parole für den 7. Dezember zugerufen: „Für die Freiheit nach innen und außen! Für die schwarz-rot-goldene Republik! Für sozialistische Steuer- und Sparpolitik! Zerschlagt die Parteien des Bürgerblocks!“¹²³⁰

Die SPD führte ihren Wahlkampf im Herbst 1924 **gegen die republikfeindliche „Einheitsfront“ der schwarz-weiß-roten Parteien** und der „Linksputschisten und Rechtsbolschewiken“, lies KPD und Völkische. Ihre zweite Hauptfrontlinie zog sie zur Reichsregierung und zum „Besitzbürgerblock“, der als befürchtete Koalitionsbildung gegen die SPD die „soziale Reaktion“ verkörperte. Zwei Drittel, genau 55 von 79 Wahlflugblättern agitierten entweder gegen die „nationalistisch-kommunistischen“ oder gegen die „bürgerlich-kapitalistischen“ Gegner der Arbei-

ter¹²³¹. Parteipolitische Hauptfeinde waren neben der KPD, die wie gewohnt der arbeiterspezifischen Werbung der SPD die Feindbilder lieferte, im Unterschied zum Frühjahr 1924 die Deutschnationalen, die als treibende Kraft sowohl der Monarchisten wie auch einer Rechtsregierung im Reich erschienen.

Die extremen Parteien, zu denen sie neben KPD und Völkischen auch die DNVP zählte, vereinigte nach Ansicht der SPD die Methode, Verzweiflungsstimmung und soziale Not des Volkes für ihre unterschiedlichen Diktaturpläne auszunützen, wie es ihnen am 4. Mai durch einen „Sieg der Demagogie und der Lüge“ leider zum Teil gelungen sei. Dass sie der Hass gegen den gleichen Gegner erfülle, war der SPD Anlass, die These vom „völkisch-kommunistischen Geschwisterpaar“ ebenso wie die einer „Verbrüderung“ zwischen KPD und bürgerlicher Reaktion in Gestalt der DNVP zu propagieren. Von den „drei Inflationsblasen“ sei aber bereits die nationalsozialistische geplatzt und würden die beiden anderen bald folgen, da sie alle ohne „sachliche“ Ziele und Ideen kämpften. Die Völkischen erschienen im Spiegel der SPD-Flugblattpropaganda als reine „Revanchekriegshetzer“ und „Judenfresser“, die nicht erkannt hätten, dass kapitalistische Ausbeutung nicht an eine bestimmte Rasse gebunden sei¹²³². Die sozialdemokratische Auseinandersetzung mit der DNVP war ganz auf die Dawes-Abstimmung vom 29. August ausgerichtet, als die Hälfte ihrer Abgeordneten das frühere „Unannehmbar“ vergessen und sich aus „Regierungstollwut“ als machthungrige „Kripenjäger“ entlarvt habe. Vor dem Hintergrund paralleler Landtagswahlen bildete Preußen ein eigenständiges Argument der SPD gegen die monarchistische Sammelparole „Hohenzollern und Hohe Zölle“. Carl Severing – als Innenminister nach dem Kapp-Putsch für die überfällige Demokratisierung der preußischen Verwaltung verantwortlich und deshalb bevorzugte Zielscheibe der antirepublikanischen Polemik – habe das „alte Junkerpreußen“ in ein „modernes Staatsgebilde“ und die Schutzpolizei in ein zuverlässiges Machtmittel der Republik umgewandelt. Weil das deutschnationale „Preisschießen“ auf den Reichspräsidenten aufgrund der Intervention der Reichsregierung zugunsten Eberts vorzeitig eingestellt werden musste und die Deutschnationalen ihre ganze „Munition“ weit gehend verpulvert hätten, wärmten sie jetzt die schon längst tot geglaubte Dolchstoßlegende wieder auf und würden aus Neid auf die republikanischen Erfolge von der „Schwarzrotgelbsucht“ befallen¹²³³.

Ebenso scharf wie von rechts grenzte sich die SPD im Herbst 1924 von den Kommunisten ab, die stereotyp zu Helfershelfern des Kapitalismus und der Reaktion abgestempelt wurden, weil sie in dem „großem Kampfe“ zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten die deutsche Arbeiterbewegung durch Spaltung schwächten. Mit ihren nationalistischen „Wahnsinnsparen“ schütte die KPD obendrein nur Wasser auf die Mühlen der Rechtsparteien und bringe als „Marionette an den Drähten Moskaus“ blutigen Terror und Bürgerkrieg, wie in Russland, dem „Land des Schreckens“. In Abgrenzung zu kommunistischen Maximalforderungen und Einheitsfrontparolen empfahl sich die SPD der Arbeiterschaft als Partei der praktischen Sozialpolitik¹²³⁴. In dem Aufmarsch der „bürgerlichen Volks“-Parteien“ zu den Wahlen sah sie im Herbst 1924 vor allem das Streben nach „nackter Interessenvertretung der Besitzenden“. Das Programm der DVP, die sich in der Sozialpolitik als „Scharfmacherpartei“ hervortue, bestehe gar nur im „Klassenkampf des Unternehmertums“ gegen die Werktätigen. Jetzt vor der Wahl kämpfte sie unter der Parole „Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Gold“, wobei Stresemann zu den eifrigsten in dieser Kampagne gegen die Republik gehöre¹²³⁵. Über Zentrum und DDP erfuhr der Wähler von der SPD-Flugblattpropaganda nur wenig mehr als das, was implizit in ihrer Anti-„Bürgerblock“-Agitation gesagt wurde. Obwohl Vertreter „kapitalistischer Interessen“, hielt man den Demokraten ihre republikanische Einstellung zugute, mit der sie wie Reichskanzler Marx offen die Deutschnationalen bekämpften. Die Gründung der Liberalen Vereinigung wurde in diesem Sinne als Abschied der „Bürgerblöcker“ von der DDP gedeutet. Den vielen Wirtschafts- oder Aufwertungsparteien, die auf „Spezialgebieten“ Stimmen fangen wollten, schenkte die SPD vor dem 7. Dezember keine Beachtung¹²³⁶.

Hauptadressat der SPD-Flugblattpropaganda waren im Herbst 1924 wie im letzten Wahlkampf wiederum die „kleinen Leute“ oder „schaffenden Volksgenossen“ in Stadt und Land. Über die Hälfte von 79 Flugblättern richtete sich an diese Gruppen, die vom „Großkapital“ abhängig und von „Unternehmerdiktatur“ bedroht seien, angefangen von den Arbeitern, den Angestellten und Beamten, den bedürftigen „Kriegs- und Arbeitsopfern“, bis hin zu den „kleinen“ Bauern, die in einem Atemzuge mit den Landarbeitern umworben wurden. Obwohl sich die SPD vor dem 7. Dezember von dem Image einer proletarischen Milieupartei der Industriearbeiterschaft zu lösen versuchte, standen die Arbeiter mit

18 spezifischen Flugblättern an der Spitze der Zielgruppenhierarchie, gefolgt von den Beamten mit sechs. Auffällig war das verstärkte Bemühen um die Stimmen der Frauen und speziell Arbeiterinnen, an die immerhin neun Flugblätter adressiert waren. Gebot der Stunde sei die „Samm lung aller republikanischen Männer und Frauen“ gegen die monarchistische und soziale Reaktion, damit eine „wirkliche Volksgemeinschaft“ an die Stelle der kapitalistischen „Volksausbeutung“ trete¹²³⁷.

Mit seinen zentralen sozialpolitischen Versprechungen zielte das Wahlprogramm der SPD auf die „kleinen Leute“, die am 7. Dezember einen „sozialen“ Reichstag wählen könnten. Unter dem anklagenden Motto „Wehe der Gesellschaft, die ihre Mitmenschen verhungern lässt!“ warb sie im Herbst 1924 erstmals auch gezielt um die Stimmen der Erwerbslosen, in deren Namen eine eigene Versicherung gefordert wurde. Wenn ihnen der Staat schon keine Arbeit verschaffe, hätten sie wenigstens Anspruch auf ein „menschenwürdiges Dasein“ und nicht auf Almosen. Unter dem Druck der kommunistischen Konkurrenz stellte die SPD ihnen im Herbst 1924 nicht weniger als eine „Neugestaltung der gesamten politischen und sozialpolitischen Zustände“ in Aussicht¹²³⁸. Typisch für ihre Wahlkampfpropaganda war, dass zwar der „untere“ oder „werktätige“ Mittelstand in den Adressen der Flugblätter erwähnt wurde, es dann aber an konkreter Argumentation seinen Berufsgruppen gegenüber fehlte. Die „Landbevölkerung“, worunter sie Kleinbauern, Pächter, Siedler sowie Land- und Forstarbeiter, eben die „kleinen Leute auf dem Lande“ faßte, warnte die SPD vor der gegnerischen Propaganda, derzufolge etwa Agrarschutzzölle Vertretung ihrer Belange und die Sozialdemokraten Feinde der Bauern seien. Im Gegenteil hätten sie als Massenpartei der Konsumenten ein elementares Interesse an einer gesunden Landwirtschaft. Darüber hinaus präsentierte die SPD speziell den Bauern einen detaillierten Forderungskatalog, der die Beseitigung ländlicher Kreditnot, die Vereinfachung des Steuersystems, den Ausbau des Genossenschaftswesens sowie die Vergrößerung des „kleinen Besitzes“ durch Siedlungspolitik für landsuchende „Besitzlose“ beinhaltete¹²³⁹.

Während die bürgerliche Regierung eine Politik betreibe, durch welche die unteren und mittleren Beamten zu „versinken“ drohten, empfahl sich die SPD ihnen als die einzige Vorkämpferin für eine „gerechte“ Besoldungsordnung und – nachdem der Berliner Parteitag im Juni 1924 ein eigenes Beamtenprogramm verabschiedet hatte – verstärkt mit Appellen an vitale berufsgruppenspezifische Interessen¹²⁴⁰. Der Wahlauf ruf des

Allgemeinen freien Angestelltenbundes prangerte scharf die lohn- und arbeitszeitpolitischen Benachteiligungen der von der SPD-Flugblattpropaganda sonst kaum wahrgenommenen Angestellten an, die als „Arbeitnehmer“ helfen sollten, dem drohenden „Besitzblock“ am 7. Dezember einen starken „Block der Arbeit“ entgegenzustellen. Vor dem Hintergrund von Tendenzen in der organisierten Mieterschaft, sich mit eigenen Listen an den Wahlen zu beteiligen, forderte die SPD eine Verwendung der gesamten Mietzinssteuer für den öffentlichen Wohnungsbau und sprach sich deutlich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft in diesem Sektor aus¹²⁴¹. Nur selten und weitgehend ohne tagespolitische Bezüge warb sie um die Stimmen der Jungwähler, denen betont vage Zukunftsparolen wie „Die Zukunft aber gehört der Republik und dem Sozialismus!“ zugerufen wurden. Außer den Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen, dem Kampf gegen den „Brotwucher“ der bürgerlichen Schutzzollpolitik sowie der Mahnung vor neuem Krieg stellte die Erinnerung an die Schaffung des Frauenwahlrechts ein wichtiges Thema der SPD-Frauenpropaganda dar. Mit spezifischen Flugblättern versuchte die SPD im Herbst 1924 auch die „Wahlfaulen“ zu mobilisieren. Nachdem im Mai über ein Drittel der organisierten Arbeiter nicht wählen gegangen sei, wolle man jetzt schärfer kontrollieren, wer womöglich „das Proletariat im Stich“ lasse¹²⁴².

Die von scharfen ideologischen Abgrenzungen geprägte Wahlpropaganda der SPD vom Herbst 1924 kann als Station ihrer Linksentwicklung gesehen werden, die mit dem Heidelberger Parteitagsprogramm im September 1925 einen vorläufigen Höhepunkt fand. Die dort wiederlebte marxistische Klassentheorie bestimmte die Rhetorik, mit der vor dem 7. Dezember das „Kapital“ gegen die „Arbeit“ gestellt wurde. Im Vergleich zum Frühjahr 1924 stand dem Bekenntnis der SPD zur Verständigungspolitik jetzt eine republikanische Propaganda zur Seite, die sich jedoch defensiv in Abwehr des „schwarz-weiß-roten Trommelfeuers“ konstituierte. Verknüpft wurde sie mit der Parole für einen demokratischen Sozialismus, das heißt dem Zukunftsversprechen einer Wirtschaftsordnung mit „höchstmöglicher Wohlfahrt aller“ statt eines Staates, der zum „Vollzugsorgan des Großkapitals“ und nach dem Prinzip „Arme noch ärmer, Reiche noch reicher“ regiert zu werden drohe. In der Zielgruppenwerbung wurden trotz stärkerer Berücksichtigung der Inflationsopfer und Kleinbauern die Gruppen der Angestellten und des selbständigen Mittelstandes weiterhin vernachlässigt. Als taktisches

Hauptziel der SPD-Wahlpropaganda erschien im Herbst 1924 unter den Parolen „Nieder mit dem Bürgerblock!“ und „Der Feind steht rechts!“ die Abwehr einer drohenden Erweiterung der bürgerlichen Minderheitsregierung zur Rechtskoalition durch Aufnahme der DNVP. Koalitionspolitische Alternativen propagierte die SPD angesichts der Trennungsräben zu den Mitteparteien vor dem 7. Dezember nicht.

„Unsere Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot!“ – Die Deutschnationale Volkspartei

Nach ihrem Wahlerfolg vom 4. Mai 1924 scheiterte die DNVP mit dem Vorhaben, sich an die Spitze einer Bürgerblockregierung im Reich zu stellen. Vor allem die großagrarischen Interessenverbände drängten jedoch angesichts der bevorstehenden Handelsverträge weiter auf eine Mitarbeit im Weimarer Staat, um ihre schutzzollpolitischen Ziele durchzusetzen. Dass solch vitale wirtschaftliche Interessen schließlich in der DNVP über nationalistische Wahlparolen siegten, führte zur „Symphonie in Weiß“ vom 29. August 1924, wie aufgrund der Farbe der „Ja“-Stimmzettel die Zustimmung von 48 ihrer Reichstagsabgeordneten zu den Dawesgesetzen bald spöttisch bezeichnet wurde. Dieser „Umfall“ stürzte die Partei in eine schwere Führungskrise. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Einbeziehung der DNVP in die Reichsregierung legte Parteichef Oskar Hergt, der zwar gegen alle Dawesgesetze gestimmt, aber Verständnis für die „Ja-Sager“ gezeigt hatte und als Befürworter einer deutschnationalen Regierungsbeteiligung galt, wie angekündigt Ende Oktober sein Amt nieder. Interimsvorsitzender wurde der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Friedrich Winckler. Sahen die Demokraten in der „Absetzung“ Hergts einen Sieg des alldeutschen Flügels, sprachen rechtsextreme Kreise von einer leeren Geste der DNVP, die sich zur „Schleppenträgerin“ der DVP erniedrige. Trotz starker Tendenzen und Abkommen einzelner Landesverbände kam es aber im Herbst 1924 nicht zu einem „schwarz-weiß-roten“ Wahlbündnis der großen Rechtsparteien im Reich¹²⁴³.

Als Zeichen des Rückfalls in die Zeiten unbedingter Opposition wurde die Kundgebung der Reichstagsfraktion der DNVP vom 21. Oktober 1924 gedeutet. Wegen ihrer scharfen Töne gegen „Franzosen- und Judenherrschaft“ in Deutschland sorgte sie selbst bei der DVP für Befremden.

Der Aufruf war eine kaum verhüllte Kriegserklärung an das Weimarer „System“ und vor allem seine „Erfüllungspolitiker“ unter der „schwarz-rot-gelben Trikolore der Demokratie“. DVP und Zentrum wurde vorgeworfen, die zu dem „Opfer“ der Mitarbeit bereite DNVP nach dem 29. August nicht wie versprochen in die Regierung aufgenommen zu haben. Von solchem Wortbruch versuchte man sich als betont prinzipientreu abzugrenzen: „Unsere Partei bleibt, wie sie war: Monarchisch und völkisch, christlich und sozial. Unsere Ziele bleiben wie unser Name: Deutsch und national. Unsere Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot“¹²⁴⁴.

Der am 29. Oktober 1924 veröffentlichte Wahlauf Ruf des Parteivorstandes war vergleichsweise moderat formuliert und unterschied sich von dem der Reichstagsfraktion vor allem durch die Anerkennung der Dawesgesetze als „jetzt bindendes Recht“, wenn auch ihre Durchführung die Notwendigkeit einer Revision beweisen werde. Weil ihr der „zugewiesene Anteil“ an der Regierung durch die „kleine sterbende Partei“ der Demokraten verweigert worden sei, setzte es sich die DNVP zum Ziel, am 7. Dezember so stark zu werden, dass sie eine bürgerliche Rechtsregierung „erzwingen“ könne. Im Vergleich zum Fraktionsaufruf wurde dem restaurativen Verfassungsziel die radikale Spitze genommen und die Monarchie lediglich zur „besten Staatsform“ erklärt, aber nach wie vor die Beseitigung der „Alleinherrschaft“ der Parlamente gefordert. Die Aktionsparole für den „Großkampftag“ im Reich und in Preußen müsse für alle Rechtswähler lauten: „Keine Zersplitterung im nationalen Lager!“ Der 7. Dezember wurde so zur großen Entscheidung zwischen rechts und links in der deutschen Politik stilisiert: „Rechts Christentum, Vaterland, gesunde Wirtschaft – links Unglaube, revolutionäre Wirrnis und wirtschaftliche Ruinen. Links Schwarz-rot-gelb – rechts Schwarz-weiß-rot! Wählt deutschnational, das ist Schwarz-weiß-rot!“¹²⁴⁵

Um eine „nationale“ Außenpolitik und im Innern ein „neues deutsches Kaisertum“ vorzubereiten, rief die DNVP im Herbst 1924 unter Berufung auf den Geist „Bismarckscher Staatspolitik“ zur Schaffung der „großen vaterländischen Rechte“ auf. Unter dem Symbol der alten Reichsfahne führte sie den Wahlkampf um die politische Macht in der Republik mit dem Zukunftsziel der Restauration des „alten, ehrlichen, sauberen, stolzen schwarz-weiß-roten Deutschland“. Die deutschnationalen Wahlkampftrichtlinien zum 7. Dezember 1924 legten fest, dass im einzelnen neben der „Kriegsschuldfrage“ vor allem die Themen Schutzzoll, der kein einseitiger Schutz der Landwirtschaft zum Nachteil der Verbrau-

cher sei, sondern der „beste Schutz der deutschen Speisekammer“, die aktuelle Wohnungsnot und der Abbau der Zwangswirtschaft sowie die Aufwertungsfrage hervorzuheben seien. Hier machte sich die DNVP zwar durch Aufstellung des Ehrenvorsitzenden des Sparerbundes, Georg Best, auf ihrer Reichsliste geschickt zur Fürsprecherin der Inflationsopfer. Versprechen auf bestimmte, gar hundertprozentige Aufwertsätze waren aber auch jetzt von ihr nicht zu lesen. Vielmehr agitierte die DNVP wie die anderen Parteien für eine „gerechte“ Aufwertung der durch Inflation und dritte Steuernotverordnung „wegsozialisierten Spargroschen“ – mit der gleichen Verbindlichkeit, wie sie sich in antikapitalistischen Losungen gegen die „Herrschaft des internationalen Großkapitals“ stellte¹²⁴⁶. Ihr wirtschaftspolitisches Interessenprofil gab die DNVP im Herbst 1924 durch die Forderungen nach einer „sozial gerechten“ Umgestaltung des Steuersystems und „strengster Sparsamkeit“ der öffentlichen Haushalte zu erkennen. Im Weimarer Staat werde, so hieß es zur Begründung, der Unternehmer durch eine Art „innerer Zoll“ in Form von hohen Steuern auf kaltem Wege enteignet. Deutschlands Wirtschaft leide immer noch schwer unter einem Übermaß staatlicher Bürokratie sowie der drohenden Fortsetzung der Erfüllungspolitik über das „Dawes-Opfer“ hinaus. Die „sozialpolitische Wahlmache“ der SPD gegen deutsche Agrarschutzzölle sei eine bewusste Irreführung, weil Freihandel nur möglich sei, wenn er in allen Ländern gelte¹²⁴⁷.

Offizielle Wahlparole der DNVP in der für sie so heiklen Frage des Dawesgutachtens war, dass am 29. August gar nicht mehr über das Londoner Abkommen abgestimmt worden sei, sondern schon darüber, wer Deutschland künftig regieren und weitere Verhandlungen über die Ausführung des Dawesplanes mit der Entente führen solle. Nach seiner Annahme müsse jetzt erst recht eine „starke nationale Rechtsregierung“ unter Führung der DNVP dafür sorgen, dass jede „internationalistische Erfüllungsfreudigkeit“ aus der deutschen Außenpolitik verbannt werde. Damit zu verbinden sei der Kampf für einen amtlichen Widerruf der „Kriegsschuldflüge“ sowie gegen Deutschlands Beitritt zum Völkerbund. Von einem Bekenntnis zum Stresemann-Kurs zeigte sich die DNVP im Herbst 1924 so weit entfernt wie eh und je. Vielmehr agitierte sie gegen die „schwarz-rot-gelbe Verständigungspolitik“ bis hin zur offenen Ablehnung des Dawesplanes, dieses „zweiten Dolchstoßes“ der Weimarer Koalitionsparteien, der Deutschland endgültig zum „Sklaven der Entente“ mache. Höhepunkt ihrer Dolchstoß-Agitation waren Flugblätter,

die gegen die „Farben dieser Deserteure“ Stimmung zu machen versuchten¹²⁴⁸. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer war im Herbst 1924 stark von den Wahlen im größten deutschen Einzelstaat beeinflusst. In Anknüpfung an Bebels alte Kampfparole: „Haben wir Preußen, dann haben wir das Reich“ agitierte die DNVP gegen die Koalitionsregierung unter Braun und Severing. Deren Politik, der das „Preußen des großen Friedrich“ gegenübergestellt wurde, zerstöre nicht nur den ehemals mustergültigen Beamtenapparat durch „rote Parteibonzen“, sondern den Staat selbst durch einen angeblich ungehinderten Zustrom von Ostjuden, deshalb: „Fort mit Severing, fort mit dem ganzen System!“ Auch bei der im Sommer 1925 anstehenden Reichspräsidentenwahl dürfe auf keinen Fall wieder ein Sozialdemokrat wie „Fritze Ebert“, sondern nur ein „echt deutscher“ Mann dieses Amt mit seiner „ungeheuren“ Macht erlangen. Fünf Jahre republikanische Koalitionspolitik hätten den Reichswagen so weit in den „roten Sumpf“ gefahren, dass er jetzt festsitze: „Heraus mit ihm aus dem Dreck! Zieht alle nach rechts!“¹²⁴⁹

Charakteristikum der DNVP-Wahlpropaganda vom Herbst 1924 war die Einteilung der Parteien gemäß der zwei farblichen Sammelparolen, dem eigenen monarchistischen „Schwarz-Weiß-Rot“ und dem gegnerischen „Schwarz-Rot-Gelb“, wie die republikanischen Reichsfarben durchweg diffamiert wurden, weil „Gold“ gar keine Farbe sei, sondern nur ein Metall, so die fadenscheinige Begründung. Typisch für die ausgeprägte Lagermentalität der Deutschnationalen war ein Rundschreiben des Landesvorstands Hessen-Nassau, wonach sich unter „Schwarz-Rot-Gelb“ alles Undeutsche sammle, vom „jüdischen Bankdirektor bis zum sozialistischen Straßenfeger“. Parteipolitischer Hauptfeind der DNVP war ganz eindeutig die SPD, gegen die sich spezifisch ein knappes Viertel von 127 deutschnationalen Wahlflugblättern der DNVP richtete. In deren Gegnerhierarchie folgte die völkische Konkurrenz, die aus dem Feindbild-Schema herausfiel, während selbst das Zentrum in fünf Flugblättern angegriffen und nur die DVP geschont wurde¹²⁵⁰.

Ihren **Hauptgegner** sah die DNVP in dem „schwarz-rot-gelben“ Reichsbanner, weil er ein Bund der „antinationalen Elemente“ sei, in dem das internationale Proletariat in Gestalt der SPD mit dem internationalen Kapital in Gestalt der DDP und dem ultramontanen Zentrum zusammengehe. Als „sozialistisch-jüdisch-demokratische“ Parteigründung enthüllt und wegen seiner Abhängigkeit von Frankreich als „Papphelm Nollat“ verspottet, predige das Reichsbanner nach außen Pazifis-

mus, drohe aber nach innen als „Knüppelgarde“ der Republikaner mit dem Bürgerkrieg¹²⁵¹. Analog zur Selbstdarstellung als „große volkstümliche Rechtspartei“ sah es die DNVP für selbstverständlich an, dass sich ihr Hauptstoß nur gegen die „vaterlands- und gottlosen“ Sozialdemokraten richten könne. Aus der Perspektive enttäuschter Anhänger der SPD wurden stark deren angebliche Verbonzung und „Futterkrippenwirtschaft“ thematisiert. Statt der versprochenen Sozialisierung seien die Kapitalisten heute mächtiger denn je in Deutschland und füllten „jüdische Schieber“ wie Barmat die Parteikasse der SPD. Wenig bis gar keine Beachtung schenkte die DNVP im Herbst 1924 den Kommunisten, die naturgemäß als „erbitterter Feind“ zu gelten hätten, weil sie Aufruhr, Klassenhass, Vaterlandsverrat predigten und Deutschland als Boden für „russische Versuchsexperimente“ zu missbrauchen versuchten¹²⁵².

Gemäß der Devise „Mitte ist Feigheit!“ wurde der 7. Dezember von der DNVP zum grossen Zweikampf mit der „marxistischen“ SPD stilisiert. Die „ganz links gerichtete“ DDP, das Zentrum mit seinem einflussreichem „Linksflügel (Dr. Wirth)“, aber auch die DVP verharnten immer noch in Abhängigkeit von dieser „Todfeindin der bürgerlichen Kultur und Wirtschaft“ und müssten deshalb „rechts verankert“ werden. Im Verhältnis zum Zentrum sei „scharfer Angriff“ gegen die republiktreuen Kräfte gerechtfertigt, die nach 1918 die „großen christlichen und monarchischen Überlieferungen“ der Partei verraten hätten. Auch Reichskanzler Marx sei für Ebert und die SPD, hieß es speziell an die Adresse der „rechtsgesinnnten“ Katholiken¹²⁵³. Während der Stimmenanteil der DDP zuletzt nur noch „um ein wenig die Gesamtzahl der in Deutschland ortsansässigen jüdischen Bevölkerung“ überschritten habe, stemmten sich die „sterbenden“ Demokraten nur noch mithilfe der „Judenpresse“ gegen die „unaufhaltsame Rechtsentwicklung“ in Deutschland. Gegenüber der DVP wollten die Deutschnationalen sich ausdrücklich jeder verletzenden Agitation enthalten, weil sie in letzter Zeit ihren Willen zu einer „Anlehnung nach rechts“ bekundet habe. Wegen der Gefahr allzu großer Gleichsetzung müsse allerdings die eigene „ausgesprochene Rechtsrichtung“ klar von dem Charakter der DVP als Partei der Mitte abgegrenzt werden¹²⁵⁴. Der Appell der DNVP zur Einigung des „nationalen Lagers“ sollte in erster Linie allen völkischen Wählern vom 4. Mai zeigen, dass die NSFB die notwendige „Einheitsfront ‚Schwarz-Weiß-Rot‘“ sabotiere. Wichtigster Einwand der DNVP war, dass die Nationalsozialisten „stark besitzfeindlich“ eingestellt seien und eine „sozialisti-

sche Gesellschaftsordnung“ anstreben. Als „Dolchstoß in den Rücken der nationalen Front“ wirkten aber auch die vielen Splittergruppen, insbesondere die WP, die im Unterschied zum Frühjahr 1924 nun auch zu den erklärten Gegnern der DNVP gehörten¹²⁵⁵.

Die DNVP präsentierte sich im Herbst 1924 als Partei, in der bereits die „Volksgemeinschaft von hoch und niedrig, arm und reich, Unternehmer und Arbeiter, Stadt und Land“ verwirklicht sei und deshalb alle sammle, die „zur deutschen Nation gehören wollen und nicht zu den Juden“¹²⁵⁶. Merkmal ihrer berufsspezifischen Zielgruppenwerbung waren ressentimenterfüllte Negativthemen, sei es, dass der Mittelstand bevorzugt mit der Zwangswirtschaft, die Beamten mit Stellenabbau und Besoldungskürzung, die Kleinrentner und Sparer mit der Dritten Steuernotverordnung oder die Arbeiter und Angestellten mit den „Irrlichtern des Marxismus“ konfrontiert wurden. Hauptadressaten der DNVP-Propaganda waren im Herbst 1924 der Mittelstand, dessen Angehörige differenziert umworben wurden, gefolgt von den Arbeitern, an die sich spezifisch 18 von 127 Flugblättern richteten. Auffällig war, dass neun Flugblätter ausdrücklich den „schwachen“ Volksgruppen wie insbesondere den Inflationsopfern und sechs weitere der Mobilisierung der „Wahlfaulen“ gewidmet waren¹²⁵⁷.

Die Arbeiterwerbung der DNVP lebte im Herbst 1924 von der Polemik gegen die SPD und ihre Führer, die sich nur um ihre „fetten Pfründe“ kümmerten, während Millionen deutscher Arbeiter hungern müssten. Deren Interessenvertretung reklamierte die DNVP durch Forderungen nach einer christlich inspirierten Sozialpolitik, deren Schlagworte sie wiederum der SPD entlehnte. Außer einer Arbeitszeitverkürzung entsprechend der deutschen Leistungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer gehörte dazu auch die Schaffung einer Erwerbslosenversicherung: „Wählt ihr einig Schwarz-Weiß-Rot, habt ihr Ordnung, Arbeit, Brot!“, lautete die Alternative, welche die DNVP den „Friede, Freiheit, Brot!“-Parolen der „November-Leute“ entgegenstellte. Vor dem Krieg seien die „Löhne am höchsten, die Arbeitszeit am kürzesten“ gewesen, versuchte sie ihr restauratives Verfassungsziel allen Arbeitern schmackhaft zu machen¹²⁵⁸. Insbesondere die untere Beamten-schaft sollte über die Mobilisierung von Ressentiments gegen das „Revolutionsbeamtentum“ der Republik gewonnen werden. Mit ihren besonderen „berufsständischen“ Interessen wurden auch die Angestellten der Mittelschicht zugerechnet. Sie stellte die DNVP vor die Entscheidung,

entweder im „marxistischen Arbeiterbrei“ zu versinken oder in einem Deutschland mit geschützten „Standes“-rechten und neuen Aufstiegsmöglichkeiten zu leben¹²⁵⁹. Stärker als die Angestellten und Beamten wurden im Herbst 1924 die selbständigen Berufsgruppen der Handwerker und Gewerbetreibenden umworben, denen sich die DNVP als „stärkste Mittelstandspartei“ im Reichstag und Feind jeder Zwangswirtschaft empfahl, die vor allem gegen ihre „unerhörte“ Steuerbelastung kämpfte, aber auch gegen die preispolitischen „Übertreibungen“ der großen Wirtschaftskartelle. Unter der Parole gegen die „Sozialisierung der Heilberufe“ schürte sie im „Ärztstand“ Ängste vor einem Verlust der Selbständigkeit durch die (sozialdemokratischen) Krankenkassen¹²⁶⁰.

Die nach den Arbeitern am stärksten von der DNVP umworbene Berufsgruppe bildeten jedoch die Bauern, gegenüber denen sie in scharf antimarxistischen Tönen versuchte, Interessenkonflikte und Konkurrenz zwischen „groß“ und „klein“ auf dem Land zu leugnen. Alle Bauern, auch die Großgrundbesitzer, arbeiteten schließlich „unter derselben Sonne“ und profitierten von Agrarschutzzöllen. Im übrigen bestehe die Reichstagsfraktion der DNVP zu fast einem Drittel aus berufstätigen Landwirten und sei sie daher die „stärkste Partei des Landvolks“¹²⁶¹. Mit Slogans wie „Hilfe allen Schwachen! Soziale Versöhnung!“ warb die DNVP stärker noch als im Frühjahr 1924 um sozial bedürftige Wählergruppen wie die Kriegs- und Arbeitsinvaliden und vor allem die Inflationsopfer. Indem sie den „neuesten Wahlkampfzeugnissen“, den Aufwertungsparteien, die Kompetenz absprach, weckte sie bewusst Hoffnungen bei den von der Inflation „enteigneten“ Gruppen wie den Sparern und Rentnern¹²⁶². Die deutschnationale Frauenwerbung war im Herbst 1924 durch die Parole charakterisiert, wonach die Umsatzsteuer das „tägliche Brot“ verteuere, Agrarschutzzölle aber den Brotpreis stabil hielten. In extrem scharfen Wendungen stachelte die DNVP die Studenten auf, sich nicht länger von der „jüdisch-demokratischen Klique“ terrorisieren zu lassen. Während jeder Nichtwähler zum Helfershelfer der „Roten“ und damit Eberts gestempelt wurde, präsentierte sie mit Admiral von Tirpitz einen der „großen, nationalen Staatsmänner“ bereits als potentiellen Kandidaten für das höchste Staatsamt¹²⁶³.

Der Reichstagswahlkampf der DNVP vom Herbst 1924 besaß im Grunde zwei scheinbar gegenläufige Tendenzen: eine radikale, die nach rechts hin ihre „nationale“ Opposition zur Republik herausstrich, sowie eine mehr pragmatische, die den potenziellen Bündnispartnern in der

Mitte ihren Regierungswillen zeigen sollte. Um das erklärte Wahlziel, die Bildung einer „starken, nationalen Rechtsregierung“ nicht wie im Frühjahr 1924 zu kompromittieren, erfuhren Zentrum und DVP weit gehende Schonung. Als Träger der Weimarer „Linkspolitik“ wurden um so schärfer die Demokraten angegriffen. Den 7. Dezember stilisierte die DNVP zum Tag „schwarz-weiß-roter“ Erhebung gegen die „Novemberverbrecher“ und die monarchistische Sammelparole zum tieferen Sinn der Wahl. Die zur „rechten“ Mehrheitsbildung fehlenden Stimmen versuchte sie durch verstärkte Werbung unter den ehemals völkischen Wählern zu finden. Außenpolitisch gab sich die DNVP deshalb auch nur bedingt gemäßigter als im Frühjahr 1924, indem sie den Dawesplan offiziell als temporäres „Opfer“ akzeptierte, aber praktisch die Agitation gegen den neuen „Schandvertrag“ fortsetzte. Ihre breitgefächerte Zielgruppenwerbung im Stile einer Volkspartei mit Akzenten auf den Mittelstandsschichten ist vielleicht das stärkste Indiz für eine Anpassung an Weimarer Verhältnisse.

„Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ – Die „wahrhaft nationale“ Politik des Zentrums

In der Ausrichtung der Partei auf die Neuwahlen fand sich zur Erleichterung der Zentrumsführung ein Thema, das im Herbst 1924 die inneren Auseinandersetzungen über die rigorose Sparpolitik sowie die gescheiterten Koalitionsverhandlungen von Reichskanzler und Parteichef Marx überdecken half. Der Ende Oktober in Berlin tagende Wahlkampfparteitag der Zentrumspartei stellte sich demonstrativ hinter seine „Politik der Mitte“. Um der BVP die Rückkehr in die Reichsregierung zu ebnen, verzichtete sie nach einigem Hin und Her Mitte November auf die Aufstellung eigener Kandidaten im rechtsrheinischen Bayern. Mit diesem Wahlabkommen, so hieß es, sollten „neue Möglichkeiten zu einer Zusammenfassung der politischen Kräfte der deutschen Katholiken“ geschaffen werden¹²⁶⁴.

Als führende Regierungspartei verteidigte das Zentrum in seinem am 29. Oktober 1924 veröffentlichten Wahlauf Ruf den Kurs der Reichsregierung. Verbunden mit einer vorsichtigen Wählerschelte wurde die Auflösung des aus „unklaren Stimmungen“ hervorgegangenen Reichstags vom 4. Mai als unumgänglich dargestellt. Dank der sachlichen und

„wahrhaft nationalen“ Politik der Regierung Marx seien dennoch außenpolitische Entspannung und die Wirtschaftsstabilisierung erreicht worden. Ausdrücklich knüpfte das Zentrum an sein bereits im Frühjahr 1924 propagiertes Wahlprogramm an. Auch jetzt könne und wolle man dem Wähler nicht verschweigen, dass der Weg zu „neuer Höhe und Geltung“ Deutschlands ein mit weiteren Opfern verbundener „Schmerzenseweg“ sei. Als „entschiedenste Vertreterin des katholischen Volksteils“ sah dabei das Zentrum seine besondere Aufgabe darin, für Ausgleich unter den „Berufsständen“ zu sorgen und sowohl den konfessionellen Hader als auch die „Auswüchse des Parteiwesens“, Radikalismus und Zersplitterung, zu bekämpfen. Ohne tagespolitische Themenakzente zu setzen, appellierte der Wahlauf Ruf, am 7. Dezember den „Kern jeder gesunden Mitte“ zu stärken, das Zentrum, dessen Aktionsparolen lauteten: „Für Fortsetzung der bisherigen nationalen Rettungsarbeit und für die Befreiung von Ruhr und Rhein! Für den Schutz der Weimarer Verfassung und für eine gefestigte Staatsautorität! Für wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich und gerechte Lastenverteilung! Für christliche Erziehung und Durchdringung des öffentlichen Lebens in Wirtschaft, Staat und Politik mit den sittlichen Grundsätzen des Christentums! Darum geschlossen zur erfolgreichen Fahne des Zentrums! Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“¹²⁶⁵

Ausführlicher als die anderen Parteien beschäftigte sich das Zentrum im Herbst 1924 mit der umstrittenen Reichstagsauflösung, wobei die Schuld vor allem der DNVP gegeben wurde. Weil das deutsche Volk durch „nationalistische Schlagworte und wilde Versprechungen“ aufgepeitscht worden sei, erklärte man den 4. Mai kurzerhand zur „Fehlwahl“. Aber auch die SPD habe aus egoistischen Gründen die von Marx angeregte „Regierung der Deutschen Volksgemeinschaft“ im Herbst 1924 sabotiert. Ohne sich koalitionspolitisch durch Begriffe wie „Linksblock“ oder „Bürgerblock“ festlegen lassen zu wollen, verlangte das Zentrum für den 7. Dezember die Ausschaltung jeder „unfruchtbaren Opposition“. Neu an seinen innenpolitischen Parolen war das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zu ihrem Schutz. Während die „Antimarxismus-schreier“ durch ihren Mangel an sozialer Gesinnung die Sozialdemokratie erst stark gemacht hätten, dürfe Deutschland nicht von einer Rechtsregierung mit neuer „antisozialer Rückschrittlichkeit“ regiert werden, sondern müsse auf dem „Kurs der Verfassungstreue, der demokra-

tischen, der christlich-sozialen, der nach innen und außen friedensbereiten Mitte“ bleiben¹²⁶⁶.

Die Zentrumsparterie wollte das Augenmerk bewusst auf langfristige Perspektiven und Entscheidungsalternativen gelenkt sehen, was ihrer Propaganda zwangsläufig eine abstrakte Note verlieh. Am 7. Dezember gelte es sich zu entscheiden zwischen „nationalistischem Hass“ oder „Ausgleich der Völkerinteressen“, zwischen „Zerstörung“ oder „Ordnung“, zwischen „sozialer Reaktion“ oder „Ständefrieden“. Vor einem solchem Szenario bürge nur die Stärkung des Zentrums für „Rettung, Aufbau, Fortschritt“¹²⁶⁷. Mit der DVP stritt man sich über die Urheberschaft der bereits im Frühjahr 1924 bei allen Koalitionsparteien als Formel für die neue Erfüllungspolitik populären Losung „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“, die jetzt auf Wahlplakaten des Zentrums als Ausdruck der Verbundenheit mit den besetzten Gebieten durch einen pflügenden Bauern vor der Silhouette des Rheins und des Kölner Doms versinnbildlicht wurde¹²⁶⁸.

Das Zentrum lehnte im Herbst 1924 ausdrücklich ab, wie andere Parteien mit „schönen Versprechungen“ für sich zu werben, sondern akzentuierte den Willen, seine Arbeit „im Dienste des Vaterlandes“ fortzusetzen. Als Partei der „staatserhaltenden Tat“ glaubte man allerdings nicht mit leeren Händen vor den Wähler treten zu müssen, sondern die „leuchtenden Erfolge des deutschen Führers Marx“ vorweisen zu können. Während noch vor Jahresfrist die Inflation gewütet, das Reich unter dem Druck des „räuberischen“ Frankreich gestanden und jedem Deutschen beim Gedanken an die Zukunft Entsetzen befallen habe, seien schon 900 000 Deutsche an Rhein und Ruhr von der Besatzung „befreit“, verfüge das Reich heute wieder über eine der „festesten Währungen der Welt“ und befinde sich auf dem Weg zurück zu seiner angestammten Großmachtstellung¹²⁶⁹. Als Markstein dahin und größten außenpolitischen Erfolg der Zentrums politik wurde das Londoner Abkommen gewürdigt, wodurch das „Diktat von Versailles“ revidiert und die Reparationsfrage „französischer Willkür“ entzogen worden sei. Zwar seien die im Dawesplan festgelegten Lasten schwer, ja „kaum tragbar“ für Deutschland, aber verglichen mit vorher doch „wesentlich herabgemindert“. Vor allem die besetzten Gebiete hätten so schon von der „Befreiungs- und Erfüllungspolitik“ der Regierung Marx profitiert. In einen Satz gebracht, der mit seiner betont „sachlichen“ Tendenz typisch war, lautete das Wahlprogramm der Kanzlerpartei vor dem 7. Dezember 1924: „Das Zentrum

sorgt für Ordnung und Ruhe im Innern, für Arbeit und Brot, für Verständigung und Frieden nach Außen im Sinne des praktischen Christentums“¹²⁷⁰.

Der **Gegnerbekämpfung des Zentrums** fehlte auch im Herbst 1924 der agitatorische Ton, der bei anderen Parteien durch die Betonung fundamentaler Gegensätze, wie aktuell etwa in der Verfassungsfrage anzutreffen war. Typisch für die Mehrzahl von 22 Flugblättern war vielmehr eine „sachliche“ Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Aus dem Kreis der vorrangig bekämpften Oppositionsparteien stach als Hauptfeindbild der „Nationalismus“ in Gestalt der DNVP heraus. Charakteristisch für die wenig angriffslustige Zentrumsagitation war die gouvernementale Frontstellung gegen die „Extreme von links und rechts“, was als Gegenbild der Mitte in erster Linie Völkische und Kommunisten meinte, aber auch die großen Flügelparteien SPD und DNVP einschließen konnte¹²⁷¹.

Die DNVP stelle nicht nur den „brutalsten Gegner“ des Zentrums dar, sondern sei auch der „schlimmste Sünder“ gegen jede Politik der äußeren und inneren Verständigung. Stärkstes Argument bildete die „Schaukelpolitik“ der Deutschnationalen im Kampf um das Dawes-Abkommen und während der Regierungskrise vom Herbst 1924. Weil das „Ja“ ihrer halben Fraktion am 29. August lediglich ein taktisches Zugeständnis darstelle, wäre die Aufnahme der DNVP in die Regierung eine „ungeheuerliche Zumutung“ gewesen. Andererseits wusste das Zentrum, dass auf die Konservativen in der deutschen Politik nicht verzichtet werden könne, nur müssten sie zum „Dienst am Vaterlande“ – so die Variante des Zentrums von „nationaler Realpolitik“ – erzogen werden. Ihre gegenwärtige Wahlparole „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“ sei jedenfalls Ausdruck politischer Programmlosigkeit und vertiefe nur die Gegensätze im deutschen Volk¹²⁷². Blieb die Agitation gegen die linke Flügelpartei auch spürbar zurückhaltender, erinnerte das Zentrum doch stereotyp an die „schönsten Versprechungen“ der SPD, um so deren staatspolitische Unzuverlässigkeit zu beweisen. In den entscheidenden Augenblicken stelle sie das „Parteiagitatorische“ stets über die Staatsräson, weil sie immer noch das „Bleigewicht ihres Programmsatzes vom notwendigen Klassenkampf“ hemme. Gegen die als „Schleppenträger moskowitischer Weltrevolutionsprediger“ enthüllten Kommunisten wandte die Zentrumspropaganda stereotyp die Frage nach der „wahren“ Lage im russischen „Kommunistenparadies“ ein, wo die Bolschewisten seit sie-

ben Jahren herrschten, aber Not und Elend grassierten. Wenn auch eine echte Auseinandersetzung mit den „politisch Kranken“ der extremen Parteien nicht für nötig befunden wurde, brandmarkte das Zentrum die Völkischen doch als „geistige Kinder unverantwortlicher deutschnationaler Oppositionspolitik“, die mit ihren Revancheparolen den „französischen Gewaltpolitikern“ neue Vorwände lieferten¹²⁷³. Mit der gebührenden Schonung wurden die liberalen Koalitionspartner behandelt, deren weltanschauliche und kulturpolitische Zuverlässigkeit nur vereinzelt angezweifelt wurde. An die Adresse der BVP gerichtet hieß es, dass das Zentrum keinen unnötigen Kampf suche, am wenigstens mit denen, die seiner „Weltanschauung“ am nächsten stünden. Dagegen zählten die „kleinen Partei- und Wirtschaftsgruppen“ nach ihren Erfolgen im Frühjahr 1924 zu den erklärten Gegnern vor dem 7. Dezember. Nur eine große „Volkspartei“ wie das Zentrum, das alle sozialen und beruflichen Schichten umfasse, könne auch die berechtigten Wünsche jedes einzelnen „Standes“ erfüllen¹²⁷⁴.

Mit größerem Schwung als noch im Frühjahr hob das Zentrum im Herbst 1924 seinen Willen zum sozialen Ausgleich zwischen den einzelnen Volksteilen und Berufsgruppen hervor. **Hauptadressat der Zentrums-Flugblattpropaganda** waren die unter dem Dach der „christlich-nationalen Volksgemeinschaft“ zusammengefassten deutschen Männer und Frauen aller Berufe, die weder „Klassenhass“, noch „Standes- oder Rassenradikalismus“ kennen. Immerhin drei von 22 Flugblättern umwarben spezifisch die Gruppe der Bauern. Über jeder Berufsgruppenwerbung stand aber der Anspruch, alle „Bauern, Arbeiter, Beamte, Handwerker, Kaufleute, Privatberufe, Unternehmer, Mieter, Hausbesitzer, Städter und Landleute, Produzenten und Konsumenten“ zur praktischen Zusammenarbeit für das „Volksganze“ zu führen¹²⁷⁵.

Als „christliche Volkspartei“ versprach das Zentrum im Herbst 1924, sich jedes notleidenden „Standes“ ohne Unterschied der Konfession anzunehmen, gleichzeitig aber keineswegs die „katholischen Interessen“ zu vergessen. Wenn auch kulturpolitische Themen keine große Rolle im Wahlkampf des Zentrums spielten, warben doch drei seiner 22 Flugblätter explizit um die Stimmen der Katholiken in ihrer Eigenschaft als Glaubensgemeinschaft. Schon der Wahlauf Ruf des Parteivorstandes verlangte die Abwehr des Versuches, sie durch einen „neuen Kulturkampf“ abermals zu „Staatsbürgern zweiter Klasse“ abzustempeln. Insbesondere warnte das Zentrum die katholischen Wähler vor den konfessionel-

len Friedensstörern der DNVP, die um ihre Gunst buhlten, aber nur auf die Gelegenheit warteten, an der Macht ihren „Katholikenhass“ umzusetzen. In Flugblättern an die evangelischen Wählergruppen versicherte das Zentrum dagegen, keine einseitig katholische Partei zu sein, sondern aus Prinzip allen „religiös-sittlichen Mächten im Staat die Vorherrschaft über die materiellen“ einräumen zu wollen. Durch Zentrumswahl sollten alle Christen über den konfessionellen Trennungsgraben hinweg die gemeinsame Front gegen den „antichristlichen Geist“ stärken¹²⁷⁶. Abgesehen von unverbindlichen Zusicherungen eines „gerechten Lohnes“ beschränkte sich die Arbeiterwerbung des Zentrums im Herbst 1924 weitgehend auf den Appell, an die Stelle des Klassenkampfgedankens das „Ideal der sozialen Versöhnung“ zu setzen. Als einzige Berufsgruppe wurden die Bauern vor dem 7. Dezember in signifikantem Maße umworben. Warnte das Zentrum einerseits vor den Deutschnationalen und ihrer „verhängnisvollen Kriegspolitik“, näherte sie sich doch deren agrarpolitischen Forderungen an und stellte den Bauern materielle Ziele wie Erleichterung des Steuerdrucks oder Schutzzölle in Aussicht¹²⁷⁷.

In den rheinischen Wahlkreisen, wo die Partei ihren „Hauptstützpunkt“ habe, warben Plakate und Flugblätter spezifisch noch um die Stimmen der Beamten und Winzerbauern mit einer stark berufsständisch geprägten Rhetorik. Weil das Zentrum die „rheinische Not“ aus eigener Erfahrung nur zu gut kenne, werde es den um seine Existenz ringenden „Winzerstand“ nicht im Stich lassen. Als die Partei, die das deutsche Berufsbeamtentum bisher vor seiner „Entrechtung“ geschützt habe, werde sie auch weiterhin für „soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich“ kämpfen¹²⁷⁸. Stärker als im Frühjahr konzentrierte das Zentrum seinen Wahlkampf im Herbst 1924 auf die Parole und Person des propagandistisch in den Vordergrund gestellten Reichskanzlers Marx, mit dessen Regierung man sich in einem Maße identifizierte, das in der Formel gipfelte: „Zentrum ist Marx und Marx ist Zentrum“. Im Mittelpunkt dieser Argumentation stand der Appell an staatsbürgerliche Einsicht und nationale „Opfer“-Gesinnung. Den Hauptstoß führte die Kanzlerpartei gegen den „Radikalismus“ und – als Reaktion auf dessen Polemik gegen die Regierung – gegen die DNVP, deren Wahl als in erster Linie außenpolitisch verhängnisvoll dargestellt wurde. Unausgesprochen signalisierte das Zentrum damit im Herbst 1924 seine Präferenz für die Weimarer Koalition, für die vor allem Reichskanzler Marx eintrat. Im Symbolstreit

um die richtige Verfassung war es offizielle Wahlpolitik, unter der „alten Zentrumsfahne“ zu kämpfen, während der im Reichsbanner aktive Parteiflügel für die Republik und ihre Symbole Stellung bezog¹²⁷⁹.

„Zerschlagt das Zuchthaus der Dawes-Banden!“ – Der kommunistische Kampf für „Sowjetdeutschland“

Nachdem das schon vorher gelockerte Parteiverbot im Juni 1924 auch von den meisten Ländern aufgehoben worden war, blieb die KPD in ihrer Betätigungsfreiheit dennoch durch zahlreiche Strafverfahren gegen ihre Funktionäre und Abgeordnete behindert. Bei der Eröffnung des Reichstages hatten sie am 27. Mai mit Kindertrompeten und Trillerpfeifen für Tumulte gesorgt und ihre antiparlamentarische Opposition jedermann vor Augen geführt. In der entscheidenden Abstimmung über die Dawesgesetze stimmte die KPD, die schon im Sommer 1924 eine spezielle, nationalistisch gefärbte Kampagne gegen das Londoner Abkommen und die „Kolonisierung“ Deutschlands durch das westliche Kapital startete, mit „Nein“. Die Auflösung des „Dawes-Reichstags“ feierte ihre Propaganda als „Bankrott des Erfüllungsblocks“. Dass der Wahlkampf von der „Klassen-Justiz der Ebert-Republik“ mit Verhaftungen ihrer Abgeordneten begonnen worden sei, war der KPD Anlass, den 7. Dezember als „Zuchthauswahl“ gegen die Arbeiter und deren Vertreter zu brandmarken¹²⁸⁰.

Unter der Parole „Alle Macht den Werktätigen!“ richtete das Zentralkomitee seinen am 25. Oktober 1924 veröffentlichten Wahlauf Ruf an das „arbeitende Volk“, das wie gewohnt einer kleinen herrschenden Klasse des Weimarer Staates gegenübergestellt wurde. Alle bürgerlichen Parteien des letzten Reichstags, Monarchisten wie Republikaner, DNVP wie SPD, seien sich bis zur Annahme des „Sklavenpaktes“ am 29. August einig gewesen. Erst danach brach zwischen ihnen Streit darüber aus, wie die „Abwälzung aller Lasten auf die Besitzlosen“ am besten zu tarnen sei. Trotz aller „Schwindel-Stabilisierung“ und „Friedensfanfaren“ der Reichsregierung und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer stehe die „schwarz-rot-goldene Demokratie“ aber nur auf wackligen Beinen und seien Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen als Folgen der „Dawesierung“ Deutschlands zu spüren. Um diese ungestört auf dem Rücken der Arbeiter durchzuführen, versuchten die „Dawes-Pazifisten“ jetzt, die KPD

auszuschalten und das Reich in ein großes „Nationalzuchthaus“ umzuwandeln. Im eigenen Interesse sollten deshalb alle Werkstätigen am 7. Dezember gegen Betriebsstilllegungen, hohe Steuern und die „Einkerkerung der revolutionären Proletarier“, aber für den Achtstundentag und für höhere Löhne sowie auch für Land und Maschinen an „arme Bauern“ stimmen. Der Aufruf schloss mit den bekannten Revolutionslosungen der KPD wie dem Ruf nach „Sturz der Bourgeoisie“, der neben Zielen wie „Übergabe aller Produktionsmittel in die Hände des arbeitenden Volkes“ oder „Bündnis mit Sowjetrussland“ propagiert wurde¹²⁸¹.

Unter der Parole „Nieder mit dem Dawes-Sklavenplan!“ setzte die KPD im Herbst 1924 ihre nationalistische Propaganda gegen die Weimarer Erfüllungspolitik fort, mit der sie gezielt auch mittelständische Wählerschichten für sich gewinnen wollte. Wichtigste Suggestion war, dass sie die einzige deutsche Opposition gegen die „Verschacherung“ Deutschlands an das internationale Finanzkapital durch die „Erfüllungsfront von Ludendorff bis Crispian“ sei. Statt des versprochenen Wiederaufbaus, statt Freiheit, Friede, Brot, bedeute der Dawesplan längere Arbeitszeiten, weiteren Lohnabbau und Arbeitslosigkeit für die Arbeiter, Konkurse und Steuerpfändung für die „kleinen“ Kaufleute und Bauern. Dem „Sachverständigengutachten der Kapitalisten“ stellte die KPD daher gemäß der Aktionsparole: „Anstelle der Kolonisierung setzt die Sozialisierung!“ ein eigenes „Sachverständigengutachten der Arbeiter“ entgegen. Dies meinte die Enteignung des Großgrundbesitzes, der Banken und der „großen kapitalistischen Werke“, kurz, die „Übernahme der Wirtschaft“ durch das Proletariat sowie auf dem Lande die „Übergabe der großen Güter“ an Landarbeiter und Kleinbauern. So sollten die Pläne des „internationalen Ausbeutergesindels“ durchkreuzt und zugleich die deutsche Regierung, die „Sklavenhalterin des Entente-Kapitals“, gestürzt sowie die SPD, die „Zuhälterin der Marx-Stresemann Regierung“, ausgeschaltet werden¹²⁸².

Während die KPD durch stereotype Appelle an die inhaftierten Arbeiter und den „Wahlterror“ vor allem im „Preußen des Herrn Severing“ erinnerte, griff auch die Komintern-Führung in eigenen Wahlaufrufen die Parole „Zuchthauswahl“ auf, wobei Moskau vor dem 7. Dezember den Kampf gegen die „sozialverräterischen Würger des Proletariats“, lies SPD, verstärkt sehen wollte¹²⁸³. In Konkurrenz zu dieser propagierten die Kommunisten als „Mindestforderungen aller Werkstätigen“ im Herbst 1924 einen einprägsamen Katalog von betont populistischen Forderungen.

gen wie „Acht Stunden Arbeit sind genug!“, „Die Reichen sollen die Steuern zahlen!“ oder „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ – Slogans, deren übergeordnetes Motto die angestrebte „Einheitsfront aller Werktätigen“ bildete. Für das „alte, rote sturmtrutzende Banner der Arbeiterklasse“ bezog die KPD auch Stellung im Symbolkampf um die richtige Staatsform gemäß ihrer Gleichung „Schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold ist das Kapital – Rot ist die Farbe des Proletariats“¹²⁸⁴. Dass ihre Gegner über das angebliche Elend in Russland berichteten, offenbare nur das Ausmaß des Schreckens, den das Bekenntnis des deutschen Arbeiters zu „Sowjetdeutschland“ bei seinen Feinden erzeuge. Die scharfe Ablehnung des als „Dawes-Tod“ versinnbildlichten Reparationsplanes und seiner Folgen bildeten neben der milieuspezifischen Verfolgungstheorie die Hauptthemen der KPD vor dem 7. Dezember, welche sie in dem Appell an alle Proletarier zu verknüpfen wusste: „Zerschlagt das Zuchthaus der Dawes-Banden“¹²⁸⁵.

Die KPD führte ihren Wahlkampf vom Herbst 1924 **gegen die klassenmäßige Front aller „bürgerlich-kapitalistischen Parteien“**, zu denen sie auch Völkische und Sozialdemokraten zählte. Fast ein Drittel von 22 Flugblättern der KPD war aber ausschließlich der Agitation gegen die „arbeiterrückwärtige“ SPD gewidmet. Aus den Reihen der „nationalen“ Parteien, angefangen von der schwarz-weiß-rot-gelben Volkspartei der Stinnes bis zur deutschnationalen Monarchistenpartei und zu den völkischen Weißgardisten¹²⁸⁶, spielte nur die DNVP eine signifikante Gegnerrolle im Wahlkampf der KPD. Unter außenpolitischen Vorzeichen konzentrierte sie sich vor allem auf drei Parteien des „Erfüllungsblocks“, die Deutschnationalen, in deren Schlepptau alle übrigen „Dawes-Parteien“ hingen, die SPD sowie als führende Kraft der „Marx-Dawes-Regierung“ das Zentrum¹²⁸⁷.

Angesichts ihrer scharfen Anti-Dawes-Agitation musste die Kampfansage der KPD sowohl an die „Nationalisten der schwarz-rot-goldenen Fakultät“ als auch an die „Über-Nationalisten von der schwarz-weiß-rotten Couleur“ widersprüchlich erscheinen. Bloße Augenwischerei war dieser Argumentation selbst aber die Unterscheidung zwischen bürgerlichen Parteien und SPD, die vielmehr ein „wesentlicher Bestandteil des Bürgerblocks“ sei. Alle großen Reichstagsparteien tanzten als einheitlicher „Erfüllungsblock“ wiederum nur nach der Pfeife des internationalen Entente-Kapitals¹²⁸⁸. Das Sündenregister der stereotyp zur „Helfershelferin der Reaktion“ abgestempelten SPD reichte dabei bis zum August

1914 zurück, als sie der Regierung die „Mittel zum Massenmord“ bewilligt habe. Als „Henkersknechte des Dawes-Blockes“ sei es jetzt ihre Aufgabe, mithilfe von „Großschiebern“ wie den Brüdern Barmat möglichst viele Arbeiterstimmen zu sammeln. Nur aus Machtgier gaukle die SPD dem Wähler mit der Parole „Linksblock“ einen möglichen Kurswechsel in der deutschen Politik vor, während sie bei „Lohndruck, Zehnstundentag, Beamtenabbau, Kommunistenhetze“ gemeinsame Sache mit den bürgerlichen Parteien mache. Deren Führer wüßten aber, dass die radikalen Töne der SPD im Wahlkampf nur Mittel zum Zweck seien. Im Sinne der Einheitsfronttaktik forderten kommunistische Arbeiter deshalb ihre Klassengenossen auf, am 7. Dezember die Antwort auf den „Verrat“ der SPD-Führer zu geben¹²⁸⁹.

Dem Beispiel der Rechtsopposition folgend, entfaltete auch die KPD im Herbst 1924 eine spezifische Agitation gegen den Rummel um die „faschistischen Reichsbannerhelden“, die als Schutztruppe des Kapitals in „Waffenbrüderschaft“ mit dem Stahlhelm die Arbeiter drangsalierten¹²⁹⁰. In der Hierarchie der kommunistischen Gegner folgten der SPD im Herbst 1924 die Deutschnationalen, die am 4. Mai erst durch scharfe Oppositionsparolen gegen den Dawesplan die Stimmen vieler Arbeiter erschwindelt, dann aber ihre nationale Gesinnung für den „verlangten Kaufpreis: Schutzzölle und Bürgerblock“ verraten und aufgegeben hätten, um sich ihren Anteil an der Ausbeutung Deutschlands zu sichern. Obwohl sich diese „Partei der Junker, Schlotbarone und Militärs“ auf dem Weg zur Regierung befinde, setze sie „frech ihre alte verlogene Demagogie“ gegen den Dawesplan vom Frühjahr 1924 fort. Auch mit dem „nationalistischen Phrasennebel“ der NSFB habe die konsequente Opposition der KPD nichts gemein. Durch ihre Revanchekriegsparolen hätten sich die Völkischen im Sommer 1924 als unbrauchbar für das deutsche Kapital erwiesen und seien von diesem beiseite geschoben worden. Um die Kanzlerpartei als „sozialreaktionäre“ Kraft zu enthüllen, wurde darauf hingewiesen, dass sich das Zentrum unter dem Druck industrieller Interessensverbände und der DVP der „scharfmacherischen Front“ gegen die Arbeiter angeschlossen habe¹²⁹¹.

Spezifische **Zielgruppenpropaganda** der KPD festzustellen, fällt für den Herbst 1924 schwer, insofern die soziologisch diffusen „Proletariarmassen“ des arbeitenden Volkes, die mit ubiquitären Einheitsfrontparolen angesprochen wurden, den Hauptadressat bildeten. Dass die nationalistischen Parolen der KPD gegen den Dawesplan und die kapitalistische

Stabilisierung neue mittelständische Wähler gewinnen sollten, spiegelte sich vor allem in den gegenüber dem Frühjahr intensivierten Werbebemühungen um Bauern und Beamte wider, während Angestellte oder Kaufleute weiterhin vernachlässigt wurden, obwohl demonstrativ in den Adressen vieler Flugblätter erwähnt. So dominierte doch klar die Werbung um die Arbeiter, die spezifisch in neun von 22 Flugblättern angesprochen wurden. Ihre Presse kümmerte sich daneben noch um andere Adressatengruppen wie die Frauen und druckte auch den obligatorischen Intellektuellen-Aufruf der KPD¹²⁹².

Neben der vorrangig thematisierten Arbeitszeitfrage, in der sie unter dem Motto „Acht Stunden Arbeit sind genug!“ klares Interessenprofil signalisierte, kennzeichnete die speziell an die Arbeiterschaft adressierte Propaganda der KPD ein spürbar schärferer antikapitalistischer Ton als ihre allgemeine Wahlkampf-Rhetorik im Herbst 1924. Sieht man von den Zielen „Sowjetdeutschland“ und Sozialisierung ab, schlug sich diese Tendenz vor allem in einem massiven Einsatz von Feindbildern wie dem „Geldsack“-Kapitalismus oder den SPD-„Bonzen“ nieder, gegenüber denen man sich als „Partei des proletarischen, unbeugsamen Klassenkampfes“ pries¹²⁹³. Sozialpolitische „Mindestforderungen“ der Werktätigen, die jedoch nicht zu den Hauptparolen der KPD im Herbst 1924 gehörten, waren die Bekämpfung jeder „Zwangsarbeit“ für Erwerbslose sowie eine Erhöhung der Unterstützungssätze auch für Kriegsoffer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum. Wie den erwerbslosen Arbeitern stellte sie auch den „abgebauten“ Beamten in erster Linie die Rückkehr ins Berufsleben in Aussicht. Unter Ausnutzung der infolge der Dawes-gesetze und der Sparmaßnahmen verbreiteten Existenzängste versuchten sich die Kommunisten in diesem Wahlkampf mit Parolen gegen den „Beamtenabbau“ der Regierung Marx zu profilieren¹²⁹⁴.

Speziell an die Adresse der Land- und Forstarbeiter waren Flugblätter gerichtet, die in sozialdemokratischer Manier moderat formulierte Gegenwartsforderungen nach „Erhöhung der Löhne“, „Verringerung der Arbeitszeit“ oder „menschenwürdigen Wohnungen“ erhoben. In Abgrenzung zu deutschnationalem „Gutsbesitzerterror“ und sozialdemokratischem „Verrat“ nannte die KPD als Wahlziel die „Eroberung der politischen Macht im Interesse der Arbeitenden“. Angestellte, Jungwähler oder Frauen bildeten Gruppen der Arbeiterklasse, die aus Sicht der KPD keine spezifischen Interessen besaßen und von ihrer Wahlpropaganda im Herbst 1924 ignoriert wurden. Als Neuerung gegenüber dem Frühjahr

bemühte sie sich in diesem Wahlkampf intensiver auch um die „schaffenden Landwirte (Kleinbauern)“. Sie wurden ins Klassenbündnis mit den Landarbeitern und „Stadtproleten“ gerufen, um mit ihnen gegen Schutzzölle und „Aushungerung durch die Agrarier“ zu kämpfen. Dem Bauern versprach die KPD aber auch großzügig Befreiung von jeder Pacht und soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften könne, sowie Kredite und völligen Steuererlass. Unterstützt wurde diese Spezialpropaganda um die Stimmen der „schaffenden Bauernschaft“ von der Weimarer Reichskonferenz der Kleinbauernverbände Ende November 1924 sowie der Durchführung von „Roten Landsonntagen“¹²⁹⁵. Bei rückläufiger Arbeitslosigkeit drohte aber im Herbst 1924 die für eine kommunistische Protestwahl günstige Erbitterungsstimmung weiter abzunehmen. Spürbar hatte die KPD zugegebenermaßen unter den von den Gegnern „systematisch genährten Stabilisierungs- und Sanierungssituationen der breiten Massen“ zu leiden¹²⁹⁶. Vor dem 7. Dezember reagierte sie darauf mit einer Verschärfung ihrer Gangart gegen die SPD, die im Unterschied zum Frühjahr unangefochten den Hauptgegner darstellte, sowie mit verstärkten Einheitsfrontappellen und intensiver Zielgruppenwerbung. Ihre Versprechen auf Interessenvertretung der „schaffenden Kleinbauern“ dürften allerdings kaum glaubwürdig gewirkt oder zusätzliche Stimmen gebracht haben, da der Versuch, mittels nationalistischer Befreiungsrhetorik den radikalisierten Mittelstand zu gewinnen, realitätsfern dessen tief sitzende antimarxistische Ressentiments missachtete.

Abgrenzungsversuche gegen den „Linksblock“ Die DVP-Parole von der „nationalen Realpolitik“

Die DVP manövrierte sich im Sommer 1924 in die heikle Lage, den Deutschnationalen schon weit gehende Zusagen bezüglich ihrer Regierungsbeteiligung gemacht zu haben, diese dann aber nicht bei den vorsichtigeren Koalitionspartnern durchsetzen zu können. Als indirekte Folge musste die Stresemannpartei, welche die „innere Überwindung“ der Sozialdemokratie propagierte, einen Wahlkampf unter der Koalitionsparole einer Rechtsregierung in Kauf nehmen. Innerparteilich hatte sie sich seit dem Frühjahr weiter konsolidiert, da die Kritiker Stresemanns mit der Gründung einer bedeutungslosen Nationalliberalen Partei ver-

stimmten. Der Mitte November in Dortmund abgehaltene Wahlparteitag stand ganz unter dem Motto der „nationalen Realpolitik“, wie Stresemann seinen Kurs kennzeichnete und für welche die DNVP gewonnen werden sollte. Gedanken an ein schwarz-weiß-rotes Wahlbündnis wurden nach der Reichstagsauflösung im Oktober 1924 nicht zuletzt als Reaktion auf deren radikalen Töne wieder fallengelassen¹²⁹⁷.

Der auffällig knappe Aufruf, den der Zentralvorstand der DVP am 13. November 1924 veröffentlichte, ignorierte geflissentlich die Vorgänge, die zur Reichstagsauflösung geführt hatten. Der Wahlkampf sei vielmehr „unter falscher Flagge“, das hieß mit irreführenden Verfassungsparen eröffnet worden, obwohl er doch ganz im Zeichen der erfolgreichen Außenpolitik Stresemanns stehe. Jedes „zur Schau getragene Republikanertum“ lenke angesichts der Not des deutschen Volkes nur vom „Wesentlichen“ ab, hieß es an die Adresse der Reichsbanner-Parteien. Nicht „Schlagworte, Formen und Dekorationen“, sondern einzig „Arbeit und Taten, Verantwortungsbewusstsein und Opfersinn“ hülften jetzt in der deutschen Politik. In Abgrenzung zu den „Illusionspolitikern“ rechts und links identifizierte die DVP ihr Programm mit dem Gedanken der „nationalen Realpolitik“ und versprach, als höchstes Ziel die „Befreiung des Vaterlandes von moralischen und materiellen Fesseln“ anzustreben. Um Deutschland „als Faktor in Weltpolitik und Weltwirtschaft“ wieder einzuführen, werde auch nicht auf seinen „unverjährenbaren Anspruch auf koloniale Betätigung“ verzichtet. Im Innern sah die DVP als Hauptaufgabe die Stärkung der Wirtschaft, die ohne eine „vernünftige“ Steuerreform, Bekämpfung der Sozialisierungsbestrebungen sowie staatlichen Schutz vor Auslandskonkurrenz durch Zölle und Handelsverträge nicht denkbar sei. Ein Sieg des „Linksblocks“, lies die Bildung einer Reichsregierung unter Beteiligung der SPD, bringe nicht nur außenpolitische Nachteile, sondern würde auch den Gesundungsprozess im Innern hemmen, weshalb die DVP am 7. Dezember für eine „starke“ Regierung sowie unter dem „Symbol der alten Reichsflagge Schwarz-Weiß-Rot“ überhaupt für ein „neues glückliches Deutschland“ kämpfe. Richtungspolitisch lautete ihre taktische Wahlparole: „Der Weg zu diesem Aufstieg führt nicht rechts noch links, er führt geradeaus!“¹²⁹⁸

Weil DDP und SPD eine unvergleichliche „Jauchespritze“ gegen die Idee des von der DVP favorisierten Bürgerblocks in Gang gesetzt hätten, so die Deutung der Regierungskrise, sei Deutschland im Herbst 1924 einem vermeidbaren Wahlkampf ausgesetzt. Satirisch kennzeichneten

Flugblätter die Demokraten als „Hauptangeklagte“ an dem „Anschlag“ auf den Reichstag, weil sie eine „sichere Regierungsmehrheit“ durch Aufnahme der DNVP in das Kabinett Marx verhindert hätten. Im Urteilspruch wurde der 7. Dezember zum „Volksgericht“ erklärt, bei dem sich der Wähler entscheiden müsse gegen „Illusionspolitik, Radikalismus, Knechtschaft und internationalen Pazifismus“, vielmehr für „Realpolitik, Volksgemeinschaft, Freiheit, Vaterland“¹²⁹⁹. Während die SPD im Herbst 1924 die Probe auf ihre Regierungsfähigkeit nicht bestanden habe, die Durchführung der Dawes-Gesetze aber wegen der auf das Reich fallenden Lasten die Einigung aller „aufbauwilligen“ Parteien erfordere, könne den Deutschnationalen die „sachliche Mitarbeit am Staat“ nicht versagt werden. Allerdings musste der DVP das Ziel einer Mehrheitsregierung der „großen bürgerlichen Koalition“ mitunter selbst fragwürdig erscheinen, weil sie von der Ablehnung bei den Demokraten sowie im linken Zentrumsflügel wusste¹³⁰⁰. Sie führte daher einen Stellvertreterkampf um die „sittliche Erneuerung“ des Staates und gegen den „volksfremden Geist“, der sich neuerdings vor allem in einer Verächtlichmachung der deutschen Vergangenheit bemerkbar mache. Anstelle der „Revolutionsfarben“, dem republikanischen „Schwarz-rot-gelb“, setzte die DVP massiv die alten Reichsfarben als Identifikationssymbol ein: „Wählt schwarz-weiß-rot! Das ist Deutsche Volkspartei“¹³⁰¹. Seltene Bekenntnisse, auf dem Boden der „verfassungsmäßigen Entwicklung“ zu stehen, wurden von Parolen wie „Zurück zu Bismarck“ übertrumpft, dem heroisierten „Vater der nationalen Realpolitik“, womit implizit die Revision der Weimarer Verfassung propagiert wurde. Deren „allgemeine Gleichmacherei“ sollte durch den Grundsatz der individuellen Freiheit sowie ein nicht näher erläutertes „Volks-Kaisertum“ ersetzt werden. Um die DVP, die „Partei des nationalen und liberalen Bürgertums“, sammelten sich am 7. Dezember diejenigen, die in Stadt und Land „alle Stände vereinigen wollen zum großen Ziel der deutschen Volksgemeinschaft und der nationalen Freiheit“¹³⁰².

Unter dem Motto „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit und zum Wiederaufstieg“ empfahl sich die DVP im Herbst 1924 mit ähnlichem Profil wie das Zentrum. Gerade die Außenpolitik sei aber bei ihr in den „besten Händen“, schob sie stärker als noch im Frühjahr ihren „Führer Stresemann“ nach dessen außenpolitischen Verhandlungserfolgen in den Vordergrund. Um rechten Kritikern des Außenministers den Wind aus den Segeln zu nehmen, betonte man im Herbst 1924 wiederum den Un-

terschied zwischen seiner „Befreiungs- und nationalen Realpolitik“ und der früheren „uferlosen Erfüllungspolitik“. Das Londoner Abkommen stelle aber nur den Anfang der Befreiung der „versklavten“ Gebiete an Rhein und Ruhr dar, da die Übernahme der Reparationslasten von der Räumung ebenso wie ein deutscher Völkerbundeintritt von „Garantien“ abhängig sei. Stresemann habe gemäß der Formel: „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ bereits in London die Räumung der Ruhr „erzwungen“ und die Frage der „Schuldlüge“ ins Rollen gebracht¹³⁰³. Zentrale Aussage ihrer von ökonomischen Argumenten dominierten innenpolitischen Wahlpropaganda war, dass der Wiederaufstieg Deutschlands nicht durch eine neue Inflation gefährdet werden dürfe und abhängig von dem weiteren Aufschwung seiner „freien“ Wirtschaft sei, als deren Bahnbrecher sich die DVP gegen die „roten Zwangswirtschaftler und die demokratischen Planwirtschaftler“ empfahl¹³⁰⁴.

Ausdrücklich wollte sie „große Versprechungen“ im Wahlkampf vermeiden, stellte aber klar, dass der Aufschwung nur durch die Abkehr vom „Dogma des Achtstundentages“ erreicht werde. Im Interesse ihrer mittelständischen Wähler forderte sie „steuerliche Gerechtigkeit, Hebung des Bauwesens, Schutz der Landwirtschaft (besonders kleiner und mittlerer Betriebe)“ sowie „Ausbau der sozialen Gesetze, Erhaltung der Beamtenrechte (Schluss mit dem Abbau)“. Als Ansatzpunkt sozialer Profilierungsversuche diente der DVP vor allem die Aufwertungsfrage, in der sie ohne Angabe eines genauen Prozentsatzes für eine „gerechte Aufwertung“ im Sinne der Inflationsgeschädigten einzutreten versprach. Ihr zentrales Wahlversprechen des wirtschaftlichen Aufstiegs kleidete sie in das alte Unternehmer-Sprichwort: „Wenn der Schornstein rauchen soll, wenn Industrie, Handel, Gewerbe, Arbeiter, Angestellte lohnende Arbeit haben sollen, dann wählt DVP Liste 5“¹³⁰⁵.

Die DVP führte ihren Wahlkampf im Herbst 1924 hauptsächlich gegen die mit dem **koalitionspolitischen Feindbild „Linksblock“** identifizierten SPD und DDP, die angesichts erwarteter Stimmenzuwächse zu Gegnern eines nationalen Wiederaufstiegs stilisiert wurden. Über die Hälfte von 42 Wahlflugblättern der DVP hatte die republikanischen Weimarer Koalitionsparteien in Gestalt der „schwarz-rot-gelben Front“ des Reichsbanners zum Feindbild. Weitere acht konzentrierten sich auf den parteipolitischen Hauptfeind SPD, die als „marxistische“ Partei den extremen Kräften zugeordnet wurde. Während sie fast gleich stark gegen

die Demokraten Front machte, polemisierte die DVP im Verhältnis zur Kanzlerpartei nur gegen das republikanisch eingestellte „Linkszentrum“¹³⁰⁶.

Die SPD stellte für die DVP im Herbst 1924 schon deshalb den Hauptgegner dar, weil sie unter dem Motto „Sozialismus gegen Bürgertum!“ in den Wahlkampf gezogen sei. Aus dieser dezidiert „bürgerfeindlichen“ Aktionsparole versuche die „so genannte bürgerliche Demokratie“ als treuer Bundesgenosse der SPD die Losung „Freunde der Republik gegen ihre Gegner“ zu machen – für die DVP ein durchsichtiges Täuschungsmanöver, das nur die wahren Absichten dieser „roten und rosa-roten“ Verbündeten vertuschen solle. In diesem Sinne warnte sie vor der „sozialistischen Reichsbannerorganisation ‚Schwarz-Rot-Gelb‘“, die als „Schutztruppe des Internationalismus“ in Wahrheit den Bürgerkrieg in Deutschland entfache: „Militarist nach innen, gegen die eigenen Volksgenossen, und Pazifist nach außen, gegen die Erbfeinde“. Während die KPD als terroristische und mit russischem Geld genährte Kraft abgestempelt wurde, agitierte die DVP gegen die SPD darüber hinaus mit den bewährten Vorwürfen ihrer angeblich „vaterlandsfeindlichen“ Politik und „Futterkrippenwirtschaft“¹³⁰⁷.

Weil die DDP unter ihrem neuen Vorsitzenden Anton Erkelenz den „Linksblock“ anstrebe, hätten bereits die „bewusst nationalen und bodenständigen Elemente“ die Partei verlassen. Ihr wahres Gesicht zeige das Beispiel des Berliner Spitzenkandidaten Georg Bernhard als linksgerichteter „Franzosenfreund“. Im Übrigen vertrete die DDP nur die Interessen des „internationalen Großkapitals“, wogegen sich die DVP im Herbst 1924 als der „letzte Hort des deutschen Bürgertums“ zu profilieren versuchte¹³⁰⁸. Dem Zentrum hielt sie eine Politik vor, die es mit keiner Seite verderben wolle: Eigentlich sympathisiere man mit der Rechten, lasse sich aber durch einen starken Linksflügel zu „Schwarz-rot-gelb“ hinziehen. So spekulierte die DVP auf die innere Fragilität des Reichsbanners. Schon längst nicht mehr „Sammelpunkt aller katholischen Kreise“ in Deutschland, fehle dem Zentrum für eine künftige Regierungsbildung im Reich die „klare Parole“. Als direkten Konkurrenten um die selbständigen Mittelstandswähler bekämpfte sie vor allem die WP, die nur „kleinlichsten Parteigeist“, aber keine „hohen, kulturellen Ziele“ oder praktische Erfolge vorweisen könne. Für die Erhaltung des deutschen Mittelstandes sei aber eine „große, nationale, realpolitisch eingestellte Mittelpartei“ wie die DVP unabdingbar¹³⁰⁹. Von Angriffen weitgehend verschont ließ sie vor dem 7. Dezember die Deutschnationalen, gegen-

über deren schwarz-weiß-roten Kaiserparolen vielmehr ein verbaler Schulterschluss geübt wurde. Habe sie auch durch ihre frühere Fundamentalopposition Schuld auf sich geladen, sei sie nun auf den Boden der Stresemannschen Politik getreten, glaubte die DVP. Auf parteienfeindliche Stimmungen spekulierte sie, indem die Zersplitterung des „bürgerlichen Lagers“ durch die Interessenparteien im Kampf gegen die drohende Linksregierung beklagt wurde¹³¹⁰.

Spürbar war die DVP bemüht, ihrem Wahlprogramm eine stärkere soziale Ausstrahlung zu verleihen, indem sie besonders den „unglücklichen Scharen der Entrechteten, Geschädigten und Kriegsbeschädigten“ sowie überhaupt allen „Verdrängten, Vertriebenen“ Fürsprache in Aussicht stellte. Eingedenk dessen akzentuierte sie ihren Anspruch, eine „Partei des Mittelstandes, eine schwarz-weiß-rote Partei, eine christliche Partei“ zu sein, die keinen Unterschied zwischen „Bürger und Arbeiter“ kenne; vielmehr jeden, der arbeite, auch als „Bürger“ ansehe¹³¹¹. Vor der Gruppe der Arbeitnehmer bildete der selbständige Mittelstand den beruflichen **Hauptadressaten** in neun von 42 Wahlflugblättern der DVP. Der Appell an die „überzeugungstreuen Nichtwähler“ besaß vor dem Hintergrund der Preußenwahl eine geradezu militant antisozialistische Note¹³¹².

Das Versprechen auf eine „menschenswürdige Existenz“, mit dem die DVP um die Stimmen der Arbeiter- und Angestelltengruppen, aber auch der „enteigneten Schichten“ des Mittelstandes, der Kriegsoffer und Sozialrentner warb, korrespondierte mit dem Bild der angestrebten „großen Volks- und Notgemeinschaft“ aller Deutschen. Speziell den Selbständigen stellte sie darüber hinaus materielle Interessenverwirklichung in Aussicht, die durch eine „positive“, das hieß antisozialistische Wirtschaftspolitik erreicht werde. Die DVP versprach, den Mittelstand durch „schärfste Bekämpfung jeder Sozialisierung und Kommunalisierung“ zu schützen. Mit Forderungen nach Maßnahmen gegen „übermächtige Kartelle“ sowie Gewerbesteuer für Konsumvereine zog sie eine Trennungslinie gegenüber der Konkurrenz des mittelständischen Unternehmertums. Gegenüber den Bauern warb die DVP damit, sich für „größte Sparsamkeit“ in der öffentlichen Verwaltung und – unverbindlich – die Behandlung der Schutzzollfrage im Reichstag einzusetzen, und empfahl sich gegenüber deutschnationaler Oppositionspolitik und Marxismus dem „schaffenden Landvolk“ als Partei, die seine Interessen erfolgreich im Parlament und in der Verwaltung durchsetze¹³¹³. Ohne echte sozial-

politische Ziele, sondern mit ideologischen Argumenten sprach die DVP im Herbst gezielt die Arbeiter an, die von der SPD enttäuscht worden seien, indem sie deren Führer als „Bonzen“ nach Muster der radikalen Parteienpropaganda diskreditierte. Andererseits wollte sie sich einer Lösung der „sozialpolitischen Seite des Problems ‚Kapital und Arbeit‘“ ausdrücklich nicht verschließen. Statt den „Stand“ der Angestellten um jeden Preis mit den anderen Arbeitnehmern zu vereinigen, sei es Ziel der DVP, jene als „wertvolle Schicht des Mittelstandes“ zu erhalten. Nur das Zusammenwirken der Wirtschaftsgruppen sowie eine „reale Sozialpolitik“ könne die Gefahr des „Versinkens des deutschen Angestelltenstandes in das Proletariat“ abwenden¹³¹⁴.

Neben Bekenntnissen zum Berufsbeamtentum bildete der Hinweis auf ihre „positive“ Parlamentsarbeit das stärkste Beweismittel der DVP dafür, dass sie die „praktische Vertretung der Beamteninteressen“ sei. Als „bewährte Vorkämpfer des Aufwertungsgedankens“ hielt sie sich auch zugute, diese Frage parlamentarisch überhaupt erst ins Rollen gebracht zu haben, während sich andere Parteien wie die DNVP den Inflationsgeschädigten nur aus agitatorischen Gründen annähmen¹³¹⁵. In Bezugnahme auf die konkrete Lebenswelt der Hausfrauen, denen man die leeren Läden und hohen Preise der Inflationszeit als Folge des Achtstundentages und der „roten“ Zwangswirtschaft erklärte, wurden die Vorteile „freier Wirtschaft und Mehrarbeit“ gepriesen. Seit Stresemann die Währung stabilisiert habe, könne wenigstens wieder gewirtschaftet werden und wählen „auch alle meine Bekannten“ DVP, ließ sie die Hausfrau sprechen. Jungwähler und Studenten wurden speziell mit für die DVP höchst ungewöhnlichen antikapitalistischen Parolen gegen die „goldene Geldsack-Demokratie“ und die „Prätorianergarde des jüdisch-demokratischen Kapitalismus, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb“, umworben¹³¹⁶. Die DVP führte den Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 programmatisch dicht an der Seite der DNVP unter der „schwarz-weiß-roten“ Kaiserfahne. Ihre Flugblattpropaganda ließ so vor dem 7. Dezember keinen Zweifel an dem koalitionspolitischen Wahlziel einer bürgerblockartigen „Regierung der Volksgemeinschaft“ aufkommen. Eine Abstützung seiner Außenpolitik nach links durch die SPD zu suchen, schien für Stresemann im Herbst 1924 ausgeschlossen. Durch Gewinnung bürgerlicher Wähler der Demokraten, denen das Schreckgespenst eines „Linksblockes“ vorgehalten wurde, sollte die Rechtsmehrheit im Reichstag erreicht werden. Die zielgruppenspezifischen Bemühungen

der DVP, sich als bürgerliche „Mittepartei“ zu profilieren, dienten dem gleichen Zweck. Unter dem Druck der deutschnationalen Wahlpropaganda erklärte sie auch die ursprünglich als zweitrangig gedeutete Verfassungsfrage zur wichtigsten innenpolitischen Trennlinie vor dem 7. Dezember¹³¹⁷. Selbst den Schutzzollforderungen der DNVP, welche den Interessen des industriellen Flügels zuwiderlaufen musste, verschloss sich die DVP nicht, sondern führte sich auch in anderen Fragen wie der Aufwertung als Opposition zur eigenen Regierung auf. Mit einem solch ambivalenten Kurs versuchte sie zu einem Sammelbecken bürgerlicher Mittelstandswähler zu werden und ihr industriefreundliches Image abzustreifen.

Für eine „nationale Politik der Mitte“ – Die Deutsche Demokratische Partei

Dass sich die DDP im Herbst 1924 vor allem aufgrund außenpolitischer Bedenken gegen die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung ausgesprochen hatte, nahm eine Gruppe von Abgeordneten um Eugen Schiffer zum Anlass, aus Protest gegen die „einseitige“ Entwicklung der Partei eine Liberale Vereinigung zu gründen, die in Annäherung an die DVP den „auf vaterländischer Gesinnung beruhenden“ Liberalismus neu beleben wollte und von der Rechtspresse als ein weiteres „Sterbenszeichen“ der DDP gedeutet wurde. Demonstrativ feierte diese daher die Verdopplung ihrer Anteile bei den Anhalter Landtagswahlen vom 9. November 1924 (auf nun 7,3 %) nach erdrutschartigen Verlusten im Sommer als großen Sieg. Ihr außerordentlicher Wahl-Parteitag war schon am 2. November entschieden für eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und energische Abwehr aller verfassungsfeindlichen Bewegungen eingetreten. In einem der „schwersten Wahlkämpfe“, der jemals in Deutschland ausgefochten wurde, so Gertrud Bäumer vor den Delegierten, gehe es nicht um „kleine Dinge“, sondern um Demokratie und Republik. Weil sie den „klassenfreien Volksgedanken“ symbolisiere, bekenne sich die DDP auch jetzt wieder zu deren Farben „Schwarz-Rot-Gold“¹³¹⁸.

In ihrem bereits am 21. Oktober 1924 gemeinsam veröffentlichten Aufruf gaben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die Schuld an der Regierungskrise und den „aufgezwungenen“ Neuwahlen der DVP, die sich hinter dem Rücken ihrer bisherigen Koalitionspartner mit unverantwortlichen Zusagen an die DNVP gebunden habe. In Übereinstim-

mung mit der Reichsregierung nannten die Demokraten eine gründliche Schwächung der extremen Parteien zugunsten der „nationalen Politik der Mitte“ als Sinn des 7. Dezember. Kämpferisch gaben sie sich als „Partei der jungen demokratischen Republik“ zu erkennen, die mit allen Mitteln eine Rückkehr der Monarchisten, lies DNVP, in die Reichsregierung verhindern werde, weil dadurch das frische Vertrauen des Auslands in das Reich Schaden nehme. Unter dem Motto „Ganz Deutschland soll frei werden!“ versicherte die DDP zugleich, dass die besetzten Gebiete nur auf dem Weg einer „demokratischen Außenpolitik“ befreit werden könnten. Nachdrücklich unterstrich der Aufruf, dass die DDP weder nach links gegangen sei, noch in Zukunft gehen werde. Die notwendige „Überwindung der Sozialdemokratie“ dürfe nicht durch Gewalt, sondern nur durch ihre „volkserzieherische Arbeit und Mitverantwortung am Staate“ erfolgen. In knappen Slogans skizzierte die DDP ihre innenpolitischen Wahlziele, von der Bekämpfung des Klassen- und Rassenkampfes bis hin zur Stärkung der Massenkaufkraft als Grundlage des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Den Bereich der Sozialpolitik deckten Absichtserklärungen auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowie „Linderung der Not in allen von Krieg, Revolution, Friedensvertrag und Inflation betroffenen Volksschichten“ ab. Mit dramatischen Parolen, dass angesichts des „Vorstoßes der Reaktion“ die Republik in Gefahr sei, versuchte die DDP vor dem 7. Dezember ihre Wähler zu mobilisieren: „Für das Rheinland und die besetzten Gebiete! Für eine wahre Volksgemeinschaft, die auf staatsbürgerlicher Gemeinschaftsgesinnung beruht! Für ein freies Deutschland unter freien Völkern Europas!“¹³¹⁹

Ungeachtet ihres Eintretens für Erfüllung und Verständigung formulierte die DDP im Herbst 1924 auch wieder offensive Forderungen im Sinne einer „wahrhaft nationalen“ Außenpolitik. Während die Rechtsparteien das besetzte Ruhrgebiet „versacken“ und den Franzosen überlassen wollten, stehe die Demokratie für die „beschleunigte Räumung von Rhein und Ruhr, Rückgabe des Saarlandes, Anschluss Deutsch-Österreichs, Neuregelung der Ostgrenze, deutschen Kolonialbesitz“. Der Dawesplan war dieser Argumentation zufolge das „kleinste der in Frage kommenden Übel“, dessen Annahme aber immerhin eine „wesentliche Erleichterung“ gegenüber früher bedeute¹³²⁰. Aus Sicht der DDP spiegelte sich die innenpolitische Alternative des 7. Dezember in dem symbolischen Flaggenstreit über die richtige Staats- und Verfassungsform wider, die jedoch nicht wie von der DNVP auf ein dualistisches

Entweder-Oder zugespitzt wurde. Typisch für die DDP-Propaganda war vielmehr die Berufung auf Autoritäten, die in der Kontinuität republikanischer Tradition stünden, „berühmte deutsche Männer“ wie Reichsbankpräsident Schacht, der „Schöpfer der festen Währung“, oder der Schriftsteller Thomas Mann¹³²¹. War die verfassungspolitische Parole der DDP klar, lautete ihre taktische Marschroute im Herbst 1924 weniger eindeutig: „Geradeaus – nicht rechts, nichts links!“ Im Unterschied zur DVP schloss dies jedoch die Option der in einer starken „Mitte“ verankerten Regierung unter Beteiligung der SPD nicht aus, damit diese nicht in die „wilde Opposition“ getrieben, sondern der „Geist wahrer Volksgemeinschaft“ in der deutschen Politik erhalten werde. Im Wahlkampf selbst aber dürfe es keine „weichlichen Neigungen nach rechts oder nach links“ geben, antwortete die DDP den Spekulationen über einen Linksblock¹³²².

Ihr alles in allem unter interessenmäßigen Aspekten wenig gegenständliches Wahlprogramm gewann seine eigentliche Bedeutung im Herbst 1924 aber als Kontrapunkt zur monarchistischen Propaganda. Die Akzentuierung der „schwarz-rot-goldenen“ Parole konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der DDP im Herbst 1924 an zugkräftigen innenpolitischen Themen fehlte, wenn sie auch stereotyp die Erfolge ihrer „wahrhaft vaterländischen Arbeit“ hervorhob. Kern dieser gouvernementalen Argumentation war die Erinnerung an die noch vor einem Jahr mit Arbeitslosigkeit und Elend wütende Inflation, während nun dank DDP wieder „Ruhe, Ordnung, sichere Währung“ eingekehrt seien. Wirtschaftspolitisch versuchte sie sich auch jetzt wieder in erster Linie das Profil einer mittelständischen Interessenvertretung zu geben, die sowohl gegen Sozialisierungsbestrebungen als auch gegen „Zusammenballungen des Großkapitals“ kämpfe. Neu im Wahlprogramm der DDP vor dem 7. Dezember war die der SPD entlehnte Forderung, die „Kriegs-, Revolutions-, und Inflationsgewinnler zur inneren Reparation“ heranzuziehen und so eine „gerechte“ Aufwertung zu finanzieren¹³²³.

Wenn die DDP auch auf Bewegungsfreiheit nach rechts und links pochte, besaß ihre Flugblattpropaganda doch einen **klaren Akzent gegen die „Rechtsparteien bis herab zur deutschen Volkspartei“**, die unter der schwarzweiß-roten Fahne kämpften. Hauptfeind war gemäß ihrer koalitionspolitischen Präferenz folgerichtig die DNVP, gegen die sich spezifisch acht von 48 Flugblättern richteten. Weil sie den Wahlkampf ebenfalls mit der Parole Rechtsregierung führte, folgte die DVP in der

demokratischen Gegnerhierarchie, für die andere Feindbilder bedeutungslos blieben, sieht man von der Abgrenzung gegen die extremen Parteien ab: „Es gibt nur zwei Entscheidungen: Entweder: reaktionärer Bürgerblock oder demokratische Volksgemeinschaft!“, so die taktische Aktionsparole der DDP für den 7. Dezember¹³²⁴.

Typisch für die DDP war die Bezugnahme auf die Agitationsmethoden der Gegner, die noch vor jedem Inhalt kritisiert wurden. So stellte sie ein Übermaß von „verzerrender, jeder Wahrheit hohnsprechender Hetze“ fest, mit der die angeblich „nationalen“ Parteien den Wahlkampf „schändeten“, nicht zuletzt durch die Herabwürdigung der alten Reichsfarben zur „Kampfflagge für extreme Parteiziele“. Zur Widerlegung des „Märchens von der ‚sterbenden Partei‘“, trat die DDP im Herbst 1924 den Beweis an, dass sie auch trotz der letzten „Abbröckelungen“, gemeint war die Liberale Vereinigung, keineswegs „tot“ sei. In Wahrheit verzeichne sie überall Erfolge, sowohl jetzt im Reichstagswahlkampf als vor allem auch in den letzten Landtagswahlen. Bitter musste sie jedoch der Vorwurf aus den Reihen der LV treffen, wonach sich die DDP durch ihre Koalitionspolitik zu „Verrätern an den ‚bürgerlichen Idealen‘“ mache. Ausführlich beschäftigte sie sich deshalb mit der Phrase, nur ein „Anhängsel“ der Sozialdemokratie zu sein, und reklamierte eine „vollkommen selbständige“ Politik. Vielmehr sei das „Anlehnsbedürfnis“ der DVP an die Deutschnationalen „wahre Schleppenträgerei“. Indem sie nach „Revanche“ riefen, arbeiteten diese nur den „unversöhnlichen Feinden Deutschlands, den Anhängern Poincarés“ in die Hände. Da es ihnen an echten Zielen fehle, tischten sie dem Wähler auch wieder das „Märchen vom Dolchstoß“ auf¹³²⁵.

Wie bei allen bürgerlichen Parteien stand die Auseinandersetzung der DDP mit den Deutschnationalen im Herbst 1924 unter dem Zeichen ihrer umstrittenen Einbeziehung in die Regierung. Für die DDP stand fest, dass diese Partei, die erst „Reinigung vom Erfüllungsgeist“ gepredigt, aber dann selbst „Erfüllungspolitiker“ abkommandiert habe, auch deshalb nicht regieren dürfe, weil sie die im Interesse der Schwerindustrie und Großagrарier auf „kaltem Wege einherschreitende Gegenrevolution“ gegen den Weimarer Sozialstaat repräsentiere. Um auch die Rechtsextremen zu einer „deutschnationalen Einheitsfront“ gegen die Republik zu sammeln, benutze die DNVP jetzt die Verfassungsfrage als neueste „Verlegenheits-Wahlparole“¹³²⁶. Unter ihrem Druck habe sich die DVP bereits aus der politischen Mitte verabschiedet und sei zu einer „halbkon-

servativen“ Partei geworden. In Verkennung der wahren Volksmeinung wollten die „unverbesserlichen Krisenmacher“ jetzt die Republik den „machtlüsternden Monarchisten“ ausliefern. Erst wenn sie den Trennungstrich zur DNVP so scharf ziehe, wie ihn die SPD nach links ziehe, sei sie wieder bündnisfähig. Obwohl allgemein als „Partei der Großindustrie und Inflationsnutznieser“ angesehen, versuche die DVP zudem, durch Aufwertungsparolen die Stimmen der Inflationsopfer zu gewinnen¹³²⁷. Dem Zentrum konnte die DDP den Vorwurf nicht ersparen, dass durch „Nachgiebigkeit seines demokratischen Flügels“ die Regierungskrise im Herbst 1924 erst heraufbeschworen worden sei. Indem die gemeinsame Frontstellung gegen einen „Rechtsblock“ hervorgehoben wurde, sollte die Kanzlerpartei auf eine nach links offene Koalitionspolitik verpflichtet werden. Die Betonung des „starken inneren Gegensatzes“ zur selten erwähnten Sozialdemokratie diene in erster Linie der Beruhigung bürgerlicher Ängste vor einer Linksentwicklung. Wer aber immer noch den „albernen Sozialistenschreck“ verbreite, habe verschlafen, dass die SPD von 1924 nicht mehr die gleiche sei wie 20 Jahre zuvor¹³²⁸.

Nach ihrem schwachen Abschneiden vom Frühjahr 1924, das primär auf die ungenügende Artikulation berufsspezifischer Interessenvertretung zurückgeführt wurde, war die DDP vor dem 7. Dezember bestrebt, ein stärker sozial differenziertes Profil zu zeigen. Für ihre Flugblattpropaganda blieb gleichwohl der Appell an soziologisch oder beruflich nicht zu unterscheidende Adressatengruppen wie die „deutsche Volksgemeinschaft“ typisch. Gegenüber dem selbständigen Mittelstand und den Beamten, die spezifisch mit acht beziehungsweise vier von insgesamt 48 Flugblättern bedacht wurden, waren signifikante Ansätze berufs- und interessenspezifischer Zielgruppenwerbung sichtbar. Auch fiel die verhältnismäßig starke Zielgruppenwerbung der DDP um die Stimmen der Frauen auf¹³²⁹.

Unter dem Motto „Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft“ präsentierte die DDP im Herbst 1924 ihrem **Hauptadressaten**, den mittelständischen Selbständigen, wirtschaftspolitische Forderungen, deren eigentümliches Merkmal die zweifache Frontstellung gegen die großkapitalistischen „Auswüchse der Kartelle und Syndikate“ sowie die „Sozialisierungsexperimente“ darstellte. Nicht durch „Klassenkampf von oben oder unten“, sondern nur durch Zusammenarbeit aller „Klassen und Stände“ könne die deutsche Wirtschaft gedeihen und der soziale Frieden gesichert werden. Gerade der gewerbliche Mittelstand profitiere

schon jetzt am meisten von der „nüchternen Aufbaupolitik“ der DDP. Als bewährte „Vertretung des kleinen und mittleren Besitzes“ stellte sie den Bauern die Zurückdrängung des Großgrundbesitzes und der „Junker“ in Aussicht. Den gesondert angesprochenen Freiberuflern wurde der schleunige Abbau von Steuern in Aussicht gestellt, um ihre „Verelendung“ aufzuhalten¹³³⁰. Den Inflationsgeschädigten versprach die DDP eine Neuregelung der Aufwertungsfrage, den Arbeitern ebenso wie den Erwerbslosen „geeignete sozialreformerische Maßnahmen“. Ohne darüber hinaus materielle Versprechen abzugeben, warnte sie die Arbeitnehmer im Herbst 1924 vor „einseitiger Klassenherrschaft“ und empfahl sich in Konkurrenz zur SPD als „wahrer Hort der Demokratie und der Republik“¹³³¹.

Speziell gegenüber den Beamten warb sie mit dem Kampf für eine Revision der Personalabbauverordnung und verbreitete die Parolen, die der Reichsausschuß der demokratischen Beamten zur Erhaltung eines „staats- und pflichtbewussten Berufsbeamtentums“ propagierte. Gerade die Lehrer würden ihr „blaues Wunder“ erleben, nähme eine „reine Rechtsregierung“ die Zügel der deutschen Schule in die Hand¹³³². Wenn auch selbst der christliche Glaube in den „Schmutz des Wahlkampfes“ gezogen werde, forderte die DDP die ansonsten kaum wahrgenommene „junge Generation“ auf, dennoch ihre Abneigung gegen die Weimarer Politik abzulegen, weil es am 7. Dezember um die „geistigen Grundlagen der Zukunft unseres Volkes“ gehe. In Abgrenzung zu den Rechtsparteien und deren „patriarchalischer Weltanschauung“ propagierte die DDP nachdrücklich den Gedanken der Gleichberechtigung der Geschlechter. Eine „deutsche Frau“ dürfe aber nicht nur die Vorteile der eigenen Klasse kennen, sondern müsse der „ganzen Volksgemeinschaft bis zum letzten ärmsten Glied“ dienen. An die Adresse der ehemaligen Nichtwähler und Wahlfaulen gerichtet, setzte die DDP eine Stimmenthaltung aus Bequemlichkeit dramatisch mit „Volksverrat“ gleich¹³³³. Alles in allem führte sie im Herbst 1924 einen offensiven Koalitionswahlkampf für die „demokratische Mitte“ der Parteien des schwarz-rot-goldenen Reichsbanners. Abgesehen von den geringen Verwirklichungschancen einer Weimarer Koalition – immerhin war dazu am 7. Dezember eine Steigerung der republikanischen Stimmenanteile um zehn Prozent nötig –, drängte die DDP spiegelverkehrt zur DVP aus der bestehenden bürgerlichen Bündnisformation nach links, musste aber

mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Wähler als „Partei der Mitte“ Distanz zur SPD signalisieren.

Gegen die „Versklavung durch die jüdischen Kapitalisten“ – Die National-Sozialistische Freiheitsbewegung

Während Hitler bis Weihnachten 1924 in Haft saß, bildeten im Sommer Deutschvölkische und einige vorwiegend norddeutsche Nationalsozialisten aus dem erfolgreichen Wahlbündnis vom 4. Mai die National-Sozialistische Freiheitsbewegung (Großdeutschlands). Auf dem Einigungsparteitag in Weimar bekannte sich Mitte August 1924 die Reichsführerschaft Ludendorff, Gregor Strasser und Albert v. Graefe zu Hitlers „25 Programmpunkten“ von 1920. Trotz der Zerwürfnisse im völkischen Lager gelang es ihnen, eine gemeinsame Kandidatenliste für den 7. Dezember 1924 einzureichen. Die Münchner Anhänger Hitlers um Max Amann sowie die Antisemiten Julius Streichers opponierten jedoch gegen die Interimsführung und sammelten sich in einer auf Bayern beschränkten Großdeutschen Volksgemeinschaft¹³³⁴.

In ihrem am 22. Oktober 1924 veröffentlichten Wahlaufruf setzte es sich die NSFB-Reichsführerschaft zum Ziel, das deutsche Volk für eine „Freiheits- und Befreiungspolitik“ zu mobilisieren, die im scharfen Gegensatz zur Reichsregierung von dem Willen zur „völkischen Selbstbehauptung“ bestimmt sei und gegen die „Versklavung“ durch die „Mächte des internationalen und jüdischen Kapitalismus“ kämpfe. In direkter Antwort an die DNVP wurde den Dawesgesetzen mit der Begründung die Anerkennung als „bindendes Recht“ verweigert, dass sie im „krassen Widerspruch“ zur Verfassung stünden. Nach der Wahl werde die völkische „Kampfgruppe“ im Reichstag daher unverzüglich eine „Ungültigkeitserklärung der Dawesgesetze“ beantragen. Nur mit leichten Nuancen versehen wiederholte die NSFB vor dem 7. Dezember das Wahlprogramm der Deutschvölkischen vom Frühjahr 1924. An die Stelle der Weimarer Republik solle ein „neues Großdeutschland“ treten, ein „völkisch-sozialer, Eigentum und Person sichernder Staat der wahren Volksgemeinschaft“, in welchem der deutsche Arbeiter aus der „Umklammerung des internationalen, kapitalistischen und jüdischen Polypen“ befreit werde. Anders als die bisherige völkische Propaganda erhob die NSFB-Reichsführerschaft allerdings im Herbst 1924 eine Reihe von spezifischen For-

derungen wie die Beseitigung der Dritten Steuernotverordnung, die Bereitstellung „zinsfreier“ Kredite für die Wirtschaft oder den Rechtsschutz der Persönlichkeit, insbesondere mit Blick auf die „Freiheitsberaubung unseres Adolf Hitler“. Eine im Ton spürbar schärfere Kundgebung an die Anhängerschaft sollte die Teilnahme an der „elenden Wahl- und Parlamentswirtschaft der Novemberrepublik“ in Einklang mit den strikt antiparlamentarischen Losungen bringen. Die NSFB könne nicht „verantwortungslos“ beiseite stehen, weil es am 7. Dezember „trotz allen heuchlerischen Scheins um Freiheit oder dauernde Versklavung des deutschen Volkes, um Sein oder Nichtsein“ gehe. Während die Reichsregierung unter „unbegreiflichem Schweigen der so genannten nationalen Rechten“ die Volksrechte vergewaltige, könne Deutschland durch einen völkischen Wahlsieg doch noch seine neuen „furchtbaren Sklavenketten“ abstreifen¹³³⁵.

Unter außenpolitischen Vorzeichen führte die NSFB den Wahlkampf vom Herbst 1924 gegen alle „alten“ Parteien zugleich, gegen die „Erfüllungsfanatiker von Crispian bis Hergt“. Die Annahme des Dawesplans durch den Reichstag wurde zum „blutigsten Triumph des jüdischen Weltwucherkapitals über ein arbeitsames Volk“ stilisiert. Angesichts der Folgen dieses „zweiten Versailles“ versprach die NSFB mit unverminderter Schärfe gegen seine Voraussetzungen zu kämpfen, die alliierte „Kriegsschuldlüge“ sowie die These von der inneren Entschuldung Deutschlands durch die Inflation. Eine scheinbar sachliche Auseinandersetzung mit dem Reparationsplan boten Flugblätter, die „hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes“ zitierten, so etwa den durch seine Kritik an Versailles bekannten englischen Ökonomen John Maynard Keynes, demzufolge jeder patriotisch denkende Deutsche gegen die Dawesgesetze kämpfen müsse¹³³⁶.

Eher beiläufig äußerte sich die NSFB im Herbst 1924 zum aktuellen Symbolkampf um die richtige Staatsform, wobei sie sich zum „ruhmreichen ‚Schwarz-weiß-rot‘ mit unserem Freiheitssymbol dem Hakenkreuz“ bekannte. Gemäß dem Motto „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ sollte das neue Deutschland „wahrhaft sozial, wahrhaft gemeinsinnig und gerecht“, kein „Egoisten-Staat“, sondern ein „Gemeinschafts-Staat“ sein, so die eigentümliche Rhetorik der NSFB. Angesichts des Existenzkampfes des deutschen Volkes sei es jedoch gewissenlos, die als zweitrangig erachtete Verfassungsfrage aufzurollen. Zugleich war die NSFB bestrebt, als Vertreterin des „völkisch-erwachenden Deutschland“ ihre Oppositi-

on gegen die Restauration der Monarchie zu akzentuieren. Zur Konkretisierung ihrer wirtschaftspolitischen Lösungen sah sich die NSFB gezwungen, weil ihr die gegnerische „Lügen“-Propaganda in der Eigentumsfrage sozialistische Ziele unterstelle. Unter „Staatsaufsicht“ wolle sie aber in Wahrheit nur das „Bankwesen und was dazu gehört“ stellen, das die Linksparteien gerade unangetastet lassen würden. Indem Bismarck das deutsche Verkehrswesen „auf nationaler Grundlage“ sozialisiert habe, reklamierte man den Reichsgründer als „bahnbrechend für den wirtschaftlichen Nationalsozialismus“¹³³⁷.

Wichtigste innenpolitische Parole der NSFB bildete im Herbst 1924 der Kampf gegen die Dritte Steuernotverordnung und für eine „sofortige volle Aufwertung“ aller Forderungen. Im Namen des „schaffenden Deutschland“ wurde die Festlegung „völkischer, sozialer Arbeitsbedingungen“ verlangt. Vor jedem Einzelthema war aber unter der Parole „Alle sind gegen uns!“ die Agitation gegen den politischen Gegner konstitutiver Bestandteil der Wahlpropaganda der NSFB. Stärkstes Beweismittel ihrer Verfolgungstheorie bildete der im „schwarzrotgoldenen November-Deutschland“ hinter Gefängnismauern gesetzte Hitler. Weil seine Partei die einzige „Zukunftshoffnung aller ehrlichen Deutschen“ sei, müsse sich der Wähler am 7. Dezember in die „Front der völkischen Freiheitsbewegung“ stellen. Der Begriff „völkisch“ komme in dem neuen Parteinamen nur deshalb nicht vor, weil er sonst zu lang geworden wäre und weil ohnehin jeder wüßte, dass „nach Hitlers Idee anstelle des internationalen Sozialismus der Sozialdemokratie der völkische, der soziale und nationale Gedanke“ gesetzt werde¹³³⁸.

Kollektives **Hauptfeindbild** in über der Hälfte von 55 Flugblättern der NSFB waren die „alten kapitalistischen Parteien“, die das Weimarer „System“ stützten: „Jagt sie fort die Erfüllungspolitiker, die Juden und Schieberfreunde!“; so die gewalttätige Kampfansage an alle, die den Dawesplan angenommen hätten. Abgesehen von der Agitation gegen den Hauptfeind SPD und die „Umfallmänner“ der DNVP, die in zehn beziehungsweise sieben Flugblättern spezifisch angegriffen wurden, setzte sich die NSFB jedoch überwiegend nicht einzeln mit anderen Parteien auseinander. Eine besondere Polemik richtete sie gegen die bürgerliche Regierung der „goldenen Mitte“, der man in Umkehrung ihrer eigenen Propaganda politische „Verantwortungslosigkeit“ vorhalten zu können glaubte¹³³⁹.

Mit dem Selbstbild einer „völkischen Bewegung“ versuchte sich die NSFB im Herbst 1924 sowohl institutionell von der alten „parteimäßigen Cliquenwirtschaft“ als auch von dem aktuellen „Partei-Unwesen“ abzugrenzen, da drei oder vier, dafür aber „absolut judenfreie“ Parteien völlig genügten. Das Feindbild des Juden spielte wieder die bekannte Drahtzieher-Rolle in der Propaganda der Völkischen, die hier den Verantwortlichen für alles fanden, was Deutschland Schaden zufüge. Auf den Vorwurf der Einäugigkeit antwortete man, den Kapitalismus zu bekämpfen, „wo und wie auch immer er vorhanden ist, ob deutsch oder jüdisch“¹³⁴⁰. Dass die Marxisten nach 1918 nichts gegen den „ungeheuren jüdischen Reichtum“ unternommen hätten, war der NSFB im Gegenzug das stärkste Argument dafür, dass die SPD keine – wie noch unter dem „ehrlichen“ Bebel – Arbeiterpartei mehr, sondern zur „Schleppenträgerin des internationalen jüdischen Großkapitals“ geworden sei. An die Adresse ihrer Anhänger richtete sich deshalb der Appell, den „Lügenparolen der Friede-Freiheit-Brot-Sozialisten“ am 7. Dezember den Kehr- aus zu machen¹³⁴¹.

Weiter verhärtet hatte sich im Laufe des Jahres 1924 das Verhältnis der Völkischen zu den großen Rechtsparteien, deren „nationaler“ Vertretungsanspruch schärfer denn je bestritten wurde. Aus der Perspektive des enttäuschten Wählers beklagte die NSFB, dass die DNVP noch im Frühjahr als Partei der „nationalen Opposition“ in den Wahlkampf gezogen sei, dann aber diese verraten und sich nur noch als „verlängerte Stresemann-Gruppe“ betätigt habe, um den Eintritt in die Reichsregierung zu erreichen. Indem ihr Wahlaufuf zum 7. Dezember die Dawes-gesetze zu geltendem Recht erkläre, hätten die „deutschnationalen Erfüllungspolitiker“ den Kampf um Deutschlands Freiheit aufgegeben¹³⁴². Auch die „schwarz-weiß-rot“ im Wahlkampf auftrumpfende DVP könne von Rechtswählern nicht ernst genommen werden, weil sie in Preußen mithilfe, den „schwarz-rot-goldenen“ Staatsapparat zu festigen. Vor den anderen Parteien der „goldenen Mitte“, den Demokraten und dem Zentrum, warnte die NSFB ebenfalls in erster Linie unter Hinweis auf ihre Helfershelfer-Rolle für den Marxismus. Als „notorische Regierungspartei“ treibe das Zentrum seit sechs Jahren gemeinsame Sache mit der „vaterlandslosen, gottleugnerischen und glaubensfeindlichen Sozialdemokratie“ im Reich und in Preußen¹³⁴³. Während die „wahnsinnigen Kommunisten“ keinen Gegner für die Agitation der NSFB darstellen konnten, bildete ein besonderes Kapitel des Wahlkampfes im Herbst 1924,

dass die Münchener Nationalsozialisten gegen die von ihnen nicht anerkannte Reichsführerschaft kämpften. In Flugblättern an alle „treuen Hitlerfreunde“ sahen jene den Streit im völkischen Lager sich um die Frage drehen, ob Hitler bedingungslos als „gottbegnadeter Führer im deutschen Freiheitskampfe“ anerkannt werde oder ob man sich der „parlamentarischen Kamarilla“ der Deutschvölkischen unterwerfe¹³⁴⁴.

Hauptadressat der NSFB war im Herbst 1924 das „schaffende Deutschland“, zu dessen „produktiven Ständen“ ausdrücklich auch die „redlichen“ Unternehmer gezählt wurden. Allerdings trennte man die „oberen Zehntausend“ respektive Großkapitalisten von den „Ausgebeuteten aller Klassen“. Die Zielgruppenpolitik der NSFB, deren Adressaten vor allem das Attribut „deutsch“ verband, war in erster Linie ideologisch, nicht interessenmäßig ausgerichtet¹³⁴⁵. Andererseits unterschied sie durchaus einzelne Berufsgruppen der anvisierten „Volks- und Werksgemeinschaft“, die in der Hauptsache aus den „deutschen Hand- und Kopfarbeitern, deutschen Bürgern, deutschen Bauern“ bestand. 19 von 55 Flugblättern, also ein gutes Drittel, war aber allein mittelständischen Wählergruppen gewidmet, die damit in der Zielgruppenhierarchie noch vor dem wichtigsten Einzeladressaten, den Arbeitern rangierten. Auffällig ist das Fehlen der bei den anderen Parteien wenigstens in den Flugblattadressen erwähnten Frauen und Jungwähler¹³⁴⁶.

Alle Adressatengruppen wurden von der NSFB stereotyp als in irgendeiner Form „Betrogene“ angesprochen, der Arbeiter durch die Versprechungen der SPD oder das „arme dumme Volk“ allgemein von den Parteien. Doch nicht nur der „kleine Mann“, selbst Unternehmer und Grundbesitzer würden von den „jüdischen Großschiebern“ an der Börse betrogen. Die antikapitalistischen Wendungen der NSFB sollten vor allem die „Arbeiter der Stirne und der Faust“ aus der Herrschaft des „Geldsacks“ sowie vom „jüdischen, marxistischen Novembergeist“ lösen und zur „Volksgemeinschaft aller Deutschen“ führen. An positiven Versprechen stellte sie ihnen im Herbst 1924 dafür den Achtstundentag, eine angemessene Entlohnung, gesunde Wohnungen sowie „Mitbesitz“ an den Betrieben und dem Boden in Aussicht¹³⁴⁷. Mit Forderungen nach „gerechten, sozialen Besoldungsverhältnissen“ sowie auf Säuberung der Beamtenschaft von den „sog. ‚Revolutionsgewinnlern‘“ versuchte sich die NSFB als spezifische Interessenvertretung zu empfehlen¹³⁴⁸. Die nach den Arbeitern und Beamten dritte signifikant umworbene Berufsgruppe bildeten im Herbst 1924 die Bauern. Im Gegensatz zu den deutschna-

tionalen „Jasagern“, die der Landwirtschaft jetzt wieder den Schutzzoll als „Lockspeise“ bei den Wahlen vorsetzten, propagierte die NSFB diese Agrarierforderung im Herbst 1924 als ihr ureigenstes Ziel. Der Kampf gegen äußere „Versklavung“ sei für sie gleichbedeutend mit Schutz der deutschen Bauern vor „Erdrosselung“ durch ausländische Konkurrenz¹³⁴⁹.

Wenn sie auch den „jüdischen Parlamentarismus“ ablehnten, sollten alle „nationalen“ Volkskreise ihn doch zur „Abwehr gegen ihn selbst“ benutzen, so der umständliche Wahlappell der NSFB an die eigenen Anhänger vor dem 7. Dezember: „Alle Mann an die Front! Keine ‚Wahlmüdigkeit‘. Denkt an Eure Kinder. Denkt an die kommende Hungersnot, die jeder Erfüllungsversuch unerbittlich nach sich ziehen wird. Die Dawesgesetze müssen fallen“¹³⁵⁰. In dem Maße aber, in dem sich die innenpolitische Situation nach dem Krisenvorjahr entspannte und die Republik stabiler wurde, mussten die demagogischen Parolen der Völkischen im Herbst 1924 an Durchschlagskraft einbüßen. Nachdem die Deutschnationalen ihre außenpolitische Widerstandsrhetorik zugunsten einer Annäherung an den Weimarer Staat abgeschwächt hatten, versuchte die im völkischen Lager keineswegs unumstrittene NSFB, sie als Partei der „nationalen Opposition“ zu beerben. In dieser Rolle war sie ähnlich wie die KPD darum bemüht, die von den „System“parteien betonten Stabilisierungserfolge abzustreiten. Grundsätzlich erschwerend wirkte sich für die NSFB die den Wahlkampf im Herbst 1924 charakterisierende Trennung in zwei politische Lager aus, zumal es ihr gerade in der Verfassungsfrage an einer klaren Parole fehlte. Eine uneingestandene Annäherung an die Standards der Weimarer „Partei- und Parlamentswirtschaft“, deren Negation für das Image der „Freiheitsbewegung“ wesentlich blieb, signalisierten die Ansätze interessenspezifischer Ausdifferenzierung ihrer Zielgruppenwerbung.

Sonstige Parteien

Die **Bayerische Volkspartei** hatte sich nach ihren Rückschlägen 1923/24 wieder vorsichtig an das Reichszentrum und dessen Politik angenähert, was sich vor allem in der Zustimmung der Bayern zu den Dawesgesetzen niederschlug. Doch blieb das Misstrauen zwischen den beiden katholischen Parteien wach und wurde die BVP zur Schrittmacherin eines rechtsgerichteten Bürgerblocks im Reich. Für das bayerische Volk, hieß

es in ihrer zentralen Wahlbroschüre vor dem 7. Dezember, bedeute der unerwartete Reichstagswahlkampf eine „neue große Belastung“. Wenn auch das Jahr 1924 als das politisch wichtigste seit der Revolution angesehen werden könne, sei infolge der „Übersättigung der Wählerschaft mit Politik“ große Wahlmüdigkeit zu befürchten. Ein Hauptaugenmerk müsse daher der Werbung um das „Heer der Nichtwähler“ gelten¹³⁵¹. Ihren Wahlaufuf veröffentlichte die BVP unter dem symbolischen Datum des 7. Novembers 1924, dem sechsten Jahrestag der „unglückseligen bayerischen Revolution“, womit sich bereits die scharf antimarxistische Stoßrichtung ihres Wahlkampfes ankündigte. Immer klarer, so der Aufruf, vollziehe sich die Scheidung in „zwei große Gedanken“, die allein noch in der deutschen Politik um die Macht kämpften: „Dauernde Festigung der Revolution aus sozialistischem Geiste oder Erneuerung des Vaterlandes im Sinne des christlichen Staatsgedankens“. Weil die Gegner Bayerns mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Katastrophenpolitik – Versailles, Klassenkampf, Sittenverfall und „Kriegsschuldflüge“ – noch nicht zufrieden seien, versuchten sie nun durch Neuwahlen einen „Regierungsblock der revolutionären Linken“ im Reich zu schaffen. Vor diesem Szenario versprach die BVP ihren Wählern im Herbst 1924, grundsatztreu für den „christlichen Staat“ und einen „gerechten Ausgleich zwischen den Interessen aller Stände“ zu kämpfen. Ihr Aufruf schloss mit der für sie typischen Parole, welche die partikularistischen Tendenzen durch ein Lippenbekenntnis zur Reichseinheit überdeckte: „Ein starkes geachtetes Bayern in einem starken geachteten Reich!“¹³⁵²

Für die Wahlpropaganda der BVP besaß die Frage der Staatsform im Herbst 1924 bei weitem nicht die Bedeutung, die ihr von den großen Rechtsparteien zumindest symbolisch gegeben wurde. Zwar kämpfte sie auch gegen die „revolutionsgeborenen Farben- und Verfassungsbestimmungen“, doch in erster Linie für das „weiß-blaue Banner“ Bayerns. Wichtigste Parole ihres landespolitisch akzentuierten Wahlkampfes war dessen „Eigenstaatlichkeit“, ohne dass aber wie noch im Frühjahr 1924 ein scharfer Gegensatz zum Reich betont wurde. Mit Blick auf die bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen erklärte die BVP zur Voraussetzung einer angestrebten Abwahl Eberts, dass der 7. Dezember ein „starker Sieg der bürgerlichen Parteien“ werde. Wesentlichste Einzelforderung bildete die „gerechte“ Aufwertung früherer Sparguthaben und Hypotheken. Durch „rücksichtslosen Kampf gegen preisvertuernde Kartelle und Syndikate“ versprach die BVP insbesondere den gewerblichen Mittelstands-

gruppen Förderung sowie der Landwirtschaft Schutzzölle, langfristige Kredite und eine gründliche Reform des gesamten Steuerwesens¹³⁵³. Den Dawesplan und seine volkswirtschaftlich „großen Vorteile“ gegenüber vorherigen Regelungen thematisierte die BVP nur am Rande. Außenpolitisches Hauptaugenmerk galt der Wiedervereinigung mit den im Versailler Vertrag „entrissenen deutschen Brüdern“, insbesondere Deutsch-Österreichs. Angesichts der militärischen Schwäche des Reiches könne aber „vorerst nicht Macht-, sondern nur Verhandlungspolitik“ helfen, grenzte sich die BVP von der rechten Opposition ab¹³⁵⁴. Explizit bekämpfte sie die „radikalen Flügelgruppen, die sich rechts nennen und mit den Methoden der Linken arbeiten“. Ihr alles überragendes Feindbild blieb aber die „sozialistische Parteiwirtschaft“, die in der Regel nicht spezifiziert wurde. Neben den Männern rief die BVP auch die Frauen und besonders die vermeintlich Wahlmüden in die „große staatsbürgerliche Front“ und zur Wahl für „Bayern“ auf: „Das Vaterland ruft, und Du wirst mit der friedlichen Waffe des Stimmzettels in der Hand kämpfen und eine Entscheidungsschlacht gewinnen helfen. Es geht um Dein Brot und um Deine Arbeit! Es geht um christliche Zucht und Sitte!“¹³⁵⁵

Die **Wirtschaftspartei** adressierte ihren Wahlauf Ruf zum 7. Dezember 1924 in erster Linie an die Angehörigen des deutschen Mittelstandes, versuchte aber stärker als noch im Frühjahr die Perspektive des ganzen „verarmten Volkes“ zu berücksichtigen. Verantwortlich für das Elend der letzten Jahre in Deutschland seien „alle politischen Parteien im Rahmen kleiner und großer Koalitionen“. In den neuen Reichstag müssten daher endlich mehr „ehrliche, einwandfreie Männer aus dem praktischen Wirtschaftsleben“ gewählt werden, vor allem Männer aus dem „Stand“, der allein das Deutsche Reich wieder „hochbringen“ könne. Angesichts des „erwachenden“ Mittelstandes lautete die Wahlparole der WP im Herbst 1924 gegen den „neuzeitlichen Parlamentarismus“ in Gestalt der Weimarer Republik einfach: „Schluss mit diesem System!“¹³⁵⁶ Diesem militanten Appell legte sie einen umfangreichen Katalog von Forderungen und Zielen bei, die ausdrücklich als mittelständische Interessenvertretung annonciert wurden. Neben der Bekämpfung von „sozialistischen Experimenten“ klagte die WP auch ein „klares, einfaches Steuersystem“ ein, das nicht wie bisher Schwerindustrie und Hochfinanz schone und den Klein- und Mittelunternehmer „bis zum Weißbluten“ belaste. Weder sozialistische Industriearbeiterschaft noch Großkapital, sondern der deutsche Mittelstand bilde die „Brücke zu einer besseren Zeit“. Mit besonde-

rem Nachdruck drängte die WP auf Abschaffung der Hauszinssteuer, der denkbar „unsozialsten“ Steuer, welche die Sanierung des Haus- und Grundbesitzes bislang hemme. Obwohl Interessenvertreterin der Sachwertbesitzer, trat sie auch für eine „gerechte allgemeine Aufwertung aller Schuldverpflichtungen“ ein, allerdings im Rahmen dessen, was das „verarmte deutsche Volk“ leisten könne. Im Bestreben, „alle deutschen Stände“ anzusprechen, empfahl sie sich als eine aus dem Mittelstand erwachsene Volksbewegung, was gegen den „Riesenschwindel der angeblichen ‚Zersplitterung des Bürgertums‘“ gemünzt war. Insbesondere die DNVP trage viel größere Schuld an dem Elend der mittelständischen Schichten, weil sie durch die „verfehlte Politik des passiven Widerstandes“ erst die Voraussetzungen für die Hyperinflation geschaffen habe¹³⁵⁷.

Nach der Auflösung des Wahlbündnisses mit der WP marschierte der **Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund** selbständig zur Reichstagswahl am 7. Dezember auf und forderte dazu auf, nicht länger den „sog. ‚Volksparteien‘“ die Stimme zu geben, die sich entweder zu „Steigbügelhaltern des Großkapitals“ entwickelt hätten oder die bayerischen Interessen dem „Berliner Zentralisierungswahnsinn“ opferten. Eine selbst bei anderen Interessenparteien selten so direkt formulierte Zielgruppenwerbung signalisierte die Andersartigkeit des Bauernbunds, der seine Adressaten bevorzugt in der Duzform anredete. So brauche der Bauer vor allem Schutzzölle und Lockerung der „Steuerschlinge“, der Kaufmann müsse vor „Schmutzkonkurrenz und Hausiererunwesen“ sowie gegen die „Wucherzinsen des Bankkapitals“ geschützt werden und der Staatsbeamte gegen schematisch durchgeführte Abbaumaßnahmen. Ohne auf Fragen der Reichspolitik einzugehen, schloss der Aufruf des BBMB mit dem Appell an seine mittelständischen Wählerschichten, für „Ruhe und Ordnung“ im Bayernland zu stimmen¹³⁵⁸.

Der Wahlauf Ruf der **Deutsch-Sozialen Partei**, die zusammen mit dem Reichsbund für Aufwertung zum 7. Dezember antrat, wandte sich in extrem antisemitischer Diktion ebenfalls gegen alle „großen kapitalistischen Parteien“. Groß seien diese „Judenparteien“ aber vor allem im Betrügen, allen voran die DNVP, die sich durch ihren „schändlichen Verrat“ bei der Annahme des Dawesplanes bis auf die „königstreuen Knochen“ blamiert habe. In Konkurrenz zu den Deutschvölkischen versuchte sich die DSP und ihr „Führer“ Richard Kunze als „wahre deutsche Freiheitsbewegung“ zu profilieren, deren zentraler Wahlauf Ruf ausdrücklich an alle „Arbeitslosen, Abgebauten, Verarmten und Verelendeten“

adressiert war. An der Spitze ihrer Forderungen stand im Herbst 1924 die „sofortige gerechte und ausgiebige Aufwertung“ bei „restloser Erfassung der Kriegs- und Revolutionsgewinne“, gefolgt von völkisch-sozialen Parolen wie der Ausweisung aller Ausländer oder „Brot und Wohnung“¹³⁵⁹.

Überall im Reich seien Wahlmüdigkeit und Abscheu vor dem „öden Parteigezänk“ anzutreffen, beschwor der am 2. November veröffentlichte Aufruf des Direktoriums der **Deutsch-Hannoverschen Partei** eine angeblich weitverbreitete Politikverdrossenheit im Herbst 1924. Schon wieder müsse das deutsche und hannoveranische Volk dazu noch einen Wahlkampf über sich ergehen lassen, weil der „zentralistisch eingestellte, vermeintlich demokratische, in Wirklichkeit volksfremde Berliner Parlamentarismus“ bankrott sei. Dagegen wurde die Rückkehr zu den „klaren Quellen gesunden deutschen Volkstums“ wie vor allem dem Gedanken der „freien Selbstverwaltung“ gefordert. Konkret versprach die DHP der „heimatlichen“ Wirtschaft Interessensförderung durch Abbau von Steuern und Zwangsmaßnahmen sowie durch Agrarschutzzölle für die Bauern. Außenpolitisch kämpfte die Welfenpartei gegen Versailles und die „Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am großen Kriege“. Militärische Schwäche habe die Annahme der Dawesgesetze zu einer „harten Notwendigkeit“ für das Reich gemacht. Die äußere Befreiung bleibe aber sinnlos, solange im Innern „ein Deutscher des andern Knecht“ sei, sprich ein Staat, natürlich Preußen, die Vorherrschaft über alle anderen Länder ausübe. Zugleich empfahl sich die DHP als „getreuer Eckart deutschen Wesens“ durch ein Motto, das ihre partikularistischen Abtrennungsgelüste überdecken sollte: „Alles für Deutschland, heut' und immerdar!“¹³⁶⁰

Alle Interessen- und Regionalparteien boten in ihren Wahlprogrammen zum 7. Dezember 1924 wenig Neues im Vergleich zum Frühjahr. Mit antiparlamentarischen Parolen bezogen sie wiederum Stellung gegen die „alten“ oder die „Berliner“ Parteien, gegen deren Misswirtschaft sie die Bedürfnisse der anvisierten Adressatengruppen mit dem Interesse des ganzen Volkes gleichsetzten. Die von der Reichsregierung dilatorisch behandelte Aufwertungsfrage schien ihre Zugkraft für mittelständische Protestwähler zwar noch lange nicht eingebüßt zu haben, doch gingen nun auch die großen Parteien stärker auf die Stimmungen und Bedürfnisse der Inflationsschädigten ein. Mit der Überwindung der Inflation, dem weiteren Abbau der Zwangswirtschaft und ersten Stabilisie-

rungserfolgen verloren die Interessenparteien wichtige Ansatzpunkte ihrer Kritik, was sie durch Ausdehnung ihres Wahlappells auf breitere Adressatengruppen oder eine verschärfte Kampfansage an das „System“ und seine Träger auszugleichen versuchten.

Wahlergebnis und Zusammenfassung

Der 7. Dezember 1924 stellte aufgrund der zahlreichen parallelen Landtagswahlen einen bis dahin einzigartigen „Großkampftag“ in der Weimarer Wahlgeschichte dar. Während sich in Preußen die Umschichtungen der Krisenwahl vom 4. Mai in abgemilderter Form wiederholten, gab es im Reich deutliche Zeichen einer Normalisierung auch auf der Wählerebene. Bei einer leicht gestiegenen Wahlbeteiligung von 78,8 Prozent erlitten die extremen Flügelparteien jetzt hohe Verluste. Die KPD verlor fast ein Drittel und die Völkischen mit rund einer Million Stimmen sogar über die Hälfte ihrer Anteile vom Mai: Drei Prozent der Stimmen für die NSFB und neun Prozent für die Kommunisten bedeuteten nur noch 14 beziehungsweise 45 von 493 Reichstagssitzen. Als Sieger des 7. Dezember konnten sich trotz interner Spannungen die beiden großen Oppositionsparteien fühlen. Die SPD verbuchte einen Zuwachs von 1,9 auf nun knapp acht Millionen Stimmen, was ihre Anteile um ein Viertel auf 26 Prozent klettern ließ und sie mit 131 Mandaten wieder zur stärksten Fraktion im Reichstag machte. Größere Überraschung rief das angesichts ihrer desolaten Führung unerwartet gute Abschneiden der DNVP am 7. Dezember hervor. Durch eine halbe Million hinzugewonnener Stimmen steigerte sie sich auf 20,5 Prozent beziehungsweise 103 Mandate. Hinsichtlich der Wählerströme kann vermutet werden, dass viele deutsch-nationale Wähler vom Mai 1924 ihre Stimme am 7. Dezember eine der Mittelparteien gaben, die DNVP andererseits diese Verluste aus den Reihen der Völkischen und der Splittergruppen mehr als kompensieren konnte¹³⁶¹.

Nur geringe Verschiebungen ergaben sich bei den Parteien der bürgerlichen Mitte und der gemäßigten Rechten, die gegenüber dem Mai 1924 jeweils um weniger als ein Prozent hinzugewannen, wobei das Zentrum auf 13,6, die BVP auf 3,8 und die DVP auf 10,1 Prozent kam. Die Gewinne blieben vor allem bei der DDP hinter den Erwartungen zurück; sie legte nur um ein halbes Prozent auf nun 6,3 Prozent zu. Schien auch

der dramatische Wählerschwund der Demokraten gestoppt, führte dies nicht zu einem Rückgang bei den mittelständischen Interessenparteien. Vielmehr erhöhte die WP ihre Anteile um fast ein Drittel auf nun 2,3 Prozent der Stimmen (11 Sitze). Allerdings entfiel auf die zahlreichen Aufwertungsgruppen zusammen nur noch ein Prozent der Stimmen und musste etwa die DSP ihre vier Mandate vom 4. Mai 1924 alle wieder abgeben, während auch der deutschnationale Landbund zwei von seinen zehn Mandaten einbüßte.

Stärker als frühere Reichstagswahlkämpfe wurde der vom Herbst 1924 durch Fragen der Taktik und Bündnispolitik geprägt, die sich zur symbolpublizistischen Abstimmung über die Verfassung steigern sollten. Die vor allem von der DNVP und der DVP forcierte Parole „Schwarz-weißrot gegen Schwarzrotgold“ suggerierte das Bild zweier großer Verfassungslager und symbolisierte auch für Hellmut von Gerlach den Reichstagswahlkampf, wobei er das Ergebnis als ein „Plebiszit für die Republik“ wertete. So standen den 10,4 Millionen monarchistischen Stimmen von DNVP, DVP und BVP knapp 14 Millionen Stimmen der Reichsbannerparteien gegenüber, während 3,6 Millionen radikal wählten und 2,5 Millionen auf die „sonstigen“ Parteien entfielen. Nach Gerlach habe damit auch die große Mehrheit der Deutschen am 7. Dezember nachträglich die Dawesgesetze gebilligt, die im Wahlkampf eine überwältigende Rolle gespielt hätten. Ungeachtet dieser positiven Tatsachen würde die Regierungsbildung schwer werden, wobei alles vom Zentrum abhängе. Reichskanzler Marx, so die Überzeugung Gerlachs, werde sich aber keinem Bürgerblock voranstellen, weil er seinen „ganzen Wahlkampf gegen die Nationalisten und für die schwarzrotgoldene Fahne“ geführt habe¹³⁶². In der Tat sah der Zentrumsolitiker angesichts der Zunahme der Deutschnationalen nur zwei Mehrheitsmöglichkeiten nach dem 7. Dezember: den Rechtsblock oder eine große Koalition, die jedoch von der DVP schon deshalb für unmöglich erklärt wurde, weil die SPD den Wahlkampf mit dem „deutlichen Ziel des Linksblockes“ geführt habe. Besorgt und überrascht zeigte sich Marx über die Art und Weise, wie die DNVP im Herbst 1924 wieder gegen den Dawesplan und die Verfassung polemisierte, was ihm der auf den Bürgerblock drängende DVP-Fraktionsvorsitzende Ernst Scholz auszureden versuchte: „Jede Koalition sei unmöglich, wenn man nicht den Wahlkampf vergesse“¹³⁶³. Die DVP, die den Wahlkampf unter der Koalitionsparole für eine Rechtsregierung geführt hatte, konnte aber mit dem mageren Ergebnis von 51 Mandaten

auch kaum zufrieden sein, obwohl ihre Presse das Scheitern des „Linksblocks“ betonte und die Forderung nach einer „Regierung der bürgerlichen Volksparteien“ wiederholte. In den letzten Wahlkampfwochen seien das Reichsbanner und sein „Riesenapparat“ zu einer „Offensive gegen Schwarz-weiß-rot“ übergegangen, die alle „Grenzen des Anstands“ verletzt habe. Diese Agitation habe als „psychologische Reaktion“ die ehemals völkischen Wähler in die DNVP „hineintreiben“ müssen¹³⁶⁴.

Auch die Abnahme der extremen Fundamentalopposition links und rechts konnte die Regierungsbildung nach dem 7. Dezember 1924 nicht erleichtern. Die KPD hatte eine Niederlage erlitten, weil sie sich nach Meinung von Arthur Rosenberg mit ihren nationalistischen Parolen gegen die Verständigungspolitik in Widerspruch zur herrschenden Volkstimmung gesetzt habe. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1924 habe außerdem als „objektiver“ Grund für ihren Stimmenverluste gewirkt. Die auf Berlin – wo sie kaum verloren hatte – fixierte Führung der KPD gewann dem Ergebnis noch positive Seiten ab, weil der von den „schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-gelben Feinden der Arbeiterklasse“ erhoffte Zusammenbruch der Partei abgewendet worden sei¹³⁶⁵. Als ein „Wahlsieg der Republik“ feierte die demokratische Presse den Ausgang der dritten Reichstagswahlen vom Dezember 1924, obwohl sich speziell die DDP mehr erhofft hatte. Als bedenklich empfand Gertrud Bäumer, dass der Wahlkampf im Herbst 1924 vor allem „gefühlsmäßig“ und um „Symbole“ geführt worden sei. Zwar habe sich die Entscheidung am 7. Dezember um die Frage Republik oder Monarchie gedreht, doch gebe es auch „schwarzweißrote Republikaner“ oder Politiker, die nicht die Monarchie wiederherstellen wollten. Allerdings sei die Gemeinsamkeit von DNVP und DVP im Wahlkampf soweit getrieben worden, dass schwarzweißrote Zettel mit dem Appell „Wählt Liste 2 oder 5!“ bewusst die Parteigrenzen aufgehoben hätten. Unversöhnlich habe sich so vor dem 7. Dezember das „schwarzweißrote mit dem schwarzrotgoldenen Deutschland“ beföhdet, klagte die liberale Politikerin¹³⁶⁶.

Diese symbolische Frontstellung bildete in der Tat das hervorsteckendste Merkmal der wahlpropagandistischen Auseinandersetzungen im Herbst 1924 und erhielt gesteigerte Bedeutung vor dem Hintergrund der gleichzeitig abgehaltenen Preußenwahlen. Die verfassungsoptionelle Propaganda suchte und fand ihr spezielles Feindbild im „System Severing“, wie Preußens große Koalitionsregierung unter Führung der SPD diskreditiert wurde. Dass sie nach der Wahl im Dezember 1924 von

der DVP formell gekündigt wurde, war noch vor Bildung einer neuen Reichsregierung Indiz für die zukünftige Rechtsentwicklung in Deutschland. Aus den wirtschaftlichen Verteilungskämpfen der postinflationären Krise resultierte trotz außenpolitischer Entspannung im Herbst 1924 eine deutliche propagandistische Verschärfung der innen- beziehungsweise verfassungspolitischen Fronten. Im Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 formierten sich dabei bereits die „Blöcke“ der Reichspräsidentenwahlen im folgenden Frühjahr. Dieser Aufmarsch von zwei sich jeweils aus mehreren politischen Teilkulturen zusammensetzenden Verfassungslagern könnte – wenn auch zeitlich und inhaltlich begrenzt – die Fragmentierungsthese der politischen Kulturforschung zur Weimarer Republik zumindest in Frage stellen. Freilich sind bereits an die innere Konsistenz eines schwarz-rot-goldenen „Reichsbannerlagers“ starke Vorbehalte zu knüpfen, vor allem hinsichtlich der Unterstützung von seiten des Zentrums¹³⁶⁷. Auf der anderen Seite bildete zwar der Antimarxismus in Gestalt der Forderung nach Abwahl des Sozialdemokraten Ebert, dessen Amtszeit als Reichspräsident im Frühjahr 1925 auslief, das einigende Band im „nationalen“ Lager vor dem 7. Dezember. Der Kampf um Wählerstimmen sah aber auch im Verhältnis der schwarz-weiß-roten Parteien untereinander und erst recht zu den ohnehin aus der Lagertheorie herausfallenden Völkischen mehr Trennendes als Gemeinsames. Die Wahlpropaganda der Parteien zog die ideologische Grenze zum Gegner vielmehr um so schärfer, je näher man sich bei den Zielen oder Parolen in der Werbung um die gleichen Wählergruppen kam.

Kapitel 9

„Bürgerblock“ oder „soziale Republik“ – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928

Die Weimarer Republik schien nach 1925 trotz steigender Staatsverschuldung und einer sich 1927 weltweit ankündigenden Agrarkrise eine relativ stabile Phase der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung mit günstigen Konjunkturdaten und fallenden Arbeitslosenziffern zu erleben. Wahlkampf und Wahl zum Reichstag fanden im Frühjahr 1928 in einer für gemäßigtes Abstimmungsverhalten günstigen Situation statt und galten der Forschung gemeinhin als das Gegenteil einer Krisenwahl wie der vier Jahre zuvor. Im Spiegel jüngerer Arbeiten müssen die letzten „pre-depression“-Wahlen vom 20. Mai jedoch weniger als Zeichen der Stabilisierung denn der zunehmenden Desintegration betrachtet werden, welche die Symptome der Krise bereits in sich trugen. Der Zerfall der im Januar 1927 gebildeten Mitte-Rechtskoalition von DNVP, Zentrum, BVP und DVP kündigte sich bereits Anfang 1928 in der Phoebe-Film-Affäre an, über die der langjährige Reichswehrminister Otto Geßler stolperte. Angesichts der näher rückenden Neuwahlen nahm innerhalb der Koalitionsfraktionen der Kompromisswille zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen rapide ab, auch in der DNVP, die den Mittelparteien weit gehende Zugeständnisse gemacht hatte, etwa bei der Verlängerung des Republikschutzgesetzes oder der Annahme des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, dem 1927 nach langen Verhandlungen eingeführten Prunkstück der Weimarer Sozialpolitik. Zwischen den Parteien des vierten Kabinetts Marx hatte sich ein erbitterter Streit über die in Weimar nicht geregelte Frage des Reichsschulgesetzes entzündet, die insbesondere für das Zentrum sowohl materiell wie symbolisch von zentraler Bedeutung war. Die Fronten gingen quer durch die Koalition.

DNVP und die katholischen Parteien sahen sich an der Seite der Kirchen, die ihren öffentlichen Einfluss stärken wollten, dem vehementen Widerstand der DVP gegenüber. Der vom deutschnationalen Reichsinnenminister Walter von Keudell vorgelegte „christliche“ Entwurf sah die Zulassung von Bekenntnisschulen in Ländern mit bereits vorhandenen Simultanschulen vor, was einer Rekonfessionalisierung des Schulwesens gleichkam. Selbst ein Brief von Reichspräsident Hindenburg, in dem dieser am 9. Februar 1928 Reichskanzler Marx vor einer Regierungskrise wegen der Schulfrage warnte, konnte das Ende des von Anfang an brüchigen „zweiten Bürgerblocks“ nicht verhindern. Nachdem der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien am 15. Februar festgestellt hatte, dass das Reichsschulgesetz gescheitert sei, erklärte das Zentrum erwartungsgemäß die Koalition für aufgelöst. Während sich BVP und DNVP dieser Auffassung anschlossen, bestritt die DVP, dass das Schulgesetz die alleinige Grundlage der Koalition gewesen sei¹³⁶⁸.

Unter der Bedingung einer baldigen Reichstagsauflösung einigten sich die Parteien auf die Annahme eines begrenzten „Notprogramms“ zur Erledigung dringender Aufgaben durch das geschäftsführend amtierende Kabinett Marx. Am gleichen Tag, an dem nach fast sechsjähriger Dauer das Urteil im Barmat-Prozess verkündet wurde, verabschiedete der Reichstag am 30. März den Haushalt für 1928 einschließlich des Ergänzungsetats, der ein besonderes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft umfasste. Schon einige Tage vorher hatte er den Wehr- und Marineetat mit den Mitteln für die erste Rate zum umstrittenen Bau des Panzerschiffes „A“ gegen die Stimmen der Opposition von SPD, KPD, DDP sowie einigen Wirtschaftsparteilern verabschiedet. Durch dieses Prestigeprojekt wollten die Militärs das Reich auf ein langfristiges Aufrüstungsprogramm in den engen Grenzen des Versailler Vertrages festlegen. Am Tage der Reichstagsauflösung, dem 31. März, kam es auf Initiative des sozialdemokratisch regierten Preußen zu einer Entschließung des Reichsrates, in der die Reichsregierung ersucht wurde, mit Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage die Arbeiten für das Panzerschiff – ausgenommen die reinen Konstruktionsarbeiten – nicht vor dem September 1928 aufzunehmen. Dann, so die Hoffnung der SPD, welche die Rüstungsgelder lieber für soziale Zwecke ausgeben wollte, würden die Pläne noch einmal – von einer nun sozialdemokratischen Reichsführung – geprüft und schließlich verworfen. Der Panzerkreuzer sollte aber bereits im bevorstehenden Wahlkampf den Linksparteien ein Stichwort liefern, „wie

sie es sich zündender kaum hätten wünschen können“, wiederholte zuletzt Heinrich A. Winkler eine gängige Forschungsmeinung¹³⁶⁹.

Auf außenpolitischer Bühne, wo nach den Verträgen von Locarno und dem Völkerbundeintritt Deutschlands Windstille geherrscht hatte, kam es im Frühjahr 1928 kurz vor den Reichstagswahlen durch die amerikanisch-französische Initiative zur Ächtung des Krieges als Mittel der Politik zu neuer Bewegung. Am 27. April stimmte die Reichsregierung dem bald so genannten Briand-Kellog-Pakt in der Erwartung zu, dass damit die Abrüstungsfrage neue Impulse erhalte und sich Deutschlands Chancen auf Gleichberechtigung langfristig erhöhen würden. Des Weiteren zog die DNVP die deutsche Verständigungspolitik bewusst in den Wahlkampf hinein, indem ihr Vorsitzender Graf Westarp in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1928 das angeblich allgemein anerkannte „Fiasco“ der Stresemann-Politik konstatierte¹³⁷⁰. Den „Abschiedstag“ des dritten Reichstages der Weimarer Republik, der bereits völlig im Zeichen des anlaufenden Wahlkampfes stand, empfanden konservative Abgeordnete wie der Deutschnationale Reinhold Quaatz als „lärmend und wenig würdig“¹³⁷¹.

In den Regionalwahlen 1927/28 waren keine durchschlagenden Trends zu beobachten, allenfalls eine Fortsetzung der seit dem im Ergebnis zwar fehl geschlagenen, aber eindrucksvollen Fürsten-Volksentscheid vom Sommer 1926 datierenden gemäßigten Linksentwicklung und der interessenpolitischen Segmentierung des Weimarer Parteiensystems. Bei der am 29. Januar 1928 in Mecklenburg-Strelitz nach nur sechsmonatiger Legislaturperiode abgehaltenen Wahl gewannen außer den Sozialdemokraten nur noch Interessenparteien wie die WP, die ihre Anteile zusammengekommen von 18,4 auf nun 21,9 Prozent steigern konnten. Alle anderen Parteien verloren um die zwei Prozentpunkte, wobei sich der seit 1924 kontinuierliche Rückgang der extremen Rechten fortsetzte. Gewinner der Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 19. Februar waren außer der DVP, deren Anteile auf 12,5 Prozent stiegen, die Demokraten, die auf nun 12,8 Prozent der Stimmen kamen. Stärkste Partei blieb trotz empfindlicher Verluste der demokratische Koalitionspartner SPD mit 35,9 Prozent, vor der KPD mit 16,6 und der DNVP mit 13,7 Prozent, die beide knapp zwei Prozent ihrer Stimmenanteile abgaben. Bemerkenswert war der Rückgang der WP um über ein Drittel ihrer Stimmen auf nun 2,9 Prozent sowie der Sprung der NSDAP um 0,7 auf nun 2,2 Prozent der Stimmen. Eine Art Stimmungsbarometer nach der Reichstagsauflösung stell-

ten die Wahlen in dem kleinen Land Schaumburg-Lippe dar, bei denen sich am 29. April wie in Hamburg eine knappe Linksmehrheit ergab. Im Grunde wurde seit dem Fürsten-Volksentscheid mit einer Verlagerung der Machtverhältnisse nach links bei den Reichstagswahlen gerechnet, die am 20. Mai 1928 unter anderem wieder zusammen mit der zum preußischen Landtag stattfand, der ebenfalls vorzeitig aufgelöst wurde. Hellmut von Gerlach gab einer allgemeinen Erwartung Ausdruck, wenn er nach über vier Jahren rein bürgerlicher Regierung im Reich Gewinne für die SPD und in geringerem Maße für die ebenfalls oppositionelle DDP prognostizierte. Wie noch vor keiner anderen Weimarer Reichstagswahl konnten die republikanischen Kräfte im Frühjahr 1928 berechtigten Anlass zum Optimismus haben¹³⁷².

„Schluss mit dieser Bürgerblockwirtschaft!“ – Die Sozialdemokraten kämpfen für die „soziale Republik“

Die seit Ende 1923 auf der Oppositionsbank im Reichstag sitzende SPD fühlte sich vor dem 20. Mai 1928 angesichts der Konsolidierung der Republik sowie den Zerwürfnissen im bürgerlichen Lager wieder im Aufschwung. Ihr Kieler Parteitag von 1927, dessen Hauptthema die „Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ waren und der das den Bauern weit entgegenkommende Agrarprogramm verabschiedete, stand bereits unter dem Motto: „Durch die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus“. Der Kampf für das Gewerkschaftsprogramm der Wirtschaftsdemokratie sei nun zur „unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung“ geworden¹³⁷³. Zugleich stabilisierte sich die innerparteiliche Lage und konnte der Sachsenkonflikt weitgehend beigelegt werden, während die Parteigründung der ASPD durch ehemalige sächsische Parteifunktionäre bedeutungslos blieb. Obwohl sie in der Debatte um das Notprogramm der Regierung Kompromissbereitschaft zeigte, gab sich die SPD Anfang März 1928 gegenüber den Anhängern unter der Losung: „Die Arbeit gegen das Kapital“ betont kämpferisch. Der „Bürgerblock“-Gedanke sei nach dem Scheitern des Schulgesetzes endgültig tot, sodass der „Kampf um die Erneuerung des politischen Lebens“ Deutschlands beginnen könne¹³⁷⁴.

Der am 22. April 1928 veröffentlichte Wahlaufruf des Parteivorstandes erklärte den kommenden Mai zum „Schicksalsmonat“, weil an sei-

nem ersten Tag – dem Weltfeiertag der Arbeit – die Werk­tätigen zur Demonstration für Achtstundentag, Frieden und Sozialismus aufgerufen seien und am dritten Sonntag über die „Demokratisierung“ des Weimarer Staates entscheiden könnten. Schwer habe in den letzten Jahren die „Herrschaft der Reaktion“ auf diesem gelastet und einen „Stillstand in der auswärtigen Politik“ verschuldet. Ungewöhnlich für die SPD war, dass sie neben der Forderung nach endgültiger Begrenzung der Reparationen die „Befreiung der Rheinlande von fremder Besatzung“ zur nächsten, gar „unaufschiebbaren“ Aufgabe erklärte. Unter solch außenpolitischen Vorzeichen forderte sie den Reichstagswähler auf, am 20. Mai „gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für die Befreiungspolitik und die Friedenssicherung“ zu stimmen. Im Innern würde die Fortsetzung einer Bürgerblockregierung den Bestand der Weimarer Sozialpolitik ernstlich gefährden, wie die SPD anhand des für unzureichend erklärten Arbeitszeitgesetzes und des „entsetzlichen Wohnungselends“ verdeutlichte. Ohne das Panzerschiff-Projekt direkt zu erwähnen, wies ihr Aufruf auf das „unwürdige Spiel“ hin, das die Regierung mit dem „hohen Volksgut“ der Schule getrieben habe, und forderte eine „gerechte“ Steuer- und Finanzpolitik, die neue unnötige Rüstungsausgaben vermeide. Angesichts der kommunistischen „Zerstörungsarbeit“ rief sie die Arbeiterschaft zur „Sammlung unter der Fahne der großen Partei der Sozialdemokratie“ auf. Den deutschnationalen Forderungen nach mehr Macht für den Reichspräsidenten antwortete man mit Parolen, welche republikanisches Verfassungsdenken und sozialistische Staatsutopie auf einen Nenner zu bringen versuchten: „Schutz der Republik, Durchsetzung der vollen Demokratie und durch die Demokratie Verwirklichung des Sozialismus, das ist das Endziel unseres Kampfes“¹³⁷⁵.

Im Stile radikaler Opposition zogen die Sozialdemokraten im Frühjahr 1928 einen klaren Trennungsstrich zur Reichsregierung, die mit pejorativen Pauschalisierungen wie „Besitzbürgerblock“ oder „Kapitalistenblock“ das überragende Feindbild ihres Wahlkampfes darstellte. Gemäß der Devise: „Schonung des Besitzes! Stärkste Belastung der besitzlosen Schichten!“ sei in den letzten Jahren ausschließlich zugunsten der Schwerindustriellen, der Großgrundbesitzer sowie der „Fürsten und Standesherrn“ regiert worden, wofür jetzt der Wähler mittels einer Linkswahl die „Quittung“ geben werde. Nur zehn Milliarden Mark hätten die „Reichen und Reichsten“ seit 1924 zur Bestreitung der Staatsaufgaben aufbringen müssen, gegenüber zwanzig Milliarden der „besitzlosen“ Schich-

ten – Anlass für die Propaganda der SPD, im Frühjahr 1928 den bürgerlichen Parteien die Interessen eines großen „Volksblocks des deutschen Arbeitsvolks“ entgegenzustellen. Statt der als „Meilensteine der reaktionären Bürgerblockpolitik“ bezeichneten Schutzzölle und Verbrauchssteuer forderte sie die Beseitigung aller Steuern auf „lebensnotwendigen“ Verbrauch und radikale Abkehr von der „Hochschutzzollpolitik“. Stärkster Beweis für die ungerechte Interessenpolitik des letzten Reichstages war der SPD, dass die bürgerlichen Parteien fünf Millionen Mark zur Durchführung der Schulspeisung ablehnten, aber zugleich neun Millionen für einen „nutzlosen Panzerkreuzer“ bewilligten und damit weitere 500 Millionen Mark für den Flottenbau aufbringen wollten.

Dass die SPD den Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1928 unter der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ in erster Linie gegen dieses Prestigeobjekt der Reichsmarine und die im Haushalt vorgesehene Steigerung der Rüstungsausgaben geführt habe, gehört zum Gemeingut der Weimar-Forschung. Tatsächlich stand der Panzerkreuzer aber nicht im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Wahlpropaganda. Nur zwei von 51 Flugblättern akzentuierten den Kampf gegen ihn mit Parolen, welche den 20. Mai allerdings dramatisch zum Volksentscheid über seinen dank der SPD bereits verschobenen Bau sowie die Höhe der Wehrausgaben stilisierten¹³⁷⁶. Unter dem Eindruck der Haushaltsdebatte fragte sie nach dem finanzpolitischen Sinn eines Panzerschiffes, das lediglich einigen Marineoffizieren bessere Aufstiegsmöglichkeiten verschaffe und deshalb als „unproduktive“ Ausgabe abzulehnen sei. Dem Appell: „Schluss mit dieser Bürgerblockwirtschaft!“ entsprach ein demonstrativer Siegeswille der SPD, die sich als „Partei aller Bedrückten in Stadt und Land“ im Frühjahr 1928 die Erringung der politischen Macht zum Ziel setzte: „Die Arbeit gegen das Kapital! Dem Volk die Macht! Dem Volke Brot, Freiheit und Frieden! Vorwärts zur sozialen Republik!“¹³⁷⁷

Wie gewohnt entnahm die Wahlpropaganda der SPD ihre Themenschwerpunkte im Frühjahr 1928 der Sozialpolitik, ohne dass eine bestimmte Einzelfrage akzentuiert, vielmehr stereotyp die „reaktionäre“ Gesamtrichtung der letzten rein bürgerlichen Reichsregierungen bekämpft wurde. So polemisierte sie gegen deren ursprünglich toleriertes Arbeitsprogramm, das als „Notsteigerungsprogramm“ firmierte, hinter dem die „soziale Reaktion“ in Gestalt der Großkapitalisten stehe, die den Staat als Machtmittel gegen das Volk und damit alle missbrauchten, die „von ihrer eigenen Arbeit leben: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gelehrte,

Kleingewerbetreibende, Kleinbauern“. Ohne Sozialdemokratie sei dagegen auch keine Sozialpolitik möglich. Damit auch der „Arme einen Anteil am Glück der Erde“ habe, kämpfte sie für „menschenwürdige“ Löhne und kürzere Arbeitszeiten, aber auch für eine „gerechte“ Aufwertung und bessere Staatsfürsorge sowie für die „Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden“, so das Motto der dem bürgerlichen „Trümmerfeld des Schulgesetzes“ im Frühjahr 1928 entgegengestellten „Kulturforderungen“. Oberstes Ziel der SPD sei der „soziale und kulturelle Aufstieg des gesamten Volkes“. Der Achtstundentag tauchte nur im Rahmen der Maifeiern als Hauptparole der SPD auf, die um so mehr bestrebt war, ihre „praktische Arbeit“ für die Werktätigen in der Opposition als „Etappe zum Sozialismus“ auch materiell erfolgreich darzustellen, schließlich habe nur die Angst vor der SPD den Bürgerblock davon abgehalten, seine „letzten Pläne“ zu verwirklichen¹³⁷⁸. Den Dawesplan, dessen Revision bereits vor Beginn des ersten Normaljahres am 1. September 1928 selbst vom Reparationsagenten Parker Gilbert offen diskutiert wurde, setzte ihre Wahlpropaganda in Bezug zur angeblich trostlosen Wirtschaftslage Deutschlands. Außenpolitische Parolen der sich hier auch mit nationalistischer Rhetorik profilierenden SPD waren die „fühlbare Herabsetzung der Daweslasten“ sowie die „rascheste Befreiung“ der noch besetzten Gebiete. In der Agitation gegen den Panzerkreuzerbau verband sich im Frühjahr 1928 ihre Opposition gegen den sozial- und verfassungspolitisch „reaktionären“ Bürgerblock mit dem Kampf für Völkerversöhnung und Weltfrieden, da die gegnerischen „Parteien des Krieges und des Kapitals“ schon wieder zu neuem Blutvergießen rüsten wollten¹³⁷⁹.

Die SPD führte im Frühjahr 1928 gewissermaßen einen Koalitionswahlkampf unter negativen Vorzeichen, insofern ihre **Hauptstoßrichtung** gegen den „Bürgerblock“ zielte, gegen den sich 27 von 51 Wahlflugblättern richteten, die typischerweise mit ideologischen Gegenüberstellungen wie „Arme“ und „Reiche“, „Volk“ und „Besitz“, oder „Kapital“ und „Arbeit“ argumentierten. In der Agitation gegen den Bürgerblock, dessen Regierung auch nach dem 20. Mai als Schreckbild suggeriert werden sollte, gab es freilich Abstufungen einer Feindbildhierarchie der SPD zu erkennen. So betrachtete sie als ihre schärfsten Kontrahenten im bürgerlichen Lager die Deutschnationalen – mit einigem Abstand vor Zentrum und der insgesamt vernachlässigten DVP. Parteipolitischer Hauptgegner der SPD waren jedoch zielgruppenabhängig die „Arbeiterfeinde“,

die Kommunisten, die im Bündnis mit den deutschnationalen „Liebedienern der Monarchie“ stünden¹³⁸⁰.

Alle Gegner der SPD, von den bürgerlichen „Besitzparteien“ und den kommunistischen „Helfern des Rechtsblocks“ bis hin zu den vielen „Splitterparteien“ wie der NSDAP oder der WP sammelten sich unter der Parole „Korruption, Barmat und Ebert!“ Doch die eigentlichen Skandale geschähen im „Lager der Schwarz-Weiß-Roten“, spottete die SPD über die Phoebe-Affäre als Missgeschick in der „nationalen Wahlküche“. Das stärkste Argument gegen die KPD stellte wie in früheren Wahlkämpfen der stereotype Vorwurf dar, sie hemme durch Spaltung und „Verrat“ der deutschen Arbeiter deren sozialen Aufstieg. Die „Moskauer Pfeifen“ verträten nur verbal Arbeiterinteressen und seien tatsächlich eine „Stütze der Reaktion“, deren Kandidaten Hindenburg sie schon 1925 entscheidende Wahlhilfe geleistet hätten. Den RFB-Verbotsversuch von Reichsinnenminister Keudell entlarvte die SPD als „alten Taschenspielertrick“, der den Kommunisten nur „Agitationsbälle“ zuwerfe, bei denen sich nach dem Zusammenbruch der weltrevolutionären Hoffnungen eine neue „Zahmheit des Tones“ gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapitalismus bemerkbar mache. Indem sie intensiv auf die Wahlparolen der KPD einging, ließ sich die SPD im Frühjahr 1928 zu einem guten Teil durch die aggressivere Propaganda des Gegners die Themen diktieren¹³⁸¹.

Sah man in den Kommunisten den Hauptkonkurrenten um städtische Arbeiterschichten, wurden die Deutschnationalen bekämpft, weil sie sich jetzt wieder vor den Wahlen besonders landarbeiter- und bauernfreundlich gaben. In Wahrheit seien sie jedoch „Gegner des kleinen Mannes“, nämlich die „Partei der Junker und Schlotbarone“, deren Ziel einzig der Wiedererrichtung einer „überheblichen Adels Herrschaft“ sei. Die deutschnationalen Absichten illustrierten der „ostpreussische Junker“, der „kaiserliche Offizier auf dem Kasernenhof“ sowie die „berücktigten Bilder großagrarischer Ausbeutung auf dem Lande“. Ebenfalls ohne echte politische Inhalte repräsentiere die insgesamt aber zurückhaltender angegriffene DVP die „Allmacht des Großkapitals“, dessen Interessen von der SPD gleichgestellt wurden mit „Hungerlöhnen für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Vernichtung des Mittelstandes“¹³⁸².

„Sie ist nicht für die Republik, sie ist nicht für die Monarchie, die brave Zentrumsparterie, sie ist für die Verfassung“, höhnte die SPD über die „Wandlungsfähigkeit“ des Zentrums, das helfe, das Brot zu verteuern und

die christlichen Arbeiter auf das Jenseits zu vertrösten. Unter dem Druck der „Großkapitalisten“ habe es sich dem „Block gegen die sozialdemokratischen Arbeitermassen“ angeschlossen, sei aber durch ihre „liberalen, kulturkämpferischen Koalitionsbrüder“ in der Schulfrage enttäuscht worden. Um den „Abmarsch der Republikaner“ und der Arbeiter aus der Partei aufzuhalten, habe das Zentrum jetzt Joseph Wirth als Aushängeschild auf einen sicheren Platz der Reichsliste platziert. Die Mexiko-Propaganda, mit der es die deutschen Katholiken zu mobilisieren versuche, wurde als „Vergiftung des öffentlichen Lebens“ in Deutschland verurteilt¹³⁸³. An den Demokraten, ihrem potenziellen Koalitionspartner, kritisierte die SPD, dass ihnen das Privateigentum „heilig“ sei und sie die „Sehnsucht nach dem Manchesterliberalismus“ zu Interessenvertretern des Bankkapitals, der Beamtenschaft und der freien Berufe mache. Abgesehen von gelegentlichen Polemiken gegen die „Renegatentruppe“ der ASPD, die sich als „Handlanger der Reaktion“ betätige, erachtete die SPD im Frühjahr 1928 alle „Splitterparteien“ für so unbedeutend, dass sich eine Kritik erübrige. Spezifische Feindbild-Argumentation entwickelte sie nur gegen die NSDAP, die wie alle völkischen „Hetzapostel“ abgewirtschaftet habe und sich als „Verräter Südtirols und des deutschen Burgenlandes“ offenbare. Weil sie Deutschland mit Gewalt erneuern wollten, stünden die extremen Rechtsparteien in einer Front mit den Kommunisten. Typisch waren Bildpostkarten der SPD, auf denen ein Arbeiter beim „großen Reinemachen“ am 20. Mai mit „Kommunisten“, „Deutsch-National“ und „Völkisch“ bedruckte Zettel wegfegte, um so für „Recht und Ordnung“ Platz zu schaffen¹³⁸⁴.

Im Mittelpunkt der **sozialdemokratischen Adressatenwerbung** standen im Frühjahr 1928 wieder die Arbeiter, an die spezifisch ein Viertel von 51 Wahlflugblättern gerichtet war, während alles in allem etwa zwei Drittel den größeren Kreis des „schaffenden Volkes“ oder der „arbeitenden Stände“ ansprachen, was sowohl Arbeiter, Angestellte und Beamte als auch Kleingewerbe und Landvolk umfaßte. In der berufsspezifischen Zielgruppenhierarchie folgten den Arbeitern die Beamten, an die immerhin vier von 51 Flugblättern adressiert waren. Die Versuche der SPD, die Stimmen der Angestellten für sich zu gewinnen, fielen ebenso wenig ins Gewicht wie ihre Mittelstandspropaganda. Signifikant umworben wurden dagegen die Frauen sowie in geringerem Maße die Jugend und die Landarbeiter, an die sich spezifische Flugblätter zusammen mit den Kleinbauern richteten. Mit Blick auf die Sparer und Inflations-

opfer warb die SPD im Frühjahr 1928 um die „breite Masse der Minderbemittelten“ und bemühte sich, als die „Partei der Wohlfahrt für alle“ zu erscheinen, deren oberster Grundsatz das Allgemeinwohl sei¹³⁸⁵.

Gemäß ihrer allgemeinen Stoßrichtung gegen die „Reaktion“ und ihre Helfershelfer warnte die SPD die „breite Masse“ des Volkes, namentlich aber Arbeiter, Angestellte und Beamte vor den sozialen Kosten eines falschen Stimmzettels am 20. Mai, wie Erhöhungen der Lebensmittelzölle, der Mieten und der Verbrauchssteuern. Ausdrücklich machte sie sich unter der Parole „Wir wollen Brot und Leben!“ die Sache aller Minderbemittelten zu eigen: Alle „durch die Steuerpolitik des Bürgerblocks Ausgeplünderten, alle durch den Aufwertungsschwindel Betroffenen, alle, die bessere Gesellschaftszustände herbeisehnen, kurzum alle Unterdrückten wählen sozialdemokratisch!“¹³⁸⁶ Zwar wurden auch die Kleingewerbetreibenden von der SPD zum „werktätigen“ Volk gezählt, aber nicht mit spezifischen Parolen umworben. Aus der Perspektive der Landarbeiter, die ihre Klassenlage erkennen sollten, forderte sie dagegen die Kleinbauern auf, die „falsche Front“ zu verlassen und mit den Arbeiter- und Verbrauchermassen gegen ihre „natürlichen Feinde“, die Großgrundbesitzer, zu kämpfen. Ihr Kieler Agrarprogramm von 1927, das die Anerkennung des bäuerlichen Eigentums, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, gerechte Besteuerung und eine ländliche Sozialpolitik vertrat, fand sich jetzt in Form von Versprechungen der SPD wieder, der „werteschaffenden Landbevölkerung“, Arbeitern wie Bauern, zu helfen und ihre Not „an der Wurzel“ fassen zu wollen. Dazu stellte sie ihnen einen solch umfangreichen Katalog konkreter Maßnahmen wie keiner anderen Berufsgruppe in Aussicht, vom Ausbau der Sozialversicherung bis hin zum großzügigen Bau von Eigenheimen auf dem Land¹³⁸⁷. Indem sie in Abwehr eines „deutschnationalen Sudelblattes“ den Angestellten vorführte, wie die „politische Reaktion“ im Zusammenspiel mit den Unternehmern auf ihre Einfalt spekuliere, versuchte sich die SPD als ihre Interessenvertretung zu empfehlen, der sie Achtstundentag, Sonntagsruhe und Tarifverträge verdankten. Bislang sabotierten aber die bürgerlichen Parteien auch bewusst eine „Besserstellung der unteren und mittleren Beamten“. Speziell die Polizeibeamten stellte man im Frühjahr 1928 vor die Alternative, entweder wieder zu „monarchistischen Bütteln“ zu werden oder in der Demokratie mit freiheitlichem Beamtenrecht und ausreichender Besoldung dem ganzen Volk zu dienen¹³⁸⁸.

Den Frauen präsentierte die SPD im Frühjahr 1928 einen aktuellen „politischen Küchenzettel“, auf dem die Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch die Zollpolitik des Bürgerblockes ganz oben stand. Zur Mobilisierung einer größeren Zahl von weiblichen Wählern aus dem Bürgertum scheute sich die SPD nicht, die Frauen in Entlehnung rechts-extremer Vokabeln aufzufordern, das „Doppeljoch“ entzweizubrechen: „Brecht die Not der Sklaverei! Brecht die Sklaverei der Not! Brot ist Freiheit, Freiheit ist Brot!“¹³⁸⁹ Für „stärkere Mitarbeit der jungen Generation in Staat und Wirtschaft“ lautete die Parole, unter der die SPD die Millionen von Jung- und Neuwählern im Frühjahr 1928 gewinnen wollte. Habe der „kaiserliche Militärstaat“ für die Jugend nur Kasernen und Krieg gebracht, sei heute in der Republik bereits jeder Zwanzigjährige ein „freier und gleichberechtigter Staatsbürger“. Diejenigen aber, die nicht zur Wahl gingen, seien schließlich selbst schuld, wenn die „Arbeit“ mit noch mehr Steuern belastet und der „Besitz“ weiter geschont werde. Wählten alle „Schaffenden“, die zwei Drittel des deutschen Volkes darstellten, geschlossen sozialdemokratisch, würde es in Deutschland bald „anders“ werden¹³⁹⁰. Unter diesen Vorzeichen führte die SPD im Frühjahr 1928 einen offensiven Wahlkampf, dessen allgemeinem „Abrechnungs“-Appell gegen den Bürgerblock alle tagespolitischen Einzelparolen untergeordnet wurden. Indem der Akzent ihrer Gegnerbekämpfung auf der Regierung des „Rechtsblocks“ und den Deutschnationalen lag, weckte sie Erwartungen auf eine Weimarer Koalition beziehungsweise politische Wende in Gestalt einer „Linksregierung“. Zugleich hielt sie sich aber die Option einer Großen Koalition offen und verschonte aus taktischen Gründen die DVP weitgehend von grobschlächtigen Angriffen. Auffälligstes Kennzeichen ihrer Zielgruppenpolitik waren die zumindest rhetorisch breitgefächerten Werbebemühungen der SPD, die auch damit Bereitschaft zur Übernahme der Regierung im Reich signalisierte.

Die „gekündigte Regierungspartei“ – Rückkehr der Deutschnationalen zur alten Anti-„System“-Parole

Nach dem Scheitern des Keudellschen Schulgesetzentwurfes und dem Bruch der Mitte-Rechts-Koalition im Februar 1928 befand sich die DNVP in der unangenehmen Lage einer „gekündigten Regierungspartei“. Kaum jemand glaubte, dass sie wieder in der nächsten Reichsregierung vertre-

ten sein werde, zumal sie die Erwartungen vieler mittelständischer Wähler von 1924 insbesondere in der Aufwertungsfrage enttäuscht hatte. Innerparteilich verhärteten sich die Fronten zwischen dem alldutschen Flügel unter Hugenberg, der jede Mitarbeit der DNVP in der Republik strikt ablehnte, und der altkonservativen, aber pragmatisch denkenden Parteiführung um Graf Westarp, während der DHV-Vorsitzende Walter Lambach die monarchistische Restaurationsforderung der DNVP offen für überholt erklärte. Vor der Frage, einen defensiven Wahlkampf zur Rechtfertigung ihrer Regierungsmitarbeit 1925 und 1927/28 zu führen oder mit den alten radikalen Parolen gegen die Republik in die Offensive zu gehen, entschied sich die DNVP für Letzteres in Form einer Kampf-ansage an die Außenpolitik Stresemanns¹³⁹¹.

Ihr am 19. April 1928 gemeinsam mit dem Aufruf für die Preußenwahlen veröffentlichter Reichstagswahlaufzug bezog scharf Stellung gegen den Verständigungskurs der Reichsregierung, da das Motto lautete: „Ziel unseres politischen Kampfes ist Deutschlands Befreiung von äußerer und innerer Knechtschaft“. Im Stile rechtsradikaler Opposition listete die DNVP die angeblichen Versäumnisse der Stresemann-Politik auf, da der Rhein immer noch „fremdes Joch“ trage, an den deutschen Grenzen weitere „offene Wunden“ klafften und die „Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege“ die nationale Ehre beschmutze. Von der DNVP angeblich niemals geteilt, seien die „Illusionen von Locarno, Genf und Thoiry“ jetzt verfliegen, betonte ihr Aufruf angesichts der andauernden „Verknechtung“ Deutschlands. Die von ihr dagegen verlangte „nationale“ Außenpolitik wolle den Frieden erhalten, allerdings „mit ehrlicher Verständigung, die das Lebensrecht und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes“ achte. Zweite, nicht weniger zur oppositionellen Profilierung geeignete Schwerpunktsetzung der DNVP war die Forderung nach Umbau der Weimarer Verfassung. Der „uneingeschränkten Alleinherrschaft“ der Parlamente, die nur zu Regierungskrisen, öffentlicher Verschwendung und Steuerdruck führe, setzte sie ihren Ruf nach „mehr Macht“ für den Reichspräsidenten entgegen. Vor allem mit Blick auf die parallelen Landtagswahlen in Preußen übte man sich in schärfster Polemik gegen die „rote Parteipolitik“ und den „unwürdigen Verdrängungsfeldzug gegen das unvergängliche Symbol des nationalen Gedankens“, die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Der Aufruf an die Reichstagswähler schloß mit der Beschwörung des „Volkspartei“-Charakters der DNVP, die alle „Stände“ umfasse und also schon durch ihr Dasein die Klassenkampfleh-

re widerlege: „Wer Deutschlands Stärke will und Frieden und Ordnung, wer sich für Christentum, Vaterlandsliebe und deutsches Lebensrecht entscheidet, der wählt die Partei der deutschen Zukunft, der wählt Deutschnational!“¹³⁹²

In Abgrenzung zur offiziellen deutschen Außenpolitik empfahl sich die DNVP im Frühjahr 1928 wieder als nationalistische Kraft, die vor allem für die Beseitigung der „Skavenketten von Versailles“, die Befreiung von der „Dawessklaverei“ und für die Totalrevision der Reparationen, kurz, für die „Rettung deutschen Landes in West und Ost“ kämpfe. Aktuell müsse ein drohendes „Ostlocharno“ abgewendet und statt dessen die „unmögliche“ Grenze im Osten des Reiches geändert sowie für Vereinigung mit Österreich, Rückgabe der Kolonien sowie eine „amtliche Aufrollung der Kriegsschuldlüge“ gesorgt werden. Um die enttäuschten Anhänger im inflationsgeschädigten Mittelstand von dem für sie mageren Resultat zweier Bürgerblock-Kabinette unter deutschnationaler Beteiligung abzulenken, spekulierte die DNVP mit scharfen Attacken gegen „Stresemanns Illusionspolitik“ auf antirepublikanische Stimmungen. Schon immer habe sie deren „Methoden“ abgelehnt und auch in der Regierung gemeinsam mit Hindenburg eine „weit schärfere Vertretung“ der deutschen Belange gegenüber dem Ausland gefordert¹³⁹³.

Das entsprechende Wahlkampfmotto und zugleich der wichtigste Slogan der DNVP vom Frühjahr 1928 lautete daher „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ Durch Beseitigung von Artikel 54 der Weimarer Reichsverfassung sollte der „Absolutismus“ der Parlamente und durch Personalunion von Reichspräsident und preußischem Staatspräsident die „Wühlarbeit“ des sozialdemokratischen Preußen gegen das Reich beendet werden, so eine spezielle Wahlkundgebung der DNVP zur „Verfassungsfrage“. Unter der Parole „Vorwärts mit Bismarck“ sagte sie dem Weimarer „System“, vor allem aber seiner angeblich verschwenderischen Ausgabenwirtschaft, den Kampf an. Ihr Wahlprogramm zum 20. Mai war ausdrücklich an die „Hindenburg-Wähler“ von 1925 adressiert, die dem „ehrwürdigen greisen Führer“ des deutschen Volkes das „Bitterste für seinen Lebensabend, das Joch sozialistischer Herrschaft“ im Reich ersparen sollten, indem sie auch jetzt wieder „Schwarz-Weiß-Rot“ wählten: „Herum mit dem Steuer! Der Staat muss sparsamer wirtschaften! Weg mit dem überspannten Parlamentarismus!“¹³⁹⁴

Im Innern war die DNVP spürbar um eine positive Bilanzierung ihrer „sachlichen Arbeit im Dienste des Vaterlandes“ in der Regierung be-

müht. Als Anlass des Koalitionsbruches sorgte das Reichsschulgesetz dafür, dass sich ihre Propaganda im Frühjahr 1928 intensiver als in früheren Wahlkämpfen auf kulturpolitischem Gebiet zu profilieren versuchte. Gescheitert sei der Keudellsche Entwurf an der DVP, weil sie vor einer längerfristigen Bindung an die Koalition des „nationalen, christlichen Rechtsblocks“ zurückgeschreckt sei. Um Christentum und Deutschtum gleichermaßen gegen den „Ansturm materialistischer Irrlehren“ zu schützen, forderte die DNVP auch im Wahlkampf ein Schulgesetz, dessen „christlich-deutsch-völkischer Geist“ dafür Sorge, dass die Jugend in „Ehrfurcht vor der großen Vergangenheit und den ewigen sittlichen Gesetzen“ heranwache¹³⁹⁵.

In der Aufwertungsfrage trat sie die Flucht nach vorne an und setzte sich gegen den Vorwurf zur Wehr, in der Reichsregierung ihre umfangreichen Wahlversprechen von 1924 nicht eingelöst zu haben, und konterte vor dem 20. Mai mit eigenen „Aufwertungstatsachen“. Danach habe die DNVP keine übertriebenen Forderungen etwa auf hundertprozentige Aufwertung, sondern die Berücksichtigung des „wirtschaftlich Möglichen“ propagiert, was einschlägige Zitate beweisen sollten¹³⁹⁶. Vor dem Hintergrund der aktuellen Agrarkrise erklärte man allerdings die „Rettung der Landwirtschaft“ zur innenpolitisch dringlichsten Aufgabe im Frühjahr 1928. In einer speziellen agrarpolitischen Kundgebung des Parteivorstandes wurde die „grundsätzliche Abkehr“ von der gegenwärtigen Handelspolitik sowie vor allem die sofortige Einführung höherer Schutzzolltarife verlangt, die denen des Auslands angepaßt seien. Wer darüber hinaus wolle, dass in der deutschen Wirtschaft der „Terror gegen Nichtsozis“ aufhöre und für „Beschäftigung und Brot“ gesorgt werde, müsse der DNVP wieder maßgeblichen Einfluss in der künftigen Regierung geben, den sie unter Verweis auf die Schaffung der Arbeitslosenversicherung auch „wieder im Sinne der werktätigen Bevölkerung“ auszuüben versprach¹³⁹⁷. Frage des 20. Mai sei, ob in Deutschland das „Rot“ der SPD oder das alte „Schwarz-weiß-rot“ herrschen solle, stilisierten die Deutschnationalen den Wahltag wieder zum Zweikampf zwischen „Liste 1: Neue Revolution, Inflation und Not“ und „Liste 2: Christliche und nationale Politik, Ruhe und Ordnung“. Mit Blick auf Preußen akzentuierten sie den Kampf gegen die „rote Misswirtschaft“ und empfahlen sich Reichstags- wie Landtagswählern als die „große Rechtspartei“, die für die „wahre Volksgemeinschaft aller Deutschen“, für Umwandlung Preußens „aus einem roten Parteistaat in eine Stütze des Reiches“

sowie „als letztes Hochziel für Wiederaufrichtung eines Volkskaisertums auf Bismarckscher Grundlage“ kämpfte¹³⁹⁸.

Grundsätzlich überlagert wurde die **Gegnerbekämpfung** der DNVP im Frühjahr 1928 durch die Suggestion einer großen Richtungswahl zwischen Deutschnationalen und dem „Marxismus“ in Gestalt der SPD, die spezifisch in 36 von 106 Flugblättern bekämpft wurde. Auch die Pamphlete, die gegen „Links“ sowie gegen das „System“ der Republik polemisierten, dienten in erster Linie der Bekämpfung dieses Hauptfeindes. Stärkere Beachtung schenkte die DNVP daneben noch – im Zusammenhang mit dem Schulkampf – dem Zentrum sowie der neuerdings als „verfassungstreu“ eingestuften DVP, während die DDP als wichtigster bürgerlicher Bündnispartner der Marxisten hinsichtlich einer befürchteten Regierungsbildung nach Vorbild der preußischen „Linksregierung“ angegriffen wurde. Insbesondere an die Adresse der bisherigen bürgerlichen Koalitionspartner und ihrer Anhänger gerichtet, hieß es in diesem Sinne warnend: „Siegt links, dann geht Gewalt vor Recht“¹³⁹⁹.

Die Flugblätter der DNVP präsentierten dem „deutschen Volksgeossen“ im Frühjahr 1928 die verzerrt gezeichneten Typen eines Lumpenproletariats der KPD, eines hetzenden Juden, eines französischen Offiziers sowie eines sozialdemokratischen Bonzen als die „wahren Beherrscher Deutschlands“. Um die befürchtete Koalitionsbildung der Mitteparteien mit der SPD zu hintertreiben, legte die DNVP den Finger verstärkt auf Differenzen im „Reichsbanner-Lager“, etwa indem Zentrum und DDP vor Augen geführt wurde, dass sie sich in der „falschen Front“ befänden. In Abwehr der bereits für alles kommende Unheil verantwortlich gemachten „Linksregierung“, dem Pendant zur Bürgerblock-Agitation der SPD, versuchten sich die Deutschnationalen als „Bollwerk gegen die Revolution“ zu profilieren. Niemand außer ihnen sei stark genug, in Preußen-Deutschland die „rote Partei-Herrschaft“ sowie die „Marxisten“ zurückzudrängen, hinter denen bereits die „bolschewistischen Totengräber“ sichtbar seien und die unter Berufung auf Bismarck als die „schlimmsten Feinde des deutschen Volkes“ bezeichnet wurden. Der SPD müsse die „schwarz-rot-goldene Maske von der blutroten Fratze“ gerissen und ihr „frevelhaftes Spiel mit dem deutschen Arbeiter“ entlarvt werden. Sei sie früher noch eine „proletarische und ehrliche“ Partei gewesen, übe sie heute mit „innigen Beziehungen zur jüdischen Finanz“ nur noch „bewussten Arbeiterverrat“¹⁴⁰⁰. Gegen die KPD, die „feindliche rote Bruderpartei“ der Sozialdemokraten, beschwor die DNVP in

erster Linie Schreckensbilder aus Russland, wo Chaos und Hunger herrsche, um den eigenen Parolen von „Ruhe und Sicherheit“ größere Wirkung zu verschaffen. Im Wahlkampf terrorisierten KPD und ihr RFB das „anständige Bürgertum“, rechtfertigte die DNVP den Verbotsantrag Keudells¹⁴⁰¹.

Mit den Demokraten, die völlig im „Schlepptau“ der SPD segelten, beschäftigte sich die DNVP vor allem wegen der ihnen unterstellten Koalitionsabsichten. Die Sammlungsappelle der „charakterlosen Mitte“ jetzt vor der Wahl wirkten aber nur noch lächerlich, weil die seit 1919 beständig „zusammengehauene demokratische Gesellschaft“ bald gar keine Wähler mehr haben werde¹⁴⁰². Aber auch die DVP lasse diesmal „im Linksorchester ihr Lügentrompetchen“ gegen die Deutschnationalen erklingen. Im Stillen hoffe sie auf eine Große Koalition, um ungestört den „Stresemann-Kurs der Verständigungspolitik ohne Gegenleistung“ fortsetzen zu können. Ihre innenpolitische Wahlparole laute „Dienst am Staat“, also für die Republik und damit „Verrat an der schwarzweißroten Front“¹⁴⁰³. Obwohl man im aktuellen Schulstreit zusammen kämpfte, grenzte sich die DNVP gegenüber dem Zentrum kultur- beziehungsweise religionspolitisch scharf ab, indem sie dessen „Missbrauch der Kanzel“ zu politischen Zwecken anprangerte und sich selbst als betont „christliche“ Kraft für beide großen Konfessionen empfahl. Die katholischen Protestversammlungen zu Mexiko seien nur ein Wahlmanöver, weil das Zentrum zugleich nichts gegen die „Marterung der Deutschen Katholiken“ in Tirol unternehme¹⁴⁰⁴. Unter stereotyper Betonung ihres Selbstbildes der „stärksten bürgerlichen Partei“ agitierte die DNVP im Frühjahr 1928 nachdrücklich, wenn auch wenig einfallsreich gegen die kleinen Interessenparteien. Typisch waren die Einwände gegen die WP, deren „zu enges wirtschaftliches Ziel“ an den „ideellen Forderungen“ der Zeit vorbeigehe, die vielmehr nur den Mittelstand von „großen Rechtsparteien“ wie der DNVP abziehe und ihn damit im Kampf gegen den Sozialismus schwäche. Als Splitter qualifizierte sie im Frühjahr 1928 schließlich auch die ansonsten kaum beachtete NSDAP ab, die durch Ziele wie die „Nationalisierung“ des Kapitals eine „rein marxistische“ Einstellung offenbare. An die Adresse der im VNB zusammengeschlossenen Gruppen, darunter nicht zuletzt die Deutschkonservativen, appellierte man, der „konservativen Weltanschauung“ treu zu bleiben und deutschnational zu wählen¹⁴⁰⁵.

Obwohl landwirtschaftliche Interessenvertreter und der Hugenberg-Flügel große Finanzmittel bei der Kandidatenaufstellung einsetzten, galt für den Wahlkampf der DNVP im Frühjahr 1928 nach außen hin immer noch der Anspruch einer „nationalen Volkspartei“. Während die anderen Parteien „mehr oder weniger eng begrenzte Interessen von besonderen wirtschaftlichen Berufsgruppen“ verträten, erhielten in der DNVP alle „schaffenden Stände“ und Berufe eine angemessene Vertretung¹⁴⁰⁶. Ihre Flugblattpropaganda zeichnete sich dabei durch ein hohes Maß an berufsgruppenspezifischer Differenzierung aus – mit dem Akzent auf mittelständische Wählerschichten. Am stärksten umworbene Berufsgruppe waren die Arbeiter, an die sich – sowohl allein als auch zusammen mit den Angestellten als „Arbeitnehmerschaft“ – zwanzig von 106 Flugblättern richteten, gefolgt von den Gruppen des „Landvolks“ wie vor allem der Bauern. Auffallen konnte das intensive Bemühen um die Stimmen der Frauen, die in acht Flugblättern spezifisch angesprochen wurden. Mehr als andere Parteien kümmerte sich die DNVP vor dem 20. Mai auch um die „Nichtwähler“, deren Anwachsen sie fürchtete¹⁴⁰⁷.

Ihren potentiellen Wählern präsentierte sich die DNVP im Frühjahr 1928 mit zwei Gesichtern, sowohl als große rechte Volkspartei wie auch – zum Teil in einem Atemzuge – als die „nächst der sozialdemokratischen größte Arbeiterpartei“ oder die „größte Mittelstandspartei, trotz aller Splitterparteien“. In diesem Sinne warb sie um jede Berufsgruppe, angefangen von den „ehrlichen“ Arbeitgebern, die unter den „unerträglichen Steuerlasten“ litten, über die mittelständischen Handwerker, die der „sozialistische Regie-Betrieb“ zu schlucken drohe, bis hin zu den Arbeitern, deren „Bonzen“ von ihrem Elend profitierten¹⁴⁰⁸. Aus christlicher Überzeugung und mittels einer „gesunden“ Sozialpolitik, die den notwendigen „Willen zur Selbsthilfe“ nicht schwäche, setzte sich die DNVP die Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft zum Ziel. Nachdrücklich wies sie auf das „große Plus“ hin, das die letzte Reichsregierung in sozialpolitischer Hinsicht verbuchen könne, vor allem durch Schaffung der Arbeitslosenversicherung. In nur einem Jahr habe deutsch-nationaler Einfluss in der Regierung mehr zur „Besserung der Lage der Arbeiterschaft“ geleistet, als die SPD je erreicht habe. Vor dem Hintergrund des „Maifeierrummels“ der Linksparteien stellte die DNVP den Arbeitnehmern insgesamt „Verdienst und Brot“ in Aussicht und rief zum Kampf „gegen Proletarisierung, für Aufstieg und Fortschritt, für Standwerdung, Staatsbejahung und soziale Reformarbeit“ auf¹⁴⁰⁹. Als Teil die-

ser Propaganda entfaltete sie im Frühjahr 1928 beachtliche Anstrengungen, um die Stimmen der Arbeiterinnen und der Arbeiterfrauen für sich zu gewinnen. Die Deutschnationalen seien keineswegs die „Partei der besseren Leute“, sondern verträten Arbeiter und Bürger gleichermaßen, so der Appell an alle Frauen, „Aktivposten in der deutschen Volksgemeinschaft“ zu werden¹⁴¹⁰. Dagegen warnte die DNVP die Beamten vor falschen Freunden, die sie als bloßes Stimmvieh in eine „angebliche Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ einreihen wollten. Indem sie mit der Beseitigung der „roten Parteiwirtschaft“ materielle Dinge, wie feste Anstellung, bessere Besoldung sowie beruflichen Aufstieg nach „Maßgabe der Leistungen“ versprach, machte sich die DNVP die Hoffnungen und Interessen der Beamten zu eigen¹⁴¹¹.

Gegenüber dem selbständigen Mittelstand aus Handwerk und Gewerbe hieß es, dass seine Konkurrenz durch öffentliche Betriebe und große Warenhäuser sowie die Steuern und Wirtschaftsnot erst beseitigt würden, wenn sich Deutschland durch den „Zusammenschluss des Gesamtmittelstandes“ sowohl vom „inneren Terror der Marxisten“ als auch von der äußeren „Finanzknechtschaft“ befreit habe. Den Bauern stellte die DNVP in erster Linie konkrete Interessenförderung durch Befreiung von „unerträglichen“ Steuerlasten in Aussicht, statt derer günstige Kredite, ausreichender Schutzzoll sowie eine „bodenständige“ Handelsvertragspolitik ihre Not überwinden helfen sollten. Als Hauptfeind des Landvolks erschien die SPD, deren in die Praxis umgesetztes Agrarprogramm von 1927 dem Bauern durch Steuern die „letzte Kuh“ aus dem Stall ziehe sowie durch „billige Schlagworte“ Zwietracht zwischen den Landarbeitern und den Gutsbesitzer säe. Erinnert wurde an die „großen Verdienste“ des DNVP-Ministers Martin Schiele, der die deutsche Landwirtschaft durch Schließung der Zollgrenzen vor billiger Butter aus Dänemark und der Einfuhr von Schweinen aus Polen geschützt habe. Andererseits versprach die DNVP als große Volkspartei Millionen von „Verbraucher-Stimmen“ in die Waagschale zu werfen: „Für die Ernährungsfreiheit Deutschlands! Für angemessene und feste Preise! Für eine starke, gesunde Landwirtschaft!“¹⁴¹²

Analog zu ihrer weitgehend interkonfessionellen Argumentation in der Schulfrage stellte sie vor dem 20. Mai alle „Christen“ vor die Entscheidung zwischen Ausbau des christlichen Einflusses im öffentlichen Leben oder allgemeiner „Zucht- und Sittenlosigkeit“. Gleichzeitig akzentuierte die DNVP mit Spitze gegen das Zentrum wieder ihren katholischen

Vertretungsanspruch und sah sich andererseits veranlasst, die Protestanten vor der Deutschen Reformationspartei zu warnen¹⁴¹³. Gegenüber der bei dieser Wahl zahlenmäßig stark zunehmenden Gruppe der Jungwähler glorifizierte die DNVP-Flugblattpropaganda trotz innerparteilichem Widerstand gegen solch nostalgische Verklärung die Vorkriegszeit und das „klingende Spiel und den Glanz der alten Parade“. Wenn die Jugend auch den „undeutschen“ Parlamentarismus und die „öden Parteiprogramme“ der „Alten“ verachte, dürfe sie am 20. Mai doch nicht durch Wahlenthaltung deren System stärken¹⁴¹⁴. Militärische Obertöne besaß die umfangreiche Propaganda der DNVP an die Adresse der Wahlmüden, musste sie doch damit rechnen, dass Teile ihrer Anhängerschaft aus Enttäuschung über die Politik zu Hause bleiben würden. Unter Parolen wie „Wer nicht wählt, begeht Fahnenflucht!“ und „Nichtwahl bedeutet Linkswahl“ appellierte auch der Stahlhelm trotz aller Abneigung gegen das „System der Stimmzettel-Souveränität“, am 20. Mai wählen zu gehen¹⁴¹⁵.

Die DNVP führte im Frühjahr 1928 ungeachtet ihrer Regierungsverantwortung einen Wahlkampf im Rückgriff auf die alten erfolgreichen Anti-„System“-Parolen von 1924. Außenpolitisch reaktivierte sie in schroffer Frontstellung zu Stresemann ihre Opposition gegen Versailles, Dawesplan und Locarno. Schon vor der parteiinternen Machtübernahme und Radikalisierung durch Hugenberg verlegte sich die DNVP auf eine härtere Gangart gegen die Republik. Die mit der Parole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ aktualisierte Verfassungsfrage sollte sie als Systemgegner ausweisen, nachdem der monarchistische Slogan selbst innerparteilich mehr und mehr in Frage gestellt wurde und vor dem 20. Mai eine zugkräftige Wahlparole als Ersatz für „Schwarz-Weiß-Rot“ her musste. Gegen das verfassungspolitische Ausweichmanöver mit der Inbeschlagnahme des Reichspräsidenten bekundete jedoch nicht zuletzt dessen Büro deutliche Abneigung. Trotz offensiver nationalistischer Parolen gegen die Verständigungspolitik diktierten im übrigen die Gegner der DNVP ihr die Wahlkampfthemen wie das gescheiterte Schulgesetz oder die Aufwertungsfrage, vor deren Hintergrund sich kaum ein positives Bild über die deutschnationale Politik seit 1925 zeichnen ließ.

Das Zentrum als „christliche Volkspartei“ gegen „kulturkämpferischen Sozialliberalismus“

Im Frühjahr 1928 aktualisierte sich der Konflikt zwischen Partei und Ex-Reichskanzler Joseph Wirth, der 1925 als Vertreter des „sozialen und republikanischen“ Flügels die Reichstagsfraktion aus Protest gegen die Koalitionspolitik des Zentrums verlassen hatte. Trotz innerparteilicher Widerstände beschloss die Parteiführung, Wirth auf die Reichsliste für den 20. Mai zu setzen, um so den Wahlkampf in größerer Geschlossenheit führen zu können. Auf der Tagung des Reichsparteiausschusses Mitte April 1928 in Berlin erklärte Prälat Kaas, dass das Ziel des Zentrums bleibe, den Staat im Geiste „christlicher Demokratie“ unter Beteiligung aller „aufbaufähigen und lebendigen Kräfte des Gesamtvolkes“ weiterzuentwickeln. In den Worten von Reichskanzler Marx, dem unterdessen Führungs- und Amtsmüdigkeit nachgesagt wurde, wollte das Zentrum gemäß seinem alten Grundsatz „ohne jede Bindung nach Rechts und ohne jede Bindung nach Links“ kämpfen. Der Konflikt mit der BVP war weitgehend bereinigt und die beiderseitigen Interessengebiete nach dem Regensburger Abkommen vom November 1927 friedlich abgesteckt worden. Dass die Regierungskoalition über eine Streitfrage auseinanderbrach, die wie das Schulgesetz den Gegensatz der Konfessionen betraf, stellte für das Zentrum eine propagandistisch günstige Ausgangslage für den Reichstagswahlkampf dar. Andererseits konnte es kaum hoffen, seine kultur- und schulpolitischen Ziele in einer Mitte-Links-Regierung besser durchzusetzen, was den Ausgleichswillen der seit 1919 an jeder Reichsregierung beteiligten Partei eher schwächte¹⁴¹⁶.

Der größte Teil des unter dem Datum des 12. April 1928 veröffentlichten Wahlaufufes des Zentrums war dem Schulkampf gewidmet, wobei die Schuld am Scheitern des Gesetzes der „liberalen“ DVP gegeben wurde. Die Wähler und Wählerinnen hätten aber am 20. Mai darüber hinaus zu entscheiden, welche Richtung die deutsche Politik überhaupt nehmen werde und ob man „Kindern auch in Zukunft Arbeit und Brot, Alternden und Fürsorgebedürftigen und verarmten Kleinrentnern Stütze und Halt“ bieten könne, akzentuierte das Zentrum den betont „entscheidungsschweren“ Charakter der Wahl unter sozialen Aspekten. Nach Außen gehe es um die Fortsetzung der „deutschen Befreiungspolitik auf dem Boden der Völkerverständigung in einer wahrhaften europäischen Ordnung“. Im Innern trat das Zentrum für die Erneuerung der Verfas-

sung im Sinne „lebendiger Demokratie“ vor allem durch eine Reform des Wahlrechts ein. So wie alle „Erwerbsstände“ gleichmäßige Förderung vom Staat beanspruchen dürften, könne die aktuelle Not der Landwirtschaft nur als eine Angelegenheit „aller schaffenden Stände“ überwunden werden. Bezeichnenderweise verlor der Aufruf über den Panzerkreuzer kein Wort. Ohne näher auf zukünftige Einzelaufgaben eingehen zu wollen, pries das Zentrum seine staatspolitischen Verdienste seit den Tagen des „Umsturzes“. Auch jetzt, da die wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensätze wieder hart aneinander stießen und sich überall „unpolitischer Sondergeist“ ausbreite, vertrete man „Ideal und Wirklichkeit einer christlichen Staats- und Volkspartei“. All denen, die ein „aufrichtiges Ja für den heutigen Staat“ hätten und Deutschland wieder zur Weltgeltung verhelfen wollten, empfahl sich das Zentrum mit den Losungen: „Friede und Verständigung nach außen, Gerechtigkeit und wahre Volksordnung im Innern, das ist unsere Parole! Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“¹⁴¹⁷

Unterzeichnet war der Wahlauf Ruf im Namen der Zentrumsführung von Marx, dessen Bürgerblock-Kabinett innerparteilich nicht nur von Wirth kritisiert wurde. Bereits vor der Reichstagsauflösung waren Gerüchte aufgetaucht, wonach sich der Reichskanzler aus dem politischen Leben zurückziehen wolle. Im Vergleich zum letzten Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 und nach seiner missglückten Präsidentschaftsbewerbung vom Frühjahr 1925 fungierte Marx vor dem 20. Mai bereits in deutlich geringerem Maße als Aushängeschild des Zentrums. Charakteristisch für dessen Wahlkampf im Frühjahr 1928 war auch diesmal wieder der Anspruch, in der Agitation nicht wie die „falschen Propheten“ anderer Parteien auf Schlagworte und „ähnliche Rauschgifte“ vertrauen zu wollen. Gäbe es sonst keinen Grund, Zentrum zu wählen, müsse man es wegen seiner „Mittellinie“ wählen. Vor jedem tagespolitischen Einzelziel wurde seine Propaganda in diesem Sinne vom Appell: „Zentralisiert die Kräfte“ dominiert, was eine Zusammenfassung aller „aufbauwilligen“ Parteien für den Dienst an Volk und Staat bedeute. Getreu alten Grundsätzen versprach das Zentrum wie bisher mit dem „Mut zur Verantwortung“ und in vaterländischer Pflichterfüllung „gegen Kriegsgeist und Nationalismus, für Frieden und Völkerverständigung, gegen den Klassenstaat, für den Volksstaat, gegen die Plutokratie, für soziale Volksordnung, gegen Kultur-Liberalismus, für die christliche Schule, gegen die Diktatur, für die Demokratie“ einzutreten¹⁴¹⁸. Als Regierungspartei

musste dem Zentrum daran gelegen sein, über solche Programmziele hinaus konkrete Erfolge der deutschen Außen- und Innenpolitik vorzuweisen. Dazu wurde der Blick des Wählers aber nicht auf die Arbeit der letzten Regierung gelenkt, sondern die gesamte Nachkriegsentwicklung des Reiches als Erfolgsgeschichte bilanziert. Während Deutschland 1918 ein Trümmerhaufen gewesen sei, seine Führer geflohen und weite Gebiete in „Feindeshand“ seien, habe 1924 dank dem Zentrum der deutsche Wiederaufstieg eingesetzt und werde schon bald das Rheinland wieder frei und der Dawesplan revidiert sein: „Ein neues Großdeutschland frei von Ketten und militärischer Bewachung wird entstehen“¹⁴¹⁹.

Dem Bekenntnis zur äußeren Verständigungspolitik trat im Frühjahr 1928 eine „freudige Bejahung der Republik und ihrer Farben“ zur Seite, wie sie vom Zentrum vorher noch nicht bekannt war. Innenpolitisches Hauptthema bildete erwartungsgemäß der Streit um das Reichsschulgesetz, der von der katholischen Partei dazu benutzt wurde, ihrem Wahlkampf die dramatischen Akzente zu verleihen. So sah sie bereits wieder den „Terror der Kulturkampfzeit“ herannahen, da sich eine „liberal-kommunistische Einheitsfront“ auf kulturpolitischem Gebiet formiere. Fordere das Zentrum ein Reichsschulgesetz, das auf der Grundlage von Elternrecht und Gewissensfreiheit „allen Weltanschauungen freie Entwicklungsmöglichkeiten“ gebe, versuche der „kulturfeindliche Liberalismus“ in Gestalt der DVP – aufgeputscht von den Demokraten – mit aller Gewalt die Simultanschule einzuführen. Überall nähmen diese „religionslosen Sammelschulen“ bereits zu und drohe die deutsche Jugend ungeschützt dem „Schmutzkapitalismus“ in Literatur und Theater ausgeliefert zu werden. Dem stellte das Zentrum im Frühjahr 1928 sein Programm der „christlichen Weltanschauung in der gesamten Gesetzgebung und Volksordnung“ entgegen¹⁴²⁰. Zugleich versuchte sich die Regierungspartei im Wahlkampf als „christlich-soziale“ Kraft zu profilieren, die insbesondere für die „Schwachen“ eintrete und für mehr „sozialen Geist“ im Wirtschaftsleben bürge. Über vage Parolen für eine „gerechte, ausgleichende Steuerpolitik“ oder die „Zurückdrängung der Truste und Kartelle“ hinaus akzentuierte ihre Propaganda aber keine spezifischen sozial- oder wirtschaftspolitischen Themen. Hinsichtlich zukünftiger Koalitionen war zwar offizielle Parole, sich nicht festzulegen, jedoch verhüllte das Zentrum kaum, dass man die gegenwärtige Mitte-Rechts-Koalition als Auslaufmodell betrachtete. In der für ihre Agitation typischen Weise forderte die „Partei der lebendigen Mitte“ den Wähler zur Stand-

ortbestimmung am 20. Mai auf: „Schau nicht nach rechts, / Schau nicht nach links, / Der goldene Mittelweg, / Er ist der Beste, Liste 3“¹⁴²¹.

Überschattet durch den Schulkonflikt wurden alle **Gegner des Zentrums** in seiner Wahlpropaganda vom Frühjahr 1928 pauschal als „Parteien des Atheismus“ bekämpft, von den Sozialisten und Kommunisten, den liberalen Parteien bis hin zum „überspannten Nationalismus“ der Rechtsparteien und dem „einseitig mittelständlerischen Klassenkampf“ in Gestalt der WP¹⁴²². Die besondere Frontstellung der katholischen Partei galt in einem knappen Drittel von 32 Wahlflugblättern dem Feindbild des kulturkämpferischen „Sozialliberalismus“, einem „rot-blauen Block“, während parteipolitisch am stärksten gegen den bisherigen Koalitionspartner DNVP agitiert wurde. Noch vor traditionellen Feindbildern des Zentrums wie dem „Radikalismus“ richteten sich spezifisch fünf von 32 Flugblättern gegen die kleinen Interessenparteien¹⁴²³.

Für das Zentrum stellte vor dem 20. Mai der „Radikalismus in jeder Form“ – ob nun der politische „Terror des Sozialismus und Kommunismus“ oder die wirtschaftlichen „Herrschaftsgelüste der Reaktionäre und des Großkapitals“ – gleichwohl ein Hauptgegner dar, weil er dem Gedanken der „christlichen Volksgemeinschaft“ widerspreche, vielmehr „Klassenkampf und Kastengeist“ Vorschub leiste. Speziell die SPD wurde nach bewährtem Muster als „Partei der Phrase, des Scheins, der Agitation, der inneren Unwahrhaftigkeit, der Verantwortungslosigkeit“ bezeichnet. In den letzten vier Jahren habe sie – obwohl stärkste Fraktion – stets die Übernahme von Regierungsverantwortung aus Partei-rücksichten gescheut. Das Zentrum thematisierte in erster Linie die „Agitationspolitik“ der SPD, gegenüber der es sich besonders den „christlich denkenden“ Arbeitern als die pflichtbewusste „Partei des sozialen Gewissens“ empfahl. Heftig antwortete sie dem Vorwurf, wonach die Aufregung über die angebliche Katholikenverfolgung im sozialistisch regierten Mexiko lediglich ein Wahlmanöver sei, um die katholischen Arbeiter und Angestellten von der Bürgerblockpolitik des Zentrums abzulenken. Richtig sei vielmehr, dass die „mexikanischen Schrecken“ auch außerhalb Deutschlands für Empörung sorgten, allerdings außer im katholischen Lager ein „Komplott des Schweigens“ herrsche¹⁴²⁴.

Unter Beschwörung alter Kulturkampfszeiten brandmarkte das Zentrum die liberalen Parteien als Feinde von Freiheit und Recht in Deutschland, die getreu ihrer Geistestradi-tion den Staat über das Naturrecht der Eltern stellten und jetzt im Frühjahr 1928 wieder auf „die bekannte Li-

nie eines als ‚Liberalismus‘ ausgegebenen staatlichen Kulturabsolutismus“ einschwenkten. Zusammen mit den als „Einpeitscher“ fungierenden Demokraten sowie den Linksparteien habe die DVP einen „rot-blauen Block“ gegen das Zentrum und den Schulentwurf gebildet¹⁴²⁵. Obwohl sie nicht der kulturpolitischen „liberal-kommunistischen Einheitsfront“ angehörte, war der Koalitionspartner DNVP dennoch der im einzelnen am stärksten vom Zentrum angegriffene Gegner im Frühjahr 1928. Während sie in der Praxis keinerlei Verständnis für die „katholische Sache“ zeigten, buhlten die Deutschnationalen trotzdem wieder massiv um katholische Wähler. Als selbsternannte „Partei Hindenburgs“ vergifteten sie mit der Parole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ den Wahlkampf und brüskierten obendrein Hindenburg, der sich gegen jede parteipolitische Inbeschlagnahme wehre. Das deutschnationale Versagen in der praktischen Politik werde, warnte das Zentrum speziell die Bauern, die neugegründete Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei lediglich wiederholen¹⁴²⁶. Indem es den Gemeinschaftsgeist der Urfamilie als „Spiegelbild unserer heutigen zerrissenen großen Volksfamilie“ beschwor, versuchte das Zentrum alle „Splitterparteien“ bloßzustellen, die nur kritisieren und keinerlei „positive Erfolge“ vorweisen könnten, so insbesondere die WP. Ohne ein kultur- oder außenpolitisches Programm zu besitzen, mache sich diese Sondervertretung durch ihre einseitige mittelständische Ausrichtung wie die Sozialisten des „unchristlichen Klassenkampfes“ schuldig¹⁴²⁷.

Auch im Frühjahr 1928 war die Flugblattpropaganda des Zentrums in erster Linie an alle deutschen Männer und Frauen der „christlichen Volksgemeinschaft“ in Stadt und Land adressiert, die nicht „Stand gegen Stand, Beruf gegen Beruf, Klasse gegen Klasse, sondern Mensch zu Mensch, Familie zu Familie“ wählen sollten. Als Partei der Mitte wollte sie Wählerschichten gleich welcher Konfession um ihre Fahne sammeln, da bereits „alle Berufe, alle Stände neben- und miteinander“ in ihr wirkten. Dieses Volkspartei-Image galt nicht zuletzt gegenüber der katholischen Spezialklientel als stärkstes Argument, die spezifisch immerhin in einem knappen Fünftel von 32 Flugblättern und auch ansonsten – sei es durch Adressen im Text, sei es durch die Thematik oder Parolen – bevorzugt angesprochen wurde. Als berufsspezifische Zielgruppen des Zentrums traten die Arbeiterschaft und der selbständige Mittelstand hervor¹⁴²⁸.

Seiner Stammwählerschaft empfahl sich das Zentrum als „festes Bollwerk“ der deutschen Katholiken, gegenüber denen im Frühjahr 1928 mit

dem Schulkampf ein kulturpolitisch brisantes Thema akzentuiert werden konnte. Die allgemeinen Parolen für die Bekenntnisschule wurden von einer milieutypischen Argumentation spezifiziert, wonach dem katholischen Volk seine „religiösen und sittlichen Güter“ höher stünden als alle materiellen „Interessen“. Dem deutschen Katholiken liege aber nicht nur die Erziehung seiner Kinder und die „volle Freiheit“ seiner Kirche am Herzen, sondern er höre jetzt auch mit Entsetzen die Hilferufe der Glaubensgenossen in Mexiko, wo die Religion ähnlich unterdrückt werde wie in Sowjetrußland, dessen Schicksal auch Deutschland blühe, wenn der „gesamte Liberalismus“ am 20. Mai siegen würde. Speziell die „Diasporakatholiken“ bat das Zentrum um Verständnis, wenn es auch jetzt nicht möglich sei, in der Diaspora angemessenen Wahlkampf zu führen. Wahlmüdigkeit von Zentrumswählern sei aber andererseits nichts anderes als „Verrat an unserer katholischen Sache“¹⁴²⁹. In Abgrenzung vor allem zur „klassenkämpferischen“ WP empfahl sich das Zentrum den selbständigen Handwerkern und Kaufleuten als Interessenvertretung, die das Privateigentum gegen die „unsinnigen Bestrebungen marxistischer Sozialisierung“ schütze. Sieht man von dem Hinweis auf das kurz vor den Wahlen noch verabschiedete Notprogramm der Regierung für die Landwirtschaft ab, wurden den Bauern typischerweise keine materiellen Versprechen offeriert¹⁴³⁰.

Arbeiter, Angestellte und Beamte konfrontierte die Zentrumspropaganda im Frühjahr 1928 verstärkt mit der „sozialistischen Schaumschlägerei“ der Linksparteien, die ihnen das Blaue vom Himmel herab versprächen und so unmögliche Hoffnungen weckten. Die Lage der deutschen Arbeiter habe sich aber bereits seit der Inflation stetig verbessert, nicht nur sei die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, sondern auch die Not der Erwerbslosen durch eine eigene Versicherung erheblich gemildert¹⁴³¹. Den Jungwählern signalisierte das Zentrum zwar Verständnis, wenn sie von dem „Parteigezänk“ nichts wissen wollten, weil es der Volksgemeinschaft wenig dienlich sei. Der Aufruf der Windhorstbünde wandte sich aber mit kräftigen Worten gegen die Wahlfaulheit, die „Spießbürger“ schon in jungen Jahren ereile und gegen die politische Entschlusskraft und Verantwortungsfreudigkeit propagiert wurden¹⁴³². Die Frauenpropaganda des Zentrums akzentuierte zwar kulturpolitische Parolen, versuchte aber auch durch Analogien zur Lebenswelt der Frauen die eigene Vermittlerrolle in der Politik zu rechtfertigen. Tagtäglich sei doch die Hausfrau gezwungen, Konzessionen zu machen, um die Ordnung in ih-

rem „Kleinstaate“ aufrechtzuerhalten: „Weshalb also verargst du die um der Sache willen unumgänglichen Kompromisse deiner Partei, die als Partei der Mitte die Brücke bilden muss zwischen rechts und links!“¹⁴³³

Dem sich in der Regierungsverantwortung mehr und mehr abnutzenden Zentrum fiel es vor dem 20. Mai 1928 schwerer als in früheren Reichstagswahlkämpfen, eine zündende Wahlparole zu finden. Der Eindruck Karsten Rupperts, wonach man deshalb aus Verlegenheit wirtschaftliche Fragen akzentuierte, bestätigt sich im Spiegel der Flugblatt- und Pressepropaganda allerdings nicht. Vielmehr antwortete das Zentrum mit einer „kulturkämpferischen“ Agitation, die auch auf Nebenschauplätze wie Mexiko auswich, auf das Scheitern des Schulgesetzes, angesichts dessen die Bilanz des vierten Kabinetts Marx auch aus Zentrumsicht negativ ausfallen musste. Die Partei des Reichskanzlers gab sich wenig Mühe, den Koalitionsfrieden nach außen hin zu wahren, sondern profilierte sich in der Schulfrage mit extrem scharfen Feindbildern als „Bollwerk“ der Katholiken und des „christlichen Volkes“ gegen eine „liberal-kommunistische Einheitsfront“. Wegführend von materiellen Tagesproblemen wurde ansonsten Rückschau über zehn Jahre Zentrums politik in der Republik gehalten, zu der sich im Reichstagswahlkampf Anzeichen eines stärker affirmativen Verhältnisses fanden. Die Berufung auf das „Mysterium“ des Zentrums und die kulturkämpferischen Obertöne kündigten im Frühjahr 1928 bereits die Kurskorrektur an, die in der Forschung gemeinhin mit dem Kölner „Parteitag der Besinnung“ vom folgenden Oktober symbolisiert wird¹⁴³⁴.

„Im Geiste Bismarcks und Hindenburgs mit Stresemann für's Neue Reich“ – Die Deutsche Volkspartei

Die DVP musste den Wahlkampf im Frühjahr 1928 aus der wenig verheißungsvollen Position einer Partei heraus führen, die wesentliche Mitverantwortung für die Reichspolitik seit 1923/24 trug, aber in den Augen der Öffentlichkeit durch ihre Ablehnung des Keudellschen Schulgesetzes maßgeblich den Bruch der bürgerlichen Regierungskoalition verschuldet hatte. Angesichts dessen mutete es wie Zweckoptimismus an, wenn sie Anfang April 1928 meldete, dass nichts ihre „Siegeszuversicht“ besser veranschauliche als die Wahlkreiskandidatur Stresemanns in Bayern. Anders als bei früheren Reichstagswahlen sei aber, so der Ehrenvor-

sitzende Geheimrat Kahl, am 20. Mai nicht über „wesentlich neue große politische Probleme“ zu entscheiden¹⁴³⁵.

Nachdem Stresemann die Wahlpropaganda der DVP bereits mit Spitze gegen das Zentrum unter dem Motto „Kein Kulturkampf – Dienst am Staate“ eröffnet hatte, charakterisierte den am 23. April 1928 veröffentlichten Wahlauf Ruf des Zentralvorstandes eine betont um Ausgleich bemühte Geste. Die DVP empfahl sich darin als „Partei des Wiederaufbaus“, die stets ihre Versprechen gehalten und „praktische Arbeit“ geleistet habe, sowohl im Reich als auch in Preußen, wo vielmehr nun schon seit Jahren eine Linksregierung „unfruchtbare Politik“ betreibe. Nach diesem Seitenhieb gegen das Weimarer Koalitionsmodell wandte sich der Aufruf seinem Hauptthema zu: der zur einzigartigen Erfolgsgeschichte stilisierten Außenpolitik des „Führers der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann“. Durch sie habe sich das Reich seit 1923 innerhalb weniger Jahre wieder eine „geachtete und gefestigte Stellung“ in der Welt zurückerobert und „fühlbare Erleichterungen“ in den besetzten Gebieten erreichen können. Dennoch blieb der Katalog außenpolitischer Ziele lang und reichte von der „unverzüglichen völligen Befreiung der Rheinlande von fremdem Joch“, einer „erträglichen“ Gestaltung der Reparationen bis hin zur Änderung der „unmöglichen“ deutschen Ostgrenze und zu dem Anspruch auf neue koloniale Betätigung, an dem die DVP „unverrückbar“ festhalte. In der Innenpolitik wurde neben dem Erhalt eines „kräftigen Bauernstandes“ dem ganzen Mittelstand besondere Fürsorge sowie ein Rentenversorgungsgesetz versprochen. Über allem stand die Stresemannsche Parole „Dienst am Staat“, mit der die DVP ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer künftigen Reichsregierung signalisierte: „Wer seine nationale Gesinnung nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat bewahren, wer im Sinne liberaler Weltanschauung für die Freiheit des Geistes und der Lehre eintreten, wer im Sinne einer gesunden praktischen Realpolitik am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten will, der wähle: Deutsche Volkspartei, Liste 4“¹⁴³⁶.

In ihrer Wahlpropaganda vor dem 20. Mai 1928 akzentuierte die DVP das Selbstbild einer „bewährten Partei des deutschen Bürgertums“, die allein für „nationalen Aufstieg und äußere Freiheit“ Deutschlands bürge. Ihre Politik sei nicht nur von Verantwortung und Vernunft geprägt, sondern stehe in der Kontinuität der „großen, auf Bismarck zurückreichenden nationalen und liberalen Traditionen“. Höhepunkt des mit dem Parteivorsitzenden als Aushängeschild außenpolitische Akzen-

te setzenden Wahlkampfes der DVP im Frühjahr 1928 bildete der sprichwörtliche und bald berühmte Plakatslogan: „Was gehn Dich denn die Andern an, / Du wählst wie Gustav Stresemann“. Sein krankheitsbedingter Ausfall im Wahlkampf leistete dabei einer überragenden Präsenz in der bildlichen und schriftlichen Reklame der DVP eher noch Vorschub. In ähnlicher Form und Absicht präsentierte sie „Bismarckworte zur Wahl“ und spannte sowohl den Eisernen Kanzler als auch den Reichspräsidenten direkt für ihre Wahlpropaganda ein: „Im Geiste Bismarcks und Hindenburgs mit Stresemann für's Neue Reich“¹⁴³⁷.

Weil die DVP nach der Novemberrevolution den Einfluss der Linksparteien erfolgreich eingedämmt und seit 1923 das größte Verdienst an dem Aufschwung Deutschlands habe, könne sie mit mehr Recht als andere den Titel der „eigentlichen Staatspartei“ für sich beanspruchen. Unter dem Motto „Das freiheitlich-vaterländisch gesinnte Bürgertum erwacht!“ präsentierte sie im Frühjahr 1928 ein Wahlprogramm, das an erster Stelle den Kampf „gegen alle Angriffe auf Recht und Eigentum, gegen Sozialismus und Kommunismus, gegen würdelosen Pazifismus“ versprach. Ins Positive gewendet hieß das, „für sparsame Wirtschaft, für Senkung steuerlicher Lasten, für deutsche und christliche Kultur“ einzutreten. Innenpolitisch dominierte allerdings die Parole „Schulfrieden, nicht Schulkrieg“, unter der die DVP vor dem 20. Mai ihr Ziel wiederholte, ein „christliches und deutsches“ Reichsschulgesetz schaffen zu wollen, das die staatliche Hoheit über die Schule wahre und gegen „Klerikalisierung und Konfessionalisierung“ sowie die einseitig „überspannten“ Absichten von Zentrum und DNVP schütze¹⁴³⁸. Auf wirtschaftlichem Gebiet versuchte sich die DVP wie in den Wahlkämpfen von 1924 vor allem als Interessenvertretung des selbständigen Mittelstandes zu profilieren. Weil der Kampf gegen das „freie“ Unternehmertum in der Hauptsache auf dem Gebiete der Steuerpolitik geführt werde, forderte sie die Beseitigung des „unerträglichen Steuerdrucks und der sozialen Überlastung“, worin die größten Hemmnisse für die Gesundung der Wirtschaft sowie für eine „günstige Entwicklung der Lebenserhaltung aller Stände“ gesehen wurden. Um das „zu viel Regierung, zu viel Behörden“ zu überwinden, engagierte sich die DVP für eine „organische“ Weiterentwicklung der Verfassung und gegen die „Auswüchse des Parlamentarismus“¹⁴³⁹. Sozialpolitisch hatte sie auch im Frühjahr 1928 wenig mehr zu bieten als Parolen, wonach Grundlage jeder sozialen Politik nur eine „leistungsfähige“ Wirtschaft und das Privateigentum sein könnten. Der „Klassen-

kampf“ der SPD hemme dagegen den sozialen Fortschritt in Deutschland, der trotz schweren wirtschaftlichen Problemen in den Jahren bürgerlicher Regierung seit 1925 erreicht worden sei. Die Fortführung dieser Aufbauarbeit könne, so die koalitionspolitische Aussage der DVP, nur in einer „ehrlichen staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft unter Abschluss des Parteihaders“ geschehen¹⁴⁴⁰.

Mit Blick auf Preußen, von wo aus der „Sozialismus“ das Reich zu erobern drohe, führte die DVP ihren Wahlkampf im Frühjahr 1928 gegen die SPD und die preußische „Linksregierung“ der Weimarer Koalition, die auf Reichsebene ebenso verhindert werden müsse wie ein Anstieg des „Radikalismus“, womit man allerdings auch die beiden großen Flügelparteien meinte. Während sich 21 von 41 Flugblättern spezifisch gegen dieses Feindbild richteten, galt ein weiteres Hauptaugenmerk der DVP den „Splittern“, allen voran der WP. Vier Flugblätter griffen des weiteren die Kombination Zentrum und DNVP als Gegner im Schulkonflikt an. Vor allem wegen ihrer außenpolitischen Offensive gegen Stresemann bildeten die Deutschnationalen im Frühjahr 1928 erstmals einen Hauptgegner der DVP¹⁴⁴¹.

Die Auseinandersetzung der DVP mit ihren Gegnern lebte im Frühjahr 1928 wesentlich von dem Kontrast zwischen dem Selbstbild einer „Partei der sachlichen Arbeit“, die etwa betont „vernünftige“ Wirtschaftsziele vertrete, und den Parteien, die sich in radikaler Opposition mit „un erfüllbaren Versprechungen“ gegenseitig überböten. Sprachregelung war, dass KPD und SPD zwar die „äußerste Linke“ bildeten, aber gemeinsam mit den Nationalsozialisten, den „verkappten Anhängern des eigentumsfeindlichen Sozialismus“, zur Front der Feinde jeder privaten Wirtschaftsordnung zusammengefaßt wurden. So argumentierte die DVP im Frühjahr 1928 vor allem unter wirtschaftspolitischen Vorzeichen gegen die SPD und beschwor Zustände „wie in Russland“, die bei Verwirklichung ihres „internationalen Klassenkampfprogramms“ drohten. Die sozialen Verbesserungen der letzten Jahre hätten größtenteils im Kampfe gegen die Sozialdemokratie erstritten werden müssen, die deshalb zur „Reaktion von links“ gestempelt wurde¹⁴⁴². An ihre bisherigen bürgerlichen Koalitionspartner appellierte die DVP, die Gegensätze in der Schulfrage nicht noch weiter zu vertiefen. Das Zentrum habe aber keinen Zweifel daran gelassen, dass es „konservativ und kirchlich“ eingestellt und als „politische Schutzorganisation des deutschen Katholizismus“ an bestimmte Grenzen gebunden sei. Der als unnötig dargestellte Bruch der Koali-

tion über das Schulgesetz verdeutliche nur, dass ihm die Politik mit den Deutschnationalen „schon lange unbehaglich“ gewesen sei und der linke Flügel auch im Reich zur Koalition mit der SPD dränge. Weil die angeblich linksgerichtete DDP es schaffe, den Bau eines neuen Panzerkreuzers sowie in unverantwortlicher Opposition den Reichshaushalt abzulehnen, andererseits in Preußen nichts gegen die „drückenden“ Steuern unternehme, könne ihr kein staatspolitisch denkender Mittelständler am 20. Mai seine Stimme geben¹⁴⁴³.

Aus der Perspektive enttäuschter Anhänger von 1924 setzte sich die DVP im Frühjahr 1928 ausführlich mit den Deutschnationalen und ihrer „zerfahrenen“ Politik auseinander. Gegen ihre sich bereits wieder in „schärfster Opposition“ übende Wahlpropaganda wurde betont, dass Stresemanns Außenpolitik nach 1924 mit ausdrücklicher Zustimmung der DNVP fortgeführt worden sei. Weil sie jetzt dennoch von ihr aus rein wahltaktischen Gründen in den Wahlkampf gezogen werde, richtete die DVP zehn „Locarno-Fragen“ an die DNVP, um ihr die eigene „Erfüllungspolitik“ vor Augen zu führen. In der Praxis habe sie nicht nur den Kampf gegen die „Versklavung“ Deutschlands aufgeben müssen, sondern seien auch ihre hochtönenden Wahlversprechen wie etwa für eine 100prozentige Aufwertung als Phrasen entlarvt worden. Während die früheren Konservativen schon immer einem „verlogenen Nationalismus“ frönten, betreibe die NSDAP in der Südtiroler Frage schlichtweg „Verrat“ und werde ihre Wahlpropaganda gegen Stresemann mit italienischer Lire bezahlt¹⁴⁴⁴. Deutlich umfangreicher als früher war die Agitation, welche die DVP im Frühjahr 1928 gegen die „Interessenlisten“ entfaltete. Vor allem die „Bierbankpolitik“ der WP wurde als Gegenbild jeder „nationalen Realpolitik“ angegriffen. Damit keine Stimme sinnlos der „bürgerlichen Sache“ verloren gehe, müsse sich das gesamte „freiheitlich-vaterländisch gesinnte Bürgertum“ am 20. Mai für die DVP entscheiden¹⁴⁴⁵.

Vor jeder spezifischen **Adressatenwerbung** betonte die DVP im Frühjahr 1928 zunächst ihr Eintreten für den Ausgleich der Interessen aller „Berufsstände“ im Sinne der nationalen Volksgemeinschaft von Bürgern und Arbeitern¹⁴⁴⁶. Trotzdem weist ihre Flugblattpropaganda vor dem 20. Mai einige bevorzugte Adressaten auf, so vor allem die Berufsgruppen des selbständigen Mittelstands, an die spezifisch sieben von 41 Flugblättern gerichtet waren. Bedingt durch die thematische Schwerpunktsetzung des Wahlkampfes bildeten die Eltern und Lehrer einen wichtigen Ansprechpartner der DVP. Stärker als andere Parteien ver-

suchte sie die „Bürger“ zu gewinnen, während sich ihre Wahlpropaganda noch durch einen betont weiblichen Einschlag auszeichnete, insofern sich ihre Flugblätter stets auch explizit an die „Wählerinnen“ richteten¹⁴⁴⁷.

Gegenüber allen Adressatengruppen, die angesichts der gegenwärtigen Not zu Recht über die Parteien klagten, wies die DVP als „Partei der vernünftigen Leute“ immer wieder auf die notwendige Einigung zur „nationalen Front aller ehrlich Schaffenden in Stadt und Land“ hin. Zielgruppenspezifisch versprach sie den Schutz des „freien“ Unternehmertums vor allem im Mittelstand durch schärfste Bekämpfung jeder Sozialisierung und Kommunalisierung, um so der „privaten Leistung“ wieder größere Geltung zu verschaffen, das hieß in erster Linie die Konkurrenz der großen Warenhäuser und der Gemeindebetriebe abzubauen. Während ihre Gegner aus „großstädtischem Massenwahn“ heraus mittelstandsfeindliche Politik betrieben, habe die DVP dem deutschen Volk und den selbständigen „Berufsständen“ mit Stresemann einen Führer gestellt, der selbst aus dem Mittelstand komme¹⁴⁴⁸. Unter der Parole „Die Sozialdemokratie redet, die Deutsche Volkspartei handelt“ forderte sie die Arbeiter auf, sich nicht länger von der SPD – „von den Kommunisten gar nicht zu reden“ – täuschen zu lassen. In erster Linie der DVP hätten sie die „hervorragenden sozialpolitischen Leistungen“ des alten Reichstages zu verdanken, neben dem Arbeitszeitnotgesetz vor allem die Arbeitslosenversicherung. Unter Spekulation auf soziale Harmonie- und Aufstiegswünsche versuchte sie, die Arbeitnehmer von dem Gedanken der Sozialpartnerschaft zu überzeugen, indem sie ihnen verhieß: „Die Arbeitnehmer sind als Stand so wichtig wie die Unternehmer!“¹⁴⁴⁹ Gegenüber den Beamten thematisierte die DVP die nachempfundene Enttäuschung über die letzte Besoldungsreform, deren „mageres Ergebnis“ – tatsächlich immerhin durchschnittlich 17 Prozent der Bezüge – den Weimarer Koalitionsparteien angelastet wurde. Statt dem Gerede zu glauben, die DVP sei eine „Partei der Wirtschaft“, sollten sich die Beamten zusammen mit ihr der von den anderen Parteien geförderten „Interessenwirtschaft“ widersetzen¹⁴⁵⁰.

An die Adresse der Bauern hieß es, dass sich die DVP stets für Zollschutz der Landwirtschaft „im berechtigten Ausmaß“ eingesetzt habe, während den Deutschnationalen das Schulgesetz wichtiger sei als ein Agrarhilfsprogramm und das Zentrum unter dem Einfluss seines linken Flügels auf „Konsuminteressen“ immer stärkere Rücksicht nehme. Den Rentnern, die ebenfalls mit Recht „voller Zweifel“ gegenüber den Partei-

en seien, erklärte die DVP ihre Not als Folge von Versailles sowie der Politik der SPD, die „alle auf eine Stufe – der Armut nämlich –“ drücken wolle. Ausdruck der gerade bei den Rechtsparteien virulenten Furcht vor Wahlmüdigkeit waren die zahlreichen Appelle an die potentiellen Nichtwähler, die auch von der DVP mit soldatischer Rhetorik an die vaterländische „Wahlfront“ gerufen wurde, denn: „Wer nicht wählt, wählt links!“¹⁴⁵¹ Neben den Berufen stellten die Frauen eine signifikante Zielgruppe der DVP im Frühjahr 1928 dar, der gegenüber in spezifischen Flugblättern als stärkstes Argument der Hinweis auf die „nationale Befreiungspolitik“ Stresemanns diente, der Deutschland neue „Geltung in der Welt“ verdanke. Obwohl ihr die gesteigerte Bedeutung der Jungwähler gerade bei dieser Wahl nicht entgangen war, gehörte die Jugend nur in geringem Maße zu den Adressatengruppen der DVP. Der Aufruf ihres Reichsjugendausschusses akzentuierte die „politische Sendung des neuen Geschlechts“ und die Ideale der „Schützengräben“¹⁴⁵².

Obwohl sie mit SPD und Demokraten in der Ablehnung des Schulentwurfs übereinstimmte, war es vor allem der unerwartet scharfe Oppositionskurs der DNVP, der die DVP stärker an die Seite der republiktreuen Parteien drängte, zumal sie von sich aus auf schwarzweißrote Propaganda im Frühjahr 1928 weit gehend verzichtete. Die grobschlächtige Kampfansage der Deutschnationalen gegen die Außenpolitik Stresemanns nahm die DVP dankbar zum Anlass, ihre Propaganda auf die außenpolitischen Erfolge und nicht zuletzt seine werbeträchtige Person zuzuschneiden und von ihrer Verantwortung für die ansonsten wenig ansehnliche Bilanz der letzten Reichsregierung abzulenken. Da das bürgerliche Mitte-Rechts-Bündnis vorläufig ausgedient habe, so Julius Curtius für die DVP, die Weimarer Koalition aber eine „zu starke Wendung nach links“ bedeute, bleibe als Möglichkeit der Mehrheitsbildung nur eine Große Koalition, in der sie versuchen müsse, die Linkskräfte nach dem 20. Mai für ihre „Politik der Mitte“ zu gewinnen¹⁴⁵³.

Kommunistische „Einheitsfront aller Ausgebeuteten“ gegen die kapitalistische „Ebert-Hindenburg-Republik“

Die KPD hatte im Sommer 1926 mit dem so genannten Volksentscheid zur entschädigungslosen Fürstenenteignung an der Seite der SPD einen Achtungserfolg erzielen können, der sie aber weder der gemäßigten

„Bruderpartei“ noch der Republik näher brachte. Als Hauptaufgaben der KPD galten seit dem Essener Parteitag vom März 1927 vielmehr die Unterstützung der Sowjetunion gegen die „imperialistische Einkreisungspolitik“ sowie die Organisation des Kampfes gegen die „Offensive des Kapitals“ in Deutschland. Innerparteilich bewegte sich der Machtkampf der linken Parteiführung gegen „Rechte“ und „Versöhnler“ auf seinen Höhepunkt zu. Ernst Thälmann, der die KPD seit 1925 auf moskautreuen Kurs und zur „Bolschewisierung“ führte, rief nach der Reichstagsauflösung Ende März 1928 die deutschen Proletarier zur Sammlung hinter die sowjetrussische „Friedenspolitik“ und zum Kampf für den „Sturz der eigenen Bourgeoisie“ auf⁴⁵⁴.

In diesem Sinne appellierte auch der am 23. April 1928 in Berlin veröffentlichte Wahlauf Ruf des Zentralkomitees der KPD an alle Werktätigen, sich sowohl zum 1. Mai als auch zum 20. Mai um die „Fahnen der Revolution“ zu scharen. Die Reichstagswahlen seien in einer Zeit ausgeschrieben worden, in der durch „rücksichtslose Aussperrungsoffensive der Ausbeuterklasse“ die Löhne der Arbeiter ständig gemindert und dafür das „Joch der gewalttätigen Unterdrückung“ noch gesteigert werde. Dass nach zehn Jahren „bürgerlicher Demokratie“ in Deutschland jetzt die „schwärzeste Reaktion“ über die Arbeiterschaft triumphiere, sei in erster Linie der Koalitionspolitik der SPD zu verdanken. Vor allem ihr Linksflügel täusche als „radikale Rattenfänger des reformistischen Verrats“ die sozialdemokratischen Arbeiter mit Phrasen über die wahren Absichten der Partei hinweg. In Wahrheit wolle sie den „Vernichtungskampf“ gegen die Sowjetunion, so dass jede Stimme für die SPD die „Gefahr eines neuen 4. August“ heraufbeschwöre. Die KPD versprach aber, die Anhänger nicht mit den Führern zu verwechseln, und rief nicht nur alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern ausdrücklich auch die Kleinbauern und Siedler, Beamte und Angestellte, ja selbst die Kleinhändler und Rentner in die „Einheitsfront aller Ausgebeuteten“ gegen die kapitalistische „Ebert-Hindenburg-Republik“, die dem Volk zwar das Wahlrecht zubillige, aber es verhungern lasse: „Wenn ihr am 20. Mai der KPD folgt, dann sammelt ihr euch in den Kämpfen um Brot und gegen die Herrschaft der Reaktion unter den Fahnen der Revolution!“⁴⁵⁵

Im Unterschied zur Konkurrenz argumentierte die KPD vor dem 20. Mai nicht mit Gegenwartsforderungen oder „Taten“, sondern stellte ihr Wahlprogramm völlig in den Dienst der Einheitsfronttaktik von unten und des „revolutionären Klassenkampfes“. Visionäres Ziel war die

proletarische Diktatur, weshalb die Arbeiter und Bauern nach russischem Vorbild den „bürgerlichen Staat“ und seine Parteien, von der DNVP bis zu den Sozialdemokraten, mit dem Stimmzettel stürzen sollten. Vor irgendwelchen spezifischen Interessenzielen diene der Wahlkampf zum „Massenaufmarsch der Arbeiterschaft gegen den Bürgerblock und jede Koalitionsregierung der SPD mit dem Bürgertum“¹⁴⁵⁶. Zentrale Suggestion der KPD war, dass die gegenwärtige „Bürgerblockregierung, dieser Dreibund von Industrieraubrittern, Junkern und Pfaffen“, ihre Herrschaft nur dank der sozialdemokratischen Koalitionspolitik nach 1918 habe errichten können: „Bürgerblock und Koalition, das ist die Offensive des Kapitals! Das sind Massenaussperrung und Hungerlöhne und Kriegspolitik“. Obwohl die KPD wusste, dass der Kapitalismus unabhängig von der Frage existiere, welche Koalition gerade regiere, erhob ihre Revolutionsrhetorik die Bekämpfung des sozialdemokratischen „Koalitionsverrats“ schon an sich zum Wahlziel im Frühjahr 1928. Lang war die Liste kommunistischer Vorwürfe gegen die „kapitalistische Republik“, deren Realität wie gewohnt in den düstersten Farben geschildert wurde, angefangen von dem „Zehn-Stunden-Arbeitsgesetz“, über Brot- und Mietpreissteigerungen mit Hunger und Elend bis hin zum „imperialistischen Aufrüstungsprogramm“. Während die bürgerliche Regierung kein Geld für Kinderspeisung in den Schulen aufbringen wolle, verschwende sie zugleich hunderte Millionen für die Rüstung. Der Panzerkreuzerbau war der KPD vor dem 20. Mai ebenso wie der „Anschlag“ auf den RFB durch den „faschistischen Innenminister“ der Bürgerblockregierung willkommen Anlass, ihre Opposition gegen den „neuen Militarismus“ Deutschlands und die „imperialistische Kriegsgefahr“ zu akzentuieren, welche die Sowjetunion bedrohten, die als „Hort des Friedens“ glorifiziert wurde. Von der früheren nationalistischen Rhetorik war dagegen wenig mehr als die beiläufig bekundete Ablehnung der Locarno- und Dawespolitik übrig geblieben¹⁴⁵⁷.

Innenpolitische Hauptthemen der auch im Frühjahr 1928 wenig sachlichen Wahlpropaganda der KPD waren die Arbeitszeitfrage und die Lohnpolitik, wobei das zentrale Versprechen des Achtstundentages in einem zukünftigen Sowjetdeutschland der gegenwärtigen „Schlichtungsdiktatur“ der Unternehmer und den „mörderischen Rationalisierungsmethoden“ des Kapitalismus kontrastiert wurde. Dagegen sollten sich alle deutschen Werktätigen „in breitester Front“ sammeln, das hieß die Arbeiter sich mit den „armen Bauern und dem verelendeten Mittelstand“

zusammenschließen, der durch Inflation und „Aufwertungsbetrug“ ent-eignet worden sei. Sozialisierungsforderungen wurden selten konkret formuliert, sondern als die „großen Ziele“ annonciert, welche die russische Arbeiter- und Bauernregierung bereits verwirklicht habe: „Gruben und Fabriken denen, die in ihnen arbeiten! Grund und Boden denen, die ihn bebauen! Alle Macht der Arbeiterklasse!“¹⁴⁵⁸ Um so mehr ihr selbst wegen der Teilnahme an den Wahlen von linksradikaler Seite vorgehalten wurde, dass eine revolutionäre Partei, die „von der bürgerlichen Demokratie frisst, daran krepieren muss“¹⁴⁵⁹, versuchte sich die KPD mittels wirkungsvoller Bildpropaganda als Partei zu profilieren, deren Dasein allein schon der bürgerlichen Gesellschaft und allen „Spießern“ großen Schrecken einjage. Eindrucksvolles Zeugnis des suggestiv-militanten Selbstbilds war die Fotomontage von John Heartfield, die eine Woche vor dem 20. Mai die ganze Titelseite der *Roten Fahne* mit dem Bild einer großen zupackenden Hand ausfüllte: „5 Finger hat die Hand / Mit 5 packst Du den Feind / Wählt Liste 5 Kommunistische Partei!“¹⁴⁶⁰

Unumstrittener **Hauptgegner der KPD-Flugblattpropaganda** war im Frühjahr 1928 die SPD, gegen die sich spezifisch fast ein Viertel von 30 Flugblättern richtete, während sie als Koalitionspartner der „Bürgerblock“-Parteien zusammen mit diesen noch im Hauptfeindbild der „betrügerischen Demokratie, ihren Parlamenten und Ausbeuterregierungen“ in der „Ebert-Hindenburg-Republik“ angegriffen wurde. Von den anderen Parteien schenkte die KPD noch Zentrum und DNVP die meiste Aufmerksamkeit, ohne dass bei den vorherrschenden abstrakten Feindbildern ein aussagekräftiges Bild von diesen entstand. Wichtiger als die einzelnen Gegner war der KPD vor dem 20. Mai die Propagierung des Selbstbildes, wonach sie als „Führerin zur endgültigen Befreiung von Unterdrückung und Versklavung“ mit „revolutionärer Entschlossenheit“ den Kampf um die „Lebensinteressen der Werktätigen“ führe¹⁴⁶¹.

Namentlich alle „ausgewornten“ Arbeiter und „ruinierten Klein- und Mittelbauern“ forderte die KPD im Frühjahr 1928 auf, nicht länger den Versprechungen der kapitalistischen Parteien zu glauben, sondern den Bürgerblock zu „zerschlagen“ und statt seiner den „Kampfblock der Werktätigen in Stadt und Land“ zu bilden. Als dessen Hauptfeind erschien die SPD, da ihr einziges Ziel die große Koalition sei, die „Arbeitsgemeinschaft der reformistischen Bürokratie mit der deutschen Volkspartei, der Partei der kapitalistischen Scharfmacher, der mächtigsten Partei des Bürgerblocks und mit dem Zentrum, der Partei der Pfaffen-

schule“. Illustriert wurde die Aufzählung der „Schandtaten“ der SPD durch Charakterisierungen führender Politiker, die als Mittel und Ausdruck der „Einheitsfront von unten“ den Arbeitern etwa in kleinen Karikaturheftchen als „SPD-Köpfe zum Umkegeln“ vorgestellt wurden, vom „Arbeiterschlächter Noske“ bis zu Otto Braun, dem „Staatsmann des Arbeiterverrats“. Keine Partei habe mehr versprochen und weniger gehalten als die SPD, die vom Sozialismus nur noch an Festtagen und in Wahlaufrufen spreche: „Sozialismus durch Koalition“, spottete die KPD über den aktuellen Wahlslogan¹⁴⁶².

Auch gegenüber den bürgerlichen Parteien und ihren „großmäuligen Volksvertretern“ forderte sie die Wähler im Frühjahr 1928 auf, den Mahnspruch August Bebels am 20. Mai zu beherzigen: „Schaut Euren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Fäuste!“ Oftmals übernahm die KPD lediglich die Argumentationsmuster anderer Parteien, so etwa im Verhältnis zur DNVP die These, dass sie in der Regierung ihre Wahlversprechen von 1924 Lügen gestraft habe. Nicht nur habe sie den „Inflationsraub durch ihren Aufwertungsschwindel“ vollendet, sondern auch nichts für die „nationale Befreiung“ Deutschlands getan, vielmehr im Verein mit der SPD die „Dawesfesseln“ fester schmieden geholfen. Der DNVP, dieser „Partei der Junker und der Schwerindustrie, der Offiziere und Bürokraten, der Partei des Verrats an den Inflationsopfern und Kleinbauern“ dürfe daher keine Stimme gegeben werden. Den Stresemann-Slogan der DVP „Was gehn dich die andern an“ enthüllte die KPD als Ausdruck kapitalistischen Egoismus. Auch bei den übrigen bürgerlichen Parteien handle es sich ebenso nur um Interessenvertreter des „Großkapitals, der Banken, des Großgrundbesitzes“, auch wenn sie, wie insbesondere das Zentrum, „schöne Worte“ fänden für die „soziale Republik“ und für eine „christliche Volksgemeinschaft“¹⁴⁶³.

Hauptadressat der KPD-Wahlpropaganda waren im Frühjahr 1928 die Arbeiter, die wiederum als wichtigster Bestandteil des „arbeitenden Volkes“ fungierten, das mitunter auch als alle „Arbeitssklaven in Fabriken und Gruben, in Büros, Kontoren und hinter dem Pflug“ firmierte. Erklärtes Ziel der KPD war die „Organisierung der Millionenfrent der Ausgebeuteten zum kraftvollen Widerstand!“, worunter sie neben den Arbeitermassen diesmal ausdrücklich vor dem Hintergrund der Agrarkrise auch die Bauern in immerhin drei von dreißig Flugblättern spezifisch für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu gewinnen versuchte. Überhaupt charakterisierte die Zielgruppenpolitik der KPD im Vergleich

zu früheren Wahlkämpfen eine stärkere soziale Ausdifferenzierung, da selbst die Inflationsopfer, die Jungwähler und die Frauen diesmal speziell umworben wurden¹⁴⁶⁴.

Gegenüber den Arbeitern thematisierte die KPD analog zu ihren allgemeinen Hauptparolen ausgiebig das verzerrt gezeichnete Bild sozialen Elends in der Weimarer Republik, das sie ihnen als Teil der kapitalistischen Strategie im internationalen Klassenkampf und Folge der „Arbeitsgemeinschaftspolitik“ der SPD erklärte, die wiederum dafür verantwortlich sei, dass der Arbeiter selbst in Zeiten der Hochkonjunktur keine Erhöhung des Reallohnes erhalte. Ausdruck der Einheitsfrontpolitik im Frühjahr 1928 war die verstärkte Zielgruppenwerbung der KPD um die „sozialdemokratischen Klassengenossen“ oder die „Reichsbanner-Arbeiter“, die zum Protest gegen das „Schlichtungsdiktat“ und die „Hungerschiedssprüche“ sowie gegen den „arbeitsgemeinschaftlichen Schwindel der Wirtschaftsdemokratie“ aufgerufen wurden. Selbst der „Stahlhelm-Arbeiter“ wurde nicht vergessen und aufgefordert, statt als „Stimmvieh“ für die Interessen der „Herren Offiziere“ zu dienen, am 20. Mai für die „einzige revolutionäre Arbeiterpartei“ zu stimmen: „Wir verwechseln Euch nicht mit Euren Führern, die die Arbeiterklasse verraten. Wir rufen Euch zu: Formiert mit uns die einheitliche Klassenfront gegen den Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie“¹⁴⁶⁵. Bei der Werbung um „sozial schwache“ Wählerschichten, die von den bürgerlichen Regierungen seit 1923 planmäßig vernachlässigt worden seien, argumentierte die KPD in direkter Konkurrenz zur SPD, der sie sich zum Teil bis in wörtliche Formulierungen anpasste¹⁴⁶⁶.

Von den mittelständischen Wählerschichten sprach die KPD im Frühjahr 1928 einzig die „Kleinbauern“ mit interessenorientierten Parolen an, wobei sie in starkem Maße die Floskel des sozial indifferenten „Landvolkes“ gebrauchte. Typischerweise trennte diese Propaganda aber zwischen „Klein- und Mittelbauern“ sowie den Landarbeitern, denen vorrangig ihre derzeitigen „elenden“ Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kontrast zu denen in der Sowjetunion vorgehalten wurden. Die Bauern forderte die KPD auf, nicht länger den „Parteien der Großgrundbesitzer und des räuberischen Finanzkapitals“ zu folgen, weil diese ihnen bald auch noch das „letzte Stück Vieh“ im Stall pfänden würden. Als Vertreterin der städtischen Verbraucher und Hauptabnehmer landwirtschaftlicher Produkte rief die KPD die Bauern in die Einheitsfront aller Werktätigen¹⁴⁶⁷. Nur selten versuchte sie im Frühjahr 1928 mit ähnlichen Ap-

pellen die Stimmen der Beamten und Angestellten zu gewinnen. Dafür adressierte sie wieder spezifische Wahlflugblätter an die Mieter, in denen das „grauenhafte Elend“ der sich zuspitzenden Wohnungsnot thematisiert wurde. Untypisch für ihre ansonsten kaum spezifische Interessen berücksichtigende Wahlpropaganda präsentierte die KPD einen detaillierten Forderungskatalog des Mieterschutzes, bis hin zur Übernahme des sozialdemokratischen Planes einer „Wohnungsluxus“-Steuer¹⁴⁶⁸. Erstmals gehörten im Frühjahr 1928 auch die Frauen zu den signifikant umworbenen Adressatengruppen der KPD, die milieutypisch vor allem die „Arbeiterfrauen“ oder die Berufstätigen unter ihnen ansprach. Nach Vorbild der bürgerlichen Agitation wurden sie in tendenziell unpolitischer Diktion ermahnt, am 20. Mai über den „Sorgen im Haushalt“ nicht zu vergessen, dass ihre Lebenshaltungskosten von der Bürgerblockregierung bewusst zugunsten der „Profite der Großen“ gesteigert würden¹⁴⁶⁹.

Um die Zielgruppe der „proletarischen Jugend“ bemühte sich die KPD mit spezifischen Flugblättern, in denen sie daran erinnerte, dass sie als einzige Partei für die Herabsetzung des Wahlalters und gegen ein Reichsschulgesetz kämpfe, das die Schule den „Pfaffen“ gleich welcher Konfession ausliefere. Im übrigen charakterisierte diese Zielgruppenwerbung ebenso großzügige wie spezifische lohn- und arbeitszeitpolitische Versprechen für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge¹⁴⁷⁰. Wie in früheren Reichstagswahlkämpfen war auch im Frühjahr 1928 der Hauptzweck solcher Sozialdemagogie die Destabilisierung der Weimarer Republik, die durch einen Rätestaat nach sowjetrussischem Muster ersetzt werden sollte. Dazu führte die KPD einen klar negativ akzentuierten Wahlkampf, insofern ihre Hauptstoßrichtung gegen die „Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik“ der SPD gerichtet war, was deren Anhänger unter dem Zeichen der Einheitsfront aller Werktätigen zur KPD umdirigieren sollte. Dass der „Koalitionsverrat“ der SPD als Ursache für die „sozialreaktionäre“ Entwicklung im Reich erschien, gab einen Vorgeschmack auf die Sozialfaschismus-These, welche die „ultralinke“ Politik der KPD nach 1928 bestimmte. Vor allem im zielgruppenspezifischen Teil offenbarte ihr Wahlprogramm aber vor dem 20. Mai inhaltliche Parallelen zur SPD, mit der um den Vertretungsanspruch für die „sozial Schwachen“ gestritten wurde. In außenpolitischer Hinsicht verschwand die nationalistische Rhetorik, die noch den Wahlkämpfen der KPD von 1924 ihren Stempel aufgedrückt hatte, hinter der These von der „imperialistischen Einkreisung“ Sowjetrusslands durch die kapitalistischen Staaten des Westens.

Kampf der Demokraten für eine „klare republikanische Mehrheit“

Die DDP musste im Frühjahr 1928 erstmals aus der Opposition heraus einen Reichstagswahlkampf führen, in dem die Fronten für sie allerdings seit der Bildung der Mitte-Rechts-Koalition im Vorjahr klar abgesteckt waren. Ihre Wahlchancen schätzten die Demokraten selbst trotz einiger Mängel in der sorgfältigen, langfristigen Vorbereitung als günstig ein. Zumal nach dem als „sensationellen Erfolg“ ihres Bürgermeisters Petersen gefeierten Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahlen Mitte Februar herrschte ein demonstrativer „Geist der Aktivität und des Optimismus“. Auf der Parteiausschusssitzung Ende April 1928 in Berlin betonte Parteichef Koch-Weser die „Unfruchtbarkeit des Rechtsblocks“, der durch eine „feste Mehrheitsregierung“ in Form einer Weimarer oder großen Koalition abgelöst werden müsse. An der Spitze von „sieben großen Zielen“ der DDP stellte sie die Rheinlandräumung sowie die weitere Festigung der Republik, allerdings nicht unter der Parole: „Schwarz-rot-gold oder Schwarz-weiß-rot“, weil solch „engherziger Konfessionalismus“ in der Verfassungsfrage unzweckmäßig sei⁴⁷¹.

In ihrem am 28. April 1928 veröffentlichten Wahlaufruf erinnerte die DDP an die Zeit unmittelbar nach Kriegsende, als die Gefahren der „Bolschewisierung“ und des „Verhungerns“ nicht durch die Anhänger des „alten Systems“, sondern dank der aufopfernden Arbeit der DDP eingedämmt worden sei. Angesichts des „völligen Versagens“ der letzten bürgerlichen Reichsregierung gerade im Kampf gegen die Sozialdemokratie sollten jetzt auch DVP und Zentrum einsehen, dass es falsch sei, sich der Bildung einer Großen Koalition länger zu widersetzen. Oberstes Ziel der DDP bleibe vor dem 20. Mai ausdrücklich wie bisher ein „freies und großes Deutsches Reich“, das voranschreite in der Zusammenarbeit der Völker und im Innern eine „aktive, fortschrittliche Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Förderung der Lebenshaltung aller Schichten unseres Volkes“ betreibe. Wie um ihre pessimistischen Prognosen von 1924 noch einmal zu bestätigen, beharrte die DDP darauf, dass die von der DNVP beherrschten Rechtskabinette 1925 und 1926/27 außenpolitisch nur Misserfolge vorzuweisen hätten. An die Adresse der DVP gerichtet hieß es, dass der Demokrat Rathenau für jene Erfüllungspolitik sein Leben ließ, die Stresemann den Friedensnobelpreis eingetragen habe. Ungeachtet ihres Bekenntnisses zur Völkerversöhnung stimmte die DDP in die Rufe nach sofortiger Räumung der Rheinlande ein und verlangte die Bekämp-

fung der „Kriegsschuldlüge“ sowie eine Lösung der „Ostfragen“ und baldige Revision des Dawesplanes¹⁴⁷².

So sehr sich die DDP im Frühjahr 1928 für die Fortsetzung der „Rathenau-Stresemannschen nationalen Politik der Verständigung“ einsetzte, so akzentuierte ihre Wahlpropaganda den Kampf für die Weimarer Republik. Die von ihr angestrebte „klare republikanische Mehrheit“ müsse am 20. Mai die Demokratie als Kern einer neuen Regierungskoalition bringen. Weil im Ausland und speziell in Amerika große Skepsis gegenüber jeder Art von Sozialismus herrsche, dürfe die SPD nicht zum Sammelbecken für von der alten Regierung enttäuschte Wähler werden. In diesem Sinne empfahl sich die DDP als die bürgerliche Mittelpartei, die einem zu starken Linkstrend in Preußen-Deutschland gegensteuern werde¹⁴⁷³. Zu ihrer Wahltaktik gehörte, dem „Versagen des Rechtsblocks“ die eigenen „Leistungen und Erfolge“ in den Regierungen des Reiches, aber vor allem auch Preußens entgegen zusetzen, der „festesten Stütze“ der demokratischen Republik, wo die DDP zusammen mit SPD und Zentrum, aber unter Wahrung ihrer liberalen Eigenart im Dienst des „ganzen Deutschland“ arbeite¹⁴⁷⁴. Vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet versuchten sich die Demokraten mit Parolen „für Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Staates“ gegen ihre bürgerlichen Konkurrenten als „Partei der Steuersenkung und Lebensverbilligung“ zu profilieren. Die Rechtsregierungen hätten Milliarden zuviel an Steuern aus dem „ausgebluteten deutschen Volke“ gepreßt und vor allem den auf dem Mittelstand lastenden Steuerdruck immer „unerträglicher“ erhöht. Zugleich seien die Lebenshaltungskosten für die Verbrauchermassen durch die „Misswirtschaft“ zweier Rechtskabinette seit 1925 ebenfalls um zwanzig Prozent in die Höhe gegangen¹⁴⁷⁵.

Vor diesem Szenario versprach die DDP im Frühjahr 1928 eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ohne Bevorzugung einzelner „Interessen“ den „Unternehmungsgeist“ aller fördere, aber speziell den Mittelstand gegen die „immer stärkere Zusammenballung“ in der Industrie schütze. Auf sozialpolitischem Terrain beließ man es bei Beteuerungen, am Gedanken des „sozialen Volksstaates“ und seinen bisherigen „Errungenschaften“ festhalten zu wollen. In Abgrenzung zur SPD sollte die Sozialpolitik ihres bisherigen „Klassencharakters“ entkleidet und aus einer einseitigen Forderung der Arbeitnehmer zum Gegenstand des „gemeinsamen Willens aller Stände“ gemacht werden. Den Katalog innenpolitischer Reformforderungen führte neben den Wahlrechtsplänen die Neu-

gliederung des Reiches an, wobei die DDP als Vorkämpferin des „dezentralisierten Einheitsstaates“ mit der „überlebten und kostspieligen Kleinstaaterei“ aufräumen und durch den Anschluss Österreichs die „großdeutsche Einheitsrepublik“ anstrebe¹⁴⁷⁶. Im aktuellen Schulkampf habe sie sich als Hüterin der kulturellen Freiheit bewährt, während „Sozialismus links und Großwirtschaftsparteien rechts“ deren natürliche Feinde seien. Im übrigen trete die DDP für eine „einheitliche nationale Erziehung“ in Simultanschulen und gegen jede „Klerikalisierung“ der Schule ein. So wie sie in der Vergangenheit stets jede „einseitige Klassen-, Interessen-, und Rassenpolitik“ abgelehnt habe, werde sie auch künftig getreu ihren verfassungspolitischen Grundsätzen unter der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne kämpfen „für die Befreiung des deutschen Volkes nach außen, für die Freiheit des deutschen Bürgers“. Vor allem an seine parteienfeindlichen Instinkte appellierte die DDP, wenn sie gegen den „Wirrwarr der Parteien“ redete: „Was soll Lärmen, Toben, Hetze? Überbrückt die Gegensätze! Führet Schwarz-Rot-Gold zum Sieg, wählt nur die Partei der Tat! Einheit, Freiheit, Republik!“¹⁴⁷⁷

An der **Feindbildhierarchie der DDP** lässt sich ohne Schwierigkeiten ablesen, dass sie ihren Hauptstoß vor dem 20. Mai gegen die alte Regierung führte, die in knapp der Hälfte von 46 Flugblättern pauschal als „Rechtsblock“ angegriffen wurde. Dabei schenkte man den Deutschnationalen als angeblich führende Kraft der Reichsregierung die meiste Aufmerksamkeit. Übergeordnetes Feindbild der DDP waren zudem alle „Klassen- und Standesparteien“, die nur die Interessen bestimmter Volksschichten verträten, „wie z. B. die Deutschnationalen (Großgrundbesitz!), die Volksparteiler (die Großwirtschaftsmächte!), oder Sozialdemokraten und Kommunisten (Klasseninteressen der Arbeiterschaft!)“¹⁴⁷⁸. Im Zusammenhang mit ihrer ausgedehnten Mittelstandspropaganda griffen die Demokraten die WP in einem Maße an, das diese Sondervertretung als einen ihrer parteipolitischen Hauptgegner im Frühjahr 1928 auswies¹⁴⁷⁹.

Für die DDP stand fest, dass ihr ambitioniertes Wahlversprechen auf Hebung der allgemeinen Lebensverhältnisse, das sich hinter der Formel „gerechter Ausgleich der Interessen aller Volksgenossen“ verbarg, keinesfalls durch die „Klassenpolitik der Kommunisten, Sozialisten und der Deutschnationalen, auch nicht durch die großkapitalistische Interessenpolitik der Volkspartei, nicht durch die bewusst kulturpolitisch einseitige Machtpolitik des Zentrums“ verwirklicht werden könne. Keine

andere Partei sei aber in ihren Versprechungen „zynischer“ gewesen als DNVP, die die höchsten Aufwertungssätze versprochen und in der Regierung denselben Dawesplan durchgeführt habe, der in Millionen von Flugblättern aus den „Hugenbergischen Giftfabriken“ vorher verteuelt worden sei. Um von dem Bruch früherer Wahlversprechen abzulenken, ziehe sie jetzt den Reichspräsidenten als „Blitzableiter“ in den Wahlkampf hinein, obwohl der sich redlich bemühe, sein Amt als „Sachwalter der ganzen Nation“ auszuüben. Die Forderung der DNVP nach mehr Macht für den Reichspräsidenten laufe faktisch auf eine Verfassungsänderung hinaus, weil sie ja nicht auf die Person Hindenburgs beschränkt sei, sondern dauerhaften Bestand haben solle, andererseits aber nicht gelte, wenn ein „Mann der Mitte“ oder wieder ein Sozialdemokrat Präsident würde¹⁴⁸⁰. Weil das früher propagierte Volkskaisertum nicht mehr „modern“ sei, aber sie sich andererseits nicht zur Republik zu bekennen wage, führe die DVP als Zeichen politischer Programmlosigkeit ihren Wahlkampf ausschließlich mit einer „geistig nicht sehr hoch stehenden Reimpolitik“ und der werbeträchtigen Person des Außenministers, der noch ihr „stärkstes Aktivum“ sei, dessen Streit mit den Deutschnationalen aber von der DDP als „Bruderkrieg“ dargestellt wurde. Zwar habe sie sich im Kampf gegen die Klerikalisierung der Schule als „liberal“ gezeigt, doch wisse niemand, ob die DVP nach dem 20. Mai für eine Rechtsregierung oder für die Große Koalition mit der SPD eintrete, deshalb: „Fort mit der Verschwommenheit, fort mit dem volksparteilichen Kuddelmuddel!“¹⁴⁸¹

Die Gegnerbekämpfung der DDP im Frühjahr 1928 charakterisierte ein letztlich verzweifelter Ringen um eigenständiges Profil in der bürgerlichen Mitte, was sie sowohl eine Rechtsregierung als auch die Weimarer Koalitionsparteien bekämpfen ließ, wenngleich in schwächerem Maße und vorrangig schablonenhaft. An die Adresse des Zentrums hieß es aber, dass die Partei in kultur- und schulpolitischer Hinsicht bereits eine „reaktionäre“ Entwicklung nehme und sonst wandlungsfähig nach wie vor jede „Melodie“ pfeife, ob Republik oder Monarchie, ob rechts oder links. An der letzten Reichsregierung hätten die katholischen Parteien nur in der Hoffnung teilgenommen, ihre Ziele „kulturpolitischer Reaktion“ wie ein „klerikalisierendes“ Schulgesetz durchzubringen. Selbst an der Republiktreue der SPD müsse gezweifelt werden: „das Schwarzrot-gold, das geht zur Not, doch das Fahmentuch bleibt rot“. Während die Kommunisten gehorsam dem „Sowjetstern“ Moskaus folgten, achte-

ten viele SPD-Führer immer noch mehr auf die Agitation statt auf „praktische Arbeit im Dienst der breiten Massen“, weshalb um so mehr eine „Partei der republikanischen Staatsgesinnung“ wie die DDP nötig sei¹⁴⁸². „Große Worte – aber keine Taten!“, ließ sie in bezug auf die WP verlauten, von der sie sich im Frühjahr 1928 scharf abzugrenzen versuchte. Ohne jede weltanschauliche Grundlage offenbare diese „Splitterpartei“ eine den Sozialisten vergleichbare „klassenkämpferische Einstellung“, die dem Mittelstand nur Schaden zufüge. Dass sie als Regierungspartei in Sachsen die höchste Hauszinssteuer des Reiches zu verantworten habe, enthülle sie als „Partei des Großhausbesitzes und der Bodenspekulanten“¹⁴⁸³.

Zwar hielt die DDP im Frühjahr 1928 an der nationalen Volksgemeinschaft als gesellschaftspolitischen Ideal fest, doch sprach sie im Unterschied zu früheren Wahlkämpfen mit einer erstaunlich ausdifferenzierten **Zielgruppenwerbung** diesmal einen breitgefächerten Adressatenkreis an, aus dem die Frauen sowie der selbständige Mittelstand als Hauptzielgruppen hervorstachen, die spezifisch von fünf beziehungsweise neun von 46 Flugblättern umworben wurden. In signifikantem Maße warb die DDP des weiteren noch um die Stimmen der Arbeitnehmer – ohne dass eine originelle „Arbeiter“-Werbung festzustellen ist – sowie um die der Jugend. Auffällig war schließlich das Eintreten der DDP für die wirtschaftlich und sozial „Schwachen“, etwa für Kleinrentner und Inflationsgeschädigte, sowie im Unterschied zu anderen Parteien auch mit spezifischen Flugblättern für den jüdischen Bevölkerungsteil¹⁴⁸⁴.

Eine wichtige Rolle im Wahlkampf der DDP spielten die Frauen, denen im Frühjahr 1928 nicht nur bessere Entlohnung der „weiblichen Arbeit“, sondern darüber hinaus die „volle Gleichberechtigung als Einzelpersonlichkeit, im Berufsleben und als Staatsbürgerin“ in Aussicht gestellt wurde. Des weiteren charakterisierte die Frauenwerbung der DDP einen spezifischen Appell an patriotische Instinkte der Wählerinnen, die „für freiheitliche Volkskultur, für Nationalbewusstsein und Friedenspolitik“ am 20. Mai stimmen sollten¹⁴⁸⁵. Statt dem „Schwarz-Weiß-Rot der Reaktion“ oder einem „unwahrhaftigen“ Radikalismus, der sich in Uniformen und Waffen erschöpfe, wolle die Jugend „schlichten Dienst“ an der Volksgemeinschaft sowie die „Verjüngung“ der deutschen Politik, legte die DDP ihr in den Mund. Speziell die Studenten dürften als Vorkämpfer der demokratischen „Zukunftsforderungen“ mit ihrem Idealismus nicht Parteien unterstützen, die doch nur die „egoistischen Interessen bestimmter Wirtschaftskreise“ vertreten¹⁴⁸⁶. Stärkste Aufmerksamkeit schenkte

die spezifische Berufsgruppenpropaganda der DDP im Frühjahr 1928 dem gewerblichen Mittelstand, Handwerkern und Kaufleuten, denen sie versicherte, mit gleicher Entschiedenheit gegen die „Großmächte des Kapitalismus“ wie gegen alle „sozialistischen Verstaatlichungs- und Kommunalisierungs-Unternehmungen“ kämpfen zu wollen. Anders als die WP verspreche die DDP den Selbständigen keine „leeren Worte“, sondern biete wirkungsvolle Interessenwahrnehmung durch „praktische Taten“ in den Parlamenten. Als Teil des „schaffenden Mittelstandes“ solle sich der Bauer, dem die Förderung seines „Standes“ durch großzügige Siedlungspolitik versprochen wurde, nicht von den „bezahlten Landbundagitatoren“ irreführen lassen, die nur im Interesse der Industrie und des Großgrundbesitzes für niedrige Löhne der städtischen Arbeiter stritten, den wichtigsten bäuerlichen Kunden¹⁴⁸⁷. Wenn zwar auch üblicherweise in den Flugblattadressen der DDP noch getrennt, wurden Arbeiter und Angestellte als „Arbeitnehmer“ mit weithin identischen Parolen Argumenten umworben. Am 20. Mai stehe, tönte der Aufruf der demokratischen Arbeitnehmerschüsse im Stile der SPD, die „Abrechnung mit den reaktionären Feinden des demokratischen Volksstaates“ auf der Tagesordnung. Gerade die Angestellten dürften sich nicht länger durch nationale Phrasen von der in Wahrheit „arbeitnehmerfeindlichen“ Reichsregierung täuschen lassen, hinter der sich Schwerindustrie und Großlandwirtschaft zur „Gemeinschaftsfront der ‚Raffenden Hände‘“ zusammengefunden hätten. Durch eine „sozial gerechte“ Wirtschafts- und Sozialpolitik stellte die DDP den Arbeitnehmern den Aufstieg vom „Arbeitsklaven“ zum „Wirtschaftsbürger“ in Aussicht, analog dem vom „Untertanen“ zum „Staatsbürger“¹⁴⁸⁸.

In spezifischen Flugblättern präsentierte die DDP im Frühjahr 1928 ihr Beamtenprogramm, welches die stark ausdifferenzierten Beamten mit Appellen an materielle Bedürfnisverwirklichung für den Weimarer Staat vereinnahmen wollte. So antwortete sie „allen Beamten und Beamtinnen, Lehrern, Warte- und Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen“ auf die Frage, warum die Republik nicht mehr für sie getan habe, dass es bislang an einer „festen republikanisch-demokratisch-sozialen Mehrheit“ im Reichstag gefehlt habe, die allein den Weg für „soziale Gerechtigkeit“ und „wahre Volksgemeinschaft“ frei mache¹⁴⁸⁹. Indem sie den Sparern und Rentnern die enttäuschende Aufwertungsbilanz der deutschnationalen Regierungsbeteiligung vorhielt, versuchte die DDP neue Sympathien unter den Inflationsopfen zu gewinnen. Bestandteil

ihrer Wahlpropaganda war im Frühjahr 1928 auch das Werben um soziale und berufliche Kleingruppen, die von anderen Parteien vernachlässigt wurden, wie die Juden oder die Freiberufler. Ärzte und Anwälte, Schriftsteller und Künstler sollten die Partei wählen, die von Natur aus die Hüterin ihres „kostbaren Berufsgutes“ sei. Direkt interessenbezogen argumentierte die DDP in der Rolle des Fürsprechers der „israelitischen Mitbürger“, die angesichts der „immer drohender werdenden Hetze der Nationalsozialisten“ aufgefordert wurden, sich mit der Waffe des Stimmzettels zu wehren. Weil die SPD zwar allgemein für die Juden eintrete, aber das „jetzige Wirtschaftsleben“ ablehne, das die Grundlage der jüdischen Existenz sei, bleibe nur die DDP, die sich rückhaltlos für die Gleichstellung der „Israeliten“ im Staat einsetze¹⁴⁹⁰. Wie im Dezember 1924 charakterisierte ihren Wahlkampf auch diesmal wieder eine vergleichsweise klare Koalitionsparole, insofern sie den 20. Mai zum Tag der „Abrechnung mit Rechts“ stilisierte und das Ziel einer „handlungsfähigen“ Reichstagsmehrheit anstrebte. SPD und DVP würden jedoch nur zu einer „starken Regierung der großen Koalition“ zusammenfinden, wenn eine starke DDP die Brücke zwischen ihnen bilde. In diesem Sinne versuchte sie sich als „Partei der bürgerlichen Mitte“ zu profilieren, die das Bürgertum im Frühjahr 1928 vor allem mit „vernünftiger Mittelstandspolitik“ und dem Versprechen der Steuersenkung umwarb. Auf das „starke Hervortreten wirtschaftlicher und berufsständischer Interessen“, das die „allgemein staatspolitischen Ideen“ verdränge, reagierte die DDP andererseits selbst mit verstärkt interessensspezifischer Wahlwerbung unter den Berufsgruppen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Die Nationalsozialisten stellten nach der Trennung von den Deutschvölkischen nur noch eine Splitterpartei mit einer Handvoll Reichstagsabgeordneter dar, die in den Regionalwahlen 1926/27 zwischen zwei und vier Prozent erhielt. Die Reichstagswahl im Mai 1928, bei der die jetzt als „Hitlerbewegung“ auftretende Partei erstmals in eigener Regie kandidierte, bedeutete für sie eine erste große Bewährungsprobe. Innerparteilich befanden sich die Nationalsozialisten noch im Stadium der Reorganisation, was kaum eine reichsweit flächendeckende Wahlkampfführung erlaubte. Seit der Bamberger „Führertagung“ vom Februar 1926 bildete der

vor allem in Norddeutschland starke „linke“ NSDAP-Flügel um die Gebrüder Strasser kein Gegengewicht mehr zur Münchener Parteizentrale und zum totalen Führeranspruch Hitlers. Hinsichtlich der Wahltaktik stand man im Frühjahr 1928 vor der Frage, die nationalistische Propaganda oder – wie es Gregor Strasser befürwortete – das „sozialistische“ Profil unter Vermeidung eines platten „Radau-Antisemitismus“ stärker zu akzentuieren. Als Reichswahlleiter seiner Partei erklärte Wilhelm Frick, dass die NSDAP eine „vollkommene Umwälzung des heutigen Staates“ anstrebe, allerdings auf „legalem Wege“. Nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 19. Februar 1928, wo sie eine fast fünfzigprozentige Steigerung um 0,7 auf nun 2,2 Prozent der Stimmen gegenüber dem Vorjahr verzeichneten, war die Stimmung der Nationalsozialisten vor dem 20. Mai durchaus optimistisch¹⁴⁹¹.

Ein zentraler Wahlauf Ruf an das „ganze schaffende Deutschland“ erschien bereits am 23. März 1928 und dann wieder in leicht aktualisierter Form fünf Tage vor dem Wahlsonntag. Der „Bankrott der Revolte von 1918“ enthülle sich jetzt vollends, hieß es darin angesichts des „Versagens der gesamten Erfüllungs- und Verelendungspolitik“ der Weimarer Republik: „Ergebung vor den französischen Bajonetten, Kriechen vor den Börsenpiraten der Wallstreet, Korruption, Schieberschutz, Arbeitsnot, Wohnungsmangel, eine erschreckende Selbstmordepidemie, Auswanderung der besten Volksteile“. Ebenso tabellenförmig und ohne erkennbare Schwerpunktsetzung listete der Aufruf das „gegen“ und „für“ der nationalsozialistischen Ziele für den 20. Mai auf. So kämpfe sie gegen die „Herrschaft des internationalen Finanzkapitals und seiner marxistisch-demokratischen Knechte“, gegen „Dawestribute und Riesensteuern“, aber für die „Verstaatlichung der Notenbanken und Börsen, d. h. für Sicherung des ganzen, ehrlich arbeitenden Volkes vor privater Ausbeutung“ und für eine „gerechte Aufwertung der Beraubten, hohe Besteuerung der Bankfürsten und Todesstrafe für Volksausbeuter“. Adressat dieser Parolen waren entsprechend dem weitgreifenden Vertretungsanspruch die „Deutschen aller Berufe und Stände“, eben das „ganze schaffende Deutschland“, wie es die NSDAP definierte. Mit Blick speziell auf die Arbeiter akzentuierte sie ihre pseudosozialistischen Parolen gegen das „System“ der Republik. Wer statt dessen die „Freiheit der deutschen Arbeit u. einen wirklichen Volksstaat“ wolle, der müsse am 20. Mai seine Stimme jener Bewegung geben, welche die „deutsche Einheitsfront aller Schaffenden“ in sich verwirkliche und eintrete „für echten Nationalismus und

wahren Sozialismus, der nicht Bürger und Proletarier kennt, sondern nur Deutsche“¹⁴⁹².

Alles beherrschendes Schlagwort und Thema der NSDAP im Frühjahr 1928 war indessen der Dawesvertrag, der als „Teufelspakt“ zum Symbol der Weimarer Republik und ihrer Parteien erklärt wurde. In einer Sondernummer des *Völkischen Beobachters* „Gegen die Dawessklaverei“ schärfte sie dem Wähler ein, womit „Dawes“ gleichzusetzen sei: „Für die Börse 12 Milliarden fast zinslose Gewinne, für das Volk Hungerlöhne“. Die angeblich sozial verheerenden Folgen der „Stresemannpolitik“ bildeten die aktuellen Angriffsflächen gegen die Weimarer Republik, deren Diffamierung Sinn und Zweck des Wahlkampfes der NSDAP im Frühjahr 1928 war. Dazu gehörte die Suggestion, dass die deutschen „Dawesparteien“ von der SPD bis zur DNVP nur vom Ausland bezahlte Handlanger im Dienste jüdischer Großkapitalisten seien und mithilfe der Reparationen das deutsche Volk auf immer „versklaven“ wollten: „Deutschland erwache!“, so der Appell der NSDAP an die Wähler, die vor die Entscheidung gestellt wurden, entweder weiter „Sklavenketten“ zu tragen oder den Kampf für „Freiheit und Brot, für Sauberkeit und Gerechtigkeit“ aufzunehmen¹⁴⁹³.

Erkennungszeichen ihrer Wahlpropaganda vom Frühjahr 1928 war die stereotype Bezugnahme auf die Novemberrevolution, deren Parolen und Verheißungen im Sinne einer „verratenen“ Revolution mit der staatlichen Gegenwart kontrastiert und – wo irgend möglich – als Ziele der NSDAP reklamiert wurden. An die Stelle der „Juden- und Kapitalistenherrschaft“ in der Republik sollte ein autoritärer Führerstaat mit den „Besten des Volkes gleich welchem Stande“ an die Spitze gesetzt werden, denen zur Seite wiederum eine beratende „Ständevertretung“, eine Art Berufsparlament aus Fachleuten, stehe. Die Selbstdarstellung der NSDAP akzentuierte im Frühjahr 1928 stärker als in früheren Wahlkämpfen das Bild einer neuen Kraft des „jungen kommenden Deutschland“, die allein zum Kampf um seine Freiheit berufen sei, „getragen von heißer Vaterlandsliebe, verbunden mit echt deutschem Sozialismus“. Im jetzigen Wahlkampf gehe es vor allem darum, den „Dawesswindlern aller Schattierungen“ ebenso wie den „Judenbütteln aller Richtungen“ einen Strich durch die Rechnung zu machen und für eine „starke nationalsozialistische Opposition“ im Reichstag zu sorgen. In Abgrenzung zu den „alten“ Parteien, die dem Wähler „goldene Berge“ versprochen, lehnte die NSDAP es ab, ihre Absichten zu spezifizieren. An konkreten Zielen wollte sie aus-

drücklich nur die 25 Punkte von 1920 gelten lassen, deren Charakter eines unverbindlichen „Zeitprogramms“ hervorgehoben wurde, das nicht den Zweck habe, „durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen“. Um die Kritik an seinen „eigentumsfeindlichen“ Zielen und vor allem die „verlogenen Auslegungen“ des Punktes 17 zu beenden, musste es im Wahlkampf durch die „Anmerkung“ Hitlers vom 13. April 1928 ergänzt werden. Nur der radikale Systemwechsel könne die Fortsetzung des „Wahl- und Parlamentschwindels“ der Weimarer Demokratie am 20. Mai verhindern: „Volksgenossen aller Stände. Arbeiter der Stirn und Faust. Der Weg zu Brot und Leben geht nur über die Trümmer des heutigen jüdisch-verseuchten parlamentarischen Systems. Wir zeigen Euch den Weg!“¹⁴⁹⁴

In der Feindbildhierarchie der NSDAP vor dem 20. Mai stand das „ganze charakterlose System“ an übergeordneter Stelle, ob es nun als „Juden- und Kapitalistenherrschaft“ oder als außenpolitische Front der „Dawesparteien“ verdammt wurde. Worum es ihr ging, war die „Vernichtung der inneren Feinde“ des Volkes, der „Juden und sonstigen neudeutschen Geldsackpatrioten“. Nur ein Sechstel von dreißig Wahlflugblättern war auf bestimmte parteipolitische Gegner fixiert, wobei vor allem die SPD als Hauptstütze des Republik angegriffen wurde, während die Kommunisten mit den Feindbildstereotypen der NSDAP schlecht zu erfassen waren. Methode war, den allgemeinen „Charakterverfall der alten Parteien“, für den die „Lügenhaftigkeit“ dieses Wahlkampfes stärkster Beweis sei, mit Blick auf ihre jeweilige Hauptklientel zu spezifizieren: „Restlose Enthüllung des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterschaft – Dawes- und Locarnobetrug der Deutschnationalen am Mittelstand und am Bauerntum“. Dem „restlosen Versagen der vaterländischen Opposition“ wurde der Aufstieg des Nationalsozialismus als „Deutschlands Zukunft“ gegenübergestellt¹⁴⁹⁵.

Mit ihren allgemeinen Flugblattparolen griff die NSDAP im Frühjahr 1928 abgesehen von der KPD pauschal alle Weimarer Parteien als „Dawespatrioten“ an, die den Verständigungskurs gegenüber dem feindlichen Ausland nach dem 20. Mai fortsetzen wollten: „Sie alle, von rechts bis links, Sozialdemokratie, Demokraten, Wirtschaftsparteiler, Zentrum, BVP, DVP und Deutschnationale, sie alle stehen auf dem Boden der unheilvollen Erfüllungspolitik des Reichsaußenministers Dr. Stresemann“. Wenn man „Stresemann“ sage, erläuterte die NSDAP ihr Feindbild, sei nicht allein dieser gemeint, sondern „jene riesige Maschine der Volks-

verdummung“, die „Erfüllung“ predige, neben den Parteien etwa auch die großstädtische liberale „Judenpresse“. Die extrem scharfe Polemik gegen Stresemann, der statt der versprochenen Befreiung von „roten Ketten“ noch weitere, diesmal die „goldenen Ketten seiner jüdischen Sippschaft“ an das Reich gelegt habe, bezog ihre aktuelle Bedeutung im Frühjahr 1928 aus seiner Kandidatur in Bayern und füllte gleich mehrere Wahlkampf-Sondernummern des *Völkischen Beobachters*⁴⁹⁶.

Sowohl gegenüber der SPD als auch gegenüber den Kommunisten agitierte die NSDAP vor allem mit dem zielgruppenspezifischen Hinweis auf ihren „Arbeiterverrat“ und die angeblich terroristischen Methoden. Aus scheinbar neutraler Perspektive forderte sie die „Werk tätigen der deutschen Republik“ auf, selbst darüber zu urteilen, ob diese „marxistischen Mordparteien“ ihre Interessen vertreten könnten. Statt Achtstundentag und Lohnerhöhungen verantwortete die SPD seit 1918 Massenarbeitslosigkeit und Hunger, während die Kommunisten sogar „ihr heiliges Russland an das jüdisch-amerikanische Großkapital“ auszuliefern bereit seien⁴⁹⁷. Von den bürgerlichen „Dawesparteien“ schenkte die NSDAP im Frühjahr 1928 allein dem Zentrum und den Deutschnationalen erhöhte Aufmerksamkeit, gegen die vor allem ihre Beteiligung an zwei Weimarer Reichsregierungen thematisiert wurde. Dass im Verhältnis zu anderen Gruppen der „bürgerlichen Parteienwelt“ stereotyp die gleichen Argumentationsfiguren angewandt wurden, zeigte die Kommentierung des Wahlaufrufs der BVP, der die NSDAP außer „Bayernverrat“ speziell noch „Verrat an der Monarchie“ vorwarf⁴⁹⁸. Gegen ihre alten Mitstreiter von 1924, den mit anderen Rechtsradikalen im VNB zusammengeschlossenen Deutschvölkischen, fiel der NSDAP nicht viel mehr ein, als sie wegen ihrer Attacken auf Ludendorff zu verurteilen und ansonsten das Prinzip Totschweigen zu beachten. In nahezu jedem Wahlflugblatt der NSDAP tauchte im Frühjahr 1928 dagegen das Feindbild des „internationalen Juden“ auf, ob in abstrakter Form als Hochfinanz, oder personalisiert, wie Goebbels es gegen den demokratischen Polizeivizepräsidenten Bernhard Weiß als bevorzugte Zielscheibe seines Berliner „Angriffs“ vorexerzierte⁴⁹⁹.

Der parteimäßigen Diffusität ihrer Feindbilder entsprach die sozial weit gehend undifferenzierte **Adressatenwerbung der NSDAP** im Frühjahr 1928, die etwa „jede Frau und jeden Mann von Charakter“ für sich zu gewinnen versuchte. Nur neun von 30 Wahlflugblättern wiesen einen soziologisch beziehungsweise beruflich erkennbaren Adressaten auf,

sechs davon die Arbeiter und drei den selbständigen Mittelstand. Soweit in den restlichen Flugblättern ein Adressat auftauchte, waren es nicht die herkömmlichen Berufs- oder Sozialgruppen, sondern vielmehr rhetorische Konstrukte wie die „Front des jungen kommenden Deutschland“ und ihre Angehörigen, gleich ob sie „an der Esse, in tiefer Grube, in Hörsälen, im Büro“ arbeiteten oder saßen. Häufigste Konkretisierungen bildeten noch die Anreden „Arbeiter, Bürger, Bauer“, gefolgt vom „schaffenden Deutschland“ oder auch den „Volksgenossen aller Stände“, die „Klassenkampf und Standesdünkel“ gleichermaßen wie „Marxismus“ und „bürgerliche Reaktion“ ablehnten¹⁵⁰⁰.

Aus der anvisierten „Einheitsfront aller Schaffenden“, welche die deutsche Volksgemeinschaft „aller Berufe und Stände“ meinte, ragten im Frühjahr 1928 nur die Arbeiter und die den Mittelstand repräsentierenden Bauern als signifikante Adressatengruppen der NSDAP heraus. Gegenüber den „Arbeitern der Faust und Stirne“ thematisierte sie primär die unerfüllten Verheißungen der Revolution auf der Folie einer verzerrt dargestellten Gegenwart der Weimarer Republik. Den sozialdemokratischen Arbeitern sollten die Augen geöffnet werden über den Betrug ihrer „Bonzen“-Führer, die 1918 die politische Macht „nachweisbar“ in den Händen gehabt, aber dann doch nicht den versprochenen Staat mit „Freiheit, Schönheit und Würde“ geschaffen, sondern als „Schutztruppe des Kapitalismus“ die „ehrlichen sozialistischen Ziele“ der Arbeiter veraten hätten. Unter der Parole „Der Marxismus stirbt, damit der wahre Sozialismus leben kann“ pflegte die NSDAP im Frühjahr 1928 ein betont antikapitalistisches Image: „Immer größer wird das braune Heer mit den roten Fahnen der Arbeitsmänner, die sich Nationalsozialisten nennen, deren Führer Adolf Hitler lange Jahre selbst als Bauarbeiter sein Brot verdienen musste“¹⁵⁰¹. In den mittelständischen Berufsgruppen weckte die NSDAP bewusst materielle Hoffnungen und versuchte, die Beamten mit Versprechen auf Gehaltsaufbesserungen zu ködern sowie den selbständigen Mittelständler mit Beseitigung der Gewerbesteuer oder die Verbraucher mit Sicherung der Preise, andererseits die Hauseigentümer mit „freiem Verfügungsrecht“ über ihren Besitz. Insbesondere der „Kleinkaufmann“ sollte mit Ressentiments gegen die von den anderen Parteien geförderte „Pest der jüdischen Warenhäuser“ mobilisiert werden¹⁵⁰².

Allen Adressatengruppen wurde die Verwirklichung und Finanzierung dieser Ziele als verblüffend einfach dargestellt, nämlich durch Aufgabe der Erfüllungspolitik, gemäß dem Motto Hitlers: „Zuerst Brot für

das deutsche Volk, dann Reparationen!“ Hauptargument gegenüber den Bauern bildete analog dazu im Frühjahr 1928 der Kampf gegen die „Dawes-tribute“, die als Ursache ihrer stereotyp beschworenen Not thematisiert wurden. Im Einklang mit ihren rechtsbürgerlichen Konkurrenten rief die NSDAP nach Agrarschutzzöllen und griff die Handelsvertragspraxis der Reichsregierung an, durch die ausländische Produkte „zu billigsten Schleuderpreisen“ eingeführt würden und der deutsche Bauer „kaputt“ gemacht werde¹⁵⁰³. Ungeachtet ihrer massiven Anleihen bei der gegnerischen Propaganda suchte die NSDAP im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 keine Verbündeten unter den anderen Parteien. Wie die KPD führte sie vielmehr einen weitgehend auf sich selbst bezogenen Wahlkampf, der sie als Fundamentalopposition auswies und dessen Themenschwerpunkte auch kaum von der Weimarer Tagespolitik geprägt waren. Der doppelten Frontstellung gegen „Marxismus“ und „Reaktion“ entsprach eine Zielgruppenwerbung, die im Vergleich zu der vom Herbst 1924 wieder stärker ideologisch überfrachtet war, wovon das bevorzugt angesprochene Begriffspaar „Arbeiter und Bürger“ zeugte. Die Obertöne der NSDAP-Propaganda vor dem 20. Mai 1928 bestimmten aber die pseudosozialistischen Sammelparolen des „schaffenden Deutschland“ gegen die Front der „Dawesparteien“, die je nach Bedarf antisemitisch aufgeladen werden konnten, wie die Polemik gegen Stresemann exemplarisch zeigte.

Sonstige Parteien

Nachdem der Konflikt mit dem Zentrum durch das Regensburger Abkommen vom November 1927 weitgehend beigelegt worden war, akzentuierte der am 19. April 1928 in München veröffentlichte Wahlauf Ruf der **Bayerischen Volkspartei** ihren Charakter als „christliche Weltanschauungspartei“, die jede Art von Klassen- und Standeskampf ablehne und den „konfessionellen Hader“ durch Anwendung der christlichen Grundsätze im staatlichen Leben überwinden wolle. Aktuell stehe in der Reichspolitik die Sorge um die Wiedergewinnung der „vollen nationalen Würde“ Deutschlands und also seine Befreiung von fremden Truppen im Vordergrund. Zwar bekannte sich die BVP zum Gedanken der „friedlichen Verständigung“, forderte aber im gleichen Atemzuge die Wiedervereinigung mit den „Stammesbrüdern“ in Südtirol und Österreich. Der

innenpolitische Teil ihrer Wahlpropaganda wurde von dem Ruf nach Wahrung der „föderalistischen Lebensgesetze“ des Reiches gegen den „undeutschen“ Einheitsstaatsgedanken beherrscht. Für den Ausbau der „Eigenstaatlichkeit“ Bayerns verlangte sie die Rückkehr zur früheren Finanzhoheit der Länder sowie speziell die volle Unversehrtheit des bayerischen Staatsgebietes. Wirtschaftspolitische Hauptforderung stellte im Frühjahr 1928 die Milderung des „Steuerdrucks“ dar, der insbesondere auf dem immer noch „schwer um seine Existenz ringenden gewerblichen Mittelstand“ lastete. Stärkste Aufmerksamkeit schenkte die BVP aus aktuellem Anlass der Landwirtschaft, deren zentrale Rolle für die deutsche Wirtschaft mit betont einfachen Worten verdeutlicht werden sollte. Im Übrigen sprach sich ihr Wahlaufuf für eine „vernünftige Sozialpolitik“ aus, was in erster Linie die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben meinte, und kam abschließend auf das Verhältnis Bayerns zum Reich zu sprechen, mit dem es nicht zuletzt dank der BVP wieder „vorwärts“ gehe. Für die „Stärke Deutschlands nach außen“ versprach sie zu kämpfen: „Für den christlichen Staat! Für den Ausgleich und Frieden zwischen den Ständen! Für ein selbständiges Bayern in einem geachteten, freien Deutschen Reich!“¹⁵⁰⁴

Obwohl sich die **Wirtschaftspartei** nach ihren in scharfer Konkurrenz zu den bürgerlichen Parteien erzielten Erfolgen von 1924 auf Annäherungskurs an die Republik befand, versuchte sie sich vor dem 20. Mai wieder als antiparlamentarische Oppositionsbewegung darzustellen. Erstmals adressierte sie ihren Reichstagswahlaufuf nicht nur spezifisch an den Mittelstand, sondern an die scheinbar weiter gefaßte Gruppe aller deutschen „Bürger und Bauern“. Insbesondere jedoch hinter dem deutschen Mittelstand liege, stellte der Aufruf klar, eine Zeit „schwerster Enttäuschung über das heutige parlamentarische System und die politischen Parteien“. In gerade für ihn „katastrophalen Wirtschaftsjahren“ sei nach 1925 wieder einmal bewiesen worden, dass der Artikel 164 der Reichsverfassung, der den Schutz des Mittelstandes zum Ziel habe, nur „leere Worte auf geduldigem Papier“ darstelle. Ob in Preußen von links oder im Reich von rechts regiert werde, stets herrsche unter dem „ewigen Druck der Straße“ entweder eine Politik im Sinne der „stets fordernden Masse“ oder eine ebenso einseitige, „Hab und Gut raubende Steuerge-
setzung“. Solcher „Vernichtungswille gegen den freien Bürger“ könne sich nicht nur deshalb austoben, weil alle bürgerlichen Parteien vom Sozialismus „infiziert“ seien und den Mittelstand an diesen „verraten

und verkauft“ hätten. Der Mittelständler selbst aber müsse endlich begreifen, dass in diesem „Zeitalter der Zahl und der Masse“ nur der zu seinem Recht komme, der sich „zielbewusst und rücksichtslos“ auf die eigenen Interessen besinne. Auch wenn ihn der „moderne Staat mit seiner vernichtenden Partei- und Bürokratenherrschaft“ abstoße, müsse sich der Mittelstand doch organisieren, weil sich sowohl die „landfremde großkapitalistische Idee“ als auch der „neue Geist des persönlichkeitsfeindlichen“ Marxismus ausbreite. Unter dieser doppelten Kampfpapare rief die WP im Frühjahr 1928 namentlich die „Männer und Frauen aus Handel, Handwerk und Gewerbe, Grundbesitz und dem Landvolke, ihr ehrsamten Berufsbeamten, ihr geistig schaffenden Kräfte im Volke, ihr nach Selbstständigkeit ringenden Arbeiter, Handwerksgefallen, Gehilfen und Angestellten“ zur Wahl am 20. Mai auf. Bis in die Reihen der Deutschnationalen hinein säßen die „Kapitäne der Truste und Konzerne, der Warenhäuser“, und selbst noch unter einer rein bürgerlichen Reichsregierung würden die „Totenstätten für den selbständigen Mittelstand“, die kommunalen Betriebe, gefördert, deshalb: „Fort mit den Berufspolitikern, den bezahlten Parteibonzen und Gewerkschaftssekretären!“ Im übrigen kolportierte die WP die außenpolitischen Revisionsforderungen der Rechtsparteien sowie im Innern die Parolen für Steuersenkung, öffentliche Sparsamkeit beziehungsweise gegen die „ungehemmte Beuilligungswut“ der Parlamente¹⁵⁰⁵.

Der Wahlaufuf der Anfang März 1928 von deutschnationalen Agra-riern gegründeten **Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpar-
tei** zog ebenfalls mit dem Vorwurf einseitiger Interessenvertretung gegen die bürgerliche Reichsregierung zu Felde. Diese habe zwar für eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, der Soziallasten und der Löhne gesorgt, aber der Landwirtschaft und den Bauern damit nur zusätzliche Steuern und wachsende Not gebracht. Den wahren Schuldigen erblickte die CNBLP im Weimarer Parteiensystem: „Parteipolitik zerfleischt das deutsche Volk, ruiniert jeden Erwerbsstand und schafft nur den Bonzen auf der einen und den Tagedieben auf der anderen Seite goldene Zeiten“. Was die Landwirte deshalb jetzt bräuchten, sei eine wirkungsvolle „berufsständische Vertretung“. Unter dem Kampfuf „Bauern, heraus für euer Eigentum, für Vaterland und Christentum“ erinnerte die CNBLP daran, dass sie bisher leer ausgegangen seien: „Es gibt in den Parlamenten eine einheitliche Unternehmer-, Arbeiter- und Beamtenfront, wenn es um Lebensfragen dieser Stände geht, aber keine Bauernfront“. Ohne

Aussagen über ihre zukünftige Politik zu machen, beschränkte die Landvolkpartei ihr Programm auf Forderungen nach Erhaltung des „Eigentumsbegriffs“, nach „christlicher Schule“ sowie Beseitigung der „Tributzahlungen“, an denen Deutschland zu ersticken drohe. Adressaten dieser Propaganda waren im Frühjahr 1928 namentlich die „Bauern und Bauersfrauen, Jungbauern- und Jungbäuerinnen, landwirtschaftlichen Beamten, Knechte und Mägde und alle, die ihr sonst zum Landvolk gehört, ländliche Arbeiter usw.“. In den Parlamenten herrsche der CNBLP zufolge der „Verbraucher“, der für das Landvolk nur niedrige Preise und hohe Steuern bringe: „Darum weg mit dem verrotteten Partei-Parlamentarismus, der die Landwirtschaft ruiniert. Wir verlangen Bauernpolitik!“¹⁵⁰⁶

Nach dem Bruch mit der DNVP, von der man sich durch ihr Verhalten in der Aufwertungsfrage betrogen fühlte, setzten sich im Sparerbund die Kräfte durch, die auf Gründung einer eigenen politischen Partei drängten. Ende 1926 entstand so die **Volksrechtspartei** als der parlamentarische Arm der Sparer und Inflationsgeschädigten. Ihr Wahlauf Ruf zum 20. Mai 1928 war – für eine Interessenpartei eher untypisch – an alle Deutschen adressiert, denen das „Versagen“ der alten Parteien vor Augen geführt wurde. Versagt hätten diese vor allem mit ihrer „von den ‚wirtschaftlichen Geschulten‘ geförderten und ausgenutzten Inflationspolitik“. Ebenso versagt habe die Reichsregierung, als es galt, die Folgen der Inflation wieder gutzumachen, sie aber statt dessen in London 1924 die „ungeheure Torheit“ begangen habe, Deutschland im Innern für schuldenfrei zu erklären. Gefordert wurden eine völlige Neuregelung der Aufwertungsfrage mit dem Ziele „weit gehender Wiederherstellung des geeigneten Sparkapitals“ sowie der „offizielle Widerruf der Lüge von der inneren Entschuldung“. Über diese spezifischen Kernpunkte hinaus versprach die VRP im Frühjahr 1928 gegen „Großkapital und die Hochfinanz“ zu kämpfen. Unter der Losung „Recht im Innern, Recht nach außen“ wandte sie sich damit namentlich an die Inflationsopfer, denen sie sich als überparteilicher „Kampfbund der Entrechteten, ein Volksbund für das Recht“ präsentierte¹⁵⁰⁷.

Nach dem Zerwürfnis mit Hitler versuchten die Deutschvölkischen im Frühjahr 1928 unter der Bezeichnung **Völkisch-Nationaler Block** zusammen mit anderen rechtsextremen Splittergruppen wie der Deutschen Reformationspartei oder der Deutschkonservativen Partei ein breites Wahlbündnis in Konkurrenz zu Hitler als Sammelbecken der antirepublikanischen, antisemitischen und antiklerikalen Kräfte zu bilden. Weil

selbst die großen Rechtsparteien Versailles und Dawes hinnähmen, so der Gründungs- und Wahlauf Ruf des VNB, brauche das Reich dringender denn je eine „nationale und völkische Opposition“, die dem deutschen Volk den „Willen zur Freiheit“ einpflanze und einen Damm gegen die „internationalen und pazifistischen Mächte“ bilde. Als neues Parteigebilde musste der VNB über solche Rhetorik hinaus den Wähler im Frühjahr 1928 zumindest über seine programmatischen Hauptziele aufklären. Sowohl gegen „Kastengeist und Klassenkampf“ als auch gegen den „kapitalistischen Parlamentarismus“ propagierte er dabei ein „Drittes Reich“, was ihn im scharfen Konkurrenzkampf mit der NSDAP um die deutschvölkischen Wähler von 1924 sah. Dazu wurden alle Deutschen gleich welchen „Standes“ in die gemeinsame völkische Front gerufen, denn: „Die Partei trennt, der Block schließt zusammen“¹⁵⁰⁸. Unter der Parole „Freiheitsfront gegen Erfüllungsfront“ versuchte sich der Block im Frühjahr 1928 als die einzig fundamentaloppositionelle Alternative zu profilieren. Auch die DNVP habe sich „voll und ganz auf den Boden des Erfüllungssystems“ gestellt und im Kampf gegen den „alljüdischen Imperialismus“ versagt. In einem an die „Kopf- und Handarbeiter aller Stände“ adressierten Flugblatt näherte sich der VNB stark der sozialen Demagogie der NSDAP an. Den Stimmungen der anvisierten Hitler-Anhänger wurde soweit entsprochen, dass als Voraussetzung des „Dritten Reiches“ die Förderung eines „echten deutschen Sozialismus“ erschien. Die „mehr oder minder marxistischen Forderungen“ der Nationalsozialisten bedeuteten dagegen das Ende jeder „nationalen Wirtschaft“. Wer von den Völkischen die „neuen Wege und Methoden der Hitlerbewegung“ ablehne, solle daher zurückkehren in die Reihen der DVFP und diese „reine und gesunde völkische nationale Bewegung“ stärken¹⁵⁰⁹.

Wie die anderen Klein- und Interessenparteien kennzeichnete die Wahlpropaganda des VNB im Frühjahr 1928 ein eklatanter Mangel an allgemein- und tagespolitischen Themen und Parolen. Um die aktuellen Streitfragen der Reichspolitik, wie das Reichsschulgesetz oder den Panzerkreuzerbau, kümmerten sie sich ebensowenig, wie sie es für unnötig hielten, koalitionspolitische Aussagen zu treffen. Den Ein-Themen-Wahlkämpfern vom Schlage der noch verhältnismäßig moderat auftretenden Volksrechtspartei war vielmehr die Tendenz eigen, sich einzig und allein auf die Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen speziellen Adressatengruppen zu konzentrieren. In Richtung einer über den „freien“ Mittelstand hinausgreifenden Sammelbewegung des deutschen Bürgertums

versuchte allein die WP im Wahlkampf vom Frühjahr 1928 aus den engen Interessenkreisen zumindest verbal auszubrechen. Als Reaktion auf die „Zersplitterungs“-Propaganda der sich um ihre Besitzstände sorgen- den bürgerlichen Konkurrenten stellte sie ihren wirtschaftlichen Mittelstandsforderungen außen- und innenpolitische Floskeln zur Seite, die sich an den Positionen der Rechtsparteien orientierten oder von diesen einfach übernommen wurden. Auffällig waren die Übereinstimmungen in der Feindbildpropaganda aller kleinen Parteien (inklusive NSDAP), die mit der doppelten Kampfansage gegen „internationales Kapital“ und „internationalen Marxismus“ ihre Adressaten zur Sammlung gegen das Weimarer „System“ riefen.

Wahlergebnis und Zusammenfassung

Im Ergebnis konnte die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 als ein Zeichen der politischen Stabilisierung der Weimarer Republik erscheinen, da die gemäßigten verfassungstreuen Parteien – einschließlich der DVP – wieder die Mehrheit mit 285 von 491 Sitzen erhielten, vor allem dank starker Gewinne der SPD, die mit knapp 30 Prozent der Stimmen künftig über 153 Mandate verfügte. In dem Debakel der Deutschnationalen, die fast ein Drittel ihrer Wähler von 1924 verloren, spiegelte sich die Niederlage des „zweiten Bürgerblocks“ wider. Angesichts eines Stimmenrückgangs auf nun 14,2 Prozent (73 Sitze) musste die DNVP den „Wahlsieg der Marxisten“ anerkennen und sah sich selbst „parlamentarisch auf den Stand der Nationalversammlung zurückgeworfen“¹⁵¹⁰. Das Ausland interpretierte die Reichstagswahlen als Beleg dafür, dass die Deutschen zehn Jahre nach Kriegsende dem extremen Nationalismus und der Monarchie den Rücken zugewandt hätten. Aus heutiger Sicht trägt der 20. Mai allerdings trotz der nach außen hin signalisierten Stabilität mit der fortschreitenden Zersplitterung der bürgerlichen Mitte und dem Niedergang der liberalen „Weltanschauungsparteien“ die kommenden Krisensymptome bereits in sich. Bedenklich war zunächst die mit 75,6 Prozent – bei einer allerdings um über zwei auf 41,2 Millionen gestiegenen Zahl von Wahlberechtigten – niedrigste Beteiligungsquote seit Bestehen der Weimarer Republik. Bereits vielen Zeitgenossen erschien die „Flucht in die Interessenparteien“ vor allem der mittelständischen Wähler als überaus gefährlich. Die WP gewann am 20. Mai fast 700 000 Stimmen hinzu und

verdoppelte damit beinahe ihre Anteile von 2,3 auf 4,5 Prozent, während andere, die zum ersten Mal kandidierten, Achtungserfolge verbuchen konnten, so die VRP mit 1,6 Prozent oder die CNBLP aufgrund eines zweistelligen Ergebnisses in Thüringen mit 1,9 Prozent. Zusammengekommen erhielten diese Gruppierungen, die in der wahlsoziologischen Literatur als „Zwischenwirte“ vor allem bürgerlicher Wählerschichten auf dem Weg von den liberal-konservativen Parteien zum Nationalsozialismus angesehen werden, mit 4,3 Millionen bereits annähernd so viele Stimmen wie die DNVP¹⁵¹¹.

Von dem sich seit dem Fürsten-Volksentscheid 1926 abzeichnenden Linkstrend auf der Wählerebene profitierte im Mai 1928 vor allem die SPD, die mit über neun Millionen Stimmen durch Zugewinne von fast vier Prozent (auf 29,8 %) nun wieder klar die stärkste Partei im Reich war. In weit schwächerem Maße gewannen die Kommunisten, die sich nur leicht auf 10,6 Prozent verbesserten und nun 54 statt vorher 45 Abgeordnete stellten. Im sozialdemokratischen Urteil firmierte der 20. Mai als „Volksurteil gegen den Bürgerblock“, da sich mit der „gesamtbürgerlichen Niederlage“ der angekündigte „Ruck nach links“ verwirklicht habe¹⁵¹². Tatsächlich erhielten alle Parteien der Mitte-Rechts-Koalition einen Denkart für ihre zuletzt von Affären und Krisen überschattete Politik. Erstmals bei Reichstagswahlen musste selbst das Zentrum Stimmenverluste hinnehmen – im Durchschnitt zwölf Prozent ihrer Anteile von 1924, im „bekenntnistreuen“ katholischen Wahlkörper sogar noch etwas mehr –, was die innerparteiliche Kritik an Parteichef Marx und Rufe nach Erneuerung lauter werden ließ. Das Ergebnis, das der katholischen Regierungspartei von den bisherigen 69 noch 62 Sitze (12,1 %) ließ, kam einer Katastrophe gleich¹⁵¹³. Trotz eines aus der Opposition geführten Wahlkampfes fiel auch die DDP am 20. Mai weiter zurück und erhielt nur noch 1,5 Millionen Stimmen, das waren 4,9 Prozent beziehungsweise 25 Mandate – womit sie etwa auf die Größe der WP schrumpfte. Ungefähr in gleicher Höhe sanken die Anteile der DVP, die trotz ihres Stresemann-Wahlkampfes statt bei 10,1 nur noch bei 8,7 Prozent landete. Zu den eindeutigen Verlierern der Reichstagswahl gehörte das völkisch-rechtsextreme Bündnis des VNB, der gerade 270 000 beziehungsweise 0,8 Prozent der Stimmen erhielt und ohne Mandat blieb. Dagegen feierten die Nationalsozialisten ihre im Alleingang erzielten 2,6 Prozent (12 Sitze) durchaus zu Recht als Erfolg beziehungsweise „Weckruf für den radikalen deutschen Nationalismus“¹⁵¹⁴. Das Ergebnis der preu-

ßischen Landtagswahlen lehnte sich „naturgemäß stark an die Ziffern der Reichstagswahl“ an¹⁵¹⁵ und bescherte der Weimarer Koalition insgesamt eine hauchdünne Mehrheit (226 von 450 Mandaten).

Aus Sicht der DVP war der Einzug der Jungwähler in die Politik, von dem so viel gesprochen worden sei und der angeblich fünfzig neue Mandate schaffen würde, am 20. Mai 1928 überall wirkungslos verpufft. Vielmehr hätten im Reich die „äußerste Linke“ und damit die grundsätzlichen Gegner der Privatwirtschaft gesiegt, was die „Regenwahlen“ – so genannt nach dem schlechten Wetter am Wahltag – nicht zu einem „Ruhmesblatt deutscher innerer Politik“ mache¹⁵¹⁶. Während ihre Gegner darin eine verdiente Quittung für den Bruch der Wahlversprechen von 1924 gegenüber den Inflationsopfern sahen, erklärte die DNVP nach außen hin ihre Niederlage vor allem mit der allgemeinen Wahlmüdigkeit und ihrer Regierungsbeteiligung, die bei vielen „unerfüllbare Hoffnungen“ geweckt habe, sowie des „Trommelfeuers aller Parteien von der DVP bis zu den Kommunisten“ gegen sie. Hauptgeschäftsführer Weiß suchte die Ursache des weiteren in der „materialistischen, rein wirtschaftlichen Einstellung“ vieler Wähler, der künftig noch stärker die „großen, tragenden Ideen konservativer Weltanschauung“ entgegengesetzt werden müssten¹⁵¹⁷. Insgeheim wurde der 20. Mai 1928 aber von Deutschnationalen als „katastrophale Niederlage“ empfunden, die der Partei eine „Quittung über das vierjährige Doppelspiel“ präsentiere. Das Wahlergebnis sei „weniger ein Anwachsen der Linken als Versagen der Rechten“, notierte Reinhold Quatz¹⁵¹⁸.

Im Zentrum wurde nicht geleugnet, dass die Partei zwar am 20. Mai eine „Schlappe“ erlitten habe, allerdings ihre „weltanschaulichen“ Ideen damit nicht geschlagen worden seien. Weil aber große politische Gesichtspunkte im Wahlkampf keine Rolle gespielt hätten, vielmehr das „Sozial-Wirtschaftliche“ entschieden habe, hätten die Parteien gewonnen, die am geschicktesten auf der „Klaviatur der Privatinteressen“ gespielt hätten¹⁵¹⁹. Für den katholischen Sozialphilosophen Friedrich Dessauer war der aktuelle Wählerschwund Beweis dafür, dass die weltanschauliche Grundidee des Zentrums an bindender Kraft verloren habe. Während ökonomische Fragen immer mehr in die Politik drängten und Parteien wie SPD, KPD oder die WP mit ihren Wirtschaftszielen Wahlsiege errängen, sei der 20. Mai die Quittung dafür, dass das Zentrum mit seinem traditionellen Selbstverständnis als „Kulturpartei“ zwar gute Grundsätze habe, aber kein „konkret sichtbares Programm“ zu den „irdischen“

wirtschaftlichen Problemen¹⁵²⁰. Obwohl das Wahlziel erreicht und der „Rechtsblock“ abgewählt worden war, wollte auch bei den Demokraten keine rechte Freude aufkommen, da sie selbst trotz eines aufwändigen und ambitionierten Wahlkampfes weitere Stimmeneinbußen erlitten hatten. Parteichef Koch-Weser sah den „Hauptgrund an dem Niedergang einer Weltanschauungspartei“ wie der DDP darin, dass „alle großen Fragen“ – ob nun Republik, Einheitsstaat oder Schulgesetz –, für die sie sich im Wahlkampf engagiert habe, „kein Echo mehr in der Bevölkerung finden, der es nur auf materielle Fragen ankommt“. Der Wähler gebe seine Stimme nicht länger dem Vertreter von Staatsinteressen, sondern dem Vertreter seiner Standes- und Berufsinteressen. Die DDP sei damit Opfer einer „gewissen Naturgewalt“, unter deren Auswirkungen aber alle Parteien litten. Speziell habe sie versäumt, den „nichtpolitischen Teil“ der Wählerschaft zu gewinnen und energisch den Eindruck zu bekämpfen, wonach die DDP eine „Partei des Hochkapitalismus“ sei¹⁵²¹.

Hauptthema des nach den relativ ruhigen Stabilisierungsjahren scheinbar von großen Kontroversen unberührten Wahlkampfes im Frühjahr 1928 war die Bilanz der letzten vier Jahre bürgerlicher Koalitionsregierung. Der verfassungspolitische Dualismus hatte nach dem Streit um die Flaggenverordnung weiter an Aktualität verloren und vor allem auf „schwarz-weiß-roter“ Seite einer gewissen Ernüchterung Platz gemacht. Im Vergleich zu 1924 erhielt das republikanische Lager dafür diesmal im Wahlkampf stärkere Unterstützung aus den Reihen des Zentrums, während sich die DVP von der schwarzweißroten Wahlparole früherer Tage verabschiedete. Herausragendes Einzelthema war bei den bürgerlichen Parteien zweifellos der Konflikt um das Reichsschulgesetz, in dem die Frontlinien konträr zu denen in der Außenpolitik verliefen. Zusammen mit den Deutschnationalen, die sich als Fürsprecher evangelischer Interessen zu profilieren versuchten, gab sich das Zentrum offen als Befürworterin eines Einflusses der Kirchen in der Schule zu erkennen, was sie in verschärften Gegensatz zu den liberalen Parteien bringen musste. DDP, DVP und SPD wurden von der katholischen Partei wegen ihrer Ablehnung des Schulentwurfs als „rot-blaue Kulturkämpfer“ scharf angefeindet, sodass dieses letztlich zweitrangige Thema, das für die „Kulturpartei“ aber von so großer Bedeutung war, eine künftige Koalitionsbildung der „Verfassungsparteien“ erschwerte. Hinzu kamen die wirtschaftspolitischen Differenzen, die wiederum DNVP und Zentrum in gemeinsamer Front für höhere Schutzzölle auf Agrarprodukte kämpfen sah, wäh-

rend die liberalen Parteien und die SPD dies im Namen der städtischen Verbraucher ablehnten. Durch seine gleichzeitige konfessionelle Abgrenzung gegen die Katholikenpropaganda der DNVP büßte das Zentrum aber auch nach rechts an politischem Handlungsspielraum ein, worin eine gewisse Regierungsmüdigkeit zum Ausdruck kam. Tendenziell aus der Perspektive einer Oppositionspartei argumentierte im Frühjahr 1928 neben den Deutschnationalen noch die DVP, namentlich in wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen. Ihr Wahlkampf musste aber vor allem wegen der modern anmutenden, weil personenbezogenen Stresemann-Parole Aufsehen erregen, hinter der sich die Partei zu verstecken versuchte.

Unter dem Druck des kommunistischen Wahlkampfes gegen ihren „Koalitionsverrat“ schwieg die SPD vor dem 20. Mai zur Frage der künftigen Regierungsbildung, ließ aber an ihrem Machtwillen zur Ablösung des „Besitzbürgerblocks“ keinen Zweifel. Als dessen nach außen hin stärkste Kraft führten die Deutschnationalen den Wahlkampf bereits im Stile einer Partei, die sich gerade auf außenpolitischem Gebiet als „nationale“ Opposition zu profilieren gedachte. In diesem Bestreben konkurrierte sie sowohl mit der NSDAP als auch mit kleineren Splittergruppen der Rechten, die sich im VNB zusammengeschlossen hatten. Einigendes Band der Rechtsparteien war im Frühjahr 1928 die Frontstellung gegen eine sich festigende Weimarer Republik, sei es, dass die DNVP gegen die „Alleinherrschaft der Parlamente“ polemisierte und mehr Macht für den Reichspräsidenten verlangte, sei es, dass die Völkischen offen die Beseitigung des parlamentarischen „Systems“ forderten. Stärker als in den Wahlkämpfen von 1924 führten die politischen Lager links und rechts thematisch kaum miteinander zu verknüpfende Kampagnen. So wie der Schulkonflikt im Grunde nur die bürgerlichen Parteienpropaganda beschäftigte, war der Panzerkreuzer fast ausschließlich nur eine Parole der Linksparteien – im Übrigen keine besonders schlagkräftige, wie der enttäuschende Ausgang des Volksbegehrens der KPD im Oktober 1928 zeigte, als sich nur 2,9 Prozent von 41,3 Millionen Wahlberechtigten in ihre Listen eintrugen. Gewissermaßen eine symbolpublizistische Nachwirkung des Präsidentenwahlkampfes von 1925 stellte die explizite „Block“-Propaganda der Weimarer Parteien dar, etwa in den radikalen Obertönen der SPD, die dem „Besitzbürgerblock“ einen „Volksblock“ der Werkträgern entgegenstellte. Als „stärkste Partei Deutschlands“ sollte sie nach dem 20. Mai 1928 die Staatsmacht in einem Augenblick wieder in

die Hand bekommen, als die Zeichen der politischen Desintegration zunahmen und in der Außenpolitik neue Probleme mit der Neuregelung der Reparationsfrage ihren Schatten vorauswarfen. Während Zentrum und DVP zunächst zurückhaltend auf ihre Koalitionsofferten reagierten, bekräftigte die SPD Anfang Juni 1928 ihren Führungsanspruch innerhalb einer Großen Koalition – der einzig denkbaren parlamentarischen Mehrheitskonstellation. Anders aber als in Preußen, wo die Weimarer Koalition unter Otto Braun ihre Arbeit nach dem 20. Mai rasch fortsetzen konnte, gestaltete sich die Regierungsbildung im Reich überaus kompliziert und langwierig. Erst Ende Juni 1928 kam es zur Berufung eines „Kabinetts der Persönlichkeiten“ unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller auf der Grundlage einer Großen Koalition von SPD bis DVP und BVP. Fraktionell gebunden und damit eine echte Koalition wurde diese Reichsregierung erst Anfang 1929¹⁵²².

Kapitel 10

„Interessentenhaufen oder Staatsvolk?“ – Der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930

Die bereits im Zeichen der Weltwirtschaftskrise durchgeführte Reichstagswahl vom 14. September 1930 stellt aufgrund des erdrutschartigen Wahlerfolgs der NSDAP einen Wendepunkt in der politischen Geschichte der Weimarer Republik dar. Innerhalb von nur zwei Jahren entwickelte sich die Hitlerpartei aus einer bedeutungslosen Splittergruppe durch die Verneunfachung ihrer Stimmenanteile zur mit 107 Reichstagsabgeordneten zweitstärksten Partei. Weil auch die KPD sowie die so genannten Interessenparteien Gewinne erzielten, offenbart sich für die Forschung in den „Er bitterungswahlen“ vom 14. September gemeinhin das Ausmaß der Radikalisierung und interessenpolitischen Segmentierung des Weimarer Parteiensystems, das 1929/30 von Zeitgenossen als herausragendes Symptom einer allgemeinen „Krise des Parlamentarismus“ erfahren wurde. Der seit längerem gehegte Plan antirepublikanischer Kreise um die Person des Reichspräsidenten, eine autoritäre und sozialistenfreie Reichsregierung, ein so genanntes Hindenburg-Kabinett zu bilden, das mit dem präsidentialen Notverordnungsrecht unabhängig von Parlament und Parteien regiere, war Ende März 1930 umgesetzt worden. Der Widerwille der sich seit dem Tode Stresemanns nach rechts orientierenden DVP, noch länger mit der SPD eine gemeinsame Politik im Reich verantworten zu müssen, hatte den Bruch der nach den Maiwahlen 1928 gebildeten Großen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller forciert. Ihre eigentliche Aufgabe war mit der Annahme des neuen Reparationsplanes, der das Dawesabkommen ablöste, durch den Reichstag am 12. März 1930 erfüllt. Der in Paris unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young und deutscher Beteiligung ausge-

handelte „Youngplan“ legte die endgültigen Reparationsverpflichtungen Deutschlands fest. Bei niedrigen Anfangsannuitäten sollte es 59 Jahre lang, also bis 1988, durchschnittlich pro Jahr etwa zwei Milliarden Mark zahlen. Zwar fiel der Transferschutz weg, doch erhielt das Reich dafür seine volle wirtschaftspolitische Souveränität zurück. In Anschlussverhandlungen im Haag konnte gar als Gegenleistung für die Annahme des Planes die völlige Räumung des Rheinlandes bis zum 30. Juni 1930 erreicht werden, also fünf Jahre vor der Versailler Frist. Trotz seiner offenkundigen Vorzüge sorgte der Youngplan aber nicht für eine innenpolitische Beruhigung. Der hemmungslosen Agitation von DNVP und NSDAP gegen die wirtschaftliche „Versklavung“ Deutschlands wollte zwar noch im Dezember 1929 kaum jemand folgen, da der Volksentscheid für das „Freiheitsgesetz“ nur bei 13,8 Prozent der Wahlberechtigten Unterstützung fand. Gleichwohl wurde der Youngplan 1929/30 zum „Inbegriff der Feindvorstellungen, hinter denen sich die in ihren positiven Entwürfen so schwankende und zersplitterte ‚Nationale Opposition‘“ gegen die Republik formierte¹⁵²³.

Seit dem so genannten Ruhreisenstreit vom Herbst 1928 versuchten Exponenten der Schwerindustrie und Arbeitgeber im Schatten der herausziehenden Weltwirtschaftskrise systematisch die sozialstaatlichen Grundlagen von Weimar abzubauen. Ihr Ziel, den Primat der Wirtschaft durchzusetzen, artikuliert sich im Streit um die Finanzierung der erst 1927 geschaffenen Arbeitslosenversicherung, die bei wachsender Zahl von Unterstützungsbedürftigen defizitär und von Zuschüssen des Reiches abhängig wurde. In seiner vielzitierten Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie im Dezember 1929 angesichts zunehmender Staatsschulden ultimativ die Erhöhung der Verbrauchssteuern und Senkung der Sozialabgaben. Dass die Große Koalition im März 1930 über die scheinbar belanglose Frage einer halbprozentigen Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung auseinanderbrach, geschah vor dem Hintergrund der generellen Streitfrage, wer die Lasten aus dem neuen Reparationsplan zu tragen habe und wie sich die Weimarer Sozialpolitik künftig entwickle. Die Kompromissbereitschaft der Flügelparteien SPD und DVP wurde entscheidend durch den Druck der hinter ihnen stehenden Interessenverbände der Gewerkschaften beziehungsweise Unternehmer eingengt. Eingedenk der späteren Ereignisse erscheint der Bruch der Großen Koalition als eigentlicher „innerer Wendepunkt“ (Eberhard Kolb) in der Geschichte der

Weimarer Republik. Schon zwei Tage nach dem 27. März präsentierte der von Hindenburg zum Reichskanzler berufene Zentrumsolitiker Heinrich Brüning eine rein bürgerliche Minderheitsregierung ohne koalitionsmäßige Bindung an die Fraktionen. Als Gegenleistung für die ihm vom Reichspräsidenten gestellten „Auflagen“ – ohne die SPD, sondern mehr nach „rechts“ zu regieren und die zur Mitarbeit bereiten Deutschnationalen einzubeziehen sowie umfassende Stützungsmaßnahmen für die ostdeutsche Landwirtschaft einzuleiten – erhielt Brüning, was seinem Vorgänger verwehrt worden war: die Zusicherung des Notstandsartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung. Außer Politikern von Zentrum, BVP, DVP, und DDP – wie bisher auch – wurden der Agrarier Martin Schiele und der Volkskonservative Gottfried R. Treviranus, beides Gegner des intransigenten Hugenberg-Kurses, als rechte Flügelleute ins Kabinett sowie mit Johann Viktor Bredt als Justizminister erstmals auch ein Mitglied der WP aufgenommen. Schon zur Zeit der Großen Koalition hatte sich in der deutschen Außenpolitik unter dem Stresemann-Nachfolger Julius Curtius eine neue Gangart angekündigt, die mit der Verständigungspolitik der „Locarno-Ära“ brechen sollte. Deren größter Erfolg, die Räumung des besetzten Rheinlandes fünf Jahre vor der Versailler Frist, wurde als Gegenleistung zur Annahme des Youngplanes im Juli 1930 Wirklichkeit¹⁵²⁴.

In den zahlreichen Landtags- und Kommunalwahlen 1929/30 war ein deutlicher Trend zur Radikalisierung der deutschen Wählerschaft festzustellen, welcher der NSDAP die Verzweifachung oder Verdreifachung der bis dahin geringen Stimmenanteile brachte. Die Kette ihrer Wahlerfolge begann am 6. Januar 1929, als sie sich in dem kleinen Land Lippe von 0,8 auf 3,4 Prozent verbesserte. Der Aufstieg der auf Hitlers „Legalitätskurs“ eingestellten Nationalsozialisten setzte sich 1929 überall dort fort, wo gewählt wurde, so auch in Thüringen, wo sie im Dezember von 3,5 auf 11,3 Prozent kletterten. Als hinter SPD und Landvolk drittstärkste Partei übernahmen sie hier erstmals in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien Regierungsverantwortung, wobei Wilhelm Frick das wichtige Innenministerium erhielt. Sieht man von der krisengeschüttelten DNVP ab, die unter Hugenburgs Führung Verluste in Höhe von knapp fünfzig Prozent ihrer Stimmenanteile erlitt, verlief die Wahlentwicklung in den Ländern wenig spektakulär. Während sich der Niedergang der liberalen Parteien fortsetzte, befand sich die KPD fast überall mit leichten Gewinnen um die zwei Prozent im Aufwind und wahrten

SPD und Zentrum im Wesentlichen ihre Besitzstände. Höhepunkt des regionalen „Vormarsches“ der stark mit pseudosozialistischen Parolen agitierenden NSDAP waren die vorgezogenen Sachsenwahlen vom 22. Juni 1930. Binnen Jahresfrist erreichte sie hier eine weitere Verdreifachung ihrer Stimmenanteile auf nun 14,4 Prozent. Klare Verlierer waren die bürgerlichen Parteien, die zum Teil über ein Drittel ihrer Stimmen einbüßten, so DVP und DNVP, die nur noch 8,7 beziehungsweise 4,8 Prozent erhielten. Weil nach diesen regionalen Wahlergebnissen vor allem die NSDAP von Neuwahlen im Reich profitieren würde – nur über die Höhe wurde gestritten –, fürchteten ihre Gegner im Sommer 1930 eine vorzeitige Auflösung des Reichstags. Zudem musste ein erneuter Wahlkampf die „Befreiungs“-Feiern stören, die während des ganzen Juli im Rheinland anlässlich der vorzeitigen Räumung der dritten und letzten Besatzungszone, der „Mainzer Zone“, stattfanden. Die Rheinland-Reise des Reichspräsidenten, der als Symbol „deutscher Einheit“ bejubelt wurde, wurde jedoch vorzeitig am 22. Juli durch den tragischen Brückeneinsturz in Koblenz unterbrochen, durch den die nationale Jubelstimmung jäh in Trauer um die Todesopfer umschlug¹⁵²⁵.

Brünings Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen zielte im Kern auf eine Umschichtung der direkten auf die indirekten Steuern zur Entlastung der Wirtschaft, die den Zentrumskanzler anfänglich gemäß der Parole „Mehr wirtschaftliche Vernunft!“ nachhaltig unterstützte. Während in der Sanierungsfrage ein breiter Konsens bestand, mussten die Steuerpläne aber auf den erbitterten Widerstand der die Verbraucher-massen vertretenden SPD stoßen. Zugleich wollte Brüning mit neuen Agrarzöllen und einem speziellen Hilfsprogramm die Krise der deutschen Landwirtschaft bekämpfen. Zur Finanzierung griff er auf den Plan einer „Reichshilfe“ oder „Notopfer“ genannten Sonderabgabe der Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft zurück, sowie – auf Drängen der DVP, die dafür der Reichshilfe zustimmte – auf die Einführung einer im Volksmund genannten „Kopfsteuer“ für jeden Bürger. Weil Hugenberg seine Zustimmung zu den Deckungsvorlagen beharrlich verweigerte, war Brünings Weg zur Durchsetzung seines Finanzprogramms per Artikel 48 vorgezeichnet. Die Haushaltsdebatte spitzte sich zu, als Brüning nach definitiver Ablehnung durch den Reichstag am 16. Juli 1930 eine erste Notverordnung „zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ per Artikel 48 erließ, deren Aufhebung sofort von der SPD beantragt wurde. Angesichts einer drohenden

Spaltung der deutschnationalen Fraktion, deren Stimmen ausschlaggebend sein sollten, bot Hugenberg am 17. Juli dem Reichskanzler zum Schein Verhandlungen an. Die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über die Aufhebung seiner Notverordnungen endete am 18. Juli aber erwartungsgemäß mit einer Niederlage Brünings, da eine Mehrheit von 236 Abgeordneten der SPD, der KPD, der NSDAP und der Hugenbergleute in der DNVP-Fraktion, die sich darüber endgültig spaltete, dafür stimmten, gegen 221 Abgeordnete aller übrigen Parteien inklusive 25 abtrünnigen Deutsch-nationalen der Westarp-Gruppe. Brüning löste daraufhin in verfassungsdurchbrechender Verbindung der Artikel 25 und 48 den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14. September fest, den spätestmöglichen Termin, bis zu dem er ohne das Parlament weiter zu regieren dachte. Die vom Reichstag abgelehnten Notverordnungen wurden am 26. Juli neu erlassen, zwar bei der Bürgersteuer nach Protesten aus den Reihen der DDP ansatzweise sozial gestaffelt, im Kern aber unverändert, von der Reichshilfe bis hin zur Erhöhung der Einkommens- und Ledigensteuer¹⁵²⁶.

Mit der nach außen hin überstürzt erscheinenden, doch wohl kalkulierten Auflösung des Reichstags vom Juli 1930 betrat Brüning aus heutiger Sicht den Übergang von der verdeckten zur offenen Präsidialregierung. Während in der Aussprache vor der Reichstagsauflösung Vizekanzler Hermann Dietrich von der DDP die bald als Wahlkampfeslogan populäre Frage aufwarf, ob die Deutschen „ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk“ sein wollten¹⁵²⁷, veröffentlichte die Reichsregierung noch am Abend des 18. Juli ihren Wahlauf Ruf. Den Notverordnungen, heißt es darin, lägen keine Parteiziele oder „Interessen“ zugrunde, sondern die Sorge um das Volkswohl. Am 14. September müsse sich entscheiden, ob das deutsche Volk seiner Regierung das versagen wolle, was „zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtung“ dringend nötig sei. Seit Beginn der Wirtschaftskrise hatte sich die Lage insbesondere für die abhängig beschäftigte Bevölkerung in Deutschland, das neben den USA von der Krise am härtesten betroffen war, rapide verschlechtert. Der Rückgang der industriellen Produktion zog Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit nach sich, die zuerst die städtische Arbeiterschaft, zunehmend aber auch Angestellte traf. Bis zum November 1930 kletterte die offizielle Arbeitslosenzahl auf 3,25 Millionen (16,2 %), während das Volkseinkommen zwischen 1929 und 1932 um 43 Prozent sank. Im Zuge

der Konzentrationstendenz der deutschen Wirtschaft sorgten Konkurse für neue Unruhe im selbständigen Mittelstand, der sich zudem durch die verschärfte Konkurrenz der Warenhäuser existentiell bedroht glaubte, während ein rapider Preisverfall die Agrarkrise auf dem Land noch verschärfte. Die Fortdauer der Wirtschaftskrise nährte die allgemeine Misstimmung, dass es „anders“ werden müsse: „Ein Vakuum der Gesinnung ist da, in dem alles möglich ist“, meldete die *Vossische Zeitung* eine Woche vor dem 14. September 1930¹⁵²⁸. Zusammen mit den regionalen Wahlerfolgen der NSDAP beschleunigte der vorzeitige Neuwahltermin die Umbildungsaktivitäten im bürgerlichen Parteienlager. Durch Sammlung des nicht-katholischen Bürgertums wollte der DVP-Vorsitzende Ernst Scholz eine nach rechts offene „Hindenburg-Front“ anführen. Seine Bemühungen waren aber nach der überraschenden Fusion der DDP mit der jungdeutschen VNR zur Deutschen Staatspartei sowie der Gründung der KVP durch ehemalige Deutschnationale bereits Ende Juli 1930 faktisch gescheitert. Statt zur bürgerlichen Sammlung kam es nach langwierigen Verhandlungen nur zu einem am 21. August veröffentlichten „Hindenburg-Aufruf“ von DVP, KVP und WP. Schon während des Wahlkampfes war abzusehen, dass die Entscheidung am 14. September nicht nur ein Urteil über die kurze Regierungszeit Brüning und seine Notverordnungen werden würde, sondern „über die Politik der vergangenen zwei Jahre, ja über Weimar insgesamt“¹⁵²⁹.

„Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz und Sowjetstern“ – Sozialdemokratischer Abwehrkampf im Zeichen der Krise

Die SPD hatte im Frühjahr 1930 mit ihrem kompromisslosen Kurs in der Frage der Arbeitslosigkeit aus Sicht gemäßigter Parteigenossen eine Politik der Selbstausschaltung betrieben. Ihr im Juni vorgelegtes „Programm zur Bekämpfung der Krise“ offenbarte allerdings vor allem in der Frage der Finanzsanierung ein großes Maß an Konsens mit der bürgerlichen Regierung. Doch beharrte die größte Oppositionspartei auf einer „sozial gerechten“ Sparpolitik, welche die Pflichten des Staates gegenüber den „Opfern der planlosen kapitalistischen Wirtschaft“ beachte. Gefordert wurden ein allgemeiner Preisabbau, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie eine Zusatzsteuer auf die höheren Einkommen in Höhe von zehn Prozent. Auch ausgleichswillige Sozialdemokraten überzeugte die

von Brüning mithilfe des Artikels 48 in Kraft gesetzte Bürgersteuer von der Notwendigkeit entschiedenen Widerstandes gegen die „unsoziale“ Politik der Reichsregierung. Otto Wels rief im Namen des Vorstands die SPD, gegen die sich der gesamte „Interessentenhaufen‘ der ‚bürgerlichen Parteien“ verbündet habe, zur Sammlung um die „alte rote Fahne“¹⁵³⁰.

Der am 19. Juli 1930 veröffentlichter zentraler Wahlauf Ruf der SPD war an verbalradikaler Phraseologie, mit der „kapitalistischer Anarchie“ und „sozialer Reaktion“ in Deutschland der Kampf angesagt wurde, kaum zu überbieten. Seine überaus scharfe Abgrenzung zur Regierung musste jeden Gedanken an politischen Ausgleich verschrecken: „Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet! Das Kabinett Brüning regiert mit dem Artikel 48! Zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur fällt am 14. September die Entscheidung!“ Ohne die SPD, deren Ziel die „Herrschaft des arbeitenden Volkes“ bleibe, könnten aber „kein sozialer Fortschritt, keine Gesundung der Wirtschaft, keine Beseitigung von Not und Elend“ erreicht werden. Bedroht werde die Weimarer Demokratie neuerdings wieder durch die Nationalsozialisten, die „erklärten Anhänger der Diktatur“, die von der KPD durch Spaltung der Arbeiterschaft noch gestärkt würden. Der „sozialreaktionäre“ Charakter der Regierung Brüning, welche die wirtschaftlichen Lasten im Zeichen der Krise einseitig den „Armen und Schwachen“ aufbürden wolle, offenbare sich vor allem in der Bürgersteuer, der „Negersteuer“, die bisher nur Kolonialvölkern aufgezwungen worden sei. Ohne konkrete Handlungsperspektiven zu akzentuieren, trumpfte die SPD mit radikalen Aktionsparolen auf: „Gegen die Regierung Brüning, die mit dem Großkapital verbrüdet ist und die Rechte der Arbeiterklasse niederschlagen will! Vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!“¹⁵³¹

Sowohl in sprachlicher als auch in thematischer Hinsicht schlug die Wahlpropaganda der SPD im Sommer 1930 einen stark polarisierenden Grundakkord an. Charakteristisch war, dass die Anwendung des Artikels 48 durch Brüning bereits mit der Errichtung einer „Bürgerblock-Diktatur“ identifiziert wurde, die wiederum nur den „ersten Schritt zur Dauerdiktatur der National-„Sozialisten““ bedeute. So scharf die SPD Brünings Notverordnungspraxis als „Verrat am demokratischen Parlamentarismus“ geißelte, so nachdrücklich versicherte sie dem Wähler, diesen „Spuk der ‚Achtundvierziger““ nicht heraufbeschworen zu haben und an den Neuwahlen in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not schuldlos

zu sein. Als „wirkliche ‚Staatspartei‘ der Republik“ habe sie sich allerdings verpflichtet gefühlt, auf die Gefahr der drohenden „Finanz-Diktatur“ im Reich zu reagieren. Aber nicht, wie die bürgerlichen Parteien behaupteten, an der Verantwortungsscheu der SPD sei die Große Koalition Ende März 1930 zerbrochen, sondern im Gegenteil: sie wollte weiterregieren, „um die Reichsfinanzen zu ordnen durch Ersparnisse am Heeresetat, im diplomatischen Dienst, an den Riesenpensionen und durch Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften der Leistungsfähigen“. Die bürgerlichen Parteien aber wünschten die Sanierung auf Kosten der „Minderbemittelten“ sowie eine „sozialistenreine“ Reichsregierung, weshalb sie die Große Koalition gesprengt und sich neue Bundesgenossen auf der Rechten gesucht hätten. Angesichts dessen empfahl sich die SPD im Sommer 1930 als „wahrhaft große Regierungspartei“ mit dem „Willen zur ganzen Macht“ des Weimarer Staates. Am 14. September gehe es für sie „um Höchstes“, um nicht weniger als um die Entscheidung zwischen den Alternativen „demokratischer Volksstaat oder plutokratische Republik“¹⁵³².

Außer den obligaten Bekenntnissen zur Verständigungspolitik war von der SPD in außenpolitischer Hinsicht wenig zu lesen. In Konkurrenz zur Regierung reklamierte sie die positiven Folgen der Youngplan-Aannahme als ihr Verdienst, etwa die „Befreiung“ der Rheinlande oder die Senkung der „furchtbaren Kriegslasten um ein Beträchtliches“. In Abgrenzung zur NSDAP, die um der Freundschaft Mussolinis willen dem „Deutschtum in Südtirol den Dolch in den Rücken“ gestoßen habe, profilierte sich die SPD auch als jederzeit „wirklich national und sozialistisch“ handelnde Partei¹⁵³³. Eng verknüpft mit der verfassungspolitischen Parole akzentuierte die SPD im Sommer 1930 ihren Kampf gegen die „Steuerdiktatur des Zentrumskanzlers Brüning“, die als Teil eines „kapitalistischen Raubzuges gegen die Arbeiterklasse“ angeprangert wurde. Das Programm der Reichsregierung stelle ein kaum verhülltes „Attentat“ auf den Weimarer Sozialstaat dar, während die eigenen Sanierungsvorschläge in jeder Hinsicht „sozialen Geist“ atmeten. Mit seiner Finanzpolitik – vor allem der Kopfsteuer, der trotz Staffelung nach Einkommen „denkbar ungerechtesten aller Steuern“ – sowie dem Abbau der Löhne und der Sozialleistungen belaste Brüning die Minderbemittelten einseitig zugunsten der „Besitzenden“¹⁵³⁴. In illustrierten Wahlzeitungen hämmerte die SPD dem Wähler in Schrift und Bild die „Sünden des Bürgerblocks“ mitsamt der nicht minder schlimmen „Verbrechen der radikalen

Hilfstruppen“ ein. Stärker als früher propagierte sie im Sommer 1930 den Schulterschluss mit den ADGB-Gewerkschaften, deren Vorstand die Septemberwahl zum „gigantischen Kampf um die soziale Gerechtigkeit“ stilisierte. Arbeitern, Angestellten und Beamten wurde als großes Zukunftsziel die „Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach den Grundsätzen des Sozialismus“ versprochen. Zur Beseitigung der aktuellen Krise und Arbeitslosigkeit kämpfte die SPD für ihre altbekannten Ziele wie Steigerung der Massenkaukraft, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine „stärkere Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Leistungen für den Staat“. Denn obwohl der „Interessentenhaufen des Besitzbürgertums“ in sich zersplittert sei, führe er den Wahlkampf „zum Schutze kapitalistischer Vorrechte gegen die Sozialdemokratie!“¹⁵³⁵

Als eigentliche Drahtzieher der „sozialreaktionären“ Entwicklung seit April 1930 erschienen stereotyp die „Kapitalisten“, da Brüning nur ein „Gefangener der Großindustrie und der nimmersatten Agrarier“ sei. Demgegenüber profilierte sich die SPD als „Partei des deutschen republikanischen Volksstaates“, die diesen zum Wohle der Allgemeinheit wieder unter eine „starke einheitliche Leitung“ stellen wolle. Preußens Ministerpräsident Otto Braun bemühte sich schon während des Wahlkampfes um eine Große Koalition und fragte Brüning, ob er die Hilfe der SPD wirklich ablehne. Der Reichskanzler beantwortete Brauns Offerte mit der dilatorischen Gegenfrage, ob die SPD überhaupt mit jemandem zusammenarbeiten könne, den ihre Wahlpropaganda als Hauptgegner angreife, woraufhin wiederum Braun versicherte, er mache Fragen der Koalitionspolitik nicht von einigen „Flugblattfloskeln“ abhängig. Taktisches Wahlziel der SPD musste ungeachtet dessen sein zu verhindern, dass am 14. September aus der Minderheit Brünings eine Mehrheit würde, deshalb ihr Appell an den Reichstagswähler: „Mehr Macht der Sozialdemokratie!“¹⁵³⁶

Entsprechend dem **Hauptfeindbild** vom „Bürgerblock“ richteten sich im Sommer 1930 über die Hälfte, das heißt 49 von 91 Wahlflugblättern der SPD, gegen diesen uniformen Gegner. Während sie aber gegenüber der DVP erstaunliche Zurückhaltung übte, waren es vor allem die alten Weimarer Koalitionspartner, die von der SPD aus dem bürgerlichen „Interessentenhaufen“ heraus angegriffen wurden. Klarer parteipolitisch unterschiedener Hauptgegner war die NSDAP, gegen die sich spezifisch mehr als ein Fünftel der Flugblätter richteten. Die mit ihr als

„Feinde der Demokratie“ auf eine Stufe gestellten Kommunisten fanden im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen nur geringe Beachtung. Schließlich spielte die DNVP – zwei Jahre zuvor als Partei noch einer der Hauptgegner der SPD – keine Rolle mehr in ihrer Agitation vom Sommer 1930, die vielmehr unter dem plakativen Motto stand: „Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz u. Sowjetstern!“¹⁵³⁷

Grundtenor des Kampfes gegen die NSDAP bildete die Entrüstung über deren „politisch verbrämtes Verbrechenverbrechen“ und die Demagogie, „allen Bevölkerungsschichten alles zu versprechen“, der man bevorzugt mit Theorie/Praxis-Vergleichen zu Leibe rückte. Ziel im Kampf gegen die „nationalsozialistische Seuche“ müsse sein, so die Wahlkampfthemenlinien der SPD vom Sommer 1930, die „innere Verlogenheit der Hitlerbewegung“ aufzudecken. Mit ihren Terror- und Korruptionsmethoden stelle die NSDAP eine „Schande für das deutsche Volk“ dar, gegen die sich bereits eine „Abwehrfront aller Anständigen“ sammle. In der Agitation unter Arbeitern gebe sie sich „sehr sozialistisch-revolutionär“, um diese von der SPD wegzulocken. Schon mit der Schreibweise wurde der Etikettenschwindel der „National-,sozialisten“ angezeigt, die in Wahrheit weder sozialistisch noch eine Arbeiterpartei, sondern die „Knüppelgarde des Kapitals“ seien. Gemäß der auch von der KPD propagierten Finanzierungsthese führten spezielle Wahlzeitungen der SPD dem „ins Nazilager verirrtten Proletariat“ das von den kapitalistischen Geldgebern bezahlte „Bonzentum“ der NSDAP vor Augen. Am Beispiel von Fricks „Futterkrippenwirtschaft“ in Thüringen sollte deren Glaubwürdigkeit als „System“-Alternative in Frage gestellt werden¹⁵³⁸. Unerlässliches Agitationsmittel gegen die „Hakenkreuzpest“ war der SPD die These von NSDAP und KPD als feindliches Brüderpaar, wobei erstere mitunter zur „nationalistischen und antisemitischen Spielart“ des Kommunismus verharmlost wurde. Wie ihre Programmklärung vom 24. August beweise, machten die „Sowjet-Faschisten“ der KPD jetzt gemeinsame Sache mit Hitler, den sie an „nationalistischer Verblendung“ gar überträfen¹⁵³⁹. Wie gewohnt schwärzte die SPD ihre linke Konkurrenz im Sommer 1930 gegenüber den Arbeitern als „Organisationszersplitterer“ an, deren „arbeiterverräterische“ Politik sogar von der bürgerlichen Presse als „Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie“ gelobt werde. Ziel der Kommunisten sei in Wahrheit die „utopistisch-terroristische Sowjetstern-Diktatur“ und eine Übertragung des „asiatischen Steppensozi-

alismus“ nach Deutschland, weshalb es am 14. September nur heißen könne: „Fort mit der Radaupolitik der Nazi und Kozi!“¹⁵⁴⁰

Außer mit den extremen Parteien setzte sich die SPD im Sommer 1930 ausführlicher nur noch mit dem Zentrum auseinander, das als ehemals fortschrittliche Partei erschien, bei der aber nun die „großkapitalistischen Geldgeber“ das Sagen hätten und deren christlich-soziale Ziele folglich nur noch Etikettenschwindel seien. Neuerdings mache das Zentrum sogar gemeinsame Sache mit den früher bekämpften „Statthaltern der Monarchie“ und spiele im Reich mit dem Staatsstreich, während es in Preußen der angeblich kirchenfeindlichen SPD unter der Parole „Der Feind steht links!“ mit Auflösung der Koalition drohe, doch: „Nicht um eure Religion geht es, sondern um Lohn und Brot, um Sozialrente, um Krankengeld, um Erwerbslosenrente, um euch und eure Kinder“, führte sie den Zentrumsanhängern das „Doppelspiel“ ihrer Partei vor Augen, in der „sozial“ geredet, aber „kapitalistisch“ gehandelt werde¹⁵⁴¹. Der Zusammenschluss von DDP und Jungdeutschen erschien der SPD als „trübe Mischung aus verkümmender Demokratie und nebelhaft romantisch-reaktionärer Ideologie“, als ein Zeichen des „politischen Auflösungsprozesses des Bürgertums“. Auch die DVP habe nach dem Tod Stresemanns endgültig jede politische Existenzberechtigung verloren und sich zur „offenen Unternehmerpartei“ entwickelt. Vom Geiste des verstorbenen Außenministers sei nichts mehr geblieben, was die DVP aber nicht hindere, den „bedeutenden Toten“ für ihre Wahlzwecke zu missbrauchen. Im Verhältnis zur DNVP beschränkte sich die SPD im Sommer 1930 darauf, ironisch die „Führer“-Qualitäten Hugenburgs zu loben, unter dessen Vorsitz eine Parteiabspaltung der anderen folge. Auch die neue KVP, der insgeheim eine wichtige Rolle bei künftigen Koalitionsbildungen zugemessen wurde, kämpfe aber nur unter der alten Parole „Schwarz-Weiß-Rot“ gegen die Republik. Der ganzen „Brüning-Schiele-Treviranus-Bredt & Cie“, als welche das Bürgerblock-Kabinet firmierte, stellte die SPD die eigenen „Köpfe der Staatspolitik“ gegenüber, wie Otto Braun, den „Hüter der Reichsverfassung“ gegen Brünings Diktaturpläne, oder Hermann Müller, den „Befreiungsreichskanzler“¹⁵⁴². Dass neben der vom Parteivorstand vorgegebenen Generallinie regionale Organisationen im Sommer 1930 unterschiedliche Akzente in ihrer Wahlpropaganda setzten, bewies vor allem die hessische SPD, deren Hauptstoß sich ausdrücklich gegen Hitler und seine bürgerlichen Schrittmacher richtete, da die DVP, die „Partei des Kapitals“, der NSDAP schließlich in

Thüringen das Regieren ermögliche: „Diese Gemeinschaft zwischen Geldsack und Hitler ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse“¹⁵⁴³.

Charakteristisch für die **SPD-Zielgruppenpolitik** im Sommer 1930 war der Einheitsfrontappell an die Arbeiter im „Kampf um die Seele jener Klassengenossen“, die als Hakenkreuzler oder Moskaugläubige zu „Hilfstruppen des Kapitalismus“ geworden seien. Knapp drei Viertel, 64 von 91 Flugblättern, richteten sich an die zusammen als „proletarisch“ oder auch „minderbemittelt“ eingestufte Wählerschicht der Arbeiter, Beamten sowie der „kleinen“ Bauern und Gewerbetreibenden, an die erstmals auch direkt Flugblätter adressiert waren. Sie alle wurden als „Volk der Arbeit“ oder „schaffenden Volksgenossen“ angesprochen, in deren Namen die SPD vorgab, als „Volkspartei“ die Interessen des Allgemeinwohls zu vertreten. Weitere Zielgruppen waren in signifikantem Maße die Frauen und erstmals auch die Angestellten, die in acht beziehungsweise fünf von 91 Flugblättern spezifisch angesprochen wurden. Zwar immer noch unterrepräsentiert, warb die SPD in drei Flugblättern auch um Stimmen der Jugend und Jungwähler¹⁵⁴⁴.

Abgesehen von einem spezifisch antikomunistischen Akzent sowie der verbal schärferen Rhetorik deckte sich die Werbung um die Hauptzielgruppe der Arbeiter inhaltlich weitgehend mit der sozialpolitische Akzente setzenden Generallinie des Wahlkampfes der SPD. Intensiver als früher bemühte sie sich im Sommer 1930 um die radikalisierten und von Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeiter, welche man als besonders anfällig für die Parolen der KPD glaubte. Weil aber im angeblichen Arbeiterparadies Russland tatsächlich nur die „Diktatur des sowjetischen Bürokratismus und Bonzentums“ für Wirtschaftskrisen und niedrige Löhne Sorge, sei die kommunistische Losung „Sowjet-Deutschland“ ebenso verantwortungslos wie das von der Reichsregierung vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm völlig unzureichend¹⁵⁴⁵. Speziell gegenüber den Erwerbslosen akzentuierte die SPD im Sommer 1930 ihren Kampf gegen die „brutal durchgeführte Rationalisierung“ sowie gegen die Demontage der Arbeitslosenversicherung durch die Brünningsche „Finanzdiktatur“. In spezifischen Flugblättern warnte sie die Landarbeiter vor den Arbeitgebern und ihren Parteien, welche nichts gegen die „mittelalterlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ auf dem Lande unternähmen. Analog zum Kieler Agrarprogramm wurde die rechtliche Gleichstellung der Land- mit der Industriearbeiterschaft gefordert, damit „das Leben auf dem Lande lebenswerter“ werde¹⁵⁴⁶. Ihre erstmals signifikan-

te Propaganda an die Adresse der Angestellten, bis dahin ein stiefmütterlich behandeltes Anhängsel der Zielgruppenpolitik der SPD, dominierte im Sommer 1930 zwar noch die so genannte „Klassentheorie“. Auffällig war aber die starke Differenzierung nach den einzelnen Gruppen der Angestellten, deren Statusdenken man Konzessionen machte. Statt sich aber von Schlagworten der bürgerlichen Parteien wie dem vom „neuen Mittelstand“ täuschen zu lassen, hätten sie am 14. September die Alternative, sich entweder für das „kranke und kulturlose kapitalistische System“ oder für den Aufbau einer „gesunden Gemeinwirtschaft“ und „Festigung der deutschen Republik“ zu entscheiden¹⁵⁴⁷. Während die bürgerlichen Parteien für Sozial- und Lohnabbau einträten, erklärte es die SPD als „Partei der Unterdrückten und der Notleidenden“ nachdrücklich zu ihrem Ziel, die Rechte der „Ärmsten der Armen“, der Arbeitsinvaliden und Rentner, Kriegsbeschädigten und Inflationsopfer, Fürsorgeempfänger und Witwen zu schützen¹⁵⁴⁸.

Deutlich weniger Beachtung als den Angestellten schenkte die SPD im Sommer 1930 den Beamten, die außer mit Appellen zur Republiktreue durch Beispiele der „beamtenfeindlichen“ Bürgerblock-Politik mobilisiert werden sollten. Das ursprünglich von ihr befürwortete „Notopfer“ der Festbesoldeten stelle in der jetzigen Form der Reichshilfe nur eine „Etappe zur dauernden Kürzung der Beamtengehälter“ dar. Mit spezifischen Wahlflugblättern warb die SPD um die Stimmen der „kleinen“ selbständigen Mittelständler, allerdings ohne ihnen materiell interessante Versprechen anzubieten, sondern mit einer Art Aufklärungspropaganda, die ausdrücklich an die politische Vernunft appellierte. Stärkstes Argument war der Erhalt der Massenkaufkraft, da Handwerker und Kaufleute in die „Front der Verbraucher“ gehörten und durch Unterstützung der „Lohndrückungspolitik des Großkapitals“ nur am eigenen Ast sägen. Das Kaufkraftargument blieb auch für die SPD-Zielgruppenwerbung von zentraler Bedeutung, die unter dem Motto „Arbeiternot ist Bauernnot“ stand. Unter Berufung auf Preußen, wo der landwirtschaftliche Genossenschaftsgedanke wieder erfolgreich wirke, trat die SPD vor allem für eine vernünftige Regelung der Preise und Absatzmärkte der bäuerlichen Produkte ein¹⁵⁴⁹. Als der wichtigsten nichtberuflichen Zielgruppe akzentuierte sie im Sommer 1930 gegenüber den Frauen vor allem konkrete Folgen der Bürgerblockpolitik wie die Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Dem durch eine betont emotionale Sprache charakterisierten Appell an die Wählerinnen war die direkte Politisierungs-

absicht anzumerken. Unter Hinweis auf die geplanten Zollerhöhungen der Regierung Brüning für billige Agrarprodukte verlautbarte die SPD, dass der Brot- und Fleischpreis jetzt mehr denn je ein „politischer Preis“ sei¹⁵⁵⁰.

Während durch alle Parteien ein „Schrei der Jugend nach politischer Betätigung“ gehe, rühmte sich die SPD, dass bereits „begabte Vertreter der jungen Generation“ wie Carlo Mierendorff für sie kandidierten. Nur der „weltbefreiende Sozialismus“ könne ihr das verlangte „hohe Lebens- und Kampfziel“ geben, antwortete sie den Parolen ihrer Gegner im Kampf um die Jugend: „Weder Faschismus noch Bolschewismus! Weder ‚Großmeister‘ noch ‚Retter‘! Für die Demokratie – gegen die Diktatur!“ Mit äußerst scharfer Rhetorik forderte die SPD die Studenten auf, Stellung zu beziehen zwischen Kapital und Arbeit oder „willfähige Diener einer seelenlosen, eigennützigen Geldsackherrschaft“ zu werden¹⁵⁵¹. Eng miteinander verzahnte Hauptthemen ihres Wahlkampfes im Sommer 1930 bildete die Verteidigung der Demokratie gegen die „Herrschaft des Diktaturparagraphen“ sowie der Weimarer Sozialpolitik gegen die vom Kapital diktierten „unsozialen“ Pläne der Regierung Brüning. Obwohl sie nach dem Bruch der Großen Koalition noch die preußische „Macht im Staate“ verkörperte, stilisierte die SPD den 14. September bereits zur normativen Entscheidung zwischen „kapitalistischer Diktatur“ und „sozialer Demokratie“. In ihrer politischen Isolierung eine Tugend sehend, diente ihr das Vertrauen der „großen Massen des Volkes“ als Argument für ihren Machtanspruch. Der „sozialistische Volksstaat“ sozialdemokratischer Prägung musste aber den von steigenden Arbeitslosenzahlen radikalisierten Arbeitern als nur etwas „sozialere“ Variante der Brüningschen Sparpolitik erscheinen. Nichts illustrierte den Wandel besser, den die SPD innerhalb des Weimarer Parteiensystems 1929/30 erfuhr, als dass sie selbst als Motto ihrer alten Weimarer Koalitionspartner vor dem 14. September erkennen musste: „Der Feind steht links!“

„Ein Mann – Eine Bewegung – Ein Programm“ – Hugenburgs „Führer“-Wahlkampf

Obwohl nach der so genannten ersten Sezession, der Abspaltung der Christlich-Sozialen im Dezember 1929, bereits der völlige Zerfall der DNVP prophezeit wurde und ihre Reichstagsfraktion in der Debatte um

Brünings Sanierungsprogramm geteilte Wege ging, kam es erst im Juli 1930 zu einer weiteren Spaltung der Partei. Während Hugenberg trotz taktischer Verhandlungsbereitschaft eine Zustimmung zu den Notverordnungen der Regierung als „positive Vorschläge zur Rettung des Systems“ strikt ablehnte, stimmten die *gouvernemental* gesinnten Parlamentarier um den Grafen Westarp am 18. Juli für Brüning und schlossen sich der neuen KVP an. So schien die Verwirrung der krisengeschüttelten Deutschnationalen im Sommer 1930 nach der zweiten Parteispaltung innerhalb Jahresfrist noch größer zu werden. Unter den Hugenberg-Anhängern herrschte aber deswegen keine Resignation vor dem 14. September. Vielmehr sei, so der 1924 von der DVP gekommene Abgeordnete Reinhold Quaatz, „endlich Klarheit geschaffen“, der Reichstag gesprengt und die Regierung auf den Weg in die Diktatur gedrängt: „Allgemeine Empfindung: Ein Stoß ins Herz des Parlamentarismus“. Ungeachtet dessen musste die Rest-DNVP im Sommer 1930 erst einen „inneren Aufklärungs-Feldzug“ führen, bevor die eigenen „Truppen für die Wahlschlacht bereit, geordnet und kampfesfreudig“ seien¹⁵⁵². Am 24. Juli kam der Parteivorstand fast vollzählig zusammen, um sich hinter den umstrittenen Vorsitzenden und seinen Oppositionskurs gegen die „verhängnisvolle Halbheit“ der Reichsregierung zu stellen. Angesichts von Gerüchten, Hugenberg habe der NSDAP ein Wahlbündnis vorgeschlagen, legte Fraktionschef Ernst Oberfohren die Marschroute der DNVP für die Reichstagswahl mit der Parole fest: „Rechtsherum! Für Schwarz-Weiß-Rot gegen Misswirtschaft, Steuerbelastung und Tributversklavung“¹⁵⁵³.

In dem bereits am 23. Juli 1930 veröffentlichten „Wahlaufruf des Führers der DNVP“, verbuchte Hugenberg das Verdienst für sich, den „Young-Reichstag“ gesprengt und damit dem „hässlichen Klassenkampf der Versklavten“ zwischen Regierung und SPD-Opposition über die Verteilung der Reparationskosten beendet zu haben. Durch die Annahme des Youngplanes hätten die bürgerlichen Mittelparteien im Bündnis mit dem Marxismus das Deutsche Reich in neue „Fesseln“ geschlagen und wieder „furchtbare Tribut- und Steuerlasten“ verschuldet. Am 14. September gehe es daher um „Freiheit und Schicksal der Nation“, so das Motto des Hugenbergischen Aufrufes. Die drohende Katastrophe könne noch durch „grundlegende Abkehr von falscher Außenpolitik und klarem Systemwechsel im Innern“ abgewendet werden. Als davon abhängige Ziele nannte Hugenberg einen knappen Katalog eingängiger Phrasen, von der „frei-

en Entfaltung der schaffenden Kräfte der Nation“, der „Erhaltung des Eigentumsbegriffs“ bis zur „Sicherung der christlich-deutschen Kultur“. Bemerkenswert war der scharfe Akzent gegen das Kabinett Brüning, das keine „Rechtsregierung“, sondern lediglich die „Brücke nach links“ zu den Sozialdemokraten sei, denen durch die Politik der Mittelparteien nur Vorschub geleistet werde, deshalb: „Keine neuen Steuern! Abwälzung der Tributlasten auf das Ausland! Schärfster Kampf dem Marxismus! [...]. Bruch mit der bankrotten Parteiwirtschaft von heute! Die Sozialdemokratie hat dem Volk Not und Elend gebracht! Die bankrotten Mittelparteien sind mitschuldig! Darum macht am 14. September ein Ende mit ihrer Katastrophenpolitik!“¹⁵⁵⁴

Dass der zentrale Wahlauf Ruf der DNVP unter dem Namen Hugenberg veröffentlicht wurde, beleuchtet schlaglichtartig die ihm im deutschen nationalen Wahlkampf vom Sommer 1930 zugedachte Rolle. Gemäß dem Motto: „Ein Mann – Eine Bewegung – Ein Programm“ war der Personenkult um Hugenberg neben dem militanten Antimarxismus und der Anti-Young-Agitation konstitutiv für die Propaganda der DNVP. Vor dem Hintergrund der Parteispaltungen erhielten ihre Aufrufe den Charakter von Gefolgschaftserklärungen, der „deutschnationalen Fahne“ und dem Vorsitzenden die Treue zu halten, weil man wusste: „Das deutsche Volk will einen Führer, der Führer ist da: Hugenberg!“¹⁵⁵⁵ Den Höhepunkt solcher auch seinem geringen Bekanntheitsgrad Rechnung tragenden Wahlwerbung markierte ein Flugblatt mit dem Titel „Hugenberg?“, auf dessen Frage ein Lebenslauf folgte, der zur politischen Heldensaga geriet: „Das ist unser Führer! Wer Knechtschaft und Untergang dulden will, mag sich zur marxistischen Linken entscheiden, zum Brei der Mitte oder zu den vielen hilflosen Dutzendparteien, die den Marxismus stützen. Wer Freiheit und Gedeihen für Deutschlands Zukunft will, der wähle am 14. September Liste 2: Hugenberg und die Deutschnationale Volkspartei!“¹⁵⁵⁶

Unter diesen Vorzeichen bestritt man den Wahlkampf im Sommer 1930 mit der innenpolitischen Hauptparole gegen jede weitere Belastung des „verarmten“ deutschen Volkes und der Wirtschaft durch neue Steuern. In der Republik würden diese ohnehin nur für die „Enteignungsbewegungen nach außen und im Innern, Tributpolitik und marxistisch-parlamentarische Misswirtschaft“, verschwendet. Angesichts des Versagens der bürgerlichen Parteien, welche die „rote“ Herrschaft in Preußen am Leben erhielten, wollte Hugenberg im Einklang mit der NSDAP zunächst

die politische Mitte in Deutschland ausschalten, um es danach in die Entscheidungsschlacht gegen den Marxismus zu führen, deshalb: „Macht mir den rechten Flügel stark!“¹⁵⁵⁷ Um dem von seiten der bürgerlichen Regierungsparteien geförderten Image des „sturen Bocks“ entgegenzuwirken, der nur unfruchtbare Opposition treibe, versuchte sich Hugenberg im Sommer 1930 bewusst als Realpolitiker zu empfehlen, der mit „praktischen Vorschlägen (eiserne Sparsamkeit, Reichsreform, Abwälzung der Tributlast)“ aus der Wirtschaftskrise helfe. Wiederholt wurde sein Angebot auf Mitarbeit unter der von Brüning bereits am 17. Juli als illusorisch abgelehnten Bedingung, eine „vom Gifte des Marxismus freie nationale Regierung“ im Reich und in Preußen zu installieren. Höhepunkt seiner pragmatischen Wahltaktik bildete Hugenbergs Plan einer „Tributabgabe“, wonach ein Sonderzoll in Höhe von 15 Prozent für alle nach Deutschland importierten Auslandswaren dem Reich Einnahmen von rund zwei Milliarden Mark bringen und so die Reparationslasten auf die Gläubigerländer „abgewälzt“ würden. Ungeachtet der wegen der zu erwartenden Gegenmaßnahmen des Auslands durchweg ablehnenden Reaktion, jubelte die DNVP solche Politik des „wirtschaftlichen Selbstschutzes“ zum „friedlichen Ausweg aus dem Zusammenbruch“ hoch. Jeden Ansatz von Realpolitik übertönte jedoch Hugenbergs radikale Kampfansage gegen das „System“ der Republik: „Keine Halbheiten!“¹⁵⁵⁸

In außenpolitischer Hinsicht knüpfte die DNVP im Sommer 1930 ausdrücklich an die Vorjahreskampagne gegen den Youngplan an, der Themen wie die „Kriegsschuldflüge“ völlig aus ihrer Wahlpropaganda verdrängte. Wie beim Volksentscheid liege der Sinn des 14. September darin, sowohl „marxistische Vaterlandslosigkeit“ als auch „bürgerliche Feigheit“ auszuschalten. Niemals werde Hugenberg die „Versklavung dreier deutscher Geschlechter“ kampflos hinnehmen, versuchte die DNVP die aus der „Front des Volksbegehrens“ ausgescherte NSDAP zu übertrumpfen¹⁵⁵⁹. Unverzichtbare Suggestion war, dass Deutschland nun wie von Hugenberg vorhergesagt mitten in der „Young-Katastrophe“ stehe: „Überall Zusammenbrüche! Überall Stillegungen! Überall Konkurse!“ Vor diesem Szenario konnte nur die Abkehr von der bisherigen „sozialistischen“ Wirtschaftspolitik wirkliche „Rettung“ bringen. Sozialpolitisch sagte die DNVP deshalb dem „überorganisierten Wohlfahrtsstaat“ Weimarer Prägung den Kampf an. Verglichen mit dem zentralen Wahlziel, die Macht des Marxismus im Reich und in Preußen durch einen radikalen Systemwechsel zu brechen, besaßen innenpolitische Einzelfragen jedoch nur

nebensächliche Bedeutung. Im positiven Sinne kämpfte die DNVP im Sommer 1930 für den Aufbau eines „neuen Staates“, ohne dass sie auch nur annähernd so stark wie in früheren Wahlkämpfen auf die schwarz-weißrote Kaiserparole zurückgriff. Als Ersatz für die verpönte monarchistische Restaurationsforderung reklamierte Hugenberg mehr aus Verlegenheit den umstrittenen Begriff des „Dritten Reiches“ für seine nebulösen Vorstellungen. Wichtiger als die künftige Staatsform war die Thematisierung der Abwehr der immer noch „rollenden Bewegung der marxistischen Revolution“, wobei die als große rechte „Kampfpartei“ auftretende DNVP im Sommer 1930 die Führung beanspruchte und unter dem Motto „Ja – oder Nein! Rechts oder Links! Rettung oder Untergang“ den Reichstagswähler aufforderte, durch die Vereinfachung des Parteiensystems zugunsten eines „festen Rechtsblocks“ am 14. September das Gegengewicht zur SPD zu schaffen¹⁵⁶⁰.

Die **Auseinandersetzung mit den anderen Parteien** wurde in der Flugblattpropaganda der DNVP vom Sommer 1930 durch ihr Selbstbild einer „Bewegung“ überlagert, die als einzige mit Hugenberg einen „wirklichen Führer“ besitze und in der sich die „große Front der anständigen Deutschen“ sammle. Ihre von inneren Gegensätzen zersetzten Gegner charakterisierte sie als offene „Youngparteien“ wie SPD, Zentrum, Demokraten und DVP oder als „getarnte Tribut-Parteien“, die den Plan vor der Wahl ablehnten und nach der Wahl durchführen würden, so die „Abtrünnigen“ CSVD, KVP und Schieles Landvolk, denen im Vergleich zur Wahlpropaganda anderer Parteien überproportional hohe Aufmerksamkeit geschenkt wurde¹⁵⁶¹. Neben dem unumstrittenen Hauptgegner SPD, den sie spezifisch in 16 von 61 Flugblättern als Inbegriff des „marxistischen Deutschland“ attackierte, polemisierte die DNVP in fast gleichem Umfang gegen die Reichsregierung Brüning, namentlich aber gegen das Zentrum sowie die neue Staatspartei¹⁵⁶².

Ähnlich wie von der NSDAP-Propaganda wurde die SPD von den Deutschnationalen im Sommer 1930 als Partei vorgestellt, die im korrupten „Bonzentum“ erstarrt sei und deren Führer sich mit „fetten Pensionen“ auf Kosten des Volkes versorgten. Insbesondere den Arbeitern sollte damit suggeriert werden, dass zwölf Jahre „marxistische“ Republik das Gegenteil der sozialdemokratischen „Frieden, Freiheit und Brot“-Parolen von 1918 gebracht hätten: „Uneinig, geknechtet und arm sind wir geworden!“ Aus Sicht der DNVP begann der „Leidensweg des deutschen Volkes“, als mit der Novemberrevolution durch das „abgefeimte Zusam-

menspiel der goldenen mit der schwarzen und roten Internationale“ das parlamentarisch-demokratische „System“ in Deutschland errichtet worden sei¹⁵⁶³. Während die KPD nicht in die antirepublikanischen Feindbildstereotypen der DNVP passte, erschien Arm in Arm mit den „sat-ten Oberbonzen“ der SPD das Zentrum. In Preußen teile es sich mit dem „christentumsfeindlichen atheistischen Marxismus“ die Macht und schiebe im Reich die Schuld für „Tributpolitik“ und „Finanzkatastrophe“ auf die anderen Parteien. Der als „erfolgreicher Vorkämpfer des evangelischen Deutschtums“ gefeierte Hugenberg habe sich aber schon vor dem Krieg die Feindschaft des Zentrums zugezogen, als er dessen „parlamentarische Opportunitätstaktik“ bekämpfte¹⁵⁶⁴. Alle Parteien des „breiigen Bürgerblocks“ unter Brüning erklärte die DNVP zu willenslosen „Handlangern des Marxismus“ und überflüssigen „Mischmaschgebilden“, weil es in der deutschen Politik keine Mitte, sondern nur ein „Links oder Rechts“ gebe. Stelle die Gründung der „so genannten ‚Staatspartei‘“ ein rein wahltaktisches Manöver dar und versteckten sich hinter dem neuen Namen bloß die von Mahraun „neuaufgebügelten“ Demokraten, hielt sich die DNVP jedoch im Verhältnis zur DVP weit gehend bedeckt und nahm nur das Scheitern der „vielgerühmten Sammlungsparolen“ zum Anlass, über die Ziellosigkeit der Partei zu spotten. Um sich von den „reaktionären“ Absichten der WP als vielmehr „soziale“ Kraft abzugrenzen, schlug man bisweilen eigentumskritische Töne an und unterstellte ihr, die „nackten Besitzinteressen“ ihrer Klientel schamhaft mit der „Idee des freien Eigentums“ zu verdecken¹⁵⁶⁵.

Als eine Besonderheit im Wahlkampf vom Sommer 1930 setzte sich die DNVP vergleichsweise stark mit KVP und CSVD auseinander. Diese „Abtrünnigen“ hätten mitten im Kampf gegen den Youngplan die deutschnationale Kampflinie „treulos“ verlassen, um zu „Stützen des heutigen Systems“ zu werden. Typisch für die Argumentation gegen die KVP war, dass die DNVP ihre eigenen restaurativen Ziele stärker als sonst üblich betonte. Konservatives Credo sei, wer sich wie die KVP nicht offen zur Monarchie zu bekennen wage, der dürfe sich auch nicht „konservativ“ nennen. Um auch dem Volksdienst Etikettenschwindel vorzuwerfen, listete man Beispiele auf, wo überall dieser selbsternannte Hüter der evangelischen Interessen mit den „christentumsfeindlichen Sozialisten“ zusammenarbeite¹⁵⁶⁶. Nur selten fand im Sommer 1930 die NSDAP in der Wahlpropaganda der DNVP Erwähnung, die jene zwar als außenpolitische „Freiheitskämpfer“ lobte, aber sich gegen ihre „unklaren“ Wirt-

schaftsziele im Innern abgrenzte und sie ansonsten totzuschweigen versuchte. Nur eine „große starke Rechtspartei“ gewährleiste die Befreiung Deutschlands, erklärte Hugenberg sich selbst für unentbehrlich und den Bündnispartner im Youngkampf damit für überflüssig¹⁵⁶⁷.

Wie schon im letzten Reichstagswahlkampf entfaltete die DNVP auch im Sommer 1930 eine signifikante und nach sozialen wie beruflichen Kategorien ausdifferenzierte **Zielgruppenwerbung**. Von den Berufen am stärksten umworben wurden mit 14 beziehungsweise sechs von 61 Wahlflugblättern die selbständigen und beamteten Mittelständler sowie die Arbeitnehmer. Weitere Adressaten waren in starkem Maße die Frauen, deren Stimmen spezifisch in sieben Flugblättern gewonnen werden sollten. Darüber hinaus entwickelte die DNVP eine in der Form neue und eng mit der „Bonzen“-Agitation gegen die SPD verknüpfte Deklassiertenpropaganda an das „geknechtete und verarmte Volk“, dem übergeordneten Adressaten ihrer Parolen. Unter dem Titel „Auf zur Tat“ verkündete ein Gedicht die völkische Botschaft der DNVP vom Sommer 1930: „Erwache Deutscher!“¹⁵⁶⁸

Die DNVP wollte nicht im Sinne demokratischer Willensbildung argumentativ überzeugen, sondern vielmehr zur „Tat“ mobilisieren, sei es den „schlafenden Spießer“ zum Kampf gegen „Youngdeutschland“, sei es in sozialdemagogischer Form die „Hungrigen“ gegen die „Satten“ aufrütteln. Auch Hugenbergs Wahlappell an den „deutschen Mittelstand“ verzichtete im Sommer 1930 weitgehend auf tagespolitische Bezüge und konzentrierte sich auf die Werbung für den „neuen Staat“, der mit dem „alten“ des Kaiserreichs einen „breiten, starken“ Mittelstand als Kern gemein haben würde. Den sozial deklassierten Mittelstandsschichten wurde allerdings Schutz vor „Proletarisierung“ in Aussicht gestellt. An materiell attraktiven Zielen bot die DNVP den Selbständigen vor allem die völlige Beseitigung der Gewerbesteuer an, die eine „ungerechte Sondersteuer“ sei. Darüber hinaus versprach sie den mittelständischen Wählern im Sommer 1930 die Abschaffung des „biologisch und psychologisch falschen Systems“ der Weimarer Sozialordnung mit seiner sozialdemokratischen „Gleichheits-‘Gerechtigkeit“¹⁵⁶⁹. Nachdem große Teile des Arbeitnehmerflügels Ende 1929 die DNVP verlassen hatten, war von sozialpolitischen Forderungen bei ihr noch weniger als früher zu lesen. Statt dessen dominierten nun vollends die schon vorher gebräuchlichen Volksgemeinschafts-Floskeln. Die Gesundung des deutschen Volkes müsse von innen heraus kommen, forderte in diesem Sinne der DNAB

die „sittliche Erneuerung“ und das „nationale Auferstehen“. Den Mangel an sozialem Profil versuchte man mit der Stilisierung Hugenbergs zum „Anwalt des verarmten deutschen Volkes“ in einer von den extremen Parteien kopierten „Hunger und Elend“-Agitation zu überdecken. Die sozialdemokratischen Anhänger wollten die DNVP von der „Entartungskrise“ der Sozialversicherung überzeugen, da ihre Not trotz stark gestiegener Soziallasten nicht geringer werde. Zur Aufklärung über den Verbleib ihrer Beiträge wurde auf die „Paläste“ und die „Luxusautos“ der marxistischen „Beherrscher der Sozialverwaltung“ gezeigt. In Entlehnung von Schlagwörtern der SPD präsentierte sich die DNVP den Arbeitern und Angestellten dagegen als Partei, die für „soziale Gerechtigkeit“ sowie für Arbeit und Brot kämpfe, was ihnen die „roten Bonzen“ genommen hätten¹⁵⁷⁰.

Beamtenfreundliches Profil verlieh der DNVP im Sommer 1930 die entschiedene Ablehnung des „Reichsnotopfers“ sowie die Versprechen, für eine angemessene Besoldung, für „zeitgemäße Reform“ des Beamtenrechts sowie für die „Reinigung des Beamtenkörpers von ungeeigneten und unwürdigen Elementen“ einzutreten. In Abgrenzung gegen die „abtrünnige“ Schielesche Landvolkpartei warb sie intensiv um die Stimmen der ländlichen Wählerschichten. Der deutsche Bauer sei in der Republik zum „Tributbauer“ und einem bevorzugten Opfer der „Youngparteien“ geworden, die ihn zur „Fronarbeit im Dienst der internationalen Geldmächte“ zwingen. Während solche diffus antikapitalistische Rhetorik die Sicherung einer „freien Landwirtschaft“ versprach, betonte die DNVP in scharfer Opposition zu Brüning, dass sein Osthilfegesetz angesichts der „furchtbaren Gefahr für den gesamten Osten nur ein Tropfen auf den heißen Stein“ sei. Vor allem in Preußen drohe dem Bauer die „Sozialisierung auf kaltem Wege durch steuerliche Erdrosselung, durch Überbürdung mit sozialen Lasten und Wucherzinsen“¹⁵⁷¹. Die „Mütter der Nation“ litten schließlich ebenfalls unter dem „teuflischen Young-Versklavungsplan“ und wüssten oft nicht, wie sie „die Ihren satt machen“ sollten, deshalb der Appell an sie: „Zerschlage den Tributplan, der Dir Dein Wirtschaftsgeld kürzt“. Gegenüber den im Ganzen gesehen vernachlässigten Jungwählern akzentuierte die DNVP die Vorstellung einer „nationalen Wiedergeburt“ Deutschlands. Der „national-revolutionäre Angriffsgeist“, mit dem die Jugend in den Kampf gegen den Weimarer Parteienstaat ziehe, müsse jedoch durch „wirtschaftliche Vernunft“ gelenkt werden, hieß es indirekt an die Adresse der NSDAP¹⁵⁷².

Mit der Forderung nach einem „klaren Systemwechsel“ versuchte sich die geschrumpfte Hugenberg-DNVP als Fundamentalopposition in Konkurrenz zu den Extremen links und rechts zu profilieren. Ihre „Young-Elend“-Agitation kopierte das pseudosozialistische Erfolgsrezept der NSDAP unter Ausklammerung seiner wirtschaftspolitischen Versprechungen. Verbale wie visuelle Abstinenz übte die Wahlpropaganda der DNVP hinsichtlich des alten „schwarz-weiß-roten“ Restaurationszieles, an dessen Stelle vielmehr der nicht weiter konkretisierte „Neue Staat“ Hugenburgs rückte¹⁵⁷³. Um die staatstragende SPD auszuschalten, sollten in einer Art Stufenplan vorher die bürgerlichen Steigbügelhalter der „Marxisten“ in Preußen vernichtet werden. Außer dem Kampf gegen die „Systeme“ von Weimar und Versailles akzentuierte die DNVP in starkem Maße die „Führer“-Figur Hugenburgs. Ihr taktisches Wahlziel am 14. September war die Bildung eines nationalen Rechtsblocks unter seiner Führung. Schon im Sommer 1930 sah aber die politische Öffentlichkeit das Bündnis mit Hitler ähnlich wie der Karikaturist des *Berliner Tageblatt*, der den lächerlich kleinen Hugenberg dem Führer der NSDAP im „Wahlboxring“ als hoffnungslos unterlegen darstellte¹⁵⁷⁴.

Gouvernementaler „Führer“-Wahlkampf des Zentrums: Brüning, der „neue starke Mann für Deutschlands Rettung“

Nach der Wahlniederlage vom Mai 1928 löste auf dem folgenden Kölner Parteitag der „Besinnung“ im Dezember des gleichen Jahres der Trierer Prälat Ludwig Kaas den führungsmüden Marx im Parteivorsitz ab. Mit diesem Wechsel vollzog sich eine programmatische Wende des Zentrums hin zu seinen weltanschaulichen Grundlagen, während der Arbeitnehmerflügel zugunsten einer verschärften Rechtsentwicklung und Konfessionalisierung weiter an Einfluss verlor. Der Zustimmung zum neuen Reichskanzler und zur „Führer“-Gestalt Brüning entsprach im Frühjahr 1930 die vorbehaltlose Unterstützung seiner autoritären Sanierungspolitik über alle Parteiflügel hinweg, obwohl er keineswegs jemand war, „an dem sich die Phantasie der Massen entzündete“¹⁵⁷⁵. Auf der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Juli gab Brüning die Parole der „verantwortungsbewussten Demokratie“ aus und bezeichnete seine Anwendung des Verfassungsartikels 48 als politisches „Erziehungsmittel“ gegen einen „fehlerhaften Parlamentarismus“ Weimarer Prägung. Der Reichstagswahl

am 14. September wurde nach den Vorgängen um die Reichstagsauflösung im Zentrum geradezu historische Bedeutung beigemessen. Zugleich bezog man unmissverständlich Stellung gegen die SPD, der mit Auflösung der Preußenkoalition gedroht wurde, wenn sie weiter im Stile der Rechtsopposition gegen Brüning agitiere. Abgesehen von ihr sei das Zentrum die einzige Partei, die „keine Umbildung ihrer Firma oder ihres ideellen Inhaltes“ nötig habe und deshalb auch den „bisher Abseitsstehenden eine politische Heimat“ biete¹⁵⁷⁶.

Ein Schlüsseldatum und Hauptthema zugleich stellte für die Wahlpropaganda des Zentrums die umstrittene Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930 dar, der zum „schwarzen Freitag“ erklärt wurde, an dem eine unverantwortliche Opposition von SPD und Hugenberg, von NSDAP und KPD, die Regierung Brüning an der Durchführung „unaufschiebbarer Rettungsmaßnahmen“ in schwerster Wirtschaftskrise gehindert habe. Die „Interessengemeinschaft zwischen Breitscheid und Hugenberg“ sei aber nicht nur die „tollste Groteske“ in der Geschichte der Republik; an diesem Tag, so die gouvernementale Argumentation des Zentrums, habe in Deutschland „Interessentum über Volkswohl“ gesiegt und seien die Oppositionsparteien dem Reichskanzler in den Rücken gefallen, als er seine „verantwortungsbewusste Aufbauarbeit“ fortsetzen und damit die Grundlagen für eine „dauernde Gesundung der Gesamtwirtschaft“ schaffen wollte. Gegenüber solch „kleinlichem Parteihader“ des letzten Reichstags versuchte sich das Zentrum im Sommer 1930 als Partei der „Staatsgesinnung“ sowie der „Sachlichkeit“ zu profilieren, die ausdrücklich „allen gefährlichen Experimenten“ entsage. Durch Zurückdrängung des „Interessentenhaufens“ und Stärkung der „staatspolitischen Front“ müsse am 14. September zu den Grundsätzen echter Demokratie wie vor allem einem „arbeitsfähigen“ Reichstag zurückgekehrt werden. In Krisenzeiten stehe das Volkswohl über der „parlamentarischen Form“, verteidigte sich das Zentrum gegen die Diktatur-Vorwürfe der SPD. Ob die Notverordnungen nun „mit oder ohne Parlamentsmehrheit, mit oder ohne Anwendung des Artikels 48“ durchgeführt würden, sei den „unter der gegenwärtig herrschenden Not aufs Schlimmste leidenden Millionen und aber Millionen von Volksgenossen völlig gleichgültig“¹⁵⁷⁷.

Vor diesem Stimmungsbild erklärte das Zentrum im Sommer 1930 die Sanierung der öffentlichen Finanzen, das hieß größere Sparsamkeit durch Ausgabenbeschränkung, Steuervereinfachung und Selbstverantwortung, zum obersten Wahlziel sowie zur Voraussetzung einer „Wirt-

schafts- und Sozialgesundheit“ Deutschlands. Details des Brüningsschen „Reformwerkes“ wurden bewusst nicht thematisiert, weil eine Anstrengung aller Staatsbürger zur „Rettung aus tiefster Wirtschaftsnot“ gefordert sei, bei der das Volk nicht durch „Einzelfragen wie Steuern und Zölle“ zersplittert werden dürfe. In diesem Sinne verkürzte die Zentrumspropaganda die Bedeutung der Reichstagswahl im „Räumungsjahr“ 1930, das auch innenpolitisch ein „Schicksalsjahr des neuen Deutschland“ werde, auf ein Entweder-Oder zwischen „Aufbau oder Untergang“ beziehungsweise „Freiheit oder Knechtschaft“. Der 14. September unterscheide sich dem Wesen nach von allen früheren Wahlen, weil jetzt eben nicht über „interessenmäßige“ Probleme entschieden werde, sondern über die grundsätzliche Frage, ob man ein „Staatsvolk“ oder ein „Interessentenhaufen“ sein wolle. Als „Generalidee dieser Wahlschlacht“ wurde propagiert: „Brot und Arbeit für das deutsche Volk. Heraus aus der Krise. Heraus aus dem Elend“¹⁵⁷⁸.

In Anknüpfung an die „Rettungs“-Parolen, die religiösen Erlösungsvorstellungen nachempfunden waren, rief das Zentrum im Sommer 1930 nach autoritärer, überparteilicher „Führung“. Aus Mangel an positiv vorzeigbaren Leistungen schnitt die Partei Brüningss ihren Reichstagswahlkampf stärker als früher auf die Person des zum „Exponenten eines staatsbürgerlichen Aktivismus“ stilisierten Reichskanzlers zu, des „politischen Führers des deutschen Volkes“, ein „Mann der Tat“. Korrespondierend mit dem Selbstbild eines „Bollwerks gegen den politischen Radikalismus und zerstörende Interessenwirtschaft“ erhöhte das Zentrum Brüning zum Symbol eines „neuen Geistes“ in der deutschen Politik, dessen Motto laute: „Nicht verhandeln, sondern handeln“. Sein in Tusche gezeichnetes Porträt, das allenthalben auf den Wahlflugblättern auftauchte, signalisierte quasi übermenschliche Qualitäten und verhieß: „Tempo! Führung! Entscheidung! Verantwortung!“¹⁵⁷⁹ Was das Zentrum im Sommer 1930 statt des „unfähigen“ Reichstags propagierte, war eine von „Ruhe und Sicherheit, Ordnung und Aufbau“ geprägte christlich-nationale Volksgemeinschaft und eine „lebendige, pflichtbewusste Demokratie“ mit „starker“ Regierung und einem Parlament, das sich für das „Volksnotwendige“ zu entscheiden wage. Damit sollte nicht nur die aktuelle Krise überwunden, sondern eine „neue deutsche Entwicklung“ eingeleitet werden, die den „zerstörenden Radikalismus von links und rechts“ ausschalte¹⁵⁸⁰.

Um dem Wähler auf den „Trank der Wahrheit“ einzustimmen, verteidigte das Zentrum Brünings unpopuläre Sparpolitik als „Mut, auch gegen den Strom zu schwimmen“. In einem Augenblick der „schwersten Wirtschaftsnot“ seit Jahrzehnten handle die Reichsregierung nicht, wie ihr vorgeworfen werde, „antisozial“, sondern betreibe vielmehr „sachliche, phrasenlose Sozialpolitik“. Monate „höchster Anspannung“ gerade im sozialen Bereich stünden dem deutschen Volk noch bevor und dennoch: nur durch weitere „Opfer“ könnten die sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik überhaupt gerettet werden. Während die Bilanz der „roten“ Regierung Hermann Müller „drei Millionen Arbeitslose und 15 Millionen Hungernde“ aufweise, habe Brüning mit seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm immerhin bereits Tausende vor völliger Verelendung im kommenden Winter gerettet. Schon infolge des Anspruches, die „einzige und wahre Volkspartei“ in Deutschland zu sein, sah sich das Zentrum vor dem 14. September veranlasst, allen Volksschichten ohne Unterschied „schwerste Opfer“ anzukündigen: „Wähler! Wählerin! Es geht diesmal um das Ganze! Rette den Staat! Rette die christliche Kultur! Rette die Wirtschaft! Rette die soziale Ordnung! Überwinde die Not! Folge dem Reichskanzler Dr. Brüning!“¹⁵⁸¹

Unter stark weltanschaulich bestimmten Parolen präsentierte sich das Zentrum im Sommer 1930 als die Partei, die inmitten von sich in Auflösung befindlichen Konkurrenten allein „wie ein ragender Fels in schäumenden Wassern“ stehe. Nicht gegen eine einzelne Partei, sondern gegen die oppositionelle „Front der Umstürzler von rechts und links“, die für die Aufhebung der Brüningsschen Notverordnung votiert hatten, wurde der Hauptstoß geführt. Über die Hälfte von 45 Wahlflugblättern richtete das Zentrum gegen diesen „Haufen von Parteinteressenten der Marxisten und Antimarxisten, der Klassenkämpfer und Volksvernichter“, wobei es der NSDAP quantitativ gesehen mehr Aufmerksamkeit schenkte als der SPD und sich im direkten Verhältnis zur DNVP wie zu den anderen bürgerlichen Parteien sehr zurück hielt¹⁵⁸².

Ausgangspunkt aller **Gegnerbekämpfung** des Zentrums im Sommer 1930 war, dass die Parteien des letzten Reichstags „versagt“ hätten, was in der Auffassung kulminierte, es mit einer Krise des deutschen Parteiwesens überhaupt zu tun zu haben. Dessen oft zitierten „Zersetzungs- und Zerfallerscheinungen“ wurden wiederum als Symptom einer schon seit langem schwelenden „Krankheit“ im politischen Leben Deutschlands charakterisiert, des „Kulturbolschewismus“, der als ge-

heimnisvolle Macht erschien, die an der systematischen Zerstörung der christlichen Kultur Deutschlands arbeite. Parteipolitischer Hauptgegner, mit dem das Zentrum am 14. September die „eigentliche geistige Auseinandersetzung“ führen wollte, war die SPD, gegen die der alte Vorwurf ihrer materialistischen Ablehnung der Kirche und der „christlich-sittlichen Grundlagen“ des Staates reaktiviert wurde: „Groß ist sie im Versprechen, aber im entscheidenden Augenblick kneift sie vor der Verantwortung“, so der stärkste Einwand des Zentrums gegen die SPD. Ohne jedes staatspolitische Bewusstsein betreibe sie nur „hemmungslosen Radikalismus“, wie ihre Vorschläge zur Lösung der Finanzkrise zeigten, unrealisierbare „Scheinangebote“, die nur den Sturz der Regierung Brüning bezweckten¹⁵⁸³. Speziell gegenüber den Arbeiterwählern akzentuierte das Zentrum im Sommer 1930 zudem ein „Bonzentrum“ der SPD, deren Führer zwischen den extremen Gruppen haltlos hin und her schwankten und aus Furcht, diese könnten ihr das Geschäft verderben, riesige Summen für Wahlwerbung aus dem Fenster werfen. Alle so genannten Arbeiterparteien setzten leichtfertig das Volkswohl aufs Spiel und brächten durch unnötige Neuwahlen die Wirtschaft um „eine Milliarde Mark“ und damit eine Viertelmillion Arbeiter um „Arbeit und Brot“. Die „arbeiterfeindliche“ Koalition aus SPD, KPD und NSDAP sei nicht zufällig, weil alle „mit kleinen Abweichungen aus demselben Ideenkreis“ stammten und in vielem übereinstimmten: „Gemeinsam ist ihre Farbe Rot; gemeinsam ist ihr Endziel Revolution und Diktatur; Gemeinsam ist ihr Propagandamittel die Phrase; gemeinsam nennen sie sich Arbeiterpartei, gemeinsam sind sie Feinde des Privateigentums“¹⁵⁸⁴.

Ausgehend von dieser Gleichstellung mit den „sozialistischen“ Linksparteien charakterisierte das Zentrum im Sommer 1930 die Nationalsozialisten als eine „revolutionäre, staats-, eigentums-, kirchenfeindliche und unchristliche Bewegung“, die nur an die „niedrigsten Pöbelinstinkte“ appelliere. Weil sie Deutschland die „Diktatur des landfremden Hitler“ aufzwingen wolle, wurde die NSDAP zum, wie es hieß, „im Augenblick größten Gefahrenherd“ erklärt. Vom Standpunkt eines „gesunden“ Nationalismus versäumte das Zentrum im Sommer 1930 nicht, das „übernationalistische Phrasenheldentum“ Hitlers zu verurteilen, der Mussolini zuliebe Südtirol preisgebe. Ein eigenes Kapitel bildete angesichts ihrer Werbung unter Katholiken die Bekämpfung der „Wotanskultur“ der Nationalsozialisten, die Todfeinde der Kirche seien, denn: „Ihr Staat ist ihr Gott!“ Die antisemitische Propaganda wurde nachdrücklich als „unka-

tholisch“ verurteilt¹⁵⁸⁵. Ebenso eifrig wie die NSDAP an der Zerstörung der „alten christlichen Kultur“ arbeiteten im Sommer 1930 noch die Kommunisten. Abgesehen von Berichten aus dem „Arbeiterparadies“, mit denen sie die bei Arbeitern vermutete Anziehungskraft der Sowjetunion schwächen wollte, genügte dem Zentrum der Hinweis, dass die KPD auf Befehl des „roten Tyrannen“ Stalin dem deutschen Volk „asiatisch-bolschewistischen Ungeist“ aufzwingen wolle¹⁵⁸⁶. Die politische Rolle der „kläglichen Überbleibsel“ der DNVP erklärte das Zentrum bereits für ausgespielt. Hugenburgs Bedeutung bestehe jetzt nur noch darin, den Weg freizumachen für die „politische und die soziale Reaktion“, weil durch seinen „sturen Kurs“ der unbedingten Opposition der „deutschnationalen Rechten die Bündnisfähigkeit mit anderen aufbaufähigen und aufbauwilligen Kräften“ genommen werde. Dass sie mit ihrer „einseitigen Zielsetzung“ nur das Bürgertum schwächen und die „rote Front“ stärken, war auch das Hauptargument des Zentrums gegen die „Splitter- bzw. Ständeparteien“. Das Bündnis der Jungdeutschen mit dem „ausgeprägten Liberalismus“ der DDP wurde als „Verrat“ bisheriger plutokratischer Prinzipien Mahrauns dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man der KVP, deren Hilfe für Brüning ausdrücklich begrüßt wurde. Unter Anspielung auf die neuen Parteien erklärte das Zentrum aber die bürgerlichen Umgruppierungen im Sommer 1930 für überflüssig, weil es selbst bereits die „einzige Staatspartei“, die „einzige christliche konservative Volkspartei“ und der „im vollsten Sinne christliche Volksdienst“ sei: „Man ruft nach Sammlung, man ringt um neue Parteien der Mitte. Man möchte das Zentrum nachahmen“¹⁵⁸⁷.

Entsprechend dem Selbstbild einer „Volkspartei“, in der alle sozialen Schichten eine politische Heimat fänden, betrieb das Zentrum vor dem 14. September kaum differenzierte **Zielgruppenwerbung**. Über die Hälfte von 45 Wahlflugblättern richtete sich entweder an alle „Verantwortungsbewussten“ oder sprach mehrere Adressatenkreise zugleich an, vom Arbeiter bis zum Kaufmann, von den Frauen bis zur Jugend. Eine gleichwohl markante Zielgruppenhierarchie verursachten allein die konfessionellen Akzente des Zentrums, das im Sommer 1930 neun von 45 Flugblättern an das katholische Volksdrittel adressierte, dem sich die Partei als „fester Wall gegen eine Entchristlichung des öffentlichen Lebens“ empfahl. Bei den Berufsgruppen standen der Mittelstand und die Arbeiter im Vordergrund, wobei verhältnismäßig stark Erwerbslosenprobleme thematisiert wurden. „Evolution, nicht Revolution“, lautete das Mot-

to, unter dem das Zentrum alle „Außenseiter“ aufrief, namentlich die Jugend, die Intelligenz sowie die ehemaligen Nichtwähler¹⁵⁸⁸.

Die Propaganda des Zentrums an ihre katholische Stammwählerschaft war dominiert von milieuspezifischen Parolen wie vor allem den Gefahren durch das „Neuheidentum“ oder den „Kulturbolschewismus“. Alle christlichen Männer und Frauen wurden jedoch gewarnt, dass Deutschland unmittelbar vor der „Bolschewisierung“ seines öffentlichen Lebens stehe, da in den Großstädten der „kommunistisch-sozialistisch-liberale Kampf“ gegen das Christentum bereits auf ganzer Linie entbrannt sei. Nur an dem „festen Bollwerk der deutschen Katholiken“ in Gestalt des Zentrums konnte dieser Dramaturgie zufolge die „große Schmutzflut der Unkultur“ zerschellen. Unter der Aktionsparole „Wir bauen zusammen einen mächtigen Zentrumsturm!“ signalisierte man im Sommer 1930 wenig Willen zur interkonfessionellen Sammlung, sondern verstärkte die Tendenzen zur Abschottung zwischen den großen Glaubensgruppen. Schließlich wurde speziell der katholische Wähler wiederholt an seine Pflicht gegenüber Gott und Kirche sowie an die „außerkirchlichen Mahnworte“ der Bischöfe erinnert: „Das Vaterland ruft durch die Stimmen Eurer bewährten Führer“¹⁵⁸⁹. Als Partei mit dem „besten sozialpolitischen Gewissen“ empfahl sich das Zentrum im Sommer 1930 der katholischen wie der christlichen Arbeiterschaft. Gewarnt wurde sie in erster Linie vor den radikalen Parteien, die mit ihren Versprechungen nur Salz auf die Wunden des „kranken Volkskörpers“ streuten. In um so helleren Licht erschienen dagegen die positiven „Taten“ des Zentrums wie vor allem das Arbeitsbeschaffungsprogramm Brünings, das – finanziert durch „Notopfer“ der Festangestellten und Ledigen – eine Million Arbeiter vor der Erwerbslosigkeit rette. Während die Regierung Brüning den bisher größten Sozialetat in der Geschichte der Weimarer Republik verabschiedet habe, werde der „sozialreaktionäre Block von Sozialdemokratie, Kommunisten, Hugenbergianern und Hitlerleuten“ nur neue Not bringen. Mit verständnisvoller Geste empfand das Zentrum resignative Stimmungen der Erwerbslosen nach, um ihnen scheinbar uneigennützig zu raten, gegen diese „arbeiterfeindlichen Elemente“ zu stimmen: „Arbeitslose! Laßt Euch nicht von diesen falschen Freunden betören! Wer Brot für seine Kinder will – Wer das Elend in seiner Familie leid ist – wählt den Mann, der Arbeit schafft! Dr. Brüning, Liste 3!“¹⁵⁹⁰

Die Bauern, deren Not zum „nationalen Unglück“ stilisiert wurde, versuchte das Zentrum im Sommer 1930 hauptsächlich durch die „realpolitische Energie“ zu beeindrucken, mit der Brüning das „große Hilfswerk“ für die deutsche Landwirtschaft in Angriff genommen habe. Vor die Alternative, entweder „Interessenpolitik“ oder eine „große Partei der Mitte“ zu wählen, die allein die anderen „Stände“ für die Bedürfnisse des gewerblichen Mittelstandes beeinflussen könne, wurden die Selbständigen gestellt. Ihnen präsentierte das Zentrum Erfolge der „praktischen“ Mittelstandspolitik der Regierung, vor allem, dass dank der „durch Artikel 48 bewilligten kommunalen Bürger-, Bier- und Getränkesteuer“ höhere Gewerbesteuern verhindert worden seien. Speziell dem Handwerk wurden durch ein zusätzliches Bauprogramm des Reiches neue Verdienstmöglichkeiten versprochen¹⁵⁹¹. Unter besonders schwierigen Vorzeichen warb die Zentrumsparlei im Sommer 1930 um die Stimmen der wegen der Reichshilfe empörten Beamten, deren Blick von „materiellen Versprechungen“ für den Einzelnen auf die Grundlagen des „Ganzen“ gelenkt werden sollte. Weil die „Lebensquellen“ des Staates angesichts der Wirtschaftskrise am versiegen seien, müsse das „Notopfer der Beamten“ helfen, Ordnung in die Finanzen zu bringen¹⁵⁹². Weil sie Wort gehalten und mit Brüning einen Vertreter der „jungen Frontgeneration“ in die Regierung geschickt habe, werde der 14. September zeigen, ob die deutsche Jugend bereit sei, „in der Stunde der Gefahr begeistert ihrem Führer Dr. Brüning“ zu folgen. Abgesehen von solchen Zugeständnissen an die Mentalität der Adressaten bemühte sich das Zentrum im Sommer 1930, den „Hunderttausenden junger Deutscher, Arbeiter, Jungbauern, Angestellten, Studenten“, die „ohne Arbeit, ohne Beruf, ohne Zukunft“ seien, die Sparpläne der Regierung zu erläutern, welche in der Sozialversicherung „Auswüchse“ beseitige und damit die Unterstützung der Arbeitslosen sichere¹⁵⁹³.

Unter der Parole „Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ vertraute die Frauenpropaganda des Zentrums als Personifizierung dieser Werte auf die Anziehungskraft Brünnings, mit dessen Abbild verstärkt geworben wurde. Im Unterschied zu früheren Wahlkämpfen bekämpfte man eine sich unter den Wählerinnen ausbreitende „Gleichgültigkeit“, drohe doch die größte Gefahr für die „gute Sache“ des Zentrums von den Wahlfaulen: „Wer daheim bleibt, hilft dem Feind! Wählen ist Gewissenspflicht! Wählen ist Christenpflicht!“¹⁵⁹⁴ Als Kanzlerparlei, die in erster Linie mit der politischen Wende vom März 1930 identifiziert werden konnte, stellte

der 14. September für das Zentrum eine äußerst schwierige Bewährungsprobe dar. Die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning musste sowohl gegen den Vorwurf der „unsozialen“ Härte als auch hinsichtlich ihrer verfassungspolitischen Legitimität verteidigt werden. Die nicht geleugneten Wirtschaftsprobleme wurden der „roten“ Regierung des Sozialdemokraten Müller in die Schuhe geschoben und zur Begründung der eigenen, weithin unpopulären, weil weitere „Opfer“ der Bevölkerung verlangenden Sparpolitik benutzt. Wie die Opposition, die als volksfeindlicher Saboteur des Brüning-Hindenburgschen „Rettungswerkes“ erschien, verkürzte das Zentrum den 14. September auf eine dramatische Entscheidung zwischen „Aufbau oder Untergang“ im Innern, „Freiheit oder Knechtschaft“ nach außen. Mit der Exponierung der Person Brünings führte sie eine modern anmutende Präsidentenkampagne nach amerikanischem Vorbild. Als zur Zeit gefährlichster Gegner wurde die „sozialistische“ NSDAP mit äußerster Schärfe auf religions- und kulturpolitischem Gebiet bekämpft. Überragendes Feindbild war der „Kulturbolschewismus“ in Gestalt von SPD, KPD und NSDAP, die als wesensgleiche Sendboten des Antichristen den „Zentrumsturm“ und den bürgerlich-christlichen Staat bedrohten.

Der kommunistische Abwehrkampf gegen die „Sozial- und Nationalfaschisten Young-Deutschlands“

Die KPD hatte nach den Maiwahlen 1928 eine „ultralinke“ Politik eingeschlagen, deren auffälligster Bestandteil die Sozialfaschismus-These war, wonach die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der kapitalistischen Gesellschaft verschärft bekämpft werden müsse. Innerparteilich konnte die Bolschewisierung mit der Ausschaltung der Rechten und der „Versöhnler“ abgeschlossen werden. Wie die Moskauer Komintern von dem Wiederaufstieg Hitlers 1929/30 überrascht, griffen die deutschen Kommunisten zunächst auf die alten Strategien gegen die „Faschisten“ zurück. Nach den Sachsenwahlen vom Juni 1930, in denen sich die Partei nur schwach verbessern konnte, stellte die moskautreue Führung um Ernst Thälmann gewisse „politisch-ideologische Unterlassungssünden“ fest, aus denen „Lehren“ gezogen werden sollten. Vor allem, so Thälmann, müsse der „politisch-ideologische und wehrhafte Massenkampf gegen die Nationalsozialisten“ intensiviert werden, deren Erfolge eine Warnung

an die KPD seien. Unter dem Eindruck der Reichstagsauflösung mithilfe des „Diktatur-Paragraphen“ wollte sie allerdings auch dem Zentrum größere Beachtung schenken. Nach dem „Fußtritt für die Sozialfaschisten“, das hieß der Auflösung der Großen Koalition, führe die Kanzlerpartei jetzt die „faschistische Offensive zur Umgestaltung des kapitalistischen Staatsapparates“ an. Der Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 fand dabei aus Sicht der KPD angesichts der Wirtschaftskrise in einer für sie selbst „objektiv günstigen Situation“ statt. Zur Beschleunigung einer revolutionären Entwicklung müsse sie aber den „proletarischen Ausweg aus der drohenden Katastrophe“ den bisher in der Werbearbeit vernachlässigten Mittelstandsschichten noch näher bringen sowie ihren Kampf gegen den Young-Plan in Verbindung mit der Popularisierung des kommunistischen Endziels, die „Einheitsfrontpolitik“ und die Werbung um die Stimmen der weiblichen Wähler intensivieren¹⁵⁹⁵.

Adressiert an alle „Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte und schaffenden Bauern“, rief der am 19. Juli 1930 veröffentlichte Wahlaufruf der KPD in diesem Sinne gegen die „faschistische Artikel-48-Diktatur“ der Reichsregierung auf, die den „notleidenden Massen in Stadt und Land“ einseitig die Lasten der Wirtschaftskrise und des Youngplans aufbürde. Während die SPD in „knechtseliger, verlogener Scheinopposition“ verharre, ordne Brüning „neue verbrecherische Young-Steuern“ für die Massen an, etwa die „Negersteuer“ oder das Notopfer der Beamten. Die Verschärfung der Krise durch die „Diktaturverordnungen“ und den neuen Reparationsplan werde billigend in Kauf genommen, weil die „deutsche Bourgeoisie mit ihren Young-Kumpanen zum Raubkrieg gegen das Land der proletarischen Diktatur und des siegreichen Sozialismus“ rüste. Bedeute der Kapitalismus den deutschen Arbeitern also nur „Hunger, Faschismus und Krieg“, verhiess die KPD ihnen einen Ausweg aus dem Elend: „Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion“. So forderte man sie auf, das „System der kapitalistischen Ausbeutung“ im Zeichen der proletarischen Einheitsfront zu stürzen: „Gegen den räuberischen Young-Plan! Gegen die antibolschewistische Kriegshetze, für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion! Für die proletarische Diktatur! Für ein sozialistisches Deutschland der befreiten Arbeiter im Bündnis mit den werktätigen Bauern!“¹⁵⁹⁶

Die KPD ließ im Sommer 1930 keinen Zweifel daran, die einzige Partei von allen zu sein, die dem deutschen Volk sowohl aus der „Sklavenskette“ des Young-Planes als auch aus der „würgenden Hand des Hungers“

im Innern einen wirklichen „Ausweg“ verspreche. Auf dieser Vorstellung, die auf die Hoffnungen der von der Wirtschaftskrise betroffenen Menschen spekulierte, lag der Akzent ihrer Propaganda. Eine sich bereits vorher abzeichnende taktische Wende schrieb die KPD durch die mitten im Wahlkampf am 24. August 1930 veröffentlichte „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ fest. In diesem von Heinz Neumann verfassten „Programm des Kampfes gegen den Faschismus“ griffen die deutschen Kommunisten wieder massiv auf die Werbekraft nationalistischer Parolen zurück, um Hitler mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Durch die Verbindung von außenpolitischer Befreiungspropaganda und radikalen sozialen, aber gemäßigt kapitalfeindlichen Forderungen sollte das der NSDAP zuströmende, mittelständische Protestpotenzial zur KPD als der wirklichen Anti-„System“-Partei gelenkt werden. In der Diktion der Rechtsopposition kündigte sie an, den Versailler Friedensvertrag „zerreißen“ und alle internationalen Schulden wie Reparationen Deutschlands annullieren zu wollen. Die „deutschen Faschisten (Nationalsozialisten)“ hätten sich dagegen gerade in den letzten Monaten als das „schmutzigste Werkzeug des Finanzkapitals“ in den Dienst der Politik der „Young-Sklaverei“ gestellt, weil die Einführung der „Negersteuer“ durch Frick in Thüringen die Reparationslasten nur auf die Werktätigen abwälze.

Der ansonsten im Hintergrund stehenden SPD warf die Programmerkklärung gar „Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands“ vor. Versprochen wurde ihnen von der KPD der Siebensturentag bei vollem Lohnausgleich, allen „bürgerlichen Faulenzern“ aber mit dem Prinzip gedroht: „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Statt der Beseitigung des Kapitalismus begnügte sich die KPD mit einer „proletarischen Nationalisierung“ von Banken und Großindustrie sowie der „entschädigungslosen Enteignung der Großhändler“, der natürlichen Konkurrenten der mittelständischen Unternehmer. Die von der gesamten kommunistischen Presse abgedruckte Proklamation, deren „weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung“ betont wurde, schloss mit den Aktionsparolen: „Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!“¹⁵⁹⁷

Auf Plagiatsvorwürfe von Seiten der NSDAP, die hier „Diebstahl des nationalsozialistischen Gedankenguts“ sah, antwortete die KPD mit Belegen ihres Kampfes unter „internationaler Fahne für nationale und so-

ziale Befreiung“, wie etwa Aufrufen der Komintern vom Juli 1919 gegen den Versailler Vertrag oder die Reichstagsrede Thälmanns vom Februar 1930 über die „Zerreißung des Youngplans“. Die Proklamation vom 24. August sei ein „historisches Dokument“, das „zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht“ aufzeige¹⁵⁹⁸. Im übrigen nahm die KPD vor dem 14. September trotz der Annäherung an Stimmungen bürgerlicher Wählerschichten nur wenig von ihrer Revolutionsrhetorik zurück. Vielmehr war gerade die Verknüpfung des Sturzes des kapitalistischen Systems mit der Lösung der außenpolitischen Fragen ihre eigentümliche Botschaft an die Wähler. Unter der Parole „Sozialismus oder Hungertod“ machte sich die KPD den sozialen Hintergrund einer tatsächlich bereits Mitte 1930 vielerorts nur noch verschleierten Ernhrungsnot in Deutschland zunutze, um das Massenelend der „Young-Opfer“ im Wahlkampf auszu-schlachten. Stärkstes Beweismittel bildete eine kolportierte Äußerung des Wirtschaftsparteilers Bredt, Justizminister der „Diktaturregierung“, der gesagt haben soll, dass Deutschland das „reichste Land“ der Welt wäre, wenn es über Nacht 20 Millionen Einwohner verliere, woraus die KPD ein politisches „Todesurteil für 20 Mio. deutsche Arbeiter, Beamte, Angestellte, kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Menschenleben“ machte¹⁵⁹⁹.

Unter der Parole „Arbeit und Brot für alle“ profilierte sie sich auch im Sommer 1930 wieder als Partei, deren Aktivum das vage Versprechen auf eine „bessere Welt“ darstellte. Je düsterer die Weimarer Gegenwart erschien, um so heller geriet die Zukunftsvision des „freien, sozialistischen Deutschland“ nach Vorbild der Sowjetunion. Zugunsten dieses großen Endziels verzichtete die KPD auf Akzentuierung tagespolitischer Forderungen. Ihre „Auswegs“-Rhetorik ähnelte den „Rettungs“-Parolen der bürgerlichen Parteien. Stereotype Anklagen gegen den „Lohn- und Untersttzungsraub“ oder den „Mietraub“ waren nur Agitationsmittel zur Illustration von „Hunger, Unternehmerherrschaft und Diktatur“, wie das Wahlprogramm der Gegner zusammengefaßt wurde¹⁶⁰⁰. Da für die zur Einheitsfront gerufenen „Proleten“ gleichgültig sei, wer regiere, ob Schwarzwerot oder Schwarzrotgold, müssten sie den Kommunisten und ihrem „Führer Ernst Thälmann“ folgen, die gewohnt realitätsfern eine Welle der Begeisterung für das „Befreiungsprogramm des Kommunismus“ und den „Bankrott der bürgerlichen ‚Demokratie‘“ als Merkmale des Wahlkampfes im Sommer 1930 feierten¹⁶⁰¹.

In einem guten Drittel von 45 Flugblättern agitierte die KPD hauptsächlich gegen die Weimarer Republik in Gestalt von „Youngdeutschland“, zu dessen Repräsentanten sie neben den bürgerlichen Parteien und der SPD auch die NSDAP zählte. Gegner waren sowohl die Parteien des „Sozial- und Nationalfaschismus“, die in speziellen Flugblättern zur „sozialdemokratisch-faschistischen Einheitsfront der Arbeitermörder“ zusammengefasst wurden¹⁶⁰², als auch die „kapitalistische Artikel-48-Diktatur“ – dabei mit deutlicher Spitze gegen das Zentrum als der führenden Kraft der „Hindenburg-Brüning-Regierung“¹⁶⁰³. Symptomatisch für den Begriffsdschungel der kommunistischen Agitation war, dass die Kanzlerpartei auch als „schwarzer Faschismus“ oder die Nationalsozialisten als „Mordfaschisten“ firmierten¹⁶⁰⁴.

Gegen das Zentrum thematisierte die KPD im Sommer 1930 in erster Linie Widersprüche zwischen dem christlich-sozialen Anspruch und der unpopulären Sparpolitik Brünnings. Geschickt verbinde seine Partei „soziale Demagogie“ mit dem Appell an die „religiöse Disziplin“ der Anhänger, verdeutlichte man dem „christlichen Arbeitsbruder“, wie das Zentrum zur „aktivsten Partei der Faschisierung des heutigen Staates“ geworden sei. Als „Gesalbte ihres Herrn, des Finanzkapitals“, bedienten sich die „Schwarzkutten“ auch aller klerikalen Machtmittel, um die „scharfmacherische Diktaturpolitik“ Brünnings durchzusetzen, welche den Werktätigen Arbeit und Brot raube: „Wenn ihr Zentrum wählt, könnt ihr auf Erden verhungern – Euer ist das Himmelreich!“¹⁶⁰⁵

Mit dem quantitativ stärksten Aufwand argumentierte die KPD im Sommer 1930 gegen die „sozialfaschistische“ Führung der SPD, die mit ihrem „Panzerkreuzer- und Polizeisozialismus“ die Idee des revolutionären Marxismus verrate. Ihre aktuelle Aufgabe sei, die „Artikel-48-Diktatur“ und das „Raubprogramm“ Brünnings unter heuchlerischen Parolen von Demokratie und Sozialismus vor dem Unmut der Massen zu schützen. Die „neun Millionen Arbeiter, Frauen und werktätigen Mittelständler“, die 1928 von der SPD mit Versprechungen wie „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ geködert worden seien, sollten sich nicht noch einmal täuschen lassen. Mit hasserfüllter Polemik wurde im Sinne der Einheitsfronttaktik besonders die „Führerclique“ der SPD in Preußen charakterisiert, wie Otto Braun und vor allem Carl Severing, der die Gefängnisse der Republik fülle, weil seine Partei „Friedhofsruhe in Young-Deutschland“ wünsche¹⁶⁰⁶.

Mit dem von den „Hitler-Faschisten“ gezeichneten Bild sollten die „ausgeplünderten radikalisierten Massen“ des Mittelstandes sowie gezielt der „betrogene Nazianhänger“ über die in Wahrheit „national- und sozialdemagogischen Methoden“ Hitlers aufgeklärt werden. Während sie „nach unten“ mit revolutionären Phrasen arbeite, enthülle sich die NSDAP hinter ihrer „sozialistischen Maske“ tatsächlich als „Prätorianergarde der Großkapitalisten“. Dass in Thüringen seit Januar 1930 der „Negersteuer-Frick“ als Innenminister zu den „eifrigsten Eintreibern der Young-Steuern“ gehöre und den gleichen „Schacher um die Futterkrippe“ betreibe wie die „übrigen bürgerlichen“ Parteien, stellte das stärkste Mittel der KPD dar, um die Glaubwürdigkeit ihrer Konkurrenz zu untergraben. Gegenüber dem „nationalen Verrat“ Hitlers, der Südtirol der „italienischen Faschistenregierung“ schenke, bezeichnete sie sich als einzige Partei, die offen zum „Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Volksfeinde“ aufzurufen wage¹⁶⁰⁷.

Abgesehen vom Zentrum beschränkte sich die KPD im Sommer 1930 gegenüber den bürgerlichen Parteien des „Hindenburg-Blocks“ auf pauschale Invektiven, die diese als reine Erfüllungsgehilfen des Großkapitals darstellten. Ohne dass wie gegenüber der NSDAP nationalistische Töne angestimmt wurden, figurierten die Deutschnationalen als reaktionäre Partei schlechthin: „Plündern und rauben“ laute die Devise des „Großausbeuters“ Hugenberg, dessen Rolle als „Einpeitscher der faschistischen Diktatur“ von der KPD im Sommer 1930 allerdings überschätzt wurde. Obwohl sie die kleineren bürgerlichen Parteien nicht beachtete, griff sie mitunter auch auf die These von einer allgemeinen „Interessenwirtschaft“ als Argument gegen den Weimarer Parteienstaat zurück. Das „arbeitende Deutschland“, ob nun sozialdemokratisch, christlich oder in der NSDAP, so ihre Einheitsfrontparole vor dem 14. September, besitze aber einen gemeinsamen Feind, nämlich „die kapitalistische Klassenfront, die Front der Young-Sklaverei“¹⁶⁰⁸.

Als wichtige „Lehre“ aus der Sachsenwahl wollte die KPD vor dem 14. September ihre **Zielgruppenwerbung** um bisher vernachlässigte Wählerschichten intensivieren. Wenn sie zum Zusammenschluss „aller unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden“ aufrief, präsentierte sie sich diesem bewusst breit gefächerten Adressatenkreis in erster Linie als „Liste der Werktätigen“, namentlich den Arbeitern aller Berufe, den Angestellten und „unteren“ Beamten sowie dem „schaffenden“ Mittelstand in Stadt und Land, an den spezifisch immerhin acht

von 45 Flugblätter gerichtet waren. Trotz der taktischen Ausrichtung insbesondere der Programmklärung auf mittelständische Wähler, blieben aber die Arbeiter die berufsspezifische Hauptzielgruppe der kommunistischen Propaganda¹⁶⁰⁹.

Mithilfe von „roten Wahlausschüssen“ wollte die KPD im Sommer 1930 die „proletarische Einheitsfront“ verwirklichen. Sie seien das „Kampforgan für die Arbeiter aller Berufe und schaffenden Bauern, die Angestellten und unteren Beamten, die Kleingewerbetreibenden und unterdrückten Mittelständler, die Erwerbslosen und Arbeitsinvaliden, die Hungernden und Kranken, die Frauen und Jugendlichen, die Gewerkschaftler und Sportler, die Freidenker und Genossenschaftler, die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die Antifaschisten und Roten Betriebswehren, kurz, aller Schichten des Proletariats“. In der speziell an die Arbeiter adressierten Werbung der KPD dominierte nicht die nationale Befreiungsrhetorik der Programmklärung, sondern eine Klassenkampf-Agitation gegen die „diktatorische Raubpolitik“ der Brüning-Regierung und den „sozialfaschistischen Arbeiterverrat“ der SPD. Im Wahlkampf wurden die „klassenbewussten“ Werktätigen aller politischer Couleur aufgefordert, gegen den Kapitalismus das „Kampfbündnis mit den Erwerbslosen“ zu schließen. Speziell die „proletarischen Anhänger der Nazis“ wurden zur Gehorsamsverweigerung gegen ihre als „Söldlinge des Finanzkapitals“ dargestellten Führer ermuntert¹⁶¹⁰. Typischer Ausdruck dieser zum Teil ungewöhnlich differenzierten Einheitsfrontagitation zur „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ war das Bemühen der KPD, den „Reichsbanner-Proleten“ ihre von der SPD-Führung zugedachte Rolle als „Knüppelgarde des Bürgerblocks“ vor Augen zu führen oder den Erwerbslosen die Pläne der Brüning-Regierung zur Arbeitsbeschaffung als betrügerische „Wahlmache“ zu enthüllen. Allen erwerbslosen Werktätigen verhiess man unter der Parole „Brot und Freiheit“ nicht nur den Siebenstundentag, sondern auch, im zukünftigen Sowjetdeutschland die Arbeitslosigkeit völlig abzuschaffen¹⁶¹¹.

Entgegen den Mahnungen der Zentrale war bauernspezifische Zielgruppenwerbung der KPD vor dem 14. September zwar in Ansätzen erkennbar, aber doch selten. Allenthalben zum Einsatz kam die Propagandafloskel „Stadt und Land“, mit der sie die zumindest verbale Einbindung der Landbevölkerung ins Klassenbündnis signalisierte und ihrem Image als reine Partei des städtischen Proletariats entgegenzuwirken versuchte. Im Übrigen wurden den „Kleinbauern“ weitreichende materielle Ver-

sprechungen, angefangen von „vollständiger Schuldenfreiheit“, ausreichendem Grund und Boden sowie dem Wegfall von Pachtwucher und Industriezöllen im künftigen Sowjetdeutschland gemacht. Mit ihren Parolen gegen den „Terror der Gutsherren“ und das Hofgängerwesen versuchte sich die KPD in direkter Konkurrenz zur SPD als praktische Interessenvertretung der Landarbeiter zu profilieren¹⁶¹².

Mit vergleichsweise moderaten Forderungen versuchte die KPD in speziellen, an den gewerblichen Mittelstand adressierten Flugblättern, welche einen spürbar weniger überzogenen Ton anschlugen, das Protestwählerpotential der NSDAP im Sommer 1930 abzuschöpfen. Den Selbständigen wurde gezeigt, wie „Youngausplünderung“ und Wirtschaftskrise nicht nur Arbeiter, Angestellte und Beamte, sondern auch den „so genannten kleinen Mittelstand“ selbst trafen. Was ihm nach der Inflation noch geblieben sei, werde ihm nun durch die „steuerliche Ausplünderungspolitik“ Brünnings geraubt. Allerdings habe zuerst „Nazi-Frick“ in Thüringen die Gewerbesteuer eingeführt, warnte man die kleinen Kaufleute insbesondere vor der NSDAP. Versprechen auf völlige Beseitigung der Gewerbesteuer oder ein Verbot aller Zwangsvollstreckungen krönten die Werbung der KPD um den „werkstätigen Mittelstand“¹⁶¹³. Die Angestellten, denen sie dramatisch das Schicksal an den „Stempelstellen des Elends“ vorhielt, sollten „allen kapitalistischen Parteien von Hitler bis Severing“ den Rücken zukehren und sich statt dessen in der „roten Klassenfront“ mit den Arbeitern um das „Banner des Kommunismus“ sammeln¹⁶¹⁴.

Unbeschreiblich sei das Elend der erwerbslosen „Jungproleten“, die nicht wüssten, woher sie Brot, Kleidung und Wohnungen nehmen sollten. Außer vor dem „Verrat an den Interessen der Arbeiterjugend“ durch die SPD warnte die KPD die Jugend zudem vor einer reaktionären NSDAP als „Partei der Arbeitsdienstpflicht“¹⁶¹⁵. Unter der Parole „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurden den Arbeiterinnen die Gleichstellung im Berufsleben versprochen sowie den Müttern umfassende Fürsorge und vor allem die Streichung des „Zuchthausparagraphen 218“ in Aussicht gestellt, während spezielle Broschüren die Frauenfeindlichkeit der NSDAP enthüllten¹⁶¹⁶. Durch ein betont nationalistisches und zumindest nicht extrem antikapitalistisches Programm versuchte die KPD im Sommer 1930, den „deutschen Faschisten“ vor allem ihre im Mittelstand vermuteten Protestwähler abzu ziehen. Ebenso wenig aber wie Hitler sozialistische Ziele vertrat, konnte freilich die KPD in der Rolle des Scharfma-

chers gegen die „Young-Sklaverei“ überzeugen. Durch Anheizung chauvinistischer Stimmungen beim Wähler den extremen Nationalismus der NSDAP sozusagen „überhitlern“ zu wollen, war ein aussichtsloses Unterfangen, das allenfalls einen kleinen Teil des Mittelstands beeindrucken konnte, andererseits aber viele sozialdemokratische Arbeiter abschrecken musste – von den internen Irritationen über diese Wahltaktik ganz zu schweigen¹⁶¹⁷. Stärker als bei früheren Reichstagswahlen thematisierte die KPD im Sommer 1930 ihr Zukunftsziel „Sowjetdeutschland“, das sich gegenüber dem „Young-Elend“ der Weimarer Republik als rettender „Ausweg“ durch das sowjetrussische Vorbild gemäß dem Motto „Lenin zeigt euch den Weg“ legitimierte. Unter dem Eindruck der Reichstagsauflösung und der Notverordnungen Brünnings verschärfte sich die Gangart der KPD im Wahlkampf gegen die „Young-Bourgeoisie“ zugunsten einer gewissen Abschwächung der Sozialfaschismus-These.

„Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung“ – Die Deutsche Volkspartei sucht die „breite Front der nationalen Mitte“

Obwohl sie Teilen des Brünningschen Finanzprogramms wie vor allem dem Notopfer der Beamten durchaus kritisch gegenüberstand, bemühte sich die DVP seit Frühjahr 1930 unter ihrem neuen Vorsitzenden, dem früheren Reichswirtschaftsminister Ernst Scholz, um eine stärkere parlamentarische Abstützung des Präsidialkabinetts durch Sammlung der bürgerlichen Kräfte in einer nach rechts offenen „Hindenburg-Front“. Das Ergebnis, ein lockeres Wahlbündnis zwischen DVP, WP und KVP, fiel allerdings enttäuschend aus. Dennoch lebe der Sammlungsgedanke gegen die Vertreter „sozialistischer Ideen“ in Deutschland, betonte Scholz auf der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP am 24. August. Schon am 18. Juli hatte ihre Reichstagsfraktion den Wahlkampf mit einem Aufruf eröffnet, wonach das Reich durch die vorgezogenen Neuwahlen „in höchste Not“ geraten und das Reformwerk, das man an der Seite des Reichspräsidenten zur Ordnung von Wirtschaft und Finanzen begonnen hätte, gefährdet sei¹⁶¹⁸.

Unter dem Motto „Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung!“ stilisierte der zentrale Wahlauftritt der DVP, der aufgrund der langwierigen Sammlungsversuche erst drei Wochen vor der Wahl veröffentlicht wur-

de, den 14. September 1930 dramatischer als andere Parteien zur „Schicksalswahl“. Alle früheren Wahlen stellten lediglich „Vorhutsgefechte“ im Vergleich zum jetzigen „Entscheidungskampf“ dar, der dem deutschen Bürgertum durch „verantwortungslose Elemente“ rechts und links aufgezwungen worden sei. Sinn des 14. September könne nur sein, der Reichsregierung Brüning eine parlamentarische Mehrheit für ihre von der „Not der Zeit diktierte Reformarbeit“ zu verschaffen, da sich der letzte Reichstag unfähig zur „Rettung von Wirtschaft, Volk und Staat“ gezeigt habe. Die Sammlung aller nichtsozialistischen Parteien sei zwar vorerst infolge der Gründung der Staatspartei und deren „starker Anlehnung“ an die SPD gescheitert. Dieser müsse dennoch eine „geschlossene bürgerliche Front“ entgegengestellt werden, um „die privatwirtschaftlichen Grundlagen des Staates gegen das immer stärkere Vordringen der sozialistischen Auffassung“ zu schützen. Wie sich die „Partei des Rheinlandbefreiers“ die Fortsetzung der Außenpolitik Stresemanns vorstellte, illustrierten nationalistisch auftrumpfende Forderungen, die durchaus mit denen der Rechtsopposition konkurrierten: „Revision der Friedens- und Tributverträge, Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, Wiedergewinnung der völligen Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Erde, Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich, Bereinigung der Ostgrenze, Schutz der deutschen Minderheiten, Wiedererlangung kolonialer Betätigung“¹⁶¹⁹.

Ihre innenpolitischen Wahlziele vor dem 14. September charakterisierte die DVP als das „Rettungsprogramm“, zu dessen Durchführung Hindenburg im Frühjahr 1930 die bürgerliche Reichsregierung unter Brüning angesichts der Krise berufen habe. Der Nachdruck, mit dem sie im Wahlkampf für die Erhaltung des Privateigentums und den Schutz der „freien“ Wirtschaft als Grundlage des Wiederaufstiegs Deutschlands stritt, entsprach ihrer einzigartig scharfen Frontstellung gegen den Sozialismus, gleichgültig, ob er sich nun „nationalistisch“ oder „international“ gebärde. Als erklärte Feinde des „Bürgers“ strebten KPD, SPD und NSDAP gleichermaßen im Klassenkampf den „Untergang“ seines Staates an. Gegen diese „kulturbolschewistische“ Gefahr propagierte die DVP im Sommer 1930 wie in früheren Wahlkämpfen das Selbstbild einer Partei des „gesunden Menschenverstandes“, deren Politik einzig von der „wirtschaftlichen Vernunft“ geleitet werde¹⁶²⁰. Diagnostiziert wurde, dass das Deutsche Reich „krank“ sei, erkrankt an der interessenpolitischen Engstirnigkeit seiner einzelnen Teile, gegen die nur eine Stärkung der

„staatsbürgerlichen Mitte“ unter Führung Hindenburgs helfe. Als Partei der „jungen, aktiven Kräfte des Bürgertums“ erklärte sich die DVP im Geiste „echter Volksgemeinschaft“ zur Bildung dieser „breiten Front der nationalen Mitte“ nach wie vor bereit, denn: „Fort mit Hader, Zank und Streitereien! Wir brauchen Einigung der Parteien“¹⁶²¹.

Die Orientierung der DVP an den gesellschaftspolitischen Idealen des alten Deutschland trat im Sommer 1930 vor allem durch die Autoritäten zutage, auf die sich ihre Wahlpropaganda immer wieder berief: Bismarck und Hindenburg, die „beiden größten Deutschen der Neuzeit“. Als weiteres Aushängeschild und Wahlkampfbildzugpferd bediente sie sich pietätlos der noch werbeträchtigen Person ihres „großen unvergesslichen Führers“ Stresemann, dessen außenpolitische Erfolge nun als eigenes Verdienst reklamiert wurden: „Der Rhein ist frei! Die Tat der Deutschen Volkspartei!“ Dem Vorwurf, dass ihre jetzige Politik den Ideen des früheren Außenministers widerspreche, antwortete sie damit, dass sie ihn als Wahlkampfbild reaktivierte: „Wählt meine Partei“, sprach Stresemann von Plakaten herunter, auf denen sein Profilkopf als Symbol der Reichseinheit über dem Rhein schwebte¹⁶²².

Als Ursachen der aktuellen Krise thematisierte die DVP im Sommer 1930 vor allem die Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik der „Roten“, die zusammen mit dem kostspieligen Aufbau von Reich und Ländern den Zusammenbruch Tausender privater Betriebe verschuldet habe. Unter der Parole „Kampf den Fehlern des Systems!“ zielte diese Polemik gegen den Weimarer „Versorgungsstaat“, den die „roten Parteien“ nach 1918 in Deutschland errichtet hätten. Während sie sich selbst als „frei von jeder sozialistischen Anwandlung“ rühmte, forderte die DVP eine sofortige Abkehr von dem Wege der „Sozialisierung und Verbeamtung“ der deutschen Wirtschaft. Deren Gesundung könne nicht durch neue Steuern, sondern nur durch Ankurbelung der Konjunktur und „äußerste Sparsamkeit“ der öffentlichen Haushalte erreicht werden – Ziele, für welche die DVP selbst auf Kosten ihrer „Volkstümlichkeit“ einzutreten versprach. Auch müsse das Weimarer Sozialversicherungssystem zugunsten des Prinzips der „Selbstverantwortlichkeit“ reformiert werden. Dem von links und rechts deshalb gegen sie erhobenen Vorwurf der „sozialen Reaktion“ setzte sich die DVP mit dem gouvernementalen Argument zur Wehr, dass nur auf dem Boden einer durch „gesunde“ Staatsfinanzen stabilisierten Wirtschaft überhaupt erst auch „fortschrittliche“ Sozialpolitik möglich sei. Tatsächlich spiegelte ihre Wahlparole „Schluss mit

dem Schlendrian!“ nur die nach Stresemanns Tod deutlicher hervortretende Interessenorientierung der DVP wider, da gerade ein Um- und Abbau des Steuersystems sowie der Sozialkosten zu den Wünschen industrieller Wirtschaftskreise gehörte¹⁶²³.

In nahezu der Hälfte von 54 Wahlflugblättern der DVP wurden die „radikalen“ Oppositionsparteien als ein **Feindbild** gemeinsam bekämpft, weil sie Brünnings Notverordnungen zu Fall gebracht hatten. Von den Flugblättern, die gegen einzelne Gegner agitierten, waren die meisten beziehungsweise sechs allein gegen die NSDAP gerichtet. Da sie zusammen mit SPD und KPD zu den aus volksparteilicher Perspektive „sozialistischen“ Parteien zählte, betrachtete die DVP vor dem 14. September gerade die Partei als Hauptfeind, mit der sie zugleich in Thüringen – wenn auch mit wachsenden Schwierigkeiten – zusammen regierte. Die neue Staatspartei wurde wegen ihres angeblichen Boykotts der bürgerlichen Sammlung spezifisch in vier von 54 Flugblättern angegriffen. Zurückhaltung übte die DVP nur gegenüber dem Zentrum sowie der DNVP, während die WP ein zu starker Konkurrent um mittelständische Stimmen war, als dass der Burgfrieden der „Hindenburg-Front“ im Wahlkampf bestehen konnte¹⁶²⁴.

Das aggressive Auftreten der NSDAP gegen „Marxismus“ und „Bürgertum“ vertiefte im Sommer 1930 die Spannungen der DVP zum thüringischen Koalitionspartner. Nunmehr wollte sie dem Reichstagswähler den „wahren Charakter der Nazis“ zeigen. Zentrale Aussage über diese war, dass sie genau demselben „verderblichen Sozialismus“ verfallen seien wie KPD und SPD, wofür vor allem der „eigentumsfeindliche“ Artikel 17 des Programms von 1920 als Beweis zitiert wurde. Zum aktuell „gefährlichsten Feind des deutschen Bürgertums“ würden die Nationalsozialisten im Sommer 1930 dadurch, dass sich viele bürgerliche Wähler durch das Wort „National“ dieser Partei täuschen ließen. So wie sie dem Arbeiter die „alte Sozialisten-Leier“ vorspiele, singe sie jenen ihr „nationales Lied“. Insbesondere der Mittelstand wurde vor dieser „neuen Sorte Sozialismus“ gewarnt, der sich noch ein „nationales Mäntelchen“ umgehängt habe. Um sich gegenüber Hitler als bloßem „Mundwerks-Nationalisten“ zu profilieren, verwies die DVP darauf, dass er Südtirol seinem Schicksal überlassen habe und trotz solch „nationalverräterischer“ Politik einen Stresemann noch im Grabe zu beschimpfen wage. Während sie den „albernen Schwatz von der Brechung der Zinsknechtschaft“, mit dem die NSDAP ihr „Sozialisierungsprogramm“ kröne, rich-

tig einzuschätzen wusste, verharmloste die DVP den Antisemitismus der „roten Hakenkreuzler“ als opportunistische Anpassung an Stimmungen der Wähler¹⁶²⁵. Gegen die SPD thematisierte sie im Sommer 1930 das bewährte Feindbild der „sozialistischen Misswirtschaft“, das seine aktuelle Bedeutung vor allem mit Blick auf Preußen erhielt. Die These von der politischen „Verantwortungsscheu“ der Sozialdemokraten diente der DVP im Wahlkampf als Legitimation für den Appell, dass die notwendige Reform- und Sanierungspolitik im Reich „nur gegen sie, nicht mit ihnen“ durchzusetzen sei¹⁶²⁶.

Außer auf das bei allen Parteien populäre Thema der kommunistischen Moskauhörigkeit vertraute die DVP im Kampf gegen die KPD vor allem auf das Schreckbild eines „Heil Moskau“ rufenden und Bomben werfenden Lumpenproletariats. Dass sich die kommunistischen Kandidaten vor den Wahlen als „Lockmittel für den Stimmenfang“ ihrer früheren Arbeiterberufe erinnerten, war ihr Anlass, eine „Seelenverwandtschaft“ zwischen KPD und Hugenberg zu propagieren, weil der „große Führer“ des deutschnationalen Häufleins“ auf der Reichsliste der DNVP als schlichter Landwirt kandidiere. Durch seinen kompromisslosen Obstruktionskurs zerstöre er im Übrigen nicht nur die eigene Partei, sondern schwäche zur Freude der „Roten“ auch das bürgerliche Lager im Kampf gegen den „Sozialismus“¹⁶²⁷. Gegen die DDP-Nachfolgepartei DStP wurde vor allem das Scheitern der bürgerlichen Sammlung mit dem unterschweligen „Verrats“-Vorwurf bürgerlicher Ziele thematisiert. Statt Politik der „bürgerlichen Mitte“ zu betreiben, orientiere sie sich nur in gewohnter Schwäche nach links zur SPD und fördere in Preußen an deren Seite den Kulturbolschewismus. Besonderen Platz in der Auseinandersetzung mit der DStP beanspruchte der Streit um das politische Erbe und die werbe- und symbolträchtige Figur Stresemanns¹⁶²⁸. Unter der alten Parole „Gegen die Zersplitterung des Bürgertums!“ bekämpfte die DVP im Sommer 1930 auch wieder die „berufsständischen“ Gruppen, die nur den „Kampf Aller gegen Alle“ förderten und damit am 14. September das Bürgertum zur Freude der „jetzt schon klassenmäßig aufmarschierten Linksparteien“ schwächten. Das war hauptsächlich gegen die WP gemünzt, von der sich die DVP gegenüber dem gewerblichen Mittelstand mit Appellen abgrenzte, wonach ihm nur eine „große nationale Mittelpartei“ helfen könne, deshalb sei die Parole am 14. September: „Nicht Splitter- und Interessenparteien, nicht Schlagwortparteien, nicht einseitige Berufsinteressen, nicht die Radikalen – nur die hinge-

bende vaterländische Politik, die sachliche Arbeit der nationalliberalen DVP, der eigentlichen ‚deutschen Staatspartei‘¹⁶²⁹.

Zwei Drittel von 54 Flugblättern der DVP im Sommer 1930 wiesen entweder den soziologisch nur vage definierten „Bürger“ oder gleichzeitig mehrere Berufsgruppen als **Adressaten** auf, etwa vom „Arbeitgeber in Stadt und Land“ bis hin zum „Geistigen Arbeiter“. Trotz dieser bewusst breit angelegten Zielgruppenwerbung, die den Volksparteianspruch der DVP angesichts zunehmender „Interessenwirtschaft“ betonte, ist eine gewisse beruflich abgestufte Hierarchie festzustellen, an deren Spitze der „alte“ selbständige Mittelstand stand, gefolgt von den typischerweise als „Arbeitnehmer“ angesprochenen Arbeitern und Angestellten aller Berufe. Stärker als in früheren Wahlkämpfen warb die DVP in Konkurrenz vor allem zur Staatspartei um die Stimmen der Jugend und der „Frontgeneration“¹⁶³⁰.

Gegenüber dem Mittelstand, der auch als Synonym für das deutsche Bürgertum schlechthin erschien, akzentuierte die DVP im Sommer 1930 vor allem ihren Abwehrkampf gegen den „Sozialismus“ und beschwor zugleich die Gefahr neuer Inflation und Revolution, falls die „Roten“ wieder regieren würden. Um dies zu verhindern, müsse das „Befreiungswerk für den Mittelstand“ weitergeführt und Deutschland von jeglicher „sozialistischer Experimentiersucht“ gesäubert werden. Tieferer Grund für die Konkurse mittelständischer Unternehmer sei die „unlautere Konkurrenz der steuerfreien öffentlichen Betriebe“. Außer ihrem generellen Eintreten für eine vor Unruhen geschützte, „arbeitsfähige“ Wirtschaft sowie eine „gesunde“ Mittelstandspolitik beließ es die DVP bei ihren allgemeinen Forderungen nach Steuersenkungen, ohne etwa den Selbständigen weitere interessenspezifische Wahlziele anzubieten. Zur Rechtfertigung der umstrittenen Bürgersteuer gab sie an, dass dadurch die ihn belastende Gewerbesteuer nicht länger alleinige Finanzquelle der Gemeinden sei. Eher als Bemäntelung wirtschaftlicher Interessenkonflikte innerhalb der Partei selbst kann verstanden werden, wenn die DVP im Wahlkampf versuchte, die heterogene Gruppe der „Gewerbetreibenden aller Berufe, Fabrikanten, Kaufleute, Industriellen“ unter der allgemeinen Parole gegen den politischen „Radikalismus“ zu sammeln. Ihr Verhältnis zu angestammten Wählergruppen wie vor allem den über das Notopfer erbosten Beamten litt im Sommer 1930 unter ihrer Mitverantwortung für die Brüningssche Sparpolitik¹⁶³¹.

Nachdem sich bereits eine Reihe namhafter „junger Volksparteiler“ aus Protest über die indifferente Haltung der DVP gegenüber ihren Zielen der neuen Staatspartei angeschlossen hatte, umwarb sie deutlich stärker als in früheren Wahlkämpfen die „junge Generation“ mit Parolen wie: „Heran an den Staat! Mitarbeit – nicht Agitation! Verantwortung – nicht Hetze!“ Die während des „großen Fronterlebnisses“ erfahrenen Werte des „Kameradschaftgedankens“ seien jetzt als Verantwortungsgefühl für Volk und Staat gefragt. Aus scheinbar überparteilicher, „vaterländischer“ Perspektive akzentuierte die DVP gegenüber den Frauen ihre Verdienste und die ihres „Führers“ Stresemann bei der „Befreiung der Rheinlande“¹⁶³².

Ohne konkrete sozialpolitische Einzelfragen zu thematisieren, versuchte sich die DVP im Sommer 1930 gegenüber Arbeitern und Angestellten durch die Betonung eines „sozialen“ Parteiprofils zu empfehlen. So versprach sie ihnen großzügig „Arbeit, Brot, Lohn, Wohnung, deutsche und christliche Jugenderziehung, soziale Gerechtigkeit für Alle“. Umworben wurde bevorzugt der „nachdenkliche“ Arbeitnehmer, der eine „Politik der Straße“ ablehne und wisse, dass ihm die „sozialistischen Rezepte“ der Linksparteien sowie der NSDAP weder Arbeit noch Brot verschaffen würden. Anstelle populärer Versprechungen für einzelne Zielgruppen zu machen, trete die DVP „für Ordnung des Staatslebens, für eine gesunde, vernunftvoll geleitete Wirtschaft, für sozialen Fortschritt“ ein¹⁶³³. Zusammen mit KVP und WP forderte sie die ehemaligen Nichtwähler vom Mai 1928 auf, ihre Stimme für „Hindenburg-Brüning-Parteien“ abzugeben. Der „Umbau des Staates und die Rettung der Wirtschaft“ erforderten eine feste bürgerliche Regierung, deshalb: „Wer heute nicht wählt, ist dem Deserteur im Felde gleichzuachten“¹⁶³⁴.

Wie die anderen Regierungsparteien stellte auch die DVP den Wähler im Sommer 1930 gebieterisch vor die Entscheidung zwischen „Ordnung oder Chaos“. Die Frage des 14. September sei, entweder den „roten Fahnen des Marxismus, der großen Pauke Hitlers und dem sturen Neinsager Hugenberg“ zu folgen oder die „bürgerliche Mitte“ mit der DVP an der Spitze zu stärken. Ungeachtet der innen- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkte, spielte die Außenpolitik und die vorzeitige Rheinlandräumung – nicht jedoch der Youngplan selbst – eine wichtige Rolle. Erwartungsgemäß propagierte die DVP, das „Erbe Stresemanns“ zu vertreten, auf das im Wahlkampf auch die DStP Anspruch anmeldete. Auffälligstes Kennzeichen der DVP-Feindbildagitation war im Som-

mer 1930 die These einer „sozialistischen“ Einheitsfront aus SPD, KPD und Nationalsozialisten, die zum Angriff auf das deutsche Bürgertum und seine wirtschaftlichen Grundlagen ansetze. Wenn auch die früheren schwarzweißroten Rufe nach einem Volkskaisertum vollends verschwunden waren, wurde aus der DVP keine Stütze des Weimarer Staates. Ihr „Hindenburg-Programm“ vom Sommer 1930 stand vielmehr für den forcierten Umbau der Sozialordnung, wobei die wirtschaftspolitischen Parolen sowie die Attacken gegen die „Interessenwirtschaft“ ihr eigenes Interessenprofil kaum verbergen konnten.

Der jungdeutsche Erneuerungsversuch der Demokraten: „Keinen Parteienstaat! Darum Staatspartei!“

Die DDP stand der neuen Reichsregierung Brüning zunächst eher vorsichtig gegenüber und trat ihr lediglich mit Hermann Dietrich als Vizekanzler und Wirtschafts- beziehungsweise Finanzminister bei. Gemäß der von diesem aufgeworfenen Frage „Interessentenhaufen oder Staatsvolk“ stellte sich aber ihre Reichstagsfraktion am 18. Juli klar hinter den Reichskanzler und seine Notverordnung. Den Wahlkampf wollte sie in erster Linie auf „rein staatsbürgerlicher Basis ohne irgendwelche Berufsgruppeninteressen“ führen. Die Frage, entweder klare Frontstellung zur SPD zu beziehen oder die linksliberale Option offen zu halten, wurde für die DDP durch den Coup ihres Vorsitzenden Koch-Weser beantwortet, der die „Heranziehung der schlummernden jungen Kräfte in unserem Volk“ forciert hatte. Nach längeren vertraulichen Verhandlungen mit der erst Ende 1929 gegründeten VNR unter Führung von Arthur Mahraun, dem parlamentarischen Arm des Jungdeutschen Ordens, sowie einigen jüngeren DVP-Funktionären und christlichen Gewerkschaftern wurde am 28. Juli 1930 die Gründung einer neuen „Deutschen Staatspartei“ bekannt gegeben. Dieser vor allem wahltaktische Versuch, den Niedergang und Wählerschwund der DDP durch ein Bündnis mit dem bündischen Nationalismus aufzuhalten, gab den Begriff „demokratisch“ auf und sorgte für Proteststürme und Austritte von prominenten Demokraten, darunter Ludwig Bergsträsser und Anton Erkelenz, die zur SPD gingen, während die Pazifisten um Ludwig Quidde eine „Unabhängige Demokratische Vereinigung“ gründeten. Zu Spannungen innerhalb der neuen DStP kam es bereits im Wahlkampf vor allem bei der Kandida-

tenaufstellung und über den „Arierparagrafen“ der Jungdeutschen, deren „Hochmeister“ Mahraun statt der „plutokratischen“ Parteiendemokratie einen berufsständisch gegliederten Führerstaat anstrebte¹⁶³⁵.

Auffälligstes Merkmal ihres Gründungs- und Wahlaufufes vom 28. Juli war neben sprachlichen Anleihen beim soldatischen Nationalismus die demonstrative Aufbruchsgeste in Richtung einer „neuen breiteren Front“, in der „die junge Generation gleichberechtigt neben reformentschlossenen Persönlichkeiten der älteren Generation“ kämpfe. Programmatisch standen volksnationale Parolen wie die einer großzügigen Siedlungspolitik zur „vollen Ausnutzung des deutschen Raumes“ recht beliebig neben alten DDP-Reformforderungen etwa nach „Persönlichkeits“-Wahlrecht statt Listenwahl oder dem Bekenntnis zu einem Wirtschaftssystem „auf privatwirtschaftlicher Grundlage“. Das noch aus der Vorkriegszeit herrührende „starre Parteisystem“ Weimars sei nun, so die Botschaft ans Wahlvolk, in Bewegung geraten, da die DStP aus dem „Lager der Mitte“ über alle alten Parteigrenzen hinweg dazu aufrufe, sich für die „Forderungen deutscher Not“ hinter der Reichsregierung zu sammeln: „Wir rufen die junge Generation, wir rufen die Staatsbürger, die des parteipolitischen Haders überdrüssig sind, in eine neue und junge Front. Vorwärts zur wahrhaften Sammlung, vorwärts für deutsche Volksgemeinschaft, Größe, Einheit und Freiheit!“¹⁶³⁶

Vorläufige Programmplattform der Staatspartei bildete ihr mitten im Wahlkampf am 22. August 1930 veröffentlichtes „Manifest“, in dem sie unter spürbar jungdeutschem Einfluss noch schärfer die „Schäden des bisherigen parteiistischen Systems“ kritisierte. Man empfahl sich als „lebendige Selbsthilfeorganisation des deutschen Staatsbürgertums“, welche die Republik zu einem „wahrhaft sozialen und nationalen Volksstaat“ fortbilden wolle. Wirtschafts- und sozialpolitisch stellte sich das Manifest auf den Boden der von den Demokraten propagierten Idee eines sozialen Kapitalismus, der den „Besitz zur Regel, Besitzlosigkeit zur Ausnahme“ mache. Vermisst wurde ein klares Bekenntnis zur Verständigung nach außen; vielmehr profilierte sich die DStP als Fürsprecherin einer „starken Außenpolitik im Geiste des Friedens und der Freiheit“ und forderte in nationalistischer Tonart die „Revision der dem deutschen Volke im Young-Plan aufgebürdeten unerträglichen Verpflichtungen“. Wenn auch die alten innenpolitischen Reformziele der DDP wiederholt wurden, prägte das Manifest doch die volksnationale Polemik gegen den „abgewirtschafteten“ Weimarer Parteienstaat. Für die Wahlpropaganda vor

dem 14. September eignete es sich nur getrennt nach seinen einzelnen Abschnitten und verteilt auf mehrere Flugblätter¹⁶³⁷.

Im Mittelpunkt des DStP-Wahlkampfes vom Sommer 1930 standen weder politische Einzelfragen noch spezifische Politikziele, sondern im Sinne der Dietrichschen Formel die Vision eines „großen Aufbruchs“ des deutschen Volkes aus Krise und Not durch Überwindung der „ewigen Zwietracht, der Hetze und der Interessenkämpfe“. Als Kern dieser neuen Volksgemeinschaft habe die DStP als „junge Front aller erneuerungswilligen und verantwortungsbewussten Staatsbürger“ bereits einen Schlusstrich unter die alte „Interessenwirtschaft“ gezogen. An der Spitze dieses Zusammenschlusses von „Menschen aus allen Lagern – von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, Parteilose und bündische Jugend –“ stehe die „junge Generation“, die von den Weimarer Parteien planmäßig zur Seite gestellt worden sei¹⁶³⁸. Zum Selbstzweck geworden, gelte deren Politik eben nicht mehr der Entwicklung zum „Staatsvolk“, sondern nur noch den eigenen „Interessen“. Der starke Akzent gegen das „unfruchtbare Parteigetriebe“ war als wichtigster Beitrag der Jungdeutschen eine Art Leitmotiv der DStP und ihrer Wahlpropaganda vom Sommer 1930. Das gab ihr nach außen hin ein einheitliches Aussehen und half die unterschiedlichen Ziele von Demokraten und Volksnationalen mehr schlecht als recht zu überdecken. Wenn die DStP auch zur Schaffung einer „starken Mitte“ am 14. September aufrief, wurde ihre zukünftige Bündnispolitik bereits im Wahlkampf zu einer Streitfrage. Für den an konkreter Tagespolitik uninteressierten Mahraun konnte der „Aufbruch der deutschen Staatsbürgerschaft“ etwa nur dann Erfolg haben, wenn sich „deutsche Menschen aus dem schwarz-weiß-roten wie aus dem schwarz-rot-goldenen Heerlager“ die Hände reichten. So sollte unter Ausschaltung der „pazifistischen Schwärmer“ die Front der DStP nach rechts erweitert werden¹⁶³⁹.

Ebenso diffus wie die Gleichung „Keinen Parteienstaat! Darum Staatspartei!“ waren die Aussagen über die Stellung der neuen Partei zur Weimarer Republik. Diskussionen um die Verfassungstreue der ehemaligen Demokraten zeigten, dass ihre Rechtsentwicklung zur DStP im Sommer 1930 letztlich die Demontage des republikanischen Reichsbanners ankündigte. Auf die Frage von dessen Vorsitzenden Otto Hörsing, ob die Demokraten nach ihrer Fusion mit den Jungdeutschen weiterhin die Weimarer Verfassung und ihre Symbole unterstützten, antwortete Koch-Weser zwar „uneingeschränkt mit Ja“. Doch ebenso wenig wie ein Be-

schluss der Staatspartei, wonach in ihren Versammlungen die schwarz-rot-goldene Fahne an „bevorzugter Stelle“ gezeigt werden solle, zerstreute er damit die Zweifel¹⁶⁴⁰. Im Unterschied zu früheren Wahlkämpfen der Demokraten spielte das Bekenntnis zur Weimarer Republik und ihren Symbolen tatsächlich keine Rolle mehr in der Propaganda der DStP vom Sommer 1930. An seine Stelle rückte die abstrakte „Staatsbürger“-Parole, die den Anschein verfassungspolitischer Neutralität weckte, während sowohl die „volksfeindliche Diktatur von links und rechts“ bekämpft als auch Distanz gegenüber der „reformbedürftigen“ Republik gezeigt wurde. Welche Prinzipien im zukünftigen „freien Volksstaat“ statt der „alten Interessen“ herrschen würden, gab die DStP mit stichwortartigen Aufzählungen wie „starker Staat, Freiheit, Recht, Gemeinschaft, Aufstieg und Zukunft, Führung“ bekannt¹⁶⁴¹.

Nachdrückliche Übereinstimmung signalisierte sie mit Brünings Sparpolitik zur Beseitigung der „ins ungeheure gewachsenen Finanzkrise“. Die Genesung der deutschen Wirtschaft sei nur möglich mit einem „arbeitsfähigen“ Reichstag, dessen erste Aufgaben die Ordnung der öffentlichen Haushalte sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein müssten. Steuerpolitisch forderte die DStP beim Verbrauch eine „stärkere Belastung der entbehrlichen Genussmittel“ sowie andererseits die Senkung der direkten Steuern. Hilfe und Schutz versprach sie im Sommer 1930 in erster Linie den von der Not „besonders betroffenen selbständigen Berufsschichten“ sowie dem gewerblichen Mittelstand vor „Übergriffen der großen Wirtschaftsmächte“. Jungdeutschen Ursprungs war die Forderung nach einem „Wirtschaftsparlament“, in dem die „berufsständischen Organisationen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und freien Berufe gleichberechtigt zusammen raten und taten“ sollten. Unter Parolen wie „Wählt Führer, nicht Verführer!“ wurden Mängel der Weimarer Demokratie von der DStP in erster Linie am Wahlrecht fest gemacht. Ohne auf die materiellen sozialen Nöte der Bevölkerung näher einzugehen, akzentuierte sie vor dem 14. September ihr Hauptziel einer „Erneuerung“ des politischen Lebens, das mit den im Regierungslager üblichen Parolen popularisiert wurde: „Einigung gegen Zersplitterung! Staatspolitik gegen Interessenpolitik! Volksgemeinschaft gegen Klassenkampf!“¹⁶⁴²

Es entsprach der Gründungsintention der Staatspartei als einer „staatsbürgerlichen Sammlungsbewegung“, dass sich ihre Wahlpropaganda im Sommer 1930 mit grobschlächtiger Polemik gegen andere Parteien weitgehend zurückhielt. Nur bei einem knappen Fünftel von 37 Wahlflug-

blättern konkretisierte sich die Feindbildagitation und wurden aus der „alten Parteienwirtschaft“ einzelne Gegner angegriffen, wobei neben der als Verkörperung eines „staatszerstörenden Radikalismus“ zum Hauptfeind erklärten NSDAP der Kampf gegen die rechtsliberale Konkurrenz der DVP dominierte, aus deren Reihen die Staatspartei auf weiteren Zulauf spekulierte¹⁶⁴³.

Unter der Parole: „Macht das Reich frei von den Fesseln der Parteien“ bildete der Weimarer Parteienstaat als Institution und „System“ das **Hauptfeindbild** der DStP im Sommer 1930. Suggestiert wurde, dass bereits Millionen Deutsche „den Parteienschacher, die Interessenwirtschaft, die Unwahrhaftigkeit in unserem politischen Leben und den Reichstag der Bonzen und Parteibürokratie“ ablehnten und deshalb die DStP unterstützten. Gleichwohl konnte sie schon in Abwehr heftiger gegnerischer Angriffe nicht darauf verzichten, den Wähler etwa über die Nationalsozialisten aufzuklären. Diese seien nichts weiter als volksfeindliche Putschisten, deren gewalttätiges Programm von Revolution und Bürgerkrieg den „Untergang des Bürgertums“ in Deutschland bedeute. Indem NSDAP und KPD zu wesensgleichen „Zerstörern des Staates“ erklärt wurden, figurierten sie zusammen als negatives Pendant der Staatspartei, die unter dem Motto „Hitlers Kern: der Sowjetstern“ vor der am 14. September drohenden „Flut der Radikalen“ warnte¹⁶⁴⁴. Ähnlich hohe Aufmerksamkeit wie den Nationalsozialisten schenkte die DStP im Sommer 1930 ansonsten nur noch der DVP, die als prototypisches Abbild des alten „abgewirtschafteten Parteiensystems“ erschien. Hauptthema im Verhältnis zu dieser „Partei der Syndici“ war die nicht zustande gekommene, aber „vom Volke ersehnte staatsbürgerliche Sammlung“, der sie sich aus egoistischen Gründen versagt habe. Außerdem gehe die DVP nach Stresemanns Tod immer mehr zu einer „Außenpolitik der Straße“ über. Unter der Parole „Scholz gegen Stresemann“ sowie unter direkter Berufung auf den früheren Außenminister – „Nur die Staatspartei wirkt in Stresemanns Sinne!“ – versuchte die DStP, die Kluft zwischen neuer Parteiführung und Wählern in der DVP zu vertiefen, um diese zu sich herüberzuziehen¹⁶⁴⁵.

Den Vorwurf interessenpolitischer Engstirnigkeit gebrauchte die DStP im Sommer 1930 nicht zuletzt gegen die SPD, deren „Gewerkschaftsgeist“ die Lohninteressen der Arbeiter über die Staatsnotwendigkeiten stelle und so die „Aufwärtsentwicklung der Gesamtheit“ aus dem Blick verliere. Aus Rücksicht auf die „maskierten Kommunisten in den eige-

nen Reihen“ schwanke sie ständig zwischen Mitarbeit und Opposition hin und her und bringe sich dadurch selbst vom „Weg zur Nation“ ab. In merklich schärferem Tone grenzte sich die DStP jedoch gegenüber den Deutschnationalen ab, die völlig mit ihrem „Diktator und Propagandachef“ Hugenberg gleichgesetzt wurden. Dessen „Katastrophenpolitik“ vernichte nicht nur die eigene Partei, sondern gefährde auch das Brünningsche „Rettungswerk“¹⁶⁴⁶. Abgesehen von ihrer allgemeinen Parole gegen die „Interessenwirtschaft“ und dem stereotypen Argument, dass „berufsständische“ Zersplitterung nur dem Wohl der „Volksgemeinschaft“ schade, wusste die DStP im Sommer 1930 wenig gegen die so genannten „Berufsparteien“ wie vor allem die WP aufzubieten. Der Hinweis auf die „Erfolglosigkeit“ ihrer parlamentarischen Arbeit sollte den Mittelstand davon überzeugen, dass ihm nur der Anschluss an eine „größere Partei“ helfe. Während etwa im liberalen Baden, wo die „Sammelliste des freiheitlichen Bürgertums“ von DDP und DVP kandidierte, der „schwarze Turm“ scharf als „Geistes-Zwinger“ geißelt wurde, hatte das insgesamt nur selten erwähnte Zentrum anderswo den Beweis für die Existenzberechtigung einer religiösen „Bekenntnispartei“ erbracht. Politisch gehöre sie aber jetzt zum „Interessentenhaufen“, sodass die DStP im Sommer 1930 ausdrücklich um die „zwei Drittel der deutschen Katholiken“ warb, die nicht dem Zentrum folgten, weil für sie über den Konfessionen die „Nation als Einheit der Staatsbürger“ stehe¹⁶⁴⁷.

Gemäß dem Ideal einer „Volksbewegung“ ohne Unterschied der Konfession und des „Standes“ adressierte die DStP über die Hälfte ihrer 37 Wahlflugblätter im Sommer 1930 an die weder beruflich noch sozial bestimmbaren „Staatsbürger“. In dieser fiktiven Figur habe sich der „Untertan“ des Obrigkeitsstaates emanzipiert und sei der Gegensatz von „Bürger“ und „Arbeiter“ aufgehoben. Gewinnen wollte sie so nicht zuletzt die Masse der „Unpolitischen“, die bisher abseits der Parteien geblieben seien. Spezifische Flugblätter der DStP waren in signifikantem Maße den Frauen und der „jungen Generation“ gewidmet. In beruflicher Hinsicht bemühte sich die DStP in fünf von 37 Flugblättern um den selbständigen und beamteten Mittelstand. Die insgesamt kaum erhebliche Berufsgruppenwerbung mutete jedoch eher wie ein widerwilliges Zugeständnis an die „ausgetretenen Bahnen alter Parteigewohnheiten“ an¹⁶⁴⁸.

Die Zielgruppenpropaganda der DStP unterschied sich im Sommer 1930 in zweifacher Hinsicht deutlich von dem, was man aus früheren Wahlkämpfen von der DDP gewohnt war. Zum einen fehlten weitgehend

die berufsspezifischen Werbeparolen, sieht man von den allerdings zentralen Steuersenkungsversprechen an den Mittelstand ab. Zweitens wurde der Jugend und den Jungwählern eine bis dahin unbekannte Aufmerksamkeit zuteil. Ganz im Sinne des von Mahraun propagierten „Aktivismus der Tat“ erschienen die „Jungen“ als die dynamisch vorwärtstreibende Kraft innerhalb eines zu neuen Ufern aufbrechenden deutschen Volkes, als das durch den Weltkrieg geprägte „Frontgeschlecht“, das für sich eine „besondere Ideenwelt“ beanspruche, so der von Mahraun und Ernst Lemmer gemeinsam unterzeichnete Aufruf „An die junge Generation!“ Am 14. September könne der Grundstein für ein „neues Reich“ gelegt werden, aber weder für das „dritte Reich“ Hitlers noch für die „kommunistische Internationale“, sondern für den „nationalen und sozialen Volksstaat“, der an die Stelle des „Bonzenregiments der Alten“ die gleichberechtigte Mitbestimmung der Jugend in Politik und Wirtschaft setze¹⁶⁴⁹. An die Adresse der Frauen gerichtet, akzentuierte die DStP im Sommer 1930 neben solch idealistischem Pathos noch stärker materielle Begleiterscheinungen der Wirtschaftskrise. Typischerweise wurde die sozial indifferente „Mitbürgerin“ oder das Kollektiv der „Frauen aller Stände“ angesprochen. Angesichts des überall um sich greifenden „Eigennutzes, Haders, Hasses und [der] Verachtung unter den Volksgenossen“ appellierte die DStP an die besondere Pflicht der Frauen, für eine „bessere Zukunft“ Deutschlands zu sorgen. Versprochen wurde ihnen, das „tatsächliche Mitarbeiterrecht der deutschen Frauen an der Entwicklung des Staates und der Wirtschaft um jeden Preis“ sichern zu wollen¹⁶⁵⁰.

In dem bewussten Verzicht auf berufsspezifische Werbung spiegelt sich der Anspruch der Staatspartei wider, „Menschen aller Stände und Schichten“ zu vertreten. Sprach sie im allgemeinen nur vage von einem Abbau der Gewerbesteuer, forderten jedoch die direkt an den gewerblichen Mittelstand gerichteten Flugblätter der DStP deren völlige Beseitigung, weil die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gerade aus der „Beweglichkeit der mittleren und kleineren Betriebe“ herrühre. Ihr Schutz gegen nicht näher bezeichnete „gewaltige Zusammenballungen“ in der Wirtschaft wurde gar zur „Lebensfrage des gesunden Volkstums“ stilisiert¹⁶⁵¹. Den Beamten und öffentlichen Angestellten versprach die DStP unter dem Druck offensiver Beamtenwerbung von Seiten der rechten Konkurrenz, das Berufsbeamtentum und seine „wohl erworbenen Rechte“ zu schützen. Obwohl sie das Notopfer der Festbesoldeten als einseitige Sonderbelastung ablehnte, enthielt sich die DStP aber mit Rück-

sicht auf Reichsfinanzminister Dietrich der Kritik im Wahlkampf⁶⁵². Den „Arbeitnehmern aller Berufsstände“ versicherte ihre auf sozialpolitischem Terrain ansonsten enthaltsame Propaganda immerhin, die Einrichtungen des „sozialen Schutzes“ gegen die Unternehmer zu verteidigen, was als eine Art Bestandsgarantie für die Arbeitslosenversicherung gegenüber den Abbauplänen der DVP aufgefasst werden konnte⁶⁵³.

Im Sinne ihres „Staatsbürger“-Ideals ermahnte die DStP alle potentiellen Nichtwähler durch eine „Statistik der Sünder“, deren Anteil sich seit 1919 um über ein Viertel erhöht habe. Wer aber jetzt nicht wähle, stärke nur die Reihen der „regierungsunfähigen Opposition“ und mache sich mitschuldig am künftigen „Chaos“. Ein von der DStP verbreiteter „Aufruf deutscher geistiger Führer“, darunter die Schriftsteller Heinrich und Thomas Mann, gab deshalb für den 14. September die Parole aus: „Nichtwähler an die Front“⁶⁵⁴. Die sich erst nach der Reichstagsauflösung im Juli 1930 zum Wahlkampf formierende Staatspartei, deren Name sowohl Abkehr von der „alten Partei- und Interessenwirtschaft“ sowie stärkere Hinwendung zum Staatsgedanken symbolisierte, befand sich noch auf politischer Profil- und Identitätssuche. Das wirkte sich unmittelbar auf ihre Wahlpropaganda vor dem 14. September aus, insofern diese ein hohes Maß an Aussagen über den Charakter der neuen Partei als „Staatsbürgerbewegung“ kennzeichnete. Tatsächlich stellte das Wahlprogramm der DStP ein buntes Gemisch aus alten liberalen Reformzielen und jungdeutschen Vorstellungen dar. Seine Eckpunkte bildeten die reziproken Ideen beziehungsweise Mythen vom „großen Aufbruch“ und der „jungen Generation“. Die unter der Formel „Interessentenhaufen oder Staatsvolk“ verbrämten parteienfeindlichen und volksnationalen Obertöne der DStP bildeten das einigende Band, mit dem die politischen Mentalitätsunterschiede der Hauptbeteiligten jedoch nicht überbrückt werden konnten, die Demokraten aber im Sommer 1930 einen Großteil ihrer liberalen Identität aufgaben. Während ihre Führer um die Wiedergewinnung radikalisierten Mittelstandswähler kämpften, war Mahraun weniger an einer Massenbasis denn an einem neuen Stil politischer „Führerschaft“ interessiert.

Weg mit der „Youngrepublik“ des „alten Deutschlands“ – Das nationalsozialistische „Nein zum heutigen System“

Beflügelt von ihren regionalen Wahlerfolgen intensivierten die Nationalsozialisten im Frühjahr 1930 die Agitation gegen das „alte Deutschland“ der Weimarer Republik, dem sie jetzt in verstärktem Maße ihre Vision eines „neuen Staates“ entgegen stellten. An der fundamentaloppositionellen Stoßrichtung änderte auch die erste Regierungskoalition der NSDAP mit bürgerlichen Parteien in Thüringen nichts, während der Unwille „linker“ Nationalsozialisten gegen die scheinbar parlamentarische Bündnispolitik Hitlers wuchs. Die auf seine Weisung Anfang Juli von Goebbels durchgeführte „Säuberung“ der Partei zog den Austritt der Gruppe um Otto Strasser nach sich, die von Verbürgerlichung und Verrat revolutionärer Ziele sprach. Ihre Absplitterung unter dem Motto „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“ wirkte sich eher positiv für Hitler aus, insofern sie ihm im Sommer 1930 die Möglichkeit gab, als Garant der Mäßigung und Legalität in Abgrenzung zur einflusslos bleibenden „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ (später Schwarze Front) und ihrer antikapitalistischen Parolen aufzutreten. Weitaus größere Schwierigkeiten als der Otto-Strasser-Konflikt bereiteten der NSDAP Ende August die Revolte der Berliner SA-Gruppe. Diese von den Gegnern als „offener Krieg im Hitler-Lager“ gefeierte Fehde, die neben dem Protest gegen die Legalitätstaktik Hitlers hauptsächlich materielle Gründe hatte, ließ Goebbels einen Moment lang um die Früchte seiner Arbeit bangen. Sofort nach der Reichstagsauflösung hatte der zum Reichspropagandaleiter avancierte Gauleiter von Berlin damit begonnen, einen heute als „Musterbeispiel faschistischer Mobilisierungsstrategie“ geltenden Wahlkampf der NSDAP zu organisieren¹⁶⁵⁵.

Auf der am 27. Juli in München abgehaltenen so genannten Führertagung gab Hitler die Parole aus, dass sich Marxismus und Bürgertum gleichermaßen durch die Annahme des Youngplanes schuldig gemacht hätten. Das rechtfertige die „schärfste und rücksichtsloseste Offensive gegen die gesamte Front der Young-Parteien“. Wenn dabei die bürgerlichen Parteien „zerrieben“ würden, sei das nur die „unvermeidliche Voraussetzung für den Haupt- und Endkampf“ zur Befreiung Deutschlands¹⁶⁵⁶. Startsignal für den Wahlkampf der NSDAP war schon vorher eine noch am Abend des 18. Juli in München gehaltene Rede Hitlers gewesen, welche die Stelle einer zentralen Parteikundgebung einnahm, da

das als „Aufruf an das deutsche Volk“ apostrophierte „Manifest“ der NSDAP erst vier Tage vor dem Wahlsonntag erschien. In der auch als Flugblatt verbreiteten Wahlrede erklärte Hitler den 14. September zum Tag der „deutschen Abrechnung“ und rief das „schaffende Deutschland“ zum Kampf gegen die Republik und die „Volksbetrüger vom November 1918“ auf. Ohne sich auf tagespolitische Dinge einzulassen, antwortete er Reichsfinanzminister Dietrich, dass die NSDAP das deutsche Volk zu einem „Staatsvolk“ formen wolle, das mit dem „Haufen der Young-Interessenten“ abrechnen werde. Schon jetzt kenne die „neue deutsche Volksbewegung“ weder Bürger noch Proletarier, weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, sondern nur „Deutsche“ in ihren Reihen¹⁶⁵⁷.

Dank Hitlers Rede mit den wichtigsten Agitationsmitteln ausgestattet, knüpfte die NSDAP im Sommer 1930 unter außenpolitischen Vorzeichen fast nahtlos an ihre Anti-Young-Kampagne vom Herbst 1929 an. Wie früher Dawes, tauchte der Namensgeber des neuen Reparationsplans in allen möglichen pejorativen Wortkombinationen auf, von den „Youngparteien“, der „Youngrepublik“ bis zum „Youngkapitalismus“, um nur die geläufigsten zu nennen. Ein Wahlflugblatt der NSDAP griff den „fluchbeladenen“ Namen im Sommer 1930 als Anagramm „Young Owen, Unsere Neuer Gebiete“ auf und stellte ihm den „gesegneten“ Namen Hitler gegenüber: „Hier Ist Tat, Leben, Ehre, Recht“. Young bedeute weitere „60 Jahre Fron für ein 60 Millionenvolk“ und damit „Verpfändung von drei Generationen Ungeborener an den Weltkapitalismus“. Hitler dagegen verheiße „Zerbrechung der Ketten unserer Sklaverei“ durch Widerstand gegen die „Tributpolitik“ sowie Schutz und Hilfe für alle schaffenden Volksgenossen durch „gerechte Verteilung der Lasten“ und „strengsten sozialen Ausgleich“¹⁶⁵⁸. Vor dem desaströsen Gegenwartsbild der Weimarer Republik stilisierte die NSDAP im Sommer 1930 den „Versklavungspakt“ zum letzten Mittel, mit dem das herrschende „Erfüllungs- und Korruptions-System den Aufmarsch des jungen Deutschland“ zu hemmen versuche. Die pseudosozialistischen Parolen der mit dem Nimbus der Unbesiegbarkeit versehenen „Volksbewegung“ sollten vor allem die radikalisierte Arbeiterschaft beeindrucken: „Kämpft mit uns für Freiheit und Brot, für Reinigung des öffentlichen Lebens, für wahre Volksgemeinschaft nach revolutionärer Durchfechtung unserer sozialen Lebensrechte!“¹⁶⁵⁹

Ausgiebig setzte die NSDAP im Sommer 1930 den Begriff der „Lüge“ ein, um die Novemberrepublik als das „größte politische Lügensystem

aller Zeiten“ bloßzustellen. Nur in der direkten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner präsentierte sie vor dem 14. September einen für ihre Verhältnisse betont sachlich klingenden Katalog von Zielen im Sinne einer „gerechten und sozial verantwortungsvollen deutschen Innenpolitik“. An Einzelforderungen ragte allenfalls die nach Steuersenkung heraus, während die Reichsregierung Brüning das deutsche Volk durch „unerträgliche Steuern für eine irrsinnige Erfüllungspolitik wie eine Zitrone“ auspresste¹⁶⁶⁰. Während so dem Wahlkampf der NSDAP überwiegend der tagespolitische Bezug fehlte, paraphrasierten Flugblätter das 25-Punkte-Programm von 1920 und erklärten zum allgemeinen Wahlziel ein „nationales Deutschland der Macht nach außen, der sozialen Gerechtigkeit im Innern“. Ungeachtet des sozialistischen Propagandaimages sah man sich wiederum gezwungen, Hitlers Anmerkung vom April 1928 zum „eigentumsfeindlichen“ Programmpunkt 17 zu drucken, der sich nur gegen die „jüdischen Grundstücks-Spekulations-Gesellschaften“ richtete¹⁶⁶¹. Für die NSDAP seien aber die Begriffe Nationalismus und Sozialismus keine leeren Redensarten, sondern Ausdruck eines „tiefen sittlichen Verantwortungsgefühls“. Nachdrücklich wollte sie angeblich falsche Vorstellungen der bürgerlichen Wähler von dem „so schrecklichen Wort“ Sozialismus, wie „Enteignung und Gleichmacherei“, verscheuchen. Als Partei der „wahren sozialistischen Volksgemeinschaft“ kämpfte sie sowohl gegen den „verlogenen Marxismus“ als auch den „bürgerlichen Eigennutz“. In typischer Weise gaben Klebemarken der NSDAP diese doppelte Frontstellung ihres Wahlkampfes vom Sommer 1930 bekannt: „Klassenkampf und Klassenhass treiben Bürger und Marxisten! Freiheit bringen Dir und Brot Nationale Sozialisten!“¹⁶⁶²

Charakteristikum der nationalsozialistischen Wahlpropaganda war das hohe Maß an Feindbildagitation unter Beachtung des Grundsatzes, den jeweiligen Gegner möglichst direkt und ausschließlich anzugreifen. In einem Drittel von 59 Wahlflugblättern trat die von den „parlamentarischen Büttelparteien des Young-Kapitalismus“ gestützte Republik an die Stelle eines parteipolitischen Gegners der NSDAP. Bekämpft wurden dabei unterschiedslos alle „Verräterparteien von links und rechts und in der Mitte“, denen das deutsche Volk am 14. September die Antwort auf zwölf Jahre „Betrug“ geben sollte¹⁶⁶³. Den Hauptfeind der NSDAP bildete im Sommer 1930 allerdings wieder der „Marxismus“ in Gestalt der SPD, die spezifisch 16 von 59 Flugblättern angriffen. In der Gegnerhierarchie folgten ihr das Zentrum und mit einigem Abstand die KPD –

während die sonstigen „bürgerlichen Parteikadaver“ ebenso wenig eine Rolle für die Propaganda der NSDAP spielten wie die deutschnationalen Mitkämpfer aus dem Volksentscheid vom Herbst 1929¹⁶⁶⁴.

Die allgegenwärtige Anti-„System“-Polemik der NSDAP gegen die „Youngrepublik“ zielte im Sommer 1930 immer auch gegen die SPD, die den Arbeitern als zum „Bonzentum“ erstarrter „Büttel des Weltkapitalismus“ dargestellt wurde. Wer „Landesverrat, Volksbetrug, Korruption, soziale Reaktion“ wolle, so das Register ihrer Sünden, wähle getrost SPD; wer aber von ihrer zuletzt im „Panzerkreuzerrummel“ zutage getretenen „Verlogenheit“ genug habe, müsse am 14. September für den „deutschen Arbeiterführer“ Hitler stimmen. Zur Illustrierung des „Verrats“ der SPD präsentierte die NSDAP Beispiele der „feudalen Lebensweise der ‚Proletarierführer‘“ und appellierte in Umkehrung der gegen sie selbst gerichteten Agitation an die Adresse der Arbeiter, den „satten SPD-Bonzen“ die „sozialistische‘ Maske“ vom Gesicht zu reißen¹⁶⁶⁵. Die Auseinandersetzung der NSDAP mit dem Zentrum stand im Sommer 1930 unter konfessionspolitischen Vorzeichen. Auf den Vorwurf des „Neuheidentums“ warf man ihm im Gegenzug „Verrat am Christentum“ vor, weil es in Preußen immer noch mit der „gottesleugnerischen“ SPD koalisiere. Um das Zentrum bei den „aufrichtigen Katholiken“ als „Partei des Judentums“ anzuschwärzen, wies die NSDAP auf die im übrigen erfolglose Zentrums-Kandidatur des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Berlin, Georg Kareski, hin: „Und diese Juden wollt ihr wählen? Nein! Hände weg vom Zentrum, für das sogar in der Synagoge Reklame gemacht wird!!“¹⁶⁶⁶

Anknüpfend an die These, dass die nationale Befreiungspropaganda der KPD gegen den Youngplan nur ein plumpes Täuschungsmanöver sei und den „Zusammenbruch der marxistischen Gedankenwelt“ beweise, wurden der „Privatkapitalismus“ in Deutschland und der „Staatskapitalismus“ in Russland zu „Erscheinungsformen ein und derselben Macht“ erklärt, nämlich des „jüdischen Weltverbrechertums“. Die Aufgabe der KPD als der „aktivsten Stoßtruppe zum Schutze des Finanzkapitals“ liege im Unterschied zur SPD in der praktischen Organisation der „marxistischen Terrorwelle“ gegen die NSDAP¹⁶⁶⁷. Wenn auch das Feindbild des „Juden“ aus ihrer Wahlpropaganda vom Sommer 1930 nicht wegzudenken ist, griffen ihre Flugblätter nur vereinzelt die „Weltherrschaft der Juden“ direkt an, eher schon ihren Einfluss durch „Gold und Presse“. Aber selbst die rechtskonservative WP blieb nicht von antisemi-

tischer Etikettierung verschont, da sich auch in ihr bereits die „Todfeindin aller ehrlichen Arbeit, d. h. die internationale jüdische Hochfinanz“ ausbreite. Das Heft fest in der Hand behalten habe das „Finanz-Judentum“ bei den ehemaligen Demokraten. Diese „Aufsichtsrat-Plutokraten“ begingen jetzt „unter der Firma ‚Staatspartei‘ aus Angst vor dem Tod Selbstmord“. Scharf grenzte sich die NSDAP von dem „Judenkaspar“ Mahraun und seinen Anhängern ab, die als „Youngdoofe“ nun unter dem Patronat jüdischer Großbankiers stünden¹⁶⁶⁸.

Sowohl über die DVP als auch über die DNVP, gegenüber der im Sommer 1930 eine Art Waffenstillstand beachtet wurde, schwieg sie sich dagegen weitgehend aus. Freilich wurden die „bürgerlichen nationalen Parteien“ pauschal zu den „verbrecherischen Illusionisten“ gezählt, weil sie seit 1918 realitätsfern von der Wiedereinführung der Monarchie redeten. Gemäß der Überzeugung, gegen „eine Welt von Feinden“ zu kämpfen, war die aggressive Abgrenzung gegenüber dem Gegner konstitutiver Teil der Wahlpropaganda der NSDAP im Sommer 1930. Ihr universal angewandtes Agitationsmittel bildete dabei der „Verrat“ von Grundsätzen, ein Vorwurf, dem sie sich selbst im Sommer 1930 von Seiten der Wahlboykott übenden Strasser-Gruppe ausgesetzt sah¹⁶⁶⁹.

Nach beruflichen Kategorien sortiert, lassen sich die Arbeiterschaft, der selbständige „alte“ Mittelstand – mit Akzent auf die Bauern – sowie die Beamten als spezifische Adressatengruppen der NSDAP im Sommer 1930 hervorheben, die alle wiederum in der übergeordneten Floskel des „schaffenden Volksgenossen“ zusammengefasst wurden. Über ein Viertel von 59 Flugblättern warb spezifisch um die Stimmen der Arbeiter, die entsprechend dem „marxistischen“ Hauptgegner der NSDAP ihre wichtigste Zielgruppe waren. Ungeachtet einer relativ ausdifferenzierten Berufsgruppenwerbung wurden Wählerschichten wie die Angestellten, die Jungwähler oder die Frauen fast völlig vernachlässigt. Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien spielte der Appell an die anvisierte „Volksgemeinschaft“ keine zentrale Rolle in der Wahlpropaganda der NSDAP¹⁶⁷⁰.

Unter dem Motto „Der deutsche Proletarier erkämpft sich sein Vaterland“ wurden die Arbeiter im Sommer 1930 von der NSDAP mit sowohl nationalistischen als auch spezifisch antikapitalistischen Vorstellungen vom „deutschen Sozialismus“ umworben. Als „einzige deutsche Arbeiterpartei“ kämpfte sie in unbedingter Opposition zum herrschenden „System“ zugleich gegen „soziales Masseneleid“ im Innern als auch gegen die „Versklavung des deutschen Arbeiters“ von außen. In Abgren-

zung zum „marxistischen Bonzenbetrug“ wollte die NSDAP ihn ausdrücklich nicht mit spezifischen Versprechungen gewinnen, sondern mit „Forderungen der deutschen Revolution“. Zum Hauptziel erklärte man die Errichtung eines „freien Nationalstaates, sozialistischer Prägung“, in dem eine „deutsche Vertretung von Arbeitern der Stirn und der Faust“ für „gerechten Lohn und menschenwürdiges Auskommen“ sorgen werde. Im „sozialistischen Nationalstaat der Zukunft“ verhiess die NSDAP den Arbeitern und Erwerbslosen „Arbeit, Brot, Wohnungen, Achtstundentag, soziales Leben, ein besseres Leben“¹⁶⁷¹.

So wie sie in der Republik arbeitslos und der Mittelstand besitzlos, sei der Bauer „rechtlos geworden auf seiner Scholle“, lautete das Motto der NSDAP, deren Landpropaganda im Sommer 1930 verstärkt mit berufsständischen Kategorien argumentierte. Die Bauernschaft erschien als der „Stand“, der seit 1918 am schlimmsten unter der „marxistisch-bürgerlichen Missregierung“ leide. Ökonomische und rassenideologische Ressentiments der Bauern aktivierte die NSDAP mit dem Hinweis auf die Gefahr, durch „Bankjuden, Finanzamt und Lebensmittelbörse die letzte Kuh aus dem Stall gesteuert“ zu bekommen. Gerade in ihrer Mittelstandspropaganda sah sie sich im Sommer 1930 gezwungen, den von den bürgerlichen Gegnern geförderten Bedenken gegenüber ihrem städtisch-„sozialistischen“ Kurs zu widersprechen. Typisch war, wie sie einerseits antikapitalistische Stimmungen unter den Bauern auszunutzen versuchte, aber zugleich beteuerte, für den „entschiedenen Schutz des privaten Eigentums“ einzutreten¹⁶⁷².

Während gegenüber den Angestellten keine spezifische Werbestrategie zu erkennen war, sprach die NSDAP den gewerblichen Mittelstand durchaus zielgruppenorientiert vor allem durch Versprechen auf materielle Interessenverwirklichung sowie durch Mobilisierung antirepublikanischer Ressentiments an. Stereotyp beschworen wurde dazu die dem Weimarer „System“ angekreidete „Wirtschaftskatastrophe“, die bereits „ungezählte Existenzen“ im Mittelstand vernichtet habe und „täglich Tausende deutscher Volksgenossen, ehrliche Bürger, Inhaber uralter Firmen, sparsame, fleißige Geschäftsleute in den Abgrund“ stürze. Immer wieder auch wurden die Gewerbetreibenden auf den Kampf der NSDAP gegen die „Bank- und Warenhauskonzerne und die marxistischen Konsumvereine“ hingewiesen, diesen „Todfeinden des deutschen Mittelstandes“. Mit von den bürgerlichen Konkurrenten entlehnten Parolen wie: „Das Eigentum ist in Gefahr!“ schürte die Hitlerpartei virulente So-

zialisierungssängste. Speziell kalkuliert auf den aus der Not geborenen Antikapitalismus der Inflationsgeschädigten erhob sie als Teil ihrer Mittelstandspropaganda scheinbar sozialistische Forderungen wie die nach „Verstaatlichung der Banken und Börsen“ oder nach „Enteignung der Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinnler“. Gegenüber den Beamten dominierte im Sommer 1930 der Appell an materielle Interessen, die von den „plutokratisch-demokratischen Kapitalisten“ in der Reichsregierung missachtet würden. Selbst hier warb die NSDAP mit dem Ziel eines künftigen „Gemeinschaftsstaates“, da das angestrebte „sozialistisches Staatsgefüge“ nur von Bestand sein könne, wenn es gut verwaltet werde¹⁶⁷³.

Ohne koalitionspolitische Rücksichten griff sie im Sommer 1930 gegenüber all ihren Zielgruppen immer gerade diejenige Partei an, der sie die jeweils stärkste Anziehungskraft und damit größte Konkurrenzwirkung zuschrieb. Den Arbeitern präsentierte sie die SPD – die den „Sozialismus“ verrate –, den christlichen Wählergruppen das Zentrum – das das „Christentum“ verrate – und den Selbständigen die WP oder die DDP – die abwechselnd den Mittelstand oder das Vaterland verrieten – als Stützen des „Systems“. Es war jedoch vor allem der „sozialistische“ Zug, der den Wahlkampf der NSDAP neben ihrer unbedingten Ablehnung der Weimarer Republik – „Volksgenosse! Dein Nein dem heutigen System gegenüber heißt: Liste 9“¹⁶⁷⁴ – sowie des Youngplanes prägte. Geführt wurde er in erster Linie um die Gewinnung der „deutschen Arbeiterseele“, die durch pseudosozialistische Parolen vom „Marxismus“ losgelöst und in die „Volksgemeinschaft“ eingegliedert werden sollte. Deren Beschwörung spielte ansonsten ebenso wenig wie der Begriff des „Dritten Reiches“ oder der „Führer“-Mythos eine signifikante Rolle. Warum die NSDAP mit ihrem Wahlkampfrezept Erfolg hatte, ist letztlich nicht zu beantworten, wenn auch die Weimar-Forschung oft darauf hinweist, dass der Umfang ihrer Propaganda „ein neues, bis dahin in der deutschen Parteiengeschichte unbekanntes Beispiel geliefert“ habe¹⁶⁷⁵.

Sonstige Parteien

Obwohl die **Bayerische Volkspartei** die Bildung des Kabinetts Brüning im Frühjahr 1930 als Ausdruck neuen „Führerwillens“ begrüßte, kühlte ihr Verhältnis zum Zentrumskanzler rasch ab, als dieser an der Erhö-

hung der vom Reich erhobenen Biersteuer festhielt. Am 14. September aber ging es wie für das Zentrum auch für die BVP um „Rettung aus tiefster Wirtschaftsnot“, so der Tenor ihres am 8. August 1930 veröffentlichten Wahlaufufes. Ausgehend von der Diagnose einer schweren Krise in Politik und Wirtschaft, angesichts derer Reichstag und Parteien „versagt“ hätten, forderte die BVP unter der Parole „Staat oder Chaos“ vom neuen Parlament die Bildung eines „klaren Regierungswillens“. Am 18. Juli sei eine verantwortungslose Opposition der Reichsregierung in den Rücken gefallen, ein „unnatürlicher Bund aus diktatorlüsternen und mit revolutionären Phantasien durchseuchten Nationalsozialisten und Kommunisten, aus abgewirtschafteten Hugenbergianern, aus klassenkämpferischen, Volk und Reich immer wieder vergessenden Sozialdemokraten“. Anstelle deren „Interessenpolitik und Parteischacher“ propagierte die BVP den „opferbereiten und nüchternen Dienst“ an der Volksgemeinschaft¹⁶⁷⁶.

Hauptthema ihres Wahlkampfes war der Föderalismus, während die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die bayerische „Heimat“ betrachtet wurden, während das Reich als der eigentliche „zentralistische“ Krisenherd erschien. Unter Vernachlässigung reichspolitischer Fragen rang die BVP im Sommer 1930 mit einer betont berufsständischen und folkloristischen Propaganda in erster Linie um ihr Parteiprofil. Wie das Zentrum argumentierte sie intensiver als früher mit den der christlichen Lehre entlehnten Begriffen „Opfer“, „Rettung“ und „Führung“. Als deren Verkörperung trat in erster Linie der zum überparteilichen „Wächter des Reiches“ stilisierte Hindenburg auf, während sein „junger Kanzler“ Brüning als „Mann der Tat“ die praktische Arbeit leiste. Diese „rettenden Führer“ hätten mit verfassungsmäßigen Mitteln und doch „mit starker Hand“ endlich Ordnung in Wirtschaft und Finanzen gebracht, als es die Versäumnisse der „roten“ Reichsregierung unter Hermann Müller auszubügeln galt. Aus dieser gouvernementalen Perspektive erschien jede Thematisierung von „Einzel- oder Standesfragen“, wie sie die Opposition praktiziere, als Ausdruck kurz-sichtiger „Interessenwirtschaft“. Andererseits erhob auch die BVP im Sommer 1930 recht konkrete Wahlforderungen, so vor allem die nach einer Steuerpolitik, die größere Rücksicht auf die „süddeutschen Verhältnisse“ nehme. Solch verschlüsselte Warnung an Brüning verriet sowohl Distanz zur Reichsregierung als auch das Dilemma der BVP, eine in Bayern unpopuläre Reichspolitik – Biersteuervorlage – vor ihren „hei-

„mischen“ Wählern mitverantworten zu müssen¹⁶⁷⁷. Voraussetzung der „christlich-deutschen Volksgemeinschaft“ im Reich, die jedem Stand sein Recht auf „Leben und Arbeit“ gebe, war wie selbstverständlich ein „glückliches, geachtetes Bayern“. Dessen Gegner waren sowohl die bayerische Landtagsopposition von SPD bis Bauernbund, der man unterschiedslos die Wahlparole „Bayern ist mir wurscht!“ zuschrieb, als auch vor allem der „Berliner Zentralismus“ mit der treibenden Kraft des „roten“ Preußen. Seine „Vorherrschaft“ bedeute den Niedergang der „weiß-blauen Fahne“ und die Auslieferung Bayerns an die „Sozialisten“¹⁶⁷⁸. Parteipolitischer Hauptfeind war vor dem Hintergrund ihrer Bemühungen, sich eine bayerische Massenbasis gerade unter den Anhängerschichten der BVP zu suchen, die NSDAP. Als zurzeit gefährlichstes Mitglied der „finsternen Koalition der zerstörenden Gewalten“, strebe sie nur danach, ihre Parteidiktatur, das „Dritte Reich“ zu errichten. Sei Hitler aber erst „Diktator in Berlin“, so das stärkste Argument der BVP, dann werde auch der Föderalismus in Deutschland vernichtet – „dann gibt es kein Bayern mehr“¹⁶⁷⁹.

Nach dem Scheitern der bürgerlichen Sammlung ruhten die Hoffnungen Brünnings sowie der realpolitisch eingestellten Industriellen – die ihr im Wahlkampf finanzielle und organisatorische Unterstützung gewährten – vor allem auf der am 23. Juli 1930 in Berlin gegründeten **Konservativen Volkspartei**, die von der rechtsbürgerlichen Presse bereits als „neue Rechte“ gefeiert wurde. Dabei handelte es sich um einen Zusammenschluss der sich anlässlich der Reichstagsauflösung endgültig von der DNVP lösenden Gruppe von Hugenberg-Gegnern um den Grafen Westarp sowie den Volkskonservativen um Gottfried Treviranus. Ihre Ideen- und Schlagwortlieferanten waren die neokonservativen Ideologen, deren Programm einer „konservativen Revolution“ gezielt von den großindustriellen und agrarischen Interessenverbänden seit Beginn der Wirtschaftskrise gegen die Weimarer Demokratie instrumentalisiert wurde¹⁶⁸⁰. Die Volkskonservativen wurden nicht zuletzt deshalb politische Partei, weil die lockere Form der Vereinigung wenig zweckmäßig für die Teilnahme am Reichstagswahlkampf erschien und man auf weitere Überläufer aus den Reihen der DNVP hoffte. Obwohl die zur Mitarbeit bereiten Konservativen mit Treviranus in der Reichsregierung saßen, betonte sie bei ihrer Gründung, dass das Weimarer Parteiensystem „versagt“ habe und endlich durch einen „wehrhaften Staat“ ersetzt werden müsse¹⁶⁸¹.

Der am 18. August 1930 publizierte Wahlaufuf der KVP, die mit dem Landvolk Schieles und der DHP einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag einreichte, war zum Teil wörtlich aus dem Gründungsaufuf der Volkskonservativen vom Januar 1930 übernommen und schlug im Titel „Rettet das Reich, ordnet den Staat“ den gleichen Ton an wie die größeren Regierungsparteien. Anders als diese ließ sie jedoch ihre antirepublikanische Haltung offen erkennen und zog einen demonstrativen Trennungsstrich zu den zwölf Jahren Weimar. Seit 1918 hätten „neues System und alter Parteigeist“ versäumt, die Zwietracht im Volk zu überwinden und „machtvolle Autorität“ des Staates an ihrer Stelle zu schaffen. In der Außenpolitik profilierte sich die KVP als Partei, die für die „unvergänglichen Werte unseres Volkstums, die aus Geschichte, Blut und Boden“ gewachsen seien, und gegen alle „Zwangsdiktate“ zu kämpfen versprach. Jetzt im Wahlkampf setzte es sich die KVP zum obersten Ziel, die Gefahr eines „sozialistischen“ Sieges am 14. September abzuwenden, den „Reichskarren aus dem Dreck“ zu ziehen und die „aufbaubereiten konservativen Staatsbürger“ zur Vollendung des durch den Reichspräsidenten begonnenen „Rettungswerks“ zu sammeln. Ihr Wahlaufuf schloss in Erinnerung an die „große Vergangenheit“ Deutschlands mit den zentralen Aktionsparolen: „Auf neuen Wegen zu alten Zielen – Im Staat für den Staat – Für freies Volk in freiem Reich – Konservative an die Front!“¹⁶⁸²

Weil sich die KVP als neues Parteigebilde im Sommer 1930 überhaupt erst dem Wähler bekannt machen musste, häuften sich in ihrer Wahlpropaganda programmatische Aussagen über das „konservative“ Profil. Der Begriff stehe für den Willen, das zu erhalten, was „wertvoll“ sei, das heißt die „nationalen Erbgüter in Kultur, Sitte und Wirtschaft“. Unter diesem Vorzeichen propagierte die KVP ein Wahlprogramm, an dessen Spitze die Forderungen nach „Arbeit, Brot und Lebensraum für alle Deutschen“ sowie nach einer „vom Parteienstreit und Interessenkampf unabhängigen Staatsführung“ standen. In Konkurrenz zu DStP und vor allem NSDAP gab sich die KVP ein betont jugendlich-dynamisches Image: „Mit junger Kraft stürmt die Bewegung vorwärts, hinweg über Parteizäune und Zwietracht“. Die KVP habe nicht nur den Bruch mit der „Parteidiktatur“ Hugenbergers vollzogen, sondern kämpfe im Sommer 1930 um die Neuordnung des politischen Lebens durch Bildung einer „neuen großen Rechten“ und Sammlung hinter Hindenburg. Leitmotiv ihrer Wahlpropaganda war der Ruf nach „praktischer Arbeit“, dessen spezifische Bedeutung in der Wendung gegen den sich in „nationalen Schlag-

worten“ erschöpfenden Hugenberg sowie das Weimarer System lag, dieser „Demokratie von Massen, die schreien, schimpfen und schlagen“. Das Wort des zur „Führer“-Figur stilisierten Treviranus: „Nicht klagen, sondern anpacken!“ erschien geradezu als vornehmster Programmpunkt seiner Partei und „Gewissensfrage an die Rechtswähler“¹⁶⁸³.

Die berüchtigte „Ostrede“ des Reichsministers für die besetzten Gebiete wirbelte wegen ihrer scharf formulierten Revisionsziele hinsichtlich der deutschen Ostgrenze einigen Staub nicht zuletzt in Paris auf. Scharf zog die KVP die Grenze zur SPD, damit kein Zweifel bestehe: „Unser Feind steht links!“ Zweiter parteipolitischer Hauptgegner der KVP waren im Sommer 1930 die Deutschnationalen, die vom echten Konservatismus abgefallen und durch Hugenbergs Opposition gegen die Notverordnungen Brünings zur „Reaktion“ geworden seien. Typisch für ihre Abgrenzungstaktik war die Warnung, wie Hugenberg und Hitler „abseits“ zu stehen und die praktische Politik dem „Marxismus und seinen schwächlichen ‚bürgerlichen‘ Nachläufern“ zu überlassen. Gegen die „radikale Rechte“, lies NSDAP, wurde vor allem das Argument eingewandt, dass Hitlers Katastrophenpolitik nur über die „Leichen der Besten“ führe und in wirtschaftlicher Hinsicht eine „Annäherung der nationalsozialistischen Ideenwelt an Karl Marx“ festzustellen sei¹⁶⁸⁴. Mit dem bevorzugten Selbstbild einer „neuen zukunftsfreudigen Partei der staatsbejahenden deutschen Jugend“ warb die KVP in erster Linie um die Stimmen der „Frontgeneration“ sowie die der Angestellten, an deren „Standes“-Bewusstsein appelliert und denen Schutz gegen die „öde Gleichmacherei“ der SPD versprochen wurde¹⁶⁸⁵.

Der im württembergischen Pietismus verankerte und Ende 1929 durch deutschnationale Hugenberg-Gegner verstärkte **Christlich-Soziale Volksdienst** versuchte sich als „evangelische Bewegung“ gegenüber dem Zentrum zu profilieren. In bewusster Anlehnung an die Ideen des kaiserlichen Hofpredigers und Antisemiten Adolf Stoecker verband er religiös-soziale Demagogie und nationalistisches Phrasentum. Mit seiner teilweise scharfen Kapitalismuskritik und einem sozialromantischen, aber strikt antirevolutionären Gefühlsappell erscheint der Volksdienst als typisches Produkt der Krise 1929/30, in der er zunächst wie die KVP das Kabinett Brüning unterstützte¹⁶⁸⁶. Als Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Krise, die durch „ungeheuerliche Tributlasten“ von außen noch verschärft werde, brandmarkte sein am 15. August 1930 veröffentlichter Wahlauf Ruf „verantwortungslose Parteiselbstsucht“ und „hem-

mungslosen Radikalismus“. Ohne Namensnennung erklärte der CSVD alle Weimarer Parteien pauschal zu bloßen „Werkzeugen rücksichtsloser wirtschaftlicher Interessengruppen“. Spezifischer Ausgangspunkt dieser Agitation war die Klage über ein allgemeines „Versagen der Christen“ Deutschlands, das jetzt nur noch durch stärkere Mitsprache der Protestanten genesen könne: „Nicht Revolution, sondern Reformation des politischen Lebens ist daher die Losung des Christlich-sozialen Volksdienstes“. In scharfer Ablehnung jeder „Katastrophenpolitik“ bot er im Sommer 1930 ausdrücklich seine „ehrliebe Mitarbeit am heutigen Staat“ an¹⁶⁸⁷.

Der CSVD empfahl sich dem Reichstagswähler als „evangelische Bewegung“, deren Sammelruf zwar „Christen an die Front!“ lautete, aber in erster Linie an die „sehr vielen politisch heimatlosen und parteientäuschten evangelischen Glaubensgenossen“ adressiert war. Der Volksdienst propagierte keine Parteiziele, sondern vertrete unter der Parole „Dienst am Volk“ eine Politik, welche die „Forderungen des Evangeliums im öffentlichen Leben“ durchsetze. Rettung sei nicht von „dem alten, bis ins Mark kranken und verdorbenen Parteiwesen“ zu erwarten, sondern nur von den „erneuernden Kräften eines lebendigen Christentums“. Gehörte zwar die Parole der „zielbewussten Freiheitspolitik“ zum festen Programmbestand, kämpfte der CSVD im Sommer 1930 vor allem auf innenpolitischem Terrain gegen den „Klassenkampf von oben und unten“. Als erste Aufgaben einer „verantwortungsfreudigen“ Regierung wurden die Sanierung der Reichsfinanzen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie Hilfe für die Landwirtschaft gefordert, mit anderen Worten das Programm Brünings propagiert. Neben der Akzentuierung des Kampfes gegen einen zum „Mammonismus“ entarteten Kapitalismus und für die „wirtschaftlich Schwachen“ waren vor allem kulturpolitische Ziele für den Wahlkampf des CSVD charakteristisch. Wenn auch abstrakte Feindbilder wie „volksverderbende Mächte“ oder der „Marxismus“ dominierten, bekämpfte der Volksdienst die NSDAP als parteipolitischen Hauptgegner. Zwar bestünden zu dieser manche Berührungspunkte, so etwa das Streben nach „sozialer Gerechtigkeit“. Ein „ganz maßloser, unchristlicher Judenhass“ und die „Vergötzung der Macht“ machten sie aber zum unversöhnlichen Gegner: „Christenkreuz oder Hakenkreuz! Entweder-oder! Ein drittes gibt es nicht“¹⁶⁸⁸.

Im April 1930 war die **Wirtschaftspartei** mit Johann Viktor Bredt als Justizminister im Kabinett Brüning zum ersten Mal in ihrer Geschich-

te Regierungspartei im Reich geworden. Wer aber deshalb eine Abmilderung ihrer Mittelstandsdemagogie erwartet hatte, wurde enttäuscht. Am 14. September gehe es für sie wieder um „Tod und Leben des Mittelstandes“, verkündete vielmehr der Wahlauf Ruf der WP. Wie die anderen Parteien des Brüning-Kabinetts deutete die WP es als „Versagen“ des Reichstags, dass im Juli 1930 die Opposition von KPD, SPD und „Hitler-sozialisten“ der Reichsregierung bei ihrem „Hilfswerk für die deutsche Wirtschaft“ in den Arm gefallen sei. Bemerkenswert für eine selbst im Rufe reiner Interessenvertretung stehenden Partei, machte sich die WP das Argument zu Eigen, wonach den gegnerischen Parteien die „egoistischen Parteiinteressen höher als die Rettung von Staat und Volk“ stünden. Interpretiert wurde dies von ihr als Symptom für den allgemeinen Verfall des Parlamentarismus und der alten „Weltanschauungsparteien“ in Deutschland. Weil dem deutschen Volk statt „Freiheit und Frieden“ durch die „sozialistische Misswirtschaft“ nur das Gegenteil beschieden worden sei, suchten der „deutsche Staatsbürger, der städtische Mittelstand, d. h. Handel, Handwerk, Gewerbe und Grundbesitz, die freien geistigen Berufe, der vorwärtsstrebende Arbeiter und Angestellte und der deutsche Bauer“ nach neuen Formen der politischen Vertretung¹⁶⁸⁹. Mit Nachdruck verwies die WP im Sommer 1930 auf die vorgeblichen Erfolge ihrer bisherigen Mitarbeit im Kabinett Brüning, das als „erste bürgerliche Regierung“ überhaupt seit der Novemberrevolution erschien. Als bewährte „berufsständische Vertretung des gewerblichen Bürgertums“ habe die WP, antwortete sie dem Vorwurf der parlamentarischen Einflusslosigkeit, „ältere“ Parteien bereits überrundet. Auch in der Regierung habe sie ihre Versprechen gehalten und sei für den Schutz der mittelständischen Privatwirtschaft vor Großkapitalismus und Sozialismus eingetreten. In den Vordergrund rückte sie ihr Verdienst, Steuerbegünstigungen für Warenhäuser und Konsumvereine abgewendet und so diese „stärksten Feinde des selbständigen Mittelstandes“ zurückgedrängt zu haben¹⁶⁹⁰.

Erklärter Hauptgegner der WP war im Sommer 1930 wieder der „Totengräber des Bürgertums“ in Gestalt der SPD, die ein System des „veredelten Bolschewismus“ propagiere, während doch das „grauenhafteste und größte Experiment der Sozialdemokratie in Russland“ nur Not und Schrecken produziere: „Es kann auch gegen den Marxismus regiert werden“, profilierte sich die WP als Schrittmacherin der bürgerlichen Einheitsfront. Dass städtischer Mittelstand und Bauern als „Schicksalsge-

nossen auf Gedeih und Verderb“ zusammengehörten, wurde mit ihrer gemeinsamen Opposition gegen die „einseitige Verbraucherpolitik“ der SPD begründet, die den „Massen ein möglichst sorgenloses, angenehmes Wohlleben“ sichern wolle. Ausdrücklich nur auf wirtschaftlichem Gebiet bekämpfte die WP auch die NSDAP und deren „sozialistisches“ Programm, denn: „Für uns ist Sozialismus eben Sozialismus, ob er rot oder schwarzweißrot ist“. Nur ein „berufsständisch organisiertes, einheitliches Bauerntum und Bürgertum“ werde am 14. September eine drohende „sozialistische Mehrheit, gebildet von Hitler – Breitscheid – Moskau“ verhindern¹⁶⁹¹.

In einem Wahlbündnis mit der CSRP verteidigte die **Volksrechtspartei** am 14. September ihre im Mai 1928 errungenen zwei Reichstagsmandate auf Platz 11 des Reichsstimmzettels. Nach wie vor galt ihr Hauptkampf der „Lüge von der inneren Entschuldung Deutschlands durch die Inflationspolitik“ der Weimarer Regierungen, deren Ergebnisse vielmehr „unerträgliche äußerliche Tributbelastungen“ sowie politische und wirtschaftliche Zerrüttung seien. Gefordert wurde eine „energische, befreiende Tat“, mit der das Steuer der Reichspolitik in letzter Minute noch herumgerissen werden könne: „Volkswohl und Volksrecht! – Nicht Parteiwillkür und Geldbeutelherrschaft!“, so die zentralen Parolen der VRP¹⁶⁹². In ihrer Flugblattpropaganda zum 14. September richtete sie das Wort wieder vor allem an die Inflationsgeschädigten, die „Entrechteten und Betrogenen“. Ohne Unterschied klagte die VRP alle alten Parteien an, die Inflation „gemacht“ und Deutschland zu einer „Werkstätte des internationalen Großkapitals“ gemacht zu haben. Auf die Frage „Was wollen wir?“ antwortete die VRP im Sommer 1930 bewusst schlicht: „Wir wollen das Gegenteil von alledem“. Wichtigstes Argument gegen die alten Parteien war deren angebliches Verschleudern von Steuergeldern, wie die „Auswüchse der Bürokratie“ und hohe Abgeordnetendiäten bewiesen. Die Anhänger der VRP gehörten dagegen zu den „Ärmsten der Armen“, und sie sei die einzige Partei, die unabhängig vom „Großkapital“ ihren Abgeordneten verbiete, Aufsichtsratsposten anzunehmen: „Wir sind anders, wir sind jung und unbelastet, wir sind ehrlicher als die ‚großen, alten‘ Parteien, die so jämmerlich zerfallen“¹⁶⁹³.

Die **Deutsche Landvolkpartei**, so die Listenbezeichnung der CNBLP, sah nach dem Übertritt von Reichsernährungsminister Schiele, als ehemaliger Vorsitzende des Reichslandbundes eine politische Galionsfigur der Agrarier, dem 14. September optimistisch entgegen. Als bäuerliches

Gegenstück zur KVP richtete sich ihr Hauptstoß auf dem Land gegen die DNVP und wurde sie von den Hugenberg-Gegnern unter den Industriellen großzügig unterstützt. In seinem am 23. Juli veröffentlichten Wahlaufuf stellte sich das Landvolk hinter Brüning, weil er der zur Zeit einzig möglichen bürgerlichen Regierung vorstehe, die angesichts der unfruchtbaren Opposition der Hugenberg-Gruppe die „Loslösung von marxistischen Ideen“ bringen könne. Die in erster Linie angesprochenen Bauern sollten am 14. September Hindenburg und Schiele die „Handlungsfreiheit für das große Rettungswerk“ verschaffen, von dessen Gelingen ihr eigenes Schicksal abhängen. Im Mittelpunkt der Landvolkparolen standen die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages sowie das Ende der „roten Gewaltherrschaft“ in Preußen. Scharf bekämpft wurden die Nationalsozialisten, deren Maxime „erst Sturz des Systems, dann Hilfe für die Landwirtschaft“ sei, wogegen das Landvolk im Sommer 1930 die Parole ausgab: „Gesundung der Landwirtschaft ist beste Rüstung für den Freiheitskampf der Nation, ist unentbehrliche Grundlage für einen Wiederaufstieg Deutschlands“¹⁶⁹⁴.

Wahlergebnis und Zusammenfassung

Der 14. September 1930 brachte das in der parlamentarischen Wahlschichte Deutschlands bis dahin einmalige Resultat, dass eine bisherige Splitterpartei mit einem Schlag fast ein Fünftel der Stimmenanteile gewann. Schon Zeitgenossen wie dem SPD-Journalisten Georg Decker war klar, dass dies einer revolutionären „Umwälzung des alten Parteiensystems“ gleichkomme¹⁶⁹⁵. Indem sich die Mandatszahl der Nationalsozialisten auf 107 beinahe verneunfachte, habe Hugenbergs Devise: „Macht mir den rechten Flügel stark!“ ungeahnt großen Beifall gefunden, konnte die *Deutsche Allgemeine Zeitung* angesichts dieser „radikalen Protestwahlen“ noch spotten¹⁶⁹⁶. Von 810 000 im Mai 1928 schnellte die Stimmenzahl der NSDAP auf 6,4 Millionen hoch, das entsprach einem prozentualen Anstieg von 2,6 auf 18,3 Prozent. Weitaus weniger legten die Kommunisten zu, nämlich um 2,5 auf nun 13,1 Prozent, das waren 77 statt vorher 54 Sitze, während alle anderen Parteien zu den Verlierern des 14. September gehörten. Die Beteiligung war dabei mit 82 Prozent so hoch wie seit der Wahl zur Nationalversammlung nicht mehr, gegenüber 1928 wurden mit 35,2 fast 4 Millionen mehr gültige Stimmen abgegeben,

wodurch die Zahl der zu verteilenden Reichstagsmandate auf 577 stieg. Der „politische Erdrutsch“ verschonte zwar auch die sozialdemokratische Opposition nicht, die knapp 600 000 ihrer 9,2 Millionen Wähler vom Mai 1928 verlor und von 29,8 auf nun 24,5 Prozent zurückfiel (143 Mandate). Unerwartet deutlich aber wurde Brünings zur „Rettung“ Deutschlands angetretenes Kabinett vom Wahlvolk ein Denkkzettel für die nicht ab-, sondern zunehmende Not erteilt. Zwar konnten die beiden katholischen Regierungsparteien im Vergleich zu 1928 von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren; trotz geringen prozentualen Stimmenrückgangs auf 11,8 beziehungsweise 3,0 Prozent steigerten Zentrum und BVP ihre Mandatszahl noch auf 68 beziehungsweise 19. Insgesamt aber musste die Mitte-Rechts-Regierung eine klare Niederlage hinnehmen, vor allem weil sich der Wählerschwund bei den liberalen Parteien dramatisch fortsetzte. Die frühere DDP schrumpfte trotz ihres Bündnisses mit den Jungdeutschen zur Splitterpartei, die bei einem Rückgang um 1,2 mit nun 3,8 Prozent der Stimmen gerade zwanzig Mandate erhielt. Noch höhere Verluste erlitt die DVP, die fast ein Drittel ihrer Stimmen von 1928 abgab: 4,5 Prozent bedeuteten nicht mehr als dreißig Sitze im neuen Reichstag. Vor allem das katastrophale Abschneiden der KVP, die nur 0,8 Prozent der Stimmen erhielt, dokumentierte, dass die Parole der „konservativen Sammlung“ hinter Reichspräsident Hindenburg am 14. September wirkungslos verpuffte, dass – so die *Frankfurter Zeitung* – „die Idee ‚Brüning-Treviranus‘, die Idee des Frontkämpfertums unter Missachtung elementarer parlamentarischer Grundregeln, wie die Scholzsche Idee des Bürgerblocks, für die Millionen der Wähler kein Interesse hat“¹⁶⁹⁷.

Nur dank der Listenverbindung mit dem Landvolk, das die Anteile der CNBLP von 1928 fast verdoppelte und nun 3,1 Prozent erzielte, gelangten die vier KVP-Spitzenkandidaten in den neuen Reichstag. Ihre Hoffnung auf eine weitere Dezimierung des Hugenberg-Anhangs wurde enttäuscht und gegen die Demagogie der extremen Rechten hatte die elitär-intellektualistische KVP ohnehin keine Chancen bei den Rechtswählern. Der CSVD erreichte immerhin mit überdurchschnittlichen Ergebnissen in den süddeutschen Wahlkreisen reichsweit 2,5 Prozent und stellte künftig 14 Abgeordnete. Einschließlich der Interessen- und Splitterparteien, von denen die WP trotz leichten Stimmenrückgangs ihre 23 Abgeordneten (3,9 %) behielt, besaß die von Brüning angestrebte Front der „staatskonservativen Mitte“ selbst dann noch keine Mehrheit im neu-

en Reichstag, wenn man die Stimmen der DNVP hinzurechnete, woran freilich bei dem strikten Oppositionskurs Hugenburgs nicht zu denken war. Trotz einer glatten Halbierung der deutschnationalen Anteile von 1928 auf nun 7,0 Prozent trösteten sich seine Anhänger nach der innerparteilichen „Reinigung“, mit nunmehr 41 Abgeordneten im Reichstag immerhin über fünf mehr zu verfügen als nach der letzten Spaltung vom Juli 1930. Im Ergebnis brachte der 14. September keine positive Mehrheit, selbst im Falle einer unwahrscheinlichen Wiederkehr der Großen Koalition. Für die Fundamentalopposition von DNVP, KPD und NSDAP, so eine Lesart des 14. September, stimmten zusammen 13,5 Millionen Wähler (225 Sitze), für die Parteien der letzten parlamentarischen Reichsregierung Müller 16,8 Millionen, womit sie knapp die absolute Mehrheit von 289 Sitzen verfehlt hätten¹⁶⁹⁸.

Während das Ergebnis auch im Ausland zum Teil bestürzte Reaktionen hervorrief, verschärfte der 14. September mittelbar die Finanz- und Wirtschaftsmisere des Deutschen Reichs, indem sich der bereits während der Anti-Young-Kampagne bemerkbar machende Abzug kurzfristiger Auslandskredite und die Kapitalflucht deutscher Investoren beschleunigten. Verhängnisvoll für die Republik wirkte sich auch aus, dass als nächstliegende Reaktion auf die politische Polarisierung die Parteien des Reichsbanners zu den „Quellen der eigenen Kraft“ zurückkehrten, ob nun die SPD ihre Anhänger fester in das sozialistische Milieu einzubinden versuchte oder das Zentrum die katholische Weltanschauung noch mehr in den Vordergrund stellte¹⁶⁹⁹. Vergeblich sei der Appell an die „Kraft der Generationsbewegung in der Politik“ gewesen, lautete das Fazit der DStP nach den „Fieberwahlen“, bei denen, so Gertrud Bäumer, die „eindrucksvolle Energie“ der NSDAP und ihre „Technik der Massенbearbeitung“ gesiegt hätten. Charakteristisch sei auch, dass sich die antikapitalistische Stimmung weiter im deutschen Volk ausbreite. Rechne man die Stimmen von KPD, SPD und NSDAP zusammen, habe „der Kapitalismus in Deutschland keine Mehrheit mehr“¹⁷⁰⁰.

Für das Zentrum, das den Wahlkampf im Sommer 1930 ausdrücklich unter der Parole des „großen Rettungswerkes“ Brünnings geführt hatte und deren Wahlprogramm nach Aussage von Parteichef Kaas die Grundlage der zukünftigen Regierungsarbeit bilden sollte, bedeutete der 14. September eine große Enttäuschung, auch wenn man als Partei fest stehe¹⁷⁰¹. In den Augen der KPD offenbarte das Ergebnis dagegen den „Bankrott des parlamentarischen Systems und der bürgerlichen Demo-

kratie“. Die Gewinne der NSDAP deutete sie als Zeichen einer Verschärfung der „Faschisierung“ Deutschlands. Zu wenig sei es der KPD selbst jedoch gelungen, mit ihrer Programmerkklärung die mittelständischen Wählerschichten zu erfassen¹⁷⁰². In ihrer Analyse der „Sturmwahl“ hob die SPD dagegen hervor, dass man sich trotz Verluste als stärkste Partei und „dauernd gefestigte unzerstörbare Arbeitermacht Deutschlands“ behauptet habe, während das bürgerliche Lager einem „Trümmerhaufen“ gleiche. Brünnings Wahlrechnung, eine Mehrheit gegen die SPD zu erreichen, sei nicht aufgegangen. Vielmehr habe sich der größere Teil der Wähler zu Parteien bekannt, die sich selber als „sozialistisch“ bezeichneten. Ihnen zu zeigen, dass sie bei dem „Sozialismus‘ Thälmanns und Hitlers die Betrogenen“ seien, müsse nächste Aufgabe der SPD sein. Kein Grund bestehe, die „Schlappe der Sozialdemokratie“ zu bemänteln oder die Augen vor der Tatsache des „millionenköpfigen Proletariats“ in der NSDAP zu verschließen. Deren sensationeller Erfolg trug dazu bei, dass sich die SPD im Herbst 1930 zur Tolerierung des „kleineren Übels“ Brünnings entschloss¹⁷⁰³.

Der 14. September 1930 bietet nicht nur im Wahlergebnis ein höchst augenfälliges Zeichen für die Radikalisierung der politischen Kultur der Weimarer Republik seit Ausbruch der Wirtschaftskrise. Bereits die Schärfe, mit der im Wahlkampf mehr polemisiert als argumentiert wurde, wies auf die Vertiefung der Gräben zwischen den politischen Teilkulturen hin. Insbesondere zwischen den Trägern des Gründungskompromisses von 1918/19 offenbarte sich eine für den Bestand der Republik gefährliche Entfremdung. Mit ihrer extrem polemischen Wahlpropaganda reflektierten und intensivierten die Parteien den Grad der „Erbitterung“, der sich in der Bevölkerung durch die bereits spürbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise seit 1929 angestaut hatte. Das in der öffentlichen Meinung, aber auch bei den politischen Eliten tief sitzende Misstrauen gegen den Parteienstaat ließ die Kritik an seiner „interessenmäßigen“ Organisation im Sommer 1930 zu einem der wirkungsvollsten Instrumente antirepublikanischer Propaganda werden. Nutzlos war, dass liberale Stimmen wie Georg Bernhard schon zu Beginn des Wahlkampfes davor warnten, „dem ‚Parteiismus‘ alles in die Schuhe zu schieben“, schließlich schwebten Parteien nicht im luftleeren Raum, sondern seien „Exponenten ihrer Wählerschaft“¹⁷⁰⁴. Wie weit bereits die durch aktuelle Unterschlagungsaffären wie dem Sklarek-Skandal genährte Vorstellung, dass die Parteien am Ende seien und die Zukunft im „bündischen Prinzip“

liege, an Boden im liberalen Bürgertum gewonnen hatte, davon zeugte gerade die Gründung der Staatspartei. Aus ihren Reihen stammte der bei allen bürgerlichen Parteien populäre Slogan „Interessentenhaufen oder Staatsvolk“, der die Fiktion einer die sozialökonomischen Antagonismen überwölbenden Volksgemeinschaft aktualisierte. Eine besondere Note gaben dem Wahlkampf vom Sommer 1930 die zahlreichen Appelle an die „junge Generation“, die von allen Parteien verstärkt umworben wurde, sowie die Rufe nach autoritärem „Führertum“, einem „starken Mann“ und Abkehr von der Interessenpolitik. Als Leitfigur der jungen „Frontgeneration“ versuchte sich vor dem 14. September nicht zuletzt Reichskanzler Brüning darzustellen.

Während NSDAP und DNVP ihren Kampf gegen die „Young-Verklavung“ getrennt marschierend und mit starkem Akzent auf die soziale Dimension fortsetzten, beherrschten innen-, das heißt sozial- und wirtschaftspolitische Kontroversen um den richtigen „Ausweg“ aus der Krise die Wahlpropaganda der Parteien. Verfassungspolitisch argumentierten nur SPD und Zentrum in größerem Stil, wobei sich die Opposition als Hüterin der Weimarer Verfassung gegen die „Notverordnungs-diktatur“ Brünnings aufspielte. Auch kam ihre Propaganda an der sehr populären Idee der „Interessenpolitik“ nicht vorbei, obwohl es sich doch eigentlich um eine Regierungsparole handelte, ebenso wie die Rede vom „Versagen“ des Reichstages. Die hinter Brüning stehenden Parteien stilisierten dagegen seine Notverordnungen zu den von der Krise diktierten Maßnahmen eines „Rettungswerks“ für Wirtschaft und Volk. Einigen des Band der „Hindenburg-Front“ war neben den scharf antisozialdemokratischen Akzenten der Rückgriff auf die werbeträchtige Symbolfigur des Reichspräsidenten. Abgelenkt durch die Um- und Neubildungsprojekte, fiel es den Regierungsparteien jedoch schwer, der Agitation der radikalen Opposition positive „Taten“ wie die vorzeitige Rheinlandräumung entgegenzusetzen¹⁷⁰⁵. Die klare Frontstellung gegen den Radikalismus von KPD und mehr noch NSDAP hätte vor dem 14. September 1930 das einigende Band der SPD zu den bürgerlichen Mitteparteien bilden können. Unter Federführung ihres neuen Vorsitzenden Scholz betrieb die DVP stattdessen offen eine Neuauflage von Miquels „Sammlung aller bürgerlichen Kräfte“ zur Abwehr der Sozialdemokratie aus den 1890er-Jahren.

Der Aufstieg und Wahlerfolg der NSDAP, deren Presse den „totalen Sieg“ der Bewegung feierte, waren im Sommer 1930 ebenso abzusehen

wie die Erosion der bürgerlichen Mitte zu ihren Gunsten. Gewarnt durch den regionalen „Vormarsch“, zählten die Nationalsozialisten bei allen Parteien mit Ausnahme der DNVP zu den parteipolitischen Hauptfeinden. Einmütigkeit herrschte jedoch nur in der Deutung ihrer „verbrecherischen“ Methoden. Von bürgerlicher Seite war man bemüht, seinen mittelständischen Wählern das eigentumsfeindliche und umstürzlerische Profil der NSDAP zu akzentuieren, was in der These einer „sozialistischen“ Einheitsfront von Hitler bis Thälmann gipfelte – eine Argumentation, die vor dem Hintergrund der bestehenden Koalitionen der bürgerlichen Parteien mit der NSDAP in Thüringen, aber ebenso mit der SPD in Preußen, an Glaubwürdigkeit verlor. Während man den eigentumsfeindlichen und plebejisch-umstürzlerischen Charakter der Hitlerpartei vorzugsweise mittelständischen Zielgruppen gegenüber betonte und ihr die „nationalistische Maske“ herunterreißen wollte, versuchten SPD und KPD gerade umgekehrt, ihrer Arbeiterklientel den „deutschen Sozialismus“ Hitlers als Lügengebäude zu enthüllen, indem man die NSDAP in seltener Übereinstimmung gemäß der Finanzierungsthese zu „Knechten des Kapitals“ stempelte. Gleichwohl klagten großindustrielle Kreise nach dem 14. September, dass das Bürgertum eine Wahlschlacht gegen den „Sozialismus von rechts und links verloren habe“. Von der antikapitalistischen Stimmung, welche die Weimarer Parteien und den Staat für ihre Misere verantwortlich machte, konnte naturgemäß die extreme Opposition profitieren. Der große Wahlerfolg der NSDAP ist nach den Erkenntnissen der neueren Wahlforschung nicht allein auf Stimmen der unteren Mittelklasse oder besonderer Mobilisierung von ehemaligen Nichtwählern zurückzuführen. Hitlers Wähler kamen vielmehr aus verschiedenen sozialen Klassen und verschiedenen Parteien, wobei protestantische Mittelstandsangehörige überwogen¹⁷⁰⁶. Aus welchen Motiven die antirepublikanisch gesinnten und radikalisierten Wähler im September 1930 gerade Hitler zuliefen, darüber kann nur spekuliert werden. Sicher scheint jedenfalls, dass die deutsche Bevölkerung bereits in einem Maße durch materielle wirtschaftliche Sorgen beherrscht wurde, das ihr Interesse für Kontroversen um einen Verfassungsartikel stark verringert haben dürfte¹⁷⁰⁷.

Auf die Zusammensetzung der von Hindenburg im Amt belassenen Reichsregierung Brüning blieb die „Katastrophenwahl“ vom September 1930 zunächst ohne Auswirkung. Allenfalls die schon während des Wahlkampfes von der SPD ins Spiel gebrachte „Große Koalition aller Vernünf-

tigen“, wie sie Otto Braun einen Tag nach der Wahl – unterstützt von Rufen nach einer „festen verfassungsmäßigen Regierung“ – erneut vorschlug¹⁷⁰⁸, schien eine parlamentarische Regierungsbildung zu ermöglichen. Da aber die SPD gemäß dem ungeschriebenen Gesetz der Regierung Brüning von der Macht im Reich ausgeschlossen bleiben sollte und sich die Umgebung des Reichspräsidenten durch das Wahlergebnis in ihren antiparlamentarischen Vorurteilen bestätigt fühlen konnte, musste Brüning weiterhin auf die Tolerierung seines Präsidialkabinetts spekulieren, da andernfalls die Aufhebung der bisherigen Notverordnungen drohte. Weil der Reichstag seit dem Herbst 1930 wenig mehr als im Kaiserreich zu sagen hatte, verlagerte sich der politische Protest weiter auf die Straße. Aus dem Wettkampf um die außerparlamentarische Mobilisierung der radikalisierten Massen schaltete sich die SPD durch ihre Tolerierungspolitik selbst aus. Die „Erbitterungswahlen“ vom 14. September sorgten dafür, dass die Weimarer Demokratie im Sinne ihrer Gegner entscheidend geschwächt wurde¹⁷⁰⁹.

Zusammenfassung und Ergebnisse

Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik waren Multimediaereignisse ersten Ranges, welche die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit periodisch voll und ganz auf sich zu ziehen vermochten. Wahlen und Wahlkämpfe stellten noch im Kaiserreich allenfalls einen Gradmesser für Stimmungen in der Bevölkerung oder für den gesellschaftlichen Rückhalt der Parteien dar, die trotz aller Politisierungstendenzen doch gemäß der Bismarckverfassung politisch ohnmächtig blieben. Zwar markierten die Reichstagswahlkämpfe schon vor 1914 organisatorische Höhepunkte des freilich noch kaum institutionalisierten Parteilebens, doch erst durch die Demokratisierung von 1918 wurden sie zu Konkurrenzveranstaltungen um echte parlamentarische Machteilhabe und neben den Parlamenten zur wichtigsten Arena der Selbstdarstellung der Parteien. Nicht zuletzt in der Wahlpropaganda spiegelten sich dabei zahlreiche Traditionsüberhänge vom kaiserlichen Deutschland zur Nachkriegszeit wider. So lässt sich die fast notorische Schwarz-weißmalerei der Weimarer Parteien anlässlich von Reichstagswahlen durchaus in die Tradition der Polarisierungstechnik Bismarcks stellen, der ähnlich demagogisch zwischen Feind und Freund getrennt hatte. Durch das traumatische Erlebnis des Ersten Weltkrieges geprägt, deutete die politische Öffentlichkeit Deutschlands Wahlkämpfe nach 1918 als „Materialschlachten“ zwischen verfeindeten „Heerlagern“. Während sich mit zunehmender „Vermassung“ der propagandistischen Aktionen auch der Mobilisierungseffekt der Reichstagswahlkämpfe steigerte, versuchten die Parteien durch den Ausbau ihrer Organisationsstrukturen und eine möglichst kontinuierliche Propagandaarbeit, diese Mobilisierung in den „ruhigen Zeiten“ nach der Wahl am Leben zu halten. Reichstagswahlkämpfe bedeuteten für die Weimarer Parteien zugleich ein hohes Wagnis sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht, wobei der Mangel an demoskopischen Meinungsumfragen oder Prognosen, wel-

che die Unsicherheit über den Ausgang des Wahlkampfes begrenzt hätten, durch Appelle an die Treue der Stammwählerklientel beziehungsweise an die Angehörigen der politisch-kulturellen Milieus kompensiert wurde.

Der verfassungsrechtliche Bedeutungszuwachs der Reichstagswahlkämpfe ging nach 1918 keineswegs mit einer Aufwertung ihres öffentlichen Ansehens einher. Ihr traditionell schon negatives Image verschlechterte sich vielmehr in dem Maße, in dem jetzt selbst von sozialdemokratischer Seite die „Amerikanisierung“ und andere „Auswüchse“ der Propaganda beklagt wurden. Die noch stark von obrigkeitsstaatlichen Denk- und Handlungsmustern geprägten Weimarer Parteien führten Wahlkämpfe eben nicht mit der Perspektive der Verwirklichung von Partikularzielen durch Koalitionen, sondern nahmen sie fast ausschließlich als individuelle Profilierungschance wahr. Das führte dazu, dass die Selbst- und Feindbildpflege stets einen wichtigen Platz in den Wahlprogrammen einnahm, ja mitunter im Mittelpunkt stehen konnte, und dass sich selbst nominelle Regierungsparteien an dem „Chaos von Versprechungen“ beteiligten. Wahlkampfpolitik in der Weimarer Republik blieb weitgehend losgelöst von den Fragen der späteren Regierungsbildung oder den Prioritäten der praktischen Tagespolitik, obwohl die 1918/19 geschaffenen verfassungsrechtlichen Ausgangsbedingungen die Verbindung zwischen Parteipolitik und Parlamentsarbeit enger denn je knüpften. Die deutschen Parteien, so Gottfried Niedhart zuspitzend, fungierten nach 1918 als „Organisatoren der Wahl“, aber nicht als „Organe der politischen Willensbildung“¹⁷¹⁰.

Koalitionsfragen oder Bündnispräferenzen wurden in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen der 1920er-Jahre von keiner Partei in signifikantem Maße thematisiert oder zur Wahlparole erhoben. Allenfalls von Koalitionswahlkämpfen unter negativen Vorzeichen ließe sich sprechen, etwa in dem Sinne, dass die damaligen Oppositionsparteien DDP und SPD vor dem 20. Mai 1928 gemeinsam gegen die „Rechtskoalition“ agitierten oder dass die KPD den sozialdemokratischen „Koalitionsverrat“ anprangerte. Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik waren weniger Wegbereiter künftiger Koalitionen, sondern in erster Linie Zerreißproben für bestehende Bündnisse. Andererseits führte der mit Ausbau des Präsidialsystems nach 1930 rapide sinkende Einfluss der Parlamente und der Parteien auch zu einer politischen Entwertung der Reichstagswahlkämpfe, da ihr Ausgang nun immer weniger die Zusam-

mensetzung der Regierung beeinflussen konnte. Schon vor dem 14. September 1930 war aufgrund der hinter den Parlamentskulissen vorgenommenen Weichenstellungen die antisozialdemokratische Bündnisbildung beschlossene Sache. Wahlkampf und Wahl vom Sommer 1930 scheinen sich dadurch von ihren Vorgängern zu unterscheiden, wenn man diesen mit Hans Mommsen die Funktion zubilligt, „Ausgangsbedingungen für eine grundsätzlich offene Koalitionsregierung“ festgelegt zu haben¹⁷¹. Genau genommen schied jedoch nur ein weiteres, wenn auch das wichtigste der Weimarer Bündnismodelle – die große Koalition von SPD bis DVP – im Vorfeld der Reichstagswahl am 14. September 1930 aus der Reihe der ohnehin wenigen Möglichkeiten aus.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die Programme der Weimarer Parteien im Spiegel ihrer Propaganda anlässlich von Reichstagswahlen verdeutlicht, wie sich nach dem Ersten Weltkrieg die im Kaiserreich etablierte Fragmentierung der politischen Kultur Deutschlands verfestigte. Andererseits waren gerade in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen allgemeine und bei allen politischen Teilkulturen mehr oder weniger wirksame Tendenzen festzustellen, welche etwa die Nationalisierung der Themen und Parolen, die Ausrichtung auf das Ideal einer Volkspartei oder die Modernisierung der Wahlpropaganda betrafen. Im äußeren Erscheinungsbild unterschieden sich die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik von denen des Kaiserreichs in erster Linie durch den bereits 1919/20 sprunghaften Anstieg der von der SPD eingeführten Massenpropaganda, deren Methoden jetzt auch für die bürgerlichen Honoratiorenparteien zur Pflicht wurden, wollten sie konkurrenzfähig sein. Dabei verlängerten sich die „heißen“, das heißt die auf die Öffentlichkeit zielenden Wahlkämpfe zunächst nur unwesentlich, wenn sie jetzt auch sehr viel intensiver und mit einem ungleich höheren Aufwand an Mitteln, Menschen und nicht zuletzt physischer Gewalt geführt wurden. Die Umgangsformen der deutschen Parteien waren schon in der Zeit vor 1914 von militärischen Denk- und Sprachmustern geprägt, welche sich nach dem Ersten Weltkrieg vergegenständlichten. Politische Gewalt, Schlägereien und Saalschlachten mit Verletzten und Toten gehörten von Anfang an zum Erscheinungsbild der Weimarer Reichstagswahlkämpfe. Die durch den Krieg und die revolutionären Nachkriegswirren abgehärtete Öffentlichkeit verurteilte diese „Verwilderung der politischen Sitten“ zwar scharf. Noch skandalöser als die Opfer der Wahlkämpfe empfand man ungeachtet dessen die demagogischen Werbemethoden des jeweiligen

Gegners, die dem eigenen „sachlichen“ und „vernünftigen“ Wahlkampfverhalten kontrastiert wurden.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich in den 1920er-Jahren stets um irreguläre, nicht genau vorhersehbare Reichstagsauflösungen handelte, war eine längerfristige Vorbereitung oder auch stärkere zeitliche Einteilung der Wahlkämpfe für die Weimarer Parteien nur schwer möglich. Ihre Wahlvorbereitungen, von der Kandidatenaufstellung über die Diskussion des Wahlprogramms und die Beschaffung der Versammlungslokale bis hin zur Herstellung des Propagandamaterials, mussten meist in wenigen Wochen geplant werden und über die Bühne gehen. Ohne eine echte Vorwahlkampfphase traten Weimarer Reichstagswahlkämpfe gewissermaßen sofort in ihre „heiße“ Phase, wenn sich die Auseinandersetzungen auch zunächst auf den Ort der Presse sowie erste Versammlungen beschränkten und die Parteien bei knappen Mitteln und chronisch leeren Kassen sorgsam darauf achten mussten, ihre „Munition“ nicht vorzeitig zu „verpulvern“. Die neuartige publizistische Massenpropaganda erforderte andererseits eine gewisse Anlaufzeit, was dazu führte, dass die „eentlichen“ Wahlkämpfe erst drei bis vier Wochen vor der Wahl in vollem Umfang einsetzten. Schon wegen der zeitlichen Unwägbarkeiten und kurzfristigen Terminierung konnte sich der Bereich der Wahlkampfplanung nach 1918 alles in allem nur rudimentär ausbilden und musste ein Großteil der Propagandaarbeit von den Parteien nach wie vor improvisiert werden. Bestes Beispiel hierfür ist der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924, der geradezu „aus dem Boden gestampft“ wurde.

Sein Gegenteil unter organisatorischen Aspekten stellte der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 dar, als die Parteien nicht nur die längste Legislaturperiode der Weimarer Republik überhaupt zur Verfügung hatten, sondern auch so früh wie nie zuvor und auch nachher nicht mehr den genauen Wahltermin abschätzen konnten. Während sich die gemäßigten Oppositionskräfte schon seit Sommer 1927 auf den kommenden Reichstagswahlkampf einzustellen begannen, liefen die „heißen“ Vorbereitungen spätestens nach der Aufkündigung der Regierungskoalition Mitte Februar 1928 bei allen Parteien auf Hochtouren. Seine gut dreimonatige Dauer, eine ausgeprägte Vorwahlkampfphase und das untypisch hohe Maß an planerischen Momenten sowie die erstmals stark zutage tretende Technisierung der Wahlpropaganda durch innovative Werbemittel wie Film und Schallplatte geben dem Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 aus heutiger Sicht den Charakter eines Wendepunk-

tes in wahlkampforganisatorischer Hinsicht. Mehr und mehr begannen sich die Weimarer Parteien darauf einzustellen, ihre Organisationen jederzeit „schlagbereit“ zu halten, wenn auch eine langfristige Wahlkampf-vorbereitung wie die von 1927/28 die Ausnahme blieb. Festgehalten werden kann, dass die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik von den Parteien weitestgehend unabhängig voneinander organisiert wurden, sodass sich nur schwer parteiübergreifende Tendenzen beziehungsweise Parallelen im äußeren Ablauf herausbildeten. Immerhin war in allen Fällen so etwas wie eine Auftaktphase, deren herausragendes Ereignis die Veröffentlichung der zentralen Parteiaufrufe markierte, sowie ein sich meist auf die letzten ein bis zwei Wochen vor der Wahl erstreckender „Endkampf“ der Parteien zu beobachten. Das Startsignal für ihre Wahlpropaganda bildete in der Regel die Reichstagsauflösung beziehungsweise die amtliche Bekanntgabe des Neuwahltermins.

Alle Weimarer Parteien mussten schon aus Kostengründen darauf bedacht sein, möglichst viele ihrer Anhänger in irgendeiner Form für die unentgeltliche Wahlkampfarbeit heranzuziehen, vor allem für die Arbeit des Zettelverteils und ähnliche „Kleinpropaganda“. Das Gros der Wahlhelfer rekrutierte sich zwar direkt aus den Parteien, doch wurde auch stets das politisch-kulturelle Umfeld aktiviert, indem etwa die KPD alle „Sympathisierenden“ zu mobilisieren versuchte oder das Zentrum auf die Unterstützung aus den katholischen Vereinen zurückgriff. Honoratiorenparteien ohne aktive Massenanhängerschaft wie die DVP mussten noch auf bezahlte Hilfskräfte oder gewerbliche „Verteilungsinstitute“ zur Erledigung der propagandistischen Kleinarbeit zurückgreifen. Neben der Presse und der Straße blieb die Wahlversammlung der Ort, an dem der Weimarer Reichstagswähler am ehesten in Berührung mit den Parteien und ihrer Propaganda kommen konnte. Die überfüllten Wahlversammlungen in den ersten Jahren der Weimarer Republik sollten jedoch rasch der Vergangenheit angehören. Dass sich mit Beginn der relativen Stabilisierung nach 1924 auch die Versammlungen der Parteien nur noch dürtig füllten, war nicht zuletzt eine Folge des Aufschwunges, den die Massen- und Freizeitkultur innerhalb der Weimarer Gesellschaft nahm. Die Parteien wiederum reagierten auf das neue Unterhaltungsbedürfnis der Bevölkerung sowie die abnehmenden Besucherzahlen in ihren Veranstaltungen mit einer Strategie, die den Wandel der politischen Propaganda- und Werbemethoden beschleunigte und unter dem Motto stand: „Kommt der Wähler nicht zu uns, kommen wir zu ihm!“

Innovative Kraft bei der Modernisierung der Weimarer Parteipropaganda war die SPD, deren Organisationsstärke in den 1920er-Jahren noch erdrückende Überlegenheit besaß, was sich außer im schieren Ausmaß ihrer Propaganda eben in der Vorreiterrolle niederschlug, welche sie für die seit 1924 durchschlagende Technisierung der Wahlpropaganda beanspruchen kann. Dieser Prozess war wiederum eng verbunden mit dem Siegeszug neuer Massenmedien wie Film und Rundfunk (dessen parteipolitische Nutzung allerdings staatlicherseits bis 1932 verhindert wurde) und offenbarte sich in den Reichstagswahlkämpfen vor allem durch einen systematischen Rückgriff auf technische Hilfsmittel wie Schallplatten oder Lautsprecher, aber auch Flugzeuge, die gegenüber den imposanteren Zeppelin-Luftschiffen aus praktischen Gründen die Oberhand gewannen. Eine Folge der Technisierung bildete wiederum die engere Kooperation der Parteiführungen mit privaten, meist aber parteinahen Unternehmen, welche ihnen die entsprechende Technik zur Verfügung stellten. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen aus der Wirtschaft, etwa von kommerziellen Agenturen oder so genannten Werbeanwälten, blieb jedoch die Ausnahme und beschränkte sich weitgehend auf Teilbereiche der Wahlpropaganda, wie die Herausgabe eines Pressedienstes oder die Gestaltung von besonderen Propagandamaterialien. Bedeutsamer noch als die innovative, aber aufgrund der hohen Kosten für die Parteien zweischneidige Technisierung durch neue Medien erscheint eine flächendeckende Motorisierung der Wahlpropaganda, die nach 1918 in immer stärkerem Maße von dem Automobil als vielseitig einsetzbarem Hilfsmittel Gebrauch machte. Generell wurde der modernen Propaganda mit Film und Schallplatten von den Parteien ein höherer Wirkungsgrad beigemessen als den traditionellen Werbemethoden der Versammlungs- und Flugblattpropaganda. Parallel zu ihrer Technisierung erlebten die Reichstagswahlkämpfe den Aufschwung von visuellen Propagandamitteln wie vor allem dem Plakat. Alle publizistischen Medien, von der Zeitung bis zum Flugblatt, wurden nach 1918 mehr und mehr durch bildliche Elemente aufgelockert und die Wahlpropaganda der Parteien somit insgesamt „bunter“. Ähnlich wie die Parteisymbole, Fahnen oder Uniformen trug die Visualisierung der politisch-kulturellen Identitäten und Konflikte mittels Zeichnungen, Karikaturen oder Fotografien in den Zeitungen und Flugblättern zur Emotionalisierung der Weimarer Reichstagswahlkämpfe bei. Die Anwendung „reklamepsychologischer“ Erkenntnisse und neuer Propagandatechniken konnten die

deutschen Parteien in den 1920er-Jahren vorbildhaft an den Präsidentenwahlkämpfen der USA studieren.

So bildeten die aus dem Kaiserreich bekannten „alten“ Werbemittel der Parteien – Versammlung und Rede, Presse und Flugblätter – zwar nach 1918 weiterhin das Fundament der Wahlpropaganda. Ihre äußeren Erscheinungsformen wurden jedoch wesentlich vielfältiger. Die Versamlungsarten etwa konnten zwischen der dörflichen Wirtshaus- oder einer Straßenversammlung mit nur wenigen Leuten und den Massenkundgebungen im Berliner Sportpalast mit einem nach Tausenden zählenden Publikum variieren. Statt einzelner Flugblätter verteilten die Parteien mehr und mehr Wahlzeitungen an die Haushalte, weil sie nicht nur eine breiter gefächerte Zielgruppenwerbung ermöglichten, sondern auch Platz für vordergründig unpolitische Dinge ließen. Die dem Unterhaltungsbedürfnis entgegenkommenden Kreuzworträtsel in den Wahlzeitungen waren wie die neuartigen Wahlfilme gewissermaßen Indiz für eine schleichende Entpolitisierung der Reichstagswahlkämpfe, insofern die Parteien den Wählern erst etwas „bieten“ mussten, um sein politisches Interesse zu wecken. In diesem Zusammenhang kann auf die vielfältige „Schnickschnack“-Werbung vom Luftballon bis hin zur „Wahlseife“ und den Revuen der Schauspielergruppen hingewiesen werden, die seit Mitte der 1920er-Jahre das Erscheinungsbild der Reichstagswahlkämpfe bereicherten.

Abgesehen von der Modernisierung der Wahlwerbemittel und -methoden kündigten sich nach 1918 auf organisatorischer Ebene zukunftsweisende Tendenzen wie vor allem die Zentralisierung oder die Konzeption der Reichstagswahlkämpfe als „Kampagnen“ an. Die Zahl der Rundschreiben, der Richtlinien oder der „Winke für die Agitation“, welche die Parteiführungen verschickten, steigerte sich kontinuierlich mit dem gleichzeitig in Angriff genommenen Ausbau der Organisationsstrukturen und dokumentierte das Bestreben von zentraler Seite, die Reichstagswahlkämpfe zu vereinheitlichen, das heißt unter reichsweit annähernd gleichen Maßstäben und Themenschwerpunkten zu führen. Zu den Bemühungen der Weimarer Parteien um ein möglichst einheitliches propagandistisches Erscheinungsbild im ganzen Reich korrespondierte das Wissen um die Bedeutung von regionalen Sonderfaktoren und die besondere Wirkung jeder lokal eingefärbten Wahlpropaganda, weshalb den Organisationen vor Ort stets geraten wurde, für genügend Lokalkolorit zu sorgen, etwa durch Einfügen von regionalen Landschafts-

bildern in die zentral angefertigten Lichtbildserien oder durch die Herausgabe einer auf den Wahlkreis zugeschnittenen Wählerzeitung, dessen Kopfteil wiederum überall im Reich gleich sein konnte. Die Ausrichtung der Landes- und Wahlkreisorganisationen auf regionale politisch-kulturelle Faktoren konkurrierte zwar mit dem Interesse der Berliner Parteizentralen, die Reichstagswahlkämpfe zu vereinheitlichen. Hinsichtlich der Herstellung des Wahlkampfmaterials versuchte man jedoch die „Initiative von unten“ zu verstärken und den lokalen Verbänden größere Kompetenzen zu geben (bzw. Lasten aufzubürden), da ja vor Ort auch die eigentliche Agitationsarbeit geleistet werden musste. So vollzog sich in den Reichstagswahlkämpfen der 1920er-Jahre die Nationalisierung der zentral festgelegten Themen und Parolen bei weit gehender Dezentralisierung auf propagandatechnischer Ebene.

Anhand ihrer Wahlkampforganisation lässt sich beispielhaft aufzeigen, wie die bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik letztlich erfolglose Anläufe unternahmen, durchorganisierte Massen- und Mitgliedsparteien zu werden beziehungsweise die Traditionen der Honorationsvereinigungen sowie vor allem die milieubedingte Skepsis gegenüber populistischen Propagandamethoden abzustreifen. Bei der Modernisierung der Agitationsmittel, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 erreichte, versuchten allerdings auf bürgerlicher Seite lediglich DNVP und DDP, mit der in diesen Dingen Ton angebenden SPD Schritt zu halten. Der Wahlkampf der Demokraten vor dem 20. Mai, der von ihrer Parteiführung ausdrücklich unter „modernen“ Aspekten, aber auch mit erheblichen organisatorischen Problemen geführt wurde, markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der linksliberalen Partei. Stets bereitete es der Reichsgeschäftsstelle der DDP die größten Schwierigkeiten, ihre Vorstellungen von reichsweit ausgreifender und zentralisierter Propaganda gegen das Eigenständigkeitsstreben der regionalen Organisationen sowie die Ansicht durchzusetzen, dass mit „lauter Agitation“ tatsächlich auch mehr Wählerstimmen zu gewinnen seien. Nach der trotz langfristiger Vorbereitung und intensiver Wahlwerbung erlittenen Niederlage vom 20. Mai gab man die Schuld innerparteilich nicht zuletzt dem Propagandakonzert von Reichsgeneralsekretär Werner Stephan, sodass dieser schließlich 1929 resignierte und damit das Scheitern der liberalen Organisationsreform eingestand. Was ihnen an Geld, Mitgliedern und Massenhaftigkeit der Werbemittel fehlte, versuchten alle bürgerlichen Parteien andererseits durch die „Qua-

lität“ ihrer Wahlpropaganda auszugleichen, deren „wertvolle“ Gestaltung überzeugen sollte. Typisch für diese Tendenz war das Konzept der oberbayerischen Wahlkampfleitung der DVP im Frühjahr 1928, wonach das „kollektive“ und anonym auf Massenwirksamkeit spekulierende Propagandastück als wert- und wirkungslos erschien.

Während es die DNVP geradezu als politische Prestigeangelegenheit betrachtete, in den Reichstagswahlkämpfen mit den gleichen „technischen Errungenschaften“ anzutreten wie ihr sozialdemokratischer Hauptgegner, kann die Rolle der NSDAP in dem Technisierungsprozess der Wahlpropaganda während der 1920er-Jahre alles in allem vernachlässigt werden. Die Nationalsozialisten waren bis 1929/30 viel zu sehr mit dem Aufbau der organisatorischen Grundlagen ihrer Parteipropaganda beschäftigt, als dass bereits Fragen der Modernisierung auf der Tagesordnung gestanden hätten. Erst um 1930 begann man unter Federführung von Joseph Goebbels innerparteiliche Überzeugungsarbeit in Sachen moderner Propaganda zu leisten. Bemerkenswert an der Wahlkampfführung der NSDAP in den 1920er-Jahren ist aus heutiger Sicht weniger die von allen Weimarer Parteien beachtete volksparteiliche Ausrichtung der Zielgruppenpolitik als vielmehr der gezielte Einsatz von symbolischer Propaganda zur Beherrschung der „Straße“. Auch verhalf die NSDAP dem traditionell wichtigsten Wahlkampfmittel der deutschen Parteien, der Versammlung, nach 1928 in allerdings veränderter Form zu neuem Leben. Schon vorher waren jedoch in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen Tendenzen zu erkennen, den Versammlungsstil alten Musters zu modifizieren und Kundgebungen mit möglichst massenhaftem Publikum und feierlich inszeniertem Rahmenprogramm (in Form von Musik, Fahneneinmärschen und später auch Filmvorführungen) durchzuführen. Dass solche Popularisierung auf Kosten von inhaltlicher und argumentativer Auseinandersetzung gehe, beklagten zwar vor allem die bürgerlichen Parteien immer wieder wortreich, doch nahmen auch sie letztlich die „Amerikanisierung“ der Propaganda in Kauf, weil zumindest in den Berliner Parteizentralen kaum noch jemand glaubte, unter den Bedingungen der Massendemokratie auf die neuen populistischen Methoden verzichten zu können.

Die Kehrseite der Modernisierung und Technisierung der Wahlpropaganda bestand für die Weimarer Parteien wie angedeutet in den hohen Kosten, die den flächendeckenden Einsatz der neuen Werbemittel selbst für die finanzkräftige SPD begrenzten. Überhaupt bereitete die Fi-

finanzierung der Reichstagswahlkämpfe allen über chronische Geldknappheit klagenden Parteien in den 1920er-Jahren große Schwierigkeiten. Die spärlichen Angaben zur Parteien- und Propagandafinanzierung lassen den Schluss zu, dass es die bürgerlichen Parteien bei steigenden Wahlwerbekosten nach 1918 nicht vermochten, den Vorsprung der SPD auf dem Gebiet der Massenpropaganda aufzuholen. Deren schon im Kaiserreich um ein Vielfaches höhere Wahlausgaben kletterten nach der Inflation wieder auf zwei bis drei Millionen Mark (und damit in etwa auf das Niveau von 1912), wobei ein mittelgroßer Landes- beziehungsweise Wahlkreisverband der SPD wie der in Baden etwa 50 bis 60 000 Mark für einen Reichstagswahlkampf in den 1920er-Jahren kalkulierte. Während sich die SPD vor allem über ihre Massenanhängerschaft sowie partei eigene Betriebe finanzierte, offenbarten gerade die Reichstagswahlkämpfe das Ausmaß der Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien von Spenden der „Interessenten“ aus Industrie und Wirtschaft. Sammelaktionen und Spendenaufrufe waren entsprechend wichtige Bestandteile ihrer Wahlkampfarbeit, während über die tatsächlichen Einnahmequellen sorgsam der Mantel des Schweigens gelegt wurde. Dank großzügiger Finanzspenden aus den Reihen der organisierten Industrie oder von privater Seite war es Parteien wie der DNVP oder der DDP aber möglich, für Reichstagswahlkämpfe bis zu einer halben Million Mark auszugeben und entsprechende Massenpropaganda zu entfalten, wenn auch die finanzielle Abhängigkeit gerade von den Demokraten früh problematisiert wurde und Triebfeder für ihre Versuche war, die Organisation auf die Basis einer Massenmitgliedschaft zu stellen. Stärkstes Kapital der extremen Flügelparteien bildete die hohe Einsatzbereitschaft ihrer Anhängerschaft, die vor Reichstagswahlen noch zusätzlich durch spezielle Mobilisierungsmethoden seitens der Parteiführung angeheizt wurde. Eine im Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen der Parteien neuartige Entwicklung setzte nach 1918 mit der Kommerzialisierung der Propaganda in den Reichstagswahlkämpfen ein. Darunter ist sowohl der innerparteiliche Verkauf von Wahlkampfmaterial – etwa von der Parteizentrale an die Regional- und Ortsverbände – wie auch der Versuch der Parteien zu verstehen, die Wahlkämpfe als direkte Einnahmequelle zu nutzen, sei es durch Eintrittsgelder für Versammlungen, sei es durch freilich geringe Verkaufspreise für Flugblätter und Wahlzeitungen. Gerade für die von den Wahlfonds der großen Interessenverbände abgeschnittenen Parteien bildete die Kommerzialisierung der Wahlpropaganda eine zusätz-

liche Möglichkeit der Geldbeschaffung. Mehr als eine Notlösung stellte sie jedoch nicht dar, weil der Weimarer Reichstagswähler für gewöhnlich kostenlos in den Genuss von Wahlpropaganda kam und der innerparteiliche Verkauf letztlich nur für den Produzenten ein lukratives Geschäft sein konnte.

Alles in allem veränderte sich das äußere Erscheinungsbild der Reichstagswahlkämpfe nach 1918 im Vergleich zu den weitgehend diszipliniert und friedlich ablaufenden Wahlbewegungen des Kaiserreichs teilweise dramatisch. In den Augen vieler Weimarer Zeitgenossen konnten der „entfesselte politische Massenmarkt“ und die Gewalttätigkeit der oftmals blutigen Wahlauseinandersetzungen als eine Fortsetzung des Weltkriegs im Innern erscheinen. Die Veränderungen im Wahlkampfstil der Parteien wurden vor allem durch die neuartige Massenhaftigkeit und Technisierung der Propaganda, die demokratische Konkurrenzsituation, den allgemeinen Bedeutungszuwachs der „Schlagkraft“ von Organisation auf Kosten der Werbekraft von „Ideen“ sowie – gegen zum Teil starke traditionelle Vorbehalte – durch die Rezeption neuer Popularisierungsstrategien und „amerikanischer“ Werbemethoden geprägt.

Neben Fragen der Wahlkampforganisation galt das zweite Hauptinteresse vorliegender Arbeit der Darstellung von Identifikations- und Abgrenzungsstrategien, gesellschaftspolitischen Vorstellungen, Feind- und Selbstbildern sowie sozialer Zielgruppenwerbung der Weimarer Parteien im Spiegel ihrer Propaganda anlässlich von Reichstagswahlen. Unabhängig vom parteipolitischen Standort wurden diese stereotyp zu schicksalhaften „Entscheidungsschlachten“ stilisiert, die alternativ um die „Rettung“ des Reiches, des Vaterlandes, der Republik oder ganz allgemein im Namen einer „besseren Welt“ gegen drohenden Untergang geführt werden konnten. Die in den Anfangsjahren der Republik eingeführte Brutalisierung der Politik verlagerte sich nach 1924 verstärkt auf die inhaltliche Ebene der Wahlpropaganda, wo sich die Parteien trotz relativ innen- und außenpolitischer Entspannung keineswegs weniger scharf gegenübertraten. Die radikalen Oppositionsparteien versuchten vielmehr das Scheitern ihrer Umsturz Hoffnungen während der Revolutions- und Inflationskrise durch eine Verschärfung ihrer antirepublikanischen Agitation zu kompensieren. Vor dem 4. Mai 1924 stand nach dem bis dahin schwersten Krisenjahr der Republik mit der Neuregelung der Reparationsfrage die außenpolitische Grundsatzkontroverse im Mittelpunkt der Wahlpropaganda. Der im April 1924 vorgelegte Dawesplan konkretisier-

te auf dem Höhepunkt des Reichstagswahlkampfes die parteipolitischen Schnittstellen innerhalb der nationalen Einheitsfront gegen Versailles. Während sich die gemäßigten Kräfte, das heißt die Regierungsparteien Zentrum und DDP – die DVP nur unter erheblichen propagandistischen Vorbehalten – sowie die oppositionelle SPD auf die grundsätzliche Befürwortung des „Neuen Planes“ festlegten, fanden die Rechtsparteien und überraschenderweise auch die KPD hier das neue Angriffsobjekt ihrer sich nationalistisch gebärdenden Attacken gegen die Weimarer Republik. Verlor die Dolchstoßlegende in den Reichstagswahlkämpfen durch die freilich etwas halbherzige Aufklärungspropaganda der staatstragenden Parteien zusehends an Stoßkraft, wurde der nationalistischen Anti-Dawesplan-Polemik wenn überhaupt nur defensiv geantwortet, weil nicht zuletzt selbst Erfüllungspolitiker die alliierten Reparationsforderungen als moralisch-politische Ungerechtigkeit empfanden und man glaubte, dass durch den Hinweis auf die innerdeutsche Opposition ein größeres Entgegenkommen der Siegermächte zu erreichen sei. Wie schwer sich die deutschen Verständigungsbefürworter bei der Vermittlung ihrer Politik taten, offenbarte der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930, als sie die „Befreiung“ der Rheinlandzone jeweils als parteipolitische Einzeltat reklamierten, ohne es zu wagen, den von Seiten der NSDAP und DNVP zum neuen Symbol der „Versklavung“ Deutschlands auserkorenen Youngplan zu rechtfertigen. Der Hinweis auf die außenpolitischen Folgen einer Ablehnung alliierter Forderungen, ja selbst der drohende Appell gegen neuen Krieg, verpuffte angesichts der Demagogie der Nationalisten, die dem Reichstagswähler die republikanischen Erfüllungspolitiker als „Freunde des Auslands“ enthüllte.

Zur allgemeinen Signatur der Weimarer Reichstagswahlkämpfe gehörte die im Vergleich zum Kaiserreich neuartige Bedeutung, welche die Parteien wirtschaftspolitischen Fragen in ihren Wahlprogrammen schenkten. So schob sich nach der Währungsstabilisierung vom November 1923 insbesondere das Aufwertungsproblem in den Interessenhorizont vor allem der bürgerlichen Parteien. Die DNVP und mit Abstrichen auch die DVP, die im Namen der „wirtschaftlichen Vernunft“ die Reichstagswahlkämpfe zur oppositionellen Profilierung vor allem auf dem Gebiet der Steuerpolitik benutzten, stellten schon 1924 den so genannten Inflationsoffern, bei denen es sich in der Masse um kleine Kapitalbesitzer und Angehörige des unteren Mittelstandes handelte, eine großzügige Neuregelung der Aufwertungsfrage statt den niedrigen Sätzen der Drit-

ten Steuernotverordnung in Aussicht. Dass die gleichen Parteien, die mit dieser Parole unzufriedene Wähler mobilisieren wollten, auch am lautesten nach Steuersenkungen riefen, zeigt die demagogische Fallhöhe ihrer Propaganda an. Vor dem Hintergrund der traumatischen Inflationserfahrungen bildete des weiteren die antikapitalistische Geste ein parteienübergreifendes Kennzeichen des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1924, in welchem die Linksparteien gegen das „Stinneskapital“, die Völkischen gegen das „jüdische Börsenkapital“ und die bürgerlichen Mitparteien gegen die „Auswüchse der Kartelle und Syndikate“ oder die „großen Wirtschaftsmächte“ kämpften. Auch die folgenden Reichstagswahlkämpfe zeichneten sich durch eine kapitalismusfeindliche Grundstimmung aus. So versuchte sich die ansonsten scharf antisozialistische DVP noch 1930 von dem Image einer Partei der „Inflationsgewinnler“ durch stereotype Schutzversprechen für den Mittelstand und Parolen gegen das „Großkapital“ zu befreien.

Als das Charakteristikum der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 erkannte der demokratische Politiker Anton Erkelenz eine allgemeine „Mutlosigkeit der Republikaner“, die im Wahlkampf zu nüchtern agitiert und dem „Gemüt“ der Wähler zu wenig geboten hätten, während zugleich der „Glaube an eine mögliche Wiederkehr der Glanzperiode vor dem Krieg“ neu erwacht sei¹⁷¹². Beide Reichstagswahlkämpfe des Jahres 1924, vor allem aber der vom Herbst, wurden durch verfassungspolitische Kontroversen und Parolen überlagert. Die vor allem von der DNVP forcierte, dann aber auch von der DVP kopierte Taktik, nämlich die Wahlen als Plebiszit über die Verfassung darzustellen, suggerierte, dass die Staatsform Deutschlands immer noch oder schon wieder zur Disposition stehe, was nach den zahlreichen Diktatur- und Umsturzdrohungen des Krisenjahres 1923 eine gewisse Plausibilität beanspruchen konnte. DVP und DNVP kämpften vor dem 7. Dezember 1924 in einer Art informellem Wahlbündnis unter der gemeinsamen monarchistischen Parole „Schwarzweißrot“ für eine rein bürgerliche Rechtsregierung im Reich und die Rückkehr zur Bismarckverfassung. Auf der anderen Seite formierte sich im Laufe des Jahres 1924 vergleichsweise zaghaft die Front der Republikaner, denen die Gründung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold propagandistischen Auftrieb verlieh. Das Lavieren der Deutschnationalen zwischen Mitarbeitsofferten und Fundamentalopposition sowie ihre extrem polarisierende Propaganda sorgten zusätzlich dafür, dass das Lager der republikanischen Parteien vor dem 7. Dezember 1924 en-

ger als bisher zusammenrückte. Wenn auch die Symbole des Weimarer Staates lediglich von der DDP zur eigenen Parteidentifikation eingesetzt wurden, bekannte sich nun selbst das vorher vorsichtig neutrale Zentrum in seiner Wahlpropaganda etwas deutlicher zur Republik. Mehr noch als der vergangene Reichstagswahlkampf vom Frühjahr rechtfertigt daher der vom Herbst 1924 die Überschrift „Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold“. Die in erster Linie symbolische Bedeutung dieser Frontstellung sowie die innere Heterogenität beider „Blöcke“ widersprechen nicht der Beobachtung, dass sie die politische Kultur der Weimarer Republik während der postinflationären Stabilisierungskrise maßgeblich prägten. Als ein Ergebnis vorliegender Arbeit lässt sich festhalten, dass die Polarisierung des deutschen Parteiensystems nicht nur auf die außergewöhnliche Situation der Reichspräsidentenwahlen vom Frühjahr 1925 und ihrer Trennung in „Volksblock“ und „Reichsblock“ befristet war. Vielmehr bestimmte der symbolische Dualismus der Verfassungslager bereits in den Reichstagswahlkämpfen des Vorjahres die propagandistischen Identifikations- und Abgrenzungskämpfe der großen Weimarer Parteien.

Von dieser Abschwächung der politisch-kulturellen Fragmentierung blieb allerdings vor der Reichstagswahl im Mai 1928 nicht viel mehr als die Deutung der Parteienkoalitionen als „Blöcke“ übrig, da Wortschöpfungen wie der „Bürgerblock“ bei der SPD, der „Rechtsblock“ beziehungsweise „Linksblock“ bei den liberalen Parteien oder der „rot-blaue Block“ beim Zentrum die Feindbildhierarchien dominierten. Die monarchistische Restaurationsparole der Deutschnationalen stellte zwar weiterhin einen konstitutiven Bestandteil ihrer Wahlprogramme dar, besaß aber kaum noch praktische Relevanz. Ihre propagandistische Zugkraft hatte sich mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten weitgehend erschöpft. Im Frühjahr 1928 erschien selbst der DNVP eine Thematisierung der Verfassungsfrage nicht mehr opportun angesichts der relativen Stabilisierungssymptome und Mutmaßungen aus den eigenen Reihen, dass sich der Hohenzollernstaat allenfalls noch als Sujet für Kinofilme verwerten lasse. Dem früheren „Schwarzweißrot“ zog man daher nun die freilich ebenso symbolträchtige Persönlichkeit Hindenburgs als Wahlparole vor. Gegen dessen Popularität und Autorität wagten auch die republikanischen Parteien nichts einzuwenden, obwohl sie heftig gegen seine parteipolitische Indienstnahme durch die Deutschnationalen protestierten. Aber selbst das sonst so „sachliche“ Zentrum er-

kor im Sommer 1930 das Wahrzeichen des alten Obrigkeitsstaates in einem Atemzug mit Brüning zum „Retter“ Deutschlands, während die DVP gleich ihr gesamtes Wahlprogramm für den 14. September auf den Namen Hindenburg taufte. In dem Moment, als die alten schwarzweiß-roten Parolen von ihren Urhebern mehr oder weniger ad acta gelegt wurden, brach im Sommer 1930 eine neue verfassungspolitische Kontroverse zwischen den ehemaligen Weimarer Koalitionsparteien auf. Zu deren Verschärfung trug der angesichts der NSDAP-Erfolge verschärfte Anti-„Marxismus“ der bürgerlichen Mitteparteien ebenso bei wie die SPD mit ihren „Flugblattfloskeln“, die in orthodox-marxistischer Diktio gegen die „Finanz-Diktatur“ der Regierung Brüning agitierten.

Obwohl sie von der Öffentlichkeit als Republikgründungspartei angesehen wurde, bestritt die SPD alle Reichstagswahlkämpfe nach 1920 aus der Opposition heraus mit Wahlprogrammen, denen stets latent gouvernementale Tendenzen innewohnten, insbesondere im außen- und verfassungspolitischen Teil. Erkennungszeichen sozialdemokratischer Wahlpropaganda waren in den 20er-Jahren das Versprechen einer „sozial gerechten“ Politik, die bündnispolitische Anti-„Bürgerblock“-Parole, die sachlich im Grunde nur die Ablehnung einer Koalition mit der DNVP bedeutete, die scharfe Gegnerschaft zur linken Konkurrenz sowie die hohe zielgruppenspezifische Aufmerksamkeit für die Arbeiter, die als „werktätiges Volk in Stadt und Land“ den gleichen Stellenwert wie das Volksgemeinschaftsideal bei den bürgerlichen Parteien besaßen. Der Anspruch der SPD, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen, blieb Ausgangs- und Bezugspunkt ihrer Wahlpropaganda, reduzierte sich aber faktisch mehr und mehr auf die Verteidigung der Weimarer Demokratie und der „sozialen Errungenschaften“ von 1918, da sie kein überzeugendes Alternativmodell propagierte und selbst inmitten des „kapitalistischen Zusammenbruchs“ über den Sozialismus schwieg, wie Carl Mierendorff auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre kritisierte¹⁷¹³.

Kennzeichen der radikalen Oppositionsparteien der Weimarer Republik waren ausgesprochen demagogische „Hoffnungswahlkämpfe“, in denen nicht höhere Steuern oder andere „Opfer“ vom Wähler verlangt, sondern haltlose Zusagen für eine bessere Zukunft getätigt wurden. Die Hauptparole der bürgerlichen Regierungsparteien lautete dagegen im Zeichen der relativen Stabilisierung nach 1924 betont bodenständig, wenn auch mit revisionistischen Untertönen: „Durch Opfer und Arbeit zur

Freiheit“. Besonders das Zentrum warb damit, dem Reichstagswähler selbst auf Kosten von Popularität oder Stimmen stets „reinen Wein“ einschenken zu wollen. Überhaupt kennzeichnete die Wahlpropaganda der katholischen Regierungspartei stets eine erklärtermaßen „sachliche“ Note. Die thematischen Akzente des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1928 bedingten allerdings auch bei ihr eine Konkretisierung des Interessenprofils und speziell des „Radikalismus“-Feindbildes unter Aktivierung von scharf kulturkämpferischen Vokabeln. Charakteristisch für die bündnispolitische Umorientierung des Zentrums war, dass es im Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930 den „Kulturbolschewismus“ in konkreter Gestalt sowohl von SPD als auch von NSDAP und KPD bekämpfte.

Bei einer Partei, die wie das Zentrum allein neun von 14 Regierungschefs zwischen 1918 und 1933 stellte, mochte es nicht überraschen, dass ihre gouvernementale Wahlpropaganda zugleich die stärksten Personalisierungstendenzen aufwies. Während sich die DNVP völlig mit Hindenburg als symbolischen Ersatzkaiser identifizierte und die SPD erst im Sommer 1930 mit Spitzenpolitikern wie Otto Braun oder dem „Befreiungs“-Kanzler Hermann Müller in signifikantem Maße zu werben begann, versuchte das Zentrum bereits im Frühjahr 1924, seinen Reichskanzler Marx als überparteiliche Integrationsfigur zu instrumentalisieren. Parallel zu dem Prozess der Technisierung in der Wahlpropaganda kündigte sich besonders nach 1928 auch auf inhaltlicher Ebene eine personalistische Darstellung von Politik an. Im Sommer 1930 war es nicht von ungefähr das beliebteste Argument der hinter Reichskanzler Brüning stehenden Parteien, dass nur die „starken Männer“ der Regierung den Weg aus der Krise finden würden. Tendenzen zur Personalisierung deuteten sich bereits 1923/24 im Zusammenhang mit dem Parteienstreit um das „Wunder der Rentenmark“ an. Der Deutschnationale Karl Helfferich konkurrierte mit Hjalmar Schacht und Rudolf Hilferding sowie Außenminister Gustav Stresemann und Reichskanzler Wilhelm Marx um das Verdienst, durch Schaffung einer festen Währung das Reich vor dem „Chaos“ der Inflation gerettet und somit die Voraussetzung für innen- und außenpolitische Entspannung geschaffen zu haben. Auf eine vorläufige Spitze getrieben wurden diese Personalisierungstendenzen im Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925. Mehr noch als auf lebende Politiker, die stets mit dem Makel der Parteiherkunft behaftet schienen, konzentrierten sich vor allem die bürgerlichen Parteien auf

Identifikationsfiguren aus der Geschichte und deren quasi überparteiliche historische Autorität, neben Bismarck immer wieder auch Hindenburg, der bereits zu Lebzeiten als überzeitliches Symbol gehandelt wurde. Sicherlich war hier der oft zitierte Mangel an „charismatischen“ Politiker-Persönlichkeiten in der Weimarer Republik ein Grund für das Ausweichen in die deutsche Vergangenheit. Die antidemokratischen Parteien zeigten erst im Sommer 1930 stärkere Ansätze zur Herausstellung eigener „Köpfe“, doch überwog in ihrer Propaganda nach wie vor die negative Personalisierungstechnik¹⁷¹⁴. Einen geradezu modern anmutenden Personenwahlkampf betrieb die DVP andererseits schon im Frühjahr 1928, als sie ihren im Zenit seiner Popularität stehenden Parteivorsitzenden Stresemann zum Zugpferd, ja zum Hauptinhalt des Reichstagswahlkampfes in Wort und Bild erkor – eine zweiseitige Taktik, da der Außenminister keineswegs über die gleichen Integrationspotenziale wie etwa Hindenburg verfügte, sondern nach wie vor eine polarisierende Figur war. Die DVP hinderte dies nicht, den 1929 verstorbenen Außenminister auch noch posthum als Symbol der „Befreiung“ des Rheinlands zu instrumentalisieren.

Eine Zusammenschau der in den Reichstagswahlkämpfen propagierten gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen ergibt, dass spätestens im Sommer 1930 alle Parteien durch einen negativen Konsens verbunden waren, insofern ihrer Wahlpropaganda wenn schon nicht offen republikfeindliche, so doch systemüberwindende Tendenzen innewohnen. Nicht eine Partei wäre zu nennen, die vor dem 14. September der Weimarer Republik keine Absage erteilte, gleichgültig, ob sie nun als „marxistisches System“, als „Interessentenhaufen“, als „Parteienwirtschaft“ oder als „kapitalistischer Staat“ bezeichnet wurde. Gerade in der „Deutung der Handlungskonstellation als Apokalypse“¹⁷¹⁵ glichen sich die Wahlprogramme der Parteien, sei es nun, dass die KPD von „Sozialismus oder Hungertod“, die SPD von „Sozialer Volksstaat oder kapitalistische Diktatur“, die regierungsnahen bürgerlichen Parteien von „Chaos oder Ordnung“ und die rechtsoppositionellen Kräfte von „Freiheit oder Tributsklaverei“ sprachen. Abgesehen von den bereits zeitgenössisch mit Blick auf das Wahlergebnis formulierten Charakterisierungen, wie etwa die „Erbitterungswahl“ beziehungsweise „Fieberwahl“ vom September 1930 oder die „Inflationwahl“ vom Mai 1924, war der Bezug der Weimarer Parteien und ihrer Propaganda zueinander in den Reichstagswahlkämpfen der 20er-Jahre allerdings so gering, dass sich in der Re-

gel keine allgemeinen Schlüsselparolen aus der Vielzahl der Deutungen, Themen und Kontroversen herauskristallisieren konnten. Auch die Wahlkämpfe von 1924 lassen sich nur unter dem Vorbehalt mit dem Motto „Schwarzrotgold und Schwarzweißrot“ überschreiben, dass die republikanischen Parteien jede polarisierende Gegenüberstellung der Verfassungssymbole sorgsam vermieden. Während die extremen Flügelparteien ihre Themen bevorzugt abseits der aktuellen Parlamentspolitik aus milieuspezifischen Politikbereichen nahmen, führten die bündnisfähigen Parteien der Mitte zum Teil thematisch völlig unabhängig voneinander akzentuierte Reichstagswahlkämpfe. Das Thema Schulgesetz etwa besaß für die SPD im Frühjahr 1928 ebenso wenig Relevanz wie der Panzerkreuzerbau für die bürgerlichen Parteien. Dass die SPD ihren Wahlkampf vor dem 20. Mai 1928 unter der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ hauptsächlich gegen den Militäretat der Reichsregierung geführt habe, stellt im übrigen eine der nachträglichen Verkürzungen dar, wie sie in Bezug auf die Inhalte von Reichstagswahlkämpfen öfters in der Weimar-Literatur anzutreffen sind. Zu einer Art negativem Generalthema, das selbst unter Sozialdemokraten populär war, entwickelte sich allerdings im Sommer 1930 die Anti-Parteien-Parole unter dem Motto „Staatsvolk oder Interessentenhaufen“, wobei der von der äußerssten Rechten gezogene Analogieschluss zum „System“, das die Interessen hervorgebracht habe, nahe lag¹⁷¹⁶.

Andererseits lassen sich entlang den politisch-kulturellen Gruppenidentitäten einige markante Übereinstimmungen in den Abgrenzungs- und Werbestrategien der Parteien anlässlich von Reichstagswahlkämpfen feststellen. Zu den beliebtesten Stereotypen der Parteien- und Wahlpropaganda nach 1918 gehörte die Drohung neuer Revolution durch das bolschewistische Schreckgespenst, das mit dem Aufstieg der KPD zur Massenpartei nach 1922/23 auch ein zielgruppenspezifisch wichtiges Feindbild in den Wahlprogrammen ihrer Gegner wurde. Alle Weimarer Parteien, die um die Stimmen der Arbeiter konkurrierten – in erster Linie waren das außer KPD und SPD noch Zentrum, DNVP und NSDAP –, beschworen anlässlich von Reichstagswahlkämpfen stereotyp die „russischen Zustände“, womit sie gewollt oder ungewollt die Weimarer Verhältnisse aufwerteten. Im Gegenzug verherrlichte die KPD das „sozialistische Vaterland“ Sowjetunion, das den deutschen Arbeitern als stärkstes Beweismittel der Zielutopie einer proletarischen Revolution alles das verhieß, was ihnen die herrschende kapitalistische Klasse in Wei-

mar-Deutschland verweigere. Der anti-„marxistische“ Konsens der bürgerlichen Parteien richtete sich andererseits in der praktischen Propaganda fast ausschließlich gegen die SPD. Ernster als die Kommunisten nahmen die bürgerlichen Parteien auch die Bedrohung ihrer Wähler-Besitzstände durch die aus der Inflation stammenden Interessenparteien. Deren Demagogie beantwortete man bereits im Herbst 1924 mit einer signifikanten Gegenpropaganda, die vor allem auf die Wirkung von populären Appellen gegen eine „Zersplitterung“ der bürgerlichen Stimmen im Kampf gegen die „Roten“ und die Revolution vertraute. Im Frühjahr 1928 stimmte auch das Zentrum in den Chor der großen bürgerlichen Parteien gegen die „Klassen- und Standesparteien“ ein, ohne dass eine argumentative Auseinandersetzung mit deren Maximalzielen stattfand. Die Propaganda der neuen Regional- und Interessenparteien selbst verband in den Reichstagswahlkämpfen bis 1930 vor allem ein scharfer Anti-„System“-Akzent sowie der exklusive Zuschnitt auf die jeweils anvisierten beruflichen oder landsmännischen Wählergruppen.

Andere parteipolitische Determinanten der Reichstagswahlkämpfe nach 1918, wie etwa die latente Zweikampfsituation zwischen den Flügelparteien SPD und DNVP, die beide um Gefolgsleute aus der Mitte warben, wurden spätestens im Sommer 1930 durch den Auftritt der NSDAP auf der reichspolitischen Bühne obsolet. Analog zu dem schillernden Bild des nationalsozialistischen Programms begegneten dem Reichstagswähler vielschichtige und widersprüchliche Aussagen über die Hitlerpartei in der Wahlpropaganda ihrer Gegner. Eigentümliches Kennzeichen der Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien mit der NSDAP war dabei das Bemühen, sie zusammen mit SPD und KPD in einen „sozialistischen“ oder „radikalen“ Topf zu werfen, unabhängig von der – im übrigen auch bei der SPD gültigen – Gleichstellung der „feindlichen Brüder“ KPD und NSDAP. Die zuletzt von Wolfram Pyta vertretene Meinung, wonach der Kampf gegen Hitler erst nach dem 14. September 1930 zum „Grundgesetz sozialdemokratischer Politik“ geworden sei¹⁷¹, unterschlägt allerdings, dass die SPD bereits in den Wochen vor der Reichstagswahl die „nationalsozialistische Seuche“ als parteipolitischen Hauptfeind betrachtete. In der antinazistischen Wahlpropaganda aller gemäßigten Weimarer Parteien spiegelte sich dabei die Überzeugung wider, den Phrasen Hitlers mit rationaler Aufklärung entgegenwirken zu können. Weithin missachtet wurde die Tatsache, dass Hitler – wie Heinrich Mann Anfang der 1940er-Jahre im Exil schrieb – Zulauf erhielt, „nicht

weil man ihn glaubte, sondern vermöge seines groben Theaters, des unermüdlichen Gebrülls, der Massenaufzüge, der Störungen einer langweiligen Ordnung, gleichgültig wodurch¹⁷¹⁸.

Die Weimarer Parteien strukturierten ihre Wahlpropaganda in einem heute kaum noch vorstellbaren Maße durch eine sozial, beruflich, konfessionell, geschlechter- oder altersspezifisch trennende Adressierung. Im Unterschied zur integrativen Rhetorik der bundesdeutschen Volksparteien seit den 1950er-Jahren musste die extensive Zielgruppenwerbung in den Weimarer Reichstagswahlkämpfen die gesellschaftliche Fragmentierung noch verstärken. Als neben den Berufen wichtigste Adressaten der Parteien besaßen sowohl die Frauen, deren sich im Ersten Weltkrieg ankündigender Masseneintritt in die nach wie vor männlich dominierte Berufswelt nur langsam realisiert wurde, als auch die Jugend und „Jungwähler“ einen besonderen Zielgruppenstatus. Keine Weimarer Partei konnte es sich leisten, die Frauen oder die Jugend nicht wenigstens in den Adressen ihrer zentralen Wahlaufrufe anzusprechen; einzig die NSDAP ließ auch 1929/30 noch keine geschlechter- oder altersspezifische Differenzierung ihrer Propaganda erkennen. Darüber hinaus gab es eine verwirrende Vielzahl von Adressaten, welche die soziale und berufliche Segmentierung der Weimarer Republik widerspiegelte und im Frühjahr 1928 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, als neben den Berufen und den Konfessionen, den Frauen und der Jugend noch weitere Gruppen wie die Mieter, Eltern, Sportler und Soldaten bis hin zu den Kleingärtnern umworben wurden. Als die innerhalb der deutschen Erwerbsbevölkerung zahlenmäßig umfangreichste Berufsschicht nahmen die Arbeiter bei SPD, KPD, Zentrum und (ab 1928) auch bei der NSDAP erwartungsgemäß den ersten Rang in den Zielgruppenhierarchien ein¹⁷¹⁹. In der Wahlpropaganda der NSDAP beziehungsweise ihrer völkischen Vorläufer stand in den 1920er-Jahren allerdings das „schaffende Volk aller Stände“ an übergeordneter erster Stelle der Zielgruppenpolitik. Im Herbst 1924 überraschten die Nationalsozialisten mit einer vergleichsweise differenzierten Mittelstandswerbung, da sie außer an die Bauern und Beamten noch an die Gewerbetreibenden und Inflationsgeschädigten in signifikantem Maße appellierten. Diese Zielgruppenhierarchie – „schaffendes Deutschland“, Arbeiter und Mittelstand – bestimmte bis einschließlich Sommer 1930 die Wahlpropaganda der NSDAP, für die weiterhin Wählergruppen wie die Angestellten, die Frauen, aber auch die Jugend und Jungwähler nicht zu existieren schienen.

Die Zielgruppenwerbung der Weimarer Parteien anlässlich von Reichstagswahlen war zugleich immer auch Indikator für soziale Notlagen in der Bevölkerung, die nicht durch gemeinsame Berufsinteressen oder Konfession integriert wurden, sondern durch gemeinsam erlittene oder empfundene Not. Beispiele hierfür stellen die „Inflationsoffer“, die in den Wahlkämpfen der 1920er-Jahre noch von besonderen Aufwertungsparteien umworben wurden, oder die Mieter dar, die als Reflex auf die akute Wohnungsnot nach dem Krieg insbesondere von den Linksparteien in signifikantem Maße spezifisch umworben wurden. In der Zielgruppenwerbung der SPD anlässlich von Weimarer Reichstagswahlen spiegelte sich der innere Zwiespalt ihrer Politik insofern wider, als dass sie einerseits als „Partei des Allgemeinwohls“ die Interessen aller „Schaffenden“ vertreten und Volkspartei sein wollte, sie andererseits aber selbst von den „Arbeitern, Beamten, Angestellten“ zielgruppenspezifisch nur die Arbeiter und die Beamten mit originellen Parolen umwarb, während die bei allen Parteien am meisten vernachlässigte Berufsgruppe der Angestellten erst gegen Ende der 20er-Jahre größere Aufmerksamkeit erhielt.

Als ein allgemeines Merkmal der Zielgruppenpolitik der Weimarer Parteien war schon in den Reichstagswahlkämpfen von 1924 das Bemühen zu beobachten, möglichst breit gefächerte Adressatenkreise anzusprechen. Der volksgemeinschaftlich ausgerichtete Appell „An Alle“ beziehungsweise die „Volksgenossen“ (oder auch das „Volk“ mit Zusätzen wie „werktätiges“, „christliches“ oder „geknechtetes“) dominierte nach 1918 die Zielgruppenpolitik jeder Partei, die dem Prinzip der Stimmenmaximierung folgte. Darin spiegelte sich die neuartige Bedeutung wider, die das „Treibholz“ der unentschlossenen Wechselwähler gerade für die demokratischen Integrationsparteien gewann, und zwar in dem Maße, in dem diese an die Mobilisierungsgrenzen ihrer angestammten sozialmoralischen Milieus stießen. Paradoxerweise konnte die tendenziell „volksparteiliche“ Wahlpropaganda der Weimarer Parteien ohne weiteres neben einer intensiven, von ständestaatlichen Vorstellungen oder interessenpolitischen Zielen geprägten Berufsgruppenwerbung erscheinen. Durch die Bezeichnung als „Volkspartei“ wollten die bürgerlichen Parteien schon im Parteinamen die Konkurrenz zur SPD aufnehmen, deren Theorie zufolge das deutsche Volk ohnehin zu 90 Prozent aus Arbeitern beziehungsweise Proletariern bestand. Mit Ausnahme der DNVP gelang es aber keiner bürgerlichen Partei nach 1918, ihre Zielgruppenpo-

litik tatsächlich auf alle Volksschichten auszudehnen. Allein die Deutsch-nationalen sprachen – wenn auch mit markanten hierarchischen Abstufungen – ein sozial wie beruflich breit gefächertes Spektrum von Adressaten an, und zwar unabhängig von den „Volkspartei“-Floskeln, die zum Standardrepertoire der bürgerlichen Propaganda gehörten. Gerade die Versuche der DNVP, in die katholische Domäne des Zentrums einzudringen, bildeten eine Konstante ihrer Reichstagswahlkämpfe in den 1920er-Jahren. Im Gegenzug waren die „deutschnationalen Rechtskatholiken“ dem Zentrum stets spezifische Zielgruppenpropaganda wert. Abgesehen von der Floskel „Christliches Volk“ waren bei ihm aber keine spezifischen Werbestrategien um die Stimmen der „Andersgläubigen“ festzustellen. Die zaghaften sozialen und interkonfessionellen Öffnungsversuche des Zentrums wurden zudem durch ideologische Themenschwerpunkte konterkariert, besonders auffällig im Frühjahr 1928, als mit dem Reichsschulgesetz die Kulturpolitik zur Hauptparole der katholischen Partei avancierte und eine stärkere weltanschauliche Profilierung für richtig befunden wurde. Erst unter dem Druck der Wirtschaftskrise begann sie im Sommer 1930 ihre Wahltaktik zu modifizieren und in signifikantem Maße um einzelne Berufsschichten aus der Arbeiterschaft und dem Mittelstand zu werben. Die Ambivalenz dieser Zielgruppenpolitik des Zentrums wird schon daraus ersichtlich, dass der Anteil spezifischer „katholischer“ Parolen vor dem 14. September so hoch wie in keinem Reichstagswahlkampf zuvor war.

Festzuhalten ist, dass alle Öffnungsversuche der Weimarer Parteien gegenüber neuen sozialen oder beruflichen Wählerschichten – wie sie sich im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 abzeichnen begannen – unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nur noch schwer zu realisieren waren. Bereits im Sommer 1930 wurde die Zielgruppenpolitik der demokratischen Integrationsparteien vielmehr durch den Rückzug auf traditionelle Stammwählerklientel charakterisiert, sei es, dass sich das Zentrum trotz Entfaltung signifikanter Berufsgruppenwerbung wieder stärker auf seine konservativen katholischen Grundlagen berief, sei es, dass die SPD durch eine Intensivierung verbalradikaler Klassenkampfrhetorik verlorenes Terrain bei den Arbeitern zurückgewinnen wollte. Darunter musste die Plausibilität und Glaubwürdigkeit der Wahlpropaganda leiden, die sich zielgruppenspezifisch an milieufremde Wählerschichten wie die Angestellten oder die „kleinen“ Gewerbetreibenden richtete. Während die ehemaligen Demokraten ihre exten-

sive Berufsgruppenwerbung von 1928 zugunsten des Ideals einer volksparteiähnlichen „Staatsbürger“-Gemeinschaft fallen ließen, entwickelte sich die DNVP unter Hugenberg zu einer Partei zurück, die ihre Anhänger wieder vor allem in den Mittelschichten suchte und die Vernachlässigung spezifischer Arbeiterforderungen durch Profilierungsversuche als Partei der „Armen“ kompensierte. Solche Tendenzen in der Wahlpropaganda der „alten“ Weimarer Parteien werden den Erfolg der negativen Volksparteikonzeption der NSDAP begünstigt haben, die sich trotz zielgruppenspezifischer Fixierung auf die Arbeiter als Sammelbewegung aller „Unzufriedenen“ zu präsentieren wusste.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durchschlagende Tendenz der Entpolitisierung der Wahlkämpfe, die Abnahme von Unterschieden zwischen den bundesrepublikanischen „Volksparteien“ sowie das Ausweichen auf Personalisierung und professionelle Werbetechnik in den vom Fernsehen dominierten Multimediakampagnen der Gegenwart korrespondieren zu der Beobachtung, dass Wahlkämpfe der Weimarer Republik mehr auf Inhalte und Argumente ausgerichtet und „weitgehend noch in echter politischer Auseinandersetzung“ geführt worden seien, jedenfalls bis 1930, als dies uniformierte Verbände bald unmöglich gemacht hätten¹⁷²⁰. Während in dem durch einen demokratischen Fundamentalkonsens geprägten Parteiensystem der Bundesrepublik auch die Opposition nach staatlicher Macht strebt und als Ausdruck ihres Regierungswillens im Wahlkampf ein „Schattenkabinett“ präsentiert, sah die Weimarer Republik nicht nur eine ausgeprägte Distanz der erklärt systemfeindlichen Parteien zum Staat und seinen Institutionen, sondern auch der vermeintlich staatstragenden Kräfte. So herrschte nach 1918 kein Mangel an politischem Konfliktpotential zwischen den konkurrierenden „Weltanschauungen“, während die bundesdeutschen Parteien selbst in Wahlzeiten oft erst eine „kontroverse Öffentlichkeit“ künstlich erzeugen müssen. Wahlkämpfe der Weimarer Republik kennzeichnete die zunehmende Schärfe, ja Verrohung der politischen Umgangsformen, die sich zurückführen lässt auf die in vieler Hinsicht traumatische Erfahrung des Ersten Weltkriegs, die soziokulturelle Fragmentierung und die Schwere der nach 1918 zu lösenden Probleme. Ungeachtet dessen waren bereits erste „Ansätze zur warenmäßigen Vermarktung von Politik, zur Professionalisierung der politischen Werbung, durch die Parteien, Politiker oder Programme genauso ‚verkauft‘ werden wie Käse, Kaviar oder Kondensmilch“, zu beobachten¹⁷²¹.

Abschließend stellt sich noch einmal die Frage, ob die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik wirklich „politischer“ waren im Vergleich zu den nach 1957 mittels professionellem Politikmarketing zu inszenierten Showkämpfen entarteten Bundestagswahlkämpfen? Tatsächlich überwogen in der Weimarer Zeit statt solcher „Scheinpolarisierung“¹⁷²² noch reale Polarisierungs- und Abgrenzungsstrategien, die Ausdruck der Identitätssicherheit der jeweiligen politischen Teilkulturen waren. So selbstverständlich die Weimarer Parteien in den Reichstagswahlkämpfen ihre „wahren“ politischen Absichten hinter opportunistischen Wahlparolen zu verbergen versuchten, so wichtig erschienen ihnen gerade die Propagandaszenarien, die spezifischen politisch-kulturellen Milieutraditionen oder Mentalitäten verpflichtet waren. Schließlich war das verbale und visuelle Vokabular der Weimarer Reichstagswahlkämpfe „politischer“ in dem Sinne, dass es auf teils originell-witzige, teils plumpe, immer jedoch polemisch treffende Weise den jeweiligen Gegner direkt abbildete. Die politische Sprache der Weimarer Republik prägte mit ihren emotionsgeladenen und suggestiven Feindbildstereotypen nicht zufällig – auch infolge personeller Kontinuitäten in den Parteien – noch die ersten Bundestagswahlkämpfe nach 1949, wie sich beispielhaft anhand der Plakatpropaganda nachverfolgen lässt¹⁷²³.

Wenn auch die Fundamentalpolitisierung der deutschen Bevölkerung bei aller Demokratisierung der politischen Strukturen nach 1918 nur oberflächlich und obendrein starken Schwankungen unterworfen gewesen sein mochte¹⁷²⁴, hat sie sich im Vergleich zum Kaiserreich sicherlich nicht wieder zurückentwickelt. Eingedenk dessen, dass Reichstagswahlkämpfe selbst in der wahlkampfreichen Zeit der Weimarer Republik Ausnahmesituationen waren, die per se einen Politisierungseffekt besaßen, kann die Anteilnahme der Bevölkerung am Geschehen – aktiv wie passiv – als durchweg hoch bezeichnet werden. Im Unterschied zu heutigen Bundestagswahlkämpfen liefen Weimarer Reichstagswahlkämpfe für den einzelnen Wähler ungleich dramatischer und – wenn man so will – hautnah ab, da ihr wesentlicher Austragungsort noch die Öffentlichkeit der Versammlungen und der Straße war. Schon ein Blick auf die Wahlbeteiligungsquoten bei Weimarer Reichstagswahlen, die nie unter 75 Prozent sanken und 1919 beziehungsweise 1932 Spitzenwerte von bis zu 85 Prozent erreichten, bestätigt die zumindest formal sehr hohe Mobilisierung. Ein Grund dafür könnte nicht zuletzt die stets umfangreiche „Nichtwähler“-Propaganda der Weimarer Parteien mit autoritären,

fast befehlsmäßigen Obertönen gewesen sein, welche das Wahlrecht quasi zur Wahlpflicht erklärten. Mit für heutige Begriffe aggressiv anmutenden Methoden und Parolen wurden säumige Wähler im wahrsten Sinne des Wortes an die Wahlurne „geschleppt“. Während in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1990er-Jahre verschiedentlich eine „Neutralisation von Wählerstimmungen“ beobachtet wurde¹⁷²⁵, kämpften die Weimarer Parteien buchstäblich noch um jede Stimme.

Andererseits kündigten sich in den Reichstagswahlkämpfen nach 1920 bereits gewisse Entpolitisierungstendenzen an, vor allem in Form von Personalisierung und Popularisierung der politischen Konflikte auf Kosten argumentativer und „sachlicher“ Lösungsvorschläge. Deren Verfechter besaßen angesichts des fast permanenten politischen Ausnahmezustandes, in dem sich die Weimarer Republik seit ihrer Gründung befand, prinzipiell wenig Spielraum. Von der Warte einer idealen demokratischen Streitkultur aus betrachtet, dürfen die Reichstagswahlkämpfe während der vermeintlich ruhigen Zeit zwischen 1924 und 1930 ohnehin nur in einem destruktiven Sinne als „politischer“ gelten. Vor allem die starken Feind-Freund-Akzente sowie die heute kaum noch vorstellbare Polemik prägten die parteipolitischen Wahlauseinandersetzungen und waren charakteristisch für das raue politische Klima der „erregten“ Zwischenkriegszeit. Im Vergleich zu der kalkulierten Gleichförmigkeit heutiger Bundestagswahlkämpfe erscheinen die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik – bei allen Vorbehalten gegenüber ihren brutalen Erscheinungsformen und obwohl sie unter Aspekten der politischen Systemstabilität wenig nachahmenswert sein dürften – um ein Vielfaches spannender und origineller.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

a) Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv (Koblenz)

Druckschriften von politischen Parteien und Gruppen

ZSg 1-

8/2 Flugblätter der BVP zu den Reichstagswahlen 1924–1930;
27/19 Flugblätter der DDP zu den Reichstagswahlen 1919–1928;
27/20 Flugblätter der DStP zu den Reichstagswahlen 1930–1932;
42/4 Veröffentlichungen der DVP 1930; 42/7 Flugblätter der DVP
1919–1925; 42/8 Flugblätter der DVP zu den Reichstagswahlen 1928–
1933; 44/6 Flugblätter der DNVP zur Reichstagswahl 1928; 44/7 Ein-
zelveröffentlichungen der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstel-
le; 44/8; Flugblätter der DNVP 1919/20; 44/9 Flugblätter der DNVP
zu den Reichstagswahlen 1924–1933; 45/5 Flugblätter der NSFB 1924;
45/11 Flugblätter des Völkisch-Sozialen Blocks bzw. der DVFP 1924–
1928; 65/4 Flugblätter der KPD zu den Reichstagswahlen 1924;
65/14 Flugblätter der KPD zur Reichstagswahl 1928; 65/18 Flugblät-
ter der KPD 1918–1933 (Allgemein); 65/25 Einzelveröffentlichungen
der KPD 1930; 65/62 Flugblätter der KPD 1924–1930; 65/64 Flug-
blätter der KPD 1918–1925; 65/6/65 Flugblätter der KPD 1926–1933;
90/23 Flugblätter der SPD zur Reichstagswahl 1928; 90/37 Materi-
alsammlungen und Broschüren der SPD zur Reichstagswahl 1930;
90/38 Flugblätter der SPD 1918–1923; 90/41 Flugblätter der SPD zu

den Reichstagswahlen 1930–1933; 90/59 Flugblätter der SPD zu den Reichstagswahlen 1924; 108/8 Flugblätter des Zentrums 1928–33; 108/9 Flugblätter des Zentrums 1918–1925; 176/1 Flugblätter der WP; 275/2 Flugblätter der KVP 1930–1933; 279/10 Flugblätter des CSVD; E 108 Flugblätter der Volksrecht-Partei und CSRP; E 73 Flugblätter des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten 1924; E 110 Flugblätter der DHP

Hauptarchiv der NSDAP

NS 26 -

2096 Flugblätter der SPD zur Reichstagswahl 1930; 2106 Flugblätter der DVFP zu den Reichstagswahlen 1924; 2110 Flugblätter der NSDAP zur Reichstagswahl 1928; 2112 Flugblätter der NSDAP zur Reichstagswahl 1930

Akten der Reichskanzlei (Parteien)

R 43/I -

2492, 2508, 2531, 2653–2670, 2674, 2679, 2685

Akten der DVP

R 45 II -

12, 13, 15, 29

Akten der DDP

R 45 III -

4, 5, 8, 12, 13, 14, 20, 24, 39, 40, 41, 46, 59

Nachlass Eduard Dingeldey

NL 2

Nachlass Hermann Dietrich

NL 4

Bundesarchiv (Potsdam)

Akten der Hauptgeschäftsstelle zur Organisation und Politik der DNVP

R 8005 -

65 Material zur Reichstagswahl 1924 II; 66 Material zur Reichstagswahl 1928;

Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung

R 1507 -

47 Agitation und Propaganda; 71–76 Wahlen und Parlamentsarbeit; 237 Wahlen, Wahlergebnisse, Regierungsbildungen im Reich 1920–1928; 238 Reichstagswahl im Mai 1924; 239 Reichstagswahl im Dezember 1924

Reichstag

R 101 -

3393–99 Akten über die Bewegung der politischen Parteien bei den Wahlen zum Reichstag

Reichsministerium des Innern

R 1501 -

14173–75 Akten betreffend der Reichstagswahlen 1924 (Wahlkreislisten; Korrespondenz mit Reichswahlleiter); 14520–21 Haushalt des Reichswahlleiters 1922–1926; 25154 Abrechnung der Kosten der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924; 25155 Durchführung der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925; 25156 Abrechnung der Kosten der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925; 25164–66 Durchführung der Reichstagswahl 1928; 25175–77 Durchführung der Reichstagswahl 1930; 25178 Kosten zur Durchführung der Reichstagswahl 1930; 25179 Unregelmäßigkeiten und Beschwerden bei der Durchführung der Reichstagswahl 1930

Archiv der sozialen Demokratie (Bonn)

Flugblattsammlung

Hessisches Hauptstaatsarchiv (Wiesbaden)

Nachlass Fritz Kupferian

Abt. 1152

Nachlass Franz Hermann Woweries

Abt. 1129

Plakate und Kriegsdokumente

Abt. 3012

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (St. Augustin)

Nachlass Franz Feilmayer

I-150

Nachlass Bruno Dörpinghaus

I-009

Nachlass Wilhelm Bormann

I-352

Nachlass Joseph Scherer

I-046

Zentrum

VI-051-

3/1 Reichsgeschäftsstelle 1911–1933; 3/2 Reichsgeneralsekretariat 1923–1928; 117 Wahlpropaganda der SPD für die Reichstagswahl am 14.9.1930; 120 Wahlpropaganda der KPD für die Reichstagswahl 1928; 137 Wahlpropaganda der DNVP für die Reichstagswahl 1930; 139 Wahlpropaganda der KPD für die Reichstagswahl am 4.5.1924, 145 Wahlpropaganda der DZP für die Reichstagswahl am 4.5.1924, 149 Wahlpropaganda der DVFP für die Reichstagswahl 1928; 154 Wahlpropaganda der DVP für die Reichstagswahl 1930; 155 Wahlpropaganda der DZP für die Reichstagswahl 1930; 164 Wahlpropaganda deutscher Parteien für Frauen 1920–1930; 166 Wahlpropaganda der DZP für die Reichstagswahl am 7.12.1924; 177 Der kleine Ratgeber im Wahlkampf für Versammlungen, Druckschriften, Plakate; 183 Wahlaufrufe deutscher Parteien und Stellungnahmen zum Wahlergebnis 1930; 188 Wahlpropaganda der DVP zu den Reichstagswahl am 20.5.1928; 190 Wahlpropaganda der DZP für die Reichstagswahl am 20.5.1928; 191 Wahlpropaganda der SPD für die Reichstagswahl am 7.12.1924; 193 Wahlpropaganda der DNVP für die Reichstagswahlen 1924 II; 194 Wahlpropaganda der DDP für die Reichstagswahl 1928; 195 Wahlpropaganda der DZP für die Reichstagswahl 1928; 198 Wahlpropaganda der SPD für die Reichstagswahl

1928; 201 Wahlpropaganda der DNVP für die Reichstagswahl am 4.5.1924; 204 Wahlaufufe deutscher Parteien; 202 Wahlpropaganda deutscher Parteien zu der Reichstagswahl 1930; 210 Wahlpropaganda der DNVP für die Reichstagswahl 1928; 211 Wahlpropaganda der NSDAP und der KPD für die Reichstagswahl 1930; 212 Pressepropaganda des Generalsekretariats für die Reichstagswahl am 7.12.1924; 215 Wahlpropaganda der DVP zum 7.12.1924; 216 Wahlpropaganda der DDP für die Reichstagswahl am 7.12.1924; 217 Reden Brünnings als Reichskanzler 1930 (u. a. Wahlreden 1930); 225 Mitteilungsblätter, Broschüren, Wahlaufufe 1924–1933; 228 Wahlpropaganda deutscher Parteien und Kommentare zum Wahlergebnis 1928; 494 Wahlpropaganda der WP für die Reichstagswahl 1928; 613 Artikel von Heinrich Vockel 1927–1933; 635 Agitationsmaterial 1920–1928; 708 Entschließungen und Aufrufe der DZP 1920–1932; 779 Auseinandersetzung mit der SPD 1928–1931

Bibliothek für Zeitgeschichte (Stuttgart)

Flugblattsammlung

b) Zeitungen, Zeitschriften und Periodika

Deutsche Allgemeine Zeitung
 Frankfurter Zeitung
 Germania
 Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung
 Mainzer Anzeiger
 Mainzer Journal
 Mainzer Tageszeitung
 Die Rote Fahne
 Völkischer Beobachter (Bayernausgabe)
 Volkszeitung
 Vorwärts
 Vossische Zeitung
 Berliner Tageblatt
 Nationalliberale Correspondenz
 Unsere Partei

c) Gedruckte Quellen und Literatur

- Abelshauser, Werner, Hrsg., Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1987.
- Abromeit, Heidrun, Das Politische in der Werbung. Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik, Opladen 1972.
- Achten, Udo, Hrsg., Lachen links. Das republikanische Witzblatt 1924 bis 1927, Bonn 1985.
- Achten, Udo; und Siegfried Krupke, Hrsg., An alle! Lesen! Weitergeben! Flugblätter der Arbeiterbewegung von 1848 bis 1933, Bonn 1982.
- Agitations-Sprechchöre. Reichstagswahl 1932, hrsg. von der Werbe-Abteilung der SPD, Berlin 1932.
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard 1968 ff.
- Albertin, Lothar, Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs, in: Vorländer, S. 57–89.
- Albertin, Lothar, Die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Staatspartei, Einleitung, in: Wegner, S. XI–LI.
- Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 45).
- Andersen, Uwe; und Wichard Woyke, Deutschland – Wahl '90. Zur Bundestagswahl 1990: Deutsche Vereinigung, Parteien und Wähler, Wahlrecht und Wahlverfahren, Politische Entwicklung, Opladen 1990.
- Alexander, Thomas, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bonn 1992.
- Anschläge. 220 politische Plakate als Dokumente der deutschen Geschichte 1900–1980, ausgewählt und kommentiert von Friedrich Arnold, Ebenhausen bei München 1985.

- Arafe, Thomas Wiles Jr., The development and character of the Nazi political machine, 1928–1930, and the NSDAP electoral breakthrough, Diss. Louisiana 1976.
- Arns, Günter, Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919–1924, Diss. Tübingen 1971.
- Asmuss, Burkhard, Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1933, Berlin 1994 (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Bd. 3); zugl. Diss. Berlin 1993.
- Bäumer, Gertrud, Psychologische Bilanz der Wahlen, in: Die Frau 38 (1930), S. 4–7.
- Bäumer, Gertrud, Kaleidoskop des Wahlkampfes, in: Die Hilfe 36 (1930), S. 445–446.
- Bäumer, Gertrud, Fieberwahlen, in: Die Hilfe 36 (1930), S. 937–940.
- Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 655–739.
- Balle, Hermann, Die propagandistische Auseinandersetzung des Nationalsozialismus mit der Weimarer Republik und ihre Bedeutung für den Aufstieg des Nationalsozialismus, Diss. Erlangen-Nürnberg 1963.
- Barmeyer, Heide, Geschichte als Überlieferung und Konstruktion – Das Beispiel der Dolchstoßlegende, in: GWU 28 (1977), S. 257–271.
- Bauer, Ernst Carl, Das politische Gesicht der Straße, in: Das Plakat 1919, S. 164–166.
- Baumgart, Winfried, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890–1914. Grundkräfte, Thesen und Strukturen, Stuttgart usw. ²1982.
- Bausch, Hans, Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923–1933, Tübingen 1956.
- Beck, Reinhart, Sachwörterbuch der Politik, Stuttgart ²1986 (Kröner Taschenbuch, Bd. 400).

- Becker, Josef, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinettes Marx (1927–1928). Darstellung und Dokumente, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109 (1961), S. 361–482.
- Becker, Werner, ‚Demokratie des sozialen Rechts‘. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924, Diss. München 1965.
- Becker, Wolfgang, Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda, Berlin 1973 (Zur politischen Ökonomie des NS-Films, Bd. 1).
- Behrmann, H.[ans], Politische Werbearbeit. Auch ein Beitrag zur Kultur der Reklame, in: Das Plakat 1 (1920), S. 42–43.
- Bendikat, Elfi, Der Glaube an den „Sieg der Vernunft“ als politisches Ideal. Zum politischen Denken des Publizisten Hellmut von Gerlach in der Weimarer Republik, in: Lehnert/Megerle, Pluralismus, S. 49–76.
- Bendikat, Elfi, Wahlkämpfe in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden 1988; zugl. Diss. Berlin 1988.
- Bendikat, Elfi, „Wir müssen Demokraten sein“. Der Gesinnungsliberalismus, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 139–158.
- Bendikat, Elfi; und Detlef Lehnert, „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold“. Identifikation und Abgrenzung parteipolitischer Teilkulturen im Reichstagswahlkampf des Frühjahrs 1924, in: Lehnert/Megerle, Teilkultur, S. 102–142.
- Benz, Wolfgang; und Helmut Graml, Hrsg., Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33).
- Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (Sektion der Komintern). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1924.

- Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitages der DDP abgehalten in Berlin vom 19. bis 22.7.1919, Berlin [1919].
- Bering, Dietz, Kampf um Namen. Bernhard Weiss gegen Joseph Goebbels, Stuttgart 1991.
- Berg-Schlosser, Dirk, Politische Kultur, in: Nohlen, Dieter, Hrsg., Pipers Wörterbuch der Politik. Bd. 2, München 1985, S. 746–751.
- Berg-Schlosser, Dirk; und Jakob Schissler, Hrsg., Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987 (PVS-Sonderheft 18).
- Berg-Schlosser, Dirk; und Jakob Schissler, Politische Kultur in Deutschland – Forschungsgegenstand, Methoden und Rahmenbedingungen, in: Dies., Kultur, S. 11–26.
- Berg-Schlosser, Dirk; und Ralf Rytlewski, Hrsg., Political Culture in Germany, Houndsmill and London 1993.
- Bergmann, Jürgen; und Klaus Megerle, Gesellschaftliche Mobilisierung und negative Partizipation. Zur Analyse der politischen Orientierung und Aktivitäten von Arbeitern, Bauern und gewerblichem Mittelstand in der Weimarer Republik, in: Steinbach, Probleme, S. 376–437.
- Bergsdorf, Wolfgang, Politik und Sprache, München-Wien 1978 (Geschichte und Staat, Bd. 213).
- Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München-Wien 1965 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2).
- Bernhardt, Hans-Michael, Voraussetzungen, Struktur und Funktion von Feindbildern. Vorüberlegungen aus historischer Sicht, in: Jahr, S. 9–24.
- Bernhardt, Hans-Michael, „Die Juden sind unser Unglück!“ Strukturen eines Feindbildes im deutschen Kaiserreich, in: Jahr, S. 25–54.
- Berthold, Lothar, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin (Ost) 1956.

- Bertram, Jürgen, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964.
- Bertram, Jürgen, Zum Reichstagswahlkampf für die Wahl des Jahres 1912, in: Büsch, Wählerbewegungen, S. 549–569.
- Bessel, Richard, Kriegserfahrungen und Kriegserinnerungen: Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges auf das politische und soziale Leben der Weimarer Republik, in: Linden, Marcel van der; und Gottfried Mergner, Hrsg., Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien, Berlin 1991 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 61).
- Bessel, Richard, The rise of the NSDAP and the myth of Nazi propaganda, in: Wiener Library Bulletin 33 (1980), S. 20–29.
- Bessel, Richard, The formation and dissolution of a German national electorate. From Kaiserreich to Third Reich, in: Jones/Retallack, S. 399–417.
- Bethschneider, Monika, Wahlkampfführung und politische Weltbilder. Eine systematische Analyse des Wahlkampfes der Bundestagsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1976 und 1980, Frankfurt am Main usw. 1987.
- Beyer, Hans, Die Frau in der politischen Entscheidung, in: Büsch, Wählerbewegungen, S. 298–309.
- Beyme, Klaus von; u. a., Wahlkampf und Parteiorganisation. Eine Regionalstudie zum Bundestagswahlkampf 1969, Tübingen 1969 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 31).
- Bierbach, Wolf, Die Rundfunkreformvorschläge von Reichsminister Carl Severing – Anmerkungen zur Rundfunkpolitik der Weimarer SPD, in: Lerg/Steininger, S. 37–86.
- Blaich, Fritz, Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945, Wiesbaden 1979 (Wissenschaftliche Paperbacks, Bd. 14).
- Bliembach, Eva, Historische Flugschriften und Einblattdrucke in der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, in: Mitteilungen Staatsbesitz Preussischer Kulturbesitz 2 (1982), S. 62–92.

- Bock, Hans M., „Brüder zum Licht!“ Kino, Film und Arbeiterbewegung, in: Vorwärts – und nicht vergessen. Arbeiterkultur in Hamburg um 1930, Hamburg 1981, S. 297–316.
- Bodek, Richard, Communist music in the streets. Politics and perceptions in Berlin at the end of the Weimar Republic, in: Jones/Retallack, S. 267–285.
- Bohrmann, Hans, Hrsg., Politische Plakate, Dortmund ²1984 [Weimarer Republik: S. 201–262].
- Bons, Joachim, Der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters. Zur Arbeiterpolitik der NSDAP 1920–1933, in: IWK 25 (1989), H. 1, S. 11–41.
- Boom, Emil van den, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Lichte ihrer Parteiprogramme Gotha – Erfurt – Görlitz – Heidelberg, Mönchengladbach 1926.
- Booms, Hans, Die Deutsche Volkspartei, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 523–539.
- Born, Karl Erich, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, München ¹⁴1991 (Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16)
- Bosbach, Franz, Hrsg., Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit, Köln usw. 1992 (Bayreuther Historische Kolloquien, Bd. 6).
- Boshof, Egon; u. a., Grundlagen des Studiums der Geschichte. Eine Einführung, Köln und Wien ³1983.
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart und Düsseldorf ²1957 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaften, Bd. 4).
- Bracher, Karl Dietrich, Brünnings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: VjZ 19 (1972), S. 113–123.
- Bracher, Karl Dietrich, Von der Weimarer Republik zur deutschen Diktatur, in: ders., Die Krise Europas 1917–1975, Frankfurt 1976 (Propylaen Geschichte Europas, Bd. 6), S. 122–138.

- Bracher, Karl Dietrich; und Manfred Funke; und Hans Adolf Jacobsen, Hrsg., *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 1988 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschehen, Bd. 22).
- Bramke, Werner, *Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1933*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 28 (1986), S. 612–621.
- Bramstedt, Ernest K., *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945*, Frankfurt am Main 1971.
- Braun, Otto, *Von Weimar zu Hitler*, New York 1940.
- Braunias, Karl, *Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa*. Bd. 2: *Allgemeiner Teil*, Berlin und Leipzig 1932 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, H. 18a).
- Brödner, Ernst, *Bilanz des Wahlkrampfs*, in: *Zusammenschluss* 3 (1928), S. 122–126.
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969.
- Brückel, Christine, *Die Frau in der politischen Propaganda*, in: *Das Plakat 1919*, S. 157–161.
- Brüning, Heinrich, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970.
- Brüning, Heinrich, *Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes*, hrsg. von Wilhelm Vernekehl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968.
- Brunner, Detlev, *Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933*, Düsseldorf 1992 (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, Bd. 55).
- Buchbender, Ortwin; und Horst Schuh, Hrsg., *Heil Beil! Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Analyse*, Stuttgart 1974.
- Bucher, Peter, *Die Wochenschau als Propagandainstrument in der Weimarer Republik*, in: *GWU* 41 (1990), S. 329–336.

- Bucher, Peter, Der Film als Quelle. Audiovisuelle Medien in der deutschen Archiv- und Geschichtswissenschaft, in: Der Archivar 4 (1988), Sp. 497–524.
- Bucher, Peter, Der Reichswehrprozess. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard 1967 (Wehrwissenschaftliche Forschungen, Abteilung Militärgeschichtliche Studien, Bd. 4).
- Buchstab, Günter; u. a., Hrsg., Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933, Berlin 1984.
- Büsch, Otto; und Wolfgang Haus, Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin und New York 1987 (Berliner Demokratie 1919–1985, Bd.1 [Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 70/1]).
- Büsch, Otto, Bearb. u. Hrsg., Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 25).
- Büsch, Otto; u. a., Bearb. u. Hrsg., Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 20, Reihe: Anthologien, Bd. 1).
- Büsch, Otto, Parteien und Wahlen bis zum Ersten Weltkrieg. Gedanken und Thesen zu einem Leitthema für Forschung und Unterricht über die Geschichte der „Industriegesellschaft“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Heistermann, Walter, Hrsg., Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin, Bd. 1: Aus Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Berlin 1978, S. 211–261.
- Büttner, Ursula B., Hamburg in der Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamburg 1982.
- Carsten, Francis L., Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Bolz; u. a., Hrsg., Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler, Linz und Wien 1974, S. 267–280.
- Chanady, Attila, The disintegration of the German National Peoples' Party 1924–1930, in: Journal of Modern History 39 (1967), S. 65–91.

- Childers, Thomas, The social language of politics in Germany: The sociology of political discourse in the Weimar Republic, in: *The American History Review* 95 (1990), S. 331–358.
- Childers, Thomas, Interest and ideology: Anti-System politics in the era of stabilization 1924–1928, in: Feldman, Nachwirkungen, S. 1–20.
- Childers, Thomas, *The Nazi Voter. The social foundations of Fascism in Germany 1919–1933*, Chapel Hill 1983.
- Childers, Thomas, Inflation, Stabilization and political realignment in Germany 1924 to 1928, in: Feldman, Gerald D.; u. a., Hrsg., *Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin 1982, S. 409–431.
- Ciolek-Kümper, Jutta, *Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15.1.1933*, München 1976 (Kommunikation und Politik, Bd. 8).
- Conze, Werner, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929/33, in: ders.; und Hans Raupach, Hrsg., *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33. Sechs Beiträge von Hans Raupach u. a.*, Stuttgart 1967 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 8).
- Conze, Werner, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 3–28.
- Corni, Gustavo, *Hitler and the peasants. Agrarian policy of the Third Reich 1930–1939*, New York usw. 1991.
- Creekmore, Marion Virgil Jr., *The German Reichstag election of 1928*, Diss. Tulane 1968.
- Crothers, George Dunlap, *The german elections of 1907*, New York 1941 (Columbia University Studies in the Social Sciences).
- Decker, Georg, Die Wahl vom 14. September 1930, in: *Jahrbuch der SPD für 1930*, S. 392–401.
- Dessauer, Friedrich, Wahlbewegung als Symptom, in: *Das Neue Reich* 10 (1927/28), S. 873–875.
- Dezemberwahlen 1924. Schicksalstage der deutschen Außen- und Innenpolitik, hrsg. vom Generalsekretariat der BVP, München 1924.

- Diederich, Nils, Konzepte der Wahlforschung, in: Büsch u. a., Wählerbewegungen, S. 38–72.
- Diederich, Rainer; und Richard Grübing, Zur Umfunktionierung von Symbolen der Arbeiterbewegung in der Bildagitation bürgerlicher Parteien, in: Tendenzen 91 (1973), S. 27–42.
- Dienel, Peter C., Alte und neue Arenen politischen Streitens, in: Sarcinelli, Streitkultur, S. 121–143.
- Dinkin, Robert J., Campaigning in America. A history of election practises, New York usw. 1989 (Contributions in American History, No. 135).
- Dix, Arthur, Die deutschen Reichstagswahlen 1871–1930 und die Wandlungen der Volksgliederungen, Tübingen 1930 (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 77).
- Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, Meisenheim am Glan 1970 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 16).
- Dörr, Manfred, Die DNVP 1925 bis 1928, Diss. Marburg 1964.
- Donat, Helmut, Hrsg., Das Andere Deutschland. Unabhängige Zeitung für entschiedene republikanische Politik. Eine Auswahl (1925–33), Königstein im Taunus 1980.
- Dovifat, Emil, Hrsg., Handbuch der Publizistik, Bd. 1: Allgemeine Publizistik, Berlin 1971, Bd. 3: Praktische Publizistik, 2. Teil, Berlin 1969.
- Dovifat, Emil, Neue Aufgaben der deutschen Publizistik, in: Müller, Oscar, Hrsg., Krisis. Ein politisches Manifest, Berlin 1932, S. 256–263.
- Dowe, Dieter; und Kurt Klotzbach, Hrsg., Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin und Bonn 1984.
- Dupeux, Louis, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985.
- Ehlermann, Hans, Der Wahlkampf, Berlin 1928 (Schriftenreihe der DDP für politische Werbung, H. 1).

- Eilers, Sylvia, Ermächtigungsgesetz und militärischer Ausnahmezustand zur Zeit des ersten Kabinetts von Reichskanzler Wilhelm Marx 1923/24, Diss. Köln 1988.
- Ellwein, Thomas; und Jens J. Hesse, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Sonderausgabe des Textteils, Opladen 1988.
- Erdmann, Karl Dietrich, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: Schwalbe, Klaus, Hrsg., Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985 (Sammlung Schöningh), S. 29–38.
- Erman, Wilhelm, Schwarzrotgold und Schwarzweissrot, Frankfurt am Main 1924 (Die Paulskirche, Bd. 1).
- Erobert den Film!, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildene Kunst, Berlin 1977 (Materialien zur Filmgeschichte, Bd. 7).
- Espe, Walter, Das Buch der NSDAP. Werden, Kampf und Ziel der NSDAP, Berlin 1934.
- d'Ester, Karl, Flugblatt und Flugschrift, in: Heide, Walther, Hrsg., Handbuch der Zeitungswissenschaft, Bd. 1, Leipzig 1940, Sp. 1041–1052.
- Evans, Richard J.; und Dick Geary, Hrsg., The German unemployed. Experiences and consequences of mass unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987.
- Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik. 2 Bde., Erzbach und Zürich 1954–56.
- Fähnders, Walter; und Martin Rector, Literatur im Klassenkampf, München 1971.
- Fairbairn, Brett, The German elections of 1898 and 1903, Diss. Oxford 1987.
- Fairbairn, Brett, Interpreting Wilhelmine elections: National issues, fairness issues, and electoral mobilization, in: Jones/Retallack, S. 17–48.

- Falter, Jürgen W.; und Michael H. Kater, Wähler und Mitglieder der NSDAP. Neue Forschungsergebnisse zur Soziographie des Nationalsozialismus 1925 bis 1933, in: Schieder, Wolfgang, Hrsg., Die NSDAP als faschistische „Volkspartei“ (GuG 19 [1993], H. 2), S. 155–177.
- Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.
- Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei?, in: Prinz, Michael, und Rainer Zitelmann, Hrsg., Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21–47.
- Falter, Jürgen W., Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920–1933, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 281–305.
- Falter, Jürgen W.; und Bömermann, Hartmut, Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP, in: Best, Heinrich, Hrsg., Politik und Milieu. Wahl- und Elitforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989 (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 22), S. 92–118.
- Falter, Jürgen W., Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 484–504.
- Falter, Jürgen W., Wähler der NSDAP 1928–1933, in: Michalka, Macht-ergreifung, S. 47–59.
- Falter, Jürgen W.; u. a., Wahlen und Abstimmungen der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.
- Feder, Ernst, Heute sprach ich mit Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hrsg. von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
- Feist, Ursula; und Klaus Liepelt, Vom Primat des Primären. Massenkommunikation im Wahlkampf, in: Kaase/Klingemann, Wahlen und politischer Prozess, S. 155–187.
- Feldman, Gerald D., Hrsg., Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, München 1985 (Schriften der Historischen Kollegs, Kolloquien 6).

- Feldman, Gerald D.; und Irmgard Steinisch, Die Weimarer Republik zwischen Sozial- und Wirtschaftsstaat. Die Entscheidung gegen den Achtstundentag, in: AfS 18 (1978), S. 353–439.
- Feldman, Gerald D.; u. a., Hrsg., Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1982.
- Fenske, Hans, Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt 1972.
- Fenske, Hans, Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute, Frankfurt am Main 1974.
- Film und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1932. Dokumente und Materialien zur Entwicklung der Filmpolitik der revolutionären Arbeiterbewegung und zu den Anfängen einer sozialistischen Filmkunst in Deutschland, zusammengestellt und eingeleitet von Gertraude Kühn, Karl Tümmeler, und Walter Wimmer. 2. Bde., Berlin 1978.
- Fischer, Benno, Sozialdemokratie und Intelligenz in der Weimarer Republik, in: Saage, S. 208–229.
- Fischer, Conan, The German communists and the rise of Nazism, New York 1991.
- Fischer, Günther H., „Wir stehen schon wieder mitten im Wahlkampf“. Eine Analyse der Wahlpropaganda in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der NSDAP, Diss. Osnabrück 1989.
- Fischer, Heinz-Dietrich, Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981.
- Fischer, Kurt, Hrsg., Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens, Göttingen 1957 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 11).
- Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt am Main 1969.

- Fogt, Helmut, Politische Entwicklung und Wahlkampf der Parteien 1983–1987, in: Veen/Noelle-Neumann, S. 21–84.
- Fowkes, Ben, Communism in Germany under the Weimar Republic, London 1984.
- Franz, Günther, Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes, Darmstadt 1963.
- Frye, Bruce B., Liberal Democrats in the Weimar Republic. The history of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale and Edwardsville 1985.
- Fricke, Dieter, Hrsg., Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., Köln 1983–86.
- Fricke, Dieter, Der Regierungswahlkampf von 1907, in: Büsch, Wählerbewegungen, S. 485–504.
- Fritzsche, Peter, Presidential victory and popular festivity in Weimar Germany: The Hindenburg election 1925, in: CEH 23 (1990), S. 205–224.
- Fröhlich, Elke, Hrsg., Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil 1: Aufzeichnungen 1924–1941. Bd. 1: 27.6.1924–31.12.1930, München usw. 1987.
- Funke, Manfred; u. a., Hrsg., Demokratie und Diktatur, Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 250).
- Funke, Manfred, Die Republik der Friedlosigkeit. Äußere und innere Belastungsfaktoren der Epoche von Weimar 1918–1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 12.8.1994, S. 11–19.
- Gailus, Manfred, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!“ Die Kommunisten, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 61–88.
- Geller, Rolf-Hermann, Zur proletarisch-pädagogischen Kulturarbeit, Diss. Bremen 1982.
- Gemein, Gisbert Jörg, Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, Diss. Köln 1969.

- Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.
- Gluchowski, Peter, Parteiidentifikation, in: Nohlen, Dieter, Hrsg., Pipers Wörterbuch der Politik. Bd. 2, München 1985, S. 677–680.
- Glück, Horst, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum, Esslingen 1991 (Esslinger Studien, Schriftenreihe, Bd. 10).
- Goebbels, Joseph, Der Kampf um Berlin. Der Anfang, München 1936.
- Gimbel, Adalbert, Hrsg., So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt am Main 1941.
- Gotschlich, Helga, Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost) 1987.
- Graf, Oskar Maria, Erzählungen aus der Weimarer Republik, Gesamelte Erzählungen 1, Werksausgabe Bd. XI/1, hrsg. von Wilfried F. Schoeller, Frankfurt 1988.
- Grafe, Peter, Wahlkampf. Die Olympiade der Demokratie, Frankfurt am Main 1994.
- Gransow, Volker; und Michael Krütke, Vom „Koalitionspopö“, von unsozialistischen Praktiken und unpraktischen Sozialisten. Paul Levi oder Dilemmata von Linkssozialisten in der Sozialdemokratie, in: Saage, S. 134–148.
- Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1973.
- Groh, Dieter; und Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokraten und Nation 1860–1990, München 1992.
- Gruber, Helmut, Willi Münzenberg's German communist propaganda empire 1921–1933, in: Journal of Modern History 3 (1966), S. 278–297.

- Gruner, Paul-Hermann, Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfsprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987, Frankfurt am Main usw. 1990 (Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 5).
- Grünthal, Günter, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 39).
- Guben, Berndt, Schwarz, Rot und Gold. Biographie einer Fahne, Frankfurt am Main 1991.
- Günther, Wolfgang, Hrsg., Argumente und Parolen. Politische Propaganda im 20. Jahrhundert, Stuttgart usw. 1975.
- Gurian, Waldemar, Zur Soziologie der Wahlpropaganda, in: Archiv für Politik und Geschichte 4 (1925), S. 585–589.
- Gutleben, Burkhard, Volksgemeinschaft oder zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 259–283.
- Haag, Victor, Politische Wahlen in Bonn 1919–1939, Bonn 1989 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 44).
- Hackett, David A., The Nazi party in the Reichstag elections of 1930, Diss. Madison (Wisconsin) 1971.
- Haertel, Volker, Hitler contra Hindenburg – Analyse eines politischen Plakats, in: GWU 12 (1975), S. 733–743.
- Haese, Klaus; und Wolfgang U. Schütte, Frau Republik geht Pleite. Deutsche Karikaturen der Zwanziger Jahre, Kiel 1989.
- Haferkorn, Katja; und Karl-Heinz Leidigkeit, Die KPD im Reichstag der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 372–388.
- Hagelweide, Gert, Flugblatt und Flugschrift, in: Dovifat III, S. 39–48.
- Hagen, Manfred, Werbung und Angriff – Politische Plakate im Wandel von hundert Jahren, in: Bohrmann, S. 49–69.
- Hagen, Manfred, Das politische Plakat als zeitgeschichtliche Quelle, in: GuG 1976, S. 412–436.

- Hallgring, Louis jr., The German Reichstag elections of September 1930, Diss. Columbia 1950.
- Hammerschmidt, Rudolf, Die Politik der Schlagworte: der Kampf der bürgerlichen Rechtspresse gegen die Weimarer Republik, in: Die Neue Gesellschaft 17 (1970), S. 160–169.
- Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion. Der Reichstag 1924–1928, Berlin 1928.
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1920–1924, hrsg. vom Vorstand der VSPD, Berlin 1924.
- Hartenstein, Wolfgang, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22).
- Hartmannsgruber, Friedrich, Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit, in: Rüther, Günther, Hrsg., Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland, München 1989, S. 219–332.
- Hartungen, Christoph von, Psychologie der Reklame, Stuttgart 1926.
- Harvey, Elizabeth, Serving the Volk, saving the nation. Women in the Youth Movement and the public sphere in Weimar Germany, in: Jones/Retallack, S. 201–222.
- Haungs, Peter; u. a., Wahlkampf als Ritual? Studien zur Bundestagswahl von 1969 im Wahlkreis Heidelberg-Mannheim/Land, Meisenheim 1974 (Heidelberger Politische Schriften, Bd. 7).
- Haungs, Peter, Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung. Eine Studie zum Regierungssystem der Weimarer Republik in den Jahren 1924 bis 1929, Köln und Opladen 1968 (Politische Forschungen, Bd. 9).
- Haus, Wolfgang, Chance, Krise und Sturz der Demokratie in Berlin der Weimarer Republik, in: Büsch/Haus, S. 161–264.
- Hauser, Oswald, Hrsg., Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918–1939. Zehn Vorträge, Wiesbaden 1969.

- Hauss, Hanns-Jochen, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei, Kallmünz 1965 (Münchener Universitätschriften, Phil. Fak., Abt. Bayer. Gesch., Bd. 2).
- Heartfield, John, Krieg im Frieden. Fotomontagen zur Zeit 1930–1938, Frankfurt am Main 1982.
- Hehl, Ulrich von, Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 47).
- Hehl, Ulrich von, Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 238–253.
- Heidenreich, Frank, „... das wichtigste Agitationsmittel für die Partei“. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Sachsen vor 1933, in: IWK 2 (1991), S. 139–171.
- Heilfron, Eduard, Hrsg., Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 1, Berlin o.J. [1919].
- Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 19).
- Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 371–386.
- Helbich, Wolfgang J., Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930–1932, Berlin 1962.
- Hellfaier, Karl-Alexander, Die deutsche Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes 1878–1890. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer illegalen Organisations- und Agitationsformen, Berlin 1958 (Hallesche Beiträge zur Deutschen Geschichte, Bd. 1).

- Hempel-Küter, Christiane, Die Tages- und Wochenpresse der KPD im Deutschen Reich von 1918 bis 1933, in: IWK 23 (1987), S. 27–82.
- Hennig, Eike, Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich, Hrsg., Politik und Milieu. Wahl- und Eliteforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989 (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 22), S. 119–154.
- Hennig, Eike, Anmerkungen zur Propaganda der NSDAP gegenüber SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: TAJB 17 (1988), S. 209–240.
- Hennig, Eike; und Kieserling, Manfred, Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik, Kassel 1990.
- Hennig, Eike, Politische Gewalt und Verfassungsschutz in der Endphase der Weimarer Republik, in: Eisfeld, Rainer; und Ingo Müller, Hrsg., Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt am Main 1989.
- Hermant, Jost; und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, mit 70 Fotos und 11 Textillustrationen, München 1978.
- Hertzman, Lewis, DNVP. Right-wing opposition in the Weimar Republic 1918–1924, Lincoln 1963.
- Heß, Jürgen C., Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik, in: Vorländer, S. 91–116.
- Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte Elsaß-Lothringens und zur Wahlgeschichte des deutschen Reiches 1871–1918, Düsseldorf 1984.
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr von, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 541–652.
- Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen. Bd. 2: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928, bearb. von Barbara Dusik, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 1992.

- Hodge, Carl Cavanagh, Three ways to lose a republic: The electoral politics of the Weimar SPD, in: *European History Quarterly* 17 (1987), S. 165–193.
- Hoffmann-Göttig, Joachim, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986 (Reihe Praktische Demokratie).
- Höver, Ulrich, Joseph Goebbels – ein nationaler Sozialist, Bonn und Berlin 1992.
- Holzbach, Heidrun, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 18).
- Holl, Karl; und Adolf Wild, Hrsg., Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York, mit einem Vorwort von Alfred Kantorowicz, Bremen 1973.
- Holtz-Bacha, Christina; und Lynda Lee Kaid, Wahlspots im Fernsehen. Eine Analyse der Parteienwerbung zur Bundestagswahl 1990, in: dies., *Die Massenmedien im Wahlkampf. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1990*, Opladen 1993
- Horkenbach, Cuno, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930.
- Horn, Wolfgang, Strukturprobleme der NSDAP vor der Machtergreifung, in: Michalka, *Machtergreifung*, S. 195–206.
- Horning, Klaus, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14).
- Horstmann, Johannes, Katholiken und Reichstagswahlen 1920–1933. Ausgewählte Aspekte mit statistischen Material, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften* 26 (1985), S. 63–95.
- Huber, Ernst Rudolf, Hrsg., *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 4: *Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933*, Stuttgart usw. ³1992.
- Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*. Bd. 6: *Die Weimarer Reichsverfassung*, Stuttgart usw. 1982.

- Hürten, Heinz, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn usw. 1992.
- Hürten, Heinz, Bearb., Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922–1924, Düsseldorf 1980 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 4).
- Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993 (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 39).
- Iwand, Wolf Michael, Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik. Ein Forschungsbericht, Diss. o.O. 1983.
- Jablonsky, David, The Nazi party in dissolution. Hitler and the Verbotszeit 1923–1925, London 1989.
- Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969.
- Jahn, Peter, Bearb.; unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4), Köln 1988.
- Jahr, Christoph; u. a., Hrsg., Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994 (Dokumente, Texte, Materialien, Bd. 10).
- Jahrbücher der SPD, Berlin 1926–31.
- Janusch, Daniela, Die plakative Propaganda der SPD zu den Reichstagswahlen 1928 bis 1932, Bochum 1989 (Bochumer Historische Studien, Neuere Geschichte Nr. 7).
- Jaraus, Konrad, Die Not der geistigen Arbeiter: Akademiker in der Berufskrise 1918–1933, in: Abelshauser, Weimarer Republik, S. 280–299.
- Jaschke, Hans-Gerd, Zur politischen Orientierung von Frauen und Frauenverbänden in der Weimarer Republik, in: Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 143–160.

- Jesse, Eckhard, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik 1949–1983, Düsseldorf 1984 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 78).
- Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.
- Jones, Larry Eugene; und Retallack, James, Hrsg., Elections, mass politics, and social change in modern Germany. New perspectives, New York 1992 (Publications of the German Historical Institute, Washington).
- Jones, Larry Eugene, Generational conflict and the problem of political mobilization in the Weimar Republic, in: Jones/Retallack, S. 347–369.
- Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the dissolution of the Weimar party system 1918–1933, Chapel Hill und London 1988.
- Jones, Larry Eugene, Sammlung oder Zersplitterung. Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase 1930–1933, in: VfZ 25 (1974), S. 265–304.
- Joos, Joseph, Die Zentrumsparterie in Koalitionen (1919–1927). Zur Psychologie der politischen Koalition, in: Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 155–164.
- Jung, Otmar, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt am Main und New York 1989.
- Kampffmeyer, Paul, Durch den Volksstaat zum Staatsvolk. Eine Wahlbetrachtung, in: Sozialistische Monatshefte 71/2 (1930), S. 746–750.
- Kampffmeyer, Paul, Erinnerungen und Lehren nach der Wahlschlacht 1930, in: Sozialistische Monatshefte 71/3 (1930), S. 887–891.
- Kämpfer, Frank, „Der Rote Keil“. Das politische Plakat. Theorie und Geschichte, Berlin 1985.

- Kaisenberg, Georg, Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen, Berlin 1928.
- Karrenbach, Karl, Die Werbearbeit für die Reichstagswahlen in Berlin, in: Das Plakat 7 (1920), S. 339–340.
- Kastning, Alfred, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970.
- Kele, Max H., Nazis and Workers. National Socialist appeals to german labor 1919–1933, Chapel Hill 1972.
- Kerbs, Diethart; und Henrik Stahr, Hrsg., Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992.
- Kershaw, Ian, Ideologe und Propagandist. Hitler im Lichte seiner Reden, Schriften und Anordnungen 1925–1928, in: VjZ 2 (1992), S. 263–271.
- Kessler, Alexander, Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, Bd. 1: 1928–1930, München 1975.
- Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt am Main 1961.
- Keßler, Mario, Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 12.8.1994, S. 20–30.
- Kessner, Freimut, Das Flugblatt, eine außerordentlich wichtige Waffe, Berlin (Ost) 1958.
- Kierey, Karl-Joachim, Der Kampf um Stimmen, in: Politische Partizipation. Beiträge einer internationalen Fachtagung, Bonn 1985 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 220), S. 39–54.
- Kirchner, Klaus, Flugblätter. Psychologische Kriegführung im Zweiten Weltkrieg, München 1974.
- Kitzinger, Uwe Webster, German electoral politics. A study of the 1957 campaign, Oxford 1960.

- Klemm, Bernd, Hrsg., „... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht.“ Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923–1930. Mit zwei Nachworten von Eike Hennig und Hartmann Wunderer, Offenbach 1983.
- Kleye, Herbert, Film und Lichtbild im Dienste der deutschen Arbeiterbewegung (1919–1933), in: Deutsche Filmkunst 1 (1956), S. 148–152.
- Klöcker, Alois, Die Reichstagswahl. Wegweiser durch das Wahlgesetz und die Reichsstimmordnung für die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924, Berlin 1924.
- Kluge, Hans Dieter, Verhältnis von SPD und Parlamentarismus: Koalition, Tolerierung, Opposition, in: Luthardt, Wolfgang, Hrsg., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, Frankfurt am Main 1978, S. 9–23 [Dokumententeil: S. 24–82].
- Knatz, Karl-Ernst, Der Film als Werbemittel, in: Das Plakat 10 (1920), S. 474–476.
- Knipping, Franz, Bearb., Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik. Teil 2: 1900 bis 1945, Leipzig 1963.
- Köhler, Hans-Joachim, Hrsg., Flugschriften als Massenmedium der Reformationszeit. Beiträge zum Tübinger Symposium 1980.
- König, Theodor, Reklame-Psychologie, ihr gegenwärtiger Stand – ihre praktische Bedeutung, München und Berlin ²1924.
- Könke, Günter, „Modernisierungsschub“ oder relative Stagnation? Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne, in: GuG 4 (1994), S. 584–608.
- Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, München ³1993 (Oldenbourg Grundrisse der Geschichte, Bd. 16).
- Kolb, Eberhard, Vom Kaiserreich zur Republik. Politische Neuordnung im Zeichen von militärischer Niederlage und Staatsumsturz, in: Schulz, Ploetz, S. 18–31.
- Kommunisten im Reichstag. Reden und biographische Skizzen, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1980.

- Kontos, Silvia, Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1979.
- Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972 (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 7).
- Koszyk, Kurt; und Gerhard Eisfeld, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980.
- Kothe, Wolfgang, Hrsg., Fünfundzwanzig Jahre Deutscher Geschichte 1907–1957 in Plakaten und Flugblättern, Koblenz 1957.
- Kotowski, Georg, „Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen!“ Der politische Katholizismus, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 159–180.
- Krause, Hartfried, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main und Köln 1975.
- Krohn, Claus-Dieter, Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reichs 1923–1927, Düsseldorf 1974.
- Krone, Heinrich, Was lehren uns die Wahlen?, in: Das Junge Zentrum 5 (1928), H. 6, S. 102–106.
- Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- Krull, Lieselotte, Wahlen und Wahlverhalten in Goslar während der Weimarer Republik. Mit 31 Tabellen und einer Karte, Goslar 1982 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Goslar, Bd. 34).
- Kühne, Thomas, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AFS 33 (1993), S. 481–547.
- Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977.
- Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Diss. Marburg 1965.

- Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen, Düsseldorf 1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 49).
- Landau, Paul, Flugblatt und Flugschrift, in: Das politische Plakat, Berlin-Charlottenburg 1919, S. 24–29.
- Lang, Jochen von, Und willst du nicht mein Bruder sein Der politische Terror in der Weimarer Republik, Wien-Darmstadt 1989.
- Leggewie, Claus, Bloß kein Streit! Über deutsche Sehnsucht nach Harmonie und die anhaltenden Schwierigkeiten demokratischer Streitkultur, in: Sarcinelli, Streitkultur, S. 52–62.
- Lehnert, Detlef, Von der politisch-kulturellen Fragmentierung zur demokratischen Sammlung. Der „Volksblock“ des „Reichsbannerlagers“ und die katholischen Republikaner, in: Lehnert/Megerle, Pluralismus, S. 77–129.
- Lehnert, Detlef, „Staatspartei der Republik“ oder „revolutionäre Reformisten“? Die Sozialdemokraten, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 89–114.
- Lehnert, Detlef, Propaganda des Bürgerkriegs? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: Lehnert/Megerle, Teilkultur, S. 61–101.
- Lehnert, Detlef; und Klaus Megerle, Hrsg., Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1993.
- Lehnert, Detlef; und Klaus Megerle, Hrsg., Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990.
- Lehnert, Detlef; und Klaus Megerle, Hrsg., Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989.

- Lehnert, Detlef; und Klaus Megerle, Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, in: Berg-Schlosser/Schissler, S. 80–95.
- Lenger, Friedrich, Mittelstand und Nationalsozialismus? Zur politischen Orientierung von Handwerkern und Angestellten in der Endphase der Weimarer Republik, in: AfS 29 (1989), S. 173–198.
- Lepsius, Rainer M., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart usw. 1966.
- Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 1).
- Lerg, Winfried B.; und Rolf Steininger, Hrsg., Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung, Berlin 1975 (Rundfunkforschung, Bd. 3).
- Leuschen-Seppel, Rosemarie, Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924–1928/29, Bonn 1981 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 9).
- Liebe, Werner, Die DNVP 1918–1924, Düsseldorf 1956 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8).
- Liebert, Bernd, Politische Wahlen in Wiesbaden im Kaiserreich (1867–1918), Wiesbaden 1988 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. XLV).
- Lösche, Peter; u. Michael Scholing, Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft, in: Saage, S. 365–383.
- Lösche, Peter, Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart usw. ²1994.
- Lösche, Peter; und Walter, Franz, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GuG 15 (1989), S. 511–536.

- Lösche, Peter; und Franz Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29 (1989), S. 75–136.
- Lösche, Peter; und Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Lösche, Peter; und Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 161–187.
- Löwenthal, E.G., Die Juden im öffentlichen Leben, in: Werner E. Mosse, Hrsg., Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1965, S. 51–85.
- Lüdecke, Willi, Der Film in Agitation und Propaganda der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1919–1933), Berlin 1973 [mit Anhang: Willi Münzenberg, Erobert den Film!].
- Lüdtke, Alf, Hunger in der Großen Depression. Hungererfahrungen und Hungerpolitik am Ende der Weimarer Republik, in: AfS 27 (1987), S. 145–176.
- Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Kommunisten mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1985.
- Maehl, William Harvey, The German Socialist Party. Champion of the first republic 1918–1933, Philadelphia 1986.
- Mai, Gunther, „Wenn der Mensch Hunger hat, hört alles auf“. Wirtschaftliche und soziale Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik (1914–1924), in: Abelshauser, S. 33–62.
- Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt 1965.
- Die Massenorganisationen in der Kampffront, hrsg. vom ZK der KPD, Berlin 1930 (Instruktionen für die Wahlarbeit, H. 2).
- Matthias, Erich; und Rudolf Morsey, Hrsg., Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1960, Düsseldorf 1984.
- Matthias, Erich; und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: dies., Ende, S. 31–97.

- Matthias, Erich, Die SPD, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 99–278.
- Matzerath, Horst; und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932, in: GuG 3 (1977), S. 59–92.
- Medebach, Friedrich, Das Kampfplakat. Aufgabe, Wesen und Gesetzmäßigkeit des politischen Plakats. Nachgewiesen an den Plakaten der Kampfbahre 1918–1933, Frankfurt am Main 1940 (Zeitung und Zeit, NF, Reihe A, Bd. 19).
- Megerle, Klaus, Element nationaler Integration und politischer Konsensstiftung? Zum Stellenwert der Außenpolitik für die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 219–249.
- Megerle, Klaus, Weltwirtschaftskrise und Außenpolitik. Zum Problem der Kontinuität der deutschen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Bertram, Jürgen; und Klaus Megerle; und Peter Steinbach, Hrsg., Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, Stuttgart 1979, S. 116–140.
- Merkel, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925–1933, in: Mommsen/Hirschfeld, S. 422–440.
- Michalka, Wolfgang, Hrsg., Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn usw. 1984.
- Michalka, Wolfgang; und Gottfried Niedhart, Hrsg., Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933, München 1980.
- Michels, Helmut, Ideologie und Propaganda. Die Rolle von Joseph Goebbels in der nationalsozialistischen Außenpolitik bis 1939, Frankfurt am Main usw. 1992.
- Mick, Günter, Politische Wahlen und Volksentscheide in der Stadt Trier zur Zeit der Weimarer Republik, Diss. Bonn 1969.
- Mierendorff, Carl, Republik oder Monarchie, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), S. 435–439.

- Mierendorff, Carl, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), S. 489–504.
- Mierendorff, Carl, unter Pseudonym Walter Glenlow, Politik und Agitation. Ein Beitrag zur Krise des Sozialismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 12 (1931), S. 603–611.
- Mierendorff, Carl, Geist und Technik des Preußenwahlkampfes, in: Neue Blätter für den Sozialismus 5 (1932). S. 232–239.
- Mierendorff, Carl, Die Bedeutung der neuen Propaganda, in: Neue Blätter für den Sozialismus 10 (1932), S. 517–521.
- Mierendorff, Carl, Die neuen Waffen. Die Bedeutung der neuen Propaganda im Wahlkampf, in: Alarm 4 (1932).
- Milatz, Alfred, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 743–793.
- Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1966 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, H. 66).
- Miller, Susanne; und Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumente 1848–1983, Bonn 1983.
- Möller, Horst, Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der BRD. Traditionen, Problemstellungen und Entwicklungslinien, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 587–616.
- Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985.
- Mommsen, Hans, Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik, in: Winkler, Staatskrise, S. 1–18.
- Mommsen, Hans, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt am Main 1989 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8).
- Mommsen, Hans, Sozialismus und Nationalismus – Anmerkungen zu einer verfehlten Debatte, in: Geschichtsdidaktik 1 (1980), S. 1–7.

- Mommsen, Hans, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilienismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders., Hrsg., Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt am Main 1974.
- Mommsen, Hans, Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 1–17.
- Mommsen, Hans, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: VfZ 21 (1973), S. 151–165.
- Mommsen, Wilhelm, Hrsg., Deutsche Parteiprogramme, München 1960 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1).
- Mommsen, Wolfgang J.; und Hirschfeld, Gerhard, Hrsg., Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 10).
- Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Strassers 1930–1935, Stuttgart 1985 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 28).
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 281–453.
- Morsey, Rudolf, Bearb., Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 9).
- Morsey, Rudolf, Brüning und Bayern, in: Archivalische Zeitschrift 72 (1976), S. 199–208.
- Morsey, Rudolf; und Karsten Ruppert, Bearb., Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, Mainz 1981 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 33).

- Mosse, George L., Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Funke/Jacobsen/Knüller/Schwarz, S. 127–139.
- Mosse, George L., Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976.
- Müller, Gerd, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.
- Münzenberg, Willi, Erobert den Film! Winke aus der Praxis für die Praxis proletarischer Filmpropaganda [zuerst Berlin 1925], in: Lüdecke, Willi, Der Film in Agitation und Propaganda der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1919–1933), Berlin 1973, S. 75–105.
- Murray, Bruce A., Film and the German left in the Weimar Republic. From *Caligari* to *Kuhle Wampe*, Austin 1990.
- Nationalsozialistisches Jahrbuch, München 1927–1931.
- Neebe, Reinhard, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 45).
- Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn usw. 1992 (Sammlung Schöningh).
- Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953 ff.
- Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965.
- Niedhart, Gottfried, Deutsche Geschichte 1918–1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart usw. 1994.
- Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; und Winfried Schulz; und Jürgen Wilke, Hrsg., Publizistik-Massenkommunikation. Das Fischer Lexikon, Frankfurt am Main 1989.
- Opitz, Günther, Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 37).
- Orlow, Dietrich, Weimar Prussia 1925–1933. The illusion of strength, Pittsburgh 1985.
- Orlow, Dietrich, Weimar Prussia 1918–1925. The unlikely rock of democracy, Pittsburgh and London 1986.
- Quessel, Ludwig, Zur Auflösung und Neuwahl des Reichstags, in: Sozialistische Monatshefte 71/2 (1930), S. 742–745.
- Palmer, Christoph E., Der Bundestagswahlkampf 1986/87. Eine systematische Darstellung der Wahlkampfführung der Bundestagsparteien und der Rahmenbedingungen der Wahl, Frankfurt am Main 1993 (Europäisches Forum, Bd. 10).
- Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
- Paul, Gerhard, Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“. Die Nationalsozialisten, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 255–279.
- Paul, Gerhard, Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932, in: Kerbs/Stahr, S. 27–55.
- Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.
- Petzina, Dietmar, Was there a crisis before the crisis? The state of the German economy in the 1920's, in: Kruedener, Jürgen Baron v., Economic crisis and political collapse. The Weimar Republic 1924–1933, New York 1990 (German Historical Perspectives, Vol. 5), S. 1–19.

- Petzina, Dietmar; u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. 3: Materialien zur Statistik des deutschen Reiches 1914–1945, München 1978.
- Peukert, Detlev J., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Moderne, Frankfurt am Main 1987.
- Pikarski, Margot; und Günter Uebel, Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933–1945. 240 Faksimiles und 6 originaltreue Reproduktionen, Frankfurt am Main 1978.
- Plenge, J., Deutsche Propaganda, Bremen 1921.
- Pleyer, Hildegard, Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtages“ 1931, Diss. Münster 1959.
- Plewina, Martin, Völkischer Beobachter (1887–1945), in: Fischer, Hans-Dietrich, Hrsg., Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 381–402.
- Plummer, Thomas G.; u. a., Hrsg., Film and politics in the Weimar Republic, New York und London 1980.
- Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933. Ausstellung vom 18.9.1980 bis 23.11.1980, Hessisches Landesmuseum, Darmstadt 1980.
- Polizeiliche Behandlung von Versammlungen, Druckschriften und Plakaten unter Berücksichtigung der Vorschriften für die Wahlzeit, nach dem Runderlass der preußischen Inneminister vom 23.3.1928, hrsg. von Polizeipräsident Dr. Menzel, Magdeburg 1928.
- Portner, Ernst, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Liberalismus, in: VfZ 13 (1965), S. 150–161.
- Potthoff, Heinrich, Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der ADGB in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 82).

- Pünder, Hermann, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961 (Schriftenreihe der VjZ, Bd.3).
- Praktische Winke für die Arbeit der Agitprop-Funktionäre in den Wahlkämpfen 1928. Mit einem Anhang: Ratschläge für die Arbeit in Agitprop-Werkstätten, hrsg. vom ZK der KPD. Als Manuskript gedruckt, o.O., o.J. [1928] (Für die Wahlarbeit, Material Nr. 3).
- Prinz, Michael, „Ein Bilderbuchverhalten an Mäßigung“? Kritische Fragen zu den Angestellten in Weimar, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 83–106.
- Prinz, Michael, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 30).
- Prott, Jürgen, Presse im Wahlkampf. Zur Berichterstattung Hamburger Tageszeitungen im Bundestagswahlkampf 1980, Frankfurt am Main 1982.
- Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der SPD in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 87).
- Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Berlin 1920.
- Protokoll über die Verhandlung des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920, mit dem Bericht über die Frauenkonferenz, abgehalten in Kassel am 9. und 10. Oktober 1920, Berlin 1920.
- Rabbow, Arnold, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970.
- Rad, P.[aul], Hrsg., 1924 – Der Wahlkampf auf den Trümmern des deutschen Reiches. Die Tendenzen der Parteien, Berlin 1924.
- Rademacher, Hellmut, Das deutsche Plakat. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Dresden 1965.

- Radunski, Peter, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation, München und Wien 1980.
- Reichel, Peter, Ästhetisierung der Politik?, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 16 (1987), S. 285–301.
- Reichstags-Handbuch, hrsg. vom Bureau des Reichstages, II., III., IV. und V. Wahlperiode, Berlin 1924–1930.
- Reimann, Horst, Die politische Affiche in der „Weimarer Zeit“, in: ders., Wahlplakate, Heidelberg 1961, S. 5–29.
- Reinhardt, Stephan, Hrsg., Die Schriftsteller und die Weimarer Republik. Ein Lesebuch, Berlin 1992.
- Reuth, Ralf Georg, Goebbels. Mit 33 Fotos, München und Zürich 1990.
- Ribhegge, Wilhelm, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1989.
- Richter, Ludwig, Die Weimarer Reichsverfassung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 12.8.1994, S. 3–10.
- Rimmele, Dorette, Anspruch und Realität nationalsozialistischer Rundfunkarbeit vor 1933 in Hamburg, in: Lerg/Steininger, S. 135–152.
- Ristau, Andreas, „Die marxistische Weltpest“. Das antimarxistische Feindbild der Nationalsozialisten. Entstehung, Entwicklung und Struktur bis 1923, in: Jahr, S. 143–172.
- Ritter, Gerhard A., Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.
- Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung von Parteiensystem und Wahlergebnissen in Deutschland 1918 bis 1920, in: Büsch, Wählerbewegungen, S. 362–381.
- Ritter, Gerhard A.; und Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte).
- Ritter, Gerhard A.; und Susanne Miller, Hrsg., Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg ²1975.

- Roeske, Ulrich, Zum Verhältnis zwischen DNVP und NSDAP, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 22 (1973), S. 27–38.
- Roeske, Ulrich, Brüning und die Volkskonservativen (1930), in: ZfG 19 (1971), S. 904–915.
- Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34)
- Rohe, Karl, Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: HZ 234 (1982), S. 337–357.
- Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme, Frankfurt am Main 1992 (Neue Historische Bibliothek).
- Roller, Katrin, Die „rote“ Gefahr. Das Feindbild „Sozialdemokratie“ der Konservativen im frühen Kaiserreich, in: Jahr, S. 81–114.
- Rosenberg, Arthur, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt am Main 1955.
- Rosenhaft, Eve, Women, gender, and the limits of political history in the age of „Mass“ Politics, in: Jones/Retallack, S. 149–174.
- Rupieper, Hermann J., „Der Kampf gegen die nationalsozialistische Seuche“: Die Werbeabteilung der SPD und die Auseinandersetzung mit der NSDAP 1929–1932, in: IWK 19 (1983), S. 1–22.
- Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96).
- Saage, Richard, Hrsg., Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main 1986.
- Saß, Johannes, Bearb., Die 27 deutschen Parteien 1930 und ihre Ziele, Hamburg 1930.

- Sarcinelli, Ulrich, Hrsg., Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Opladen 1990.
- Sarcinelli, Ulrich, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1987 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 72).
- Sarcinelli, Ulrich, Hrsg., Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Bonn 1987 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 238).
- Sarcinelli, Ulrich, Wahlkampf zwischen Politikinszenierung und Bürgerdialog, Stuttgart 1986 (Sozialwissenschaftliche Materialien).
- Schadt, Jörg, Hrsg. u. Bearb., Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeit des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932, Stuttgart usw. 1977 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 4).
- Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932, Frankfurt am Main 1990 (Campus Forschung, Bd. 638).
- Schanbacher, Eberhard, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982.
- Scheuch, Erwin K.; und Rudolf Wildemann, Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: dies., Hrsg., Zur Soziologie der Wahl, Köln und Opladen 1965, S. 39–73.
- Schieder, Wolfgang; und Christof Dipper, Propaganda, in: Geschichtliche Grundbegriffe 5 (1982), S. 69–112.
- Schieder, Wolfgang, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: Ders., Hrsg., NSDAP, S. 141–154.
- Schieder, Wolfgang, Hrsg., Die NSDAP als faschistische „Volkspartei“: GuG 19 (1993), H. 2.

- Schirmer, Dietmar, Politisch-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 31–60.
- Schirmer, Dietmar, Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscode in der Weimarer Republik, Opladen 1992 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 114).
- Schleth, Uwe, Parteifinanzen. Eine Studie über Kosten und Finanzierung der Parteientätigkeit, zu deren politischer Problematik und zu den Möglichkeiten einer Reform, Meisenheim am Glan 1973 (Politik und Wähler, Bd. 11).
- Schmitt, Karl, Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung, in: Oberndörfer, Dieter; und Karl Schmitt, Hrsg., Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991 (Ordo Politicus, Bd. 28), S. 5–13.
- Schneider, Michael, Staatsloyal bis zum bitteren Ende: Die SPD in der Weimarer Republik, in: Dowe, Dieter; und Kurt Klotzbach, Hrsg., Kämpfe – Krisen – Kompromisse. Kritische Beiträge zum 125jährigen Jubiläum der SPD, Bonn 1989, S. 57–78.
- Schneider, Werner, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- Schoch, Rainer, Das politische Plakat der Weimarer Republik. Voraussetzungen und Entwicklungstendenzen, in: Politische Plakate, S. 6–13.
- Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.
- Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 46).
- Schottenloher, Karl, Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum. 2 Bde., neu verfasst und bis in die Gegenwart fortgeführt von Johannes Binkowski, München 1985 (Bibliothek für Kunst- und Antiquitätenfreunde, Bd. 21).
- Schreiber, Georg, Reichstagswahl und politische Parteien, Münster 1928 (Reprint 1976).

- Schreiber, Georg, Grundfragen der Zentrums politik. Ein politisches Handbuch in Frage und Antwort, Berlin 1924.
- Schreiber, Georg, Zentrum und Reichspolitik. Ein politisches Handbuch in Frage und Antwort, Köln 1930.
- Schubert, Walter F., Die Werbemittel des Luftverkehrs und der Flugveranstaltungen, in: Das Plakat 8 (1920), S. 373–377.
- Schütz, Dieter, Zwischen Standesbewusstsein und gewerkschaftlicher Orientierung. Beamte und ihre Interessenverbände in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1992 (Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 10).
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, hrsg. von Ulrich Thürauf, Neue Folge, München 1919 ff.
- Schultze, Rainer-Olaf, Funktion von Wahlen und Konstitutionsbedingungen von Wahlverhalten im deutschen Kaiserreich, in: Büsch, Wählerbewegung, S. 125–158.
- Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin und New York 1992.
- Schulz, Gerhard, Hrsg., Ploetz – Weimarer Republik. Eine Nation im Umbruch, Freiburg und Würzburg 1987.
- Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main usw. 1975.
- Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1977.
- Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 10).
- Schulze, Hagen, Hrsg. u. Bearb., Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1975 (AfS-Beiheft 4).
- Schulze, Volker, „Vorwärts“ 1876–1940, in: Grunwald, Günter; und Friedhelm Merz, Vorwärts 1876–1976. Ein Querschnitt in Faksimiles. Berlin und Bad Godesberg 1976.

- Schumacher, Martin, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914– 1923, Düsseldorf 1979 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 65).
- Schumacher, Martin, Hrsg., M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1992.
- Schumacher, Martin, Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976 (Bibliographie zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H. 7).
- Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7).
- Schumacher, Martin, Zersplitterung und Polarisierung. Kleine Parteien im Weimarer Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31 (1977), S. 39–46.
- Schumann, Hans-Gerd, „Nationalkultur“ zwischen Einheitlichkeit und Segmentierung. Methodologische Anmerkungen zur historischen Erforschung „Politischer Kultur“, in: Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 19–25.
- Schumann, Peter B., „Aus der Waffenschmiede der SPD“. Zur sozialdemokratischen Filmarbeit in der Weimarer Republik, in: Erobort den Film!, S. 77–85.
- Schuster, Kurt, Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beitrag zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55).
- Schustereit, Hartmut, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975 (Geschichte und Gesellschaft).

- Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 95–133.
- Schwend, Karl, Die Bayerische Volkspartei, in: Matthias/Morsey, Ende, S. 457–519.
- Seck, Wolfgang, Politische Kultur und Politische Sprache. Empirische Analysen am Beispiel Deutschlands und Großbritanniens, Frankfurt am Main usw. 1992 (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 8).
- Sellin, Volker, Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: HZ 241 (1985), S. 555–598.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg. Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950.
- Smith, Woodroff D., The Mierendorff group and the modernization of German Social Democratic Politics 1928–1933, in: Politics and Society 5 (1975), S. 109–129.
- Soell, Hartmut, Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991.
- Sonntag, D., Lehren der Wahlbewegung, in: Das demokratische Deutschland, 29 (1920), S. 473–475.
- Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1968.
- Sontheimer, Kurt, Die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 454–464.
- Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924; Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925, Berlin 1925 (Neudruck Glashütten 1974).
- Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Zur deutschen Sozialstruktur 1918–1933, Frankfurt am Main 1989.
- „Staatsbürger – man wirbt um Dich!“ Die Programme der wichtigsten deutschen Parteien. Mit einer Einleitung, einer vergleichenden Übersicht der deutschen Parteiziele und einer zahlenmäßigen Übersicht der Parteien, Berlin ²1932.

- Staatz, Peter, Die Reichs- und Landtagswahlen im Kreis Düren während der Weimarer Republik, Diss. Bonn 1994.
- Stachura, Peter D., The Weimar era and Hitler 1918–1933. A critical bibliography, Oxford 1977.
- Stachura, Peter D., Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: VfZ 28 (1978), S. 66–99.
- Stachura, Peter D., The political strategy of the Nazi Party 1919–1933, in: German Studies Review 3 (1980), S. 261–288.
- Stadel, Florian, Die Reichstagswahlen 1930 und 1932 und die Wahl zum preußischen Landtag 1932 im Spiegel der überregionalen deutschen Tagespresse, Bonn 1993.
- Stambolis, Barbara, Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Bochum 1982.
- Stark, Georg, Moderne politische Propaganda, München 1930 (Schriftenreihe der Reichspropaganda-Abteilung der NSDAP, H. 1).
- Steinbach, Peter, Politische Kultur. Politische Wertvorstellungen zwischen ständischer Gesellschaft und Moderne, in: Ploetz – Kaiserreich, S. 197–214.
- Steinbach, Peter, Legacies of the German Empire, in: Berg-Schlosser / Rytlewski, S. 29–42.
- Steinbach, Peter, Reichstagswahlen im Kaiserreich. Möglichkeiten Historischer Wahlforschung im interdisziplinären Kontext, in: Emig, Dieter; u. a., Hrsg., Sprache und politische Kultur in der Demokratie. Hans Gerd Schumann zum Gedenken, Frankfurt am Main usw. 1992, S. 89–112.
- Steinbach, Peter, Historische Wahlforschung und regionalspezifische Politikrezeption. Diskussionsbeitrag über einen Forschungsansatz, in: Büsch, Wählerbewegung, S. 23–38.

- Steinbach, Peter, Stand und Methode der historischen Wahlforschung. Bemerkungen zur interdisziplinären Kooperation von moderner Sozialgeschichte und den politisch-historischen Sozialwissenschaften am Beispiel der Reichstagswahlen im deutschen Kaiserreich, in: Kaelble, Hartmut; u. a., Hrsg., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1979 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, Bd. 27), S. 171–234.
- Steinbach, Peter, Hrsg., Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1983 (Geschichte und Theorie der Politik, Unterreihe A, Bd. 5).
- Steinbach, Peter, „Aus dem Reichsfeind von früher ist der Verteidiger der Republik geworden“. Sozialdemokratisches Verfassungsverständnis im Spiegel der Weimarer Verfassungsfeiern, in: Saage, S. 193–207.
- Steinbach, Peter, Die Politisierung der Region. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881, Passau 1989.
- Steinbach, Peter, Die Zählung des politischen Massenmarktes. Wahlen und Wahlkämpfe im Bismarckreich im Spiegel der Hauptstadt- und Gesinnungspresse. 3 Bde., Passau 1990.
- Steinberg, Julius, Reichstagswahlen und Volks-Psychologie, in: Deutsche Einheit 6 (1924), S. 471–474.
- Steinseifer-Papst, Anita; und Werner Wolf, Wahlen und Wahlkampf in der BRD, Heidelberg 1990 (Heidelberger Wegweiser).
- Steitz, Walter, Hrsg., Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (Ausgewählte Quellen zur Deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 38)
- Stephan, Werner, Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983.
- Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

- Stephan, Werner, Die Parteien nach den großen Frühjahrswahlkämpfen. Eine Analyse der Wahlziffern des Jahres 1932, in: Zeitschrift für Politik 22 (1932), S. 110–118.
- Sternburg, Wilhelm von, Hrsg., Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Schmidt, Frankfurt am Main 1985.
- Stern-Rubarth, Edgar, Die Propaganda als politisches Instrument, Berlin 1921.
- Stooss, Toni, Erobert den Film! oder „Prometheus“ gegen „UFA“ & Co. Zur Geschichte des proletarischen Films in der Weimarer Republik, in: Erobert den Film!, S. 4–47.
- Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1991.
- Stresemann, Gustav, Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei, Berlin 1920.
- Striesow, Jan, Die DNVP und die Völkisch-Radikalen 1918–1922. 2 Bde., Frankfurt am Main 1981.
- Stubmann, Peter Franz, Tiefstand, in: Deutsche Einheit 6 (1924), S. 393–397.
- Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
- Stürmer, Michael, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1984 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 9).
- Stump, Wolfgang, Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917–1933, Düsseldorf 1971 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 43).
- Stupperich, Amrei, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der DNVP (1918–1933), Göttingen 1982.
- Sühl, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933, Opladen 1985 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, Bd. 53).

- Sturm, Reinhard, Faschismusauffassungen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: Saage, S. 302–330.
- Suval, Stanley, Electoral politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill und London 1985.
- Thamer, Hans-Ulrich, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1985 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 5).
- Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 1: Auswahl aus den Jahren Juni 1919 bis November 1928, hrsg. vom ZK der SED, Stuttgart 1955.
- Thimme, Annelise, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
- Thimme, Roland, Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923/25, Lübeck und Hamburg 1961 (Historische Studien, H. 382).
- Toman-Banke, Monika, Die Wahlslogans von 1949 bis 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 23.12.1994, S. 47–55.
- Traumann, Josef, Organisations-Handbuch für Zentrumswähler. Eine grundlegende Zusammenstellung der wichtigsten Organisations-Bestimmungen der Zentrumspariei, Hildesheim 1925.
- True, Wolfgang, Deutsche Parteiprogramme seit 1861, Zürich usw. 1968 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 3).
- Troeltsch, Ernst, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke, zusammengestellt und herausgegeben von H. Baron, Tübingen 1924.
- Trumpp, Thomas, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in: GWU 32 (1981), S. 223–236.
- Tschachotin, Sergej, Die Technik der politischen Propaganda, in: Sozialistische Monatshefte 75/1 (1932), S. 425–431.
- Turner, Henry Ashby Jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.
- Tyrell, Albrecht, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP, Düsseldorf 1969.

- Tyrell, Albrecht, Der Aufstieg der NSDAP, in: Schulz, Ploetz, S. 115–122.
- Ullmann, Hans- Peter, Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
- Umbach, Dieter C., Parlamentsauflösung in Deutschland. Verfassungsgeschichte und Verfassungsprozess, Berlin und New York 1989.
- Unterstell, Rembert, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919–1933. Ein Überblick, Frankfurt/M. usw. 1989 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 408).
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands. Bde. 5–8, Berlin 1963 ff.
- Veen, Hans-Joachim; und Elisabeth Noelle-Neumann, Hrsg., Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987, Paderborn usw. 1991 (Studien zur Politik, Bd. 16).
- Vockel, Heinrich, Die Zentrums politik der letzten fünf Jahre, Berlin 1924.
- Vogel, Bernhard; und Peter Haungs, Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl 1961, Köln-Opladen 1965 (Politische Forschung, Bd. 7).
- Vogt, Martin, Parteien in der Weimarer Republik, in: Bracher/Funke/Jacobsen, S. 134–157.
- Vogt, Martin, Das „Versagen“ der politischen Parteien in der Weimarer Republik, in: Michalka, Machtergreifung, S. 60–73.
- Vorländer, Hans, Hrsg., Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München 1987.
- Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes ‚A‘ und der Reichstag, Tübingen 1959.
- Wäscher, Hermann, Das deutsche illustrierte Flugblatt. Von den Anfängen bis zu den Befreiungskriegen. 2 Bde., Dresden 1955.

- Wahlhandbuch für Männer und Frauen zur Nationalversammlung. Politische Programme und Schlagworte mit Worten der Hoffnung und des Willens für die Arbeit der Gegenwart erläutert. Mit einem Anhang: Die Frau und das Wahlrecht von Dr. Agnes von Harnack, hrsg. von der Deutschen Lese e. V., Berlin o.J. [1919].
- Walker, D. P., The German Nationalist People's Party: The conservative dilemma in the Weimar Republic, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), S. 627–647.
- Wallraf, Max, Die deutschen Parteien am Scheidewege, Görlitz 1922 (Deutschnationale Flugschrift Nr. 139).
- Ward, James J., „Smash the Fascists ...“. German communist efforts to counter the Nazis, 1930–31, in: *Central European History* 14 (1981), S. 30–62.
- Ward, Frank Joseph, The Center Party and the German election of 1907, Diss. California (Los Angeles) 1984.
- Wasmund, Klaus, Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung 1945–1949, Frankfurt am Main 1986.
- Wasser, Hartmut, Argumentative Grundmuster linker und rechter Parlamentarismus-Kritik vom Kaiserreich zur BRD, in: *GWU* 9 (1977), S. 513–532.
- Weber, Hermann, Bearb., Die Generallinie. Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke 1929–1933, Düsseldorf 1981 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Weimarer Republik, Bd. 6).
- Weber, Hermann, Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983 (Erträge der Forschung, Bd. 198).
- Weber, Hermann, Hrsg., Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln ³1973.
- Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt am Main 1969.

- Wegner, Konstanze, Bearb., Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Weimarer Republik, Bd. 5).
- Wehner, Herbert, Zeugnis, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982.
- Weigel, Sigrid, Flugschriftenliteratur 1848 in Berlin. Geschichte und Öffentlichkeit einer volkstümlichen Gattung, Stuttgart 1979.
- The Weimar Republic. A historical bibliography, hrsg. von ABC-Clio Information Services, Santa Barbara usw. 1984.
- Weisbrod, Bernd, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: GWU 43 (1992), S. 391–404.
- Weißmann, Karlheinz, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991.
- Weiß, Max, Hrsg., Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, Essen 1928.
- Weiß, Max, Organisation, in: ders., Wille, S. 362–390.
- Weiß, Hermann; und Paul Hoser, Hrsg., Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, Stuttgart 1988 (Schriftenreihe der VfZ, Bd. 59).
- Wernecke, Klaus; und Peter Heller, Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982.
- Wernette, Richard Dee, Political violence and German elections 1930 and July 1932, Diss. Michigan 1974.
- Wesse, Curt, Grossmacht Film. Das Geschöpf von Kunst und Technik, Berlin 1928.

- Wette, Wolfram, Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus? Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik, in: Huber, Wolfgang; und Johannes Schwerdtfeger, Hrsg., Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976 (Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 32), S. 358–403.
- Wickert, Christl, „Zu den Waffen des Geistes ... Durchgreifen Republik!“ Die Linksintellektuellen, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 115–138.
- Wiesemann, Falk, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33, Berlin 1976 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12).
- Wiesz, Josef, Zur Politik der KPD 1928–1932 unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu den reformistischen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1976.
- Wilke, Jürgen, Geschichte als Kommunikationsereignis. Der Beitrag der Massenkommunikation beim Zustandekommen historischer Ereignisse, in: Kaase, Max; und Winfried Schulz, Hrsg., Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen 1989 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30), S. 57–71.
- Willett, John, Erwin Piscator. Die Eröffnung des politischen Zeitalters auf dem Theater, Frankfurt/M. 1982.
- Wilpert, Gabriele, Wahlflugblätter in der Weimarer Republik. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göppingen 1978 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik, Bd. 229).
- Wilucki, Helmut v., Bewährte moderne Propagandamethoden, in: Unser Wille und Weg 2 (1932), S. 230–233.
- Winkler, Jürgen, Wer wählte liberal? Neuere Forschungsergebnisse über die Wählerschaft der liberalen Parteien in der Weimarer Republik, in: liberal 4 (1988), S. 15–23.
- Winkler, Heinrich August, Hrsg., Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992 (Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 26).

- Winkler, Heinrich August, Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928–1933, in: GuG 17 (1991), S. 182–219.
- Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- Winkler, Heinrich August, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Bd. 1: Von der Revolution zur Stabilisierung 1918–1924, Berlin 1984; Bd. 2: Der Schein der Normalität 1924–1930, Berlin 1985; Bd. 3: Der Weg in die Katastrophe 1930–1933, Berlin 1987.
- Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1973.
- Wippermann, Wolfgang, Propaganda–Gewalt–Geld. Der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Die wilden Zwanziger, S. 255–265.
- Wippermann, Wolfgang, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921–1945, Frankfurt am Main 1981.
- Wippermann, Wolfgang, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 114).
- Witt, Peter-Christian, Das Zerschlagen des Weimarer Gründungskompromisses (1919–1923/24), Heidelberg 1992 (Schriften Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, H. 11).
- Wördehoff, Bernhard, Flaggenwechsel. Ein Land und viele Fahnen, Berlin 1990.
- Wolbert, Klaus, Agitationsstil und Ikonographie politischer Plakate in der Weimarer Republik. Zur politischen Metaphorik in Plakaten bürgerlicher Parteien, in: Politische Plakate, S. 14–25.
- Wolf, Werner, Wahlkampf und Demokratie, Köln 1985.
- Wulff, Reimer, Die deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928, Diss. Marburg 1968.

- Zarnsky, Jürgen, Die deutsche Sozialdemokratie und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 39).
- Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feiertag, Nürnberg 1991 (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 46).
- Zimmermann, Wilhelm, Die Wehrpolitik der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main usw. 1994 (Europäische Hochschulschriften; Reihe III; Bd. 598).

Personenregister

- Bauer, Gustav 109
Bäumer, Gertrud 78, 456, 474, 607
Bebel, August 41–42, 354, 434, 465, 512
Braun, Adolf 57, 110, 211
Braun, Otto 55, 131, 136, 163, 434, 512, 537, 547, 549, 572, 611, 628
Breitscheid, Rudolf 154, 561, 604
Bredt, Johann Viktor 541, 549, 571, 602
Brüning, Heinrich 67, 158–161, 165, 329–330, 541–547, 549–550, 552–557, 559–569, 572, 574–577, 579, 581–583, 586, 588, 593, 597–599, 601–603, 605–611, 627–628
Bismarck, Otto von 33–36, 40–42, 47, 130, 139, 331, 373–374, 385, 387–389, 391, 393, 395, 432, 451, 464, 489, 491, 503–504, 578, 613, 625, 629
Curtius, Julius 165, 170, 508, 541
Dingeldey, Ernst 75
Dietrich, Hermann 164, 170, 190–191, 251, 253, 297, 316, 330, 543, 583, 590, 592
Döblin, Alfred 25, 346
Dovifat, Emil 284, 292, 300, 344
Ebert, Friedrich 55, 116, 118, 123, 129, 134, 142, 362, 399–400, 418, 422, 427, 434–435, 437, 444, 468, 475, 484, 509, 511
Eberlein, Hugo 185
Engelmann, Herbert 200–203, 281
Erkelenz, Anton 144, 183, 186, 189–191, 193, 195, 251, 296, 453, 583, 625
Esser, Herrmann 183
Frick, Wilhelm 522, 541, 548, 570, 573, 575
Gerlach, Hellmut von 144, 362, 423–424, 473, 480
Goebbels, Joseph 25, 165, 184, 244–246, 312, 340, 525, 591, 621
Graf, Oskar Maria 25, 45
Grosz, George 306
Grzesinski, Albert 89, 149, 345
Heartfield, John 95, 281, 306, 511, 661
Heine, Friedrich 185–186, 214
Hergt, Oskar 118, 120, 431, 463
Hilferding, Rudolf 367, 386, 628
Hindenburg, Paul von 50, 53, 62, 64, 142–143, 158, 162–163, 285, 328, 335, 337–338, 343, 354, 356, 478, 484, 489, 500, 504, 509, 511, 518, 539, 541, 544, 568, 572–573, 576–579, 582–583, 598, 600, 605–606, 609–610, 626–629
Hitler, Adolf 26, 51, 60, 73, 80–82, 125, 132, 150, 160, 166, 183–184, 201, 218–219, 240–246, 248, 255, 304, 317, 346, 350, 356, 361, 363, 395, 401–402, 404, 406, 410, 462–464, 466, 521–522, 524, 526, 530–531, 539, 541, 548–550, 560, 564, 566, 568, 570, 573, 575, 579, 582, 587, 589, 591–594, 596, 599, 601, 603–604, 608, 610, 631
Hörsing, Otto 132, 585
Hugenberg, Alfred 26, 63, 160, 165, 169, 204, 206–207, 209, 253, 278, 295, 298, 330–331, 333, 488, 493, 495, 518, 541–543, 549, 553–561, 565–566, 573, 580, 582, 588, 598–601, 605–607, 635
Jarres, Karl 118, 123, 142, 328
Joos, Joseph 53

Juchacz, Marie 269

Kessler, Harry Graf 48

Kaas, Ludwig 67, 161, 239, 496, 560, 607

Keudell, Walter von 62, 150, 318, 478, 484, 487, 490, 492, 502

Koch-Weser, Erich 78, 183, 195, 286, 392, 515, 535, 583, 585

Krone, Heinrich 183

Lemmer, Ernst 162, 589

Levi, Paul 70, 111, 222

Ludwig, Konrad 67, 185, 213, 257–258, 560, 583

Luther, Hans 52, 354, 388, 395

Luxemburg, Rosa 28, 222, 310

Mahraun, Arthur 162, 164, 557, 565, 583–585, 589–590, 595

Mann, Heinrich 590, 631

Marx, Wilhelm 118, 120–121, 123, 129, 142–143, 233, 328, 362–365, 371, 375, 379, 382, 385–388, 392, 415, 422, 424, 428, 435, 438–440, 443, 445–446, 448, 451, 473, 477–478, 496–497, 502, 533, 560, 628

Mierendorff, Carlo 219–221, 266, 268, 289, 314–315, 351, 354, 552, 627

Müller, Hermann 57, 109–110, 122, 537, 539, 549, 563, 568, 598, 607, 628

Münzenberg, Willi 224, 336

Neumann, Siegmund 50, 71, 262, 311, 570

Nuschke, Otto 51, 188

Pfeiffer, Maximilian 182

Pieck, Wilhelm 226, 336

Quaatz, Reinhold 255, 479, 534, 553

Roth, Joseph 126, 280

Remmele, Hermann 163, 226

Schacht, Hjalmar 393, 458, 628

Schäffer, Fritz 69

Schiele, Martin 328, 494, 541, 549, 556, 559, 600, 604–605

Scholz, Ernst 162, 337, 473, 544, 576, 587, 609

Severing, Carl 135–136, 329–330, 371, 414, 434, 445, 474, 572, 575

Stephan, Werner 25, 130, 134, 183, 187–191, 193, 195, 252, 339–340, 620

Strasser, Gregor 81, 244, 462, 522, 595

Strasser, Otto 163, 522, 591, 595

Stresemann, Gustav 26, 52–54, 73–76, 113, 118, 120, 134, 148, 154, 200–203, 247–248, 257, 271, 281, 339, 349, 362, 364, 368, 373, 376, 385–386, 389–391, 393, 395, 414, 416, 418, 421, 424, 428, 433, 445, 449–452, 454–455, 465, 479, 488–489, 492, 495, 502–508, 512, 515–516, 523–525, 527, 533, 536, 539, 541, 549, 577–580, 582, 587, 628–629

Thälmann, Ernst 72, 142, 164, 222–223, 335, 509, 568, 571, 608, 610

Treviranus, Gottfried 161, 165, 541, 549, 599, 601, 606

Troeltsch, Ernst 117, 180

Tschachotin, Sergej 174, 219–220

Vockel, Heinrich 182–183, 232, 235–239

Weber, Max 101

Weber, Helene 154

Wels, Otto 164, 545

Weiß, Bernhard 525

Weiß, Max 61, 107, 184, 204, 207–209,
302, 316, 350, 534

Westarp, Kuno Graf von 62–63, 149,
154, 161, 204, 338, 479, 488, 543, 553, 599

Wirth, Joseph 67, 154, 163, 171, 329, 345,
385, 410, 435, 485, 496–497

Wittstock, Gertrud 194

Wilucki, Helmut von 245–246

Abkürzungsverzeichnis

	DSP	Deutsch-Soziale Partei
	DStP	Deutsche Staatspartei
ACDP	DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
	DVP	Deutsche Volkspartei
ADGB	FZ	Frankfurter Zeitung
	HStW	Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
AdR	HZ	Historische Zeitung
AdsD	IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
	KPD	Kommunistische Partei Deutsch- lands; Spartakusbund
AfS	KVP	Konservative Volkspartei
BaK	KVZ	Kölnische Volkszeitung
BaP	LV	Libérale Vereinigung
BBMb	MA	Mainzer Anzeiger
	MJ	Mainzer Journal
BfZ	MT	Mainzer Tageblatt
BT	NC	Nationalliberale Correspondenz
BVP	NDB	Neue Deutsche Biographie, siehe Literaturverzeichnis
CEH	NLV	Nationalliberale Vereinigung
CSVD	NPZ	Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung
CSRP	NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpar- tei
Darpa	NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspar- tei
DAZ	PP	Politische Plakate, siehe Literatur- verzeichnis
DDP	RF	Die Rote Fahne
DHP		
DNAB		
DNVP		

RFB	Rotfrontkämpferbund
RfH	Reichszentrale für den Heimatdienst
RH	Reichstags-Handbuch, siehe Literaturverzeichnis
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UF	Ursachen und Folgen, siehe Literaturverzeichnis
UP	Unsere Partei
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VNB	Völkisch-Nationaler Block
VNR	Volksnationale Reichsvereinigung
VRP	Volksrechts-Partei, eigentlich: Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VZ	Vossische Zeitung
WP	Wirtschaftspartei, eigentlich: Reichspartei des deutschen Mittelstands
ZK	Zentralkomitee

Anmerkungen

Anmerkungen zu Kapitel 1 (Seite 13 bis 31)

- 1 Rohe, Wahlforschung, S. 39; vgl. Schumann, Nationalkultur, S. 21.
- 2 Steinbach, Kultur, S. 198; vgl. Iwand, S. 24–29; Schirmer, S. 16–65; Glück, S. 27–34.
- 3 Schirmer, S. 58. Schirmer analysiert anhand der Diskurse über politische Gedenktage die Geschichtsvorstellungen, die Freund- und Feindbilder sowie die Vorstellungen vom „richtigen Staat“ bzw. von der Weimarer Republik im Spiegel der überregionalen Tages- und Parteipresse.
- 4 Lehnert/Megerle, Identitäts- und Konsensprobleme, S. 90.
- 5 Sarcinelli, Wahlkampf, S. 7.
- 6 Bendikat, Wahlkämpfe, S.16; vgl. Rohe, Wahlen, S. 28; zur Begründung eines Ansatzes von historischen Forschungen zur politischen Kultur siehe Schumann, Nationalkultur, S. 19–25.
- 7 Bendikat/Lehnert, S. 103 f.
- 8 Feist/Liepelt, S. 176; vgl. Glück, S. 24. Zum modernen Wahlkampf und zu seinen Erscheinungsformen siehe allgemein die Arbeiten von Radunski; Wolf; sowie Sarcinelli, Wahlkampf.
- 9 Vgl. Rohe, Wahlen, S. 15. Folgt man Karl Rohe, so ist die Identifizierung von Wählerinteressen mit einer Partei aber „nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen ‚Politiken‘ gebildet wird“ (Wahlen, S. 25).
- 10 Berg-Schlosser/Schissler, S. 18.
- 11 Steinbach, Stand, S. 178. Dazu bedürfe es „einer gründlichen Darstellung des Wahlkampfverlaufs von der Kandidatennominierung über die mögliche Einflussnahme der Berliner Parteizentralen, die Diskussion des regional zu verantwortenden Parteiprogramms, die Wahlkampftechnik (Verteilung der Flugblätter, Organisation der Wahlveranstaltungen, Entfaltung von Pressekampagnen) bis hin zu Techniken der Wähleraktivierung“ (Ebd., S. 233).
- 12 Steinbach, Reichstagswahlen, S. 89; vgl. Rohe, Wahlforschung, S. 336 f.; zu den Fragestellungen, Methoden, Ansätzen und Zielen der historischen Wahlforschung siehe auch Büsch, S. 211– 261, sowie Steinbach, Reichstagswahlen, S. 93–99.

- 13 Kühne, Wahlrecht, S. 482.
- 14 Ebd., S. 543–544.
- 15 Vgl. Rohe, Wahlforschung, S. 335; Falter u. a., S. 121 f.
- 16 Berg-Schlosser, Kultur, S. 29.
- 17 So Steinbach, Zählung, S. 18. Steinbach vergleicht die zwei Ebenen der Reichstagswahlkämpfe: Die nationale Ebene im Spiegel der überregionalen Berliner Hauptstadtpresse sowie die regionale, für die er exemplarisch das Fürstentum Lippe untersucht, das einen Reichstagswahlkreis bildete.
- 18 Rohe, Wahlanalyse, S. 340. Rohe selbst versuchte durch Langzeitstudien auf regionalgeschichtlicher Grundlage im Ruhrgebiet, die politisch-kulturellen Milieus näher zu bestimmen.
- 19 Lehnert/Megerle, Identität, S. 29.
- 20 Steinbach, Reichstagswahlen, S. 94; vgl. ders., Wahlforschung, passim; zum Komplex Wahlentwicklung und regionale politische Kultur auch Hennig/Kieserling über den Landkreis Kassel zur Wiemarer Zeit. Die querschnittartigen Wahlkampfbeschreibungen des englischen Nuffield-College liefern seit den 1950er-Jahren politologische Beiträge über nationale Wahlkämpfe (vgl. beispielhaft die Studie von Kitzinger über den Bundestagswahlkampf von 1957). Die umfangreiche und schwerpunktmäßig regional orientierte Forschung zu Bundestagswahlkämpfen nach 1949, die vor allem von der Politikwissenschaft geleistet wurde, kann hier nicht erörtert werden. Neuerdings wird in der deutschen Parteienforschung gegen die „Dominanz der gesamtstaatlichen Perspektive“ eine Loslösung von der Fixierung auf die nationale Ebene gefordert, um die Wirklichkeit der Parteien sowohl „von oben“ als auch „von unten“ besser zu erfassen. Durch eine stärkere „Regionalisierung“ der Parteienforschung sollen die regionalen Disparitäten klarer herausgearbeitet werden; vgl. Schmitt, Parteien, S. 7–9; siehe auch Lösche, Parteien, S. 15–18.
- 21 Bendikat, Wahlkämpfe, S. 21. Ideal bleibt eine „kombinierte Untersuchung des überregionalen Wahlkampfes, wie er sich vor allem in der Presse niederschlägt, und der regional geprägten Sonderfaktoren“ (Steinbach, Stand, S. 185).
- 22 Bendikat/Lehnert, S. 103, Fn. 5; vgl. für den Kreis Düren bei Köln die Arbeit von Staatz; zu regionalen Traditionen im deutschen Parteiensystem siehe Schmitt, Parteien, S. 5–15.
- 23 MJ 113/13.5.1920: „Die Wahlparole des Zentrums“.
- 24 Vorwärts 154/30.3.1924: „Der Kampf um Berlin“; zur Bedeutung Berlins vgl. Haus, S. 161–264.
- 25 Vgl. Kühne, Wahlrecht, S. 539, wonach die Entwicklung des Wahlkampfstils im Deutschland des 20. Jahrhunderts eine „bemerkenswerte Mischung von Kontinuität und Wandel“ kennzeichnet.
- 26 Mommsen, Freiheit, S. 414 f.
- 27 Ebd., S. 462.
- 28 Paul, Aufstand, S. 149.
- 29 So der liberale Publizist Hellmut von Gerlach am 4.2.1928 (zit. nach: Holl/Wild, S. 202).

- 30 Vgl. Kühne, Wahlrecht, S. 529. Das geringe Interesse an historischer Wahlkampfforschung in Deutschland erklärt Kühne damit, dass Wahlkämpfen „aufgrund der sozialmoralischen Fragmentierung der Wählerschaft eine ungleich geringere Bedeutung für die Wählerentscheidung“ gegeben werde als etwa in England (ebd.).
- 31 Bendikat, Politikstile, S. 482.
- 32 Crothers, S. 7.
- 33 Vgl. Kühne, Wahlrecht, S. 537–538.
- 34 Kolb, Weimarer Republik, S. 151. Neben dem nach wie vor unverzichtbaren Pionierwerk von Arthur Rosenberg sowie dem ereignis- und forschungsgeschichtlichen Überblick von Eberhard Kolb, der 1993 in dritter Auflage erschien, wurden als Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik vor allem der 1989 veröffentlichte Band von Hans Mommsen, Freiheit, sowie die 1993 vorgelegte Synthese von Heinrich August Winkler, Weimar, herangezogen; siehe auch den Überblick von Gottfried Niedhart, der schwerpunktmäßig die „Einstellungen und Verhaltensweisen von politischen und gesellschaftlichen Eliten“ der Weimarer Republik beleuchtet (S. 10).
- 35 So explizit Orlow, Weimar Prussia, S. 154.
- 36 Bendikat/Lehnert, S. 102; vgl. Creekmore, S.3.
- 37 Paul, Aufstand, S. 17; siehe zur Wahlpropaganda der NSDAP auch die Arbeiten von Fischer, Wahlkampf, und Hackett; vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 340.
- 38 Vgl. Ruppert, Dienst, S. 25.
- 39 Vgl. Creekmore bzw. Hallgring.
- 40 Vgl. Ruppert, Dienst, S. 25.
- 41 Bendikat/Lehnert, S. 104. Die „forschungspragmatische“ Selbstbeschränkung von Bendikat/Lehnert auf das Medium der Tagespresse erscheint Kritikern ebenso als Manko wie das Fehlen einer ideologiekritischen Relativierung der Quellenaussagen (vgl. Günter Könke, Politische Identität [Rezension], in: IWK 4 [1989], S. 574 f.).
- 42 Stadel, S. 3.
- 43 Staatz, S. 6.
- 44 Stürmer, Koalition, S. 5; vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 147–157.
- 45 Peukert, S. 205; vgl. Winkler, Weimar, S. 604; Kolb, Weimarer Republik, S. 71 f.; Niedhart, S. 13 f.
- 46 Schirmer, S. 114; vgl. Schumann, Nationalkultur, S. 24.
- 47 Das Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach besitzt kein Wahlkampfmaterial der Weimarer Parteien (Schreiben Dr. Jürgen Frölich, Archiv des Deutschen Liberalismus, 16.2.1994).
- 48 Becker, Demokratie, S. 36.
- 49 Steinbach, Zähmung, S. 48; vgl. Schirmer, Mythos, S. 123–131; über Zeitungen als historische Quelle und die Distinktion von „genuinen“ und in der Presse „mediatisierten“ Ereignissen siehe Ackermann, passim; sowie Asmuss, S. 18–22; zum Komplex Presse und historische Wahlforschung siehe Steinbach, Zähmung,

- S. 63–91; Stadel, S. 9–21; zur Weimarer Pressestruktur vgl. Fischer, Wahlkampf, S. 95–118; Fischer, Handbuch, S. 230–282 und 440–512.
- 50 Ruppert, Dienst, S. 23; vgl. Childers, Language, S. 338; Schulze, Anpassung, S. VII–VIII.
- 51 Lösche/Walter, SPD, S. 55; zum Stellenwert des „Wahlentscheidungsfaktors ‚Programmatisches‘“ siehe Wolf, Wahlkampf und Demokratie, S. 107–114; Steinseifer/Wolf, S. 69–75.
- 52 Siehe Becker, Demokratie, S. 31–36 und S. 12–20; vgl. Bendikat, Demokraten, S. 141.
- 53 Becker, Demokratie, S. 20–31, hier S. 28; vgl. Koszyk, Presse, S. 216–219; Asmuss, S. 54–60.
- 54 Vgl. ebd., S. 52–54.
- 55 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 262; Turner, Großunternehmer, S. 45; Koszyk, Presse, S. 135–159.
- 56 Plewina, S. 381 f.; zum Völkischen Beobachter siehe Asmuss, S. 39–43.
- 57 Weber, Wandlung I, S. 272–275; Koszyk, Deutsche Presse, S. 324 f.; Asmuss, S. 63–68.
- 58 Vgl. dazu Schulze, Vorwärts; siehe auch Asmuss, S. 60–63. Zur Kontrolle etwaiger Regionaleffekte wurden des Weiteren die Tageszeitungen der Stadt Mainz herangezogen, die zum Wahlkreis Hessen-Darmstadt gehörte und als „Hauptstadt der besetzten Gebiete“ bis 1930 im Blickwinkel der Reichspolitik stand, namentlich die *Volkszeitung*, das Organ der SPD für die Provinz Rheinhessen und die Mainspitze, das sechsmal wöchentlich in einer Auflage von knapp 17000 erschien (vgl. Koszyk/Eisfeld, S. 159), sowie der liberale *Mainzer Anzeiger*, das zentrumsnahe *Mainzer Journal* und die deutschnationale *Mainzer Tageszeitung*.
- 59 Hagen, Plakat, S. 414.
- 60 Vgl. Kirchner, Flugblätter, S. 9. Über die Entwicklung des Flugblattes in Deutschland unterrichtet der zuerst 1922 von Karl Schottenloher unter dem Titel „Flugblatt und Zeitung“ veröffentlichte „Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum“. Gedruckte Reproduktionen von Flugblättern zur neueren deutschen politischen Geschichte sind selten (vgl. mit Beispielen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Achten/Krupke; aus der Weimarer Zeit siehe Buchstab u. a.; Wilpert, S. 164–177). Seit längerem liegt die linguistische Arbeit von Gabriele Wilpert über Weimarer Wahlflugblätter vor. Intensiv greift zudem der amerikanische Historiker Thomas Childers auf Flugblätter als Quelle für seine Untersuchungen zur Weimarer Parteiengeschichte zurück.
- 61 Brückel, S. 160.
- 62 Vgl. Wilpert, S. 141; Childers, Language, S. 342.
- 63 Kämpfer, S. 17.
- 64 Definitions- und Unterscheidungsversuche des Flugblattes als einer in Inhalt und Form knapper gehaltenen Flugschrift (vgl. etwa d’Ester, Sp. 1041 f.; Hagelweide, S. 41; siehe auch Bliembach, S. 62 f.) erscheinen unzumutbar, da weder der Umfang noch die Aktualität des Inhalts, noch der zusätzliche Arbeitsvorgang des Heftens zwingende gattungstypische Merkmale darstellen.

- 65 Opgenoorth, S. 107 f.; Boshof u. a., S. 255 f.; vgl. Brandt, S. 54–56; Scheurig, S. 34–37.
- 66 Vgl. Achten/Krupke, S. 1–4.
- 67 Eine Studie zur Propaganda der NSDAP vor 1933 versteht darunter die „theatralisch-ästhetische Inszenierung einer emotionsmächtigen Scheinwelt“ (Paul, Aufstand, S. 16); vgl. zum folgenden auch Schieder/Dipper, passim; Kämpfer, S. 21–26.
- 68 Bucher, Film, S. 523.
- 69 Vgl. Kämpfer, S. 41–42; sowie Hagen, passim; Buchbender/Schuh, S. 28–30.
- 70 Dazu Kämpfer, S. 99–103. Gabriele Wilpert, die die spezifische Sprache von Wahlflugblättern anhand von Beispielen aus der Weimarer Republik untersucht, gelangt zu dem Ergebnis, dass das politische Flugblatt zwar in erster Linie eine publikationstechnisch abgrenzbare Textform darstellt, darüber hinaus aber auch einen besonderen Sprachstil besitzt. Ihr Hinweis auf die „ideologische Polysemie“ in der Flugblattpropaganda ist auch für die vorliegende Arbeit wichtig, insofern die Bedeutung eines Begriffes je nach politischem Standort des Senders variieren kann, was sie anhand von Beispielen wie „Freiheit“ oder „Sozialismus“ nachweist (vgl. S. 112 f.).
- 71 Zur Problematik siehe Falter u. a., S. 119–123.
- 72 Bosbach, Feindbilder, S. X–XI; vgl. Schirmer, Deutungsmuster, S. 39–48; zur Struktur und Funktion von Feindbildern in historischer Sicht vgl. Bernhardt, Voraussetzungen, passim.
- 73 Bernhardt, Voraussetzungen, S. 15.

Anmerkungen zu Kapitel 2 (Seite 33 bis 43)

- 74 Neumann, S. 25; vgl. Steinbach, Legacies, S. 36–40; Winkler, Weimar, S. 15–19; zur Verfassungsstruktur des Kaiserreichs siehe auch Born, Reichsgründung, S. 12–25.
- 75 Steinbach, Kultur, S. 198; zur politischen Kultur vor 1914 siehe Stürmer, Reich, S. 95–119.
- 76 Nipperdey, Geschichte, S. 311 f.; zum Parteiensystem und zu den wichtigsten Wählerbewegungen bei Reichstagswahlen vor 1914 siehe ebd., S. 311–358 u. 514–575; Born, Reichsgründung, S. 25–40; Baumgart, S. 122–126 u. 150–166; Ritter, Arbeitsbuch, S. 23–32 (dort, S. 38–43, auch die Reichstagswahlergebnisse); ders., Parteien, S. 10–29; zur sozialen Basis der Parteien ebd., S. 49–84; zur Parteiorganisation Nipperdey, Organisation, besonders S. 396–402.
- 77 Vgl. Steinbach, Kultur, S. 210–214.
- 78 Wiesendahl, S. 344; zu den frühen Formen lokaler Parteiorganisationen wie den Wahlkomitees, Wählerversammlungen und Wahlvereinen vgl. Nipperdey, Organisation, S. 42–85.
- 79 Nipperdey, Geschichte, S. 500.
- 80 Ritter, Arbeitsbuch, S. 28.

- 81 Vgl. Nipperdey, Geschichte, S. 501–503, hier S. 503; zur Praxis und Bedeutung der Stichwahlen Schanbacher, S. 26–32; Fenske, Wahlrecht, 115–134; zum Wahlsystem und -recht vor 1914 siehe Nipperdey, Geschichte, S. 497–502; sowie Schanbacher, S. 23–47; Vogel/Schultze, S. 214–244; Ritter, Parteien, S. 33–42.
- 82 Steinbach, Reichstagswahlen, S. 100; zu Bismarcks Motiven bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts siehe ders., Zähmung, S. 18–30.
- 83 Steinbach, Zähmung, S. 30 f.; zur Rolle der Reichsregierung in den Wahlkämpfen siehe Ritter, Parteien, S. 42–48; zur Praxis der Reichstagsauflösung im Kaiserreich Umbach, S. 210–259.
- 84 Steinbach, Zähmung, S. 38; zum Interessenverbandssystem im Kaiserreich siehe Nipperdey, Geschichte, S. 576–595; Ullmann, S. 68–122; zur Wahlpolitik im Kaiserreich Suval, S. 242–257.
- 85 Steinbach, Zähmung, S. 1076; vgl. ausführlich ebd., S. 17–40; zur „Nationalisierung“ der Reichstagswahlkämpfe siehe auch Fairbairn, Elections, S. 22–30.
- 86 Vgl. Steinbach, Reichstagswahlen, S. 107–110.
- 87 Ders., Zähmung, S. 1078.
- 88 Ebd., S. 33–34.
- 89 Steinbach, Kultur, S. 204.
- 90 Ritter, Parteien, S. 23; vgl. zum folgenden ebd., S. 23–27.
- 91 Steinbach, Kultur, S. 210f; vgl. Nipperdey, Organisation, S. 91 f.
- 92 Vgl. Bendikat, Politikstile, S. 497–501, hier S. 501.
- 93 Vgl. Bertram, Reichstagswahlkampf, S. 556; Liebert, S. 278–282; vgl. zur Kandidatenaufstellung und zur Wahlagitation des Zentrums in der Reichstagswahl von 1871 Christoph Weber, „Eine starke, eng geschlossene Phalanx“. Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871, Essen 1992 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 35).
- 94 Vorwärts 408/1.9.1930: „Wahlen im alten Berlin. Ein erfreuliches Kapitel Parteigeschichte“.
- 95 Schulze, Braun, S. 67 f.
- 96 Nipperdey, Organisation, S. 325. Im Protokoll des Parteitages von 1900 heißt es: „Das Lebenselement der Partei ist die Agitation, ihre Forderung die erste und vornehmste Aufgabe des Parteivorstandes“ (S. 7).
- 97 Vgl. zum Ethos der wilhelminischen SPD als „Stimmrechtsarmee“ Hodge, S. 167–172.
- 98 Nipperdey, Geschichte, S. 516.
- 99 Ebd., S. 518; vgl. ders., Organisation, S. 152–154.
- 100 Ders., Geschichte, S. 519 f.
- 101 Bertram, Reichstagswahlkampf, S. 559–566, hier S. 566.
- 102 Steinbach, Zähmung, S. 45.
- 103 Zu den „Reichsgründungswahlen“ vom März 1871 siehe ebd., S. 281–368; zur „normalen“ Wahl vom Januar 1874 siehe ebd., S. 371–416.

- 104 Nipperdey, Geschichte, S. 395–398, Zitat S. 396; vgl. Steinbach, Zähmung, S. 513–725; Born, Reichsgründung, S. 128–129; zum konservativen Feindbild „Sozialdemokratie“ im Kaiserreich siehe Roller, Gefahr.
- 105 Zur Wahlbewegung vom Oktober 1881 siehe Steinbach, Zähmung, S. 731–846; zur Bedeutung der Reichstagswahl als politischer Wendepunkt ebd., S. 968–976; zum Antisemitismus als Feindbild im deutschen Kaiserreich siehe Bernhardt, Juden.
- 106 Nipperdey, Geschichte, S. 417.
- 107 Vgl. Fairbairn, Elections, S. 271–274.
- 108 Crothers, S. 240.
- 109 Nipperdey, Geschichte, S. 730 f.
- 110 Ward, S. 189; vgl. Crothers, S. 103–166.
- 111 Fricke, Regierungswahlkampf, S. 493–501.
- 112 Nipperdey, Geschichte, S. 731; zum Wahlausgang vgl. Crothers, S. 166–184.
- 113 Siehe dazu Bertram, Wahlen, 167–173; vgl. auch Groh, Integration, S. 265–289; zum Reichstagswahlkampf 1911/12 siehe auf regionaler Ebene Staatz, S. 13–34.
- 114 Bertram, Reichstagswahlkampf, S. 553–554.
- 115 Vgl. Ritter, Arbeitsbuch, S. 42.
- 116 Groh, Integration, S. 265; zum Wahlkampf der SPD auch Schulze, Braun, S. 151–155.
- 117 Vgl. Bertram, Reichstagswahlkampf, S. 555.

Anmerkungen zu Kapitel 3 (Seite 45 bis 83)

- 118 „Wahlbegebenheiten einst und jetzt“, in: Graf, Erzählungen, S. 126.
- 119 Der Wahlkampf auf den Trümmern des Deutschen Reiches, S. 5.
- 120 Schirmer, S. 258; vgl. Sontheimer, Kultur, S. 454; Kolb, Weimarer Republik, S. 152.
- 121 Vgl. Lehnert/Megerle, Teilkulturen, Einleitung, S. 9 f.; zu den Begriffen „Milieu“, „Lager“ usw. siehe Falter, Wählerpotentiale, S. 282–284; zu den Wählerblöcken vgl. ebd., S. 286–292. Die Einteilung in politische Teilkulturen blieb nicht ohne Widerspruch, wobei Karl Rohe seine regionalhistorische Wahl- und Parteienanalyse in Deutschland nach 1867 anhand dreier „Großlager“ durchführt, dem sozialistischen, dem katholischen und dem nationalen. Ab 1928/29 beobachtet Rohe eine Radikalisierung der politischen Kultur mit dem Einbruch der NSDAP als neue Lagerpartei in das überlieferte Drei-Lager-System (vgl. Rohe, Wahlen, S. 121–163); siehe auch Winkler, Weimar, S. 295 f., der die Weimarer Republik als eine „Klassengesellschaft im Übergang“ definiert, in der es trotz einer die Milieugrenzen überwindenden neuen Massenkultur noch Klassenkampf von „oben“ und „unten“ gegeben habe.
- 122 Lösche/Walter, SPD, S. 27; vgl. Schirmer, S. 70, wonach das Neue der politischen Kultur Weimar-Deutschlands gerade gewesen sei, dass sich keine „politisch-kulturelle Hegemonialmacht“ herausbildete.
- 123 Lehnert, Fragmentierung, S. 79.

- 124 Lehnert/Megerle, Identitäts- und Konsensprobleme, S. 90.
- 125 Nipperdey, Geschichte, S. 574.
- 126 Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 15 f.; vgl. auch Megerle, Element, S. 219–249.
- 127 Vgl. Witt, Zerbrechen, passim.
- 128 Sontheimer, Kultur, S. 463–64. Grundsätzlich gilt der Hinweis von Hans-Gerd Schumann, „dass Politik trotz segmentierter Politischer Kultur symbolisches Handeln auf unitarisch Verbindenes ist“ (Schumann, Nationalkultur, S. 25).
- 129 Stürmer, Parteienstaat, S. 121; vgl. Winkler, Weg, S. 316.
- 130 Zit. nach: Reinhardt, S. 80; vgl. Mommsen, Freiheit, S. 224.
- 131 Winkler, Weimar, S. 98; vgl. Heinemann, Last, S. 385, wonach der „Kampf gegen die Kriegsschuldlüge“ die wesentliche, wenn auch antidemokratisch wirkende „Integrationsklammer der politischen Kultur Weimars“ gewesen sei.
- 132 Niedhart, S. 47.
- 133 Ebd., S. 36.
- 134 Funke, Republik, S. 19. Thomas Childers hat schließlich vor dem Hintergrund der „Sonderweg“-Debatte auf die Rolle der beruflichen „Standes“-Ideologie als „the most reliable indicator of social self-image in german political culture“ hingewiesen (Childers, Language, S. 355).
- 135 Falter u. a., S. 119; zur sozialen Basis der Weimarer Parteien und ihrer Wählerschaft siehe ebd., S. 155–203; sowie ders., Wahlen, S. 484–495.
- 136 Falter u. a., S. 120; zu den wichtigsten Wählerbewegungen zwischen 1919 und 1933 siehe ebd., S. 15–22; ders., Hitlers Wähler, 24–41; Rohe, Wahlen, S. 147–163.
- 137 Vgl. Childers, Inflation, S. 418.
- 138 Neumann, S. 13; vgl. Bracher, Auflösung, S. 37–44; zum Weimarer Parteiensystem siehe Huber, Bd. 6, S. 175–304; Vogt, Parteien; Mommsen, Freiheit, S. 201–205; Bergsträsser, 197–230; Schulze, Weimar, S. 67–85; Möller, Weimar, 89–106; sowie Lösche, Parteien, S. 65–103. Wie bei der allgemeinen Weimar-Forschung ist die Anfangs- und Endphase der Republik „wesentlich intensiver erforscht als die Parteigeschichte in der Mittelphase“ (Kolb, Weimarer Republik, S. 170). Vgl. allgemein zur Problematik den Aufsatz von Dieter Hein: „Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung“, in: HZ 263/1996, S. 69–97.
- 139 So Bracher noch 1965 in der Einleitung zu Neumann, S. 11.
- 140 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 202–205; Vogt, Versagen, passim. Die Weimarer Verfassung sprach nur an einer einzigen Stelle – und da in Paranthese – von ihnen, nämlich im Artikel 130, wo es heißt, dass die Beamten Diener der Gesamtheit seien, nicht einer Partei.
- 141 Lösche, Parteien, S. 67.
- 142 Zit. nach: Ebd., S. 10.
- 143 Neumann, S. 18–19; zur Unterscheidung von Massenintegrationspartei und Honoratiorenpartei siehe Lösche, Parteien, S. 19–22; zum Begriff der Partei siehe ebd., S. 11–15.
- 144 „Staatsbürger – man wirbt um Dich!“, S. 8–9.
- 145 FZ 546/24.7.1932: „Klare Fronten! Der Kernpunkt des Wahlkampfes“.

- 146 Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitagcs der DDP, S. 11.
- 147 Vgl. Ullmann, S. 175; Ruppert, Dienst, S. 89.
- 148 Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 73–91, hier S. 73; vgl. Winkler, Weimar, S. 597–599; siehe auch Stürmer, Koalition, S. 281: „Die Stabilität aller Koalitionen hing davon ab, dass sich die sozialen Kräfte im Vorfeld der Parteien zum Ausgleich bereit fanden. Dieser Zusammenhang bedingt zugleich das Dauerdilemma der Koalitionspolitik, das darin bestand, dass der Prozess der parlamentarischen Integration maßgeblich von nicht eigentlich politischen Gruppen beeinflusst wurde“.
- 149 Vgl. Palmer, S. 331.
- 150 Kolb, Weimarer Republik, S. 72.
- 151 Mommsen, Weimarer Republik, S. 204; Jones, Liberalism, S. 478–479.
- 152 Vgl. Stürmer, Koalition, S. 91; Mommsen, Freiheit, S. 226–275.
- 153 Mommsen, Freiheit, S. 221; zur Koalitionspolitik 1926/28 siehe Winkler, Schein, S. 290–318.
- 154 Niedhart, S. 114.
- 155 Mommsen, Freiheit, S. 412; vgl. auch Flechtheim, Strategie, S. 48, wonach das von der Furcht vor der KPD motivierte Bündnis der SPD mit bürgerlichen Parteien die Weimarer Koalitionspolitik als „eine Fortsetzung der Burgfriedenspolitik von 1914“ erscheinen lasse.
- 156 Winkler, Weimar, S. 242–243; vgl. ähnlich Ruppert, Dienst, S. 412–413.
- 157 Mommsen, Freiheit, S. 219–220; vgl. Hodge, S. 177–178; Kluge, Verhältnis, S. 9–23; Gransow/Krütke, besonders S. 142–144. Allerdings gab es auch Kritiker der „Abstinenzpolitik“, etwa Otto Braun, der in Preußen seit 1920 erfolgreich eine Koalitionsregierung anführte; vgl. Winkler, Klassenkampf, S. 189–192.
- 158 Joos, Zentrumsparlei, S. 156–157.
- 159 Falter/Bömermann, S. 118; zu den Hochburgen und Diasporagebieten der Weimarer Parteien siehe Falter u. a., S. 124–134; auch Rohe, Wahlen, S. 140–143.
- 160 Childers, Interest, S. 4; vgl. zu den Klein- und Interessenparteien der Weimarer Republik Falter u. a., S. 49–61; Schumacher, Zersplitterung.
- 161 Schumacher, Mittelstandsfront, S. 27; zu den Mittelstandsprogrammen der Weimarer Parteien siehe ebd., S. 47–57; Winkler, Mittelstand, S. 121–139; Jones, Inflation, 143–166.
- 162 Lösche, Parteien, S. 65.
- 163 Winkler, Schein, S. 399; vgl. Mommsen, Freiheit, S. 219; Neumann, S. 28–41. Die Geschichte der Weimarer SPD ist seit der dreibändigen Synthese von Heinrich August Winkler über Arbeiter und Arbeiterbewegung umfassend erforscht.
- 164 Winkler, Schein, S. 149.
- 165 Siehe dazu Zarnsky, S. 188–296.
- 166 Lösche, Parteien, S. 70.
- 167 Vgl. Wette, Stimmzettel, S. 360–372; zur Wahlpolitik der Weimarer SPD Hodge, S. 173–185.
- 168 Schulze, Braun, S. 67 f.

- 169 Nipperdey, Organisation, S. 325. Im Protokoll des Parteitages von 1900 heißt es: „Das Lebenselement der Partei ist die Agitation, ihre Förderung die erste und vornehmste Aufgabe des Parteivorstandes“ (S. 7); vgl. zum Ethos der wilhelminischen SPD als „Stimmrechtsarmee“ Hodge, S. 167–172.
- 170 Zu den volksparteiichen Öffnungsversuchen der Weimarer SPD siehe Lösche/Walter, SPD, S. 17–30; zur sozialen Basis der SPD vgl. Winkler, Schein, S. 346–350. Nachdem sie im Krieg auf eine Viertelmillion abgesackt und in der Revolution wieder auf über eine Million gestiegen war, stagnierte ihre Mitgliederzahl in den 1920er-Jahren bei dieser Marge. Während 1930 knapp zwei Drittel der Mitglieder als Arbeiter zu bezeichnen und damit deutlich überrepräsentiert waren – gegenüber zehn Prozent Angestellten, drei Prozent Beamten, 17 Prozent Hausfrauen und zehn Prozent Sonstigen – lag der Anteil von Jugendlichen (unter 25 Jahren) bei knapp acht Prozent ungewöhnlich niedrig und stieg der Frauenanteil bis 1931 auf immerhin 23 Prozent.
- 171 Protokoll der Reichskonferenz, S. 71 f.
- 172 Ebd., S. 54; Vorwärts 232/6.5.: „Reichskonferenz der Sozialdemokratie“; Volkszeitung 119/25.5.1920: „Die sozialdemokratische Fraktion an die Wähler“.
- 173 Protokoll der Reichskonferenz, S. 65.
- 174 Druck des Görlitzer Programms in: Treue, S. 111–116; vgl. Winkler, Revolution, S. 446–450.
- 175 Vgl. dazu Winkler, Weimar, S. 179–185; Kluge, Verhältnis, S. 10–15; zur Vereinigung von Rest-USPD und MSPD siehe Krause, S. 254–262; Winkler, Revolution, S. 486–501.
- 176 Lösche/Walter, SPD, S. 64; zur sozialdemokratischen Teilkultur siehe Lehnert, Staatspartei; Schirmer, S. 78–80; Lösche/Scholing, S. 184–187; zum „sozialistischen Lager“ vgl. Rohe, Wahlen, S. 125–131.
- 177 Mommsen, Freiheit, S. 219 f.
- 178 Lösche/Walter, SPD, S. 64; zur sozialdemokratischen Teilkultur siehe Lehnert, Staatspartei; Schirmer, S. 78–80; Lösche/Scholing, S. 184–187; zum „sozialistischen Lager“ vgl. Rohe, Wahlen, S. 125–131.
- 179 Winkler, Schein, S. 326; vgl. dazu Lehnert, S. 231, der Winkler vor einer „chronischen Überschätzung des Einflusses von Programmaussagen in der Geschichte der Sozialdemokratie“ warnt; zum Verfassungsverständnis der Weimarer SPD siehe Steinbach, Reichsfeind, passim; Schneider, Staatsloyal, S. 57–78.
- 180 Heidelberger Programm der SPD (Druck in: Treue, S. 116–120; Dowe/Klotzbach, S. 215–224).
- 181 Zur Stellung der Weimarer SPD gegenüber Fragen des „Vaterlandes“ sowie zu „nationalen“ Aspekten in ihrer Propaganda siehe Groh/Brandt, S. 174–210; vgl. Heinemann, S. 248.
- 182 Kolb, Weimarer Republik, S. 74; zur SPD in der Stabilisierungsphase vgl. Winkler, Schein, S. 319–415.
- 183 Winkler, Mittelstand, S. 124–127; vgl. Speier, S. 17–27; Pyta, S. 429–438; zum Kieler Agrarprogramm vgl. Winkler, Schein, S. 334–342; Rupieper, S. 14–17; Leuschen-Seppel, S. 206–210.

- 184 Hägermann, S. 716.
- 185 Vgl. Kluge, Verhältnis, S. 20–21.
- 186 Pyta, S. 505; zur Faschismusanalyse der SPD siehe ebd., S. 48–90; vgl. Wippermann, Analyse, S. 9–15.
- 187 Lehnert, Staatspartei, S. 112–113.
- 188 Vgl. Weiß, Organsation, S. 364; Liebe, S. 146.
- 189 Druck in: Heilfron, S. 125–126. Zur Gründung, Politik und Entwicklung der DNVP siehe Liebe, S. 7–25, sowie Hertzman; Dörr, besonders S. 46–61; Neumann, S. 61–64; Vogt, Parteien, S. 144–146; zum Wahlkampf der DNVP 1919 siehe Hertzman, S. 32–59; Striesow, S. 44–63; Stupperich, S. 24–26; Gemein, S. 11–14.
- 190 „Monarchie oder Republik“; „Fehlt uns die Demokratie?“, Flugblätter, HStW, 1152 (21); „Rettung für Volk und Vaterland“, Plakat (Druck in: Heilfron, S. 151–153); „An alle deutschen Mütter, Frauen und Jungfrauen!“, Flugblatt, HStW, 1152 (21); „Ist die deutschnationale Volkspartei eine wahre Volkspartei? Ja! Das zeigt ihr Programm“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I.
- 191 Zum Kapp-Putsch und zu den Deutschnationalen vgl. Liebe, S. 51–61; Hertzman, S. 93–124.
- 192 „Deutsche Männer und Frauen!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I (Druck in: Liebe, S. 119–121); zum Wahlkampf der DNVP auch Striesow, S. 233–242.
- 193 Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 75; Neumann, S. 61.
- 194 Fricke II, S. 477.
- 195 Siehe dazu Ribhegge, S. 158–204; zum antidemokratischen Selbstverständnis der „nationalen“ Rechte in der Weimarer Republik vgl. Sontheimer, Denken, S. 113–141.
- 196 Niedhart, S. 98.
- 197 Druck der Grundsätze von 1920 in: Liebe, S. 107–121; vgl. zum Parteiprogramm der DNVP ebd., S. 18–25; sowie Fricke II, S. 486–493.
- 198 Morsey, Untergang, S. 13. Zum Weimarer Zentrum siehe außer den Arbeiten von Morsey auch Ruppert, Dienst; sowie Hürten, Katholiken, besonders S. 86–119 und 160–178; Neumann, S. 41–48.
- 199 Ruppert, Dienst, S. 413; vgl. zum Wahlverhalten der Katholiken bei Reichstagswahlen Horstmann; zur Problematik einer Konfessionspartei siehe auch Hehl, S. 238–242.
- 200 Vgl. Kotowski, passim; Schirmer, S. 81–82.
- 201 „Das Zentrum allein vereinigt alle Berufsstände“, Plakat (Druck in: PP, S. 57).
- 202 „Die Partei der Mitte, das Heil Deutschlands!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; zum Wahlkampf des Zentrums vgl. Morsey, DZP, S. 311–324; regional Stump, S. 39–43; Mick, S. 91–98.
- 203 Kotowski, S. 161.
- 204 Hürten, Katholiken, S. 89.
- 205 Siehe dazu Ruppert, Dienst, S. 409–419; vgl. Joos, Zentrumspartei, S. 159–160, demzufolge aus dem „zweifachen“ Wesen des Zentrums kein „unsittlicher“ Neu-

- tralismus“ gegenüber dem Staat erwuchs, kein „Weder-noch“, sondern ein sittlich bedingtes ‚Sowohl als auch‘.
- 206 Morsey, Untergang, S. 18.
- 207 Neumann, S. 45.
- 208 Ruppert, Dienst, S. 60–61.
- 209 Morsey, Untergang, S. 23.
- 210 Druck der Richtlinien vom Januar 1922 in: Mommsen, Parteiprogramme, S. 486–489; vgl. das so genannte Nationalpolitische und das Sozialpolitische Manifest der Zentrumsfraktion des Reichstags vom 21.1.1927 (Druck in: Ebd., S. 493–498).
- 211 Ruppert, Dienst, S. 418 f.; vgl. Kotowski, S. 160: „Als Sammlungspartei einer Konfession vereinigte sie [die Zentrumspariei] in sich alle soziale Gruppen und war daher als einzige deutsche Partei dazu befähigt, Koalitionen mit der Linken wie mit der Rechten einzugehen“.
- 212 Vogt, Parteien, S. 144; Schönhoven, BVP, S. 340; zum Verhältnis von Zentrum und BVP siehe Ruppert, Dienst, S. 306–315.
- 213 Schönhoven, BVP, S. 342.
- 214 Zum Föderalismus der BVP siehe Schönhoven, Volkspartei, besonders S. 22–28.
- 215 Druck in: UF IV, S. 142–144; zum Wahlkampf der KPD siehe Winkler, Revolution, S. 346–347.
- 216 Zur gut erforschten Geschichte der KPD siehe vor allem die Arbeiten von Weber und Flechtheim; vgl. auch Fowkes, S. 183–189; zur Haltung der Kommunisten gegenüber der Weimarer Republik siehe zuletzt Kefßler.
- 217 Vgl. Weber, Wandlung I, S. 300–328 u. 342–351; Flechtheim, S. 328–340; Neumann, S. 91 f.
- 218 Lösche, Parteien, S. 103; vgl. Weber, Kommunismus, S. 97–113; ders., Wandlung I, S. 280–293; Winkler, Weg, S. 595–602; zur Mitgliederentwicklung Weber, Wandlung II, S. 362 f.
- 219 Siehe dazu Winkler, Weimar, S. 150 f.; Weber, Wandlung I, S. 53–238; Winkler, Schein, S. 417–465; zur Abhängigkeit der KPD von der Moskauer Komintern und dem Vorbildscharakter der Sowjetunion in der KPD siehe Weber, Wandlung I, S. 310–318; zur „ideologischen Bolschewisierung“ der KPD siehe ebd., S. 89–97.
- 220 Neumann, S. 87; Schönhoven, Reformismus, S. 134; vgl. Gailus, S. 62, wonach die kommunistische Teilkultur „durch permanente Bewegung bestimmt [war], durch ein heroisches Pathos des Kampfes, durch unentwegte Agitation und Propaganda für die eigene ‚gute Sache‘, durch die Neigung zur scharfen, polarisierenden Politisierung, die vor keinem Bereich des alltäglichen Lebens halt machte“.
- 221 Druck des Aktionsprogramms in: Weber, Kommunismus, S. 86 f.
- 222 Druck in: Weber, Kommunismus, S. 102–105.
- 223 Zur „ultralinken“ Phase und Politik der KPD ab 1928/29 siehe Flechtheim, S. 248–288; Weber, Wandlung I, S. 239–247; Winkler, Schein, S. 661–698; Schönhoven, Reformismus, S. 132–139; Wieszt, 178–186; Wippermann, Analyse,

- S. 67–73; zur ziemlich wirren Faschismusanalyse der KPD speziell Weber, Hauptfeind, S. 26–30; sowie Wippermann, Analyse, S. 76–79.
- 224 Neumann, S. 94.
- 225 „Von roten Ketten“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1921; vgl. Neumann, S. 60; Schulze, Braun, S. 329; zur Haltung der DVP zum Kapp-Lüttwitz-Putsch siehe Stresemann, Märzereignisse; Fricke II, S. 428–431.
- 226 Hartenstein, S. 205–206; zum Konkurrenzverhältnis der liberalen Parteien um 1920 siehe ebd., S. 123–127; „Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I; „1807 Tilsit – 1920 Versailler Vertrag!“ (Druck in: PP, S. 123); „Weg die Fessel“ (Druck in: ebd., S. 68).
- 227 Zit. nach: Treue, S. 128. Zur Geschichte der DVP liegt bislang keine Monographie vor, vielmehr wird sie im Rahmen des politischen Gesamtliberalismus behandelt siehe die Arbeiten von Jones, Liberalism; sowie Frye; vgl. auch Neumann, S. 54–61.
- 228 Vgl. ebd., S. 56.
- 229 Dazu besonders Döhn, S. 91–138.
- 230 Vgl. Fricke II, S. 414–421.
- 231 Lösche, Parteien, S. 89.
- 232 So Conrad Haußmann in der Nationalversammlung (zit. nach: Heilfron, S. 2940).
- 233 Vgl. Albertin, Liberalismus, S. 209–225; Schneider, DDP, S. 200–212.
- 234 Bendikat, Demokraten, S. 139 f.
- 235 Lösche, Parteien, S. 85; zur Desintegration des Liberalismus nach 1918 siehe Heß, S. 91–116; zur organisatorischen Struktur der DDP siehe Schneider, DDP, S. 57–77; Albertin, Liberalismus, S. 89–105; vgl. allgemein zur Geschichte der DDP auch die Arbeiten von Frye; Jones, Liberalism; Stephan, Aufstieg.
- 236 FZ 279/17.4.1920: „An das deutsche Volk!“
- 237 Neumann, S. 51; vgl. Frye, S. 146–155; Bracher, Auflösung, S. 86–90.
- 238 Siehe Portner, S. 159 f.
- 239 Zum Abschneiden der DDP bei den Reichstagswahlen siehe Frye, S. 223–234.
- 240 Albertin, Parteien, S. 195; zur sozialen Struktur und Wählerbasis der DDP vgl. Falter u. a., S. 167 f.; Winkler, Wer wählte liberal; Langewiesche, S. 240–251.
- 241 Bendikat, Demokraten, S. 157 f.
- 242 So Stephan, Aufstieg, S. 225.
- 243 Druck in: Treue, S. 135–140.
- 244 Schustereit, S. 14.
- 245 Vgl. Schneider, DDP, S. 141–161; zum Begriff des „sozialen Kapitalismus“ ebd., S. 57–59.
- 246 Reichel, Ästhetisierung, S. 297.
- 247 Lehnert/Megerle, Teilkulturen, S. 22.
- 248 Paul, Sturm, S. 256; vgl. Kolb, Weimarer, Republik, S. 107–119; Schulze, Weimar, S. 328–345; Mommsen, Freiheit, S. 322–336; zum Verhältnis von politischer Organisation und SA siehe Schieder, NSDAP, S. 148 f.
- 249 Vgl. dazu Schirmer, S. 86–88.

- 250 Vgl. Thamer, Verführung, S. 135; Winkler, Weimar, S. 463; Paul, Aufstand, S. 17; Stachura, Wendepunkt, S. 88, wonach erst das „unrühmliche Scheitern des „städtischen Plans““ im Mai 1928 eine strategische Wende ihrer Politik hin zu stärker nationalistischen und weniger antikapitalistischen Werbung auch um ländliche Wähler verursachte; laut Paul, Aufstand, S. 84–89, habe sich die NSDAP dagegen nach dem Mai 1928 gleichermaßen stärker auf die Arbeiterschaft und auf die Ausdifferenzierung der Zielgruppenpropaganda konzentriert.
- 251 Vgl. Mommsen, Scheitern, S. 11; Lösche, Parteien, S. 94. Einen Überblick über zeitgenössische und moderne Erklärungsversuche der NSDAP-Wahlerfolge vor 1933 gibt Falter, Hitlers Wähler, 42–53. In den Reichstagswahlkämpfen bis 1932 präsentierte sich die NSDAP laut Gerhard Paul in erster Linie als Hoffnungsträger des „erwachenden Deutschland“. Nationalistische Themen sowie das Versprechen auf Überwindung der Klassengesellschaft spielten dem gegenüber während der „Kampfzeit“ nur eine sekundäre Rolle (Paul, Aufstand, S. 220).
- 252 Zum Programm und zu den Zielen der DVFP siehe Fricke II, S. 549–558; Wulff, S. 14–18.
- 253 Winkler, Weimar, S. 613; zum nationalsozialistischen „Sozialismus“-Begriff siehe am Beispiel von Goebbels jetzt Höver; sowie Mommsen, Sozialismus; Schieder, NSDAP, S. 143–145; Schulz, Aufstieg, S. 386–398; zur Entstehung und Entwicklung des antimarxistischen Feindbildes der NSDAP siehe Ristau, passim.
- 254 Falter, Wähler, S. 55; zur Sozialstruktur und „modernen“ Volksparteikonzeption der NSDAP siehe ders., Volkspartei, passim; zum sozialen Aktionsradius der NSDAP um 1929/30 vgl. Schulz, Aufstieg, S. 547–559; Mommsen, Freiheit, S. 354 f.; Schieder, NSDAP, S. 150–153; Falter/Kater, S. 157–177.
- 255 Niedhart, S. 10.
- 256 Paul, Sturm, S. 255; vgl. Stachura, Wendepunkt, S. 70.
- 257 Druck in: Treue, S. 156–159; vgl. zur Programmatik der NSDAP vor 1933: Bracher, Auflösung, S. 110–117; Jäckel, Weltanschauung, S. 9–28; Broszat, Staat, S. 33–40; Kolb, Weimarer Republik, S. 110–111; Thamer, Verführung, S. 172–183; Schieder, NSDAP, S. 142, sieht in der NSDAP eine „ideologische ‚Omnibuspartei‘“, die wie ihr italienisches Vorbild „von allem etwas, bei Bedarf aber auch nur dies oder jenes programmatisch verkündete“.
- 258 Vgl. Winkler, Weimar, S. 612. Bei der Auswertung der Wahlplakate der NSDAP in den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 gelangt Gerhard Paul zu folgender Feindbildhierarchie: Hauptgegner von 124 ausgewerteten Plakaten war zu 31,5 % der „Marxismus“ in Gestalt der SPD, gefolgt von ihren „bürgerlichen Bettgenossen“ Zentrum und BVP (8,1 %) sowie der „Reaktion“ in Gestalt der DNVP. Nur sechs der 124 Wahlplakate lassen sich nach Paul als „dominant antisemitisch“ klassifizieren. Die antisemitische Propaganda der NSDAP sei vielmehr eine Facette ihrer Agitation gegen die „Systemparteien“ geworden. Im Reichstagswahlkampf 1930 habe sie erstmals damit begonnen, ihre Propaganda nach Zielgruppen zu differenzieren. Hauptadressat blieb trotzdem das „gekeimte deutsche Volk“.

- wichtigste Zielgruppe in 16 % der Wahlplakate die Arbeiter, gefolgt von den Bauern und dem sonstigen Mittelstand (vgl. Paul, Aufstand, 217–220).
- 259 Eike Hennig, Ein politischer Imagekünstler, in: Das Parlament vom 10.5.1991.
- 260 Falter, NSDAP, S. 45; Schieder, NSDAP, S. 146; zur Wahlkampfführung und den Propagandainhalten der NSDAP vor 1933 siehe im einzelnen die Arbeiten von Paul, Aufstand; Hackett; Childers, Nazi Voter; Fischer, Wahlkampf.
- 261 Vgl. Paul, Aufstand, S. 256; Bessel, S. 27.
- 262 Paul, Aufstand, S. 257 f.

Anmerkungen zu Kapitel 4 (Seite 87 bis 177)

- 263 VZ 164/5.4.: „Wie werden wir am 4. Mai wählen?“; Germania 163/2.5.: „Die Wahlhandlung am 4. Mai“; FZ 872/21.11.1924: „Wegweiser für die Reichstagswahl“; VZ 119/19.5.1928: „Kleines Wahlkompendium“.
- 264 Klöcker, Reichstagswahl, S. 13; vgl. Germania 197/9.5.1920: „Termine zur Reichstagswahl“.
- 265 Schreiben Kaisenbergs an Reichsminister des Innern vom 11.2.1928 betr. Wahltermin für eine Neuwahl des Reichstags, BaP, R 1501, Nr. 25164; zur Wahlwerbung und zu den Wählerverzeichnissen vgl. Braunias, S. 142–168.
- 266 Polizeiliche Behandlung von Versammlungen, Druckschriften und Plakaten unter Berücksichtigung der Vorschriften für die Wahlzeit, nach dem Runderlaß des preußischen Innenministers vom 23.3.1928, hrsg. von Polizeipräsident Dr. Menzel, Magdeburg 1928; vgl. VZ 91/15.4.1928: „Ein Ratgeber für den Wahlkampf“.
- 267 DAZ 158/3.4.1924: „Schutz der Wahl“.
- 268 Braunias, S. 289.
- 269 Übersicht über die Kosten bei den Reichswahlen und -abstimmungen [März 1926], BaP, R 1501, Nr. 25154. Die Kosten der Reichspräsidentenwahl 1925 betrugen zum Vergleich 4,1 Millionen, die für Volksbegehren und Volksentscheid zur „Fürstenenteignung“ insgesamt 2,5 Millionen. Mark (vgl. ebd., Nr. 25156; Jung, Demokratie, S. 117).
- 270 Kosten zur Durchführung der Reichstagswahl 1930; Haushalt des Reichswahlleiters (1922–1926), BaP, R 1501, Nr. 25178 u. 14520–21; NPZ 195/24.4.1928: „Wieviel kostet dem Reich eine Reichstagswahl?“; FZ 648/31.8.: „Die Kosten der Reichstagswahl“; NPZ 226/13.8.1930: „Die Kosten der Reichstagswahl für Berlin“.
- 271 Braunias, S. 291 f.
- 272 VZ 164/5.4.1924: „Wie werden wir am 4. Mai wählen?“; zu den Wahlbehörden siehe Braunias, S. 134–139; zum Abstimmungsverfahren ebd., S. 168–191.
- 273 MA 243/28.10.1924 „Der Reichswahlleiter und seine Arbeit“.
- 274 DAZ 230/18.5.1928: „Im Großen Hauptquartier der Reichstagswahl“; VZ 129/16.3.1924: „Der Reichswahlleiter“; Volkszeitung 208/10.9.1930: „Das Hauptquartier der Wahlschlacht“.

- 275 Vorwärts 236/20.5.: „Es lebe die Sozialdemokratie“; vgl. DAZ 236/22.5.1928: „Die Quelle der tausend Stimmen“.
- 276 Rundschreiben der DNVP-Hauptgeschäftsstelle 70/15.5.1928, BaP, R 8005–68.
- 277 Vgl. Durchführung der Reichstagswahl 1930, BaP, R 1501, Nr. 25176.
- 278 Wahlbeschwerden bei der Reichstagswahlen 1928, BaP, R 1501, Nr. 25167; Unregelmäßigkeiten und Beschwerden bei der Durchführung der Reichstagswahl 1930, ebd., Nr. 25179.
- 279 NPZ 200/29.4.: „Gültige und ungültige Zettel“; Germania 136/14.4.: „Der neue Reichstagswahlstimmzettel“; VZ 213/5.5.1924: „Die Erfahrungen mit dem Stimmzettel“; vgl. Nipperdey, Geschichte, S. 498. Die Einführung des amtlichen Stimmzettels war der *Germania* Anlass, die „Geschichte des Wählens“ zu erforschen, von dem Ostrakismos der Griechen und dem römischen „itio in partes“, über die so genannte Ballotage, dem Abstimmen mit schwarzen und weißen Kugeln in der Frühzeit des Parlamentarismus, bis hin zum „Hammelsprung“ in den Parlamenten der Gegenwart und dem jetzigen Modus nach amerikanischem Vorbild: „Scherbe, Kugeln und Papier! Eine Wandlung des Stimmzettels, die ein phantastisches Gemüt zu utopistischen Schlüssen reizen könnte“, etwa über zukünftige „elektrische Abstimmungen“ (*Germania* 504/18.11.1924: „Geschichte des Wählens“).
- 280 „Nachtrag zum Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlredner“, Flugschrift, BfZ, Flugblattsammlung; vgl. Rundschreiben des Reichsministers des Innern an Länderregierungen vom 5.11.1924 betr. Stimmzettel für die Reichstagswahl, BaP, R 1501, Nr. 14715.
- 281 FZ 345/8.5.1928: „31 Reichswahlvorschläge zugelassen“.
- 282 RF 112/13.5.: „5 Finger hat die Hand“; Vorwärts 236/20.5.1928: „Die Glocke schlägt Eins“; NC 200/2.12.: „Liste 5“; *Germania* 527/2.12.1924: „Dein Stimmzettel zeigt die Liste der Zentrumsparlei an 3. Stelle“.
- 283 „Nachtrag zum Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlredner“, BfZ, Flugblattsammlung.
- 284 Vgl. Vorwärts 176/6.4.1920: „Aufakt zu den Wahlen. Aufstellung der Wählerlisten“; Volkszeitung 85/11.4.1928: „Der Aufmarsch“; VZ 197/18.8.1930: „Der Aufmarsch zur Wahl“.
- 285 Sonntag, Lehren, S. 474; vgl. ähnlich Braunias, S. 223–224.
- 286 Vorwärts 408/1.9.1930: „Wahlen im alten Berlin. Ein erfreuliches Kapitel Parteigeschichte“.
- 287 Vgl. z. B. für die DDP die Schilderungen bei Stephan, Aufstieg, S. 170–172 (Reichstagswahl Juni 1920), S. 259–260 (Mai 1924), S. 278–280 (Dezember 1924) und S. 383 f. (Mai 1928); für die DVP siehe Hartenstein, S. 211–223; NC 69/18.4.1928: „Die Kandidaten der DVP nach ihrer Berufsstellung“.
- 288 Protokoll der Reichskonferenz der SPD von 1920, S. 26; vgl. Winkler, Revolution, S. 701.
- 289 Vgl. Ruppert, Dienst, S. 55–57 u. 89; *Germania* 165/20.4.1920: „Reichsauschuß der Zentrumsparlei“.

- 290 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP vom 23.12.1918 (zit. nach: Wegner, S. 8); vgl. Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle vom 22.6.1923 an die Wahlkreisvorsitzenden: BaK, Nachlass Erkelenz, 110, f. 23.
- 291 Vorwärts 154/30.3.1924: „Der Kampf um Berlin“; vgl. Vorwärts 408/1.9.1930: „Wahlen im alten Berlin“; MA 87/24.4.: „Unübersichtlicher Reichstagswahlkampf“; DAZ 202/30.4.: „Rund um die Wahlen“; BT 202/29.4.: „Eindrücke von einer Wahlreise. Zersplitterung und Unklarheit“; Germania 141/17.4.1924: „Der Aufmarsch der Parteien“.
- 292 Bracher, Auflösung, S. 531.
- 293 Falter u. a., S. 24; zum (Reichstags-)Wahlrecht und den diesbezüglichen Reformbestrebungen siehe ebd., S. 23–31; Jesse, S. 50–75; Schanbacher, S. 66–89; Vogel/Schultze, S. 244–258; zur Weimarer Reichsverfassung vgl. den Überblick von Richter, Reichsverfassung; sowie Niedhart, S. 39–43.
- 294 Eyck I, S. 100; vgl. auch Braunias, S. 221–247.
- 295 Winkler, Weimar, S. 106; vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 55.
- 296 Kolb, Weimarer Republik, S. 11; zu den Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die Parteien siehe ebd., S. 9–16; ders., Kaiserreich; Schulze, Weimar, S. 171–181.
- 297 Siehe dazu Rohe, Wahlen, S. 121–125.
- 298 Zit. nach: Hartenstein, S. 61; zum Wahlkampf siehe Winkler, Weimar, S. 64–66; ders., Revolution, S. 135–151; Möller, Weimar, S. 79–89; Lehnert, Propaganda; auf regionaler Ebene jetzt auch Staatz, S. 43–64.
- 299 Vgl. Schulze, Weimar, S. 182, wonach der Wahlkampf „von den Parteien, die ihre Organisationen in der Mehrzahl erst aufbauen mußten, auch nicht sehr intensiv“ geführt worden sei.
- 300 Vorwärts 208/4.5.1924: „Berlin am Wahltag“.
- 301 Brückel, S. 161.
- 302 FZ 28/19.1.1919: „Der Wahltag in Berlin“.
- 303 Wahlhandbuch, S. 3.
- 304 Volkszeitung 12/15.1.1919: „Die jungen Wähler!“
- 305 Vgl. Heilfron, S. 155–162; siehe auch unten Kapitel B.II.
- 306 MA 2/3.1.1919 : „Die Wahlen gestattet“; vgl. MA 284/6.12.1918: „Bürger und Bürgerinnen!“; Druck der Gründungs- und Wahlaufrufe der bürgerlichen Parteien in: Ritter/Miller, Revolution, S. 296–319.
- 307 FZ 23/16.1.1919: „Frankfurt, 16. Januar“; vgl. Hartenstein, S. 66.
- 308 Volkszeitung 1/2.1.1919: „Kundgebungen der neuen Reichsregierung“.
- 309 Volkszeitung 8/10.1.1919: „Wähler, Wählerinnen!“
- 310 „Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen“ (Druck in: Heilfron, S. 145–147); zur Politik der USPD 1918/19 siehe Krause, S. 113–123 und 172–186.
- 311 Morsey, DZP 1917–1923, S. 136.
- 312 Wahlauf Ruf des Zentrums (Druck in: Heilfron, S. 136 f.); vgl. Germania 544/21.11.1918: „Zentrum und die politische Neuordnung“.
- 313 Vgl. Morsey, DZP 1917–1923, S. 141.

- 314 MJ 17/21.1.1919: „Wahlergebnisse des 19. Januar!“; zum Wahlkampf des Zentrums 1918/19 vgl. Hehl, S. 140–143; Morsey, DZP 1917–23, S. 133–142; regional Mick, S. 59–66; Stump, S. 29–31.
- 315 Zit nach: Heilfron, S. 132–134; vgl. Wahlhandbuch, S. 34–36.
- 316 Vgl. Hartenstein, S. 59–63.
- 317 Vgl. Portner, S. 151.
- 318 So Otto Nuschke auf dem ersten Parteitag der DDP im Juli 1919 (Bericht, S. 9).
- 319 BT 638/14.12.1918: „Wahlaufruf der DDP“ (Druck in: Heilfron, S. 140–142); zum Wahlkampf der DDP siehe Frye, S. 59–70; regional Mick, S. 66–69.
- 320 MA 9/11.1.1919: „Männer und Frauen von Stadt und Land!“
- 321 Vgl. Weiß, Organisation, S. 364; Liebe, S. 146.
- 322 Gründungsaufruf der DNVP vom 24.11.1918 (zit. nach: Liebe, S. 107); zum Wahlkampf der DNVP siehe Hertzman, S. 32–59; Striesow, S. 44–63; Stupperrich, S. 24–26; Gemein, S. 11–14.
- 323 Druck in: Heilfron, S. 125–126.
- 324 „Monarchie oder Republik“; „Fehlt uns die Demokratie?“; Flugblätter, HStW, 1152 (21); „Rettung für Volk und Vaterland“, Plakat (Druck in: Heilfron, S. 151–153); vgl. Striesow, S. 60–63.
- 325 „An alle deutschen Mütter, Frauen und Jungfrauen!“, Flugblatt, HStW, 1152 (21); „Ist die deutschnationale Volkspartei eine wahre Volkspartei? Ja! Das zeigt ihr Programm“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I.
- 326 Bracher, Weimarer Republik, S. 124.
- 327 Vgl. Weiß, Organisation, S. 371; zum Wahlausgang siehe Winkler, Weimar, S. 69–71; Schulze, Weimar, S. 182 f.; Morsey, DZP 1917–1923, S. 143–149; regional siehe z. B. für Trier Mick, S. 71–76.
- 328 Kolb, Weimarer Republik, S. 16 f.; vgl. zur Koalitionspolitik und zu den Regierungsbildungen bis 1924 in der Anfangsphase der Republik überblicksartig Stürmer, Koalition, S. 24–31; auch Arns, besonders S. 155–177.
- 329 Zur Vorgeschichte, zu den Märzereignissen und zum Wahlkampf vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 37–41; Winkler, Weimar, S. 118–139; auf regionaler Ebene auch Staatz, S. 68–88.
- 330 Vorwärts 174/4.4.1920: „Wähler und Wählerinnen!“; zum Wahlkampf der SPD vgl. Winkler, Revolution, S. 344–345; Kastning, S. 41–45.
- 331 Protokoll der Reichskonferenz, S. 71 f.
- 332 Ebd., S. 54; Vorwärts 232/6.5.: „Reichskonferenz der Sozialdemokratie. Wahlkundgebung“; Volkszeitung 119/25.5.1920: „Die sozialdemokratische Fraktion an die Wähler“.
- 333 Protokoll der Reichskonferenz, S. 65.
- 334 Vorwärts 202/20.4.: „Mehrheitler, Unabhängige und Wahlkampf“; 244/13.5.: „Die Parteien im Wahlkampf“; 276/1.6.1920: „Unabhängige und Koalition“.
- 335 „Der Feind steht rechts!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I (Druck in: Achten/Krupke, S. 115 f.); Vorwärts 194/16.4.: „Sozialdemokratie und Koalition“; 241/11.5.: „Die Wahlparole des Zentrums ‚Der Feind steht rechts und links‘“;

- 271/29.5.: „Putsch und Wahlen“; 274/31.5.1920: „Schützt die deutsche Republik!“
- 336 Druck in Auszügen: UF IV, S. 142–144; zum Wahlkampf der KPD siehe Winkler, *Revolution*, S. 346 f.
- 337 Schultheß 1920, S. 108; „Denkt daran!“, Plakat der USPD (Druck in: PP, S. 129).
- 338 „Reichstagswähler in Stadt und Land!“, Flugblatt, HStW, 1152 (22); „Wähler in Stadt und Land – Männer und Frauen!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I.
- 339 „Das Zentrum allein vereinigt alle Berufsstände“, Plakat (Druck in: PP, S. 57).
- 340 „Die Partei der Mitte, das Heil Deutschlands!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung
- 341 Zum Wahlkampf des Zentrums vgl. Morsey, *DZP 1917–1923*, S. 311–324; regional Stump, S. 39–43; Mick, S. 91–98.
- 342 MJ 113/13.5.1920: „Die Wahlparole des Zentrums“.
- 343 Germania 186/3.5.: „Anhänger und Freunde des Zentrums!“, 200/11.5.1920: „Zentrum und Koalition“.
- 344 Zum Kapp-Putsch und zu den Deutschnationalen vgl. Liebe, S. 51–61; Hertzman, S. 93–124.
- 345 „Deutsche Männer und Frauen!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I (Druck in: Liebe, S. 119–121); zum Wahlkampf der DNVP auch Striesow, S. 233–242.
- 346 „Von roten Ketten“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1921; vgl. Neumann, S. 60; Schulze, Braun, S. 329; zur Haltung der DVP zum Kapp-Lüttwitz-Putsch siehe Stresemann, *Märzereignisse*; Fricke II, S. 428–431.
- 347 Hartenstein, S. 205 f.; zum Konkurrenzverhältnis der liberalen Parteien um 1920 siehe ebd., S. 123–127.
- 348 „Zusammenschluß des Bürgertums in der DVPI“, Flugblatt, HStW, 1152 (22).
- 349 „Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1920 I; „1807 Tilsit – 1920 Versailler Vertrag!“ (Druck in: PP, S. 123); „Weg die Fessel“ (Druck in: ebd., S. 68).
- 350 MA 123/5.6.1920: „Wahlrecht – Wahlpflicht“.
- 351 FZ 279/17.4.1920: „An das deutsche Volk!“.
- 352 Vorwärts 244/13.5.1920: „Die Parteien im Wahlkampf“.
- 353 Karrenbach, S. 339.
- 354 Germania 240/7.6.1920: „Der Wahltag“.
- 355 Zum Wahlausgang für die DNVP siehe Striesow, S. 242–260; allgemein auch Ritter, *Kontinuität*.
- 356 Zur Analyse der Juniwahlen 1920 siehe Winkler, Weimar, S. 139–140; Schulze, Weimar, S. 222–224, für ihn „eines der schwarzen Daten der deutschen Geschichte“.
- 357 Kolb, *Weimarer Republik*, S. 41.
- 358 Vorwärts 287/7.6.: „Vormarsch der Reaktion“; 288/8.6.1920: „Lehren für die Partei“.
- 359 Troeltsch, S. 141–144, hier S. 144 (zuerst in: *Der Kunstwart* vom 1.7.1920).
- 360 Vgl. Winkler, Weimar, S. 222.

- 361 KVZ 139/21.2.: „Die Reichstagswahl. Beschleunigung der Vorarbeiten“; vgl. Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP 3/22.2.1924, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 11–19.
- 362 Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 361/12513D; vgl. KVZ 155/27.2.: „Reichstagsauflösung in Sicht“; 160/29.2.1924: „Eine Initiative des Reichstags für frühe Neuwahlen“.
- 363 Druck der Auflösungsverordnung in: Huber, Dokumente III, S. 161; vgl. dazu unter verfassungsrechtlichen Aspekten Umbach, S. 285–289; zum Presse-Echo siehe FZ 198/14.3.: „Auflösung des Reichstages“; Germania 83/14.3.1924: „Der Reichstag aufgelöst“.
- 364 DAZ 177/13.4.1924: „David Lloyd George: Drei schicksalsschwere Wahlen“. Die Festsetzung der Reichstagswahlen auf einen Termin genau eine Woche vor den Wahlen in Frankreich war auch nach Ansicht des liberalen Publizisten Hellmut v. Gerlach ein „schlechter Startschuß“ für den Reichstagswahlkampf (Bericht vom 5.3.1924; Druck in: Holl/Wild, S. 106); Germania 74/8.3.: „Auflösung und Neuwahl! Die Frage des Wahltermins“; NPZ 126/15.3.1924: „Reichstagswahlen am 4. Mai“.
- 365 Bendikat/Lehnert, S. 103.
- 366 KVZ 231/26.3.: „Parteifreunde des Zentrums am Rhein! Das Volk hat das Wort. Der Wahlkampf beginnt!“; Vorwärts 148/27.3.: „Aufmarsch der Industriekapitäne“; 153/30.3.: „Die zweite Woche des Wahlkampfes“; RF 23/27.3.1924: „Der Wahlkampf beginnt. Massenversammlungen und Demonstrationen“.
- 367 Vgl. VZ 143/24.3.: „Die Wahlposaunen“; BT 155/1.4.1924: „Worte und Taten“.
- 368 Vgl. Germania 100/24.3.1924: „Der Reichskanzler vor seinen Wähler“.
- 369 KVZ 231/26.3.: „Parteifreunde des Zentrums am Rhein!“; MJ 47/25.2.1924: „Zentrum und kommende Reichstagswahl“; vgl. Ruppert, Dienst, S. 57.
- 370 DAZ 157/2.4.: „Parteitagung und Parteitaktik“; NPZ 156/1.4.1924: „Deutsch-nationaler Parteitag“; vgl. Liebe, S. 77; Der fünfte Parteitag der DVP, Tagesordnung und Protokoll, BaK, R 45 II, 28, f. 34.
- 371 Volkszeitung 73/26.3.: „Verlegung des Parteitages der VSPD“; DAZ 145/26.3.: „Angst vor dem Parteitag. Sozialdemokratische Schiebung“; FZ 262/6.4.1924: „Demokratischer Parteitag“.
- 372 NPZ 198/28.4.: „Die Reichsregierung als sozialdemokratischer Wahlagitator“; DAZ 198/28.4.1924: „Die Presse zum Wahlaufuf der Reichsregierung“.
- 373 Vorwärts 198/27.4.: „Frei nach außen – frei nach innen! Ein Wahlaufuf der Regierung und unsere Antwort“; FZ 315/28.4.1924: „Der Wahlaufuf der Reichsregierung. Entrüstung in der Rechtspresse“.
- 374 Vgl. Wippermann, Propaganda, S. 154–160, hier S. 159.
- 375 Zum Interessenverbandssystem in der Weimarer Republik allgemein Ullmann, S. 124–182; vgl. Brunner, besonders S. 226–475; zum Verhältnis Staat und Verbände vgl. Blach, Staat, S. 57–96.
- 376 Stenographische Berichte des Reichstags 361/12825C; NPZ 126/15.3.: „Reichsrat und Osterwoche“; Vorwärts 159/3.4.: „Wahlkampf und Karwoche“; Germania 83/14.3.1924: „Die Wahlagitation in der Karwoche“.

- 377 MA 76/29.3.1924: „Wahlabkommen in Groß-Berlin“.
- 378 Vorwärts 177/13.4.1924: „Gegen den Radau-Wahlkampf“.
- 379 FZ 304/24.4.: „Ein unzeitgemäßes Presseverbot“; DAZ 204/1.5.: „Eine Verordnung des Reichspräsidenten“; MA 76/29.3.1924: „Zeitungsverbote“; vgl. Ministerbesprechung der Reichsregierung vom 9.4.1924 (Druck in: AdR Marx I/II, S. 549); zu den Parteiverboten siehe Huber VI, S. 153–155.
- 380 Germania 163/1.5.: „Am Ende des Wahlkampfes“; NPZ 188/20.4.: „Ludendorff gegen die Verwilderung des Wahlkampfes“; FZ 324/1.5.1924: „Der Konkurrenzkampf unter den Parteien der Rechten“.
- 381 Vorwärts 145/26.3.: „Politische Verwilderung“; 164/6.4.: „Die dritte Woche des Wahlkampfes“.
- 382 Vgl. Rosenhaft, KPD, S. 420–421; auch Striefler, S. 305–380.
- 383 VB 105/5.5.1928: „Hochsaison für marxistische Mörder“; vgl. Hennig, Gewalt, S. 111 f.
- 384 Merkl, S. 425 f.; vgl. Bessel, Kriegserfahrungen; Mosse, Brutalisierung.
- 385 Vorwärts 164/6.4.1924: „Völkisch-kommunistische Wahlschlacht“.
- 386 DAZ 188/22.4.: „Blutiger Osterzwischenfall“; 194/25.4.: „Wahlschlachten“; Germania 158/29.4.: „Blutige Wahlversammlungen“; MA 94/2.5.1924: „Neue blutige Zusammenstöße“.
- 387 FZ 330/3.5. „Ein politischer Mord in Berlin“; NPZ 205/2.5.: „Der 1. Mai. Blutige Zusammenstöße“; 207/3.5.: „Der blutige Wahlzwischenfall in Köpenick“; DAZ 206/2.5.1924: „Im Wahlkampf erschossen“.
- 388 Vorwärts 204/1.5.1924: „Maibanner im Wahlkampf voran!“
- 389 Vorwärts 210/5.5.: „Der Wahltag in Berlin“; NPZ 211/5.5.: „Blutige Zwischenfälle“; Germania 165/3.5.1924: „Der letzte Wahllappell des Reichskanzlers“; „Von Nachtgestalten und Wahlplakaten“.
- 390 FZ 319/29.4.1924: „Wahlkampf in Berlin“.
- 391 DAZ 198/28.4.1924: „Die Parteien im Endkampf“.
- 392 DAZ 208/3.5.1924: „Vor der Entscheidung des 4. Mai“.
- 393 NPZ 209/4.5.: „Der Tag der Entscheidung“; vgl. DAZ 209/4.5.1924: „Schlussakt des Wahlkampfes. Höhepunkt der Agitation“.
- 394 Germania 168/5.5.1924: „Bilder von der Wahl“.
- 395 BT 213/5.5.1924: „Der Verlauf des Wahlsonntags“.
- 396 NPZ 211/5.5.: „Die Wahlen in Berlin“; Germania 168/5.5.: „Ruhiger Verlauf im ganzen Reich“; FZ 334/5.5.: „Der Wahltag im Reich“; Vorwärts 210/5.5.: „Der Wahltag in Berlin“; DAZ 210/5.5.: „Störungen und Zwischenfälle am Wahltag“; VZ 213/5.5.1924: „Der Wahltag in Berlin“.
- 397 Siehe dazu unten Kapitel 7.
- 398 Vgl. Ministerbesprechung vom 21.10.1924 (zit. nach: AdR Marx I/II, Bd. 2, S. 1132 f.).
- 399 MA 238/22.10.1924: „Einleitung des Wahlkampfes. Der Reichskanzler über die Krise und die Auflösung“; zur Auflösung siehe Umbach, S. 290; Stürmer, Koalition, S. 63 f.

- 400 Volkszeitung 242/21.10.: „Der Reichstag aufgelöst“; Vorwärts 505/25.10.1924: „Warum wurde der Reichstag aufgelöst?“.
- 401 NPZ 517/2.11.1924: „Zwei Reichstags-Auflösungen“.
- 402 VZ 564/23.10.1924: „Die Wand“.
- 403 MT 239/22.10.: „Der Auftakt zum Wahlkampf. Die deutsche Presse zur Reichstagsauflösung“; 244/28.10.1924: „Vom 4. Mai zum 7. Dezember“.
- 404 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP-Reichsgeschäftsstelle an Wahlkreisvorsitzende usw., BaK, Nachlass Dietrich, 219, f. 255–261.
- 405 NC 172/21.10.: „Zur Frage der preußischen Wahlen“; Germania 454/19.10.1924: „Reichstags- und Landtagswahlen?“.
- 406 VZ 504/23.10.: „Sozialdemokratische Vorbereitungen“; MA 239/23.10.1924 „Die ersten Wahlparolen“.
- 407 Druck in: AdR Marx I/II, Bd. 2, S. 1134; zum Presse-Echo Germania 458/22.10.: „Eine Kundgebung der Reichsregierung“; Vorwärts 498/22.10.1924: „Ein Aufruf der Reichsregierung“. Nur die Nationalsozialisten dankten der Reichsregierung diesmal für die „Unverfrorenheit“, mit der sie gegen den „Geiste sogar der Weimarer Verfassung parteipolitisch in den Wahlkampf“ eingreife (Stürmer 30/1924: „Der Reichstag ist aufgelöst!“).
- 408 „Kriegsopfer, Invaliden, Unfallrentner, Kleinrentner und Witwen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; „Die Kriegsopfer zu den Reichstagswahlen“, Flugblatt, ACDP, VI-051–193; Vorwärts 544/18.11.: „An die Mitglieder der Gewerkschaften!“; FZ 882/25.11.: „Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände und die Wahlen“; 908/5.12.: „Ein Wahlaufuf des Reichsbundes Deutscher Mieter“; NPZ 519/4.11.: „Der Wahlaufuf des Reichs-Landbundes“; 522/5.11.: „Ein Wahl-Aufruf der Adelsgenossenschaft“; 523/6.11.1924: „Offiziere an die Front!“
- 409 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 241.
- 410 VZ 509/25.10.: „Wahlaufuf des Republikanischen Reichsbundes“; 510/26.10.: „Das Reichsbanner zu den Wahlen“; 522/2.11.: „Wo bleibt die Wahlunion?“; NPZ 519/4.11.1924: „Der Wahlkampf gegen das Reichsbanner“.
- 411 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP an Wahlkreisvorsitzenden usw. BaK, Nachlass Dietrich, f. 255–261.
- 412 Vgl. Berghahn, S. 64–91, hier S. 65; zu den rechtsextremen Wehrverbänden siehe auch Kruppa, S. 115–130; zur Wahlhilfe des RFB für die KPD vgl. Schuster, RFB, S. 139–156.
- 413 VZ 509/25.10.: „Vor der Hamburger Entscheidung“; NC 176/27.10.1924: „Die Hamburger Wahlen“.
- 414 Vorwärts 508/27.10.: „Wahlaufakt in der Provinz Brandenburg“; 514/31.10.: „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf“; 552/22.11.1924: „Die ganze Kraft dem Wahlkampf!“
- 415 Germania 472/30.10.: „Um den Burgfrieden zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei“; VZ 542/14.11.1924: „Zentrumsabkommen über Bayern“.
- 416 Stephan, Aufstieg, S. 280; FZ 822/2.11.1924: „Der demokratische Parteitag“.
- 417 NC 190/17.11.: „Rund um den Parteitag“; NPZ 517/2.11.1924: „Für den Wahlfrieden zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei“.

- 418 Germania 505/19.11.: „Kommunistische Wühlarbeit im Ruhrgebiet“; Vorwärts 575/6.12.1924: „Schlaglichter aus der Wahlbewegung“.
- 419 VZ 510/26.10.1924: „Ohne Ausnahmezustand“; ebd., „Umzüge bleiben verboten. Wahlschutz in Preußen“.
- 420 FZ 913/5.12.1924: „Umzüge am Wahltag“.
- 421 DAZ 565/30.11.: „Wahlterror des Reichsbanners“; Vorwärts 513/31.10.: „Vom Wahlkampf“; 552/22.11.: „Kommunistische Wühlarbeit“; NPZ 519/4.11.1924: „Gegen den schwarz-rot-gelben Terror“.
- 422 FZ 901/2.12.: „Beschimpfungen der republikanischen Staatsform“; DAZ 566/1.12.1924: „Zeitungsverbot“.
- 423 VZ 568/29.11.: „Rechtsradikaler Wahl-Terror“; DAZ 571/4.12.1924: „Blutiger Wahlkampf“.
- 424 Volkszeitung 269/22.11.1924: „Reichs- und Landtagswahl“.
- 425 FZ 877/23.11.: „Der Wahlkampf in Braunschweig“; RF 179/30.11.1924: „Ein Monat Wahlkampf“.
- 426 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP-Reichsgeschäftsstelle an Wahlkreisvorsitzenden usw., BaK, Nachlass Dietrich, 219, f. 261.
- 427 Volkszeitung 281/6.12.: „Der Aufmarsch der Sozialdemokratie“; vgl. RF 170/30.11.: „Wahlkampf in Sachsen“; Volkszeitung 280/5.12.1924: „Der Wahlkampf in Bayern“.
- 428 Übersicht über die Wahlbewegung im Reich vom 11.11.1924 (Bericht der RfH an Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung), BaP, R 1507, Nr. 237; Übersicht vom 17.11.1924 (Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung), BaP, R 1507, St 12/72.
- 429 Übersicht usw. vom 1.12.1924 (Bericht des Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung), BaP, R 1507, St 12/72.
- 430 Vorwärts 561/28.11.1924: „Auf zur Wühlarbeit! Parteigenossinnen und Parteigenossen!“
- 431 Germania 524/30.11.: „Nur noch eine Woche!“; DAZ 566/1.12.: „Nur noch sechs Tage! Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt“; 571/4.12.1924: „Nur noch drei Tage!“
- 432 RF 171/2.12.: „Unser Roter Propaganda-Sonntag“; 170/30.11.1924: „Aus dem Groß-Berliner Wahlkampf-Getriebe“; Volkszeitung 209/11.9.1930: „3 Tage noch bis zur Wahl! Noch 3 Tage Zeit für Wühlarbeit!“
- 433 Vorwärts 577/7.12.1924: „Es lebe die Sozialdemokratie!“
- 434 „Denkt an Preußen!“, Vorwärts-Sonderausgabe vom 30.11.1924, Flugblatt, BaK, ZSg 1-90/59.
- 435 VZ 576/7.12.: „Nach dem Kampf“; Vorwärts 576/6.12.1924 „Am Ende des Wahlkampfes“.
- 436 DAZ 571/4.12.1924: „Die Parteilager im Endkampf. Besuch bei den Hauptquartieren“.
- 437 Vorwärts 577/7.12.: „Es lebe die Sozialdemokratie!“; 575/6.12.1924: „Schon heute ein Entscheidungstag!“.

- 438 NPZ 573/5.12.: „Fahnen heraus am Wahltag!“; 575/7.12.1924: „Reichstagswahl – Preußenwahl“.
- 439 NPZ 576/8.12.1924: „Der Wahltag in Berlin“.
- 440 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 247; zum Reichspräsidentenwahlkampf im Frühjahr 1925 siehe Hauss, S. 125–134; Winkler, Schein, S. 229–245; Thimme, Stresemann, S. 107–142; Ruppert, Dienst, S. 109–129; Hehl, S. 335–351; Mommsen, Freiheit, S. 244–248; Fritzsche, S. 205–224.
- 441 Germania 143/26.3.: „Die Werbetrommel der Präsidentschaftskandidaten“; FZ 224/25.3.1925: „Ein seltsamer Wahlkampf“.
- 442 Wahlkampf-Richtlinien des Loebell-Ausschusses, Reichsblock, BaK, R 45 II, 28, f. 93–99.
- 443 Ruppert, Dienst, S. 109.
- 444 Hauss, S. 134; vgl. Hehl, Marx, S. 346.
- 445 RF 94/26.4.1925: „Wählt rot: Thälmann!“
- 446 Germania 195/27.4.1925: „Schlachtenpotpourri“.
- 447 Gerlach, Bericht vom 2.11.1927 (zit. nach: Holl/Wild, S. 196).
- 448 Vgl. Severing, S. 142.
- 449 VZ 80/2.4.1928: „Das Parlament ist tot! Es lebe das Parlament!“; Weiß, Organisation, S. 378.
- 450 Mit eigenen Korrespondentenberichten bedachte die Rechtspresse lediglich den „Aufmarsch der heimattreuen Elsaß-Lothringer“, welcher der Autonomiebewegung einigen Zulauf zu bringen versprach im Vorfeld des für Mitte Mai 1928 erwarteten Prozesses zum so genannten Autonomisten-Komplot; vgl. NPZ 183/18.4.: „Verschärfter Wahlkampf in Elsaß-Lothringen“, auch Vorwärts 147/27.3.1928: „Der Wahlkampf in Frankreich“.
- 451 Vorwärts 91/23.2.: „Wahlkampf gegen Scharfmacher!“; 103/1.3.1928: „An die Partei!“
- 452 FZ 243/30.3. „Zusammenlegung der Wahlen“; NPZ 157/1.4.1928: „Nach der Reichstagsauflösung. Amtliche Bekanntgabe des Wahltermins“; Schreiben Kaisenbergs an Reichsminister des Innern vom 11.2.1928 betr. Wahltermin für eine Neuwahl des Reichstags, BaP, R 1501, Nr. 25164.
- 453 Germania 152/30.3.: „Aufmarsch zum Wahlkampf. Ausklang mit Schlägerei“; NC 60/31.3.1928: „Beginn der Wahlschlacht im Reichstag“.
- 454 VZ 79/1.4.1928: „Agitationskosten“.
- 455 VB 113/15.5.1928: „An das ganze schaffende Deutschland!“
- 456 VZ 120/20.5.: „Das Massenheer der Neuwähler“; FZ 345/9.5.1928: „4 Millionen junge Wähler!“
- 457 FZ 345/8.5.: „Wahlsplitter und Wahlreform“; Vorwärts 215/8.5.: „31 Listen für die Reichstagswahlen!“; NPZ 218/9.5.1928: „In Preußen, nur 29 Parteien“; Verzeichnis der zugelassenen Kreis- und Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1928, BaP, R 1501, Nr. 25165.
- 458 MA 106/5.5.: „Aufmarsch der Splitterparteien“; Vorwärts 231/17.5.: „Die Kleingärtner und die Wahl“; NPZ 191/22.4.: „Die Wahlparole des Reichsbürgerrats“; Germania 227/16.5.1928: „Aufruf der katholischen Verbände“; siehe auch NPZ

- 202/28.4.: „Das Vaterland über alles“; 192/23.4.: „Der Wahlkampf im Gange. An den deutschen Adel“; DAZ 229/17.5.1928: „Wahlaufruf der Bundesleitung des Deutschen Offizierbundes“.
- 459 FZ 335/3.5.: „Der Wahlfonds der Ärzte“; 358/13.5.1928: „Gegen die Wahlumlage der Ärzte“.
- 460 FZ 344/8.5.1928: „Aufruf“.
- 461 NPZ 234/19.5.: „Macht mir den rechten Flügel stark!“; NC 84/11.5.1928: „Gefälschtes Stahlhelm-Flugblatt“.
- 462 DAZ 219/10.5.: „Wahlrevue. Bünde und Verbände“; VZ 98/24.4.1928: „Gegen die Diktatur der Zwölf“.
- 463 BT 233/18.5.1928: „Schwarz-Rot-Gold im Westen. Werbearbeit des Reichsbanners“.
- 464 Volkszeitung 85/11.4.: „Der Aufmarsch“; NPZ 231/17.5.1928: „6024 Reichstagskandidaten – 677 Vorschlagslisten“.
- 465 Volkszeitung 52/1.3.: „Kein Parteitag im Wahljahr“; 88/14.4.1928: „Waffen für den Wahlkampf“.
- 466 Germania 171/12.4.1928: „Aufmarsch des Zentrums. Der Reichsauswurf in Berlin“.
- 467 NPZ 176/14.4.: „Auftakt zum Wahlkampf“; Vorwärts 186/19.4.: „Der Wahlkampf in vollem Gange“; BT 198/26.4.: „Mitten im Wahlkampf!“; DAZ 173/13.4.: „Stresemann eröffnet den Wahlkampf“; NC 64/12.4.1928: „Wahlkundgebung der DVP“.
- 468 Vorwärts 151/29.3.: „Der Schutz der Wahlpropaganda“; MJ 114/15.5.: „... ein paar Mark nicht scheuen!“; VZ 82/5.4.: „Preußens Wahlvorbereitungen“; 120/20.5.1928: „Gegen den Wahlterror der Großgrundbesitzer“. Vgl. Berichte der Regierungspräsidenten: „Auswertung der Erfahrungen bei den Reichstags- und Landtagswahlen vom 7.12.1924“, BaP, R1501, Nr. 14715.
- 469 DAZ 179/17.4.1928: „Sicherung der Wahlfreiheit“.
- 470 FZ 301/22.4.: „Die Keudellsche Aktion“; NPZ 210/4.5.1928: „Dr. v. Keudell über das Rotfrontverbot. Abrechnung mit Wahllügen der Linken“; vgl. Schuster, RFB, S. 204–211.
- 471 NPZ 157/1.4.: „Nach der Reichstagsauflösung“; RF 79/1.4.1928: „KPD-Abgeordnete vogelfrei“.
- 472 VZ 103/29.4.: „Wahlkampf in verständiger Form“; MJ 89/16.4.1928: „Sachlicher Wahlkampf“.
- 473 VZ 107/5.5.: „Die demokratischen Frauengruppen in der Wahlarbeit“; Wahlendienst des Zentrums 43/27.4.1928, ACDP, VI-051–003/2.
- 474 Vorwärts 149/28.3.: „Kampf in Mexiko“; Germania 156/2.4.: „Der Kampf in Mexiko“; NPZ 217/8.5.1928: „Eine Mexiko-Protestkundgebung der Berliner Katholiken“.
- 475 Germania 211/6.5.1928: „Die Parteien im Wahlkampf“.
- 476 BT 213/6.5.: „Schwarzweissrote ‚Bremen‘“; FZ 280/14.4.: „Die deutschen Ozeanflieger gelandet“; vgl. auch RF 109/10.5.1928: „Wahllügen an der Litfaßsäule“.
- 477 Germania 218/10.5.1928: „Wahlkampf“.

- 478 MJ 102/1.5.1928: „Matter Wahlkampf?“.
- 479 Vorwärts 220/10.5.1928: „Großmacht Sozialdemokratie im Wahlkampf“.
- 480 NPZ 183/18.4.1928: „Der Wahlkampf in der Literatur“.
- 481 VZ 107/5.5.1928: „In diesem Zeichen wirst Du siegen. Technik im Wahlkampf“.
- 482 FZ 349/9.5.1928: „Bilder vom Wahlkampf“.
- 483 FZ 328/2.5.: „Der Wahlkampf in Ostpreußen“; VZ 109/8.5.: „Wahlkampf auf dem Lande“; 113/12.5.: „Wahlkampf in Hinterpommern“; BT 220/10.5.: „Der Kampf in Mitteldeutschland“; 227/15.5.1928: „Erlebnisse in Schleswig-Holstein“.
- 484 MA 108/8.5.: „Stresemann spricht im besetzten Mainz“; Volkszeitung 104/4.5.: „Heran an die Macht im Staate!“; MJ 111/11.5.1928: „Reichstagswahl und besetztes Gebiet“.
- 485 FZ 339/5.5.: „Eine blutige Wahlschlacht in Mainz“; Volkszeitung 105/5.5.: „Blutige Wahlversammlung in Mainz“; VB 106/6.-7.5.1928: „Bürgerkrieg in Mainz“.
- 486 VZ 111/10.5.: „Nationalsozialistische Messerstiche“; Vorwärts 226/14.5.: „Rowdys im Wahlkampf“; 230/16.5.: „Kommunistischer Terror“; VB 105/5.5.1928: „Hochsaison für marxistische Mörder“.
- 487 Germania 231/18.5.: „Blutiger Wahlkampf“; Volkszeitung 116/19.5.: „Wieder eine nationalsozialistische Mordtat“; NPZ 234/19.5.1928: „Eine blutige Wahlschlacht“.
- 488 MT 132/13.5.: „8 Tage Überlegung“; DAZ 224/14.5.1928: „Letzte Woche vor der Wahl“.
- 489 VZ 118/18.5.: „Wahlkampf am Rhein. Gesteigerte Feiertags-Arbeit“; BT 234/19.5.: „Der Endkampf im Reich“; NPZ 225/13.5.1928: „Der letzte Wahlkampf-Sonntag“.
- 490 NPZ 233/18.5.: „Der Wahlkampf. Auf dem Höhepunkt“; Vorwärts 236/20.5.: „Es lebe die Sozialdemokratie“; Germania 231/18.5.1928: „Ein billiges Propagandamittel“.
- 491 NPZ 223/12.5.1928: „Kampf dem Nichtwähler!“
- 492 VZ 116/16.5.: „Überparteilicher Wahldienst“; Vorwärts 223/12.5.1928: „Staatsbürgerlicher Wahldienst“.
- 493 „Berliner Wahldienst“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1928.
- 494 NPZ 235/20.5.1928: „Am Vorabend der Wahl“; FZ 378/20.5.1928: „Der letzte Wahlkampftag in Berlin“.
- 495 Germania 234/21.5.: „Verlauf ruhig im ganzen Reich“; DAZ 234/21.5.: „Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter von einem Kommunisten erstochen“; NPZ 235/20.5.1928: „Die berliner Polizei am Wahltag“.
- 496 DAZ 234/21.5.: „Der Wahltag in Berlin. Überall ruhiger Verlauf“; FZ 376/21.5.: „Der Wahltag in Berlin. Sehr starke Beteiligung“; NPZ 237/21.5.1928: „Der Wahlsonntag in Berlin“.
- 497 Germania 234/21.5.: „Berlin wählte im Regen. Starke Beteiligung“; VZ 119/19.5.: „Wie wird das Wahlwetter?“; NPZ 237/21.5.1928: „Die Wahlen im Reiche. Im allgemeinen ruhiger Verlauf“.
- 498 Brödner, S. 123; vgl. Stachura, Wendepunkt.

- 499 Vgl. Parteivorstandssitzung der DNVP v. 8.4.1930, BaP, R 8005, Nr. 56; Schulz, Brüning, S. 117 f.
- 500 Germania 329/18.7.: „Reichstag aufgelöst! Redlich verdient!“; NPZ 202/19.7.: „Der Reichstag aufgelöst“; vgl. MA 166/19.7.1930: „Der Eindruck in den USA“.
- 501 VZ 171/20.7.1930: „Radikale Patentmedizin“; vgl. anders Severing, Mein Lebensweg, S. 52.
- 502 NC 173/5.9.: „Vom Wahlkampf im Lande!“; MA 166/19.7.1930: „Es wird ein harter Kampf werden“.
- 503 Wahlkampf-Mitteilung 1/31.7.1930 der DNVP, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 504 Germania 330/19.7.: „An das deutsche Volk! Aufruf der Reichsregierung“; 387/21.8.: „Kein Wahlaufuf der Reichsregierung“; FZ 561/31.7.1930: „Der Propagandachef“.
- 505 FZ 533/20.7.: „Wahlprälieden“; DAZ 331/19.7.1930: „Die ersten Wahlaufufe“.
- 506 VB 215/10.9.: „Adolf Hitlers Manifest“; MA 174/29.7.1930: „Am Beginn des Wahlkampfes. Hitlers Wahlparole“.
- 507 FZ 629/24.8.1930: „Blickpunkt: 14. September. Zum Manifest der Staatspartei“.
- 508 MJ 192/21.8.: „Das Zentrum und die kommenden Wahlen“; Germania 347/29.7.1930: „Der Aufmarsch des Zentrums“; Rundschreiben des RGS der Zentrumspariei 1/1.8.1930, ACDP, VI-051–003/1.
- 509 DAZ 339/24.7.1930: „Die Konservative Volkspartei gegründet“.
- 510 FZ 563/31.7.: „Parteibewegungen und Wahlbewegung“; 617/20.8.: „Die Bürgerblock-Politik“; DAZ 388/21.8.: „Der Wahlaufuf der neuen Rechte“; MA 193/22.8.1930: „Gemeinsame Ostpreußenliste“.
- 511 VZ 204/4.9.: „Parteien, die noch nicht gegründet“; NPZ 248/3.9.1930: „Nicht weniger als 24 Reichswahlvorschläge!“
- 512 NPZ 230/16.8.: „Durch Wahlzwang zur deutschen Front!“; Germania 418/9.9.: „Erfüllt Eure Wahlpflicht!“; Volkszeitung 208/10.9.: „An das geistige Deutschland!“; 209/11.9.1930: „Wählen, aber mit Vernunft!“
- 513 DAZ 339/24.7.: „Kundgebung des Stahlhelms zu den Wahlen“ (Druck in: UF VIII, S. 83); vgl. Vorwärts 343/25.7.1930: „Seldte in Verlegenheit“.
- 514 MJ 169/23.7.: „Furchtbarer Abschluss der Koblenzer Befreiungsfeier“, Volkszeitung 164/18.7.: „Reichsbanner und Befreiungsfeier“; 166/21.7.1930: „Reichspräsident und Reichsbanner im befreiten Rheinland“.
- 515 FZ 613/19.8.: „Dr. Wirth über Wahlkampf und parlamentarische Zusammenarbeit“; Vorwärts 345/27.7.: „Richtlinien zur Durchführung der Reichstagswahl“; MA 181/6.8.1930: „Korrekte Reichstagswahlen“.
- 516 RF 169/23.7.: „Bolschewismus gegen Faschismus: Gen. Remmele eröffnet den Wahlkampf“; 184/9.8.1930: „Thälmann eröffnet den Wahlkampf“.
- 517 Vorwärts 339/23.7.: „Der Wahlkampf eröffnet“; 415/5.9.1930: „Nicht Abwehr, sondern Angriff“.
- 518 Germania 382/19.8.1930: „Die Reichsliste des Zentrums“.
- 519 FZ 611/18.8.: „Die erste öffentliche Kundgebung der Staatspartei“; Germania 379/16.8.: „„Staatspartei“ gegen Staatspartei“; VZ 202/24.8.1930: „Deutsche Staatspartei besteht zu Recht“.

- 520 MA 170/24.7.: „Interessenhafen oder Staatsvolk?“; 180/5.8.1930: „Die Deutsche Staatspartei eröffnet den Wahlkampf“.
- 521 FZ 570/3.8.: „Der Reichskanzler auf Wahlreisen“; Germania 380/17.8.: „Wahlauftakt in Berlin“; 422/11.9.: „Brüning in Schlesien“; VZ 181/31.7.1930: „Brüning im Wahlkampf“.
- 522 Germania 403/30.8.1930: „Curtius bricht Wahlreise ab“. Carl Severing, der im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 als „Wahlkanone“ der SPD unterwegs war, hatte drei Tage vor dem 20. Mai eigenem Bericht zufolge seine Stimme derartig verausgabt, dass er die letzten Versammlungen absagen musste und unmittelbar nach der Wahl zur Erholung nach Bad Ems reiste, „um durch eine längere Kur Stimmبänder und Kehlkopf wieder in Ordnung zu bringen“ (Severing, S. 147).
- 523 VZ 195/16.8.1930: „Hugenberg für das Dritte Reich“.
- 524 VZ 195/16.8.: „Goebbels-Theater vor Gericht“; DAZ 419/9.9.: „Die Konservativen im Sportpalast“.
- 525 VB 195/17.-18.8.1930: „Am 18. August beginnt die Lawine“; 207/31.8.: „Höhepunkt des Wahlkampfes erreicht“; 219/14.-15.9.: „Hitler spricht vor 30 000 in Breslau“; MA 205/5.9.1930: „Die Gelder für Hitler-Sturmtruppen“; zur Finanzierung der NSDAP siehe unten.
- 526 Vgl. Hennig, Gewalt, S. 106 f.; Winkler, Weimar, S. 388; NPZ 253/7.9.: „Das hochverräterische Unternehmen der NSDAP“; FZ 663/6.9.1930: „Die Ziele der Nationalsozialisten“.
- 527 Winkler, Weimar, S. 613.
- 528 Zit. nach: UF VIII, S. 76 f.; VZ 181/31.7.: „Wahlkampf ohne Waffen“; NPZ 209/26.7.: „Erweiterung des Waffenverbots“; Vorwärts 397/26.8.1930: „Die Organisation der Totschläger“.
- 529 Germania 418/9.9.: „Gegen den Missbrauch der Straße“; MA 194/23.8.1930: „Der Wahlkampf wird immer schärfer“.
- 530 Hennig, Gewalt, S. 111 f.; vgl. Hackett, S. 236–239; Winkler, Weg, S. 185 f.
- 531 Wernette, S. 181; vgl. auch S. 101–135.
- 532 VZ 203/25.8. „Drei Tote auf der Wahlstatt“; Germania 334/22.7.: „Wahlkampf blutig begonnen“; 376/15.8.: „Schärfere Polizeimaßnahmen gegen das politische Rowdytum“; NPZ 229/15.8.: „Blutige Wahlschlacht in Nürnberg“; 241/27.8.1930: „Überall Wahlzusammenstöße“.
- 533 VB 219/14.-15.9.: „Die Straße frei den braunen Bataillonen!“; RF 215/14.9.: „Nazis und Polizeisozialisten schießen auf das Liebknechtshaus“; Germania 412/5.9.: „Nationalsozialist unter Mordverdacht“; 427/13.9.: „Wahlschüsse in Spandau“; NPZ 260/14.9. „Ein Todesopfer des Wahlkampfes“; Vorwärts 431/14.9.: „Blutiger Wahlkampf“; FZ 652/2.9.1930: „Auswüchse des Wahlkampfes“.
- 534 Mommsen, Freiheit, S. 447; vgl. zu den Reichstagswahlkämpfen des Jahres 1932 ebd., S. 459–465; Winkler, Weimar, S. 488–490 u. 503–507; Hennig, Hessen, S. 168–174; Vorwärts 263/7.6.1932: „Terrorwahlen in Sicht!“ Von der zunehmenden Gewalttätigkeit dieser Bürgerkriege mit wöchentlichen „Verlustlisten“, weiß auch der Schriftsteller Oskar Maria Graf in seinen Erinnerungen zu be-

- richten. Nachdem es „von Mal zu Mal zu wilderen Schlägereien der feindlichen Klebezettel- und Schmierkolonnen und lebensgefährlichen Saalschlachten“ gekommen sei, marschierte und demonstrierte vor Wahlen bald alles, was laufen konnte: „Es roch gleichsam in solchen Zeiten nach Lederzeug, Stiefelschmiere und Kasernenmief. Dazu kam noch der Brandgeruch der flammenden Litfaßsäulen, die mit Petroleum übergossen und angezündet wurden, wenn zuviel Wahlplakate der gegnerischen Partei darauf klebten“ (Graf, S. 444 f.).
- 535 VZ 214/7.9.: „Deutschland eine Woche vor dem Wahltag. Eine Umschau durch die 35 Wahlkreise“; NPZ 230/16.8.1930: „Graf Westarp eröffnet den Wahlkampf in Pommern“.
- 536 Germania 377/16.8.: „Der Wahlkampf wird diszipliniert“; MJ 189/18.8.: „Erziehung zum anständigen Wahlkampf“; Volkszeitung 189/19.8.1930: „Landesparteitag der hessischen Sozialdemokratie“.
- 537 FZ 607/16.8.: „Einheitsfront von Staatspartei und Volkspartei in Württemberg und Baden“; Germania 359/5.8.: „Vom Wahlkampf in Baden“; FZ 630/25.8.1930: „Die Demokraten Hessen-Nassaus“.
- 538 VZ 214/7.9.: „Deutschland eine Woche vor dem Wahltag“; Germania 412/5.9.: „Kein Wahlkampf auf der Straße!“; VB 204/28.8.1930: „Unterbindung der Wahlfreiheit der NSDAP in München“.
- 539 Vorwärts 395/24.8.: „Los! Drei Wochen Kampf und Sieg“; 419/7.9.1930: „Ein letzter Appell“.
- 540 Vorwärts 422/9.9.1930: „Unser Tonfilmauto. Liste 1 fliegt übers Land“.
- 541 NPZ 260/14.9.: „Der Abschluss des Wahlkampfes“; VZ 220/14.9.1930: „Ruhiger Schluss des Wahlkampfes“.
- 542 Schreiben vom 12.8.1930, BaP, R 1501, Nr. 25176: Durchführung der Reichstagswahl 1930.
- 543 Germania 429/16.9.: „Wahlsonntag in Berlin“; Vorwärts 415/5.9.: „Schnapsverbot am Wahltag. Ausdehnung auf das ganze Reich“; NPZ 261/16.9.1930: „Wie Berlin wählte. Ruhe bei starker Beteiligung“.
- 544 FZ 647/31.8.: „Deutscher Wahlkampf“; 666/7.9.1930: „Deutscher Wahlkampf“.
- 545 Tschachotin, S. 429.

Anmerkungen zu Kapitel 5 (Seite 179 bis 273)

- 546 Karrenbach, S. 340.
- 547 „Der Wahlkampf auf der Höhe!“, in: National-Echo. Nachrichtenblatt der DVP 4/25.4.1924.
- 548 Steinberg, S. 471 u. 473.
- 549 Stubmann, S. 393.
- 550 Brödner, S. 123; vgl. Bendikat/Lehnert, S. 114 f.
- 551 Troeltsch, Die Reichstagswahlen (zit. nach: UF IV, S. 155).
- 552 Vgl. Paul, Aufstand, S. 57.
- 553 Morsey, DZP 1917–1923, S. 135; vgl. auch Horkenbach, S. 725; Schönhoven, BVP, S. 62.

- 554 Vgl. Die Zentrums politik der letzten fünf Jahre, Broschüre, ACDP, I-206–20; Schumacher, MdR, S. 603; RH V, S. 503 f.; Ruppert, Dienst, S. 23.
- 555 Schumacher, MdR, S. 740 f.; RH IV, S. 371.
- 556 Über die Aufgaben eines Reichsgeschäftsführers siehe Stephan, Jahrzehnte, S. 146–149.
- 557 Vgl. Krebs, S. 197–199; Paul, Aufstand, S. 59 f.
- 558 Paul, Aufstand, S. 64.
- 559 Vgl. Michels, S. 51–56.
- 560 Vgl. RH V, S. 500.
- 561 NC 80/4.5.1928: „Untergeschäftsführer“; 164/26.8.1930: „Wahlhilfe“.
- 562 Biographische Angaben bei Benz/Graml, S. 343, sowie Weber, Wandlung II, S. 288.
- 563 Vgl. Briefe von Fritz Heine vom 29.12.1993 und 8.1.1994; zu Haenisch siehe NDB VII, S. 442–444; zu Ludwig siehe Schumacher, MdR, S. 375 f.; Horkenbach, S. 511.
- 564 Angaben nach: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration I, S. 280 f.
- 565 Portner, S. 155.
- 566 Vgl. Stephan, Jahrzehnte, S. 100–162, hier S. 119; zum Organisationsaufbau der DDP siehe auch Frye, S. 207–221; Albertin, Einleitung, S. XXXI–XLVII.
- 567 VZ 574/5.12.1924: „Deutschlands Erneuerer. Wie die ‚Nationalen‘ den Wahlkampf vergiften“.
- 568 FZ 489–90/3.7.1932: „Der Wahlkampf und wir“; vgl. auch MA 76/29.3.1924: „Wahlkampf“.
- 569 Portner, S. 151.
- 570 Vgl. Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9., 13. und 28.12.1918 (zit. nach: Wegner, S. 6–9); zur Wahlpropaganda der DDP 1918/19 siehe Frye, S. 68 f. u. 217 f.
- 571 Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitages der DDP, S. 14.
- 572 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle vom 22.6.1923, BaK, Nachlass Erkelenz, 110, f. 23–25.
- 573 „Nachtrag zum Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlredner“, Flugschrift [März 1924]; Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP an die Ortsvereine und Kandidaten der Partei vom 1.12.1923, BfZ, Flugblattsammlung; vgl. Stephan, Aufstieg, S. 267.
- 574 Rundschreiben der DDP 2/6.2.1924, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 6 f.
- 575 „An die Herren Ortsgruppen-Vorsitzenden!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Rundschreiben der DDP 3/22.2.1924, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 11–19.
- 576 Brief Erkelenz an Geiser vom 14.5.1924, BaK, Nachlass Erkelenz, 31, f. 34.
- 577 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP-Reichsgeschäftsstelle an Wahlkreisvorsitzenden usw., BaK, Nachlass Dietrich, 219, f. 255–261.
- 578 Aufklärungs- und Werbematerial Wahlkampf 1928, Verzeichnis Nr. 3, BfZ, Flugblattsammlung.

- 579 Reichstagswahl vom 4.5.1924 – Der Wahlausfall in Baden, Manuskript, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 421–430.
- 580 Sitzung des Vorstandes vom 21.6.1927 (zit nach: Wegner, S. 430).
- 581 Organisations-Tagung der DDP am 17./18.9.1927 und der Parteisekretäre am 18./20.9.1927 in Bad Eilsen bei Bückeburg, Tagungsprotokoll, Anwesenheitsliste und Beschlüsse, BaK, R 45 III, 29, f. 15–22; vgl. Albertin, Einleitung, S. XXXIV–XXXV; Schneider, DDP, S. 222–230.
- 582 Manuskript der Reichsgeschäftsstelle zu den Eilsener Beschlüssen, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 157–169.
- 583 Sitzung des Parteivorstandes der DDP vom 3.12.1927 (zit. nach: Wegner, S. 431); vgl. Stephan, Aufstieg, S. 379.
- 584 Rundschreiben 1/13.1.1928 der RGSt der DDP an die Wahlkreisgeschäftsstellen usw., BaK, R 45 III, 40, f. 13; Sitzung des Parteivorstandes mit den Wahlkreisvorsitzenden vom 3.4.1928 (zit. nach: Wegner, S. 439); VZ 212/19.3.1928: „Im Zeichen des Wahlkampfes“.
- 585 Rundschreiben 7/29.2.1928 an die Wahlkreisgeschäftsstellen usw. und 19/3.5.1928 an die Wahlkreisgeschäftsstellen über die „Ausnutzung des Films im Wahlkampf“, BaK, R 45 III, 40, f. 16 u. 94 f.
- 586 „Frauen im politischen Wahlkampf“, in: Der Weltspiegel, BaK, R 45 III, 40, f. 104.
- 587 Vgl. Stephan, Aufstieg, S. 382; VZ 104/1.5.1928: „Der Aufmarsch der Demokraten“.
- 588 Rundschreiben 12/10.4.1928 usw., BaK, R 45 III, 40, f. 23; Protokolle über die Sitzungen des Organisationsausschusses der DDP am 24.2. und am 28.3.1928, BaK, R 45 III, 24, f. 66–72.
- 589 Rundschreiben 21/12.5.1928 usw., BaK, R 45 III, 24, f. 116–117.
- 590 Sitzung des Parteivorstandes am 14.6.1928 (Druck in: Wegner, S. 458–462).
- 591 Rundschreiben 4/25.8.1930 der DStP-Hauptgeschäftsstelle an die Wahlkreisaktionsausschüsse der DStP, die Geschäftsstellen der DDP und der VNR, BaK, R 45 III, 59, f. 13–20.
- 592 Vgl. Thimme, Stresemann, S. 46–47 und 60–63.
- 593 „Gegen den Schwarz-rot-goldenen Block!“, Vortragsfolge für politische Ausbildungskurse, hrsg. v. Generalsekretariat der DVP in Dortmund [1921], BaK, ZSg 1–42/15 [künftig zit.: Koester], hier S. 1.
- 594 Koester, S. 2.
- 595 Ebd., S. 3.
- 596 Ebd., S. 6.
- 597 NC 203/8.12.1924: „Aktion und Reaktion“.
- 598 NC 62/4.4.1928: „Dr. Stresemann Spitzenkandidat in Bayern“.
- 599 Vgl. NC 79/3.5.: „Stresemann im Wahlkampf“; FZ 267/10.4.: „Stresemann in Bayern. Vorspann für wen und für was?“, VB 69/23.3.1928: „Stresemann kandidiert in Bayern“.
- 600 „Der Kampf um Stresemann“, Broschüre, BaK, ZSg 1–44/6 (künftig zit.: Engelmann).

- 601 Engelmann, S. 1 f.; vgl. zur Sozialstruktur des Wahlkreises die Angaben bei Falter u. a., S. 66.
- 602 Engelmann, S. 4; VZ 107/27.4.1928: „Stresemann in Bayern. Wahlkampf gegen den ‚Hitler-Geist‘“.
- 603 Engelmann, S. 9.
- 604 Ebd., S. 13.
- 605 Ebd., S. 15–19, hier S. 19.
- 606 Ebd., S. 23–24; vgl. NC 93/24.5.1928: „Gute Wirkung der Stresemann-Kandidatur in Bayern“.
- 607 MT 138/19.5.1928: „Wahlschwindeleien“.
- 608 NPZ 234/19.5.1928: „Die innere Politik der Woche“.
- 609 UP 14/1.6.1928: „Schließt die Reihen!“
- 610 Weiß, Organisation, S. 363.
- 611 Liebe, S. 38.
- 612 „Stellung und Aufgaben des Einzelmitgliedes innerhalb der Parteiorganisation“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; zum Organisationsaufbau der DNVP vgl. Liebe, S. 35–38.
- 613 NPZ 573/5.12.: „Fahnen heraus am Wahltag!“; 575/7.12.: „Reichstagswahl – Preußenwahl. Ein letztes Wort“; vgl. Germania 518/27.11.1924 „Mit Malerrassel, Fähnchen und Luftballons!“
- 614 Zur Person und zum Presse- u. Propagandakonzern Hugenberg vgl. Wernecke/Heller, besonders S. 42–141.
- 615 Vgl. Liebe, S. 42–49; Fricke II, S. 483.
- 616 „Weiteres Material für den Wahlkampf“, Schriftenverzeichnisse der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle, BfZ, Flugblattsammlung; vgl. Weiß, Organisation, S. 381–382.
- 617 Richtlinien der DNVP für die Reichstagswahlen 1920, BaK, ZSg 1–44/5 (13); Werner Fiehn, Der Wahlkampf und seine Durchführung. Richtlinien für die Wahlarbeit für Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen, Berlin 1928; im Anhang ein „Wahlterminkalender“ für die Zeit vom 23.4. bis zum 19.5.1928, Auszüge aus dem Reichswahlgesetz und der Reichsstimmordnung sowie „wertvolle Hinweise für Vorbereitung und Durchführung von Wahlversammlungen“. Vgl. Vorwärts 217/9.5.1928: „Angstvoll und frech. Vertrauliche Anordnungen der deutschnationalen Wahlmacher“.
- 618 „Der Wahlkampf ist beendet! Der Wahlkampf beginnt!“, Rundschreiben 74/23.5.1928 der DNVP-Hauptgeschäftsstelle an alle Abgeordneten, Landesverbände, Kreisvereine und Ausschüsse, BaP, R 8005–68.
- 619 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16), S. 2–7, hier S. 3.
- 620 Ebd., Anlage 2, S. 18–20.
- 621 Wahlkampftagung, S. 4.
- 622 Ebd.
- 623 Steinbach, Zähmung, S. 57 f. Überschrift nach „Was hat der Bürgerblock geleistet?“, Flugblatt der SPD von 1928, BaK, NS-26/2106.

- 624 Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 27.
- 625 Wette, Stimmzettel, S. 363.
- 626 Vorwärts 568/2.12.1924: „Das Unternehmertum im Wahlkampf“; 339/21.7.1932: „An die Partei!“, vgl. Wette, Stimmzettel, S. 391–393; Matthias, SPD, S. 127–145.
- 627 Volkszeitung 85/9.4.1924: „Reichstagswahl 1924“; Vorwärts 408/1.9.1930: „Wahlen im alten Berlin. Ein erfreuliches Kapitel Parteigeschichte“.
- 628 Protokoll der Reichskonferenz 1920, S. 27.
- 629 Material für die Redner der USPD zur Reichstagswahl 1920, Broschüre, AdsD, Flugblätter 1920 I.
- 630 Protokoll der Reichskonferenz 1920, S. 70.
- 631 Volkszeitung 90/15.4.1924: „Auf in den Kampf!“, vgl. Vorwärts 153/30.3.: „Gebote für die Wahlagitation“; 208/4.5.: „Berlin am Wahltag“; Volkszeitung 101/30.4.1924: „Antreten zur Wahl!“
- 632 Volkszeitung 73/26.3.: „Landesparteitag für Hessen-Nassau“; 82/5.4.1924: „Der Auftakt zum Wahlkampf“; Germania 90/18.3.1924: „Hessische Zentrumspartei und Reichstagswahlen“.
- 633 Volkszeitung 90/15.4.: „Auf in den Kampf!“, 91/16.4.: „Das Trommelfeuer beginnt!“, 104/2.5.1924: „Letzter Appell zum Reichstagswahlkampf!“
- 634 Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 77.
- 635 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1929, S. 44–48.
- 636 Vgl. Schreiben von Friedrich Heine vom 22.1. und 5.2.1993. Bezüglich der Künstler nutzte die Werbeabteilung Verbindungen zur Zeitschrift „Gebrauchsgrafik“, die zum Vorwärts-Verlag gehörte.
- 637 Vgl. Jahrbuch der SPD für 1929, S. 233–235.
- 638 Vgl. Jahrbuch der SPD für 1930, S. 214–220.
- 639 Vgl. FW 30/27.7.: „Aufmarsch zur Wahlschlacht“; 31/2.8.: „Tohuwabohu“; 32/10.8.: „Verfassungsfeier und Wahlkampf“; 33/17.8.1930: „Der Wahlaufmarsch und die politische Taktik“.
- 640 „Paus-Vorlagen“, hrsg. von der Werbe-Abteilung der SPD, Berlin [1932], AdsD, Flugblätter 1932.
- 641 Vorwärts 192/24.4.1927: „Wien wählt rot. Vorbildliche sozialdemokratische Propaganda“.
- 642 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 5.
- 643 Ebd., S. 46 und S. 33 f.
- 644 Vorwärts 220/10.5.1928: „Großmacht Sozialdemokratie im Wahlkampf“.
- 645 Bericht für die Zeit vom 1.4.1922 bis 31.3.1924 zum Landesparteitag am 29./30.3.1924 in Karlsruhe (zit. nach: Schadt, Nr. 5, S. 89).
- 646 Schadt, Nr. 6, S. 103 f.
- 647 Ebd., Nr. 8, S. 151 f.
- 648 So Schaefer, S. 279; typisch die Kritik bei Bracher, Auflösung, S. 74; Neumann, S. 35 f.
- 649 Paul, Aufstand, S. 177; Lösche/Walter, SPD, S. 30: „Es fiel der Partei nicht ein, anstelle einförmiger politischer Agitationsmethoden eine Vielzahl sinnstiftender und attraktiver Metaphern zu produzieren und anzubieten“.

- 650 Pyta, S. 516; vgl. ebd., S. 468–485.
- 651 Glenlow (d.i. Mierendorff), Politik, S. 609; vgl. Mierendorff, Bedeutung, S. 519–521. Zu Mierendorffs Propagandakonzeption siehe Albrecht, S. 98–153, sowie Smith, passim.
- 652 Glenlow, Politik, S. 611; vgl. Schaefer, S. 237–263 u. 345–364; zur „Symboloffensive“ der SPD nach 1930 siehe auch Paul, Krieg, S. 51–54; Pyta, S. 479–482.
- 653 Rundschreiben des Gauvorstandes Hannover des Reichsbanners vom 5.7.1932 (zit. nach: Matthias, SPD, S. 223).
- 654 „Material für die Reichstagswahl 1932“, Richtlinien des Parteivorstandes für die Reichstagswahlen (Druck in: Matthias, SPD, S. 221 f.).
- 655 Vgl. Weber, Wandlung I, S. 96.
- 656 Die Massenorganisationen in der Kampffront. Instruktionen für die Wahlarbeit, H. 2, S. 29; vgl. Rundschreiben der KP-Zentrale vom 4.4.1924, BaP, R 1507, St. 12/71; zur praktischen Organisationsarbeit der KPD siehe Weber, Wandlung I, S. 261–272.
- 657 Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag 1929, S. 256 f.
- 658 Zit. nach: Protokoll des Gründungsparteitages, Berlin 1972, S. 16.
- 659 RF 21/25.3.1924: „Erklärung der Reichstagskandidaten der Kommunistischen Partei“; zum Verhältnis von KPD und Parlamentarismus siehe Weber, Wandlung I, S. 328–342; Haferkorn/Leidigkeit, besonders 378–387. Auf der radikalen, nicht-parteilinken Linken wurden Wahlen und Wahlkämpfe weiterhin kompromisslos abgelehnt und der „aktive Kampf gegen die Stimmzetteldemokratie“ propagiert. Typisch für die strikt wahlfeindliche Auffassung der extremen Linken, die hier Parallelen zu rechtsradikalen Vorstellungen offenbarte, war ein Flugblatt der KAPD vor dem 20. Mai 1928, in dem die Proletarier vor der „Flut der Wahldemagogen“ gewarnt wurden. Vom Bürgerblock bis hin zu den „parlamentarischen Arbeiterparteien“ SPD und KPD würde alles „im Wahlkampf“ um Arbeiterstimmen buhlen“. Der Stimmzettel sei aber kein geeignetes Mittel, um die Lage der Arbeiter zu ändern, wie die „großen Papierzettelschlachten“ vergangener Jahrzehnte bewiesen hätten („Was wird nach dem 20. Mai?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64).
- 660 RF 79/1.4.1928: „Klare Front!“
- 661 RF 112/13.5.1928: „Wir marschieren“.
- 662 Sonderausgabe der RF für Betriebe 4.12.1924: „Die Dawes-Pest“.
- 663 RF 137/22.10.1924: „Die Betriebszelle im Wahlkampf“
- 664 Vgl. Praktische Winke, S. 26–30; zu den „Bastelstuben“ auch Richtlinien für den Wahlkampf 1930, S. 33.
- 665 Parteitag der KPD 1925, S. 129; zur Organisation der Landsonntage siehe die Dokumente bei Knipping, S. 360–366; über Politik und Kunst in der deutschen Arbeiterbewegung Geller, S. 58–76; zu Münzenberg und seinem Presse- und Propagandaapparat siehe Gruber, passim.
- 666 Praktische Winke, S. 3–5; vgl. Der Parteiarbeiter 5/Mai 1928: „Ein gutes Beispiel für Anknüpfung an lokale Begebenheiten bei der Wahlagitatorik“. Als beispielhaft für basisnahe Propaganda, welche die „revolutionäre Initiative der

- Massen“ wecken sollte, wurde im Herbst 1924 die Aktion einer Gruppe von Frauen dargestellt, teils Parteigenossinnen, teils „Sympathisierende“, die unkonventionelle Wahlwerbung für die KPD betrieben hätten, indem sie auf ihre Einkaufskörbe Papierstreifen mit „Wählt kommunistisch“ klebten und so gerüstet zum Einkauf gingen (RF 169/29.11.1924: „Wahlpropaganda beim Einkaufen“).
- 667 „Werte Genossen!“, Broschüre, BaK, ZSg 1–64/4 (27).
- 668 Parteitag der KPD 1925, BaK, ZSg 1–65/75, S. 706 f.; vgl. Weber, Wandlung I, S. 112–119; Flechtheim, S. 221–228.
- 669 Ebd., S. 708.
- 670 Ebd., S. 709.
- 671 Vgl. Parteitag der KPD 1924, S. 64/28–64/30.
- 672 Wahlrundschriften des Bezirkswahlkomitees Nordwest 1/7.3.1924, BaP, R 1507, St. 12/71; vgl. Organisatorisches Rundschreiben der KPD-Zentrale: An die Bezirks- und Unterbezirkskomitees [März 1924]; Politisches Rundschreiben der KPD-Zentrale zu den Reichstagswahlen, 4.4.1924, BaP, R 1507, St. 12/71.
- 673 Vgl. Parteitag der KPD 1925, S. 124 f.
- 674 Ebd., S. 39 f.
- 675 Ebd., S. 45 f. Eine Gesamtaufstellung der KPD-Zentrale für die von März 1924 bis Juli 1925 produzierten Propagandamaterialien nannte die imposante Zahl von 112 Millionen Stück, darunter 76 Flugblätter in einer Auflage von 69,8 Millionen Stück, 61 Plakate in einer Auflage von 2,9 Millionen, 24 Flugschriften in einer Auflage von 1,8 Millionen und 36,9 Millionen Klebezettel. Danach waren 1924/25 vier Flugblätter (3,8 Millionen) gegen die SPD gerichtet, gegen die Völkischen nur zwei (450 000), bei den Zielgruppen dominierten die Landarbeiter und Bauern mit 12 Flugblätter (3,6 Millionen), gefolgt von den Frauen mit immerhin fünf Flugblättern (2,8 Millionen).
- 676 Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag 1929, S. 256 f.
- 677 Ebd., S. 258.
- 678 Praktische Winke, S. 8 f.
- 679 Ebd., S. 11 f.
- 680 Ebd., S. 12 f., mit Abbildungen; vgl. Der Parteiarbeiter 5/1928: „Anregungen für die Straßenagitation“; zur Musik als politisches Agitationsmittel der KPD siehe Bodek, besonders S. 284 f.
- 681 Praktische Winke, S. 24f; RF 98/26.4.: „Heraus zum Großwerbe- und Sammeltag!“; 111/12.5.: „Organisiert die Wahlarbeit in Stadt und Land!“; 113/15.5.: „Der Schlepperdienst am Wahltag“; 117/19.5.1928: „Die Betriebe im Wahlkampf“.
- 682 Richtlinien für den Wahlkampf 1930, S. 27–29.
- 683 Rundschreiben Nr. 10, Anweisungen der Agitpropabteilung (zit. nach: Weber, Generallinie, S. 200).
- 684 Rundschreiben des ZK-Sekretariats vom 31.7.1930 (Druck in: Weber, Generallinie, S. 200–203); RF 182/7.8.1930: „Rote Hilfe für Liste 4“.

- 685 Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen, 18.9.1930, (zit. nach: Weber, Generallinie, S. 207).
- 686 Rundschreiben 12/16.6.1932 (zit. nach: Weber, Generallinie, S. 510–518).
- 687 Vgl. Jones, Conflict, S. 350; zur Aktivität des Volksvereins für das katholische Deutschland in der Weimarer Republik siehe Fricke IV, S. 452–459.
- 688 Vgl. Morsey, DZP, S. 599–606; zur Organisation des Zentrums Ruppert, Dienst, S. 31–33.
- 689 Traumann, S. 9 f.; vgl. Ruppert, Dienst, S. 90.
- 690 Germania 466/26.10.1924: „Rückblick und Ausschau“.
- 691 Germania 458/22.10.1924: „Eine Entschließung des Zentrums“; MJ 89/16.4.: „Lernen wir vom Gegner“; 114/15.5.1928: „Zehn Gebote für Zentrumswähler“.
- 692 „Für einen Wahlkampf ohne Ausschreitungen“, in: Wahldienst des Zentrums 43/27.4.1928, ACDP, VI-051–003/2; Germania 154/26.4.1924: „Schlagworte im Wahlkampf oder tragfähige Politik im Parlament“.
- 693 Germania 527/2.12.1924: „Politische Vernunft“.
- 694 Germania 518/27.11.: „Benutzt das Wahlmaterial!“; 518/27.11.1924: „Mit Malterraspel, Fähnchen und Luftballons!“
- 695 Germania 530/4.12.1924: „Wahlplakate“.
- 696 Vgl. dazu Hürten, Katholiken, S. 112; zu Düsseldorf siehe Stump, S. 57 und 71.
- 697 MJ 89/16.4.1928: „Sachlicher Wahlkampf!“.
- 698 Germania 506/19.11.1924: „An die Berliner Zentrumswählerschaft“; Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats 4/3.11.1924 und 6/22.11.1924, ACDP, I-150–030/6; MJ 91/28.4.: „Partei-Organisation“; 92/29.4.1924: „Wahl-Flugblätter der Zentrumspartei“.
- 699 MJ 103/3.5.1920: „Taktik, Organisation und Agitation“.
- 700 Rundbrief des Reichsgeneralsekretariats vom 7.5.1928, ACDP, VI-051–3/2.
- 701 Bericht über die Tagung der Parteibeamten vom 19./20.4.1927 in Köln, ACDP, VI-051–3/1.
- 702 „Unsere organisatorischen Aufgaben“, Anlage 3, Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats vom 28.7.1927, ACDP VI-051–3/1; Bericht über die Parteibeamtentagung in M.-Gladbach am 8.9.1927, ACDP VI-051–3/2; vgl. Ruppert, Dienst, S. 58.
- 703 Bericht über Parteibeamtentagung in M.-Gladbach 8.9.1927, ACDP VI-051–3/2.
- 704 Rundschreiben des Landessekretariats der Württ. Zentrumspartei an alle Ortsgruppenvorstände vom April 1928 betr. Werbearbeit für die Land- und Reichstagswahl, ACDP, VI-051–190; Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats vom 5.5.1928, ACDP, VI-051–3/2; vgl. Ruppert, Dienst, S. 316–320.
- 705 Bericht über die Tagung des Parteivorstandes, der Landes- und Provinzvorsitzenden und der Parteisekretäre in Berlin am 1.6.1928, ACDP I-352–11.
- 706 Richtlinien vom 11.6.1932 betr. Reichstagswahlen, ACDP, I-150–030/6.
- 707 „Sehr geehrter Parteifreund!“, Rundbrief des Parteivorsitzenden der DZP vom Juni 1932, ACDP, I-352.
- 708 Vgl. Mosse, Nationalisierung, S. 10–32, hier S. 21.

- 709 Paul, Aufstand, S. 214; vgl. Pyta, S. 511; Tyrell, S. 222; Arafe, S. III.
 710 Mommsen, Freiheit, S. 343.
 711 Ders., Zeitgeschichte, S. 152; vgl. Winkler, Weimar, S. 452; Thamer, S. 157.
 712 Falter, Volkspartei, S. 45 f.; zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne vgl. Könke.
 713 Vgl. zuletzt Paul, Aufstand; Fischer, Wahlkampf (mit weiterer Literatur).
 714 Schulze, Weimar, S. 327.
 715 Vgl. etwa Espe, S. 282, über das „Jahr der Wahlschlachten“ 1932.
 716 Paul, Aufstand, S. 83.
 717 Stark, Propaganda, S. 9; zu den Propagandamethoden und -mittel der NSDAP vor 1933 siehe Paul, Aufstand, S. 120–144; sowie Balle, S. 241–270.
 718 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 331 f.
 719 Zit. nach: Hitler, Reden II, S. 841 f.; vgl. VB 181/1.8.1930: „Der Wahlkampf der Marxisten. Messer/Revolver/Blut/Terror. Und der Wahlkampf der Nationalsozialisten. Volksaufklärung/Ringen um die Seele/Gewinnung neuer Kämpfer“.
 720 VB 108/9.5.1928: „Bestellt das beste Material für den Wahlkampf“; 188/9.8.1930: „Neue billige Propaganda-Marken“.
 721 VB 47/21.3.1925: „Achtung! Achtung! Anordnung der Parteileitung der NSDAP!“
 722 VB 106/6.-7.5.: „Anordnung 26 der Propagandaabteilung“; 108/9.5.1928: „Und du?“
 723 Mommsen, Freiheit, S. 340.
 724 Vgl. im einzelnen Paul, Aufstand, S. 59–69; zur Organisation der NSDAP vor 1933 siehe Thamer, S. 131–146; Schulz, Aufstieg, S. 437–515; Schieder, NSDAP, S. 145–149; Mommsen, Freiheit, S. 339–342; Arafe, besonders S. 88–114.
 725 Paul, Aufstand, S. 72 f.
 726 Ebd., S. 257.
 727 Stark, Propaganda, S. 17.
 728 Zu den Parteitag der NSDAP vor 1933 siehe Zelnhefer, S. 9–59.
 729 Wille und Weg 1931, S. 4.
 730 Wilucki, S. 232 f.
 731 Paul, Krieg, S. 34.
 732 Staatsbürger, S. 7.
 733 Vgl. Braunias, S. 292 f.
 734 Vgl. Schumacher, Wirtschaftspartei, S. 72–79.
 735 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 344.
 736 Vgl. MA 69/21.3.1924: „Keine laute Agitation in der Karwoche“.
 737 NPZ 175/13.4.1928: „Sozialdemokratische Geldquellen“; 233/19.8.1930: „Französische Wahlgelder für die deutsche Sozialdemokratie“; RF 175/6.12.1924: „Der Großschieber Barmat und die SPD. Aus welcher Quelle fließen die Wahlgelder der SPD?“
 738 Wahlkampfsondernummer der UP 5/7.9.1930: „Bahn frei für Hugenberg!“
 739 Vorwärts 343/25.7.1930: „Stärkt unseren Wahlfonds!“; vgl. RF 43/3.5.1924: „Die bestochene VSPD am Pranger! Das Riesen-Wahlpanama – Wels schluckt drei Viertel Millionen Rentenmark aus Reichsmitteln“.

- 740 FZ 872/21.11.: „Industriegelder für eine Rechtspolitik“; Vorwärts 547/20.11.: „Die Wahlgelder der Industrie“; 561/28.11.1924: „Zum Stimmenkauf der Großindustrie“.
- 741 Volkszeitung 280/5.12.1924: „Viereinhalb Millionen“.
- 742 Vgl. Weber, Wandlung I, S. 310–312.
- 743 VZ 113/12.5.1928: „Wahlpropaganda der Kommunisten“.
- 744 RF 109/9.5.: „Schafft Flugblätter!“, 98/26.4.: „Heraus zum Großwerbe- und Sammeltag!“, Der Parteiarbeiter 3/1928: „Wie sammeln wir eine halbe Million Mark für unseren Wahlfonds?“.
- 745 Richtlinien der KPD für den Wahlkampf 1930, S. 29 u. 37.
- 746 MA 71/24.3.1924: „Aufruf der demokratischen Partei“.
- 747 Frye, S. 216 f.; vgl. Jones, Liberalism, S. 218 f.; zur Finanzierung der DDP siehe Schneider, DDP, S. 69–74 u. S. 244–251; zur DVP siehe Albertin, Liberalismus, S. 174–178.
- 748 Brief Dietrich an Bankdirektor Kahn, Mannheim, vom 7.4.1924, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 97.
- 749 FZ 890/28.11.1924: „Demokratie und Parteifinzen“, Sitzung des Vorstandes vom 21.10.1924 (zit. nach: Wegner, S. 331); vgl. Stephan, Aufstieg, S. 379 f.
- 750 Rechenschaftsbericht für die Reichstagswahlen 1924 vom 25.7.1924, BaK, Nachlass Gerland, 8, f. 15–17.
- 751 Vgl. Stephan, S. 458 f.; Jones, Liberalism, S. 384; Frye, S. 169 f.
- 752 „Wahlzeitung für die Deutsche Staatspartei“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20.
- 753 Vgl. Organisationstagung vom 5./6.12.1931 (zit. nach: Matthias/Morsey, Staatspartei, S. 50).
- 754 Turner, Großindustrie, S. 39 f.
- 755 „Aufruf an die Ortsgruppen der Partei“, Rundschreiben der Hauptparteileitung [1921], HStW, 1152 (22).
- 756 Rundschreiben des Vorstandes des DNVP-Arbeitsbezirks Dillkreis an die Ortsgruppenvorstände und Vertrauensleute vom 31.10.1924, HStW, Abt. 1152, Nr. 18.
- 757 Germania 530/4.12.: „Die Deutschnationalen im Wahlkampf“, vgl. Übersicht über die Wahlbewegung im Reich vom 1.12.1924 (Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung), BaP, R 1507, St 12/72.
- 758 Quatz, Tagebuch-Eintrag vom 24.4.1928 (zit. nach: Weiß/Hoser, S. 38).
- 759 Schönhoven, Volkspartei, S. 82–84.
- 760 Vgl. Morsey, Zentrumsparitei, S. 599–606, hier S. 600; Ruppert, Dienst, S. 32.
- 761 Vgl. Stump, S. 79–81.
- 762 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle des Zentrums vom 9.5.1924, ACDP, I-150–030/5.
- 763 Germania 211/6.5.1928: „Stärkt den Wahlfonds der Deutschen Zentrumsparitei!“
- 764 Der Stürmer v. April 1928 „Aufruf!“, vgl. NS-Jahrbuch für 1929, S. 125 f.
- 765 Vgl. Hackett, S. 264 f.; Matzerath/Turner, S. 70; zur Finanzierung der NSDAP auch Maser, S. 396–412; sowie Trumpp, Finanzierung; Turner, Großindustrie, S. 144–153 u. 352–361.

- 766 „Ursache u. Erfolg oder die politische Opferwilligkeit“, Flugblatt [DVP], AdsD, Flugblätter 1920 I; Schreiben des Berliner Wahlkreisverbandes der DVP vom 28.4.1920, BaK, R 45 II, 40, f. 10.
- 767 NC 65/13.4.1928: „Wahlgelder“; DAZ 350/30.7.: „Keine Wahlgelder der Industrie“; VZ 205/28.8.1930: „Kontrolle der Wahlgelder“; zur Wahlkampf-Finanzierung in den USA vor 1948 siehe Dinkin, S. 105–108 u. 140–143.
- 768 Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 77.
- 769 Vgl. Schadt, Nr. 6, S. 108 f.
- 770 Sozialdemokratischer Parteitag 1925, S. 73 f.
- 771 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1929, S. 44–48.
- 772 Schadt, Nr. 8, S. 153.
- 773 Volkszeitung 169/24.7.1930: „Die hessische Sozialdemokratie ruft zum Wahlkampf“.
- 774 „An unsere Mitglieder!“, Rundschreiben des SPD-Bezirksvorstandes Schleswig-Holstein vom Juni 1932; „20 Flugblätter kosten 10 Pfennig“, Handzettel, AdsD, Flugblätter 1932 I; Vorwärts 277/15.6.1932: „Freiheitsopfer!“
- 775 Vgl. dazu Gluchowski, S. 677–680.
- 776 Gurian, Soziologie, S. 589.
- 777 FZ 647/31.8.1930: „Deutscher Wahlkampf. Wie es die Parteien machen“.
- 778 Vgl. Childers, Language, S. 338–342, hier S. 342.
- 779 Neumann, S. 33.
- 780 Zur „Vielfalt der Angestellten“ in der Weimarer Berufswelt siehe Speier, S. 29–55.
- 781 Lösche/Walter, S. 75.
- 782 Childers, Language, S. 344.
- 783 Winkler, Mittelstand, S. 117.
- 784 Zum Verhältnis von Angestelltenschaft und SPD siehe Winkler, Schein, S. 384–389; Speier, S. 104–108; zu den korporativen Aspekten des „Berufsstandes“ in der bürgerlichen Parteienpropaganda vgl. Childers, Language, S. 346–348; zur Diskussion um den „ständischen Neuaufbau“ und die parteipolitischen Affinitäten der Angestellten siehe Prinz, Mittelstand, S. 73–85.
- 785 Vgl. z. B. Vorwärts 147/27.3.: „Wahltag und Metallarbeiter“; 161/4.4.: „Bauarbeiter und Reichstagswahl“; 196/26.4.1924: „An die Textilarbeiter“.
- 786 Paul, Aufstand, S. 40; zur Arbeiterpolitik der NSDAP siehe Bons, besonders S. 23–40; vgl. auch Gregor Strasser, Bürger oder Proletariat – Wen wollen wir?, in: NS-Jahrbuch für 1927, S. 145–148.
- 787 Lösche/Walter, SPD, S. 34–35.
- 788 Vorwärts 135/20.3.1928: „Um die Seele des Landes“; vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 50; Pyta, S. 427–429.
- 789 Zur Zielgruppenpolitik der Weimarer SPD siehe Lösche/Walter, SPD, S. 30–61; Pyta, S. 429–438; für die Zeit nach 1930 auch Schäfer, S. 263–283.
- 790 Vorwärts 145/26.3.: „Treibholz“; 204/2.5.1924: „Maifest im Wahlkampf“.
- 791 Mierendorff, Bedeutung, S. 520 f.
- 792 Vorwärts 380/15.8.1930: „Jungwähler im Wahlkampf“.
- 793 Vgl. Jones, Conflict, S. 348 f.; Mommsen, Freiheit, S. 241.

- 794 NC 49/15.3.: „Bürgertum aufgepaßt!“, 81/5.5.1928: „Politik ist Schicksal – auch der Jugend! 4 Millionen Jungwähler“, zum Generationenkonflikt, zur politischen Mobilisierung der Jugend und politischen „Mission“ der jungen Generation siehe Jones, Liberalism, S. 323–337.
- 795 Germania 229/17.5.1928: „Die jungen Wähler“.
- 796 Vgl. Nipperdey, Geschichte, S. 498.
- 797 Falter u. a., S. 81; zur Einführung des Frauenwahlrechts siehe Beyer, S. 298–301; Hofmann-Göttig, S. 20–26; über Wahlbeteiligung und -entscheidung von Frauen nach 1918 siehe ebd. S. 27–35; Jaschke, S. 143–160.
- 798 Brückel, S. 158.
- 799 Mierendorff, Gesicht, S. 504; vgl. Vorwärts 91/29.2.1928: „Die Frauen im Beruf“.
- 800 Childers, Language, S. 340.
- 801 Wahlhandbuch für Männer und Frauen zur Nationalversammlung, S. 20.
- 802 Ebd., S. 61–64. Mit welchem propagandistischen Aufwand gerade die bürgerlichen Parteien um die neue Zielgruppe warben, verdeutlicht die Ziffer, dass von den 63 zentralen Flugblättern der DDP in einer Gesamtauflage von 15,5 Millionen Stück über die Hälfte in einer Auflagenhöhe von 4,8 Millionen Stück spezifisch an die weiblichen Wähler adressiert waren (Verhandlungen des Parteitages der DDP 1919, S. 14).
- 803 Brückel, S. 161; vgl. „Frauen und Männer“, Plakat (Druck in: Heilfron, S. 155); MJ 4/6.1.1919: „Die Bedeutung des Stimmzettels in der Hand der Frau“.
- 804 „Die Demokratie und die Frauen!“ (Druck in: Heilfron, S. 162); „Für die Hausfrau“, Flugblatt (Druck in: ebd., S. 160).
- 805 DAZ 201/30.4.1924: „Die wahlmüden Frauen“.
- 806 Reichskonferenz, S. 63; vgl. Vorwärts 198/18.4.1920: „Wir Frauen vor der Wahl“.
- 807 Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 226–227.
- 808 RF 45/5.5.1924: „Zur Psychologie des Stimmzettels“, zum spezifischen Argumentations- und Sprachstil der Frauenpropaganda der Weimarer KPD siehe Kontos, besonders S. 197–206.
- 809 Germania 71/7.3.1924: „Die Frauenbeiräte des Zentrums“.
- 810 MJ 111/11.5.1928: „Reichstagswahl und Frauen“, Rundschreiben des Landessekretariats der Württ. Zentrumsparlei vom April 1928 betr. Werbearbeit für die Land- und Reichstagswahl, ACDP, VI-051–190. Vor den Reichstagswahlen im Dezember 1924 kursierten Gerüchte, dass sich einzelne Persönlichkeiten oder ganze Frauenverbände für die Gründung einer besonderen „Frauenparlei“ einsetzten, weil das „weibliche Element“ sich in den Weimarer Parteien nicht in wünschenswertem Maße durchsetzen könne. Die Befürworter hielten, antwortete ihnen die Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DVP, „irrtümlicherweise die Gemeinsamkeiten des Frauentums für stark genug, um die weltanschaulichen, sozialen und politischen Gegensätze zu überbrücken“ (NC 178/29.10.1924: „Frauenparlei?“).

Anmerkungen zu Kapitel 6 (Seite 275 bis 358)

- 811 Braunias, S. 292 f.
 812 Vgl. dazu Paul, *Aufstand*, S. 26–29.
 813 Lehnert, *Staatspartei*, S. 113.
 814 Kolb, *Weimarer Republik*, S. 102.
 815 Zur Entwicklung der Weimarer Medienlandschaft siehe den Überblick ebd., S. 101–105; zur Rolle der Wahlflugblätter speziell Wilpert, S. 33.
 816 Vorwärts 478/28.9.1932: „Die Technik im Wahlkampf“.
 817 Vgl. Winkler, *Weimar*, S. 297 f.
 818 Zit. nach: Kolb, *Weimarer Republik*, S. 102.
 819 *Germania* 98/22.3.1924: „Amerika vor den Wahlen“.
 820 *Germania* 379/17.8.1930: „Dr. Heß vor den Zentrumswählern“.
 821 NPZ 517/2.11.: „Der Wahlkampf in Amerika“; VZ 526/5.11.: „Radiowahlen in Amerika“; Vorwärts 505/25.10.1924: „Siegreiche Wahlparolen“; vgl. Dinkin, S. 145 f.
 822 RF 29/2.4.1924: „Auf zur Propaganda!“ Die Rede vom „amerikanischen Wahlkampf“ hatte den im Vergleich zu deutschen Verhältnissen ungeheuren Aufwand an Werbemitteln vor Augen, der für die Präsidentenwahlen in Amerika Ende des 19. Jahrhunderts typisch war. Als dort der „Army Style“ mehr und mehr verschwand, setzte sich spätestens in den 1890er-Jahren ein kosten- und papierintensiver „Merchandising Style“ des Wahlkampfs durch. Die Erfassung einer möglichst breiten Öffentlichkeit und großen Zahl von Wählern als Schlüsselement amerikanischer Wahlwerbung machte es selbstverständlich, dass man sich ab 1920 der neuen flächendeckenden Werbemittel bediente, wie sie die moderne Technik durch Film und Rundfunk bereitstellte. Durch den Einsatz dieser neuen Massenmedien, die schon 1924 zum amerikanischen Wahlkampfalltag gehörten, entwickelten sich nicht zuletzt die Methoden der Kandidaten, deren Parallelen zur Wirtschaftsreklame offenkundig waren (vgl. Dinkin, S. 95–158).
 823 „Unsere organisatorischen Aufgaben“, Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats vom 28.7.1927, ACDP VI-051–3/1.
 824 MA 17/21.1.1919: „Die Wahlen in Groß-Berlin“; vgl. Portner, S. 150.
 825 *Germania* 195/27.4.1925: „Schlachtenpotpourri“.
 826 König, S. 29.
 827 Behrmann, S. 42 f.
 828 FZ 319/29.4.1924: „Wahlkampf in Berlin“. Nicht zuletzt der NSDAP-Propagandatheoretiker Georg Stark betonte, dass Propaganda keineswegs die „auf das politische, also geistige Gebiet übertragene Geschäftsreklame [sei], die nur den Augenblickserfolg sucht, sondern systematische Aufklärung, um Anhänger für eine Weltanschauung zu gewinnen“ (Stark, S. 4).
 829 Paul, *Aufstand*, S. 34. Anders etwa Wolbert, S. 14 f.
 830 Siehe z. B. Wahlkampfmitteilung der DNVP 2/1930, Anlage 1, BaK, ZSg 1–44/12 (32), mit Firmenadressen; vgl. Paul, *Aufstand*, S. 25 f.

- 831 Brief der „Werbewoche“ an das Reichsgeneralsekretariat des Zentrums, BaK, ZSg 1–108/10 (8).
- 832 Druck in: Bendikat/Lehnert, S. 142; vgl. DAZ 206/2.5.: „Am 4ten/ bleibt dir keine Wahl/ Dein Feuerlöcher heisst ‚Total‘“; 536/13.11.: „Wahlaufruf! ‚Partei der Zufriedenen‘“; NPZ 565/2.12.1924: „Propaganda-Tage“; VZ 120/20.5.1928: „Wahl-Ergebnisse. Millionen Stimmen sind auf Leiser-Schuhe entfallen!“
- 833 DAZ 153/30.3.1924.
- 834 DAZ 195/27.4.1928: „Politische Propaganda“.
- 835 Vgl. die Schilderungen eines Wahlredners der SPD, in: Vorwärts 208/4.5.1924: „Wahlerlebnisse“.
- 836 Dovifat, Aufgaben, S. 262 f. Die Wahlversammlung drohe, so auch Siegmund Neumann, eine „reine Selbstdarstellung“ der Partei zu werden, „geschützt durch den ‚geschulten Saalschutz‘ und höchstens gestört durch ein nicht minder ‚geschultes Sprengkommando‘ der politischen Gegner“ (S. 108).
- 837 Stark, S. 19; zur Versammlungstechnik der NSDAP vgl. Paul, Aufstand, S. 41–44; Arafé, S. 63–75.
- 838 FZ 660/5.9.1930: „Die Wahlversammlung von heute“.
- 839 Wahlkampf-Richtlinien des Loebell-Ausschusses, Reichsblock, BaK, R 45 II, f. 93–99.
- 840 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP 19/3.5. und 21/12.5.1928 an die Wahlkreisgeschäftsstellen und Parteisekretariate, BaK, R 45 III, 40, f. 115–117; VZ 211/3.5.1924: „Eindrücke aus dem Wahlkampf“.
- 841 Rundschreiben der DStP-Hauptgeschäftsstelle 4/25.8.1930 an die Wahlkreisaktionsausschüsse der DStP, die Geschäftsstellen der DDP und der VNR, BaK, R 45 III, 59, f. 14–15.
- 842 NPZ 190/22.4.1928: „Arbeitsplan der Deutschnationalen Volkspartei“.
- 843 Rundschreiben des Landessekretariats der Württ. Zentrumspartei an alle Ortsgruppenvorstände vom April 1928 betr. Werbearbeit für die Land- und Reichstagswahl, ACDP, VI-051–190.
- 844 Rundschreiben 1/1.8.1930, ACDP, VI-051–003/1.
- 845 Koester, S. 3.
- 846 Germania 518/27.11.1924: „Mit Malerraspel, Fähnchen und Luftballons!“
- 847 Vorwärts 567/2.12.1924: „Aus dem Wahlkampf. So lieben sie es“.
- 848 „An die Organisationsleitungen der Partei!“, Rundschreiben des SPD-Vorstandes, AdsD, Flugblätter 1928 II; Vorwärts 228/4.5.1920: „Vom Versammlungskampf“.
- 849 Vorwärts 135/20.3.1928: „Um die Seele des Landes. Wahlarbeit und Wahlausichten auf dem Dorfe“.
- 850 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 10.
- 851 Mierendorff, Geist, S. 237–238.
- 852 Jahrbuch der SPD für 1930, S. 189; Vorwärts 421/9.9.1930: „Heute und morgen 35 Wähler-Kundgebungen der SPD“; Volkszeitung 97/23.4.1924: „An die Ortsvereine und Referenten der VSPD“.

- 853 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP 3/22.2.1924, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 11–19; vgl. Germania 505/9.11.1924: „Der politische Wahlredner“.
- 854 Wahlkampf-Mitteilung der DNVP 3/1930, Anlage 1, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 855 Beispielhaft eine Sportpalast-Versammlung der DDP am 14.5.1928, an der die gesamte Parteiprominenz teilnahm und die durch ein besonders aufwändiges Rahmenprogramm auffiel, angefangen vom Saalschmuck bis hin zum Fahnen-einmarsch der Reichsbanner-Abteilungen, der Jungdemokraten und der Partei. Vor der Eröffnung der Versammlung sang ein Sängerkhor noch das Freiligrath-Lied „In Kümmeris und Dunkelheit“, während zum Abschluss die Nationalhymne und Hochrufe auf die Republik angestimmt wurden (VZ 116/16.5.1928: „Die Demokraten im Sportpalast“).
- 856 FW 35/31.8.1930: „Neue Wege der Wahlpropaganda“.
- 857 Vgl. Parteitag der KPD 1925, S. 130; RF 171/2.12.1924: „Unser Roter Propaganda-Sonntag“.
- 858 Praktische Winke, S. 23 f.
- 859 Richtlinien für den Wahlkampf 1930 (Instruktionen für die Wahlarbeit 1), BaK, ZSg 1–65/25 (43), S. 24–26.
- 860 Vgl. „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 10 und 42.
- 861 Agitations-Sprechchöre. Reichstagswahl 1932, hg. von der Werbe-Abteilung der SPD, Berlin [1932], S. 3.
- 862 Praktische Winke, S. 21.
- 863 Dovifat, Aufgaben, S. 263.
- 864 Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag 1929, S. 271 f.
- 865 RF 165/25.11.1924: „Rote Revue‘. Politisch-satirische Abende der KPD“; vgl. Parteitag der KPD 1925, S. 129.
- 866 Praktische Winke, S. 23–24; VZ 98/24.4.: „Piscator im Wahlkampf“; NPZ 215/7.5.1928: „Kommunistische Wahlpropaganda auf der Bühne“; vgl. Willett, S. 16–22.
- 867 Vorwärts 132/17.3.: „Wenn ihr wollt ...“; 136/20.3.1928: „Die große Wahlrevue. Auführung der Wanderratten im Lehrervereinshaus“; vgl. „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23. Während die Kommunisten dem Laienspiel stärkere Aufmerksamkeit widmeten, wurde diese Agitation auf sozialdemokratischer Seite vernachlässigt. Der „soziale Einwand“ gegen die Laien, sie nähmen den Berufsschauspielergruppen die Arbeit, wies der Vorwärts zurück. Es entspreche überhaupt nicht dem Wesen und Sinn des Laienspiels, Theaterwirkungen erzielen zu wollen. Vielmehr sollten die Laien gerade auf alles „eigentlich Theatermäßige, auf Kulissen und Kostümierung“ verzichten (vgl. Vorwärts 294/24.6.1932: „Laienspieltrupps im Wahlkampf“).
- 868 Richtlinien für den Wahlkampf 1930 (Instruktionen für die Wahlarbeit, H. 1), BaK, ZSg 1–65/25 (43), S. 24.
- 869 RF 186/12.8.: „Agitpropgruppen im Wahlkampf“ 194/21.8.1930: „Rote Künstler im Wahlkampf“.

- 870 Wahlkampfmitteilung der DNVP 2/3.8.1930, Anlage 1, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 871 Kolb, Weimarer Republik, S. 103.
- 872 Vgl. z. B. VZ 532/8.11.: „Kaiser und Reich“; 544/15.11.1924: „Die Wahrheit über die Versackungspolitik“; Brief Erkelenz an die Schriftleitung der FZ v. 27.10.1924, BaK, Nachlass Erkelenz, 128, f. 78.
- 873 Vgl. z. B. Wahlkampf-Mitteilung der DNVP 1/31.7.1930, BaK, ZSg 1–44/12 (32); RF 89/15.4.1928: „Die Wahlpropaganda der Zeitungskonzerne“; Vorwärts 238/22.5.1928: „Wahlen und Presse“.
- 874 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP-Reichsgeschäftsstelle an Wahlkreisvorsitzenden usw., BaK, Nachlass Dietrich, f. 255–261; Rundschreiben der DStP-Hauptgeschäftsstelle 4/25.8.1930 an die Wahlkreisaktionsausschüsse usw., BaK, R 45 III, 59, f. 7 u. 16–17.
- 875 Reichstagswahl vom 4.5.1924 – Der Wahlausfall in Baden, Manuskript, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 423.
- 876 So ließ die DVP in Oberbayern während der letzten Woche vor dem 20. Mai 1928 ihren Appell: „Merke Dir – Liste 4“ in fast allen Tageszeitungen des Wahlkreises schalten (vgl. Engelmann, S. 10).
- 877 Wahlkampf-Mitteilung der Propagandaabteilung der DNVP 1/31.7.1930, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 878 Jahrbuch der SPD für 1928, S. 206; vgl. Vorwärts 377/13.8.: „Der ‚Vorwärts‘ gibt euch die Waffen für den Wahlkampf“; 388/20.8.1930: „Eure Waffe im Wahlkampf: der ‚Vorwärts‘“.
- 879 Vorwärts 135/20.3.: „Um die Seele des Landes“; 201/28.4.1928: „Gegen deutsch-nationale Kreisblätter“.
- 880 Parteitag der KPD 1925, S. 47 f. u. 127–129; vgl. Winke für die Agitation und Propaganda, in: Richtlinien für den Wahlkampf 1930, S. 30 f.
- 881 „Aufklärungs- und Werbematerial Wahlkampf 1928 Verzeichnis Nr. 3 nach dem Stande vom 4. Mai 1928“, BfZ, Flugblattsammlung; Rundschreiben der DDP 3/22.2.1924, BaK, NL Dietrich, 217, f. 14.
- 882 Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats der Zentrumspartei 1/1.8.1930, ACDP VI-051–3/1.
- 883 Rundschreiben 4/25.8.1930 der DStP-Hauptgeschäftsstelle usw., BaK, R 45 III, 59, f. 19–20.
- 884 Brief des Reichsgeneralsekretariats an Pressebüro Krauss vom 11.11.1924; vgl. Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats 6/22.11.1924, ACDP, I-150–030/6.
- 885 Parteitag der KPD 1929, S. 261; vgl. zu dieser Publizistik die Dokumente bei Knipping, S. 295–326; Geller, S. 156–160; Der Parteiarbeiter 6/1928: „Die Stadtteilzeitungen im Wahlkampf“.
- 886 Dovifat, Neue Aufgaben, S. 262.
- 887 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 33.
- 888 Jahrbuch der SPD für 1930, S. 216–219.
- 889 „Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928“, BaK, ZSg 1–44/6 (16), S. 18.

- 890 Jahrbuch der SPD für 1930, S. 218 u. 220.
- 891 Kampffmeyer, S. 891.
- 892 Wahlhandbuch der KPD 1930, S. 7; vgl. das Wahlhandbuch der WP: „Wahrheiten“, BaK, Zsg 1–176/1 (1); Wahlhandbuch der DVP für 1924, BaK, ZSg 1–42/14 (3).
- 893 Volkszeitung 73/26.3.1924: „Der Reichstag 1920–1924. Unser Wahlhandbuch“; Vorwärts 170/10.4.1928: „Waffen für den Wahlkampf. Das neue Jahrbuch der Sozialistischen Partei“.
- 894 „Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928“, Anlage 2, BaK, ZSg 1–44/6 (16), S. 18; Politisches Handwörterbuch (Führer-ABC), Berlin 1928, BaK, ZSg 1–44/4 (5).
- 895 Germania 385/20.8.1930: „Zentrum und Reichspolitik“; 190/24.4.1928: „Literatur zum Wahlkampf“; 517/26.11.1924: „Zum Wahlkampf“; vgl. Ruppert, Dienst, S. 164.
- 896 Behrmann, S. 42; vgl. die Plakate zur Wahl am 19.1.1919 in: Deutsche Nationalversammlung I, S. 150–157.
- 897 Germania 218/10.5.1928: „Ein Plakat und eine Rede“.
- 898 Germania 530/4.12.1924: „Wahlplakate. Das politische Plakat – Reaktionäres – Ideenplakate – Der ‚Goldene Mittelweg‘ – Das Plakat als Kulturdokument“.
- 899 Hagen, Werbung, S. 62; vgl. die quantitative Inhaltsanalyse von 430 Reichstagswahlplakaten bei Fischer, Wahlkampf, S. 48–66, wonach diese die „vitalen Bedürfnisse der Bevölkerung weitestgehend unberücksichtigt“ gelassen hätten (S. 52).
- 900 Paul, Aufstand, S. 213. Anhand ihrer Plakatpropaganda lasse sich die Entwicklung der NSDAP von einer „militant-aktionistischen Fundamentalopposition“ zu Beginn der Wirtschaftskrise hin zur zukünftigen „Staats- und Aufbauarbeit“ im Herbst 1932 sowie die „Modernisierung ihres ikonographischen Programmes“ nachverfolgen. Während zunächst noch das Kampfplakat mit dem negativen Anti-„System“-Appell dominierte, sei eine Zunahme des Propagandaplakates mit einfachen Zukunftsversprechungen festzustellen und überwogen in den Wahlkämpfen 1932 schließlich moderne Zielgruppenplakate oder gouvernementale Hitlerporträts (Ebd., S. 221).
- 901 Vgl. Paul, Krieg, S. 37–41; Schoch, S. 10 f.; zur plakativen Ikonographie und Metaphorik der bürgerlichen Parteien siehe auch Wolbert, passim.
- 902 FZ 516/14.7.1932: „Das Plakat als Kampfinstrument der Wahlpropaganda“.
- 903 FZ 569–70/2.8.1932: „Plakatbilanz am Wahlsonntag“; vgl. Richtlinien des SPD-Vorstandes für die Reichstagswahlen (Druck in: Matthias, SPD, Dok. Nr. 10).
- 904 Vgl. Schoch, S. 11 f.; Parteitag der KPD 1925, S. 38–40.
- 905 Protokolle der Sitzungen des Organisationsausschusses der DDP am 28.3.1928 im Reichstag und im Demokratischen Klub am 4.4.1928, BaK, R 45 III, 40, f. 16 u. 70–71.
- 906 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16).
- 907 Richtlinien für die Reichstagswahlen 1920, BaK, ZSg 1–44/5 (13), S. 12 f.

- 908 Praktische Winke, S. 19 f.
- 909 Germania 165/3.5.: „Von Nachtgestalten und Wahlplakaten“; Vorwärts 208/4.5.1924: „Berlin am Wahltag“.
- 910 „Drauf und Durch!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924; Vorwärts 575/6.12.1924: „Die Litfaßsäule bringt es an den Tag“; 430/13.9.1930: „Boycott gegen SPD-Plakate“.
- 911 Vgl. NPZ 197/27.4.: „Ein verbotenes deutschnationales Wahlplakat“; DAZ 553/23.11.1924: „Eine Blamage. Das beschlagnahmte Plakat freigegeben“; VZ 114/13.5.: „Plakatkampf in Bayern“; Vorwärts 227/15.5.: „Westarp und die 10 Gebote. An ihren Plakaten sollt ihr sie erkennen!“; NC 80/4.5.1928: „Deutsch-nationale Politik in Plakaten“.
- 912 Menzel, S. 19.
- 913 Sozialdemokratischer Parteitag 1925, S. 35–37.
- 914 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 34.
- 915 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16).
- 916 Jahrbuch der SPD für 1930, S. 219 f.; vgl. Janusch, S. 31–36; Hackett, S. 323 f.
- 917 Schriftenverzeichnis 6a der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 918 Vgl. Hagelweide, S. 43.
- 919 Landau, S. 24.
- 920 Ebd., S. 24 u. 29.
- 921 Zit. nach: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik, S. 28 f.
- 922 So Ludwig Asch, Chefredakteur der Berliner Allgemeinen Korrespondenz, Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung, Denkschrift vom 14.12.1906 (zit. nach: Fricke, Regierungswahlkampf, S. 491).
- 923 So ließ die DDP von ihrem Wahlaufzur zur Nationalversammlungswahl zwar über eine Million Flugblätter verteilen; vgl. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9.12.1918 (Wegner, S. 6). Schon bei den ersten demokratischen Wahlen sei aber andererseits eine Übersättigung an Propaganda eingetreten, gegen die auch das „geschickteste Flugblatt“ nichts mehr habe bewirken können (vgl. Brückel, S. 160).
- 924 Neumann, S. 54 u. 105.
- 925 Vgl. etwa Rundschreiben des Landesekretariats der Württ. Zentrumspar-tei an alle Ortsgruppenvorstände vom April 1928 betr. Werbearbeit für die Land- und Reichstagswahl, ACDP, VI-051–190.
- 926 FZ 319/29.4.1924: „Wahlkampf in Berlin“.
- 927 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 34.
- 928 Vgl. Rundschreiben des Zentrums 6/22.11.1924, ACDP, I-150–030/6; Rundschreiben des Zentrums 1/1.8.1930, ACDP, VI-051–003/1.
- 929 Brückel, S. 160.
- 930 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP 3/22.2.1924 usw., BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 16; vgl. Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats des

- Zentrums vom 5.5.1928, ACDP, VI-051–003/2; Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16), S. 3.
- 931 Wahlkampf-Mitteilung 9/28.8.1930, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 932 Vgl. z. B. Germania 519/27.11.1924: „Einige Flugblätter“; Vorwärts 213/6.5.1928: „Ihre Waffen. Plakate und Flugblätter der Deutschnationalen“.
- 933 Goebbels, Kampf, S. 44.
- 934 Stark, S. 9; vgl. Paul, Aufstand, S. 65.
- 935 Weiß, Organisation, S. 370.
- 936 Rundschreiben 12/10.4.1928 der Reichsgeschäftsstelle der DDP usw., BaK, R 45 III, 40, f. 21; vgl. Stephan, Aufstieg, S. 380; Aufklärungs- und Werbematerial, Verzeichnis Nr. 2/24.4.1928, BaK, ZSg 1–27/19.
- 937 Rundschreiben 4/25.8.1930 der DStP-Hauptgeschäftsstelle usw., BaK, R 45 III, 59, f. 20.
- 938 Mierendorff, Geist, S. 234; vgl. FW 35/31.8.1930: „Neue Wege der Wahlpropaganda“.
- 939 Engelmann, S. 4 u. 13.
- 940 Volkszeitung 269/22.11.1924: „Die Vorbereitungen zum Wahlsieg“; Jahrbuch der SPD f.1929, S. 234.
- 941 Stark, Propaganda, S. 11.
- 942 Reichstagswahl vom 4.5.1924 – Der Wahlausfall in Baden, Manuskript, BaK, Nachlass Dietrich, 217, f. 428–429.
- 943 Wahlkampf-Mitteilung DNVP 3/1930, Anlage 1, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 944 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16).
- 945 Vgl. Wegner, S. 10; zur kommerziellen Werbung mithilfe des Flugzeuges siehe Schubert, passim.
- 946 So Thamer, Verführung, S. 156.
- 947 Vgl. Bericht der Parteibeamtentagung in M.-Gladbach am 8.9.1927, ACDP, VI-051–3/2; Ruppert, Dienst, S. 319 f.
- 948 Richtlinien für die Reichstagswahlen 1920, BaK, ZSg 1–44/5 (13), S. 12–13.
- 949 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 40.
- 950 Schreiben des Reichsministers des Innern an Reichsverkehrsministerium vom 16.5.1928, BaP, R 1501, Nr. 25164.
- 951 Vorwärts 409/2.9.: „Flieger werben für Liste 1. Der einzigartige Deutschlandflug für die Sozialdemokratie“; 430/13.9.: „Zurück vom Sozialistenflug“; vgl. Jahrbuch der SPD für 1930, S. 189; Pyta, S. 418 f.
- 952 Vgl. Stump, S. 80; MA 212/13.9.1930: „Flugbegeisterung in Mainz“.
- 953 Wahlkampfmitteilung Nr. 2/1930 der DNVP, Anlage 1, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 954 NPZ 209/4.5.1924: „Der Tag der Entscheidung“.
- 955 RF 171/2.12.: „Unser Roter Propaganda-Sonntag. Mit dem roten Auto aufs Land“; VZ 577/9.12.: „Vom Auto aus ...“; Volkszeitung 269/22.11.1924: „Die Vorbereitungen zum Wahlsieg“.
- 956 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 10.
- 957 Vorwärts 540/15.11.1924: „Wahlagitation auf Rädern“.

- 958 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 38; Vorwärts 188/20.4.: „Die Technik im Dienste des Wahlkampfes“; 215/8.5.: „Das Schallplattenauto“. 230/16.5.1928: „Wahlfahrt zum Wahltag. Film, Grammophon und Lautsprecher im Dienste der Aufklärung“.
- 959 RF 213/12.9.1930: „Rote Autokolonnen rattern“; Praktische Winke, S. 16–17; VZ 113/12.5.: „Wahlpropaganda der Kommunisten“; vgl. auch VB 108/9.5.1928: „Autobesitzer!“
- 960 „Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928“, Anlage 2, BaK, ZSg 1–44/6 (16), S. 19.
- 961 Bericht über Parteibeamtentagung in M.-Gladbach am 8.9.1927, ausgef. am 23.9.1927, ACDP VI-051–3/2.
- 962 Vorwärts 422/9.9.: „Unser Tonfilmauto“; 423/10.9.: „Massenaufmarsch in Grünau. Das Lautsprecherauto als guter Wahlhelfer“; 424/10.9.1930: „Auch Möbelwagen werben“; vgl. Jahrbuch der SPD für 1930, S. 189.
- 963 DAZ 192/24.4.: „Die potenzierte Wahlrede“; 214/6.5.1928: „Der Großlautsprecher im Wahlkampf“.
- 964 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 24 u. 40.
- 965 Wahlkampfmitteilung der DNVP 2/1930, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 966 Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928, BaK, ZSg 1–90/23, S. 44; Vorwärts 178/14.4.1928: „Neue Waffen für unseren Kampf“.
- 967 Rundschreiben der DNVP-Hauptgeschäftsstelle an Landesverbände und Kreisvereine 61/2.5.1928, BaP, R 8005–68; UP 9/24.4.1928: „Und wir“.
- 968 BT 213/6.5.1928: „Unsere Schallplatten“.
- 969 VZ 113/12.5.1928: „Wahlpropaganda der Kommunisten“; RF 106/6.5.: „Propaganda auf dem Lande. ‚Die Kommunisten sind da‘ – Unsere Wahlplatten finden Beifall“; vgl. Praktische Winke, S. 22.
- 970 Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP 18/2.5.1928 an die Wahlkreisgeschäftsstellen usw.; Rundschreiben der DDP 21/12.5.1928 usw.; Sitzung des Organisationsausschusses der DDP vom 28.3.1928 im Reichstag, BaK, R 45 III, 40, f. 22, 72 u. 117; VZ 97/22.4.1928: „Demokratische Schallplatten“.
- 971 Zur Entwicklung und Organisation des Rundfunks in der Weimarer Republik siehe allgemein Bausch, Rundfunk; Wippermann, Propaganda, S. 274–280; Fischer, Wahlkampf, S. 19–46; Kolb, Weimarer Republik, S. 104.
- 972 Siehe dazu Lerg, Rundfunkpolitik, S. 182–189.
- 973 Vgl. Bausch, Rundfunk, S. 174–179; zu den politischen Überwachungsausschüssen ebd., S. 372–393.
- 974 Vgl. Richtlinien für den Wahlkampf 1930, S. 33; NC 130/10.7.1930: „Sowjetrussische Ätherpropaganda“; zur Rundfunkpolitik- und propaganda der NSDAP vor 1933 siehe Paul, Aufstand, S. 195–198; Rimmele, passim.
- 975 Vgl. Dinkin, S. 132 f.
- 976 VZ 526/5.11.1924: „Radiowahlen in Amerika“.
- 977 NPZ 197/27.4.: „Der Rundfunk im Wahlkampf“; Volkszeitung 80/3.4.1924: „Radio im Dienst der Wahlpropaganda“.
- 978 DAZ 565/30.11.1924: „Rundfunk im Wahlkampf verboten“.

- 979 Vgl. Hauss, S. 133.
- 980 AdR Marx IV, S. 1389–1390; NPZ 157/1.4.1928: „Keine Wahlreden im Rundfunk?“.
- 981 Vorwärts 181/17.4.: „Rundfunk und Parteipropaganda“; NPZ 155/31.3.: „Heute Reichstagsauflösung“; 234/19.5.: „Wochen-Programm des Berliner Rundfunks“; RF 82/5.4.1928: „Rundfunk und Wahlkampf“.
- 982 Vgl. Severing, S. 170; zu den Reformvorschlägen Severings und zur Rundfunkpolitik der Weimarer SPD siehe Bierbach, passim.
- 983 Vgl. Bausch, Rundfunk, S. 169–171.
- 984 Vorwärts 374/12.8.: „Rundfunk und Wahlkampf“; MA 173/28.7.1930: „Wahlreden im Rundfunk?“.
- 985 FZ 610/17.8.: „Wahlwerbung im Rundfunk“; VB 178/29.7.: „Rundfunk im Dienste der Young-Parteien“; Vorwärts 430/13.9.1930: „Demokratie und Volksstaat. Karl Severing appelliert im Rundfunk an die Wähler“.
- 986 Wesse, S. 15.
- 987 Siehe zum Massenmedium Film nach 1918 sowie zur Weimarer Kinokultur Kolb, Weimarer Republik, S. 103 f.; Hermand/Trommler, S. 261–298 (Zitat S. 267); unter politischen Aspekten Murray, S. 23–29 u. S. 55–64; Korte, S. 51–89.
- 988 So plante die DDP im Winter 1918/19 ein „Filmdrama“, dessen Realisation aber angesichts der Kosten in Höhe von 15 000 Mark zurückgestellt wurde (Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 28.12.1918 [Wegner, S. 9]); vgl. Frye, S. 69; Bucher, Findbuch, nennt für 1928/30 fünf Wahlfilme, drei der SPD, zwei der DNVP, davor Fehlanzeige.
- 989 Vgl. Wippermann, Propaganda, S. 159 f. Zur Verwendung des Films in der politischen Werbearbeit der RfH siehe ebd., S. 287: „Ähnlich wie bei dem – zaghaften – Zugriff der staatlichen Führung auf den Rundfunk ‚in letzter Minute‘, waren auch ihre Bemühungen um den Film lediglich Symptome einer Krisensituation und nicht das Ergebnis einer planvollen Propaganda-Strategie“.
- 990 Bucher, Wochenschau, S. 334; vgl. Murray, S. 30–53; Fischer, Wahlkampf, S. 78–86; zum Verhältnis von Film und Politik in den Jahren 1924/28 wieder Murray, S. 66–70.
- 991 Vgl. Lüdecke, S. 24.
- 992 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 42; Volkszeitung 88/14.4.1928: „Waffen für den Wahlkampf“; vgl. Schumann, Waffenschmiede, S. 77–85; Murray, S. 89–107; zum Verhältnis von KPD und SPD zu Film und Rundfunk siehe Winkler, Schein, S. 137–145; Bock, Brüder, passim.
- 993 „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 24.
- 994 Bericht der SPD-Baden vom Frühjahr 1928 (Schadt, Nr. 8, S. 165–166).
- 995 Volkszeitung 87/13.4.1928: „Ein sozialdemokratischer Wahlfilm. Dein Schicksal – Unser Schicksal“.
- 996 Vgl. „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23, S. 43.
- 997 Vorwärts 164/5.4.: „Um Dein Schicksal geht es! Der Film im Dienste des Wahlkampfes“; NPZ 164/5.4.: „Ein sozialdemokratischer Wahlfilm“; RF 89/15.4.1928: „Antibolschewistische Wahlagitation – mit Sowjetfilmen!“

- 998 Vorwärts 216/8.5.1928: „Für Jugendliche verboten!“; „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZSg 1–90/23; „Was wir schufen“, 120 m, Film-Nr. 396, BaK, Filmarchiv; vgl. Erobort den Film!, S. 223–228.
- 999 Zit. nach: Fähnders/Rector, S. 196.
- 1000 Münzenberg, Film, S. 84; zur Filmpolitik der KPD sowie den „proletarischen“ Filmproduktionen der Prometheus-AG siehe Murray, S. 97–142; Fischer, Wahlkampf, S. 66–78; Stooss, S. 4–47.
- 1001 Münzenberg, Film, S. 94–96.
- 1002 Rundschreiben des KPD-Sekretariats vom 19.5.1927 (Druck in: Film und revolutionäre Arbeiterbewegung II, S. 215–217); vgl. Richtlinien zur Durchführung von Filmveranstaltungen (Druck in: ebd., S. 225–229); Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, Berlin 1927, S. 108.
- 1003 RF 108/8.5.1928: „Der Wahlfilm der Kommunistischen Partei“ (Druck in: Film und revolutionäre Arbeiterbewegung II, S. 44–46); vgl. Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag 1929, S. 274.
- 1004 Richtlinien für den Wahlkampf 1930, S. 34.
- 1005 Rundschreiben Nr. 6/22.11.1924, ACDP, I-150–030/6.
- 1006 Vorwärts 176/12.4.1924: „Kino und Wahlpropaganda“.
- 1007 Brief an Scholz vom 7.1.1924, BaK, R 45 II, S. 57.
- 1008 Vgl. Rundschreiben der DNVP-Hauptgeschäftsstelle an alle Landesverbände 59/27.4.1928, BaP, R 8005–68; Rundschreiben 12/10.4.1928 der Reichsgeschäftsstelle der DDP an die Wahlkreisgeschäftsstellen und Parteisekretariate, BaK, R 45 III, 40, f. 23.
- 1009 Schreiben der Werbekunst-Epoche-Reklame GmbH an Kaisenberg vom 24.4.1928, BaP, R 1501, Nr. 25164.
- 1010 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16); UP 10/1.5.1928: „An unsere Organisationen!“; „Wohin wir treiben“, Film Nr. 3213, BaK, Filmarchiv.
- 1011 Wahlkampf-Mitteilungen der DNVP 2/3.8.1930 und 9/28.8.1930, BaK, ZSg 1–44/12 (32).
- 1012 RF 170/30.11.1924: „Aus dem Groß-Berliner Wahlkampf-Getriebe“.
- 1013 So Generalsekretär Wittig in: Wahlbrief der DVP 1/1.3.1928, BaP, 60 Vo 1, Nr. 224.
- 1014 Vgl. Bericht über die Parteibeamtentagung in M.-Gladbach am 8.9.1927, ACDP VI-051–3/2.
- 1015 Protokoll über die Sitzung des Organisationsausschusses am 24.2.1928, BaK, R 45 III, 24, f. 67.
- 1016 Rundschreiben 12/10.4.1928 usw., BaK, R 45 III, 40, f. 22; vgl. Stephan, Aufstieg, S. 380.
- 1017 Rundschreiben der DDP 7/29.2.1928 usw., BaK, R 45 III, 39, f. 41. Ein vorbildhaftes Programm, das die DDP im Mai 1928 per Rundschreiben zur Nachahmung empfahl, hatte ihr mittelschlesischer Wahlkreisverein für „Unterhaltungsabende in kleinen Orten“ aufgestellt, die mit Bildern bzw. Naturaufnahmen aus Schlesien und einem „lustigen Einakter“ eingeleitet wurden. Im Anschluss an

- den Trickfilm wurde der eigentliche Wahlfilm gezeigt, zum Abschluss der Veranstaltung erklang über Grammophon das Deutschlandlied. In Köln wurde dem Film zusätzliches Lokalkolorit durch Bilder vom Rhein sowie der Spitzenkandidaten verliehen (Rundschreiben 19/3.5.1928 usw., BaK, R 45 III, 40; VZ 91/15.4.1928: „Der Wahlfilm läuft in Berlin“).
- 1018 Wilucki, S. 233; vgl. zur Filmpropaganda vor 1933 Paul, Aufstand, S. 187–194; Becker, Film, S. 21–31. Die NSDAP ging erst neue Wege, indem sie 1932 etwa bei Massenveranstaltungen im Freien ihre Tonfilme wie „Der Führer spricht“ auf einer großen Leinwand vor bis zu 25 000 Zuschauern zeigte.
- 1019 Germania 196/27.4.1928: „Der ‚Sprechende Film‘ in der Wahlbewegung“; vgl. Dinkin, S. 133.
- 1020 Jahrbuch der SPD 1930, S. 188; Vorwärts 345/26.7.: „Hurra, das Wanderkinol!“; 366/8.8.1930: „Der Tonfilm wirbt für die Partei!“, „Moderne Wahlagitator/Dr. Breitscheid spricht im Tonfilm“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1930.
- 1021 FZ 647/31.8.1930: „Deutscher Wahlkampf. Wie es die Parteien machen“.
- 1022 NC 151/7.8.: „Der sozialdemokratische Tonfilm“; Vorwärts 422/9.9.: „Unser Tonfilmauto“; 415/5.9.1930: „Wer rettet den Kapitalismus?“.
- 1023 Vorwärts 454/28.9.1932: „Die Technik im Wahlkampf“; vgl. Murray, S. 168–191; Bock, Brüder, S. 304.
- 1024 Vorwärts 412/3.9.1930: „Transparente an den Verkehrszentren“; 213/6.5.: „Leuchtender Wahlaufzug“; NPZ 222/11.5.1928: „Wahlreklame am Funkturm“; „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZsG 1–90/23.
- 1025 RF 108/9.5.1928: „Achtung! Laßt euch nicht einseifen!“; „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928“, BaK, ZsG 1–90/23; vgl. auch VB 112/13.–14.5.1928: „Die eingeseiften Arbeiter“.
- 1026 FZ 307/26.4.: „Wahlpropaganda für Hindenburg in den Schulen“; Germania 195/27.4.1925: „Schlachtenpotpourri“.
- 1027 Germania 168/5.5.1924: „Bilder von der Wahl“; RF 199/27.8.1930: „Die KPD ist die einzige Partei der revolutionären Transparent-Propaganda“.
- 1028 Praktische Winke, S. 16–17.
- 1029 Dovifat, Aufgaben, S. 262.
- 1030 NC 192/21.11.1924: „Die Wahlkampfabzeichen der DVP“.
- 1031 BT 236/20.5.1928: „Die Weltanschauung deines Vis-à-vis“.
- 1032 FZ 648/31.8.1930: „Dürfen Mitglieder eins Wahlvorstandes Parteiabzeichen tragen?“.
- 1033 Bergsdorf, S. 109; zur Verwendung von Sprache als Mittel der Politik siehe ebd., S. 48–102; zum Komplex Sprache, Politik und Wahlkampf Gruner, S. 15–19; zum Verhältnis von politischer Sprache und politischer Kultur siehe Seck.
- 1034 Vgl. Childers, Language, S. 350. Da die vorliegende Arbeit das Verhältnis von Sprache und Wahlkampf in der Weimarer Zeit nicht erschöpfend behandeln kann, sei verwiesen auf die umfangreiche Literatur zur Sprache der Nationalsozialisten, die sich vor 1933 auf ein „eng begrenztes Repertoire feststehender, ständig wiederholter Sprachtopoi, auf einhämmern vorgetragene Schlagworte“ konzentrierte (Paul, Sturm, S. 278); vgl. Bering, besonders S. 232–237; zu

- den Feind- und Selbstbildstereotypen der NSDAP siehe Paul, *Aufstand*, S. 223–239; sowie am Beispiel Goebbels' Höver, besonders S. 82–88.
- 1035 Zit. nach: Reinhardt, S. 68.
- 1036 VZ 555/22.11.1924: „Demokratie und Klassenkampf“.
- 1037 Kolb, *Weimarer Republik*, S. 37.
- 1038 Vgl. Winkler, *Weimar*, S. 90–92; Hammerschmidt, S. 161 f.; zur politischen Bedeutung der Dolchstoßdiskussion siehe Heinemann, *Last*, passim.
- 1039 So der Titel einer SPD-Broschüre aus dem Jahr 1903: „Munition für den Wahlkampf“.
- 1040 Volkszeitung 269/22.11.: „Die Vorbereitungen zum Wahlsieg“; vgl. NC 193/24.11.: „Aus der Wahlschlacht“, DAZ 571/4.12.1924: „Die Parteilager im Endkampf“; zu sozialpsychologischen Nachwirkungen des Weltkrieges siehe Bessel, *Kriegserfahrungen*, passim.
- 1041 VZ 211/4.9.1930: „Wie wähle ich?“.
- 1042 Vorwärts 505/25.10.1924: „Siegreiche Wahlparolen“. Siehe zum Stellenwert und zur Funktion des „Slogans“ in modernen Wahl- und Werbekampagnen Radunski, S. 99–108; Steinseifer/Wolf, S. 78–82; zuletzt Toman-Banke, wonach der Slogan „in der Einschätzung der Wahlkämpfer ein Synonym für das [sei], worüber im Wahlkampf kommuniziert wird“. Für den Historiker könne der Wahlslogan ein wichtiges zeitgeschichtliches Zeugnis sein, wenn er als „Symbol seiner Zeit“ deren Schlüsselthemen verkürzt wiedergebe.
- 1043 Vorwärts 213/6.5.: „Leuchtender Wahlaufruf“; vgl. Volkszeitung 96/24.4.1928: „Wahl-Parolen“.
- 1044 Richtlinien für den Wahlkampf 1930, BaK, ZSg 1–65/25 (43), S. 30 f.
- 1045 Vgl. FZ 410/6.6.1920: „Die Wahl und der Dichter“; siehe auch Reinhardt, S. 106–114.
- 1046 Verse für Wahlpropaganda, BaK, Nachlass Dietrich, 219, f. 185; Lieder und Gedichte zur Reichstagswahl, ACDP, I-206–30/4.
- 1047 Vgl. z. B. RF 163/22.11.1924: „Die Wahlschlacht“; siehe dazu Will/Burns, S. 162–201.
- 1048 Volkszeitung 4/6.1.1919: „Der Wahlkampf ruft“; vgl. Vorwärts 518/2.11.1924: „Wahlaufruf“.
- 1049 RF 152/8.11.: „Wähle kommunistisch!“, Vorwärts 561/28.11.1924: „Zum Stimmenkauf der Großindustrie“.
- 1050 Paul, *Aufstand*, S. 213.
- 1051 Vgl. Mosse, S. 134. Zur Bildersprache der Weimarer Republik, ihren wichtigsten Stereotypen und Figuren, siehe die reich illustrierten Beiträge in Haese/Schütte; zur Plakatpropaganda auch PP, S. 139–141.
- 1052 Paul, *Krieg*, S. 27.
- 1053 Vgl. Achten/Krupke, S. 5.
- 1054 VB 81/6.4.1928: „Parteigenossen! Nationalsozialisten! Der Wahlkampf hat eingesetzt“; vgl. Diederich/Grübing, S. 27 f.; zur Bildpropaganda der NSDAP siehe Paul, *Aufstand*, S. 143–156.

- 1055 „Wohin? Stimmen zur Zeit“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; zum Bildtopos des „Riesen Proletariat“ siehe Paul, S. 242–247; zur Umfunktionierung von Symbolen der Arbeiterbewegung Diederich/Grübing, passim.
- 1056 Wahlkampftagung der DNVP im Reichstag am 22.10.1928, BaK, ZSg 1–44/6 (16).
- 1057 „Wahl-Wecker“ 1/14.9.1930, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 311.
- 1058 Vgl. Volkszeitung 209/11.9.1930: „Der Wahlkampf im Bild“; zur plakativen Bildpropaganda der KPD siehe auch Janusch, S. 156–158.
- 1059 Rundschreiben 4/25.8.1930 der DStP-Hauptgeschäftsstelle usw., BaK, R 45 III, 59, f. 18.
- 1060 Vgl. Paul, Krieg, S. 41; zur Fotografie als Wahlkampfmittel siehe ebd., S. 41–46.
- 1061 Mosse, Nationalisierung, S. 17.
- 1062 Mierendorff, Republik, S. 438 f.; zur politischen Symbolik nach 1918 siehe Weißmann, S. 84–124.
- 1063 Paul, Krieg, S. 37.
- 1064 Ebd., S. 29
- 1065 Zur Symbolpropaganda der NSDAP siehe auch Paul, Aufstand, S. 167–173, hier S. 173.
- 1066 Paul, Krieg, S. 46.
- 1067 Vgl. Funke, Republik, S. 17; zur Flaggenfrage in der Nationalversammlung siehe Winkler, Weimar, S. 103 f.
- 1068 NPZ 573/6.12.: „Fahnen heraus am Wahltag!“, vgl. DAZ 577/7.12.1924: „Der letzte Ruf“.
- 1069 Germania 489/8.11.1924: „Die Flagge als Wahlparole“.
- 1070 Vgl. VZ 555/22.11.: „Gedanken zur Wahl“, FZ 908/5.12.1924: „Schwarzrotgold und Schwarzweißrot“, Erman, S. 48; zur Flaggendebatte und -symbolik siehe Guben, S. 248–256.
- 1071 Germania 195/27.4.: „Schlachtenpotpourri“, RF 94/26.4.1925: „Wählt rot“.
- 1072 Engelmann, S. 6.
- 1073 Mierendorff, Bedeutung, S. 518 u. 520; vgl. Pyta, S. 501.
- 1074 FZ 569–570/2.8.1932: „Plakatbilanz am Wahlsonntag“, vgl. Paul, Aufstand, S. 177–179.
- 1075 Paul, Krieg, S. 54; vgl. dazu Reichel, Ästhetisierung, S. 297–301.

Anmerkungen zu Kapitel 7 (Seite 361 bis 419)

- 1076 Niedhart, S. 74.
- 1077 Bendikat/Lehnert, S. 103 f. Zum „Krisenjahr“, zur Währungs- und Wirtschaftsstabilisierung 1923/24 und zum Dawesplan siehe Winkler, Weimar, S. 186–284; Kolb, Weimarer Republik, S. 49–54; Niedhart, S. 83–90; Mommsen, Freiheit, S. 141–182; Hehl, S. 256–287; zur wirtschaftlichen Entwicklung speziell Steitz, S. 11–18.

1078 P. Rad, Hrsg., 1924 – Der Wahlkampf auf den Trümmern des deutschen Reiches. Die Tendenzen der Parteien, Berlin 1924.

1079 Gerlach, Bericht vom 5.3.1924 (zit. nach: Holl/Wild, S. 103).

1080 Vgl. zu den Notverordnungen des Kabinetts Marx 1923/24 Winkler, Revolution, S. 694–696; Eilers, S. 98–105; zur Aufwertungsfrage Krohn, S. 164–173; Stürmer, Koalition, S. 91–98; Leuschen-Seppel, S. 146–160.

1081 Zur außenpolitischen Entwicklung 1923/24 sowie zum Dawesplan siehe Winkler, Weimar, S. 258 f.; Mommsen, Freiheit, S. 184–190; Kolb, Weimarer Republik, S. 64 f.; Krüger, Außenpolitik, S.183–246.

1082 FZ 320/30.4.1924: „Ruck nach Rechts?“; zur innenpolitischen Konstellation im Frühjahr 1924 siehe Winkler, Weimar, S. 252–260; Aufruf der Reichsregierung vom 29.4.1924 (Druck in: RH II, S. 292 f.). Zur Wahlpropaganda der Parteien vor dem 4. Mai 1924 siehe Bendikat/Lehnert; auch (regional) Staatz, S. 110–131.

1083 Zum Wahlkampf der SPD vgl. Winkler, Weimar, S. 246–248 u. 255–257; Maehl, S. 95 f.; Severing, S. 16 f.; zum Sachsenkonflikt siehe Winkler, Revolution, S. 655–664; Mommsen, Freiheit, S. 160– 165.

1084 „Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-90/59 (Druck in: RH II, S. 301–304; Rad, S. 22–24); vgl. Bendikat/Lehnert, S. 109 f.; siehe auch Vorwärts 173/11.4.: „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf. Was wir sind und was wir wollen“; 191/23.4.1924: „Die Reifeprüfung am 4. Mai“.

1085 „Friedliche Aufbauarbeit oder neue krieglerische Verwicklungen“, „Die Rechtsparteien wollen den Krieg!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 155/1.4.1924: „Reichstagswahlen und Außenpolitik“.

1086 „Deutschland und Frankreich“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Deutsches Volk besinne Dich!“; „Worum es geht!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 198/27.4.1924: „Frei nach außen – frei nach innen!“

1087 „Wohin die Fahrt?“, „Was will die VSPD“, „Arbeitendes Volk! Die Hand ans Steuer!“, „Erhaltung und Ausbau der Republik oder Diktatur der Schwerindustrie und Nationalisten“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59.

1088 „Was leistet die Sozialdemokratie“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I.

1089 „Eine gegen Sechzehn! Ein letztes Wort im Wahlkampf an Freund und Feind!“, „Die bürgerliche Regierung und ihre Parteien auf der Flucht vor der Sozialdemokratie!“, „Der Sozialismus lebt!“, „Die Hungerzölle kommen!“, Flugblätter; „Wenn der Wind rechts weht, stürzt auch die Rentenmark!“, Plakat/Postkarte (Druck in: PP, S. 82), BaK, ZSg 1-90/59; vgl. Vorwärts: 202/30.4.1924: „Nie wieder Inflation!“.

1090 Vgl. „Goldenes Wähler-ABC“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 198/27.4.1924: „Wo steht der Feind? Zur politischen Orientierung im Wahlkampf“.

1091 Tabelle 1: Gegner und Feindbildhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1924/I

Regierung („Bürgerblock“)	28
Nationalistisches Lager	25
„Schwarzweißrote“ Rechtsparteien	12
Völkische	9
KPD	14

Extreme Flügelparteien	4
Sonstige/unspezifisch	26
Insgesamt	97

Lesbeispiel: Von insgesamt 97 Wahlflugblättern der SPD waren 28 in erster Linie gegen die Regierung bzw. den „Bürgerblock“ gerichtet. 25 Flugblätter hatten nur die nationalistischen Parteien zum Hauptgegner, davon 12 ausschließlich die „schwarzweißroten“ Rechtsparteien und neun ausschließlich die Völkischen. Die restlichen und in der Tabelle nicht direkt ausgewiesenen vier der 25 Flugblätter waren allgemein gegen beide Gruppierungen des nationalistischen Lagers gerichtet.

- 1092 „Von Arbeitslöhnen macht euch frei“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 148/27.3.: „Aufmarsch der Industriekapitäne“; 153/30.3.: „Der Kurs der Deutschen Volkspartei“; 173/11.4.1924: „Soll der Bürgerblock regieren?“
- 1093 „Was will die VSPD“; „Denkt an die Reichstagswahl!“; „Wohin die Fahrt?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59.
- 1094 „Wähler und Wählerinnen! Merkt auf!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 177/13.4.1924: „Phrase oder Politik. Deutschnationale Befreiungsmystik“.
- 1095 „Hakenkreuz und Sowjetstern – Arm in Arm gehn beide gern“; „Organisation C. und Tscheka“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 179/15.4.1924: „Kommunisten und Völkische. 75 Prozent Bundesgenossen“.
- 1096 „Im Solde der Franzosen!“; „Der völkische Volksbetrug“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 198/27.4.: „Kann ein Arbeiter völkisch wählen?“; 201/29.4.1924: „Fort mit der Hakenkreuzjustiz!“
- 1097 „Der Verrat der Kommunisten!“; „Die Koalition ist schuld!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 199/28.4.: „Sinowjew befiehlt Überfälle! Moskauer Parole: Ein bißchen Revolution – aber nicht zu sehr!“; 204/1.5.1924: „Feinde des Achtstundentages. Die Kommunisten als Handlanger der Reaktion“.
- 1098 „Ich wähle die Sozialdemokratie!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; vgl. „Wählt sozialdemokratisch“; „Deine Stimme fehlt noch“, Plakate (Druck in: PP, S. 54 u. 71); Vorwärts 145/26.3.1924: „Treibholz“.

Tabelle 2: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1924/I

Arbeitendes Volk	49
Arbeiter	20
Beamte	6
Mieter	4
Landvolk	3
Frauen	10
Inflationsoffer/Rentner	7
Sonstige/unspezifisch	37
Insgesamt	97

- 1099 „Sind die Sozialdemokraten schuld, dass der Achtstundentag verloren gegangen ist?“; „Achtstundentag und Luxus“; „Einheitsfront des Proletariats!“; Flug-

- blätter, BaK, ZSg 1–90/59; „Arbeiter! Wählt eure Partei“, Plakat (Druck in: PP, S. 129); Vorwärts 167/8.4.1924: „Der Proletarier sagt: Wären wir einig, so wäre es besser!“ Zum Kampf um den Achtstundentag siehe Winkler, Revolution, S. 625–632; Brunner, S. 361–386.
- 1100 „Spargläubiger und Sozialdemokratie!“; „Kleinrentner! Sozialrentner! Kriegsbeschädigte!“; „Die Sozialdemokratie ist die Partei der Armen!“; „Wohnungsnot Wohnungselend“; „Mieter!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; zur Haltung der SPD in der Aufwertungsfrage vgl. Handbuch für sozialdemokratische Wähler, S. 83–87.
- 1101 „Sind die Sozialdemokraten Bauernfeinde?“; Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I; „Wer hilft den Kleinbauern und Pächtern?“; „Beamte! Das Berufsbeamtentum ist in Gefahr!“; „Beamtenprogramm der VSPD“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; vgl. Vorwärts 179/15.4.1924: „Reichstagswahlen und Beamte“.
- 1102 „Sozialrentner, Invaliden, Unfallrentner und Witwen!“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Deutsche Jugend, die Hand ans Steuer!“; „Frauen denkt nach und handelt!“; „Krieg oder Frieden?“; „Deutsche Frauen und Mädchen!“; „Warum wähle ich nicht völkisch?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59.
- 1103 „Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9 (Druck in: RH II, S. 293 f.; Rad, S. 8–9); vgl. dazu Bendikat/Lehnert, S. 110 f.; NPZ 185/18.4.: „Das zweite Versailles“; 157/2.4.1924: „Der Deutschnationale Parteitag“; zum Wahlkampf vgl. Liebe, S. 62–73; regional Gemein, S. 34–38.
- 1104 „Wen wählst Du am 4. Mai?“; „Wir dürfen es nie vergessen!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Allen Novemberverbrechern ins Stammbuch!“; Flugblatt, ACDP, VI-051–201; NPZ 206/2.5.1924: „Der Dolchstoß“.
- 1105 „Michel mach Schluß!“; „Was wir wollen!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Der Sachverständigenschwindel!“; „Deutsche und ausländische Urteile über das Dawes-Gutachten“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1106 „Der Kampf um den Staat“; „Raus aus dem Sumpf! Die Zeit ist da!“; „Am Scheidewege –! Internationaler Klassenkampf oder deutsche Volksgemeinschaft“; „Trauer, Elend, Not“, Flugblätter; „Raus aus dem Dreck!“ (Druck in: PP, S. 146); „Wählt Schwarz-Weiß-Rot!“; Plakat/Postkarte, BaK, ZSg 1–44/9; „Der rote Hoch- und Landesverrat!“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; NPZ 203/1.5.1924: „An der Wende der Zeit“.
- 1107 „Die Inflation kommt wieder?“; „Die [Rentenmark] als Wahlparole!“; „Aufwertungsfrage und DNVP“; „Dein Sparkassenbuch!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9. Für Winkler, Weimar, S. 255, war die „volle Wiederherstellung der Gläubigerrechte [...] wichtigste innenpolitische Wahlkampfparole der DNVP“.
- 1108 „Bürger heraus!“; „Auf zu den Schicksalswahlen!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1109 „Wen wählen wir nicht? – Wen wählen wir?“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9.
- Tabelle 3: Gegner und Feindbildhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1924/I

Weimarer Republik – Erfüllungspolitik	66
<i>SPD/Marxismus</i>	29
<i>Reichsregierung</i>	13
<i>DDP</i>	7
<i>DVP</i>	5
<i>Zentrum</i>	3
Völkische	12
KPD	3
Sonstige/unspezifisch	22
Insgesamt	103

- 1110 „Der sozialdemokratische Sumpf stinkt zum Himmel!“; „Die Partei des internationalen Großkapitals“, Flugblätter, ACDP, VI-051–201.
- 1111 „Ist die Deutschvölkische Freiheitspartei eine Rechtspartei?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–201; „Nieder mit der deutschvölkischen Zersplitterung!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Positive deutschvölkische Arbeit ist für unser Deutschtum das Gebot der Stunde“; „National oder völkisch?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1112 „Nie macht von roten Ketten frei die biedere Deutsche Volkspartei“, „Die Sünden der DVP“; „Jüdisch-demokratische Frechheit“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Mitschuldig am Volksverrat!“, Flugblatt, BfZ; Flugblattsammlung; vgl. Bendikat/Lehnert, S. 112.
- 1113 „Nicht Klassenkampf – deutschnationale Volksgemeinschaft“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; „Ihr Deutschen alle!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- Tabelle 4: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1924/I

Deutsche Volksgenossen	25
Mittelstand	19
<i>Selbständige</i>	7
<i>Inflationsoffer</i>	6
<i>Beamte</i>	6
Arbeiter	12
Frauen	8
Jugend/Studenten	4
Sonstige/unspezifisch	35
Insgesamt	103

- 1114 „An die deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I.
- 1115 „Deutsche Arbeiter!“; „Nieder mit der Reaktion!“; „Arbeitslose! Was wollt Ihr mehr?“; „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren“ [DNAB], Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Die DNVP und ihre Wirksamkeit für die Arbeiterschaft“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Freiheit Friede Brot – Wählt: Schwarz-Weiß-Rot“, Plakat (Druck in: PP, S. 68–69); zur deutschnationalen Arbeitnehmerpropaganda siehe Stupperich, S. 91–97.

1116 „Neudeutsche Beamte!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; „Beamte, was taten die Deutschnationalen für Euch!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I; „Beamten und weibliche Angestellte aller Berufe! Der Abbau bedroht Euch!“, „Beamte! Die Stunde der Ablösung ist da!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.

1117 „Das Handwerk und die DNVP“, „Gewerbetreibende! Kaufleute! Handwerker!“, „Landwirtschaft und Sachverständigen-Gutachten!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; vgl. NPZ 206/2.5.1924: „An alle Angehörigen des werktätigen Mittelstandes“. Zur Agrarpolitik der DNVP 1923/24 siehe Schumacher, Land, S. 467–493.

1118 „Hast Du nicht auch seit der Revolution Deinen letzten Pfennig verloren?“; „Wer nicht wählt – treibt Volksverrat“, „Deutsche Studenten!“, „Deutsche Frauen und Mädchen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.

1119 Germania 117/3.4.1924: „Wir müssen nach Bayern“, vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 92–96. Zur Politik und zum Wahlkampf des Zentrums vgl. Ruppert, Dienst, S. 39–61; Morsey, Zentrumspartei, 499–557; Stump, S. 51–58.

1120 „Um Leben u. Sterben der Nation“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; Germania 85/15.3.1924: „Der Wahlauf Ruf des Zentrums“ (Druck in: RH II, S. 304–307); vgl. Bendikat/Lehnert, S. 109; VZ 143/24.3.1924: „Wahlparole des Reichskanzlers. Durch materielle Opfer zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit“.

1121 „Denkt an den deutschen Rhein!“, „Parole für den 4. Mai: Christlich und deutsch!“, Flugblätter; „Treu Reich und Rhein“, Klebezettel, BaK, ZSg 1–108/9; vgl. Germania 132/11.4.: „Das Primat der Außenpolitik und die Reichstagswahlen“, 166/3.5.1924: „Das Zentrum als vaterländische Partei“, Hehl, S. 267–275 u. 288–294.

1122 „Ein Wort zur Wahl“, „Ein Schicksalstag des deutschen Volkes ist der 4. Mai!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; „Der 4. Mai ruft das Deutsche Volk zu wichtigster Entscheidung!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; vgl. Germania 100/24.3.: „Für die Befreiungspolitik“, 166/3.5.1924: „Der Schicksalstag des deutschen Volkes“.

1123 „Entweder ... Oder“, „Um Leben u. Sterben der Nation“, „Was alles wird dem Zentrum vorgeworfen?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; Germania 59/28.2.: „Das Zentrum und die Notverordnungen“, 158/29.4.1924: „Der Volksstaat und Reichstagswahlen“, dazu auch Bendikat/Lehnert, S. 111 f.

1124 „Ein Wort zur Wahl“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9.

Tabelle 5: Gegner und Feindbildhierarchie der Flugblattpropaganda des Zentrums 1924/I

Radikalismus von links und rechts	15
<i>Rechtsopposition</i>	6
BVP	3
WP	2
Sonstige/unspezifisch	4
Insgesamt	24

- 1125 „Der 4. Mai ruft das Deutsche Volk zu wichtigster Entscheidung!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215.
- 1126 „Mahnung!“, „Dem christlichen Volke“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; vgl. Germania 133/12.4.: „Deutschvölkischer Wahlsieg – ein Verhängnis für Deutschland“; 148/23.4.1924: „Katholisch oder völkisch?“.
- 1127 „Auf der ganzen Linie versagt“, „Wen wählen wir?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–215; Germania 160/30.4.1924: „Die geistesverwandten Umsturzparteien. Gleiche Methoden – gleiche Ziele“.
- 1128 „Katholiken! Wählt wieder Zentrum!“, „Ein Wort zur Wahl“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; „Fort mit der Wirtschaftspartei!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Germania 140/16.4.1924: „Säuberung‘ in der BVP“.
- 1129 „Evangelische Wähler!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; „Katholische Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–145; MJ 87/23.4.: „Die Zentrumspariei, eine Volkspartei“; Germania 165/3.5.1924 „Volksgemeinschaft oder Volkszerfall?“.

Tabelle 6: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der Flugblattpropaganda des Zentrums 1924/I

Christliche Volksgemeinschaft	15
<i>Katholiken</i>	4
<i>Protestanten</i>	2
Sonstige/unspezifisch	9
Insgesamt	24

- 1130 „Katholik, wohin gehst Du?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Germania 87/16.3.1924: „Das Zentrum und die deutschen Katholiken“.
- 1131 Germania 165/3.5.1924: „Der letzte Wahlappell des Reichskanzlers“.
- 1132 „An die Nichtwähler!“, „Landwirte!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–145; „Christliche Wähler!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; vgl. Germania 83/14.3.: „Arbeiterschafft und Zentrum“; 166/3.5.1924: „Die Stunde der Frauen“. Zur Agrarpolitik der Zentrumspariei siehe Schumacher, Land, S. 387–431.
- 1133 DAZ 150/28.3.: „Parteitag der DVP“; 171/10.4.1924: „Die Nationalliberale Vereinigung“; vgl. dazu Jones, Liberalism, S. 211–217; Winkler, Weimar, S. 242 f.
- 1134 „Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7 (Druck in: Rad, S. 11 f.; RH II, S. 314–316); vgl. dazu Bendikat/Lehnert, S. 111 f.; siehe auch „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; Wahlhandbuch der DVP 1924, BaK, ZSg 1–42/14 (3).
- 1135 „Nationale Realpolitik oder Illusionen?“, „Ehrliche Politik!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1136 „Taten beweisen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–225; „Fragen und Antworten im Wahlkampf“, Flugblatt; BaK, ZSg 1–42/7; „Haltet die Währung“, Plakat (Druck in: PP, S. 82).
- 1137 „Weckruf für die erwerbstätigen Stände in Stadt u. Land“, „Außenminister Dr. Stresemann in Magedeburg“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; DAZ 202/30.4.1924: „Stresemann verteidigt sich“.

- 1138 „Bismarcks Mahnruf an das Deutsche Volk!“, „Rechtsblock oder Deutsche Volkspartei?“, „Ein positives völkisches Programm!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; „Wähler!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–201.
- 1139 „Welche Partei wählt der deutsche Beamte?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; siehe auch das Wahlhandbuch der DVP, in dem sie sich am ausführlichsten mit der DVFP (S. 163–185), der DNVP (S. 185–217) sowie der SPD (S. 228–243) auseinandersetzt.
- 1140 MA 83/7.4.1924: „Werbearbeit zu den Wahlen“; vgl. Besprechung des Reichskanzlers mit führenden Abgeordneten der Regierungsparteien vom 12.3.1924 (Druck in: AdR Marx I/II, S. 453 f.); Ministerbesprechung der Reichsregierung vom 18.3.1924 (Druck in: ebd., S. 476 f.). Zu Aufgaben und Zielen der RFH siehe Wippermann, Propaganda, S. 49–57; zum amtlichen Presseapparat auch Koszyk, Presse, S. 106–133.

Tabelle 7: Gegner und Feindbildhierarchie der Flugblattpropaganda der DVP 1924/I

Opposition	31
Völkische	9
SPD/Marxismus	6
DNVP	3
NLV	3
Sonstige/unspezifisch	15
Insgesamt	49

- 1141 „Nationale Realpolitik oder Illusionen?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; „Wie wird Deine Zukunft werden?“, „Verantwortungslos und verlogen“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1142 „Rechtsblock oder Deutsche Volkspartei?“, „Unsere Antwort an Hitler“, „Wie steht die Deutsche Volkspartei zu der so genannten völkischen Bewegung“, „Völkischer Zukunftsstaat?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1143 „Befreit Euch vom internationalen Marxismus“, „Wie wird Deine Zukunft werden?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; DAZ 143/25.3.: „Sozialdemokraten und Kommunisten“, 155/1.4.1924: „DVP und SPD“.
- 1144 „Wir klagen die Deutsche Volkspartei an“, „Entschließung!“, Flugblätter [NLV], BfZ, Flugblattsammlung.
- 1145 „An alle deutschen Männer und Frauen!“, „Ein Klub politisch Obdachloser verbreitet ein Flugblatt mit 19 Anklagen gegen die Deutsche Volkspartei“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1146 Siehe etwa „Kaufleute, Industrielle, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Frauen und Jugend“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1147 „Weckruf für die erwerbstätigen Stände in Stadt u. Land“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „An alle Unzufriedenen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; zur Zielgruppenpolitik siehe auch die Abschnitte im Wahlhandbuch der DVP, speziell zum Mittelstand (S. 335–349), den Arbeitern (S. 416–425) und den Frauen (S. 458–481).

1148 Tabelle 8: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1924/I

Mittelstand in Stadt und Land	16
Beamte	5
Gewerbe/Handwerk	4
Inflationsoffer	3
Bauern	2
Arbeitnehmer	7
Frauen	5
Sonstige/unspezifisch	21
Insgesamt	49

- 1149 „Hausbesitzer und Wohnungs- und Bauunternehmer!“, „Kaufmännischer und gewerblicher Mittelstand!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–201; „Deutsche Handwerker und Handwerkerinnen“, „Landwirte!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung. Zur Agrarpolitik der DVP siehe Schumacher, Land, S. 454–466.
- 1150 „Die Aufwertung der Hypotheken, Pfandbriefe, Sparkassenguthaben, Lebensversicherungsguthaben als Wahlparole!“, „Kleinrentner, Sparer, Hypothekengläubiger!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; vgl. Winkler, Mittelstand, S. 76–78.
- 1151 „Achtung Beamte!“, „Die Deutsche Volkspartei und die Beamten“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1152 „50 Privatangestellte als Abgeordnete im nächsten Reichstag“, „Achtung! Arbeiter und Angestellte!“, „Befreit Euch vom internationalen Marxismus“, „Hand- u. Kopfarbeiter!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; vgl. DAZ 194/25.4.: „Der Kampf um den Achtstundentag“, 208/3.5.1924: „Angestellte und Wahlen“.
- 1153 „Die Frauen und die Deutsche Volkspartei“, „Deutsche Frauen! Deutsche Mütter!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; vgl. DAZ 201/30.4.1924: „Die wahlmüden Frauen“.
- 1154 „Hände weg von der Uniform!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1155 FZ 262/6.4.1924: „Demokratischer Parteitag“, zur DDP-Politik 1923/24 siehe Jones, Liberalism, S. 208–224; Schneider, DDP, S. 200–213; zur Außenpolitik besonders Heß, S. 147–159.
- 1156 „Das Ziel des Wahlkampfes“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19 (Druck in: RH II, S. 324–326); VZ 153/29.3.1924: „Wahlaufruf der Demokratischen Partei“, dazu Bendikat/Lehnert, S. 111.
- 1157 „Wahlaufruf“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; FZ 217/21.3.: „Die Mahnung des Rheinlandes“, 332/4.5.1924: „Besetztes Gebiet und Reichstagswahlen“, vgl. zur „Versackungspolitik“ Winkler, Weimar, S. 234–236.
- 1158 „Deutschland muss leben!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „Was wir getan haben!“, „Die Verantwortung erwacht!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; FZ 261/6.4.1924: „Demokratische Außenpolitik“.
- 1159 „Wollt Ihr höhere Aufwertungssätze?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Nie wieder Inflation!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19, „Gegen eine neue Inflation“, Plakat (Druck in: Anschläge, Nr. 47).

- 1160 „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit!“; „Für Freiheit und Vaterland! Der Weg zur Rettung des Volkes aus größter Not“; „Fichte und Kant“; „Die Zielklarheit der deutschen Demokratie“; Flugblätter, BaK, ZSg 1-27/19.
- 1161 „Rechts oder Links?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; vgl. VZ 165/6.4.1924: „Der Feind steht rechts“.

Tabelle 9: Gegner und Feindbildhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1924/I

Klassen- und Standesparteien	10
Rechtsparteien	10
DNVP	5
DVP	2
Sonstige/unspezifisch	14
Insgesamt	34

- 1162 „Deutschland muss leben!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1-27/19; „Unser Banner hat nie geschwankt!“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 202/28.4.1924: „Poincaré will deutsch-nationale Wahlen“.
- 1163 „Wer ist ‚national‘?“; „Die Parteien des Zusammenbruchs“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1164 „Wer wollte Versackungspolitik treiben, d. h. Rhein und Ruhr vorläufig preisgeben?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-27/19; „Die Wahrheit kommt ans Licht“, Flugblatt, BfZ; Flugblattsammlung.
- 1165 „Politisches Selbstgespräch!“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1166 Tabelle 10: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1924/I

Volksgemeinschaft	14
Mittelstand	8
Handwerk/Gewerbe	5
Beamte	3
Frauen	2
Arbeitnehmer	2
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	34

- 1167 „Deutscher Mittelstand!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-27/19; „An die Nachdenklichen im deutschen gewerblichen Mittelstand!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I; FZ 329/3.5.1924: „Mittelstand“. Zu den „agrardemokratischen“ Vorstellungen der DDP siehe Schumacher, Land, S. 432–453.
- 1168 „Beamte! Beamtinnen!“; „Die Wahrheit über den Beamtenabbau“ (Materialien zur Demokratischen Politik Nr. 93), Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 166/3.4.1924: „Die Wahlparole der Beamten“.
- 1169 „Arbeiter, Angestellte! Wen wählt Ihr am 4. Mai?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; FZ 307/25.4.1924: „Die Angestellten in Staat, Wirtschaft und Sozialpolitik“.
- 1170 „Deutsche Frauen! Ihr habt jetzt die Wahl!“; „Krieg oder Frieden?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.

- 1171 RF 38/13.4.1924: „Der 9. Parteitag – der Parteitag der Konsolidierung“; zur Situation der KPD 1923/24 siehe Winkler, Weimar, 213–216 u. 224–227; Flechtheim, S. 182–211; Angress, S. 315– 517; Weber, Wandlung I, S. 62–81; Winkler, Schein, S. 202–212. Zum Schlageter-Kurs siehe Erdmann, Alternativen, S. 29–31; Angress, S. 366–384; Luks, S. 62–67, der darin ein „direktes Bündnisangebot an die deutschen Rechtsextremisten“ sieht (S. 63).
- 1172 „An das werktätige deutsche Volk!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I (Druck in: Weber, Kommunismus, S. 88–93; RH II, S. 308–313).
- 1173 „Arbeiter! Beamte! Angestellte! Werktätige in Stadt und Land!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4; vgl. Bendikat/Lehnert, S. 113 f.; „Wähler entscheidet Euch! Stinnesdiktatur oder Diktatur des Proletariats“, Plakat (Druck in: PP, S. 106).
- 1174 „Deutsche Beamte!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4; RF 39/29.4.: „Die Erwürgung des deutschen Proletariats nach den Plänen der ‚Sachverständigen‘“, 41/1.5.1924: „Nieder mit dem Zuchthausbau“.
- 1175 „Arbeiter, Angestellte, Beamte, Landarbeiter und Kleinbauern!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4; RF 25/29.3.1924: „Unser Wirtschaftsprogramm im Wahlkampf“.
- 1176 „An die deutsche Beamtenschaft!“, „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin-Brandenburgs!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/4; „Wähle! Schlagt die Karten der Arbeiterfeinde!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I.
- 1177 „An die werktätigen Jungwähler Berlins!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4; vgl. RF 43/3.5.1924: „Die Sinnbilder der Parteien zum morgigen ‚Wahl‘tag“.
- Tabelle 11: Gegner und Feindbildhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1924/I

Weimarer Republik	9
SPD	6
DVFP	4
Sonstige/unspezifisch	5
Insgesamt	24

- 1178 „Arbeiter, Angestellte, Beamte, Landarbeiter und Kleinbauern!“, „An die Hitler-Leute!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/4; RF 40/30.4.1924: „Bilder aus dem völkischen Zukunftsparadies – wie sie es möchten“, vgl. „Völkische Bewegung“, Referentenmaterial Nr. 5, Broschüre, BaK, ZSg 1–65/4 (22).
- 1179 „Die SPD als Büttel der Bourgeoisie“, „Wie sie das Proletariat verraten“, Handzettel, ACDP, VI-051–139; „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin-Brandenburgs!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4.
- 1180 „Den politischen Marodeuren!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4; „Wähle! Schlagt die Karten der Arbeiterfeinde!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/I.
- 1181 „Arbeiter, Angestellte, Beamte, Landarbeiter und Kleinbauern!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4.
- 1182 Tabelle 12: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1924/I

Werk tätiges Volk	21
Arbeiter und Arbeiterinnen	6
Beamte	5
Sonstige/unspezifisch	3
Insgesamt	24

- 1183 „An die Hitler-Leute!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/4.
- 1184 „Landarbeiter und Landarbeiterinnen!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „An die Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft!“, „Arbeitslose, wählt Kommunisten!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/4.
- 1185 „An die deutsche Beamtenschaft!“, „Die KPD und die Beamten“, „An die deutsche Lehrerschaft!“, „Die Kommunisten und das Berufsbeamtentum“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/4.
- 1186 „Warum sollt ihr kommunistisch wählen“, „Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte und Beamten!“, „Siedler, Arbeitsbauern, Kleinpächter! Was wollen die Kommunisten?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/4; Vgl. Richtlinien der KPD für Mittelstandspropaganda vom August 1923 (Druck in: Knipping, S. 367–369). Zur Landagitiation, zum Agrarprogramm und zur Kleinbauernbewegung der KPD vor 1924 siehe Schumacher, Land, S. 370–387.
- 1187 Zur Entwicklung der NSDAP nach dem Verbot vom November 1923 siehe Jablonsky, S. 26–91; zum Wahlbündnis von NSDAP und DVFP siehe ebenda, S. 58–62; Wulff, S. 36–42; Striesow, S. 433–435. In Gebieten, wo beide Parteien aktiv waren, trat man als Völkisch-Sozialer Block an, in Bayern nur als Völkischer Block, in Ostpreußen als „Völkisch-sozialer Freiheitsblock (Richtung: Hitler-Ludendorff-v.Graefe)“.
- 1188 „Die Abrechnung am 4. Mai“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5 (Druck in: RH II, S. 318–322); vgl. Bendikat/Lehnert, S. 112; „Bayern! Deutsche! 5 Jahre Novemberrepublik“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5, Wahlaufuf der Nationalsozialisten in Bayern (Druck in: RH II, S. 322 f.).
- 1189 „Auf zur völkischen Tat!“, „Deutsche Männer und Frauen! Werk tätiges Volk aller Berufe und Stände!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–45/5; „Wahl-Aufruf! Völkisch-Sozialer Block“, Flugblatt, BaK, NS 26–869.
- 1190 „Nieder mit dem Erfüllungswahnsinn!“, „Wie wird Deutschland frei?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–45/5.
- 1191 „Gemeinsame Kampffront! Allgemeine grundsätzliche Richtlinien“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5; „Völkisch Soziales Manifest“, „Erläuterungen zum Programm zu Werbezwecken“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1192 „Deutsche Männer und Frauen! Werk tätiges Volk aller Berufe und Stände!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5.
- 1193 „Auf zur völkischen Tat!“, Flugblatt, BaK, NS 26–869; „Deutschland erwache!“, Bildhandzettel, BaK, ZSg 1–45/5; „Der Drahtzieher“, Plakat (Druck in: PP, S. 60); dazu Bendikat/Lehnert, S. 112 f.
- 1194 „Die Einheitsfront aller Parteien von rechts bis links“, „Rechts oder links – nationalistisch oder sozialistisch“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–45/5.

Tabelle 13: Gegner und Feindbildhierarchie der DVFP-Flugblattpropaganda 1924/I

Weimarer Republik	38
SPD/Marxismus	9
„Reaktion“ – Rechtsparteien	5
Zentrum/BVP	4
„jüdische Hochfinanz“	3
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	48

- 1195 „Deutsche Arbeiter!“, „Aus dem Schuldbuch der Marxisten“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-45/5.
- 1196 „Wahl-Aufruf! Völkisch Sozialer Block“, Flugblatt, BaK, NS 26-869; „Gemeinsame Kampffront!“, „Ein plumpes Täuschungsmanöver!“, „Deutsche Männer und Frauen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-45/5.
- 1197 „Der völkische Antichrist“, „Die Religion ist in Gefahr!“, „Ob Jud oder Christ“, „Das Weltprogramm der eigentlichen Internationale aus dem Jahre 1897“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-45/5.
- 1198 Tabelle 14: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DVFP-Flugblattpropaganda 1924/I

Schaffende Volksgenossen	20
Arbeiter	10
Mittelstand	10
Bauern	4
Handwerk/Gewerbe	2
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	48

- 1199 „Deutsche Arbeiter!“, „Arbeiter!“, „Die Errungenschaft der Revolution!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-45/5; „Nationale Arbeiter, Angestellte und Beamte!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1200 „Angestellte in Handel und Industrie, in Forst- u. Landwirtschaft, im Bank- u. Versicherungsgewerbe, bei Gemeinde-, Staats- und Reichsbehörden, Angehörige der freien Berufe!“, „Handwerk und Gewerbe und die völkische Bewegung“, „Deutscher Bauer, erwache, eh' es zu spät ist!“, Flugblätter, BaK, NS 26-2106.
- 1201 Gerlach, Bericht vom 3.4.1924 (Holl/Wild, S. 107); „Deutsche Frauen!“, Flugblatt, BaK, NS 26-2106.
- 1202 „Bayern! Auf zum Kampfe, das weiß-blaue Banner voran!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-8/2 (Druck in: RH II, S. 326-329); vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 92-97.
- 1203 „Der völkische Kandidat Pöhner sagt im Hitler-Prozeß“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-8/2.
- 1204 „Wie wird am 4. Mai gewählt“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-8/2.

- 1205 „Hannoveraner!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-E 110 (Druck in: RH II, S. 337–339); „Hannoversche Männer und Frauen!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; zur DHP siehe Fricke I, S. 667–672.
- 1206 „Männer und Frauen des Deutschen Mittelstandes“ (Druck in: RH II, S. 329–334); „Was wir wollen!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; zur Politik der WP vgl. Schumacher, Mittelstandsfront, S. 80–133.
- 1207 „Ein letztes Mahnwort an den deutschen Mittelstand!“, „Aufruf!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–176/1.
- 1208 „Deutsche Männer und Frauen!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung (Druck in: RH II, S. 334–336). Zum BBMb siehe Fricke I, S. 135–151.
- 1209 „Deutschland den Deutschen!“, „Richard Kunzes Forderungen!“, „Reisst den Betrügnern die Maske herunter!“, „An den Pranger mit den politischen Parteien!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1210 „Arbeiter! Angestellte! Beamte! Kleingewerbetreibende! Freie Berufe!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1211 Severing, S. 17.
- 1212 Bendikat/Lehnert, S. 108; zur Analyse des Wahlergebnisses und zu den wichtigsten Wählerbewegungen siehe Winkler, Schein, S. 177–188; Mommsen, Freiheit, S. 195–197.
- 1213 Vgl. Winkler, Schein, S. 202; vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 165–203; RF 45/6.5.1924: „Erste Ergebnisse und Lehren der Wahlen“.
- 1214 Ruppert, Dienst, S. 60 f.; vgl. Germania 168/5.5.1924: „Der Sieg des Zentrums“.
- 1215 Steinberg, Reichstagswahlen, S. 472 f.; vgl. Stephan, Acht Jahrzehnte, S. 117 f.; zur Reaktion in der DVP siehe DAZ 210/5.5.1924: „434 Abgeordnete gewählt“; Jones, Liberalism, S. 220 f.
- 1216 Bendikat/Lehnert, S. 139.
- 1217 Für Childers, Interest, S. 2, stellt es eine Ironie der Geschichte dar, dass eben nicht die Inflation, sondern die Folgen der Stabilisierungspolitik der Regierung die „Inflationswahlen“ dominierten; zum Parteienstreit um das „Wunder der Rentenmark“ siehe auch Blaich, Freitag, S. 49 f.
- 1218 Gerlach, Bericht vom 7.5.1924 (Holl/Wild, S. 109); zur Demission des ersten Kabinetts Marx und zur Diskussion um die Regierungsneubildung nach dem 4. Mai 1924 siehe Eilers, S. 153–161; Hehl, S. 282–287; Stürmer, Koalition, S. 42–49; Kolb, Weimarer Republik, S. 77–78.

Anmerkungen zu Kapitel 8 (Seite 421 bis 475)

- 1219 Zur Londoner Konferenz, zur Dawes-Abstimmung und zu den Verhandlungen über eine Regierungserweiterung vgl. die Quellenstücke in AdR Marx I/II, Bd. 2, S. 1076–1131; sowie Winkler, Weimar, S. 264–268; Ruppert, Dienst, S. 62–85; Krüger, Außenpolitik, S. 237–256; Stürmer, Koalition, S. 73–78.
- 1220 Vorwärts 507/27.10.: „Hamburg im Reich voran!“, vgl. die Daten bei Falter u. a.; zur Entwicklung sowie zum Wahlkampf in Preußen siehe Orlow, Weimar Prussia 1918–1925, S. 155–181; Schulze, Braun, S. 463–465.

- 1221 Gerlach, Bericht vom 4.11.1924 (Druck in: Holl/Wild, S. 122 f.).
- 1222 Kundgebung der Reichsregierung vom 21.10.1924 (Druck in: RH III, S. 124 f.).
- 1223 Rundschreiben 10/28.10.1924 der DDP an die Wahlkreisvorsitzenden usw., BaK, Nachlass Dietrich, f. 261.
- 1224 Gerlach, Bericht vom 4.11.1924 (Holl/Wild, S. 122 f.). Zum Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 vgl. Winkler, Weimar, S. 268–272; Ruppert, Dienst, S. 85–93; regional Kühr, S. 236–238; Staatz, S. 132–156.
- 1225 Vgl. Winkler, Schein, S. 195–202; zum Wahlkampf der SPD auch Severing, S. 34 f.; Maehl, S. 102 f.
- 1226 „Wähler und Wählerinnen zum Reichstag der Deutschen Republik!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59 (Druck in: RH III, S. 125–128; Vorwärts 506/26.10.); vgl. „Wählerinnen, Wähler! Rüstet zur Abrechnung am 7. Dezember!“, Flugblatt, ACDP, I-352/001; Vorwärts 577/7.12.1924: „Es lebe die Sozialdemokratie!“
- 1227 „Armes Europa!“, „Deutschland und Frankreich“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 497/21.10.: „Tag der Abrechnung“; 549/21.11.: „Sozialdemokratische Außenpolitik“; 575/6.12.1924: „Herriot oder Poincaré?“
- 1228 „Wer hilft? Bürgerblock? Monarchie? Nationalsozialisten? Russland?“; „Die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher“; „Nieder mit dem Zollwucher!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; „Millionengeschenke für Nichtsteuer. Lange Arbeitszeit und Hungerlohn für Arbeitsbienen“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Wer rettet Deutschland?“, Plakat (Druck in: Reimann, S. 11); Vorwärts 536/13.11.1924: „Wahlparole der Unternehmer“.
- 1229 „Aufwertungs-Schwindel!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; „Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; vgl. Vorwärts 512/30.10.: „Das Ziel des Bürgerblocks. Klassenherrschaft der Inflationssieger“; 516/1.11.: „Der 7. Dezember und die Sozialpolitik“; 549/21.11.: „Gerechte Aufwertung“; 573/5.12.1924: „Die Rückkehr zum Achtstundentag“.
- 1230 „Das Volk soll entscheiden!“, „Monarchie oder Republik“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; „Republikaner – Einigkeit ist Macht“, Plakat (Druck in: PP, S. 91); Vorwärts 508/27.10.: „Schwarz-Rot-Gold voran!“; 530/9.11.: „Es lebe die Republik! Zum 9. November“; 550/21.11.1924: „Schützt die Farben der Republik!“
- 1231 „Was wollen die Parteien?“; „Hallo! die große Revue“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59.

Tabelle 15: Gegner und Feindbildhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1924/II

Republikfeinde	32
„Linksputschisten“ und „Rechtsbolschewiken“	13
„Schwarzweißrot“-DNVP/DVP	12
Bürgerblock/Regierung	23
KPD	8
Völkische/NSFB	4
Sonstige/unspezifisch	12
Insgesamt	79

1232 „Verbrüderung!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–191; „Sowjetstern und Hakenkreuz“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 534/12.11.: „Völkischer Arbeiterfang“; 569/3.12.1924: „Die Bundesbrüder“.

1233 „Denkt an Preußen!“, „Seht, wie sie drängeln, die Deutschnationalen!“, „Deutsch-nationale Parteigeschichte“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; „Entscheidet Euch! Es muss anders werden in Deutschland!“, „Wählt deutschnational!“, (Druck in: Achten/Krupke, S. 145–148), Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1924/II; Vorwärts 533/11.11.: „Munitionsmangel im Wahlkampf“; 542/16.11.1924: „Nicht deutsch, nicht national! Das Charakterbild der Deutschnationalen“; zum „System Severing“ siehe Alexander, S. 137–142.

1234 „Kommunisten als Arbeitervertreter“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; „Die Freunde des Großkapitals sind die Kommunisten!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; Vorwärts 502/24.10. „‘Freiheits- und Befreiungspolitik’ – Ein Aufruf der Put-schisten“; 549/21.11.: „Im Lande des Schrecken“; 553/23.11.1924: „Die Tsche-ka“.

1235 „Ein letztes Wort!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 498/22.10.: „Gegen Demokratie und Liberalismus. Das Ziel der Volkspartei“; 546/19.11.: „Natio-nale Realpolitik“. Eine Abrechnung mit Stresemann“; 568/2.12.: „Das Unterneh-mertum im Wahlkampf. Die Volkspartei – bezahlt damals und bezahlt heute“.

1236 „Was wollen die Parteien?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; vgl. Vorwärts 498/22.10.1924: „Schiffer geht“.

1237 „Volksgemeinschaft“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; Vorwärts 576/6.12.1924: „An den Einen ... Und an alle!“

1238 „Helft den Erwerbslosen!“, „Kriegsopfer, Invaliden, Unfallrentner, Kleinrent-ner und Witwen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; „Gewerkschaftsmitglieder!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Vorwärts 530/9.11.: „Inflationsoffer und Rechtsparteien“; 565/30.11.1924: „Die Stimme der Arbeiter. Fort mit den Kom-munisten“.

Tabelle 16: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1924/II

Schaffende Volksgenossen	47
Arbeiter	18
Beamte	6
Kleinbauern/Landarbeiter	4
Angestellte	2
Frauen/Arbeiterinnen	9
Jugend/Jungwähler	2
Sonstige/unspezifisch	21
Insgesamt	79

1239 „Kleinbauern! Pächter und Landarbeiter!“, „An die Landbevölkerung!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II (Druck in: Achten/Krupke, S. 129 f.); vgl. Vorwärts 516/1.11.1924 „Bauern gegen Schutzzölle“.

1240 „Wer tritt für eine gerechte Besoldung der Beamten ein?“, „Was die bürgerlichen Parteien den Beamten vor der Wahl versprechen und was sie halten!“;

- „Mehr Fürsorge für die Beamten“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; Vorwärts 573/5.12.1924: „Beamte und Reichstagswahlen. Ein Ruf in letzter Stunde“.
- 1241 „Mieter, hört!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/59; „Kaufmännische Angestellte in Industrie, Handel und Banken! Bureauangestellte aller Gruppen! Werkmeister! Techniker! Ingenieure!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Vorwärts 549/21.11.: „An alle Angestellten!“, 575/6.12.1924: „Mieter und Politik“.
- 1242 „Der Pranger für die Nichtwähler“, „Arbeitende Schwester!“, „Jugend heraus!“, „Schutz den Müttern!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/59; Vorwärts 545/18.11.: „Frauen und Wahl“, 565/30.11.1924: „An die Jugend“.
- 1243 Zur Krise und zum Wahlkampf der DNVP im Herbst 1924 siehe Stürmer, Koalition, S. 58–73; Holzbach, S. 168–191; Hertzman, S. 204–238; VZ 506/24.10.: „Hergt abgesetzt“, Germania 463/24.10.1924: „Keine Wahlabmachungen der Deutschen Volkspartei“, aus Sicht der DNVP vgl. „Was wir deutschen Männern und Frauen vor dem 7. Dezember sagen müssen“, Flugschrift, Berlin 1924, S. 3–5.
- 1244 NPZ 496/21.10.: „Eine Kundgebung der Deutschnationalen“ (Druck in: RH III, S. 128–130); vgl. VZ 504/23.10.1924: „Das geht nicht an: Sagt die Volkspartei“.
- 1245 „Wahlaufruf der DNVP“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9 (Druck in: RH III, S. 130–133; NPZ 509/29.10.); vgl. „Deutschnationale Parteifreunde! Wir rüsten jetzt zum letzten schweren Entscheidungskampf“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; NPZ 523/6.11.1924: „Die Ziele der DNVP“.
- 1246 „Kleinrentner! Hypothekengläubiger! Sparkasseneinleger!“, „Für rechnende Wähler“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; zur DNVP-Aufwertungspropaganda siehe Jung, Demokratie, S. 18–21.
- 1247 „Seid bereit!“, „Die Saugpumpe innerer Zoll und Teuerung“, „Sozialdemokratie, Handelspolitik, Schutzzölle!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; NPZ 523/6.11.1924: „Sozialpolitische Wahlen“.
- 1248 „Genossen! Kameraden!“, „Der Dolchstoß!“, „Schwarz-rot-gelbe Verständigungspolitik!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Wer ist umgefallen?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Wer hat im Weltkrieg dem deutschen Heere den Dolchstoß versetzt?“, Plakatzettel (Druck in: PP, S. 49 f.).
- 1249 „Bauern, wacht auf!“, „Deutschland den Deutschen! Preußen in Deutschland voran!“, Flugblätter, ACDB, VI-051–193; „Weg mit Severing!“, „Was uns die Republik bescherte!“, „Zum Schicksalstag am 7. Dezember!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Preußen, wählt deutschnational“, Plakat (Druck in: PP, S. 59); „Aus dem Reiche Severings in Ostpreußen“, „Ebert im Munitionsarbeiterstreik“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; NPZ 528/8.11.1924: „Herrn Eberts Rolle im Januarstreik. Ein Kapitel zum Dolchstoß“, zur deutschnationalen Anti-Ebert-Kampagne siehe Dörr, S. 110–115.
- 1250 „Gegen den Marxismus und seine Schleppenträger! Schwarz-weiß-rot gegen schwarz-rot-gelb!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „An alle Arbeitsbezirke und Kreisvereine!“, Rundbrief des Landesverbandes Hessen-Nassau vom 14.11.1924, HStAW, 1152–20; „Unser Verhältnis zu den anderen Parteien“, Broschüre, BaK, ZSg 1–44/10; NPZ 567/3.12.1924: „Warum ‚schwarz-rot-gelb‘?“.

Tabelle 17: Gegner und Feindbildhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1924/II

Schwarz-rot-gelb"	91
SPD/Marxismus	36
DDP	8
Zentrum	5
NSFB/Völkische	10
Interessenparteien	7
WP	3
Sonstige/unspezifisch	19
Insgesamt	127

- 1251 „Was ist das Reichsbanner?“; „So muss die Quittung am 7. Dezember aussehen“; „Wollt Ihr die los sein?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; NPZ 567/3.12.1924: „Das entlarvte Reichsbanner“.
- 1252 „Nieder mit dem Militarismus! Nie wieder Krieg! Schreien die ‚Schwarz-rot-gelben‘“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; NPZ 515/1.11.1924: „Die Bolschewisten im Wahlkampf. Moskau putscht die Arbeiter auf“.
- 1253 „Wer Zentrum wählt, wählt Ebert“; „Zentrum oder Deutschnationale?“; Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; NPZ 552/24.11.1924: „Muss der Katholik Zentrum wählen?“.
- 1254 „Rettet die Demokratie!“; „Die jüdische Gefahr“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Deutschnational oder Deutsche Volkspartei?“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; NPZ 517/2.11.1924: „Für den Wahlfrieden zwischen Deutschnationalen und DVP“.
- 1255 „Was will die Wirtschaftspartei?“; „Freiheitspartei und Kommunist, Letzten End’s das gleiche ist!“; „Hieb und Stichwaffen für den Wahlkampf: Wer hat die Einheitsfront ‚Schwarz-Weiß-Rot‘ durchbrochen?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1256 „Arbeiter, Bürger, Beamte und Bauern!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1257 Tabelle 18: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1924/II

Deutsche Volksgenossen	52
„Schwache“	9
Mittelstand	27
Bauern	8
Gewerbe und Handwerk	8
Angestellte/Beamte	6
Arbeiter	18
Frauen	5
Sonstige/unspezifisch	25
„Wahlfaule“	6
Insgesamt	127

- 1258 „Aufruf an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen!“; „Hast Du die letzten 5 Jahre vergessen?“; „So seh'n sie aus die ‚deutschen‘ Arbeiterführer!“; „Deutsche Landarbeiter und Landarbeiterinnen!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1259 „Angestellt!“; Flugblatt, ACDP, VI-051–193; „Privatangestellter!“; „Die Deutschenationalen für die unteren Beamten!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Wer hat das Beamtenelend verschuldet?“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; NPZ 561/29.11.1924: „Die Beamten und der 7. Dezember“.
- 1260 „Deutsche Ärzte, Zahnärzte, Apotheker!“; „Handwerker, Gewerbetreibende, Hausbesitzer!“; „Warum muss der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand die DNVP wählen?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1261 „Bauer, wo ist Deine Partei?“; „Warum kann der Landwirt nicht die NSFB (früher DVFP) wählen?“; „Alle Bauern wählen ‚Schwarz-Weiß-Rot‘!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1262 „Sparer! Rentner! Hypothekengläubiger!“; „An alle Pensionäre!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1263 „Tirpitz ruft: ‚Alle an die Wahlurne!‘“; „Deutsche Hausfrau!“; „Kommilitoninnen, Kommilitonen!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; NPZ 575/7.12.1924: „Wer heute nicht wählt, dient dem Feindbunde und seinen Verbündeten, der Sozialdemokratie und der jüdischen Demokratie“.
- 1264 Germania 468/28.10.: „Das Zentrum einig und geschlossen“; 472/30.10.1924: „Um den Burgfrieden zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei“; zum Wahlkampf des Zentrums siehe auch Hehl, S. 309–316; Ruppert, Dienst, S. 91 f.; regional Stump, S. 56–58.
- 1265 „Deutsche Männer und Frauen! Wähler und Wählerinnen!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9 (Druck in: RH III, S. 136–139); „Zentrum: Ordnung, Arbeit, Sitte, Friede, Freiheit“, Plakat (Druck in: PP, S. 143); „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“; Flugblatt, ACDP, VI-051–166; Germania 513/24.11.1924: „Der Reichskanzler über den Sinn der Reichstagswahlen“.
- 1266 „Der 4. Mai und der 7. Dezember!“; „Dem Volkswohl nützen heißt Mitte stützen“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; „Wie soll regiert werden?“; Flugblatt, ACDP VI-051–166; Germania 463/24.10.: „Zweck und Ziel des Wahlkampfes“; 531/4.12.1924: „Wählt Liste 3/Den goldenen Mittelweg“.
- 1267 „Auf zur Entscheidung am Sonntag! Katholischer Bauer!“; „Das deutsche Volk muss eine Volksgemeinschaft werden!“; Flugblätter, ACDP VI-051–166; „Evan-gelische Wähler!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9.
- 1268 „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“, Plakatzettel, BfZ, Flugblattsammlung (Druck in: PP, S. 58); Germania 508/21.11.: „Die Erfüllungspolitik im Wahlkampf“; 527/2.12.1924: „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit. Ein Plagiat?“; vgl. dazu auch Wirth, Reichstagswahl, S. 3.
- 1269 „Wie sah es vor einem Jahre aus?“; „Was hat Marx erreicht?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; „November 1923 – November 1924. Die Wendung zum Besseren“, Flugschrift, BfZ, Flugblattsammlung.

- 1270 „Rheinische Beamte!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Wähler, worum geht es bei dieser Reichstagswahl?“, „Die Rheinbrücke wird gesperrt“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9.

- 1271 Tabelle 19: Gegner und Feindbildhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1924/II

Opposition	15
<i>Extreme von links und rechts</i>	5
Sonstige/unspezifisch	7
Insgesamt	22

- 1272 „Der 4. Mai und der 7. Dezember!“, „Evangelische Wähler!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/9; „Wie soll regiert werden?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–166; vgl. Wirth, Dezemberwahlkampf, S. 6 f.; Germania 489/8.11.: „Die Flagge als Wahlparole“, 530/4.12.1924: „Die Deutschnationalen im Wahlkampf“.

- 1273 „Eine Frage an den Wähler: Willst Du einem von diesen am 7. Dezember Deine Stimme geben?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; „Wie soll regiert werden?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–166.

- 1274 „Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9.

- 1275 „Das deutsche Volk muss eine Volksgemeinschaft werden!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–166.

Tabelle 20: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1924/II

Christliche Volksgemeinschaft	10
<i>Katholiken</i>	3
Bauern	3
Frauen	2
Sonstige/unspezifisch	7
Insgesamt	22

- 1276 „Evangelische Wähler!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; „Christliche Wählerin! Christliche Hausfrau! Christliche Mutter!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Die Stunde schlägt!“, Flugblatt, ACDP, I-352–001.

- 1277 „Auf zur Entscheidung am Sonntag! Katholischer Bauer!“, Flugblatt, ACDP, I-150–030/6; „Männer und Frauen aller Berufsstände“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/9; vgl. Schreiber, Zentrum, S. 93 f.

- 1278 „Rheinische Beamte!“, „Welche Partei wählt der Winzer?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–166.

- 1279 Vgl. Wirth, Reichstagswahl, S. 11; dazu jetzt Lehnert, Fragmentierung, passim.

- 1280 RF 139/24.10.: „Haftbefehle gegen alle 62 KPD-Abgeordnete!“, 141/26.10.1924: „Die Zuchthauswahlen gegen die Kommunisten“. Zur KPD-Politik 1924 siehe Weber, Wandlung I, S. 85–89.

- 1281 „Alle Macht den Werktätigen! Arbeiter! Angestellte! Beamte! Kleinbauern! Pächter, Siedler! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64 (Druck in: RH III, S. 141–147; RF 141/26.10.); vgl. „Lenin zeigt euch den Weg!“, Plakat (Druck in: PP, S. 53).

- 1282 „Gegen das Gutachten der amerikanischen Bankiers – das Arbeitergutachten!“; „Tatsachen!“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1924/II; RF 164/23.11.1924: „Was kostet die Dawes-Anleihe dem deutschen Volke“.
- 1283 „Aus den Geheimnissen der preußischen Dunkelkammer!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64; RF 140/25.10.: „Geldstrafen für O.C., Zuchthaus für KPD-Sympathisierende“; 152/8.11.1924: „Wähle kommunistisch!“
- 1284 „Werktätige! Entscheidet Euch!“; „Die SPD begeisterte sich für die Lohnsteuer!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/64; „Was wollen die Kommunisten?“; Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; RF 137/22.10.1924: „Lohnkampf und Wahlkampf“.
- 1285 „Auf zum Freiheitskampf!“; Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; RF 153/9.11.: „Sechs Jahre Ebert-Republik! Wie die Kaisersozialisten die Republik ‚gründeten!‘“; 176/7.12.1924: „Wähle Dawesgutachten“.
- 1286 „Aus den Geheimnissen der preußischen Dunkelkammer!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/62.
- 1287 Tabelle 21: Gegner und Feindbildhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1924/II

Weimarer Republik – „Erfüllungsblock“	17
SPD	7
DNVP	3
Sonstige/unspezifisch	5
Insgesamt	22

- 1288 „Was wird der neue Reichstag bringen?“; „Wie die SPD dem ‚großen‘ Stinnes die Stiefel leckte“, Flugblätter, ACDP, VI-051–134; RF 168/28.11.1924: „Wie die SPD die Wähler betrügt“.
- 1289 „Die Lügner entlarvt!“; „Im Bunde mit Schwarz-weiß-rot“; „Die SPD begeisterte sich für die Lohnsteuer!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/64; RF 138/23.10.: „Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront zur Ausbeutung der städtischen Arbeiter“; 175/6.12.1924: „Der Großschieber Barmat und die SPD“.
- 1290 „An die arbeitende Bevölkerung der Lausitz in Stadt und Land!“; Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; RF 140/25.10.: „Mostrichbrüder im Wahlkampf“; 170/30.11.1924: „Die Knüppelgarde des Linksblocks“.
- 1291 „Alle Macht den Werktätigen!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64; RF 146/1.11.: „Die Deutschnationalen auf dem Vormarsch in der Ebert-Republik“; 149/5.11.1924: „Schwarz-rot-goldene Scharfmacher“.
- 1292 RF 168/28.11.: „Keine Arbeiterfrau wählt Sozialdemokraten!“; 169/29.11.: „Wie wählen die Intellektuellen?“; 172/3.12.: „Nichtwähler und Frauen! An die Front!“; 175/6.12.1924: „Alle!“
- 1293 Tabelle 22: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1924/II

Werkstätiges Volk in Stadt und Land	17
Arbeiter	9
Bauern	3
Sonstige/unspezifisch	5
Insgesamt	22

- „Deutsche Arbeiter“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64; RF 166/26.11.: „Massenprotest der Berliner Arbeiter gegen das System Severing“; 174/5.12.1924: „Was sagen die Arbeiter zur Wahl?“.
- 1294 „Die Mindestforderungen aller Werktätigen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/64; „Erwerbslose – Kurzarbeiter!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–134; RF 137/22.10.: „Die Beamten und die Parteien im Wahlkampf“; 161/19.11.: „Beamte und Arbeiter gehören zusammen“; 166/26.11.1924: „Die Sozialpolitik im Dawes-Reichstag“.
- 1295 „Zehn Fragen der Bauern – Zehn Antworten der Kommunisten“; „Land- u. Forstarbeiter u. -Arbeiterinnen!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; RF 157/14.11.: „Kleinbauern, Landarbeiter und Stadtproleten“; 167/27.11.: „Die Kleinbauern erwachen“; 170/30.11.1924: „Aus dem Groß-Berliner Wahlkampf-Getriebe“.
- 1296 Parteitag der KPD 1925, S. 48.
- 1297 VI. Parteitag der DVP in Dortmund 13./14.11.1924, Protokoll, BaK, R 45 II, 29, f. 34; NC 172/21.10.1924: „Auf zum Wahlkampf!“, vgl. Jones, Liberalism, S. 234 f.; Thimme, Stresemann, S. 66–99.
- 1298 „Wahlauf Ruf der Deutschen Volkspartei“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7 (Druck in: RH II, S. 139–141; NC 200/2.12.1924: „Der Sinn der Reichstagswahlen“; Stresemann, Realpolitik, S. 6.
- 1299 „Extra-Blatt! Sonder-Ausgabe des ‚National-Echo‘“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1300 „Die Deutsche Volkspartei wollte eine Regierung“; „Jahresrückschau 1923/24“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; DAZ 577/7.12.: „Heran an den Staat!“, NC 181/3.11.1924: „Der Kampf um die Mehrheitsregierung“.
- 1301 „Wie wähle ich am 7. Dezember?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „An die deutschen Landwirte“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; „Schwarz Weiß Rot“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; DAZ 565/30.11.: „Stresemann gegen das Reichsbanner“; 577/7.12.1924: „Schwarz-weiß-rot im Reich und in Preußen! Schwarz-rot-gelb als Kriegshelfer der Franzosen“.
- 1302 „Um was geht es am 7. Dezember?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „Politik ist die Kunst des Möglichen“, Plakat, (Druck in: PP, S. 56); NC 202/4.12.1924: „Der Vater der nationalen Realpolitik“.
- 1303 „Was tat die Demokratische Partei?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „So ist’s recht Stresemann, Du schaffst es!“, Plakatzettel, BaK, ZSg 1–42/7; „Dortmund ist frei. Rhein und Ruhr werden frei“, Plakat (Druck in: PP, S. 81); NC 175/24.10.1924: „Dawespolitik – Befreiungspolitik“.
- 1304 „Wählerinnen, habt ihr schon vergessen?“, „Entweder ... oder“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1305 „Wenn der Schornstein rauchen soll“, Plakat (Druck in: Bohrmann, S. 227); „Deutsche!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „Der Parteitag der DVP für Aufwertung“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1306 Tabelle 23: Gegner und Feindbildhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1924/II

Schwarz-rot-gelb – Linksblock	11
Extreme links und rechts	11
<i>Marxismus/SPD</i>	8
<i>Völkische</i>	3
DDP	6
Interessenparteien	5
<i>WP</i>	3
Sonstige/unspezifisch	9
Insgesamt	42

- 1307 „Wenn der Schornstein rauchen soll“, Plakat (Druck in: Bohrmann, S. 227); „Deutsche!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „Der Parteitag der DVP für Aufwertung“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1308 „Fort mit der sozialdemokratischen Misswirtschaft!“, „Deutsche!“, Flugblätter; BaK, ZSg 1–42/7; DAZ 562/28.11.: „Kommunistische Kinderpropaganda“, NC 177/28.10.: „Der enthüllte Reichsbanner“, 191/19.11.1924: „Schwarz-rot-gold einst und jetzt“.
- 1309 „Die ‚unentwegten‘ Demokraten“, „Warum sind wir aus der Demokratischen Partei ausgetreten?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; DAZ 565/30.11.1924: „Der Zusammenbruch der demokratischen Partei“.
- 1310 „Gegen die Zersplitterung des Bürgertums!“, „Mittelstand aufgepaßt! Was hat die Wirtschaftspartei versprochen“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; NC 197/28.11.1924: „Was will die WP?“.
- 1311 „Wie wähle ich am 7. Dezember?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; DAZ 558/26.11.: „Das Zerrbild der Demokratie“, 576/6.12.: „Wer der Wahl fernbleibt, verewigt das Regime Severing“, 575/7.12.1924: „Reichstagswahl – Preußenwahl“.
- 1312 „Aufruf an alle deutschen Männer und Frauen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7.
- 1313 Tabelle 24: Adressaten und Zielgruppen der DVP-Flugblattpropaganda 1924/II

Volksgemeinschaft – „schaffende Stände“	9
Selbständiger Mittelstand	12
<i>Bauern</i>	3
<i>Handwerk/Gewerbe</i>	3
<i>Beamte</i>	3
Arbeitnehmer	7
Frauen	4
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	42

- 1314 „An das schaffende Landvolk!“, „An die deutschen Landwirte!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–215; „Mittelstands-Politik der DVP“, „Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; NC 185/10.11.1924: „Die Agrarpolitik der DVP“.
- 1315 „Angestellte des Handels, der Industrie, der Behörden, Kaufmannsgehilfen, Techniker, Werkmeister!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; „Deutscher Ar-

- beiter! Deutsche Arbeiterin!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; DAZ 575/6.12.1924: „Die deutschen Arbeiter und die Wahlen“.
- 1316 „Hypothekengläubiger, Sparer, Rentner!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/7; „Der Untergang der Beamten ist der Untergang des Staates!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1924/II; „Beamte!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1317 „Deutsche Jugend!“, „Wählerinnen, habt ihr schon vergessen?“, „Hausfrauen! Mütter! Angestellte! Lehrerinnen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/7; „Deutsche Studenten, Kommilitonen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215; DAZ 570/3.12.: „Reichstagswahlen und Akademiker“, 575/6.12.1924: „An die berufstätigen Frauen“.
- 1318 Vgl. „Die Rede des Reichsministers a.D. Dr. Scholz“, Flugblatt, ACDP, VI-051–215.
- 1319 Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der DDP in Berlin am 2.11.1924, BaK, R 45 III, 40, f. 77; vgl. VZ 523/3.11.: „Deutscher Geist/Demokratischer Wille“, 561/26.11.: „An die Demokraten! Die Demokratie marschiert im Deutschen Reiche wieder vorwärts!“, aus Sicht der DVP dazu NC 195/26.11.1924: „Demokratischer Riesensieg nach unten!“, zur LV vgl. Jones, Liberalism, S. 231–233.
- 1320 „An die deutschen Wähler!“, Flugblatt (Druck in: RH III, S. 147–149); „Zwölf Monate demokratischer Politik“, Broschüre, BaK, ZSg 1–27/19; FZ 897/1.12.1924: „Für Demokratie und Republik“.
- 1321 „Wahltag ist Schicksalstag! Es geht um die höchsten Güter der Nation! Um die Befreiung von Volk und Vaterland!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Wer ist ‚national‘?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; FZ 856/15.11.: „Versackungspolitik und Wahlkampf“, 911/6.12.1924: „Der Dawesplan und die Wahlen“.
- 1322 „Berühmte deutsche Männer für die DDP“, „Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot“, „Geradeaus – nicht rechts, nichts links!“, „Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der Groß-Deutschen-Republik und der DDP!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/19.
- 1323 „Wer soll die Regierung der deutschen Republik bilden?“, „Warum wählen wir eigentlich schon wieder zum Reichstag?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/19; FZ 912/6.12.: „Korrektur für den 4. Mai“.
- 1324 „Beamte, Beamtinnen! Jetzt gilt’s!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
Tabelle 25: Gegner und Feindbildhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1924/II
- | | |
|-------------------------------|-----------|
| „Schwarz-Weiß-Rot“ | 27 |
| DNVP | 8 |
| DVP | 4 |
| Radikalismus rechts und links | 5 |
| Sonstige/unspezifisch | 16 |
| Insgesamt | 48 |
- 1325 „Die sterbende Partei?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „Anhängsel der Sozialdemokratie?“, „Warum siegen die Demokraten?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 574/5.12.1924: „Beschimpfung der Reichsflagge“.

- 1326 „Wähler, wähle!! Worte oder Taten!“, Flugblatt, AdsD Flugblätter 1924/II; „Der erste und zweite Wahlauf Ruf der Deutschnationalen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „Die DNVP im Kampf um die Ministersessel“, Materialien zur Demokratischen Politik, BaK, Nachlass Dietrich, 219; FZ 838/8.11.: „Deutschnationale Angst vor der Wahlmüdigkeit“.
- 1327 „An die deutschen Wähler!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; FZ 904/3.12.: „Eine Abrechnung mit der Volkspartei“; 857/15.11.1924: „Deutsche Volkspartei und Deutschnationale“.
- 1328 „Für Vaterland und Freiheit“, Flugblattzeitung; BaK, ZSg 1–27/19; VZ 512/28.10.1924: „Zentrum gegen Rechtsblock“; „Wählt am 7. Dezember!“, Plakat (Druck in: PP, S. 143).
- 1329 Tabelle 26: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1924/II

Volksgemeinschaft“	28
Selbständiger Mittelstand	8
Beamte	4
Arbeitnehmer	3
Frauen	6
Sonstige/unspezifisch	14
Insgesamt	48

- 1330 „Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „An den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–216; „Bauern – Bäuerinnen – Landleute!“, „An die Angehörigen der freien Berufe!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; FZ 848/12.11.: „Das Handwerk und die Wahlen“; VZ 510/26.10.1924: „Volks- und Arbeitsgemeinschaft“ (Aufruf „An das deutsche Unternehmertum!“ vom Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe).
- 1331 „An die demokratischen Arbeitnehmer“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; FZ 894/29.11.: „Demokratie und Arbeitnehmerschaft“; 910/5.12.1924: „Ein Wahlauf Ruf deutscher Geistesarbeiter“.
- 1332 „Beamtinnen! Lehrerinnen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–216; „Beamte, Beamtinnen! Jetzt gilt's!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 536/11.11.: „Aufruf an die Beamten“; 542/14.11.1924: „Der Beamtenabbau“.
- 1333 „Nichtwähler! Parteilose! Wahlmüde!“, „Die Frauen und die schwarz-weiß-roten Parteien“, „Frauenforderungen zu den Reichstags- und Landtagswahlen“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 551/20.11.: „Frauen ins Parlament!“, FZ 887/27.11.1924: „Die junge Generation im Wahlkampf“.
- 1334 Zu den Entwicklungen im völkischen Lager nach dem Mai 1924 und zum Wahlkampf der NSFP siehe: Winkler, Weimar, S. 268 f.; Wulff, S. 43–66; Striesow, S. 439–443. Obwohl die Listenbezeichnungen wie im Frühjahr variierten – vom „Völkischen Block (NSFB-GD)“ bis hin zur „Nationalsozialistischen (Deutsch-Völkischen) Freipartei“ –, wird im folgenden einheitlich von der NSFB gesprochen.

- 1335 „Auf die Schanzen!“ (Druck in: RH III, S. 156 f.); „An das deutsche Volk!“ (Druck in: RH III, S. 153 f.; Wulff, S. 299–302), Flugblätter, BaK, NS 26–2106; „Um was geht dieser Wahlkampf?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; vgl. NPZ 499/23.10.1924: „Wahlaufruf der Nationalsozialisten“.
- 1336 „Die Dawes-Gesetze im Weltspiegel“, Flugblatt, BaK, NS 26–2106.
- 1337 „Fort mit Severing und Ebert!“, „Schwarz-rot-gold oder rot?“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1924/II; „Lügen unserer Gegner!“, „Wähler! Fridericus Rex wählt mit Dir nur Liste 6“, Flugblätter, BaK, NS 26–2106.
- 1338 „Lügen unserer Gegner!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5; „Schaffendes Volk aller Stände!“, „Beamte, Angestellte und Arbeiter, die Entscheidungsstunde ist da!“, „Aufwertung! Aufwertung! Fort mit der 3. Steuernotverordnung!“, „Alle sind gegen uns!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2106.
- 1339 „Die goldene Mitte“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsamml.; „Reichstagswähler!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2106.
- 1340 Tabelle 27: Gegner und Feindbildhierarchie der NSFB-Flugblattpropaganda 1924/II

Weimarer Republik – „Erfüllungsfront“	33
SPD	10
Regierung der „goldenen Mitte“	5
Rechtsparteien	10
DNVP	7
Sonstige/unspezifisch	12
Insgesamt	55

- „Wen soll ich wählen?“, „Lügen unserer Gegner!“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1924/II; „Das Kapital darf nicht Herrscher des Staates werden, es hat sein Diener zu sein!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1341 „Wen wähle ich? Liste Nr. 6!!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Hessenvolk, Arbeiter, Angestellte! Augen und Ohren auf!“, „Reichstagswähler!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2106;
- 1342 „Aufruf an alle Deutschnationalen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/5; „Nationale Wähler in Stadt und Land“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1343 „Katholiken an die Front!“, „Die schwarz-weiß-rote Deutsche Volkspartei“, Flugblätter, BaK, NS 26–2106; „Zurück zu Bismarck! Nationale Realpolitik zum Schutz des deutschen Mittelstands!“, „Die goldene Mitte“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1344 „Aufklärung an alle Nationalsozialisten und alle völkischen Wähler!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2106.
- 1345 Vgl. „Deutscher Volksgenosse!“, „An alle Deutschen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–45/5.
- 1346 Tabelle 28: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der NSFB-Flugblattpropaganda 1924/II

Schaffendes Volk aller Stände	16
Mittelstand	19
Beamte/Eisenbahner	5
Inflationsgeschädigte	5
Landvolk/Bauern	4
Gewerbe/Handwerk	2
Arbeiter	8
Sonstige/unspezifisch	12
Insgesamt	55

- 1347 „Volksgenossen! Arbeiter der Stirne und der Faust! Ausgebeutete aller Klassen!“; „Deutsche Sparer! Kleinrentner! Deutsche Wähler!“, „Betrogene Arbeiter“, Flugblätter, BaK, NS 26–2106.
- 1348 „Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–139; „Eisenbahner!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Deutsche Beamte“, Flugblatt, BaK, NS 26–2106.
- 1349 „Der Dawesplan vernichtet die Landwirtschaft!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–139; „An das deutsche Landvolk!“, „Der Nationalsozialismus und die Schutzzollfrage“, Flugblätter, BaK, NS 26–869.
- 1350 „Schon wieder Reichstagswahl?“, „Wir wählen nicht!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1351 Dezemberwahlen, S. 3. Zum Wahlkampf der BVP vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 107–116.
- 1352 „Bayerische Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–8/2 (Druck in: RH III, S. 149 f.).
- 1353 „Telegramm! Eberts Rücktritt“, „Entweder – oder!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–8/2; „Die Aufwertungsfrage im Reichstage“, Broschüre, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1354 Dezemberwahlen, S. 7; „Deutsches Volk!“, Flugblatt; „Das Gutachten der Sachverständigen und die Volkswirtschaft“, Broschüre, BaK, ZSg 1–8/2.
- 1355 Dezemberwahlen, S. 56; „Bayerische Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–8/2.
- 1356 „Männer und Frauen des deutschen Mittelstandes!“ (Druck in: RH III, S. 157–162); vgl. „Was wir wollen“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1924/II.
- 1357 „Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner beiderlei Geschlechts, Siedler u. Kleingärtner, Handel- u. Gewerbetreibende, Angehörige der freien Berufe!“, „Einigkeit macht stark! Hausbesitzer!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; „Kleines Wahllexikon. Oder: Was der Mittelstand vor der Wahl wissen muss!“ (in: Handbuch der WP für die Reichstags- und Gemeindewahlen 1924, S. 61–64).
- 1358 „Aufgepaßt! An Alle!“ (Druck in: RH III, S. 162–164).
- 1359 „Wahlaufruf der Deutsch-Sozialen Partei“, „Betrogene Gläubiger und Sparer wacht auf! Sucht Recht und Wahrheit! Arbeitende Männer und Frauen aller Berufe und Stände!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1360 „Hannoveraner! Helft Heimat und Vaterland!“ (Druck in: RH III, S. 165–167); „Ostfriesen!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; Hannoversche Landeszeitung 533/2.11.1924: „Hannoveraner!“

- 1361 Kolb, Weimarer Republik, S. 79; vgl. Liebe, S. 98 f.; Falter u. a., S. 17; Winkler, Weimar, S. 275; NPZ 576/8.12.1924: „Deutschnationaler Sieg in Preußen und im Reich. Starke Verluste der Flügelparteien“; Schulze, Weimar, S. 290, spricht von einer „herben Enttäuschung“ der DNVP; zum Wahlergebnis vgl. auch Winkler, Schein, S. 216–233. In Preußen gab es am 7. Dezember einen starken Ruck nach rechts, der dort eine bis März 1925 währende Regierungskrise auslöste. Gegenüber der letzten Wahl von 1921/22 verlor die SPD 22 Sitze (jetzt noch 114 von 449 bzw. 24,9 %) und gewann die DNVP 32 (jetzt 109 bzw. 23,7 %), während die Nationalsozialisten mit 2,5 % erstmals in den Landtag einzogen.
- 1362 Gerlach, Bericht vom 9.12.1924 (Holl/Wild, S. 126 f.).
- 1363 Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der DVP vom 18.12.1924 (AdR Marx I/II, S. 1228).
- 1364 DAZ 578/8.12.: „Der Linksblock gescheitert“; NC 203/8.12.: „Aktion und Reaktion“; 206/11.12.1924: „Mut zur Koalition. Eine Unterredung mit Graf Westarp“.
- 1365 RF 177/9.12.1924: „Die Lehren des 7. Dezember“; Rosenberg, S. 181.
- 1366 Bäumer, Kaleidoskop, S. 446; VZ 577/9.12.1924: „Wahlsieg der Republik“.
- 1367 Dazu Lehnert, Fragmentierung, besonders S. 103–109.

Anmerkungen zu Kapitel 9 (Seite 477 bis 537)

- 1368 Zur Vorgeschichte und zur Koalitionskrise um das Reichsschulgesetz 1927/28 siehe Winkler, Schein, S. 290–318; Stürmer, Koalition, S. 225–247; Ruppert, Dienst, S. 300–305; Hehl, S. 428–437; Grünthal, S. 186–244; Creekmore, S. 4–47; zur historischen Beurteilung des 20.5.1928 vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 84 f.; anders noch Creekmore, S. 274; sowie Stachura, Wendepunkt, S. 81; zur Phoebe-Affäre zuletzt Zimmermann, S. 224–240; zur wirtschaftlichen Scheinblüte 1924/29 Steitz, S. 18–22; zur Agrarkrise 1927/28 siehe Gessner, S. 83–181.
- 1369 Winkler, Weimar, S. 232
- 1370 FZ 243/30.3. „Kehraus im Reichstag“; NPZ 153/30.3.1928: „Außenpolitische Gegensätze“; zum Notprogramm siehe Schulthess 1928, S. 80–84. Zum Kampf um den Panzerkreuzer „A“ siehe Wacker, S. 62–108; Jung, Demokratie, S. 67 f.; sowie Hürter, S. 54–77.
- 1371 Quaat, Tagebuch-Eintrag vom 31.3.1928 (zit. nach: Weiß/Hoser, S. 37).
- 1372 Gerlach, Bericht vom 4.4.1928 (zit. nach: Holl/Wild, S. 104); NC 34/21.2.1928: „Hamburg hat gesprochen“. Zum Reichstagswahlkampf vgl. Creekmore; Winkler, Weimar, S. 332–335; regional Kühn, S. 248–250; sowie jetzt Staatz, S. 184–213; zu Preußen siehe Schulze, Braun, S. 536–538.
- 1373 Vorwort des SPD-Jahrbuches für 1928, S. III; vgl. Vorwärts 247/27.5.1927: „Wir wollen siegen!“
- 1374 Vorwärts 103/1.3.1928: „An die Partei!“; zum Wahlkampf der SPD vgl. Creekmore, S. 48–81; Maehl, S. 122 f.; Janusch, S. 26–31; zur SPD-Politik seit 1925 siehe Winkler, Schein, S. 319–416.

- 1375 „Wähler und Wählerinnen der Republik!“ (Druck in: RH IV, S. 154–157); Vorwärts 173/12.4.: „Mehr Macht der Sozialdemokratie!“; 203/29.4.: „Kampf-Mai 1928“; Volkszeitung 104/4.5.1928: „Heraan an die Macht im Staate!“; siehe die Plakate: „Zertrümmert den Bürgerblock“ (Druck in: Janusch, SPD-1928, Nr. 6); „Republikaner! Unser der Staat!“ (Nr. 8), „Heraan an den Staat“ (Nr. 12).
- 1376 „Es ist kein Geld da ...“; „Brauchen wir ein Panzerschiff“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; Vorwärts 112/6.3.1928: „Für hungernde Kinder kein Geld! Statt Kinderspeisung Bau von Panzerkreuzern“; „Macht dem Skandal ein Ende“, Plakat (Druck in: PP, S. 73); vgl. Winkler, Schein, S. 534; Kolb, Weimarer Republik, S. 86; Jung, Demokratie, S. 93; zu den Kämpfen in der SPD siehe Wacker, S. 109–128; Janusch, S. 93–109.
- 1377 „Sozialdemokratie Voran!“; „Entscheidung am 20. Mai“; „20 Milliarden! Die Rechnung der letzten vier Jahren“; „Was hat der Bürgerblock geleistet?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; „Zölle und Massensteuern“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1928; Vorwärts 152/29.3.1928: „Wahlkampf gegen den Bürgerblock“.
- 1378 „Praktische Arbeit für das werktätige Volk als Etappe zum Sozialismus ist die Losung der Sozialdemokratie!“; „Im Namen des Volkes!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; „Nicht Redensarten helfen, regiert muss werden!!“, Plakat (Druck in: Janusch, SPD-1928, Nr. 13); Vorwärts 202/28.4.: „Wir wollen die acht Stunden!“; 225/13.5.1928: „Für den Achtstundentag! Schlagt am 20. Mai die soziale Reaktion!“; zur Haltung der SPD in der Schulfrage siehe Wittwer, S. 136–160.
- 1379 „Warum müssen Sie die sozialdemokratische Liste 1 wählen?“; „Die Stunde der Entscheidung ist da!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; Vorwärts 145/25.3.: „Wie war es im alten Staat? Eine Abrechnung mit den Schwarzweißbroten“; 234/19.5.1928: „Um Preußen! Sie sollen es nicht haben!“
- 1380 Tabelle 29: Gegner und Feindbildhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1928

Bürgerblock/Regierung	27
DNVP	5
Zentrum	3
KPD	11
NSDAP	3
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	51

- 1381 „KPD-Parolen“; „RotFront in Not! – Keudell der Helfer!“; „Die Kommunisten sind die Hoffnung der Reaktion“; „Korruption? Ja, Korruption! Aber nicht links, sondern rechts!“; „Hinein in den Kampf gegen den Besitzbürgerblock!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; vgl. Volkszeitung 98/26.4.1928: „Die ‚Bruderpartei‘“.
- 1382 „Zur Wahl am 20. Mai!“; „Die Stunde der Entscheidung ist da!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/23; Vorwärts 117/9.3.: „Wettkampf um Arbeiterstimmen. Deutschnationale und Volkspartei entdecken den ‚Mann auf der Straße‘“; 211/5.5.: „Stresemanns Partei. Schon wieder Liebeserklärungen für die Deutschnationalen“; 225/13.5.1928: „Deutschnationale und Erfüllungspolitik“.

- 1383 „Das Sündenregister des Zentrums“, Flugblatt, ACDP, VI-051-198; „Die Stunde der Entscheidung ist da!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-90/23; Vorwärts 223/12.5.1928: „Mexiko im Wahlkampf“.
- 1384 „Wählt Sozialdemokratie“, „Wer sind die Hitlerianer?“, „Sozialdemokratie Voran!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; Vorwärts 109/4.3.: „Noch mehr Druck in Südtirol!“, 215/8.5.1928: „Wie Völkische den Wahlkampf führen“.
- 1385 „Wähler und Wählerinnen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-90/23; vgl. die Plakate: „Volks-genossen wählt Sozialdemokraten“ (Druck in: Janusch, SPD-1928, Nr. 1); „Unser oberster Grundsatz ist das Allgemeinwohl“ (Reimann, S. 12); vgl. Janusch, S. 26-31.

Tabelle 30: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1928

Werktägliches Volk in Stadt und Land	35
Arbeiter	15
Beamte	4
Landarbeiter/Bauern	3
Frauen/Arbeiterinnen	4
Jugend	2
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	51

- 1386 „Warum müssen Sie die sozialdemokratische Liste 1 wählen?“, „Deutscher Arbeiter!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; „Arbeitslose! Heraus aus dem Elend“, Plakat (Druck in: PP, S. 85); Vorwärts 217/9.5.: „Wen wählen die Sparer?“, 231/17.5.1928: „Mittelstand‘ und Arbeiterschaft“.
- 1387 „Landarbeiter! Kleinbauern!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; Vorwärts 135/20.3.: „Um die Seele des Landes“, 147/27.3. „Sozialdemokratie bauernfeindlich?“, 149/28.3.1928: „Für Arbeiter und Bauern!“, zur Agrarpolitik der SPD 1927/28 siehe Leuschen-Seppel, S. 199-210.
- 1388 „Polizeibeamte, Kollegen!“ (Druck in: Achten/Krupke, S. 161); „Beamte!“, „Angestelltenstimme“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; Vorwärts 143/24.3.1928: „Hungerrenten für die Angestellten“.
- 1389 „Frauen, merkt auf!“, „Einst und Jetzt“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; 138/21.3.: „Gleiche Arbeit, gleiche Bezahlung!“, 231/17.5.1928: „Frauen, ihr entscheidet!“
- 1390 „Ich wähle nicht, es wird doch nicht anders, (es ist ganz gleichgültig, wer regiert, ist die Losung der Wahlfaulen!)“, „Auch Deutschlands Jugend muss sozialdemokratisch wählen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-90/23; Vorwärts 217/9.5.1928: „Ruf an die Jugend. Für neue Kultur – für soziale Gerechtigkeit“.
- 1391 NPZ 153/30.3.1928: „Außenpolitische Gegensätze“, zum DNVP-Wahlkampf siehe Dörr, S. 362-390; über die Flügelkämpfe in der DNVP 1927/28 ebd., S. 265-361; Stürmer, Koalition, S. 190-196; zum „Fall Lambach“ siehe Dörr, S. 394-402; Stupperich, S. 140-145.
- 1392 „An das deutsche Volk!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1-44/6 (Druck in: RH IV, S. 157-160); NPZ 94/24.2.: „Sachliche Arbeit im Dienste des Vaterlandes“, 97/26.2.: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“, 228/16.5.: „Am 20. Mai fällt

- die Entscheidung! Deutschnational – und Volkspartei“; 234/19.5.: „Macht mir den rechten Flügel stark!“. Alle Kräfte in den Dienst der Freiheit. Die Stahlhelm-Parole zu den Wahlen“.
- 1393 „Dr. Gustav Stresemanns Außenpolitik und die Deutschnationalen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; „Locarno? Wählt deutschnational!“, Plakat (Druck in: PP, S. 68 f.); NPZ 191/22.4.1928: „Bewusste Sabotage des Kampfes gegen die Kriegsschuldflüge. Wahlkampfmanöver der Linksparteien“; zur deutschnationalen Bewertung der Außenpolitik des vierten Kabinetts Marx siehe Hoetzsch, S. 83–117; vgl. Dörr, S. 313–320.
- 1394 „Zur Verfassungsfrage“, Flugblatt; „Mehr Macht dem Reichspräsidenten! Weg mit der Alleinherrschaft der Parlamente (Artikel 54)“, Plakatzettel (Druck in: Janusch, DNVP-1928, Nr. 1), BaK, ZSg 1–44/6; „Reichstagswähler in Hessen!“, Flugblatt, HStAW, Abt. 1152 (22); NPZ 187/20.4.1928: „Vorwärts mit Bismarck!“
- 1395 „Rettet die christliche Schule!“, „Warum scheiterte das Reichsschulgesetz?“, „Wir Eltern und Lehrer wollen das Reichsschulgesetz“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; „Wir halten fest am Wort Gottes!“, Plakat (Druck in: Janusch, DNVP 1928, Nr. 2); NPZ 134/19.3.1928: „Für Elternrecht und christliche Schule“.
- 1396 „Wer war gegen die Aufwertung?“, „Gebrochene Wahlversprechungen der Deutschnationalen Volkspartei?“, Flugblätter; „Deutschnationale Innenpolitik in der Regierungskoalition“, Flugschrift, BaK, ZSg 1–44/6; zum Komplex DNVP und Aufwertungsfrage siehe Jung, Demokratie, S. 18–21.
- 1397 „Auf zum Kampf“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; „Wahlaufbruch! Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bürger und Bauern!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–210; zur Wirtschaftspolitik der DNVP 1924/28 siehe Dörr, S. 320–351.
- 1398 „Du mußt Dich entscheiden“, „Ein Aufstieg ist nur durch die Deutschnationale Volkspartei möglich!“, „Preußen! Soll der Staat Friedrich des Großen nur noch ein Bollwerk sozialdemokratischer Parteimacht sein?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 195/24.4.: „Schwarz-rot-gold oder rot“; 235/20.5.1928: „Fort mit der roten Preußen-Mehrheit“.
- 1399 „Siegt links, dann geht Gewalt vor Recht“, „Warum kämpfen sie alle gegen die Deutschnationalen? Der Sinn des Wahlkampfes“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 225/14.5.1928: „Rechts oder links?“.

Tabelle 31: Gegner und Feindbildhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1928

Weimarer Republik	72
SPD	36
Linksregierung	17
DDP	7
Zentrum	4
DVP	5
„Splitter“-Parteien	9
WP	3
Sonstige/unspezifisch	20
Insgesamt	106

- 1400 „Wehrt Euch gegen die wahren Beherrscher Deutschlands“; „Das Tagewerk der Bonzen“; „An der Futterkrippe“; „Nieder mit der Bürgerblockregierung!!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 230–231/17.5.1928: „Partei und Vaterland. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kriegsschuldfrage“.
- 1401 „Angestelltenstimme“; „Familie und Sitte in Russland“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 202/28.4.1928: „Das Werben für die Weltrevolution. Die kommunistischen Umsturzpläne“.
- 1402 „Von Bernhard, Heilmann, Barmat frei –“; „Georg Bernhard, der demokratische Spitzenkandidat“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; „Deutsche Arbeiter und Angestellte!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–210.
- 1403 „Die Deutsche Volkspartei und das Reichsschulgesetz“, Flugschrift; „Wahrheit im Kampf, Deutsche Volkspartei!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; UP 9/24.4.1928: „Die schwarzrotgoldene Volkspartei“.
- 1404 „Warum wählen wir Katholiken deutschnational?“; „Das böse Gewissen des Zentrums“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 113/7.3.: „Die Südtiroler Frage lebt!“; 175/13.4.1928: „Zentrumspolitik und Wahlkampf“.
- 1405 „Dem Völkisch-Nationalen Block ins Stammbuch!“; „Eine Mittelstands-Partei?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–210; „Was bei Splitterparteien herauskommt!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 170/10.4.1928: „Deutschkonservativ – Deutschnational“.
- 1406 „Arbeitgeber! Beamte! Angestellte! Handwerker!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; vgl. UP 11/8.5.1928: „Wer wählt Deutschnational?“, eine berufssoziologische Auflistung der Reichstagskandidaten der DNVP: „Landwirte“ (stärkste Gruppe mit 40 Bewerbern), „Der Stahlhelm“ (40 „Kameraden“), „Handel und Industrie“ (17), „Der Beamte“ (14), „Der Handel- und Gewerbetreibende, der Handwerker“ (14), „Lehrer und Geistliche“ (11), „Arbeiter und Angestellte“ (11), „Die freien Berufe“ (8), „Die Frauen aller Stände und Berufe“ (6).
- 1407 Tabelle 32: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1928

Volksgenossen	16
Mittelstand	30
Bauern	10
Beamte	7
Inflationsgeschädigte/Rentner	6
Gewerbe und Handwerk	3
Arbeitnehmer	20
Arbeiter	12
Angestellte	3
Frauen	8
Jungwähler/Studenten	4
Sonstige/unspezifisch	23
Wahlmüde	5
Insgesamt	106

- 1408 „Ein Aufstieg ist nur durch die Deutschnationale Volkspartei möglich!“, „Deutsche Arbeiter und Angestellte!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6.
- 1409 „Arbeiter! Arbeiterinnen!“, „Arbeiter, wählt nicht die Sozialdemokratie“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; „Deutsche Bauhandwerker und Bauarbeiter!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–210; NPZ 232/18.5.1928: „Die nationale Arbeiterschaft und der 20. Mai!“, zur Arbeitnehmerpropaganda der DNVP vgl. Stupperich, S. 134–140.
- 1410 „Deutsche Frauen, was wird aus euren Kindern“, „Deutsche Arbeiterfrauen!“, „Kolleginnen in Handels-, Industrie- und sonstigen Büros“, Flugblätter, ACDP, VI-051–210.
- 1411 „Beamte, hütet Euch vor falschen Freunden!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; „Neun Jahre Beamtenpolitik!“, „Wer schuf die Besoldungsreform?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–210; siehe dazu Weiß, S. 234–238.
- 1412 „Landwirte! Landarbeiter!“, „Bauern, Städter! Land in Not!“, „Eine Mittelstands-Partei? Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute denkt nach!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–210; „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in die Praxis umgesetzt“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 187/20.4.: „Das agrarpolitische Programm der Deutschnationalen“, 201/28.4.1928: „Gegen die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Wähler“.
- 1413 „Warum müssen Christen wählen?“, „Warum wählen wir Katholiken deutschnational?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 203/29.4.1928: „Eine Erklärung des Reichs-Katholiken-Ausschusses der DNVP“.
- 1414 „Die Alten haben versagt! Achtung! Jetzt kommen wir Jungen“, „Deutsche Jugend, wer soll dein Führer sein?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6.
- 1415 „Wenn Ihr am 20. Mai zu Hause bleibt ... !!“, „Laßt mich in Ruhe mit Politik und Parteien“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/6; NPZ 223/12.5.1928: „Kampf dem Nichtwähler!“
- 1416 Germania 150/29.3.: „Geschlossene Front im Wahlkampf“, dazu Vorwärts 150/28.3.: „Kulissenpolitik im Zentrum“, FZ 273/12.4.: „Die Reichsliste des Zentrums“, zur Parteikrise 1927/28 und zum Wahlkampf des Zentrums siehe Ruppert, Dienst, S. 315–329; Hehl, S. 443–449; Becker, Wirth; regional Stump, S. 71–74.
- 1417 „Deutsche Männer und Frauen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/8; (Druck in: RH IV, S. 160–163; Germania 174/14.4.); Germania 190/24.4.: „Wähler und Wählerinnen des preußischen Zentrums“, MJ 87/13.4.1928: „Die Wahlziele des Zentrums“, vgl. Ruppert, Dienst, S. 287–299; zur Haltung des Zentrums in der Panzerkreuzer-Frage siehe jetzt Zimmermann, Wehrpolitik, S. 240–256.
- 1418 „Wähler und Wählerin!“, Flugblatt; Wahldienst der DZP 21/28.3.: „Falsche Propheten“, „Fort mit der Wahldemagogie! Für Wahrheit, Klarheit und Ehrlichkeit!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–3/2; „Zentralisiert die Kräfte“, Plakat (Druck in: Janusch, Zentrum-1928, Nr. 1); Germania 229/17.5.1928: „Marx an die Wähler“, zur Marxschen Resignation siehe Hehl, S. 437–442.
- 1419 „So hat's ausgesehen! Wer hat das Unheil verhütet? Das Zentrum!“, „Die Stunde der Entscheidung schlägt!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; „Was war? Was

- ist? Was soll werden?“; „Was will das Zentrum?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; MJ 114/15.5.1928: „Was ist billiger, Monarchie oder Republik?“.
- 1420 „Für Freiheit und Recht! Gegen den Kulturkampf!“, „Spielen Kulturfragen für die Reichstagswahlen auch eine Rolle?“, „Deutsches Volk! Vergiß über der Augenblicksnot deine Zukunft nicht!“, Flugblätter; Wahldienst der DZP 44/30.4.1928: „Was wollte die Schulpolitik des Zentrums?“, ACDP, VI-051–190.
- 1421 Germania 231/18.5.1928: „Wohin?“, „Was erwarten wir vom Reichstag?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/8; „Das Zentrum ist eine christlich-soziale Partei!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–190; Wahldienste der DZP 49/4.5.: „Das Aufwertungsproblem“; 25/2.4.1928: „Der soziale Geist im Zentrum“, ACDP, VI-051–3/2. Zur Haltung des Zentrums in der Aufwertungsfrage siehe auch Schreiber, Reichstagswahl, S. 58–61.
- 1422 „Handwerker! Kaufmann! Gewerbetreibender! Warum mußt Du als Katholik Zentrum wählen?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–190. Zur „Charakteristik“ der Zentrumsgegner siehe Schreiber, Reichstagswahl, S. 14–37.
- 1423 Tabelle 33: Gegner und Feindbildhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1928

„Rot-blauer Block“	10
Radikalismus	4
DNVP	4
Interessenparteien	5
WP	3
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	32

- 1424 „Mexiko und die Wahlen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 186/22.4.1928: „Bischofsworte zu Mexiko“; „Wähler! Besinnt Euch!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–190; „Der Wahlkampf und die Sozialdemokratie“, Flugschrift; Wahldienst der DZP 50/5.5.: „Der sozialistische Kampf gegen das Zentrum“, ACDP, VI-051–3/2.
- 1425 „Wähler und Wählerin!“, Flugblatt; Wahldienst der DZP 36/19.4.: „Demokratische Wahlparolen“, ACDP, VI-051–3/2; Germania 211/6.5.1928: „Die Parteien im Wahlkampf“.
- 1426 „Landwirte, Augen auf!“, „Deutschnational wählen?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; Wahldienste der DZP 20/27.3.: „Ein Notschrei deutschnationaler Katholiken“; 43/26.4.: „Rechtsparteiliche Wahlcuriosa“, ACDP, VI-051–3/2; Germania 221/13.5.1928: „Die Partei Hindenburgs“; 222/14.5.1928: „Unfärer Kampf“.
- 1427 „Offener Brief an die Mittelstandspartei!“, „Ablehnung der Wirtschaftspartei“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; Wahldienst der DZP 37/17.4.1928: „Rund um die Wirtschaftspartei“, ACDP, VI-051–3/2.
- 1428 Tabelle 34: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1928

Christliches Volk in Stadt und Land	15
Katholiken	6

Arbeiter	4
Selbständiger Mittelstand	4
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	32

- 1429 „Deutsche Katholiken!“; „Mexiko und die Wahlen“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; „An die Wähler und Wählerinnen der katholischen Diaspora!“; „Katholischer Mann! Katholische Frau!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; Germania 227/16.5.1928: „Aufruf der katholischen Verbände“.
- 1430 „Handwerker! Kaufmann! Gewerbetreibender! Warum musst Du als Katholik Zentrum wählen?“; „Etwas zum Nachdenken für den Bauersmann!“; „Was muss der Mittelständler für die Reichstagswahlen beachten?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; vgl. Schreiber, Reichstagswahl, S. 44–54.
- 1431 „Christliche Arbeiter, Achtung!“; „Das Zentrum ist eine christlich-soziale Partei!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–190; Wahldienst 19/26.3.1928: „Unternehmer-tum und Arbeiterschaft“, ACDP, VI-051–3/2.
- 1432 Wahldienst 37/20.4.: „Katholische Jugend und Neuwahlen“, ACDP, VI-051–3/2; Germania 221/13.5.1928: „Die große Entscheidung“.
- 1433 Germania 221/13.5.1928: „An die Adresse der Wählerin“ (Frauenwelt); „Christliche Frauen und Mütter“, Flugblatt, ACDP, VI-051–164; MJ 115/16.5.1928: „Katholische Frauen“.
- 1434 MJ 117/19.5.1928: „Ein letztes Wort! (Vom Mysterium des Zentrums)“; vgl. Ruppert, Dienst, S. 320 f.; Schreiber, Reichstagswahl, S. 5–9; vgl. auch negative Fazit, das Brüning im Rückblick über das vierte Kabinett Marx fällt: „Man konnte kaum etwas verteidigen, was diese Regierung geleistet hatte“ (Memoiren, S. 131).
- 1435 NC 62/4.4.: „Dr. Stresemann Spitzenkandidat in Bayern“; 64/12.4.1928: „Wahlkumgebung der DVP“.
- 1436 „Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/8 (Druck in: RH IV, S. 172–174; DAZ 190/23.4.); 233/20.5.1928: „Das Vaterland ruft! Hinein in die Wahlfront!“
- 1437 „Wie urteilen die beiden größten Deutschen der Neuzeit über die Deutsche Volkspartei?“; „Stresemann im Urteil von Freund und Feind“, Flugblätter, BaK ZSg 1–42/8; „Was gehn Dich denn die Andern an“ (Druck in: Fischer, Wahlkampf, S. 64); „Im Geiste der Großen mit Stresemann“ (Janusch, DVP-1928, Nr. 1).
- 1438 „Deutsches Volk und deutsche Schule“, Flugblatt, ACDP, VI-051–188; „Schul-frieden, nicht Schulkrieg!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/8; NC 33/18.2.1928: „Koalition und Schulgesetz“.
- 1439 „Was wir wollen!“; „Deutscher Mittelstand!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; „Die unerträglichen Steuerlasten“, Flugblatt, ACDP, VI-051–188; „Einigkeit, Recht und Freiheit!“, Plakat (Druck in: Janusch, DVP-1928, Nr. 2).
- 1440 „Die Sozialpolitik der DVP“; „Wir und die anderen“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8.
- 1441 Tabelle 35: Gegner und Feindbildhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1928

Radikalismus	21
<i>Linksregierung</i>	5
<i>SPD</i>	5
<i>DNVP</i>	3
Zentrum – DNVP	4
Interessenparteien	7
<i>WP</i>	4
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	41

- 1442 „Arbeiter, laßt euch nicht täuschen“; „Machtkampf der Sozialdemokratie – auf wessen Kosten?“; „Die Wahlurnen der Parteien“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8.
- 1443 „Wir und die anderen“; „Wahl-Wecker. Wochenschrift für Politik und Satire“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; DAZ 220/12.5.: „Wahlrevue. Das Zentrum“; NC 83/10.5.1928: „Die preußische Regierung im Wahlkampf“.
- 1444 „Man hat uns angegriffen!“, Plakatzettel (Druck in: Bohrmann, S. 145); „Die Augen auf!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/8; „Deutschnationale und Aufwertung“, Wahlbrief der DVP 4/28.4.1928, BaP, 60 Vo 1, Nr. 53169; NC 70/19.4.: „Deutschnationale Offensive gegen die DVP“; 86/13.5.1928: „Die 10 Locarno-Fragen“.
- 1445 „Der Bürger erwacht!“, „100 Prozent Wirtschafts-Partei“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; „Bismarck und die Wirtschaftspartei“, Wahlbrief 7/10.5.1928, BaP, 60 Vo 1, 53169; NC 33/18.2.1928: „So sehen sie aus!“
- 1446 NC 85/12.5.1928: „Volkspartei, nicht Klassenpartei“.
- 1447 Tabelle 36: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1928

Volksgemeinschaft	14
Mittelstand	14
<i>Handwerk/Gewerbe</i>	7
<i>Bauern/Landvolk</i>	3
<i>Beamte</i>	2
Frauen	4
Arbeitnehmer	4
Jungwähler	2
Sonstige/unspezifisch	6
Insgesamt	41

- 1448 „Einzelhändler und Handwerker!“, „Der deutsche Mittelstand führt erbitterte Klage gegen die politischen Parteien“, „Deutscher Mittelstand!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; NC 90/19.5.1928: „Handwerker!“
- 1449 „Arbeiter, laßt Euch nicht täuschen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/8.
- 1450 „Die Deutsche Volkspartei an die Beamten!“, Flugblatt, HStAW, Abt. 1152 (21); „Wen wählt der Beamte am 20. Mai?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/8; vgl. NC 87/15.5.1928: „Schützt das Berufsbeamtentum!“

- 1451 „Rentner, Rentnerinnen“; „Die deutsche Landwirtschaft“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; DAZ 233/20.5.: „Das Vaterland ruft!“, NC 88/16.5.1928: „Landwirtschaft und Mittelstand“.
- 1452 „Was geht uns Frauen der 20. Mai an?“, „Deutsche Frauen wählt!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/8; NC 70/19.4.: „Volksparteiliche Frauen im Wahlkampf“; 90/19.5.1928: „Jungwähler heran!“
- 1453 FZ 246/8.5.1928: „Der Wahlkampf. Curtius für die große Koalition“; vgl. Creekmore, S. 146 f.
- 1454 RF 79/1.4.1928: „Klare Front!“ (Druck in: Thälmann, Reden, S. 566–575); Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, angenommen vom XI. Parteitag in Essen am 7.3.1927 (Druck in Auszügen: Weber, Dokumente, S. 98–101); zur Politik der KPD siehe auch das Handbuch ihrer Reichstagsfraktion: „Der Reichstag 1924–1928“, Berlin 1928; sowie Weber, Wandlung I, S. 191–195; Winkler, Schein, S. 417–465.
- 1455 „Schart euch um die Fahnen der Revolution!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14 (Druck in: RH IV, S. 164–171; Weber, Dokumente, S. 101 f.); RF 118/20.5.1928: „Rechnet ab!“
- 1456 „Das ist die Heldengalerie von Bürgerblock und Kompanie“, „Taten beweisen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/14; „Gegen Arbeitsgemeinschaft, Schlichtungssystem u. Koalitionspolitik ist die Liste 5“, Plakat (Druck in: PP, S. 84–85). Zu den Zielen der Einheitsfrontpolitik siehe RF 118/20.5.1928: „Und nach den Wahlen?“ (Druck in: Thälmann, Reden, S. 582–588); vgl. Creekmore, S. 202–203.
- 1457 „Massensturm gegen das Verbot!“, „Von der SPD verraten!“, Flugblätter; „Gegen die Kriegsrüstung des Völkerbundes“ (Druck in: PP, S. 74); „Für Panzerkreuzer 80 Millionen bewilligt“ (ebd., S. 73), Plakate; RF 91/18.4.: „Keudell befiehlt RFB-Verbot!“, 112/13.5.1928: „Für den gewaltsamen Umsturz!“
- 1458 „Werktätige! Zerschlagt den Bürgerblock!“, „Brotverteuerung, Mietpreissteigerung, Einschränkung der Einfuhr von billigem Gefrierfleisch und nun auch noch Kohlepreiserhöhung!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/14; „Wer will den Achtstundentag?“, „Für die Besitzlosen: Arbeit, Not und Tod. Für die Besitzenden: Nichtstun, Luxus und Vergnügen“, Flugblätter, ACDD, VI-051–210.
- 1459 „Was wird nach dem 20. Mai?“, Flugblatt [KAPD], BaK, ZSg 1–65/14.
- 1460 „5 Finger hat die Hand“, Plakat (Druck in: PP, S. 148; Anschläge, S. 178; RF 112/13.5.1928); „Die verhängnisvolle 5 oder der Spießerschreck!“, Flugblatt; „Liste 5“, Plakat/Klebezettel, BaK, ZSg 1–65/14.
- 1461 „Letzter Appell!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14.

Tabelle 37: Gegner und Feindbildhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1928

Ebert-Hindenburg-Republik	15
SPD	7
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	30

- 1462 „Von der SPD verraten!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14; „Alle neune!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–120; „Durch Koalition zum Sozialismus“, Plakat (Druck in: PP, S. 107); RF 118/20.5.1928: „Hier Angriff – dort der Rückzug! ‚Die Furcht vor den Kommunisten beherrscht die Stunde‘. KPD und SPD im Wahlkampf“.
- 1463 „Taten beweisen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14; „Warum Kommunisten wählen?“, Flugblatt, ACDP, VI-051–120; „Wenn sich Arbeiter und Bauer raufen, Kapitalist und Junker sich Schlösser kaufen“, Plakat (Druck in: PP, S. 147); RF 109/10.5.1928: „Wahlhügen an der Litfaßsäule“.
- 1464 Tabelle 38: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1928

Kampfblock aller Werktätigen	18
Arbeiter	8
Bauern	3
Frauen/Arbeiterinnen	4
Inflationsoffer	2
Jungwähler/Jungarbeiter	2
Sonstige/unspezifisch	6
Insgesamt	30

- 1465 „Der Stahlhelm geht nach Hamburg!“, „Von der SPD verraten!“, „Hungerschiedsprüche“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/14, „Die Bedeutung der Wahlen für die Erwerbslosen“, Flugschrift, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1466 „An alle Kriegsoffer, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene!“, „So lebt die Arbeiterklasse – So lebt die besitzende Klasse“, Flugblätter, ACDP, VI-051–120; RF 111/12.5.1928: „Wahlbetrug an den Kleinrentnern“.
- 1467 „Bauer wähle!“, „Wer hilft der Landwirtschaft?“, „Landarbeiter! Landarbeiterinnen! Wißt Ihr, wie Ihr leben könntet?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–120.
- 1468 „In Deutschland fehlen nach amtlichen Angaben 1 340 000 Wohnungen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14.
- 1469 „Brotverteuerung, Mietpreissteigerung [...]“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14, „Kein Tag im Leben der werktätigen Frau ohne Politik!“, „Arbeiterin – Proletarische Hausfrau!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–120.
- 1470 „Jungwähler! Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/14; „Jungwähler wählt Liste 5“, Plakat (Druck in: PP, S. 74).
- 1471 BT 204/30.4.1928: „Die sieben Ziele der Demokraten“, zum Wahlkampf der DDP vgl. Hans Ehlermann, Der Wahlkampf, Schriftenreihe für politische Werbung, Heft 1, ACDP, VI-051–186; Creekmore, S. 82–100; Stephan, Aufstieg, S. 376–380.
- 1472 „An die deutschen Wählerinnen und Wähler!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–194 (Druck in: RH IV, S. 174–178; VZ 102/28.4.); „Die sieben Ziele des Wahlkampfes“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19: „1. Räumung des Rheinlandes und europäische Verständigung sowie Minderheitenschutz. 2. Festigung der Republik gegen den Diktaturgedanken. 3. Einheitsstaat, Selbstverwaltung, Finanzreform. 4. Liberale Kulturdefensive. 5. Wirtschafts-, Handelsvertrags- und Agrarpoli-

- tik, die nicht Liebesgaben-, sondern Grundsatzpolitik ist. 6. Ausbau der Sozialpolitik und Rentnerversorgung. 7. Reform des Wahlgesetzes“.
- 1473 „Die große Entscheidung“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1928; „Leistungen und Erfolge demokratischer Politik“, Flugblatt; „Der Rechtsblock liegt am Boden!“, Flugblattzeitung, ACDP, VI-051–194; „Für Reich und Republik“ (Druck in: PP, S. 55); „Hin zur Mitte“, Plakate (Janusch, DDP-1928, Nr. 2).
- 1474 „Preußen!“, „Deutschdemokratische Erfolge in Preußen“, Flugblätter, BaK, R 45 III, 40, f. 74 u. 62; VZ 105/3.5.: „Für Freiheit und Fortschritt“, FZ 332/4.5.1928: „Die preußische Politik im Wahlkampf“.
- 1475 „Letztes Wort!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1928; „Erleichtert das Steuerjoch“, „Nie wieder Rechtsregierung!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/19; „Beseitigt den Druck der Steuerlast, Daweslast, Verschwendung, Vielregiererei!“, Plakat (Druck in: PP, S. 83); BT 236/20.5.1928: „Steuersenkung“.
- 1476 „Das Wahljahr 1928 entscheidet“, „Mitbürger und Mitbürgerinnen!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; „Parole Liste 6“, Flugblattzeitung, ACDP, VI-051–194; BT 220/10.5.1928: „Demokratie und Sozialpolitik. Fragen, die der Wahlkampf aufwirft“.
- 1477 „Die politische Schaubude!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „Parteifahne oder Reichsflagge?“, „Einheit in Staat, Volk und Schule“, Flugblätter, ACDP, VI-051–194; Hans Ehlermann, Der Reichsschulgesetzentwurf der Rechtsregierung Marx-Keudell-Stresemann, Berlin 1928; VZ 114/13.5.1928: „Die Religion im Wahlkampf“.
- 1478 „An die Auslandsdeutschen“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; „Säubert das Reich!“, Plakat (Druck in: PP, S. 92); vgl. Übersicht über die gegnerischen Parteien, Schriftenreihe für politische Werbung, H. 11, Berlin 1928: i. E. zur DNVP, S. 5–9, zur DVP, S. 9–14; zum Zentrum S. 14–17, zur SPD S. 18–22; zur WP S. 23 f.
- 1479 Tabelle 39: Gegner und Feindbildhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1928

Klassen- und Standesparteien	11
Rechtsblock/Regierung	21
DNVP	8
DVP	3
WP	5
Sonstige/unspezifisch	9
Insgesamt	46

- 1480 „Die Deutschnationalen über sich selbst!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/19; VZ 89/13.4.: „Deutschnationaler Kampf gegen Schwarz-Rot-Gold“, FZ 293/19.4.: „Die Deutschnationalen. Wahlauf Ruf ohne Monarchistenbekenntnis“, 358/13.5.1928: „Hindenburg will nicht Wahlhelfer der Rechten sein“.
- 1481 „Deutsche Volkspartei“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 27; VZ 155/31.3.: „Der Bruderkrieg geht weiter. Die Fehde der Rechtsparteien“, 213/6.5.1928: „Die Ratlosen“.
- 1482 „Wohin geht die Sozialdemokratie?“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 35; „Parteifahne oder Reichsflagge“, Flugblatt, ACDP, VI-051–194; „Die Zentrumspar tei“,

Flugschrift, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 88/12.4.: „Die Wahlparole des Zentrums“; 98/24.4.1928: „Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten“.

1483 „Abschied von der Wirtschaftspartei“, Flugblätter, ACDP, VI-051–194; „Die Wirtschaftspartei über sich selbst!“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 39; BT 233/18.5.1928: „Fünf Fragen an den Splitterwähler“.

1484 Tabelle 40: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DDP-Flugblattpropaganda 1928

Volksgenossen	25
Selbständiger Mittelstand	9
Inflationsoffer/Rentner	4
Beamte	4
Arbeitnehmer	5
Frauen	5
Jugend	4
Sonstige/unspezifisch	12
Insgesamt	46

1485 „Drei Fragen an die Frauen“; „13 Millionen deutscher Hausfrauen sind stimmberechtigt!“, „Arbeitende Frau, was willst Du?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–194; „Frauen! Sorgt für Wohnung Wohlstand Wissen“, Plakat (Druck in: PP, S. 122); BT 233/18.5.1928: „Farbe bekennen! Ein Wort an die Frauen!“

1486 „Studenten und Studentinnen!“, „Deutsche Jugend“, Flugblätter, BaK, R 45 III, 40, f. 43 f.; „An alle Erstwähler“, Plakat (Druck in: Anschläge, Nr. 58); FZ 373/19.5.1928: „Der junge Staat auf jungen Schultern!“

1487 „Deutsches Landvolk!“, „Mittelständler in Stadt und Land!“, Flugblätter, BaK, R 45 III, 40, f. 122 f.; „Landvolk in Not! Wer hilft?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; BT 211/5.5.1928: „Demokratie und Mittelstand“.

1488 „Deutsche Arbeiter!“, „Kann ein Arbeiter Demokrat sein?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; „Demokratische Arbeiter und Angestellte!“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 62; FZ 350/10.5.1928: „Für die soziale Republik!“

1489 „Postbeamtinnen!“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 51; „Das Beamtenprogramm der DDP“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; BT 228/16.5.1928: „Die Beamten und der 20. Mai“.

1490 „An unsere israelitischen Mitbürger in Stadt und Land!“, Flugblatt, HStW, Abt. 1152 (21); „Einen freien Beruf“, Flugblatt, BaK, R 45 III, 40, f. 43; „Achtung!! Kapital- (Klein-) Rentner!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–194.

1491 VB 43/21.2.1928: „Nationalsozialistischer Wahlerfolg in Hamburg“. Zum Reichstagswahlkampf der NSDAP siehe Stachura, Wendepunkt, S. 79–82; Paul, Aufstand, S. 84–89; zu Frick vgl. Neliba, S. 55 f.

1492 „An das ganze schaffende Deutschland!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2110 (Druck in: RH IV, S. 187 f.; VB 69/23.3.; 113/15.5.); 76/31.3.1928: „Kehraus in deutschen Parlamenten“.

1493 „Idiotentraum oder Teufelspakt“, „Der Dawesvertrag“, „Der Zusammenbruch der Stresemannpolitik“, „Arbeiter, Bürger und Bauern!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; „Nieder mit dem Dawes-Pakt! Frei die Arbeit Frei das Land“ (Druck in:

- Janusch, NSDAP, Nr. 1); „Brecht die Dawes-Ketten“, Plakate (Paul, Abb. 40); VB-Sondernummer 8/März: „Gegen die Dawessklaverei“, 97/26.4.1928: „20 Fragen an Dr. Stresemann!“
- 1494 „Volksbetrug am 20. Mai“, „Programm der NSDAP“, „Nieder mit den Dawesparteien!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; „Arbeit und Brot‘ Das war es doch, was die Novembersieger Euch heilig versprochen haben“, Flugblatt; „Zerschmettert den Weltfeind“, Plakatzettel, BaK, NS 26–2052 (Druck in: Janusch, NSDAP, Nr. 2); „Nationalsozialist oder umsonst wären die Opfer“, Plakat (Druck in: PP, S. 69); VB 110/11.5.1928: „Dawessklaven und Kaiser Parker Gilbert“.
- 1495 „Volksbetrug am 20. Mai“, „Programm der NSDAP“, „Nieder mit den Dawesparteien!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; „Arbeit und Brot‘ Das war es doch, was die Novembersieger Euch heilig versprochen haben“, Flugblatt; „Zerschmettert den Weltfeind“, Plakatzettel, BaK, NS 26–2052 (Druck in: Janusch, NSDAP, Nr. 2); „Nationalsozialist oder umsonst wären die Opfer“, Plakat (Druck in: PP, S. 69); VB 110/11.5.1928: „Dawessklaven und Kaiser Parker Gilbert“.
- 1496 VB 117/20.-21.5.1928: „Wie sie lügen“.
- 1497 „Der Zusammenbruch der Stresemannpolitik“, „Volksbetrug am 20. Mai“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; VB-Sondernummern 10/April: „Nieder mit Stresemann“, 11/Mai 1928: „Geist und Dr. Stresemann“.
- 1498 „Heil Moskau!“, „Der Marxismus sterbe, damit der Sozialismus lebe!“, „Ermordet“, „Werktätige der deutschen Republik!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; VB 56/7.3.: „Der marxistische Weltbetrug an Südtirol“, 62/14.3.1928: „Arbeitslosigkeit, die Folge des sozialdemokratischen Arbeiterrats“.
- 1499 Sondernummer des VB 9/März: „Gegen Zentrumsbetrug“, VB 116/19.5.1928: „Volksverrat der BVP“.
- 1500 „Wahltag ist Zahltag!“, „Alle anderen Parteien versprechen Euch goldene Berge!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2110; VB 75/30.3.: „Die politischen Täuschungsmanöver der sog. Deutschvölkischen Freiheitspartei“, 117/20.-21.5.1928: „Der Charakterverfall der alten Parteien“.
- 1501 Tabelle 42: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der NSDAP-Flugblattpropaganda 1928
- | | |
|-------------------------|-----------|
| Schaffendes Deutschland | 21 |
| Arbeiter | 6 |
| Mittelstand | 3 |
| Sonstige/unspezifisch | 9 |
| Insgesamt | 30 |
- 1502 „Siebzig Jahre Arbeiterbetrug“, „Alle Macht geht vom Volke aus!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2052.
- 1503 „Bauern! Bauer in Not! So sagen sie heute alle, die Parteien, die Eure Stimme wieder haben wollen!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2110; VB 45/23.2.: „Sozialdemokratie und Bauernschaft (für den Wahlkampf aufbewahren!)“, 98/27.4.1928: „Bauernnot, eine Folge des Dawesdiktats“.

- 1504 „Bayerische Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–8/2 (Druck in: RH IV, S. 183–186); „So war’s 1918 so ist’s 1928“, Plakat (PP, S. 100); zur Eini-gung von BVP zwischen Zentrum siehe Schönhöven, BVP, S. 172–198.
- 1505 „Bürger und Bauer! Deutscher Mittelstand in Stadt und Land, Dein Schicksal ruft Dich!“ (Druck in: RH IV, S. 178–183); „Landwirte – Bauern, Pächter – Sied-ler!“, „Handel – Handwerk – Gewerbe!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–112; „Deut-scher Mittelstand, du bist in schwerster Not!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–176/1.
- 1506 „Bauer, auf zur Wahl!“ (Druck in: RH IV, S. 188–190); „Unsere Bauernpartei ist da!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; FZ 197/13.3.1928: „Das Programm der ‚Christlich-Nationalen Bauernpartei‘“, vgl. Neumann, S. 65 f.; Fricke I, S. 434–439; Gessner, S. 108–110.
- 1507 „Wer gehört in die Volksrecht-Partei?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „An die deutschen Wähler und Wählerinnen!“ (Druck in: RH IV, S. 194–198); vgl. Childers, Inflation, S. 424–428.
- 1508 „Aufruf!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung (Druck in: Wulff, S. 298 f.); „Deut-sche! Wählt Ihr wieder die jüdisch-freimaurerischen Henker Deutschlands?“, Plakat (Druck in: PP, S. 103); zu den Entwicklungen im völkischen Lager nach 1924 und zum siehe Wulff, S. 73–169; Fricke II (1970), S. 550–558.
- 1509 „Aufruf an die Freunde und Anhänger der DVFB“, „An die Kopf- und Hand-arbeiter aller Stände“, „Die Maske herunter!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–228; „Freiheitsfront gegen Erfüllungsfront! Wen bekämpft der Völkisch-Nationale Block? Was will der Völkisch-Nationale Block?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–45/12.
- 1510 NPZ 236/21.5.1928: „Wahlsieg der Marxisten“.
- 1511 Zur Wahlergebnisanalyse siehe Creekmore, S. 231–268 u. 274–276; Winkler, Schein, S. 521–527; FZ 379/22.5. „Der Ausgang der Wahlen. Das Echo im In-land und Ausland“, NC 93/24.5.1928 „Das Ausland zu den deutschen Wahlen“. Zu den erwähnten Wählerbewegungen siehe Falter u. a., S. 144–147.
- 1512 Volkszeitung 117/21.5.1928: „Volksurteil gegen den Bürgerblock“.
- 1513 Vgl. Ruppert, Dienst, S. 327 f.; Horstmann, S. 65; vgl. Krone, Wahlen, S. 102–106.
- 1514 VB 118/22.5.: „Kampf dem internationalen Marxismus!“
- 1515 NC 91/22.5.1928: „Ein buntes Bild“. Die SPD steigerte sich in Preußen um 4,1 auf 29,0 % (das waren 137 Sitze), während die DNVP etwas weniger als im Reich verlor (nun 17,4 % und 82 Sitze). In Bayern unterschied sich das Landtagswah-lergebnis vor allem durch das bessere Abschneiden der NSDAP, die einen Groß-teil der deutschvölkischen Wähler von 1924 und 6,1 % aller Stimmen hinter sich brachte (9 von 113 Sitzen). Stärkste Partei blieb bei geringen Verlusten die BVP mit 46 Mandaten vor der SPD (34 Sitze).
- 1516 NC 101/8.6.1928: „Wahllehren“.
- 1517 Weiß, Organisation, S. 379 f.; UP 14/1.6.1928: „Schließt die Reihen!“
- 1518 Quaat, Tagebuch-Eintrag vom 21.5.1928 (zit. nach: Weiß/Hoser, S. 39).
- 1519 Heinrich Krone, Was lehren uns die Wahlen?, in: Das junge Zentrum 6/1928, S. 98.
- 1520 Dessauer, S. 875.

- 1521 Sitzung des DDP-Vorstandes vom 14.6.1928 (Wegner, S. 458–462); FZ 378/22.5.1928: „Die Niederlage der alten Regierungskoalition – Die Möglichkeiten der neuen Regierungsbildung“.
- 1522 Vorwärts 238/22.5.: „Wahlen und Presse. Die Ursachen des Linksrucks – und was weiter?“, VZ 121/22.5.1928: „Für die Große Koalition“. Zu den Koalitionsverhandlungen siehe Winkler, Schein, S. 528–538.

Anmerkungen zu Kapitel 10 (Seite 539 bis 611)

- 1523 Bracher, Auflösung, S. 291; zum Youngplan siehe Winkler, Schein, S. 584–589; Helbich, S. 12–16; zum Volksentscheid Jung, Demokratie, S. 109–128; Schulz, Aufstieg, S. 455–466; zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland siehe zuletzt Steitz, S. 22–29.
- 1524 Zum Bruch der Großen Koalition und zu den Anfängen Brüning's siehe Winkler, Weimar, S. 361–378; Schulz, Brüning, S. 1–79; Kolb, Republik, S. 89–92 u. 124–127; Morsey, Entstehung, S. 33–37.
- 1525 MJ 207/24.7.1930: „Trauer statt Freude“; zu Frick in Thüringen siehe Neliba, S. 57–62; zur politischen Radikalisierung und zum Durchbruch der NSDAP als Massenpartei 1929/30 vgl. Mommsen, Freiheit, S. 321–360; Fenske, Strukturprobleme, S. 132–141; Bracher, Auflösung, S. 106–110.
- 1526 Zur „Julikrise“ 1930 siehe Winkler, Weimar, S. 378–382; Schulz, Brüning, S. 99–119; Hackett, S. 196–207; Brüning, Memoiren, S. 182–187; zur Auflösung siehe Umbach, S. 307–315; Bracher, Auflösung, S. 335–340; kontrovers dazu Conze, Entscheidungen, S. 214–219.
- 1527 Zit. nach: Horkenbach, S. 315; vgl. VZ 179/29.7.1930: „Stresemanns Erbe“, wonach „hier einer in Worten ausdrückte, was Millionen Deutsche empfanden, dass die Parole ausgegeben worden war, die mit der unwiderstehlichen Kraft einer Idee im Wahlkampf wirken werde“.
- 1528 VZ 212/5.9.1930: „Es muss anders werden! Eindrücke im Wahlkampf“; Aufruf der Reichsregierung (Druck in: RH V, S. 154); zu den Wirtschaftsdaten vgl. Winkler, Schein, S. 727–736; Petzina, S. 61; Falter u. a., S. 36; zur Lage der Arbeitslosen siehe Evans, Experience, S. 1–22.
- 1529 Winkler, Weg, S. 187; zum Wahlkampf siehe Hallgring; sowie Hackett, S. 195–263; Winkler, Weimar, S. 382–388; Stadel, S. 21–89 und regional Staatz, S. 216–246; zur bürgerlichen Sammlung vgl. die Quellenstücke in UF VIII, S. 77–79; Bracher, Auflösung, S. 347–364; Jones, Sammlung.
- 1530 Volkszeitung 169/24.7.: „Alles ‚sammelt‘ sich gegen die Sozialdemokratie“; zur Politik der SPD seit 1928 Leuschen-Seppel, S. 215–264; Winkler, Schein, S. 629–660; zum Wahlkampf auch Severing, S. 252–255.
- 1531 „Der Reichstag aufgelöst“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 331/19.7.1930: „Wähler und Wählerinnen der Deutschen Republik!“ (Druck in: RH V, S. 154–156; Mommsen, Parteiprogramme, S. 471).

- 1532 „Um Höchstes geht es!“; „Die Sozialdemokraten sind schuld!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts-Sonderausgabe vom 13.9.1930: „In letzter Stunde!“; Flugblatt, BaK, NS 26–2096.
- 1533 „Im Namen des Volkes!“; „Hindenburg wird begnadigt wegen seines hohen Alters, die anderen Young-Verräter werden hingerichtet“, Flugblätter; „Wer hat den Rhein befreit?“, Broschüre, BaK, ZSg 1–90/41.
- 1534 „Du musst zahlen“; „Ein Attentat!!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 395/24.8.: „Kein Wirtschaftsfortschritt ohne Arbeiterklasse!“; Volkszeitung 190/20.8.1930: „Und immer wieder müssen die Kleinen zahlen“; „Wähler, das x in den 1. Kreis. Es geht um deine politischen und sozialen Rechte, um Freiheit und Brot!“, Plakat (Druck in: Janusch, SPD-Nr. 16).
- 1535 „Du entscheidest“; „Wählt SPD – Die Partei des sozialistischen Aufbaus“, Flugblätter; Wahlzeitungen erschienen unter Titeln wie „Hallo, Du entscheidest“, „Abrechnung!“ oder „Volksgericht“: BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 381/16.8.1930: „Gewerkschaften für Partei! Aufruf des ADGB zur Reichstagswahl“ (Druck in: Jahn, S. 120–122); siehe dazu Ruck, S. 94–97.
- 1536 „Um Höchstes geht es!“; Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 390/25.8.: „Im Hintergrund der Kapitalist“; 427/12.9.: „Alle Kräfte für Liste 1“. Zum „Frage- und Antwort-Spiel“ zwischen Braun und Brüning siehe Schulze, Braun, S. 636 f.; Brüning, Memoiren, S. 185 f.
- 1537 Vgl. die Plakate „Unaufhaltsam vorwärts Liste 1 Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz u. Sowjetstern!“ (Druck in: Janusch, SPD-1930, Nr. 15); „Links halten“ (Nr. 34); „Das sind die Feinde der Demokratie!“ (Nr. 22).

Tabelle 43: Gegner und Feindbildhierarchie der SPD-Flugblattpropaganda 1930

Reichsregierung – Bürgerblock	49
Zentrum	4
DSP	3
NSDAP	19
KPD	7
Sonstige/unspezifisch	16
Insgesamt	91

- 1538 „Wenn Nazi-Frick an der Krippe sitzt!“; „Faschismus? oder Sozialismus!“; „Anti-Faschist. Sozialdemokratischer Kampf gegen die Hakenkreuzpest“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; „So sehen die ‚Erneuerer Deutschlands‘ aus“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; Vorwärts 375/13.8.1930: „Gegen die Frick-Regierung“; zur Werbung der SPD um die Wählergruppen der NSDAP siehe Pyta, S. 391–453.
- 1539 „Am Kreuzweg! Wohin, rechts oder links?“; „Fort mit Wort- und Schlagring“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41 (Druck in: Janusch, SPD-1930, Nr. 21); Vorwärts 406/30.8.: „KPD überhitlert Hitler“; 413/4.9.1930: „Nationalkommunismus 1924. Das Vorbild der ‚neuen Programmklärung‘ der KPD“; zu totalitarismustheoretischen Tendenzen in der SPD-Propaganda siehe Hennig, Anmerkungen, S. 213–219.

- 1540 „Warum müssen Sie wählen?“; „Bürgerlich-kommunistischer Wahlmarkt“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 401/28.8.1930: „Sowjetdeutschland. Die kommunistischen Wahlversprechungen“.
- 1541 „Das Zentrum treibt ein Doppelspiel mit Euch“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/41; „Der Feind steht links!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1930; Vorwärts 405/30.8.1930: „Zentrum – wohin?“; zur Reaktion auf die Zentrumsdrohung vgl. Vorwärts 359/3.8.1930: „Breitscheid antwortet Heß und Brüning“; Quessel, S. 744 f.
- 1542 „Männer und Frauen aus dem Volk oder die Vertreter der Interessentenhaufen?“; „Kampf und Ziel der Sozialdemokratie“; „Jetzt wird es ernst!“; „Wo steht der Feind?“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 343/25.7.: „Das Gesicht der neuen ‚Volkspartei‘. Konservativ schon – aber wo ist das Volk?“; 369/9.8.: „Nach dem Sammlungsfiasco. Die DVP will wieder rote Ketten sprengen“, 389/21.8.: „Jugend oder Konfusion? Staatspartei, die Partei der Verwirrung“; 415/5.9.1930: „Wählt meine Partei! Missbrauch eines Toten“.
- 1543 „So sind sie, diese Nationalsozialisten!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/41; Volkszeitung 173/29.7.: „Der Hauptfeind“; 193/23.8.1930: „Unser Hauptfeind – die Nazis“.
- 1544 „Du musst entscheiden – Volksgenosse, Volksgenossin, merke auf!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–90/41; vgl. die Plakate „Wählt Liste 1 Die Liste des schaffenden Volkes“ (Druck in: Janusch, SPD-1930, Nr. 36); „Unser oberster Grundsatz ist das Allgemeinwohl“ (Ebd., Nr. 29).
- 1545 „Für ein Sowjet-Deutschland!“; „Brecht die Macht des Geldsacks!“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1930; „Wie wählt der denkende Arbeiter?“; „Werk tätige merkt auf!“; „Arbeiter, wehrt Euch!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41 (Druck in: Janusch SPD-1930, Nr. 30); Vorwärts 388/20.8.: „Aus dem Sowjetparadies zurück“; 423/10.9.1930: „Versprechungen, keine neue Arbeit!“ Sowohl über die Intensität ihres Wahlkampfes als auch über Schwierigkeiten der SPD, die Anhänger im Sommer 1930 zur Wahlarbeit zu mobilisieren, gibt ein Merkblatt ihres Hamburger Landesverbandes von Anfang September Auskunft, der die „propagandistische Kleinarbeit“ verbessert wissen wollte: „Kann nicht jeder zum mindestens ein Papp-Plakat vor sein Fenster stellen mit der Aufschrift ‚Wählt Liste 1, Sozialdemokraten?“ („Merkblatt“, BaK, ZSg 1–90/41); vgl. zur Plakat-Propaganda der SPD 1930 Janusch, S. 110–119.
- 1546 „Einige Minuten Gehör ihr Landarbeiter und Landarbeiterinnen!“; „Du entscheidest“, Flugblätter; Wahlnummern der „Erwerbslosen-Tribüne“, BaK, ZSg 1–90/41; „Erwerbslos ...“, Plakat (Druck in: Janusch, SPD-1930, Nr. 25); Vorwärts 433/16.9.1930: „Denkt an die Arbeitslosen! Das Menetekel des 14. September“.
- 1547 „An alle technischen und kaufmännischen Angestellten aller Wirtschaftsgruppen, bei Behörden und in öffentlichen Betrieben! Kaufleute, Baumeister, Bühnengehörige, Bankbeamten, Chemiker, Poliere, Ingenieure, Techniker, Schachtmeister, Architekten, Werkmeister, Zuschnneider“, Flugblatt, BaK, NS 26–2096; Vorwärts 413/4.9.: „Afa-Bund ruft die Angestellten“; 419/7.9.1930 „Die Klasse ist alles – Der Stand ist nichts!“

- 1548 „Arbeitsinvaliden, Rentenempfänger, Witwen, hört!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 425/11.9.1930: „Die Opfer der Arbeit kampfbereit! Für die Partei der Sozialpolitik, für Liste 1!“
- 1549 „Am Kreuzweg!“, „An die Kaufleute, Bankbeamten, Ingenieure“, „Beamte, das Volk ruft euch“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; Vorwärts 426/11.9.: „Das Kleingewerbe für Liste 1“; 210/12.9.1930: „Wie wählt der Landwirt?“, zur Mittelstands- und Agrarpolitik der SPD im Zeichen des Aufstiegs der NSDAP siehe Pyta, S. 392 ff.
- 1550 „Landfrau, auch du musst wählen“, Flugblatt, ACDP, VI-051–164; „Arbeiterinnen! Angestellte!“, „Mütter und Frauen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–90/41; „Frauen, so geht’s euch im Dritten Reich!“, Plakat (Druck in: Janusch, SPD-1930, Nr. 32); Vorwärts 412/3.9.1930: „Was zahlt die Hausfrau an Steuern?“, zur SPD-Frauenpropaganda siehe Schaefer, S. 276–279.
- 1551 „An die studierende Jugend!“ (Druck in: Achten/Krupke, S. 168); „Jugend an die Wahlurne!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2096; Volkszeitung 207/9.9.1930: „Jugend und Zukunft gehören uns!“
- 1552 Wahlkampf-Mitteilung der DNVP 1/31.7.1930, BaK, ZSg 1–44/12 (32); Quaat, Tagebuch-Eintrag vom 18.7.1930 (zit. nach: Weiß/Hoser, S. 114).
- 1553 MA 171/25.7.1930: „Hugenbergs Wahlparole. Kampf gegen Marxismus und die Abtrünnigen“, zu den Parteispaltungen vgl. Stupperich, S. 173–177 u. 189–192; Bracher, Auflösung, S. 309–322 u. 347–355; Hiller, S. 544–553; zu Hugenberg und seinen Zielen siehe Thimme, Flucht, S. 50–60; zum Wahlkampf der DNVP siehe auch Heller/Werneck, S. 54–57; regional Gemein, S. 64–68.
- 1554 „Der Bankrott der Mittelparteien“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1930; „Es geht um Freiheit und Schicksal der Nation“ (Druck in: RH V, S. 179–181); „Wer hat den ‚Bonzen-Reichstag‘ zerschlagen?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Der Kurs bleibt Rechts!“, Plakat (Druck in: Janusch, DNVP-Nr. 6).
- 1555 „Wohin? Stimmen zur Zeit“, „Männer machen die Geschichte!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; UP 5/7.9.1930: „Bahn frei für Hugenberg!“, zur Umformung der DNVP in eine „Hugenberg-Bewegung“ 1930/31 siehe Hiller, S. 553–556.
- 1556 „Hugenberg? Die marxistische Linke hasst ihn. Die schwankende Mitte fürchtet ihn. Die von rechts Abgefallenen bekämpfen ihn. Wer kennt ihn?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1557 „Macht mir den rechten Flügel stark!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–137; „Warum Hugenberg“, „Auch Du kämpfe gegen Marxismus und Versklavung“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; UP 16/15.8.1930: „Was will unser Führer?“.
- 1558 „Hugenberg spricht!“, „Wohlstand und Steuerherabsetzung“, „Um was geht es am 14. September? Es geht um die Macht!“, „Geknechtetes deutsches Volk entscheide!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Hugenbergs Programm“, Flugblatt, ACDP, VI-051–137; vgl. Aufzeichnung von Staatssekretär Pünder über die Unterredung Hugenbergs mit Brüning am 17.7.1930 (AdR Brüning I, S. 326–328).
- 1559 „Hugenberg?“, „An die Jugend!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; zur Young-Kampagne der DNVP vom Herbst 1929 siehe auch Pleyer, S. 36–49.

- 1560 „Wohin?“, Wahlzeitung; „Mitten in der Young-Katastrophe!“, „Beamte, wacht auf!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Mit klarem Blick gegen Youngplan und Marxismus“, Plakat (Druck in: Janusch, DNVP-Nr. 4); Wahlkampf-Sondernummer der UP 3/22.8.1930; „Für Freiheit, Arbeit und Brot“.
- 1561 „Lügen verderben unser Vaterland!“, „Aufmarsch der Parteien“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1562 Tabelle 45: Gegner und Feindbildhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1930

Weimarer Republik	27
SPD/Marxismus	16
Mittelparteien – Regierung	14
Zentrum	6
DStP	3
Abtrünnige – KVP/CSVD	7
Sonstige/unspezifisch	14
Insgesamt	61

- 1563 „Das wahre Gesicht der Partei der Armen und Unterdrückten“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9; „Der Marxismus Euer Tod!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–137.
- 1564 „Wohin? Stimmen zur Zeit“, „Für die Hungrigen, gegen die Satten!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Warum wähle ich nicht Zentrum?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1565 „Geknechtetes deutsches Volk entscheide!“, Flugblattzeitung; „In drei Wochen bei der Reichstagswahl, entscheide Dich für Links oder Rechts!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1566 „Ist das Förderung der Belange der evangelischen Kirche?“, „Wer ist konservativ?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Christlich sozialer Volksdienst?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1567 „Wir brauchen Männer der Tat“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–44/9.
- 1568 „Michel, wach auf!“, Flugblatt; „Volk erwache!“ 5/6.9.1930, Wahlzeitung, BaK, ZSg 1–44/9.

Tabelle 46: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DNVP-Flugblattpropaganda 1930

Deutsches Volk	19
Mittelstand in Stadt und Land	14
Bauern	5
Gewerbetreibende	3
Beamte	3
Frauen	7
Arbeitnehmer	6
Sonstige/unspezifisch	15
Insgesamt	61

- 1569 „Sehr geehrter Herr Doktor!“, „Hugenberg und der Mittelstand“, Flugblätter; BaK, ZSg 1–44/9.

- 1570 „Der Anwalt des ... verarmten deutschen Volkes“, „Was geschieht mit Eurem Geld?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Auf die Schanzen!“ [DNAB]; „An die Wähler der Sozialdemokratie“, Flugblätter, ACDP, VI-051–137; UP 5/7.9.1930: „Stürzt die Bonzokratie“. Zur Sozialpolitik Hugenbergs und den „Leitsätzen über den Schutz und die Pflege der deutschen Arbeit“ von 1929 siehe Stupperich, S. 146–148.
- 1571 „Warum leidet der Bauer Not?“, „Beamte, wacht auf!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Das Kabinett Brüning und die Bauernnot“, „Wer hilft dem Landvolk?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1572 „An die Jugend!“, „Wir Jungen wollen wachsen!“, „Deutsche Frauen!“, „Deutsche Hausfrau!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–44/9; „Arbeiterfrauen, Arbeitermütter“, „Arbeiterin!“, Flugblätter, ACDP, VI-051–164.
- 1573 Vgl. dagegen Dörr, S. 476, demzufolge auch nach der Lambach-Affäre von 1928 das „monarchische Gesinnungsbekenntnis eines der beherrschenden Themen“ der deutschnationalen Parteipropaganda darstellte.
- 1574 BT 584/8.8.1930: „Hitler und Hugenberg im Wahlboxring“ (Druck in: Hiller, S. 576).
- 1575 Schulze, Weimar, S. 326; zu Brünings weitgehenden Verfassungsplänen vgl. ebd., S. 325 f.
- 1576 Germania 347/29.7.: „Warnung an die Sozialdemokratie“, 348/30.7.: „Der Sinn des großen Kampfes“, zur Entwicklung und zum Wahlkampf des Zentrums siehe Ruppert, Dienst, S. 358–408; Morsey, Zentrumsparität, S. 283–298; regional Stump, S. 79–81.
- 1577 „Volk in Not!“, „Diktatur oder Demokratie?“, „Entscheidung! Wofür?“, „Der Kampf um den neuen Reichstag!“, „Wähler und Wählerinnen der deutschen Zentrumsparität!“ (Druck in: RH V, S. 177 f.; Germania 330/19.7.), Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; 386/19.8.1930: „Stimmungsmächte und Reichstagswahl“.
- 1578 „Aufbau oder Untergang?“, „Deutschland in schwerster Wirtschaftsnot!“, „Du entscheidest“ (Druck in: Buchstab u. a., S. 21); „An alle, die Sinn haben für Sachlichkeit und Anständigkeit auch in der Politik“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 347/29.7.1930: „Der Aufmarsch des Zentrums. „Nur Sachlichkeit kann uns retten, die Phrase führt in Abgrund und Untergang““.
- 1579 „Der Kampf um den neuen Reichstag!“, „Unser Führer!“, „Männer der Tat“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 428/14.9.1930: „Ein neuer starker Mann für Deutschland. Wie Amerika über Brüning urteilt“, vgl. zur Rolle Brünings im Wahlkampf Hallgring, S. 194–206; Morsey, Zentrumsparität, S. 293.
- 1580 „Volksgenossen, Wähler und Wählerinnen!“, „Für Ordnung, Ruhe und Sachlichkeit“, „Um was es geht!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8.
- 1581 „Worte und Taten“, „Zentrum ist Tat“, Flugblätter; „Mit Brüning gegen Radikalismus und Parteiherrschaft – Für Wahrheit und Verantwortung“, Broschüre, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 416/7.9.1930: „Drei Fragen an die Wähler. Um was geht es im Wahlkampf? Es geht um Arbeit und Brot für das deutsche Volk!“
- 1582 Tabelle 47: Gegner und Feindbildhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1930

Opposition – Radikalismus von links und rechts	37
<i>NSDAP</i>	5
<i>SPD</i>	3
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	45

- 1583 „Volk in Not!“; „Wie lange noch?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 367/9.8.: „Was Breitscheid nicht sieht. Kirche und Sozialdemokratie“; 376/15.8.1930: „Kulturbolschewismus“.
- 1584 „An Alle, die Sinn haben für Sachlichkeit und Anständigkeit auch in der Politik“, „Der Radikalismus hat immer noch seine eigenen Kinder getötet“, „Wie lange noch?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8.
- 1585 „Der Weckruf“-Wahlnummer; „Der Nationalsozialist geht um!“; „Wir wollen die Katastrophe!“; „Wer wählt Hitler?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 410/4.9.1930: „Nazis wählen kommunistisch!“
- 1586 „Der Wahlkampf“, Flugblattzeitung; BaK, ZSg 1–108/8; Germania 386/21.8.: „Das russische Paradies“; 415/6.9.1930: „Hakenkreuz und Sowjetstern“.
- 1587 „Wir sind die Partei des Konservatismus“; „Entscheidung!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 379/16.8.: „Die politische Rechte und wir“; 398/28.8.: „Katholik und Staatspartei“; 423/11.9.1930: „Warum keine Standespartei?“.
- 1588 Germania 421/10.9.1930: „Appell an die Außenseiter“.
- Tabelle 48: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der Zentrums-Flugblattpropaganda 1930

Christliches Volk	25
<i>Katholiken</i>	9
Arbeiter	6
Mittelstand	5
Sonstige/unspezifisch	9
Insgesamt	45

- 1589 „Deutsche Katholiken!“; „Christliche Männer und Frauen, jung und alt, wählen christlich“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; „Du bist Katholik!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–155; Germania 398/28.8.: „Geistlichkeit und Reichstagswahl“; 418/9.9.1930: „Erfüllt Eure Wahlpflicht!“
- 1590 „Erwerbsloser!“; „Wie lange noch?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; „Christliche Arbeiter!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–155; Germania 378/16.8.: „Katholische Arbeiterschaft und Wahlen“; 422/11.9.1930: „An die deutsche Arbeiterschaft“ (Aufruf des Vorstandes des Reichsarbeiterbeirats der Zentrumspartei).
- 1591 „Reichstagswahl 14. September“; „Mittelständler!“ (Druck in: Buchstab u. a., S. 36–39); „Deutscher Bauer!“ (Ebd., S. 40–43), Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 372/13.8.: „Mittelstand und Zentrum“; 368/10.8.1930: „Entscheidung zur Reichstagswahl“ (Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands).

- 1592 „Beamte und Lehrer!“, „Reichstagswähler!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–108/8; MJ 209/10.9.: „Kathol. Beamten am 14. September“, Germania 395/26.8.1930: „Beamtenschaft und Zentrum“.
- 1593 „Jugend erwache!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/8; „Katholisches Jungvolk in Stadt und Land!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–137; Germania 367/9.8.1930: „Mit dem Zentrum für Brüning“.
- 1594 „Katholische Frauen und Jungfrauen!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–164; „Für Ruhe, Ordnung und Sicherheit“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–108/8; Germania 369/10.8.1930: „Zentrumsfrauen und Politik“.
- 1595 RF 166/19.7.: „Bolschewismus gegen Faschismus. Organisiert den Wahlkampf im Zeichen der proletarischen Revolution!“, 174/29.7.1930: „Kommunismus gegen Faschismus“; zur KPD-Politik nach 1929 siehe Flechtheim, S. 249–263; Winkler, Schein, S. 661–698; Weber, Wandlung I, S. 223–232; zum Wahlkampf der KPD auch Hallgring, S. 210–214.
- 1596 „Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte und schaffende Bauern!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65 (Druck in: RH V, S. 171–177); RF 166/19.7.1930: „Wir zeigen den Ausweg aus der Katastrophe!“
- 1597 „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, Flugblatt [Kurzfassung], BaK, ZSg 1–65/65 (Druck in: Weber, Dokumente, S. 58–65; RF 197/24.8.1930); zur Befreiungspropaganda der KPD 1930/31 vgl. Berthold, passim; Winkler, Weg, S. 182–185; Dupeux, S. 437–467; Flechtheim, S. 274–278; Heinemann, S. 251–253; Ward, S. 34–38; Weber, Generallinie, S. 205, bezeichnet die Proklamation als „Wahlkampf-Programm“, das allgemeine Bedeutung für die KPD-Politik erlangt habe.
- 1598 „Adolf Hitlers politischer Bankrott“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65; RF 204/2.9.: „Unser Kampf gegen Versailles, Dawes und Young“, 212/11.9.1930: „Hitlers politischer Bankrott“.
- 1599 „20 Millionen zum Tode verurteilt“ (Druck in: Anschläge, Nr. 67); „An das arbeitende Deutschland!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; „Sozialismus oder Hungertod“, „Wo ist der Ausweg aus Hunger und Not“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1930; „Hinweg mit den Diktaturverordnungen“, Flugblatt, ACDP, VI-051–211; RF 172/26.7.1930: „Die Katastrophe des Youngsystems“, vgl. Winkler, Weg, S. 35–38.
- 1600 „Jungwähler! Werktätige Jugend in Stadt und Land!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65; vgl. die Plakate „Lenin zeigt euch den Weg“ (Druck in: Janusch, KPD-Nr. 6); „Nieder mit den Kriegshetzern! Kämpft für die Sowjetunion!“ (Nr. 5); RF 202/30.8.1930: „Der Bund Sowjetdeutschland und Sowjetunion“.
- 1601 „Letzter Appell! Rechnet ab mit euren Feinden!“, „Sozialismus oder Untergang in die Barbarei“, „Wo ist der Ausweg? Nur der Kommunismus kann uns retten“, „Schluß damit“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; „Wir stürmen für Sowjetdeutschland gegen SPD-Lüge und faschistischen Massenbetrug“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1930; RF 214/13.9.1930: „Für Brot und Freiheit, für Sowjetdeutschland! Thälmann zeigt den Weg.“

- 1602 „Nazis und Zörgiebelpolizei schießen auf Liebknechthaus!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65; vgl. RF 215/14.9.1930: „Nazis und Polizeisozialisten schießen auf das Liebknechthaus.“
- 1603 Die Wahlkampfrichtlinien der KPD sprachen explizit von den „Gegnern (SPD, Nazi, Zentrum)“; vgl. Richtlinien für den Wahlkampf 1930 (Instruktionen für die Wahlarbeit, H. 1), BaK, ZSg 1–65/25 (43), S. 24.
- 1604 Tabelle 49: Gegner und Feindbildhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1930

Weimarer Republik	37
SPD	11
Regierung	8
NSDAP	7
Zentrum	4
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	45

- 1605 „Wen wählen wir?“, „Katholischer Wähler!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; RF 175/30.7.: „Das ‚christliche‘ Zentrum als Triebkraft der Faschisierung“, 182/7.8.: „Zentrumsfaschismus“; 185/10.8.1930: „Das faschisierte Zentrum. Die Propagandisten der Diktatur – Beichtstuhl, Artikel 48 und Streikbruch.“
- 1606 „Otto Wels: Wählt SPD, dann gehts mir besser“, „Laßt ihr Euch noch einmal betrügen?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65, „Wir stürmen für Sowjetdeutschland gegen SPD-Lüge und faschistischen Massenbetrug!“, Flugblatt, AdsD, Flugblätter 1930; RF 182/7.8.: „Sozialdemokratie ohne Sozialismus“; 190/16.8.: „Schieber und Millionäre – aber keine Arbeiter auf der SPD-Liste“; 195/22.8.1930: „Die Wahrheit über Sowjetrußland“.
- 1607 „Die Helden vom Hakenkreuz“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; „Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten“, Broschüre, BaK, ZSg 1–65/25; RF 179/3.8.: „Wer verschachtet Südtirol?“, 200/28.8.1930: „Thüringen die Keimzelle des ‚Dritten Reiches‘“; ebd., „Nazis für Young-Plan“.
- 1608 „Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte und schaffende Bauern!“, „Wen wählen wir?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; RF 168/22.7.: „Hugenberg kauft Hitler“; 188/14.8.: „Wer ist Hugenberg?“; 190/16.8.: „Das Wahlbündnis Hugenberg-Hitler“; 192/19.8.1930: „Hindenburg-Block für faschistischen Staatsstreich“.
- 1609 „Achtung! Wähler! Achtung!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65.
- 1610 Rundschreiben 10/17.7.1930 (Druck in: Weber, Generallinie, S. 196–199); RF 185/10.8.: „Der rote Wahlausschuss“.
- 1611 „Erwerbslos, erwerbslos ...“, „Erwerbslose – wer stiehlt uns das Brot?“, „Christlicher Arbeitskollege – Wo stehst Du?“, „Metallarbeiter- und arbeiterinnen!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; „Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“, „Ein Wort an die Arbeiterwähler der SPD“, „Von der SPD verraten!“, Flugblätter, AdsD, Flugblätter 1930; RF 171/25.7.: „2 770 000 Young-Opfer! Eine Million Erwerbslose ohne Unterstützung!“, 172/26.7.1930: „Zieht die Lehre aus dem Zentrumsverrat: Christlicher Betriebsrat ruft: Wählt kommunistisch!“

- 1612 „Landarbeiter! Forstarbeiter!“, Flugblatt; „Bauer, komm mit uns!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65; RF 195/22.8.1930: „Blutsauger Grüne Front und SPD. Das Verbrechen an den Klein- und Mittelbauern“.

Tabelle 50: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der KPD-Flugblattpropaganda 1930

Werktägliches Volk in Stadt und Land	26
Arbeiter/Erwerbslose	19
Mittelstand in Stadt und Land	8
„kleine“ Selbständige	5
Angestellte/Beamte	2
Jungwähler/Jugend	3
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	45

- 1613 „Kleingewerbetreibender, deine Liste: 4!“, „Ruin des Mittelstandes. Wer zeigt den Ausweg?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; RF 170/24.7.1930: „Gewinnt den proletarisierten Mittelstand!“
- 1614 „Deutsche Angestellte, besinnt Euch!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–211; RF 189/15.8.1930: „Angestellte aus Warenhäusern, Großbetrieben, Büros und dem Kleinhandel, eure Lage ist unerträglich!“
- 1615 „Jungwähler! Werkstätige Jugend in Stadt und Land!“, „An Euch!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–65/65; RF 179/3.8.1930: „Die junge Generation zu den Wahlen“.
- 1616 „Die Nationalsozialisten und die werktätigen Frauen“, Broschüre; „Arbeiter! Arbeiterinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–65/65; „Werkstätige Frauen, kämpft mit uns“, Plakat (Druck in: Anschläge, Nr. 69).
- 1617 Vgl. dazu Dupeux, S. 447; Ward, S. 61.
- 1618 NC 138/20.7.: „Das Reich in höchster Not!“, 154/12.8.1930: „Die DVP selbständig im Wahlkampf!“, Sitzung des Zentralvorstandes der DVP vom 24.8.1930, Protokoll, BaK, R 45 II, 47, f. 78. Zu den innerliberalen Einigungsversuchen seit Mai 1928 vgl. Jones, Liberalism, S. 309–322; Schneider, S. 249–253; zur Politik der DVP nach dem Tod Stresemanns 1929 siehe Booms, S. 523–527.
- 1619 „Deutsche Frauen! Deutsche Männer!“ (Druck in: RH V, S. 181 f.; NC 164/26.8.); „Die 5. Reichstagswahl ist Schicksalswahl!“, Flugblätter; „Warum scheiterte die bürgerliche Sammlung?“, Broschüre, BaK, ZSg 1–42/4; NC 163/23.8.1930: „Sammlung und Wahlkampf!“
- 1620 „Du bist in Gefahr“, „Das deutsche Reich in Gefahr“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; „So sieht der Aufmarsch zur Reichstagswahl aus“, Flugblatt, ACDP, VI-051–202; NC 158/16.8.1930: „Kulturbolschewismus!“
- 1621 „Das Volk ist krank – der Staat ist krank“, „Das Vaterland über die Partei!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; „Fort mit Hader, Zank und Streitereien!“, Plakat (Druck in: Janusch, DVP-Nr. 3).
- 1622 „Der Rheinlandbefreier“, „In dieser Not der Gegenwart nenne ich national denjenigen, der, wenn der Karren im Dreck sitzt, die Hand anlegt, um ihn herauszuziehen“, Flugblätter, ACDP, VI-051–154; „5 gesunde Sinne – eine einfache

- Sache!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/4; „Wählt meine Partei“ (Druck in: Anschläge, Nr. 70); „Erlös Dein Volk, mach selbst Dich frei“ (PP, Nr. 171), Plakate.
- 1623 „Ordnung oder Chaos?“, „Um was es geht“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; „Warum noch Volkspartei? Eine realpolitische Betrachtung“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Liste 5. Helft die Ausgabenwirtschaft drosseln!“, Plakat (Druck in: Janusch, DVP-Nr. 5); NC 177/11.9.1930: „Was erwartet die deutsche Wirtschaft von der Reichstagswahl?“, vgl. Jones, Liberalism, S. 355.
- 1624 Tabelle 51: Gegner und Feindbildhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1930

Opposition	36
„Sozialismus“ (SPD, KPD, NSDAP)	9
NSDAP	6
SPD	6
DStP	4
Interessenparteien	5
WP	2
Sonstige/unspezifisch	10
Insgesamt	54

- 1625 „Der Nationalsozialist in Theorie und Praxis“, „Herunter mit der Maske“, „Rettet Deutschland!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; NC 171/3.9.1930: „Die Nationalsozialisten als ‚Retter der Landwirtschaft‘“.
- 1626 „Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/4; „Das ist die Politik der Liste 1“, „Was wollen die Sozialdemokraten?“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1627 „Deutsches Volk!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/4; „Die rote Front und ihre Helfer“, „Die Deutschnationalen gegen Hugenberg“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1628 „Eine notwendige Aufklärung!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–42/4; „Kulturpolitik in Preußen“, Flugblatt, ACDP, VI-051–154; NC 150/6.8.1930: „Stresemann, Staatspartei und wir“.
- 1629 „Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte!“, „Gegen die Zersplitterung des Bürgertums!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4.
- 1630 Tabelle 52: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DVP-Flugblattpropaganda 1930

Volksgenossen/„Bürger“	22
Mittelstand	10
Handwerk/Gewerbe	3
Bauern	3
Beamte	2
Arbeitnehmer	5
Jugend/Jungwähler	5
Frauen	4
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	54

- 1631 „Erhaltet das Berufsbeamtentum!“; „Hypothekengläubiger, Sparer, Rentner!“; „Mittelständler!“; „Deutsches Landvolk!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; NC 151/7.8.: „Mittelstand und Sammlung“; 167/29.8.: „Der Einzelhandel zu den Wahlen“; 156/14.8.1930: „Der Vormarsch des berufsständischen Gedankens ... und was dann?“.
- 1632 „Wie wählt die evangelische Frau“; „Deutsche Frau! Dein Volk ruft“; „An die deutsche Jugend!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; „Adolf Hitler und die Jugend!“; Flugblatt, ACDP, VI-051–154; NC 167/29.8.: „Was sagt Stresemann der Jugend“; 175/9.9.1930: „Kampf der Jugend um die Volksgemeinschaft“.
- 1633 „Neue Propheten – alte Irrtümer!“; „Arbeiter! Ihr steht am Scheidewege!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4; NC 171/3.9.1930: „Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung. Aufruf des Reichsangestelltenausschusses“.
- 1634 „10000000 Wähler kamen im Mai 1928 ihrer Wahlpflicht nicht nach“; „Wähler wach' einmal auf“; „Zur Reichstagswahl“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–42/4.
- 1635 Zur Gründung und zum Wahlkampf der DStP im Sommer 1930 siehe Hornung, S. 96–107; Stephan, Aufstieg, S. 458–466; Jones, Liberalism, S. 369–372; Frye, S. 155–177; Gutleben, passim; Schneider, DDP, S. 253–260; Matthias/Morsey, Staatspartei, S. 31–39; regional Büttner, S. 469–474; aus jungdeutscher Sicht Kessler, S. 102–133.
- 1636 „BZ am Mittag“-Sonderausgabe vom 28.7.1930 (Druck in: RH V, S. 193–196); „Sammlung in der Deutschen Staatspartei“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; VZ 179/29.7.1930: „Erneuerung der Mitte. Deutsche Staatspartei begründet/Auf dem Boden der Republik“.
- 1637 „Das staatspolitische Manifest der DStP“; „Das wirtschafts- und sozialpolitische Manifest der DStP“; „Das kulturpolitische Manifest der DStP“; Flugblätter, Nachlass Dietrich, 222; FZ 594/12.8.: „Zur Plattform der DStP“; 626/23.8.1930: „Das Manifest der Staatspartei“ (Druck in: Mommsen, Programme, S. 514–519).
- 1638 „Deutsche Staatsbürger!“ (Druck in: Buchstab u. a., S. 51); „Interessenhäufen oder Staatsvolk?“ (Ebd., S. 52–53); „Der große Aufbruch“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; FZ 581/7.8.: „Staatsbürgertum“; MA 207/8.9.: „Die Staatspartei führt. Neue Männer, neue Formen – Abkehr von alten Programmen. Sammlung zum Nationalvolk“; VZ 180/30.7.1930: „Alle Türen offen“.
- 1639 „Der Aufbruch“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20; zu Mahrauns Wahlkampf siehe das Rundschreiben vom 16.8.1930 (Druck in: Politik und Wirtschaft, S. 367–375); FZ 579/6.8.: „Mahraun und der Antisemitismus“; 628/24.8.1930: „Jungdeutscher Orden. Freikorps – Kampfbund – Staatsbürgergemeinschaft“; vgl. Hornung, S. 77–86; Bracher, Auflösung, S. 139–142.
- 1640 Rundschreiben 4/25.8.1930 an die Wahlkreisaktionsausschüsse der DStP usw., BaK, R 45 III , 59, f. 23; Germania 369/10.8.1930: „Reichsbanner und Staatspartei“; vgl. Lehnert, Fragmentierung, S. 108 f.
- 1641 „Um was kämpft die Jugend?“; „Wollt ihr freie Menschen im freien Staate“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; „Gegen Diktatur von rechts und links!“; „Her mit dem freien Volksstaat“, Wahlzeitungen, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 192/13.8.: „Wohin steuert die Staatspartei? Ruck nach Rechts?“; 193/14.8.: „Stärkung der

- Mitte“; 220/14.9.: „Wählt republikanisch! Wählt Fortschritt, nicht Umsturz! Wählt Deutsche, nicht Fanatiker!“; FZ 626/22.8.1930: „Mehr Staatsbürgertum!“
- 1642 „Was ist die DStP?“; „Deutsche Staatsbürger!“; „Deutsches Staatsvolk erwache!“; Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; FZ 628/24.8.: „Führung – wohin?“; 666/7.9.: „Das Ziel des Wahlkampfes“; vgl. VZ 215/9.9.1930: „Staatspartei für Reichsreform. Ein Volk – ein Reich“.
- 1643 Tabelle 53: Gegner und Feindbildhierarchie der DStP-Flugblattpropaganda 1930

Partei- und Interessenwirtschaft	21
Radikalismus/Opposition	8
Splitterparteien	3
NSDAP	5
DVP	3
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	37

- 1644 „Um was es am Sonntag geht“; „Deutschland erwache! Es muss anders werden! Wie, das sagen wir Euch, wenn wir die Macht haben!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 204/27.8.: „Bund der Zerstörer“; 216/10.9.: „Korruption unterm Hakenkreuz“; FZ 611/18.8.1930: „Hitler und der Mittelstand“; zum Verhältnis von DStP und NSDAP siehe Albertin, Parteien, S. 82–85.
- 1645 „Interessenhaufen oder Staatsvolk?“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20; VZ 179/29.7.: „Stresemanns Erbe“; 189/9.8.: „Sturm gegen Scholz“; 193/14.8.: „Übertritte zur Staatspartei“ (vgl. Jones, Liberalism, S. 378); FZ 631/25.8.1930: „Außenpolitik der Straße“.
- 1646 „Die deutsche Parole“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20; VZ 187/7.8.: „Hugenbergs Angst vor Hitler“; 193/14.8.: „Der ‚Klassenkämpfer‘ Hitler“; 195/16.8.1930: „Hugenberg für das Dritte Reich“.
- 1647 „Interessenhaufen oder Staatsvolk?“; „Die deutsche Parole“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; „22 Parteien! Was sollen wir nun wählen?“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1648 „Geschäftsleute, Frauen, Unternehmer und Arbeitnehmer, Freie Berufe, Beamte!“; „Deutsche Staatsbürger!“; „Der Staat sind wir, wir alle Deutschen...!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20.

Tabelle 54: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der DStP-Flugblattpropaganda 1930:

Volksgemeinschaft aller Staatsbürger	20
„Junge Generation“	6
Mittelstand	5
Beamte	3
Frauen	4
Sonstige/unspezifisch	8
Insgesamt	37

- 1649 „Deutsche Jugend erwache!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Laßt mich in Ruhe mit Eurer Politik und Eurem Parteikram!“; „An die junge Generation!“

- (Druck in: Buchstab u. a., S. 54); „Um was kämpft die Jugend?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; „Jugend an die Front!“, Plakat (Druck in: Janusch DDP-Nr. 3); VZ 654/3.9.1930: „Aktivismus. Was lehrt uns die Jugend?“.
- 1650 „Arbeitende Frau!“, „Frauen aller Stände!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20; VZ 200/21.8.: „Krieg dem Hass! Der Ruf der Frau“; MA 211/12.9.1930: „An die Deutschen Frauen!“
- 1651 „An alle Handwerker und Kaufleute“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20; VZ 220/14.9.1930: „Was wollen wir vom neuen Reichstag. Die Berufe heute an der Wahlurne“.
- 1652 „Beamte – Beamtinnen!“, „An die deutsche Beamtenschaft!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung; VZ 216/10.9.1930: „Aufruf der republikanischen Beamten. Wählen! Keine Staatsfeindschaft“.
- 1653 „Arbeitnehmer aller Berufsstände“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–27/20.
- 1654 „Die deutsche Parole“, „In letzter Stunde!“, „Nichtwähler!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–27/20.
- 1655 Mommsen, Freiheit, S. 342; vgl. Goebbels, Tagebücher, S. 595–598; dazu Höver, S. 319–335; zum Otto-Strasser-Konflikt siehe Moreau, S. 26–35; Kühnl, S. 207–261; Schulz, Brüning, S. 126 f.
- 1656 VB 178/29.7.1930: „Geschlossen und zuversichtlich in den Wahlkampf“. Zum Wahlkampf der NSDAP vgl. Hackett; Paul, Aufstand, S. 90–94; Childers, Nazi Voter, S. 138–141; Hallgring, S. 213–217; regional Frenz, in: Hennig, Hakenkreuz, S. 70–75. Zur Flugblattpropaganda speziell Hackett, S. 278–301, dort eine quantitative Inhaltsanalyse von 28 Wahlflugblättern der NSDAP mit Worthäufigkeitstabelle gewisser „key terms“, an erster Stelle der Begriff „Volk“ mit 83 Nennungen, gefolgt von „deutsch“ mit 75, der „SPD“ mit 74 usw. bis hin zu „Gemeinschaft“ und „Tribut“ mit je acht Nennungen am Ende der Tabelle (S. 285).
- 1657 „Der 14. September“ (Druck in: VB 169/20.7.); „Die November-Republik ist bankrott!“, „Adolf Hitlers Manifest“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; VB 215/10.9.1930: „Adolf Hitlers Manifest. Aufruf an das deutsche Volk: Was haben die alten Parteien versprochen, was haben sie gehalten“ (Druck in: RH V, S. 156–171).
- 1658 „Young Owen, Unser Neuer Gebieter!“, „Die Katastrophe ist da!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112.
- 1659 „An das ganze schaffende deutsche Volk!“, „Die Hemden Aus!“, „Wir hauen sie zusammen“ (Druck in: Anschläge, Nr. 66); „Schluss jetzt!“ (Druck in: Janusch, NSDAP-Nr. 4), Flugblätter, BaK, NS 26–2112; „Schluss mit der Korruption!“, Plakat (Druck in: PP, S. 125); VB 219/14.–15.9.1930: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“.
- 1660 „Wer wählt.“, Flugblatt, BaK NS 26–2052; „Lügen“, Flugblatt, BaK, NS 26–2112; vgl. Hackett, S. 279–282; zur Youngkampagne der NSDAP vom Herbst 1929 siehe Pleyer, S. 21–36 und 166–187.
- 1661 „Programm der Nationalsozialisten“, Flugblatt, BaK, NS 26–2112.
- 1662 „Klassenkampf und Klassenhaß“, „Sozialismus!“, „Der Angriff“-Sonderdruck August 1930, Flugblätter, BaK, NS 26–2112.

1663 „Alles herhören! Den Volks- und Arbeiterverrättern ins Stammbuch!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2112.

1664 Tabelle 55: Gegner und Feindbildhierarchie der NSDAP-Flugblattpropaganda 1930

Weimarer Republik	47
<i>SPD</i>	16
<i>Zentrum/BVP</i>	8
KPD	3
Sonstige/unspezifisch	9
Insgesamt	59

1665 „August Bebel sagte einst warnend: Arbeiter, seht Euch eure Führer an!“, „Die Sozialdemokratie als Helferin des Weltkapitalismus“, „Wie die sozialdemokratische Partei das Volk belügt!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; zum SPD-Bild in der NSDAP-Propaganda vgl. Hennig, Anmerkungen, S. 230 f.

1666 „Hört! Hört! Katholiken und Zentrumswähler!“, „Das Zentrum, die Partei des Judentums“, „Katholisches Volk!“, „Die Religion ist in Gefahr“, „Programm der Nationalsozialisten“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112.

1667 „Ich möchte wissen: was die Kommunisten wollen und können?“, „Etwas zum Nachdenken!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; VB 204/28.8.1930: „Geistige Bankrotterklärung des Marxismus: KPD stiehlt die Losungen des Nationalsozialismus“, vgl. Hennig, Anmerkungen, S. 226–230; Striefler, S. 96–99.

1668 „Judenkaspar Mahraun“, „Das Gold und die Presse“, „Arbeiter! Diese Juden sind Eure Führer!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; VB 178/29.7.1930: „Die bankrotten Demokraten gründen mit Mahraun eine ‚Staatspartei‘. Subventioniert von der jüdischen Plutokratie“, vgl. zum Antisemitismus in der NSDAP-Propaganda um 1930 auch Winkler, Weimar, S. 390; Schirmer, S. 256.

1669 „Wer wählt:“, „An die deutsche Frau und Mutter!“, Flugblätter, BaK NS 26–2052; „Warum nicht Liste 9?“, Flugblatt [KGRS], ACDP, VI-051–211.

1670 Typisch etwa „Deutscher Arbeiter, Bürger, Geschäftsmann, Bauer!“, „Deutsches Volk!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112. Übereinstimmend zur Zielgruppenhierarchie hier die Tabelle bei Hackett, S. 284.

Tabelle 56: Adressaten und Zielgruppenhierarchie der NSDAP-Flugblattpropaganda 1930:

Schaffende Volksgenossen	44
<i>Arbeiter</i>	15
<i>Selbständiger Mittelstand</i>	8
<i>Beamte</i>	3
Frauen	2
Sonstige/unspezifisch	13
Insgesamt	59

1671 „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit!“, „Der deutsche Proletarier erkämpft sich sein Vaterland!“, „Ich möchte wissen: was die Kommunisten wollen und kön-

- nen?“; „Arbeiter auf ein Wort!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; VB 181/1.8.1930: „Der Schaffenden Kampfpruf: Liste 9“.
- 1672 „Wo steht heute die Landwirtschaft im Kampf um ihre Existenz? Am Ende!“, „Der Bauer verliert Haus und Hof“, „Deutscher Bauer!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; zum Aufstieg der NSDAP als „Agrarpartei“ auch Gessner, S. 234–248; Corni, S. 23 f.
- 1673 „An alle Beamten und Lehrer!“, „Das Eigentum ist in Gefahr“, „Der deutsche Mittelstand ist zum Tode verurteilt!“, „Mittelstands Not – Deutschlands Tod!“, Flugblätter, BaK, NS 26–2112; „Deutsche Frau!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–164. Zu den Angestellten in der NSDAP-Propaganda vgl. Prinz, Mittelstand, S. 85–91.
- 1674 „Deutsches Volk!“, Flugblatt, BaK, NS 26–2112.
- 1675 Schulz, Brüning, S. 125.
- 1676 „Wahlaufruf der Bayerischen Volkspartei“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–8/2 (Druck in: RH V, S. 187–190); VZ 190/10.8.1930: „Wahlaufruf der BVP“, zur BVP seit 1928 siehe Schönhoven, Volkspartei, S. 215–252.
- 1677 „Warum wählen wir am 14. September die BVP?“, „Deutsches Volk in Not!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–8/2.
- 1678 „Bayerische Wähler und Wählerinnen“ (Druck in: Buchstab u. a., S. 48), Flugblatt; „Für Reich und Heimat“, Broschüre, BaK, ZSg 1–8/2; „Rettet die Heimat“, Plakat (Druck in: PP, Nr. 173).
- 1679 „Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten“, „Warum keine Stimme der Sozialdemokratie“, „Bayern ist mir wurscht!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–8/2; zum Verhältnis BVP und NSDAP siehe Wiesemann, S. 90–100.
- 1680 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 318.
- 1681 „Gründungsaufruf der KVP“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–275/2 (Druck in: Jonas, S. 188); NPZ 208/25.7.1930: „Die Konservative Volkspartei gegründet. Ziele und Wege“, vgl. Jonas, 79–89; Fricke IV, S. 423–430; Roeske, Brüning, passim; zur Wahlkampffinanzierung der KVP vgl. Turner, Großindustrie, S. 136 f.; Grübler, S. 202 f.
- 1682 „Rettet das Reich, ordnet den Staat!“ (Druck in: RH V, S. 199–201); „Was soll jetzt geschehen?“ (Buchstab u. a., S. 60); „Aufruf! ‚Freies Volk im freien Reich‘“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–275/2; „Konservative an die Front!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–202; NPZ 234/20.8.1930: „Freies Volk im freien Reich!“
- 1683 „... Nicht klagen, sondern anpacken!“, „Das Ja dem Staat! Dem Chaos das Nein!“, „Das Wollen und Wirken der KVP“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–275/2; NPZ 210/27.7.: „Christliche und deutsche Einheitsfront. Kann das Wort ‚konservativ‘ ein ‚Schlagwort‘ werden?“; 238/24.8.1930: „Nicht Mittel-, sondern Rechtspartei. Graf Westarp über die Ziele der KVP“
- 1684 „Parole: anpacken!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–275/2; NPZ 212/29.7.1930: „Der falsche Kurs Hugenberg“.
- 1685 „Kolleginnen und Kollegen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–275/2.

- 1686 Vgl. Neumann, S. 70–72; zum Wahlkampf des CSVD siehe Opitz, S. 175–177; vgl. zur Politik des CSVD 1929/30 ebd., S. 85–108; Hartmannsgruber, S. 281–285; Fricke I, S. 464–470.
- 1687 „An die evangelischen Wähler und Wählerinnen!“, Flugblatt, BaK, ZSg 1–179/12 (Druck in: RH V, S. 191–193; Buchstab u. a., S. 49); NPZ 230/16.8.1930: „Wahlaufruf des CSVD“.
- 1688 „Hakenkreuz oder Christenkreuz?“, „Kennen Sie schon die evangelische Bewegung Christlich-sozialer Volksdienst?“, „Evangelische Glaubensgenossen!“, „Was will der CSVD?“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–279/12.
- 1689 „Mittelstand in Stadt und Land! Bürger und Bauern!“ (Druck in: RH V, S. 183–186); zur Politik der WP 1929/30 siehe Schumacher, Mittelstandsfront, S. 141–154.
- 1690 „Mittelstand! Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibende, freie Berufe!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Letzter Appell“, Flugblatt (Druck in: Buchstab, u. a., S. 61); „Freie Mittelstands-Zeitung“-Wahlnummer, BaK, ZSg 1–176/1; „Bürger aller Stände!“, Flugblatt, ACDP, VI-051–202.
- 1691 „Hausbesitzer! Hausbesitzerinnen!“, „Warum der denkende Mittelständler nicht nationalsozialistisch wählt“, „Was der Mittelstand von den anderen Parteien zu erwarten hat“, Flugblätter, BaK, ZSg 1–176/1.
- 1692 „Wahlaufruf!“, „Jedes Volk hat die Regierung die es verdient!“, Flugblätter, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1693 „Der große Schwindel!“, „Kampf der Volksrecht-Partei!“, „Umkehr oder Untergang!“, Flugblätter, BaK, ZSg 1-E 108; „Volks-Recht-Zeitung“, Wahl-Nummer September 1930, BfZ, Flugblattsammlung.
- 1694 „Das dankst du Schiele!“, „Rettung oder Untergang?“, Flugblätter, ACDP, VI-051–202; NPZ 219/5.8.1930: „Die Ziele der Landvolkspartei“, vgl. Gessner, S. 235–237; Childers, Nazi Voter, S. 147–151.
- 1695 Decker, S. 392; vgl. Hackett, S. 337–345; NPZ 261/16.9.1930: „Das Auslands-Echo der Wahlen“.
- 1696 DAZ 430/15.9.1930: „Radikale Protestwahlen“.
- 1697 FZ 687/15.9.1930: „Nach der Wahlschlacht“, vgl. Roeske, Brüning, S. 913 f.
- 1698 Zur Wahlergebnisanalyse siehe Winkler, Weg, S. 189–194; ders., Weimar, S. 388–391; Mommsen, Freiheit, S. 318–320; Schulz, Brüning, S. 121–125; Kolb, Weimarer Republik, S. 121 f.; Neebe, 76–79; Milatz, Wahlen, S. 744–758. Zu Stimmen und Stimmungen nach dem Wahlausgang in der Presse vgl. Stadel, S. 69–89; sowie die Quellenstücke in UF VIII, S. 92–96; NPZ 261/16.9.1930. „Das Volk wählt radikal“.
- 1699 Winkler, Weimar, S. 390; zu den ökonomischen Folgen siehe Megerle, Weltwirtschaftskrise, S. 123.
- 1700 Bäumer, Fieberwahlen, S. 938 f.
- 1701 Kundgebung Kaas‘ vom 18.9.1930 (zit. nach: UF VIII, S. 95); Germania 429/15.9.1930: „Das Zentrum steht fest“.

- 1702 Rundschreiben 12/18.9.1930 (zit. nach: Weber, Generallinie, S. 210); zur Wahlanalyse in der KPD siehe RF 217/17.9.: „Appell an die deutsche Arbeiterschaft“; Luks, S. 143–145; Striefler, S. 101–105.
- 1703 Vorwärts 432/15.9.1930: „Ein Trümmerhaufen! Nur durch sozialdemokratische Mitarbeit eine Rettung möglich“; zu den Anfängen der SPD-Tolerierungspolitik siehe Schäfer, S. 65–84; Winkler, Weg, S. 207–223.
- 1704 VZ 171/20.7.1930: „Radikale Patentmedizin“.
- 1705 Brüning selbst kritisierte den Wahlkampf der Regierungsparteien als „absolut unzulänglich“: Protokoll der Ministerbesprechung vom 19.8.1930 (AdR Brüning I/II, S. 380); vgl. dazu Hackett, S. 239–247.
- 1706 Vgl. Schulz, Brüning, S. 125–134; Jäckel, Herrschaft, S. 31 f.; zur Herkunft der NSDAP-Wähler siehe neben Falter, Hitlers Wähler, auch Kolb, Weimarer Republik, S. 222–226. Hackett, S. 277, führt den Sieg der NSDAP auf den „skillful use of new propaganda techniques“ zurück. Neuere Untersuchungen betonen die „Vielzahl der Propagandamittel“ der NSDAP als Grund ihrer Wahlerfolge (Paul, Aufstand, S. 257).
- 1707 Nach Rosenberg, S. 462, bildeten „Hunger“ und „Arbeitslosigkeit“ die zwei Themen, durch welche die bereits von den Folgen der Wirtschaftskrise betroffenen Wählermassen ungleich stärker hätten mobilisiert werden können als etwa durch Gefühle nationaler Minderwertigkeit.
- 1708 FZ 687/15.9.: „Nach der Wahlschlacht“; Vorwärts 433/16.9.1930: „Braun zur politischen Lage“; vgl. Schulze, Braun, S. 637 f.; Winkler, Weimar, S. 391 f.; anders Kolb, Weimarer Republik, S. 128.
- 1709 Winkler, Weimar, S. 396; vgl. Mommsen, Freiheit, S. 319 f.; Schulze, Weimar, S. 328.

Anmerkungen zu Zusammenfassung und Ergebnisse (S. 613 bis 637)

- 1710 Niedhart, S. 39.
- 1711 Mommsen, Schatten, S. 584.
- 1712 Sitzung des Vorstandes der DDP vom 21.5.1924 (zit. nach: Wegner, S. 318).
- 1713 Mierendorff, Geist, S. 236; vgl. Steinbach, Reichsfeind, S. 198 f.
- 1714 Siehe dazu – in Bezug auf die NSDAP – die sprachwissenschaftlich orientierten Arbeiten von Dietz Bering.
- 1715 Hennig, Anmerkungen, S. 234.
- 1716 Vgl. Mommsen, Freiheit, S. 316.
- 1717 So Pyta, S. 505. Bemerkenswerterweise griff die SPD im Sommer 1932 gegen die NSDAP auf eine ähnliche Anti-„System“-Rhetorik zurück: „Das kapitalistische System hat versagt, die Nationalsozialisten schützen es, weil sie von ihm leben. Vertreibt sie!“ (vgl. „13 Jahre System! Es hat versagt!“, Flugblatt, BfZ, Flugblattsammlung; „Das System muss verschwinden!“, Flugblatt [Druck in: Wilpert, S. 176 f.]).
- 1718 Mann, Erinnerungen, S. 367.

- 1719 Vgl. die Ergebnisse der Wahlpropaganda-Analyse von Fischer, Wahlkampf, S. 112–119.
- 1720 Bergsträsser, S. 222 f.
- 1721 Kühne, Wahlrecht, S. 539.
- 1722 Grafe, S. 142.
- 1723 Vgl. dazu Wasmund; zu den Wahlslogans der bundesdeutschen Parteien von 1949 bis 1994 siehe den Überblick von Toman-Banke, S. 47–55; zum Bundestagswahlkampf von 1949 vgl. Benz, Geschichte, S. 525–535.
- 1724 Schulz, Entwicklung, S. 42
- 1725 Vgl. dazu Uwe Koch, Das Gewicht der Stimme. Die Verteidigung des Nichtwählers, Hamburg 1994.